Bundesinstitut
für Berufsbildung BIBB

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten

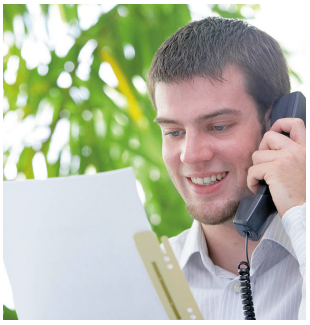
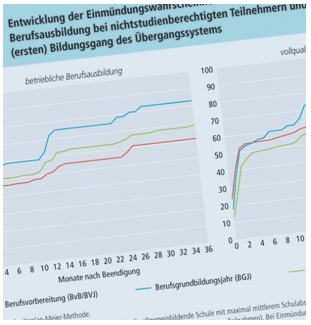
Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010

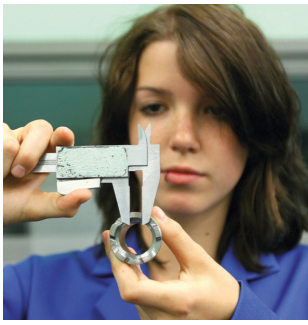
Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung









GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die gesetzliche Aufgabe, Entwicklungen in der beruflichen Bildung zu beobachten und zum 1. April jeden Jahres der Bundesregierung hierüber einen Bericht (Berufsbildungsbericht) vorzulegen (§ 86 BBiG). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist verpflichtet, an der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts mitzuwirken (§ 90 Abs. 1, 1a).

Im Frühjahr 2008 hat das BMBF beschlossen, den Berufsbildungsbericht zu reformieren und neu zu strukturieren. Bei der Neustrukturierung wurde die Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB berücksichtigt, den Berufsbildungsbericht in einen politischen Teil, der von der Bundesregierung beraten und beschlossen wird, und einen nicht politischen Teil, für den das BIBB verantwortlich zeichnet, zu gliedern. Seit dem Jahr 2009 gibt das BIBB einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht [Jahr] – Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung“ heraus. Dieser stellt die zentrale Informationsquelle und Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des BMBF dar. Die Erstellung und Herausgabe des Datenreports wird vom BMBF finanziell gefördert.

Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative-Commons-Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative-Commons-Infoseite www.bibb.de/cc-lizenz.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-88555-877-4

Vertriebsadresse:
Bundesinstitut für Berufsbildung
Arbeitsbereich 1.2 – Kommunikation
– Veröffentlichungen –
53142 Bonn
Telefax: 02 28/1 07-29 67
E-Mail: vertrieb@bibb.de
Bestell-Nr.: 09.170

© 2010 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Herausgeber:
Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
E-Mail: zentrale@bibb.de
Internet: www.bibb.de

Redaktion: Michael Friedrich
Redaktionsassistenz: Dagmar Borchardt, Petra Spilles
Lektorat: Dr. Eckart Strohmaier
Herstellung: Dipl.-Ing. Fritz Höhmann

Umschlag und Satz: Christiane Zay, Bielefeld
Druck: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Verlag: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Printed in Germany

ISBN 978-3-88555-877-4

Mix
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. GFA-COC-001454
© 1996 Forest Stewardship Council

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB

Forschen
Beraten
Zukunft gestalten

Vorwort



Eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung auf der Basis empirischer Daten und sozialwissenschaftlicher Analysen ist eine unerlässliche Voraussetzung, um den aktuellen Stand in der beruflichen Bildung darzustellen und zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarfe im Berufsbildungssystem rechtzeitig zu erkennen. Mit diesem Ziel hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Jahr 2009 einen Datenreport konzipiert und herausgegeben, der als zentrale Datengrundlage wesentliche Informationen und Daten zur beruflichen Bildung enthält und den Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ergänzt.

Mit dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 liegt nun dessen zweite Ausgabe vor: In den ersten beiden Kapiteln werden die aktuelle Situation in der beruflichen Ausbildung (Kapitel A) und der beruflichen Weiterbildung (Kapitel B) dargestellt sowie Veränderungen im Zeitverlauf aufgezeigt. Schwerpunktthema des diesjährigen Datenreports ist der „Übergang von Ausbildung in Beschäftigung“ (Kapitel C). Neu aufgenommen wurden Programme des Bundes und der Länder zur Förderung der beruflichen Bildung sowie eine Darstellung von Modellinitiativen (Kapitel D). Über internationale Indikatoren und Benchmarks in der Berufsbildung informiert Kapitel E.

Die Neuausrichtung des Berufsbildungsberichts im Jahr 2009 und die Herausgabe des Datenreports zum Berufsbildungsbericht durch das BIBB sind bei den Sozialparteien, der Wissenschaftsgemeinschaft und den Praktikern in der beruflichen Bildung auf eine positive Resonanz gestoßen. Mit dem BIBB-Datenreport wurde ein neues Standardwerk für die berufliche Bildung geschaffen; dies zeigen die große Nachfrage nach dem Printprodukt, die Zugriffsdaten auf die Internetseiten des Datenreports und die vielen Anfragen zum Informationsangebot des Datenreports. Auf dieses Fundament aufbauend, wollen wir den Datenreport auch künftig weiterentwickeln. Mit Blick auf den Gesamtumfang des Bandes wird dabei das Informationsangebot auf dem Internetportal www.bibb.de/datenreport ausgeweitet werden. So wird sichergestellt, dass Sie über den „Datenreport zum Berufsbildungsbericht“ alle zentralen Informationen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland sowie im internationalen Kontext erhalten.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen zum vorliegenden Datenreport. Anregungen, Anmerkungen und konstruktive Kritik nehmen wir gerne entgegen (datenreport@bibb.de).



Manfred Kremer
Präsident

Hinweise für Leserinnen und Leser

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht stützt sich auf zentrale Indikatoren und Kennwerte um Entwicklungen in der beruflichen Bildung in Deutschland darzustellen. Neben der textlichen Darstellung werden Tabellen **→ Tabelle …** und Schaubilder **→ Schaubild …** verwendet. Darüber hinaus gehende und stärker differenzierte Datenwerte werden unter **www.bibb.de/datenreport2010** als Anhang im Internet **→ Tabelle … Internet** angeboten. Außerdem werden auf der Homepage des BIBB weiterführende Informationen und Daten bereit gestellt.

Ein blaues **E** innerhalb der Texte verweist auf Erläuterungen und Ergänzungen, die sich in blauen Kästen und in räumlicher Nähe zu den entsprechenden Textpassagen befinden. Hier werden beispielsweise Indikatoren und Kennwerte definiert, methodische Erläuterungen zu den verwendeten Datenquellen, Erhebungsverfahren, Stichprobengrößen gegeben und auf Besonderheiten und methodische Einschränkungen hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **3**

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung **9**

Das Wichtigste in Kürze 9

A1 Ausbildungsmarktbilanz 2009 ..... **11**

A1.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 16

A1.2 Ausbildungsvermittlung 44

A1.3 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung 60

A2 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage für 2010 ..... **64**

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen **77**

A3.1 Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen 77

A3.2 Erfolgs- und Misserfolgsfaktoren bei der Ausbildungsplatzsuche aus der Sicht von Ausbildungsstellenbewerbern 82

A3.3 Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen des Übergangssystems 90

A4 Ansätze zur integrierten Ausbildungsberichterstattung **97**

A4.1 Quantitative Synopse zur relativen Bedeutung unterschiedlicher Bildungsgänge 97

A4.2 Indikatoren zum Übergang Schule – Arbeitswelt 104

A5 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung **107**

A5.1 Anerkannte Ausbildungsberufe 107

A5.1.1 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO 107

A5.1.2 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 110

A5.1.3 Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Neuordnung anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO 113

A5.1.4 Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen 116

A5.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse am 31. Dezember 116

A5.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen 116

A5.2.2 Auszubildende mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen 124

A5.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) 128

A5.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung 137

A5.5 Vorbildung der Auszubildenden 147

A5.5.1 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss 147

A5.5.2 Studienberechtigte im dualen System ... 159
A5.6 Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen sowie Berufsabschlüsse ... 166
A5.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen ... 173
A5.8 Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen ... 179
A5.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund ... 186
A5.10 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung ... 191
A5.10.1 Ausbildung und Beschäftigung – Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik 2008 ... 191
A5.10.2 Verlauf und Nachhaltigkeit betrieblicher Ausbildungsbeteiligungen zwischen 1999 und 2008 ... 195
A5.10.3 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben ... 200
A5.10.4 Die duale Ausbildung aus der Sicht von Nichtausbildungsbetrieben ... 205
A5.11 Qualität dualer Berufsausbildung ... 214
A5.11.1 Qualität der Berufsausbildung aus Sicht ausbildender Betriebe ... 214
A5.11.2 Qualität dualer Berufsausbildung aus Sicht der Auszubildenden ... 222

A6 Berufsbildung an beruflichen Schulen ... 235
A6.1 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen ... 236
A6.2 Quantitative Entwicklung der vollqualifizierenden Berufsausbildung an Schulen (Schuljahr 2008/09) ... 239
A6.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen ... 246
A6.4 Ausbildung im öffentlichen Dienst ... 249

A7 Angebote für bestimmte Zielgruppen ... 251
A7.1 Regelangebote und Programme der Benachteiligtenförderung ... 251
A7.2 Die Entwicklung dualer Studiengänge zwischen 2004 und 2009 ... 261

A8 Erwerbstätigkeit junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung ... 265

A9 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung ... 272
A9.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen ... 272
A9.2 Ausgaben der öffentlichen Hand ... 277

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung ... 281
Das Wichtigste in Kürze ... 281

B1 Beteiligungsstrukturen ... 282
B1.1 Beteiligung an beruflicher Weiterbildung ... 282
B1.2 Betriebliche Weiterbildung ... 289
B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote ... 289
B1.2.2 Die europäische Unternehmensbefragung Continuing Vocational Training Survey 3 (CVTS3) ... 291

B2 Weiterbildungsanbieter ... 292

B2.1 Weiterbildungsanbieter: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2009 ... 292

B2.1.1 Klima, Marktbehauptung und Strukturen im Fokus des wbmonitor 2009 ... 292

B2.1.2 Auswirkungen der Einführung von Bildungsgutscheinen aus Sicht der Weiterbildungsanbieter ... 300

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung ... 305

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen ... 305

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen ... 309

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund ... 314

B2.3 Fernunterrichtsstatistik ... 316

B2.4 Weiterbildungstests ... 320

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung ... 323

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen ... 323

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ... 329

B3.3 Begabtenförderung berufliche Bildung ... 331

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses ... 334

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung ... 336

B4 Fortbildungsordnungen ... 339

B4.1 Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung ... 339

B4.2 Neuere strukturelle Entwicklungen ... 340

B4.3 Expertisen im Vorfeld der Gestaltung von Fortbildungsordnungen ... 343

C Übergang von Ausbildung in Beschäftigung ... 345

Das Wichtigste in Kürze ... 345

C1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung ... 347

C2 Verbleib und beruflicher Erfolg von Absolventen dualer Ausbildungen bis zu 10 Jahre nach dem Abschluss ... 349

C2.1 Die Jahre 1999 und 2007 – eine Gesamtschau ... 350

C2.2 Alter, Geschlecht, Schulbildung und der Übergang in die Erwerbstätigkeit ... 353

C2.3 Erlernter Beruf und Prekarität ... 357

C3 Integrierte, prekäre und entkoppelte Berufseinstiegsverläufe ... 362

C4 Mögliche Entwicklungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse dualer Ausbildungsabsolventen ... 368

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme und Modellinitiativen 371

Das Wichtigste in Kürze 371

D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung 372

D1.1 Vorbemerkung 372

D1.2 Förderprogramme des Bundes 373

D1.3 Förderprogramme der Länder 377

D1.4 Europäische Union 388

D2 Aktivitäten und Ergebnisse ausgewählter Modellinitiativen 389

D2.1 Schwerpunktthemen und Intentionen aktueller Modellversuche und Pilotinitiativen 389

D2.2 Förderung von Transparenz, Durchlässigkeit und Anrechnung 390

D2.3 Nachhaltigkeit als Leitkategorie beruflicher Bildung 394

D2.4 Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten 394

D2.5 Flexibilitätsspielräume nutzen – die Ausbildungskompetenz der kleinen und mittleren Unternehmen fördern 396

E Internationale Indikatoren und Benchmarks, Systemmonitoring, Mobilität 399

Das Wichtigste in Kürze 399

E1 Indikatoren und Benchmarks im Rahmen der EU 400

E1.1 Indikatoren und Benchmarks im Gemeinsamen Arbeitsprogramm 2010 und 2020 400

E1.2 Die Indikatoren des Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung 403

E2 Teilnahme/Abschlüsse im internationalen Vergleich auf Grundlage der OECD-Indikatoren 405

E2.1 Teilnahme an beruflicher Erstausbildung 405

E2.2 Abschlüsse akademischer und beruflicher Bildung im internationalen Vergleich 407

E3 Systemmonitoring 410

E4 Mobilität 412

Anhang 414

Abkürzungsverzeichnis 414

Verzeichnis der Schaubilder 417

Verzeichnis der Tabellen 421

Verzeichnis der Tabellen zum Datenreport im Internet 428

Literaturverzeichnis 431

Stichwortverzeichnis 447

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung

Das Wichtigste in Kürze

Bezüglich der in Kapitel A dargestellten Indikatoren zur beruflichen Ausbildung sind vor allem foIgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Die Zahl der n**eu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** betrug zum **30.09.2009** rund 566.000 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,2% zurückgegangen. Ausgewirkt hat sich hier zum einen die Wirtschafts- und Finanzkrise, zum anderen hat es aber auch einen Rückgang der Schulabsolventen gegeben. Insgesamt dürften die Ausbildungschancen von Jugendlichen trotz des deutlichen Vertragsrückgangs in etwa wieder auf dem Vorjahresniveau gelegen haben.
- Der **Rückgang** der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fiel mit einem Minus von 13,0% **in Ostdeutschland** wesentlich deutlicher aus als **in Westdeutschland** (-7,1%). In Westdeutschland betrug die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge 2009 noch rund 467.000 und in Ostdeutschland noch knapp 99.000. Aufgrund der in Ostdeutschland stärker zurückgehenden Nachfrage hat sich die Marktsituation für die Jugendlichen hier sogar leicht verbessert.
- Die Bundesagentur für Arbeit registrierte zum 30.09. noch rund 82.000 Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die sich nicht in einer Berufsausbildung befanden und für die die **Vermittlungsbemühungen** weiterliefen. Dies zeigt, dass nach wie vor das Interesse der Jugendlichen an einer dualen Ausbildung die bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten wesentlich übersteigt und die Jugendlichen in **Qualifizierungsalternativen** außerhalb des dualen Systems ausweichen müssen.
- **Prognosen** des BIBB gehen für 2010 von einem weiteren Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen um rund 20.000 Plätze aus. Allerdings wird aufgrund sinkender Schulabgängerzahlen auch das Nachfragepotenzial um rund 69.000 zurückgehen. Bei einer wirtschaftlichen Erholung wird für die kommenden Jahre ein **Anstieg des Angebotspotenzials** der Betriebe erwartet, der auf einen **Rückgang des Nachfragepotenzials** treffen wird. Probleme von Betrieben bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen dürften dementsprechend zunehmen.
- Aus Analysen zur Befragung von Bewerbern und Bewerberinnen um eine Ausbildungsstelle geht hervor, dass der größte Teil derjenigen, die nicht in eine vollqualifizierende Ausbildung eingemündet sind, hierfür die ungünstige Marktsituation verantwortlich macht. Geänderte **berufliche Vorstellungen** werden dagegen nur von einer Minderheit **von Jugendlichen** angeführt. Dabei waren die Chancen auf Verbleib in einer vollqualifizierenden Ausbildung für die sogenannten Altbewerber deutlich ungünstiger als für andere Jugendliche.
- In einer Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung zum sogenannten Übergangssystem konnten die **Chancen zur Einmündung der Absolventen in eine vollqualifizierende Berufsausbildung** berechnet werden. Insgesamt gelang für knapp die Hälfte der Jugendlichen der Übergang in eine betriebliche Ausbildung relativ schnell. Ein weiteres Viertel konnte immerhin rasch eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen oder schulischen Berufsausbildung aufnehmen. Allerdings gelang rund einem Drittel der Jugendlichen in einem Zeitraum von zwei Jahren nach Abschluss der Maßnahme der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung nicht.
- Im Zeitraum von 1998 bis 2005 sank die **Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe** von 355 auf 339. Ab dem Jahr 2006 ist dagegen wieder ein Anstieg von 343 auf 349 im Jahr 2009 zu beobachten.
- Im Jahr 2008 befanden sich nach den **Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik** 1.613.343 Jugendliche in einer dualen Berufsausbildung. Hiervon entfielen 1.298.139 auf Westdeutschland und 315.204 auf Ostdeutschland. Frauen

sind hierbei mit 39,6% unterrepräsentiert. Einzelne Berufe unterscheiden sich hinsichtlich des Frauenanteils deutlich. Im Hinblick auf die schulische Vorbildung stellen Auszubildende mit Realschulabschluss mit 42,9% und mit Hauptschulabschluss (33,0%) die größten Gruppen.

- Im Jahr 2008 beteiligten sich 494.000 Betriebe an der beruflichen Ausbildung Jugendlicher. Im Vergleich zum Vorjahr stieg damit die Zahl ausbildender Betriebe um 0,3% an. Da gleichzeitig die Zahl der Betriebe insgesamt um knapp 0,7% zunahm, ist die **Ausbildungsbetriebsquote** nur unwesentlich um 0,1 Prozentpunkte gesunken und verbleibt seit Jahren auf einem Niveau von rund 24%. In Ostdeutschland ist die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe allerdings mit 18,3% auf den niedrigsten Stand seit 1999 gefallen.
- Die **Übernahmequote für Auszubildende** nach Abschluss ihrer Ausbildung liegt nach den Angaben des IAB-Betriebspanels nunmehr bei 61% und hat sich weiterhin positiv entwickelt.
- Das BIBB hat umfangreiche Forschungsergebnisse zur **Qualität der beruflichen Ausbildung** aus der Sicht der Betriebe und der Auszubildenden vorgelegt. Entwicklungspotenzial für eine Erhöhung der Ausbildungsqualität sehen Betriebe vor allem bei den organisatorischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Ausbilder und die Zusammenarbeit mit der Berufsschule. Die Auszubildenden sehen ihre Anforderungen an eine gute Ausbildung als nicht vollständig erfüllt an. Auch sie bewerten z. B. die Kooperation der Lernorte sehr kritisch.
- Bei den **schulischen Bildungsgängen** hat sich aufgrund der demografischen Entwicklung der Rückgang des vergangenen Jahres fortgesetzt. Die Schülerzahlen liegen jedoch weiter auf einem hohen Niveau. So gingen im Schuljahr 2008/2009 die Schülerzahlen an Berufsfachschulen um 3,7% auf rund 511.000 zurück. Die entsprechenden Zahlen für das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr betrugen rund 55.000 (-10,9%) und rund 44.000 (-3,6%).
- Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2007 ist die **Ungelerntenquote in der Bevölkerung** mit 15,2% (Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen) sehr hoch. Eine Sonderauswertung erwerbstätiger Ungelernter im Alter zwischen 20 und 34 Jahren ergab deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art der Beschäftigung. So sind Frauen deutlich häufiger als Männer in unterwertiger Beschäftigung tätig.
- Die **tariflichen Ausbildungsvergütungen** sind 2009 um durchschnittlich 3,3% auf nunmehr 679 € pro Monat angestiegen. Dies war die höchste Vergütungssteigerung seit 1995.

(Günter Walden)

A1 Ausbildungsmarktbilanz 2009

Im Zeitraum vom 1. Oktober 2008 bis 30. September 2009 wurden bundesweit 566.004 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, 50.338 bzw. 8,2% weniger als im Jahr zuvor. Im Westen sank die Zahl um 35.598 bzw. -7,1% auf nunmehr 467.006, im Osten[1] um 14.740 bzw. -13,0% auf 98.998 → **Tabelle A1-1**. Das ist das Ergebnis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2009 E. Als Ursachen für den starken Rückgang der Ausbildungsvertragszahl im Berichtsjahr 2009[2] sind im Wesentlichen die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der starke demografische Einbruch zu nennen. Die ökonomische Krise trug dazu bei, dass bundesweit 52.623 Ausbildungsplätze weniger als im Vorjahr angeboten wurden. Gleichzeitig gingen aber auch die Zahl der Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden bzw. teilqualifizierenden beruflichen Schulen (vgl. dazu auch Statistisches Bundesamt 2009) sowie die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten „Altbewerber" (Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen) deutlich zurück.

E BIBB-Erhebung zum 30. September

Die BIBB-Erhebung zum 30. September wird jährlich auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in Zusammenarbeit mit den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen durchgeführt. Berücksichtigt werden alle Ausbildungsverträge, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des laufenden Jahres neu abgeschlossen und nicht vorzeitig wieder gelöst wurden. Die Meldungen über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden bis Ende November von den zuständigen Stellen an das BIBB übermittelt. Erste Auswertungsergebnisse liegen bereits Mitte Dezember vor. Die Daten sind in tabellarischer Form auf den Internetseiten des BIBB unter der URL **www.bibb.de/naa309** abrufbar und fließen in den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung und den BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht ein.

Die Vertragszahlen werden differenziert für Einzelberufe auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erhoben. Anschlussverträge werden hierbei gesondert erfasst. Sie werden im Gegensatz zur Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes (StBA) nicht zu der Gesamtsumme der Neuabschlüsse hinzugerechnet, da die Anschlussverträge in der Regel eine Ausbildungsdauer von 24 Monaten unterschreiten.

Die Daten der BIBB-Erhebung zum 30. September können mit den Ende September von der Bundesagentur für Arbeit (BA) bilanzierten Ergebnissen ihrer Vermittlungsstatistik verbunden werden. Damit lassen sich zeitnah wichtige Informationen zum Marktgeschehen und zur Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage gewinnen.

Von den Rückgängen war wie bereits in den Vorjahren vor allem der Osten Deutschlands betroffen. Die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen – die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung – verminderte sich um 13,1% bzw. 12.034 auf nur noch 79.802. 8 Jahre zuvor, im Jahr 2001, waren es noch 175.163 gewesen. Verschärft wurde die Entwicklung im Osten zudem dadurch, dass der demografische Einbruch nach der Wende 1990 nun auch bei den Abiturienten ankam und zudem anders als im Vorjahr in keinem der 6 Länder ein doppelter Abiturientenjahrgang die Schulen verließ.[3] Die Zahl der studienberechtigten Absolventen und Absolventinnen sank um -11.270 bzw. -17,3% auf nur noch 54.030. Im Westen stieg die Zahl der studienberechtigten Absolventen und Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen zwar noch einmal an (um +9.916 bzw. +4,8% auf 217.090), doch wurde dieser Anstieg durch den Rückgang bei den nicht studienberechtigten Abgängern und Absolventen (-20.591 bzw. -3,8% auf 522.182) deutlich übertroffen. Stark entlastet wurde die Ausbildungsmarktlage im Westen zudem durch eine wesentlich niedrigere Zahl der bei den Arbeitsagenturen und ARGEn[4] registrierten Ausbildungsstel-

1 Die Bezeichnungen „Osten" und „Ostdeutschland" werden synonym zu der Bezeichnung „neue Länder" verwendet und umfassen die fünf neuen Bundesländer sowie Berlin.

2 Wenn im Folgenden von „Berichtsjahr" oder „Jahr" die Rede ist, ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

3 Im Vorjahr 2008 war Mecklenburg-Vorpommern davon betroffen.

4 ARGEn = *Arbeitsgemeinschaften* zwischen den Agenturen für Arbeit und den Trägern der Grundsicherung.

Tabelle A1-1: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der Schulabsolventen und der „Altbewerber" im Bundesgebiet sowie in West- und Ostdeutschland von 2008 bis 2009**

	Ausbildungsplatzangebote	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Schulabsolventen/-innen aus				Bei den Agenturen für Arbeit und den ARGEn gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren („Altbewerber")		Personen insgesamt (Summe Spalte 3 bis Spalte 8)
			allgemeinbildenden Schulen		beruflichen Schulen				
			nicht studienberechtigt	studienberechtigt	BVJ, BGJ und BFS	FOS und FGYM	aus dem Vorjahr	aus noch früheren Jahren	
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9
Bundesgebiet									
2008	635.758	616.342	634.609	272.474	291.495	121.522	128.539	191.854	1.640.493
2009	583.135	566.004	601.984	271.120	281.926	119.482	111.734	132.057	1.518.303
Entwicklung	-52.623	-50.338	-32.625	-1.354	-9.569	-2.040	–	–	–
2009 zu 2008	-8,3 %	-8,2 %	-5,1 %	-0,5 %	-3,3 %	-1,7 %	–	–	–
Alte Länder									
2008	519.251	502.604	542.773	207.174	259.534	99.128	101.670	140.888	1.351.167
2009	481.493	467.006	522.182	217.090	254.098	99.295	90.837	99.846	1.283.348
Entwicklung	-37.758	-35.598	-20.591	9.916	-5.436	167	–	–	–
2009 zu 2008	-7,3 %	-7,1 %	-3,8 %	4,8 %	-2,1 %	0,2 %	–	–	–
Neue Länder und Berlin									
2008	116.507	113.738	91.836	65.300	31.961	22.394	26.822	50.898	289.211
2009	101.642	98.998	79.802	54.030	27.828	20.187	20.865	32.179	234.891
Entwicklung	-14.865	-14.740	-12.034	-11.270	-4.133	-2.207	–	–	–
2009 zu 2008	-12,8 %	-13,0 %	-13,1 %	-17,3 %	-12,9 %	-9,9 %	–	–	–

Absolventen/-innen aus allgemeinbildenden Schulen: Ist-Zahlen für 2008, Schätzung für 2009.

Absolventen/-innen aus beruflichen Schulen: Ist-Zahlen für 2008, Schätzungen für 2009.

Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren: Ist-Zahlen für 2008 und 2009. Abweichungen in den Summen von „Alte Länder" und „Neue Länder und Berlin" zum Bundesgebiet durch regional nicht zuordenbare Daten. Laut Bundesagentur für Arbeit ist ein Vorjahresvergleich infolge einer geänderten Datenermittlung bei der Identifizierung der Bewerber/-innen mit früherem Schulentlassjahr nicht möglich.

BVJ = schulisches Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = schulisches Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschule (ohne vollqualifizierende Abschlüsse), FOS = Fachoberschule, FGYM = berufliches Fachgymnasium.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Berechnungen

lenbewerber, welche ihre Schulzeit bereits im Vorjahr oder in den Vorvorjahren beendet hatten (sogenannte „Altbewerber").[5]

Die Gründe für die (in diesem Ausmaß) unerwartet niedrige Zahl an Altbewerbern sind derzeit nicht genau auszumachen. Nach Angaben der BA ist ein eindeutiger Vorjahresvergleich infolge einer geänderten Datenermittlung bei der Identifizierung der Bewerber/-innen mit früherem Schulentlassjahr nicht möglich (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009a). Neben den statistischen Ursachen dürfte die Altbewerberzahl aber auch aufgrund einer besseren Ausbildungsmarktlage in den Vorjahren sowie aufgrund eines tendenziell veränderten Bewerbungs- und Suchverhaltens aufseiten der Jugendlichen gesunken sein. Womöglich auch infolge des stark ausgebauten Netzangebots zur Unterstützung bei der Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche nahm der Anteil der Jugendlichen, der sich bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber/-in registrieren ließ, in den letzten Jahren ab.[6] Dies betraf selbst jene Jugendlichen, die letztlich bei ihrer Ausbildungsplatzsuche erfolglos blieben.

5 Vgl. hierzu auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.3 sowie → **Kapitel A3.1** im vorliegenden Datenreport.

6 Hier sei beispielsweise auf das Portal **www.planet-beruf.de** verwiesen, das im ersten Jahr seit dem Start im Herbst 2008 mehr als 37 Millionen Zugriffe und 3,7 Millionen Nutzer/-innen verzeichnete (vgl. Pressemitteilung Nr. 80 der Bundesagentur für Arbeit vom 24. November 2009).

Tabelle A1-2: **Zum Ende des Berichtsjahres[1] noch unbesetzte Ausbildungsplatzangebote bzw. noch weiter suchende Ausbildungsplatzbewerber/-innen, soweit sie bei den Arbeitsagenturen, den ARGEn oder zugelassenen kommunalen Trägern gemeldet waren**

	Nicht besetztes betriebliches Ausbildungsplatzangebot	Noch weiter suchende Ausbildungsplatzbewerber/-innen		
		Insgesamt	darunter:	
			mit einer Alternative[2]	ohne Alternative („unversorgt")
Bundesgebiet				
2008[3]	19.507	96.325	81.810	14.515
2009[3]	17.255	83.059	73.456	9.603
2009[4]	17.255	93.179	76.740	16.439
Entwicklung	-2.252	-13.266	-8.354	-4.912
2008[3] zu 2009[3]	-11,5 %	-13,8 %	-10,2 %	-33,8 %
Alte Länder				
2008[3]	16.664	82.441	72.287	10.154
2009[3]	14.500	74.183	67.280	6.903
2009[4]	14.500	81.835	69.912	11.923
Entwicklung	-2.164	-8.258	-5.007	-3.251
2008[3] zu 2009[3]	-13,0 %	-10,0 %	-6,9 %	-32,0 %
Neue Länder und Berlin				
2008[3]	2.769	13.863	9.505	4.358
2009[3]	2.644	8.858	6.161	2.697
2009[4]	2.644	11.326	6.813	4.513
Entwicklung	-125	-5.005	-3.344	-1.661
2008[3] zu 2009[3]	-4,5 %	-36,1 %	-35,2 %	-38,1 %

[1] Jeweils Ende September.

[2] Z. B. erneuter Schulbesuch, Erwerbstätigkeit, Jobben, Berufsvorbereitung.

[3] Nicht besetztes betriebliches Angebot und noch weiter suchende Bewerber/-innen: nur Meldungen bei Agenturen und ARGEn.

[4] Nicht besetztes betriebliches Angebot: nur Meldungen bei Agenturen und ARGEn; noch weiter suchende Bewerber/-innen: Meldungen bei Agenturen, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern.

Abweichungen zwischen den Summen von West und Ost zu Deutschland durch regional nicht zuordenbare Daten sind möglich.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Stellt man nun der Zahl der 2009 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge die Zahl der Schulabgänger und -absolventen sowie der „Altbewerber" gegenüber und berücksichtigt man dabei das aus diesen Gruppen resultierende Nachfragepotenzial, dürften die Ausbildungschancen für die Jugendlichen in Deutschland insgesamt trotz des starken Vertragsrückgangs in etwa wieder auf dem Vorjahresniveau gelegen haben (siehe dazu auch → **Kapitel A2**). Somit konnten bundesweit die negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Ausbildungsmarkt durch die demografische Entwicklung weitgehend kompensiert werden. Dabei hat sich die Versorgungslage in Ostdeutschland trotz des im Vergleich zum Westen noch deutlich stärkeren Angebotsrückgangs (-12,8% im Osten gegenüber -7,3% im Westen) sogar weiter verbessert, während sie im Westen Deutschlands wahrscheinlich etwas ungünstiger als 2008 ausfiel.[7]

Bei insgesamt ähnlichen Marktverhältnissen wie 2008 blieb es im Jahr 2009 für viele Jugendliche schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Zum Ende des Berichtsjahres (Ende September 2009) registrierten die Arbeitsagenturen und ARGEn bundesweit noch 83.059 Ausbildungsstellenbewerber/-innen, für die die Vermitt-

7 Dazu mögen auch die wieder steigenden Studienanfängerzahlen beigetragen haben. 2009 begannen nach ersten vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes 423.298 junge Erwachsene ein Studium; 2008 waren es noch 396.800 gewesen.

lungsbemühungen weiterliefen (2008: 96.325). Ihnen standen 17.255 noch unbesetzte betriebliche Ausbildungsplatzangebote gegenüber (2008: 19.507). Hinzu kamen noch rund 10.000 weitere Jugendliche, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet waren und für die Ende September die Vermittlungsbemühungen ebenfalls noch nicht abgeschlossen waren.[8] Insgesamt waren zum Abschluss des Berichtsjahres weiterhin deutlich mehr Ausbildungsstellenbewerber/-innen auf Ausbildungsplatzsuche, als noch offene Ausbildungsstellen registriert waren → **Tabelle A1-2**.

Die Versorgung der 93.179 zum Ende des Berichtsjahres bei den Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten, noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen[9] erfolgte überwiegend über Ersatzangebote. Für 76.740 hatte sich bereits bis Ende September 2009 eine (vorläufige) Alternative zum Beginn einer vollqualifizierenden Berufsausbildung abgezeichnet. In 36,7% der Fälle waren dies ein erneuter Schulbesuch oder ein Praktikum, in 37,7% Fördermaßnahmen (z. B. berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung), in 10,9% eine Erwerbstätigkeit, in ebenfalls 10,9% der Fälle die Fortsetzung einer bereits begonnenen Berufsausbildung[10] und in 3,8% der Fälle gemeinnützige oder soziale Dienste (vgl. dazu auch → **Kapitel A1.2**). Für die 16.439 Bewerber/-innen, für die am Ende des Berichtsjahres noch keine Berufsausbildung oder Alternative gefunden worden war (sogenannte „unversorgte Bewerber"), standen im Nachvermittlungsgeschäft neben den noch offenen Ausbildungsplätzen auch betriebliche Einstiegsqualifizierungsplätze zur Verfügung: Zwischen Anfang Oktober 2009 und Ende Dezember 2009 wurden 17.636 solcher Plätze gemeldet, von denen Ende Dezember 2009 noch 11.373 nicht besetzt waren (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009c). Zu diesem Zeitpunkt waren von den ehemals 16.439 „unversorgten Bewerbern" 1.167 bzw. 7,1% in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet. Für weitere 3.826 bzw. 23,3% konnten die Vermittlungsbemühungen eingestellt werden, weil sie entweder eine Alternative gefunden hatten und an keiner weiteren Vermittlung interessiert waren oder weil sie unbekannt verblieben waren. Bei 11.446 bzw. 69,6% liefen die Vermittlungsbemühungen weiter, wobei sich für 2.534 Bewerber/-innen von diesen bereits eine alternative Verbleibsmöglichkeit abgezeichnet hatte (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009d).[11] In → **Tabelle A1-3** sind die Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2009 nach Ländern dargestellt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich 2009 ungeachtet der Finanz- und Wirtschaftskrise und trotz des beträchtlichen Vertragsrückgangs die Lage auf dem Ausbildungsmarkt nicht wesentlich

8 Nach § 35 SGB III haben sowohl „die Agenturen für Arbeit (AA) als auch die Träger der Grundsicherung (…) Ausbildungsvermittlung (…) durchzuführen. Träger der Grundsicherung können diese Aufgabe durch die AA wahrnehmen lassen (§ 16 Abs. 4 SGB II). Bisher konnten Statistiken hierüber nur aus Daten der AA sowie der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) aus dem BA-eigenen Fachverfahren veröffentlicht werden. Von den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) liegen jetzt erstmals auswertbare Ergebnisse zu Bewerbern für Berufsausbildungsstellen ab Oktober 2008 vor" (Bundesagentur für Arbeit 2009b). In der Gesamtsumme aller 555.650 von den Agenturen, ARGEn und zkTn registrierten Ausbildungsstellenbewerbern des Berichtsjahres 2009 sind allerdings 1.807 (0,3%) Doppelnennungen enthalten, das heißt Bewerber/-innen, die sowohl von den Agenturen als auch von den zkTn registriert und in den beiden IT-Verfahren nachgewiesen wurden. Solche „Doppelnennungen entstehen etwa infolge des Eintretens von Hilfebedürftigkeit i. S. des SGB II, nachdem der/die Bewerber/Bewerberin über eine AA Ausbildung suchte, bzw. umgekehrt bei Wegfall der Bedürftigkeit" (Bundesagentur für Arbeit 2009b). Sie lassen sich zurzeit noch nicht eindeutig beseitigen, doch können sie angesichts ihres begrenzten Umfangs vernachlässigt werden.

9 In dieser Zahl sind 713 Doppelungen (0,8%) enthalten. 87 dieser Doppelfälle wurden sowohl von den Agenturen als auch von den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) als Personen mit weiter laufendem Vermittlungsauftrag ausgewiesen, 525 lediglich von den zkTn und 101 allein von den Agenturen für Arbeit (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009b).

10 Hierbei handelt es sich um Jugendliche, die sich bereits in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung befinden und von dort aus weiter nach einem neuen Ausbildungsplatz suchten. Ihre Zahl bezifferte sich 2009 auf 8.393. Von ihnen befanden sich 83,2% in einer geförderten („außerbetrieblichen") Ausbildung.

11 Bis Ende Januar 2010 erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen nochmals um 1.223 auf insgesamt 18.859 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010a). Für Ende Januar 2010 liegen aus derselben Quelle differenzierte Verbleibsinformationen zu jenen am 30. September 2009 unversorgten Bewerbern vor, die bei Agenturen für Arbeit und ARGEn (ohne zkT) gemeldet waren. Von den 9.603 Betroffenen befanden sich Ende Januar 1.092 (11,4%) in einer ungeförderten und weitere 281 (2,9%) in einer geförderten Berufsausbildung. 1.416 (14,7%) waren in Fördermaßnahmen, 339 (3,5%) in sonstigen Bildungsgängen wie Schule/Studium/Praktikum, 462 (4,8%) in Erwerbstätigkeit und 1.545 (16,1%) unbekannt verblieben. 117 (1,2%) leisteten gemeinnützige bzw. soziale Dienste. 4.351 Personen (45,3%) waren auch Ende Januar noch „unversorgt". – Unter Einschluss der bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) registrierten Personen betrug die Zahl der auch noch Ende Januar 2010 unversorgten Bewerber/-innen 7.990, dies waren 48,6% aller 16.439 Personen, die Ende September zum Abschluss des Berichtsjahres 2009 bei Agenturen für Arbeit, ARGEn und zkTn gemeldet waren und zu diesem Zeitpunkt als unversorgt galten (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010b).

Tabelle A1-3: **Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2009**

Land	BIBB-Erhebung zum 30. September			Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)										
		darunter:		Bei den Agenturen für Arbeit und ARGEn gemeldete Berufsausbildungsstellen				Bei den Agenturen für Arbeit, ARGEn und zkTn gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen						
	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	neue betriebliche Ausbildungsverträge	neue außerbetriebliche Ausbildungsverträge	gemeldete Berufsausbildungsstellen insgesamt	darunter:			gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt	darunter: mit abgeschlossenem Vermittlungsauftrag			darunter: mit noch weiter laufendem Vermittlungsauftrag		
					gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen	gemeldete außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen	Ende September noch unbesetzte betriebliche Berufsausbildungsstellen		insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:	
										durch Einmündung in Berufsausbildungsstelle	andere ehemalige Bewerber/-innen		mit einer Alternative zum 30. 09.	Verbleib noch nicht geklärt („unversorgte Bewerber")
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14
Baden-Württemberg	76.507	73.842	2.665	65.665	58.060	7.605	2.608	67.517	55.323	28.809	26.514	12.194	11.420	774
Bayern	93.564	90.097	3.467	82.987	78.010	4.977	4.803	82.269	70.793	46.473	24.320	11.476	10.702	774
Berlin	19.485	15.425	4.060	14.722	10.012	4.710	283	20.843	18.387	7.648	10.739	2.456	893	1.563
Brandenburg	15.065	11.233	3.832	14.660	10.012	4.648	535	17.988	15.238	9.292	5.946	2.750	1.317	1.433
Bremen	6.133	5.668	465	4.928	4.262	666	277	4.131	3.446	1.640	1.806	685	612	73
Hamburg	13.496	12.760	736	8.656	7.920	736	132	6.362	5.492	2.772	2.720	870	615	255
Hessen	39.453	36.183	3.270	32.233	27.860	4.373	1.310	40.319	31.705	16.036	15.669	8.614	6.415	2.199
Mecklenburg-Vorpommern	11.825	8.918	2.907	12.781	9.101	3.680	670	12.149	11.151	7.424	3.727	998	719	279
Niedersachsen	57.395	55.084	2.311	47.424	41.316	6.108	1.371	61.339	47.253	24.283	22.970	14.086	11.652	2.434
Nordrhein-Westfalen	121.504	114.587	6.917	94.469	84.235	10.234	2.264	136.413	110.171	52.637	57.534	26.242	21.887	4.355
Rheinland-Pfalz	28.851	27.348	1.503	23.548	20.810	2.738	873	26.869	22.562	12.443	10.119	4.307	3.670	637
Saarland	8.789	8.180	609	6.303	5.462	841	390	6.704	5.734	3.009	2.725	970	917	53
Sachsen	23.816	17.855	5.961	22.405	16.153	6.252	434	27.441	25.023	16.157	8.866	2.418	1.708	710
Sachsen-Anhalt	14.937	11.399	3.538	14.372	10.311	4.061	387	15.752	14.238	10.168	4.070	1.514	1.158	356
Schleswig-Holstein	21.314	20.376	938	15.331	13.615	1.716	472	14.542	12.151	6.930	5.221	2.391	2.022	369
Thüringen	13.870	11.237	2.633	14.631	11.024	3.607	335	14.853	13.663	9.473	4.190	1.190	1.018	172
Alte Länder	**467.006**	**444.125**	**22.881**	**381.544**	**341.550**	**39.994**	**14.500**	**446.465**	**364.630**	**195.032**	**169.598**	**81.835**	**69.912**	**11.923**
Neue Länder und Berlin	**98.998**	**76.067**	**22.931**	**93.571**	**66.613**	**26.958**	**2.644**	**109.026**	**97.700**	**60.162**	**37.538**	**11.326**	**6.813**	**4.513**
Bundesgebiet[1]	**566.004**	**520.192**	**45.812**	**475.391**	**408.439**	**66.952**	**17.255**	**555.650**	**462.471**	**255.253**	**207.218**	**93.179**	**76.740**	**16.439**

[1] Abweichungen in den Summen von „Alte Länder" und „Neue Länder und Berlin" zum „Bundesgebiet" können sich durch regional nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum Abschluss des Berichtsjahres 2008/2009

verändert hat. In relativer Hinsicht gab es kaum weniger Angebote für die Jugendlichen als im Vorjahreszeitraum, und die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen, für die auch noch am Ende des Berichtsjahres die Vermittlungsbemühungen weiterliefen, verringerte sich. Gleichwohl bedeutete dies nicht, dass die Lage auf dem Ausbildungsmarkt als entspannt gelten konnte. Noch immer suchten am Ende des Berichtsjahres weitaus mehr Ausbildungsstellenbewerber/-innen einen Ausbildungsplatz, als noch offene Ausbildungsstellen zur Verfügung standen. Eine „Versorgung" der Jugendlichen gelang weiterhin nur dadurch, dass viele Jugendliche zunächst auf Ersatzangebote wie einen erneuten Schulbesuch, den Beginn einer Einstiegsqualifizierung oder die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme ausweichen mussten.

Ungeachtet der Übergangsprobleme, die für einen Teil der Jugendlichen weiterhin fortbestanden, waren 2009 die demografischen Effekte auf den Ausbildungsmarkt und auf die Akquisitionsmöglichkeiten der an Ausbildung interessierten Betriebe unübersehbar. Das Nachfragepotenzial aufseiten der Jugendlichen sank 2009 sehr deutlich → **Kapitel A2**, und der Wandel von einem Anbieter- zu einem Nachfragermarkt wird sich 2010 und in den kommenden Jahren fortsetzen. Die künftigen Verhältnisse könnten somit zunehmend von zwei scheinbar widersprüchlichen Wirklichkeiten gekennzeichnet sein: von einer weiterhin substanziellen Zahl von Jugendlichen mit Problemen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und von einer wachsenden Zahl von Betrieben, die ihre Auszubildenden aus einer stetig geringeren Zahl an Bewerbern auswählen müssen.

A1.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Mit bundesweit 566.004 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen fiel die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse auf den drittniedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Nur in den Jahren 2003 und 2005 waren es mit 557.634 bzw. 550.180 noch weniger gewesen. Insbesondere in den neuen Ländern nahm die Zahl der neuen Ausbildungsverträge stark ab. Sie sank nicht nur auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, sondern lag mit 98.998 auch erstmalig unter der 100.000er-Marke → **Tabelle A1.1-1**. Zum stärksten relativen Rückgang kam es im Land Mecklenburg-Vorpommern, wo 17,5 % weniger Neuabschlüsse registriert wurden als noch ein Jahr zuvor. Die Veränderungsraten in den übrigen vier neuen Ländern (ohne Berlin) variierten zwischen -12,2 % (Sachsen) und -15,0 % in Brandenburg. Dass Mecklenburg-Vorpommern trotz des bundesweit größten Rückgangs gleichwohl zu den Ländern mit einer überdurchschnittlich guten Angebots-Nachfrage-Relation zählte (siehe unten), ist Folge des demografischen Einbruchs und macht zugleich dessen dramatisches Ausmaß deutlich.

Die Veränderungsraten der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den alten Ländern bewegten sich zwischen -1,1 % im Saarland und -9,1 % in Bayern. In keinem der alten Länder kam es somit 2009 zu einem Anstieg des Ausbildungsvolumens. Dass im Saarland der Rückgang noch vergleichsweise moderat ausfiel, ist womöglich auch auf den Umstand zurückzuführen, dass hier 2009 wegen der Umstellung der Gymnasialzeit auf 8 Jahre zwei Schulentlassjahrgänge zugleich die Hochschulreife erwarben und die Betriebe versuchten, die Gunst der Stunde zu nutzen und mehr Abiturienten einzustellen. Mit insgesamt 467.006 neuen Ausbildungsverträgen wurde in den alten Ländern immer noch der achthöchste Wert seit dem Jahr 1992 erreicht; gegenüber dem Krisenjahr 2005, als nur 434.162 Neuabschlüsse registriert worden waren, waren es immer noch 32.844 mehr. Angesichts der demografischen Entwicklung ist

Tabelle A1.1-1: **Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1992 bis 2009**

	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																		2009 zu 2008	
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	absolut	in %
Baden-Württemberg	75.294	71.035	69.055	69.037	68.730	70.196	73.818	76.331	77.290	77.066	72.582	70.804	73.277	71.854	73.991	81.216	82.185	76.507	-5.678	-6,9
Bayern	95.966	92.325	89.678	89.345	90.131	91.988	97.060	96.800	98.295	101.222	95.315	91.925	93.396	90.220	93.005	102.204	102.987	93.564	-9.423	-9,1
Berlin	18.852	18.193	20.365	19.563	21.475	19.448	22.638	23.722	23.084	21.689	20.192	19.152	20.534	19.639	20.799	21.561	21.021	19.485	-1.536	-7,3
Brandenburg	18.241	15.322	18.901	20.223	21.606	19.628	21.400	21.368	19.897	18.826	18.576	18.492	17.919	16.415	19.573	18.489	17.720	15.065	-2.655	-15,0
Bremen	6.232	6.009	5.712	5.591	5.480	5.686	5.631	6.012	6.146	5.983	5.534	5.303	5.758	5.644	5.900	6.292	6.489	6.133	-356	-5,5
Hamburg	13.622	12.513	11.529	11.278	11.530	11.851	12.080	12.548	12.580	13.028	12.215	11.914	12.470	12.406	13.210	14.233	14.862	13.496	-1.366	-9,2
Hessen	43.723	41.359	38.271	38.659	38.737	39.434	41.214	42.607	42.074	42.147	38.362	37.812	38.727	37.662	39.426	43.378	42.667	39.453	-3.214	-7,5
Mecklenburg-Vorpommern	11.793	13.950	17.744	18.268	18.977	19.039	19.294	19.145	18.338	17.622	16.722	16.665	16.025	15.784	15.306	16.085	14.339	11.825	-2.514	-17,5
Niedersachsen	61.823	57.592	54.342	53.783	54.379	56.268	57.942	59.381	57.927	56.674	53.364	52.058	53.826	51.530	54.277	58.810	59.880	57.395	-2.485	-4,2
Nordrhein-Westfalen	131.464	122.719	114.926	115.394	112.557	117.366	122.590	128.437	128.640	126.069	115.513	111.046	115.987	111.190	115.671	132.032	131.902	121.504	-10.398	-7,9
Rheinland-Pfalz	28.228	26.556	25.600	26.437	27.082	28.346	29.808	30.693	30.811	29.943	27.514	26.938	27.920	26.445	28.037	31.844	30.697	28.851	-1.846	-6,0
Saarland	7.631	6.978	6.881	7.072	7.208	7.606	8.486	9.034	9.252	8.839	8.356	8.178	8.201	8.177	8.359	8.919	8.891	8.789	-102	-1,1
Sachsen	28.565	28.950	35.515	35.697	38.023	36.752	35.919	38.144	34.749	33.362	31.125	30.665	30.615	28.862	31.463	32.007	27.118	23.816	-3.302	-12,2
Sachsen-Anhalt	16.866	18.687	20.722	22.406	20.125	23.787	23.144	23.332	21.459	21.767	19.257	19.133	20.328	17.748	17.904	19.110	17.363	14.937	-2.426	-14,0
Schleswig-Holstein	20.971	19.873	19.394	19.486	18.814	19.582	20.103	20.370	20.067	19.212	18.671	18.769	19.314	19.034	20.339	21.859	22.044	21.314	-730	-3,3
Thüringen	15.944	18.059	19.447	20.535	19.473	20.540	21.402	23.091	21.084	20.789	19.025	18.780	18.683	17.570	18.893	17.846	16.177	13.870	-2.307	-14,3
Alte Länder	**484.954**	**456.959**	**435.388**	**436.082**	**434.648**	**448.323**	**468.732**	**482.213**	**483.082**	**480.183**	**447.426**	**434.747**	**448.876**	**434.162**	**452.215**	**500.787**	**502.604**	**467.006**	**-35.598**	**-7,1**
Neue Länder und Berlin	**110.261**	**113.161**	**132.694**	**136.692**	**139.679**	**139.194**	**143.797**	**148.802**	**138.611**	**134.055**	**124.897**	**122.887**	**124.104**	**116.018**	**123.938**	**125.098**	**113.738**	**98.998**	**-14.740**	**-13,0**
Bundesgebiet	**595.215**	**570.120**	**568.082**	**572.774**	**574.327**	**587.517**	**612.529**	**631.015**	**621.693**	**614.238**	**572.323**	**557.634**	**572.980**	**550.180**	**576.153**	**625.885**	**616.342**	**566.004**	**-50.338**	**-8,2**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

allerdings für die kommenden Jahre mit weiteren Nachfragerückgängen zu rechen (vgl. dazu auch → **Kapitel A2**).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen

Von allen 7 Zuständigkeitsbereichen mussten die Industrie- und Handelskammern (kurz: Industrie und Handel) bundesweit den größten absoluten und relativen Rückgang bei den neuen Ausbildungsverträgen hinnehmen (-35.790 bzw. -9,7%). Insgesamt wurden von Industrie und Handel 333.404 Ausbildungsverträge eingetragen, und trotz des beträchtlichen Verlustes hielten Industrie und Handel ihre Stellung als der mit Abstand größte Ausbildungsbereich → **Tabelle A1.1-2**. 2009 wurden bundesweit immer noch 59 von 100 neuen Verträgen bei den Industrie- und Handelskammern eingetragen.[12]

Im zweitgrößten Zuständigkeitsbereich, dem Handwerk, wurden bundesweit 157.279 neue Lehrverträge abgeschlossen, 12.790 bzw. 7,5% weniger als ein Jahr zuvor. Das Handwerk war dabei besonders stark vom demografischen Einbruch im Osten betroffen; die ostdeutschen Handwerkskammern zählten 3.848 Lehrverträge weniger (-13,9%). Mit insgesamt nur noch 23.740 Neuabschlüssen sank das Ausbildungsvolumen des ostdeutschen Handwerks auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung und umfasste nur noch 42,0% des Spitzenwertes aus dem Jahr 1995. Damals konnten 56.575 Lehrverträge verbucht werden → **Tabelle A1.1-3**. Bei den zuständigen Stellen für den öffentlichen Dienst wurden bundesweit 13.724 Ausbildungsverträge registriert. Damit erzielte der öffentliche Dienst als einziger der 7 Zuständigkeitsbereiche einen Zuwachs bei den Neuabschlüssen. Er bezifferte sich auf insgesamt +496 bzw. +3,7% und betraf neben den alten Ländern (+413 bzw. +4,1%) auch die neuen Länder und Berlin (+83 bzw. +2,7%). Die zuständigen Stellen für die Landwirtschaft meldeten bundesweit 14.646 Ausbildungsverträge (2008: 15.328 Abschlüsse, -4,4%).

Die freien Berufe verzeichneten bei einem bundesweit mäßigen Rückgang von 1.272 Verträgen bzw. -2,9% die nach dem öffentlichen Dienst zweitbeste Entwicklung aller 7 Zuständigkeitsbereiche. Insgesamt wurden von den freien Berufen im Jahr 2009 42.675 neue Ausbildungsverträge verbucht. Im Bereich Hauswirtschaft wurden mit bundesweit 3.997 Ausbildungsverträgen erstmals seit der Wiedervereinigung weniger als 4.000 Neuabschlüsse verzeichnet; der Rückgang gegenüber dem Vorjahr lag bei -274 bzw. -6,4%. Dabei wurden 55,8% der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit behinderten Jugendlichen abgeschlossen (2009: 2.229 Ausbildungsverträge als Hauswirtschaftshelfer/-in und Hauswirtschaftstechnische/-r Helfer/-in). Damit ist der Bereich Hauswirtschaft der Bereich, in dem besonders viele junge Menschen mit Behinderungen eine Ausbildungsmöglichkeit finden.

In der Seeschifffahrt, dem kleinsten Zuständigkeitsbereich, wurden 279 Ausbildungsverträge im Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker/-in neu abgeschlossen (-26 bzw. -8,5%).

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

2009 wurden mit jungen Frauen bundesweit 42,9% aller Ausbildungsverträge abgeschlossen (zweite Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). Damit hat sich der Anteil der jungen Frauen unter den neuen Auszubildenden weiter erhöht; im Vorjahr hatte er noch bei 42,0% gelegen. Die Ursache liegt darin begründet, dass die jungen Frauen vom Gesamtrückgang der Ausbildungsverträge (-50.338 bzw. -8,2%) weniger betroffen waren (-16.386 bzw. -6,3%) als die jungen Männer (-33.952 bzw. -9,5%). Eine ähnliche Entwicklung hatte es bereits im Vorjahr 2008 gegeben. Damals waren vom Rückgang der neuen Ausbil-

12 Bei der Interpretation der Ergebnisse nach den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. Eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist deshalb nicht immer möglich. So fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden von Industrie, Handel oder Handwerk mitgezählt. Schätzungen gehen davon aus, dass die tatsächliche Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes in anerkannten Ausbildungsberufen etwa doppelt so hoch ausfällt wie in den Berufen, für die er selbst zuständig ist. Zudem nehmen in Mecklenburg-Vorpommern und Hessen die Industrie- und Handelskammern auch für einige Berufe des öffentlichen Dienstes die Aufgaben der zuständigen Stelle wahr, und in den Ländern Schleswig-Holstein und Hessen sind die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft.

Tabelle A1.1-2: **Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2009 und Veränderung gegenüber 2008 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen**

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																							
	Insgesamt			Davon im Zuständigkeitsbereich:																				
				Industrie und Handel			Handwerk			Öffentlicher Dienst			Landwirtschaft			Freie Berufe			Hauswirtschaft			Seeschifffahrt		
		Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung			Entwicklung	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
Baden-Württemberg	76.507	-5.678	-6,9	44.607	-4.876	-9,9	22.450	-428	-1,9	2.031	73	3,7	1.529	-42	-2,7	5.255	-437	-7,7	635	32	5,3	0	0	0,0
Bayern	93.564	-9.423	-9,1	53.337	-6.323	-10,6	28.238	-3.161	-10,1	1.613	258	19,0	2.203	-31	-1,4	7.739	-140	-1,8	434	-26	-5,7	0	0	0,0
Berlin	19.485	-1.536	-7,3	11.572	-1.014	-8,1	4.889	-623	-11,3	690	60	9,5	341	29	9,3	1.857	41	2,3	136	-29	-17,6	0	0	0,0
Brandenburg	15.065	-2.655	-15,0	9.374	-1.803	-16,1	3.636	-589	-13,9	474	8	1,7	716	-185	-20,5	706	-27	-3,7	159	-59	-27,1	0	0	0,0
Bremen	6.133	-356	-5,5	4.075	-340	-7,7	1.263	-34	-2,6	121	25	26,0	62	0	0,0	515	7	1,4	73	-17	-18,9	24	3	14,3
Hamburg	13.496	-1.366	-9,2	9.318	-1.043	-10,1	2.504	-328	-11,6	169	0	0,0	184	-11	-5,6	1.169	45	4,0	46	-2	-4,2	106	-27	-20,3
Hessen	39.453	-3.214	-7,5	24.047	-2.384	-9,0	10.344	-718	-6,5	1.364	44	3,3	714	-34	-4,5	2.984	-107	-3,5	0	-15	-100,0	0	0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	11.825	-2.514	-17,5	7.544	-1.776	-19,1	2.630	-476	-15,3	389	-8	-2,0	516	-72	-12,2	504	-146	-22,5	231	-36	-13,5	11	0	0,0
Niedersachsen	57.395	-2.485	-4,1	31.062	-1.561	-4,8	17.825	-909	-4,9	1.324	34	2,6	1.969	-32	-1,6	4.653	-25	-0,5	447	2	0,4	115	6	5,5
Nordrhein-Westfalen	121.504	-10.398	-7,9	72.461	-7.567	-9,5	32.385	-2.374	-6,8	2.694	-113	-4,0	2.574	72	2,9	10.638	-478	-4,3	752	62	9,0	0	0	0,0
Rheinland-Pfalz	28.851	-1.846	-6,0	15.802	-1.096	-6,5	9.163	-643	-6,6	665	53	8,7	767	-48	-5,9	2.163	-100	-4,4	291	-12	-4,0	0	0	0,0
Saarland	8.789	-102	-1,1	5.243	-101	-1,9	2.429	-100	-4,0	125	31	33,0	290	54	22,9	601	-10	-1,6	101	24	31,2	0	0	0,0
Sachsen	23.816	-3.302	-12,2	15.623	-1.908	-10,9	5.336	-1.099	-17,1	765	35	4,8	860	-316	-26,9	1.005	50	5,2	227	-64	-22,0	0	0	0,0
Sachsen-Anhalt	14.937	-2.426	-14,0	9.404	-1.785	-16,0	3.857	-426	-9,9	459	-2	-0,4	533	-57	-9,7	577	-54	-8,6	107	-102	-48,8	0	0	0,0
Schleswig-Holstein	21.314	-730	-3,3	11.073	-617	-5,3	6.938	-247	-3,4	456	8	1,8	841	32	4,0	1.820	104	6,1	163	-2	-1,2	23	-8	-25,8
Thüringen	13.870	-2.307	-14,3	8.862	-1.596	-15,3	3.392	-635	-15,8	385	-10	-2,5	547	-41	-7,0	489	5	1,0	195	-30	-13,3	0	0	0,0
Alte Länder	**467.006**	**-35.598**	**-7,1**	**271.025**	**-25.908**	**-8,7**	**133.539**	**-8.942**	**-6,3**	**10.562**	**413**	**4,1**	**11.133**	**-40**	**-0,4**	**37.537**	**-1.141**	**-2,9**	**2.942**	**46**	**1,6**	**268**	**-26**	**-8,8**
Neue Länder und Berlin	**98.998**	**-14.740**	**-13,0**	**62.379**	**-9.882**	**-13,7**	**23.740**	**-3.848**	**-13,9**	**3.162**	**83**	**2,7**	**3.513**	**-642**	**-15,5**	**5.138**	**-131**	**-2,5**	**1.055**	**-320**	**-23,3**	**11**	**0**	**0,0**
Deutschland	**566.004**	**-50.338**	**-8,2**	**333.404**	**-35.790**	**-9,7**	**157.279**	**-12.790**	**-7,5**	**13.724**	**496**	**3,7**	**14.646**	**-682**	**-4,4**	**42.675**	**-1.272**	**-2,9**	**3.997**	**-274**	**-6,4**	**279**	**-26**	**-8,5**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2009

Tabelle A1.1-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1992 bis 2009 in Deutschland**

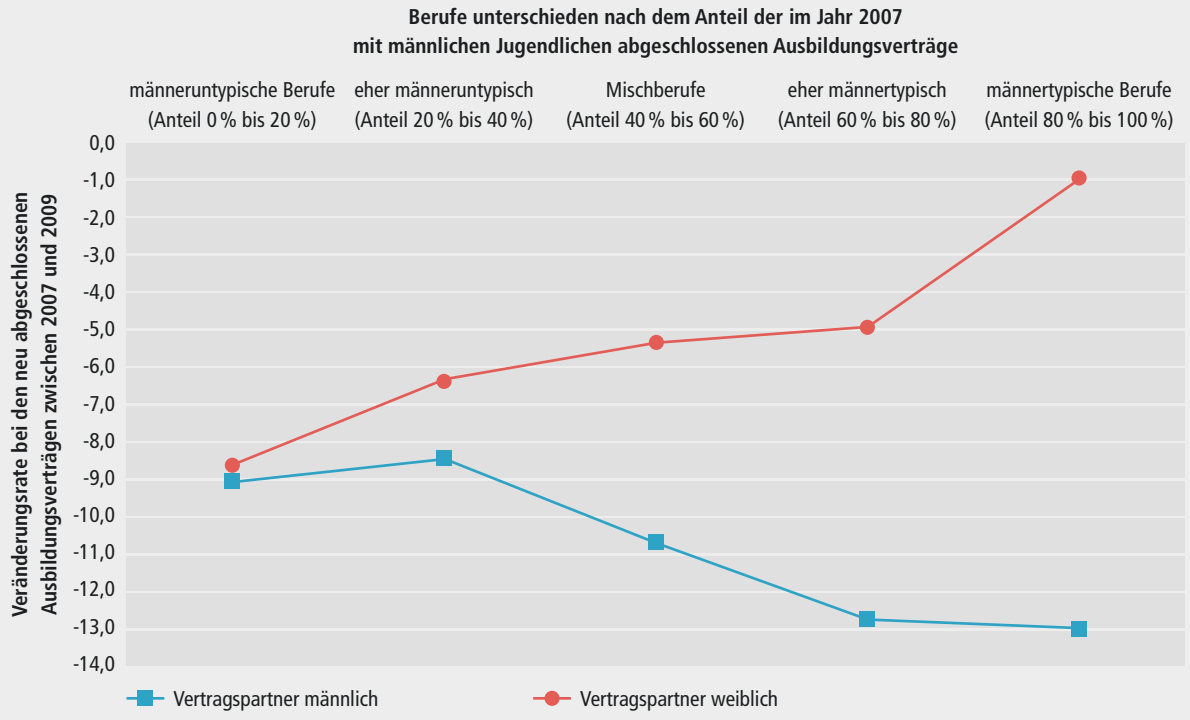
	Ergebnisse im Zählzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																		2009 zu 2008	
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	absolut	%
Bundesgebiet																				
Industrie und Handel	295.927	265.986	258.540	263.170	268.039	286.239	311.663	333.551	334.418	337.221	311.363	308.565	322.759	316.165	336.935	367.484	369.194	333.404	-35.790	-9,7
Handwerk	192.491	203.939	215.107	219.245	215.148	211.571	212.382	210.550	199.482	188.464	173.888	165.783	168.290	157.025	162.604	179.698	170.069	157.279	-12.790	-7,5
Öffentlicher Dienst[1, 2]	25.402	24.672	18.443	14.180	15.901	16.520	15.198	14.940	15.577	15.380	14.815	13.822	15.130	14.171	14.082	13.412	13.228	13.724	496	3,7
Landwirtschaft	12.740	12.404	12.268	12.954	14.302	15.504	15.762	15.654	14.735	13.695	13.991	15.010	15.191	14.785	15.813	15.902	15.328	14.646	-682	-4,4
Freie Berufe[1]	63.102	58.938	59.057	58.256	56.143	53.075	51.862	51.043	52.493	54.318	53.254	49.408	46.538	43.617	42.110	44.556	43.947	42.675	-1.272	-2,9
Hauswirtschaft[1]	5.377	4.035	4.535	4.828	4.645	4.460	5.506	5.118	4.848	5.026	4.830	4.899	4.876	4.119	4.320	4.474	4.271	3.997	-274	-6,4
Seeschifffahrt	176	146	132	141	149	148	156	159	140	134	182	147	196	298	289	359	305	279	-26	-8,5
Insgesamt	595.215	570.120	568.082	572.774	574.327	587.517	612.529	631.015	621.693	614.238	572.323	557.634	572.980	550.180	576.153	625.885	616.342	566.004	-50.338	-8,2
Alte Länder																				
Industrie und Handel	239.334	213.998	195.985	200.120	200.908	216.719	234.868	250.545	255.997	258.693	237.339	234.092	246.836	244.095	259.002	289.372	296.933	271.025	-25.908	-8,7
Handwerk	158.070	160.152	162.689	162.953	160.062	159.756	163.246	162.037	156.484	150.025	139.477	133.536	135.936	127.679	131.660	147.561	142.481	133.539	-8.942	-6,3
Öffentlicher Dienst[1, 2]	19.830	19.009	13.254	10.817	11.919	12.352	11.483	11.486	11.710	11.521	11.214	10.606	11.432	10.951	10.765	10.145	10.149	10.562	413	4,1
Landwirtschaft	10.171	9.544	9.512	9.330	10.374	11.037	11.050	10.719	10.177	9.221	9.492	10.061	10.395	10.095	10.974	11.357	11.173	11.133	-40	-0,4
Freie Berufe[1]	54.375	51.410	50.729	49.588	47.880	44.986	44.228	43.880	45.182	47.173	46.467	43.127	40.669	38.377	36.770	39.018	38.678	37.537	-1.141	-2,9
Hauswirtschaft[1]	3.018	2.700	3.095	3.143	3.357	3.333	3.715	3.404	3.405	3.419	3.287	3.188	3.423	2.685	2.775	3.006	2.896	2.942	46	1,6
Seeschifffahrt	156	146	124	131	148	140	142	142	127	131	150	137	185	280	269	328	294	268	-26	-8,8
Insgesamt	484.954	456.959	435.388	436.082	434.648	448.323	468.732	482.213	483.082	480.183	447.426	434.747	448.876	434.162	452.215	500.787	502.604	467.006	-35.598	-7,1
Neue Länder und Berlin																				
Industrie und Handel	239.334	213.998	195.985	200.120	200.908	216.719	234.868	250.545	255.997	258.693	237.339	234.092	246.836	244.095	259.002	289.372	296.933	271.025	-25.908	-8,7
Handwerk	158.070	160.152	162.689	162.953	160.062	159.756	163.246	162.037	156.484	150.025	139.477	133.536	135.936	127.679	131.660	147.561	142.481	133.539	-8.942	-6,3
Öffentlicher Dienst[1, 2]	19.830	19.009	13.254	10.817	11.919	12.352	11.483	11.486	11.710	11.521	11.214	10.606	11.432	10.951	10.765	10.145	10.149	10.562	413	4,1
Landwirtschaft	10.171	9.544	9.512	9.330	10.374	11.037	11.050	10.719	10.177	9.221	9.492	10.061	10.395	10.095	10.974	11.357	11.173	11.133	-40	-0,4
Freie Berufe[1]	54.375	51.410	50.729	49.588	47.880	44.986	44.228	43.880	45.182	47.173	46.467	43.127	40.669	38.377	36.770	39.018	38.678	37.537	-1.141	-2,9
Hauswirtschaft[1]	3.018	2.700	3.095	3.143	3.357	3.333	3.715	3.404	3.405	3.419	3.287	3.188	3.423	2.685	2.775	3.006	2.896	2.942	46	1,6
Seeschifffahrt	156	146	124	131	148	140	142	142	127	131	150	137	185	280	269	328	294	268	-26	-8,8
Insgesamt	484.954	456.959	435.388	436.082	434.648	448.323	468.732	482.213	483.082	480.183	447.426	434.747	448.876	434.162	452.215	500.787	502.604	467.006	-35.598	-7,1

[1] Ohne jene neuen Ausbildungsverträge, für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind.

[2] Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Schaubild A1.1-1: **Veränderungsraten bei den mit jungen Männern und jungen Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zwischen 2007 und 2009 in männeruntypischen und männertypischen Berufen**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

dungsverträge (um insgesamt -9.543 Abschlüsse gegenüber 2007) allein männliche Jugendliche betroffen gewesen, während die Zahl der mit weiblichen Jugendlichen abgeschlossenen Verträge nahezu konstant geblieben war. Auffallend ist, dass zwischen 2007 und 2009 für die Frauen die Vertragsentwicklung insbesondere in den bislang männertypischen Berufen positiver verlief als für die jungen Männer → **Schaubild A1.1-1**. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend zugunsten einer ausgeglichenen Besetzung in bislang dezidiert männertypischen Berufen auch in Zukunft fortsetzt.

Differenziert nach Zuständigkeitsbereichen war der höchste Anteil junger Frauen im Jahr 2009 unter den neu eingestellten Auszubildenden bei den freien Berufen zu finden (94,5 %), gefolgt von der Hauswirtschaft (92,3 %) und dem öffentlichen Dienst (65,7 %). Eher niedrig war ihr Anteil in den Bereichen Landwirtschaft (23,6 %) und Handwerk (27,2 %).

Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer

Verkürzungen der Ausbildungsdauer E kamen wie bereits in den Vorjahren insbesondere im Handwerk (hier betrug 2009 der Anteil 22,6 %) und in der Landwirtschaft (23,5 %) vor (dritte Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). In Industrie und Handel begannen 14,9 % aller Ausbildungsanfänger/-innen eine Ausbildung mit reduzierter Dauer, im öffentlichen Dienst dagegen nur 7,2 % und in den freien Berufen lediglich 5,1 %. In den neuen Ländern und Berlin spielten „verkürzte“ Verträge noch immer eine etwas geringere Rolle als in den alten Ländern, auch wenn ihre Bedeutung hier zunimmt. Ihr Anteil erreichte hier 12,1 %, während er im Westen 17,2 % betrug. Diese Differenz ergibt sich im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Bedeutung des Berufsgrundbildungsjahres und der Berufsfachschulen, deren Besuch in den alten Ländern vielfach zur Verkürzung der Ausbildungszeit

Tabelle A1.1-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	76.507	93.564	19.485	15.065	6.133	13.496	39.453	11.825	57.395	121.504	28.851	8.789	23.816	14.937	21.314	13.870	**467.006**	**98.998**	**566.004**
	mit weiblichen Auszubildenden	32.690	41.033	9.366	6.177	2.747	6.329	17.082	5.146	24.282	51.291	11.944	3.826	10.000	5.937	9.235	5.495	**200.459**	**42.121**	**242.580**
	mit verkürzter Laufzeit	18.501	16.122	3.391	1.767	600	1.543	5.043	1.327	12.111	17.018	4.684	2.008	2.788	1.495	2.685	1.247	**80.315**	**12.015**	**92.330**
	in zweijährigen Berufen	5.016	7.054	1.772	1.873	532	1.192	3.096	1.721	4.615	11.822	2.891	612	3.298	2.419	1.932	2.182	**38.762**	**13.265**	**52.027**
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	2.112	1.335	430	997	152	78	584	780	946	2.576	444	176	1.308	694	688	721	**9.091**	**4.930**	**14.021**
	überwiegend öffentlich finanziert	2.665	3.467	4.060	3.832	465	736	3.270	2.907	2.311	6.917	1.503	609	5.961	3.538	938	2.633	**22.881**	**22.931**	**45.812**
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	44.607	53.337	11.572	9.374	4.075	9.318	24.047	7.544	31.062	72.461	15.802	5.243	15.623	9.404	11.073	8.862	**271.025**	**62.379**	**333.404**
	mit weiblichen Auszubildenden	18.684	23.722	5.313	3.848	1.720	4.219	10.491	3.378	13.809	29.912	6.714	2.375	6.512	3.940	5.091	3.625	**116.737**	**26.616**	**143.353**
	mit verkürzter Laufzeit	6.619	7.831	2.487	1.186	429	813	2.801	913	5.637	12.166	2.530	1.402	1.991	875	1.124	901	**41.352**	**8.353**	**49.705**
	in zweijährigen Berufen	4.833	6.379	1.488	1.637	459	1.142	2.791	1.509	4.074	10.225	2.531	575	2.934	2.161	1.617	1.789	**34.626**	**11.518**	**46.144**
	gemäß § 66 BBiG	683	532	218	539	77	15	384	405	195	1.192	130	65	818	123	313	345	**3.586**	**2.448**	**6.034**
	überwiegend öffentlich finanziert	1.624	1.140	2.398	2.357	218	346	1.868	2.018	834	2.053	869	183	4.465	2.076	330	1.490	**9.465**	**14.804**	**24.269**
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	22.450	28.238	4.889	3.636	1.263	2.504	10.344	2.630	17.825	32.385	9.163	2.429	5.336	3.857	6.938	3.392	**133.539**	**23.740**	**157.279**
	mit weiblichen Auszubildenden	6.427	7.907	1.682	1.010	383	770	2.641	750	4.550	8.431	2.341	668	1.527	953	1.854	833	**35.972**	**6.755**	**42.727**
	mit verkürzter Laufzeit	10.746	6.546	629	538	151	477	1.908	292	5.299	3.916	1.906	529	658	523	1.259	212	**32.737**	**2.852**	**35.589**
	in zweijährigen Berufen	183	675	284	236	73	50	305	212	541	1.597	360	37	364	258	315	393	**4.136**	**1.747**	**5.883**
	gemäß § 42m HwO	853	370	53	188	37	30	157	156	351	744	102	10	250	343	135	190	**2.789**	**1.180**	**3.969**
	überwiegend öffentlich finanziert	602	1.925	1.337	946	172	360	1.190	490	1.000	4.290	377	233	1.011	1.161	520	836	**10.669**	**5.781**	**16.450**
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	2.031	1.613	690	474	121	169	1.364	389	1.324	2.694	665	125	765	459	456	385	**10.562**	**3.162**	**13.724**
	mit weiblichen Auszubildenden	1.527	1.053	481	293	77	132	951	237	774	1.732	389	70	516	288	263	240	**6.968**	**2.055**	**9.023**
	mit verkürzter Laufzeit	375	48	77	1	0	44	60	3	12	289	7	0	2	17	0	50	**835**	**150**	**985**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	0	0	1	0	0	0	3	20	8	4	7	8	0	0	0	0	**30**	**21**	**51**

Tabelle A1.1-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1 – Fortsetzung)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.529	2.203	341	716	62	184	714	516	1.969	2.574	767	290	860	533	841	547	**11.133**	**3.513**	**14.646**
	mit weiblichen Auszubildenden	341	535	56	234	5	55	161	112	446	456	162	70	304	155	203	167	**2.434**	**1.028**	**3.462**
	mit verkürzter Laufzeit	428	1.059	10	29	5	30	152	84	812	250	144	34	113	49	173	64	**3.087**	**349**	**3.436**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	231	190	69	140	–	–	43	106	159	314	86	55	113	129	77	77	**1.155**	**634**	**1.789**
	überwiegend öffentlich finanziert	0	195	174	254	24	28	67	140	169	176	109	106	269	173	50	134	**924**	**1.144**	**2.068**
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.255	7.739	1.857	706	515	1.169	2.984	504	4.653	10.638	2.163	601	1.005	577	1.820	489	**37.537**	**5.138**	**42.675**
	mit weiblichen Auszubildenden	5.097	7.393	1.714	654	493	1.102	2.838	466	4.300	10.064	2.066	551	927	508	1.682	454	**35.586**	**4.723**	**40.309**
	mit verkürzter Laufzeit	270	472	182	12	14	170	122	11	238	377	89	39	15	26	116	11	**1.907**	**257**	**2.164**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	29	44	20	116	13	2	142	24	10	9	16	7	1	24	6	0	**278**	**185**	**463**
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	635	434	136	159	73	46	0	231	447	752	291	101	227	107	163	195	**2.942**	**1.055**	**3.997**
	mit weiblichen Auszubildenden	614	423	120	138	68	42	0	202	399	696	272	92	214	93	142	176	**2.748**	**943**	**3.691**
	mit verkürzter Laufzeit	63	166	6	1	0	7	0	22	108	20	8	4	9	5	13	9	**389**	**52**	**441**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	345	243	90	130	38	33	–	113	241	326	126	46	127	99	163	109	**1.561**	**668**	**2.229**
	überwiegend öffentlich finanziert	410	163	130	159	38	0	0	215	290	385	125	72	215	104	32	173	**1.515**	**996**	**2.511**
Seeschiffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	24	106	–	11	115	–	–	–	–	–	23	–	**268**	**11**	**279**
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	1	9	–	1	4	–	–	–	–	–	0	–	**14**	**1**	**15**
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	1	2	–	2	5	–	–	–	–	–	0	–	**8**	**2**	**10**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0**	**0**	**0**
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0	0	–	0	0	–	–	–	–	–	0	–	**0**	**0**	**0**

Tabelle A1.1-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Alle Bereiche	Neue Ausbildungsverträge	76.507	93.564	19.485	15.065	6.133	13.496	39.453	11.825	57.395	121.504	28.851	8.789	23.816	14.937	21.314	13.870	**467.006**	**98.998**	**566.004**
	mit weiblichen Auszubildenden	42,7 %	43,9 %	48,1 %	41,0 %	44,8 %	46,9 %	43,3 %	43,5 %	42,3 %	42,2 %	41,4 %	43,5 %	42,0 %	39,7 %	43,3 %	39,6 %	**42,9 %**	**42,5 %**	**42,9 %**
	mit verkürzter Laufzeit	24,2 %	17,2 %	17,4 %	11,7 %	9,8 %	11,4 %	12,8 %	11,2 %	21,1 %	14,0 %	16,2 %	22,8 %	11,7 %	10,0 %	12,6 %	9,0 %	**17,2 %**	**12,1 %**	**16,3 %**
	in zweijährigen Berufen	6,6 %	7,5 %	9,1 %	12,4 %	8,7 %	8,8 %	7,8 %	14,6 %	8,0 %	9,7 %	10,0 %	7,0 %	13,8 %	16,2 %	9,1 %	15,7 %	**8,3 %**	**13,4 %**	**9,2 %**
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	2,8 %	1,4 %	2,2 %	6,6 %	2,5 %	0,6 %	1,5 %	6,6 %	1,6 %	2,1 %	1,5 %	2,0 %	5,5 %	4,6 %	3,2 %	5,2 %	**1,9 %**	**5,0 %**	**2,5 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	3,5 %	3,7 %	20,8 %	25,4 %	7,6 %	5,5 %	8,3 %	24,6 %	4,0 %	5,7 %	5,2 %	6,9 %	25,0 %	23,7 %	4,4 %	19,0 %	**4,9 %**	**23,2 %**	**8,1 %**
Industrie und Handel	Neue Ausbildungsverträge	44.607	53.337	11.572	9.374	4.075	9.318	24.047	7.544	31.062	72.461	15.802	5.243	15.623	9.404	11.073	8.862	**271.025**	**62.379**	**333.404**
	mit weiblichen Auszubildenden	41,9 %	44,5 %	45,9 %	41,1 %	42,2 %	45,3 %	43,6 %	44,8 %	44,5 %	41,3 %	42,5 %	45,3 %	41,7 %	41,9 %	46,0 %	40,9 %	**43,1 %**	**42,7 %**	**43,0 %**
	mit verkürzter Laufzeit	14,8 %	14,7 %	21,5 %	12,7 %	10,5 %	8,7 %	11,6 %	12,1 %	18,1 %	16,8 %	16,0 %	26,7 %	12,7 %	9,3 %	10,2 %	10,2 %	**15,3 %**	**13,4 %**	**14,9 %**
	in zweijährigen Berufen	10,8 %	12,0 %	12,9 %	17,5 %	11,3 %	12,3 %	11,6 %	20,0 %	13,1 %	14,1 %	16,0 %	11,0 %	18,8 %	23,0 %	14,6 %	20,2 %	**12,8 %**	**18,5 %**	**13,8 %**
	gemäß § 66 BBiG	1,5 %	1,0 %	1,9 %	5,8 %	1,9 %	0,2 %	1,6 %	5,4 %	0,6 %	1,6 %	0,8 %	1,2 %	5,2 %	1,3 %	2,8 %	3,9 %	**1,3 %**	**3,9 %**	**1,8 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	3,6 %	2,1 %	20,7 %	25,1 %	5,3 %	3,7 %	7,8 %	26,7 %	2,7 %	2,8 %	5,5 %	3,5 %	28,6 %	22,1 %	3,0 %	16,8 %	**3,5 %**	**23,7 %**	**7,3 %**
Handwerk	Neue Ausbildungsverträge	22.450	28.238	4.889	3.636	1.263	2.504	10.344	2.630	17.825	32.385	9.163	2.429	5.336	3.857	6.938	3.392	**133.539**	**23.740**	**157.279**
	mit weiblichen Auszubildenden	28,6 %	28,0 %	34,4 %	27,8 %	30,3 %	30,8 %	25,5 %	28,5 %	25,5 %	26,0 %	25,5 %	27,5 %	28,6 %	24,7 %	26,7 %	24,6 %	**26,9 %**	**28,5 %**	**27,2 %**
	mit verkürzter Laufzeit	47,9 %	23,2 %	12,9 %	14,8 %	12,0 %	19,0 %	18,4 %	11,1 %	29,7 %	12,1 %	20,8 %	21,8 %	12,3 %	13,6 %	18,1 %	6,3 %	**24,5 %**	**12,0 %**	**22,6 %**
	in zweijährigen Berufen	0,8 %	2,4 %	5,8 %	6,5 %	5,8 %	2,0 %	2,9 %	8,1 %	3,0 %	4,9 %	3,9 %	1,5 %	6,8 %	6,7 %	4,5 %	11,6 %	**3,1 %**	**7,4 %**	**3,7 %**
	gemäß § 42m HwO	3,8 %	1,3 %	1,1 %	5,2 %	2,9 %	1,2 %	1,5 %	5,9 %	2,0 %	2,3 %	1,1 %	0,4 %	4,7 %	8,9 %	1,9 %	5,6 %	**2,1 %**	**5,0 %**	**2,5 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	2,7 %	6,8 %	27,3 %	26,0 %	13,6 %	14,4 %	11,5 %	18,6 %	5,6 %	13,2 %	4,1 %	9,6 %	18,9 %	30,1 %	7,5 %	24,6 %	**8,0 %**	**24,4 %**	**10,5 %**
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungsverträge	2.031	1.613	690	474	121	169	1.364	389	1.324	2.694	665	125	765	459	456	385	**10.562**	**3.162**	**13.724**
	mit weiblichen Auszubildenden	75,2 %	65,3 %	69,7 %	61,8 %	63,6 %	78,1 %	69,7 %	60,9 %	58,5 %	64,3 %	58,5 %	56,0 %	67,5 %	62,7 %	57,7 %	62,3 %	**66,0 %**	**65,0 %**	**65,7 %**
	mit verkürzter Laufzeit	18,5 %	3,0 %	11,2 %	0,2 %	0,0 %	26,0 %	4,4 %	0,8 %	0,9 %	10,7 %	1,1 %	0,0 %	0,3 %	3,7 %	0,0 %	13,0 %	**7,9 %**	**4,7 %**	**7,2 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,2 %	5,1 %	0,6 %	0,1 %	1,1 %	6,4 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	**0,3 %**	**0,7 %**	**0,4 %**

Tabelle A1.1-4: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2 – Fortsetzung)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Bundesgebiet
Landwirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	1.529	2.203	341	716	62	184	714	516	1.969	2.574	767	290	860	533	841	547	**11.133**	**3.513**	**14.646**
	mit weiblichen Auszubildenden	22,3 %	24,3 %	16,4 %	32,7 %	8,1 %	29,9 %	22,6 %	21,7 %	22,7 %	17,7 %	21,1 %	24,1 %	35,3 %	29,1 %	24,1 %	30,5 %	**21,9 %**	**29,3 %**	**23,6 %**
	mit verkürzter Laufzeit	28,0 %	48,1 %	2,9 %	4,1 %	8,1 %	16,3 %	21,3 %	16,3 %	41,2 %	9,7 %	18,8 %	11,7 %	13,1 %	9,2 %	20,6 %	11,7 %	**27,7 %**	**9,9 %**	**23,5 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	15,1 %	8,6 %	20,2 %	19,6 %	–	–	6,0 %	20,5 %	8,1 %	12,2 %	11,2 %	19,0 %	13,1 %	24,2 %	9,2 %	14,1 %	**10,4 %**	**18,0 %**	**12,2 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,0 %	8,9 %	51,0 %	35,5 %	38,7 %	15,2 %	9,4 %	27,1 %	8,6 %	6,8 %	14,2 %	36,6 %	31,3 %	32,5 %	5,9 %	24,5 %	**8,3 %**	**32,6 %**	**14,1 %**
Freie Berufe	Neue Ausbildungsverträge	5.255	7.739	1.857	706	515	1.169	2.984	504	4.653	10.638	2.163	601	1.005	577	1.820	489	**37.537**	**5.138**	**42.675**
	mit weiblichen Auszubildenden	97,0 %	95,5 %	92,3 %	92,6 %	95,7 %	94,3 %	95,1 %	92,5 %	92,4 %	94,6 %	95,5 %	91,7 %	92,2 %	88,0 %	92,4 %	92,8 %	**94,8 %**	**91,9 %**	**94,5 %**
	mit verkürzter Laufzeit	5,1 %	6,1 %	9,8 %	1,7 %	2,7 %	14,5 %	4,1 %	2,2 %	5,1 %	3,5 %	4,1 %	6,5 %	1,5 %	4,5 %	6,4 %	2,3 %	**5,1 %**	**5,0 %**	**5,1 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	0,6 %	0,6 %	1,1 %	16,4 %	2,5 %	0,2 %	4,8 %	4,8 %	0,2 %	0,1 %	0,7 %	1,2 %	0,1 %	4,2 %	0,3 %	0,0 %	**0,7 %**	**3,6 %**	**1,1 %**
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungsverträge	635	434	136	159	73	46	0	231	447	752	291	101	227	107	163	195	**2.942**	**1.055**	**3.997**
	mit weiblichen Auszubildenden	96,7 %	97,5 %	88,2 %	86,8 %	93,2 %	91,3 %	–	87,4 %	89,3 %	92,6 %	93,5 %	91,1 %	94,3 %	86,9 %	87,1 %	90,3 %	**93,4 %**	**89,4 %**	**92,3 %**
	mit verkürzter Laufzeit	9,9 %	38,2 %	4,4 %	0,6 %	0,0 %	15,2 %	–	9,5 %	24,2 %	2,7 %	2,8 %	4,0 %	4,0 %	4,7 %	8,0 %	4,6 %	**13,2 %**	**4,9 %**	**11,0 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	54,3 %	56,0 %	66,2 %	81,8 %	52,1 %	71,7 %	–	48,9 %	53,9 %	43,4 %	43,3 %	45,5 %	55,9 %	92,5 %	100,0 %	55,9 %	**53,1 %**	**63,3 %**	**55,8 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	64,6 %	37,6 %	95,6 %	100,0 %	52,1 %	0,0 %	–	93,1 %	64,9 %	51,2 %	43,0 %	71,3 %	94,7 %	97,2 %	19,6 %	88,7 %	**51,5 %**	**94,4 %**	**62,8 %**
Seeschiffahrt	Neue Ausbildungsverträge	–	–	–	–	24	106	–	11	115	–	–	–	–	–	23	–	**268**	**11**	**279**
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	4,2 %	8,5 %	–	9,1 %	3,5 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**5,2 %**	**9,1 %**	**5,4 %**
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	4,2 %	1,9 %	–	18,2 %	4,3 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**3,0 %**	**18,2 %**	**3,6 %**
	in zweijährigen Berufen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	–	0,0 %	0,0 %	–	–	–	–	–	0,0 %	–	**0,0 %**	**0,0 %**	**0,0 %**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

führt. In den Ländern mit einem relativ hohen Anteil von Absolventen und Absolventinnen dieser berufsbildenden Schulen war auch der Anteil der Verträge mit verkürzten Laufzeiten entsprechend hoch. 2009 lag er z. B. in Baden-Württemberg bei 24,2 %.

E **Verkürzung der Ausbildungsdauer**

Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist bei Anrechnung oder Anerkennung bestimmter (Aus-)Bildungsabschlüsse (z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Besuch einer Berufsfachschule, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse) möglich. Bei den BIBB-Erhebungen über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September werden als verkürzte Verträge nur diejenigen berücksichtigt, bei denen die Verkürzung der Ausbildungsdauer mindestens 6 Monate beträgt und bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Auch Verträge von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb (in Verbindung mit einem neuen Vertrag) während der Ausbildung wechseln (z. B. durch Konkurs), zählen als verkürzte Verträge.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer

In Berufen mit regulär zweijähriger Ausbildungsdauer („zweijährige Berufe“) wurden 2009 bundesweit 52.027 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, nur 1.049 weniger (-2,0 %) als im Berichtsjahr 2008 (vierte Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). Im Westen kam es sogar zu einer leichten Zunahme (um +183 bzw. +0,5 %). Damit stieg der Anteil der Verträge in diesen Berufen am gesamten Ausbildungsvolumen bundesweit von 8,6 % (2008) auf nunmehr 9,2 %. Dass der Anteil in den neuen Ländern (13,4 %) noch deutlich höher ausfiel als in den alten Ländern (8,3 %), ist Folge der größeren Bedeutung der außerbetrieblichen Berufsausbildung. Diese wird besonders oft in den „zweijährigen Berufen“ realisiert.[13] Typische Beispiele für „zweijährige Berufe“ sind die Ausbildungsberufe Verkäufer/-in, Fachkraft im Gastgewerbe, Servicefachkraft für Dialogmarketing, Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen, Hochbaufacharbeiter/-in, Maschinen- und Anlagenführer/-in, Fachlagerist/-in und Teilezurichter/-in.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit Jugendlichen mit Behinderungen

Bundesweit wurden 14.021 neue Ausbildungsverträge im Rahmen der Ausbildung von Menschen mit Behinderungen nach § 66 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. § 42m der Handwerksordnung (HwO) abgeschlossen (fünfte Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). Dies waren 292 bzw. 2,0 % weniger als im Jahr zuvor (2008: 14.313). In den alten Ländern nahm die Zahl der Neuabschlüsse sogar zu (um +586 bzw. +6,9 % auf 9.091), während sie in den neuen Ländern und Berlin deutlich absank (um -878 bzw. -15,1 % auf 4.930). Dennoch hat die Ausbildung für Menschen mit Behinderungen im Osten Deutschlands weiterhin eine größere Bedeutung (5,0 % aller Neuabschlüsse) als im Westen (1,9 %). Was die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche betrifft, entfielen auf das Handwerk bundesweit 3.969 Verträge, auf die Hauswirtschaft 2.229, auf die Landwirtschaft 1.789 und auf Industrie und Handel 6.034. Die höchsten Anteile fanden sich im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft (Anteil: 55,8 %) und in der Landwirtschaft (Anteil: 12,2 %). Im Handwerk lag der Anteil der Neuabschlüsse, denen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen zugrunde liegen, bei 2,5 %, in Industrie und Handel bei 1,8 %. Im öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen spielt die Ausbildung für Personen mit Behinderungen in Berufen nach § 66 BBiG keine Rolle, ebenso nicht in der Seeschifffahrt.

Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsverträge

Nach den Ergebnissen der Erhebung zum 30. September 2009 wurden bundesweit 45.812 bzw. 8,1 % der neu begründeten Ausbildungsverhältnisse überwiegend öffentlich finanziert **E**, wobei zwischen West (4,9 %) und Ost (23,2 %) weiterhin ein deutlicher Unterschied bestand (sechste Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). Dieser ist weniger auf die weiterhin schlechte Versorgungslage der Jugendlichen mit betrieblichen Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern und Berlin

13 In Ostdeutschland entfielen 2009 53,6 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den „zweijährigen Berufen“ auf überwiegend öffentlich finanzierte („außerbetriebliche“) Ausbildungsformen; in Westdeutschland waren es 14,4 %. Bundesweit wurden 24,4 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen überwiegend öffentlich finanziert.

zurückzuführen als auf einen unterschiedlichen institutionellen Umgang mit erfolglosen betrieblichen Ausbildungsstellenbewerbern in Ost und West. Während für diese Jugendlichen im Westen als Alternativen vor allem teilqualifizierende Bildungsgänge des sogenannten „Übergangssystems" zur Verfügung stehen, sind die bereitgestellten Alternativen im Osten viel häufiger vollqualifizierende außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildungsplätze. Damit ist es im Osten in den vergangenen Jahren trotz des zeitweise gravierenden Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen stets gelungen, die Jugendlichen früher als in den alten Ländern in eine Berufsausbildung zu bringen.

Wegen der Unterfassung der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge 2008 in den alten Ländern ist ein Vorjahresvergleich nur eingeschränkt möglich. Für die neuen Länder und Berlin ist davon auszugehen, dass die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge 2009 um -2.791 bzw. -10,9% auf nunmehr 22.931 gesunken ist. Dementsprechend verringerte sich die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge um -11.949 bzw. -13,6% auf 76.067. In den alten Ländern nahm die Zahl der gemeldeten außerbetrieblichen Ausbildungsverträge 2009 um 3.722 zu. Allerdings ist hier nicht klar, inwieweit die Steigerung möglicherweise Folge einer verbesserten Erfassung ist. Zudem gibt es Anzeichen, dass die Erfassung in einigen westdeutschen Regionen auch im Jahr 2009 teilweise noch defizitär war, sodass der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung in Westdeutschland insgesamt leicht unterschätzt sein dürfte. Zieht man ungeachtet dessen die vorliegenden außerbetrieblichen Meldungen vom Gesamtbestand aller Ausbildungsverträge ab, errechnet sich für 2009 eine Zahl von 444.125 betrieblichen Ausbildungsverträgen in Westdeutschland.

E Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungen („außerbetriebliche Ausbildung")

Mit „außerbetrieblicher Ausbildung" wird jene Form der Berufsausbildung bezeichnet, die „überwiegend öffentlich finanziert" wird und der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligungen, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen bzw. mit Behinderungen dient. Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III), im Rahmen der Bund-Länder-Programme Ost sowie über (ergänzende) Länderprogramme durchgeführt. Maßgeblich für die Zurechnung zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung, die in Betrieben stattfindet, zählt demnach zur außerbetrieblichen Ausbildung. E

In der BIBB-Erhebung zum 30. September werden aber nur jene überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse erfasst, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist es, dass über 50 % der Kosten des praktischen Teils im ersten Jahr der Ausbildung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Arbeitsverwaltungen getragen werden. Schulische Ausbildungsplätze, die in den außerbetrieblichen Stellenmeldungen der BA enthalten sind, bleiben unberücksichtigt, da die entsprechenden Teilnehmenden nicht den rechtlichen Status eines „Auszubildenden" haben.

Betriebliche Ausbildungsplätze, die mit einer staatlichen Prämie bezuschusst werden, zählen in der Regel nicht zu den „überwiegend öffentlich finanzierten" Ausbildungsplätzen. Auch die regulären Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes werden nicht der außerbetrieblichen Ausbildung zugerechnet. Sie sind zwar öffentlich finanziert, richten sich aber nicht an die oben genannten Zielgruppen. Stammen die Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes aber aus speziellen Programmen (z. B. zur Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher), werden sie ebenfalls zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen hinzugerechnet (→ **vgl. Kapitel A5.2.2** und **Kapitel A5.3** mit differenzierten Angaben zur Gesamtzahl der überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsverhältnisse).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neuen und neu geordneten Berufen

Von 1998 bis 2009 wurden 64 Ausbildungsberufe neu entwickelt und 203 weitere modernisiert (vgl. hierzu → **Kapitel A5.1**). Im Jahr 2009 wurden 12 Berufe modernisiert (darunter 6 in Dauerrecht überführt) und 2 neue Berufe geschaffen. In den beiden neuen Ausbildungsberufen wurden insgesamt 106 Ausbildungsverträge (darunter 3 Verträge mit jungen Frauen) abgeschlossen:

- Industrieelektriker/-in: 80
- Werkfeuerwehrmann/-frau: 26.

In den nicht in Dauerrecht überführten modernisierten Berufen, von denen die Ausbildung zum/zur Einzelhandelskaufmann/-frau mit Abstand die quantitativ bedeutsamste ist, wurden 32.526 neue Verträge registriert (inklusive Berücksichtigung der Vorgänger) – das entspricht einer Veränderung von -1.803 bzw. -5,3% gegenüber 2008:

- Bergbautechnologe/-technologin: 101 (+25 bzw. +32,9% gegenüber 2008)
- Fotograf/-in: 764 (-76 bzw. -9,0%)
- Kaufmann/-frau im Einzelhandel: 31.257 (-1.614 bzw. -4,9%)
- Keramiker/-in: 38 (-3 bzw. -7,3%)
- Musikfachhändler/-in: 43 (+13 bzw. +43,3%)
- Technische/-r Modellbauer/-in: 323 (-148 bzw. -31,4%).

Hinzu kommen 4.388 Verträge in modernisierten Berufen, die in Dauerrecht überführt wurden.

In der Regel benötigt es etwas Zeit, bis sich alle Betriebe, Verwaltungen, Praxen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen auf die Ausbildungsmöglichkeiten und -modalitäten in neu geschaffenen Ausbildungsberufen eingestellt haben. Dies führt meist dazu, dass im zweiten und dritten Jahr nach ihrer Einführung nochmals Steigerungen der Vertragszahlen in den neuen Berufen zu verzeichnen sind. Infolge der allgemein sinkenden Tendenz bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen war dies 2009 jedoch nur bedingt der Fall. Eine leichte Steigerung gab es in der Summe bei den 7 neuen Berufen aus dem Jahr 2008 (Automatenfachmann/-frau, Fachkraft für Automatenservice, Fotomedienfachmann/-frau, Personaldienstleistungskaufmann/-frau, Produktionstechnologe/-technologin, Servicekraft für Schutz und Sicherheit, Speiseeishersteller/-in). Gegenüber 1.405 neuen Ausbildungsverträgen im Jahr ihrer Einführung wurden nun 1.410 Neuabschlüsse gezählt (+5 bzw. +0,4%). Ausgesprochen positiv entwickelten sich dabei die Vertragszahlen in den beiden Berufen Fachkraft für Automatenservice (+83 bzw. +143,1% gegenüber 2008) und Servicekraft für Schutz und Sicherheit (+162 bzw. +105,9%). Ein deutlicher Einbruch der Vertragszahl wurde dagegen im Beruf Personaldienstleistungskaufmann/-frau registriert; der Umfang der Neuabschlüsse verminderte sich hier um 310 bzw. 30,2% auf nunmehr 718 → **Tabelle A1.1-5**.

In den 3 neuen Berufen aus dem Jahr 2007 (Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten, Holz- und Bautenschützer/-in, Sportfachmann/-frau) wurden im Jahr 2009 insgesamt 200 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, dies waren 24 bzw. 10,7% weniger als 2008, aber immerhin noch 65 Verträge bzw. 48,1% mehr als im Jahr ihrer Einführung. Negativ verlief dabei 2009 allein die Vertragsentwicklung im Beruf Sportfachmann/-frau (-38 bzw. -23,0%), während die beiden Berufe Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten (+5 bzw. +27,8%) und Holz- und Bautenschützer/-in (+9 bzw. +22,0%) weitere Zuwächse verzeichnen konnten.

Anschlussverträge

Durch die vermehrte Schaffung von zweijährigen Berufsausbildungen (mit der Möglichkeit, nach erfolgreichem Abschluss eine weitere, darauf aufbauende [in der Regel] zwölfmonatige Ausbildung zu beginnen) gewinnen Anschlussverträge eine wachsende Bedeutung. Diese Verträge werden allerdings gesondert gezählt; sie sind demnach im Volumen der 566.004 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge des Jahres 2009 nicht enthalten E. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 5.616 Anschlussverträge gemeldet, 1.583 bzw. 39,3% mehr als im Vorjahr (2008: 4.033; 2007: 3.496; 2006: 2.630; 2005: 2.173; 2004: 1.481 → **Tabelle A1.1-6**.

E Anschlussverträge

Als „Anschlussverträge" werden Ausbildungsverträge bezeichnet, die im Anschluss an eine vorausgegangene und abgeschlossene Berufsausbildung neu abgeschlossen werden und zu einem weiteren Abschluss führen. Dabei sind jedoch nur die Verträge für Berufsausbildungen zu berücksichtigen, die in den Ausbildungsordnungen als aufbauende Ausbildungsberufe definiert wurden (i. d. R. Einstieg in das dritte Ausbildungsjahr) oder die unter „Fortführung der Berufsausbildung" genannt werden. Ein Beispiel ist die Weiterführung einer erfolgreich beendeten zweijährigen Ausbildung zum/zur Bauten- und Objektbeschichter/-in durch eine einjährige Anschlussausbildung zum/zur Maler/-in und Lackierer/-in.

Tabelle A1.1-5: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2006 neuen Berufen und in den 2009 modernisierten Berufen**

Neue Berufe von 2006 bis 2008 sowie neue und modernisierte Berufe 2009	2006			2007			2008			2009			Veränderungsrate 2009 zu 2008					
													absolut			in %		
	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total	männlich	weiblich	total
Neue Berufe 2006																		
Fachangestellte/-r für Markt- und Sozialforschung	12	37	49	28	51	79	31	57	88	39	47	86	8	-10	-2	25,8	-17,5	-2,3
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	364	6	370	681	7	688	631	10	641	539	7	546	-92	-3	-95	-14,6	-30,0	-14,8
Kaufmann/-frau für Dialogmarketing	273	684	957	426	846	1.272	462	968	1.430	416	975	1.391	-46	7	-39	-10,0	0,7	-2,7
Servicefachkraft für Dialogmarketing	150	303	453	210	455	665	234	478	712	193	348	541	-41	-130	-171	-17,5	-27,2	-24,0
Neue Berufe 2006 insgesamt	**799**	**1.030**	**1.829**	**1.345**	**1.359**	**2.704**	**1.358**	**1.513**	**2.871**	**1.187**	**1.377**	**2.564**	**-171**	**-136**	**-307**	**-12,6**	**-9,0**	**-10,7**
Neue Berufe 2007																		
Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten	–	–	–	10	0	10	18	0	18	23	0	23	5	0	5	27,8	–	27,8
Holz- und Bautenschützer/-in	–	–	–	30	0	30	41	0	41	50	0	50	9	0	9	22,0	–	22,0
Sportfachmann/-frau	–	–	–	55	40	95	100	65	165	66	61	127	-34	-4	-38	-34,0	-6,2	-23,0
Neue Berufe 2007 insgesamt	–	–	–	**95**	**40**	**135**	**159**	**65**	**224**	**139**	**61**	**200**	**-20**	**-4**	**-24**	**-12,6**	**-6,2**	**-10,7**
Neue Berufe 2008																		
Automatenfachmann/-frau	–	–	–	–	–	–	30	4	34	55	9	64	25	5	30	83,3	125,0	88,2
Fachkraft für Automatenservice	–	–	–	–	–	–	35	23	58	72	69	141	37	46	83	105,7	200,0	143,1
Fotomedienfachmann/-frau	–	–	–	–	–	–	32	57	89	41	63	104	9	6	15	28,1	10,5	16,9
Personaldienstleistungskaufmann/-frau	–	–	–	–	–	–	316	712	1.028	210	508	718	-106	-204	-310	-33,5	-28,7	-30,2
Produktionstechnologe/-technologin	–	–	–	–	–	–	18	4	22	23	4	27	5	0	5	27,8	0,0	22,7
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	–	–	–	–	–	–	116	37	153	247	68	315	131	31	162	112,9	83,8	105,9
Speiseeishersteller/-in	–	–	–	–	–	–	14	7	21	23	18	41	9	11	20	64,3	157,1	95,2
Neue Berufe 2008 insgesamt	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**561**	**844**	**1.405**	**671**	**739**	**1.410**	**110**	**-105**	**5**	**19,6**	**-12,4**	**0,4**
Neue Berufe 2009																		
Industrieelektriker/-in	–	–	–	–	–	–	–	–	–	77	3	80	–	–	–	–	–	–
Werkfeuerwehrmann/-frau	–	–	–	–	–	–	–	–	–	26	0	26	–	–	–	–	–	–
Neue Berufe 2009 insgesamt	–	–	–				–	–	–	**103**	**3**	**106**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**	**–**
Modernisierte Berufe 2009																		
Bergbautechnologe/-technologin [1]	97	0	97	40	0	40	76	0	76	101	0	101	25	0	25	32,9	–	32,9
Biologielaborant/-in [4]	137	396	533	156	361	517	162	384	546	149	368	517	-13	-16	-29	-8,0	–	-5,3
Chemielaborant/-in [4]	758	997	1.755	822	1.012	1.834	773	988	1.761	712	1.007	1.719	-61	19	-42	-7,9	–	-2,4
Chemikant/-in [4]	1.446	208	1.654	1.426	253	1.679	1.427	252	1.679	1.320	262	1.582	-107	10	-97	-7,5	–	-5,8
Fachkraft Agrarservice [4]	142	1	143	161	1	162	179	3	182	205	4	209	26	1	27	14,5	–	14,8
Fotograf/-in	218	519	737	215	605	820	223	617	840	192	572	764	-31	-45	-76	-13,9	-7,3	-9,0
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	14.353	17.388	31.741	15.098	18.932	34.030	14.016	18.855	32.871	13.524	17.733	31.257	-492	-1.122	-1.614	-3,5	-6,0	-4,9
Keramiker/-in	21	34	55	13	34	47	11	30	41	13	25	38	2	-5	-3	18,2	-16,7	-7,3
Lacklaborant [4]	83	54	137	74	67	141	91	57	148	59	48	107	-32	-9	-41	-35,2	–	-27,7
Musikfachhändler/-in [2]	19	11	30	11	12	23	21	9	30	32	11	43	11	2	13	52,4	22,2	43,3
Pharmakant/-in [4]	116	148	264	134	162	296	134	167	301	119	135	254	-15	-32	-47	-11,2	–	-15,6
Technische/r Modellbauer/-in [3]	323	38	361	381	36	417	412	59	471	277	46	323	-135	-13	-148	-32,8	-22,0	-31,4
Modernisierte Berufe 2009 insgesamt	**17.713**	**19.794**	**37.507**	**18.531**	**21.475**	**40.006**	**17.525**	**21.421**	**38.946**	**16.703**	**20.211**	**36.914**	**-822**	**-1.210**	**-2.032**	**-4,7**	**-5,6**	**-5,2**

[1] Im Jahr 2009 inklusive 2 Verträge, die noch im Vorgängerberuf Bergmechaniker/-in gemeldet wurden.

[2] Im Jahr 2009 inklusive 3 Verträge, die noch im Vorgängerberuf Musikalienhändler/-in gemeldet wurden.

[3] Im Jahr 2009 inklusive 99 bzw. 57 Verträge, die noch in den beiden Vorgängerberufen Modellbauer/-in und Modellbaumechaniker/-in gemeldet wurden.

[4] Modernisierte Berufe, die in Dauerrecht überführt wurden. Vgl. Kapitel A5.1

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Anschlussverträge werden im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gezählt, sondern gesondert ausgewiesen, da die reguläre Ausbildungsdauer für die Anschlussausbildung in der Regel unter 24 Monaten liegt.[14]

Von den 5.616 Anschlussverträgen entfielen 3.727 auf den Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel (2008: 3.094; 2007: 2.812; 2006: 2.151; 2005:1.832; 2004: 1.333) und 1.889 auf das Handwerk (2008: 938; 2007: 684; 2006: 479; 2005: 341; 2004: 148). Die Zahl der im Osten Deutschlands registrierten Anschlussverträge betrug 2009 1.330 (2008: 1.088); im Westen lag sie bei 4.286 (2008: 2.945).

Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

Zusammen mit den Daten zum Ausbildungsstellenmarkt der BA lassen sich die Daten der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu Marktdaten verbinden, die darüber Auskunft geben, in welchem rechnerischen Verhältnis sich Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage zum Stichtag 30. September E befanden. Dabei werden die Daten der Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften zu den Ende September unbesetzten Ausbildungsplätzen (= unbesetztes Ausbildungsangebot) und zu den noch suchenden Ausbildungsstellenbewerbern (= erfolglose Ausbildungsplatznachfrage) mit den BIBB-Daten zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (= erfolgreich besetztes Ausbildungsplatzangebot bzw. erfolgreiche Ausbildungsplatznachfrage) verbunden (siehe dazu auch E in → **Kapitel A2**).

E Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

In Anlehnung an § 86 des Berufsbildungsgesetzes wird das Ausbildungsplatzangebot als rechnerische Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zuzüglich der „Zahl der am 30. September (...) nicht besetzten (und) der BA zur Vermittlung angebotenen Ausbildungsplätze" definiert.

Die Ausbildungsplatznachfrage bestimmt sich spiegelbildlich als rechnerische Summe der Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der am 30. September „bei der BA gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen".

Ab dem Jahr 2009 liegen nun auch Informationen zu den Ausbildungsstellenbewerbern vor, die von den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) betreut werden. Diese sind grundsätzlich bei der Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage zu berücksichtigen. Allerdings stehen aufseiten der zugelassenen kommunalen Träger noch keine Informationen zu den dort gemeldeten Ausbildungsstellen zur Verfügung. Deshalb werden die Bewerberdaten der zugelassenen kommunalen Träger bei der Berechnung der Marktverhältnisse hier noch nicht einbezogen, sondern die Berechnung der Relationen zwischen Angebot und Nachfrage erfolgt allein auf Grundlage der Daten der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften.

Ausbildungsplatzangebot

Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften registrierten, nicht besetzten Ausbildungsplätze lag Ende September 2009 bei 17.131.[15] Zusammen mit den 566.004 neu abgeschlossenen Verträgen errechnet sich daraus ein bundesweites Ausbildungsplatzangebot von 583.135. Über die Struktur der Ausbildungsplatzangebote nach Zuständigkeitsbereichen im Bund sowie im Westen und Osten Deutschlands informiert → **Tabelle A1.1-7**. Demnach entfielen 2009 in den alten Ländern von den insgesamt 481.493 Ausbildungsplatzangeboten 458.612 bzw. 95,2% auf überwiegend betrieblich finanzierte („betriebliche") Ausbildungen. Im Osten zählten dagegen nur 78.711 (77,4%) der insgesamt 101.642 Ausbildungsangebote zu den „betrieblichen" Angeboten.

14 Vgl. dazu auch § 5 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG): „... die Ausbildungsdauer; sie soll nicht mehr als 3 und nicht weniger als 2 Jahre betragen."

15 Zu den „unbesetzten Angeboten" zählen nur bei Agenturen für Arbeit und ARGEn gemeldete, unbesetzte betriebliche Ausbildungsstellen. Berücksichtigt werden im Folgenden jedoch nur unbesetzte Plätze in Berufen des dualen Systems, die regional zuordenbar sind. Deshalb kommt es hier zu leichten rechnerischen Abweichungen gegenüber den Veröffentlichungen der BA. Die BA wies für 2009 anstelle der hier genannten 17.131 unbesetzten Plätze 17.255 noch offene Ausbildungsplatzangebote aus → **Tabellen A1-2 und A1-3**.

Tabelle A1.1-6: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2007 bis 2009**

	2007			2008						2009					
	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Anschlussverträge	Summe	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderungsrate in %	Anschlussverträge	Veränderungsrate in %	Summe	Veränderungsrate in %	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderungsrate in %	Anschlussverträge	Veränderungsrate in %	Summe	Veränderungsrate in %
Alte Länder															
Industrie und Handel	289.372	1.968	291.340	296.933	2,6	2.259	14,8	299.192	2,7	271.025	-8,7	2.697	19,4	273.722	-8,5
Handwerk	147.561	434	147.995	142.481	-3,4	685	57,8	143.166	-3,3	133.539	-6,3	1.589	132,0	135.128	-5,6
Öffentlicher Dienst	10.145	0	10.145	10.149	0,0	1	–	10.150	0,0	10.562	4,1	0	-100,0	10.562	4,1
Landwirtschaft	11.357	0	11.357	11.173	-1,6	0	–	11.173	-1,6	11.133	-0,4	0	–	11.133	-0,4
Freie Berufe	39.018	–	39.018	38.678	-0,9	–	–	38.678	-0,9	37.537	-2,9	–	–	37.537	-2,9
Hauswirtschaft	3.006	–	3.006	2.896	-3,7	–	–	2.896	-3,7	2.942	1,6	–	–	2.942	1,6
Seeschifffahrt	328	–	328	294	-10,4	–	–	294	-10,4	268	-8,8	–	–	268	-8,8
Insgesamt	**500.787**	**2.402**	**503.189**	**502.604**	**0,4**	**2.945**	**22,6**	**505.549**	**0,5**	**467.006**	**-7,1**	**4.286**	**45,5**	**471.292**	**-6,8**
Neue Länder und Berlin															
Industrie und Handel	78.112	844	78.956	72.261	-7,5	835	-1,1	73.096	-7,4	62.379	-13,7	1.030	23,4	63.409	-13,3
Handwerk	32.137	250	32.387	27.588	-14,2	253	1,2	27.841	-14,0	23.740	-13,9	300	18,6	24.040	-13,7
Öffentlicher Dienst	3.267	0	3.267	3.079	-5,8	0	–	3.079	-5,8	3.162	2,7	0	–	3.162	2,7
Landwirtschaft	4.545	0	4.545	4.155	-8,6	0	–	4.155	-8,6	3.513	-15,5	0	–	3.513	-15,5
Freie Berufe	5.538	–	5.538	5.269	-4,9	–	–	5.269	-4,9	5.138	-2,5	–	–	5.138	-2,5
Hauswirtschaft	1.468	–	1.468	1.375	-6,3	–	–	1.375	-6,3	1.055	-23,3	–	–	1.055	-23,3
Seeschifffahrt	31	–	31	11	-64,5	–	–	11	-64,5	11	0,0	–	–	11	0,0
Insgesamt	**125.098**	**1.094**	**126.192**	**113.738**	**-9,1**	**1.088**	**-0,5**	**114.826**	**-9,0**	**98.998**	**-13,0**	**1.330**	**22,2**	**100.328**	**-12,6**
Bundesgebiet															
Industrie und Handel	367.484	2.812	370.296	369.194	0,5	3.094	10,0	372.288	0,5	333.404	-9,7	3.727	20,5	337.131	-9,4
Handwerk	179.698	684	180.382	170.069	-5,4	938	37,1	171.007	-5,2	157.279	-7,5	1.889	101,4	159.168	-6,9
Öffentlicher Dienst	13.412	0	13.412	13.228	-1,4	1	–	13.229	-1,4	13.724	3,7	0	-100,0	13.724	3,7
Landwirtschaft	15.902	0	15.902	15.328	-3,6	0	–	15.328	-3,6	14.646	-4,4	0	–	14.646	-4,4
Freie Berufe	44.556	–	44.556	43.947	-1,4	–	–	43.947	-1,4	42.675	-2,9	–	–	42.675	-2,9
Hauswirtschaft	4.474	–	4.474	4.271	-4,5	–	–	4.271	-4,5	3.997	-6,4	–	–	3.997	-6,4
Seeschifffahrt	359	–	359	305	-15,0	–	–	305	-15,0	279	-8,5	–	–	279	-8,5
Insgesamt	**625.885**	**3.496**	**629.381**	**616.342**	**-1,5**	**4.033**	**15,4**	**620.375**	**-1,4**	**566.004**	**-8,2**	**5.616**	**39,3**	**571.620**	**-7,9**

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2009

Tabelle A1.1-7: **Struktur des Ausbildungsplatzangebots 2009 nach den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen**

	Ausbildungsplatzangebot im Berichtsjahr 2009													
	Ausbildungsplatzangebote insgesamt		*betriebliche* Angebote		außerbetriebliche Angebote (= überwiegend öffentlich finanziert)		Ende des Berichtsjahres besetzte Angebote[1]		Ende des Berichtsjahres unbesetzte Angebote[2]		Ende des Berichtsjahres besetzte *betriebliche* Angebote[3]		Ende des Berichtsjahres unbesetzte *betriebliche* Angebote	
	absolut	in %[4]	absolut	in %[4]	absolut	in %[4]	absolut	in %[4]	absolut	in %[4]	absolut	in %[5]	absolut	in %[5]
	Spalte 1		Spalte 2		Spalte 3		Spalte 4		Spalte 5		Spalte 6		Spalte 7	
Bundesgebiet														
Industrie- und Handelskammern	343.277	100,0	319.008	92,9	24.269	7,1	333.404	97,1	9.873	2,9	309.135	96,9	9.873	3,1
Handwerkskammern	161.998	100,0	145.548	89,8	16.450	10,2	157.279	97,1	4.719	2,9	140.829	96,8	4.719	3,2
Öffentlicher Dienst	13.776	100,0	13.725	99,6	51	0,4	13.724	99,6	52	0,4	13.673	99,6	52	0,4
Landwirtschaftskammern	14.865	100,0	12.797	86,1	2.068	13,9	14.646	98,5	219	1,5	12.578	98,3	219	1,7
Kammern der freien Berufe	43.769	100,0	43.306	98,9	463	1,1	42.675	97,5	1.094	2,5	42.212	97,5	1.094	2,5
Sonstige/keine Zuordnung möglich/ keine Angabe[6]	5.450	100,0	2.939	53,9	2.511	46,1	4.276	78,5	1.174	21,5	1.765	60,1	1.174	39,9
Insgesamt	**583.135**	**100,0**	**537.323**	**92,1**	**45.812**	**7,9**	**566.004**	**97,1**	**17.131**	**2,9**	**520.192**	**96,8**	**17.131**	**3,2**
Alte Länder														
Industrie- und Handelskammern	279.310	100,0	269.845	96,6	9.465	3,4	271.025	97,0	8.285	3,0	261.560	96,9	8.285	3,1
Handwerkskammern	137.579	100,0	126.910	92,2	10.669	7,8	133.539	97,1	4.040	2,9	122.870	96,8	4.040	3,2
Öffentlicher Dienst	10.610	100,0	10.580	99,7	30	0,3	10.562	99,5	48	0,5	10.532	99,5	48	0,5
Landwirtschaftskammern	11.286	100,0	10.362	91,8	924	8,2	11.133	98,6	153	1,4	10.209	98,5	153	1,5
Kammern der freien Berufe	38.554	100,0	38.276	99,3	278	0,7	37.537	97,4	1.017	2,6	37.259	97,3	1.017	2,7
Sonstige/keine Zuordnung möglich/ keine Angabe[6]	4.154	100,0	2.639	63,5	1.515	36,5	3.210	77,3	944	22,7	1.695	64,2	944	35,8
Insgesamt	**481.493**	**100,0**	**458.612**	**95,2**	**22.881**	**4,8**	**467.006**	**97,0**	**14.487**	**3,0**	**444.125**	**96,8**	**14.487**	**3,2**
Neue Länder und Berlin														
Industrie- und Handelskammern	63.967	100,0	49.163	76,9	14.804	23,1	62.379	97,5	1.588	2,5	47.575	96,8	1.588	3,2
Handwerkskammern	24.419	100,0	18.638	76,3	5.781	23,7	23.740	97,2	679	2,8	17.959	96,4	679	3,6
Öffentlicher Dienst	3.166	100,0	3.145	99,3	21	0,7	3.162	99,9	4	0,1	3.141	99,9	4	0,1
Landwirtschaftskammern	3.579	100,0	2.435	68,0	1.144	32,0	3.513	98,2	66	1,8	2.369	97,3	66	2,7
Kammern der freien Berufe	5.215	100,0	5.030	96,5	185	3,5	5.138	98,5	77	1,5	4.953	98,5	77	1,5
Sonstige/keine Zuordnung möglich/ keine Angabe[6]	1.296	100,0	300	23,1	996	76,9	1.066	82,3	230	17,7	70	23,3	230	76,7
Insgesamt	**101.642**	**100,0**	**78.711**	**77,4**	**22.931**	**22,6**	**98.998**	**97,4**	**2.644**	**2,6**	**76.067**	**96,6**	**2.644**	**3,4**

Abweichungen in den Summen von „Alte Länder" und „Neue Länder und Berlin" zu „Bundesgebiet" können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben. Dadurch leichte Differenzen zu sonstigen Darstellungen.

[1] Identisch mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

[2] Zu den „unbesetzten Angeboten" zählen nur bei Agenturen für Arbeit und ARGEn gemeldete, unbesetzte *betriebliche* Ausbildungsstellen. Außerbetriebliche Stellen bleiben hier grundsätzlich unberücksichtigt. Berücksichtigt wurden in dieser Darstellung nur unbesetzte Plätze in Berufen des dualen Systems, die regional zuordenbar sind. Deshalb kommt es hier zu leichten rechnerischen Abweichungen gegenüber den Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit.

[3] Identisch mit der Zahl der neu abgeschlossenen *betrieblichen* Ausbildungsverträge.

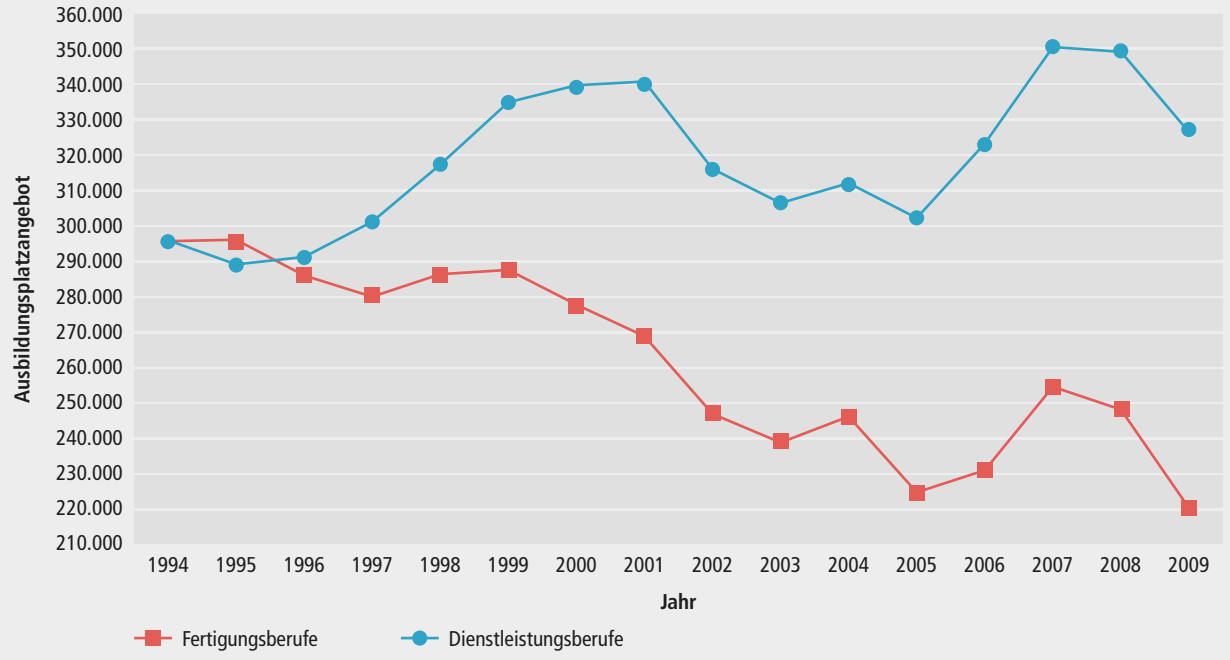
[4] Anteil am Ausbildungsplatzangebot insgesamt (Spalte 1).

[5] Anteil am *betrieblichen* Ausbildungsplatzangebot (Spalte 2).

[6] In dieser Kategorie befinden sich neben nicht zuordenbaren Daten insbesondere auch Meldungen aus der Hauswirtschaft.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bewerber/-innen und Berufsausbildungsstellen Berichtsjahr 2008/2009; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September

Schaubild A1.1-2: **Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots in den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen 1994 bis 2009**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Berufsbildung

Der rechnerisch höchste Anteil an unbesetzten betrieblichen Ausbildungsplätzen wurde 2009 mit einer Quote von 3,6% im ostdeutschen Handwerk registriert, die niedrigste Quote von 0,1% im ostdeutschen öffentlichen Dienst.

Das Ausbildungsplatzangebot im Berufsbildungssystem wird seit den letzten 16 Jahren in wachsendem Maße von den Berufen des tertiären Sektors dominiert. Dieser Trend setzte sich auch 2009 fort. Denn gegenüber dem Vorjahr sank das Angebot in den Fertigungsberufen um 11,3% bzw. 28.077 Plätze, während der Rückgang bei den Dienstleistungsberufen mit einem Minus von 6,6% bzw. 22.950 Plätzen deutlich schwächer war. War 1994 das Verhältnis zwischen den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen noch ausgeglichen, wurden 2009 in den Dienstleistungsberufen bereits 106.868 Ausbildungsplätze mehr angeboten als in den Fertigungsberufen → **Schaubild A1.1-2**.[16] Damit entfielen 56,0% aller Ausbildungsplatzangebote auf Berufe des tertiären Sektors, während die Fertigungsberufe nur noch einen Anteil von 37,7% erreichten. Das duale Berufsbildungssystem folgt offenbar nicht nur in quantitativer, sondern auch in struktureller Hinsicht dem Wandel im Beschäftigungssystem.

Innerhalb der Fertigungsberufe lag 2009 das Angebot um 76.111 Plätze bzw. 25,7% niedriger als 1994. Dabei ging die Zahl der Ausbildungsplätze insbesondere in den Bauberufen zurück. Von 1994 bis 2008

16 Die Angebotsstruktur von 1994 bis 2005 wurde dabei unter Zuhilfenahme der Ausbildungsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes mit Stichtag 31.12. geschätzt. – Unter den Dienstleistungsberufen sind hier zusammengefasst die Berufsgruppen 66 bis 93 nach der Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes (1992). Die Fertigungsberufe umfassen die Gruppen 10 bis 55. Die sonstigen Berufe außerhalb der Dienstleistungs- und Fertigungsberufe schließen die technischen Berufe (62 bis 64), die Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau (01 bis 06), Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07 bis 08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98 bis 99) mit ein.

Tabelle A1.1-8: **Entwicklung des Ausbildungsangebots von 1994 bis 2009 nach Berufsgruppen**

BKZ	Berufsgruppe (StBA)	Ausbildungsplatzangebot (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der am 30. September bei der BA gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsstellen)																Veränderung 2009 gegenüber 1994	
		1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	absolut	in %
01–06	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	16.348	17.568	18.966	19.570	19.443	19.457	18.238	17.737	17.433	17.781	18.572	15.785	16.843	16.911	16.098	15.278	-1.070	-6,5
07–08	Bergleute, Mineralgewinner	198	338	285	222	209	172	146	126	154	160	181	213	210	171	198	106	-92	-46,5
10–11	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1.613	1.635	1.648	1.649	1.583	1.376	1.354	1.159	1.030	1.039	1.144	977	978	932	927	777	-836	-51,8
12–13	Keramiker, Glasmacher	624	658	654	701	684	644	689	696	610	563	621	619	632	715	725	564	-60	-9,6
14–15	Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	3.072	3.468	3.701	3.980	4.437	4.354	4.509	4.631	4.346	4.591	4.690	4.509	4.804	5.396	5.384	4.332	1.260	41,0
16	Papierhersteller, -verarbeiter	580	657	728	767	790	792	902	914	754	796	784	545	753	834	749	653	73	12,5
17	Drucker	3.860	3.817	4.072	4.685	5.710	6.485	7.629	7.828	6.418	5.799	5.969	5.621	6.195	6.699	6.860	5.547	1.687	43,7
18	Holzaufbereiter und verwandte Berufe	568	601	565	605	556	498	545	414	373	393	410	377	420	440	358	259	-309	-54,4
19–30, 32	Metallberufe	106.604	107.191	105.515	104.039	107.012	105.596	103.136	103.227	96.157	94.489	94.800	86.685	90.766	101.507	100.524	86.562	-20.042	-18,8
31	Elektriker	38.617	37.882	35.972	35.422	37.689	39.447	39.692	40.411	37.108	34.109	33.363	32.282	32.769	35.939	37.365	33.264	-5.353	-13,9
33–37	Textil-, Bekleidungs-, Lederberufe	5.868	5.221	5.124	4.993	4.774	4.798	4.369	4.254	3.653	3.346	3.119	2.083	2.371	2.597	2.296	1.980	-3.888	-66,3
39–43	Ernährungsberufe	30.724	29.685	31.349	32.380	33.404	34.621	34.446	33.988	32.531	32.651	33.970	31.040	32.536	33.323	30.886	28.915	-1.809	-5,9
44–51	Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	102.377	103.785	95.012	88.855	87.656	86.515	77.910	68.578	60.818	57.317	57.042	47.305	50.635	55.787	51.221	47.351	-55.026	-53,7
52–55	Warenprüfer, Versandfertigmacher, Maschinisten	1.450	1.786	1.852	2.055	2.256	2.648	2.689	2.764	2.914	3.438	10.054	12.296	7.771	10.277	10.629	9.643	8.193	564,9
62–64	Technische Berufe	13.880	13.739	12.757	12.321	12.270	11.795	11.022	10.867	9.807	9.540	9.483	8.516	8.857	9.586	9.943	8.814	-5.066	-36,5
66–70	Waren- und Dienstleistungskaufleute	115.951	111.511	111.944	116.544	123.094	131.282	130.304	127.518	117.297	112.660	118.632	119.153	128.149	139.423	140.253	133.248	17.297	14,9
71–74	Verkehrsberufe	4.960	4.709	5.965	7.248	7.360	7.330	7.745	8.299	8.149	8.961	4.640	3.964	11.566	14.680	15.322	13.695	8.735	176,1
75–78	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	89.104	89.282	90.835	96.510	101.151	107.946	110.387	111.299	101.207	97.936	99.794	93.752	95.498	100.997	100.430	92.059	2.955	3,3
79–87	Sicherheitsberufe, künstlerische Berufe, Gesundheitsdienst-, Sozial- und Erziehungsberufe	40.265	39.814	38.228	35.862	36.368	35.951	37.971	39.610	38.770	36.675	35.405	34.439	34.197	37.097	37.412	36.012	-4.253	-10,6
90–93	Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe, Reinigungsberufe	45.568	43.639	44.106	44.972	49.487	52.749	53.702	54.450	50.796	50.229	53.700	50.900	54.061	58.826	56.248	51.701	6.133	13,5
98, 99	Restliche Berufe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.755	11.543	11.891	11.930	12.375	12.375	–
	Insgesamt	**622.234**	**616.988**	**609.274**	**613.381**	**635.933**	**654.454**	**647.383**	**638.771**	**590.328**	**572.474**	**586.374**	**562.816**	**591.554**	**644.028**	**635.758**	**583.135**	**-39.099**	**-6,3**
davon:	Fertigungsberufe (10–55)	295.958	296.387	286.189	280.131	286.550	287.773	277.869	268.864	246.714	238.532	245.966	224.339	230.630	254.446	247.924	219.847	-76.111	-25,7
	Dienstleistungsberufe (66–93)	295.849	288.956	291.077	301.137	317.461	335.257	340.108	341.177	316.220	306.461	312.172	302.208	323.471	351.023	349.665	326.715	30.866	10,4
	Sonstige Berufe (01–09, 62–64, 98–99)	30.427	31.645	32.008	32.113	31.922	31.424	29.406	28.730	27.395	27.481	28.236	36.269	37.453	38.559	38.169	36.573	6.146	20,2

Die Angebotsstruktur von 1994–2005 wurde unter Zuhilfenahme der Ausbildungsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes (StBA) mit Stichtag 31.12. geschätzt. – Unter den Dienstleistungsberufen sind hier die Berufsgruppen 66–93 nach der Berufsklassifikation des StBA zusammengefasst. Die Fertigungsberufe umfassen die Berufsgruppen 10–55. Die sonstigen Berufe beziehen die technischen Berufe (62–64), die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe (01–06), die Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07–08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98–99) mit ein.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Berechnungen

halbierte sich ihr Umfang → **Tabelle A1.1-8**. In den Dienstleistungsberufen fiel das Ausbildungsplatzangebot selbst im Krisenjahr 2005 höher aus als 1994; dies galt sowohl für die kaufmännischen Waren- und Dienstleistungs- als auch für die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe. 2009 wurden in den Dienstleistungsberufen insgesamt 326.715 Plätze angeboten, dies waren 30.866 bzw. 10,4 % mehr als 1994.

Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage

Variante 1: Nachfrage *ohne* bei zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber/-innen

Die Ausbildungsplatznachfrage bestimmt sich nach § 86 des Berufsbildungsgesetzes als rechnerische Summe der Zahlen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der am 30. September „bei der BA gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen". Zu den Ausbildungsplätze suchenden Personen zählen dabei zwei Bewerbergruppen. Die erste umfasst diejenigen Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die als sogenannte „unversorgte Bewerber" weder in eine Berufsausbildungsstelle noch in eine Alternative eingemündet waren (Grundlage für die Berechnung der „alten Nachfragedefinition"). Dies waren im Berichtsjahr 2009 9.595 Personen.[17] Die zweite Gruppe umfasst jene Bewerber/-innen, die in einer Alternative verblieben waren (z. B. erneuter Schulbesuch, Berufsvorbereitung, Praktikum), aber von dort aus weiter nach einer Ausbildungsstelle suchten und für die die Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften auch am 30. September weiterliefen. Seit 2007 werden diese Bewerber/-innen in der Verbleibsstatistik der BA ausgewiesen. Ihre Zahl belief sich im Berichtsjahr 2009 auf 73.391 (→ **Tabelle A1.1-9,** Spalte 6).[18]

Früher wurde bei der Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage neben der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (als Repräsentant der erfolgreichen Nachfrage) allein die Gruppe der „unversorgten Bewerber" berücksichtigt. Zusammen mit den 566.004 neu abgeschlossenen Verträgen in 2009 hätte sich demnach eine bundesweite Ausbildungsplatznachfrage für 2009 von 575.599 (= 566.004 + 9.595) ergeben (→ **Tabelle A1.1-9**, Spalte 11). Rechnet man nun zusätzlich die Bewerber/-innen mit ein, die aus Alternativen heraus weitersuchen (2009: 73.391), gelangt man zu einer erweiterten Nachfragedefinition, die vom BIBB bereits vor längerer Zeit vorgeschlagen (Ulrich/Troltsch 2003) und sowohl für den Nationalen Bildungsbericht (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008) als auch für den Berufsbildungsbericht 2009 und den Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 übernommen wurde. Nach dieser erweiterten Definition betrug die Ausbildungsplatznachfrage im Jahr 2009 (vgl. Spalte 12) bundesweit 648.990 (= 566.004 + 9.595 + 73.391).

Variante 2: Nachfrage *mit* bei zugelassenen kommunalen Trägern gemeldete Bewerber/-innen

2009 wies die BA erstmals auch Daten zu den Ausbildungsstellenbewerbern aus, die von den zugelassenen kommunalen Trägern betreut wurden. Rechnet man diese Bewerber/-innen mit ein, so bezifferte sich der Gesamtumfang der Ende September noch Ausbildungsplätze suchenden Bewerber und Bewerberinnen auf 93.161 Personen (→ **Tabelle A1.1-9**, Spalte 7), von denen 16.436 der Gruppe der „unversorgten Bewerber" (Spalte 5) und 76.725 der Gruppe der Bewerber/-innen zuzurechnen sind, die aus Alternativen heraus weitersuchten (Spalte 6). Zusammen mit den 566.004 neuen Ausbildungsverträgen (Spalte 1) errechnet sich daraus eine Nachfrage im Sinne der gesetzlichen Definition von 659.165 (Spalte 12). Demnach zählten 14,1 % der zum Stichtag 30. September noch aktiven Ausbildungsplatznachfrager/-innen zu den erfolglosen Ausbildungsplatzsuchenden (West: 14,9 %; Ost: 10,3 %).

17 Zu den „unversorgten Bewerbern" zählen hier nur Bewerber/-innen um Plätze in Berufen des dualen Systems, die ihren Wohnsitz im Inland haben. Deshalb kommt es hier zu leichten rechnerischen Abweichungen gegenüber den Veröffentlichungen der BA. Die BA wies für 2009 anstelle der hier genannten 9.595 Personen 9.603 unversorgte Bewerber/-innen aus → **Tabelle A1-2**.

18 Die BA wies für 2009 unter Berücksichtigung von Bewerbern aus dem Ausland 73.456 Personen aus → **Tabelle A1-2**.

Tabelle A1.1-9: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 1992 bis 2009 (Teil 1 – Deutschland)**

	BIBB-Erhebung zum 30.09.			Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 30.09. (Auszug)				Verknüpfung der Daten der BIBB-Erhebung zum 30.09. mit den Ausbildungsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 30.09.											
	Neue Ausbildungsverträge			Unbesetzte Ausbildungsplätze[1]	Bewerber/-innen, die Ende September noch suchen			Ausbildungsplatzangebot			Ausbildungsplatznachfrage		Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in %				Überhang zwischen Angebot und Nachfrage	
	insgesamt	darunter:			Bewerber/-innen ohne Alternative[2, 3]	Bewerber/-innen mit Alternative[2]	noch suchende Bewerber/-innen insgesamt[2]	insgesamt	darunter:		nach alter Definition	nach neuer, erweiterter Definition	insgesamt		betrieblich		nach alter Definition	nach erweiterter Definition
		betrieblich	außerbetrieblich						betrieblich	außerbetrieblich			nach alter Definition	nach erweiterter Definition	nach alter Definition	nach erweiterter Definition		
							(Sp. 5 + Sp. 6)	(Sp. 1 + Sp. 4)	(Sp. 2 + Sp. 4)	(Sp. 3)	(Sp. 1 + Sp. 5)	(Sp. 1 + Sp. 7)	(Sp. 8 : Sp. 11)	(Sp. 8 : Sp. 12)	(Sp. 9 : Sp. 11)	(Sp. 9 : Sp. 12)	(Sp. 8 – Sp. 11)	(Sp. 8 – Sp. 12)
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17	Spalte 18
Deutschland																		
1992	595.215	–	–	126.610	12.975	–	–	721.825	–	–	608.190	–	118,7	–	–	–	113.635	–
1993	570.120	–	–	85.737	17.759	–	–	655.857	–	–	587.879	–	111,6	–	–	–	67.978	–
1994	568.082	–	–	54.152	18.970	–	–	622.234	–	–	587.052	–	106,0	–	–	–	35.182	–
1995	572.774	–	–	44.214	24.962	–	–	616.988	–	–	597.736	–	103,2	–	–	–	19.252	–
1996	574.327	–	–	34.947	38.458	–	–	609.274	–	–	612.785	–	99,4	–	–	–	-3.511	–
1997	587.517	–	–	25.864	47.421	–	–	613.381	–	–	634.938	–	96,6	–	–	–	-21.557	–
1998	612.529	–	–	23.404	35.675	–	–	635.933	–	–	648.204	–	98,1	–	–	–	-12.271	–
1999	631.015	–	–	23.439	29.365	–	–	654.454	–	–	660.380	–	99,1	–	–	–	-5.926	–
2000	621.693	–	–	25.690	23.642	–	–	647.383	–	–	645.335	–	100,3	–	–	–	2.048	–
2001	614.238	–	–	24.535	20.462	–	–	638.773	–	–	634.700	–	100,6	–	–	–	4.073	–
2002	572.323	–	–	18.005	23.383	–	–	590.328	–	–	595.706	–	99,1	–	–	–	-5.378	–
2003	557.634	–	–	14.840	35.015	–	–	572.474	–	–	592.649	–	96,6	–	–	–	-20.175	–
2004	572.980	–	–	13.394	44.576	–	–	586.374	–	–	617.556	–	95,0	–	–	–	-31.182	–
2005[4]	550.180	–	–	12.636	40.488	–	–	562.816	–	–	590.668	–	95,3	–	–	–	-27.852	–
2006[4]	576.153	–	–	15.387	49.453	–	–	591.540	–	–	625.606	–	94,6	–	–	–	-34.066	–
2007[4]	625.885	–	–	18.143	32.587	98.014	130.601	644.028	–	–	658.472	756.486	97,8	85,1	–	–	-14.444	-112.458
2008[4]	616.342	–	–	19.416	14.505	81.741	96.246	635.758	–	–	630.847	712.588	100,8	89,2	–	–	4.911	-76.830
2009[4]	566.004	520.192	45.812	17.131	9.595	73.391	82.986	583.135	537.323	45.812	575.599	648.990	101,3	89,9	93,4	82,8	7.536	-65.855
2009[5]	566.004	520.192	45.812	–	16.436	76.725	93.161	–	–	–	582.440	659.165	–	–	–	–	–	–

Tabelle A1.1-9: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 1992 bis 2009 (Teil 2 – Alte Länder)**

	BIBB-Erhebung zum 30.09.			Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 30.09. (Auszug)				Verknüpfung der Daten der BIBB-Erhebung zum 30.09. mit den Ausbildungsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 30.09.											
	Neue Ausbildungsverträge			Unbesetzte Ausbildungsplätze[1]	Bewerber/-innen, die Ende September noch suchen			Ausbildungsplatzangebot			Ausbildungsplatznachfrage		Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in %				Überhang zwischen Angebot und Nachfrage	
	insgesamt	darunter:			Bewerber/-innen ohne Alternative[2, 3]	Bewerber/-innen mit Alternative[2]	noch suchende Bewerber/-innen insgesamt[2]	insgesamt	darunter:		nach alter Definition	nach neuer, erweiterter Definition	insgesamt		betrieblich			
		betrieblich	außerbetrieblich						betrieblich	außerbetrieblich			nach alter Definition	nach erweiterter Definition	nach alter Definition	nach erweiterter Definition	nach alter Definition	nach erweiterter Definition
							(Sp. 5 + Sp. 6)	(Sp. 1 + Sp. 4)	(Sp. 2 + Sp. 4)	(Sp. 3)	(Sp. 1 + Sp. 5)	(Sp. 1 + Sp. 7)	(Sp. 8 : Sp. 11)	(Sp. 8 : Sp. 12)	(Sp. 9 : Sp. 11)	(Sp. 9 : Sp. 12)	(Sp. 8 – Sp. 11)	(Sp. 8 – Sp. 12)
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17	Spalte 18
Alte Länder																		
1992	484.954	–	–	122.953	10.948	–	–	607.907	–	–	495.902	–	122,6	–	–	–	112.005	–
1993	456.959	–	–	83.307	13.905	–	–	540.266	–	–	470.864	–	114,7	–	–	–	69.402	–
1994	435.388	–	–	52.462	16.902	–	–	487.850	–	–	452.290	–	107,9	–	–	–	35.560	–
1995	436.082	–	–	42.889	18.821	–	–	478.971	–	–	454.903	–	105,3	–	–	–	24.068	–
1996	434.648	–	–	33.642	23.896	–	–	468.290	–	–	458.544	–	102,1	–	–	–	9.746	–
1997	448.323	–	–	25.112	30.793	–	–	473.435	–	–	479.116	–	98,8	–	–	–	-5.681	–
1998	468.732	–	–	22.775	22.297	–	–	491.507	–	–	491.029	–	100,1	–	–	–	478	–
1999	482.213	–	–	22.657	18.517	–	–	504.870	–	–	500.730	–	100,8	–	–	–	4.140	–
2000	483.082	–	–	24.760	14.214	–	–	507.842	–	–	497.296	–	102,1	–	–	–	10.546	–
2001	480.183	–	–	23.618	11.962	–	–	503.801	–	–	492.145	–	102,4	–	–	–	11.656	–
2002	447.426	–	–	17.123	13.180	–	–	464.549	–	–	460.606	–	100,9	–	–	–	3.943	–
2003	434.747	–	–	13.994	22.267	–	–	448.741	–	–	457.014	–	98,2	–	–	–	-8.273	–
2004	448.876	–	–	12.549	29.677	–	–	461.425	–	–	478.553	–	96,4	–	–	–	-17.128	–
2005[4]	434.162	–	–	11.786	29.334	–	–	445.948	–	–	463.496	–	96,2	–	–	–	-17.548	–
2006[4]	452.215	–	–	13.552	33.221	–	–	465.767	–	–	485.436	–	95,9	–	–	–	-19.669	–
2007[4]	500.787	–	–	15.827	23.049	82.551	105.600	516.614	–	–	523.836	606.387	98,6	85,2	–	–	-7.222	-89.773
2008[4]	502.604	–	–	16.647	10.151	72.251	82.402	519.251	–	–	512.755	585.006	101,3	88,8	–	–	6.496	-65.755
2009[4]	467.006	444.125	22.881	14.487	6.899	67.252	74.151	481.493	458.612	22.881	473.905	541.157	101,6	89,0	96,8	84,7	7.588	-59.664
2009[5]	467.006	444.125	22.881	–	11.923	69.912	81.835	–	–	–	478.929	548.841	–	–	–	–	–	–

Tabelle A1.1-9: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 1992 bis 2009 (Teil 3 – Neue Länder und Berlin)**

	BIBB-Erhebung zum 30.09.			Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 30.09. (Auszug)				Verknüpfung der Daten der BIBB-Erhebung zum 30.09. mit den Ausbildungsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 30.09.											
	Neue Ausbildungsverträge			Unbesetzte Ausbildungsplätze[1]	Bewerber/-innen, die Ende September noch suchen			Ausbildungsplatzangebot			Ausbildungsplatznachfrage		Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in %				Überhang zwischen Angebot und Nachfrage	
	insgesamt	darunter:			Bewerber/-innen ohne Alternative[2, 3]	Bewerber/-innen mit Alternative[2]	noch suchende Bewerber/-innen insgesamt[2]	insgesamt	darunter:		nach alter Definition	nach neuer, erweiterter Definition	insgesamt		betrieblich		nach alter Definition	nach erweiterter Definition
		betrieblich	außerbetrieblich						betrieblich	außerbetrieblich			nach alter Definition	nach erweiterter Definition	nach alter Definition	nach erweiterter Definition		
							(Sp. 5 + Sp. 6)	(Sp. 1 + Sp. 4)	(Sp. 2 + Sp. 4)	(Sp. 3)	(Sp. 1 + Sp. 5)	(Sp. 1 + Sp. 7)	(Sp. 8 : Sp. 11)	(Sp. 8 : Sp. 12)	(Sp. 9 : Sp. 11)	(Sp. 9 : Sp. 12)	(Sp. 8 – Sp. 11)	(Sp. 8 – Sp. 12)
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14	Spalte 15	Spalte 16	Spalte 17	Spalte 18
Neue Länder und Berlin																		
1992	110.261	–	–	3.657	2.027	–	–	113.918	–	–	112.288	–	101,5	–	–	–	1.630	–
1993	113.161	–	–	2.430	3.854	–	–	115.591	–	–	117.015	–	98,8	–	–	–	-1.424	–
1994	132.694	–	–	1.690	2.068	–	–	134.384	–	–	134.762	–	99,7	–	–	–	-378	–
1995	136.692	–	–	1.325	6.141	–	–	138.017	–	–	142.833	–	96,6	–	–	–	-4.816	–
1996	139.679	–	–	1.305	14.562	–	–	140.984	–	–	154.241	–	91,4	–	–	–	-13.257	–
1997	139.194	–	–	752	16.628	–	–	139.946	–	–	155.822	–	89,8	–	–	–	-15.876	–
1998	143.797	–	–	629	13.378	–	–	144.426	–	–	157.175	–	91,9	–	–	–	-12.749	–
1999	148.802	–	–	782	10.848	–	–	149.584	–	–	159.650	–	93,7	–	–	–	-10.066	–
2000	138.611	–	–	930	9.428	–	–	139.541	–	–	148.039	–	94,3	–	–	–	-8.498	–
2001	134.055	–	–	917	8.500	–	–	134.972	–	–	142.555	–	94,7	–	–	–	-7.583	–
2002	124.897	–	–	882	10.203	–	–	125.779	–	–	135.100	–	93,1	–	–	–	-9.321	–
2003	122.887	–	–	846	12.748	–	–	123.733	–	–	135.635	–	91,2	–	–	–	-11.902	–
2004	124.104	–	–	845	14.899	–	–	124.949	–	–	139.003	–	89,9	–	–	–	-14.054	–
2005[4]	116.018	–	–	850	11.154	–	–	116.868	–	–	127.172	–	91,9	–	–	–	-10.304	–
2006[4]	123.938	–	–	1.835	16.232	–	–	125.773	–	–	140.170	–	89,7	–	–	–	-14.397	–
2007[4]	125.098	–	–	2.316	9.538	15.463	25.001	127.414	–	–	134.636	150.099	94,6	84,9	–	–	-7.222	-22.685
2008[4]	113.738	–	–	2.769	4.354	9.490	13.844	116.507	–	–	118.092	127.582	98,7	91,3	–	–	-1.585	-11.075
2009[4]	98.998	76.067	22.931	2.644	2.696	6.139	8.835	101.642	78.711	22.931	101.694	107.833	99,9	94,3	77,4	73,0	-52	-6.191
2009[5]	98.998	76.067	22.931	–	4.513	6.813	11.326	–	–	–	103.511	110.324	–	–	–	–	–	–

[1] Nur Ausbildung im dualen System und ohne jene unbesetzten Ausbildungsstellen, die für die BA regional nicht zuzuordnen sind.

[2] Nur Ausbildung im dualen System und ohne Bewerber mit Wohnsitz im Ausland.

[3] Durch eine geänderte regionale Zuordnung sind Vergleiche mit Zeiträumen vor 2005 nur eingeschränkt möglich.

[4] Nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften (ARGEn).

[5] Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und zugelassene kommunale Träger (zkT). Hier liegen allerdings keine Angaben zur Gesamtzahl der unbesetzten Ausbildungsplätze vor. Deshalb fehlen hier auch die Angaben zum Angebot und zu den Angebots-Nachfrage-Verhältnissen. In den Gesamtzahlen der bei Agenturen, ARGEn und zkT gemeldeten noch suchenden Bewerber sind 188 Doppelnennungen enthalten (Bewerber ohne Alternative: 25, Bewerber mit Alternative: 163).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit

Tabelle A1.1-10: **Maßzahlen zur Ausbildungsmarktlage 2008 und 2009 (ohne erfolglose Angebote und erfolglose Nachfrager/-innen, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern [zkT] gemeldet waren)**

Land	Ausbildungsplatzangebot				Ausbildungsplatznachfrage				Angebots-Nachfrage-Relationen				*Betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relationen[3]	
	2008	2009	darunter:		nach alter Definition[1]		nach neuer, erweiterter Defintion[2]		nach alter Nachfragedefinition[1]		nach erweiterter Nachfragedefinition[2]		nach alter Nachfrage-definition[1]	nach erweiterter Nachfrage-definition[2]
			außer-betrieblich	betrieblich										
			2009	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2009	2009
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9	Spalte 10	Spalte 11	Spalte 12	Spalte 13	Spalte 14
Baden-Württemberg	84.861	79.113	2.665	76.448	82.637	76.908	94.145	88.214	102,7	102,9	90,1	89,7	99,4	86,7
Bayern	108.673	98.365	3.467	94.898	103.993	94.251	115.983	104.927	104,5	104,4	93,7	93,7	100,7	90,4
Berlin	21.286	19.768	4.060	15.708	23.418	21.048	25.072	21.940	90,9	93,9	84,9	90,1	74,6	71,6
Brandenburg	18.282	15.600	3.832	11.768	18.489	15.570	20.252	16.667	98,9	100,2	90,3	93,6	75,6	70,6
Bremen	7.710	7.355	465	6.890	7.668	7.160	8.910	8.111	100,5	102,7	86,5	90,7	96,2	84,9
Hamburg	15.046	13.628	736	12.892	15.323	13.751	15.901	14.366	98,2	99,1	94,6	94,9	93,8	89,7
Hessen	43.585	40.758	3.270	37.488	43.684	40.088	50.534	45.752	99,8	101,7	86,2	89,1	93,5	81,9
Mecklenburg-Vorpommern	14.954	12.495	2.907	9.588	14.668	12.073	15.525	12.766	101,9	103,5	96,3	97,9	79,4	75,1
Niedersachsen	60.627	57.820	2.311	55.509	59.994	57.331	70.385	67.685	101,1	100,9	86,1	85,4	96,8	82,0
Nordrhein-Westfalen	135.309	123.767	6.917	116.850	136.361	124.440	158.614	145.545	99,2	99,5	85,3	85,0	93,9	80,3
Rheinland-Pfalz	31.639	29.722	1.503	28.219	31.564	29.486	35.522	33.155	100,2	100,8	89,1	89,6	95,7	85,1
Saarland	9.241	9.179	609	8.570	8.946	8.815	10.073	9.711	103,3	104,1	91,7	94,5	97,2	88,3
Sachsen	27.709	24.250	5.961	18.289	27.572	23.995	30.091	25.592	100,5	101,1	92,1	94,8	76,2	71,5
Sachsen-Anhalt	17.792	15.324	3.538	11.786	17.504	15.007	18.734	15.866	101,6	102,1	95,0	96,6	78,5	74,3
Schleswig-Holstein	22.560	21.786	938	20.848	22.585	21.675	24.939	23.691	99,9	100,5	90,5	92,0	96,2	88,0
Thüringen	16.484	14.205	2.633	11.572	16.441	14.001	17.908	15.002	100,3	101,5	92,0	94,7	82,7	77,1
Alte Länder	**519.251**	**481.493**	**22.881**	**458.612**	**512.755**	**473.905**	**585.006**	**541.157**	**101,3**	**101,6**	**88,8**	**89,0**	**96,8**	**84,7**
Neue Länder und Berlin	**116.507**	**101.642**	**22.931**	**78.711**	**118.092**	**101.694**	**127.582**	**107.833**	**98,7**	**99,9**	**91,3**	**94,3**	**77,4**	**73,0**
Bundesgebiet	**635.758**	**583.135**	**45.812**	**537.323**	**630.847**	**575.599**	**712.588**	**648.990**	**100,8**	**101,3**	**89,2**	**89,9**	**93,4**	**82,8**

[1] Als weiter suchende Nachfrager/-innen werden hier lediglich die „unversorgten Bewerber" berücksichtigt.

[2] Die Zahl der weiter suchenden Nachfrager/-innen wird errechnet aus der Gesamtzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber/-innen, für die Ende September die Vermittlungsbemühungen weiterlaufen („unversorgte Bewerber", „Bewerber mit Alternative zum 30.09.").

[3] Bei dieser Berechnung wird im Rahmen des Ausbildungsplatzangebots nur das *betriebliche* Angebot (Spalte 3) berücksichtigt.

Bei der Angebots- und Nachfrageberechnung wurden nur Ausbildungen im dualen System und nur jene Meldungen berücksichtigt, die für die Bundesagentur für Arbeit regional zuzuordnen sind. Deshalb kommt es hier zu leichten Abweichungen gegenüber den Veröffentlichungen der

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit

Angebots-Nachfrage-Relationen

Wie oben dargelegt, liegen bislang keine Informationen zu Ausbildungsstellen vor, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern registriert wurden. Bei der Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relationen werden deshalb neben den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nur jene unbesetzten Plätze und die noch suchenden Bewerber/-innen berücksichtigt, die bei den Agenturen für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) gemeldet waren.

Die Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage auf Basis der *alten Nachfragedefinition* (bei der als erfolglose Nachfrager/-innen nur die Gruppe der „unversorgten Bewerber" einbezogen wird) ergibt für 2009 ein rechnerisches Verhältnis von 101,3 Ausbildungsplatzangeboten je 100 Nachfrager/-innen (West: 101,6; Ost: 99,9; → **Tabelle A1.1-10**, Spalte 10). Unter Zugrundelegung der neuen, erweiterten Nachfragemessung (Spalte 12) verringert sich die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) auf 89,9 (West: 89,0; Ost: 94,3). Letztlich dürfte diese neue Größe den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Ausbildungsmarkt wesentlich näher kommen. Diese Berechnung führt zudem zu einem anderen Ergebnis, was den Ost-West-Vergleich betrifft. Denn im Gegensatz zur alten Berechnungsweise deutet sich auf Basis der erweiterten Nachfragemessung an, dass die Angebots-Nachfrage-Relation 2009 in den neuen Ländern einen höheren Wert erreichte als in den alten Ländern.[19] Den höchsten Wert aller 16 Länder erzielte Mecklenburg-Vorpommern (97,9).

Der Vorsprung des Ostens kehrt sich jedoch wieder in das Gegenteil um, wenn man rein *betriebliche* Angebots-Nachfrage-Relationen berechnet, wie in den Spalten 13 und 14 der → **Tabelle A1.1-10** geschehen. Die Kennziffern fallen in diesem Fall für den Westen sowohl unter Zugrundelegung der alten Nachfragedefinition (West: 96,8; Ost: 77,4) als auch der neuen, erweiterten Definition (West: 84,7; Ost: 73,0) besser aus. Die Werte deuten somit auf eine weiterhin wesentlich schwierigere Ausbildungsmarktlage des Ostens hin, sofern man die Sicht auf die *rein betrieblichen* Ausbildungsplatzangebote beschränkt und die kompensatorischen außerbetrieblichen Ausbildungsplatzangebote außer Acht lässt. Bei einer solchen Interpretation ist jedoch Vorsicht geboten. Denn der Vorsprung des Westens resultiert im Wesentlichen daraus, dass erfolglose Ausbildungsstellenbewerber/-innen viel häufiger als im Osten in das „Übergangssystem" (→ **vgl. Kapitel A3.3**; Beicht 2009; Ulrich/Eberhard 2008) umgelenkt werden, ihren Vermittlungswunsch dabei auf das nächste Jahr verschieben und damit im aktuellen Jahr weder im Rahmen der alten Nachfrage- noch im Rahmen der neuen, erweiterten Nachfragemessung als Ausbildungsplatznachfrager/-in mitgezählt werden. Die erfolglosen ostdeutschen Bewerber/-innen um eine *betriebliche* Ausbildungsstelle münden dagegen viel häufiger in eine vollqualifizierende außerbetriebliche Berufsausbildung ein und bleiben somit als Ausbildungsplatznachfrager/-innen statistisch sichtbar. Die Folge ist, dass im Westen den *betrieblichen* Ausbildungsplatzangeboten relativ gesehen stets deutlich weniger Ausbildungsplatznachfrager/-innen gegenüberstehen als im Osten – selbst dann, wenn in Relation zu den *betrieblichen* Ausbildungsplatzangeboten im Westen und Osten gleich viele Ausbildungsstellenbewerber/-innen an einer betrieblichen Berufsausbildung interessiert wären.

Verstärkt wird das Problem noch durch die Tatsache, dass die Schulabgänger im Osten Deutschlands bislang viel eher als ihre westlichen Altersgenossen dazu neigten, die Arbeitsagenturen, ARGEn oder zuständigen kommunalen Träger bei ihrer Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche einzubeziehen (vgl. Ulrich u. a. 2009, S. 20 ff.). Nach den Ergebnissen der BIBB-Schulabgängerbefragungen 2004 bis 2008 (vgl. Friedrich 2009a; Friedrich 2009b) war die *Chance*, dass ein ostdeutscher Jugendlicher die Arbeitsagenturen, ARGEn oder zuständigen kommunalen Träger einschaltet, unter Kontrolle weiterer Einflussgrößen mehr als dreimal so groß wie für einen westdeutschen Schulabgänger. Die Folge war, dass im Osten stets mehr potenzielle Kandidaten vorhanden waren, welche als erfolglose Ausbildungs-

19 Dieses Ergebnis korrespondiert wiederum mit den Ost-West-Differenzen bei den rechnerischen Einmündungsquoten, bei denen ermittelt wird, wie hoch der rechnerische Anteil der erfolgreichen Ausbildungsplatznachfrager/-innen an der Gesamtsumme der Schulabgänger/-innen ist. Denn auch ein Vergleich der rechnerischen Einmündungsquoten fiel in 2009 zugunsten der neuen Länder aus.

platznachfrager/-innen um eine *betriebliche* Ausbildungsstelle statistisch sichtbar wurden und damit auf die Angebots-Nachfrage-Bilanz Einfluss nahmen. Auch deshalb lässt sich anhand der Angebots-Nachfrage-Relation nicht valide auf den Versorgungsgrad von ausbildungsinteressierten (und zur Ausbildung befähigten) Jugendlichen schließen.

Rechnerische Einmündungsquoten

Um den Problemen bei der Berechnung der Angebots-Nachfrage-Relationen nicht alternativlos ausgeliefert zu sein, werden seit einigen Jahren im Rahmen von verschiedenen Marktbilanzierungen auch sogenannte „rechnerische Einmündungsquoten" ausgewiesen (vgl. z. B. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 18 f.). Dabei wird die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in ein rechnerisches Verhältnis zur Zahl der Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen gesetzt. Je höher die Quote ausfällt, desto besser erscheint die Versorgungslage. Zwar stellt die rechnerische Einmündungsquote eine sehr starke Vereinfachung der Marktzusammenhänge dar (da die Nachfrage nach dualer Ausbildung natürlich nicht allein aus dem Kreis der aktuellen Abgänger/-innen aus den allgemeinbildenden Schulen resultiert).[20] Doch bestehen die Vorteile dieser Größe darin, dass sie recht anschaulich ist und die Zahl der allgemeinbildenden Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen recht gut mit dem Umfang eines Altersjahrgangs korrespondiert. Bei insgesamt 566.004 Ausbildungsverträgen und 873.104 Abgängern/Abgängerinnen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen ergab sich für das Jahr 2009 eine rechnerische Einmündungsquote von 64,8 %. Dieser Wert lag um 3,1 Prozentpunkte niedriger als im Jahr zuvor (2008: 67,9 %). Der Rückgang kam dabei allein in den alten Ländern zustande (von 67,0 % im Jahr 2008 auf 63,2 % in 2009), während die Einmündungsquote im Osten Deutschlands von 72,4 % in 2008 auf 74,0 % anstieg. Somit deutet auch diese Berechnung auf eine inzwischen günstigere Versorgungslage der ostdeutschen Jugendlichen hin.[21]

Berufsspezifische Ausbildungsmarktlagen

Die Ausbildungsmarktlagen variieren nicht nur nach Regionen, sondern auch sehr stark nach den verschiedenen Berufen. So gab es auch 2009 eine Reihe von Berufen, für die sich die Jugendlichen sehr stark interessierten und bei denen sich 2009 ein besonders hoher Nachfrageüberhang gegenüber dem offiziell registrierten betrieblichen Gesamtangebot feststellen ließ. Beispiele hierfür sind im oberen Teil der → **Tabelle A1.1-11** enthalten. Zu den Berufen mit einem bundesweit besonders hohen Nachfrageüberhang zählten demnach die Ausbildungen zum/zur Tierpfleger/-in (rechnerisch 209,6 Nachfrager je 100 *betriebliche* Angebote), Gestalter/-in für visuelles Marketing (172,9), Mediengestalter/-in Bild und Ton (151,4), Zweiradmechaniker/-in (147,4), Bürokaufmann/-frau (139,0), Fotograf/-in (138,8), Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien (137,4) oder Veranstaltungskaufmann/-frau (134,8).

20 Komplexere Alternativen, die auch die Abgänger/Abgängerinnen und Absolventen/Absolventinnen aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen und sogenannte „Altbewerber" (bei den Arbeitsverwaltungen gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren) einbeziehen, werden u. a. in große Deters/Ulmer/Ulrich (2008) sowie im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A2.1, vorgestellt und diskutiert.

21 Ein Problem bei der Berechnung der Einmündungsquoten besteht darin, dass sich die Strukturen der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen zwischen West und Ost deutlich unterschieden. So fiel in Ostdeutschland z. B. der Anteil der studienberechtigten Schulabsolventen/-absolventinnen an der Gesamtzahl aller Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen mit 40,4 % deutlich höher aus als der Vergleichswert im Westen (29,4 %). Je nach erreichtem Schulabschluss ist das Nachfrageverhalten der Jugendlichen aber unterschiedlich stark ausgeprägt; Abiturienten fragen nicht im selben Ausmaß eine Berufsausbildungsstelle nach wie Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss. Deshalb wurden die oben aufgeführten Ergebnisse durch gewichtete Berechnungen ergänzt, bei denen das unterschiedliche Interesse an dualer Berufsausbildung in Abhängigkeit vom erreichten Schulabschluss berücksichtigt wurde (vgl. Ulrich u. a. 2009, S. 30 ff.). Bei dieser gewichteten Ermittlung zeigte sich, dass die Beteiligung der ostdeutschen Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-absolventinnen an dualer Berufsausbildung in den beiden letzten Jahren nicht nur größer ausfiel als die ihrer westdeutschen Altersgenossen, sondern dass sich auch bei der Beteiligung an rein betrieblicher Berufsausbildung keine geringere Quote für den Osten mehr für 2009 ergab. Ein vergleichbares Resultat deutete sich an, wenn nicht nur Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen, sondern auch Absolventen und Abgänger aus teilqualifizierenden beruflichen Bildungsgängen und „Altbewerber" mit ihrem jeweils spezifischen Ausbildungsinteresse bei der Berechnung der gewichteten Einmündungsquoten Eingang fanden. Diese Ergebnisse sind umso bemerkenswerter, als bei allen Berechnungsvarianten der Einmündungsquoten Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden konnten und somit ostdeutsche Einpendler in den Westen statistisch den westdeutschen Einmündungsquoten zugutekamen.

Tabelle A1.1-11: **Ausbildungsberufe mit starkem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Jahr 2009**

Teil 1: Berufe mit einem hohen Nachfragerüberhang gegenüber dem offiziell registrierten betrieblichen Gesamtangebot

	Bundesgebiet			Alte Länder			Neue Länder und Berlin		
	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: offiziell registrierte Nachfrager/-innen	Nachfrager/-innen je 100 betriebliche Angebote	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: offiziell registrierte Nachfrager/-innen	Nachfrager/-innen je 100 betriebliche Angebote	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: offiziell registrierte Nachfrager/-innen	Nachfrager/-innen je 100 betriebliche Angebote
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5	Spalte 6	Spalte 7	Spalte 8	Spalte 9
• Tierpfleger/-in	635	1.331	209,6	473	1.003	212,1	162	328	202,5
• Gestalter/-in für visuelles Marketing	597	1.032	172,9	536	910	169,8	61	122	200,0
• Mediengestalter/-in Bild und Ton	669	1.013	151,4	518	760	146,7	151	253	167,5
• Zweiradmechaniker/-in	671	989	147,4	617	891	144,4	54	98	181,5
• Bürokaufmann/-frau	19.747	27.447	139,0	16.982	23.330	137,4	2.765	4.117	148,9
• Fotograf/-in	781	1.084	138,8	690	955	138,4	91	129	141,8
• Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien	3.657	5.024	137,4	3.167	4.273	134,9	490	751	153,3
• Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	2.096	2.860	136,5	1.676	2.307	137,6	420	553	131,7
• Veranstaltungskaufmann/-frau	1.860	2.508	134,8	1.517	1.993	131,4	343	515	150,1
• Kaufmann/-frau im Einzelhandel	30.730	39.665	129,1	25.983	33.100	127,4	4.747	6.565	138,3

Nur Berufe, in denen 2009 bundesweit mindestens 500 betriebliche Angebote registriert wurden und in denen der bundesweite Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung unter 10 % lag.

Teil 2: Berufe mit einem hohen Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen am offiziell erfassten betrieblichen Gesamtangebot

	Bundesgebiet			Alte Länder			Neue Länder und Berlin		
	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: unbesetzt	Anteil unbesetzter Plätze	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: unbesetzt	Anteil unbesetzter Plätze	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: unbesetzt	Anteil unbesetzter Plätze
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9
• Fachmann/-frau für Systemgastronomie	3.460	523	15,1 %	3.053	479	15,7 %	407	44	10,8 %
• Restaurantfachmann/-frau	6.834	946	13,8 %	4.742	658	13,9 %	2.092	288	13,8 %
• Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	13.113	1.518	11,6 %	11.659	1.381	11,8 %	1.454	137	9,4 %
• Fleischer/-in	2.599	256	9,8 %	2.088	218	10,4 %	511	38	7,4 %
• Klempner/-in	520	51	9,8 %	485	42	8,7 %	35	9	25,7 %
• Fachkraft im Gastgewerbe	2.884	271	9,4 %	2.185	211	9,7 %	699	60	8,6 %
• Gebäudereiniger/-in	1.611	137	8,5 %	1.060	103	9,7 %	551	34	6,2 %
• Koch/Köchin	15.126	1.235	8,2 %	11.503	911	7,9 %	3.623	324	8,9 %
• Drogist/-in	1.102	88	8,0 %	964	80	8,3 %	138	8	5,8 %
• Bäcker/-in	5.274	414	7,8 %	4.573	365	8,0 %	701	49	7,0 %

Nur Berufe, in denen 2009 bundesweit mindestens 500 betriebliche Angebote registriert wurden.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2009; Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsmarktstatistik); eigene Berechnungen

Umgekehrt gab es Berufe, in denen die Betriebe große Schwierigkeiten hatten, angebotene Ausbildungsplätze zu besetzen. In → **Tabelle A1.1-11** sind im unteren Teil häufig angebotene Berufe aufgeführt, bei denen es 2009 besonders große Besetzungsprobleme gab. Hierzu zählten unter anderem die Ausbildungen zum/zur Fachmann/-frau für Systemgastronomie (bundesweiter Anteil erfolgloser Angebote: 15,1 %), Restaurantfachmann/-frau (13,8 %), Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk (11,6 %), Fleischer/-in (9,8 %), Klempner/-in (9,8 %), Fachkraft im Gastgewerbe (9,4 %) sowie Gebäudereiniger/-in (8,5 %).

Die Listen in → **Tabelle A1.1-11** verweisen darauf, dass es vor allem Dienstleistungsberufe sind, welche von den ausbildungsinteressierten Jugendlichen überdurchschnittlich häufig nachgefragt werden, bzw. Berufe, die einen hohen Anteil an gestalterischen und kreativen Arbeitsinhalten haben. Wie in einer BIBB-Untersuchung belegt werden konnte (vgl. Eberhard/Scholz/Ulrich 2009), spielt dabei vor allem auch das aus Sicht der Jugendlichen besonders gute Image dieser Berufe eine Rolle. Dies bedeutet, dass es den Jugendlichen nicht nur darum geht, einen Beruf mit Tätigkeiten auszuüben, die ihren beruflichen Interessen entgegenkommen, sondern dass sie auch danach streben, einen Beruf zu erlernen, der bei anderen Personen besonders gut ankommt und der ihnen somit hilft, einen möglichst positiven Eindruck bei ihren Mitmenschen zu hinterlassen. Für Berufe, bei denen es schwieriger ist, die angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen, heißt dies wiederum, dass es nicht nur darauf ankommt, die Berufsorientierung der Jugendlichen zu verbessern und noch genauer über die tatsächlichen Ausbildungs- und Tätigkeitsinhalte aufzuklären, sondern auch für ein allgemein höheres Ansehen dieser Berufe in der Gesellschaft zu werben.

Wie im letzten Jahr liegt der Ausbildungsberuf „Kaufmann/-frau im Einzelhandel“ (2009: 31.257) auf Platz 1 bei den am häufigsten besetzten Ausbildungsplätzen gefolgt von den Berufen „Verkäufer/-in“ (2009: 26.479), „Bürokaufmann/-frau“ (2009: 21.044), Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (2009: 18.165), Industriekaufmann/-frau (2009: 17.447), Koch/Köchin (2009:15.529), Friseur/-in (2009: 15.463), Medizinische/-r Fachangestellte/-r (2009:14.282), Industriemechaniker/-in (2009: 13.849) und Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel (2009: 13.497). Für diese 10 Berufe wurden insgesamt 187.012 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge registriert – das entspricht einem Anteil von 33 % am Gesamtvolumen der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.[22]

(Joachim Gerd Ulrich, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

22 Vgl. dazu **www.bibb.de/de/54245.htm** – Rangliste 2009 der Ausbildungsberufe nach Anzahl der Neuabschlüsse.

A1.2 Ausbildungsvermittlung

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat den gesetzlichen Auftrag, Berufsberatung durchzuführen, Ausbildungsstellen zu vermitteln sowie Berufsausbildung zu fördern. Im Rahmen der Ausbildungsvermittlung berät die BA sowohl Betriebe, die Ausbildungsstellen anbieten, als auch Jugendliche, die eine duale Berufsausbildung anstreben, wobei die Inanspruchnahme dieser Dienste durch Arbeitgeber und Jugendliche freiwillig ist. Über diesen Vermittlungs- und Beratungsdienst führt die BA die Ausbildungsmarktstatistik, die monatlich[23] nach dem Bestand an Ausbildungsstellen und Bewerbern bzw. Bewerberinnen (Nachfrage) sowie deren Verbleib ausgewertet wird. Der Vermittlungs- bzw. Erhebungszeitraum beginnt am 1. Oktober eines Jahres und endet am 30. September des Folgejahres. Die Ausbildungsmarktstatistik der BA wird neben der Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September → **vgl. Kapitel A1.1** zur Angebots- und der Nachfrageberechnung herangezogen.[24]

Im Berichtsjahr 2005/2006 wurde das bisherige IT-Verfahren in den Arbeitsagenturen auf VerBIS (Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem) umgestellt. Mit dieser Umstellung gingen Änderungen in der Definition einzelner Verbleibskategorien → **vgl. Tabelle A1.2-7**[25] der Bewerber/-innen einher, sodass die Daten ab dem Berichtsjahr 2005/2006 nicht ohne Probleme mit denen früherer Jahre verglichen werden können.

Seit Januar 2005 sind auch die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und die zugelassenen kommunalen Träger (zkT) für die Ausbildungsvermittlung zuständig und führen hierüber Statistik. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren war es jedoch bisher nicht möglich, die Bewerberdaten der zugelassenen kommunalen Träger auszuwerten und in die Ausbildungsmarktstatistik der BA zu integrieren. 2009 wurden die BA-Daten zu den gemeldeten Bewerber/-innen um die der zugelassenen kommunalen Träger ergänzt, sodass nun erstmalig ein Gesamtergebnis für alle gemeldeten Bewerber/-innen vorliegt.[26] Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2008/2009 555.650 Bewerber/-innen betreut, 22.289 von den zugelassenen kommunalen Trägern und 533.361 von der BA und den ARGEn. Zum Teil ergeben sich durch die Datenzusammenführung Doppelzählungen, (insgesamt 1.807 Fälle). Auch wenn die Datenzusammenführung Vorteile birgt, so sind doch die zusammengeführten Daten nicht mit jenen aus dem Vorjahr vergleichbar. Zudem werden (noch) nicht die Strukturmerkmale (z. B. Schulabschluss, Geschlecht) der durch die zkT betreuten Bewerber/-innen ausgewiesen. Aus diesen Gründen basieren die folgenden Analysen ausschließlich auf den Daten der Ausbildungsmarktstatistik der BA und nicht auf den ergänzten Daten.[27]

Gemeldete Ausbildungsstellen

Im Berichtsjahr 2008/2009 wurden insgesamt 475.391 Berufsausbildungsstellen bei der BA gemeldet. Das sind 36.191 (-7,1%) Stellen weniger als im letzten Jahr → **Tabelle A1.2-1**. Von den gemeldeten Stellen konnten insgesamt 458.136 (bzw. 96,4%) besetzt werden.[28] Der Anteil der noch unbesetzten Stellen lag mit 3,6% (bzw. 17.255) ähnlich hoch wie im Berichtsjahr 2007/2008 (19.507 bzw. 3,8%). Der Großteil der gemeldeten Stellen stammt wie auch in den Jahren davor aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern (259.799 bzw. 54,6%) und Handwerkskammern (98.468 bzw. 20,7%).

---

23 Die Angaben liegen für die Monate März bis September vor. Trotz monatlicher Auswertungen der Daten kann eine Aussage zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst nach Abschluss des Geschäftsjahres der BA zum 30. September getroffen werden.

24 Für Informationen zur Angebots- und Nachfrageberechnung siehe **www.bibb.de/de/wlk8237.htm**.

25 Erklärungen zu den Begriffen der Statistik der Ausbildungsvermittlung der BA sind unter „Erläuterungen zu den Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt" nachzulesen bei Bundesagentur für Arbeit (2009).

26 Die Daten stehen über das Statistikangebot der BA zur Verfügung. Vgl.: Bundesagentur für Arbeit: Bewerber und Berufsausbildungsstellen Berichtsjahr 2008/09 (nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften, ohne zugelassene kommunale Träger) sowie Bundesagentur für Arbeit: Alle gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen Berichtsjahr 2008/09 (Agenturen für Arbeit, ARGEn und zugelassene kommunale Träger).

27 Die Daten zum Gesamtergebnis aller gemeldeten Bewerber/-innen sind im Internet unter **www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/c.html?call=l** unter dem Thema „Alle gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen" eingestellt.

28 Der Anteil der besetzten Ausbildungsstellen ist nicht identisch mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge → **vgl. Kapitel A1.1**, da die Inanspruchnahme der BA durch die Arbeitgeber freiwillig ist und somit durch die Ausbildungsmarktstatistik nicht alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Deutschland erfasst werden können.

Tabelle A1.2-1: **Gemeldete Berufsausbildungsstellen in den Berichtsjahren 2008/2009 und 2007/2008**

Ausbildungsbereiche	2008/2009						2007/2008					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Industrie und Handel	259.799	54,6	211.490	55,4	48.063	51,4	277.655	54,3	223.576	55,6	53.929	49,3
Handwerk	98.468	20,7	81.171	21,3	17.294	18,5	105.072	20,5	85.401	21,3	19.651	17,9
öffentlicher Dienst	13.714	2,9	10.909	2,9	2.805	3,0	14.811	2,9	11.850	2,9	2.961	2,7
Landwirtschaft	6.963	1,5	4.784	1,3	2.179	2,3	6.795	1,3	4.456	1,1	2.339	2,1
freie Berufe	29.748	6,3	25.903	6,8	3.964	4,2	29.655	5,8	25.578	6,4	4.077	3,7
sonstige Stellen/keine Zuordnung möglich	37.220	7,8	33.425	8,3	7.817	8,4	43.863	8,6	33.425	8,3	10.379	9,5
keine Angaben	29.393	6,2	17.564	4,4	11.449	12,2	33.731	6,6	17.564	4,4	16.167	14,8
Insgesamt	**475.391**	**100,0**	**381.544**	**100,0**	**93.571**	**100,0**	**511.582**	**100,0**	**401.850**	**100,0**	**109.503**	**100,0**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ein Rückgang bei den gemeldeten Stellen findet sich nahezu in allen Ausbildungsbereichen: im öffentlichen Dienst (-1.097 bzw. 7,4%), im Handwerk (-6.604 bzw. -6,3%), in Industrie und Handel (-17.888 bzw. -6,4) sowie bei den sonstigen Stellen (-6.643 bzw. -15,1%) und den Stellen ohne Angabe (-4.338 bzw. -12,9%) wurden deutlich weniger Stellen als im Vorjahr zur Vermittlung angeboten. Ein leichter Zuwachs bei den gemeldeten Stellen konnte dagegen in der Landwirtschaft (+168 bzw. 2,5%) und bei den freien Berufen (93 bzw. 0,3%) verbucht werden. Der im letzten Jahr registrierte Rückgang bei den gemeldeten Stellen in den neuen Ländern (-5,9%) setzte sich 2008/2009 deutlich fort (-15.931 bzw. -14,5%). Aber auch in den alten Ländern wurden weniger Stellen gemeldet als im Vorjahr (-20.306 bzw. -5,1%).

Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2008/2009 ließen sich 533.361 Jugendliche als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registrieren. Bei der BA werden nur diejenigen Ratsuchenden als Ausbildungsstellenbewerber/-innen geführt, die ausbildungsreif[29] sind (Müller-Kohlenberg/Schober/Hilke 2005, S. 22).

Dies sind 86.848 (-14%) weniger als im Berichtsjahr 2007/2008 und 200.610 (-27,3%) weniger als im Jahr 2006/2007. Ein Rückgang der Bewerberzahl ist sowohl in den neuen als auch den alten Ländern zu verzeichnen, wobei der Rückgang in den neuen Ländern (-35.296 bzw. -25,6%) wesentlich stärker als in den alten (-51.504 bzw. -8,3%) ausfällt.[30] Was die schulische Vorbildung der gemeldeten Bewerber/-innen betrifft, so verfügt die große Mehrheit (83,6%) mindestens über einen Hauptschulabschluss: 26,7% haben einen Hauptschul- und 38,2% einen Realschulabschluss. 10,3% haben die Fachhochschul- und 8,4% die Hochschulreife erworben, wobei die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit Hochschulreife in den neuen Ländern mit 15,3% mehr als doppelt so hoch ist wie in den alten Ländern (6,8%). Der Anteil

29 Siehe hierzu den Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsreife: **www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Nationaler-Pakt-fuer-Ausbildung-und-Fachkraeftenachwuchs-Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf**.

30 Zur demografischen Entwicklung und ihrer Auswirkung auf den Ausbildungsstellenmarkt in den neuen Ländern: **www.bibb.de/de/50069.htm**.

Tabelle A1.2-2: **Geschlecht, Schulabschluss, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA (ohne kommunale Träger) gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2008/2009 und 2007/2008**

	2008/2009							2007/2008					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder			Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Geschlecht													
männlich	284.311	53,3	228.852	53,1	55.367	54,0		327.771	52,8	252.660	52,4	74.999	54,4
weiblich	249.050	46,7	201.757	46,9	47.226	46,0		292.438	47,2	229.453	47,6	62.890	45,6
Schulabschluss													
ohne Hauptschulabschluss	7.318	1,4	5.533	1,3	1.748	1,7		28.251	4,6	16.710	3,4	11.534	8,4
Hauptschulabschluss	142.218	26,7	120.656	28,0	21.526	21,0		221.151	35,7	184.361	38,2	36.731	26,6
Realschulabschluss	203.772	38,2	164.046	38,1	39.672	38,7	eingeschränkte Vergleichbarkeit mit Vorjahr	269.105	43,4	206.859	43,0	62.157	45,1
Fachhochschulreife	55.057	10,3	48.843	11,3	6.192	6,0		44.220	7,1	38.539	8,0	5.667	4,1
allgemeine Hochschulreife	45.016	8,4	29.308	6,8	15.686	15,3		48.710	7,8	28.785	6,0	19.892	14,4
keine Angaben	79.980	15,0	62.223	14,4	17.733	17,3		8.772	1,4	6.859	1,4	1.908	1,4
Staatsangehörigkeit													
Deutsche	477.505	89,5	378.456	87,9	98.921	96,4		560.437	90,4	426.889	88,5	133.544	96,8
Ausländer	55.050	10,3	51.429	11,9	3.590	3,5		58.995	9,5	54.676	11,3	4.286	3,1
Alter													
15 Jahre und jünger	13.939	2,6	13.468	3,1	465	0,5		15.552	2,5	14.982	3,1	564	0,4
16 bis 18 Jahre	255.497	47,9	211.204	49,0	44.217	43,1		294.280	47,4	231.429	48,0	62.762	45,5
19 bis 20 Jahre	144.217	27,0	113.610	26,4	30.565	29,8		169.406	27,3	129.668	26,9	39.683	28,8
21 bis 24 Jahre	104.589	19,6	80.757	18,8	23.803	23,2		121.725	19,6	91.578	19,0	30.100	21,8
25 Jahre und älter	15.119	2,8	11.570	2,7	3.543	3,5		19.246	3,1	14.456	3,0	4.780	3,5
Insgesamt	**533.361**	**100,0**	**430.609**	**100,0**	**102.593**	**100,0**		**620.209**	**100,0**	**482.113**	**100,0**	**137.889**	**100,0**

Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

der Bewerber/-innen, zu denen keine Angabe zum Schulabschluss vorliegt, fällt mit 79.980 bzw. 15,0% relativ hoch aus. Im Vergleich dazu konnten im Berichtsjahr 2007/2008 lediglich 1,4% der Bewerber/-innen keinem Schulabschluss zugeordnet werden. Zurückzuführen ist dies auf eine veränderte Datenerfassung des Schulentlassjahres, der Schulart und des Schulabschlusses seit Oktober 2008. Ziel der Umstellung ist es, nach Angaben der BA, bessere Daten zum Lebensverlauf der Bewerber/-innen zu ermitteln. Damit ist jedoch zugleich die Vergleichbarkeit der Daten mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich.

Der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit fällt in den neuen Ländern (3,5%) geringer aus als in den alten (11,9%) und liegt im Bundesgebiet bei 10,3%. → **Tabelle A1.2-2**.

Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr 2008/2009 verlassen haben

Von den insgesamt 533.361 im Berichtsjahr 2008/2009 bei den Agenturen für Arbeit und ARGEn gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen waren 45,7% bereits vor dem Berichtszeitraum (Oktober 2008 bis September 2009) von der Schule abgegangen. E Von ihnen hatten 45,8% die allge-

Tabelle A1.2-3: **Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und ARGEn (ohne kommunale Träger) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen**

Region/Schulabgangsjahr		Berichtsjahr 2008/2009	Berichtsjahr 2007/2008[1]	Veränderung 2008/2009 zu 2007/2008[2]	
				absolut	in %
Bundesgebiet					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[3]	absolut	533.361	620.037	-86.676	-14,0
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[4]	absolut	243.791	320.393	x	x
	in % von insgesamt	45,7	51,7	x	x
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	111.734	128.539	x	x
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	45,8	40,1	x	x
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	132.057	191.854	x	x
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	54,2	59,9	x	x
Alte Länder					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[3]		430.609	482.010	-51.401	-10,7
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[4]	absolut	190.683	242.558	x	x
	in % von insgesamt	44,3	50,3	x	x
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	90.837	101.670	x	x
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	47,6	41,9	x	x
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	99.846	140.888	x	x
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	52,4	58,1	x	x
Neue Länder (einschließlich Berlin)					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt[3]		102.593	137.820	-35.227	-25,6
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr[4]	absolut	53.044	77.720	x	x
	in % von insgesamt	51,7	56,4	x	x
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	20.865	26.822	x	x
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	39,3	34,5	x	x
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	32.179	50.898	x	x
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr"	60,7	65,5	x	x

[1] Aufgrund einer Datenrevision der Bundesagentur für Arbeit weichen die Angaben für das Berichtsjahr 2007/2008 leicht von den früher berichteten Werten ab.

[2] Aufgrund geänderter Datenermittlung ist der Vorjahresvergleich von Angaben zum Schulabgangsjahr nicht möglich. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Statistik Ausbildungsstellenmarkt, Bewerber/-innen und Berufsausbildungsstellen, Berichtsjahr 2008/09, Tabelle 1.2.

[3] Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen ist.

[4] Im Berichtsjahr 2007/2008 war für insgesamt 18.505 Bewerber/-innen (alte Länder: 15.048, neue Länder: 3.448) keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden, im Berichtsjahr 2008/2009 für insgesamt 11.936 Bewerber/-innen (alte Länder: 9.535, neue Länder: 2.397).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

meinbildende oder berufliche Schule im vorherigen Berichtsjahr verlassen und 54,2 % sogar noch früher → **Tabelle A1.2-3**. In den neuen Ländern lag der relative Anteil der Bewerber/-innen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr mit 51,7 % deutlich höher als in den alten Ländern mit 44,3 %. Wesentlich häufiger hatten die Bewerber/-innen in den neuen Ländern die Schule schon im Vorvorjahr oder früher beendet, ihr Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen aus vorangegangenen Schulentlassjahren betrug 60,7 % gegenüber 52,4 % in den alten Ländern.

E **Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verlassen haben („Altbewerber/-innen")**

In der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden die Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach dem Schulabgangsjahr differenziert. Es werden folgende Gruppen unterschieden:

- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Berichtsjahr
- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Vorjahr
- Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren

Das Schulabgangsjahr bezieht sich dabei nicht nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern es werden auch im Anschluss besuchte berufliche Schulen berücksichtigt. Für das Schulabgangsjahr zählt also die zuletzt beendete allgemeinbildende oder berufliche Schule.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit einem Schulabgang vor dem Berichtsjahr handelt es sich somit um Personen, die im Laufe des aktuellen Berichtszeitraums keine Schule mehr besuchten, sondern an einer berufsvorbereitenden Maßnahme der BA teilnahmen, eine Einstiegsqualifizierung oder ein sonstiges Betriebspraktikum absolvierten, Wehr- bzw. Zivildienst oder ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr leisteten, eine erneute Ausbildung anstrebten (z. B. nach einem Ausbildungsabbruch), einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf Arbeits- bzw. Ausbildungssuche waren oder aus privaten Gründen zu Hause blieben. Sie werden häufig als „Altbewerber/-innen" bezeichnet, und zwar unabhängig davon, ob sie sich in Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben haben oder nicht. In dieser Bewerbergruppe dürfte sich jedoch ein mehr oder weniger großer Anteil von Personen befinden, die vor dem aktuellen Berichtsjahr überhaupt noch keine Berufsausbildung anstrebten und sich daher früher noch nie beworben hatten. Der Begriff „Altbewerber/-innen" ist für diesen Personenkreis insofern nicht vollständig zutreffend.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung definiert die Personengruppe der Altbewerber/-innen aus diesem Grund anders: So werden im Rahmen von Stichprobenerhebungen, wie der regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragung, als Altbewerber/-innen diejenigen Personen angesehen, die sich tatsächlich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den des jeweils aktuellen Ausbildungsjahres beworben haben (→ **vgl. Kapitel A3.1** und BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.3). Das Schulabgangsjahr spielt dabei keine Rolle. Nach dieser Definition werden somit auch Personen, die nach erfolglosen Bewerbungen um eine Ausbildungsstelle Bildungsgänge des schulischen Übergangssystems absolvierten, als Altbewerber/-innen – und nicht als aktuelle Schulabgänger/-innen – eingestuft.

Eine Aussage über die Entwicklung der Zahl der Bewerber/-innen, die früher als im jeweils aktuellen Berichtsjahr von der Schule abgingen, ist nicht möglich. Die BA hat seit Oktober 2008 das System der Datenerfassung umgestellt, wodurch nun bessere Daten zum Lebenslauf der Bewerber/-innen vorliegen. Die zeitliche Einordnung des Schulabgangs in die Kategorien „im Berichtsjahr", „im Vorjahr" sowie „in noch früheren Jahren" konnte daher genauer als bislang vorgenommen werden. Allerdings ist damit die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen vorheriger Berichtsjahre nicht mehr gegeben. Die rechnerische Differenz zwischen den Bewerberzahlen der Berichtsjahre 2007/2008 und 2008/2009 darf daher in der Differenzierung nach den Schulentlassjahren nicht als reale Entwicklung interpretiert werden. Die folgende Darstellung beschränkt sich somit ausschließlich auf die Betrachtung der aktuellen Strukturen der Bewerber/-innen.

Im Berichtsjahr 2008/2009 war insgesamt unter den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang in den Vorjahren der Anteil junger Männer mit 54,3 % etwas höher als bei denjenigen, die die Schule erst im Berichtszeitraum beendeten (52,4 %) → **Tabelle A1.2-4**. Zwischen alten und neuen Ländern sind dabei keine nennenswerten Unterschiede zu verzeichnen → **Tabelle A1.2-5**, **Tabelle A1.2-6**.

Tabelle A1.2-4: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2008/2009 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet**

Merkmale der Bewerber/-innen	Schulabgangsjahr									
	Insgesamt*		darunter:							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	284.311	53,3	145.396	52,4	132.378	54,3	59.418	53,2	72.960	55,2
weiblich	249.050	46,7	132.238	47,6	111.413	45,7	52.316	46,8	59.097	44,8
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	7.318	1,4	3.701	1,3	3.567	1,5	1.809	1,6	1.758	1,3
Hauptschulabschluss	142.218	26,7	68.012	24,5	73.787	30,3	30.113	27,0	43.674	33,1
Realschulabschluss	203.772	38,2	132.708	47,8	70.689	29,0	32.536	29,1	38.153	28,9
Fachhochschulreife	55.057	10,3	40.125	14,5	14.876	6,1	9.003	8,1	5.873	4,4
allgemeine Hochschulreife	45.016	8,4	31.217	11,2	12.859	5,3	8.975	8,0	3.884	2,9
keine Angabe	79.980	15,0	1.871	0,7	68.013	27,9	29.298	26,2	38.715	29,3
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	84.563	15,9	77.093	27,8	6.696	2,7	4.004	3,6	2.692	2,0
Berufsausbildung	271.518	50,9	136.224	49,1	130.308	53,5	67.648	60,5	62.660	47,4
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*218.288*	40,9	*127.558*	45,9	*87.556*	35,9	*49.534*	44,3	*38.022*	28,8
Berufsausbildung gefördert	*53.230*	10,0	*8.666*	3,1	*42.752*	17,5	*18.114*	16,2	*24.638*	18,7
Erwerbstätigkeit	23.551	4,4	3.904	1,4	17.953	7,4	5.311	4,8	12.642	9,6
gemeinnützige/soziale Dienste	9.288	1,7	5.023	1,8	4.134	1,7	2.316	2,1	1.818	1,4
Fördermaßnahmen	38.649	7,2	21.657	7,8	16.514	6,8	7.626	6,8	8.888	6,7
ohne Angabe eines Verbleibs	105.792	19,8	33.733	12,2	68.186	28,0	24.829	22,2	43.357	32,8
Insgesamt	**533.361**	**100,0**	**277.634**	**100,0**	**243.791**	**100,0**	**111.734**	**100,0**	**132.057**	**100,0**

* Im Berichtsjahr 2008/2009 war für insgesamt 11.936 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Insgesamt verfügten die Bewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verließen, überproportional häufig über einen Hauptschulabschluss: Ihr Anteil machte 30,3% aus, während von denjenigen mit aktuellem Schulabgang nur 24,5% einen Hauptschulabschluss hatten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass für immerhin 27,9% der Bewerber/-innen aus früheren Schulabgangsjahren keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen – bei den Bewerbern und Bewerberinnen, die die Schule im Berichtsjahr verließen, trifft dies nur auf weniger als 1% zu. In den neuen Ländern ist der Anteil der Bewerber/-innen mit Hauptschulabschluss generell deutlich geringer als in den alten Ländern. Jedoch sind hier unter den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren Hauptschulabsolventen und -absolventinnen besonders stark vertreten (25,6% vs. 16,7% bei aktuellem Schulabgang).

Hinsichtlich des Verbleibs gab es insgesamt erhebliche Unterschiede zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit aktuellem und früherem Schulabgang: So konnten 45,9% derjenigen, die die Schule im Berichtsjahr verließen, in eine ungeför-

Tabelle A1.2-5: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2008/2009 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Alte Länder**

Merkmale der Bewerber/-innen	Schulabgangsjahr									
	Insgesamt*		darunter:							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	228.852	53,1	120.644	52,4	103.025	54,0	47.864	52,7	55.161	55,2
weiblich	201.757	46,9	109.747	47,6	87.658	46,0	42.973	47,3	44.685	44,8
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	5.533	1,3	2.992	1,3	2.503	1,3	1.303	1,4	1.200	1,2
Hauptschulabschluss	120.656	28,0	60.121	26,1	60.181	31,6	25.676	28,3	34.505	34,6
Realschulabschluss	164.046	38,1	109.547	47,5	54.216	28,4	27.066	29,8	27.150	27,2
Fachhochschulreife	48.843	11,3	35.735	15,5	13.064	6,9	7.921	8,7	5.143	5,2
allgemeine Hochschulreife	29.308	6,8	20.456	8,9	8.108	4,3	5.686	6,3	2.422	2,4
keine Angabe	62.223	14,4	1.540	0,7	52.611	27,6	23.185	25,5	29.426	29,5
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	74.903	17,4	68.712	29,8	5.550	2,9	3.287	3,6	2.263	2,3
Berufsausbildung	208.445	48,4	105.754	45,9	98.806	51,8	53.308	58,7	45.498	45,6
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*170.036*	39,5	*99.660*	43,3	*67.840*	35,6	*39.923*	44,0	*27.917*	28,0
Berufsausbildung gefördert	*38.409*	8,9	*6.094*	2,6	*30.966*	16,2	*13.385*	14,7	*17.581*	17,6
Erwerbstätigkeit	20.260	4,7	3.471	1,5	15.373	8,1	4.779	5,3	10.594	10,6
gemeinnützige/soziale Dienste	7.311	1,7	3.815	1,7	3.387	1,8	1.967	2,2	1.420	1,4
Fördermaßnahmen	34.653	8,0	20.312	8,8	13.973	7,3	6.966	7,7	7.007	7,0
ohne Angabe eines Verbleibs	85.037	19,7	28.327	12,3	53.594	28,1	20.530	22,6	33.064	33,1
Insgesamt	**430.609**	**100,0**	**230.391**	**100,0**	**190.683**	**100,0**	**90.837**	**100,0**	**99.846**	**100,0**

* Im Berichtsjahr 2008/2009 war für insgesamt 9.535 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

derte Berufsausbildung vermittelt werden, während dies bei einer früheren Beendigung der Schule nur für 35,9% gelang. Von denjenigen, die bereits im Vorvorjahr von der Schule abgingen, waren es sogar nur 28,8%. Allerdings gab es eine erhebliche Kompensation durch die geförderte Berufsausbildung: Insgesamt 17,5% der Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren mündeten in ein solches Ausbildungsverhältnis ein. Somit war der Anteil der Bewerber/-innen, die insgesamt in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt wurden, bei einem länger zurückliegenden Schulabgang mit 53,5% sogar höher, als wenn dieser erst im Berichtsjahr erfolgte (49,1%). Besonders häufig konnten mit 60,5% die Bewerber/-innen, die im Jahr zuvor die Schule beendet hatten, eine Berufsausbildung beginnen, während der entsprechende Anteil bei einem noch früheren Schulabgang nur bei 47,4% lag.

Zwischen alten und neuen Ländern unterschied sich die Situation allerdings relativ stark: In den alten Ländern konnten die Bewerber/-innen mit Schulbeendigung vor dem Berichtsjahr mit 51,8%

Tabelle A1.2-6: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2008/2009 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Neue Länder (einschließlich Berlin)**

Merkmale der Bewerber/-innen	Schulabgangsjahr									
	Insgesamt*		darunter:							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
							Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	55.367	54,0	24.703	52,4	29.313	55,3	11.538	55,3	17.775	55,2
weiblich	47.226	46,0	22.449	47,6	23.731	44,7	9.327	44,7	14.404	44,8
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	1.784	1,7	709	1,5	1.063	2,0	505	2,4	558	1,7
Hauptschulabschluss	21.526	21,0	7.869	16,7	13.592	25,6	4.430	21,2	9.162	28,5
Realschulabschluss	39.672	38,7	23.127	49,0	16.454	31,0	5.464	26,2	10.990	34,2
Fachhochschulreife	6.192	6,0	4.371	9,3	1.809	3,4	1.081	5,2	728	2,3
allgemeine Hochschulreife	15.686	15,3	10.746	22,8	4.745	8,9	3.283	15,7	1.462	4,5
keine Angabe	17.733	17,3	330	0,7	15.381	29,0	6.102	29,2	9.279	28,8
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	9.633	9,4	8.359	17,7	1.142	2,2	714	3,4	428	1,3
Berufsausbildung	63.007	61,4	30.429	64,5	31.477	59,3	14.326	68,7	17.151	53,3
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	*48.190*	47,0	*27.857*	59,1	*19.695*	37,1	*9.599*	46,0	*10.096*	31,4
Berufsausbildung gefördert	*14.817*	14,4	*2.572*	5,5	*11.782*	22,2	*4.727*	22,7	*7.055*	21,9
Erwerbstätigkeit	3.281	3,2	433	0,9	2.571	4,8	528	2,5	2.043	6,3
gemeinnützige/soziale Dienste	1.975	1,9	1.207	2,6	746	1,4	349	1,7	397	1,2
Fördermaßnahmen	3.990	3,9	1.339	2,8	2.541	4,8	660	3,2	1.881	5,8
ohne Angabe eines Verbleibs	20.707	20,2	5.385	11,4	14.567	27,5	4.288	20,6	10.279	31,9
Insgesamt	**102.593**	**100,0**	**47.152**	**100,0**	**53.044**	**100,0**	**20.865**	**100,0**	**32.179**	**100,0**

* Im Berichtsjahr 2008/2009 war für insgesamt 2.397 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

deutlich häufiger in eine (geförderte oder ungeförderte) Berufsausbildung vermittelt werden als die Bewerber/-innen, die aktuell die Schule verlassen hatten (45,9%). In den neuen Ländern, in denen die Vermittlungsquote in Ausbildung generell wesentlich höher lag, war dies umgekehrt: Hier konnten von den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren, trotz eines erheblichen Anteils an geförderter Ausbildung, nur 59,3% eine Berufsausbildung aufnehmen, gegenüber 64,5% bei den aktuellen Schulabsolventen und -absolventinnen.

Die Ergebnisse zeigen, dass für die Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Berichtsjahren in einem relativ großen Umfang aus öffentlichen Mitteln geförderte Ausbildungsplätze (z. B. den Ausbildungsbonus[31]) zur Verfügung standen. Dennoch gelang es einem nicht unerheblichen Teil von ihnen nicht, in eine Ausbildung einzumünden.

Verbleib der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Bis zum Abschluss des Berichtsjahres 2008/2009 am 30. September 2009 mündeten 47,3% (252.181) der Bewerber/-innen in eine Berufsausbildungsstelle ein. Etwa die Hälfte (50,9% bzw. 271.577) der Ausbil-

31 Für Informationen zu den Förderbedingungen siehe: **www.bmas.de/coremedia/generator/26426/2008_06_05_ausbildungsbonus.html**.

Tabelle A1.2-7: **Verbleib der bei der BA gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen zum 30.09.2009**

Art des Verbleibs	Insgesamt		Status des Vermittlungsauftrages							
			Vermittlungsauftrag abgeschlossen				Vermittlungsauftrag läuft weiter			
			durch Einmündung in Berufsausbildung		bei alternativem oder nicht näher bekanntem Verbleib		bei alternativem Verbleib		ohne alternativen Verbleib	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
I. Einmündung/Vermittlung in Berufsausbildung	252.181	100	252.181	100						
darunter:										
ungefördert	213.209	84,5	213.209	84,5						
gefördert	38.972	15,5	38.972	15,5						
II. Alternativer Verbleib	175.388	100,0			101.932	100,0	73.456	100,0		
darunter:										
Schulbildung	61.735	35,2			44.280	43,4	17.455	23,8		
Studium	7.278	4,1			6.689	6,6	589	0,8		
berufsvorbereitendes Jahr	1.358	0,8			747	0,7	611	0,8		
Berufsgrundbildungsjahr	3.960	2,3			2.299	2,3	1.661	2,3		
Praktikum	10.232	5,8			3.401	3,3	6.831	9,3		
Verbleib in bisheriger Berufsausbildung	19.337	11,0			11.438	11,2	7.899	10,8		
darunter:										
Berufsausbildung ungefördert	5.079	2,9			3.899	3,8	1.180	1,6		
Berufsausbildung gefördert	14.258	8,1			7.539	7,4	6.719	9,1		
Erwerbstätigkeit	23.551	13,4			16.055	15,8	7.496	10,2		
Bundeswehr/Zivildienst	5.292	3,0			3.806	3,7	1.486	2,0		
freiwilliges soziales/ökologisches Jahr	3.996	2,3			2.595	2,5	1.401	1,9		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	25.134	14,3			4.487	4,4	20.647	28,1		
berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme – Reha	363	0,2			274	0,3	89	0,1		
Einstiegsqualifizierung	5.838	3,3			1.417	1,4	4.421	6,0		
sonstige Förderung	7.236	4,1			4.389	4,3	2.847	3,9		
sonstige Reha-Förderung	78	> 0,1			55	0,1	23	> 0,1		
	71.488									
III. Verbleib noch ungeklärt bzw. nicht näher bekannt	105.792	100,0			96.189	100,0			9.603	100,0
Insgesamt	533.361	100,0	252.181	47,3	198.121	37,0	73.456	13,8	9.603	1,8

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

dungsstellenbewerber/-innen begannen dagegen eine Alternative zu einer Berufsausbildung (z. B. Schule, Praktikum, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) oder verzichteten ohne nähere Angabe eines Verbleibs auf eine weitere Unterstützung der Vermittlungsdienste der BA. Die übrigen 9.603 (1,8 %) Bewerber/-innen waren bis zum Ende des Berichtsjahres noch unversorgt.

Für die Jugendlichen, die in eine Berufsausbildung einmündeten (252.181), konnte der Vermittlungsauftrag abgeschlossen werden. Auch für den größten Teil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen (101.932) sowie für die unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen (96.189) fanden zum Abschluss des Berichtsjahres keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr statt. Die restlichen 73.456 Jugendlichen, die in eine Alternative eingemündet waren, wünschten weiterhin eine Ausbildungsstellenvermittlung durch die BA. Somit liefen nicht nur für die unversorgten Bewerber/-innen (9.603) die Vermittlungsbemühungen weiter, sondern auch für einen Teil (73.456) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen → **Tabelle A1.2-7**.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen

175.388 (bzw. 32,9%) der gemeldeten Bewerber/-innen hatten eine Alternative zu einer Berufsausbildung begonnen. Etwas mehr als die Hälfte (101.932 bzw. 58,1%) wünschten keine weitere Vermittlung mehr; dagegen liefen für 73.456 (41,9%) der Alternativverbleiber/-innen auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2009 die Vermittlungsbemühungen weiter. Damit hatte sich erneut der Anteil unter den Jugendlichen mit alternativem Verbleib, die eine weitere Vermittlung wünschten, erhöht (2008: 40,3%, 2007: 34,4%), obwohl die absolute Zahl gesunken ist (2008: 81.810).

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch, differenziert nach ihrem Verbleib

Von den 101.932 Bewerbern und Bewerberinnen, die eine Alternative zu einer Ausbildung begannen und keine weitere Vermittlung wünschten, mündeten etwas mehr als die Hälfte (56,3% bzw. 57.416) in Schule, Studium oder Praktikum ein. Der größte Teil (43,4% bzw. 44.280) nahm eine Schulbildung auf. 747 (0,7%) fingen mit einem berufsvorbereitenden Jahr an, weitere 2.299 (2,3%) Jugendliche mit einem Berufsgrundbildungsjahr. 6.689 (6,6%) begannen ein Studium und 3.401 (3,3%) ein Praktikum. Daneben war die Einmündung in Erwerbsarbeit die zweithäufigste Verbleibsform: 16.055 (15,8%) der Jugendlichen entschlossen sich hierzu. 11.438 (11,2%) verblieben in ihrer bisherigen Ausbildung. Alles in allem traten 6.401 (6,3%) Jugendliche ihren Wehr- bzw. Zivildienst an oder absolvierten ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr. Insgesamt 10.622 (10,4%) Jugendliche mündeten in Fördermaßnahmen ein: 4.487 (4,4%) in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, 1.417 (1,4%) in eine Einstiegsqualifizierung und 4.389 (4,3%) in sonstige Förderungen. Förderungen im Rehabilitationsbereich erhielten 274 Jugendliche im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und weitere 55 im Rahmen sonstiger Reha-Förderung.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch, differenziert nach ihrem Verbleib

Neben den 101.932 alternativ verbliebenen Jugendlichen, deren Vermittlungsauftrag abgeschlossen war, suchten 73.456 Bewerber/-innen mit einer Alternative zum Ende des Berichtsjahres weiterhin nach einer Ausbildungsstelle. Vergleicht man die beiden alternativ verbliebenen Gruppen nach ihrem Vermittlungsstatus (keine weitere Vermittlung mehr erwünscht vs. weitere Vermittlung erwünscht), wird deutlich, dass die Anteile in den einzelnen Verbleibsformen in Abhängigkeit von der Gruppenzugehörigkeit variiert. Vor allem der Beginn einer Fördermaßnahme, Erwerbsarbeit und eines Schulbesuchs variiert stark in Abhängigkeit vom aktuellen Status des Vermittlungsauftrags. → **Tabelle A1.2-7** zeigt, dass insbesondere die Einmündung in Fördermaßnahmen mit dem Wunsch nach weiterer Vermittlung in Zusammenhang steht: Über ein Drittel (38,2% bzw. 28.027) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch waren in Fördermaßnahmen eingemündet, davon die meisten in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (20.647 bzw. 28,1%). Demgegenüber begannen nur 10,4% (10.622) der alternativ verbliebenen Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch eine Fördermaßnahme (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Reha-Bereich, Einstiegsqualifizierung, sonstige Förderung, sonstige Förderung im Reha-Bereich).

Im Vergleich zum letzten Vermittlungsjahr ist der Anteil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch, die eine Schule besuchen, von 25,0% auf 23,8% (bzw. 17.455) leicht gesunken. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Schüler/-innen unter den Alternativverbleibern ohne weiteren Vermittlungswunsch von 38,5% auf 43,4%. Damit hat sich – was die Einmündung in eine Schule betrifft – der ohnehin schon große Abstand zwischen den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch und den Alternativverbleibern mit weiterem Vermittlungswunsch auf über 20 Prozentpunkte vergrößert. Neben dem Schüleranteil fällt auch der Anteil der Studienanfän-

ger/-innen unter den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch (0,8% bzw. 589) deutlich geringer aus (-5,8%). Während der Anteil der Erwerbstätigen unter den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch 2009 nahezu unverändert ist, ist er bei den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch um rund 5% gesunken, sodass sich die Quoten der beiden Gruppen angenähert haben. Dennoch liegt der Anteil der Erwerbstätigen unter den Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch (7.496 bzw. 10,2%) erneut unter dem der Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch (15,8% bzw. 16.055). Wie im letzten Vermittlungsjahr zeigen sich 2009 auch Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in ein Praktikum und in eine Einstiegsqualifizierung. Jugendliche mit weiterem Vermittlungswunsch verblieben mit 9,3% (bzw. +6,0%) häufiger im Praktikum und häufiger in einer Einstiegsqualifizierung (6,0% bzw. +4,6%) als Jugendliche ohne weiteren Vermittlungswunsch. Die Anteile der alternativ Verbliebenen mit weiterem Vermittlungswunsch, die ein berufsvorbereitendes Jahr (0,8% bzw. 611), ein Berufsgrundbildungsjahr (2,3% bzw. 1.661), gemeinnützige bzw. soziale Dienste (1.401 bzw. 1,9%) oder den Wehr- bzw. Zivildienst (1.486 bzw. 2,0%) begannen oder in ihrer bisherigen Berufsausbildungsstelle verblieben (7.899 bzw. 10,8%), gestalten sich dagegen ähnlich wie in der Gruppe der alternativ Verbliebenen ohne weiteren Vermittlungswunsch.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber/-innen

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen E in Betrieben auf der Angebots- und unversorgte Bewerber/-innen auf der Nachfrageseite stellen die bei der Vermittlung nicht zum Zuge gekommenen Restgrößen des Ausbildungsstellenmarkts dar. Damit gehen beide Größen in die Berechnung von Angebot und Nachfrage ein → **vgl. Kapitel A1.1**.

E Unbesetzte Berufsausbildungsstellen

Die Bundesagentur für Arbeit definiert unbesetzte Berufsausbildungsstellen als alle gemeldeten Berufsausbildungsstellen, die bis zum Stichtag am 30. September weder besetzt noch zurückgezogen wurden. Betriebliche Berufsausbildungsstellen[32], die im Laufe des Berichtsjahres gemeldet wurden, zwischenzeitlich aber nicht mehr zur Vermittlung zur Verfügung stehen, werden in der Zahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen nicht berücksichtigt.

Unversorgte Bewerber/-innen

Zum Bestand an unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen werden ausschließlich diejenigen gemeldeten Bewerber/-innen gerechnet, die weder in eine Berufsausbildung noch in eine Alternative eingemündet sind. Nicht zu den unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen gehören Jugendliche, die zwar ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten, aber zwischenzeitlich eine Alternative (z. B. weiterer Schulbesuch, berufsvorbereitende Maßnahme) begonnen haben oder von der Berufsberatung – zuständigkeitshalber – zur Arbeitsvermittlung verwiesen wurden, selbst wenn sie dort als arbeitslos gemeldet sind. Ebenfalls ausgeschlossen sind die Personen, die sich ohne Angabe eines Verbleibs nicht mehr bei der BA gemeldet haben und damit unbekannt verblieben sind (Bundesagentur für Arbeit [2009]).

Bei der BA zählen nur diejenigen Jugendlichen als „unversorgt“, die nicht in eine Alternative eingemündet sind und noch für das bereits angelaufene Ausbildungsjahr eine Ausbildungsstelle suchen. Insofern bildet die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen nur einen Teil der erfolglosen Lehrstellenbewerber/-innen ab. E

Die absolute Zahl der unversorgten Bewerber/-innen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert. Während im letzten Jahr noch 14.479 unversorgte Bewerber/-innen registriert wurden, waren es 2008/2009 nur noch 9.603. Trotz einer rückläufigen Zahl von unbesetzten Ausbildungsstellen im Geschäftsjahr 2008/2009 gegenüber dem letzten Beratungsjahr wurden bundesweit deutlich mehr

32 Zur Definition von betrieblichen vs. außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen siehe: **www.bibb.de/de/wlk30323.htm**.

Tabelle A1.2-8: **Unbesetzte Ausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen der Berichtsjahre 2006/2007 bis 2008/2009 nach Ländern**[1]

Bundesland	Unbesetzte Ausbildungsstellen			Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen			Unbesetzte Ausbildungsstellen je unversorgten Bewerber bzw. unversorgte Bewerberin		
	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2006/2007	2007/2008	2008/2009
	Anzahl			Anzahl			in %		
Baden-Württemberg	2.281	2.678	2.608	1.600	452	401	1,4	5,9	6,5
Bayern	5.712	5.689	4.803	3.417	1.006	687	1,7	5,7	7,0
Berlin	399	265	283	3.823	2.399	1.563	0,1	0,1	0,2
Brandenburg	290	562	535	1.441	771	505	0,2	0,7	1,1
Bremen[2]	90	250	277	326	171	73	0,3	1,5	3,8
Hamburg	295	184	132	669	461	255	0,4	0,4	0,5
Hessen	1.496	918	1.310	2.538	1.017	637	0,6	0,9	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	486	615	670	817	329	248	0,6	1,9	2,7
Niedersachsen[3]	1.325	1.721	1.371	3.085	1.123	891	0,4	1,5	1,5
Nordrhein-Westfalen	2.978	3.412	2.264	8.096	4.459	2.937	0,4	0,8	0,8
Rheinland-Pfalz	804	942	873	2.168	868	635	0,4	1,1	1,4
Saarland	187	351	390	138	55	26	1,4	6,4	15,0
Sachsen	743	591	434	2.294	454	179	0,3	1,3	2,4
Sachsen-Anhalt	166	429	387	507	141	70	0,3	3,0	5,5
Schleswig-Holstein	785	519	472	1.040	542	361	0,8	1,0	1,3
Thüringen	254	307	335	694	264	132	0,4	1,2	2,5
Alte Länder	**15.953**	**16.664**	**14.500**	**23.077**	**10.154**	**6.903**	**0,7**	**1,6**	**2,1**
Neue Länder	**2.338**	**2.769**	**2.644**	**9.576**	**4.358**	**2.697**	**0,2**	**0,6**	**1,0**
Bundesgebiet	**18.359**	**19.507**	**17.255**	**32.660**	**14.515**	**9.603**	**0,6**	**1,3**	**1,8**

[1] Neue Länder ohne unbesetzte Plätze aus Bund-Länder-Programmen.

[2] Einschließlich der niedersächsischen Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören.

[3] Ohne die Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber/-innen registriert. So gab es zum Stichtag am 30. September 2009 bundesweit 17.255 noch unbesetzte Ausbildungsplätze bei 9.603 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen. Damit beträgt die Stellen-Bewerber-Relation im Geschäftsjahr 2008/2009 1,8. Das heißt, einem unversorgten Bewerber bzw. einer unversorgten Bewerberin standen rechnerisch noch 1,8 Ausbildungsstellen zur Verfügung – im Vergleich zum Vorjahr (1,3 Ausbildungsstellen) eine deutliche Verbesserung zugunsten der unversorgten Bewerber/-innen.

In den neuen Ländern zeigte sich im September 2009 ein rechnerisch ausgeglichener Ausbildungsstellenmarkt. Ende September 2009 wurden 2.644 unbesetzte Ausbildungsplätze registriert, rund 100 Stellen weniger als im Vorjahr. Die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen hatte sich dort im Vergleich zum Vorjahr wieder erheblich reduziert. 2.697 junge Frauen und Männer blieben unversorgt, etwa 1.600 weniger als im Vorjahr. Damit führte insbesondere der Rückgang bei der Zahl der unversorgten Bewerber/-innen zu einem rechnerischen Marktausgleich. In den alten Ländern standen 100 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen mehr als doppelt so viele unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Wie in den Vorjahren zeigte sich ein deutlicher Überhang an unbesetzten Ausbildungsstellen in Bayern und Baden-Württemberg. Besonders günstig gestaltete sich die Situation im Saarland. Dort standen jedem unversorgten Bewerber bzw. jeder unversorgten

Tabelle A1.2-9: **Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss für die Berichtsjahre 2007/2008 und 2008/2009**

Merkmale	Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen			
	2007/2008		2008/2009	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Alte Länder				
Geschlecht				
Männer	5.197	51,2	3.734	54,1
Frauen	4.957	48,8	3.169	45,9
Schulabschluss[1]				
ohne Hauptschulabschluss	245	2,4	57	0,8
Hauptschulabschluss	3.521	34,7	1.953	28,3
mittlerer Abschluss	4.465	44,0	2.612	37,8
Fachhochschulreife	1.359	13,4	944	13,7
Hochschulreife	562	5,5	433	6,3
keine Angabe	2	0,0	904	13,1
Staatsangehörigkeit				
Deutsche	8.816	86,8	5.888	85,3
Ausländer	1.324	13,0	997	14,4
Insgesamt	**10.154**	**100,0**	**6.903**	**100,0**
Neue Länder				
Geschlecht				
Männer	2.218	50,9	1.498	55,5
Frauen	2.140	49,1	1.199	44,5
Schulabschluss[1]				
ohne Hauptschulabschluss	137	3,1	15	0,6
Hauptschulabschluss	1.395	32,0	719	26,7
mittlerer Abschluss	1.945	44,6	1.145	42,5
Fachhochschulreife	253	5,8	179	6,6
Hochschulreife	626	14,4	343	12,7
keine Angabe	2	0,0	296	11,0
Staatsangehörigkeit				
Deutsche	3.955	90,8	2.393	88,7
Ausländer	394	9,0	295	10,9
Insgesamt	**4.358**	**100,0**	**2.697**	**100,0**
Bundesgebiet				
Geschlecht				
Männer	7.417	51,1	5.234	54,5
Frauen	7.098	48,9	4.369	45,5
Schulabschluss[1]				
ohne Hauptschulabschluss	382	2,6	72	0,7
Hauptschulabschluss	4.917	33,9	2.672	27,8
mittlerer Abschluss	6.412	44,2	3.757	39,1
Fachhochschulreife	1.612	11,1	1.123	11,7
Hochschulreife	1.188	8,2	777	8,1
keine Angabe	4	0,0	1.202	12,5
Staatsangehörigkeit				
Deutsche	12.773	88,0	8.283	86,3
Ausländer	1.719	11,8	1.293	13,5
Insgesamt	**14.515**	**100,0**	**9.603**	**100,0**

[1] Aufgrund geänderter Datenermittlung ist der Vorjahresvergleich von Angaben zum Schulabschluss nicht möglich. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Statistik Ausbildungsstellenmarkt, Bewerber/-innen und Berufsausbildungsstellen, Berichtsjahr 2008/2009.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.2-10: **Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Berufsbereichen in den alten Ländern (Berichtsjahre 2006/2007 bis 2008/2009)**

Berufsbereich	Unbesetzte Ausbildungsstellen			Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen			Unbesetzte Ausbildungsstellen je unversorgten Bewerber bzw. unversorgte Bewerberin		
	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2006/2007	2007/2008	2008/2009
	Anzahl			Anzahl			in %		
Metallberufe	1.203	1.326	861	2.630	1.094	753	0,5	1,2	1,1
Elektroberufe	589	753	484	901	373	263	0,7	2,0	1,8
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	114	68	40	111	35	24	1,0	1,9	1,7
Ernährungsberufe	1.808	1.849	1.641	971	341	210	1,9	5,4	7,8
Bau- und Baunebenberufe einschließlich Tischler	1.313	1.198	782	1.679	726	497	0,8	1,7	1,6
Übrige Fertigungsberufe	377	402	225	898	363	274	0,4	1,1	0,8
Technische Berufe	215	204	95	327	154	79	0,7	1,3	1,2
Waren- und Dienstleistungskaufleute	3.714	4.043	4.490	5.952	2.757	1.849	0,6	1,5	2,4
Verkehrsberufe	669	375	399	402	219	209	1,7	1,7	1,9
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	1.864	2.037	1.621	4.090	2.021	1.446	0,5	1,0	1,1
Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe	2.789	2.819	2.645	2.103	794	484	1,3	3,6	5,5
Sicherheits-, künstlerische, Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe	1.050	1.268	1.006	2.221	929	654	0,5	1,4	1,5
Sonstige Berufe (Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe, Bergleute, Mineralgewinner)	248	322	195	785	318	160	0,3	1,0	1,2
Insgesamt	**15.953**	**16.664**	**14.500**	**23.077**	**10.124**	**6.903**	**0,7**	**1,6**	**2,1**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Bewerberin noch 15 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber → **Tabelle A1.2-8**. In Berlin (0,2), Hamburg (0,5) und Nordrhein-Westfalen (0,8) reichen die unbesetzten Stellen dagegen rein rechnerisch nicht aus, um die unversorgten Bewerber/-innen zu versorgen.

Unversorgte Bewerber/-innen nach Strukturmerkmalen

4.369 junge Frauen und 5.234 junge Männer blieben bundesweit unversorgt. Dabei zeigte sich gegenüber dem letzten Beratungsjahr eine spürbare Verschiebung der Anteile zuungunsten junger Männer. Betrug ihr Unversorgtenanteil im Vorjahr noch 51 %, so war er im Berichtsjahr 2008/2009 auf 54 % angestiegen.

Nur sehr wenige unversorgte Bewerber/-innen (72 bzw. 0,7 %) verfügen über keinen Schulabschluss. 27,8 % weisen einen Hauptschulabschluss auf, wohingegen der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss in den neuen Ländern mit 26,7 % geringer ausfällt als in den alten Ländern (37,8 %). Der Anteil der Jugendlichen mit mittleren Abschlüssen stellt den größten Anteil der unversorgten Ausbildungsplatzbewerber/-innen (3.757 bzw. 39,1 %). Rund jeder fünfte unversorgte Bewerber bzw. jede fünfte unversorgte Bewerberin in Deutschland besaß eine Studienberech-

Tabelle A1.2-11: **Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Berufsbereichen in den neuen Ländern (Berichtsjahre 2006/2007 bis 2008/2009)**

Berufsbereich	Unbesetzte Ausbildungsstellen			Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen			Unbesetzte Ausbildungsstellen je unversorgten Bewerber bzw. unversorgte Bewerberin		
	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2006/2007	2007/2008	2008/2009
	Anzahl			Anzahl			in %		
Metallberufe	199	302	232	1.012	414	228	0,2	0,7	1,0
Elektroberufe	137	171	120	346	185	171	0,4	0,9	0,7
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	10	27	10	68	28	27	0,1	1,0	0,4
Ernährungsberufe	242	370	445	649	208	370	0,4	1,8	1,2
Bau- und Baunebenberufe einschließlich Tischler	101	140	181	968	293	140	0,1	0,5	1,3
Übrige Fertigungsberufe	82	77	77	365	176	77	0,2	0,4	1,0
Technische Berufe	55	15	8	139	57	15	0,4	0,3	0,5
Waren- und Dienstleistungskaufleute	425	519	458	2.099	1.128	519	0,2	0,5	0,9
Verkehrsberufe	107	57	55	185	71	57	0,6	0,8	1,0
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	203	279	168	1.148	711	279	0,2	0,4	0,6
Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe	610	627	708	1.116	437	627	0,5	1,4	1,1
Sicherheits-, künstlerische, Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe	77	85	99	935	475	85	0,1	0,2	1,2
Sonstige Berufe (Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe, Bergleute, Mineralgewinner)	90	100	83	533	169	80	0,2	0,6	1,0
Insgesamt	**2.338**	**2.769**	**2.644**	**9.576**	**4.352**	**2.697**	**0,2**	**0,6**	**1,0**

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

tigung (19,8%). Der Anteil derer, zu denen keine Angaben zum Schulabschluss vorliegen, fällt mit 1.202 bzw. 12,5% in diesem Jahr überdurchschnittlich hoch aus. Wie oben bereits angemerkt, ist dies auf eine veränderte Datenerfassung der schulrelevanten Merkmale zurückzuführen. Die Umstellung impliziert jedoch, dass die Daten zu den Schulabschlüssen nur eingeschränkt mit den Vorjahreszahlen verglichen werden können.

Bundesweit hatten 5.905 (bzw. 61,5%) unversorgte Bewerber/-innen ihre Schullaufbahn bereits vor dem Jahr 2008 abgeschlossen, bei 36,6% der unversorgten Bewerber/-innen liegt der Schulabschluss sogar mindestens 2 Jahre zurück. Damit handelt es sich bei den unversorgten Bewerber/-innen in der Mehrheit um Altbewerber/-innen.

13,5% aller unversorgten Bewerber/-innen besaßen eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit, was einem Anstieg um rund 1,5 Prozentpunkte gegenüber dem vorhergehenden Beratungsjahr entspricht. Bereits damals war der Ausländeranteil angestiegen. Ihr Anteil erhöhte sich sowohl in den alten wie den neuen Ländern, wobei ihr Anteil in den neuen Ländern erstmals die 10-Prozent-Marke überstieg. Einen Überblick über die Strukturmerkmale der unversorgten Bewerber/-innen gibt → **Tabelle A1.2-9**.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber/-innen nach Berufsbereichen

Trotz des generellen Überhangs unbesetzter Ausbildungsstellen in den alten Ländern zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede in der Relation der noch unbesetzten Stellen und der unversorgten Bewerber/-innen in Abhängigkeit der Berufsbereiche. So gab es in den alten Ländern bei Ernährungsberufen (7,8) und bei Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufen (5,5) weit mehr unbesetzte Stellen als unversorgte Bewerber/-innen. Bei den quantitativ stark besetzten Waren- und Dienstleistungskaufleuten zeigte sich im Jahr 2008/2009 ebenfalls ein deutlicher Überhang (2,4). Während eher geringere Stellenüberhänge in den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie in den Metallberufen und Elektroberufen ermittelt wurden, war rein rechnerisch die Zahl der unbesetzten Stellen im Fertigungsbereich nicht ausreichend, um die unversorgten Bewerber/-innen zu versorgen → **Tabelle A1.2-10**.

Anders als in den alten Ländern zeigten sich in den neuen Ländern „Versorgungslücken" bei den Elektroberufen (0,7), den technischen Berufen (0,6) und in Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen (0,6). In diesen Bereichen überstieg die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen die noch zur Besetzung anstehenden Ausbildungsstellen deutlich. Dahingegen wurden bei den übrigen Berufsbereichen leichte Überhänge unbesetzter Ausbildungsstellen registriert → **Tabelle A1.2-11**.

Zusammenfassung

Die Ausbildungsmarktstatistik der BA bildet zusammen mit den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen einen zentralen Bestandteil der Ausbildungsmarktbilanz. Die Ausbildungsstellennachfrage setzt sich aus der Anzahl der erfolglosen sowie der erfolgreichen Ausbildungsstellennachfrager/-innen zusammen. Der Umfang der erfolgreichen Nachfrager/-innen ist mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge identisch. Zu den erfolglosen Nachfrager/-innen werden traditionell nur Jugendliche gezählt, die Ende September weder in eine Ausbildungsstelle noch in eine Ausbildungsstellenalternative eingemündet sind und daher unversorgt blieben. Die alternativ verbliebenen Ausbildungsstellenbewerber/-innen werden dabei nicht in die traditionelle Nachfrageberechnung einbezogen, selbst wenn sie weiterhin auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle sind. Der Beginn einer Alternative bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die Ausbildungsstellensuche aufgegeben oder zeitlich verschoben wurde. Denn neben den unversorgten Bewerber/-innen sind alternativ verbliebene Jugendliche mit weiterem Vermittlungswunsch auch weiterhin auf Ausbildungsstellensuche und stehen somit dem Ausbildungsmarkt auch noch nach Ende des Berichtsjahres zur Verfügung. 2008/2009 waren bei der BA mehr als siebenmal so viele Jugendliche mit alternativem Verbleib und weiterem Vermittlungswunsch (73.456) als unversorgte Bewerber/-innen (9.603) registriert. Unter Berücksichtigung der Alternativverbleiber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch standen 83.059 Bewerber/-innen 17.255 unbesetzten Ausbildungsplätzen gegenüber. Das heißt, jedem noch Ausbildungsplatz suchenden Bewerber bzw. jeder Bewerberin standen 0,2 Stellen zur Verfügung.

Die alleinige Berücksichtigung der unversorgten Bewerber/-innen als erfolglose Nachfrageanteile führt zu einer Unterschätzung der Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Da alle alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, selbst wenn sie weiterhin auf Ausbildungsstellensuche sind, de facto als versorgt gelten, kann ein Defizit an Ausbildungsstellen niemals deutlich werden. Dies birgt jedoch die Gefahr, Bildungsströme falsch zu steuern (Krekel/Ulrich 2009). Für eine zuverlässige Darstellung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist es daher unerlässlich, die Zahl der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch bei der Berechnung der Nachfrage zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde geht neben der traditionellen Nachfrage auch die erweiterte Nachfrage, die neben den unversorgten Bewerber/-innen auch diejenigen berücksichtigt, die nach Ende des Berichtsjahres weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen, in die Analysen zum Ausbildungsstellenmarkt ein (→ **vgl. Kapitel A1.1** sowie Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010, Kapitel 3).

(Ursula Beicht, Verena Eberhard, Klaus Schöngen)

A1.3 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Bundesweit standen im Berichtsjahr 83 betriebliche Ausbildungsstellenangebote für 100 Nachfragende zur Verfügung → **Tabelle A1.3-1**.[33] Damit liegt das tatsächliche betriebliche Angebot für Lehrstellenbewerber/-innen nach der erweiterten Nachfragedefinition deutlich unter der Angebots-Nachfrage-Relation nach der bisherigen Definition, die mit einem Wert von 101 zu einem rechnerisch vollkommen ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt käme.

Auf Arbeitsagenturebene wurde das niedrigste Bildungsangebot für 100 Nachfragende mit 56 und das höchste Gesamtangebot mit 103 betrieblichen Ausbildungsplätzen erreicht → **Schaubild A1.3-1**, **Tabelle A1.3-2 Internet**. In 4 von 5 Arbeitsagenturen ergaben sich keine grundlegenden Veränderungen zum Vorjahr: 30% der regionalen Ausbildungsstellenmärkte boten gemessen an der Nachfrage weiterhin relativ günstige Ausgangsbedingungen mit betrieblichen Bildungsangeboten zwischen 86 und 103. In 26% aller Arbeitsagenturen standen allerdings nur zwischen 56 und 78 betriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung. In jedem zehnten Bezirk hatte sich die regionale Versorgungssituation verbessert, in jedem achten verschlechtert.

Im folgenden Regionalvergleich wird auf die wichtigsten Unterschiede zwischen Regionen mit einem tendenziell ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt und Arbeitsagenturen mit einer sehr ungünstigen Ausbildungssituation eingegangen.

Regionen mit relativ ausgeglichener Ausbildungssituation

Ausbildungsstellenmarkt
Im Durchschnitt wurde in diesen Arbeitsagenturbezirken mit einer betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation von 91 die bundesweite Angebots-Nachfrage-Relation leicht überschritten → **Tabelle A1.3-2 Internet**. Die Spannweite in den relativ ausgeglichenen Ausbildungsstellenmärkten reicht von 86 bis 103. Damit stehen den Jugendlichen etwa 8 Lehrstellen in Betrieben mehr als im Bundesdurchschnitt zur Verfügung. Insgesamt verringerte sich die Zahl an Neuabschlüssen in diesen Arbeitsagenturen im Schnitt um 7,8%.

Ausbildungsangebot
Für diese Arbeitsmarktregionen war das überdurchschnittliche Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen ausschlaggebend für die relativ günstige Versorgungslage. Mit einem ausreichenden Angebot der Betriebe konnten über 9 von 10 Nachfragern/Nachfragerinnen damit rechnen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Dementsprechend niedrig fiel mit 3,2% der Anteil außerbetrieblicher Lehrstellen am Gesamtangebot aus. Bezogen auf die Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen sinkt das betriebliche Angebot an Ausbildungsplätzen allerdings auf 70 pro 100 Schulabsolventen/-absolventinnen. Außerdem standen 100 unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen nur 30 unbesetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Ausbildungsnachfrage
Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen unterdurchschnittlich um 1,2% und die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen um 8% gesunken, obwohl die Zahl der offiziell registrierten Bewerber/-innen um 11% zurückgegangen war. Der Anteil unversorgter Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen pro 100 Schulabgänger/-innen lag mit 7,3% im Vergleich zu den anderen Ausbildungsmarktregionen am günstigsten. Im Gegensatz zu den anderen Arbeitsmarktregionen stand am Ende des Vermittlungsjahres jedem der unversorgten Bewerber/-innen ein ausreichendes Angebot an unbesetzten Ausbildungsstellen zur Verfügung.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung
Einer der Hauptgründe für die günstige regionale Ausbildungssituation war das leicht überdurchschnittliche Ausbildungsengagement von Betrieben. Zwar bildete in diesen Regionen mit 24,6% nur knapp jeder vierte Betrieb aus. Gegenüber dem

33 Zur Berechnung der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation werden als Gesamtangebot nur Ausbildungsverträge gezählt, die Jugendliche mit Betrieben abgeschlossen haben, zuzüglich der von den Arbeitsagenturen gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen. In der erweiterten Fassung der Nachfragedefinition werden auch Jugendliche berücksichtigt, die in eine Alternative eingemündet, jedoch weiterhin an einer Ausbildung in einem Betrieb interessiert sind.

Tabelle A1.3-1: **Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2009**

Indikatoren zur regionalen Situation und deren Entwicklung	Ausbildungsstellensituation 2009			
	relativ ausgeglichen	ungünstig	sehr ungünstig	insgesamt
Ausbildungsstellensituation 2008 (Arbeitsagenturen)				
relativ ausgeglichen	52	8	0	60
ungünstig	6	40	14	60
sehr ungünstig	0	11	45	56
insgesamt	58	59	59	176
Ausbildungsstellenmarkt				
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	230.367	168.236	167.401	566.004
Veränderung gegenüber 2008 (in %)	-7,8	-7,4	-9,5	-8,2
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation 2009 nach erweiterter Definition[1]	91,2	82,4	72,4	82,8
Angebots-Nachfrage-Relation 2008 nach alter Definition	102,9	100,5	98,3	100,8
Angebots-Nachfrage-Relation 2009 nach alter Definition	103,3	101,0	99,0	101,3
Veränderung 2009 gegenüber 2008 (in %)	0,3	0,5	0,8	0,5
Ausbildungsangebot				
Gesamtangebot	239.839	172.825	170.471	583.135
Veränderung des Gesamtangebots gegenüber 2008 (in %)	-7,8	-7,4	-9,8	-8,3
Unbesetzte Ausbildungsstellen	9.472	4.589	3.070	17.131
Veränderung des Bestands gegenüber 2008 (in %)	-7,1	-9,7	-25,8	-11,8
Betriebliches Gesamtangebot	232.221	160.943	144.159	537.323
außerbetriebliches Bildungsangebot insgesamt[2]	7.618	11.882	26.312	45.812
außerbetriebliches Bildungsangebot (benachteiligt)	4.412	7.065	13.986	25.463
außerbetriebliches Bildungsangebot (REHA)	2.099	2.483	4.290	8.872
außerbetriebliches Bildungsangebot (Sonder)	1.061	2.294	7.995	11.350
Betriebliche Ausbildungsplätze pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	69,9	58,8	53,9	61,5
Unbesetzte Ausbildungsplätze pro 100 unversorgte Bewerber/-innen nach alter Definition	494,4	158,7	64,1	178,5
Unbesetzte Ausbildungsplätze pro 100 unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	39,0	17,0	9,7	20,6
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach Zuständigkeitsbereichen und erweiterter Nachfragedefinition				
Industrie und Handel	92,0	82,4	72,4	83,0
Handwerk	89,2	82,0	70,0	81,4
Freie Berufe	93,6	88,9	88,6	90,4
Öffentlicher Dienst	88,3	79,0	68,3	78,6
Landwirtschaft	94,6	88,3	82,9	89,5
Hauswirtschaft	51,5	35,4	20,0	35,8
Seeschifffahrt	97,7	72,3	72,7	89,7
Ausbildungsnachfrage				
Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition	254.675	195.251	199.064	648.990
Veränderung der Gesamtnachfrage gegenüber 2008 (in %)	-8,0	-8,3	-10,6	-8,9
Gesamtnachfrage nach alter Definition	232.283	171.127	172.189	575.599
Gesamtbestand unversorgter Bewerber/-innen nach erweiterter Definition	24.308	27.015	31.663	82.986
Veränderung gegenüber 2008	-10,3	-13,7	-16,3	-13,8
Unversorgte Bewerber/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	7,3	9,9	11,8	9,5
Veränderung Bewerber/-innen gegenüber 2008 (in %)	-11,3	-12,9	-17,1	-14,0
Veränderung Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen gegenüber 2008 (in %)	-1,2	-4,1	-7,2	-4,0
Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	76,7	71,4	74,4	74,3
Gemeldete Bewerber/-innen pro 100 Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	51,3	61,6	72,7	61,1
Betriebliche Ausbildungsbeteiligung				
Ausbildungsbetriebe pro 100 Betriebe 2008 (Ausbildungsbetriebsquote)	24,6	25,2	22,2	24,0
Veränderung gegenüber 2007 (in %)	-6,4	-6,5	-7,2	-6,7
Auszubildende[3] pro 100 Beschäftigte 2008 (Ausbildungsquote)	6,2	6,9	6,7	6,6
Veränderung gegenüber 2007 (in %)	1,1	0,7	-1,1	0,3

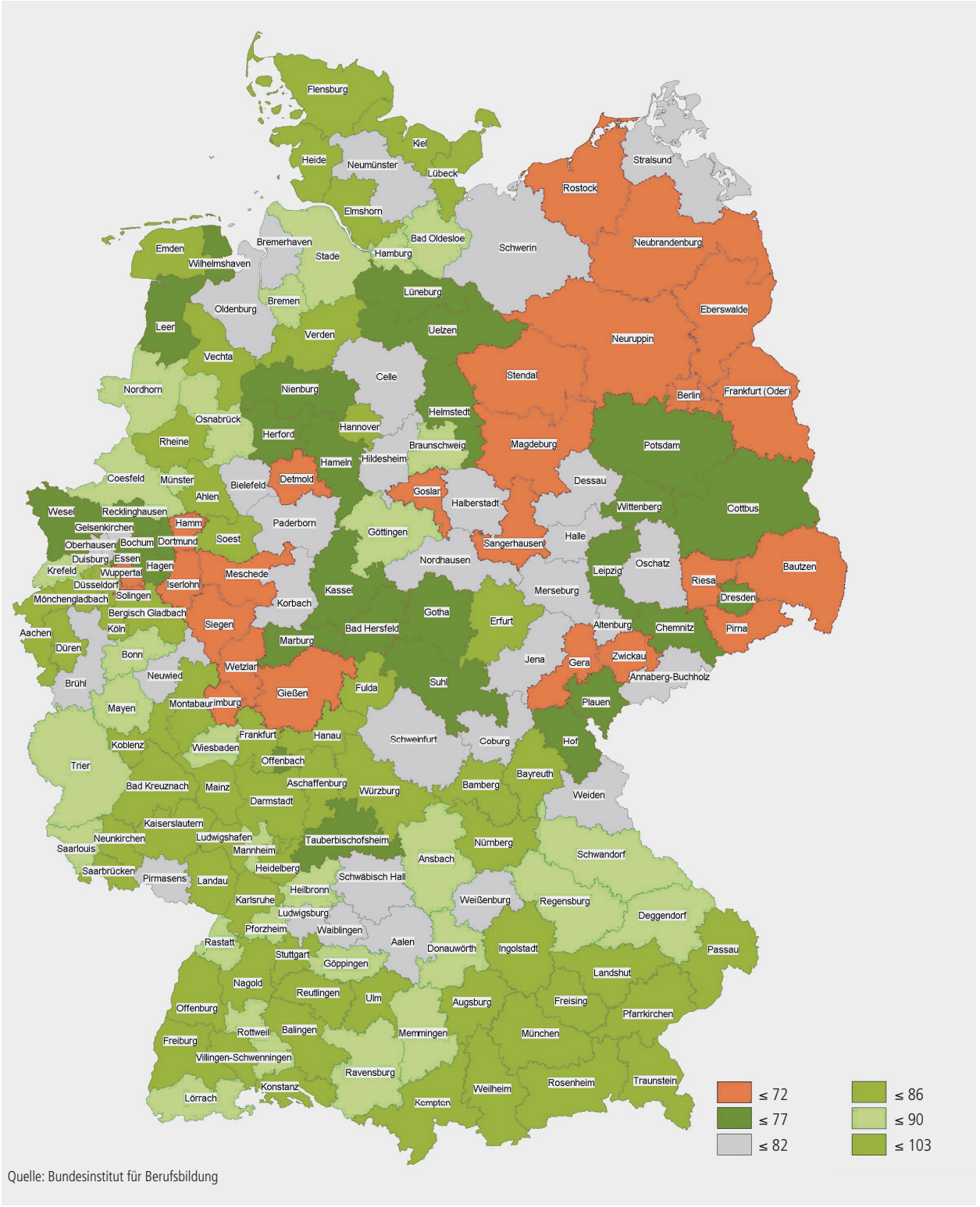
[1] Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation = Gesamtzahl betrieblicher Ausbildungsverträge zuzüglich unbesetzter Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager/-innen nach erweiterter Definition.

[2] Unterschiede zur Summe aller außerbetrieblichen Bildungsangebote nach Förderart ergeben sich daraus, dass keine differenzierten, sondern nur Gesamtmeldungen vorlagen.

[3] Beschäftigte in Ausbildung nach Personengruppenschlüssel 102 und 141.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit

Schaubild A1.3-1: **Betriebliche Ausbildungsstellenangebote für 100 Nachfragende in der erweiterten Definition im Jahr 2009 auf Arbeitsagenturebene**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Vorjahr war die Ausbildungsbetriebsquote nur um unterdurchschnittliche 6,4 % gefallen. Die verglichen mit dem Bundesdurchschnitt etwas niedrigere Ausbildungsquote in Höhe von 6,2 % wurde durch den geringeren Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsplätze in diesen Arbeitsmarktregionen bedingt und führte im Vergleich zu den anderen Arbeitsamtsagenturen zu einer Unterschätzung der Ausbildungsbeteiligung.

Entwicklung des Fachkräfte- und Qualifikationsbedarfs
Ausschlaggebend für die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und Unternehmen ist der jeweilige Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Im Untersuchungszeitraum wiesen im Vergleich zum Vorjahr Arbeitsagenturen mit relativ ausgeglichenem Ausbildungsstellenmarkt mit 1,6 % die höchsten Zuwächse in der Beschäftigung auf → **Tabelle A1.3-3 Internet**. Diese Zuwächse zeigten sich verglichen mit den anderen Arbeitsmarktregionen sowohl im Facharbeiter- wie im Fachangestelltenbereich. Hinzu kam der unterdurchschnittliche Zuwachs bei den Teilzeitkräften, der in anderen Arbeitsagenturen deutlicher ausfiel.

Der betriebliche Qualifikationsbedarf in diesen Regionen zeigte sich vor allem bei Beschäftigtengruppen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss und im starken Rückgang bei Beschäftigten ohne Berufsabschluss. Akademisch ausgebildete Fachkräfte kamen auf Zuwächse zwischen 4,2 % und 4,7 %, Rückgänge bei beruflich nicht qualifizierten Arbeitskräften lagen bei 2,3 %. Diese Entwicklungen unter den Beschäftigten hatten offensichtlich günstige Konsequenzen für das betriebliche Ausbildungsstellenangebot, da die Bestände an Auszubildenden mit 2,9 % überdurchschnittlich zunahmen. Ein weiteres Indiz für den überdurchschnittlichen Qualifikationsbedarf in diesen Regionen waren die Beschäftigungszuwächse bei wissensintensiven Dienstleistungsberufen und im wissensintensiven Dienstleistungssektor.

Ein weiterer Grund für die günstigen Entwicklungen auf diesen Ausbildungsstellenmärkten war die steigende Beschäftigtenzahl in Kleinstbetrieben mit bis zu 9 Arbeitskräften und bei kleinen mittelständischen Betrieben mit Beschäftigtenzahlen zwischen 10 und 49. Bei den sektoralen Unterschieden nach Wirtschaftsbereichen ergab sich kein klares Bild. Zwar konnten Betriebe aus den Bereichen Bauwirtschaft, Verkehr/Nachrichtenübermittlung und unternehmensnahe Dienstleistungen in ihren Beschäftigtenbeständen leicht überdurchschnittlich zulegen, diese Zuwächse lagen allerdings nur geringfügig über den Entwicklungen in den anderen Arbeitsmarktregionen.

Regionen mit sehr ungünstiger Ausbildungssituation

Ausbildungsstellenmarkt
In Arbeitsagenturen mit einer im Berichtsjahr sehr ungünstigen Ausgangssituation für Lehrstellenbewerber/-innen kamen auf 100 Nachfragende durchschnittlich nur 72 betriebliche Ausbildungsstellen **Tabelle A1.3-1, Tabelle A1.3-2 Internet**. Die betrieblichen Bildungsangebote schwankten im Berichtsjahr zwischen 56 und 78 Ausbildungsplätzen pro 100 Nachfragern.

Ausbildungsangebot
Aufgrund der unzureichenden Angebotssituation fiel der Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsstellen, die zur Zusatzversorgung der Jugendlichen angeboten werden mussten, mit 15,4 % entsprechend hoch aus. Gemessen an der Versorgung der Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen sinkt der Anteil betrieblicher Lehrstellen auf durchschnittlich 54 pro 100 Schulabsolventen und -absolventinnen, in manchen Arbeitsagenturen noch weit darunter. Die betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relationen nach Zuständigkeitsbereichen lagen grundsätzlich unter dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere ausbildungsintensive Bereiche wie der IHK- und Handwerksbereich, aber auch der öffentliche Dienst konnten angesichts der Nachfrage der Jugendlichen keine ausreichenden Ausbildungsangebote machen.

Ausbildungsnachfrage
Infolge der mit 17 % überdurchschnittlich zurückgehenden Bewerberzahlen und obwohl im Berichtsjahr die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen mit 11 % in einer ähnlichen Größenordnung abgenommen hatte, konnte auf diesen Ausbildungsstellenmärkten keine Verbesserung im Vergleich zum

Vorjahr erreicht werden. 100 unversorgte Bewerber/-innen konnten am Ende des Vermittlungsjahres nur noch unter 10 unbesetzten Ausbildungsstellen wählen. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Vergleichszahl 21. Der Anteil der bei den Arbeitsagenturen registrierten Bewerber/-innen an den Schulabgängern liegt – bei einem Bundesdurchschnitt von 61 % – mit 73 % vergleichsweise hoch. Dies liegt auch daran, dass bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle die Berufsberatung bei diesen schwierigen Verhältnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt öfters eingeschaltet wird.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung
Nur jeder fünfte Betrieb hatte in diesen Arbeitsmarktregionen Auszubildende unter seinen Beschäftigten. Trotz dieser unterdurchschnittlichen Beteiligung von Betrieben an der Ausbildung Jugendlicher ging die Ausbildungsbetriebsquote nochmals um über 7 % zurück. Zwar lag der Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten mit 6,7 % über dem Bundesdurchschnitt, bedingt war dies allerdings durch den hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsverträge in diesen Regionen.

Entwicklung des Fachkräfte- und Qualifikationsbedarfs
Wie in den anderen Ausbildungsmarktregionen ist der Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vergleich zu 2007 gestiegen, allerdings ohne Folgen für die betriebliche Ausbildung → **Tabelle A1.3-2 Internet**. Vom Beschäftigungszuwachs profitiert haben lediglich Teilzeitkräfte. Mit 6,6 % bzw. 4,1 % konnten in diesen Beschäftigtengruppen deutliche Zuwächse verzeichnet werden, während der Bestand an Facharbeitern abnahm. Unterdurchschnittliche Rückgänge bei den unqualifizierten Arbeitskräften und unterdurchschnittliche Zuwächse bei den hoch qualifizierten Fachkräften sprechen für einen niedrigeren Qualifikationsbedarf in diesen Arbeitsmarktregionen. Dies spiegelte sich tendenziell auch in der Entwicklung bei wissensintensiven Berufsgruppen und Wirtschaftssektoren wider.

(Klaus Troltsch)

A2 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage für 2010

Auf dem Ausbildungsmarkt treffen vier grundlegende gesellschaftliche Dynamiken aufeinander: Bevölkerungsentwicklung, Schulabgängerstruktur, Arbeitsmarkt und Wirtschaftskonjunktur (Kau/Lösch 2006; Lösch/Kau 2005). Die Vorhersage des Ausbildungsplatzangebotes und der Ausbildungsplatznachfrage ist dementsprechend eine komplexe Aufgabe, bei der die demografischen Veränderungen, das schulische und berufliche Bildungsstreben der nachwachsenden Generationen, der Fachkräftebedarf, die Wirtschaftslage sowie die zugehörigen Interdependenzen und Wechselwirkungen zu berücksichtigen sind.

Das für diesen Komplexitätsgrad besonders geeignete Instrument zur Analyse der Ausbildungsmarktentwicklung ist ein auf Zeitreihen gestütztes ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell. Dabei handelt es sich um ein System aus definitorischen Beziehungen und stochastischen Gleichungen. E Jede Gleichung erklärt den zeitlichen Verlauf einer abhängigen Variablen als Funktion eines theoriegestützten und statistisch operationalisierten Bündels von Einflussfaktoren. Der Systemcharakter des Modells entsteht, wenn die zu erklärenden; abhängigen Variablen der Gleichungen ihrerseits wiederum direkt oder indirekt als Erklärungsgrößen in andere Gleichungen eingehen und umgekehrt. Somit erhält man einen rückgekoppelten Verbund aus wechselseitig verzahnten und deshalb gemeinsam abhängig genannten Variablen.

PROSIMA (Prognose- und Simulationsmodell der betrieblichen Ausbildung)

Zur Abschätzung der künftigen Verhältnisse hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) den Aufbau eines ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells für den Ausbildungsmarkt (PROSIMA) veranlasst. Das in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für quantitative Analysen der Universität Bochum entwickelte Gesamtmodell ist ein aus einem Zentralmodell und 3 Hilfsmodellen bestehendes Gleichungssystem

Schaubild A2-1: **Übersicht über den Aufbau des ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems (PROSIMA)**



Quelle: Lösch/Kau/Walden (2008)

mit (derzeit) 213 Verhaltens- und Definitionsgleichungen. E Auf das im Mittelpunkt des Interesses stehende Zentralmodell zur betrieblichen Berufsausbildung entfallen 61 Gleichungen. Die 3 Hilfsmodelle „Schüler/Schulabgänger/Studierende“, „Arbeitsmarkt“ und „Gesamtwirtschaft“ bestehen aus jeweils 24, 43 und 85 Gleichungen → **Schaubild A2-1**. Die Hilfsmodelle dienen dem Zweck, die Prognose- und Simulationsfähigkeit des Zentralmodells sicherzustellen.

Ein Grundsatz in Prognosemodellen lautet, dass in analytisch leistungsfähigen Modellen alle prozessbestimmenden Einflussfaktoren endogen sein sollten.

„Endogen“ bedeutet, dass diese Faktoren selbst wiederum im Modell über Verhaltens- oder Definitionsgleichungen erklärt werden. E Hierzu zählt z. B. das reale Bruttoinlandsprodukt, das somit von PROSIMA selbst geschätzt werden muss. Exogen sollten primär nur solche Größen sein, die in der Entscheidungsgewalt politischer Institutionen liegen, auslandsbestimmt sind oder für die Prognosen Dritter vorliegen. Diese exogenen Variablen müssen folglich nicht in PROSIMA gesondert erzeugt werden, sondern werden von außen in das Modell eingeführt. Zu ihnen zählen z. B. gesamtwirtschaftliche Größen wie der Zentralbankzinssatz, der Euro-Dollar-Wechselkurs, der Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland und der Mineralölpreis, zudem die Prognosen des Statistischen Bundesamtes zum Umfang der ausbildungsrelevanten Altersjahrgänge.

E PROSIMA (Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems)

Endogene Variable
Modellvariable, die im Modell mithilfe einer Verhaltens- oder Definitionsgleichung erklärt wird.

Exogene Variable
Modellvariable, die im Sinne der Modelllogik außerhalb der Modellwelt entsteht, von außen zugeführt und somit im Modell nicht über eine Definitions- oder Verhaltensgleichung erklärt werden muss.

Definitionsgleichung
Modellgleichung, in der eine Variable durch einen vollständig bekannten Ausdruck auf der rechten Gleichungsseite festgelegt wird. Definitionsgleichungen enthalten keine unbekannten Parameter und keine Störvariablen. Ein Beispiel für eine Definitionsgleichung in PROSIMA bildet das Ausbildungsplatzangebot, das als Summe der zum 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der zum 30. September unbesetzten Plätze errechnet wird.

Stochastik
Wahrscheinlichkeitsrechnung

Verhaltensgleichung
Modellgleichung, in der eine Variable als Funktion anderer, beobachtbarer Variablen dargestellt wird. Da der unterstellte Zusammenhang in der Regel nicht perfekt ist, wird eine unbeobachtbare Restgröße (Störvariable) aufgenommen. Zudem wird der funktionale Zusammenhang mithilfe von unbekannten Parametern formuliert, für die Schätzwerte ermittelt werden müssen. Beispiele für Verhaltensgleichungen in PROSIMA sind die Gleichungen zur Erklärung der Anzahl der zum 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der zum 30. September unbesetzten Ausbildungsplätze.

Zeitreihen
Messwerte einer Variablen zu mehreren Zeitpunkten (z. B. Jahre)

Berücksichtigung der Angebots- und Nachfragepotenziale

Zwar sind die Messungen von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage zum 30. September als abschließende Bilanzierungen eines Berichtsjahres angebracht und zweckmäßig, doch vermögen sie die Dynamik der Ausbildungsmarktentwicklung im Laufe des jeweiligen Jahres nicht ausreichend valide widerzuspiegeln (Ulrich 2005). Denn die gesetzlich vorgegebenen Definitionen von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage E sind ausschließlich mit Messungen *nach* dem Marktausgleich verbunden: Wiedergegeben werden sollen zum Stichtag 30. September – wenn das neue Ausbildungsjahr bereits vor einigen Wochen begonnen hat –, wie viele Betriebe und Jugendliche ihren Ausbildungswunsch bis dato erfolgreich realisieren konnten, darüber hinaus die statistischen Restgrößen der *zu diesem Zeitpunkt* noch bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätze und der noch Ausbildungsplätze suchenden Ausbildungsstellenbewerber/-innen. Erfolglose Marktteilnehmer/-innen der vergangenen Monate (Betriebe, Jugendliche), die ihren Ausbildungswunsch bereits vor dem 30. September aufgegeben oder auf kommende Ausbildungsjahre aufgeschoben hatten, bleiben unberücksichtigt[34]; ebenso jene Marktteilnehmer/-innen (Betriebe,

34 Auf dieses Problem der Untererfassung, das eine Folge des relativ späten Bilanzierungstages 30. September ist (zu diesem Zeitpunkt läuft das neue Ausbildungsjahr bereits seit mehreren Wochen), wurde bereits im ersten Berufsbildungsbericht (vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1977, S. 24) verwiesen.

Jugendliche), die ihr Ausbildungsinteresse der Arbeitsverwaltung nicht bekannt gegeben hatten.[35]

Da die erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager/-innen und die erfolglosen Ausbildungsplatzangebote zum Stichtag 30.09. nur (noch) zu einem Teil erfasst werden, werden die beiden Variablen „Angebot" und „Nachfrage" statistisch unverhältnismäßig stark von der gemeinsamen Größe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge dominiert. Dies führte in den vergangenen Jahren z. B. dazu, dass die statistisch erfasste Ausbildungsplatznachfrage nach traditioneller Definition stets ähnlich groß ausfiel wie das Ausbildungsplatzangebot und dass demografische Effekte auf die Nachfrage statistisch nicht mehr sichtbar wurden – was wiederum mit methodischen Problemen für die Vorausschätzung der künftigen Marktentwicklung verbunden ist (Behringer/Ulrich 1997).[36]

E Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage

Ausbildungsplatznachfrage
Die Ausbildungsplatznachfrage wird in Anlehnung an § 86 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) als Summe der Zahl der zwischen dem 1. Oktober und 30. September neu abgeschlossenen (und Ende September noch bestehenden) Ausbildungsverträge und der Zahl der Ende September bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Vermittlung gemeldeten, aber am 30. September noch suchenden Ausbildungsstellenbewerber/-innen definiert (vgl. z. B. Lakies/Nehls 2007, S. 322 f.).

Unterschiedlich gehandhabt wurde bislang, wer zu den am 30. September noch Ausbildungsplätze suchenden Personen zu rechnen ist. Im Rahmen der traditionellen Nachfragemessung wurden nur „unversorgte Ausbildungsstellenbewerber/-innen" hinzugerechnet. Dagegen werden im Rahmen der neuen, erweiterten Nachfragemessung auch jene Ausbildungsstellenbewerber/-innen zu den Ausbildungsplatznachfragern gezählt, die sich aus alternativen Verbleibsformen (z. B. Maßnahmen, Arbeitsverhältnissen, Schulbesuchen) weiter um einen Ausbildungsplatz bemühen und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit (BA) ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten („Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.").

Ausbildungsplatzangebot
Das Ausbildungsplatzangebot wird in Anlehnung an § 86 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) als Summe der Zahl der zwischen dem 1. Oktober und 30. September neu abgeschlossenen (und Ende September noch bestehenden) Ausbildungsverträge und der bei der BA zur Vermittlung angebotenen, aber am 30. September noch unbesetzten Ausbildungsstellen definiert. Im Angebot sind sowohl besetzte und unbesetzte Plätze für eine betriebliche als auch besetzte Plätze für eine außerbetriebliche Ausbildung enthalten.

Gemeldete Berufsausbildungsstellen
Als Berufsausbildungsstellen werden jene Ausbildungsplätze bezeichnet, die Betriebe, Praxen, Verwaltungen und außerbetriebliche Bildungsträger der BA melden, um diese Stellen mithilfe der BA besetzen zu können.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen
Als „unbesetzte Berufsausbildungsstellen" gelten die bei der BA gemeldeten *betrieblichen* Ausbildungsstellen, die bis zum Ende des Berichtsjahres am 30. September nicht besetzt und nicht storniert wurden → **vgl. E in Kapitel A1.2**.

35 Zwar kam es in den vergangenen Jahren zu deutlichen Verbesserungen der Nachfragemessung, da nun zu den bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten und noch zum 30. September Ausbildungsplätze suchenden Bewerbern nicht nur die „unversorgten Bewerber" gezählt werden (Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen, die bis zum 30. September eines Jahres auch nicht in eine alternative Maßnahme bzw. in einen alternativen Verbleib vermittelt werden konnten), sondern auch „Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09." (die zwar über eine Alternative für eine Berufsausbildung verfügten, aber dennoch weiter nach einem Ausbildungsplatz suchten). Unterjährig waren aber noch weitere Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Zu nennen sind hier zum einen gemeldete Bewerber/-innen, die ihren Ausbildungswunsch wegen ausbleibenden Bewerbungserfolgs bereits aufgegeben bzw. auf kommende Jahre aufgeschoben hatten, und zum anderen jene Jugendliche, die sich bei der Arbeitsverwaltung nicht gemeldet hatten und bei ihrer Ausbildungsplatzsuche erfolglos geblieben waren. Auf der Angebotsseite wurden wiederum all jene erfolglos angebotenen Ausbildungsplätze nicht erfasst, welche die Betriebe der Arbeitsverwaltung nicht gemeldet hatten (vgl. auch Gericke/Krupp/Troltsch 2009).

36 Bleiben z. B. bei der Abschätzung der Nachfrageentwicklung nach Marktausgleich die Potenziale vor dem Ausgleich unberücksichtigt, muss die künftige Entwicklung der Ausbildungsneigung letztlich aus den Marktergebnissen nach dem Ausgleich abgeleitet werden. Da aber die Ausbildungsplatznachfrage nach Marktausgleich infolge der engen Definition stark von der Angebotsseite bestimmt wird, führt dies zwangsläufig zu deutlichen Fehleinschätzungen in der tatsächlichen Ausbildungsneigung. Damit bleiben zugleich die Flexibilitätspotenziale und möglichen Reserven der Nachfrage ausgeblendet, die bei einer veränderten Angebotslage gegeben sind. Dies beeinträchtigt wiederum gegebenenfalls auch die Prognose des Nachfrageumfangs nach dem Marktausgleich.

Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen
Als „Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen zählen diejenigen gemeldeten Personen, die im Berichtsjahr individuelle Vermittlung in eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildungsstelle in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem BBiG wünschen und deren Eignung dafür geklärt ist bzw. deren Voraussetzungen dafür gegeben sind".

Unversorgte Bewerber/-innen
Zum „Bestand an unversorgten Bewerbern" zählen gemeldete Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen, „für die weder die Einmündung in eine Berufsausbildung noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine andere Alternative zum 30.09. bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen laufen" → **vgl. E in Kapitel A1.2**.

Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.
Wird die Ausbildungssuche von bzw. für gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen fortgesetzt, obwohl diese über eine alternative Möglichkeit zur Ausbildung verfügen, werden diese Bewerber/-innen „der Gruppe Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09. zugeordnet. Zu den Alternativen gehören z. B. Schulbildung, Berufsgrundschuljahr, Berufsvorbereitungsjahr, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierung Jugendlicher oder Wehr-/Zivildienst."

Unterscheidung zwischen Ausbildungsplatzangebot und gemeldeten Berufsausbildungsstellen
Wichtig zum Verständnis der hier skizzierten Zusammenhänge ist die Unterscheidung zwischen „Ausbildungsplatzangeboten" und „gemeldeten Berufsausbildungsstellen". Beide Größen stellen keine Synonyme dar, sondern bezeichnen zwei unterschiedliche Größen, die sich nur teilweise überlappen (siehe Einzeldefinitionen). Gegenstand der Vorausschätzung ist das Ausbildungsplatzangebot.

Unterscheidung zwischen Ausbildungsplatznachfragern und Ausbildungsstellenbewerbern
Ebenso wichtig ist die Unterscheidung zwischen „Ausbildungsplatznachfragern" und „Bewerbern für Berufsausbildungsstellen". Auch diese beiden Größen stellen keine Synonyme dar, sondern bezeichnen zwei unterschiedliche Personenkreise, die sich nur teilweise überlappen (siehe Einzeldefinitionen). Gegenstand der Vorausschätzung ist die Ausbildungsplatznachfrage.

Ein Versuch, von dieser Tautologie wegzukommen, besteht darin, die Betrachtung nach dem Marktausgleich (Ex-post-Größen) durch eine Simulation der Verhältnisse vor dem Marktausgleich (Ex-ante-Größen) zu ergänzen, das heißt, die Analyse zum Ende des Ausbildungsjahres mit einer Betrachtung der Ausbildungsmotivationen und Marktkräfte zum Jahresbeginn zu verbinden (vgl. dazu auch Ulrich 2006). Zur sprachlichen Unterscheidung werden diese Ex-ante-Größen mit dem Begriff „Potenziale" gekennzeichnet.

Das *Nachfragepotenzial* ist dabei mit der latenten Gesamtzahl von Jugendlichen gleichzusetzen, die sich im Jahresablauf für eine Berufsausbildung interessiert zeigen, unabhängig davon, ob sie Schulabgänger/-innen des laufenden Jahres oder früherer Jahre sind, ob sie bei der Arbeitsverwaltung als Bewerber/-in registriert werden, wie intensiv sie suchen und wie erfolgreich sie letztlich bei ihrer Suche sind. Das *Angebotspotenzial* entspricht der latenten Gesamtzahl der Lehrstellen, welche die Betriebe, Praxen und Verwaltungen zu Beginn der Planungsperiode neu einrichten oder wieder besetzen wollen, unabhängig davon, ob sie die Arbeitsverwaltung hierüber informieren, wie intensiv sie suchen und wie erfolgreich sie bei der Akquisition von Auszubildenden sind.

Angebots- und Nachfragepotenzial werden somit statistisch weitgehend unabhängig voneinander definiert. Beide Größen können deshalb zum einen beträchtlich voneinander abweichen und zum anderen je nach den aktuellen Marktverhältnissen bisweilen weit über das offiziell erfasste Angebot und über die offiziell erfasste Nachfrage hinausgehen. Sie schließen die möglichen Reserven mit ein, die unter veränderten Rahmen- und Marktbedingungen günstigstenfalls aktiviert werden könnten, und sind deshalb auch für eine Abschätzung des künftigen Ausbildungsplatzangebots und der künftigen Ausbildungsplatznachfrage zum 30. September von besonderem statistischem Wert.

E **Angebots- und Nachfragepotenzial**

Angebotspotenzial
Das Angebotspotenzial entspricht der latenten Gesamtzahl der Lehrstellen, welche die Betriebe, Praxen und Verwaltungen zu Beginn der Planungsperiode neu einrichten oder wieder besetzen wollen. Der Intensitätsgrad der Bemühungen, die Betriebe zur Besetzung dieser Ausbildungsplätze aufwenden, bleibt dabei unberücksichtigt. Deshalb lässt sich aus der Differenz zwischen dem Angebotspotenzial und dem letztlich ermittelten Ausbildungsplatzangebot nicht auf die Höhe des zum 30. September latenten erfolglosen Angebots schließen.

Nachfragepotenzial
Das Nachfragepotenzial ist mit der latenten Gesamtzahl von Jugendlichen gleichzusetzen, die sich im Jahresablauf für eine Berufsausbildung interessiert zeigen, unabhängig davon, ob sie Schulabgänger/-innen des laufenden Jahres oder früherer Jahre sind. Der Intensitätsgrad der Bemühungen, welche die Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche aufwenden, bleibt dabei unberücksichtigt, ebenso ihre Eignung. Deshalb lässt sich aus der Differenz zwischen dem Nachfragepotenzial und der letztlich ermittelten Ausbildungsplatznachfrage nicht auf die Höhe der zum 30. September latenten unbefriedigten Nachfrage schließen.

Potenzialrelationen
Potenzialrelationen beschreiben die rechnerischen Verhältnisse zwischen Angebots- und Nachfragepotenzial. Setzt man beim Quotienten beider Größen das Angebotspotenzial in den Zähler und das Nachfragepotenzial in den Nenner, entsteht eine Größe analog zur Angebots-Nachfrage-Relation (ANR), welche zur Beschreibung der Entwicklung der Marktmöglichkeiten aus der Perspektive der Jugendlichen eingesetzt werden kann. Während die ANR aber die Situation *nach* dem Marktausgleich beschreibt, reflektiert die Potenzialrelation die latenten Marktverhältnisse zu Beginn der Marktperiode. Errechnet man den Bruch zwischen Nachfrage- und Angebotspotenzial, erzielt man einen Indikator, der verwendet werden kann, um die sich verändernden Chancen der Betriebe zur Besetzung ihrer Ausbildungsplatzangebote zu beschreiben.

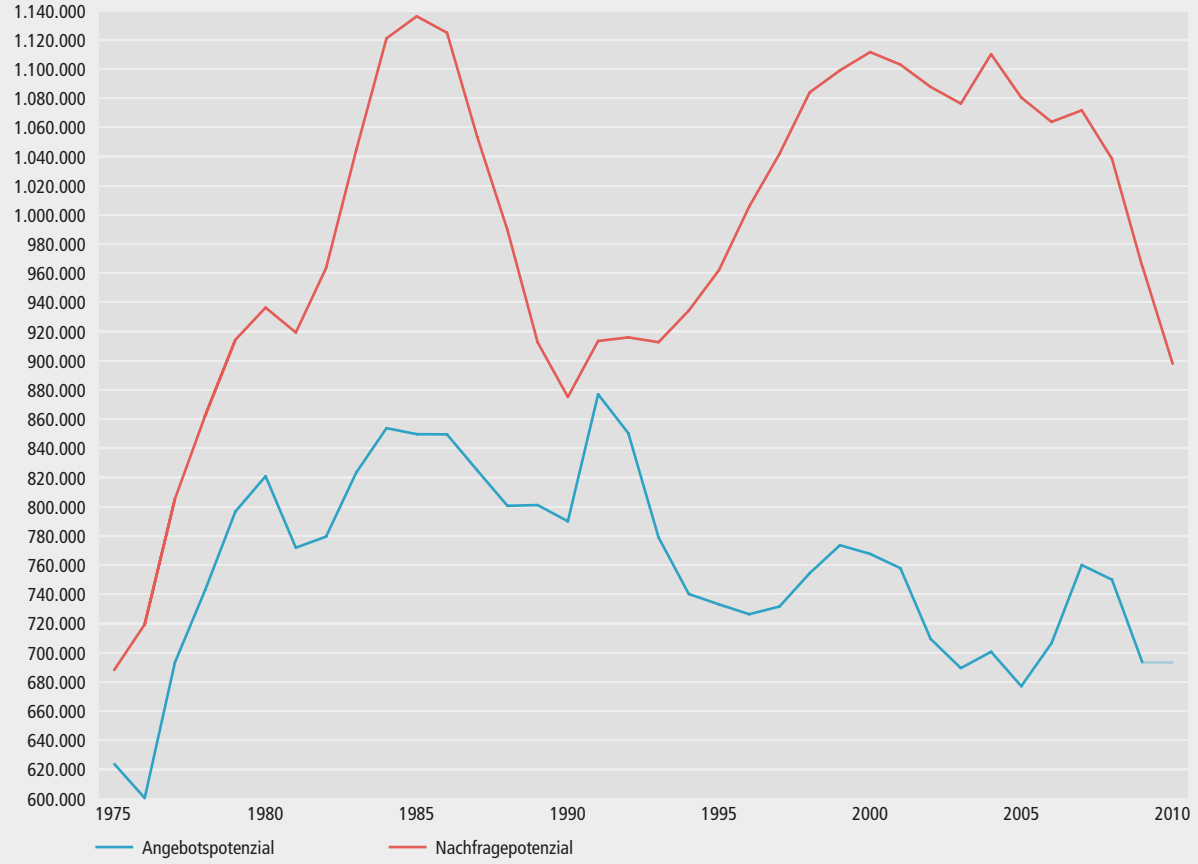
Allerdings handelt es sich bei beiden Potenzialen letztlich um unbeobachtbare, latente Größen, da sie quantitativ nicht unmittelbar zugänglich sind. Zumindest für die Nachfrageseite zugänglich ist jedoch das Datenmaterial der Arbeitsverwaltung, welches über die Variablen der in eine Berufsausbildungsstelle einmündenden und der „unversorgten Bewerber/-innen“ hinaus viele marktrelevante Informationen zu ausbildungsinteressierten Jugendlichen enthält, über die eine Schätzung des Nachfragepotenzials möglich ist. Für die Angebotsseite ist die Datenlage ungleich schwieriger, weil es statistisch keine Ex-ante-Information über Ausbildungspläne von Betrieben gibt. Zum versteckten, statistisch nicht bekannt gewordenen Angebot gehören alle Ausbildungsplätze, die besetzbar sind, der Arbeitsverwaltung jedoch nicht gemeldet werden. Je ungünstiger die Marktlage für die ausbildungsinteressierten Jugendlichen aber ist, desto größer wird dieser Teil sein, weil nun viele Betriebe ihre Ausbildungsplätze ohne Mithilfe der Arbeitsverwaltung zu besetzen versuchen.

Zu Schätzung von quantitativ nicht eindeutig fassbaren Größen wurde im Kontext der Zeitreihenanalyse das Instrumentarium des Zustandsraummodells entwickelt (Lösch/Kau/Walden 2008). Zustandsraummodelle erlauben die Modellierung und Schätzung latenter Variablen.[37] In **→ Schaubild A2-2** wird nun wiedergegeben, wie sich das von PROSIMA modellierte Angebots- und das Nachfragepotenzial von 1975 bis 2009 entwickelte.[38] In den Kurvenverläu-

37 Zwar lässt sich mit einem Zustandsraummodell die Güte der Schätzwerte zu den latenten Variablen nicht näher bestimmen, da diese nicht bekannt sind. Man kann aber die unbeobachteten Zustandsvariablen in einen Zusammenhang mit beobachtbaren Variablen bringen, indem versucht wird, diese beobachtbaren Größen mithilfe der Zustandsvariablen zu erklären.

38 Im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A2.1 (Druckversion S. 61 ff.) wurde das Nachfragepotenzial noch nicht primär über PROSIMA geschätzt, sondern im Wesentlichen durch eine Projektion unterstellter Nachfragequoten (die wiederum aus den BIBB-Schulabgängerbefragungen abgeleitet worden waren) auf unterschiedliche Kreise von (potenziellen) Ausbildungsinteressierten (Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen des jeweiligen Jahres aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden beruflichen Schulen sowie „Altbewerber/-innen“ als gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahrgängen). Dieses Verfahren setzte u. a. eine Abschätzung zukünftiger Altbewerberzahlen voraus, welche wiederum über einen einfachen Regressionsansatz vorgenommen wurde. Da die BA jedoch das Verfahren zur Ermittlung der Bewerber/-innen aus früheren Schulentlassjahren änderte (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 1.2), sind die Daten ab 2009 nicht mehr mit den Vorjahren vergleichbar. Somit sind eine Fortsetzung der Zeitreihe und damit eine Vorausschätzung der zukünftigen Altbewerberzahlen vorerst nicht mehr möglich. Deshalb wird hier allein auf das von PROSIMA geschätzte Nachfragepotenzial zurückgegriffen. Auch wenn beide Schätzverfahren 2009 zu ähnlichen Ergebnissen führten, ist ein Vorjahresvergleich der hier berichteten Potenzialgrößen mit den im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A2.1 (Druckversion S. 62 ff.) genannten Größen nicht möglich.

Schaubild A2-2: **Entwicklung des Angebots- und des Nachfragepotenzials auf dem Ausbildungsmarkt: Modellierung durch PROSIMA (Werte bis 1990 nur alte Länder und Berlin-West)**



Quelle: Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems

fen der jüngeren Jahre spiegeln sich zum einen der starke Einbruch des Nachfragepotenzials wider, der sich auch 2010 fortsetzen wird, und zum anderen der durch die Wirtschaftskrise bedingte Einbruch des Angebotspotenzials, der aber 2010 aller Voraussicht nach wieder gestoppt werden wird (siehe dazu auch unten).

Mit der Einbindung von Angebots- und Nachfragepotenzialen ist es dem Modell gelungen, die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt umfassender, also auch vor dem Marktausgleich, abzubilden und damit auch die Prognose der letztlich interessierenden Größen (Angebot und Nachfrage nach dem Marktausgleich) weiter zu verbessern (Lösch/Kau/Walden 2008). Die Leistungskraft von PROSIMA hat sich in den vergangenen Jahren recht gut bewährt.[39] Gleichwohl basieren auch bei diesem Modell die Vorausschätzungen auf einer Vielzahl von zum Teil diffizilen Annahmen, die selbst bei einer nur einjährigen Vorausschätzung unsicher sind (Kau/Lösch 2006). Dies ist bei der Interpretation der folgenden Schätzergebnisse für 2010 zu berücksichtigen.

39 Die letzten PROSIMA-Schätzungen für 2009 spiegelten bereits die Auswirkungen der Wirtschaftskrise wider. Nach den Ergebnissen von PROSIMA war (als Punktschätzung) mit einem Angebotsrückgang von 636.000 auf 579.000 zu rechnen (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A2.2 [Druckversion S. 68]). Tatsächlich verringerte sich das Angebot von 635.758 auf 583.135 und wich somit nur um 0,7 % von der PROSIMA-Prognose ab.

Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots für 2010

Ein wesentlicher Kernpunkt der für 2010 prognostizierten Veränderung des Ausbildungsplatzangebots betrifft die wirtschaftliche Entwicklung. Die prognostizierte Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird – bei einer geschätzten Standardabweichung von 0,7 Prozentpunkten – für 2010 mit etwa 1,6 % veranschlagt.[40] Die aufgelegten Konjunkturprogramme sind dabei berücksichtigt und modelltechnisch in der exogenen Größe „Staatliche Bruttoinvestitionen" niedergelegt.[41] Dabei wird die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe in 2010 wieder zunehmen und auf 77 % steigen (2009: 73 %), aber noch deutlich unterhalb des Wertes des Vorvorjahres (2008: 86 %) liegen. Nach PROSIMA wird der durch die Wirtschaftskrise ausgelöste Rückgang des Angebotspotenzials (siehe oben) in 2010 gestoppt werden, und das Angebotspotenzial wird sich mit rund 693.000 Plätzen in etwa auf dem Niveau des Jahres 2009 stabilisieren.

Was das für den 30. September 2010 zu erwartende Ausbildungsplatzangebot betrifft, geht PROSIMA gleichwohl von einem Rückgang aus: PROSIMA gelangt zu einer Punktprognose des Ausbildungsplatzangebots im Jahr 2010 von 563.000 → **Schaubild A2-3**. Dies würde bedeuten, dass das Ausbildungsplatzangebot 2010 um rund 20.000 Plätze (-3,5 %) niedriger ausfällt als 2009 (583.135).[42] Im zu erwartenden Rückgang spiegeln sich Nachwirkungen des vergangenen Jahres, die Folgen der noch nicht vollständig überwundenen Wirtschaftskrise, aber auch negative demografische Effekte auf die Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen.

Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots seit 2000 (bis 2009 Ist-Zahlen):

2000:	647.383
2001:	638.773
2002:	590.328
2003:	572.474
2004:	586.374
2005:	562.816
2006:	591.540
2007:	644.028
2008:	635.758
2009:	583.135
2010:	563.000 (Vorausschätzung)

Im Jahr 2009 blieben von den offiziell ausgewiesenen 583.135 Ausbildungsplatzangeboten 17.131 unbesetzt.[43] Für 2010 errechnet PROSIMA einen Schätzwert von rund 15.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen.[44] Dies bedeutet wiederum, dass mit einer Gesamtzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge (= erfolgreich besetztes Angebot) im Umfang von 548.000 zu rechnen wäre (2009: 566.004). Das Vertrauensintervall der Schätzung der neu abgeschlossenen Verträge schließt dabei mögliche Abweichungen im Umfang von rund ± 20.000 ein.

Abschätzung der Ausbildungsplatznachfrage für 2010

Wie in → **Schaubild A2-2** deutlich wurde, muss für 2010 mit einem weiteren deutlichen Rückgang des Nachfragepotenzials gerechnet werden. PROSIMA geht von einer Veränderung um rund -69.000 (-7,1 %) auf nunmehr 902.000 aus. Das Angebotspotenzial bleibt dagegen, wie oben bereits erwähnt, mit

40 Die Vorausschätzungen verschiedener Institutionen, u. a. des Bundeswirtschaftsministeriums, wurden für das laufende Jahr bereits mehrfach heraufgesetzt. Der Vorjahreswert von -4.9 % ist bekanntlich das Spiegelbild der Rezession.

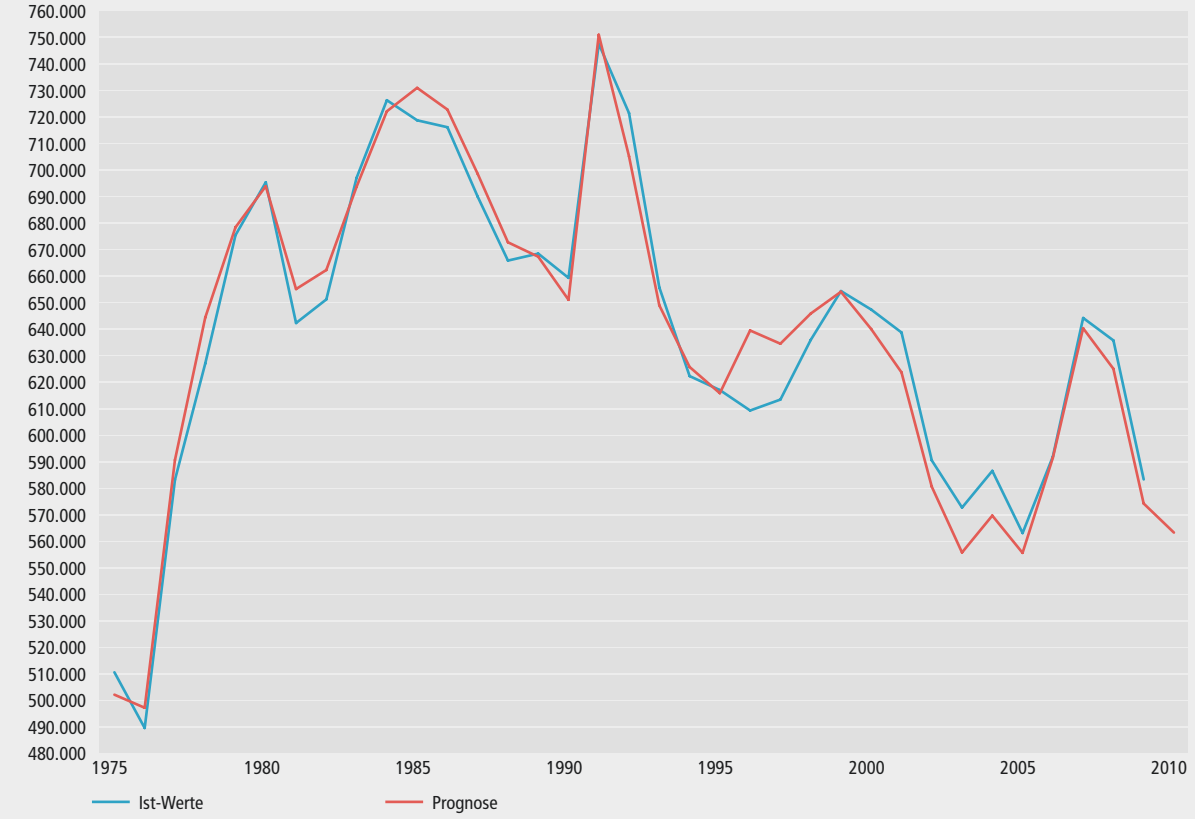
41 Die starken Wachstumsverluste 2009 und der schnelle Wiederaufstieg 2010 dürften ein Indiz dafür sein, dass das Konjunkturprogramm im Umfang von 50 Mrd. € (in der Aufteilung von 20 Mrd. € 2009 und 30 Mrd. € 2010) wahrscheinlich vor allem in 2010 und 2011 wirksam werden wird. So ist es zu verstehen, dass die von PROSIMA geschätzte Wachstumsrate des realen BIP für 2011 den relativ hohen Wert von +3.2 % erreicht.

42 Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers ist der tatsächliche Wert des Ausbildungsplatzangebots mit 95 %iger Sicherheit im Bereich von 538.000 bis 588.000 zu verorten. Dies bedeutet, dass unter den gegebenen Verhältnissen deutliche Spielräume nach oben, im ungünstigen Falle aber auch nach unten möglich sind.

43 Im Folgenden werden, was die zum 30. September unbesetzten Ausbildungsplätze und die zu diesem Zeitpunkt bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen (unversorgte Bewerber/-innen, Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.) betrifft, diejenigen Zahlen und Daten verwendet, die in den Datenverarbeitungsapparat der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September integriert werden können. Hier können nur jene Fälle integriert werden, die beruflich und regional eindeutig zuordenbar sind. Dies sind etwas weniger Fälle als in den Veröffentlichungen der BA ausgewiesen. So vermeldete die BA für 2009 beispielsweise 17.255 unbesetzte Plätze, während sich die in den Datenverarbeitungsapparat der BIBB-Erhebung zum 30. September integrierte Fallzahl auf 17.131 reduzierte.

44 Die Schätzung der unbesetzten Plätze ist in Relation zur absoluten Größe des erfolglosen Ausbildungsplatzangebots (17.131 im Jahr 2009) allerdings mit relativ großen Unsicherheiten verbunden, wie anhand der Streuung der Punktschätzung ersichtlich ist (vgl. auch Zusammenfassung).

Schaubild A2-3: **Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots von 1975 bis 2010: Ist-Entwicklung bis 2009 und Prognose durch PROSIMA (Werte bis 1990 nur alte Länder und Berlin-West)**



Quelle: Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems

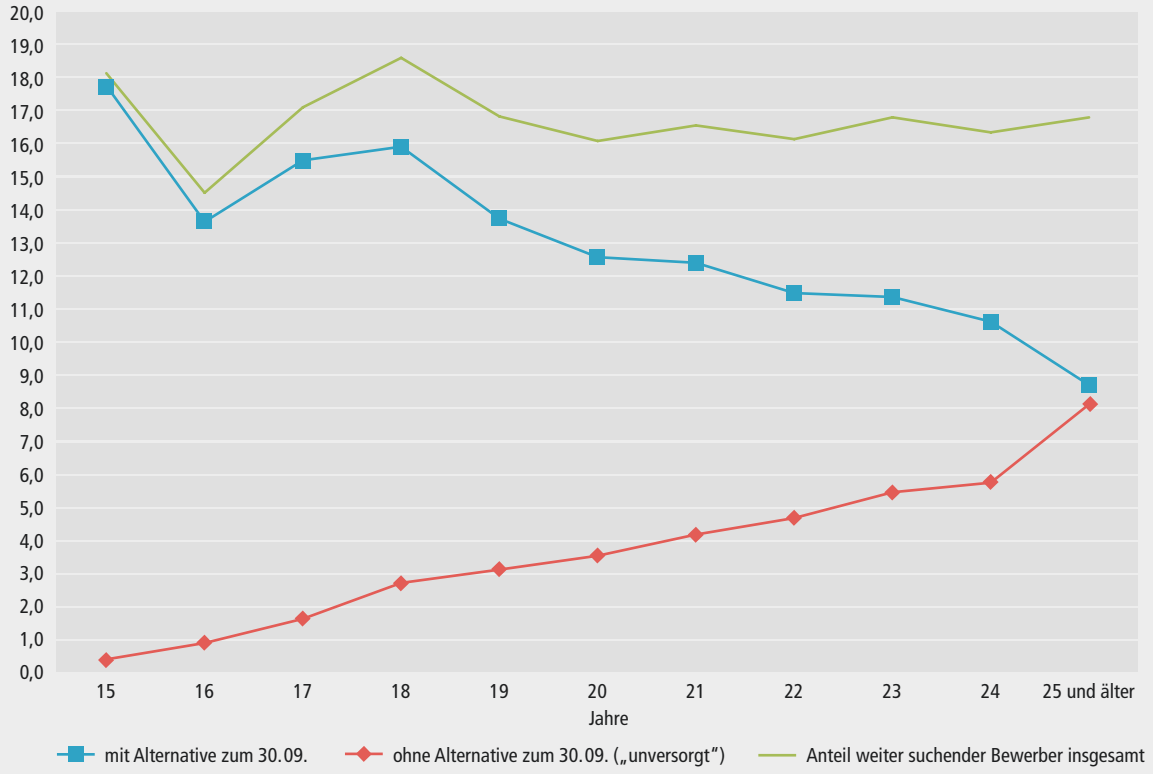
693.000 weitgehend konstant (2009: 694.000). Dies heißt, dass sich bundesweit betrachtet die Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen 2010 zwar nicht grundlegend entspannen, aber verbessern dürfte.[45]

Da das Nachfragepotenzial ungeachtet des deutlichen Rückgangs bundesweit noch merklich über dem Angebotspotenzial liegt, besteht in Hinblick auf die zum Stichtag 30. September zu erwartende Nachfrage noch genügend Puffer, um sich von der Angebotsentwicklung nicht allzu weit zu entfernen. Deshalb wird nach PROSIMA die Ausbildungsplatznachfrage im Sinne der traditionellen, alten Nachfragedefinition (Ausbildungsplatznachfrage = neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich unversorgte Bewerber/-innen) lediglich um -2,3 % bzw. -13.000 auf nunmehr knapp 563.000 zurückgehen (2009: 575.599). Wie oben berichtet, wird die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge (= erfolgreiche Nachfrage) auf voraussichtlich 548.000 taxiert. Dies würde wiederum bedeuten, dass für 2010 mit knapp 15.000 unversorgten Bewerbern zu rechnen wäre (hier: nur Agenturen für Arbeit und ARGEn), also rund 5.000 mehr als 2009 (9.595).

Die von PROSIMA prognostizierte höhere Zahl unversorgter Bewerber und Bewerberinnen verwundert zunächst. Eine Erklärungsmöglichkeit für dieses Ergebnis lässt sich aber gewinnen, wenn man a)

45 Nach den Ex-post-Berechnungen von PROSIMA hatte sich in 2009 die Ausbildungsmarktlage trotz der demografischen Entlastung als Folge der Wirtschaftskrise leicht verschlechtert.

Schaubild A2-4: **Anteile der bei Arbeitsagenturen, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber, für die auch noch zum Ende des Berichtsjahres 2009 die Vermittlungsbemühungen weiterliefen, in Abhängigkeit vom Lebensalter**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2009b)

berücksichtigt, dass die „unversorgten Bewerber/-innen" nur eine Teilmenge der am 30. September bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten, Ausbildungsplätze suchenden Personen darstellt, und wenn man b) untersucht, wie die demografischen Veränderungen auf die Zusammensetzung des Nachfragepotenzials und auf den Vermittlungsstatus der bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Bewerber/-innen Einfluss nehmen: Infolge der demografischen Entwicklung steigt der relative Anteil älterer Personen innerhalb des Nachfragepotenzials deutlich, während der Anteil der jüngeren Bewerber/-innen abnimmt. Ältere Personen zählen aber – sofern sie bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet sind und ihre Ausbildungsplatzsuche bis zum 30. September fortsetzen, häufiger zu den „unversorgten Bewerbern" (und gehen damit in die traditionelle Nachfrageberechnung mit ein). Erfolglose jüngere Bewerber/-innen gehören dagegen öfter zu den „Bewerbern mit Alternative zum 30.09.", da sie teilqualifizierende Bildungsgänge noch nicht (so häufig) wie ältere Bewerber/-innen besucht haben und die Berufsberatung damit über mehr Ausweichempfehlungen für sie verfügt → **Schaubild A2-4**. Bei einer entsprechenden demografisch bedingten Verschiebung der Alterszusammensetzung der Ausbildungsstellenbewerber/-innen würde dies bedeuten, dass die Quote der „Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09." sinkt, während der Anteil der „unversorgten Bewerber/-innen" steigt. Letztlich sind es somit wohl relativ variable institutionelle Setzungen (welche alternativen Angebote werden im jeweiligen Jahre für welche Gruppen von erfolglosen Bewerbern angeboten?), die darüber entscheiden, zu welchen Anteilen

die noch „Ausbildungsplätze suchenden Personen“ (§ 86 BBiG) den „unversorgten Bewerbern“ oder den „Bewerbern mit Alternative zum 30.09.“ zuzurechnen sind. Dieses Phänomen erschwert allerdings eine Prognose im Rahmen eines ökonometrischen Modells.

→ **Schaubild A2-4** macht in diesem Zusammenhang auf ein weiteres grundsätzliches Problem der Nachfragevorausschätzung aufmerksam. Gemäß § 86 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ist die Ausbildungsplatznachfrage als Summe der Zahl der zwischen dem 1. Oktober und 30. September neu abgeschlossenen (und am 30. September noch bestehenden) Ausbildungsverträge und „der Zahl der zu diesem Zeitpunkt bei der BA gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen“ definiert. Relevant für die Messung der erfolglosen Nachfrage ist demnach der *Status der Ausbildungssuche* (die Ausbildungssuche ist zum 30. September noch nicht beendet) und *nicht die Art des Verbleibs*.[46] In früheren Jahren wurde aber ausschließlich die kleinere Gruppe jener Bewerber/-innen zur erfolglosen Nachfrage gerechnet, die als „unvermittelte Bewerber/-innen“ bzw. als „unversorgte Bewerber/-innen“ geführt wurden.[47] Für die wesentlich größere Gruppe der weiter suchenden „Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.“ (die sich von den „unversorgten Bewerbern“ vor allem dadurch unterscheidet, dass sie im Schnitt jünger sind und dass für sie noch Überbrückungsmöglichkeiten gefunden werden können) gibt es bislang jedoch weder längere Zeitreihen noch eine Schätzgleichung innerhalb von PROSIMA.[48] Diese Personen sind zwar indirekt im von PROSIMA ermittelten Nachfragepotenzial enthalten, sie können dort aber bislang noch *nicht gesondert identifiziert* werden. Deshalb kann PROSIMA für sie noch keine Prognose erstellen, wie sich ihre Zahl in Zukunft weiterentwickeln wird. Sollte aber, wie oben vermutet, die Zahl der jüngeren Bewerber/-innen infolge der demografischen Entwicklung weiter sinken, darf angesichts der allgemeinen Marktentwicklung (Verbesserung der Potenzialrelation zugunsten der Jugendlichen; s. o.) auch mit einem weiteren Rückgang der Zahl der Bewerber gerechnet werden, die aus Alternativen heraus weiter nach einem Ausbildungsplatz suchen.

Ein weiteres Problem besteht schließlich darin, dass PROSIMA nicht diejenigen erfolglosen Ausbildungsstellenbewerber berücksichtigen kann, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) registriert sind. Die BA veröffentlichte 2009 erstmals konkrete Zahlen zu dieser Gruppe: Zu den bei den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten „unversorgten Bewerbern“ zählten demnach 2009 6.836 Personen, zu den „Bewerbern mit Alternative“ weitere 3.284 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2009b). Eine Abschätzung, wie sich diese Nachfragergruppen in 2010 quantitativ entwickeln, ist angesichts fehlender Erfahrungswerte über ein Zeitreihenmodell zurzeit noch nicht möglich.[49]

Zusammenfassung der erwarteten Entwicklungen in 2010

Zusammengefasst ist davon auszugehen, dass sich 2010 das Ausbildungsplatzangebot weiter vermindert. Ursachen sind vor allem die Folgen des vergangenen Jahres, die noch nicht vollständig überwundene Wirtschaftskrise und zum Teil auch der demografisch bedingte Rückgang der Nachfrage. Es muss damit gerechnet werden, dass bundesweit auch die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge weiter zurückgeht und womöglich auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung fällt. Ungeachtet dessen sollte sich aber die Marktlage für die Ausbildungsplätze suchenden Jugendlichen in 2010 nach dem mäßigen Einbruch in 2009 wieder verbessern: Die demografischen Effekte dürften so stark sein, dass sie die zu erwartenden Rückgänge des Angebots mehr als kompensieren → **Tabelle A2-1**.

46 Eine Übersicht, wie Status der Ausbildungssuche und Art des Verbleibs zusammenhängen, gibt Tabelle 1.1 in Bundesagentur für Arbeit (2009a).

47 Die Gruppe der bei den Agenturen für Arbeit und bei den ARGEn registrierten unversorgten Bewerber und Bewerberinnen umfasste im Jahr 2009 9.595 Personen.

48 Im Jahr 2009 zählten 73.391 Personen zur Gruppe der bei den Agenturen für Arbeit und bei den ARGEn registrierten „Bewerber und Bewerberinnen mit Alternative zum 30.09“.

49 Ein besonderes Problem besteht auch darin, dass die Zugehörigkeit zu dieser von den Trägern der Grundsicherung betreuten Gruppe von Determinanten abhängig ist, die Dritte betreffen (Beschäftigungsstatus der Eltern). Zu berücksichtigen ist zudem, dass sich diese Gruppe leicht mit der Gruppe der bei Agenturen und ARGEn gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen überschneidet, da es im Laufe des Berichtsjahres zu Wechselfällen kommen kann (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009b).

Tabelle A2-1: **Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30.09.2010 (Angaben in Tsd.)**

	Ist-Wert 2009	Prognose für 2010		
		Punktschätzung durch PROSIMA	Standard-abweichung[1]	Tendenzen, Interpretationshinweise
Ausbildungsplatzangebot	583,1	563,0	12,6	Rückgang des Angebots zu erwarten
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	566,0	547,9	10,5	Rückgang bei den Neuabschlüssen zu erwarten
Erfolgloses Ausbildungsplatzangebot				
→ unbesetzte Ausbildungsstellen	17,1	15,1	7,8	Entwicklung trotz des prognostizierten leichten Rückgangs relativ unsicher
Erfolglose Ausbildungsplatznachfrage				
→ bei Agenturen für Arbeit und ARGEn gemeldete, zum 30. September noch suchende „unversorgte Bewerber/-innen"	9,6	14,7	3,3	Entwicklung trotz des prognostizierten Anstiegs eher unsicher
→ bei Agenturen für Arbeit und ARGEn gemeldete, zum 30. September noch suchende „Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09."	73,5	–	–	eher ein weiterer Rückgang als ein Anstieg zu erwarten
→ bei zuständigen kommunalen Trägern (zkT) gemeldete, zum 30. September noch suchende „unversorgte Bewerber/-innen"	6,8	–	–	zurzeit nicht abschätzbar
→ bei den zuständigen kommunalen Trägern (zkT) gemeldete, zum 30. September noch suchende „Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09."	3,3	–	–	zurzeit nicht abschätzbar
Entwicklung der Marktlage aus der Perspektive der Jugendlichen (vor den Marktausgleichsprozessen zum 30. September)				
→ Potenzialrelation: Angebots- zu Nachfragepotenzial (in %)	71,4 %	76,8 %	1,7 %-Punkte	eher wieder eine Verbesserung der Marktlage zu erwarten

[1] Maß für die Streuung/Unsicherheit der Punktschätzung, das zur Berechnung von Vertrauensintervallen herangezogen werden kann.

Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesagentur für Arbeit

Trotz der zu erwartenden Verbesserung wird die Bewerbungssituation für viele Jugendliche je nach regionaler Herkunft und Marktlage vor Ort weiterhin schwierig sein. Das Nachfragepotenzial liegt bundesweit immer noch merklich über dem Angebotspotenzial, auch wenn sich beide Größen weiter aufeinander zubewegen. Eine allgemein und regional sogar beträchtlich schwierigere Marktsituation haben allerdings auch die an Ausbildung interessierten Betriebe zu erwarten. Der Wandel von einem Anbieter- zu einem Nachfragermarkt hat bereits eingesetzt, und er wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Ausblick auf die kommenden Jahre

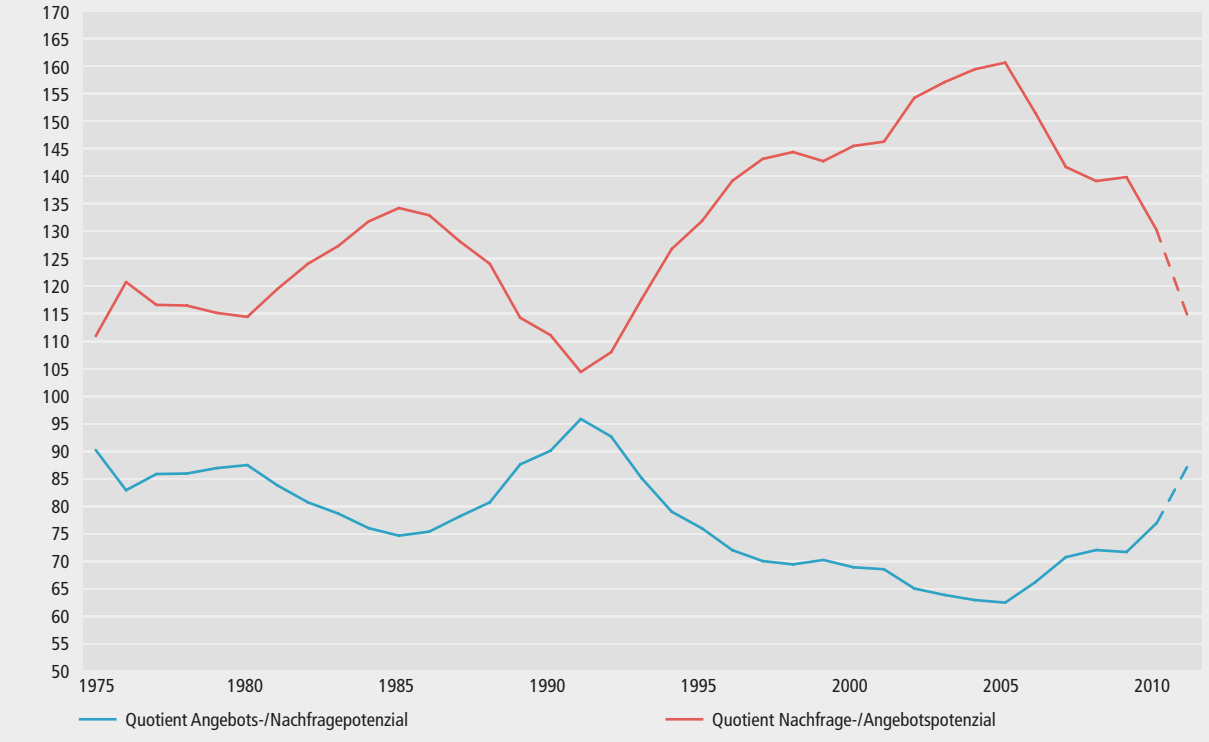
Sollte sich der von PROSIMA angenommene deutliche Wirtschaftsaufschwung für 2011 bewahrheiten[50], so wird dies zu einem signifikanten Aufwuchs des Angebotspotenzials führen. Gleichzeitig wird aber auch in 2011 das Nachfragepotenzial weiter sinken, sodass starke Veränderungen in den Potenzialrelationen zu erwarten sind → **Schaubild A2-5**. Damit würden sich die Probleme der Betriebe, die Bewerber/-innen für ihre Ausbildungsplätze suchen, gegenüber 2010 weiter verschärfen, und die Betriebe werden immer stärker in einen Wettbewerb um Nachwuchskräfte eintreten müssen.

Dabei ist auch für die kommenden Jahre keine grundlegende Verbesserung der Akquisitionschancen der Betriebe zu erwarten (vgl. Ulmer/Ulrich 2008). Zwar verlassen 2011 bis 2013 in zum Teil bevölkerungsreichen Bundesländern doppelte Abiturientenjahrgänge die allgemeinbildenden Schulen[51], sodass die Zahl der studienberechtigten Absolventen und

50 PROSIMA geht im günstigen Fall von einer Wachstumsrate des realen BIP von rund 3,2 % aus.

51 2011 sind dies Bayern und Niedersachsen, 2012 Baden-Württemberg, Berlin und Bremen sowie 2013 Nordrhein-Westfalen und Hessen. Bereits 2010 ist Hamburg davon betroffen.

Schaubild A2-5: **Entwicklung der Potenzialrelationen auf dem Ausbildungsmarkt: Modellierung durch PROSIMA (Werte bis 1990 nur alte Länder und Berlin-West).**



Die gestrichelte Linie spiegelt den möglichen Trend für 2011 wider

Quelle: Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems

Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen vorübergehend deutlich nach oben schnellt → **Tabelle A2-2 Internet**. Angesichts der relativ geringen Nachfrage der Abiturienten und Abiturientinnen nach dualer Berufsausbildung (vgl. dazu auch Friedrich 2009) sind die kompensatorischen Effekte zugunsten der Betriebe zumindest auf Bundesebene jedoch begrenzt.[52]

(Winand Kau, Manfred Lösch, Joachim Gerd Ulrich, Günter Walden)

52 In einzelnen Regionen können allerdings temporär durchaus gegenteilige Marktveränderungen eintreten, die zugleich zu einer substanziellen Chancenbeeinträchtigung nicht studienberechtigter Ausbildungsstellenbewerber/-innen führen könnten. Wie stark diese Effekte letztlich aber sein werden, wird vor allem auch von der wirtschaftskonjunkturellen Lage in den kommenden Jahren abhängen.

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen

A3.1 Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen

Der Anteil der Altbewerber/-innen an allen Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle stieg über viele Jahre an und bewegt sich noch immer auf hohem Niveau.[53] Nach der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008 E betrug im Vermittlungsjahr 2007/2008 die Quote der Altbewerber/-innen 40 %. Sie lag damit ebenso hoch wie bei der vorangegangenen BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006, die sich auf das Vermittlungsjahr 2005/2006 bezog (vgl. Ulrich/Krekel 2007). Das BIBB definiert bei seinen Analysen auf Grundlage der Bewerberbefragungen die Altbewerber/-innen als diejenigen Personen, die sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den des jeweils aktuellen Ausbildungsjahres beworben haben.[54]

E BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008

Hierbei handelt es sich um eine schriftlich-postalische Befragung von Personen, die im Berichtsjahr 2007/2008 bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) als Ausbildungsstellenbewerber oder -bewerberinnen gemeldet waren. Aus allen 620.002 Bewerbern und Bewerberinnen, die ihren Wohnsitz im Inland hatten (Grundgesamtheit), zog die BA hierfür eine repräsentative Stichprobe. Insgesamt wurden 13.000 Ausbildungsstellenbewerber/-innen angeschrieben, die Rücklaufquote betrug 40 %. Die Befragung fand von Ende November 2008 bis Anfang März 2009 statt. Insgesamt konnten 5.087 weitgehend vollständig ausgefüllte Fragebogen in die Auswertung einbezogen werden. Die Befragungsergebnisse wurden über eine Soll-Ist-Anpassung gewichtet und auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Hochrechnungsmerkmale waren die Herkunftsregion, das Geschlecht und die offizielle Verbleibseinstufung der Bewerber/-innen.[55]

Nach den Ergebnissen der BA/BIBB-Bewerberbefragung war die Wahrscheinlichkeit, dass sich Altbewerber/-innen am Ende des Jahres 2008 in einer Berufsausbildung befanden, geringer als bei den übrigen Bewerbern und Bewerberinnen (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.3). So verblieben nur 51 % der Altbewerber/-innen in einer vollqualifizierenden Ausbildungsform (einschließlich Studium) gegenüber 58 % der sonstigen Bewerber/-innen. Verhältnismäßig selten wurden Altbewerber/-innen betrieblich ausgebildet: Für nur 33 % war ein entsprechender Verbleib festzustellen, während von den übrigen Bewerbern und Bewerberinnen immerhin 42 % in betrieblicher Ausbildung waren. Dagegen befanden sich die Altbewerber/-innen mit 11 % häufiger in einer außerbetrieblichen bzw. schulischen BBiG-Ausbildung als die sonstigen Bewerber/-innen (8 %). In einer Ausbildung in einem Schulberuf oder in einem Studium waren 7 % der Altbewerber/-innen anzutreffen und damit fast ein ebenso großer Anteil wie bei den übrigen Bewerbern und Bewerberinnen (8 %).

Von welchen Faktoren hängt der Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen in einer Berufsausbildung ab?[56] Einbezogen in die Analysen werden dabei persönliche Merkmale (Geschlecht, Migrationshintergrund, Alter), schulische Bildungsvoraussetzungen (Schulabschluss, Schulnoten in Mathematik und Deutsch), berufsbildungsbiografische Merkmale (absolvierte teilqualifizierende Berufsbildungsgänge bzw. berufliche Schulen, bereits Abbruch einer Ausbildung), Bewerbungsmerkmale (Dauer des Altbewerberstatus, überregional beworben, keine rechte Mühe bei der Ausbildungsstellensuche gegeben) sowie regionale Bedingungen

53 Vgl. hierzu auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A1.2 sowie → **Kapitel A1.2** im vorliegenden Datenreport.

54 Zu der abweichenden Definition der „Altbewerber/-innen" bei der Ausbildungsmarktstatistik der BA → **vgl. Kapitel A1.2.**

55 Weitere Informationen zu den regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragungen sind im Internet unter **www.bibb.de/de/wlk30081.htm** abrufbar.

56 Die Unterschiede zwischen Altbewerbern/Altbewerberinnen und „Erstbewerbern/Erstbewerberinnen" wurden bereits im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.3 dargestellt. Unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen waren danach Frauen leicht überrepräsentiert (50 % vs. 45 % der „Erstbewerber/-innen"), auch der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund lag etwas höher (25 % vs. 23 %). Der größte Unterschied zeigte sich in der Altersstruktur, d. h., Altbewerber/-innen hatten naturgemäß im Durchschnitt bereits ein höheres Lebensalter erreicht (19,8 vs. 18,1 Jahre). In den schulischen Voraussetzungen, d. h. den höchsten erreichten Schulabschlüssen und den Deutsch- und Mathematiknoten auf dem letzten Schulzeugnis, unterschieden sich die Altbewerber/-innen insgesamt kaum von den anderen Bewerbern und Bewerberinnen. Den Altbewerbern und Altbewerberinnen gelang jedoch bei allen Schulabschlussniveaus der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung (einschließlich Studium) seltener, besonders ausgeprägt war dies bei Vorliegen eines mittleren Schulabschlusses (51 % vs. 61 %).

(Wohnort in West- oder Ostdeutschland, Umfang der Arbeitslosigkeit vor Ort).

Verbleibsquoten in Ausbildung nach Merkmalen der Altbewerber/-innen

Zunächst soll betrachtet werden, für wie viel Prozent der jeweiligen Teilgruppen von Altbewerbern und Altbewerberinnen zum Jahresende 2008 ein Verbleib in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung insgesamt sowie in den verschiedenen Ausbildungsformen zu verzeichnen war (→ **Tabelle A3.1-1**, linker Teil). Hierbei fällt vor allem Folgendes auf: Die Anteile der Altbewerber/-innen, die sich in vollqualifizierender Ausbildung befanden, waren bei Vorliegen einer Studienberechtigung sowie bei (sehr) guten Mathematik- und Deutschnoten auf dem letzten Schulzeugnis relativ hoch. Absolventen und Absolventinnen einer Einstiegsqualifizierung sowie einer (höheren) Handelsschule waren ebenfalls verhältnismäßig oft in einer Berufsausbildung anzutreffen. Dagegen lagen die Verbleibsquoten in Berufsausbildung bei einem höheren Lebensalter (ab 21 Jahren) sowie bei einem Migrationshintergrund relativ niedrig. Auch Altbewerbern und Altbewerberinnen, die bereits eine Ausbildung abgebrochen hatten, waren weniger häufig in einer (neuen) Berufsausbildung. Eine Ausbildung erfolgte ebenfalls recht selten, wenn der Altbewerberstatus bereits mehr als 2 Jahre bestand. Nicht verwunderlich ist, dass von denjenigen, die sich nach eigener Angabe keine rechte Mühe bei der Ausbildungsplatzsuche machten, auch ein geringerer Anteil in Ausbildung war.

Altbewerber/-innen mit Wohnsitz in den neuen Ländern befanden sich deutlich öfter in einer vollqualifizierenden Ausbildung als bei einem Wohnort in den alten Ländern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in den neuen Ländern weiterhin relativ viele öffentlich finanzierte außerbetriebliche bzw. schulische Ausbildungsplätze in BBiG/HwO-Berufen bereitgestellt wurden, um die Ausbildungschancen der dortigen Jugendlichen zu erhöhen. Somit war ein fast doppelt so hoher Anteil der Altbewerber/-innen in einer derartigen Ausbildungsform anzutreffen wie in den alten Ländern. Dagegen war in den neuen Ländern etwas seltener ein Verbleib der Altbewerber/-innen in betrieblicher Ausbildung festzustellen. Bei der *betrieblichen* Ausbildung unterschied sich zudem die Verbleibsquote der Altbewerber/-innen je nach Arbeitsmarktlage vor Ort sehr deutlich: Bei niedriger Arbeitslosenquote in der Region wurde ein wesentlich größerer Anteil betrieblich ausgebildet als bei einer regional sehr hohen Arbeitslosigkeit.

Einflussfaktoren auf den Verbleib der Altbewerber/-innen in Ausbildung

Die betrachteten Merkmale der Altbewerber/-innen korrelieren zum Teil miteinander. Um zu überprüfen, ob von den einzelnen Merkmalen noch ein eigenständiger Effekt hinsichtlich des Verbleibs in Ausbildung ausgeht, wenn jeweils alle übrigen potenziellen Einflussgrößen kontrolliert werden, wurden drei Regressionsmodelle gerechnet, und zwar a) für betriebliche Ausbildung, b) für betriebliche und nicht betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen zusammengenommen sowie c) für die vollqualifizierende Ausbildung insgesamt. Die Ergebnisse sind in → **Tabelle A3.1-1** (rechter Teil) enthalten und lassen sich wie folgt beschreiben:

Was den Verbleib in ***betrieblicher Ausbildung*** anbetrifft, so werden die wichtigsten Determinanten vom Marktcharakter dieser Ausbildungsform bestimmt (vgl. Modell 1). Die Betriebe wählen aus allen Bewerbern und Bewerberinnen in der Regel diejenigen aus, die sie als die Leistungsstärksten und Bestgeeigneten für ihre Ausbildungsstellen einschätzen. Das Niveau des Schulabschlusses und die Schulnoten stellen hierbei für die Betriebe bedeutende Indikatoren dar und haben daher in der Auswahlsituation besonderes Gewicht. Insofern zeigt sich im Hinblick auf den Verbleib der Altbewerber/-innen in betrieblicher Ausbildung ein signifikant positiver Einfluss eines höheren und mittleren Schulabschlusses sowie guter Mathematik- und Deutschnoten. Sehr günstig wirkt sich auch eine betriebliche Einstiegsqualifizierung aus, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass relativ viele Teilnehmer/-innen anschließend von ihrem Praktikumsbetrieb in ein Ausbildungsverhältnis übernommen werden. Ebenfalls einen sehr positiven Effekt hat es, wenn Altbewerber/-innen eine (höhere) Handelsschule besuchten. Die dort erworbenen Kenntnisse werden insbesondere bei der Besetzung

Tabelle A3.1-1: **Determinanten des Verbleibs von Altbewerbern und Altbewerberinnen in Berufsausbildung**

	Merkmale der Altbewerber/-innen	hochgerechnete Teilgruppengröße insgesamt[1]	Anteile der Altbewerber/-innen, die Ende 2008 in einer Berufsausbildung waren					Logistische Regressionsmodelle		
			vollqualifizierende Ausbildung, Studium	darunter: BBiG-/HwO-Berufe	darunter: betrieblich	darunter: außerbetrieblich/schulisch	Schulberufe/ Studium	Modell 1 betriebliche Ausbildung	Modell 2 Ausbildung in BBiG-/HwO-Berufen	Modell 3 vollqualifizierende Ausbildung, Studium
		absolut	%	%	%	%	%	e^{β}	e^{β}	e^{β}
persönliche Merkmale	**Geschlecht**									
	weiblich	122.795	51	43	34	9	8	1,000	1,000	1,000
	männlich	124.401	50	45	33	12	5	1,218	1,278**	1,177
	Alter									
	bis 20 Jahre	167.583	54	47	37	10	7	1,000	1,000	1,000
	21 Jahre und älter	79.237	45	39	27	12	6	,576 ***	,708**	,704**
	Migrationshintergrund									
	nein	185.654	53	46	36	10	7	1,000	1,000	1,000
	ja	61.542	44	39	28	11	6	,591***	,723**	,704**
schulische Bildungsvoraussetzungen	**Schulabschluss**									
	maximal Hauptschulabschluss	95.120	44	40	24	17	3	1,000	1,000	1,000
	mittlerer Schulabschluss	112.270	51	44	36	8	7	1,866***	1,162	1,316*
	Studienberechtigung	36.020	68	54	51	3	15	4,916***	2,318***	3,761***
	letzte Mathematiknote									
	sehr gut oder gut	55.939	57	51	41	11	6	1,000	1,000	1,000
	befriedigend	92.180	51	46	36	10	6	,843	,778*	,783
	ausreichend oder schlechter	92.619	45	37	26	11	8	,560 ***	,610***	,668**
	letzte Deutschnote									
	sehr gut oder gut	53.527	59	50	38	12	9	1,000	1,000	1,000
	befriedigend	125.016	52	46	37	9	6	1,013	,965	,835
	ausreichend oder schlechter	62.458	41	35	22	13	6	,575**	,702*	,589**
berufsbildungsbiografische Merkmale	**absolvierte Bildungsgänge**[2]									
	Bewerbungstraining	58.795	46	41	28	13	5	,715*	,778*	,766*
	(sonstige) berufsvorb. Maßnahme	49.420	52	48	29	19	4	1,316	1,646***	1,514**
	Einstiegsqualifizierung (EQ)	22.080	59	57	42	15	1	1,878**	1,872**	1,585*
	Berufsvorbereitungsjahr u. Ä.	43.777	51	48	30	18	3	1,223	1,258	1,196
	Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	24.083	46	42	28	14	4	,999	1,004	1,004
	Fachoberschule	19.521	52	43	39	5	9	,854	,778	,744
	(höhere) Handelsschule	16.266	57	51	49	2	6	1,661**	1,374	1,212
	sonstige berufliche Schule	19.163	55	48	35	13	8	,975	1,048	1,106
	mehrmonatiges Praktikum	56.335	47	42	28	14	5	,878	,965	,968
	bereits Ausbildungsabbruch[2]									
	trifft zu	23.304	42	39	26	13	3	,833	,812	,710*
Bewerbungsmerkmale	**Altbewerber/-in**									
	aus dem Vorjahr	112.851	56	47	38	9	9	1,000	1,000	1,000
	aus dem Vorvorjahr	66.040	50	44	34	11	6	,760*	,845	,793*
	aus noch früheren Jahren	63.318	43	40	26	13	4	,612**	,749*	,628**
	Bewerbungsverhalten[2]									
	überregional beworben	67.435	54	46	37	9	8	1,123	,993	,998
	keine rechte Mühe gemacht	28.857	41	36	25	11	5	,635*	,653**	,639**
regionale Bedingungen	**Wohnregion**									
	alte Länder	189.974	49	42	34	8	7	1,000	1,000	1,000
	neue Länder einschließlich Berlin	57.222	57	49	32	17	7	1,244	1,859**	2,105***
	Arbeitslosenquote vor Ort									
	bis 4,9 %	47.564	56	49	41	8	8	1,000	1,000	1,000
	5,0 % bis 7,9 %	75.285	47	41	32	8	6	,610**	,692**	,687**
	8,0 % bis 10,9 %	50.991	50	42	33	9	8	,528***	,602**	,697**
	11,0 % bis 13,9 %	38.073	56	50	34	16	6	,490**	,628*	,597**
	14,0 % und mehr	35.282	48	41	26	15	7	,350***	,431**	,421***
Altbewerber/-innen gesamt		**247.196**	**51**	**44**	**34**	**10**	**7**			
Chi^2								235,956	142,394	183,587
Nagelkerkes R^2								,164	,098	,124

[1] Durch fehlende Angaben bei einzelnen Merkmalen treten Abweichungen zur Gesamtsumme auf.

[2] Referenzgruppe sind jeweils die Personen, auf die das Merkmal nicht zutrifft.

Erläuterung: Der Exponentialkoeffizient e^{β} zeigt an, in welche Richtung und in welchem Ausmaß das jeweilige Merkmal die Chance beeinflusst, in einer Ausbildung zu verbleiben. Bei Werten über 1 hat das Merkmal einen positiven Einfluss auf den Verbleib in Ausbildung, bei Werten unter 1 einen negativen. Genau ausgedrückt, gibt der Exponentialkoeffizient e^{β} den Faktor wieder, um den die Determinante das Wahrscheinlichkeitsverhältnis (p/q) zwischen Verbleib in Ausbildung (p) und sonstigem Verbleib (q) verändert. Bei einem Koeffizienten von $e^{\beta} = 2{,}105$ z. B. erhöht sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis (Chance) zugunsten eines Verbleibs in Ausbildung um 110,5 % (= [2,105 – 1] · 100).

Signifikanzniveau: *** ≙ p < ,001, ** ≙ p < ,010, * ≙ p < ,050

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008

von Ausbildungsstellen in kaufmännischen Berufen von den Betrieben besonders geschätzt. Der Einfluss eines Bewerbungstrainings ist dagegen nicht positiv, sondern geht sogar in die entgegengesetzte Richtung. Dieses paradox erscheinende Ergebnis ist damit erklärbar, dass zum Befragungszeitpunkt (am Ende des Kalenderjahres) ein Teil der nicht in Ausbildung verbliebenen Altbewerber/-innen ein solches meist nur wenige Wochen dauerndes Bewerbungstraining bereits durchlaufen hatte, um die künftigen Erfolgsaussichten zu verbessern.

Der Verbleib der Altbewerber/-innen hängt zudem stark davon ab, seit wann sie sich bereits um eine Ausbildungsstelle bemühen: Je länger die erstmalige Bewerbung zurückliegt, umso schlechter sind die Chancen auf eine betriebliche Ausbildung. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass lang andauernde Erfolglosigkeit zum Stigma wird (vgl. Solga 2005, S. 189 ff.). Ein negativer Effekt geht auch von einem höheren Alter aus: Altbewerber/-innen, die bereits über 20 Jahre alt sind, haben erheblich schlechtere Chancen, in betrieblicher Ausbildung zu verbleiben, als maximal 20-Jährige. Dies kann damit erklärt werden, dass Betriebe eine Präferenz für Bewerber/-innen haben, die aus ihrer Sicht für eine Ausbildung weder zu jung (unter 17 Jahre) noch zu alt (über 20 Jahre) sind (vgl. Imdorf 2009). Hemmend auf die Chancen von Altbewerbern und Altbewerberinnen, betrieblich ausgebildet zu werden, wirkt sich außerdem ein Migrationshintergrund aus. Welches Entscheidungskalkül der Betriebe für die generell niedrigeren Ausbildungschancen von Migranten und Migrantinnen verantwortlich ist, blieb für Deutschland bisher allerdings weitgehend ungeklärt (vgl. Beicht/Granato 2009).

Der Marktcharakter der betrieblichen Ausbildung schlägt sich auch in dem hohen Einfluss nieder, den die regionale Arbeitslosenquote auf den Verbleib der Altbewerber/-innen hat. Aufgrund der engen Koppelung von Arbeits- und Ausbildungsmarkt geht in der Regel eine schlechte Arbeitsmarktlage in einer Region auch mit einem knappen betrieblichen Ausbildungsstellenangebot einher. Sehr deutlich zeigt sich daher, dass die Chancen der Altbewerber/-innen, in betrieblicher Ausbildung zu verbleiben, umso niedriger sind, je ungünstiger die Marktsituation vor Ort ist.

Die *außerbetriebliche bzw. schulische BBiG/HwO-Ausbildung* hat marktausgleichenden Charakter, d. h., sie ist grundsätzlich für Jugendliche vorgesehen, die schlechte Aussichten auf eine betriebliche Ausbildung haben, sei es aufgrund der Ausbildungsmarktsituation („marktbenachteiligte“ Jugendliche), sei es aufgrund anderer Benachteiligungen („sozial benachteiligte“ Jugendliche bzw. Jugendliche mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen). Bei der Besetzung der nicht betrieblichen Ausbildungsplätze spielen somit ganz andere Kriterien eine Rolle als bei der betrieblichen Ausbildung. Wird nun die **betriebliche und nicht betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen** zusammen betrachtet, so verändern sich – wegen der speziellen Besetzungslogiken bei einer nicht betrieblichen Ausbildung – zum Teil die Faktoren, die einen signifikanten Einfluss auf den Verbleib der Altbewerber/-innen haben (vgl. Modell 2). Es zeigt sich dann, dass männliche Altbewerber stärker von der nicht betrieblichen BBiG/HwO-Ausbildung profitieren und sie hierdurch deutlich bessere Chancen im Vergleich zu Altbewerberinnen erreichen. Die Teilnahme an berufsvorbereitenden Maßnahmen erhöht nunmehr signifikant die Chancen eines Verbleibs in Ausbildung, was daran liegt, dass im unmittelbaren Anschluss an eine solche Maßnahme häufig eine Vermittlung in eine nicht betriebliche Ausbildung erfolgt. Auffallend ist: In den neuen Ländern ist die Chance auf eine Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen – vor allem wegen der relativ umfangreichen Bereitstellung nicht betrieblicher Ausbildungsplätze für marktbenachteiligte Jugendliche – fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern.

Schließlich wird in die Analyse zusätzlich zur Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen noch die Ausbildung in Schulberufen sowie das Studium einbezogen und somit die gesamte **vollqualifizierende Ausbildung** betrachtet (vgl. Modell 3). Die schulischen Eingangsvoraussetzungen bei einer Ausbildung in Schulberufen und einem Studium sind in der Regel recht hoch (mittlerer bzw. höherer Schulabschluss, gute Noten); somit sind hier die Selektionsprozesse zum Teil an ähnliche Kriterien geknüpft wie in der betrieblichen

Ausbildung. Die Faktoren, die sich signifikant auf den Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen in einer vollqualifizierenden Ausbildung auswirken, sind daher nahezu die gleichen wie bei der betrieblichen Ausbildung; lediglich die Einflussstärke variiert leicht. Hinzu kommt allerdings der Einfluss der Wohnregion: Ein Wohnsitz in den neuen Ländern erhöht vor allem aufgrund der dort recht stark verbreiteten außerbetrieblichen bzw. schulischen Berufsausbildung in hohem Maße die Chancen von Altbewerbern und Altbewerberinnen, in einer vollqualifizierenden Ausbildung zu verbleiben.

Zusammenfassung

Die Wahrscheinlichkeiten, in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden, hängen sehr stark von der Höhe des Schulabschlusses und den Schulnoten ab; das gilt generell (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008) und auch für die Altbewerber/-innen. Diese verfügen allerdings über fast ebenso gute schulische Voraussetzungen wie die „Erstbewerber/-innen“ (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.3). Mit mangelnden Schulleistungen sind die geringeren Erfolgschancen der Altbewerber/-innen somit nicht erklärbar. Hierfür scheinen andere Faktoren verantwortlich zu sein. Die Analysen deuten auf zwei wesentliche Faktoren hin, die insbesondere den Übergang in betriebliche Ausbildung beeinflussen und – da betriebliche Ausbildungsangebote eine dominierende Rolle spielen – auch bei Betrachtung der gesamten vollqualifizierenden Ausbildung große Bedeutung haben. Erstens wirkt sich der Altbewerberstatus, wenn er über längere Zeit andauert, negativ aus: Erfolgte die erste Bewerbung um eine Ausbildungsstelle erst vor einem Jahr, so ist im Vergleich zu den Nichtaltbewerbern und -bewerberinnen noch kein Einfluss nachweisbar.[57] Liegt die Erstbewerbung jedoch bereits 2 oder mehr Jahre zurück, so verschlechtern sich die Erfolgschancen immer mehr; die andauernde Erfolglosigkeit führt möglicherweise zu einer Stigmatisierung. Zweitens verringern sich die betrieblichen Ausbildungschancen, wenn ein Lebensalter von 20 Jahren bereits überschritten ist. Betriebe haben offenbar eine Präferenz für Bewerber/-innen, die weder zu jung noch zu alt sind, und ein Alter von 21 Jahren gilt in vielen Betrieben bereits als zu hoch für den Beginn einer Ausbildung. Der Alterseffekt ist nicht nur bei den Altbewerbern und Altbewerberinnen festzustellen, sondern auch bei den übrigen Bewerbern und Bewerberinnen. Aufgrund des oft höheren Lebensalters der Altbewerber/-innen -32 % sind über 20 Jahre alt, dagegen nur 11 % der „Erstbewerber/-innen“ – hat dieser Effekt bei ihnen jedoch größere Auswirkungen.

(Ursula Beicht, Joachim Gerd Ulrich)

57 Es wurden auch entsprechende Regressionsmodelle für den Übergang in Ausbildung unter Einschluss der „Erstbewerber/-innen“ gerechnet.

A3.2 Erfolgs- und Misserfolgsfaktoren bei der Ausbildungsplatzsuche aus der Sicht von Ausbildungsstellenbewerbern

Die Anteile der bei den Arbeitsagenturen und ARGEn gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die sich zum Ende des Berichtsjahres am 30. September in einer ungeförderten oder geförderten Berufsausbildungsstelle befanden, lagen 2008 bei 50,3 % (Bundesagentur für Arbeit 2008) und 2009 bei 50,9 % (Bundesagentur für Arbeit 2009). Für rund jeden zweiten Ausbildungsstellenbewerber konnte somit bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres kein Verbleib in einer Berufsausbildung vermeldet werden. Angesichts der Tatsache, dass als „Bewerber/-in für Ausbildungsstellen" nur diejenigen Ratsuchenden zählen, die „im Berichtsjahr individuelle Vermittlung in eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildungsstelle in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem BBiG wünschen und deren Eignung dafür geklärt ist bzw. deren Voraussetzungen hierfür gegeben sind" (Bundesagentur für Arbeit 2008, S. 4), stellt sich die Frage, warum der Anteil der Jugendlichen, die außerhalb einer Berufsausbildung verbleiben, so hoch ist. Die Ausbildungsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit können hierüber allerdings keine Auskunft geben, da die Ursachen für die jeweiligen Verbleibe über das Vermittlungssystem VerBIS nicht erhoben werden. Im Rahmen der von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gemeinsam durchgeführten repräsentativen BA/BIBB-Bewerberbefragungen (vgl. dazu auch Eberhard/Krewerth/Ulrich 2006 sowie **→ Kapitel A3.1**) werden die Jugendlichen jedoch regelmäßig danach gefragt, welche Gründe sie für ihren jeweiligen Verbleib sehen und welche Faktoren sie dafür verantwortlich machen, dass sie sich innerhalb oder außerhalb einer vollqualifizierenden Berufsausbildung befinden.

Die subjektiven Deutungen der Jugendlichen dürfen nicht vorbehaltslos als die tatsächlichen Ursachen für ihren jeweiligen Verbleib interpretiert werden, denn sie neigen vielmehr dazu, jene Erklärungen zu bevorzugen, die ihr Selbstwertgefühl nicht beeinträchtigen (Dauenheimer u. a. 2002) und ihrer aktuellen Lebenssituation eine Sinnhaftigkeit verleihen, welche von anderen möglichst nicht infrage gestellt wird.[58] Die subjektiven Erklärungen der Jugendlichen begünstigen bestimmte Verbleibe ebenso wie die verschiedenen Verbleibe bestimmte Erklärungen nahelegen (Grabitz 1978). Wer z. B. nach erfolgloser Suche ersatzweise wieder in das allgemeinbildende Schulsystem zurückkehrt, mag daraus den Schluss ziehen, dass seine schulische Vorbildung bislang noch nicht ausreichte. Wer den eigenen Verbleib als selbstbestimmt und selbstgewollt erlebt, gibt sich mit seiner Lage deutlich zufriedener als jemand, der vor allem äußere Zwänge als Ursachen anführen muss (Krahé 1987), zumal dies auch der gesellschaftlichen Forderung entspricht (Kohli 1994, Witzel 2001).

In den **Tabellen → A3.2-1** bis **A3.2-3** sind Erklärungs- und Deutungsmuster von Jugendlichen aufgeführt, die im Jahr 2008 als Ausbildungsstellenbewerber/-in bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet waren und zum Jahreswechsel 2008/2009 an der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008 (vgl. E in **→ Kapitel A3.1**) teilgenommen hatten. **Tabelle A3.2-1** gibt wieder, worauf Bewerber/-innen, die sich zum Untersuchungszeitpunkt in keiner vollqualifizierenden Berufsausbildung befanden, ihren Verbleib außerhalb einer dualen Ausbildung zurückführten. **Tabelle A3.2-2** befasst sich umgekehrt damit, wie Personen mit einem Ausbildungsplatz ihren Bewerbungserfolg erklären. Und schließlich wird in **→ Tabelle A3.2-3** beschrieben, wie die Jugendlichen auf die Zeit der Lehrstellensuche zurückblicken und welches Fazit sie aus ihren Erfahrungen ziehen. In diesem Fall wurden *alle* Bewerber/-innen einbezogen, die auf Ausbildungsplatzsuche gewesen waren – ob erfolgreich oder nicht, spielte für die Auswahl keine Rolle.

58 Die Neigung zu selbstwertdienlichen bzw. sozial akzeptablen Ursachendeutungen ist Thema der psychologischen Attributionsforschung (vgl. hierzu auch Meyer/Försterling 1993, Rudolph 2009, S. 112–157, Ulrich 1996).

Tabelle A3.2-1: **Ursachendeutungen für den fehlenden Ausbildungsplatz von Bewerbern, die sich nach eigenen Angaben nicht in einer vollqualifizierenden Ausbildung befanden, in Abhängigkeit von persönlichen Merkmalen und vom aktuellen Verbleib**

„Warum machen Sie zurzeit keine Lehre? *(Bitte kreuzen Sie alles an, was zutrifft.)*“	Gesamt	darunter differenziert nach:																
		Geschlecht		Alter				Schulabschluss			Migrations-hintergrund		Verbleib					
		weiblich	männlich	14 bis 17 Jahre	18 bis 19 Jahre	20 bis 21 Jahre	22 Jahre und älter	max. Hauptschulabschluss	mittlerer Abschluss	Studienberechtigung	nein	ja	allgemeinbildende Schule	teilqualifizierende berufliche Bildung	Arbeit, Erwerbstätigkeit	Jobben	arbeitslos, ohne Beschäftigung	Sonstiges und keine Angabe
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18
weil meine Bewerbungen um eine Lehrstelle (bisher) erfolglos gewesen sind	59,8 %	60,8 %	58,8 %	52,5 %	64,0 %	62,8 %	62,1 %	57,4 %	63,0 %	56,7 %	59,3 %	60,9 %	33,7 %	62,0 %	54,1 %	77,3 %	67,9 %	43,9 %
weil sich meine persönlichen Verhältnisse geändert haben und ich gezwungen war, etwas anderes zu machen	8,1 %	9,2 %	7,1 %	3,7 %	7,0 %	12,5 %	14,9 %	9,0 %	7,7 %	5,2 %	7,8 %	8,9 %	3,2 %	4,1 %	15,9 %	8,3 %	9,7 %	21,1 %
weil ich es mir anders überlegt und mich ganz von selbst für etwas anderes entschieden habe	11,3 %	11,9 %	10,9 %	14,6 %	11,5 %	8,2 %	7,3 %	7,7 %	13,8 %	17,5 %	10,8 %	12,6 %	23,4 %	11,8 %	13,7 %	9,8 %	3,7 %	14,2 %
weil ich offenbar schon zu alt bin	4,3 %	4,2 %	4,4 %	0,0 %	0,6 %	4,6 %	23,6 %	3,6 %	4,3 %	6,3 %	4,1 %	5,0 %	0,6 %	1,3 %	12,9 %	5,0 %	9,3 %	3,7 %
weil ich noch zu jung bin	3,1 %	4,0 %	2,2 %	9,2 %	0,2 %	0,2 %	0,5 %	2,9 %	3,7 %	0,0 %	3,3 %	2,6 %	6,3 %	4,6 %	0,0 %	0,8 %	0,5 %	3,3 %
weil meine schulische Vorbildung nicht oder noch nicht ausreicht	17,6 %	15,3 %	19,7 %	21,5 %	17,0 %	12,7 %	17,9 %	25,6 %	11,8 %	5,0 %	16,4 %	20,4 %	34,5 %	19,1 %	10,9 %	9,2 %	16,2 %	11,3 %
weil ich zwar eine Lehrstelle gefunden habe, die Ausbildung aber erst später beginnt	3,1 %	2,4 %	3,7 %	3,3 %	2,9 %	3,4 %	2,8 %	2,6 %	3,1 %	5,6 %	3,1 %	3,1 %	2,8 %	3,7 %	1,6 %	3,9 %	2,0 %	3,3 %
weil ich zwar eine Ausbildung begonnen, diese aber selber abgebrochen habe	6,9 %	7,4 %	6,4 %	4,1 %	7,8 %	8,3 %	8,6 %	8,0 %	6,2 %	5,0 %	7,6 %	5,1 %	0,8 %	4,3 %	11,3 %	8,4 %	12,6 %	6,8 %
weil ich zwar eine Ausbildung begonnen habe, mir aber gekündigt wurde	6,4 %	5,1 %	7,6 %	3,9 %	5,6 %	11,3 %	5,9 %	8,2 %	4,8 %	4,3 %	7,3 %	4,1 %	0,0 %	4,7 %	6,8 %	9,5 %	12,9 %	2,1 %
aus sonstigen Gründen	18,6 %	21,3 %	16,1 %	16,4 %	15,4 %	22,7 %	24,9 %	18,5 %	17,5 %	22,2 %	18,5 %	18,7 %	23,0 %	12,7 %	24,5 %	13,8 %	20,2 %	36,2 %
Zahl der Personen (hochgerechnet)[1]	282.238	135.520	146.718	89.947	94.670	57.203	38.308	129.061	121.813	25.581	198.717	82.945	27.792	119.515	18.837	26.925	58.527	30.642

[1] Die Summen der Einzelkategorien können aufgrund fehlender Angaben von der Gesamtsumme aller Befragten abweichen. Gewichtete Berechnungen der prozentualen Anteile.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008

Ursachendeutungen für den Verbleib außerhalb einer Berufsausbildung

Die meisten der hochgerechnet 282.200 registrierten Ausbildungsstellenbewerber/-innen des Jahres 2008, die sich Ende 2008/Anfang 2009 nicht in einer vollqualifizierenden Berufsausbildung befanden[59], führten ihren aktuellen Verbleib auf ihre erfolglosen Bewerbungen zurück. 60 % begründeten ihre Lage dementsprechend → **Tabelle A3.2-1**, Spalte 1.[60] Lediglich bei denjenigen, die sich wieder im allgemeinbildenden Schulsystem befanden, brachte nur eine Minderheit (34 %) diesen Verbleib mit erfolglosen Bewerbungen in Verbindung, während 35 % auf ihre bislang unzureichende Vorbildung verwiesen und 23 % betonten, sie hätten sich ganz von selbst für etwas anderes als den Beginn einer Berufsausbildung entschieden (Spalte 13).

Dass die schulische Ausbildung noch nicht ausreichte, wurde insgesamt (Spalte 1) von 18 % als Grund aufgeführt, und insgesamt 11 % verwiesen auf die Freiwilligkeit ihres Verbleibs außerhalb einer dualen Berufsausbildung. Diese beiden Ursachendeutungen spielten somit eine deutlich untergeordnete Rolle gegenüber der Zurückführung des aktuellen Verbleibs auf „erfolglose Bewerbungen". Der zuletzt genannte Grund dominierte mit weitem Abstand alle anderen wahrgenommenen Ursachen.

Dass sie infolge geänderter persönlicher Verhältnisse (z. B. Schwangerschaft, Wehrdienst) gezwungen waren, auf eine duale Berufsausbildung zu verzichten, berichteten insgesamt 8 % (Spalte 1), darunter ältere Bewerber/-innen (Spalten 6 und 7) etwas häufiger als jüngere (Spalten 4 und 5). Bewerber/-innen im Alter von mindestens 22 Jahren führten zudem relativ häufig (24 %) an, das Gefühl zu haben, für eine Lehre bereits zu alt zu sein (vgl. dazu auch Imdorf 2009). Immerhin insgesamt 7 % befanden sich nach eigenen Angaben deshalb nicht in einer Berufsausbildung, weil sie zwar eine Ausbildung begonnen, diese aber wieder abgebrochen hatten; weitere 6 % hatten ebenfalls eine Ausbildung bereits einmal angefangen, doch war ihnen gekündigt worden. 3 % gaben an, bereits einen Ausbildungsplatz gefunden zu haben und nun die Zeit bis zum Beginn dieser Ausbildung zu überbrücken.

Wahrgenommene Ursachen für den erfolgreichen Beginn einer Ausbildung

Die meisten (72 %) der hochgerechnet 292.800 Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die sich Ende 2008/Anfang 2009 in einer vollqualifizierenden dualen Berufsausbildung befanden, sahen als entscheidenden Grund an, dass sie als Bewerber/-in offenbar die Vorstellungen des Betriebes bzw. ihrer Ausbildungsstätte erfüllt hatten → **Tabelle A3.2-2**, Spalte 1. Lediglich bei Beginn einer nicht betrieblichen (außerbetrieblichen oder schulischen) Berufsausbildung (vgl. Spalte 14) wurde dieser Grund nur von einer Minderheit (38 %) genannt. Allerdings waren auch Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss (Spalte 8) längst nicht so oft (56 %) wie z. B. studienberechtigte Bewerber/-innen (87 %, Spalte 10) davon überzeugt, dass sie den Vorstellungen ihrer Ausbildungsbetriebe/Ausbildungsstätten entsprochen hatten. Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss verwiesen dagegen signifikant häufiger (35 %) als Realschulabsolventen (24 %) oder Abiturienten (16 %) darauf hin, dass sie vor Beginn der Ausbildung bereits ein Praktikum bzw. eine Einstiegsqualifizierung in ihrem Betrieb/ihrer Ausbildungsstätte absolviert (vgl. auch Bergzog 2008) und (auch) auf diesem Wege ihren Ausbildungsplatz erhalten hatten.

Ein Teil der Ausbildungsstellenbewerber/-innen, denen der Einstieg in eine duale Berufsausbildung gelungen war, zählte zudem die Unterstützung durch Dritte zu den maßgeblichen Gründen. Insgesamt 9 % berichteten, von der Arbeitsagentur für Arbeit finanziell unterstützt zu werden (bei nicht betrieblicher Berufsausbildung: 30 %), 8 % erhielten von ihrer Familie zusätzliche finanzielle Hilfen, und 7 % wussten, dass auch ihr Ausbildungsbetrieb bzw. ihre Ausbil-

---

59 Bei den hier vorgenommenen Berechnungen wurden auch Personen ausgeschlossen, die eine vollqualifizierende schulische oder hochschulische Berufsausbildung absolvierten.

60 Hochgerechnet wären dies weit mehr als 150.000 Personen. Dieses Ergebnis steht in Kontrast zum Phänomen, dass zum Ende des Vermittlungsjahres 2008 (am 30. September) nur 14.479 Personen zu den sogenannten „unversorgten Bewerbern" zählten (vgl. hierzu auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A1.2 sowie → **Kapitel A1.2** im vorliegenden Datenreport mit aktuellen Daten für 2009). Der tatsächliche Versorgungsbedarf geht demnach deutlich über diese Größe hinaus (vgl. dazu auch Eberhard/Ulrich 2010).

Tabelle A3.2-2: **Ursachen für den Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche aus der Sicht von Ausbildungsstellenbewerbern, die zum Befragungszeitpunkt eine duale Berufsausbildung absolvierten**

„Was hat dazu beigetragen, dass Sie Ihre Ausbildung beginnen konnten? *(Bitte kreuzen Sie alles an, was zutrifft.)*"	Gesamt	darunter differenziert nach:												
		Geschlecht		Alter				Schulabschluss			Migrationshintergrund		Ausbildungsform	
		weiblich	männlich	14 bis 17 Jahre	18 bis 19 Jahre	20 bis 21 Jahre	22 Jahre und älter	max. Hauptschulabschluss	mittlerer Abschluss	Studienberechtigung	nein	ja	betrieblich	nicht betrieblich
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14
ich entsprach den Vorstellungen des Betriebes/der Ausbildungsstätte	72,4 %	74,5 %	70,7 %	78,6 %	69,4 %	71,8 %	59,3 %	55,8 %	79,7 %	86,7 %	74,7 %	61,9 %	79,8 %	38,1 %
ich habe auf meinen Wunschberuf verzichtet	8,9 %	9,7 %	8,3 %	6,9 %	10,1 %	10,9 %	9,2 %	9,2 %	9,0 %	8,7 %	9,1 %	8,3 %	7,7 %	14,5 %
ich werde von der Arbeitsagentur finanziell unterstützt	8,9 %	8,8 %	8,9 %	4,6 %	10,3 %	11,2 %	15,9 %	15,5 %	6,2 %	2,6 %	8,4 %	11,2 %	4,3 %	29,8 %
mein Betrieb/meine Ausbildungsstätte erhält für meine Ausbildung von der Arbeitsagentur finanzielle Hilfe	6,7 %	5,5 %	7,7 %	3,7 %	8,4 %	6,7 %	12,9 %	13,6 %	4,0 %	,3 %	6,5 %	7,8 %	2,3 %	27,1 %
ich habe bereits ein Praktikum/eine Einstiegsqualifizierung in diesem Betrieb/in dieser Ausbildungsstätte absolviert	26,7 %	25,4 %	27,8 %	30,2 %	25,6 %	24,8 %	22,0 %	35,1 %	24,2 %	16,3 %	25,9 %	30,7 %	28,6 %	18,0 %
andere (Eltern, Freunde, Bekannte) haben sich beim Betrieb/bei der Ausbildungsstätte für mich eingesetzt	8,6 %	6,2 %	10,5 %	10,0 %	8,5 %	5,6 %	8,8 %	9,6 %	8,2 %	7,6 %	9,1 %	6,0 %	9,1 %	6,2 %
der Betrieb/die Ausbildungsstätte kannte mich bereits von früher	5,7 %	4,2 %	6,9 %	7,1 %	4,8 %	4,6 %	4,7 %	8,2 %	4,8 %	3,2 %	5,9 %	4,9 %	5,6 %	6,2 %
ich erhalte von meiner Familie zusätzlich zur Ausbildungsvergütung finanzielle Unterstützung	7,8 %	7,3 %	8,2 %	7,6 %	7,4 %	9,0 %	7,2 %	7,7 %	7,7 %	9,2 %	8,4 %	4,9 %	7,4 %	9,6 %
ohne Beziehungen hätte ich diesen Ausbildungsplatz nicht bekommen	4,7 %	3,9 %	5,3 %	5,2 %	4,4 %	4,4 %	4,5 %	7,0 %	3,4 %	3,4 %	4,8 %	4,0 %	4,7 %	4,8 %
Sonstiges trifft zu	6,6 %	7,7 %	5,7 %	4,2 %	6,9 %	7,8 %	11,5 %	8,3 %	4,8 %	7,5 %	5,6 %	10,9 %	5,3 %	12,3 %
Zahl der Personen (hochgerechnet)[1]	292.837	130.821	162.016	108.690	100.255	53.492	28.498	101.228	140.970	44.248	239.887	52.841	237.789	55.047

[1] Die Summen der Einzelkategorien können aufgrund fehlender Angaben von der Gesamtsumme aller Befragten abweichen. Gewichtete Berechnungen der prozentualen Anteile.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008

dungsstätte von der Arbeitsagentur finanzielle Hilfe erhielten (bei nicht betrieblicher Berufsausbildung: 27 %). Dass sich andere (Eltern, Freunde, Bekannte) beim Betrieb bzw. bei der Ausbildungsstätte für sie eingesetzt hätten, gaben 9 % an, männliche Bewerber dabei wesentlich häufiger (11 %) als weibliche (6 %). Insgesamt 5 % meinten, ohne Beziehungen hätten sie ihren Ausbildungsplatz nicht erhalten. Die Ergebnisse zeigen, dass die Verteilung der Ausbildungsplätze (auch) aus Sicht der Ausbildungsstellenbewerber/-innen keinesfalls allein anhand von Leistungs- und Eignungskriterien vorgenommen wird, sondern dass Herkunft, soziale Netzwerke und staatliche Unterstützungen ebenfalls in einer substanziellen Zahl der Fälle zum Bewerbungserfolg und zum Beginn einer Berufsausbildung beitragen (vgl. dazu auch Beicht/Friedrich/Ulrich 2008, Boos-Nünning 2009, Hupka/Sacchi/Stalder 2006).

Rückblick auf die Zeit der Ausbildungsplatzsuche

Was die schulische Vorbereitung auf die Zeit der Lehrstellensuche angeht, stellten insgesamt 44 % der befragten Bewerber/-innen ihrer Schule ein gutes Zeugnis aus → **Tabelle A3.2-3**, Spalte 1. Dies traf auf Personen mit maximal Hauptschulabschluss bzw. mit mittlerem Abschluss (Spalten 8 und 9) mit jeweils 47 % allerdings wesentlich häufiger zu als auf studienberechtigte Ausbildungsstellenbewerber/-innen (Spalte 10), von denen nur 22 % entsprechend positiv urteilten.[61] Insgesamt 44 % hatten alle wichtigen Fragen mit ihren Eltern besprochen, wobei dies für Jugendliche mit Migrationshintergrund (28 %; Spalte 12) signifikant seltener galt als für Jugendliche ohne Migrationshintergrund (49 %; Spalte 11). Die fehlende Möglichkeit, sich mit den eigenen Eltern austauschen zu können (vgl. dazu auch Beinke 2000, Boos-Nünning 2009), dürfte für viele Jugendliche mit Migrationshintergrund eine der wichtigsten Hemmnisse sein, sich auf den Ausbildungsmarkt bzw. auf dessen Möglichkeiten und Anforderungen in ähnlicher Weise vorbereiten zu können wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund.[62] 25 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund hätten sich letztlich mehr *institutionelle* Unterstützung gewünscht (ohne Migrationshintergrund: 19 %).

Was die Passung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt angeht, so meinten insgesamt 54 %, dass es zu wenig offene Lehrstellen bzw. zu viele Bewerber/-innen in den von ihnen angestrebten Berufen gegeben habe. Nur 22 % berichteten davon, keine Probleme gehabt zu haben, eine Lehrstelle in einem für sie interessanten Beruf zu finden. Selbst unter denjenigen, die sich in einer betrieblichen dualen Berufsausbildung befanden (Spalte 13), überwog der Anteil derer, die von Schwierigkeiten bei der Ausbildungsplatzsuche berichteten (49 %), die Quote derer, welchen der Einstieg in die Berufsausbildung leichtfiel (34 %). Insgesamt 36 % meinten, die Einstellungsvoraussetzungen der Betriebe offensichtlich nicht erfüllt zu haben; selbst bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Studienberechtigung (Spalte 10) fiel der Anteil nicht niedriger aus; im Gegenteil: Gerade in dieser Gruppe berichteten mit 41 % überdurchschnittlich viele davon, dass sie in Vorstellungsgesprächen die Erfahrung machen mussten, nicht überzeugt zu haben. Dass die Quote bei den Studienberechtigten sogar höher ausfiel als bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit maximal Hauptschulabschluss (25 %), ist allerdings nicht auf eine kritischere Selbstwahrnehmung von Abiturienten zurückzuführen, sondern auf ihre deutlich besseren Chancen, zu Vorstellungsgesprächen überhaupt eingeladen zu werden.[63]

Durch ein flexibles Such- und Bewerbungsverhalten besteht die Möglichkeit für Ausbildungsstellenbewerber/-innnen, ihre Erfolgschancen zu erhöhen. So bewarben sich 60 % gleich in mehreren Berufen (Spalte 1), wobei die durchschnittliche

61 Dies deutet darauf hin, dass die Berufsorientierung der Gymnasien immer noch unzureichend ausfällt (Eberhard/Ulrich 2006), obwohl inzwischen relativ viele Abiturienten eine duale Berufsausbildung anstreben (Friedrich 2009) – im Jahr 2008 waren es immerhin 37 % (vgl. hierzu auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.1).

62 Allerdings bietet dieser Aspekt keine ausreichende Erklärung dafür, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund selbst unter Kontrolle ihrer schulischen Bildungsvoraussetzungen z.T. signifikant schlechtere Einstiegschancen in die duale Berufsausbildung haben als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (vgl. dazu auch Boos-Nünning 2009, Granato/Ulrich 2009).

63 78 % der studienberechtigten Bewerber und 67 % der Bewerber mit mittlerem Abschluss, aber nur 51 % der Bewerber mit maximal Hauptschulabschluss waren zu Vorstellungsgesprächen eingeladen worden. Studienberechtigte, die eingeladen wurden, absolvierten im Schnitt (Median) fünf Gespräche, Bewerber mit mittlerem Abschluss vier und Bewerber mit maximal Hauptschulabschluss drei Gespräche.

Tabelle A3.2-3: **Rückblick auf die Zeit der (bisherigen) Ausbildungsplatzsuche (nur Bewerber/-innen, die nach eigenen Angaben schon einmal auf Lehrstellensuche gewesen waren) (Teil 1)**

„Was trifft auf die Zeit Ihrer Lehrstellensuche zu? Welche Aktivitäten haben Sie unternommen, um eine Lehrstelle zu finden? Wie würden Sie die Zeit der Lehrstellensuche rückblickend bewerten? *(Bitte kreuzen Sie alles an, was zutrifft.)*“	**Gesamt**	**darunter differenziert nach:**															
		Geschlecht		**Alter**				**Schulabschluss**			**Migrationshintergrund**		**Verbleib**					
		weiblich	männlich	14 bis 17 Jahre	18 bis 19 Jahre	20 bis 21 Jahre	22 Jahre und älter	max. Hauptschulabschluss	mittlerer Abschluss	Studienberechtigung	nein	ja	betriebliche duale Ausbildung	nicht betriebliche duale Ausbildung	Schulberuf, Studium	Schule, teilqualifizierende Ausbildung	Arbeit, Jobben, arbeitslos	Sonstiges
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18
Externe Unterstützung																		
in der Schule wurde ich gut auf die Zeit der Lehrstellensuche vorbereitet	43,5 %	43,5 %	43,5 %	59,4 %	43,8 %	31,9 %	22,6 %	47,1 %	46,7 %	22,3 %	44,3 %	41,0 %	51,0 %	40,9 %	37,2 %	43,2 %	33,2 %	44,1 %
ich habe alle wichtigen Fragen mit meinen Eltern besprochen	44,1 %	42,2 %	45,9 %	51,9 %	44,4 %	40,9 %	29,2 %	43,1 %	45,9 %	43,2 %	49,3 %	28,3 %	47,7 %	44,4 %	42,3 %	44,2 %	40,1 %	35,4 %
ich hätte noch mehr Unterstützung gebraucht (mehr Beratung, Adressen usw.)	20,1 %	21,5 %	18,9 %	14,0 %	19,6 %	24,4 %	30,1 %	22,7 %	17,3 %	21,5 %	18,7 %	24,7 %	15,5 %	22,5 %	20,1 %	21,4 %	25,8 %	20,9 %
Aspekte der Passung zwischen Angebot und Nachfrage																		
ich hatte keine Probleme, eine Lehrstelle in einem für mich interessanten Beruf zu finden	22,1 %	20,9 %	23,1 %	30,0 %	19,8 %	16,3 %	17,6 %	18,7 %	25,0 %	22,0 %	24,1 %	15,9 %	34,3 %	12,8 %	20,5 %	14,3 %	15,8 %	15,2 %
es gab zu wenig offene Lehrstellen bzw. zu viele Bewerber in den von mir gewünschten Berufen	53,9 %	55,9 %	52,1 %	49,2 %	56,0 %	57,0 %	55,6 %	52,4 %	55,5 %	53,4 %	53,1 %	56,6 %	48,6 %	52,1 %	50,6 %	60,1 %	58,5 %	51,1 %
die angebotenen Lehrstellen waren zu weit von meinem Wohnort entfernt	14,3 %	15,0 %	13,6 %	13,8 %	14,4 %	14,7 %	14,7 %	16,0 %	13,8 %	9,2 %	14,1 %	15,0 %	11,5 %	16,8 %	12,9 %	14,0 %	19,0 %	15,7 %
Lehrstellen, die ich angeboten bekam, gefielen mir nicht	15,0 %	16,3 %	13,8 %	11,5 %	15,1 %	21,1 %	13,9 %	15,1 %	13,8 %	18,8 %	14,5 %	16,8 %	15,3 %	15,7 %	16,5 %	12,7 %	17,3 %	13,3 %
ich habe offensichtlich die Einstellungsvoraussetzungen vieler Betriebe nicht erfüllen können	36,3 %	34,6 %	37,8 %	29,3 %	38,1 %	38,7 %	45,1 %	37,3 %	35,6 %	35,9 %	37,8 %	31,7 %	26,7 %	42,2 %	37,7 %	40,0 %	45,3 %	38,7 %
es gab Vorstellungsgespräche, in denen ich anscheinend nicht überzeugen konnte	30,9 %	32,9 %	29,0 %	24,2 %	32,1 %	34,4 %	37,6 %	25,0 %	33,2 %	40,7 %	32,4 %	26,1 %	31,6 %	30,1 %	29,4 %	27,7 %	35,9 %	26,1 %

Tabelle A3.2-3: **Rückblick auf die Zeit der (bisherigen) Ausbildungsplatzsuche (nur Bewerber/-innen, die nach eigenen Angaben schon einmal auf Lehrstellensuche gewesen waren) (Teil 2)**

„Was trifft auf die Zeit Ihrer Lehrstellensuche zu? Welche Aktivitäten haben Sie unternommen, um eine Lehrstelle zu finden? Wie würden Sie die Zeit der Lehrstellensuche rückblickend bewerten? *(Bitte kreuzen Sie alles an, was zutrifft.)*“	**Gesamt**	**darunter differenziert nach:**																
		Geschlecht		**Alter**				**Schulabschluss**			**Migrationshintergrund**		**Verbleib**					
		weiblich	männlich	14 bis 17 Jahre	18 bis 19 Jahre	20 bis 21 Jahre	22 Jahre und älter	max. Hauptschulabschluss	mittlerer Abschluss	Studienberechtigung	nein	ja	betriebliche duale Ausbildung	nicht betriebliche duale Ausbildung	Schulberuf, Studium	Schule, teilqualifizierende Ausbildung	Arbeit, Jobben, arbeitslos	Sonstiges
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18
Individuelle Suchstrategien																		
ich habe mich auch außerhalb der Region beworben (mehr als 100 km vom Wohnort entfernt)	21,0 %	23,8 %	18,4 %	13,3 %	21,6 %	28,9 %	25,8 %	14,6 %	22,5 %	33,8 %	23,3 %	14,1 %	22,8 %	20,7 %	25,9 %	15,8 %	22,6 %	21,8 %
ich habe mich in mehreren Berufen beworben	59,5 %	62,3 %	57,0 %	58,2 %	58,4 %	62,6 %	60,8 %	51,1 %	63,6 %	68,7 %	60,5 %	56,5 %	67,8 %	52,1 %	56,1 %	50,7 %	61,1 %	56,3 %
ich habe Verwandte/Bekannte/Freunde um Hilfe gebeten	55,6 %	57,4 %	53,9 %	47,9 %	56,4 %	63,1 %	60,3 %	56,7 %	55,1 %	54,4 %	55,4 %	56,3 %	47,3 %	55,1 %	49,4 %	59,2 %	68,1 %	58,3 %
ich habe versucht, "Beziehungen" zu nutzen	33,4 %	32,5 %	34,3 %	28,1 %	32,7 %	39,8 %	38,4 %	33,1 %	33,1 %	35,8 %	34,8 %	29,1 %	27,8 %	31,3 %	31,3 %	34,0 %	43,6 %	38,6 %
individuelle und sonstige Hemmnisse																		
gesundheitliche Einschränkungen haben meine Berufswahl und Lehrstellensuche erschwert	5,5 %	5,0 %	5,9 %	2,8 %	5,0 %	8,1 %	9,0 %	7,1 %	5,0 %	3,0 %	6,0 %	3,7 %	2,7 %	10,9 %	4,0 %	4,8 %	9,6 %	6,0 %
ich habe mich zu wenig oder nicht so richtig um eine Lehrstelle bemüht	13,3 %	11,4 %	15,1 %	13,5 %	13,1 %	13,2 %	13,7 %	14,9 %	12,4 %	10,8 %	12,0 %	17,2 %	8,2 %	12,5 %	12,9 %	18,1 %	16,9 %	12,8 %
ich fühlte mich in dieser Zeit sehr unsicher, wie es mit mir weitergeht	29,2 %	32,6 %	26,0 %	23,3 %	26,9 %	36,7 %	37,8 %	25,4 %	28,6 %	41,1 %	28,7 %	30,7 %	27,6 %	29,5 %	33,6 %	25,8 %	34,9 %	28,2 %
ich hatte das Gefühl, wegen meiner Herkunft (z. B. Nationalität) oder wegen meines Geschlechts benachteiligt zu werden	7,1 %	8,2 %	6,0 %	3,0 %	6,9 %	9,7 %	12,8 %	6,8 %	7,1 %	7,3 %	2,5 %	21,0 %	5,1 %	9,4 %	6,9 %	5,6 %	11,6 %	7,3 %
Zahl der Personen (hochgerechnet)[1]	529.694	254.092	275.602	167.355	182.525	110.592	66.922	205.950	243.735	70.253	398.502	131.192	188.285	45.870	37.140	131.592	100.386	26.421

[1] Die Summen der Einzelkategorien kann aufgrund fehlender Angaben von der Gesamtsumme aller Befragten abweichen. Gewichtete Berechnungen der prozentualen Anteile.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008

Zahl der umworbenen Berufe (Median) in diesen Fällen bei fünf Berufen lag (vgl. dazu auch Krewerth/Eberhard 2006). Insgesamt 21 % bewarben sich auch außerhalb der Region, das heißt auf Ausbildungsplätze, die mehr als 100 km vom Wohnort entfernt lagen. Regional flexibel zeigten sich dabei junge Frauen (24 %) stärker als junge Männer (18 %), Studienberechtigte (34 %) öfter als Jugendliche mit Hauptschul- (15 %) oder mit mittlerem Abschluss (23 %). Den Studienberechtigten kam dabei ihr höheres Alter zugute, denn die Bereitschaft, für einen Ausbildungsplatz gegebenenfalls den Wohnort zu verlassen, ist bei Älteren wesentlich ausgeprägter als bei noch nicht volljährigen Bewerbern und Bewerberinnen (vgl. dazu auch Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 69 ff., Ulrich/Ehrenthal/Häfner 2006).[64]

Auch wenn nur relativ wenige der *erfolgreichen* Ausbildungsstellenbewerber/-innen davon berichteten, über soziale Netzwerke ihren Ausbildungsplatz *erhalten* zu haben (vgl. dazu nochmals **→ Tabelle A3.2-2**), hatten insgesamt doch 56 % aller Ausbildungsplätze suchenden Bewerber und Bewerberinnen Verwandte, Bekannte oder Freunde um Hilfe gebeten und 33 % versucht, „Beziehungen“ zu nutzen **→ Tabelle A3.2-3**, Spalte 1. Insbesondere ältere Bewerber/-innen (Spalten 6 und 7) agierten in dieser Weise. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass der Rückgriff auf das sogenannte „soziale Kapital“ (Netzwerke, Beziehungen) nicht immer sofort erfolgt, sondern verstärkt durch längere Phasen erfolgloser Suche motiviert wird.

Alles in allem deuten die Angaben der Jugendlichen somit auf ein relativ ausgeprägtes Suchverhalten hin; und dies gilt auch für diejenigen, die sich zum Untersuchungszeitpunkt nicht in einer Berufsausbildung befanden. Sich zu wenig oder nicht so richtig bemüht zu haben, meinten insgesamt nur 13 % der Befragten. In knapp 6 % der Fälle erschwerten allerdings gesundheitliche Einschränkungen die Berufswahl und die Ausbildungsplatzsuche. 29 % berichteten, sich in der Zeit der Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche sehr unsicher gefühlt zu haben. Dabei sticht der Anteil der verunsicherten Jugendlichen unter den studienberechtigten Bewerbern und Bewerberinnen mit 41 % stark heraus (Spalte 10), sodass auch dieses Resultat kritische Fragen in Hinblick auf den berufsorientierenden Unterricht in Gymnasien aufwirft (siehe oben).

Das Gefühl, im Zusammenhang mit der Ausbildungsplatzsuche wegen der Herkunft (z. B. der Nationalität) oder des Geschlechts diskriminiert zu werden (vgl. dazu auch Imdorf 2007a, Imdorf 2007b), hatten insgesamt 7 % der Bewerber/-innen, darunter verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund (21 %, Spalte 12). Unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund schwankten die Werte zwischen 25 % bei den Personen mit türkisch-arabischer Herkunft, 21 % bei Jugendlichen aus den sonstigen ehemaligen Anwerbestaaten und knapp 18 % bei den Aussiedlern. Geschlechtsspezifische Effekte auf den Eindruck, diskriminiert zu werden, waren dagegen kaum auszumachen. Dies galt auch für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

(Sara Pourtahmassebi, Joachim Gerd Ulrich)

64 Differenzierte Analysen zur regionalen Mobilität der Ausbildungsstellenbewerber 2008 finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.2. Sie zeigen, dass die Mobilitätsbereitschaft eng mit der Ausbildungsmarktsituation vor Ort gekoppelt ist und steigt, wenn das Ausbildungsplatzangebot in der Region unterdurchschnittlich ausfällt.

A3.3 Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen des Übergangssystems

Die Schwierigkeiten beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung haben in den vergangenen 15 Jahren erheblich zugenommen. Viele Schulabgänger/-innen münden inzwischen nicht mehr unmittelbar in eine Berufsausbildung ein, sondern zunächst in einen Bildungsgang des Übergangssystems. Dort wird eine berufliche Grundbildung vermittelt, die in der Regel noch nicht Bestandteil einer vollqualifizierenden Ausbildung ist, sondern zu deren Vorbereitung dient. Jugendliche, die die Schule mit maximal Hauptschulabschluss verlassen haben, sind in den Übergangsmaßnahmen besonders stark vertreten. Aber auch Schulabsolventen und -absolventinnen mit mittlerem Abschluss nehmen relativ häufig hieran teil.

Die Bildungsgänge des Übergangssystems haben drei zentrale Funktionen:
(1) Sie dienen dazu, Jugendliche, die noch nicht über die erforderlichen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Berufsausbildung verfügen, zur Ausbildungsreife zu führen.

(2) Für Jugendliche, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule ihre schulischen Voraussetzungen noch verbessern möchten, bieten sie die Möglichkeit, über den Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen hinaus nachträglich den Hauptschulabschluss oder einen höherwertigen Schulabschluss zu erreichen.

(3) Insbesondere in den letzten 10 bis 15 Jahren haben sie außerdem die Aufgabe übernommen, für ausbildungsreife Jugendliche, die aufgrund der schwierigen Lage auf dem Lehrstellenmarkt keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, eine Überbrückung bis zum Einstieg in eine Berufsausbildung zu schaffen.

Die Bildungsgänge des Übergangssystems stehen in dem Ruf, für die Jugendlichen oftmals nur unnötige Warteschleifen zu bedeuten und teilweise sogar zu Maßnahmekarrieren ohne Perspektive zu führen. Aus der amtlichen Statistik liegen allerdings keine Angaben darüber vor, wie viele Jugendliche das Übergangssystem überhaupt durchlaufen und wie häufig im Anschluss oder später die Aufnahme einer Berufsausbildung gelingt bzw. nicht gelingt. Informationen hierüber können bisher nur im Rahmen von Stichprobenerhebungen gewonnen werden.

Auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2006 E wurde erstmals näherungsweise ermittelt, wie hoch in den vergangenen Jahren der Anteil nicht studienberechtigter Schulabgänger/-innen war, die an einer oder mehreren Übergangsmaßnahmen teilnahmen, und wie lange diese Bildungsphasen dauerten. Darüber hinaus wurde die Wirksamkeit unterschiedlicher Bildungsgänge des Übergangssystems untersucht. Zentrale Fragen hierbei waren, wie oft ein (höherwertiger) Schulabschluss erworben wurde, ob und wann nach der Beendigung der Maßnahme die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung erfolgte und welche Faktoren die Übergangswahrscheinlichkeit und -dauer positiv oder negativ beeinflussten (vgl. Beicht 2009).

E BIBB-Übergangsstudie 2006

Hierbei handelt es sich um eine im Sommer 2006 durchgeführte Befragung von 7.230 Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren. In computergestützten Telefoninterviews gaben die Jugendlichen retrospektiv Auskunft über ihre gesamte Bildungs- und Berufsbiografie (vgl. Beicht/Friedrich 2008). Die Daten basieren auf einer repräsentativen Stichprobe und wurden durch Gewichtung nach wichtigen Merkmalen, insbesondere Alter und Schulabschluss, an die Strukturen der Grundgesamtheit (alle Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988) angepasst.

Bei den hier vorgestellten Analyseergebnissen wurden ausschließlich die Angaben der Jugendlichen zugrunde gelegt, die bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule **maximal über einen mittleren Schulabschluss** verfügten; sie werden vereinfachend als „nicht studienberechtigte Jugendliche" bezeichnet. In den Bildungsgängen des Übergangssystems sind weit überwiegend nicht studienberechtigte Schulabgänger/-innen vertreten. Teilnehmer/-innen mit Studienberechtigung stellen dagegen eher Ausnahmen dar und wurden daher nicht einbezogen.

Gesamtumfang der Teilnahme an Übergangsmaßnahmen

Die Bildungsgänge des Übergangssystems lassen sich in folgende vier Kategorien unterteilen:

- die berufsvorbereitenden Bildungsgänge, hierzu zählen die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB) sowie das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ),
- das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ),
- die teilqualifizierenden Bildungsgänge in Berufsfachschulen (BFS),
- die betrieblichen Praktika bzw. die betriebliche Einstiegsqualifizierung[65] (Praktikum/EQ).

Bei den Analysen wurde die Teilnahme an einer der genannten Maßnahmearten nur dann berücksichtigt, wenn sie *nach* Verlassen der allgemeinbildenden Schule erfolgte (also z. B. keine Betriebspraktika während der allgemeinbildenden Schulzeit) und *vor* Abschluss einer vollqualifizierenden Ausbildung stattfand (also keine Praktika oder Bildungsmaßnahmen nach der Ausbildung). Damit wurde ausschließlich die Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule in eine (erfolgreiche) vollqualifizierende Berufsausbildung betrachtet.

Einbezogen wurden nicht studienberechtigte Jugendliche, die *mindestens 20 Jahre alt* waren. In diesem Alter sollten die Übergangsprozesse in vollqualifizierende Berufsausbildung in der Regel weitgehend abgeschlossen sein.

Insgesamt nahm demnach in den vergangenen Jahren knapp ein Drittel (32 %) der nicht studienberechtigten Schulabsolventen und -absolventinnen in der Übergangsphase von allgemeinbildender Schule zu regulärer Berufsausbildung an mindestens einer Übergangsmaßnahme teil. Die größte Bedeutung hatte dabei die teilqualifizierende Berufsfachschule (BFS), die von 14 % der Schulabgänger/-innen mit maximal mittlerem Schulabschluss besucht wurde. 10 % absolvierten ein betriebliches Praktikum bzw. eine betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ) und 9 % eine Berufsvorbereitung (BvB/BVJ); die geringste Verbreitung hatte das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) mit 6 %.[66]

Teilweise durchliefen die nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen nicht nur einen, sondern mehrere Bildungsgänge des Übergangssystems; die durchschnittliche Zahl pro Teilnehmer/-in lag bei 1,3 Maßnahmen. Im Durchschnitt betrug die Gesamtverweildauer im Übergangssystem je Teilnehmer/-in 17 Monate. Von dieser Zeit entfiel fast die Hälfte (47 %) auf die BFS und knapp ein Fünftel (19 %) auf BvB/BVJ. Betriebliche Praktika bzw. EQ nahmen einen zeitlichen Anteil von durchschnittlich 17 % ein und das BGJ 15 %.

Der Umfang der Teilnahme unterschied sich relativ stark nach Höhe des Schulabschlusses: Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen mit maximal Hauptschulabschluss besuchten 42 % zunächst einen Bildungsgang des Übergangssystems, bei einem mittleren Schulabschluss waren es nur 23 %. Die Verweildauer der Teilnehmer/-innen wich jedoch mit durchschnittlich 18 Monaten bei maximal einem Hauptschulabschluss und 14 Monaten bei einem mittleren Abschluss nicht stark voneinander ab.

Wirksamkeit von Übergangsmaßnahmen

Die nachfolgenden Analyseergebnisse konzentrieren sich auf die Berufsvorbereitung (BvB/BVJ), das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und die teilqualifizierenden Bildungsgänge in Berufsfachschulen (BFS).[67] Betrachtet wird ausschließlich die *erste* Teilnahme von nicht studienberechtigten Jugendlichen im Alter von 18 bis 24 Jahren an einem dieser Bildungsgänge des Übergangssystems, eventuell folgende weitere

65 Zu beachten ist, dass das „Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher" erst im Oktober 2004 aufgelegt wurde. EQ-Maßnahmen sind daher in der BIBB-Übergangsstudie 2006 relativ gering repräsentiert.

66 Der für BvB/BVJ errechnete Anteil erscheint angesichts der in der Statistik ausgewiesenen hohen Eintrittszahlen allerdings eher zu gering, der Anteil für das BGJ dagegen zu hoch. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich zum einen in der Untererfassung bildungsschwächerer Jugendlicher, was auch durch die Gewichtung nicht vollständig ausgeglichen werden konnte, zum anderen aber auch darin, dass die Maßnahmearten von den Befragten vermutlich nicht immer treffend zugeordnet werden konnten. Insgesamt dürften die Ergebnisse eher eine „Untergrenze" darstellen.

67 Die betrieblichen Praktika bzw. die Einstiegsqualifizierung (EQ) werden ausgeklammert, da hier die Inhalte und die Art der Vermittlung wesentlich weniger formalisiert sind und zudem der zeitliche Umfang stark variiert; sie sind daher weder untereinander noch mit den anderen Maßnahmearten unmittelbar vergleichbar.

Übergangsmaßnahmen blieben unberücksichtigt. Die (erste) Einmündung in das Übergangssystem erfolgte in den allermeisten Fällen (87 %) innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule. Lediglich 5 % der Teilnehmer/-innen nahmen die erste Übergangsmaßnahme nach mehr als einem Jahr auf.

Bei Untersuchungen zur Wirksamkeit der verschiedenen Arten von Übergangsmaßnahmen ist zu berücksichtigen, dass sich die Zielgruppen[68] und damit die **Teilnehmerkreise** deutlich unterschieden:

- In der **Berufsvorbereitung (BvB/BVJ)** waren die Jugendlichen mit den ungünstigsten schulischen Voraussetzungen vertreten: Sie hatten nicht nur besonders häufig keinen Hauptschulabschluss erreicht (41 %), sondern auch die vergleichsweise schlechtesten Noten auf dem Schulabgangszeugnis. Jugendliche mit Migrationshintergrund nahmen mit 31 % einen relativ hohen Anteil ein.
- Die Jugendlichen, die das **Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)** besuchten, verfügten überwiegend über einen Hauptschulabschluss (63 %), ein Viertel besaß den mittleren Schulabschluss, und insgesamt hatten sie bessere Schulnoten. Junge Männer waren mit einem Anteil von 70 % überproportional häufig im BGJ vertreten.
- In den teilqualifizierenden Bildungsgängen der **Berufsfachschule (BFS)** brachten die Teilnehmer/-innen nochmals bessere schulische Voraussetzungen mit. Relativ viele hatten einen mittleren Schulabschluss (44 %), die Übrigen meist einen Hauptschulabschluss (49 %). Ihre Schulnoten waren überwiegend recht gut. In der BFS bildeten junge Frauen die Mehrheit (56 %). Junge Migranten und Migrantinnen besuchten die BFS relativ oft, sie hatten einen Anteil von 30 %.[69]

Die allermeisten Jugendlichen, die in das Übergangssystem mündeten, strebten bei Beendigung der allgemeinbildenden Schule eine vollqualifizierende Ausbildung an. Über drei Viertel (77 %) hatten nach einem betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz gesucht. Der **Grund für die Teilnahme** an der Übergangsmaßnahme war daher in den meisten Fällen, dass die Jugendlichen keine reguläre Ausbildungsmöglichkeit gefunden und dann keine andere Alternative für sich gesehen hatten. Bei BvB/BVJ traf dies auf 84 % der Teilnehmer/-innen zu, beim BGJ auf 77 % und in der BFS auf 60 %. Oft spielte allerdings zusätzlich noch ein entsprechender Rat der Arbeitsagentur eine wichtige Rolle (BvB/BVJ: 49 %, BGJ: 26 %, BFS: 13 % der Teilnehmer/-innen).

Bei Weitem nicht alle Jugendlichen durchliefen die Bildungsgänge des Übergangssystems bis zum regulären Ende, sondern es erfolgte relativ häufig ein **Abbruch der Teilnahme.** Beim BGJ beendeten 12 % den Besuch vorzeitig, bei der Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) waren es 18 % und in der BFS sogar 22 %. Häufig genannter Abbruchgrund war, dass die Maßnahme nicht zusagte bzw. nicht das Richtige gewesen sei; oft wurde eine andere Ausbildungsmöglichkeit angestrebt oder stand bereits in Aussicht. Daneben gab es noch eine Reihe anderer angeführter Abbruchgründe, wie z. B. als zu hoch empfundene Anforderungen oder Probleme mit Lehrern/Lehrerinnen.

Die Jugendlichen, die die Bildungsgänge bis zum Schluss durchführten, bewerteten den **Nutzen der Teilnahme** im Rückblick weit überwiegend positiv. Über vier Fünftel gaben an, dass sie gerne an den Übergangsmaßnahmen teilgenommen hätten, wobei es so gut wie keinen Unterschied zwischen den Maßnahmearten gab (BvB/BVJ: 83 %, BGJ und BFS: 84 %). Der Umfang des fachlich Gelernten wurde hingegen für die Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) nicht ganz so häufig als groß eingeschätzt (69 %) wie für die beiden anderen Arten von Bildungsgängen (BGJ: 86 %, BFS: 88 %). Eine ähnliche Abweichung zeigte sich bei der Beurteilung des Nutzens für die eigene persönliche Entwicklung (BvB/BVJ: 70 %, BGJ und BFS: 83 %). Die Auswirkung auf den beruflichen Werdegang wurde bei allen drei Maßnahmearten – mit leichten Abstufungen – als positiv beurteilt (BvB/BVJ: 82 %, BGJ: 86 %, BFS: 88 %). Da die meisten Teilnehmer/-innen an den Übergangs-

68 Vgl. hierzu Beicht 2009, S. 2.

69 Klare Unterschiede zeigten sich insgesamt bei einem Vergleich mit den Jugendlichen, denen die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung *ohne eine Übergangsmaßnahme* gelang. Diese Jugendlichen waren in der Schule eindeutig am erfolgreichsten, sie hatten erheblich öfter einen mittleren Schulabschluss und bessere Schulnoten als die Teilnehmer/-innen an den Bildungsgängen des Übergangssystems.

maßnahmen ursprünglich eigentlich eine vollqualifizierende Ausbildung gewünscht hatten, überraschen die insgesamt sehr günstigen Bewertungen. Diese sind zum Teil damit erklärbar, dass viele Jugendliche ihre berufsbiografischen Erfahrungen für sich selbst möglichst positiv deuten möchten und daher dazu neigen, den durchlaufenen Bildungsphasen einen Nutzen zuzuschreiben (vgl. Ulrich 2008). Dennoch weisen die Ergebnisse auf eine recht hohe Akzeptanz der Übergangsmaßnahmen durch die Jugendlichen hin.

Die in den Bildungsgängen des Übergangssystems **erworbenen Schulabschlüsse** gelten als wichtiges Erfolgskriterium. Von den Jugendlichen, die eine Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) oder ein BGJ regulär abschlossen, konnte sich lediglich etwa jeder Zehnte im Hinblick auf den Schulabschluss verbessern (BvB/BVJ: 12 %, BGJ: 10 %). In der Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) holten die Teilnehmer/-innen dabei in der Regel den Hauptschulabschluss nach, im BGJ wurde häufiger auch ein mittlerer Schulabschluss erreicht. In der BFS erzielte dagegen über die Hälfte der Jugendlichen, die einen teilqualifizierenden Bildungsgang vollständig durchliefen, einen höherwertigen Schulabschluss (51 %), davon zwei Drittel einen mittleren Abschluss und knapp ein Drittel sogar einen höheren Abschluss, d. h. meist die Fachhochschulreife.

Infolgedessen waren die Unterschiede im Hinblick auf die **Schulabschlüsse nach Beendigung** der Übergangsmaßnahmen noch größer als vorher: So waren von den Absolventen und Absolventinnen der Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) 28 % noch immer ohne Hauptschulabschluss, und nur 9 % hatten einen mittleren Abschluss. Nach Abschluss des BGJ hatten 7 % noch keinen Hauptschulabschluss, und 32 % verfügten über einen mittleren Abschluss. Demgegenüber besaßen von den Absolventen und Absolventinnen der BFS nun 67 % einen mittleren Schulabschluss und 16 % sogar einen höheren Abschluss.

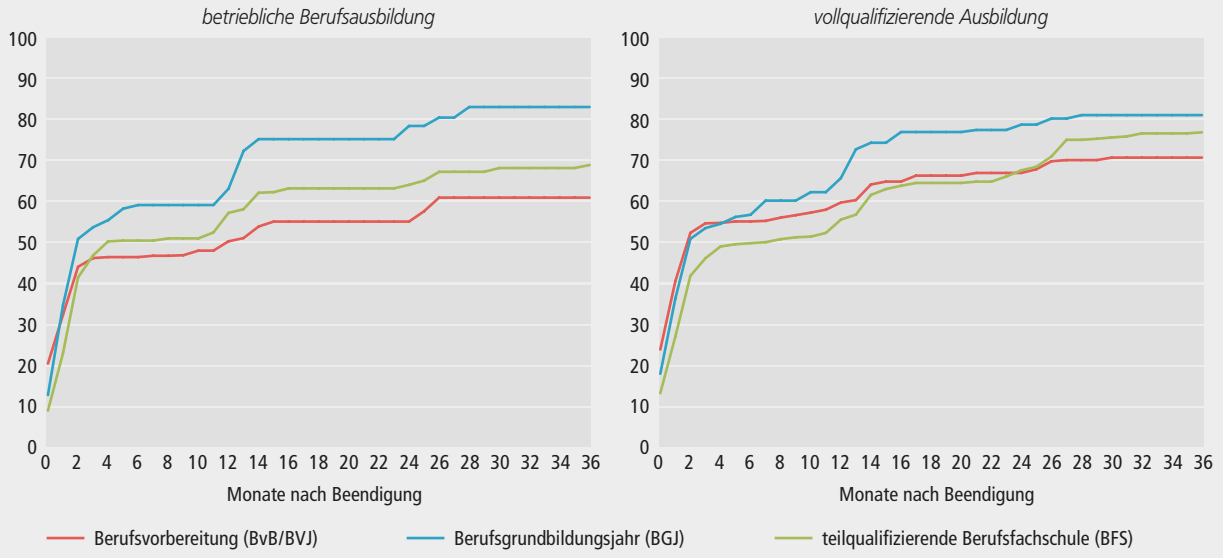
Als wichtigster Maßstab für die Beurteilung der Wirksamkeit von Maßnahmen des Übergangssystems gilt die **Zeitspanne bis zur Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung** (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Im Rahmen der vorgenommenen Analysen wurde die Übergangsdauer (von Beendigung der Übergangsmaßnahme bis Eintritt in eine Berufsausbildung) auf Basis von Kaplan-Meier-Schätzungen ermittelt. Dabei wurden alle Teilnehmer/-innen an den Übergangsmaßnahmen einbezogen – unabhängig davon, ob sie diese regulär abgeschlossen oder abgebrochen hatten – und es wurde ein Zeitraum von 3 Jahren nach Maßnahmeende beobachtet.[70]

Zunächst soll der Übergang in **die betriebliche Berufsausbildung** betrachtet werden, dieser ist in → **Schaubild A3.3-1** (linker Teil) dargestellt. Einbezogen wurden hierbei nur diejenigen Jugendlichen, die während der Übergangsmaßnahme auch einen betrieblichen Ausbildungsplatz gesucht hatten. Ein Jahr nach Beendigung einer Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) hatten demnach 50 % der Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung aufgenommen; bei den teilqualifizierenden Bildungsgängen der BFS waren es 57 % und beim BGJ 63 %. 3 Jahre später waren von den Absolventen/Absolventinnen mit entsprechenden Suchaktivitäten folgende Anteile in eine betriebliche Ausbildung eingemündet: BvB/BVJ: 61 %, BFS 69 %, BGJ: 83 %.

Nun soll die Betrachtung ausgeweitet werden auf den Übergang in **alle vollqualifizierenden Ausbildungsformen** → **Schaubild A3.3-1** (rechter Teil). Dabei wurde neben der betrieblichen Ausbildung auch die außerbetriebliche und schulische Ausbildung einschließlich eines Hochschulstudiums berücksichtigt. Zudem wurden nun *alle Teilnehmer/-innen* an den Übergangsmaßnahmen einbezogen, unabhängig davon, ob sie einen Ausbildungsplatz gesucht hatten oder nicht. Die Übergangsquoten ein Jahr nach Maßnahmeende betrugen bei der BFS 54 %, bei der Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) 58 % und beim BGJ 65 %. Nach 3 Jahren hatten dann bei BvB/BVJ 70 %, bei der BFS 76 % und beim BGJ 81 % der Teilnehmer/-innen eine Ausbildung begonnen. Hier macht sich bemerkbar, dass von den Jugendlichen, die an einer Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) teilgenommen

70 Der Vorteil von Kaplan-Meier-Schätzungen ist, dass auch Teilnehmer/-innen in die Analyse einbezogen werden konnten, die zum Befragungszeitpunkt noch nicht den gesamten Beobachtungszeitraum von 36 Monaten nach Maßnahmeende durchlaufen hatten (zensierte Fälle). Eine genaue Beschreibung des Verfahrens findet sich z. B. in Beicht/Ulrich 2008a, S. 181 ff.

Schaubild A3.3-1: **Entwicklung der Einmündungswahrscheinlichkeit in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung bei nicht studienberechtigten Teilnehmern und Teilnehmerinnen an einem (ersten) Bildungsgang des Übergangssystems (kumulierte Einmündungswahrscheinlichkeit in %)**



Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, die die allgemeinbildende Schule mit maximal mittlerem Schulabschluss verlassen hatten und (erstmals) an einer der drei Bildungsarten des Übergangssystems teilnahmen (abgeschlossene und abgebrochene Teilnahmen). Bei Einmündung in betriebliche Ausbildung: nur Jugendliche, die während der Maßnahme einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchten.

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2006

oder die BFS besucht hatten, relativ viele schließlich in außerbetriebliche oder schulische Ausbildungsgänge mündeten, während nach einem BGJ verhältnismäßig oft der Einstieg in eine betriebliche Ausbildung gelang.

Es wurde auch untersucht, welche **Einflussfaktoren sich auf den Übergang** in eine betriebliche Ausbildung oder generell in eine vollqualifizierende Ausbildung positiv oder negativ auswirkten.[71] Hervorzuheben sind folgende Ergebnisse:

- Verfügten Jugendliche *bei Beendigung der Übergangsmaßnahme* über einen mittleren oder höheren Schulabschluss, so waren ihre Chancen, schnell eine betriebliche Ausbildungsstelle oder überhaupt eine vollqualifizierende Ausbildungsmöglichkeit zu finden, erheblich besser, als wenn maximal ein Hauptschulabschluss vorhanden war.
- Bei Jugendlichen, die *vor der Teilnahme* maximal über einen Hauptschulabschluss verfügten, wirkte es sich positiv aus, wenn sie die Übergangsmaßnahme bis zu Ende besucht hatten (verglichen mit einem Abbruch). Und die Chancen stiegen nochmals weiter an, wenn ein (höherwertiger) Schulabschluss erreicht wurde.
- Bei Jugendlichen, die *vor der Teilnahme* bereits einen *mittleren Schulabschluss* besaßen, traf dies dagegen nicht zu. Ob sie die Maßnahme abbrachen, zu Ende führten oder einen höheren Schulabschluss erwarben, hatte keinen nachweisbaren Effekt auf die Einmündungswahrscheinlichkeit in eine betriebliche bzw. eine vollqualifizierende Ausbildung.
- Ein Migrationshintergrund wirkte sich generell negativ auf die Übergangschancen in eine Ausbildung aus.

71 Im Rahmen von statistischen Erklärungsmodellen (Cox-Regression) lassen sich Determinanten identifizieren, die – unter Kontrolle der jeweils anderen Einflussgrößen – einen eigenständigen Effekt auf die Übergangsrate haben, diese also erhöhen oder vermindern. Zu den genauen Ergebnissen der einzelnen Regressionsmodelle siehe Beicht 2009, S. 10 ff.

Schließlich wurde untersucht, welche **typischen bildungs- und berufsbiografischen Verläufe** sich in den ersten beiden Jahren nach der Teilnahme an einer der drei untersuchten Arten von Übergangsmaßnahmen feststellen lassen.[72] Die drei identifizierten Verlaufstypen und die Personengruppen, die einen solchen Werdegang häufig aufweisen, lassen sich wie folgt skizzieren:

Verlaufstyp 1: *Es gelang ein schneller Übergang in eine betriebliche Ausbildung*
Die Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz war rasch erfolgreich, meist konnte sofort nach Beendigung der Übergangsmaßnahme mit der Ausbildung begonnen werden, und diese wurde in der Regel dauerhaft durchlaufen. Insgesamt war knapp die Hälfte (47 %) der Absolventen/Absolventinnen einer (ersten) Übergangsmaßnahme diesem Verlaufstyp zuzuordnen. Sie verfügten bei Maßnahmeende häufig über einen Hauptschulabschluss (45 %), relativ oft aber auch über einen mittleren (42 %) bzw. höheren Schulabschluss (6 %); nur vergleichsweise selten lag noch kein Hauptschulabschluss vor (7 %). Ein Viertel der Jugendlichen hatte einen Migrationshintergrund.

Verlaufstyp 2: *Die Einmündung in eine nicht betriebliche Ausbildung erfolgte relativ rasch*
Meistens wurde nach der Übergangsmaßnahme bald eine außerbetriebliche bzw. schulische Berufsausbildung aufgenommen. Manchmal gab es auch etwas längere Such- oder Wartezeiten, oder es wurde z. B. noch an einer weiteren Übergangsmaßnahme teilgenommen. Die begonnene Ausbildung wurde dann in der Regel auf Dauer fortgeführt. Ein solcher Verlauf zeigte sich bei knapp einem Viertel (23 %) der Jugendlichen nach Maßnahmeende. Relativ viele von ihnen (17 %) hatten noch nicht den Hauptschulabschluss erreicht. 36 % besaßen einen Hauptschulabschluss, 42 % einen mittleren Abschluss und 5 % einen höheren Schulabschluss. Jugendliche mit Migrationshintergrund waren mit 16 % nur unterdurchschnittlich repräsentiert.

Verlaufstyp 3: *Der Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung glückte nicht oder war (noch) nicht beabsichtigt*
Hier erfolgte in den ersten 2 Jahren nach der (ersten) Übergangmaßnahme größtenteils keine Einmündung in eine Berufsausbildung, und wenn doch, wurde diese nach sehr kurzer Zeit wieder abgebrochen. Meistens wurde eine weitere Übergangsmaßnahme besucht oder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Häufig blieben die betreffenden Jugendlichen aber auch zu Hause, entweder weil sie nach einer Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeit suchten oder aus familiären bzw. privaten Gründen.[73] Knapp ein Drittel (31 %) der Absolventen/Absolventinnen war diesem überwiegend sehr problematischen Verlaufstyp zuzurechnen. Von ihnen waren 25 % bei Maßnahmeende noch ohne einen Hauptschulabschluss. 39 % verfügten über den Hauptschulabschluss, 33 % über einen mittleren und 3 % über einen höheren Schulabschluss (3 %). Junge Migranten und Migrantinnen waren mit 42 % weit überproportional vertreten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Übergangssystem hat in den vergangenen Jahren sowohl von der Zahl der Teilnehmer/-innen als auch vom zeitlichen Umfang her erhebliche Bedeutung erlangt. Dies gilt vor allem für Jugendliche, die bei Beendigung der allgemeinbildenden Schule maximal über einen Hauptschulabschluss verfügten. Von ihnen mündeten über zwei Fünftel (42 %) zunächst in eine Übergangsmaßnahme, gegenüber weniger als einem Viertel (23 %) bei denjenigen mit einem mittleren Schulabschluss. Die durchschnittliche Verweildauer im Übergangssystem betrug pro Teilnehmer/-in 18 Monate (bei maximal Hauptschulabschluss) bzw. 14 Monate (bei mittlerem Schulabschluss).

Die Teilnehmer/-innen an den Übergangsmaßnahmen verfügten im Durchschnitt über erheblich ungünstigere schulische Voraussetzungen im Vergleich zu den Jugendlichen, die ohne eine solche Maßnah-

72 Dies erfolgte im Rahmen einer Sequenzmusteranalyse unter Anwendung der Optimal-Matching-Technik mit anschließender Clusterung. Zum Verfahren vgl. z. B. Beicht/Ulrich 2008a.

73 Ein kleiner Teil der betreffenden Jugendlichen (13 %) besuchte unmittelbar nach der Übergangsmaßnahme oder später die Fachoberschule oder ein Fachgymnasium, oft allerdings, weil kein Ausbildungsplatz gefunden worden war.

me einen Ausbildungsplatz erhielten. Sie hatten weit häufiger keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss und zudem auch deutlich schlechtere Schulnoten.

Die teilqualifizierenden Bildungsgänge der Berufsfachschulen (BFS) boten vor allem den Schulabgängern/Schulabgängerinnen mit Hauptschulabschluss eine gute Perspektive für das Erreichen eines höherwertigen Schulabschlusses. Dies traf – allerdings in einem geringeren Umfang – auch auf Schulabsolventen und -absolventinnen mit mittlerem Abschluss zu, sie erwarben hier teilweise die Fachhochschulreife. Insgesamt erreichte die Hälfte der Jugendlichen nach dem Besuch der BFS einen höherwertigen Schulabschluss. Dagegen konnte bei der Berufsvorbereitung (BvB/BVJ) und dem Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) nur etwa jede/jeder Zehnte den Schulabschluss verbessern.

Insgesamt ist festzustellen, dass nach der Teilnahme an einem Bildungsgang des Übergangssystems nur relativ wenige Jugendliche sehr rasch in eine vollqualifizierende Ausbildung einmündeten. Über einen längeren Zeitraum gesehen gelang der Übergang in eine Ausbildung dann jedoch einem großen Teil.

Allerdings haben schätzungsweise 20% bis 30% der Teilnehmer/-innen selbst nach 3 Jahren noch keine Berufsausbildung aufgenommen. Hier zeigen sich problematische Verläufe: Diese Jugendlichen besuchten häufig weitere Übergangsmaßnahmen, jobbten, waren arbeitslos oder aus privaten Gründen zu Hause. Die Gefahr, auf Dauer ohne Ausbildung zu bleiben und somit keine tragfähige Integration ins Erwerbsleben zu erreichen, war für diese Jugendlichen sehr groß (vgl. Beicht/Ulrich 2008b).

Folgendes sind die wesentlichen Schlussfolgerungen aus den Befunden:

- Für Jugendliche, denen die für eine Ausbildung erforderlichen Voraussetzungen nicht durch die allgemeinbildende Schule vermittelt werden konnten, haben Bildungsmaßnahmen im Übergangssystem eine unverzichtbare Funktion. Dies gilt insbesondere für die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB) und das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Viele Jugendliche werden durch diese Maßnahmen erst in die Lage versetzt, erfolgreich eine Berufsausbildung zu durchlaufen.
- Für Jugendliche, die nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule noch einen höherwertigen Schulabschluss erreichen wollen, haben teilqualifizierende Bildungsgänge ebenfalls eine wichtige Funktion, die in vielen Fällen auch erfolgreich erfüllt wird. So erwirbt mehr als die Hälfte der Absolventen/-innen von teilqualifizierenden Berufsfachschulen einen höherwertigen Schulabschluss.
- Wenn jedoch Jugendliche die erforderlichen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung besitzen und eine solche auch anstreben, dann bedeutet ihre (unfreiwillige) Teilnahme an Bildungsmaßnahmen des Übergangssystems nur eine Notlösung und „verlorene“ Zeit. Denn eine Anrechnung der Übergangsmaßnahmen auf eine nachfolgende Ausbildung erfolgt nur selten.

(Ursula Beicht)

A4 Ansätze zur integrierten Ausbildungsberichterstattung

A4.1 Quantitative Synopse zur relativen Bedeutung unterschiedlicher Bildungsgänge

Das System der beruflichen Bildung in Deutschland schafft eine besonders enge Verbindung zur Beschäftigung und genießt unter den Jugendlichen ein hohes Ansehen. Es zeichnet sich durch eine hohe Differenzierung aus. Bedingt wird diese durch die unterschiedlichen Funktionen der verschiedenen Teilbereiche (von der Ausbildungsvorbereitung über die Vermittlung einer Teilqualifikation bis hin zum Erwerb eines Berufsabschlusses), durch die unterschiedlichen Lernorte (schulisch, dual, rein betrieblich und außerbetrieblich), durch die unterschiedlichen Finanzierungsformen (von rein staatlicher Finanzierung über Mittel der Arbeitsverwaltung bis hin zu einer privaten Finanzierung) sowie – aufgrund der föderalen Struktur – durch die unterschiedlichen Bildungssysteme in 16 Bundesländern.

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Analyse der Daten zur Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen in Teilsegmenten des beruflichen Bildungssystems. Da sich die Zahlen der Teilnehmer/-innen an den unterschiedlichen Bildungsgängen nicht unabhängig voneinander entwickeln, ist es notwendig, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Segmenten bei der Analyse zu berücksichtigen und bei Veränderungen einzelner Teilbereiche immer auch die Verbindung zu den übrigen Teilbereichen zu sehen. Um den Überblick zu erleichtern, werden die Eckdaten zu den unterschiedlichen Bildungsgängen synoptisch dargestellt. Der erste Teil der Synopse beschreibt die bundesweite Entwicklung von 1992 bis 2008. Der zweite Teil zeigt die unterschiedliche Situation in den 16 Bundesländern im Jahr 2008.

Im Rahmen der Synopse werden Anfänger/-innen folgender Bildungsgänge berücksichtigt:

- Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September → **vgl. Kapitel A1**,
- vollqualifizierende schulische Berufsausbildung (Berufsfachschüler/-innen in BBiG/HwO-Berufen, Berufsfachschüler/-innen, die einen Beruf außerhalb von BBiG/HwO-Berufen erlernen, sowie Schüler/-innen in Berufen des Gesundheitswesens) → **vgl. Kapitel A6.2, A6.3**,
- Jugendliche, die eine berufliche Grundbildung an beruflichen Schulen erwerben (in Berufsfachschulen, im schulischen Berufsgrundbildungsjahr und im schulischen Berufsvorbereitungsjahr) → **vgl. Kapitel A6.1**,
- Schüler/-innen an Fachoberschulen/Fachgymnasien in der 11. Klassenstufe,
- von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Teilnehmer/-innen an berufsvorbereitenden Maßnahmen bzw. Teilnehmer/-innen einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ) → **vgl. Kapitel A7.1**.

Die Zahlen der Studienanfänger/-innen sowie die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ergänzen die Längs- und Querschnittbetrachtungen. Überdies werden bei der Betrachtung auf der Ebene der Bundesländer (Querschnitt) Zahlen zu den am 31. Dezember noch nicht vermittelten Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern sowie zu Personen in einer Beamtenausbildung des einfachen bis gehobenen Dienstes mit aufgenommen.

In den meisten Fällen werden Eintrittszahlen (Anfänger/-innen, Zutritte) in die jeweiligen Bildungsgänge berichtet. Beim Vergleich der verschiedenen Bildungsgänge ist zu berücksichtigen, dass die Verweildauer je nach Bildungsgang erheblich differieren kann. Bisweilen ist sie nur unterjährig (wie bei einem Teil der berufsvorbereitenden Maßnahmen), und in zahlreichen anderen Fällen umfasst sie einen Regelzeitraum von 3 oder mehr Jahren (wie bei den meisten dualen Berufsbildungsgängen).

Als Referenzgröße zur Abschätzung der relativen Bedeutung der Bildungsgänge wird die Zahl der Absolventen/Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen herangezogen. Die Quoten zeigen, wie viele Angebote jeweils rechnerisch den Schulabgängern gegenüberstehen, unabhängig davon,

Tabelle A4.1-1: Anfänger/-innen von Bildungsgängen, die zu einem Berufsabschluss führen bzw. eine berufliche Grundbildung vermitteln von 1992 bis 2008 (absolut)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderungen 2008 zu 2007		Veränderungen 2008 zu 1992	
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	**759.737**	**779.737**	**804.020**	**840.527**	**871.552**	**894.906**	**904.637**	**917.669**	**918.748**	**910.784**	**918.997**	**929.806**	**945.381**	**939.279**	**946.766**	**942.129**	**909.783**	**-32.346**	**-3,4 %**	**150.046**	**120**
Offizielles Gesamtangebot	**721.825**	**655.857**	**622.234**	**616.988**	**609.274**	**613.381**	**635.933**	**654.454**	**647.383**	**638.771**	**590.328**	**572.474**	**586.374**	**562.816**	**591.540**	**644.028**	**635.675**	**-8.353**	**-1,3 %**	**-86.150**	**88**
Neu abgeschlossene Ausbildungsplätze zum 30.09 (BBiG/HwO) insgesamt	**595.215**	**570.120**	**568.082**	**572.774**	**574.327**	**587.517**	**612.529**	**631.015**	**621.693**	**614.236**	**572.323**	**557.634**	**572.980**	**550.180**	**576.153**	**625.885**	**616.259**	**-9.626**	**-1,5 %**	**21.044**	**104**
darunter: betriebliche	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	*550.231*	*564.379*	*557.357*	*512.524*	*497.265*	*518.928*	*505.191*	*524.206*	*566.019*	*559.481*	-6.538	-1,2 %	k.A.	k.A.
darunter: außerbetriebliche	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	*80.784*	*57.314*	*56.879*	*59.799*	*60.369*	*54.052*	*44.989*	*51.947*	*59.866*	*56.778*	-3.088	-5,2 %	k.A.	k.A.
BFS in BBiG/HwO-Berufen 1. Schuljahr	3.697	4.100	4.296	4.644	6.787	14.550	15.619	14.553	13.281	12.830	12.207	13.466	17.033	16.194	16.656	14.764	12.884	-1.880	-12,7 %	9.187	348
BFS vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO 1. Jahr	49.503	54.982	53.732	58.067	62.263	73.797	76.816	78.691	87.081	91.709	101.158	115.022	118.202	120.246	119.397	116.575	113.687	-2.888	-2,5 %	64.184	230
Schüler/-innen Gesundheitswesen 1. Schuljahr	47.578	49.426	51.129	53.321	53.803	44.703	44.219	44.188	42.735	43.500	45.901	47.796	46.827	47.495	49.830	50.532	49.941	-591	-1,2 %	2.363	105
Vollqualifizierende schulische Berufsausbildung insgesamt	**100.778**	**108.508**	**109.157**	**116.032**	**122.853**	**133.050**	**136.654**	**137.432**	**143.097**	**148.039**	**159.266**	**176.284**	**182.062**	**183.935**	**185.883**	**181.871**	**176.512**	**-5.359**	**-2,9 %**	**75.734**	**175**
Eintritte in berufsvorbereitende Maßnahmen (im Kalenderjahr)	70.400	72.690	85.521	96.354	107.086	110.523	128.145	137.618	145.130	154.192	182.997	162.692	164.227	157.250	155.516	148.819	124.184	-24.635	-16,6 %	53.784	176
Eintritte in Einstiegsqualifizierung (im Kalenderjahr)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	6.227	29.065	36.957	37.233	30.698	-6.535	-17,6 %	k.A.	k.A.
Schüler/-innen im Berufsvorbereitungsjahr	37.156	46.464	51.734	55.512	65.198	66.364	66.806	68.606	72.787	75.810	79.496	79.284	80.559	77.667	71.907	62.077	55.302	-6.775	-10,9 %	18.146	149
Schüler/-innen im Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeit)	31.325	31.589	34.869	37.924	39.966	40.229	40.856	39.677	41.236	40.495	43.204	49.216	48.079	50.137	47.937	44.031	44.358	327	-3,6 %	13.033	142
Berufsfachschüler/-innen 1. Ausbildungsjahr in Bildungsgängen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln	110.252	119.574	130.156	131.925	140.418	141.320	143.085	141.692	149.624	151.653	161.615	178.254	194.966	202.869	202.129	189.892	179.708	-10.184	-5,4 %	69.456	163
Fachoberschüler/-innen in der 11. Klasse	23.194	25.225	29.204	32.129	36.888	39.769	41.630	43.971	45.687	47.550	51.115	54.364	57.494	58.644	61.302	59.783	62.476	2.693	4,5 %	39.282	269
Fachgymnasiasten/-innen in der 11. Klasse	32.415	31.496	32.924	33.756	34.648	34.948	35.158	37.552	38.602	40.656	43.082	44.274	44.531	46.209	47.477	57.245	57.512	267	0,5 %	25.097	177
Bildungsteilnehmer/-innen berufliche Grundbildung insgesamt	**304.742**	**327.038**	**364.408**	**387.600**	**424.204**	**433.153**	**455.680**	**469.116**	**493.066**	**510.356**	**561.509**	**568.084**	**596.083**	**621.841**	**623.225**	**601.080**	**554.238**	**-46.842**	**-8,2 %**	**249.496**	**182**
Studienanfänger/-innen	**290.800**	**279.631**	**267.946**	**262.407**	**267.469**	**267.445**	**272.473**	**291.447**	**314.956**	**344.830**	**358.946**	**377.504**	**358.870**	**356.076**	**344.967**	**361.459**	**396.800**	**35.341**	**9,8 %**	**106.000**	**136**
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	**88.215**	**90.015**	**92.415**	**95.222**	**107.297**	**113.539**	**108.488**	**101.246**	**101.342**	**100.699**	**100.101**	**84.299**	**75.062**	**123.701**	**108.466**	**83.394**	**66.928**	**-16.466**	**-19,7 %**	**-21.287**	**76**

Kursiv gedruckte Zahlen verweisen auf vorläufige Daten bzw. auf Schätzungen.

Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen ohne Teilnehmer/-innen am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und ohne Teilnehmer/-innen an der Schulfremdenprüfung (entsprechend den Sonderauswertungen für den Datenreport).

Die Zahl der niedersächsischen Absolventen/Absolventinnen mit Realschul- oder vergleichbarem Abschluss für 2004 wurde geschätzt.

Eintritte in Einstiegsqualifizierung in 2007 inklusive Eintritte in Einstiegsqualifizierung nach neuem Recht (§ 235b SGB III).

Die Schätzung der betrieblichen und außerbetrieblichen Verträge erfolgte ab 2006 auf einer neuen Grundlage. Diese führt zu rechnerisch deutlich höheren Anteilen außerbetrieblicher Verträge. Deshalb ist der für 2006 ermittelte Wert nicht mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Basis der Quotenberechnungen mit Ausnahme der Studierquote (Basis hier: Jahrgangsstärken) und der Arbeitslosenquote (Basis: Erwerbspersonen) ist die Zahl der Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung

Tabelle A4.1-2: **Anfänger/-innen von Bildungsgängen, die zu einem Berufsabschluss führen bzw. eine berufliche Grundbildung vermitteln von 1992 bis 2008 (in %)**

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**
Offizielles Gesamtangebot	**95,0**	**84,1**	**77,4**	**73,4**	**69,9**	**68,5**	**70,3**	**71,3**	**70,5**	**70,1**	**64,2**	**61,6**	**62,0**	**59,9**	**62,5**	**68,4**	**69,9**
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09 (BBiG/HwO) insgesamt	**78,3**	**73,1**	**70,7**	**68,1**	**65,9**	**65,7**	**67,7**	**68,8**	**67,7**	**67,4**	**62,3**	**60,0**	**60,6**	**58,6**	**60,9**	**66,4**	**67,7**
darunter: betriebliche	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	*60,0*	*61,4*	*61,2*	*55,8*	*53,5*	*54,9*	*53,8*	*55,4*	*60,1*	61,5
darunter: außerbetriebliche	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	*8,8*	*6,2*	*6,2*	*6,5*	*6,5*	*5,7*	*4,8*	*5,5*	*6,3*	6,2
BFS in BBiG/HwO-Berufen 1. Schuljahr	0,5	0,5	0,5	0,6	0,8	1,6	1,7	1,6	1,4	1,4	1,3	1,4	1,8	1,7	1,8	1,6	1,4
BFS vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO 1. Jahr	6,5	7,1	6,7	6,9	7,1	8,2	8,5	8,6	9,5	10,1	11,0	12,4	12,5	12,8	12,6	12,3	12,5
Schüler/-innen Gesundheitswesen 1. Schuljahr	6,3	6,3	6,4	6,3	6,2	5,0	4,9	4,8	4,7	4,8	5,0	5,1	5,0	5,1	5,3	5,3	5,5
Vollqualifizierende schulische Berufsausbildung insgesamt	**13,3**	**13,9**	**13,6**	**13,8**	**14,1**	**14,9**	**15,1**	**15,0**	**15,6**	**16,3**	**17,3**	**19,0**	**19,3**	**19,6**	**19,6**	**19,3**	**19,4**
Eintritte in berufsvorbereitende Maßnahmen (im Kalenderjahr)	9,3	9,3	10,6	11,5	12,3	12,4	14,2	15,0	15,8	16,9	19,9	17,5	17,4	16,7	16,4	15,8	13,6
Eintritte in Einstiegsqualifizierung (im Kalenderjahr)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,7	3,1	3,9	4,0	3,4
Schüler/-innen im Berufsvorbereitungsjahr	4,9	6,0	6,4	6,6	7,5	7,4	7,4	7,5	7,9	8,3	8,7	8,5	8,5	8,3	7,6	6,6	6,1
Schüler/-innen im Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeit)	4,1	4,1	4,3	4,5	4,6	4,5	4,5	4,3	4,5	4,4	4,7	5,3	5,1	5,3	5,1	4,9	4,9
Berufsfachschüler/-innen 1. Ausbildungsjahr in Bildungsgängen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln	14,5	15,3	16,2	15,7	16,1	15,8	15,8	15,4	16,3	16,7	17,6	19,2	20,6	21,6	21,3	20,2	19,8
Fachoberschüler/-innen in der 11. Klasse	3,1	3,2	3,6	3,8	4,2	4,4	4,6	4,8	5,0	5,2	5,6	5,8	6,1	6,2	6,5	6,3	6,9
Fachgymnasiasten/-innen in der 11. Klasse	4,3	4,0	4,1	4,0	4,0	3,9	3,9	4,1	4,2	4,5	4,7	4,8	4,7	4,9	5,0	6,1	6,3
Bildungsteilnehmer/-innen berufliche Grundbildung insgesamt	**40,1**	**41,9**	**45,3**	**46,1**	**48,7**	**48,4**	**50,4**	**51,1**	**53,7**	**56,0**	**61,1**	**61,1**	**63,1**	**66,2**	**65,8**	**63,8**	**60,9**
Studienanfänger/-innen	**k.A.**	**25,5**	**25,9**	**26,8**	**28,1**	**28,5**	**29,2**	**31,3**	**33,5**	**36,1**	**37,1**	**38,9**	**37,1**	**37,0**	**35,7**	**37,1**	**40,3**
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	**k.A.**	**6,5**	**7,2**	**7,9**	**9,0**	**9,6**	**9,3**	**8,5**	**6,9**	**5,8**	**5,4**	**4,5**	**4,2**	**7,4**	**6,8**	**5,3**	**4,3**

Kursiv gedruckte Zahlen verweisen auf vorläufige Daten bzw. auf Schätzungen.

Absolventen/Absolventinnen allgemeinbildender Schulen ohne Teilnehmer/-innen am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und ohne Teilnehmer/-innen an der Schulfremdenprüfung (entsprechend den Sonderauswertungen für den Datenreport).

Die Zahl der niedersächsischen Absolventen/Absolventinnen mit Realschul- oder vergleichbarem Abschluss für 2004 wurde geschätzt.

Eintritte in Einstiegsqualifizierung in 2007 inklusive Eintritte in Einstiegsqualifizierung nach neuem Recht (§ 235b SGB III).

Die Schätzung der betrieblichen und außerbetrieblichen Verträge erfolgte ab 2006 auf einer neuen Grundlage. Diese führt zu rechnerisch deutlich höheren Anteilen außerbetrieblicher Verträge. Deshalb ist der für 2006 ermittelte Wert nicht mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Basis der Quotenberechnungen mit Ausnahme der Studierquote (Basis hier: Jahrgangsstärken) und der Arbeitslosenquote (Basis: Erwerbspersonen) ist die Zahl der Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung

ob diese Angebote mit aktuellen oder früheren Absolventen/Absolventinnen (Altbewerber)[74] aus allgemeinbildenden Schulen besetzt werden. Die Quoten zu den Studienanfängern und den arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren werden anders berechnet. Die Basis für die Quotenberechnung bilden im Fall der Studierquote die Jahrgangsstärken und bei der Arbeitslosenquote die Zahl der Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe.

Bundesweite Entwicklung von 1992 bis 2008

Im Vergleich zum Vorjahr ist die bundesweite Zahl der Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2008 um 32.346 auf 909.783 (-3,4%) zurückgegangen. Auf das Jahr 1992 mit 759.737 Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen bezogen ist die Zahl jedoch um ein Fünftel angestiegen. Aufgrund des demografischen Wandels ist künftig weiterhin mit einer rückgängigen Zahl an Absolventen/Absolventinnen zu rechnen[75] → **Tabelle A4.1-1**.

Hinsichtlich des „offiziellen Gesamtangebots" an Ausbildungsstellen im Jahr 2008 konnte sich der positive Wachstumstrend der letzten beiden Jahre nicht fortsetzen. Mit 635.675 lag das Angebot um 1,3% niedriger als im Jahr 2007 (644.028). Mit bundesweit 616.259 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verringerte sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 1,5%.[76]

Aufgrund der demografischen Entwicklung entspannte sich auch im Jahr 2008, trotz der rückgängigen Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt.[77]

Waren es 2007 rechnerisch[78] beispielsweise noch 66 von 100 Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen, die einen Ausbildungsplatz fanden, stieg diese Zahl 2008 auf knapp 68 von 100 an → **Tabelle A4.1-2**.

Die Anzahl der Eintritte in eine vollqualifizierende schulische Berufsausbildung an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens ist mit 176.512 (-2,9% zum Vorjahr) erneut rückläufig. Im langfristigen Vergleich bleibt die Zahl der Eintritte im Vergleich zu 1992 weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Waren es 1992 noch 100.778 Anfänger/-innen, die eine vollqualifizierende schulische Berufsausbildung aufnahmen, so ist die Zahl über die Jahre um etwa 76.000 (knapp 76%) angestiegen.

Trotz rückläufiger Absolventen an allgemeinbildenden Schulen stieg die Zahl der Studienanfänger/-innen 2008 um fast 10% auf 396.800 und hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Im Vergleich zu 1992 (290.800) ist die Zahl der Studienanfänger/-innen um 36% angestiegen.

Ziel der Maßnahmen zur Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich) ist es, die Chancen der Teilnehmer/-innen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Im Laufe der Jahre hat sich ein breites Spektrum an unterschiedlichen Maßnahmen entwickelt.[79] 1992 befanden sich 304.742 Jugendliche (rechnerisch 40 von 100 Absolventen/Absolventinnen) im Übergangsbereich.[80] Bis zum Jahr 2006 ist der Übergangsbereich, insbesondere aufgrund fehlender Ausbildungsplätze, kontinuierlich gewachsen. Seit 2006 sind die Teilnehmerzahlen rückläufig. 2008 befanden sich 551.970 Jugendliche in Maßnahmen zur Integration in Berufsausbildung, dies

74 Zur Problematik der Altbewerber/-innen → **vgl. Kapitel A3.1**.

75 Durch die doppelten Abiturjahrgänge (G8) im Saarland (2009), Hamburg (2010), Bayern und Niedersachsen (2011), Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Brandenburg (2012), NRW und Hessen 1. Etappe (2013) und Hessen 2. Etappe (2014) wird die demografische Entwicklung in den entsprechenden Ländern verzerrt.

76 Die in den Übersichten aufgeführten Daten zu den außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen beruhen bis 2008 auf Schätzungen. Das Schätzverfahren wurde 2006 umgestellt, sodass die Daten ab 2006 nicht mit den Vorjahren vergleichbar sind. Ab 2009 wird erstmals das Merkmal außerbetrieblich mit den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ausgewiesen → **vgl. Kapitel A1.1**.

77 Vgl. hierzu Ulrich u. a. (2008). Zu Schätzungen des demografischen Wandels und dessen Folgen bis 2020 siehe Ulmer/Ulrich (2008).

78 Langfristige Erfahrungen im Zusammenhang mit der Vorausschätzung der Ausbildungsplatznachfrage legen als Faustregel nahe, dass eine ausreichende Versorgung ungefähr dann erreicht wird, wenn das rechnerische Verhältnis zwischen der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der Zahl der aktuellen Absolventen und Absolventinnen aus den allgemeinbildenden Schulen über die Jahre hinweg mindestens 66% beträgt. Zur „rechnerischen Einmündungsquote" vgl. Ulrich u. a. (2008).

79 → **Vgl. Kapitel A7.1** und BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A7.

80 Im Rahmen des Projektes der „Integrierten Ausbildungsberichterstattung" laufen aktuell Bemühungen, auch den bisher kaum überschaubaren Sektor der Integrationsmaßnahmen in Ausbildung (Bildungsbereich) möglichst vollständig zu erfassen → **vgl. Kapitel A4.2**.

entspricht einem Rückgang von 8,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Betrachtet man die Maßnahmen zur Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse 2008, so zeigen sich folgende Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr:

- Eintritte in berufsvorbereitende Maßnahmen (BVB): 124.184 (-16,6 %),
- Eintritte in Einstiegsqualifizierungen (EQJ/EQ): 30.698 (-17,6 %),
- Schüler/-innen im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ): 55.302 (-10,9 %),
- Schüler/-innen im Berufsgrundbildungsjahr (BGJ): 44.358 (-3,6 %),
- Berufsfachschüler/-innen im 1. Schuljahr in Bildungsgängen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln: 179.708 (-5,4 %).

Für diese Entwicklungen sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Zum einen entlastet der Rückgang an Absolventen/Absolventinnen der allgemeinbildenden Schulen den Übergangsbereich stärker, als der Angebotsrückgang an Ausbildungsplätzen ihn belastet. Daneben wirkt auch die steigende Zahl an Studienanfängern mit dem Höchstwert im aktuellen Berichtsjahr 2008 entlastend.

Stabil geblieben ist hingegen die Zahl der Schüler/-innen an Fachgymnasien mit 57.512 im Jahr 2008. Seit 1994 (32.924) ist die Zahl der Schüler/-innen kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Fachoberschüler/-innen in der 11. Klassenstufe ist nach einem kleinen Einbruch im Jahr 2007 wieder gestiegen und übertrifft mit 62.476 Schülern auch das Rekordjahr 2006. Seit 1992 hat sich die Zahl fast verdreifacht. Der seit einigen Jahren zu beobachtende deutliche Anstieg der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit Fachhochschulreife[81] deutet darauf hin, dass ein nennenswerter Teil der Absolventen/Absolventinnen der Fachoberschule auf den direkten Übergang an eine Hochschule verzichtet und zunächst einen Ausbildungsplatz im dualen Berufsbildungssystem anstrebt. Bei den Jugendlichen, die den Besuch einer Fachoberschule wählen, handelt es sich oftmals um Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss, die bei ihren ersten Bewerbungsversuchen um eine Ausbildungsstelle erfolglos blieben und die durch eine höhere schulische Qualifikation versuchen, ihre Eintrittschancen zu optimieren (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.3).

Entwicklung in den Bundesländern von 1992 bis 2008

Die Bedeutung der einzelnen Bildungsgänge auf der Ebene der einzelnen Bundesländer für das Jahr 2008 ist unterschiedlich.

In → **Tabelle A4.1-3** werden zum einen die absoluten Zahlen und zum anderen ihre relative Bedeutung, bezogen auf jeweils 1.000 Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen, berichtet. Die Angabe der relativen Bedeutung erfüllt den Zweck, interregionale Vergleiche zwischen den 16 Bundesländern zu ermöglichen, deren Bevölkerungsumfang zum Teil erheblich variiert. Es ist allerdings zu bedenken, dass es sich bei den relativen Werten um rechnerische Größen handelt. Übergangsquoten werden hierbei ebenso wenig widergespiegelt wie Pendlerbewegungen.[82] Die Quoten belegen somit, wie viele Angebote jeweils rechnerisch den einheimischen Schulabgängern gegenüberstehen (unabhängig davon, ob diese Angebote letztendlich von aktuellen oder früheren Schulabgängern, von einheimischen oder auswärtigen Jugendlichen besetzt werden). Sie geben demnach eher Auskunft über die Qualifizierungsseite als über die Nachfrageseite.

Die **Tabelle A4.1-3** zeigt, dass der Angebotsumfang der verschiedenen Bildungsgänge zwischen den einzelnen 16 Bundesländern zum Teil erheblich variiert. Im Folgenden sollen nur einige Beispiele genannt werden, die diese Unterschiede im Angebotsumfang verdeutlichen:

Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern zeigt sich ein Rückgang der Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen. Während sich die Anzahl der Abgänger/-innen in

81 Vgl. dazu zuletzt: Bundesagentur für Arbeit (2008b).

82 Vgl. zur länderübergreifenden Mobilität der Ausbildungsstellenbewerber/-innen und Auszubildenden auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.2.

Tabelle A4.1-3: **Anfänger/-innen einer Ausbildung/Maßnahme sowie Personen mit sonstigem Status im Jahr 2008 nach Bundesländern (absolut und rechnerisch bezogen auf jeweils 1.000 Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen)**

		Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Meck.-Vorpommern	Niedersachsen	NRW	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	**abs.**	124.932	139.383	30.736	26.807	8.149	16.024	64.704	27.715	88.119	214.953	46.724	10.821	36.191	21.582	32.785	20.158	746.594	163.189	**909.783**
	rel.	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	**1.000**
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. (BBiG/HwO) insgesamt[1]	abs.	82.132	102.987	21.021	17.720	6.489	14.862	42.667	14.339	59.880	131.902	30.697	8.891	27.118	17.443	21.934	16.177	502.441	113.818	**616.259**
	rel.	657	739	684	661	796	927	659	517	680	614	657	822	749	808	669	803	673	697	**677**
darunter: betriebliche	abs.	77.588	99.665	*16.349*	*13.037*	*6.072*	*14.164*	*39.609*	*11.128*	*55.805*	*122.382*	*28.252*	*8.316*	*20.802*	*13.185*	*20.481*	*12.646*	*472.334*	*87.147*	***559.481***
	rel.	621	715	*532*	*486*	*745*	*884*	*612*	*402*	*633*	*569*	*605*	*769*	*575*	*611*	*625*	*627*	*633*	*534*	***615***
darunter: außerbetriebliche	abs.	4.544	3.322	*4.672*	*4.683*	*417*	*698*	*3.058*	*3.211*	*4.075*	*9.520*	*2.445*	*575*	*6.313*	*4.258*	*1.453*	*3.531*	*27.052*	*29.726*	***56.778***
	rel.	36	24	*152*	*175*	*51*	*44*	*47*	*116*	*46*	*44*	*52*	*53*	*174*	*197*	*44*	*175*	*36*	*182*	***62***
Berufsfachschüler/-innen in BBiG/HwO-Berufen im 1. Schuljahr	abs.	3.553	1.334	2.456	819	0	198	134	380	626	805	216	0	1.068	693	18	584	6.884	6.000	**12.884**
	rel.	28	10	80	31	0	12	2	14	7	4	5	0	30	32	1	29	9	37	**14**
Berufsfachschüler/-innen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO im 1. Schuljahr	abs.	21.753	11.170	3.444	2.428	587	2.027	4.473	2.921	11.551	20.018	6.536	350	11.986	5.679	3.039	5.725	81.504	32.183	**113.687**
	rel.	174	80	112	91	72	126	69	105	131	93	140	32	331	263	93	284	109	197	**125**
Schüler/-innen in Berufen des Gesundheitswesens im 1. Schuljahr	abs.	5.729	10.997	2.282	1.520	276	1.274	0	0	4.537	17.195	2.388	983	0	889	1.871	0	45.250	4.691	**49.941**
	rel.	46	79	74	57	34	80	0	0	51	80	51	91	0	41	57	0	61	29	**55**
Vollqualifizierende schulische Berufsausbildung insgesamt	abs.	31.035	23.501	8.182	4.767	863	3.499	4.607	3.301	16.714	38.018	9.140	1.333	13.054	7.261	4.928	6.309	133.638	42.874	**176.512**
	rel.	248	169	266	178	106	218	71	119	190	177	196	123	361	336	150	313	179	263	**194**
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) Schüler/-innen Vollzeit	abs.	268	3.877	12	0	21	0	2.113	0	9.890	22.856	0	1.798	1.688	1.382	453	0	41.276	3.082	**44.358**
	rel.	2	28	0	0	3	0	33	0	112	106	0	166	47	64	14	0	55	19	**49**
Berufsfachschule (BFS) – berufliche Grundbildung (GB) 1. Schuljahr	abs.	66.605	493	3.826	221	2.227	3.292	9.159	0	26.658	44.441	12.855	2.070	291	718	4.998	1.854	172.798	6.910	**179.708**
	rel.	533	4	124	8	273	205	142	0	303	207	275	191	8	33	152	92	231	42	**198**
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) Schüler/-innen	abs.	4.176	6.231	4.069	0	970	3.990	3.933	3.669	7.300	5.658	3.059	533	5.075	1.861	1.759	3.019	37.609	17.693	**55.302**
	rel.	33	45	132	0	119	249	61	132	83	26	65	49	140	86	54	150	50	108	**61**
Fachoberschüler/-innen in der 11. Klassenstufe	abs.	0	20.038	2.685	2.352	613	0	9.240	0	6.652	10.442	0	3.705	4.910	907	0	932	50.690	11.786	**62.476**
	rel.	0	144	87	88	75	0	143	0	75	49	0	342	136	42	0	46	68	72	**69**
BGJ, BFS-GB, BVJ und FOS insgesamt	abs.	71.049	30.639	10.592	2.573	3.831	7.282	24.445	3.669	50.500	83.397	15.914	8.106	11.964	4.868	7.210	5.805	302.373	39.471	**341.844**
	rel.	569	220	345	96	470	454	378	132	573	388	341	749	331	226	220	288	405	242	**376**
Berufsvorbereitende BA-Maßnahmen – Bestand 31.12.	abs.	6.567	10.318	2.492	3.552	298	877	5.776	2.444	7.107	20.534	3.971	1.002	3.693	2.612	4.724	2.113	63.666	14.414	**78.080**
	rel.	53	74	81	133	37	55	89	88	81	96	85	93	102	121	144	105	886	549	**1.268**
Teilnehmerbestand 31.12. Einstiegsqualifizierung (EQ)	abs.	2.267	3.164	322	435	148	332	1.197	197	1.551	5.168	1.493	261	421	236	1.031	221	16.934	1.510	**18.444**
	rel.	18	23	10	16	18	21	18	7	18	24	32	24	12	11	31	11	23	67	**117**
BA-finanzierte Maßnahmen (inkl. EQ) insgesamt	abs.	8.834	13.482	2.814	3.987	446	1.209	6.973	2.641	8.658	25.702	5.464	1.263	4.114	2.848	5.755	2.334	80.600	18.738	**99.338**
	rel.	71	97	92	149	55	75	108	95	98	120	117	117	114	132	176	116	108	115	**109**
Beamtenausbildung einfacher bis gehobener Dienst	abs.	12.510	7.730	2.670	630	510	870	6.110	700	5.890	12.840	3.940	670	670	470	2.030	1.070	55.770	3.540	**59.310**
	rel.	100	55	87	24	63	54	94	25	67	60	84	62	19	22	62	53	75	22	**65**
Studienanfänger/-innen im Jahr 2008	abs.	51.720	50.742	19.077	9.287	5.620	11.170	28.518	6.881	24.406	73.186	14.545	4.174	19.309	9.396	7.870	9.914	271.951	73.864	**345.815**
	rel.	414	364	621	346	690	697	441	248	277	340	311	386	534	435	240	492	364	453	**380**
Am 31.12. noch nicht vermittelte Bewerber/-innen des abgelaufenen Geschäftsjahres 2007/2008	abs.	148	311	1.049	289	106	215	441	78	579	1.892	395	22	165	30	189	47	4.298	1.658	**5.957**
	rel.	1	2	34	11	13	13	7	3	7	9	8	2	5	1	6	2	6	10	**7**
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren im Jahresdurchschnitt	abs.	4.275	7.172	5.169	2.820	577	1.338	4.780	2.318	5.975	14.818	3.368	730	5.108	3.289	2.966	2.224	46.000	20.928	**66.928**
	rel.	34	51	168	105	71	83	74	84	68	69	72	67	141	152	90	110	62	128	**74**

[1] Einschließlich Schiffsmechaniker/-innen

Kursiv gedruckte Zahlen verweisen auf vorläufige Daten bzw. auf Schätzungen.

Die Daten zu den Ausbildungsgängen, die auf schulischem Wege zu einem Berufsabschluss führen, werden in den 16 Ländern nicht in einheitlicher Abgrenzung geführt. Der Nachweis der Schüler/-innen des Gesundheitswesens erfolgt in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen bei den Berufsfach- und Fachschulen. In Hessen wurden hierzu keine Daten erhoben. Die Daten für Rheinland-Pfalz beruhen auf freiwilligen Angaben und sind daher unvollständig.

In einigen Ländern werden Fachoberschüler/-innen ausgebildet, die sich nicht den Klassenstufen zuordnen lassen (2008: Bayern: 802, Schleswig-Holstein: 1.158). Sie wurden hier jeweils zur Hälfte den Schülern in der 11. Klassenstufe zugeordnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung

den neuen Bundesländern um 1,4 % reduziert hat, verzeichnen die neuen Bundesländer einen Rückgang von insgesamt 11,8 %. Hervorzuheben sind jedoch auch hier die Unterschiede zwischen Sachsen-Anhalt, wo die Zahl der Schulabgänger/-innen um 38 % zurückgegangen ist, und Mecklenburg-Vorpommern, das einen Anstieg von 39 % verzeichnet hat.[83]

Vergleicht man die relative Anzahl der neuen Ausbildungsverträge pro 1.000 Absolventen/Absolventinnen, so unterscheidet sich die Zahl zwischen alten und neuen Bundesländern kaum. Zwischen den Ländern zeigen sich jedoch große Unterschiede: So verzeichnet das Land Hamburg 927 neue Ausbildungsverträge pro 1.000 Absolventen/Absolventinnen, das Land Mecklenburg-Vorpommern hingegen nur 517.[84]

Betrachtet man die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach betrieblichen und außerbetrieblichen, so zeigt sich ein differenzierteres Bild. Trotz der Ausweitung des Angebots an außerbetrieblichen Ausbildungsstellen in den alten Bundesländern, die sich vor allem auf die stark besiedelten Räume bzw. Regionen mit schwieriger Beschäftigungslage konzentrierten[85], bleibt diese Ausbildungsform auch 2008 in den neuen Bundesländern bedeutsamer.[86] Während die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge je 1.000 Schulabgänger/-innen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt bei 182 liegt, befinden sich in den alten Bundesländern nur 36 von 1.000 Absolventen/Absolventinnen in einer außerbetrieblichen Ausbildung.

Andererseits stehen je 1.000 Schulabgänger/-innen in Mecklenburg-Vorpommern 402 neue rein betriebliche Ausbildungsverträge (769 im Saarland) gegenüber. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 615.[87]
Durch den Rückgang der Schulabgänger/-innen sowie den hohen Anteil außerbetrieblicher Ausbildung stellt sich die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Ostdeutschland inzwischen besser dar als in Westdeutschland.[88]

Vergleicht man die vollqualifizierende schulische Berufsausbildung zwischen neuen und alten Bundesländern, so zeigt sich auch hier ein deutlicher Unterschied. Während in den alten Ländern 179 je 1.000 Schulabgänger/-innen eine solche Ausbildung aufnehmen, sind es in den neuen Ländern 263. Hervorzuheben sind beispielsweise die Unterschiede zwischen Sachsen mit 361 je 1.000 Schulabgängern/Schulabgängerinnen und Hessen mit 71.

Auch die Zahl der Schüler/-innen und im Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), in der Berufsfachschule (BFS), die eine berufliche Grundbildung vermittelt, im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und in der Fachoberschule unterscheidet sich erheblich zwischen den alten und neuen Bundesländern. Während in den alten Bundesländern 405 pro 1.000 Schulabgänger/-innen an diesen Bildungsgängen teilnehmen, sind es in den neuen Ländern nur 242. Besonders hoch sind die Unterschiede zwischen Brandenburg (96) und dem Saarland (699) → **Tabelle A4.1-3**.

In Ländern mit guter Beschäftigungslage und einer hohen Wirtschaftskonzentration gibt es überdurch-

---

83 Der Grund für diesen eklatanten Unterschied ist in den doppelten Abiturjahrgängen 2007 bzw. 2008 zu finden. So wurden im Jahr 2007 in Sachsen-Anhalt die doppelten Abiturjahrgänge entlassen und 2008 in Mecklenburg-Vorpommern. Siehe dazu Sekundarstufe II/Gymnasiale Oberstufe auf der Seite des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. **www.kmk.org/no_cache/bildung-schule/allgemeine-bildung/sekundarstufe-ii-gymnasiale-oberstufe.html?sword_list%5B0%5D=sekundarstufe&sword_list%5B1%5D=ii**.

84 Es gibt in Hamburg zwar im Vergleich überdurchschnittlich viele neue Ausbildungsverträge, doch ist hierbei zu beachten, dass z. B. im Jahr 2006 mehr als ein Drittel der registrierten Ausbildungsstellen von Auszubildenden besetzt wurden, die nicht in Hamburg wohnten. Auch 2008 dürfte sich dieses Ergebnis nicht nennenswert verändert haben (vgl. dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008). Demnach kommen annähernd 10 % der Auszubildenden in Hamburg aus Niedersachsen und fast 16 % aus Schleswig-Holstein. Im Vergleich zur Einpendlerzahl ist die Auspendlerzahl aus Hamburg eher gering, sodass die Hamburger Auszubildenden (genauer: Auszubildende mit Wohnsitz in Hamburg) einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt sind.

85 In den 43 Arbeitsagenturbezirken mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote von 9 % und mehr wurden deutlich mehr als 11.000 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsstellen vermeldet, während es in den 47 Regionen mit einer Arbeitslosenquote von unter 6 % weniger als 6.000 waren. In Regionen mit hoher Arbeitslosenquote und in den Großstädten sind besonders häufig Bewerber/-innen in fortgeschrittenem Alter zu finden. Untersuchungen belegen, dass sowohl ältere Bewerber/-innen als auch Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund zu den Risikogruppen auf dem Ausbildungsmarkt zählen. Vgl. dazu Beicht/Friedrich/Ulrich 2007.

86 Vgl. Eberhard/Ulrich 2009.

87 Zur Schätzung des betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsvertragsumfangs siehe Ulrich u. a. 2008.

88 Zur Ausbildungsplatzsituation in Ostdeutschland siehe Troltsch/Walden/Zopf 2009.

schnittlich viele betriebliche Ausbildungsangebote.[89] Dies gilt auch für die Stadtstaaten. Allerdings steigt bei den Ländern mit einem überdurchschnittlich günstigen und aussichtsreichen Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch die Einpendlerzahl. So ist zum Beispiel in ländlichen Regionen mit geringer Einwohnerdichte eine ausgeprägte Bereitschaft zur regionalen Mobilität zu erkennen. Unter Druck geraten dadurch besonders einheimische Schulabgänger/-innen in Ballungszentren, die sich – trotz günstiger Beschäftigungslage – einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt sehen → **Kapitel A1.3**.[90] Schulische Bildungssysteme sind hingegen eher beschäftigungsunabhängig.

(Regina Dionisius, Stefan Schwäbig)

A4.2 Indikatoren zum Übergang Schule – Arbeitswelt

Nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule versuchen junge Menschen durch berufliche Qualifizierung den Einstieg ins Erwerbsleben vorzubereiten. Die Möglichkeiten und Wege dafür sind sehr vielfältig und unübersichtlich. Der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung enthält seit 2003 eine Übersicht von Bildungsgängen im Anschluss an die allgemeinbildenden Schulen. Hier wird das Spektrum des Übergangs anhand verschiedener Eckdaten aufgespannt → **vgl. Kapitel A4.1**. Bislang bleibt jedoch unklar, wie viele Jugendliche sich in den verschiedenen Bildungsgängen des Übergangsbereichs befinden; zudem gibt es keine systematische Übersicht über die unterschiedlichen Angebote an beruflichen Qualifizierungsmöglichkeiten → **vgl. Kapitel A7.1**.

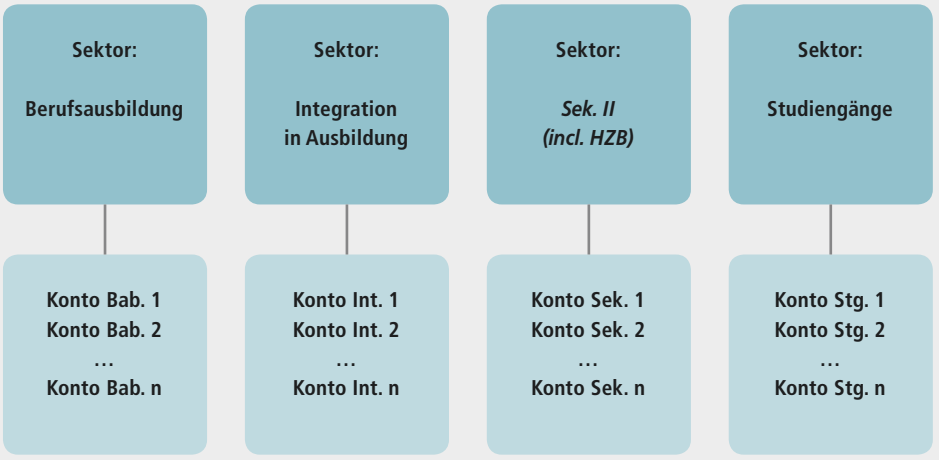
Mit Unterstützung und Förderung des Bundesministeriums für Forschung und Bildung haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie das Bundesinstitut für Berufsbildung es übernommen, ein bundeseinheitliches Berichtssystem zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Strukturen und Entwicklungen des beruflichen Ausbildungsgeschehens abgebildet werden können. Die geplante Berichterstattung soll das Feld möglichst aktuell, vollständig und transparent abbilden sowie auf Probleme der Berufsbildung hinweisen. Mit dem Projekt zur „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ sollen neue Möglichkeiten eröffnet werden, die (Aus-)Bildungswege der Jugendlichen genauer und differenzierter zu analysieren. Ergänzend zur bisherigen Berichterstattung werden auch Qualifizierungswege neben oder außerhalb der formalisierten Berufsausbildung nachverfolgt. Ausgehend von der Leitvorstellung, dass mittels einer beruflichen Bildung die Teilnahme am Beschäftigungssystem besser gelingt als ohne eine solche, werden (Bildungs-)Sektoren und die sie einschließenden Konten strukturiert. Jedes Konto setzt sich aus einer Vielzahl von einzelnen Bildungsgängen zusammen. Damit sind zugleich bildungspolitische und -theoretische Festlegungen verbunden.

Das Feld des beruflichen Ausbildungsgeschehens nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule kann

89 Vgl. hierzu Ulrich u. a. 2008.

90 In der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008 gaben 30 % der Bewerber/-innen aus den Regionen mit weniger als 150 Einwohnern je qkm an, sich auch auf Lehrstellen beworben zu haben, die mehr als 100

Schaubild A4.2-1: **Sektoren der Ausbildungsberichterstattung**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Infoflyer „Integrierte Ausbildungsberichterstattung"

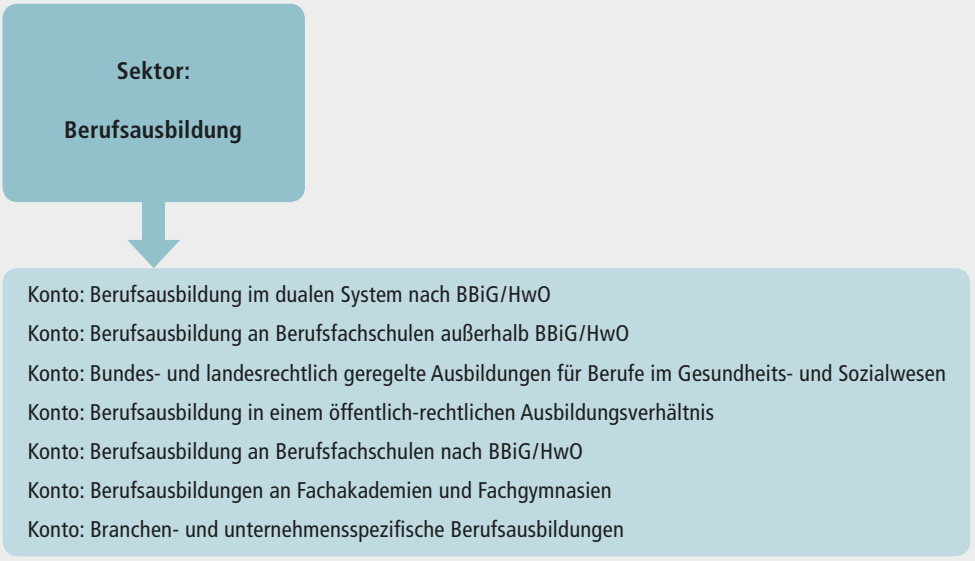
durch 4 Sektoren beschrieben werden → **Schaubild A4.2-1**. Die so gebildeten Sektoren geben Auskunft über

- *Berufsausbildung*
  (Ziel: vollqualifizierender Berufsabschluss)
  Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung wird ein entscheidender Grundstein für die Einmündung und den Verbleib sowie die Gestaltung von Beschäftigung gelegt.
- *Integration in Ausbildung/Übergangsbereich*
  (Ziel: Berufsausbildung)
  Integrationsmaßnahmen dienen der Vorbereitung und Hinführung von Jugendlichen zur Berufsausbildung. Dazu wird ein breites Spektrum an Programmen und Maßnahmen angeboten, meist finanziert aus öffentlichen Mitteln.
- *Sek. II* (Ziel: Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung – HZB)
  Mit dem Erwerb der HZB wird die Möglichkeit geschaffen, ein Studium oder eine anspruchsvolle Berufsausbildung aufzunehmen.
- *Studiengänge* (Ziel: Hochschulabschluss)
  Mit dem Erwerb eines Hochschulabschlusses wird der Grundstein für eine qualifizierte Beschäftigung und stabile Erwerbsbiografie gelegt.

Im Rahmen der integrierten Ausbildungsberichterstattung werden zudem Bildungsgänge nach inhaltlichen Kriterien in Konten sowie übergeordneten Sektoren zusammengefasst und zueinander ins Verhältnis gesetzt. Zur Beschreibung und Einordnung des Ausbildungsgeschehens lassen sich Indikatoren auf verschiedenen Ebenen bilden:

1. Die Sektoren können untereinander ins Verhältnis gesetzt werden → **Schaubild A4.2-1**.
2. In den einzelnen Sektoren wiederum können Indikatoren aus dem Verhältnis der die Sektoren bildenden (Bildungs-)Konten (z. B. Lehrgänge, Maßnahmen) gebildet werden → **Schaubild A4.2-2**.
3. Weiterhin kann das gesamte Ausbildungsgeschehen in Bezug zu Tätigkeitsbereichen junger Menschen außerhalb der beruflichen Bildung gesetzt werden; dies sind insbesondere
   - weitere Allgemeinbildung (an allgemeinbildenden Schulen – Sek. II),
   - Ableisten von Wehr-/Zivildienst, Freiwilligendienste,
   - Beschäftigung mit Qualifizierungsanteil,
   - Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit ohne vorherige Berufsausbildung.

Schaubild A4.2-2: **Konten der Berufsausbildung**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Zusätzlich können die Indikatoren z. B. nach Alter, Geschlecht, Nationalität weiter ausdifferenziert werden. Durch die Bezugnahme unterschiedlicher Sektoren oder Konten aufeinander sind verschiedene Analysen möglich. So können Entwicklungen im Zeitverlauf (temporäre Indikatoren) dokumentiert und in Zusammenhang stehende Größen miteinander verglichen werden (komparative Indikatoren). Zudem ist ein Vergleich mit anderen Bildungssystemen möglich.

Die „integrierte Ausbildungsberichterstattung" versucht, alle Bildungsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen, die eine Qualifizierung für die Berufs- und Arbeitswelt beinhalten, indem sie die Zugänge zu den jeweiligen Bildungsgängen mit Unterstützung der amtlichen Statistik erfasst. Das Modell der integrierten Ausbildungsberichterstattung ist nach einem „Baukastenprinzip" geformt, sodass die Sektoren und Konten je nach Fragestellung auch alternativ zusammengestellt werden können, um Antworten auf unterschiedliche Fragestellungen zu geben.

In der Umsetzung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung zeichnen sich in Einzelfällen Schwierigkeiten der Datengrundlagen ab. Auch das Problem von Doppelzählungen muss durchgängig geprüft werden. Zudem erfordern die sich ständig ändernden Anforderungen und Ausprägungen im beruflichen Bildungsgeschehen eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung des Indikatorensystems.

(Friedel Schier)

A5 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung

A5.1 Anerkannte Ausbildungsberufe

A5.1.1 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO[91]

Im Zeitraum von 1998 bis 2005 sank die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) von 355 auf 339. Im Zeitverlauf ist mit wenigen Ausnahmen eine kontinuierliche Reduktion zu beobachten. Ab dem Jahr 2006 ist dagegen ein Anstieg von 343 auf 349 im Jahr 2009 zu verzeichnen.

In den letzten 10 Jahren gab es eine Reihe von Veränderungen bei den Strukturmodellen E der Ausbildungsberufe → **Schaubild A5.1.1-1**:

- Der Anteil der Monoberufe an der Gesamtzahl der anerkannten Ausbildungsberufe ging von 1998 bis 2001 von 251 auf 235 stetig zurück. Ihr Anteil stieg aber seit 2002 wieder von 239 auf 256 im Jahr 2009 an.
- Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung (Fachrichtungen oder Schwerpunkte) wurde von 1998 (85 Ausbildungsberufe) bis 2009 (65 Ausbildungsberufe) kontinuierlich geringer. Ihr Anteil an allen Ausbildungsberufen betrug im Jahr 1998 noch rund 24 % und lag im Jahr 2009 bei ca. 19 %.
- Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen werden seit 2000 erlassen. Damals gab es fünf anerkannte Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen, bis zum Jahr 2009 ist deren Anteil an der Gesamtzahl der anerkannten Ausbildungsberufe auf 20 gestiegen.

E Strukturmerkmale

Monoberufe beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist. Für alle Auszubildenden sind die Ausbildungsinhalte somit identisch.

Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Spezialisierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten und Fachrichtungen. Eine Differenzierung nach **Schwerpunkten** berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im zweiten und dritten Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als 6 Monate der gesamten Ausbildungszeit. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt eine stärkere Differenzierung über **Fachrichtungen.** Das dritte Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen. Im Unterschied zu Schwerpunkten werden die Prüfungsanforderungen für jede Fachrichtung festgelegt.

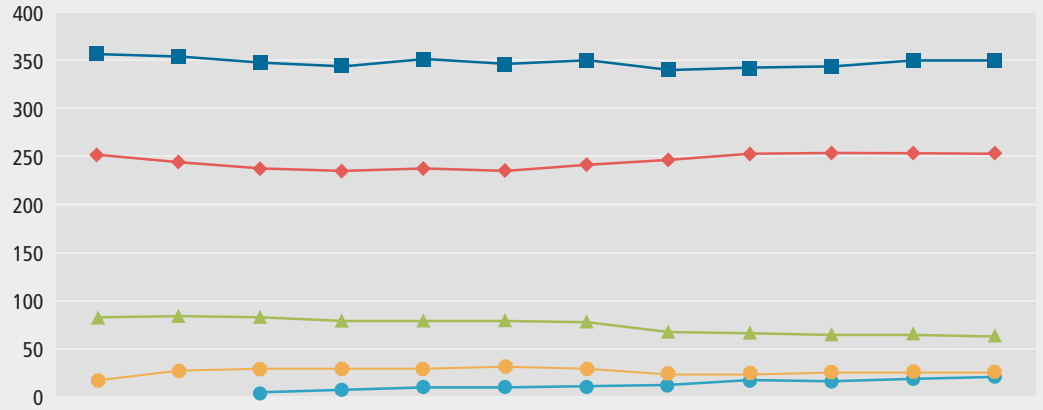
Im Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe kann nicht nach Schwerpunkten und Fachrichtungen differenziert werden, sodass in dem entsprechenden Schaubild auch nur „Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung" ausgewiesen werden können.

Die Verwendung von **Wahlqualifikationen** kommt vor allem für hoch spezialisierte Branchen in Betracht, in denen jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und eine über Fachrichtungen hinausgehende Spezialisierung erforderlich ist. Mit diesem Modell können unterschiedliche „Qualifikationsbündel" in der zweiten Hälfte der Ausbildung individuell zu einem beruflichen Profil kombiniert werden. Die Anzahl der angebotenen und auszuwählenden Wahlqualifikationseinheiten sowie der zeitliche Umfang während der Ausbildung weisen zum Teil eine erhebliche Variationsbreite auf.

Hinsichtlich einer eindeutigen Kategorisierung der Strukturen der anerkannten Ausbildungsberufe ergibt sich insofern ein Problem, als Ausbildungsberufe mehrere Merkmale besitzen können. So kann zum Beispiel der Ausbildungsberuf Hochbaufacharbeiter/Hochbaufacharbeiterin (zweijährige Ausbildung) in folgenden drei Schwerpunkten angeboten

91 Zahlen in den Tabellen und Schaubildern in A5.1.1 und A5.1.2 weichen von Zahlen des Datenreports 2009 ab, da im Datenreport 2009 die Berufe nach ihrem Erlassdatum gezählt wurden, im Gegensatz zum Datenreport 2010, für den das Datum des Inkrafttretens relevant ist. Künftig werden alle Berufe nur nach dem Datum des Inkrafttretens gezählt.

Schaubild A5.1.1-1: **Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (1998–2009)**



	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Monoberufe*	254	243	237	235	239	236	241	248	252	251	260	256
Berufe mit Binnendifferenzierung (Fachrichtungen und Schwerpunkte)**	85	85	83	82	82	81	80	68	68	67	67	65
Berufe mit Anrechnungsmöglichkeit***	16	27	28	28	28	30	29	23	23	24	24	28
Gesamt	355	355	348	345	349	347	350	339	343	342	351	349
Wahlqualifikationen****			5	8	8	8	11	13	15	15	18	20

* In den Monoberufen sind Ausbildungsberufe mit Anrechnungsfähigkeit und Altausbildungsberufe (die vor dem BBiG von 1969 erlassen wurden) sowie ein vergleichbar geregelter Ausbildungsberuf (nach § 104 Abs. 1 BBiG) enthalten.

** Dabei handelt es sich ausschließlich um Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung ohne Anrechnungsfähigkeit.

*** Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung und Anrechnungsfähigkeit.

**** Wahlqualifikationen werden bei der Gesamtzahl der Ausbildungsberufe nicht berücksichtigt.

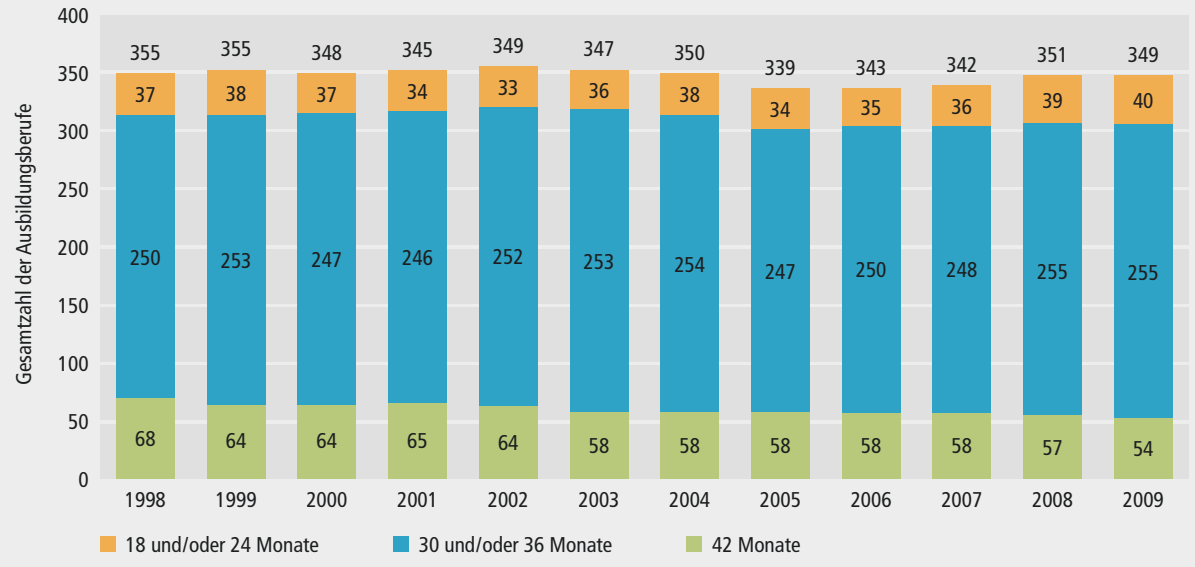
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Tabelle A5.1.1-1: **Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (1998–2009)**

Jahr	Ausbildungsberufe, die angerechnet werden können	Ausbildungsberufe, auf die angerechnet werden kann	Gesamtzahl der Ausbildungsberufe
1998	12	25	355
1999	12	24	355
2000	12	25	348
2001	12	25	345
2002	12	25	349
2003	13	26	347
2004	14	31	350
2005	19	44	339
2006	17	45	343
2007	19	47	342
2008	22	49	351
2009	23	56	349

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Schaubild A5.1.1-2: **Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (1998–2009)**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

werden: Maurerarbeiten, Beton- und Stahlbetonbauarbeiten und Feuerungs- und Schornsteinbauarbeiten. Diese Berufsausbildung kann aber auch auf andere Ausbildungsberufe angerechnet werden, und zwar auf die dreijährigen Ausbildungsberufe Maurer/Maurerin, Beton- und Stahlbetonbauer/Beton- und Stahlbetonbauerin, Feuerungs- und Schornsteinbauer/Feuerungs- und Schornsteinbauerin.
Ein weiteres Beispiel ist der dreijährige Monoberuf Hotelkaufmann/Hotelkauffrau, auf den der zweijährige Ausbildungsberuf Fachkraft im Gastgewerbe angerechnet werden kann. Aus diesem Umstand ergibt sich grundsätzlich die Möglichkeit von Mehrfachnennungen, da o. g. Beruf zum Beispiel sowohl der Kategorie „Monoberufe“ als auch der Kategorie „Berufe, die angerechnet werden können“ zugeordnet werden kann. Um die Gesamtzahl der Ausbildungsberufe eines Jahres aufzeigen zu können, werden die Ausbildungsberufe – auch wenn sie in mehrere Kategorien einbezogen wurden – jeweils nur einmal gezählt.

Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Anzahl der Ausbildungsberufe, die auf weitere Berufsausbildungen angerechnet E werden kann, stieg von 12 im Jahr 1998 auf 13 im Jahre 2003; in den Jahren von 2004 bis 2009 stieg die Anzahl bis auf 23 Ausbildungsberufe an.

1998 gab es 25 Ausbildungsberufe, auf die angerechnet werden konnte, im Jahr 2009 konnte bereits auf 56 Ausbildungsberufe angerechnet werden → **Tabelle A5.1.1-1**.

E Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Ausbildungsordnungen regeln eigenständige Ausbildungsberufe mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer. Nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG) kann eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem festgelegten Ausbildungsberuf fortgesetzt werden. Diese Berufe, auf die angerechnet werden kann, haben eine Ausbildungsdauer von 36 bis 42 Monaten.

Es wird unterschieden nach Ausbildungsberufen, die angerechnet werden können, und Ausbildungsberufen, auf die angerechnet werden kann. Bei Ausbildungsberufen mit Anrechnungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um Stufenausbildung im Sinne des § 5 Abs. 2 Nr. 1 BBiG.

Ausbildungsdauer

Die Ausbildungsdauer soll grundsätzlich nicht mehr als drei und nicht weniger als zwei Jahre betragen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 BBiG). Abweichungen von dieser Regelung sind möglich; es werden beispielsweise auch Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von dreieinhalb Jahren verordnet.

Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 42 Monaten sank in den Jahren zwischen 1998 und 2009 stetig von 68 auf 54. Die Entwicklung des Anteils der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten zeigt einen Anstieg von 250 im Jahr 1998 auf 254 im Jahr 2004. Nach einem Rückgang auf 247 im Jahr 2005 stieg ihr Anteil wieder bis auf 255 im Jahr 2009. Im Zeitraum von 1999 und 2006 wurde ein Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten erlassen. Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 24 Monaten oder kürzer blieb fast gleich, sie stieg von 37 im Jahr 1998 auf 40 im Jahr 2009; darunter sind – im Zeitverlauf konstant – zwei Ausbildungsberufe mit einer 18-monatigen Ausbildungsdauer → **Schaubild A5.1.1-2**.

A5.1.2 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe

In den Jahren von 1998 bis 2009 wurden insgesamt 267 Ausbildungsberufe neu geordnet bzw. modernisiert E: 64 neue Ausbildungsberufe traten in diesem Zeitraum in Kraft, 203 wurden modernisiert → **Tabelle A5.1.2-1**.

E Neuordnung von Ausbildungsberufen

Ausgangspunkt einer Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System auf der Grundlage des § 4 Abs. 1 BBiG und § 25 Abs. 1 HwO ist ein entsprechender Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft.

Wenn die Inhalte eines Ausbildungsberufs modernisiert werden sollen oder ein neuer Ausbildungsberuf entstehen soll, geht die Initiative hierfür in der Regel von den Fachverbänden, von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, von den Gewerkschaften oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung aus.

Staatlich anerkannte Ausbildungsberufe werden als neu bezeichnet, wenn es keinen Vorgängerberuf gibt. Der Umfang der Modernisierung von Berufen kann unterschiedlich ausfallen und richtet sich nach dem Ausmaß der Veränderungen in diesem Bereich.

Tabelle A5.1.2-1: **Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (1998–2009)**

Jahr	neu	modernisiert	insgesamt
1998	11	18	29
1999	4	25	29
2000	4	8	12
2001	3	8	11
2002	8	16	24
2003	8	22	30
2004	5	27	32
2005	5	18	23
2006	4	17	21
2007	3	19	22
2008	7	13	20
2009	2	12	14
Gesamt	64	203	267

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Tabelle A5.1.2-2: **Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2009**

Bezeichnung	neu/ moderni-siert	Ausbil-dungs-dauer	Ausbil-dungs-bereich*	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungs-modali-tät**
				Monoberuf	mit Schwer-punkten	mit Fachrich-tungen	mit Wahlquali-fikationen	Ausbil-dungs-beruf kann ange-rechnet werden	Ausbil-dungs-beruf, auf den ange-rechnet werden kann	
Bergbautechnologe/Bergbau-technologin – Fachrichtungen: Tiefbautechnik, Tiefbohrtechnik	modernisiert	3 Jahre	IH	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP
Fotograf/Fotografin – Schwer-punkte: Porträtfotografie, Produktfotografie, Industrie- und Architekturfotografie, Wissenschaftsfotografie	modernisiert	3 Jahre	Hw	nein	ja	nein	nein	nein	nein	traditionell
Industrieelektriker/Industrie-elektrikerin – Fachrichtungen: Betriebstechnik, Geräte und Systeme	neu	2 Jahre	IH	nein	nein	ja	nein	ja	nein	traditionell
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	modernisiert	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	ja	GAP
Keramiker/Keramikerin	modernisiert	3 Jahre	IH, Hw	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell
Musikfachhändler/ Musikfachhändlerin	modernisiert	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Technischer Modellbauer/ Technische Modellbauerin – Fachrichtungen: Gießerei, Karosserie und Produktion, Anschauung	modernisiert	3½ Jahre	IH, Hw	nein	nein	ja	nein	nein	nein	GAP
Werkfeuerwehrmann/ Werkfeuerwehrfrau	neu	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP

* Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk

** Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung

Quellen: Verordnung über die Berufsausbildung zum Bergbautechnologen/zur Bergbautechnologin vom 4. Juni 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 30 vom 17. Juni 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Fotografen/zur Fotografin vom 12. Mai 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 26 vom 18. Mai 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Industrieelektriker/zur Industrieelektrikerin vom 28. Mai 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 29 vom 4. Juni 2009)
Verordnung über die Erprobung abweichender Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen in der Berufsausbildung im Einzelhandel in dem Ausbildungsberuf Kaufmann im Einzelhandel/Kauffrau im Einzelhandel vom 24. März 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 17 vom 1. April 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Keramiker/zur Keramikerin vom 27. Mai 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 29 vom 4. Juni 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Musikfachhändler/zur Musikfachhändlerin vom 24. März 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 17 vom 1. April 2009)
Verordnung über die Erprobung der Durchführung der Abschlussprüfung in zwei zeitlich auseinanderfallenden Teilen in der Berufsausbildung zum Musikfachhändler/zur Musikfachhändlerin vom 24. März 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 17 vom 1. April 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Technischen Modellbauer/zur Technischen Modellbauerin vom 27. März 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 29 vom 4. Juni 2009)
Verordnung über die Entwicklung und Erprobung des Ausbildungsberufes Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehrfrau vom 7. Juli 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 39 vom 10. Juli 2009)

2009 traten zwei neue und zwölf modernisierte Ausbildungsberufe in Kraft → **Tabelle A5.1.2-2**. Darunter sechs Ausbildungsberufe, für die zeitlich befristete Erprobungsverordnungen in Dauerrecht umgewandelt wurden → **Tabelle A5.1.2-3**.

(Andreas Stöhr)

Die Bandbreite der Neuordnungsarbeiten soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden:

Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehrfrau

Zum 1. August 2009 wurde der Ausbildungsberuf Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehrfrau mit einer

Tabelle A5.1.2-3: **In Dauerrecht überführte Erprobungsverordnungen 2009 (modernisierte Ausbildungsberufe)**

Bezeichnung	neu/ moderni-siert	Ausbil-dungs-dauer	Ausbil-dungsbe-reich*	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungs-modali-tät**
				Monoberuf	mit Schwer-punkten	mit Fachrich-tungen	mit Wahlquali-fikationen	Ausbil-dungs-beruf kann ange-rechnet werden	Ausbil-dungs-beruf, auf den ange-rechnet werden kann	
Biologielaborant/ Biologielaborantin	modernisiert	3½ Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Chemielaborant/ Chemielaborantin	modernisiert	3½ Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Lacklaborant/Lacklaborantin	modernisiert	3½ Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Chemikant/Chemikantin	modernisiert	3½ Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Pharmakant/Pharmakantin	modernisiert	3½ Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Fachkraft Agrarservice	modernisiert	3 Jahre	Lw	ja	nein	nein	ja	nein	nein	traditionell

* Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; Lw = Landwirtschaft

** Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung

Quellen: Verordnung über die Berufsausbildung im Laborbereich Chemie, Biologie und Lack vom 25. Juni 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 37 vom 02. Juli 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Chemikanten/zur Chemikantin vom 10. Juni 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 33 vom 24. Juni 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zum Pharmakanten/zur Pharmakantin vom 10. Juni 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 33 vom 24. Juni 2009)
Verordnung über die Berufsausbildung zur Fachkraft Agrarservice vom 23. Juli 2009. (BGBl. Jg. 2009 Teil I Nr. 45 vom 27. Juli 2009)

dreijährigen Ausbildungsdauer verordnet. Allerdings wird die in den Ländern beamtenrechtlich geregelte Qualifizierung von Feuerwehrleuten öffentlich-rechtlicher (Berufs-)Feuerwehren davon nicht berührt. Diese Länderregelungen bleiben neben dem neuen Ausbildungsberuf bestehen; sie stellen Weiterbildungsregelungen dar, welche eine abgeschlossene handwerkliche Ausbildung voraussetzen.

Die Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann/zur Werkfeuerwehrfrau ist gegliedert in eine 18-monatige Ausbildungsphase, in der die für den Feuerwehrdienst relevanten handwerklichen Qualifikationen vermittelt werden. Im zweiten Ausbildungsabschnitt erfolgt die feuerwehrtechnische Qualifizierung. Darüber hinaus findet eine Ausbildung zum Rettungssanitäter/zur Rettungssanitäterin statt, und der Führerschein Klasse C wird erworben.

Da die Zuständigkeit für den Brand- und Katastrophenschutz bei den Ländern liegt, orientieren sich die feuerwehrtechnischen Ausbildungsinhalte der Ausbildungsordnung an den landesrechtlichen Regelungen für öffentlich-rechtliche Feuerwehren und Werkfeuerwehren. Die Qualifikation zum Rettungssanitäter/zur Rettungssanitäterin ist landesrechtlich geregelt, für sich allein beruflich verwertbar und kann weiterhin auf die bundesgesetzlich geregelte schulische Ausbildung zum Rettungsassistenten angerechnet werden.

Die Ausbildungsordnung wurde zunächst befristetet bis zum Jahr 2016 erlassen, da zu prüfen ist, ob sie dem mittleren feuerwehrtechnischen Dienst des jeweiligen Bundeslandes entspricht oder ob weitere Qualifizierungen erforderlich sind. Die Erfahrungen im Erprobungszeitraum werden bei einer Überführung in Dauerrecht zu berücksichtigen sein.

(Magret Reymers)

Industrieelektriker/Industrieelektrikerin

Zusätzlich zu den industriellen Elektroberufen, deren Ausbildungsdauer mit Ausnahme des Elektroanlagenmonteurs/der Elektroanlagenmonteurin

(3 Jahre) jeweils 3,5 Jahre beträgt, wurde 2009 der Industrieelektriker/die Industrieelektrikerin[92] mit den Fachrichtungen Betriebstechnik sowie Geräte und Systeme als zweijähriger Ausbildungsberuf neu geordnet.

Ziel war es, im Bereich der Elektrotechnik/Elektronik eine Ausbildung anzubieten, die auf die Ausübung weniger komplexer Aufgaben ausgerichtet ist.

Die zeitliche und inhaltliche Gliederung der Ausbildungsordnung wurde so angepasst, dass die Ausbildung entweder unter voller zeitlicher Anrechnung in dem jeweils passenden Beruf oder unter Anrechnung eines Teils der Ausbildungszeit in einem der anderen industriellen Elektroberufe fortgesetzt werden kann. Damit wurden Anrechnungsmöglichkeiten geschaffen, die den Auszubildenden den Erwerb einer umfassenden beruflichen Handlungsfähigkeit ermöglichen.

Die Initiative zur Schaffung dieses Berufs ging maßgeblich vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V. (VBM), unterstützt durch Gesamtmetall, aus. Jedoch wurde und wird dieser Beruf insbesondere unter den Sozialpartnern kontrovers diskutiert. Eine Kurzexpertise des BIBB macht deutlich, dass nur 28 % der befragten potenziellen Ausbildungsbetriebe es für wahrscheinlich halten, dass sie diesen Beruf künftig ausbilden, ebenfalls nur 27 % sehen es als wahrscheinlich an, dass sie ausgebildete Industrieelektriker einstellen würden. Darüber hinaus wird die Kürze der Ausbildungszeit im Verhältnis zum Berufsprofil kritisch gesehen.[93]

Im Neuordnungsverfahren war auch zu prüfen, inwieweit der Elektroanlagenmonteur/die Elektroanlagenmonteurin zu berücksichtigen ist. Im Ergebnis bleiben zunächst beide Berufe nebeneinander bestehen.

(Gert Zinke)

92 Verordnung über die Berufsausbildung zum Industrieelektriker/zur Industrieelektrikerin vom 28. Mai 2009 (BGBl I, Nr. 29, S. 1201).

93 Zinke, Gert; Schenk, Harald: Kurzexpertise Berufsqualifizierung zum/zur Industrieelektriker/-in (unver-öffentlicht, BIBB, Bonn 2008).

A5.1.3 Zukünftige Entwicklungen hinsichtlich der Neuordnung anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

Um den Bedarf der Wirtschaft nach praxisgerechten Ausbildungsberufen auch weiterhin decken zu können, erfordern der immer schneller werdende Strukturwandel und der demografisch bedingte Rückgang bei den Bewerberzahlen Ausbildungsstrukturen und Prüfungskonzepte, die erhöhte Flexibilität und Durchlässigkeit ermöglichen. Deshalb sollten bei künftigen Neuordnungen anerkannter Ausbildungsberufe u. a. auch die Möglichkeiten verstärkt werden, „verwandte“ Ausbildungsberufe zu Berufsgruppen zusammenzufassen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007, S. 18 f.). Darüber hinaus wird auch das Thema der Kompetenzen – sowohl Orientierung als auch Erfassung – eine verstärkte Bedeutung bei der möglichen Gestaltung sowohl der Ausbildungsordnungen als auch der Prüfungsstrukturen gewinnen. Ebenso sollen – mittels des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) – die im deutschen Bildungssystem erworbenen und angebotenen Qualifikationen in Relation zum Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) gesetzt werden. In diesem Zusammenhang gewinnen Ergebnisse des informellen Lernens an Bedeutung. Mittelfristig ist geplant, die in informellen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen zu berücksichtigen.

Berufsgruppen im dualen Ausbildungssystem

Im Rahmen der Qualifizierungsinitiative (QI) „Aufstieg durch Bildung“ hat die Bundesregierung 2008 beschlossen, die ca. 350 Ausbildungsberufe gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Ländern in Berufsgruppen zu bündeln, gemeinsame Kernqualifikationen zu identifizieren und – darauf aufbauend – Spezialisierungsmöglichkeiten und -wege zu eröffnen. Da die Sozialpartner künftig vor jeder Neuordnung eines Einzelberufes die Zusammenführung mit anderen Berufen in Berufsgruppen prüfen sollen, haben sie verschiedene Modelle entwickelt. Exemplarisch seien die Modelle der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

(DIHK) sowie des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) genannt:

- Das Modell der BDA („2 plus x“) sieht eine Strukturierung in zwei Phasen vor: eine Erstausbildungsphase in den ersten beiden Jahren, in der Kern- und grundlegende Fachqualifikationen in Form von gemeinsamen Wahl- und/oder Pflichtbausteinen einer Berufsgruppe vermittelt werden. Des Weiteren ist eine Spezialisierung in einem dritten Ausbildungsjahr durch die Vermittlung berufsspezifischer Bausteine möglich. Diese Spezialisierung kann als integrierte Weiterbildung oder als abschlussorientierte Fortbildung organisiert werden (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 2007).
- Das Modell des DIHK („Dual mit Wahl“) sieht ebenfalls eine Unterteilung der Ausbildungszeit in zwei Abschnitte vor: In der ersten Phase, die je nach Beruf ein bis zwei Jahre dauern kann, werden die wichtigsten Kernkompetenzen einer Branche oder Berufsgruppe vermittelt. Der anschließende zweite Abschnitt, der bis zum Abschluss der Berufsausbildung dauert, dient der berufstypischen Spezialisierung, in dem die profilgebenden Kompetenzen in Form von Wahlbausteinen (inklusive eines unternehmensspezifischen Moduls) vermittelt werden (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2007).
- Das Modell des ZDH („Ganzheitlich – passgenau – anschlussfähig“) hat Ähnlichkeiten mit dem DIHK-Modell, sieht aber bereits in der ersten Phase der Qualifizierung die Vermittlung in Form von Bausteinen vor. Dabei wird zwischen Grund-, Kern- und Spezialmodulen unterschieden. Grundmodule sind berufsübergreifend und für alle Berufe einer Berufsgruppe identisch, Kernmodule sind berufsprägend, und Spezialmodule berücksichtigen innerhalb eines Berufes verschiedene Spezialisierungsmöglichkeiten, wie z. B. Schwerpunkte oder Fachrichtungen (Zentralverband des Deutschen Handwerks 2007).

Allen Modellen gemeinsam ist, dass die Ausbildung mindestens in zwei Abschnitte unterteilt wird, wobei im ersten Abschnitt die gemeinsamen Grund- und Kernqualifikationen einer Berufsgruppe vermittelt werden und mindestens im letzten Spezialisierungsabschnitt Module oder Bausteine die verschiedenen Differenzierungsmöglichkeiten eines Berufes abdecken. In allen Fällen schließt die Ausbildung mit einer bundesweit anerkannten öffentlich-rechtlichen Prüfung ab. Das BIBB hat ein Konzept zur Strukturierung von Berufsgruppen vorgelegt, dessen Umsetzung in Neuordnungsverfahren mit den zuständigen Ministerien und Sozialpartnern intensiv erörtert wird.

(Jorg-Günther Grunwald)

Kompetenzorientierung in Ausbildungsordnungen

Um die Anschluss-, Anrechnungs- und Anerkennungsmöglichkeiten zwischen den Bildungsbereichen in Deutschland sowie die Transparenz und Vergleichbarkeit der deutschen Abschlüsse auch in Europa verbessern zu können, hat sich als Leitkonzept für die Festlegung der Curricula sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene das Kompetenzkonzept allgemein durchgesetzt. Aus diesem Grunde sollen künftig auch Ausbildungsordnungen kompetenzorientiert gestaltet werden. Das BIBB hat daher in einem Forschungsprojekt ein Konzept zur Gestaltung kompetenzbasierter Ausbildungsordnungen entwickelt, mit dessen Hilfe Kompetenzen konkretisiert und systematisch in den Ordnungsmitteln verankert werden können.[94] Die darin enthaltenen Vorschläge richten sich insbesondere an Expertinnen und Experten in Ordnungsverfahren. Das Konzept ist berufsübergreifend angelegt und soll dazu beitragen, die Gestaltung von Ausbildungsordnungen einheitlich und transparent am Leitprinzip der Kompetenzorientierung auszurichten. Dies betrifft insbesondere:

- die verbindliche Festlegung der Kompetenzen in der Ausbildungsordnung, wobei nach fachlichen, methodischen, sozialen und personalen Dimensionen unterschieden wird,
- die lernergebnisorientierte Beschreibung der Kompetenzen, wobei dargelegt wird, was ein Lernender nach Abschluss eines Lernprozesses weiß, versteht und in der Lage ist zu tun,

94 BIBB-Forschungsprojekt 4.3.201 „Kompetenzstandards in der Berufsausbildung“; siehe: **www.bibb.de/de/wlk29205.htm**.

- die Orientierung an Arbeits- und Geschäftsprozessen, die Ausgangspunkt für die inhaltliche Strukturierung und Bündelung der Ausbildungsinhalte bzw. der zu erwerbenden Kompetenzen ist.

Um das „Konzept zur Gestaltung kompetenzbasierter Ausbildungsordnungen“ zu erproben, hat das BMBF das BIBB beauftragt, eine Umsetzung exemplarisch unter Mitwirkung der Sozialpartner und der Kultusministerkonferenz in zwei Berufen, einem gewerblich-technischen und einem kaufmännisch-verwaltenden, vorzunehmen. Ziel ist es, kompetenzbasierte Verordnungsentwürfe zu entwickeln, die die Basis für eine Beurteilung der Plausibilität und Handhabbarkeit kompetenzbasierter Ordnungsmittel in der Praxis bilden können. Die Ergebnisse liegen Mitte 2011 vor.

(Barbara Lorig, Daniel Schreiber)

Kompetenzbasierte Prüfungen im dualen System

Die Bestrebungen zur Verankerung des Kompetenzkonzepts in den Ausbildungsordnungen haben auch Auswirkungen auf das Prüfungsgeschehen im dualen System. Es stellt sich daher die Frage, welches die Elemente kompetenzbasierter Prüfungen sind und wie sie künftig gestaltet werden können. Antworten auf diese Fragen soll ein Forschungsprojekt des BIBB geben, das Mitte 2010 beginnen wird. Dabei soll ein Instrumentarium erarbeitet werden, welches die für Kompetenzorientierung der Prüfungen wesentlichen Elemente und Kriterien beschreibt und das auch als Grundlage für die Analyse in der Prüfungspraxis herangezogen werden kann. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen als Empfehlungen für die kompetenzbasierte Weiterentwicklung der Prüfungen im dualen System genutzt werden können.

(Barbara Lorig)

Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR)

Im Oktober 2006 haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen, gemeinsam einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen zu entwickeln. Dieser unterstützt die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens, welcher die Vergleichbarkeit der jeweils nationalen Qualifikationen im europäischen Bildungsraum ermöglichen soll.

Erprobung eines Deutschen Qualifikationsrahmens

Der DQR-Entwurf – mit derzeit acht Niveaustufen, den Deskriptoren für die einzelnen Niveaustufen und Kategorien zur Beschreibung von Kompetenzen – wird durch das BIBB in vier ausgewählten Wirtschaftsdomänen (Metall/Elektro, Handel, Gesundheit und Informationstechnologie) erprobt. Diese Erprobung wird von Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und der Bildungspraxis begleitet.

Das Projekt zielt darauf, die Entwicklung des DQR zu unterstützen. Dabei sollen die Trennschärfe der gewählten Niveaustufen, die Verständlichkeit der Deskriptoren und die Kompatibilität mit dem EQF geprüft werden. Die Ergebnisse des Projekts werden im laufenden Jahr vorliegen und sollen der Weiterentwicklung und Implementierung des DQR zugrunde gelegt werden.

Mit der Entwicklung des DQR waren – in Abstimmung zwischen BMBF und KMK – die nachfolgenden Ziele vereinbart worden:

- mehr Transparenz des deutschen Qualifikationssystems,
- die Förderung von beruflicher Mobilität,
- verbesserte Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung,
- eine stärkere Orientierung an Lernergebnissen (Outcome) und
- die Möglichkeit der Anerkennung und Anrechnung von informell erworbenen Kompetenzen.

Offene Fragen ergeben sich auch noch hinsichtlich der Erfassung informell erworbener Kompetenzen.

(Irmgard Frank, Andreas Stöhr)

A5.1.4 Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen

Das Bundesinstitut für Berufsbildung und der Ausschuss für Fragen behinderter Menschen (AFbM) arbeiten kontinuierlich gemeinsam daran, die Zielsetzung der Rahmenrichtlinien des BIBB-Hauptausschusses (HA) vom 20. Juni 2006 umzusetzen, eine bundesweite Vereinheitlichung von Ausbildungsregelungen zu erreichen. Dieser Umsetzungsprozess hat am 17. Dezember 2009 im HA mit der Verabschiedung einer für alle Berufsbereiche verbindlichen Rahmenregelung einen entscheidenden Schritt genommen.

Unter Federführung des BIBB haben berufsspezifische Arbeitsgruppen begonnen, auf der Grundlage der Rahmenregelung konkrete Musterregelungen zu erarbeiten. Den Auftakt bilden Arbeitsgruppen für die Bereiche Gartenbau/Landwirtschaft, Hauswirtschaft, Metall, Büro, Holz und Farbe. Zusätzlich wurde unter dem Arbeitstitel „Moderne Dienstleistungsberufe“ eine Arbeitsgruppe beauftragt, Berufe zu identifizieren, in denen bisher nur wenige oder gar keine Ausbildungsregelungen bestehen, die aber für die Zielgruppe der lernbehinderten Menschen geeignet sein könnten und daher als Ergänzung und Alternative zu den „traditionellen“ Ausbildungsbereichen erschlossen werden sollen. Das Ergebnis dieser Sondierungen, eine Vorschlagliste von geeigneten Berufen, wird vom AFbM beraten.

Zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen mit Jugendlichen mit Behinderungen → **vgl. Kapitel A1.1**; zur Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung → **vgl. Kapitel A5.4**.

(Kirsten Vollmer)

A5.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse am 31. Dezember

A5.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen

Mit der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder E werden nicht nur die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erhoben, sondern unter anderem auch alle zum Stichtag 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres in einer dualen Berufsausbildung befindlichen Auszubildenden. Bei der Analyse der Ausbildungsplatzbilanz → **vgl. Kapitel A1** sind die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (Erhebung zum 30. September) dargestellt, ebenso basieren die Analysen zu berufsstrukturellen Entwicklungen → **vgl. Kapitel A5.4** sowie zur Vorbildung → **vgl. Kapitel A5.5.1** auf Neuabschlussdaten (Erhebung zum 31. Dezember). Um auch Informationen über das gesamte Ausmaß der Ausbildungsleistungen der Betriebe und der Berufsschulen zu geben, werden im Folgenden für einige Eckdaten die Bestandszahlen dargestellt.

E Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz Berufsbildungsstatistik) ist eine Totalerhebung von Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten zu staatlich anerkannten Ausbildungsberufen und zu Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO[95]). Nicht enthalten sind vollzeitschulische Berufsausbildungen sowie sonstige Berufsausbildung, die nicht nach BBiG bzw. HwO geregelt sind.

95 Die Daten basieren auf den in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Ausbildungsverträgen sowie den Prüfungsstatistiken der zuständigen Stellen. Außerdem werden Daten zu Umschulungsprüfungen, Externenprüfungen, Fortbildungsprüfungen, zum Ausbildungspersonal sowie zu betrieblichen Maßnahmen der Berufsvorbereitung erhoben, die für die Berichtsjahre 2007 und 2008 jedoch nicht veröffentlicht werden konnten, da sich die statistischen Ämter zunächst auf die Plausibilisierung der Daten zu den Auszubildenden (Neuabschlüssen und Abschlussprüfungen der Auszubildenden) konzentrierten.

Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005[96], der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die bis 2006 erfolgte Aggregatdatenerhebung wurde auf eine Individualdatenerfassung umgestellt, zudem wurde der Merkmalskatalog erweitert.

Bis 2006 wurden die Daten der Berufsbildungsstatistik als Tabellendaten erfasst. Beispielsweise wurde je Ausbildungsberuf eine Tabelle mit der Zahl der Auszubildenden (Bestandszahlen) nach Ausbildungsjahren und zudem die Zahl der ausländischen Auszubildenden je Ausbildungsberuf erhoben, außerdem die Zahl der Neuabschlüsse insgesamt sowie nach den einzelnen Kategorien der schulischen Vorbildung. Die **Aggregatdatenerfassung** bedeutete eine erhebliche Einschränkung der Analysemöglichkeiten, da sie sich ausschließlich auf die Merkmalskombinationen, die die Erfassungstabellen enthalten, begrenzt. Mit der **Individualdatenerfassung** wird für jedes Ausbildungsverhältnis, welches in das von den zuständigen Stellen geführte Verzeichnis eingetragen ist, ein Datensatz mit allen in § 88 BBiG festgelegten Merkmalen erhoben. Die Individualdaten ermöglichen bei der Auswertung eine freie Kombination der erfassten Merkmale.

Bei einer solch umfangreichen Statistikumstellung bestehen in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung in den ersten Jahren noch Umsetzungsprobleme (vgl. Schmidt 2008 und Statistisches Bundesamt 2009), sodass die grundsätzlich erweiterten Analysemöglichkeiten (siehe Uhly 2006a; Schaubild 10 in Uhly/Lohmüller/Arenz 2008; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 112 ff.) noch nicht voll abgeschöpft werden können. Zudem können die neuen Merkmale zunächst nur für die Neuabschlüsse ausgewertet werden → **vgl. Kapitel A5.3** und **A5.5**, da für Auszubildende, die bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragen waren, neue Merkmale nicht rückwirkend erfasst werden.

Grundsätzlich ist aufgrund der erhebungstechnischen Umstellung der Vergleich der Daten ab 2007 mit den Vorjahren nicht uneingeschränkt möglich.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik werden mit der Fachserie 11, Reihe 3 des Statistischen Bundesamtes (StBA) veröffentlicht und können im Publikationsservice des StBA kostenfrei heruntergeladen werden (**www.destatis.de**). Außerdem stellt das BIBB Daten der Berufsbildungsstatistik auch in dem Onlinedatensystem Aus- und Weiterbildungsstatistik bereit, das eine Ergänzung zum Datenreport darstellt; dort können die Daten, Berechnungen und ergänzende Berufsmerkmale für alle einzelnen Ausbildungsberufe und alle Länder abgerufen werden, zudem sind dort umfangreiche Erläuterungen zu den Daten zu finden: siehe **www.bibb.de/ausweitstat**.

Aus Datenschutzgründen veröffentlicht das BIBB alle Daten der Berufsbildungsstatistik nur noch als gerundete Werte (Vielfaches von 3; der Datenfehler beträgt dadurch je ausgewiesener Zahl maximal 1; detaillierte Erläuterungen siehe unter **www.bibb.de/ausweitstat**).

Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen

Im Jahr 2008 standen 1.613.343 Jugendliche in einer dualen Berufsausbildung. Von diesen Auszubildenden E entfielen 1.298.139 auf Westdeutschland und 315.204 auf Ostdeutschland (inklusive Berlin) → **Tabelle A5.2.1-1**. Somit ist im Vergleich zum Vorjahr im Bundesgebiet ein leichter Anstieg (+1,2%) festzustellen. Die Entwicklungen unterscheiden sich jedoch deutlich in West- und Ostdeutschland; während in Westdeutschland ein Anstieg von 2,6% zu beobachten ist, ergibt sich in Ostdeutschland ein Rückgang um 4,4%.

Betrachtet man die Zahl der Auszubildenden im längerfristigen Zeitverlauf seit 1977 → **Schaubild A5.2.1-1**, war die Entwicklung in den alten Ländern (inklusive Berlin) zunächst stark durch demografische Faktoren beeinflusst. Mit der demografischen Welle Mitte der 1970er-Jahre, als die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre Berufsausbildungsplätze nachfragten, ist die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt stark gestiegen. Mitte der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre geht die Auszubildendenzahl wieder stark zurück.

96 In Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2005, Teil I Nr. 20 vom 31. März 2005, S. 931. – URL: **www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf**.

Tabelle A5.2.1-1: **Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2008**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst[2]	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt[3]
Westdeutschland (alte Länder ohne Berlin)								
1992	1.345.305	670.959	445.761	58.371	23.904	138.201	7.713	399
1993	1.286.754	621.078	439.947	57.162	22.722	138.069	7.431	342
1994	1.226.262	567.627	442.242	49.431	22.359	136.542	7.749	309
1995	1.194.042	536.532	448.635	40.551	22.725	137.175	8.136	291
1996	1.182.429	528.513	449.946	34.884	23.694	136.596	8.475	318
1997	1.201.866	548.637	451.680	33.900	25.482	132.651	9.186	330
1998	1.240.449	584.679	454.773	35.319	27.000	128.475	9.843	360
1999	1.279.602	627.159	455.142	35.001	27.177	125.409	9.393	324
2000	1.297.203	653.001	448.560	34.482	26.025	125.802	8.988	345
2001	1.296.327	669.348	430.893	34.137	25.005	127.887	8.718	339
2002	1.255.635	651.726	407.028	34.155	24.336	129.516	8.523	348
2003	1.226.493	639.924	392.391	32.685	25.194	127.449	8.484	360
2004	1.214.025	639.213	384.258	33.213	26.628	121.581	8.685	444
2005	1.210.179	649.818	377.124	32.964	27.456	114.483	7.734	600
2006	1.232.169	674.169	380.214	32.652	28.131	108.765	7.512	723
2007[4]	1.264.941	712.734	384.594	29.199	29.340	100.623	7.557	894
2008	1.298.139	742.383	386.940	28.770	29.844	102.825	7.380	–
Ostdeutschland (neue Länder und Berlin)								
1992	320.904	170.646	107.688	12.984	8.700	16.359	4.359	171
1993	342.558	165.432	127.797	16.350	6.960	20.793	5.199	24
1994	353.619	156.354	145.863	17.301	7.050	22.431	4.602	18
1995	385.296	166.332	166.716	16.173	8.532	23.172	4.350	18
1996	409.800	178.809	177.867	14.490	10.197	23.997	4.428	12
1997	420.813	187.647	179.223	13.710	11.931	23.937	4.353	9
1998	417.315	194.205	170.208	12.864	13.089	22.665	4.254	30
1999	418.728	205.857	161.730	12.456	13.209	21.192	4.245	39
2000	404.814	207.813	147.603	11.838	12.897	20.445	4.179	42
2001	388.341	206.793	133.590	11.316	12.525	19.698	4.389	33
2002	366.807	198.432	120.825	11.079	12.717	19.296	4.422	39
2003	355.137	198.444	109.974	10.653	13.095	18.282	4.653	36
2004	350.040	198.699	104.913	10.806	13.770	17.130	4.677	42
2005	343.260	198.399	100.059	10.401	13.857	15.936	4.566	42
2006	338.448	198.636	96.399	10.320	13.893	14.877	4.266	57
2007[4]	329.832	197.583	90.474	9.795	13.554	14.247	4.110	66
2008	315.204	191.838	84.099	9.270	12.363	13.842	3.792	–
Bundesgebiet								
1992	1.666.209	841.605	553.449	71.355	32.604	154.560	12.072	570
1993	1.629.312	786.513	567.744	73.512	29.685	158.862	12.633	366
1994	1.579.878	723.981	588.102	66.732	29.409	158.973	12.351	327
1995	1.579.338	702.867	615.351	56.721	31.257	160.350	12.486	309
1996	1.592.226	707.322	627.813	49.374	33.894	160.593	12.903	327
1997	1.622.679	736.284	630.903	47.613	37.413	156.588	13.536	342
1998	1.657.764	778.884	624.981	48.183	40.089	151.137	14.097	390
1999	1.698.330	833.016	616.872	47.457	40.386	146.598	13.638	363
2000	1.702.017	860.811	596.163	46.320	38.922	146.247	13.170	387
2001	1.684.668	876.141	564.480	45.453	37.530	147.585	13.107	372
2002	1.622.442	850.158	527.853	45.237	37.053	148.812	12.945	387
2003	1.581.630	838.368	502.365	43.338	38.292	145.731	13.137	396
2004	1.564.065	837.915	489.171	44.019	40.398	138.711	13.362	486
2005	1.553.436	848.217	477.183	43.365	41.313	130.419	12.300	639
2006	1.570.614	872.805	476.616	42.972	42.024	123.642	11.778	780
2007[4]	1.594.773	910.320	475.065	38.994	42.894	114.870	11.667	963
2008	1.613.343	934.221	471.039	38.043	42.204	116.664	11.172	–

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.

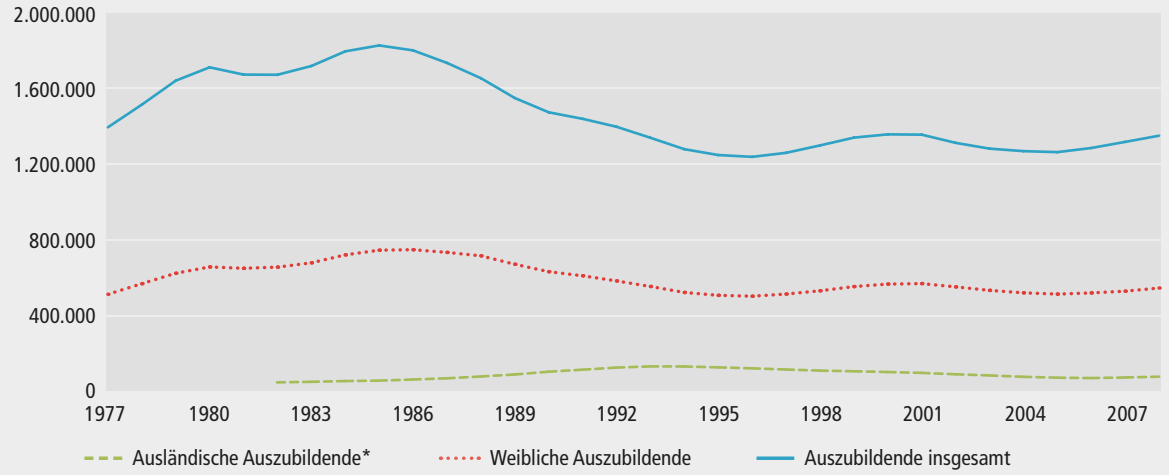
[2] Hierbei handelt es sich lediglich um die Auszubildenden in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes, da in Betrieben des öffentlichen Dienstes auch in bereichsfremden Berufen ausgebildet wird, fällt die Zahl und der Anteil derer, die im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, höher aus. Die Auswertung des neu erhobenen Betriebsmerkmals „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst" kann derzeit nur für die Neuabschlüsse und noch nicht für die Bestandszahlen ausgewertet werden (keine rückwirkende Erfassung neuer Merkmale), unter den Neuabschlüssen beträgt der Anteil derer in Berufen des öffentlichen Dienstes 2,1 % und der Anteil der Neuabschlüsse in Betrieben des öffentlichen Dienstes 3,4 %.

[3] Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt nicht mehr gemeldet.

[4] Aufgrund erheblicher meldetechnischer Umstellungen in 2007 ist ein Vergleich der Daten ab 2007 mit den Daten bis 2006 nur mit Einschränkung möglich.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Schaubild A5.2.1-1: **Zahl der Auszubildenden, alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977–2008**



* Die Zahl der ausländischen Auszubildenden wurde erst ab 1982 gesondert erfasst.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember)

Erfassung von Auszubildenden

Die Berufsbildungsstatistik erfasst als Auszubildende Personen in einem Berufsausbildungsverhältnis (mit Ausbildungsvertrag), die einen anerkannten Ausbildungsberuf im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) erlernen[97]; erfasst sind sowohl die staatlich anerkannten Ausbildungsberufe als auch Berufe nach einer Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung. Bei den Auszubildendenzahlen handelt es sich um Bestandszahlen über alle Ausbildungsjahre (1., 2., 3. und 4. Ausbildungsjahr). Hierbei erfolgt im Gegensatz zu den Neuabschlüssen und den Prüfungsdaten keine zeitraumbezogene, sondern eine stichtagsbezogene Abgrenzung; als Auszubildende zählen alle Personen mit einem Ausbildungsvertrag nach BBiG bzw. HwO zum 31.12.[98]

Die Berufsbildungsstatistik wurde mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 07.09.1976 als Bundesstatistik eingeführt, welche die Auszubildendenzahlen ab 1977 erfasst.[99] Ausländische Auszubildende wurden erst ab 1982 gesondert erfasst.

Diese Entwicklungen verlaufen parallel zur Entwicklung der Zahl der Abgänger allgemeinbildender Schulen. Seit Mitte der 90er-Jahre bis zum Jahr 2000 ist die Zahl der Auszubildenden erneut bundesweit gestiegen. Im Vergleich zur Zahl der Abgänger allgemeinbildender Schulen fällt der Anstieg der Auszubildendenzahl jedoch geringer aus. Die Schulabgängerzahl steigt zudem insbesondere in den alten Ländern auch nach 2001 weiter an, wohingegen die der Auszubildenden bis 2005 sinkt (vgl. Schaubilder 1.3 und 1.4 in Uhly/Lohmüller/Arenz 2008). Analysen von Troltsch und Walden (2007) weisen darauf hin, dass seit den 90er-Jahren die Zahl der Auszubildenden stärker durch die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung bestimmt wird, als dies früher der Fall war.

97 Bis 2007 wurde auch der Ausbildungsberuf der Seeschifffahrt zur Berufsbildungsstatistik gemeldet, obwohl dieser nicht nach BBiG geregelt ist, sondern lediglich als vergleichbar geregelt gilt. Seit 2008 wird die Berufsausbildung im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht mehr erfasst.

98 Zu den Prüfungen werden alle Prüfungen des Kalenderjahres gezählt (Zeitraumbezug) und zu den Neuabschlüssen alle im Kalenderjahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die bis zum 31.12. nicht wieder gelöst wurden (Kombination Zeitraum und Stichtag); wenn Personen mit im Kalenderjahr neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag vor dem 31.12. erfolgreich eine Abschlussprüfung abgelegt haben, zählen sie nicht mehr zu den Auszubildenden gemäß der Berufsbildungsstatistik.

99 Bereits seit 1950 wurden entsprechende Daten von den zuständigen Stellen erfasst. Seit 1976 hat sich die Rechtsgrundlage der Bundesstatistik mehrfach geändert. Zur Entwicklung der Berufsbildungsstatistik seit 1950 siehe Werner (2000) und Uhly (2006).

Die Entwicklungen unterscheiden sich in den Zuständigkeitsbereichen E. Demografische Effekte der 70er- und 80er-Jahre zeigten sich insbesondere in den beiden großen Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk, wobei sie im Handwerk früher einsetzten als in den Berufen von Industrie und Handel (vgl. Schaubild 4.2 in Uhly/Lohmüller/Arenz 2008).

E Zuordnung der Auszubildendenzahlen zu Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu den Zuständigkeitsbereichen ist i. d. R. die Art des Ausbildungsberufs und nicht der Ausbildungsbetrieb. So sind z. B. alle Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, in der Berufsbildungsstatistik den Bereichen IH und Hw (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet. Ausnahmen bestehen für Auszubildende, die in einem Handwerksbetrieb in einem Beruf des Bereichs IH ausgebildet werden (Industrieberuf im Handwerk); bei der Aggregierung der Auszubildenden für die Bereiche sind sie dem Handwerk zugeordnet. Gleiches gilt für Handwerksberufe, die in IH-Betrieben ausgebildet werden (Handwerksberuf in der Industrie). In der Aggregierung sind diese Auszubildenden dem Bereich IH zugerechnet.

Die Rede ist deshalb von „Zuständigkeitsbereichen" und nicht von Ausbildungsbereichen, weil die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. So sind z. B. in einigen Ländern die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft, und eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist nicht immer möglich. Zudem fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden Industrie und Handel oder Handwerk zugerechnet. Seit 2007 erfasst die Berufsbildungsstatistik auch das Betriebsmerkmal „Zuständigkeit zum öffentlichen Dienst"; im Jahr 2008 kommen zu den 38.043 Auszubildenden in Berufen des öffentlichen Dienstes mindestens[100] weitere 18.882 Auszubildende, die in Betrieben des öffentlichen Dienstes in Berufen der anderen Zuständigkeitsbereiche ausgebildet werden.

Deutlichere Unterschiede in der Entwicklung der Auszubildendenzahlen zeigen sich seit den 90er-Jahren → **Tabelle A5.2.1-1**. Während im Handwerk zunächst insbesondere bedingt durch die Entwicklung in Ostdeutschland (Aufbau handwerklicher Wirtschaftsstrukturen) die Zahl der Auszubildenden anstieg, ist dort seit 1998 ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten, der bis 2008 anhält, allerdings in den letzten 3 Jahren deutlich geringer ausfällt. In 2008 sind hier im Vergleich zum Vorjahr jedoch bei einzelnen Ausbildungsberufen des Handwerks noch größere Rückgänge der Auszubildendenzahl zu beobachten, insbesondere in den Berufen[101] Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (-3.289 Auszubildende bzw. -4,8 %), Bäcker/-in (-1.129 bzw. -7,4 %) und Zahntechniker/-in (-696 bzw. -10,4 %) sowie Fleischer/-in (-486 bzw. -6,8 %), Maurer/-in (-592 bzw. -5,6 %), die bereits im Vorjahr rückläufig waren, sowie bei den Gebäudereinigern (-623 bzw. -13,0 %).[102] Größere Zuwächse der Anzahl an Auszubildenden weisen im Handwerk in 2008 folgende Berufe auf: Metallbauer/-in (+1.415 bzw. +5,2), Elektroniker/-in (+1.064 bzw. +3,1 %) und Feinwerkmechaniker/-in (+717 bzw. +6,3 %).

Im Bereich Industrie und Handel war bis 1995 ein Rückgang zu verzeichnen; dies war insbesondere durch ein zurückgehendes Ausbildungsplatzangebot in den alten Ländern, beispielsweise in den Metall- und Elektroberufen, bedingt. In den Jahren 1996 bis 2001 sowie 2005 bis 2008 hat im Bereich Industrie und Handel insgesamt jedoch wieder eine Zunahme an Ausbildungsplätzen stattgefunden. In 2008 zeigen sich besonders hohe Zuwächse bei den IH-Berufen Zerspanungsmechaniker/-in (+2.577 bzw. +13,0 %), Fachkraft für Lagerlogistik (+2.314 bzw. +11,5 %), Verkäufer/-in (+2.238 bzw. +5,1 %), bei den Industriekaufleuten (+1.626 bzw. +3,1 %), im Beruf Mechatroniker/-in (+1.345 bzw. +5,5 %) sowie Fachinformatiker/-in (+1.938 bzw. +8,9 %). Auch in dem in 2006 neu geschaffenen Ausbildungsberuf Kauf-

100 Die genaue Zahl kann noch nicht angegeben werden, da die neuen Merkmale nicht rückwirkend (für bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragenen Auszubildende) erhoben werden müssen.

101 Bei den in diesem Kapitel erfolgten berufsspezifischen Betrachtungen wurden Ausbildungsberufe jeweils mit ihrem Vorgängerberuf zusammengefasst, wenn es einen solchen gibt und dieser noch Auszubildendenzahlen aufweist.

102 Da im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 keine Daten zu Einzelberufen der Berufsbildungsstatistik analysiert werden konnten (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A.5.2), werden hier hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen insbesondere die Jahre 2007 und 2008 betrachtet.

mann/-frau für Dialogmarketing liegen erneut hohe Zuwächse vor (+1.130 bzw. +53,4%)[103]; allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Bestandszahlen bei neu geschaffenen Ausbildungsberufen in den ersten Jahren allein deshalb stärker wachsen, weil sich die Kumulation von Ausbildungsjahren hier erst sukzessive über die ersten Jahre ergibt.[104] Dagegen sind in 2008 in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr größere Rückgänge in den Berufen Koch/Köchin (-2.607 Auszubildende bzw. -6%), bei den Restaurantfachleuten (-944 bzw. -5,7%) und Florist/-in (-638 bzw. -9,6%) zu verzeichnen.

Der Einbruch der Auszubildendenzahlen in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in den ersten Jahren seit 1994 ist durch Privatisierungen im Post- und Bahnbereich sowie durch den Wechsel der entsprechenden Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel bedingt. Bis 2006 ist die Zahl der Auszubildenden in den Berufen des öffentlichen Dienstes nur noch in geringerem Ausmaß zurückgegangen, seit 2007 ist allerdings erneut ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen, der teilweise durch die Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik bedingt sein kann.[105] Zumindest in Teilen geht dieser Rückgang aber auch auf ein verändertes Ausbildungsverhalten im öffentlichen Dienst zurück. Ein starker Rückgang der Auszubildendenzahl in 2007 (im Vergleich zum Vorjahr), der in 2008 nochmals bestätigt wird, liegt im Beruf Fachangestellte/-r für Arbeitsförderung vor (2007: -19% bzw. -845 Auszubildende; 2008: -29% bzw. -1.045 Auszubildende).[106] Ebenso sank die Zahl der Auszubildenden im ÖD-Beruf Fachangestellte für Bürokommunikation in 2008 um 188 Auszubildende bzw. 5,5%, nachdem sie in 2007 im Vergleich zum Vorjahr bereits um 756 Auszubildende bzw. knapp 18% zurückging. Im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/-r ist die Zahl der Auszubildenden in 2007 um 1.212 Auszubildende bzw. 7,6% gesunken, allerdings ist sie in 2008 wieder um gut 4% (654 Auszubildende) gestiegen.

Nach relativer Konstanz in den Vorjahren war von 2003 bis 2007 im Zuständigkeitsbereich der freien Berufe ein starker Rückgang der Auszubildendenzahlen zu beobachten. Dies betraf insbesondere die Ausbildungsberufe Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte/-r (-418 Auszubildende bzw. -7,1%), wo in 2007 der Rückgang noch stärker war (-718 bzw. -10,8%). Ebenso stark rückläufig war in 2007 die Auszubildendenzahl im Beruf Rechtsanwaltsfachangestellte/-r (-1.347 bzw. -9,3%); in 2008 war dort dann nur noch ein Rückgang von -1,5% zu verzeichnen. Auch die Zahl der Auszubildenden im Beruf Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r ging erneut zurück (-381 bzw. -6,3%); in diesem Beruf sind bereits seit 2003 (Ausnahme 2006) starke Rückgänge zu verzeichnen. In den Berufen Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (-4.199 bzw. -12,7%) und Medizinische/-r Fachangestellte/-r (-1.824 bzw. -4,4%) waren in 2007 stark rückläufige Auszubildendenzahlen zu beobachten, in 2008 wurden hier jedoch wieder Zuwächse gemeldet (+1.249 bzw. +4,3% und +728 Auszubildende bzw. +1,9%). Auch im Ausbildungsberuf Steuerfachangestellte/-r war nach den Rückgängen in 2007 (-787 bzw. -4,7%) in 2008 wieder eine gestiegene Anzahl an Auszubildenden (622 bzw. 3,9%) zu verzeichnen. Insgesamt ist im Jahr 2008 die Auszubildendenzahl in den freien Berufen im Vergleich zum Vorjahr nur in Westdeutschland wieder leicht gestiegen (2,2%; Ostdeutschland -2,9%).

In den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft ist die Zahl der Auszubildenden mit Ausnahme der Jahre 1993 und 1994 sowie 2000 bis 2002 gestiegen, im Jahr 2008 ist sie bedingt durch den deutlichen Rückgang in Ostdeutschland (-8,8%), wo insbesondere die Auszubildendenzahl in den Berufen Gärtner/-in (-478 bzw. -11,3%) und Landwirt/-in (-381 bzw. -11,3%) zurückging, bundesweit erstmals wieder leicht gesunken.

---

103 2006: 955, 2007: 2.118 und 2008: 3.248 Auszubildende.

104 Im ersten Jahr des Bestehens eines Berufs liegen noch keine Neuabschlüsse der Vorjahre vor, die in die Bestandszahlen mit einfließen. Die Neuabschlusszahl im IH-Beruf Kaufmann/-frau im Dialogmarketing war in 2007 gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen, in 2008 stieg sie wieder, allerdings nur noch in geringem Maße.

105 Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes führte die Umstellung der Datenlieferung im Jahr 2007 insbesondere im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes zu Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Allerdings zeigt sich auch in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2007 ein starker Rückgang in den Berufen des öffentlichen Dienstes (siehe **www.bibb.de/de/14492.htm**). Insofern ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in der Berufsbildungsstatistik durch die Umstellung der Datenlieferung und in welchem Maße durch reale Entwicklungen bedingt ist.

106 Die Neuabschlusszahlen gehen um 40% bzw. 35% zurück.

Tabelle A5.2.1-2: **Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 1992 bis 2008 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1992	40,8	41,8	22,1	50,7	35,7	95,0	97,0	1,9
1993	40,4	41,8	20,8	52,0	34,3	95,1	96,7	2,5
1994	40,0	42,7	19,6	54,1	33,1	94,8	96,3	4,0
1995	39,8	43,2	19,2	56,7	32,7	94,9	95,7	4,2
1996	39,8	43,5	19,3	59,2	31,7	95,0	95,4	5,5
1997	39,9	43,5	19,8	62,3	30,7	95,3	95,0	7,3
1998	40,0	43,1	20,6	62,9	29,7	95,3	94,9	5,9
1999	40,5	43,4	21,3	63,0	28,5	95,5	94,6	4,4
2000	40,9	43,2	21,9	64,4	28,5	95,6	94,6	5,4
2001	41,0	42,4	22,4	64,6	27,2	95,6	94,1	6,2
2002	41,0	41,4	22,6	65,3	26,4	95,6	93,8	5,2
2003	40,6	40,5	22,7	64,9	25,2	95,5	93,0	4,3
2004	40,1	39,8	22,7	64,2	24,1	95,3	92,8	4,3
2005	39,7	39,5	22,9	63,4	23,2	95,1	92,5	4,1
2006	39,5	39,5	23,1	63,5	22,4	95,2	92,5	3,9
2007[2]	39,3	39,6	23,3	64,1	22,4	95,0	92,1	4,5
2008	39,6	39,8	23,7	64,3	23,0	95,0	92,2	–

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.

[2] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

In der Hauswirtschaft, mit einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf (Hauswirtschafter/-in) sowie zwei Berufen für Menschen mit Behinderung (Hauswirtschaftshelfer/-in und Hauswirtschaftstechnische/-r Betriebshelfer/-in), sind insgesamt vergleichsweise wenige Auszubildende zu finden. Deren Anzahl schwankt über die Jahre, insbesondere in den neuen Ländern geht sie seit 2005 zurück.[107]

Der Bereich Seeschifffahrt – hierunter fällt der Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker – fällt sehr klein aus, ist jedoch seit 2004 deutlich gewachsen; seit 2008 wird er nicht mehr für die Berufsbildungsstatistik gemeldet.[108]

Da die Berufsbildungsstatistik neben der schulischen Vorbildung → **vgl. hierzu Kapitel A5.5** als Personen-

107 Der deutliche Rückgang der Auszubildenden im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft in Westdeutschland im Jahr 2005 (-11 %) ist teilweise durch veränderte Zuständigkeiten bedingt, denn für das Land Hessen werden Hauswirtschafter/-innen seit 2005 nicht mehr unter dem Bereich Hauswirtschaft, sondern unter dem Bereich Industrie und Handel gemeldet.

108 Da der Ausbildungsberuf nicht nach BBiG oder HwO geordnet ist, sondern einen vergleichbar geregelten Beruf außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG darstellt, wurde er bis 2007 freiwillig gemeldet (die gesetzliche Grundlage für die Berufsbildungsstatistik, insbesondere § 88 BBiG, betrifft nur Ausbildungsberufe, die nach BBiG bzw. HwO geregelt sind). Mit den erweiterten Meldepflichten im Rahmen der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz wurde die Datenmeldung im Jahr 2008 eingestellt. Ausbildungsverträge werden im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt weiterhin abgeschlossen

Tabelle A5.2.1-3: **Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen[1], Bundesgebiet 1992 bis 2008 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1992	7,2	6,4	9,4	2,6	1,2	7,5	2,4	0,9
1993	7,8	6,9	9,8	3,0	1,2	8,3	2,7	1,6
1994	8,0	7,2	9,7	3,1	1,4	8,5	2,9	1,2
1995	7,7	7,0	9,0	3,1	1,8	8,6	3,6	1,0
1996	7,3	6,7	8,3	2,7	1,6	9,0	4,1	1,2
1997	6,8	6,3	7,6	2,4	1,4	8,8	4,5	1,2
1998	6,3	5,9	7,0	2,4	1,1	8,2	4,7	1,8
1999	5,9	5,6	6,6	2,3	0,9	8,0	3,9	1,7
2000	5,7	5,2	6,4	2,1	0,9	8,2	4,2	1,3
2001	5,5	5,0	6,2	2,2	0,8	7,9	4,3	0,3
2002	5,3	4,7	6,0	2,0	0,9	8,3	4,2	0,8
2003	5,0	4,4	5,7	2,1	0,8	8,3	4,1	2,0
2004	4,6	4,0	5,3	1,8	0,8	7,7	4,2	2,5
2005	4,4	3,8	5,1	1,7	0,8	7,3	4,0	2,2
2006	4,2	3,7	4,8	1,7	0,8	7,1	3,8	1,4
2007[2]	4,3	3,9	4,9	1,5	0,7	7,7	3,2	1,1
2008	4,5	4,1	5,2	1,5	0,7	8,1	3,6	–

[1] Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.

[2] Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

merkmale das Geschlecht sowie die Staatsangehörigkeit erfasst, können zusätzlich zur Entwicklung nach Zuständigkeitsbereichen die Auszubildendenzahlen auch nach diesen Personenmerkmalen differenziert betrachtet werden.

Frauen- und Ausländeranteile

Frauen machen im Jahr 2008 39,6% aller Auszubildenden des dualen Systems aus (638.715 weibliche Auszubildende) → **Tabelle A5.2.1-2**. Seit 1992 schwankt dieser Anteil insgesamt nur geringfügig zwischen 39% und 41%. Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich in der berufsspezifischen Betrachtung → **vgl. Kapitel A5.8**.

Hinsichtlich des Frauenanteils unterscheiden sich die Zuständigkeitsbereiche deutlich. Im Bereich der Hauswirtschaft und der freien Berufe liegt er über 90%. In den Berufen des öffentlichen Dienstes ist er im Vergleich zum Jahr 1992 (50,7%) deutlich gestiegen und liegt seit 1998 bei 63% bis 65% an allen Auszubildenden. In den Berufen des Zuständigkeitsbereichs Industrie und Handel entspricht er mit 39,8% ungefähr dem Gesamtdurchschnitt. Im Handwerk liegt der Frauenanteil dagegen unverändert deutlich unterdurchschnittlich bei 23,7% im Jahr 2008 und ist somit im Vergleich zu 1992 (22,1%) nur geringfügig verändert. Er liegt dort etwas höher als Mitte der 90er-Jahre (1995: 19,2%), jedoch nur bedingt durch die starken Rückgänge bei den männlich dominierten Berufen im Bau- und Ausbaugewerbe. Auch in der Landwirtschaft ist der Frauenanteil an allen Auszubildenden vergleichsweise niedrig und beträgt im Jahr 2008 23%, er geht dort seit 1992 (35,7%) kontinuierlich zurück.

Der Anteil an Auszubildenden mit ausländischem Pass ist seit 1995 (7,7%) stark zurückgegangen. Er beträgt im Jahr 2008 4,5% → **Tabelle A5.2.1-3**; insgesamt befinden sich 73.098 ausländische Auszubildende am 31.12.2008 in einem Ausbildungsverhältnis des dualen Systems. Die Berufsbildungsstatistik erfasst lediglich die Staatsangehörigkeit und nicht einen Migrationshintergrund. Teilweise ist der Rückgang des Ausländeranteils durch Einbürgerungen bedingt. Der adäquate Indikator zur Einschätzung der Frage der Integration in die duale Berufsausbildung ist somit nicht der Ausländeranteil. Denn dieser muss in Relation zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gesetzt werden. Dies erfolgt mit der Analyse der Ausbildungsbeteiligungsquote in → **Kapitel A5.8**. Der Ausländeranteil eignet sich jedoch für einen Vergleich der Zuständigkeitsbereiche. In den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der freien Berufe fällt er bundesweit mit 8,1% aller Auszubildenden des Bereichs deutlich überproportional aus. In den einzelnen Jahren schwankt er nur geringfügig zwischen 7% und 9%. Hier sind insbesondere die Ausbildungsberufe Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r, Medizinische/-r sowie Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r stark mit ausländischen Jugendlichen besetzt; in allen 3 Berufen findet man ca. 99% weibliche Auszubildende, sowohl unter denen mit deutschen als auch denen mit ausländischem Pass. In der Hauswirtschaft fällt der Ausländeranteil geringer aus, er hat sich jedoch von 1992 (2,4%) bis 2008 (3,6%) erhöht. In allen anderen Bereichen ist er längerfristig zurückgegangen. Sehr gering fällt er bereits im Jahr 1992 im öffentlichen Dienst (2,6%) und in der Landwirtschaft (1,2%) aus, 2008 betrug er dort 1,5% bzw. 0,7%. Im Handwerk und im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel ist er im Jahr 2008 wieder leicht gestiegen; im Handwerk fällt er mit 5,2% leicht überproportional aus (im Vergleich zum Gesamtanteil von 4,5%), in Industrie und Handel leicht unterproportional. Differenziertere Analysen zur Ausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen bzw. der Jugendlichen mit Migrationshintergrund findet man in → **Kapitel A5.9**.

(Alexandra Uhly)

A5.2.2 Auszubildende mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen

Das duale System der Berufsausbildung ist durch zwei Lernorte und zwei Financiers gekennzeichnet: Weit überwiegend findet die Ausbildung in den nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung anerkannten Berufen (BBiG/HwO-Berufe) an den beiden Lernorten Betrieb sowie Berufsschule statt. Die Kosten der betrieblichen Ausbildung werden dabei in der Regel von den Unternehmen bzw. Verwaltungen selbst getragen, und der Staat übernimmt allein die Kosten der berufsschulischen Ausbildung. Das betriebliche Ausbildungsangebot konnte jedoch wegen seiner starken Marktabhängigkeit eine Versorgung aller Ausbildungsstellenbewerber/-innen in der Vergangenheit oft bei Weitem nicht sicherstellen (vgl. Ulrich/Eberhard 2008). Daher wird seit vielen Jahren eine nicht unerhebliche Anzahl von zusätzlichen Ausbildungsplätzen bereitgestellt, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln bzw. Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanziert werden. Zudem gibt es Jugendliche, die einer besonderen pädagogischen Betreuung bedürfen und deshalb außerhalb realer Arbeitsabläufe ausgebildet werden müssen. In all diesen Fällen schließen die Auszubildenden ihren Ausbildungsvertrag nicht mit einem Betrieb, sondern mit einem außerbetrieblichen Träger der Ausbildung. Wie hoch der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung ist, geht allerdings bislang aus der Berufsbildungsstatistik zum Stichtag 31. Dezember nicht hervor.[109] Daher differenziert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) seit dem Jahr 1999 unter Hinzuziehung anderer Datenquellen die Gesamtzahl der Auszubildenden nach betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen E.

109 Erst seit 2007 wird im Rahmen der auf eine Individualdatenerfassung umgestellten Berufsbildungsstatistik auch die Finanzierungsart der Ausbildung erhoben. Dies erfolgt allerdings nur für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

E **Differenzierung nach betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen**

Das BIBB schätzt jährlich zum Stand 31. Dezember den Anteil der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse differenziert nach Bundesländern. Dabei wird zunächst die Zahl der Auszubildenden ermittelt, die sich an diesem Stichtag insgesamt in einer außerbetrieblichen, d. h. überwiegend öffentlich finanzierten Berufsausbildung befanden. Der Umfang der betrieblichen Ausbildung wird dann auf indirektem Weg berechnet, indem von der Gesamtzahl der Auszubildenden, die das Statistische Bundesamt ausweist, die Anzahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse abgezogen wird. Das Ergebnis ist deshalb als Schätzung aufzufassen, weil die Zusammenführung unterschiedlicher Datenquellen in der Regel mit Ungenauigkeiten bzw. Unsicherheiten verbunden ist.

Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III), im Rahmen der Bund-Länder-Programme Ost, durch ergänzende Programme der neuen Länder sowie durch Förderprogramme einiger alter Länder finanziert. Für die Berechnungen wird der jeweilige Teilnehmerbestand Ende Dezember eines Jahres herangezogen. Die Angaben werden von der Bundesagentur für Arbeit und von den Ländern zur Verfügung gestellt. Dabei werden ausschließlich Ausbildungsverhältnisse in BBiG/HwO-Berufen einbezogen, die mit einem bei der zuständigen Stelle (z. B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) eingetragenen Ausbildungsvertrag verbunden sind. Denn nur diese Ausbildungsverhältnisse werden in der Berufsbildungsstatistik gezählt. Geförderte schulische Ausbildungsgänge bleiben dagegen unberücksichtigt, da die Teilnehmer/-innen dort keinen entsprechenden Ausbildungsvertrag geschlossen und somit nicht den Status „Auszubildender" haben.

Zu beachten ist, dass auch in der außerbetrieblichen Berufsausbildung teilweise lange Ausbildungsphasen in Betrieben stattfinden. Maßgeblich für die hier vorgenommene Zuordnung ist jedoch allein die Finanzierungsform – und nicht der Lernort.

Anteile betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung 2008

Die öffentliche Finanzierung von Ausbildungsplätzen erfolgt für unterschiedliche Zielgruppen: So fördert die BA nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB III) die außerbetriebliche Ausbildung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen, die sozialpädagogischer Begleitung bedürfen und auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nicht in eine betriebliche Berufsausbildung vermittelt werden können (Berufsausbildung Benachteiligter – BaE, siehe § 242 SGB III). Darüber hinaus werden von der BA Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Behinderungen finanziert (Ausbildung Reha – RehabMA, siehe § 102 SGB III). Die Bund-Länder-Programme Ost, die ergänzenden Programme der neuen Länder sowie die Förderprogramme in einigen alten Bundesländern richten sich in der Regel an sogenannte „marktbenachteiligte" Jugendliche, die allein aufgrund eines in der Region nicht ausreichenden betrieblichen Ausbildungsstellenangebots unversorgt blieben → **vgl. Kapitel D**.

Ende 2008 befanden sich nach den Berechnungen des BIBB bundesweit 166.891 Auszubildende in einer dieser öffentlich geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsformen. Dies waren 10,3 % der insgesamt 1.613.343 Auszubildenden, die es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zum Stichtag 31. Dezember 2008 gab → **Tabelle A5.2.2-1.** Der Anteil der Auszubildenden in betrieblicher Ausbildung betrug dementsprechend 89,7 % (1.446.452). In den alten Ländern lag der Anteil der außerbetrieblichen Auszubildenden bei 6,5 % (84.233) aller Auszubildenden (1.298.140). In den neuen Ländern einschließlich Berlin erreichte der Anteil der außerbetrieblichen Auszubildenden sogar 26,2 % (82.658) aller Auszubildenden (315.203).

Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse verteilte sich 2008 wie folgt auf die verschiedenen Finanzierungsarten: In den alten Ländern nahm die Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher mit 53,8 % (45.313) einen deutlich höheren Anteil ein als die Ausbildung von behinderten Jugendlichen mit 37,4 % (31.538). Auf

Tabelle A5.2.2-1: **Zahl der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen 2008**

Bundesland	Auszubildende zum 31.12.2008													
	Insgesamt		davon:											
			Bund-Länder-Programme Ost		(ergänzende) Ländermaßnahmen		Berufsausbildung Benachteiligter (BaE)[1]		Ausbildung Reha (Reha-bMA)[1]		außerbetrieblich insgesamt		betrieblich	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Baden-Württemberg	**213.708**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	5.225	2,4	7.272	3,4	**12.497**	**5,8**	**201.211**	**94,2**
Bayern	**270.258**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	6.067	2,2	6.078	2,2	**12.145**	**4,5**	**258.113**	**95,5**
Berlin	**54.624**	**100,0**	5.472	10,0	857	1,6	5.792	10,6	2.169	4,0	**14.290**	**26,2**	**40.334**	**73,8**
Brandenburg	**48.086**	**100,0**	2.392	5,0	1.805	3,8	5.902	12,3	3.465	7,2	**13.564**	**28,2**	**34.522**	**71,8**
Bremen	**16.278**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	472	2,9	329	2,0	**801**	**4,9**	**15.477**	**95,1**
Hamburg	**35.768**	**100,0**	0	0,0	1.605	4,5	1.077	3,0	426	1,2	**3.108**	**8,7**	**32.660**	**91,3**
Hessen	**110.053**	**100,0**	0	0,0	1.380	1,3	4.993	4,5	3.121	2,8	**9.494**	**8,6**	**100.559**	**91,4**
Mecklenburg-Vorpommern[2]	**39.374**	**100,0**	3.945	10,0	180	0,5	6.237	15,8	481	1,2	**10.843**	**27,5**	**28.531**	**72,5**
Niedersachsen	**153.422**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	5.699	3,7	3.497	2,3	**9.196**	**6,0**	**144.226**	**94,0**
Nordrhein-Westfalen	**341.708**	**100,0**	0	0,0	4.397	1,3	14.878	4,4	7.227	2,1	**26.502**	**7,8**	**315.206**	**92,2**
Rheinland-Pfalz	**80.112**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	3.809	4,8	2.105	2,6	**5.914**	**7,4**	**74.198**	**92,6**
Saarland	**21.532**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	778	3,6	565	2,6	**1.343**	**6,2**	**20.189**	**93,8**
Sachsen	**78.991**	**100,0**	5.564	7,0	2.151	2,7	9.948	12,6	2.116	2,7	**19.779**	**25,0**	**59.212**	**75,0**
Sachsen-Anhalt	**48.908**	**100,0**	4.654	9,5	1.255	2,6	5.207	10,6	2.622	5,4	**13.738**	**28,1**	**35.170**	**71,9**
Schleswig-Holstein	**55.301**	**100,0**	0	0,0	0	0,0	2.315	4,2	918	1,7	**3.233**	**5,8**	**52.068**	**94,2**
Thüringen	**45.220**	**100,0**	2.288	5,1	755	1,7	4.648	10,3	2.753	6,1	**10.444**	**23,1**	**34.776**	**76,9**
Alte Länder	**1.298.140**	**100,0**	**0**	**0,0**	**7.382**	**0,6**	**45.313**	**3,5**	**31.538**	**2,4**	**84.233**	**6,5**	**1.213.907**	**93,5**
Neue Länder und Berlin	**315.203**	**100,0**	**24.315**	**7,7**	**7.003**	**2,2**	**37.734**	**12,0**	**13.606**	**4,3**	**82.658**	**26,2**	**232.545**	**73,8**
Bundesgebiet	**1.613.343**	**100,0**	**24.315**	**1,5**	**14.385**	**0,9**	**83.047**	**5,1**	**45.144**	**2,8**	**166.891**	**10,3**	**1.446.452**	**89,7**

[1] Wie in den Vorjahren handelt es sich um Angaben ohne Förderinformationen zugelassener kommunaler Träger. Angaben hierfür liegen erstmals für 2008 vor. Werden diese berücksichtigt, so ergeben sich folgende Gesamtzahlen für Deutschland: Berufsausbildung Benachteiligter (BaE): 86.818; Ausbildung Reha (Reha-bMA): 45.670. Der Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsverhältnisse erhöht sich damit auf 10,6 %.

[2] Die Angaben zu den Bund-Länder-Programmen Ost und den ergänzenden Ländermaßnahmen beziehen sich in Mecklenburg-Vorpommern auf den Stand 01.03.2009.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Angaben der Länder, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

die Förderung marktbenachteiligter Jugendlicher im Rahmen von Länderprogrammen entfielen lediglich 8,8 % (7.382) der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse. Allerdings gab es auch nur in drei der alten Länder (Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen) solche Förderprogramme.

In den neuen Ländern hatte die Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher mit 45,7 % (37.734) ebenfalls die größte quantitative Bedeutung, gefolgt von der durch das Bund-Länder-Programm Ost sowie die ergänzenden Länderprogramme finanzierten Ausbildung marktbenachteiligter Jugendlicher mit insgesamt 37,9 % (31.318). Die geförderte berufliche Eingliederung Jugendlicher mit Behinderungen nahm nur einen Anteil von 16,5 % (13.606) der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse ein.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die außerbetriebliche Ausbildung in den neuen Ländern in erheblich höherem Maße als in den alten Ländern die Funktion hatte, Benachteiligungen auszugleichen, die allein aufgrund eines in der Region nicht ausreichenden betrieblichen Ausbildungsstellenangebots entstanden. In den alten Ländern stand dagegen die Förderung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen sowie Jugendlichen mit Behinderungen im Vordergrund. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in der Förderpraxis die Grenze zwischen „Marktbenachteiligung“ und originärer Benachteiligung fließend ist, d. h., bei schwieriger Ausbildungsmarktlage wird insbesondere der Kreis der lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen weiter gezogen (vgl. Ulrich 2003). Dies ist in den neuen Ländern möglicherweise stärker als in den alten Ländern der Fall, worauf der erheblich höhere Anteil der Benachteiligtenförderung an der Gesamtzahl aller (betrieblichen und außerbetrieblichen) Ausbildungsverhältnisse hindeutet: Dieser lag 2008 in den neuen Ländern bei 12,0 % gegenüber nur 3,5 % in den alten Ländern.[110]

Zwischen den einzelnen Bundesländern gab es deutliche Unterschiede in der Verbreitung der außerbetrieblichen Ausbildung. In den alten Ländern wiesen Hamburg mit 8,7 % und Hessen mit 8,6 % die höchsten prozentualen Anteile an außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen auf. Bayern kam dagegen mit 4,5 % auf den geringsten relativen Anteil. Unter den neuen Ländern (einschließlich Berlin) hatte die außerbetriebliche Ausbildung in Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit Anteilen von 28,2 % bzw. 28,1 % die größte quantitative Bedeutung. In Thüringen war dagegen mit 23,1 % der niedrigste prozentuale Anteil zu verzeichnen.

Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung

In den alten Ländern erhöhte sich die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse von 68.702 im Jahr 2007 auf 84.233 im Jahr 2008 und damit um 22,6 %. Der Anstieg bei der betrieblichen Ausbildung betrug lediglich 1,5 % (von 1.195.634 auf 1.213.907).[111] In den neuen Ländern sank dagegen die Auszubildendenzahl in beiden Bereichen, und zwar in der betrieblichen Ausbildung mit minus 4,5 % (von 243.407 auf 232.545) und in der außerbetrieblichen Ausbildung mit minus 4,4 % (von 86.424 auf 82.658) prozentual gesehen nahezu gleich stark.[112]

Die Entwicklung der außerbetrieblichen Ausbildung verlief von 2007 zu 2008 im Hinblick auf die einzelnen Förderarten sehr unterschiedlich: So nahm in den alten Ländern die Zahl der Ausbildungsverhältnisse, die auf die Förderung der Ausbildung marktbenachteiligter Jugendlicher im Rahmen der Länderprogramme entfiel, mit einem Plus von 16,4 % (von 6.343 auf 7.382) deutlich zu. Auch die geförderte Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher gewann mit einer Erhöhung der Auszubildendenzahlen um 12,3 % (von 40.366 auf 45.313) an Bedeutung. Eine sehr starke Zunah-

110 In den neuen Ländern ist bei dieser Förderart allerdings auch der Anteil der Jugendlichen aus dem Rechtskreis des SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, das alle erwerbsfähigen Personen erhalten, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie nicht aus eigener Kraft sichern können) mit 45,8 % erheblich höher als in den alten Ländern mit 28,6 %. Zugrunde gelegt sind dabei die Bestandszahlen im Dezember 2008. Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009e, jeweils Tabellen 11 und 12.

111 Zur Zahl der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse im Jahr 2007 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.3.2.

112 Zur zahlenmäßigen Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse von 1999 bis 2006 siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.3.2. Eine Gesamtübersicht über die Entwicklung von 1999 bis 2008 differenziert nach Bundesländern ist im Internet verfügbar → **Tabelle A5.2.2-2 Internet** (**www.bibb.de/datenreport2010**).

me gab es bei der Förderung der Berufsausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen, hier stieg die Zahl der Auszubildenden sogar um 43,4% an (von 21.993 auf 31.538).

In den neuen Ländern ist dagegen 2008 bei den meisten Förderarten ein Rückgang der Auszubildenden gegenüber 2007 zu verzeichnen. So verringerte sich die Zahl der nach den Bund-Länder-Programmen Ost und den ergänzenden Länderprogrammen geförderten Ausbildungsverhältnisse für marktbenachteiligte Jugendliche um insgesamt 13,1% (von 36.020 auf 31.318). Auch die Zahl der geförderten Ausbildungsverhältnisse von lernbeeinträchtigten bzw. sozial benachteiligten Jugendlichen nahm um 11,2% ab (von 42.470 auf 37.734). Eine ganz erhebliche Steigerung um 71,5% (von 7.934 auf 13.606) war demgegenüber bei den Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche mit Behinderungen zu verzeichnen.

Zusammenfassend ist festzustellen: Aufgrund der in den neuen Ländern seit einigen Jahren stark zurückgehenden Schulabgängerzahlen (vgl. Ulmer/Ulrich 2008) wurde inzwischen die Förderung von Ausbildungsplätzen für marktbenachteiligte Jugendliche reduziert. Dies machte sich 2008 in gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Bestandszahlen bei dieser Förderart bemerkbar. Aber auch die in den neuen Ländern rückläufige Förderung der Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher dürfte auf eine insgesamt verringerte Nachfrage zurückzuführen sein. Anders stellt sich die Situation in den alten Ländern dar: Hier hatte eine anhaltend hohe Ausbildungsplatznachfrage, die durch das betriebliche Angebot bei Weitem nicht gedeckt werden konnte, eine Ausweitung der Förderung außerbetrieblicher Ausbildung zur Folge.

(Ursula Beicht, Joachim Gerd Ulrich)

A5.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) wurden neben der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung auch zusätzliche Merkmale eingeführt E.

E Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik

Folgende neue Merkmale werden seit dem Berichtsjahr 2007 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erfasst:

- Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse
- Finanzierungsart (überwiegend öffentliche vs. betriebliche Finanzierung)
- Vorherige Berufsausbildung der Auszubildenden
- Anschlussverträge (werden aus den erfassten Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie zu Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages ermittelt)
- Monat und Jahr ausbildungsrelevanter Ereignisse (Beginn, Lösung, Prüfung, Ende)
- Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte*[113]
- Ort der Ausbildungsstätte*
- Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst* → **vgl. Kapitel A5.2.1**
- Allgemeinbildender Schulabschluss* → **vgl. Kapitel A5.5.1**
- Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung* → **vgl. Kapitel A5.5.1**

Der allgemeinbildende Schulabschluss sowie vorherige Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -grundbildung sind zwar nicht gänzlich neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, sie stellen eine Modifikation und Erweiterung der früheren Erfassung der schulischen Vorbildung der Jugendlichen mit Neuabschluss dar.

113 In diesem Kapitel werden die mit * gekennzeichneten Merkmale aus verschiedenen Gründen nicht dargestellt: Tiefer gegliederte Regionalanalysen und Analysen differenziert nach Wirtschaftszweigen erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt, da bei der Datenmeldung noch größere Umsetzungsprobleme bestanden. Die neuen bzw. modifizierten Merkmale zum allgemeinbildenden Schulabschluss sowie zur Berufsvorbereitung und Grundbildung der Auszubildenden (vor 2007 beides zusammen erfasst mit der schulischen Vorbildung) werden hier nicht betrachtet, da sie ausführlicher in → **Kapitel A5.5.1** behandelt werden; ebenso wird auf die Befunde zur Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst in einem anderen Kapitel eingegangen → **vgl. Kapitel A5.2.1**.

In den ersten Jahren der Umstellung der Berufsbildungsstatistik wurden die Neuerungen in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung noch nicht voll umgesetzt. Deshalb werden für das Berichtsjahr 2007 – mit Ausnahme des allgemeinbildenden Schulabschlusses – keine Daten zu den neuen Merkmalen und für 2008 nicht zu allen neuen Merkmalen Daten veröffentlicht. Die im Folgenden dargestellten Daten und Analysen zum Berichtsjahr 2008 sind auch noch mit Vorsicht zu interpretieren; insbesondere ist nicht auszuschließen, dass sich hinter den Meldungen „Merkmal liegt nicht vor" auch fehlende Angaben (die eigentlich nicht vorgesehen sind) verbergen.

Da für Auszubildende, die bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragen waren, die neuen Merkmale nicht rückwirkend erfasst werden, können diese zudem noch einige Jahre grundsätzlich nur für die Neuabschlüsse ausgewertet werden; siehe hierzu auch die Datenblätter im BIBB-Onlinedatensystem AUSWEITSTAT, in dem die Daten nach einzelnen Ausbildungsberufen und Ländern abgerufen werden können: **www.bibb.de/ausweitstat**.

Im Folgenden wird zum einen eine Übersicht über die Neuabschlüsse 2008 nach ausgewählten neuen Merkmalen gegeben, und zum anderen wird ein erster Abgrenzungsversuch von wirklichen Ausbildungsanfängern und anderen Arten von Neuabschlüssen E vorgenommen.

→ **Tabelle A5.3-1** stellt für ausgewählte neue Merkmale die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern dar. Da sich in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung noch Umsetzungsprobleme der Neuerungen der Berufsbildungsstatistik zeigen und davon auszugehen ist, dass insbesondere die neuen Merkmale noch nicht vollständig korrekt gemeldet werden, werden sie hier nur in einem knappen Überblick dargestellt. Tiefer greifende Analysen erfolgen erst dann, wenn zuverlässigere Daten vorliegen.

E Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Im Jahr 2007 hat sich die Abgrenzung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Rahmen der Berufsbildungsstatistik geringfügig geändert. Neuabschlüsse sind definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, bei denen das Ausbildungsverhältnis im jeweiligen Kalenderjahr begonnen hat und die am 31.12. noch bestehen (Definition bis 2006) bzw. die bis zum 31.12. nicht gelöst wurden (Definition seit 2007). Da einige Ausbildungsverhältnisse im Kalenderjahr abgeschlossen und durch eine erfolgreiche Prüfung vor dem 31.12. enden, stimmen beide Abgrenzungen nicht überein. Hätte man in 2007 entsprechend der vorherigen Definition abgegrenzt, würde die Neuabschlusszahl um 0,5 % geringer ausfallen.

Die Definition der Neuabschlüsse im Rahmen der Berufsbildungsstatistik und der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stimmen insbesondere aufgrund grundsätzlich konzeptioneller Unterschiede beider Erhebungen nicht gänzlich überein; siehe zum Vergleich beider Erhebungen Uhly et al. (2009).

Zudem ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht mit Ausbildungsanfängern gleichzusetzen sind.[114] Ausbildungsverträge werden auch dann neu abgeschlossen, wenn sogenannte Anschlussverträge vorliegen (nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung in einem zweijährigen Beruf wird die Ausbildung in einem weiteren Ausbildungsberuf fortgeführt) oder wenn nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung noch eine Zweitausbildung begonnen wird. Schließlich schließt auch ein Teil derjenigen mit vorzeitiger Lösung eines Ausbildungsvertrages erneut einen Ausbildungsvertrag ab (bei Wechsel des Ausbildungsbetriebs und/oder des Ausbildungsberufs).

114 Hierbei handelt es sich um einen altbekannten Sachverhalt (vgl. z. B. Althoff 1984, Uhly 2006), dennoch werden die Neuabschlüsse immer wieder als Indikator für Ausbildungsanfänger verwendet, da bisher die korrekte Abgrenzung von Ausbildungsanfängern mit keiner Statistik eindeutig möglich ist; bislang kann man lediglich mit einer exakteren Begriffsverwendung die Gleichsetzung mit Ausbildungsanfängern vermeiden.

Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse

Überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik analog der „BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09." definiert. Bei den öffentlichen Förderungen von Berufsausbildungsverhältnissen handelt es sich zum einen um Sonderprogramme/Maßnahmen für Jugendliche mit besonderem individuellem Förderbedarf, z. B. aufgrund von sozialen Benachteiligungen, Lernbeeinträchtigungen oder Behinderungen, und zum anderen um Sonderprogramme/Maßnahmen für marktbenachteiligte Jugendliche, die wegen Lehrstellenmangels keinen Ausbildungsplatz fanden. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gelten solche Ausbildungsverhältnisse, bei denen die öffentliche Förderung mehr als 50 % der Gesamtkosten im 1. Ausbildungsjahr abdeckt, als überwiegend öffentlich finanziert.[115] Etwaige Erträge durch die Mitarbeit der Auszubildenden bleiben unberücksichtigt. Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 7,7 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet. Dieser Anteil variiert deutlich nach Bundesländern; er fällt in Ostdeutschland mit zwischen 18 % und 30 % deutlich höher aus als in Westdeutschland, wo eine überwiegend öffentliche Finanzierung für maximal 8 % der Neuabschlüsse (zum Teil auch deutlich geringer) gemeldet wurde. Für 2008 ergab die BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09. insgesamt ähnliche Werte (Länderdaten weichen jedoch teilweise stärker von denen der Berufsbildungsstatistik ab); diese Daten der BIBB-Erhebung werden auch im Zusammenhang mit der Ausbildungsmarktbilanz ausgewertet → **vgl. Kapitel A1**.[116]

Auf Basis der Berufsbildungsstatistik können künftig darüber hinausgehende Analysen durchgeführt werden, wie z. B. der Zusammenhang zwischen Finanzierungsart und Lösungsquote oder Schulabschluss. Beispielsweise ist der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss mit ca. 38 % deutlich höher als bei denjenigen mit Hauptschulabschluss (13 %), Realschulabschluss (4 %) oder Studienberechtigung (ca. 1 %); bei Frauen (7 %) machen diese Verträge etwas geringere Anteile an allen Neuabschlüssen aus als bei Männern (8 %). Im Vergleich von Auszubildenden mit deutschem (8,1 %) und mit ausländischem Pass (7,7 %) zeigt sich nahezu der gleiche Anteil an überwiegend öffentlich finanzierten Neuabschlüssen. In den Berufen für Menschen mit Behinderung macht der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse ca. 60 % aus (alle anderen Ausbildungsberufe: gut 6 %). Differenziertere Analysen werden aber erst dann erfolgen, wenn hinsichtlich der Aussagekraft und Plausibilität der neuen Merkmale mehr Sicherheit besteht.

Teilzeitberufsausbildung

Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung wurde in 2005 im Berufsbildungsgesetz verankert. Teilzeitausbildungsverhältnisse sind solche Berufsausbildungsverhältnisse mit einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit nach § 8 Abs. 1 Satz 2 BBiG. Sie machen bislang einen sehr geringen Anteil aller Neuabschlüsse aus. Für das Berichtsjahr 2008 wurden 0,1 % aller Neuabschlüsse bzw. 786 Neuabschlüsse als Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse gemeldet; in keinem Bundesland ist dieser Anteil größer als 0,5 %.

Wie zu erwarten war, ist der Teilzeitanteil bei den weiblichen Auszubildenden (ca. 0,3 %) höher als bei den männlichen, von denen nur sehr wenige mit einem Teilzeitausbildungsverhältnis gemeldet wurden (0,01 %). Auch hierbei erlaubt die Datenlage noch keine hinreichend abgesicherten differenzierten Auswertungen, sodass diese erst künftig vorgenommen werden können.

115 Dabei zählen zu den Gesamtkosten die Ausbildungsvergütung, aber auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Personal- und Sachkosten sowie Gebühren.

116 Zur Analyse der Finanzierung bezüglich der Gesamtbestände der Ausbildungsverhältnisse zum 31.12. siehe Schätzungen in → **Kapitel A5.2.2.**

Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung

Die Berufsbildungsstatistik unterscheidet drei Ausprägungen einer vorherigen Berufsausbildung, und zwar eine vorherige duale Berufsausbildung, die erfolgreich abgeschlossen wurde, eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht abgeschlossen wurde, und eine erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung. Insgesamt wurde für ca. 9 % der Neuabschlüsse mindestens eine Art dieser Vorbildung gemeldet (Mehrfachnennungen sind möglich)[117]; für rund 5 % wurde eine vorherige, begonnene, aber nicht abgeschlossene duale Berufsausbildung gemeldet, für knapp 4 % eine zuvor bereits abgeschlossene duale Berufsausbildung und für weitere 0,5 % eine zuvor bereits abgeschlossene vollzeitschulische Berufsausbildung. Auch hierbei ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Zuständigkeitsbereichen. Vor allem im Handwerk und in den neuen Ländern (Ausnahme Sachsen-Anhalt) sowie in Bremen auch im Bereich Industrie und Handel wurden höhere Anteile von Neuabschlüssen mit einer vorherigen Berufsausbildung gemeldet. In Berufen des öffentlichen Dienstes, der freien Berufe und der Hauswirtschaft fällt der Anteil derer mit vorheriger Berufsausbildung überwiegend unterproportional aus.

Auch bei der vorherigen Berufsausbildung zeigen sich Unterschiede nach Personen- und Berufsgruppen. Beispielsweise ist der Anteil derer, die mit einer nicht abgeschlossenen vorherigen dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, bei denjenigen ohne oder auch mit Hauptschulabschluss mit ca. 7 % höher als bei denen mit Realschulabschluss (unter 5 %) oder Studienberechtigung (2,5 %). Nahezu keine Unterschiede weisen die gemeldeten Daten zu allen Arten der vorherigen Berufsausbildung zwischen Männern und Frauen sowie deutschen und ausländischen Auszubildenden mit Neuabschluss auf. Doch ist insbesondere hinsichtlich der vorherigen Berufsausbildung und hierbei vor allem bei einer vorherigen dualen Berufsausbildung, die nicht erfolgreich abgeschlossen wurde, noch eine große Zurückhaltung hinsichtlich der Interpretation der Daten geboten, da mit Meldefehlern in größerem Ausmaß gerechnet werden muss. Deshalb gilt auch hier, dass differenzierte Analysen erst künftig erfolgen können.

Das Merkmal der vorherigen Berufsausbildung sowie die Erhebung der faktischen Dauer des Ausbildungsverhältnisses (über die Merkmale Monat und Jahr des Beginns sowie des Endes des Ausbildungsverhältnisses) wurden in die Berufsbildungsstatistik u. a. aufgenommen, um künftig wirkliche Ausbildungsanfänger von anderen Arten von Neuabschlüssen abgrenzen zu können. Hierauf wird im folgenden Abschnitt genauer eingegangen.

Ausbildungsanfänger und andere Arten von Neuabschlüssen

Fälschlicherweise werden Neuabschlüsse häufig mit Ausbildungsanfängern gleichgesetzt. Nicht alle neuen Ausbildungsverträge werden von Ausbildungsanfängern abgeschlossen. Der Neuabschluss stellt ein vertragsbezogenes Merkmal dar, der in Folgenden vorliegt:

a) Eine vorherige zweijährige Berufsausbildung in einem „Anschlussberuf“ wird fortgeführt wird (Anschlussverträge innerhalb des dualen Systems).
b) Ein Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gelöst und ein neuer Ausbildungsvertrag in einem anderen Beruf (Berufswechsler innerhalb des dualen Systems) und/oder mit einem anderen Ausbildungsbetrieb (Ausbildungsbetriebswechsler innerhalb des dualen Systems) abgeschlossen. Falls der zuvor gelöste Vertrag jedoch im gleichen Kalenderjahr abgeschlossen wurde und ein Ausbildungsanfang war, ist die Person bezogen auf das Kalenderjahr trotz vorheriger nicht abgeschlossener Berufsausbildung als Ausbildungsanfänger zu zählen. Da keine fixierte Personennummer erhoben wird, lässt sich dies auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik leider nicht genau ermitteln. Die Dauer des Ausbildungsverhältnis kann in diesen Fällen als weiteres Hilfskriterium herangezogen werden (s. u.).

117 Insgesamt sind die Mehrfachnennungen jedoch sehr gering; lediglich die Kombination „vorherige duale Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen“ und „vorherige duale Berufsausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen“ kommt bei einer etwas größeren Anzahl an Neuabschlüssen vor (1.345 bzw. 0,2 % der Neuabschlüsse).

Tabelle A5.3-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2008 (Teil 1)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %	in % aller Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge								
Baden-Württemberg	2.577	3,1	3,0	2,6	0,0	2,7	1,4	61,2
Bayern	3.045	2,9	1,5	5,9	0,0	4,0	0,5	36,8
Berlin	4.524	21,9	20,5	29,4	0,0	47,6	3,4	100,0
Brandenburg	5.088	29,3	30,2	26,6	0,7	40,0	18,1	100,0
Bremen	405	6,4	2,9	15,5	0,0	47,4	2,4	61,5
Hamburg	948	6,5	4,6	15,8	0,0	25,8	0,0	–
Hessen	3.285	7,9	7,4	10,0	0,2	16,3	6,2	–
Mecklenburg-Vorpommern	3.705	26,6	27,2	25,3	6,2	30,1	5,9	90,7
Niedersachsen	2.304	3,9	2,5	5,1	0,7	6,6	1,2	65,4
Nordrhein-Westfalen	4.788	3,8	2,2	6,6	0,5	9,4	0,2	61,3
Rheinland-Pfalz	1.065	3,6	4,2	2,6	0,0	12,5	1,1	0,0
Saarland	672	8,1	6,0	9,3	0,0	31,6	1,5	81,5
Sachsen	6.795	24,9	27,5	19,2	0,0	33,8	0,0	94,7
Sachsen-Anhalt	3.921	23,0	20,0	30,9	0,0	32,4	5,6	97,1
Schleswig-Holstein	609	2,8	0,5	7,1	0,0	4,5	0,7	–
Thüringen	2.982	18,4	15,8	24,2	5,0	24,7	0,0	91,5
Bundesgebiet insgesamt	**46.710**	**7,7**	**7,0**	**9,1**	**0,6**	**14,3**	**1,6**	**65,7**
Teilzeitberufsausbildung								
Baden-Württemberg	162	0,2	0,1	0,0	0,3	0,0	1,9	0,5
Bayern	36	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1	0,1	0,0
Berlin	12	0,1	0,1	0,0	0,5	0,0	0,2	0,0
Brandenburg	3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bremen	24	0,4	0,5	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Hamburg	33	0,2	0,1	0,7	0,0	0,0	0,3	–
Hessen	138	0,3	0,2	0,0	0,7	0,0	2,6	–
Mecklenburg-Vorpommern	36	0,3	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niedersachsen	60	0,1	0,1	0,0	0,2	0,0	0,5	0,6
Nordrhein-Westfalen[1]	87	0,1	0,1	0,0	0,6	0,0	0,1	0,8
Rheinland-Pfalz	12	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0
Saarland	27	0,3	0,1	0,0	3,2	0,0	3,4	0,0
Sachsen	3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachsen-Anhalt	24	0,1	0,0	0,0	4,5	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	114	0,5	0,5	0,6	0,7	0,0	0,7	–
Thüringen	6	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	**786**	**0,1**	**0,1**	**0,0**	**0,5**	**0,1**	**0,7**	**0,3**

Tabelle A5.3-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2008 (Teil 2)**

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %	in % aller Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs					
Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	6.219	7,6	7,4	9,4	1,8	8,0	4,5	5,7
Bayern	9.960	9,6	8,5	13,7	2,0	9,1	3,2	7,1
Berlin	2.481	12,0	12,5	13,3	6,3	6,7	7,2	11,5
Brandenburg	2.685	15,5	12,8	26,1	11,8	9,5	7,6	8,8
Bremen	1.332	21,1	24,7	18,4	3,6	5,3	4,2	3,8
Hamburg	1.386	9,6	7,9	19,9	3,8	3,2	1,4	–
Hessen	3.300	7,9	6,2	13,6	5,8	8,6	4,0	–
Mecklenburg-Vorpommern	2.325	16,7	19,4	14,3	6,2	6,5	7,9	2,3
Niedersachsen	4.281	7,2	6,1	10,4	6,7	0,0	5,1	0,0
Nordrhein-Westfalen	7.869	6,2	3,4	13,4	5,3	3,9	3,7	1,5
Rheinland-Pfalz	1.473	4,9	2,8	9,8	1,0	9,8	1,1	1,0
Saarland	888	10,6	8,1	17,9	6,5	3,9	4,4	7,4
Sachsen	4.308	15,8	16,4	18,4	1,3	8,4	9,2	4,2
Sachsen-Anhalt	1.644	9,7	9,3	10,1	7,1	11,7	12,2	13,2
Schleswig-Holstein	1.797	8,3	2,2	18,5	2,8	13,2	7,9	–
Thüringen	2.526	15,6	15,0	19,4	5,8	14,8	4,4	15,5
Bundesgebiet insgesamt	**54.474**	**9,0**	**7,8**	**13,4**	**4,5**	**7,1**	**4,4**	**4,9**
Anschlussverträge[2]								
Baden-Württemberg	543	0,7	0,8	0,6	–	–	–	–
Bayern	738	0,7	0,8	0,8	–	–	–	–
Berlin	90	0,4	0,7	0,1	–	–	–	–
Brandenburg	114	0,7	0,7	0,8	–	–	–	–
Bremen	51	0,8	1,0	0,7	–	–	–	–
Hamburg	57	0,4	0,3	1,0	–	–	–	–
Hessen	333	0,8	0,9	0,9	–	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	255	1,8	2,3	1,5	–	–	–	–
Niedersachsen	252	0,4	0,4	0,7	–	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	477	0,4	0,4	0,6	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz	75	0,3	0,3	0,2	–	–	–	–
Saarland	6	0,1	0,0	0,2	–	–	–	–
Sachsen	174	0,6	0,6	1,2	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	99	0,6	0,8	0,3	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	117	0,5	0,3	1,1	–	–	–	–
Thüringen	186	1,1	1,1	1,9	–	–	–	–
Bundesgebiet insgesamt	**3.570**	**0,6**	**0,7**	**0,7**	**–**	**–**	**–**	**–**

[1] Für Nordrhein-Westfalen wurden abweichende Zahlen einer anderen Kammererhebung veröffentlicht; siehe Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) 2009. Die Ursachen für die Unterschiede liegen z.T. in Unterschieden der Erhebungskonzepte (z. B. sind in der Berufsbildungsstatistik hierbei keine Umschulungsverhältnisse erfasst; weitere Abweichungen siehe MAGS NRW (2009, S. 5.). Generell bleiben für die neuen Merkmale die Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik 2009 abzuwarten, um abschätzen zu können, ob die Werte für 2008 eine Untererfassung darstellen.

[2] Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; Wert für Bundesgebiet insgesamt entspricht aufgrund der Rundung je Zelle nicht der Summe der Länderwerte.

c) Zudem kann nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Berufsausbildung erneut ein Ausbildungsvertrag in einem Beruf des dualen Systems abgeschlossen werden, der keinen Anschlussvertrag darstellt (Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems).
d) Außerdem haben einige Auszubildende des dualen Systems zuvor eine Ausbildung außerhalb des dualen Systems begonnen oder abgeschlossen[118] (Mehrfachausbildungen).

Um eine Abgrenzung von wirklichen Ausbildungsanfängern vornehmen zu können, sind verschiedene Wege denkbar. Bezieht man sich alleine auf die Anfänger innerhalb des dualen Systems, würde auch eine bundesweite (zuständigkeits- und regionenübergreifende) fixierte Personennummer für die Auszubildenden entsprechende Analysen erlauben. Man könnte dann anhand der Personennummern verschiedene Meldungen für die jeweilige Person bei der Datenanalyse verknüpfen und wäre nicht auf die Erfassung von vorherigen dualen Berufsausbildungen angewiesen. Der Einführung einer solchen Personennummer stehen jedoch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen; sie ist derzeit nicht realisierbar. Deshalb wurde in der Berufsbildungsstatistik der Weg der Erfassung der vorherigen Berufsausbildung sowie der Ausbildungsdauer gewählt, auch wenn die Erhebung von vorherigen Berufsausbildungen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht unproblematisch ist.[119]

Betrachtet man die verschiedenen Ausprägungen vorheriger Berufsausbildungen, die die Berufsbildungsstatistik unterscheidet, so zeigt sich für 2008, dass die überwiegende Mehrheit der gemeldeten vorherigen Berufsausbildungen vorherige duale Berufsausbildungen darstellt, und zwar sowohl nicht abgeschlossene (31.056) als auch erfolgreich abgeschlossene (22.326); für vergleichsweise wenig Auszubildende mit Neuabschluss (2.901) wurde eine vorherige abgeschlossene schulische Berufsausbildung gemeldet.

E **Anschlussverträge**

Anschlussverträge werden in der Berufsbildungsstatistik folgendermaßen abgegrenzt:

- vorherige abgeschlossene duale Berufsausbildung liegt vor, und
- es handelt sich um einen Ausbildungsberuf, bei dem laut Ausbildungsordnung die Fortführung einer abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung vorgesehen ist, und
- die Dauer des Ausbildungsvertrags entspricht maximal der laut Ausbildungsordnung vorgesehenen Restdauer[120] bei Anschlussverträgen (unter Anrechnung der vorherigen zweijährigen dualen Berufsausbildung).

Dieses Merkmal wird nicht gemeldet, sondern auf Basis von Berufsinformationen und Meldungen zur Vorbildung ermittelt.

Entsprechend den Angaben zur vorherigen *schulischen* Berufsausbildung kann man 0,5 % der Neuabschlüsse Mehrfachausbildungen, die nicht innerhalb des dualen Systems erfolgen, zuordnen.[121] Bezüglich der Neuabschlüsse mit einer *vorherigen Berufsausbildung innerhalb des dualen Systems* ergeben sich auf Basis der Datenmeldungen für 2008 folgende Anteile: Bei nur ca. 0,6 %[122] der Neuabschlüsse handelt es sich um Anschlussverträge **E**, also um die Fortführung von zuvor abgeschlossenen dualen Berufsausbildungen in einem zweijährigen Ausbildungsberuf. Bei der Mehrheit derer, die vor

118 Hinsichtlich der vorherigen vollzeitschulischen Berufsausbildung wird im Rahmen Berufsbildungsstatistik lediglich eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung erfasst.
119 Die Jugendlichen müssen dem Ausbildungsbetrieb dies mitteilen (auch wenn sie kein Eigeninteresse an dieser Informationsweitergabe haben oder dies ihren Interessen sogar entgegensteht), der Betrieb muss dies an die zuständige Stelle melden (ebenfalls auch dann, wenn er kein Eigeninteresse an dieser Information hat).
120 Die Ausbildungsordnungen legen fest, in welches Ausbildungsjahr des jeweiligen „Fortführungsberufs" der Einstieg bei Anschlussverträgen erfolgt; aus dieser Angabe und der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen regulären Dauer des „Fortführungsberufs" kann man die maximale Restdauer ermitteln.
121 Hierunter sind nicht die Externenprüfungen erfasst, die nicht mit den Auszubildendendaten, sondern als eine Gruppe der sonstigen Prüfungen erhoben werden.
122 Der Anteil der Anschlussverträge ist noch mit Unsicherheit behaftet, da dies auch für das Merkmal der vorherigen Berufsausbildung gilt, das zur Abgrenzung der Anschlussverträge herangezogen werden muss (zuvor erfolgreich abgeschlossene duale Berufsausbildung). Dieser Anteil stimmt jedoch nahezu mit dem überein, der bei der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09. erhoben wurde. Deshalb gibt es keinen Anlass anzunehmen, die Operationalisierung im Rahmen der Berufsbildungsstatistik führe zu einem stark fehlerbehafteten Ergebnis.

Tabelle A5.3-2: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2008 mit verkürzter[1] Dauer des Ausbildungsvertrages nach Ländern**

Land	Differenz Dauer nach Ausbildungsordnung und vertragliche Dauer der Ausbildungsverträge									
	3 bis unter 6 Monate		6 bis unter 12 Monate		12 bis unter 18 Monate		18 bis unter 24 Monate		24 Monate und mehr	
	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse
Baden-Württemberg	1.590	1,9	7.155	8,7	12.585	15,4	1.842	2,3	2.022	2,5
Bayern	1.797	1,7	12.636	12,2	8.424	8,1	3.051	2,9	3.996	3,9
Berlin	375	1,8	1.470	7,1	978	4,7	411	2,0	456	2,2
Brandenburg	252	1,5	507	2,9	639	3,7	960	5,5	714	4,1
Bremen	138	2,2	564	8,9	294	4,7	144	2,3	168	2,7
Hamburg	243	1,7	2.028	14,0	1.107	7,6	318	2,2	330	2,3
Hessen	804	1,9	3.831	9,2	3.105	7,4	993	2,4	1.113	2,7
Mecklenburg-Vorpommern	246	1,8	402	2,9	648	4,6	537	3,9	471	3,4
Niedersachsen	738	1,2	3.423	5,7	9.591	16,0	1.650	2,8	2.163	3,6
Nordrhein-Westfalen	2.037	1,6	10.269	8,1	7.476	5,9	2.103	1,7	1.476	1,2
Rheinland-Pfalz	402	1,3	2.292	7,7	2.415	8,1	348	1,2	303	1,0
Saarland	135	1,6	666	8,0	702	8,4	279	3,3	201	2,4
Sachsen	327	1,2	1.104	4,0	1.626	6,0	825	3,0	741	2,7
Sachsen-Anhalt	285	1,7	417	2,5	561	3,3	525	3,1	462	2,7
Schleswig-Holstein	309	1,4	948	4,4	1.500	6,9	576	2,7	723	3,3
Thüringen	204	1,3	660	4,1	777	4,8	723	4,5	624	3,8
Bundesgebiet insgesamt	**9.879**	**1,6**	**48.369**	**8,0**	**52.425**	**8,6**	**15.285**	**2,5**	**15.963**	**2,6**

[1] Vertragliche Verkürzungen aufgrund von Anschlussverträgen (Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung) oder aufgrund von Abkürzungen nach § 8 BBiG.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; Wert für Bundesgebiet insgesamt entspricht aufgrund der Rundung je Zelle nicht der Summe der Länderwerte.

Vertragsabschluss bereits eine duale Berufsausbildung abgeschlossen hatten, insgesamt bei rund 3% der Neuabschlüsse, handelt es sich folglich um andere Fälle als Fortführungen von zweijährigen Berufsausbildungen, nämlich Mehrfachausbildung innerhalb des dualen Systems. Rund 5% der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag kann man auf Basis der Datenmeldungen Ausbildungs- oder Betriebswechslern innerhalb des dualen Systems zuordnen. Für Letztere war ein deutlich höherer Wert zu erwarten; es ist anzunehmen, dass insbesondere die vorherige duale Berufsausbildung ohne Abschluss und somit auch Ausbildungs- oder Betriebswechsler noch untererfasst sind. Wenn man annimmt, dass Befunde einer Studie zu Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch, die im Herbst 2002 durchgeführt wurde, noch zutreffen (vgl. Schöngen 2003, S. 37), wäre mit mindestens 10% Neuabschlüssen[123], die zuvor bereits eine duale Berufsausbildung begonnen, aber wieder gelöst hatten, zu rechnen; denn ca. die Hälfte aller Auszubildenden

123 Der Anteil der Auszubildenden mit vorzeitiger Vertragslösung beträgt in den letzten Jahren ca. 20%.

mit einem vorzeitig gelösten Ausbildungsvertrag schließt erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab.

Neben der Angabe der vorherigen Berufsausbildung kann man die Daten zur faktischen[124] Dauer der Ausbildungsverträge als Hinweis auf Auszubildende mit Neuabschluss, die keine Ausbildungsanfänger darstellen, erhalten. Allerdings kann man nicht alleine aus der Verkürzung darauf schließen, dass es sich bei einem Neuabschluss nicht um Ausbildungsanfänger handelt. Im Vergleich zur Ausbildungsordnung deutlich kürzere Ausbildungsdauern können sich aus verschiedenen Konstellationen ergeben. Zum einen muss bei Anschlussverträgen die vorherige zweijährige Berufsausbildung entsprechend den Regelungen der jeweiligen Ausbildungsordnungen angerechnet werden. Zum anderen hat gemäß § 8 BBiG auf gemeinsamen Antrag von Auszubildenden und Ausbildenden die zuständige Stelle die Ausbildungszeit zu kürzen, wenn zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in kürzerer Zeit erreicht wird. Für die Entscheidung über Verkürzung (oder Verlängerung) hat der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung Richtlinien erlassen.[125] Da nicht nur eine vorherige begonnene (und nicht abgeschlossene) Berufsausbildung im gleichen Beruf sowie eine berufliche Grundbildungsmaßnahme einen möglichen Verkürzungsgrund darstellen, sondern auch ein Alter von mindestens 22 Jahren oder das Vorliegen einer Studienberechtigung, kann auch bei Ausbildungsanfängern eine deutliche Verkürzung der vertraglichen Ausbildungsdauer vorliegen. → **Tabelle A5.3-2** stellt die Zahl der Neuabschlüsse nach verschiedenen Verkürzungsausmaßen dar.

Demnach waren im Jahr 2008 knapp 14 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von einer im Vergleich zur regulären Gesamtausbildungsdauer des jeweiligen Berufs um mindestens 12 Monate kürzeren Dauer, knapp 22 % waren um mindestens 6 Monate kürzer. Wie bereits erläutert, kann es sich bei einigen Personen mit solch verkürzten Ausbildungsverträgen dennoch um Ausbildungsanfänger handeln. Wenn man diejenigen, die mindestens 22 Jahre alt sind und/oder über eine Studienberechtigung verfügen, unberücksichtigt lässt, bleiben immer noch 8,2 % bzw. gut 12 % der Neuabschlüsse mit einer um mindestens 12 bzw. 6 Monate kürzeren Dauer. Man kann demnach annehmen, dass es sich bei mindestens 8 % der Neuabschlüsse sehr wahrscheinlich nicht um Ausbildungsanfänger innerhalb des dualen Systems handelt.

Künftig werden diese Analysen differenzierter fortgeführt, zum einen soll eine exaktere Abgrenzung von Ausbildungsanfängern und anderen Neuabschlüssen erfolgen, und zum anderen sollen differenziertere Ergebnisse für Berufe- bzw. Berufsgruppen, Personengruppen oder Regionen ausgewiesen werden. Solange jedoch insbesondere die Meldungen zur vorherigen Berufsausbildung in der Berufsbildungsstatistik keine plausibleren Daten liefern, können die eigentlich angestrebten Analysemöglichkeiten noch nicht umgesetzt werden. Die mit dem Berufsbildungsreformgesetz eingeläuteten Änderungen der Berufsbildungsstatistik sind umfangreich, und auch wenn im zweiten Jahr der Umstellung der Statistik noch nicht alle Neuerungen voll umgesetzt sind, so hat sich die Datenlage im Vergleich zum Vorjahr bereits deutlich verbessert, sodass in den nächsten Jahren die Analysepotenziale ausgeschöpft werden können.

(Alexandra Uhly)

---

124 Bis 2006 lagen nur die Informationen zu der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Ausbildungsdauer sowie im Rahmen der Berufsbildungsstatistik zu den Prüfungen mit vorzeitiger Zulassung vor. Da seit 2007 Beginn und Ende des Ausbildungsvertrags erfasst werden, kann auch die faktische Dauer ermittelt werden.

125 Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.06.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO).

A5.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung

In diesem Beitrag werden – wie bereits im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Kapitel A5.2[126] – berufsstrukturelle Entwicklungen innerhalb der dualen Berufsausbildung (nach BBiG und HwO) analysiert, wie sie im Rahmen von Dauerbeobachtungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Berufsbildungsstatistik durchgeführt werden. Betrachtet werden hierbei: Produktions- und Dienstleistungsberufe, technische Ausbildungsberufe, neue Ausbildungsberufe, zweijährige Ausbildungsberufe sowie Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung. Solche Strukturentwicklungen im dualen System sind zum einen vor dem Hintergrund der Frage der Entwicklungsperspektiven des dualen Systems von Interesse (vgl. Uhly/Troltsch 2009), zum anderen aber auch für die Chancen unterschiedlicher Gruppen von Jugendlichen von Bedeutung (zu Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen siehe Uhly 2010).

Zur Analyse der berufsstrukturellen Entwicklungen wird der Indikator neu abgeschlossene Ausbildungsverträge → vgl. E in Kapitel A5.3 der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31.12.) → vgl. E in Kapitel A5.2.1 herangezogen. Es werden nicht die Bestandszahlen verwendet, in denen die Berufe je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich stark vertreten sind (zweijährige Ausbildungsberufe sind i. d. R. unterrepräsentiert, dreieinhalbjährige sind eher überrepräsentiert). Außerdem zeigen sich aktuelle Entwicklungen deutlicher in den Neuabschluss- als in den Bestandszahlen. Seit dem Erhebungsjahr 2004 werden auch im Rahmen der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge alle Ausbildungsberufe einzeln erhoben, sodass auch mit diesen Daten Berufsstrukturen analysiert werden können.[127] Allerdings lassen sich die langfristigen Entwicklungen nur auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder betrachten.

126 Im BIBB-Datenreport 2009 konnten die Daten der Berufsbildungsstatistik des Berichtsjahres 2007 noch nicht auf der Ebene der Einzelberufe einbezogen werden, deshalb wird hier hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen nochmals insbesondere auf die Berichtsjahre 2007 und 2008 eingegangen.

127 Zum Vergleich beider Erhebungen, insbesondere den konzeptionellen Unterschieden, siehe Uhly u. a. 2009.

Tertiarisierung der dualen Berufsausbildung

Wie auch im Beschäftigungssystem ist in der dualen Berufsausbildung ein Zuwachs des Anteils an Personen in Dienstleistungsberufen E zu beobachten.

E Klassifizierung der Produktions- und Dienstleistungsberufe

Die Berufsbildungsstatistik verwendet für die Erhebung nach Einzelberufen die Klassifikation der Berufe (KldB) des Jahres 1992 (Statistisches Bundesamt [StBA] 1992), deren oberste Gliederungseinheit neben der Kategorie „sonstige Arbeitskräfte" fünf „Berufsbereiche" unterscheidet. Entsprechend der Konzeption des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)[128] werden in Anlehnung an Bells Konzept eines quartären Sektors (Informationsgesellschaft) nicht die drei Bereiche Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unterschieden, sondern Produktionsberufe (Landwirtschaft, Bergbau und Fertigungsberufe) von den primären und sekundären Dienstleistungsberufen abgegrenzt (vgl. Wolff 1990, S. 64).

Im Folgenden werden auf der Basis der Berufskennziffern (KldB 1992 StBA) Produktions- von Dienstleistungsberufen unterschieden.

Produktionsberufe:
- I Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau
- II Bergleute, Mineralgewinner
- III Fertigungsberufe ohne Berufsgruppe 52 „*Warenprüfer/Versandfertigmacher*"

Primäre Dienstleistungsberufe:
- Berufsgruppe 52 „*Warenprüfer/Versandfertigmacher*"
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 66–68 (*Warenkaufleute*), 71–74 (*Verkehrsberufe*), 771–773, 78–81 (*Büroberufe; Ordnungs- und Sicherheitsberufe*), 90–93 (*Berufe der Körperpflege; Hotel- und Gaststättenberufe; haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe; Reinigungs- und Entsorgungsberufe*)
- Dienstleistungsberufe für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO)

128 Siehe Berufsgliederung des IAB: **www.pallas.iab.de/bisds/erlaeuterungen.htm.**

Sekundäre Dienstleistungsberufe:
- IV Technische Berufe
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 69 und 70 (*Dienstleistungskaufleute)*, 75 und 76 (Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung), 774–776 *(Fachinformatiker/-in und Mathematisch-technischer Softwareentwickler/-in)*, 7791 (*IT-Kaufleute*), 82–89 *(Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe, Gesundheitsdienstberufe; Sozial- und Erziehungsberufe)*

Eine vollständige Berufsliste (alle Einzelberufe) findet man unter: **www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_berufeliste-p-dl_2008.pdf.**

Unter sekundären Dienstleistungstätigkeiten werden Tätigkeiten zusammengefasst, die auch als „Kopf-" oder „Wissensarbeit" bezeichnet werden, es handelt sich um Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Betreuen, Pflegen, Beraten, Lehren und Publizieren (vgl. Kupka/Biersack 2005). Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren. Aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen, Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Uhly 2007a) und Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 (Hall 2007), die eine Modifikation der Berufszuordnung ergeben haben, weicht die Abgrenzung teilweise von der IAB-Einteilung[129] ab (vgl. Uhly/Troltsch 2009).

Im langfristigen Zeitverlauf steigt seit Mitte der 90er-Jahre der Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den Dienstleistungsberufen (zwischen 2001 und 2003 blieb der Anteil allerdings nahezu konstant). Auch die Zahl der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen ist im längerfristigen Zeitverlauf gestiegen; in den Jahren 2001 bis 2005 und in 2008 (im Vergleich zum Vorjahr) waren jedoch auch hier Rückgänge zu verzeichnen. In den Produktionsberufen ist die Zahl der Neuabschlüsse dagegen seit 1999 gesunken; lediglich in 2006 und 2007 waren nochmals Zuwächse zu verzeichnen.

Entsprechend ist der Anteil der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen von 50,1% im Jahr 1995 auf 57,6% in 2008 gestiegen → **Tabelle A5.2-1**. Damit liegt der Dienstleistungsanteil in der dualen Berufsausbildung zwar immer noch deutlich unter dem in der Beschäftigung, wo er mehr als 70% beträgt. Teilweise ist die große Differenz aber auch durch Spezifika der Berufsklassifikation bedingt sowie durch die Tatsache, dass im Bereich der mittleren Qualifikationsebene die Berufsausbildung insbesondere im Bereich von Dienstleistungsberufen nicht nach BBiG/HwO erfolgt, sondern (vollzeitschulisch) an Berufsfachschulen und insbesondere an Schulen des Gesundheitswesens. Die berufsstrukturelle Entwicklung in der dualen Berufsausbildung zeigt deutliche Entwicklungen hin zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie (Walden 2007).

Der Anteil der Neuabschlüsse in den sekundären Dienstleistungsberufen ist jedoch noch sehr gering, in 2008 beträgt er 16,6% aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Dieser Berufsgruppe zugeordnete Ausbildungsberufe sind bislang beispielsweise Medizinische/-r und Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (14.649 und 10.821 Neuabschlüsse), Bankkaufmann/-frau (13.365), Fachinformatiker/-in (9.525), Steuerfachangestellte/-r (6.378), Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen (5.463), Technische/-r Zeichner/-in (3.387), Immobilienkaufmann/-frau (2.601) sowie Chemielaborant/-in (1.827). Im Umfeld von hoch qualifizierten Tätigkeiten sind auch Fachkräftetätigkeiten auf dem Qualifikationsniveau dualer Ausbildungsberufe relevant. Hier mögen besondere Potenziale für neue Ausbildungsberufe oder die Stärkung der Berufsausbildung in bereits existierenden Ausbildungsberufen bestehen, da sich im Bereich sekundärer Dienstleistungsberufe vergleichsweise günstige Beschäftigungsentwicklungen abzeichnen. Seit 1993 schwankt deren Anteil an allen Neuabschlüssen des dualen Systems zwischen ca. 16% und 18%, seit Ende der 1990er-Jahre war er zunächst angestiegen und von 2002 bis 2006 wieder gesunken. In 2007 blieb der Anteil im Vergleich zum Vorjahr erstmals wieder nahezu unverändert, und in 2008 ist wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Hinter dieser Entwicklung der Berufsgruppe insgesamt stehen unterschiedlich verlaufende Entwicklungen in einzel-

129 Dienstleistungskaufleute werden dort den primären Dienstleistungsberufen zugerechnet. Außerdem werden in der Zuordnung des IAB die Berufe der Körperpflege (Friseur und Kosmetiker) unter den sekundären und Datenverarbeitungsfachleute/Informatiker unter den primären Dienstleistungsberufen erfasst.

Tabelle A5.4-1: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen[1], Bundesgebiet 1980[2] und 1993 bis 2008**

Jahr / Berufsgruppe	1980	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	absolut																
Produktionsberufe	342.030	272.907	277.188	288.927	287.607	290.205	292.353	295.530	282.129	270.909	251.874	250.224	250.185	241.575	251.088	267.864	257.412
Dienstleistungsberufe	328.827	298.299	290.247	289.656	291.768	307.905	319.464	340.029	340.839	338.667	316.209	314.271	321.792	317.487	330.093	356.313	350.154
davon:																	
Primäre DL-Berufe	240.369	197.214	191.586	193.443	199.194	213.795	221.529	237.516	232.065	228.699	215.274	218.604	229.176	228.258	239.124	257.487	249.198
Sekundäre DL-Berufe	88.458	101.085	98.661	96.213	92.574	94.110	97.935	102.513	108.774	109.968	100.935	95.667	92.616	89.229	90.966	98.826	100.956
Insgesamt	670.857	571.206	567.438	578.583	579.375	598.110	611.820	635.559	622.968	609.576	568.083	564.492	571.977	559.062	581.181	624.177	607.566
	in %																
Produktionsberufe	51,0	47,8	48,8	49,9	49,6	48,5	47,8	46,5	45,3	44,4	44,3	44,3	43,7	43,2	43,2	42,9	42,4
Dienstleistungsberufe	49,0	52,2	51,2	50,1	50,4	51,5	52,2	53,5	54,7	55,6	55,7	55,7	56,3	56,8	56,8	57,1	57,6
davon:																	
Primäre DL-Berufe	35,8	34,5	33,8	33,4	34,4	35,7	36,2	37,4	37,3	37,5	37,9	38,7	40,1	40,8	41,1	41,3	41,0
Sekundäre DL-Berufe	13,2	17,7	17,4	16,6	16,0	15,7	16,0	16,1	17,5	18,0	17,8	16,9	16,2	16,0	15,7	15,8	16,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB), modifiziert nach Hall 2007; siehe Uhly/Troltsch 2009.

[2] 1980 alte Länder inklusive Berlin-West.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

nen Berufen, die durch verschiedene Determinanten beeinflusst werden (vgl. Uhly/Troltsch 2009, S. 15). Konjunkturelle Gründe mögen beispielsweise den stärkeren Einbruch der IT-Berufe zwischen 2002 und 2005 erklären können. Bei den Bankkaufleuten war der Rückgang eher auf Strukturveränderungen im Bankensektor zurückzuführen; zum Rückgang der Auszubildendenzahl durch Reorganisationsstrategien im Zusammenhang mit „Lean Banking“ siehe Brötz/Paulini-Schlottau/Trappmann-Webers 2007 oder Baethge 2001. Diese Befunde für den Bankensektor sind jedoch nicht generell auf die sekundären Dienstleistungsberufe übertragbar. Mit der Modernisierung der Berufsausbildung durch Neuordnung von Ausbildungsberufen sind bereits Erfolge erzielt worden, die auch den Bereich der sekundären Dienstleistungsberufe betreffen, sodass sich insgesamt der Anteil der Auszubildenden in den Wissensberufen stabilisiert hat. Ein längerfristiger Anstieg der Neuabschlusszahlen bzw. vergleichsweise hohe Neuabschlusszahlen bei der Neuordnung zeigen sich bei folgenden sekundären Dienstleistungsberufen (und deren Vorgängerberufen): Immobilienkaufleute, Kaufleute für Spedition und Logistikdienstleistung, Tiermedizinische Fachangestellte sowie Kaufleute für Dialogmarketing, Kaufleute im Gesundheitswesen und Veranstaltungskaufleute. Auch bei den Fachinformatikern und den Mediengestaltern Digital und Print sind in den letzten 2 bzw. 3 Jahren wieder Zuwächse zu verzeichnen.

Deutlich höhere und nahezu kontinuierlich steigende Anteile liegen bei den primären Dienstleistungsberufen vor. Sehr stark besetzt – mit zwischen 34.000 und 12.000 Neuabschlüssen in 2008 – sind vor allem Warenkaufleute (Kaufleute im Einzelhandel, Kaufleute im Groß- und Außenhandel und Verkäufer/-in sowie Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk), außerdem Büroberufe (Bürokaufleute, Industriekaufleute) sowie Friseur/-in und Hotelfachleute. Unter den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems insgesamt findet man sechs primäre Dienstleistungsberufe, einen sekundären Dienstleistungsberuf (Medizinische/-r Fachangestellte/-r) und drei Produktionsberufe (Kfz-Mechatroniker/-in, Koch/Köchin sowie Industriemechaniker/-in).

Duale Berufsausbildung in technischen Ausbildungsberufen

Von 1980 bis Mitte der 90er-Jahre ist der Anteil der technischen Ausbildungsberufe E im dualen System stark zurückgegangen. Seit Mitte der 90er-Jahre zeigten sich Erfolge der Modernisierung der dualen Berufsausbildung insbesondere bei den Technikberufen, sodass eine Trendwende in Richtung steigender Anteile[130] technischer Ausbildungsberufe zu verzeichnen war → **Tabelle A5.4-2**. Im Zeitraum von 2002 bis 2006 zeigen sich am Ausbildungsstellenmarkt allerdings auch Probleme bei den Technikberufen. Der erneute Einbruch der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge betraf die technischen Ausbildungsberufe noch stärker als die dualen Ausbildungsberufe insgesamt (vgl. Uhly 2005 und 2007a).[131]

E Technische Ausbildungsberufe

An dieser Stelle wird eine breiter gefasste Abgrenzung von technischen Ausbildungsberufen als die des Berufsbereichs IV der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes herangezogen, denn diese ist eng begrenzt auf Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker sowie Techniker und technische Sonderfachkräfte. Technische Berufe des Berufsbereichs der Fertigungsberufe sind dort nicht erfasst. Auch in der Fachliteratur findet sich keine konkrete Definition der technischen Berufe des gewerblich-technischen Bereichs. Die hier verwendete Berufsauswahl basiert auf der im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 12 ff.) zugrunde gelegten Abgrenzung (vgl. auch Troltsch 2004), die in zwei Einzelstudien (Uhly 2005 und 2007a) fortgeführt wurde. Technische Ausbildungsberufe sind demnach solche, deren Tätigkeits- und Kenntnisprofile hohe Technikanteile (z. B. hohe Anteile von Überwachen, Steuern von Maschinen, Anlagen, technischen Prozessen etc.) ergeben haben.

Eine vollständige Berufsliste (alle Einzelberufe) findet man unter: **www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_berufeliste-technik_2008.pdf.**

130 Auch absolut ist die Zahl der Neuabschlüsse in den Technikberufen gestiegen.

131 Insbesondere die IT-Berufe zeigten eine hohe Konjunkturabhängigkeit in der Nachwuchsrekrutierung, aber auch bei den Technikern bzw. technischen Sonderfachkräften und in den Elektro- und Metallberufen wie auch in den Papier- bzw. Druckberufen war ein stärkerer Rückgang zu beobachten.

In den Jahren 2007 und insbesondere 2008 steigt der Anteil der Neuabschlüsse in Technikberufen wieder, inwieweit eine erneute Trendwende eingeleitet ist, wird sich erst im längerfristigen Zeitverlauf zeigen.

Tabelle A5.4-2: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen[1], Bundesgebiet 1980[2] und 1993 bis 2008[3]**

Jahr	absolut	in % aller Neuabschlüsse
1980	185.805	27,7
1993	136.392	23,9
1994	126.684	22,3
1995	130.860	22,6
1996	131.655	22,7
1997	137.454	23,0
1998	146.001	23,9
1999	151.908	23,9
2000	156.261	25,1
2001	159.204	26,1
2002	145.224	25,6
2003	141.945	25,1
2004	140.835	24,6
2005	136.251	24,4
2006	140.604	24,2
2007	154.383	24,7
2008	156.714	25,8

[1] Zur Abgrenzung der technischen Ausbildungsberufe siehe auch Uhly 2007b.

[2] 1980 alte Länder inklusive Berlin-West.

[3] Geringe Abweichungen zu Datenreport 2009 aufgrund einer Datenbankkorrektur hinsichtlich der Berufszuordnung.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Modernisierung der dualen Berufsausbildung

Im Folgenden werden als neue duale Ausbildungsberufe die Berufe betrachtet, die seit 1996 neu geschaffen wurden.[132] Seit 1996 wurde die Modernisierung der dualen Berufsausbildung durch die Neuordnung von Ausbildungsberufen intensiviert. Hintergrund war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1). Im Jahr 1999 haben sich die Sozialpartner auf eine Fortführung dieser Modernisierungsoffensive geeinigt (Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung 1999; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2002, S. 26 ff.). Von 1996 bis 2008 wurden 79 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In diesen Berufen wurden im Jahr 2008 mehr als 67.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen → **Tabelle A5.4-3**. Dies entspricht einem Anteil von 11,1 % aller Neuabschlüsse.

Mit 9.525 Neuabschlüssen in 2008 ist der Beruf Fachinformatiker/-in der am stärksten besetzte neue Ausbildungsberuf, gefolgt vom Beruf Mechatroniker/-in mit 8.031 Neuabschlüssen. Mit deutlichem Abstand folgen die Ausbildungsberufe Mediengestalter/-in Digital und Print und Automobilkaufmann/-frau mit 4.425 bzw. 3.711 Neuabschlüssen. Sowohl bei den Mechatronikern als auch bei den Automobilkaufleuten ist die Zahl der Neuabschlüsse seit 1998 (Jahr des Inkrafttretens der Ausbildungsordnung) nahezu stetig gestiegen. In den Berufen Fachinformatiker/-in (neu seit 1997) sowie Mediengestalter/-in Digital und Print (Vorgängerberuf neu seit 1998) ist die Auszubildendenzahl nach einem anfänglich starken Anstieg bis auf 10.506 bzw. 5.484 neu abgeschlossener Ausbildungsverträge in den Jahren 2002 bis 2005 stark eingebrochen; seit 2006 steigen die Neuabschlüsse auch in diesen Berufen wieder. Insgesamt bleibt ein Großteil der neuen Ausbildungsberufe auch nach einigen Jahren seit

132 Seit 2003 wird im Bundesinstitut für Berufsbildung eine engere Definition der neuen Berufe verwendet, insofern alle neu geordneten Berufe, die Vorgängerberufe (die mit der Neuordnung außer Kraft treten) aufweisen, als nicht neu gelten; in früheren Jahren wurden auch solche neu geordneten Berufe als neu bezeichnet, bei denen zwar Vorgängerberufe existierten, aber wesentliche Änderungen der Ausbildungsordnung erfolgt sind (z. B. Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien).

Tabelle A5.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neuen Ausbildungsberufen 1996 bis 2008 (Teil 1)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
1996	Film- und Videoeditor/-in	15	21	27	51	42	45	33	45	36	42	30	39	48
	Mediengestalter/-in Bild und Ton	168	315	522	642	681	732	609	618	696	597	660	750	738
	Werbe- und Medienvorlagen-hersteller/-in[1]	486	1.143	354	12	3	0	0						
1997	Bauwerksabdichter/-in		60	105	108	60	54	33	21	33	36	45	60	48
	Elektroanlagenmonteur/-in		144	330	360	330	222	273	351	429	270	222	297	270
	Fertigungsmechaniker/-in		261	999	1.140	1.134	1.275	1.176	1.344	1.314	1.233	1.374	1.395	1.266
	Fluggerätelektroniker/-in[2]		54	78	81	75	129	144	138	96	126	84	132	150
	Industrie-Isolierer/-in		69	84	84	78	93	99	84	72	66	120	153	192
	IT-Berufe		4.788	8.919	13.059	18.363	20.157	16.203	14.514	14.382	13.875	13.476	14.820	15.543
	davon:													
	Informatikkaufmann/-frau		771	1.404	1.938	2.496	2.991	2.304	1.830	1.767	1.566	1.479	1.506	1.446
	Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in		1.485	2.166	2.838	3.429	3.633	3.186	2.916	2.601	2.535	2.256	2.340	2.370
	Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-frau		756	1.452	2.088	2.958	3.027	2.544	2.310	2.385	2.316	2.187	2.247	2.199
	Fachinformatiker/-in		1.779	3.897	6.192	9.480	10.506	8.169	7.458	7.629	7.461	7.554	8.727	9.525
	Isolierfacharbeiter/-in		30	63	75	84	66	54	39	57	51	60	63	78
	Kaufmann/-frau für Verkehrsservice		918	1.275	1.572	708	498	603	660	531	438	465	435	441
	Naturwerksteinmechaniker/-in		18	54	45	54	54	63	120	132	123	150	129	150
	Spielzeughersteller/-in		15	12	9	15	9	18	6	3	3	3	0	0
	Verfahrensmechaniker/-in in der Steine- und Erdenindustrie[3]		144	138	114	135	84	102	108	177	135	123	147	165
1998	Automobilkaufmann/-frau			2.400	3.612	3.690	3.597	3.666	3.636	3.732	3.738	3.804	4.002	3.711
	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste[4]			444	474	495	489	501	555	627	603	642	666	642
	Fachkraft für Veranstaltungstechnik			339	588	657	822	795	942	876	981	1.101	1.191	1.194
	Fachmann/-frau für Systemgastronomie			396	642	864	894	1.050	1.299	1.968	2.055	2.457	2.853	3.090
	Fotomedienlaborant/-in			147	180	204	204	192	153	150	120	96	81	96
	Glasbläser/-in			6	3	0	6	3	0	3	0	3	0	0
	Kaufmann/-frau für audiovisuelle Medien			261	309	375	363	318	315	282	315	276	297	276
	Mechatroniker/-in			1.311	3.648	4.875	5.775	5.571	5.844	6.336	6.573	6.819	7.509	8.031
	Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien[5]			2.433	4.014	5.181	5.484	4.341	3.885	3.828	3.672	4.005	4.347	4.425
	Mikrotechnologe/-in			132	165	213	201	219	204	255	165	195	207	222
	Servicekaufmann/-frau im Luftverkehr			33	114	114	126	102	114	114	123	114	114	117
1999	Fassadenmonteur/-in				51	75	36	42	33	27	9	9	15	12
	Informationselektroniker/-in				435	1.635	1.659	1.494	1.311	1.149	1.098	990	1.032	948
	Spezialtiefbauer/-in				18	54	45	24	18	24	24	24	33	27
	Verfahrensmechaniker/-in für Beschichtungstechnik				30	336	324	315	252	279	255	279	378	342
2000	Bühnenmaler/-in und Bühnenplastiker/-in					42	27	33	45	51	39	54	45	33
	Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik					24	21	36	51	66	39	45	42	51
	Fachkraft für Wasserwirtschaft					0	6	15	18	12	3	12	9	9
	Verfahrensmechaniker/-in Glastechnik					72	123	99	105	105	99	108	126	132
2001	Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen						174	663	732	810	1.008	987	1.005	1.113
	Sport- und Fitnesskaufmann/-frau						513	930	1.158	1.266	1.311	1.545	1.797	1.836
	Veranstaltungskaufmann/-frau						360	873	1.224	1.434	1.524	1.710	1.929	1.995
2002	Bodenleger/-in							147	255	225	291	279	264	255
	Fachkraft für Abwassertechnik							312	381	420	450	420	381	369
	Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft							102	162	183	213	219	186	201

Tabelle A5.4-3: **Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neuen Ausbildungsberufen 1996 bis 2008 (Teil 2)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice							24	75	78	81	93	105	141
	Fachkraft für Schutz und Sicherheit							174	477	759	714	972	1.032	936
	Fachkraft für Wasserversorgungstechnik							81	132	168	162	141	144	123
	Fachkraft im Fahrbetrieb								15	24	45	78	129	207
	Maskenbildner/-in							30	48	57	39	48	57	45
2003	Bauten- und Objektbeschichter/-in								417	1.122	1.455	1.713	1.818	1.761
	Bestattungsfachkraft								66	111	141	162	174	189
	Elektroniker/-in für Gebäude- und Infrastruktursysteme								42	78	84	114	111	114
	Fahrzeuglackierer/-in								2.097	2.685	2.652	2.757	3.195	2.913
	Investmentfondskaufmann/-frau								36	45	57	60	54	60
	Kosmetiker/-in								438	444	423	492	540	486
	Mechaniker/-in für Karosserie-instandhaltungstechnik								210	258	249	246	240	228
	Systeminformatiker/-in								48	198	147	195	174	180
2004	Bauwerksmechaniker/-in für Abbruch- und Betontrenntechnik									15	15	27	51	36
	Fahrradmonteur/-in									165	387	555	501	399
	Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in									462	975	1.350	1.866	1.719
	Maschinen- und Anlagenführer/-in									603	1.734	2.448	3.306	3.408
	Schädlingsbekämpfer/-in									18	24	42	24	30
2005	Änderungsschneider/-in										90	255	270	270
	Fachkraft Agrarservice										123	141	177	177
	Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit										387	474	486	543
	Servicefahrer/-in										90	156	204	213
	Technische/-r Produktdesigner/-in										27	159	288	462
2006	Fachangestellte/-r für Markt- und Sozialforschung											60	72	90
	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice											465	648	600
	Kaufmann/-frau für Dialogmarketing											957	1.233	1.407
	Servicefachkraft für Dialogmarketing											480	624	654
2007	Fachkraft für Holz- und Bautenschutz												18	21
	Holz- und Bautenschützer												45	36
	Sportfachmann/-frau												114	168
2008	Automatenfachmann/-frau													39
	Fachkraft für Automatenservice													57
	Fotomedienfachmann/-frau													93
	Personaldienstleistungskaufmann/-frau													1.107
	Produktionstechnologe/-in													24
	Servicekraft für Schutz und Sicherheit													192
	Speiseeishersteller/-in													36
	Summe	**669**	**7.983**	**20.862**	**31.632**	**40.668**	**44.667**	**41.562**	**44.841**	**49.470**	**51.807**	**57.645**	**64.629**	**67.377**
	Alle dualen Ausbildungsberufe	579.375	598.110	611.820	635.559	622.968	609.576	568.083	564.492	571.977	559.062	581.181	624.177	607.566
	Anteil der (seit 1996) neuen Ausbildungsberufe in %	**0,1**	**1,3**	**3,4**	**5,0**	**6,5**	**7,3**	**7,3**	**7,9**	**8,6**	**9,3**	**9,9**	**10,4**	**11,1**

[1] Der in 1996 neu geschaffene Ausbildungsberuf Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in wurde 1998 wieder aufgehoben.
[2] Seit 2003 Elektroniker/-in für luftfahrttechnische Systeme.
[3] Neue Fachrichtung hinzugekommen.
[4] Ab 2000 zusätzliche Fachrichtung.
[5] Ab 2007 Mediengestalter/-in Digital und Print.
Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; außerdem geringfügig abweichende Werte von Datenreport 2009, da Korrektur für „Bauwerksabdichter/-in" sowie „Bauten- und Objektbeschichter/-in".

ihrer Neuordnung vergleichsweise gering besetzt. Von den 7 im Jahr 2008 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen wurden in dem am stärksten besetzten Ausbildungsberuf Personaldienstleistungskaufmann/-frau 1.107 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen; im Beruf Servicekraft für Schutz und Sicherheit waren es 192 Ausbildungsverträge, in allen 5 weiteren Ausbildungsberufen weniger als 100 Neuabschlüsse. Eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe erfolgt nicht allein bei den neuen Ausbildungsberufen, sondern ist für die duale Berufsausbildung insgesamt zu beobachten. In ca. 60% aller staatlich anerkannten Ausbildungsberufe werden jeweils weniger als 500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen; in den 20 am stärksten besetzten staatlich anerkannten Ausbildungsberufen findet man mehr als die Hälfte aller Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag.

Die Entwicklung zweijähriger Ausbildungsberufe

Neben den oben genannten Neuordnungsmotiven wird in den letzten Jahren auch wieder verstärkt das Ziel verfolgt, zweijährige (theoriegeminderte) Ausbildungsberufe speziell für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu schaffen (Kath 2005; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005). Auszubildende in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz zweijährige Ausbildungsberufe), machen im Jahr 2008 8,8% aller Neuabschlüsse aus → **Tabelle A5.4-4**.[133] Der am stärksten besetzte zweijährige Ausbildungsberuf ist mit 25.008 Neuabschlüssen der Beruf Verkäufer/-in. In den 80er-Jahren lag der Anteil zweijähriger Ausbildungsberufe in den alten Ländern noch deutlich höher (1980: 13,7%). Mit dem Wegfall von sogenannten gestuften Ausbildungen in den Elektroberufen im Jahr 1987 ist deren Anteil bis Mitte der 90er-Jahre auf unter 3% stark geschrumpft. Bereits seit 1995 steigt deren Anteil wieder an. Zudem sind seit 2003 11 neue Ausbildungsordnungen für zweijährige Ausbildungsberufe in Kraft getreten. In Westdeutschland fällt der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe mit 7,8% (2008) deutlich geringer aus als in Ostdeutschland (13,5%).

Die überwiegende Mehrheit (94%) der Jugendlichen, die im Jahr 2008 in einem zweijährigen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, befindet sich in einem Beruf, der die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildung in einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf vorsieht. Von den zweijährigen Ausbildungsberufen, die keine Fortführung vorsehen, ist allein der aus dem Jahr 1940 stammende Beruf Teilezurichter/-in mit 2.253 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen stärker besetzt. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Berufsbildungsstatistik nicht erfasst, ob die Ausbildung nach Abschluss der zweijährigen Berufsausbildung auch wirklich fortgeführt wird. Ausbildungsverläufe lassen sich aufgrund der fehlenden festen Personennummer nicht ermitteln. Allerdings wird seit dem Berichtsjahr 2008 die Zahl der Anschlussverträge ausgewiesen, definiert als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in potenziellen Fortführungsberufen mit einer entsprechend kürzeren Vertragsdauer und dem Vorliegen einer vorherigen abgeschlossenen dualen Berufsausbildung der Auszubildenden → **vgl. Kapitel A5.3**. Der rechnerische Anteil der Anschlussverträge an den erfolgreichen Absolventen in zweijährigen staatlich anerkannten Ausbildungsberufen in 2008 kann als Indikator für den Anteil derer, die eine zweijährige Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf fortführen, herangezogen werden. Von allen Neuabschlüssen des Jahres 2008 lassen sich 3.570 als Anschlussverträge ausmachen; dies entspricht einem rechnerischen Anteil von nur ca. 10% der erfolgreichen Absolventen[134] in zweijährigen Ausbildungsberufen. In den ersten Jahren sind die neuen Merkmale der Berufsbildungsstatistik noch mit Vorsicht zu interpretieren → **vgl. Kapitel A5.3**, allerdings ergibt sich auch in der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge eine ähnlich hohe Zahl an Anschlussverträgen. Selbst wenn die Zahl der Anschlussverträge faktisch

133 Alle Werte zu den zweijährigen Ausbildungsberufen beziehen sich ausschließlich auf die staatlich anerkannten Ausbildungsberufe ohne die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

134 Da in 2007 keine Prüfungsdaten der Berufsbildungsstatistik veröffentlicht wurden, wurde hier die Prüfungszahl aus 2008 herangezogen.

Tabelle A5.4-4: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2008, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2008[1]**

Westdeutschland[2]	**1980**	**1993**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**
Zweijährige Berufe	92.046	14.634	12.042	12.414	12.954	14.409	14.952	17.151	16.554	16.956	16.767	18.369	21.948	25.065	30.624	37.488	37.866
Alle Berufe	670.857	449.007	427.740	430.314	429.636	446.118	462.492	477.378	476.544	467.946	434.409	429.018	436.773	429.231	450.057	489.114	486.033
Anteil in zweijährigen Berufen in %	13,7	3,3	2,8	2,9	3,0	3,2	3,2	3,6	3,5	3,6	3,9	4,3	5,0	5,8	6,8	7,7	7,8
Ostdeutschland[3]		**1993**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**
Zweijährige Berufe		5.994	7.383	8.910	10.212	11.967	13.164	15.861	13.386	13.401	13.005	14.691	14.466	16.230	16.785	16.704	14.445
Alle Berufe		114.387	130.728	138.423	138.924	141.072	138.564	146.397	134.466	128.811	119.556	120.546	119.442	114.930	116.424	119.589	106.695
Anteil in zweijährigen Berufen in %		5,2	5,6	6,4	7,4	8,5	9,5	10,8	10,0	10,4	10,9	12,2	12,1	14,1	14,4	14,0	13,5
Bundesgebiet		**1993**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**
Zweijährige Berufe		20.628	19.425	21.324	23.166	26.376	28.116	33.012	29.940	30.357	29.769	33.060	36.414	41.295	47.409	54.192	52.311
Alle Berufe		563.394	558.468	568.734	568.560	587.187	601.056	623.775	611.010	596.757	553.965	549.561	556.218	544.161	566.481	608.703	592.725
Anteil in zweijährigen Berufen in %		3,7	3,5	3,7	4,1	4,5	4,7	5,3	4,9	5,1	5,4	6,0	6,5	7,6	8,4	8,9	8,8

[1] Berufe mit 24 oder mit 18 Monaten Ausbildungsdauer; inklusive der Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen mit der Möglichkeit der Fortführung der Berufsausbildung; bis 1999 inklusive Ausbildungsberuf Gerüstbauer/-in, der erst seit 2000 dreijährig ist; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG 2005 bzw. § 42m HwO 2005.

[2] Westdeutschland ab 1993 ohne Berlin; 1980 alte Länder (inklusive Berlin-West).

[3] Ostdeutschland (inklusive Berlin).

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; Wert für Bundesgebiet insgesamt entspricht aufgrund der Rundung je Zelle nicht der Summe der Länderwerte.

Tabelle A5.4-5: **Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung[1], Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2008 (in %)**

Jahr	Bundesgebiet	Westdeutschland	Ostdeutschland
1993	1,4	1,0	3,0
1994	1,6	1,0	3,3
1995	1,7	1,1	3,6
1996	1,9	1,2	4,0
1997	1,8	1,2	3,9
1998	1,8	1,2	3,4
1999	1,9	1,3	3,6
2000	1,9	1,3	4,0
2001	2,1	1,4	4,5
2002	2,5	1,7	5,3
2003	2,6	1,8	5,5
2004	2,8	2,0	5,5
2005	2,7	1,9	5,5
2006	2,5	1,8	5,1
2007	2,5	1,8	5,0
2008	2,4	1,8	5,2

[1] Berufe für Menschen mit Behinderungen nach § 66 BBiG 2005 bzw. § 42m HwO 2005 (bis April 2005 § 48 BBiG a.F. bzw. § 42b HwO a.F.); Neuabschlüsse in diesen Berufen wurden erst ab 1987 erfasst.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

doppelt so hoch als ausgewiesen ausfallen würde, bliebe aus den Datenmeldungen zu folgern, dass der Anteil derer, die eine zweijährige duale Berufsausbildung tatsächlich fortführt, relativ gering ausfällt. Letztendlich aber lässt sich die Frage, in welchem Ausmaß Jugendliche nach Abschluss einer zweijährigen Berufsausbildung eine duale Berufsausbildung fortführen und wie sich die genauen Bildungs- und Erwerbschancen dieser Personen darstellen, nicht auf Basis der Berufsbildungsstatistik ermitteln. Hierzu sind spezifische Evaluationsstudien erforderlich (siehe z. B. Gruber/Weber 2007).

Die Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

In Berufen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG und § 42m HwO) E wurden im Jahr 2008 14.841 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (insgesamt 38.883 Auszubildende ausgebildet); diese Ausbildungsberufe machen im Jahr 2008 einen Anteil von 2,4% aller Neuabschlüsse aus → **Tabelle A5.4-5**.

In Ostdeutschland liegt der Anteil der Neuabschlüsse in den Berufen für Menschen mit Behinderung im gesamten Beobachtungszeitraum fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland (in 2008 Ost: 5,2% und West: 1,8%). In Westdeutschland ist er bis 2004 kontinuierlich angestiegen, in Ostdeutschland insbesondere zwischen 1993 und 1996 sowie 1998 und 2003; hier bleibt er seither bei ca. 5%, in Westdeutschland bei unter 2%.

E **Duale Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung**

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen … in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden" (§ 64 BBiG). Nur wenn aufgrund der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen Menschen mit Behinderung nach besonderen Regelungen ausgebildet werden. Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

Bei den Daten der Berufsbildungsstatistik ist zu beachten, dass kein personenbezogenes Merkmal zur Behinderung erhoben wird. Erfasst ist lediglich, ob es sich bei den jeweiligen Meldungen der Ausbildungsverträge um staatlich anerkannte Ausbildungsberufe oder um Ausbildungsgänge gemäß einer Regelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung handelt.

Auch wenn solche Ausbildungsregelung ausschließlich für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind, legen die Bedeutungszunahme dieser Berufe sowie die erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland die Vermutung nahe, dass – wie auch bei Maßnahmen und Ausnahmeregelungen für Benachteiligte oder Lernbeeinträchtigte schon lange bekannt (siehe hierzu Ulrich 1998) – solche Ausbildungsregelungen nicht alleine durch das Vorliegen entsprechender Merkmale bei den Jugendlichen zu erklären sind, sondern auch als Problemlösungsstrategien dienen, um Jugendliche trotz Ausbildungsplatzmangel mit Ausbildungsplätzen zu versorgen. Es bleibt zu berücksichtigen, dass auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht die Situation von Menschen mit Behinderung in der dualen Berufsausbildung analysiert werden kann, da auf Basis der Berufsbildungsstatistik lediglich eine berufsbezogene Betrachtung möglich ist, ein personenbezogenes Merkmal zur Behinderung wird nicht erfasst. Menschen mit Behinderung werden auch in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet, das BBiG sieht dies sogar als Regelfall vor (§ 64 BBiG).

(Alexandra Uhly)

A5.5 Vorbildung der Auszubildenden

A5.5.1 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss

Im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik nach Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes vom 23. März 2005 → **vgl. Kapitel A5.3** wurde die Erfassung der Vorbildung unter den Auszubildenden deutlich ausgeweitet. Drei Arten von Vorbildung werden nun für alle Auszubildenden abgebildet: Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss, zur Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung und zur vorherigen Berufsausbildung **E**. Die Neuerungen traten zum 1. April 2007 in Kraft, doch gab es auch im zweiten Jahr nach der Umstellung noch vereinzelt Meldeprobleme in der Praxis. Im Berichtsjahr 2008 ist über den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss hinaus erstmals die Ausweisung von Daten zur vorausgegangenen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss möglich (zur vorherigen Berufsausbildung → **vgl. Kapitel A5.3**). Generell ist zu beachten, dass mit den Vorteilen dieser Neukonzeption auch Einschränkungen in der Vergleichbarkeit im Zeitverlauf verbunden sind. Für einen Überblick über die Entwicklung der bis 2006 erfassten Vorbildung siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

E **Schulische Vorbildung der Auszubildenden bis 2006**

Als schulische Vorbildung wurde in der Berufsbildungsstatistik bis einschließlich 2006 entweder der zuletzt erreichte Abschluss einer allgemeinbildenden Schule (nicht der Schultyp) oder die zuletzt besuchte berufliche Schule erfasst. Unterschieden wurden folgende Kategorien:

- Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss
- Hauptschulabschluss
- Realschul- oder vergleichbarer Schulabschluss
- Studienberechtigung (Hochschul- oder Fachhochschulreife)
- Berufsvorbereitungsjahr, einschließlich berufsvorbereitender Einrichtungen

- Abschluss eines Berufsgrundbildungsjahres in vollzeitschulischer Form
- Berufsfachschule (ein- oder mehrjährig)
- Sonstige Abschlüsse (ohne nähere Angabe)
- Ohne Angabe

Bei Besuch einer berufsbildenden Vollzeitschule vor Antritt der Berufsausbildung wurde diese als zuletzt besuchte Schule angegeben, in allen anderen Fällen wurde der zuletzt erreichte Schulabschluss erhoben. Angaben zum allgemeinbildenden Schulabschluss lagen demnach nicht für alle Personen vor. Das hatte den Nachteil, dass Aussagen über die Struktur und v. a. die Entwicklungen der Auszubildenden bezüglich dieses Merkmals stets mit Unsicherheiten behaftet waren.

Mit der Neukonzeption und Umstellung der Berufsbildungsstatistik in 2007 auf eine Individualstatistik mit erweitertem Merkmalskatalog werden nun drei Vorbildungsarten getrennt voneinander erfasst und liegen künftig für alle Auszubildenden vor:

I. Höchster allgemeinbildender Schulabschluss

- Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss
- Hauptschulabschluss
- Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss
- Studienberechtigung
- Im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar ist („Restkategorie")

II. Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung

- Betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (Einstiegsqualifizierung [EQ], Einstiegsqualifizierungsjahr [EQJ], Qualifizierungsbaustein, Betriebspraktika)
- Berufsvorbereitungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit
- Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)
- Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (BFS)

Der höchste allgemeinbildende Schulabschluss sowie Angaben zur berufsvorbereitenden Qualifizierung liegen für das Berichtsjahr 2008 vor. Da es bezüglich der Angaben zu der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar"[135] in 2008 noch Probleme bei der Datenerhebung gab, wird diese Kategorie in den dargestellten Tabellen nicht in die Prozentuierung einbezogen. Ein Vergleich im Zeitverlauf ist derzeit nur gegenüber dem Vorjahr möglich (für Zeitreihen des früheren Merkmals „schulische Vorbildung" bis 2006 siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4).

III. Vorherige Berufsausbildung

- Berufsausbildung mit Ausbildungsvertrag, erfolgreich beendet
- Berufsausbildung mit Ausbildungsvertrag, nicht erfolgreich beendet
- Schulische Berufsausbildung, erfolgreich beendet

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Neuabschlüssen 2008

Im Berichtsjahr 2008 stellten die Auszubildenden mit Realschulabschluss (42,9 %) und Hauptschulabschluss (33,0 %) weiterhin die größten Vorbildungsgruppen unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag dar. Die Auszubildenden mit Studienberechtigung hatten einen Anteil von 20,7 %, die Auszubildenden ohne Schulabschluss von 3,5 % → **Tabelle A5.5.1-1**. Die Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" ist bei dieser Prozentuierung nicht einbezogen. Vergleicht man diese Verteilung mit der des Vorjahres[136], zeigt sich ein leichter Anstieg beim Anteil der Auszubildenden mit Studienberechtigung (+1,3 Prozentpunkte) sowie ein geringfügiger Rückgang bei den Auszubildenden ohne allgemeinbildenden Schulabschluss (-0,5 Prozentpunkte) und mit Realschulabschluss (-0,9 Prozentpunkte). Der

135 Zunächst war keine Kategorie für fehlende Angaben geplant, da aber insbesondere bei ausländischen Abschlüssen die Zuordnung zu einem allgemeinbildenden Schulabschluss schwierig sein kann, wurde die Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" aufgenommen. Hierunter werden aber nicht alle im Ausland erworbenen Abschlüsse zugeordnet. Aufgrund des sprunghaften Anstieges gegenüber dem Vorjahr ist anzunehmen, dass unter dieser Restkategorie auch andere Neuabschlüsse ohne Vorbildungsangabe (auch in Deutschland erworbene Abschlüsse) gemeldet wurden. Die plötzlichen Anstiege der Restkategorie in 2008 betrafen v. a. den Bereich Industrie und Handel.

136 Verteilung des allgemeinbildenden Abschlusses 2007 ohne Restkategorie: Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss 3,9 %, Hauptschulabschluss 32,9 %, Realschulabschluss 43,8 %, Studienberechtigung 19,4 % (BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4 Druckversion Fußnote 119, S. 131).

Tabelle A5.5.1-1: **Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Bundesländern 2008**[1]

Region	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und höchster allgemeinbildender Schulabschluss										
	Neuabschlüsse gesamt	ohne allgemeinbildenden Schulabschluss		mit Hauptschulabschluss		mit Realschulabschluss		mit Hochschul-/Fachhochschulreife		im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Baden-Württemberg	81.810	1.749	2,4	27.027	37,0	33.108	45,3	11.190	15,3	8.733	–
Bayern	103.653	4.266	4,3	45.126	45,0	40.797	40,7	10.146	10,1	3.321	–
Berlin (ab 91 mit Berlin-Ost)	20.697	1.017	5,0	5.721	28,3	7.668	37,9	5.817	28,8	474	–
Brandenburg	17.337	1.224	7,4	4.422	26,6	6.909	41,6	4.035	24,3	744	–
Bremen	6.306	213	3,6	1.359	22,7	2.571	42,9	1.854	30,9	312	–
Hamburg	14.487	243	2,1	2.718	23,1	4.557	38,7	4.272	36,2	2.697	–
Hessen	41.763	819	2,3	11.364	31,7	14.646	40,8	9.051	25,2	5.877	–
Mecklenburg-Vorpommern	13.947	1.107	8,2	3.729	27,5	6.438	47,4	2.307	17,0	366	–
Niedersachsen	59.790	1.374	2,7	14.982	29,5	24.777	48,7	9.741	19,1	8.919	–
Nordrhein-Westfalen	127.446	3.894	3,2	34.083	28,1	46.371	38,2	37.104	30,5	5.991	–
Rheinland-Pfalz	29.859	642	2,2	11.445	38,8	12.681	42,9	4.764	16,1	327	–
Saarland	8.346	252	3,0	3.123	37,5	2.655	31,9	2.304	27,6	12	–
Sachsen	27.267	990	4,0	5.721	23,0	13.344	53,7	4.815	19,4	2.400	–
Sachsen-Anhalt	17.016	684	4,5	3.444	22,5	8.385	54,7	2.817	18,4	1.683	–
Schleswig-Holstein	21.603	426	2,3	7.272	39,1	8.061	43,3	2.853	15,3	2.988	–
Thüringen	16.242	480	3,4	3.273	23,3	7.560	53,8	2.730	19,4	2.199	–
Westdeutschland	495.063	13.881	3,0	158.502	34,8	190.221	41,7	93.282	20,5	39.177	–
Ostdeutschland	112.506	5.499	5,3	26.313	25,1	50.304	48,1	22.524	21,5	7.866	–
Deutschland	**607.566**	**19.380**	**3,5**	**184.815**	**33,0**	**240.522**	**42,9**	**115.803**	**20,7**	**47.046**	**–**

[1] In der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" ist in 2008 noch von Fehlmeldungen auszugehen. Die Werte sind nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Anteil der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss blieb nahezu unverändert (+0,1 Prozentpunkte). Weitgehend bestätigen sich damit die Ergebnisse aus dem ersten Jahr nach Umsetzung der statistischen Neuerungen.[137]

Im Folgenden werden die Daten 2008 zu den Abschlussgruppen genauer betrachtet. Dabei wird zum einen auf die Verteilung der Vorbildungsgruppen auf bestimmte Berufe eingegangen. Die Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe trifft generell auf das duale System zu, doch zeigen sich im Vergleich verschiedener Personengruppen noch Unterschiede im Berufsspektrum. Hierbei ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht allein Ergebnis einer Berufswahlentscheidung der Bewerber, sondern Ergebnis eines vielschichtigen Zusammenspiels angebots- und nachfrageseitiger Faktoren sind. Zum anderen werden die Anteile der Vorbildungsgruppen innerhalb dieser Berufe betrachtet. Daraus wird ersichtlich, wie stark die verschiedenen Vorbildungsgruppen in-

137 Für 2008 ergeben sich bei Berücksichtigung der Restkategorie folgende Anteile: Realschulabschluss 39,6 %, Hauptschulabschluss 30,4 %, Studienberechtigung 19,1 %, ohne allgemeinbildenden Schulabschluss 3,2 % und im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar 7,7 %.

Tabelle A5.5.1-2: **Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Zuständigkeitsbereichen 2008**[1]

Zuständigkeitsbereich	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag										
	Neuabschlüsse gesamt	ohne allgemeinbildenden Schulabschluss		mit Hauptschulabschluss		mit Realschulabschluss		mit Hochschul-/Fachhochschulreife		im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar	
	abs.	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Industrie und Handel	365.211	6.465	2,0	79.650	24,9	143.937	45,1	89.322	28,0	45.840	–
Handwerk	166.941	9.243	5,5	89.106	53,4	58.140	34,9	10.230	6,1	219	–
Öffentlicher Dienst	12.639	42	0,3	615	4,9	7.026	55,7	4.938	39,1	18	–
Landwirtschaft	16.131	1.926	12,0	6.786	42,4	5.637	35,2	1.671	10,4	114	–
Freie Berufe	42.513	231	0,6	6.702	16,1	25.197	60,4	9.594	23,0	786	–
Hauswirtschaft	4.134	1.473	36,2	1.956	48,1	588	14,5	51	1,3	66	–
Insgesamt	**607.566**	**19.380**	**3,5**	**184.815**	**33,0**	**240.522**	**42,9**	**115.803**	**20,7**	**47.046**	–

[1] In der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" ist in 2008 noch von Fehlmeldungen auszugehen. Die Werte sind nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Tabelle A5.5.1-3: **Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Berufsgruppen, Bundesgebiet 2008**

Berufsgruppe[1]	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag										
	Neuabschlüsse gesamt	ohne allgemeinbildenden Schulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Hochschul-/Fachhochschulreife		im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar[2]	
	abs.	abs	in %	abs	in %	abs	in %	abs	in %	abs	in %
Produktionsberufe	257.412	12.213	5,0	105.279	43,3	103.044	42,3	22.839	9,4	14.040	–
Dienstleistungsberufe	350.154	7.170	2,3	79.536	25,1	137.481	43,3	92.964	29,3	33.006	–
Primäre Dienstleistungsberufe	249.198	6.543	2,9	70.938	31,9	95.403	42,9	49.512	22,3	26.805	–
Sekundäre Dienstleistungsberufe	100.956	627	0,7	8.598	9,1	42.078	44,4	43.452	45,9	6.201	–
Technikberufe	156.714	2.673	1,8	41.691	28,4	75.921	51,7	26.709	18,2	9.723	–
Neue Berufe	67.158	1.608	2,6	12.870	21,1	25.734	42,2	20.820	34,1	6.129	–
Zweijährige Berufe	52.311	2.763	6,2	27.150	61,0	13.164	29,6	1.446	3,2	7.788	–
Ausbildungsberufe insgesamt	**607.566**	**19.380**	**3,5**	**184.815**	**33,0**	**240.522**	**42,9**	**115.803**	**20,7**	**47.046**	–

[1] Erläuterungen zur Untergliederung der Berufsgruppen siehe Kapitel A5.2.

[2] In der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" ist in 2008 noch von Fehlmeldungen auszugehen. Die Werte sind nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

nerhalb einzelner Berufe vertreten sind und womöglich um Ausbildungsplätze konkurrieren. Aussagen über die Integration von Migranten auf Basis der Berufsbildungsstatistik können zwar nur eingeschränkt vorgenommen werden, da lediglich die Staatsangehörigkeit erfasst wird und ein möglicher Migrationshintergrund aufgrund von Einbürgerungen somit nicht abgebildet werden kann. Aber durch die Gegenüberstellung der Vorbildungsanteile unter den Schulabsolventen der allgemeinbildenden Schulen nach Staatsangehörigkeit und den entsprechenden Anteilen unter den Auszubildenden können Rückschlüsse auf die Einmündungswahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Gruppen gezogen werden. Bei

Tabelle A5.5.1-4: **Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Auszubildenden mit Neuabschluss und Schulabsolventen 2008, nach Personenmerkmalen**

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	Auszubildende											
	Deutsche						Ausländer					
	gesamt		männlich		weiblich		gesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ohne allgemeinbildenden Schulabschluss	17.943	3,4	12.552	4,0	5.394	2,4	1.437	5,1	948	6,1	489	3,9
Hauptschulabschluss	170.259	32,0	115.191	37,0	55.068	24,9	14.556	52,1	8.886	57,6	5.670	45,3
Realschulabschluss	231.888	43,5	131.541	42,3	100.344	45,3	8.637	30,9	4.173	27,0	4.464	35,7
Studienberechtigung	112.491	21,1	51.921	16,7	60.570	27,4	3.312	11,9	1.422	9,2	1.893	15,1
im Ausland erworbener Schulabschluss, nicht zuordenbar[1]	43.908	–	24.675	–	19.233	–	3.138	–	1.794	–	1.344	–
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	**Schulabsolventen**											
	Deutsche						Ausländer					
	gesamt		männlich		weiblich		gesamt		männlich		weiblich	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
ohne allgemeinbildenden Schulabschluss	51.906	6,2	32.002	7,5	19.904	4,8	13.012	15,0	7.870	17,7	5.142	12,1
Hauptschulabschluss	175.354	20,8	101.863	23,9	73.491	17,7	34.957	40,2	18.735	42,2	16.222	38,1
Realschulabschluss	345.148	41,0	173.452	40,7	171.692	41,3	28.356	32,6	13.214	29,8	15.142	35,6
Studienberechtigung	270.070	32,1	119.137	27,9	150.933	36,3	10.659	12,3	4.589	10,3	6.070	14,3

[1] In der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" ist in 2008 noch von Fehlmeldungen auszugehen. Die Werte sind nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet; Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes (Fachserie11, Reihe 1), Wiesbaden 2009

gleichen Zugangsmöglichkeiten müssten die jeweiligen Anteile unter Schulabgängern und Auszubildenden theoretisch gleich hoch sein. Fällt der Anteil einer Gruppe unter den Auszubildenden niedriger oder höher aus als unter den Schulabgängern, erscheint die Gruppe im dualen System entsprechend unter- oder überrepräsentiert (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4).

Auszubildende ohne Schulabschluss

Von den Auszubildenden mit Neuabschluss in 2008 hatten 19.380 (3,5%) Jugendliche keinen allgemeinbildenden Schulabschluss. Vergleicht man diesen Anteil mit dem Anteil dieser Vorbildungsgruppe unter den Schulabgängern (7,0%) (Statistisches Bundesamt 2009), zeigt sich, dass er hier zwar ähnlich niedrig ist, doch mit 3,5% erscheinen Jugendliche ohne Abschluss in der betrieblichen Ausbildung deutlich unterrepräsentiert. Unter den ausländischen Jugendlichen fällt die Verzerrung dabei noch stärker aus. Dort haben 15,0% der Schulabgänger keinen Abschluss, unter den ausländischen Auszubildenden mit Neuabschluss sind es jedoch nur 5,1%.[138] Wie aus → **Tabelle A5.5.1-1** ersichtlich, wurden in den östlichen Bundesländern mit 5,3% generell etwas mehr Jugendliche ohne Abschluss unter den Auszubildenden gemeldet (West: 3,0%), was z. T. auf entsprechend höhere Anteile unter den Schulabgängern in Ostdeutschland (9,1%) zurückgeführt werden kann (West: 6,5%). Auszubildende ohne formalen Abschluss wurden mit 36,6% am häufigsten im Zuständigkeitsbereich Hauswirtschaft gemeldet → **Tabelle A5.5.1-2**. Auch in der Landwirtschaft ist ihr Anteil mit 12,0% vergleichsweise hoch, doch handelt es sich hierbei um Bereiche mit insgesamt eher geringen Neuabschlusszahlen. Die meisten Neuabschlüsse wurden von dieser Gruppe in den Berufen Hauswirtschaftshelfer/-in (1.230 Neuabschlüsse), Werker/-in im Gartenbau (984 Neuabschlüsse) und Maler/-in und Lackierer/-in (852 Neuabschlüsse)

138 Anteile der Jugendlichen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss unter den Deutschen: Schulabgänger 6,2%, Auszubildende 3,4%.

Tabelle A5.5.1-5: **Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und ohne allgemeinbildenden Schulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008**

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende ohne allgemeinbildenden Schulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden ohne allgemeinbildenden Schulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG)	1.230	6,3	59,0
Werker/-in im Gartenbau (§ 66 BBiG)	984	5,1	64,2
Maler/-in und Lackierer/-in mit Vorgänger	852	4,4	8,6
Friseur/-in	840	4,3	5,1
Verkäufer/-in (IH/HwEx)	708	3,7	2,8
Bau- und Metallmaler/-in (§ 42m HwO)	531	2,7	56,2
Metallbauer/-in mit Vorgängern	483	2,5	5,1
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk mit Vorgänger	462	2,4	3,7
Koch/Köchin (IH/HwEx)	456	2,4	2,8
Beikoch/Beiköchin (§ 66 BBiG)	447	2,3	23,7

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

abgeschlossen → **Tabelle A5.5.1-5**. Dabei machten die Jugendlichen allein unter den Neuabschlüssen in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen zusammen 36,1 % aller eingemündeten Auszubildenden ohne Schulabschluss aus. Im Vergleich zu den anderen Vorbildungsgruppen ist ihre Konzentration auf bestimmte Berufe damit etwas schwächer ausgeprägt. Betrachtet man weiterhin den Anteil, den diese Vorbildungsgruppe unter diesen Berufen ausmacht, zeigt sich, dass dieser insgesamt zumeist sehr gering ist und diese Berufe weit stärker von anderen Vorbildungsarten besetzt werden. Als Berufe, in denen Jugendliche ohne Abschluss offenbar weniger mit anderen Vorbildungsgruppen konkurrieren, fallen lediglich die Berufe Werker/-in im Gartenbau mit 64,2 %, Hauswirtschaftshelfer/-in mit 59,0 % und Bau- und Metallmaler/-in mit 56,2 % heraus. Relativ hoch ist der Anteil der Auszubildenden ohne Abschluss mit 23,7 % auch im Beruf Beikoch/Beiköchin. Bemerkenswert ist, dass sich unter den am stärksten besetzten Berufen auch Berufe für Menschen mit Behinderung finden (Hauswirtschaftshelfer/-in, Werker/-in im Gartenbau, Beikoch/Beiköchin) (zur Entwicklung der Berufe für Menschen mit Behinderung → **vgl. Kapitel A5.4**).

Auszubildende mit Hauptschulabschluss

Die Auszubildenden mit Hauptschulabschluss bilden mit 184.815 (33,0 %) Meldungen bundesweit die zweitstärkste Gruppe unter den Auszubildenden mit Neuabschluss. Ihr Anteil ist jedoch im Zeitverlauf einerseits durch Veränderungen der Schulabgängerstruktur im Zuge der Bildungsexpansion, andererseits aber auch durch verschlechterte Zugangschancen und berufsstrukturelle Entwicklungen stark zurückgegangen (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4; Uhly/Erbe 2007). Doch gemessen an ihrem Anteil unter den Schulabgängern 2008 von 22,6 %, sind Jugendliche mit Hauptschulabschluss im dualen System mit 33,0 % noch überrepräsentiert. Unter den Deutschen ist diese Überrepräsentanz noch stärker ausgeprägt als unter den Ausländern.[139] Generell sind in Westdeutschland mehr Jugendliche mit Hauptschulabschluss (34,8 %) unter den Auszubildenden als in Ostdeutschland (25,1 %). In Westdeutschland liegen jedoch auch höhere Hauptschulabgängeranteile vor.[140] Das Handwerk mit 53,3 % (89.106 Neuabschlüsse) führte ebenso wie die insgesamt jedoch relativ gering besetzten Bereiche Hauswirtschaft

139 Deutsche Jugendliche mit Hauptschulabschluss machen unter den Schulabgängern 20,8 %, unter den Auszubildenden 32,0 % aus. Unter den Ausländern sind es 40,2 % unter den Schulabgängern und 52,1 % unter den Auszubildenden.

140 Anteil der Hauptschulabsolventen/-absolventinnen unter den Schulabgängern 2008: West 24,2 %, Ost 14,2 %.

Tabelle A5.5.1-6: **Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008**

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
Verkäufer/-in (IH/HwEx)	12.120	6,6	48,5
Kaufmann/-frau im Einzelhandel mit Vorgängern	10.380	5,6	30,4
Friseur/-in	9.987	5,4	60,8
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk mit Vorgänger	8.643	4,7	69,6
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in mit Vorgängern	8.151	4,4	40,8
Maler/-in und Lackierer/-in mit Vorgänger	7.050	3,8	71,3
Koch/Köchin (IH/HwEx)	6.807	3,7	42,0
Metallbauer/-in mit Vorgängern	5.943	3,2	63,1
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik mit Vorgänger	5.805	3,1	58,2
Tischler/-in	4.515	2,4	49,6

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

(48,0%) und Landwirtschaft (42,4%) die höchsten Auszubildendenanteile mit Hauptschulabschluss. In den freien Berufen und in den Berufen des öffentlichen Dienstes ist ihr Anteil hingegen stark zurückgegangen. Dabei verändert sich nicht nur die Bedeutung der verschiedenen Berufsgruppen, sondern es gehen auch die jeweiligen Anteile der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss innerhalb bestimmter Berufe zurück (Uhly 2008; Uhly/Erbe 2007). Jugendliche mit Hauptschulabschluss besetzten am stärksten Berufe des Einzelhandels und des Handwerks, so etwa die Ausbildungsberufe Verkäufer/-in (12.120 Neuabschlüsse) und Kaufmann/-frau im Einzelhandel (10.380 Neuabschlüsse) oder Friseur/-in (9.987 Neuabschlüsse), Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (8.151 Neuabschlüsse) und Maler/-in und Lackierer/-in (7.050 Neuabschlüsse) → **Tabelle A5.5.1-6**. Dass unter den am stärksten besetzten Berufen auch der Beruf Verkäufer/-in zu finden ist, zeigt auf, dass die zweijährigen Berufe an Bedeutung zugenommen haben (zur Entwicklung der Zahl der Neuabschlüsse in Berufsgruppen → **vgl. Kapitel A5.4**). Die Auszubildenden in den zehn am stärksten besetzten Berufen machen insgesamt wie in den Vorjahren 43,0% der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss aus und verdeutlichen eine starke Konzentration dieser Gruppe auf ein enges Berufsspektrum. Dabei zeigt sich auch hier, dass die am stärksten besetzten Berufe nicht die Berufe mit den höchsten Anteilen an Jugendlichen dieser Vorbildung sind und eine starke Konkurrenz mit anderen Vorbildungsgruppen besteht: Nur die Berufe Maler/-in und Lackierer/-in mit 71,3%, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk mit 69,6% und Metallbauer/-in mit 63,1% verzeichnen hohe Anteile an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss. Auch die Berufe Friseur/-in (60,8%) und Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik mit 58,2% sind noch zu den hauptschülerstarken Berufen zu zählen. Die Berufe Verkäufer/-in (48,5%) und Kaufmann/-frau im Einzelhandel dagegen haben nicht so starke Anteile (30,4%).

Auszubildende mit Realschulabschluss

Bundesweit verfügten unter den 607.566 Auszubildenden mit Neuabschluss 240.522 Jugendliche (42,9%) über einen Realschulabschluss. Sie stellten damit die größte Vorbildungsgruppe unter den Neuabschlüssen dar. Verglichen mit dem Anteil der Schulabgänger mit Realschulabschluss 2008 (40,2%) ist dieser Anteil nahezu gleich. Diese anteilsgemäße Verteilung zeigt sich weitgehend auch bei Diffe-

Tabelle A5.5.1-7: **Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008**

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
Kaufmann/-frau im Einzelhandel mit Vorgängern	14.319	6,0	42,0
Bürokaufmann/-frau (IH/Hw)	11.223	4,7	49,3
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in mit Vorgängern	9.933	4,1	49,8
Medizinische/-r Fachangestellte/-r mit Vorgänger	9.705	4,0	66,0
Industriemechaniker/-in mit Vorgängern	9.195	3,8	57,9
Verkäufer/-in (IH/HwEx)	7.263	3,0	29,0
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r und Zahnarzthelfer/-in	6.801	2,8	62,9
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation mit Vorgänger	6.429	2,7	45,5
Industriekaufmann/-frau (IH/HwEx)	6.420	2,7	32,1
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel (alle FR, alle Bereiche)	6.288	2,6	39,5

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

renzierung nach Staatsangehörigkeit.[141] Generell wurden in Ostdeutschland etwas mehr Auszubildende mit Realschulabschluss unter den Auszubildenden gemeldet als in Westdeutschland (Ost: 48,1%; West: 41,7%), was zunächst bemerkenswert erscheint, da ihr Anteil unter den ostdeutschen Schulabgängern 2008 niedriger ausfällt als unter den Westdeutschen (Ost: 35,6%, West: 41,2%). Bei Betrachtung der Werte der Vorjahre allerdings zeigen sich in Ostdeutschland deutlich höhere Anteile der Realschulabgänger, die der Verteilung unter den Auszubildenden wiederum entsprechen. Überdurchschnittliche Anteile der Auszubildenden mit Realschulabschluss ergeben sich unter den freien Berufen (60,4%) und in den Berufen des öffentlichen Dienstes (55,7%). Die meisten Neuabschlüsse dieser Gruppe in 2008 gab es im Handelsbereich, Gesundheitsbereich und auch in den Fertigungsberufen. So verzeichneten etwa die Berufe Kaufmann/-frau im Einzelhandel mit 14.319 Neuabschlüssen und Bürokaufmann/-frau mit 11.223 Neuabschlüssen sehr hohe Zahlen an eingemündeten Jugendlichen mit Realschulabschluss. Mit fast 10.000 Neuabschlüssen waren außerdem auch die Berufe Medizinische/-r Fachangestellte/-r und Kraftfahrzeugmechatroniker/-in stark besetzt → **Tabelle A5.5.1-7**. Die eingemündeten Auszubildenden mit Realschulabschluss allein in den zehn von dieser Gruppe am stärksten besetzten Berufen umfassten zusammen 36,4% aller Neuabschlüsse dieser Vorbildungsgruppe. Die Konzentration auf wenige Berufe ist damit nicht ganz so stark ausgeprägt wie unter den anderen Vorbildungsgruppen und zeigt ein etwas größeres Berufsspektrum der Auszubildenden mit Realschulabschluss an. Dabei verfügen die drei am stärksten besetzten Berufe (Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau und Kraftfahrzeugmechatroniker/-in) zwar mit 42,0% bis 49,8% über hohe Realschüleranteile unter den Auszubildenden. Als typische Realschülerberufe erscheinen mit Anteilen von 66,0% bis 57,9% jedoch eher die Berufe Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r und Industriemechaniker/-in. Vergleichsweise gering besetzt sind dagegen die Berufe Verkäufer/-in (29,0%) und Industriekaufmann/-frau (32,1%).

141 Schulabgänger/-innen mit Realschulabschluss: Deutsche 41,0%, Ausländer 32,6%; Auszubildende mit Realschulabschluss: Deutsche 43,5%, Ausländer 30,9%.

Tabelle A5.5.1-8: **Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und Hochschul-/Fachhochschulreife am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008**

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende mit Hochschul-/Fachhoch-schulreife	Anteil an allen Auszubildenden mit Hochschul-/Fachhoch-schulreife	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
Industriekaufmann/-frau (IH/HwEx)	11.352	9,8	56,8
Bank-/Sparkassenkaufmann/-frau	8.982	7,8	67,2
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel (alle FR, alle Bereiche)	6.477	5,6	40,7
Bürokaufmann/-frau (IH/Hw)	5.694	4,9	25,0
Fachinformatiker/-in (alle FR, alle Bereiche)	5.016	4,3	52,7
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation mit Vorgänger	4.014	3,5	28,4
Kaufmann/-frau im Einzelhandel mit Vorgängern	3.723	3,2	10,9
Steuerfachangestellte/-r mit Vorgänger	3.645	3,1	57,1
Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen mit Vorgänger	3.333	2,9	60,7
Hotelfachmann/-frau mit Vorgänger	3.249	2,8	26,1

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Auszubildende mit Studienberechtigung

115.803 Personen (20,7%) unter den Auszubildenden mit Neuabschluss verfügten über die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Gegenüber den Schulabgängern, unter denen die Personen mit Hochschul- und Fachhochschulreife 30,2% ausmachen, sind die Auszubildenden dieser Vorbildung im dualen System demnach unterrepräsentiert. Dies gilt allerdings nicht für die ausländischen Jugendlichen mit Studienberechtigung. Ihr Anteil unter den Schulabgängern 2008 (12,3%) ist nahezu identisch mit dem Anteil unter den Auszubildenden (11,9%) (vgl. auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4). Der Anteil der Auszubildenden mit Studienberechtigung in Ost- und Westdeutschland ist annähernd gleich hoch, obwohl in 2008 unter den Schulabgängern in Ostdeutschland ein deutlich höherer Anteil eine Studienberechtigung aufwies (Ost: 41,1%, West: 27,9%). Nach Zuständigkeitsbereich unterschieden, wurden neu abgeschlossene Ausbildungsverträge mit Studienberechtigten am häufigsten in den Berufen des öffentlichen Dienstes (39,1%) und im Bereich Industrie und Handel (28,0%) geschlossen. Die höchsten Neuabschlusszahlen mit dieser Gruppe fanden sich in den Berufen des kaufmännischen und Bürobereiches, z. B. Industriekaufmann/-frau mit 11.352 Neuabschlüssen, Bank-/Sparkassenkaufmann/-frau mit 8.982 Neuabschlüssen oder Bürokaufmann/-frau mit 5.594 Neuabschlüssen → **Tabelle A5.5.1-8**. Eine sehr starke Konzentration auf wenige Berufe zeigt sich bei Betrachtung der zehn am stärksten besetzten Berufe dieser Gruppe. Die Neuabschlüsse mit Auszubildenden mit Studienberechtigung umfassten hier 47,9% aller Neuabschlüsse dieser Vorbildungsgruppe. Unter diesen zehn Berufen finden sich die höchsten Anteile an Auszubildenden mit Studienberechtigung bei den Berufen Bank-/Sparkassenkaufmann/-frau (67,2%), Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen (60,7%), Steuerfachangestellte/-r (57,1%) und Industriekaufmann/-frau (56,8%). Vergleichsweise gering ist der Anteil an Auszubildenden mit Studienberechtigung mit 10,9% bis 26,1% bei den Berufen Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau und Hotelfachmann/-frau (weiterführende Analysen erfolgen in → **Kapitel A5.5.2**).

Tabelle A5.5.1-9: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2008 (Mehrfachnennungen möglich)**

Region	Neuabschlüsse	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
				darunter:									
		insgesamt	Anteil unter Neuabschlüssen	betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme der BA		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
		abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Baden-Württemberg	81.810	8.418	10,3	1.032	1,3	807	1,0	1.734	2,1	2.139	2,6	3.201	3,9
Bayern	103.653	7.785	7,5	1.548	1,5	1.641	1,6	1.191	1,1	3.231	3,1	327	0,3
Berlin (ab 91 mit Berlin-Ost)	20.697	1.839	8,9	270	1,3	687	3,3	288	1,4	48	0,2	609	2,9
Brandenburg	17.337	2.820	16,3	459	2,6	2.055	11,9	297	1,7	36	0,2	63	0,4
Bremen	6.306	639	10,1	96	1,5	78	1,2	111	1,8	60	1,0	312	4,9
Hamburg	14.487	1.506	10,4	402	2,8	345	2,4	387	2,7	69	0,5	384	2,7
Hessen	41.763	3.555	8,5	819	2,0	636	1,5	597	1,4	582	1,4	1.104	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	13.947	1.959	14,0	207	1,5	1.197	8,6	456	3,3	12	0,1	156	1,1
Niedersachsen	59.790	10.884	18,2	681	1,1	570	1,0	948	1,6	4.977	8,3	4.194	7,0
Nordrhein-Westfalen	127.446	15.921	12,5	2.304	1,8	3.429	2,7	1.266	1,0	2.028	1,6	7.530	5,9
Rheinland-Pfalz	29.859	2.655	8,9	528	1,8	543	1,8	519	1,7	402	1,3	873	2,9
Saarland	8.346	678	8,1	171	2,0	102	1,2	72	0,9	318	3,8	72	0,9
Sachsen	27.267	5.799	21,3	546	2,0	1.731	6,3	1.941	7,1	1.560	5,7	291	1,1
Sachsen-Anhalt	17.016	2.223	13,1	114	0,7	795	4,7	909	5,3	519	3,1	246	1,4
Schleswig-Holstein	21.603	2.319	10,7	642	3,0	744	3,4	345	1,6	393	1,8	318	1,5
Thüringen	16.242	1.650	10,2	201	1,2	522	3,2	567	3,5	39	0,2	426	2,6
Westliches Bundesgebiet	495.063	54.363	11,0	8.223	1,7	8.895	1,8	7.170	1,4	14.199	2,9	18.315	3,7
Östliches Bundesgebiet	112.506	16.290	14,5	1.797	1,6	6.987	6,2	4.458	4,0	2.214	2,0	1.788	1,6
Bundesgebiet	**607.566**	**70.653**	**11,6**	**10.017**	**1,6**	**15.879**	**2,6**	**11.628**	**1,9**	**16.413**	**2,7**	**20.103**	**3,3**

Bei den Angaben zur Art der berufsvorbereitenden Qualifizierung handelt es sich um Mehrfachnennungen. Die Werte addieren sich somit nicht zur Zahl der vorausgegangenen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung insgesamt auf.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Berufliche Grundbildung und berufsvorbereitende Qualifizierung

Starke Verluste im Lehrstellenangebot, geburtenstarke Schulabgängerkohorten und ein qualitativer Mismatch zwischen den Voraussetzungen der Schulabsolventen und den betrieblichen Anforderungen der Ausbildung haben die Übergangsprozesse in eine Ausbildung seit Anfang der 1990er-Jahre deutlich erschwert (Beicht 2009; Ulrich 2009). Dabei ist nicht nur problematisch, dass eine zunehmende Zahl von Schulabgängern nicht unmittelbar, sondern erst auf Umwegen bzw. über Maßnahmen des Übergangssystems eine Ausbildung aufnehmen kann.[142] Kritisch ist auch, dass für einen Großteil der Jugendlichen nicht mangelnde Ausbildungsreife der Grund für das Einmünden in das Übergangssystem ist, sondern das Übergangssystems hier teilweise die Funktion übernommen hat, die Wartezeit erfolgloser Ausbildungs-

142 In 2006 mündeten 43,5 % der Neuzugänge der beruflichen Bildung in eine duale Berufsausbildung und 39,7 % in das Übergangssystem (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 96). Unter allen Hauptschul- und Realschulabgängern ist es jeder Dritte (Beicht 2009).

platzbewerber/-innen zu überbrücken (Beicht 2009; Braun/Müller 2009; Baethge/Solga/Wieck 2007). Mit der separaten Erfassung dieser Vorbildungsart in der Berufsbildungsstatistik ergeben sich hier künftig neue Auswertungsmöglichkeiten. Allerdings können die Übergangsprozesse selbst auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht abgebildet werden, da nicht erfasst wird, zu welchem Zeitpunkt die berufsvorbereitende Qualifizierungsmaßnahme besucht wurde. Wenngleich die Daten generell noch mit Vorsicht zu interpretieren sind, werden im Folgenden die Angaben zur berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung für 2008 dargelegt. Differenzierte Analysen zu den Einmündungswegen erfolgen erst dann, wenn die Datenmeldungen gesicherter sind.

Im Berichtsjahr 2008 wurde für 11,6% unter den Auszubildenden mit Neuabschluss gemeldet, dass sie zuvor an einer oder mehreren Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen haben → **Tabelle A5.5.1-9**. Am häufigsten fand sich unter diesen Maßnahmen die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (3,3%), gefolgt vom schulischen Berufsgrundbildungsjahr (2,7%) und der Berufsvorbereitungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit (2,6%). Vergleichsweise seltener erschien das schulische Berufsvorbereitungsjahr (1,9%) und die betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (1,6%).[143] Da im Rahmen der Umstellung der Statistik in 2008 noch nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter der Ausprägung „liegt nicht vor“ auch fehlende Angaben (die eigentlich nicht vorgesehen sind) gemeldet wurden, ist bezüglich der Interpretation dieser Daten Vorsicht geboten. Tendenziell erscheint im Vergleich zu den Einmündungsanteilen in diese Bildungsgänge das stärkere Gewicht der Berufsfachschulen und berufsvorbereitenden Maßnahmen jedoch plausibel (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A4). Vergleichsweise hoch sind demgegenüber die Anteile der Einstiegsqualifizierung und des Berufsgrundbildungsjahres. Schätzungen zum Anteil der Jugendlichen insgesamt, die nach Einmünden in das Übergangssystem in eine betriebliche Ausbildung übergehen (Ulrich 2008; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008), führen allerdings über Rückrechnungen und den Einbezug konkreter Schulabgängerzahlen zu Anteilen dieser Vorbildungsgruppe unter den Auszubildenden, die je nach Studie deutlich höher liegen.[144] Belastbare Werte werden wohl erst in einigen Jahren nach der Umstellung zu erwarten sein, von differenzierten Zusammenhangsanalysen wird daher noch abgesehen.

Im bundesweiten Vergleich haben Auszubildende, die zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierungs- oder berufliche Grundbildungsmaßnahme absolviert haben, den größten Anteil unter den Neuabschlüssen in Sachsen und Niedersachsen mit 21,3% und 18,2%. Überdurchschnittlich hohe Meldungen kommen mit 16,3% und 14,0% weiterhin auch aus den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Am seltensten wurden sie mit 7,5% in Bayern gemeldet. Betrachtet man die jeweilige Zusammensetzung innerhalb der Übergangsmaßnahmen, zeigen sich ebenfalls unterschiedliche Tendenzen je nach Region. Im westlichen Bundesgebiet wurden häufiger die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (3,7%) und das schulische Berufsgrundbildungsjahr (2,9%) gemeldet. Im östlichen Bundesgebiet fallen hingegen stärker die Berufsvorbereitungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (6,2%) und das schulische Berufsvorbereitungsjahr (4,0%) ins Gewicht. Dass dabei die Anteile der Auszubildenden mit Berufsvorbereitung oder beruflicher Grundbildung insgesamt in Ost und West relativ nah beieinanderliegen, der Anteil im Osten mit 14,5% sogar höher ausfällt als im Westen, überrascht auf den ersten Blick. Denn unter den Neuzugängen in verschiedene Bildungswege und Übergangsalternativen zur Berufsausbildung (→ **vgl. Kapitel A4.1**,

143 Bei den Angaben handelt es sich um Mehrfachnennungen, sodass sich die einzelnen Anteile nicht auf die Gesamtanteile der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung unter den Neuabschlüssen aufsummieren.

144 Im Bildungsbericht (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 167) gehen Baethge u. a. auf Basis ihrer Auswertungen der BIBB-Übergangsstudie (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008) von ca. 33% der Jugendlichen aus, die im Anschluss an eine absolvierte Maßnahme des Übergangssystems eine betriebliche Ausbildung aufnehmen. Dies würde für das Berichtsjahr 2008 mit der entsprechenden Schulabgängerstatistik einen Anteil unter den Neuabschlüssen von ca. 12,8% ergeben. Ulrich (2008) leitet aufgrund weiterer methodischer Überlegungen allerdings ab, dass deutlich mehr Jugendliche (47%) nach Absolvieren einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung einmünden, was bezüglich des Anteils unter den Auszubildenden mit Neuabschluss auf eine Größenordnung von 18% hinauslaufen würde. Auch Beicht (2009) rechnet mit einer höheren Übergangsquote von teilqualfizierenden Bildungsgängen in Berufsausbildung.

Tabelle A5.5.1-10: **Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen 2008**

Zuständigkeitsbereich	Neuabschlüsse	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme der BA		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
		abs.	in %	abs	in %	abs	in %	abs	in %	abs	in %	abs	in %
Industrie und Handel	365.211	29.088	8,0	3.042	0,8	5.559	1,5	4.827	1,3	3.390	0,9	13.425	3,7
Handwerk	166.941	31.071	18,6	4.641	2,8	7.320	4,4	4.755	2,8	10.854	6,5	4.971	3,0
Landwirtschaft	16.131	3.540	21,9	195	1,2	1.047	6,5	603	3,7	1.551	9,6	222	1,4
Öffentlicher Dienst	12.639	1.596	12,6	1.143	9,0	60	0,5	48	0,4	63	0,5	300	2,4
Freie Berufe	42.513	3.159	7,4	939	2,2	837	2,0	594	1,4	339	0,8	972	2,3
Hauswirtschaft	4.134	2.199	53,2	57	1,4	1.059	25,6	804	19,4	216	5,2	213	5,2
Ausbildungsberufe insgesamt	**607.566**	**70.653**	**11,6**	**10.017**	**1,6**	**15.879**	**2,6**	**11.628**	**1,9**	**16.410**	**2,7**	**20.103**	**3,3**

Bei den Angaben zur Art der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung handelt es sich um Mehrfachnennungen. Die Werte addieren sich somit nicht zur Zahl der vorausgegangenen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung insgesamt auf.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Troltsch/Walden/Zopf 2009) fällt der Anteil der Neuzugänge in das Übergangssystem in Ostdeutschland deutlich niedriger aus als in Westdeutschland und nimmt scheinbar eine eher nachrangige Rolle ein. Das Verhältnis zwischen den Auszubildenden mit Herkunft aus diesen Qualifizierungsmaßnahmen und der Gesamtzahl aller Absolventen aus diesen Qualifizierungsmaßnahmen deutet aber darauf hin, dass im Osten rechnerisch günstigere Übergangswahrscheinlichkeiten aus teilqualifizierenden Bildungsgängen in Berufsausbildung gegeben sind als im Westen. Nach Absolvieren einer Maßnahme erhält dort ein deutlich höherer Anteil der Jugendlichen eine Ausbildungsstelle. Wie erklärt sich die offensichtlich günstigere Brückenfunktion des östlichen Übergangssystems in Berufsausbildung und die sich daraus ergebende Bedeutungsdiskrepanz der Übergangsmaßnahmen unter den Neuzugängen und den Vertragsabschlüssen? Ausschlaggebend für diese Ergebnisse ist offenbar das mit Abstand größere Angebot außerbetrieblicher Stellen in Ostdeutschland und dessen institutionelle Verflechtung mit dem Übergangssystem (Eberhard/Ulrich 2010). Denn die vorherige Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme gehört zu einer der drei möglichen Fördervoraussetzungen dieser Ausbildungsplätze (SGB III § 242). So finden sich unter den ostdeutschen Auszubildenden, die zuvor eine berufsvorbereitende oder grundbildende Maßnahme absolviert haben, tatsächlich zwei Drittel in einer Stelle, die überwiegend öffentlich finanziert wird, während es im Westen nur jeder Achte ist. Wäre der Anteil an außerbetrieblichen Stellen im Osten geringer, würde der Anteil der Auszubildenden mit berufsvorbereitender oder grundbildender Vorbildung entsprechend niedriger ausfallen. Damit deutet sich insgesamt an, dass die Ergebnisse wohl vorrangig auf die in Ost und West unterschiedlich starke Verflechtung der teilqualifizierenden Bildungsgänge mit dem Zugang zur Berufsausbildung zurückzuführen sind.[145]

145 Eine noch gegebene Untererfassung der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung der Auszubildenden in bestimmten Regionen ist jedoch im Zuge der Umstellung der Berufsbildungsstatistik nicht auszuschließen.

Deutlich variiert der Anteil der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung auch nach Zuständigkeitsbereich → **Tabelle A5.5.1-10**. Im Bereich Hauswirtschaft hat mehr als die Hälfte (53,2%) der Jugendlichen mit Neuabschluss zuvor an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung teilgenommen. Hoch war dieser Anteil auch in der Landwirtschaft (21,9%) und im Handwerk (18,6%). Industrie und Handel sowie die freien Berufe weisen mit 8,0% und 7,4% dagegen eher unterdurchschnittliche Werte auf. Bezüglich der einzelnen Maßnahmen der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung ergeben sich ebenfalls charakteristische Zusammensetzungen. Auffallend ist so etwa der bedeutende Anteil der betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen in Berufen des öffentlichen Dienstes, an denen dort fast jeder Zehnte teilgenommen hatte (9,0%). Im Bereich Hauswirtschaft hatte jeder Vierte (25,6%) an einer Berufsvorbereitungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit teilgenommen, aber auch in der Landwirtschaft (6,5%) und im Handwerk (4,4%) sind die Anteile erwähnenswert. Das schulische Berufsvorbereitungsjahr ist mit 19,4% ebenfalls überdurchschnittlich häufig in der Hauswirtschaft vertreten. Das schulische Berufsgrundbildungsjahr spielt besonders in der Landwirtschaft (9,6%) und im Handwerk (6,5%), außerdem auch in der Hauswirtschaft (5,2%) eine große Rolle. Schließlich finden sich hohe Anteile der Berufsfachschule in der Hauswirtschaft (5,2%), in Industrie und Handel (3,7%) und im Handwerk (3,3%).

(Naomi Gericke)

A5.5.2 Studienberechtigte im dualen System

Im Jahr 2009 nahm eine Rekordzahl von 423.400 Studienanfängern ein Studium an deutschen Hochschulen auf. Andererseits bleibt weiterhin auch die praxisnahe berufliche Ausbildung im dualen System bei Studienberechtigten[146] wie seit den 1980er-Jahren recht attraktiv (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.2 sowie Herget 1997). → **Tabelle A5.5.2-1** zeigt die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von Studienberechtigten für den Zeitraum 1993 bis 2008;[147] Grundlage ist die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.[148] Danach stiegen Anzahl und Anteil der Hochschulberechtigten an den Neuabschlüssen zunächst von 78.500 im Jahr 1993 (Anteil: 14,1%) um rund 20.000 Abiturienten auf jeweils knapp über 100.000 in den Jahren 1998 (16,7%) und 1999 (16,0%). Einem vergleichbaren Rückgang auf rund 77.400 im Jahr 2002 (13,9%) folgte erneut ein Anstieg auf über 90.000 Neuverträge mit Studienberechtigten in den Jahren 2006 (16,1%) bzw. 2005.

Im Ausbildungsjahr 2008 unterschrieben rund 115.800 junge Leute mit einer Fachhochschul- oder Hochschulreife einen Ausbildungsvertrag; im Vorjahr waren es rund 117.000 gewesen. Darunter sind auch rund 3.300 studienberechtigte Ausländer/-innen (11,9%), die eine betriebliche Ausbildung in 2008 begonnen haben. Somit verfügt ein Fünftel aller Ausbildungsanfänger/-innen des Jahres 2008 des dualen Systems (20,7%) über eine Berechtigung zum Studium an Hochschulen oder Fachhochschulen. Der Anteil liegt damit über dem des Jahres 2007 von 19,4%. Weiterhin vorne in der Gunst der Abiturientinnen und Abiturienten liegen im Jahr 2008 kaufmännische Berufe und Dienstleistungsberufe.

---

146 Die Begriffe „Studienberechtigte" und „Abiturienten" werden hier synonym gebraucht für Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Sekundarstufe II, die eine allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erworben haben.

147 Ab dem Berichtsjahr 2007 (vgl. Schmidt 2008) ist aufgrund der Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregat- auf eine Individualstatistik bei gleichzeitig geänderter Erfassung der Vorbildung die vollständige Vergleichbarkeit zu den Vorjahren nicht mehr gegeben; → **vgl. E in Kapitel A5.2.1 und A5.3**.

148 Quelle: Berufsbildungsstatistik, Erhebung zum 31. Dezember des Jahres. Prozentberechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung: bis Berichtsjahr 2006 unter Ausschluss der Kategorie „ohne Angabe zur schulischen Vorbildung".

Tabelle A5.5.2-1: **Anzahl und Anteil von Studienberechtigten mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im jeweiligen Jahr**[1]

Jahr	Auszubildende mit Fachhochschulreife oder Hochschulreife			
	Anzahl	Anteil an Neuabschlüssen in %[1]	Neuabschlüsse insgesamt	Neuabschlüsse mit Angabe zur Vorbildung[2]
1993	78.552	14,1	571.206	556.167
1995	86.868	15,3	578.583	566.679
1998	100.410	16,7	611.820	601.896
2000	96.888	15,8	622.968	614.391
2002	77.424	13,9	568.083	558.429
2004	86.037	15,3	571.977	563.211
2006	92.502	16,1	581.181	575.187
2007[2]	117.039	19,4	623.928	602.634
2008	115.803	20,7	607.566	560.520

[1] Prozentuierung bis Berichtsjahr 2006 ohne Einbeziehung der Kategorie „ohne Angabe" zur schulischen Vorbildung; Prozentuierung ab Berichtsjahr 2007: höchster allgemeinbildender Schulabschluss ohne die Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar".

[2] Ab dem Berichtsjahr 2007: höchster allgemeinbildender Schulabschluss ohne „im Ausland erworbenen Schulabschluss, nicht zuordenbar".

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Der Beruf Fachinformatiker/Fachinformatikerin findet sich inzwischen auf Rang 5 der stark besetzten Abiturientenberufe: Rund 5.000 Studienberechtigte hatten in 2008 diese Ausbildung aufgenommen; zunehmend gefragt sind auch neue Medien- und informationstechnische Berufe → **vgl. Kapitel A5.5.1**.

Erfolgreich ins duale System eingemündet sind im Berichtsjahr 2008 in den alten Ländern rund 93.300 Studienberechtigte sowie 22.500 in den neuen Ländern → **Tabelle A5.5.2-2**. Die Anteile an den Neuverträgen liegen mit 21,5 % in den alten und 20,5 % in den neuen Ländern nahe zusammen. Recht deutlich unterscheidet sich dagegen dieser Anteilswert für die rund 53.300 studienberechtigten Männer (14,9 %) bzw. fast 62.500 Frauen (24,3 %) mit aufgenommener Lehre. Je nach Ausbildungsbereich gibt es dabei Unterschiede bei Anteil und Zahl der von Studienberechtigten im Jahr 2008 neu begonnenen Ausbildungsverhältnisse. Überdurchschnittlich viele haben eine Ausbildung in den Bereichen öffentlicher Dienst, Industrie und Handel und freie Berufe angetreten und somit (vorerst) auf die Studienoption verzichtet.

Im Bereich Industrie und Handel[149] verfügen rund 3 von 10 oder fast 90.000 der dort neuen Auszubildenden über eine Studienberechtigung (28,0 %). Mit 28,8 % in den alten Ländern (73.308) übertrifft deren Anteil an den Neuverträgen des Bereichs den der neuen Länder von 24,8 % (16.014). Außerdem sind häufiger weibliche als männliche Studierberechtigte in duale Ausbildungen im Bereich Industrie und Handel eingemündet (34,0 % vs. 23,6 %). Im Handwerk schlossen Ausbildungsbetriebe mit rund 10.200 Abiturienten und Abiturientinnen neue Verträge ab, was einen Anteil Studienberechtigter von 6,1 % ausmacht. Der Bereich freie Berufe meldete mit rund 9.600 Neuverträgen fast gleich viele Ausbildungsverhältnisse mit Studienberechtigten; allerdings liegt hier der entsprechende Anteil bei 23,0 %. Eine Studienoption hatten in den neuen Ländern 43,8 % der Ausbildungsanfänger/-innen, aber nur 20,2 % in den alten Ländern. Außerdem besitzt mehr als die Hälfte der männlichen Auszubildenden (1.233) in freien Berufen bereits die Studienberechtigung; Gleiches gilt nur für ein Fünftel der rund 8.400 Frauen in Ausbildung (21,2 %).

Mit 39,1 % hat der öffentliche Dienst im Jahr 2008 den höchsten Anteil Studienberechtigter der Ausbildungsbereiche; insgesamt knapp 5.000 Neuverträge mit Studienberechtigten sind hier von den zuständigen Stellen gemeldet worden.[150] Im Besitz einer Studienberechtigung sind in den neuen Ländern über die Hälfte (55,0 %)[151], in den alten Ländern dagegen ein Drittel (34,2 %) derjenigen, die 2008 eine Ausbildung im öffentlichen Sektor begonnen haben. Etwas weniger weit liegen die Anteilswerte bei den Neuverträgen 2008 zwischen studienberechtigten Männern bzw. Frauen auseinander (33,1 % bzw. 42,4 %). In

149 Einschließlich Bank-, Versicherungs-, Gast- und Verkehrsgewerbe.

150 Ohne diejenigen Auszubildenden, deren Vertrag gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Ausbildungsbereichs erfasst wird.

151 Im Jahr 2007 lag dieser Wert bei 46,8 % in den neuen Ländern; vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.2.

Tabelle A5.5.2-2: **Studienberechtigte mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 2008 nach Ausbildungsbereichen, alten und neuen Ländern[1] und Geschlecht – Anzahl und Anteil (in %) an den Neuverträgen[2]**

Ausbildungsbereich[3]	Insgesamt		Alte Länder		Neue Länder		Männer		Frauen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Industrie und Handel	89.322	28,0	73.308	28,8	16.014	24,8	43.644	23,6	45.678	34,0
Handwerk	10.230	6,1	7.806	5,6	2.424	9,0	5.985	4,9	4.245	9,6
Öffentlicher Dienst	4.938	39,1	3.297	34,2	1.641	55,0	1.476	33,1	3.462	42,4
Landwirtschaft	1.671	10,4	1.395	11,6	273	6,9	999	8,2	672	17,6
Freie Berufe	9.594	23,0	7.428	20,2	2.166	43,8	1.233	56,1	8.361	21,2
Hauswirtschaft	51	1,3	48	1,7	0	–	3	1,0	48	1,3
Bundesgebiet	115.803	20,7	93.282	20,5	22.524	21,5	53.343	16,3	62.463	26,7

[1] Neue Länder einschließlich Berlin.

[2] Prozentuierung ohne Einbeziehung der Kategorie „im Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar" zur schulischen Vorbildung; hier ist im Berichtsjahr 2008 noch von fehlerhaften Meldungen auszugehen.

[3] Seit dem Jahr 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet

geringem Maß traten junge Frauen und Männer mit Fachhochreife oder Hochschulreife im Jahr 2008 eine betriebliche Ausbildungsstelle an in den Bereichen Landwirtschaft (1.671 Verträge bzw. 10,4 %) oder Hauswirtschaft (51 Verträge bzw. 1,3 %).

Ausbildungsverhalten von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2008 und Bedeutung des dualen Systems

Einblick in das aktuelle Studien- und Ausbildungsverhalten von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2008 gibt eine Repräsentativerhebung des Hochschul-Informations-System (HIS) E.[152] Befragt worden sind zu Jahresbeginn 2009 fast 6.000 junge Männer und Frauen, die im Schuljahr 2007/2008 mit Fachhochschulreife oder Hochschulreife von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen abgegangen sind (441.700). Die Studie erfasste auch die bis 6 Monate nach Schulabgang begonnenen Ausbildungen und anderen Tätigkeiten. Dieselben Personen waren bereits Anfang 2008 ein erstes Mal rund ein halbes Jahr vor ihrem Reifeerwerb befragt worden: so zum Entscheidungsprozess oder ihren weiteren Ausbildungsplänen.[153] Nicht immer jedoch ließen sich oder wurden die damaligen Pläne später auch realisiert, wie die zweite Befragungsrunde ergab.

E Befragung deutscher Studienanfänger/-innen

Die Ergebnisse basieren auf einer vom Hochschul-Informations-System (HIS) durchgeführten Befragung von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2008, die in Form einer Panelstudie als mehrmalige Befragung derselben Personen erfolgt.

Befragt wurde von HIS in der ersten Befragungsrunde zum Jahresbeginn 2007 eine repräsentative Stichprobe (Bundes- und Landesebene, besuchte Schulart, Art der Hochschulreife und Geschlecht) von angehenden Studienberechtigten ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulreife, so unter anderem zu ihren nachschulischen Studien- und Berufsausbildungsplänen und schon erworbenen Berufsausbildungs-

152 Vgl. auch Heine/Quast 2009b; die dort berichteten vorläufigen Ergebnisse können nach den Autoren um plus/minus 2 Prozentpunkte von den hier vorgestellten abweichen, da ihnen nur eine Teilauswahl zugrunde lag.

153 Zu den Befunden vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.2 sowie Heine/Quast 2009a. Grundsätzlich handelt es sich bei Angaben zum angestrebten Bildungsweg stets um Absichten zum jeweiligen Befragungszeitpunkt; nicht selten werden diese in der Folgezeit abgeändert; vgl. Heine/Spangenberg/Willich 2008, S. 52 ff. für Studienberechtigte 2006. Für Ergebnisse früherer Entlassjahrgänge (2006, 2005) siehe Heine/Spangenberg/Willich 2007 und Heine/Willich 2006.

abschlüssen. Dazu wurden zuerst rund 57.700 Fragebogen an Schülerinnen und Schüler von 696 Schulen versandt. Einbezogen worden sind dabei Schüler/-innen allgemeinbildender oder beruflicher Schulen, die im Schulentlassjahr 2007/2008 die Berechtigung zum Studium angestrebt haben (allgemeine, fachgebundene Hochschulreife oder Fachhochschulreife). Befragt wurden damit auch Personen, die mit dem schulischen Teil der Fachhochschulreife die Schule verlassen. Die volle Fachhochschulreife erhalten diese jedoch erst ein bis drei Jahre später: d. h. etwa nach einem gelenkten Praktikum mit bestimmter Mindestdauer oder einer abgeschlossenen Berufsausbildung; sie gehören somit nicht zum Kreis der „Studienberechtigten 2008". Diese Befragtengruppe ist deshalb bei den hier vorgelegten Analysen ausgeschlossen worden.

Die zweite Folgebefragung (schriftlich-postalisch) wurde dann am Jahresende 2008/Anfang 2009 etwa ein halbes Jahr nach dem Verlassen der Schule bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Erstbefragung durchgeführt. Auswertungsbasis für die hier vorgestellten Ergebnisse sind somit jene 5.931 auswertbaren Fragebogen von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2008, die jeweils an der ersten wie auch der zweiten Befragungsrunde teilgenommen haben.

→ **Tabelle A5.5.2-3** zeigt als ein Ergebnis des Ausbildungs- und Berufswahlprozesses die ersten Ausbildungsschritte und Tätigkeiten von Studienberechtigten des Jahres 2008 zum Zeitpunkt 6 Monate nach dem Schulabgang.[154] Danach haben 44 % der insgesamt 441.700 Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 noch im selben Jahr ein Studium an Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen angetreten. Im Wintersemester 2008/2009 sind dort 46 % der weiblichen und 41 % der männlichen Studienberechtigten eingeschrieben. Zusätzlich absolvieren rund 2 % der Studienberechtigten eine Ausbildung an Berufsakademien oder Verwaltungsfachhochschulen (Beamtenausbildung); Männer und Frauen unterscheiden sich in den Anteilswerten kaum.

Eine nachschulische Berufsausbildung außerhalb der Hochschulen haben rund 16 % der befragten Studienberechtigten bis zum Dezember 2008 angetreten. Für Frauen (22 %) gilt das mehr als doppelt so oft wie für Männer (9 %). Attraktiv ist darunter besonders die betriebliche Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen. Insgesamt sind fast 11 % der Studienberechtigten 2008 schon im Entlassjahr ins duale System eingemündet und verzichteten damit (vorerst) darauf, die Studienoption einzulösen. Frauen haben mit 13 % häufiger schon im Abgangsjahr eine Lehre begonnen als Männer (7 %). Eine feste Studienabsicht äußerten zum Befragungszeitpunkt lediglich 14 % der jungen Leute in dualer Ausbildung → **Tabelle A5.5.2-3**.[155] Demnach ist das Interesse von Abiturienten des Jahres 2008 also eher gering, den Lehrabschluss noch um das Zertifikat einer Fachhochschule oder Hochschule zu ergänzen (sog. Doppelqualifizierung) – anders als etwa in den 1980er- oder 1990er-Jahren (vgl. Herget 1997; Heine/Quast 2009b, S. 34). Andererseits gibt es ein gewisses Potenzial Interessierter, die unter gewissen Umständen nach der betrieblichen Ausbildung (doch) noch ein Studium in Betracht ziehen.[156] Weiterhin befinden sich 5 % der Studienberechtigten Ende 2008 in schulischer Berufsausbildung, etwa an einer Berufsfachschule, Fachakademie oder Schule des Gesundheitswesens (Frauen: 8 %, Männer: 1 %). Auch von ihnen äußerten 14 % eine solche feste Studienabsicht.

Eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben im Dezember 2008 nahezu 5 % der befragten Studienberechtigten; als arbeitslos bezeichneten sich dagegen nur wenige (1 %). Ein angetretenes Praktikum oder Volontariat (4 %) geht teils einer (weiteren) Ausbildung voraus, besonders häufig aber sind es Zwischenschritte zum Studium: Denn 66 % aus der Gruppe der Praktikanten/Volontäre äußerten in der Befragung feste Studienpläne. Ein Drittel der Männer (31 %) befindet sich im Wehr- oder Zivildienst; dadurch verzögert sich zuvorderst die Studienaufnahme, da 83 % von ihnen anschließend studieren möchten. Etwas niedriger liegt mit 69 % der Anteil derer mit fester Studienabsicht bei Personen in

154 Je nach individueller Lebensplanung handelt es sich hier oft um mehrjährige Prozesse: So schreiben sich viele Studienberechtigte erst mehrere Jahre nach Schulabschluss an Hochschulen ein, bedingt etwa durch Ableisten eines Wehr- oder Ersatzdienstes, vorhergehende Berufsausbildung, etwaige Zulassungsbeschränkungen oder Unentschlossenheit beim Schulabgang, Geldverdienen zwecks Studienfinanzierung und Ähnliches.

155 Männer planen dies etwas öfter als Frauen (17 % bzw. 13 %).

156 Angaben: 28 % „ja, wahrscheinlich" bzw. 30 % „eventuell".

Tabelle A5.5.2-3: **Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang und Studienabsicht von Studienberechtigten[1] des Entlassjahrgangs 2008 (in %)**

Ausgeübte Tätigkeit im Dezember 2008	Entlassjahrgang 2008			Noch feste Studienabsicht?
	Insgesamt	Männer	Frauen	Anteil: Ja, sicher
Studium an Fachhochschulen[2]	16,3	20,2	13,1	–
Studium an wissenschaftlichen Hochschulen	27,3	20,8	32,8	–
Besuch Verwaltungsfachhochschule, Beamtenausbildung[3]	1,5	1,3	1,8	–
Besuch einer Berufsakademie	0,7	0,7	0,8	–
Betriebliche Ausbildung	10,6	7,2	13,4	14
Schulische Berufsausbildung[4]	5,2	1,4	8,4	14
Praktikum, Volontariat	3,7	2,0	5,1	66
Erwerbstätigkeit[5]	4,8	4,9	4,7	21
Wehr- und Zivildienst	14,3	31,1	–	83
Arbeitslosigkeit	1,1	1,0	1,2	46
Sonstige Tätigkeiten[6]	14,5	9,5	18,7	69
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	

[1] Allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife (Abitur) oder Fachhochschulreife.

[2] Einschließlich Studiengänge an Gesamthochschulen und duale Hochschule Baden-Württemberg (ehemalige Berufsakademie).

[3] In der Regel Ausbildung gehobener, mittlerer Dienst.

[4] Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachakademien.

[5] Einschließlich Zeit- und Berufssoldaten.

[6] Freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Jobben, Haushaltstätigkeit, Au-pair-Tätigkeit, Auslandsaufenthalt, Urlaub usw.

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS), HIS Studienberechtigtenpanel 2008; Berechnungen des Bundesinsituts für Berufsbildung, Abweichung von 100 % durch Rundung möglich.

sogenannten „Sonstigen Tätigkeiten". Immerhin 14,5% der Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 (Frauen: 19%, Männer: 9,5%) gehen 6 Monate nach Schulabgang einer solchen Übergangstätigkeit nach wie: freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, Jobben, Haushalts- oder Familienarbeit, Au-pair-Tätigkeit oder Auslandsaufenthalte.

Insgesamt lässt sich mit Blick auf die Rolle des dualen Systems für die Qualifizierung von Studienberechtigten feststellen: Unmittelbar ins duale System eingemündet sind hochgerechnet rund 47.000 Studienberechtige des Entlassjahres 2008. Zusätzlich streben weitere der noch nicht in Studium oder Ausbildung befindlichen Befragten eine betriebliche Ausbildung für die Folgezeit an. Zusammen möchten danach rund 66.000 oder fast 15% der Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 nach Schulabgang im dualen System ausgebildet werden. Die Bedeutung des dualen Systems reicht sogar noch darüber hinaus: Denn weitere 11% der Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2008 sagten, dass sie bereits vor dem Schulbesuch zum Erwerb der Hochschulreife eine Lehre abgeschlossen hätten.[157] Für Männer traf dies mit 16% nach wie vor deutlich öfter zu als für Frauen (6,5%). Ebenso typisch sind Unterschiede nach der Art der erworbenen Studienberechtigung. So hatte fast ein Drittel (31%) der Studienberechtigten schon vor dem Erwerb der Fachhochschulreife eine Lehre abgeschlossen; bei denen mit Hochschulreife waren es nur 4,5%.

Zusammenfassend gilt somit: Das duale System bleibt weiterhin attraktiv für junge Leute mit Studienoption als praxisnahe Qualifizierung für den

157 Deren Anteil lag allerdings bei den Entlassjahrgängen bis 1999 noch bei etwa einem Fünftel aller Studienberechtigten; vgl. Heine/Spangenberg/Sommer 2006.

Beruf neben den Hochschulen; zudem erschließt es zusätzliche Potenziale für eine Höherqualifizierung. Darüber hinaus fördert das System offenbar den sozialen Aufstieg und Durchlässigkeit und fungiert als wichtige Brücke zwischen Berufsbildungs- und Hochschulbereich.

Ausbildungswahl, Berufsaussichten und Gründe des Studienverzichts von Studienberechtigten in betrieblicher Ausbildung

Die Befragungsbefunde bestätigten weiterhin die stark arbeitsmarktbezogene Ausbildungs- und Berufswahl der Abiturienten.[158] Sie reflektieren die Veränderungen in der Arbeitswelt und ziehen, wie oben dargestellt, nicht akademische berufliche Ausbildungsgänge als Alternative zu einem Hochschulstudium in Betracht. So gaben insgesamt 56% der Befragten des Entlassjahrgangs 2008 an, dass Arbeitsmarkterwägungen für ihre Studien- und Ausbildungswahl eine große oder sehr große Rolle gespielt hätten.[159] Besonders ausgeprägt gilt dies für die Gruppe (63%), die schon vor dem Erwerb der Studienberechtigung einen Lehrabschluss erreicht hatte. Überhaupt keine Rolle spielten dagegen Arbeitsmarktüberlegungen nach eigenen Angaben nur bei 8% der befragten Studienberechtigten. Den Ausbildungsschritt „betriebliche Ausbildung" begründeten die jungen Leute in einer Lehre in erster Linie mit persönlichen und fachlichen Interessen sowie der Übereinstimmung mit Eignung und Neigungen. Die Befragten hatten dazu 25 vorgegebene Gründe danach beurteilt, wie bedeutsam diese für ihre Ausbildungswahl gewesen seien.[160] Ergebnis war: Ganz vorne steht für Studienberechtigte mit 96% der Wunsch nach sicherer beruflicher Zukunft, 57% von ihnen gaben hier sogar als Wert „1 = sehr bedeutend" an. Ebenso wichtig für ihre Entscheidung war mit 91% der Wunsch nach baldiger finanzieller Unabhängigkeit; 37% in betrieblicher Ausbildung bezeichneten das Motiv sogar als „sehr bedeutend" (Antwortwert 1). Besonders für Frauen spielt die finanzielle Unabhängigkeit eine entscheidungsrelevante Rolle („sehr bedeutend": 42%; Männer: 28%). Es folgen als weitere bedeutsame Motive für die aufgenommene Lehre: den angestrebten Beruf ergreifen können, gute Passung mit eigener Leistungsfähigkeit bzw. Neigung zu praktischer Tätigkeit, das Interesse am vermittelten Sachwissen, das breite spätere Berufsspektrum oder vermutete günstige Berufs- und Einkommenschancen. Diese Motive beurteilten mehr als vier Fünftel in einer Lehre als bedeutsam für ihre Ausbildungswahl. Karrierebezogene Gründe dagegen wurden für die gewählte duale Ausbildung nicht in dem Maße angeführt: z. B. wurden die Motive, in leitende Positionen zu gelangen, von 27% oder einen hohen sozialen Status erreichen von nur 19% der Auszubildenden mit Studienberechtigung als „sehr bedeutend" genannt.

Bezüglich ihrer persönlichen beruflichen Zukunft äußerten sich die jungen Leute in einer Lehre bzw. mit dualer Ausbildungsabsicht recht zuversichtlich[161]: Zwei Drittel der Befragten schätzen die eigenen Berufsaussichten als „sehr gut" oder „gut" ein (68%), weitere 22% vergaben als Urteil „teils – teils", während jeweils nur 5% für sich von eher schlechten Aussichten ausgehen oder aber „weiß nicht" (5%) antworteten. Signifikante Unterschiede gibt es andererseits zwischen den Auszubildenden, die sofort nach der Ausbildung berufstätig werden wollen, und jenen, die nach der Lehre noch ein Studium anschließen möchten: Gute oder sehr gute Berufsperspektiven erwarten für sich 66% aus der Gruppe der späteren Soforteinsteiger. Aus der Gruppe, die einen Lehrabschluss und akademischen Abschluss anstreben (sog. Doppelqualifizierer), gehen sogar 81% von solch positiven Berufsaussichten aus. Zugleich zeigte sich die untersuchte Gruppe etwas verhaltener in Bezug auf die Perspektiven von Akademikern: Die Berufsaussichten von Absolventen eines Studiums ganz allgemein bewerteten 53% der Befragten in einer Lehre/Lehrabsicht als „sehr gut" oder „gut", gefolgt von der Alternative „teils – teils" (32%); seltener haben sie ungünstige Einschätzungen (7%) oder „weiß nicht" (8%) angekreuzt.

158 Für frühere Entlassjahrgänge siehe Heine/Willich 2006.

159 Addierte Anteilswerte der Antwortkategorien 1 und 2 auf einer fünfstufigen Skala von 1 = „sehr große Rolle" bis 5 = „überhaupt keine Rolle". Den höchsten Wert erzielen hier mit 80% die Personen in Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien.

160 Auf einer Einstufungsskala von 1 = sehr bedeutend bis 6 = bedeutungslos werden hier zusammengefasst die Prozentanteile für die Antwortwerte 1 bis 3 berichtet.

161 Die möglichen Einschätzungen reichten von 1 = sehr gut bis 5 = sehr schlecht, außerdem war als Antwort „weiß nicht" möglich.

Tabelle A5.5.2-4: **Aspekte, die für Studienberechtigte (Entlassjahr 2008) mit betrieblicher Ausbildung und ohne Studienabsicht gegen ein Hochschulstudium sprechen (in %)**[1]

Aspekte, die gegen ein Studium sprechen …	Männer	Frauen
die nötigen finanziellen Voraussetzungen eines Universitäts- oder Fachhochschulstudiums	74	80
der Wunsch, möglichst bald selbst Geld zu verdienen	66	75
Schulden zu machen aus Krediten zur Ausbildungsfinanzierung (z. B. Studienkredite oder BAföG-Darlehensanteil)	63	77
Studiengebühren übersteigen die finanziellen Möglichkeiten	63	74
festes Berufsziel, das kein Studium voraussetzt	50	58
die Dauer eines Hochschulstudiums	46	49
nicht die nötigen Fähigkeiten für ein Studium mitzubringen	47	45
geringer Praxisbezug eines Hochschulstudiums	36	48

[1] Prozentanteile: Wert 1 und 2 einer fünfstufigen Skala von 1 = „sehr stark" bis 5 = „überhaupt nicht".

Studienberechtigte ohne Studienabsicht, im Dezember 2008 in betrieblicher Berufsausbildung bzw. eine solche angestrebt sowie bereits mit Lehrabschluss vor Erwerb der Hochschulreife. Auswahl, nach Wichtigkeit geordnet; vorgegeben waren insgesamt 14 Aspekte.

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS), HIS-Studienberechtigtenpanel 2008; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Aufschlussreich sind zudem die Motive der Studienberechtigten, die ausschließlich auf die betriebliche Ausbildung setzen und ihre Studienoption nicht einlösen wollen (Studienverzichter). Diese Gruppe bewertete vorgegebene 14 Aspekte danach, wie stark diese gegen eine Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule oder Hochschule sprechen → **Tabelle A5.5.2-4**. Es zeigt sich, dass sie vorrangig aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten; die Befragten können sich nach eigener Einschätzung ein Studium nicht leisten oder möchten schnell eigenes Geld verdienen. Danach folgen berufspraktische Berufsziele und Interessen, oder sie wollen früh ins Berufsleben einsteigen. Auch die vermutete fehlende Studieneignung spricht aus ihrer Sicht oft gegen die Aufnahme eines Studiums. Auffällig sind deutliche Geschlechtsunterschiede: Für Frauen sind es häufiger als für Männer finanzielle Erwägungen, die gegen ein Studium sprechen: So gaben 80 % der Frauen (Männer: 74 %) die Sorge um fehlende „nötige finanzielle Voraussetzungen" an, die sie „sehr stark" von einem Studium abhielten. Stattdessen möchten 75 % der Frauen und 66 % der Männer lieber „möglichst bald selbst Geld verdienen". Weitere 77 % der Frauen antworteten, es widerstrebe ihnen besonders, sich für einen Studienkredit oder das BAföG zu verschulden (Männer: 63 %). Drei Viertel der Frauen und knapp zwei Drittel der Männer (63 %) in betrieblicher Ausbildung wollen nicht an eine Hochschule, weil die Studiengebühren ihre finanziellen Möglichkeiten überstiegen. Weiterhin hat über die Hälfte der befragten Frauen (58 %) ein festes Berufsziel, das kein Studium voraussetzt (Männer: 50 %). Auch die Studiendauer oder die fehlende persönliche Studieneignung wird von Männern und Frauen nahezu gleich oft als Grund für den Studienverzicht genannt. Ein gering eingeschätzter Praxisbezug wiederum hält Frauen im Vergleich zu Männern (48 % vs. 36 %) stärker vom Hochschulbesuch ab.

(Hermann Herget)

A5.6 Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen sowie Berufsabschlüsse

Abschlussprüfungen (Gesellenprüfungen) stehen in anerkannten Ausbildungsberufen am Ende der Berufsausbildungszeit; sie dienen dem Nachweis der erreichten beruflichen Qualifikation.[162] Festgestellt wird, ob die Prüflinge die für den Berufsabschluss und zur Berufsausübung geforderte Handlungskompetenz und die nach der Ausbildungsordnung zu vermittelnden Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen. Wird die Abschlussprüfung nicht bestanden, kann sie zweimal wiederholt werden (Wiederholungsprüfungen). Auszubildende können ferner bei besonderen Leistungen bereits vor Ablauf der vertraglich festgelegten Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung zugelassen werden (vorzeitige Zulassung).

Darüber hinaus können auch Personen gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) zur beruflichen Abschlussprüfung zugelassen werden, die nicht in einem Ausbildungsverhältnis sind und nicht im dualen System ausgebildet wurden (BBiG § 43 Abs. 3 bzw. § 45 Abs. 2; alt: § 40 Abs. 2, 3 BBiG bzw. § 37 Abs. 2 und 3 HwO). Bedingung ist entweder erstens eine Mindestdauer einschlägiger praktischer Berufstätigkeit oder ein Nachweis, der die Teilnahme an der Prüfung rechtfertigt, oder aber zweitens eine abgeschlossene schulische Ausbildung an einer berufsbildenden Schule/Bildungseinrichtung, sofern der Bildungsgang der Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht. Die Statistik erfasst die jeweilige Gruppe als sogenannte „externe" Prüfungsteilnehmer/-innen (Externenprüfungen). Auf diesem Weg können sich auch Erwerbspersonen verbesserte Handlungsoptionen und Entwicklungsperspektiven erschließen (vgl. Kremer 2006): Sie erhalten einen auf dem Arbeitsmarkt attraktiven fachlichen Berufsabschluss, nachdem sie die Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf vor der dafür zuständigen Stelle bestanden haben.

Die folgenden Ergebnisse zu den Abschlussprüfungen 2008 und ihrer Entwicklung seit Mitte der 1990er-Jahre sind im Rahmen der amtlichen Berufsbildungsstatistik erhoben worden.[163] E Für das Berichtsjahr 2007 waren vom Statistischen Bundesamt keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht worden (Statistische Bundesamt 2008, S. 11; Schmidt 2008).[164]

E Statistik über die Berufsbildung

Die Statistik über die Berufsbildung (Erhebung zum 31. Dezember) des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt 2002, 2007) erhebt jährlich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Abschlussprüfungen. Gemeldet werden die Angaben durch die zuständigen Stellen.[165] Sie umfassen alle während des Kalenderjahres (= Berichtszeitraum) abgelegten Abschlussprüfungen, gegliedert nach Ausbildungsberufen, Geschlecht, Prüfungserfolg, die Art der Prüfungszulassung sowie die Wiederholungsprüfungen.[166] Die Statistik ist eine Vollerhebung, für die Auskunftspflicht besteht.

Die Statistik der Abschlussprüfungen enthält neben den sogenannten Externenprüfungen auch die Wiederholungsprüfungen. Das heißt, Teilnehmer/-innen, die nicht bestanden haben und im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen teilnehmen, werden mehrfach gezählt. Seit 1993 werden diese Personen eigens erfasst und als Wiederholer ausgewiesen; das wird für die Berechnung und Beurteilung von Erfolgsquoten entsprechend berücksichtigt (vgl. Werner 1998). Die Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen sind jedoch keine Auszubildenden: Sie werden daher nur in der Statistik der Abschlussprüfungen, nicht aber bei den

162 Als Abschlussprüfungen gelten auch Prüfungen am Ende von Ausbildungsabschnitten im Rahmen der Stufenausbildung, sofern damit die Ausbildung beendet wird und kein Anschlussvertrag für die Folgestufe eingegangen wurde.

163 Die Rechtsgrundlage der Statistik (§§ 4 und 5 Berufsbildungsförderungsgesetz) ist für die Erhebungen von 1993 bis 2004 unverändert, seitdem galt das Berufsbildungsreformgesetz vom 23. März 2005 (BGBl I S. 931), Artikel 1 Berufsbildungsgesetz (BBiG), §§ 84 bis 90. Für den betrachteten Zeitraum liegen bis 2006 somit vergleichbare Daten zu Abschlussprüfungen vor auf der Ebene des Bundes, für Bundesländer oder einzelne Kammern.

164 Bedingt war dies durch die Neukonzeption der Berufsbildungsstatistik mit einer technisch und inhaltlich geänderten Form der Datenlieferung. So waren etwa zusätzliche oder differenzierter erhobene Merkmale für externe Prüfungen erst ab dem 1. April 2007 von den zuständigen Stellen zu erfassen; dagegen galten im ersten Quartal 2007 noch die früheren gesetzlichen Regelungen.

165 Zu melden sind die Angaben zu Abschlussprüfungen von den Kammern, bei denen der Ausbildungsvertrag eingetragen ist, nicht von einer eventuell abweichend prüfenden Stelle. Erfasst wurden bis 2006 ausschließlich Prüfungsfälle und nicht die Zahl der Prüfungspersonen.

166 Prüfungsteilnehmer/-innen mit vorzeitiger Zulassung und Wiederholer/-innen werden seit 1993 ausgewiesen.

Auszubildenden nachgewiesen. Für einzelne Ausbildungsberufe kann deshalb die Zahl der Teilnahmen an Abschlussprüfungen ggf. die der Auszubildenden übersteigen. Die Meldung zu Externenprüfungen erfolgt je Kammer und Ausbildungsbereich, und es wird nach der Art der Zulassung unterschieden. Bis zum Berichtsjahr 2006 meldete der Bereich Handwerk allerdings die Externenprüfungen nicht gesondert, sie waren dort aber in den Abschlussprüfungen enthalten. Ebenso sind bis zu diesem Zeitpunkt in den Angaben des Handwerks auch die Umschulungsprüfungen in den Abschlussprüfungen enthalten; die übrigen Ausbildungsbereiche erfassen diese dagegen getrennt.

Die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) führt auch zu einer inhaltlichen und methodischen Umstellung der Berufsbildungsstatistik; sie trat zum 1. April 2007 in Kraft. Ab dem Erhebungsjahr 2007 werden Angaben zu Abschlussprüfungen als Individualdaten (statt aggregierter Summensätze) erhoben und teils neue oder bisherige Merkmale differenzierter ausgewiesen. Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Individualdatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können Erfolgsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der Auszubildenden oder nach Staatszugehörigkeit betrachtet werden. Zudem kann die Berechnung des Indikators auf Basis von Individualdaten grundsätzlich verbessert werden.

Neu erfasst werden etwa Monat und Jahr des letzten Teils der Abschluss- bzw. Wiederholungsprüfung. Die Externenprüfungen werden inzwischen von allen Ausbildungsbereichen getrennt gemeldet. Beim Prüfungserfolg wird künftig unterschieden in „bestanden", „nicht bestanden" oder „endgültig nicht bestanden"; anzugeben ist nur das Ergebnis der letzten Prüfung, sofern im Berichtsjahr mehr als eine Prüfung erfolgt ist.

Da in der Praxis noch Umsetzungsprobleme bei den Umstellungen der Berufsbildungsstatistik bestehen, erfolgen tiefer greifende Analysen erst, wenn die Zuverlässigkeit der Daten besser eingeschätzt werden kann.

→ **Tabelle A5.6-1** zeigt die Entwicklung des Prüfungsgeschehens in der dualen Berufsausbildung für ausgewählte Zeitpunkte.[167] Vor Inkrafttreten der neu gefassten Berufsbildungsstatistik im Jahr 2007 hatten jeweils rund 600.000 betriebliche Auszubildende oder externe Prüflinge in den Jahren 1995, 2000 und 2002 an beruflichen Abschlussprüfungen teilgenommen. Deren Zahl sank dann auf rund 575.000 im Jahr 2004 und auf knapp 560.000 Prüfungsteilnahmen im Jahr 2006. Im Berichtsjahr 2008 wurden rund 505.000 Teilnahmen an Abschlussprüfungen gezählt, wobei hierbei – nach der Umstellung der Statistik – nun erstmals die durchgeführten Externenprüfungen nicht mehr enthalten sind. Im Jahr 2008 unterzogen sich rund 208.000 Frauen der Abschlussprüfung, in 2006 waren es rund 232.000 gewesen; in beiden Jahren lag der Anteil der Frauen an den Prüfungsteilnahmen mit 41 % geringfügig unter dem der betrachteten Vorjahre.[168]

Bestanden haben die Abschlussprüfung im Jahr 2008 nach der dualen Ausbildung rund 455.000 (90,2 %) junge Männer und Frauen.[169] Hinzu kommen rund 23.000 erfolgreich abgelegte Prüfungen von als Externe zugelassenen Teilnehmern und Teilnehmerinnen → **vgl. Tabelle A5.6-4**. Im Jahr 2006 wurde mit rund 479.600 bestandenen Prüfungen (incl. Externenprüfungen) eine etwas größere Zahl von Berufsabschlüssen erworben; der Höchstwert im untersuchten Zeitraum lag bei rund 513.400 im Jahr 2002. Zugleich liegt aber die Erfolgsquote als Anteil bestandener Prüfungen für die betrachteten Jahre bis 2006 recht stabil zwischen 84,8 % und 85,7 % und damit unter der des Jahres 2008. Zurückzuführen ist das auf den allgemein geringeren Prüfungserfolg der Teilnehmer/-innen an den Externenprüfungen.[170]

Im untersuchten Zeitraum wurden jeweils etwas über 20.000 Auszubildende bereits vor Ablauf der

167 Für eine umfassende, jahresbezogene Darstellung seit 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

168 Für die Prüfungsteilnahme von Frauen ergibt sich für die Jahre 1995, 2002 und 2004 jeweils ein Anteil von 43 %, für 2000 ein Anteil von 42 %.

169 Ähnlich wie in all den Jahren vorher legten auch im Jahr 2008 erneut mehr Frauen (91,8 %) als Männer (89,0 %) die Abschlussprüfung erfolgreich ab.

170 Die Erfolgsquote der extern zur Abschlussprüfung Zugelassenen bewegte sich in der Zeit von 1993 bis 2006 zwischen 70 % und 81 %, vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A5.6-1: **Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 1995 bis 2008**[1]

Jahr	Prüfungsteilnehmer/Prüfungsteilnehmerinnen							
	Männer	Frauen	Insgesamt[1]	darunter: mit vorzeitiger Prüfungszulassung[2]	darunter: mit bestandener Prüfung	Erfolgsquote	Wiederholungsprüfungen	Anteil der Wiederholer
	Anzahl					in %	Anzahl	in %
1995	338.862	253.641	592.503	26.511	502.674	84,8	59.403	10,0
2000	341.499	247.104	588.603	21.930	502.578	85,4	57.468	9,8
2002	346.467	255.864	602.331	25.317	513.444	85,2	60.267	10,0
2004	329.379	245.583	574.962	19.800	492.837	85,7	61.422	10,7
2006	327.651	231.648	559.299	22.641	479.574	85,7	54.825	9,8
2007[1]	–	–	–	–	–	–	–	–
2008	296.883	207.558	504.438	24.507	454.851	90,2	29.183	5,8

[1] Durch die Neukonzeption und Umstellung der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für das Jahr 2007 wurden infolge der methodischen Umstellung der Statistik keine Teilnahmen an Abschlussprüfungen ausgewiesen. Bis 2006 einschließlich der Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen, ab dem Berichtsjahr 2008 ohne Externenprüfungen. Bis 2007 einschließlich Teilnahmen an Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Seeschifffahrt.

[2] Das Handwerk meldete bis zum Jahr 2006 die Teilnehmer/-innen, die vorzeitig zur Prüfung zugelassen worden sind wie auch die Externenprüfungen und Umschulungsprüfungen nicht gesondert; sie sind jedoch sämtlich in den Teilnahmezahlen enthalten.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Tabelle A5.6-2: **Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2008 nach Ausbildungsbereich und Prüfungserfolg**

Ausbildungsbereich	Teilnehmer/Teilnehmerinnen							
	Männer	Frauen	Insgesamt	darunter: mit vorzeitiger Prüfungszulassung	darunter: mit bestandener Prüfung	Erfolgsquote	Wiederholungsprüfungen	Anteil der Wiederholer
	Anzahl					in %	Anzahl	in %
Industrie und Handel[1]	177.609	125.163	302.772	18.408	277.644	91,7	17.271	5,7
Handwerk	101.343	31.614	132.957	2.481	114.006	85,7	8.343	6,3
Öffentlicher Dienst[2]	4.707	8.115	12.822	608	12.018	93,7	435	3,4
Landwirtschaft	11.091	2.997	14.088	387	11.892	84,4	1.341	9,5
Freie Berufe[2]	1.854	36.387	38.241	2.580	36.060	94,3	1.566	4,1
Hauswirtschaft	279	3.282	3.561	48	3.228	90,7	237	6,6
Alle Bereiche	296.883	207.558	504.438	24.507	454.851	90,2	29.193	5,8

[1] Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

[2] Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet

vertraglichen Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung aufgrund guter Leistungen zugelassen. Anteilig machen die rund 24.500 vorzeitigen Zulassungen des Jahres 2008 knapp 5 % der durchgeführten Prüfungen aus; für die anderen Jahre bis 2006 errechnen sich Anteilswerte von jeweils 6 %.[171]

Viele Prüfungsteilnehmer/-innen, die nicht erfolgreich waren, wiederholen für den gewünschten Berufsabschluss die Abschlussprüfung. Bei 5,8 % (29.183) der Abschlussprüfungen des Berichtsjahres 2008 handelt es sich um solche Wiederholungsprüfungen; berücksichtigt wird dabei seit der Umstellung der Statistik auf eine Individualdatenerfassung nur noch eine Wiederholung. Vor der Umstellung wurden dagegen bis zum Berichtsjahr 2006 Wiederholungsprüfungen auch mehrfach gezählt. So entfielen im betrachteten Zeitraum bis 2006 jährlich jeweils rund 10 % der gezählten Abschlussprüfungen auf Wiederholungsprüfungen → **Tabelle A5.6-1**.

Sichtbar werden in → **Tabelle A5.6-2** für das Jahr 2008 deutliche Unterschiede etwa bei der Erfolgsquote (Anteil bestandener an allen durchgeführten Abschlussprüfungen) der einzelnen Ausbildungsbereiche. In Niveau und Struktur sind sie in ähnlicher Form seit Jahren gegeben. Nach Werner (1998, S. 43 f.) korrelieren zudem die Prüfungserfolgsquote und der Anteil der Wiederholer. Im Berichtsjahr 2008 liegt z. B. die Erfolgsquote der Bereiche Landwirtschaft (84,4 %) und Handwerk (85,7 %) rund 5 Prozentpunkte unter der Quote der Ausbildungsbereiche insgesamt (90,2 %). Überdurchschnittliche Erfolgsanteile sind dagegen typisch für die freien Berufe (94,3 %) oder den öffentlichen Dienst (93,7 %). Auszubildende aus Landwirtschaft oder Handwerk scheitern etwas öfter in der Abschlussprüfung beim ersten Versuch. Diese Bereiche haben deshalb mit 9,5 % bzw. 6,3 % höhere Anteile von Prüfungswiederholern.[172] Auch in 2008 wiederholen im öffentlichen Dienst mit 3,4 % (1993: 5,1 %) und 4,1 % in den freien Berufen (1993: 6,4 %) die wenigsten Prüflinge die Abschlussprüfung.

Hinsichtlich der in → **Tabelle A5.6-2** ausgewiesenen Erfolgsquoten ist zu beachten, dass zu ihrer Berechnung die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen durch die Zahl sämtlicher Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer eines Berichtsjahres geteilt wird, worunter sich auch Personen befinden, die zu Wiederholungsprüfungen angetreten sind. Wiederholer werden somit mehrfach gezählt, was zu einer überhöhten Zahl von Prüfungsbeteiligungen und zugleich zu einer geringeren Erfolgsquote führt. Um die Leistungsfähigkeit des dualen Systems genauer beurteilen zu können, ist es deshalb sinnvoll, die Wiederholungsprüfungen von der Gesamtzahl der Prüfungsteilnahmen abzuziehen. Diese korrigierte Erfolgsquote (unter Berücksichtigung der Wiederholer) beziffert, wie viele Personen alles in allem einen anerkannten Berufsabschluss erhalten oder aber ohne Abschluss bleiben. So berechnet ergibt sich für das Jahr 2008 eine korrigierte Erfolgsquote von 95,7 %. Das heißt, dass nur rund 4 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden haben und nach der Ausbildung ohne dualen Berufsabschluss bleiben. Mit 98,3 % ergibt sich für die freien Berufe die höchste korrigierte Erfolgsquote. Nahezu gleichauf folgen mit rund 97 % die Bereiche Industrie und Handel, Hauswirtschaft und öffentlicher Dienst. Danach kommen Landwirtschaft (93,3 %) und Handwerk (91,5 %). Auch die einzelnen Ausbildungsberufe unterscheiden sich hinsichtlich des Prüfungserfolgs, des Anteils an Wiederholern und des erreichten Berufsabschlusses teils erheblich.[173]

Externenprüfungen und anerkannter Berufsabschluss

Neben der Abschlussprüfung nach einer regulären Ausbildung eröffnet das Berufsbildungsgesetz seit Ende der 1960er-Jahre den Weg zum Berufsabschluss auch über die sogenannte Externenprüfung.[174] Bildungspolitisch wurde diesem Instrument zum Nachholen von Ausbildungsabschlüssen angesichts des absehbaren Fachkräftebedarfs besondere Bedeutung zugemessen (vgl. Bundesinstitut für

171 Gesetzliche Grundlage dafür ist § 45 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz. Anteilsberechnung für die Jahre bis 2006 jeweils ohne Einbeziehung des Handwerks, da dort dieses Merkmal nicht eigens getrennt gemeldet wird.

172 Vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5 für ähnliche Zusammenhänge in diesen Bereichen in den Jahren 2006, 2000 oder 1993.

173 Siehe dazu Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 147 f.

174 BBiG vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112) § 40 Abs. 2 und 3 bzw. HwO § 37 Abs. 2 und 3.

Tabelle A5.6-3: **Externe Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen 1995 bis 2006[1]**

Jahr	Externenprüfungen insgesamt	Anteil Externe an allen Abschlussprüfungen[2]	Anteil bestandener Prüfungen von Externen
	Anzahl	in %	
Ausbildungsbereiche insgesamt[1]			
1995	31.902	7,7	77,0
2000	20.757	5,4	79,4
2005	29.631	7,4	76,3
2006	29.259	7,2	77,1
Industrie und Handel			
1995	23.799	7,7	73,9
2000	14.679	5,0	76,4
2005	23.355	7,4	74,4
2006	24.375	7,6	76,7
Öffentlicher Dienst			
1995	2.571	8,7	83,4
2000	1.245	7,1	79,2
2005	921	5,8	86,2
2006	681	4,5	83,7
Landwirtschaft			
1995	1.869	14,9	94,4
2000	786	4,7	94,3
2005	1.473	9,6	87,1
2006	1.128	7,1	90,9
Freie Berufe			
1995	744	1,4	84,9
2000	210	0,4	77,3
2005	222	0,5	84,8
2006	228	0,5	88,2
Hauswirtschaft			
1995	2.895	37,0	83,3
2000	3.837	49,0	88,0
2005	3.660	47,8	81,2
2006	2.847	34,6	73,3

[1] Ausbildungsbereiche insgesamt ohne Handwerk. Im Bereich Handwerk werden die externen Prüflinge nicht gesondert gemeldet, sind aber in den Teilnehmerzahlen an Abschlussprüfungen enthalten.

[2] Einschließlich Externenprüfungen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Änder des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Tabelle A5.6-4: **Teilnahmen an den Externenprüfungen 2008 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen und Region**

Ausbildungsbereich	Männer	Frauen	Insgesamt	*darunter:* mit bestandener Prüfung	Anteil mit bestandener Externenprüfung	Anteil der Externenprüfungen an den Abschlussprüfungen
	Anzahl				in %	
Industrie und Handel[1]	12.405	8.586	20.988	16.263	77,5	6,9
Handwerk	1.314	699	2.013	1.596	79,2	1,5
Öffentlicher Dienst[2]	183	264	447	411	91,7	3,5
Landwirtschaft	804	333	1.137	984	86,5	8,1
Freie Berufe[2]	27	246	273	219	80,5	0,7
Hauswirtschaft	165	3.900	4.065	3.510	86,4	114,2
Deutschland	14.898	14.025	28.923	22.980	79,5	5,7
nachrichtlich:						
Alte Länder	8.724	8.283	17.007	13.914	81,8	4,3
Neue Länder und Berlin	6.171	5.745	11.916	9.069	76,1	10,7

[1] Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

[2] Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Berufsbildung 1996). Die Neufassung des Gesetzes 2005 verbesserte die vorherigen Regelungen der Zulassung zur Kammerprüfung für externe Prüfungsteilnehmer/-innen. Es handelt sich hierbei vor allem um Absolventen und Absolventinnen vollzeitschulischer Bildungsgänge und um Personen mit Berufserfahrung und ohne berufliche Ausbildung (vgl. Kremer 2006; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 148).

→ **Tabelle A5.6-3** gibt für ausgewählte Jahre einen Überblick über die Entwicklung der Externenprüfungen insgesamt sowie nach Ausbildungsbereichen differenziert.[175] Es zeigt sich, dass bis zum Jahr 2006 (vor Umstellung der Prüfungsstatistik) jährlich zwischen 20.000 (5,4 %) und 32.000 (7,7 %) Personen als Externe an den Prüfungen teilnahmen.[176] Zwischen 1995 (31.902) und 2000 (20.757) ist ein Rückgang der Externenprüfungen um 35 % zu erkennen; in den Jahren 2005 und 2006 stiegen sie dann mit jeweils knapp 30.000 Teilnehmer/-innen wieder in etwa auf das Niveau des Jahres 1995 an.[177] Auffällige Unterschiede zeigen sich hinsichtlich des Anteils der Externenprüfungen an den Abschlussprüfungen für die verschiedenen Ausbil-

175 Siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5 für eine ausführliche Betrachtung der jährlichen Entwicklungen in den Ausbildungsbereichen für die Jahre von 1993 bis 2006.

176 Ohne den Bereich Handwerk, der bis 2006 abweichend von den übrigen Ausbildungsbereichen die Zahl der externen Prüfungen nicht gesondert meldet. Vermutlich sind die differierenden Anteile vom regulären Ausbildungsplatzangebot früherer Jahre wie auch von den beruflichen Gegebenheiten abhängig. Die nachträgliche Qualifizierung fördern außerdem auch Betriebe und Verwaltungen. Eine wichtige Rolle spielten ferner die Zugänglichkeit zu Lehrgängen zur Prüfungsvorbereitung sowie die Unterstützung etwa im Rahmen der Arbeitsförderung oder Förderprogramme der Länder (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 1996).

177 Die Zunahme ist vermutlich auch auf geänderte Förderbedingungen der Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen.

dungsbereiche: So stellte der Bereich Industrie und Handel zwischen drei Viertel (1995: 23.799) und etwas mehr als vier Fünftel (2006: 24.375) aller extern zugelassenen Prüflinge; anteilig sind das jedoch nur zwischen 5,0 % (2000) und 7,6 % (2006) der jährlichen Abschlussprüfungen innerhalb des Ausbildungsbereichs. Ganz anders im Hauswirtschaftsbereich, wo im Jahr 2006 die 2.847 durchgeführten Externenprüfungen gut ein Drittel (34,6 %) der Abschlussprüfungen ausmachten. Noch wichtiger war dieser Weg zum Berufsabschluss in den Jahren 2000 und 2005, in denen nahezu die Hälfte der hauswirtschaftlichen Abschlussprüfungen von Externen abgelegt wurde. Im Bereich freie Berufe blieb das Instrument dagegen bedeutungslos – der Anteil der Externenprüfungen betrug hier in all den Jahren lediglich rd. 1 %.

Hinsichtlich des Prüfungserfolgs zeigt → **Tabelle A5.6-3**, dass insgesamt etwas mehr als drei Viertel der extern Zugelassenen im untersuchten Zeitraum bei der Kammerprüfung erfolgreich abschnitten. Die Erfolgsquoten unterscheiden sich allerdings erheblich zwischen den Ausbildungsbereichen: Industrie und Handel weisen durchgängig unterdurchschnittliche Erfolgsquoten auf; in der Landwirtschaft zeigen sich jeweils die höchsten Erfolgsquoten. Für den Bereich Hauswirtschaft zeigen sich zudem im betrachteten Zeitraum stärkere Veränderungen der Anteile bestandener Prüfungen von Externen.

Für das Berichtsjahr 2008 sind erstmals nach der Umstellung der Berufsbildungsstatistik die von den zuständigen Stellen sämtlicher Ausbildungsbereiche registrierten Teilnahmen von extern Zugelassenen und deren Erfolg an der Abschlussprüfung veröffentlich worden.[178] → **Tabelle A5.6-4** zeigt, dass knapp 15.000 Männer und rd. 14.000 Frauen, die sich nicht in einer dualen Berufsausbildung befanden, als Externe an der Kammerprüfung teilnahmen. In den alten Ländern wurden 17.007 (4,3 %) Prüfungsteilnahmen von Externen registriert, in den neuen Ländern waren es 11.916 (10,7 %). Die meisten der 28.923 gemeldeten Externenprüfungen in Deutschland führte der Bereich Industrie und Handel durch (20.988). Es folgen die Bereiche Hauswirtschaft sowie Handwerk und Landwirtschaft. Der IH-Bereich stellt damit nahezu drei Viertel (73 %) der extern zugelassenen Abschlussprüflinge; anteilsmäßig sind dies 6,9 % aller Abschlussprüfungen in diesem Ausbildungsbereich. Im Bereich Hauswirtschaft übersteigt die Anzahl der externen Prüflinge (4.065) die Anzahl der Prüflinge aus regulärer betrieblicher Ausbildung (Anteilswert: 114 %). Ein wesentlich geringeres Gewicht haben Externenprüfungen als Weg zum Abschlusszertifikat in der Landwirtschaft (8,1 %) und noch weniger im Handwerksbereich (1,5 %).

Insgesamt 22.980 junge Erwachsene erhielten im Jahr 2008 auf dem Weg über die Externenregelung einen anerkannten Berufsabschluss. Fast 80 % aller Externenprüfungen wurden erfolgreich bestanden. Der Erfolgsanteil Externer lag im öffentlichen Dienst bei 91,7 % und damit um 12 Prozentpunkte über dem Gesamtdurchschnitt des Jahres 2008. Überdurchschnittlich schnitten Externe außerdem in den Bereichen Landwirtschaft und Hauswirtschaft ab, wo Erfolgsquoten von fast 87 % erreicht wurden.

(Hermann Herget)

178 Vgl. Statistisches Bundesamt 2009c.

A5.7 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Sofern das Ausbildungsverhältnis vor Ablauf der im Ausbildungsvertrag bestimmten Ausbildungszeit gelöst wird, gilt das als vorzeitige Vertragslösung. Zur Lösung des Vertrags (§ 15 BBiG) kann es kommen: erstens durch Kündigung während der Probezeit oder durch Kündigung nach der Probezeit aus wichtigem Grund, zweitens durch Kündigung infolge einer Berufsaufgabe oder eines Betriebs-/Berufswechsels des/der Auszubildenden. Weiterhin kann das Ausbildungsverhältnis vorzeitig im gegenseitigen Einvernehmen ohne Angabe von Gründen beendet werden oder aus Gründen, die beim Ausbildenden liegen (z. B. Betriebsaufgabe, Wegfall der Ausbildereignung). Ursächlich für vorzeitige Vertragslösungen können nicht übereinstimmende Erwartungen der Beteiligten sein oder wirtschaftliche Probleme, aber auch Änderungen der Eigentumsverhältnisse oder der Rechtsform der Ausbildungsbetriebe.[179] Keinesfalls jedoch darf die vorzeitige Lösung des Ausbildungsverhältnisses mit einem (endgültigen) Ausbildungsabbruch gleichgesetzt werden. Darüber hinaus ist das vorzeitige Beenden einer begonnenen Ausbildung keine Besonderheit des dualen Systems; im Durchschnitt fallen die Lösungen sogar weniger hoch aus als im Hochschulbereich (vgl. Heublein et al. 2010; Konsortium Bildungsberichtserstattung 2006, S. 92).

Die nachfolgenden Ergebnisse zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen (Zeitraum 1996 bis 2008) wurden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhoben. Die Statistik zählt alle vorzeitigen Lösungen von Ausbildungsverhältnissen im Laufe eines Kalenderjahres. Aus datentechnischen Gründen ist eine Unterscheidung von Personen, die auf die weitere Ausbildung verzichten („Ausbildungsabbrecher"), Personen, die das bisherige Ausbildungsverhältnis lösen, aber die Ausbildung in einem anderen Beruf oder einem anderen Betrieb fortführen (Ausbildungswechsler), und Personen, die sich umorientieren und z. B. eine Schule besuchen oder ein Studium beginnen, nicht möglich. Infolge der methodischen Umstellung der Statistik von einer Aggregat- auf eine Individualstatistik hat das Statistische Bundesamt für das Berichtsjahr 2007 keine Angaben zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen veröffentlicht. Aufgrund der weitreichenden Änderungen sind zudem Vergleiche ab dem Jahr 2007 mit früheren Ergebnissen (bis einschließlich Berichtsjahr 2006) nur eingeschränkt möglich.[180]

E **Gelöste Ausbildungsverträge in der Berufsbildungsstatistik**

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfasst jährlich die vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse während des Kalenderjahres (= Berichtsjahr) gegliedert nach Ausbildungsjahren, darunter gesondert Lösungen in der Probezeit, und weiteren Merkmalen; Erhebungsstichtag ist der 31. Dezember des Jahres. Die Statistik ist eine Totalerhebung mit Auskunftspflicht für die zuständigen Stellen.[181] Nicht mitgezählt werden bereits vor dem Beginn der Ausbildung gelöste Ausbildungsverträge. Neu geschlossene Ausbildungsverhältnisse, die zwar angetreten, aber bis zum Erhebungsstichtag wieder gelöst wurden, zählen als vorzeitige Lösungen. Die Daten liegen bis einschließlich Berichtsjahr 2006 in festen Merkmalskombinationen vor, z. B. für Ausbildungsberufe auf der Ebene des Bundes, für Bundesländer oder Ausbildungsbereiche; ab dem Berichtsjahr 2007 sind sie mit vielfältigen weiteren Erhebungsmerkmalen frei kombinierbar (vgl. Schmidt 2008). Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik werden etwa zusätzlich Monat und Jahr der vorzeitigen Auflösung des Ausbildungsvertrages gemeldet, sofern der Ausbildungsplatz tatsächlich angetreten wurde. Bei mehrfach im Kalenderjahr erfolgten vorzeitigen Vertragslösungen ist nur die letzte zu melden.

Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Individualdatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können Vertragslösungsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss der

179 In vielen Fällen kommt es dann zum Abschluss eines neuen Ausbildungsvertrags. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 94 ff. zum Spektrum solcher Gründe sowie zu Befunden aus Studien des Bundesinstituts für Berufsbildung zum Verbleib der Auszubildenden nach einer Vertragslösung.

180 Statistisches Bundesamt 2008, S. 11 und Statistisches Bundesamt 2009, S 12.

181 Grundlage der Daten sind die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Ausbildungsverträge sowie die Prüfungsstatistiken der zuständigen Stellen.

Tabelle A5.7-1: **Anzahl und Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach Ausbildungsbereichen[1]**

Ausbildungsbereich	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2008
Anzahl												
Industrie und Handel	50.640	49.140	53.688	61.935	69.132	70.014	71.040	63.627	60.171	59.451	62.529	76.814
Handwerk	59.445	58.368	60.939	62.721	66.039	64.059	59.271	50.622	48.168	43.080	41.985	48.393
Öffentlicher Dienst	1.059	1.128	1.071	1.143	1.194	1.326	1.317	984	924	924	921	777
Landwirtschaft[2]	3.078	3.315	3.591	3.888	3.798	3.648	3.462	3.318	3.534	3.216	3.243	2.792
Freie Berufe	14.472	14.148	14.208	13.641	14.796	15.225	14.964	13.638	12.432	10.512	9.612	9.541
Hauswirtschaft[2]	1.128	1.128	1.161	1.182	1.413	1.275	1.299	1.260	1.296	1.056	1.056	979
Seeschifffahrt[3]	33	27	24	36	33	42	36	30	30	30	48	–
Alle Bereiche	129.858	127.254	134.682	144.546	156.408	155.589	151.389	133.482	126.555	118.269	119.400	139.296
Lösungsquote in %[4]												
Industrie und Handel	18,3	17,0	17,5	18,7	20,1	20,0	21,2	19,3	18,2	17,8	18,1	19,9
Handwerk	25,4	25,1	26,5	27,4	29,5	30,1	29,8	26,8	26,2	24,3	23,7	26,6
Öffentlicher Dienst	6,2	6,7	6,5	7,0	7,5	8,5	8,6	6,7	6,1	6,3	6,4	5,9
Landwirtschaft[2]	21,2	20,6	21,4	23,1	23,5	23,6	23,0	21,6	22,1	19,8	19,7	19,4
Freie Berufe	23,0	23,4	24,3	23,9	25,7	26,1	25,6	24,5	23,7	21,5	20,8	20,6
Hauswirtschaft[2]	21,6	21,3	21,2	21,7	27,2	25,2	25,7	24,5	25,2	21,8	23,3	27,3
Seeschifffahrt[3]	20,9	18,0	14,8	21,8	21,8	25,5	21,0	18,4	14,2	10,2	15,4	–
Alle Bereiche	21,3	20,5	21,3	22,1	23,7	23,7	24,1	21,9	21,0	19,9	19,8	21,5

[1] Durch die Neukonzeption und Umstellung der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung im Jahr 2007 eingeschränkt. Für das Berichtsjahr 2007 waren vom Statistischen Bundesamt keine Angaben zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen veröffentlicht worden.

[2] Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes ist für Bayern zu beachten: In 2008 keine Angaben zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in den Zuständigkeitsbereichen „Landwirtschaft" und „Hauswirtschaft". Außerdem sind weitere Meldungen zu den Vertragslösungen 2008 auffällig, Datenfehler/Meldeausfälle können hierbei nicht ausgeschlossen werden, dies betrifft insbesondere: Hamburg, Bremen und Sachsen für den Zuständigkeitsbereich „Landwirtschaft" sowie Sachsen für den Bereich „Hauswirtschaft".

[3] Bis Berichtsjahr 2007 einschließlich vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge im Ausbildungsbereich Seeschifffahrt; ab Berichtsjahr 2008 werden hier keine Ausbildungsdaten mehr erhoben.

[4] Die für die Berechnung der Vertragslösungsraten erforderlichen neuen Verträge setzen sich zusammen aus den am 31.12. bestehenden neuen Verträgen sowie den neuen Verträgen, die seit Beginn des Ausbildungsjahres wieder gelöst wurden. Ihre Zahl entspricht in etwa den Lösungen in der Probezeit. Die Lösungsquote insgesamt errechnet sich aus den Lösungsraten der einzelnen Jahrgänge, denen die Lösungen entstammen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Auszubildenden oder nach Staatszugehörigkeit betrachtet werden. Da in der Praxis jedoch noch Umsetzungsprobleme bei den Umstellungen der Berufsbildungsstatistik bestehen, erfolgen tiefer greifende Analysen erst dann, wenn die Zuverlässigkeit der Daten besser eingeschätzt werden kann.

Die Anzahl der vorzeitigen Vertragslösungen und die Höhe und Entwicklung der Vertragslösungsquote sind Indikatoren für die Effizienz des dualen Ausbildungssystems. Die Lösungsquote gibt an, wie viele neu abgeschlossene Ausbildungsverträge voraussichtlichwährend der Ausbildungszeit vorzeitig gelöst werden. Die Vertragslösungsquoten haben somit aktuellen wie prognostischen Aussagewert. Berechnet wird die Lösungsquote hier nach dem Schichtenmodell des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).[182]

182 Vgl. dazu auch Werner 2003 sowie Althoff 2002.

E **Berechnung der Lösungsquote nach dem Schichtenmodell des BIBB**

Um abschätzen zu können, bei wie vielen der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag es in den kommenden Jahren zu einer Vertragslösung kommen wird, wird die Lösungsquote für das betrachtete Berichtsjahr anhand eines Schichtenmodells näherungsweise bestimmt.[183] Dazu wird die Quote aus den Lösungen entsprechender Ausbildungsjahre und früherer Neuabschlüsse wie folgt berechnet: Die Zahl der vorzeitigen Lösungen wird nach den Lösungsjahren (1–4) unterschieden und auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (Stand 31.12.) dieser jeweiligen Vorjahre unter Berücksichtigung der Lösungen der Probezeit bezogen. Das heißt, die in den Neuabschlüssen bereits nicht mehr enthaltenen Lösungen in der Probezeit werden hinzuaddiert[184]:

$$LQ = \frac{Lösungen_{1.AJ}}{NeuabKorr_{t}} + \frac{Lösungen_{2.AJ}}{NeuabKorr_{t-1}} + \frac{Lösungen_{3.AJ}}{NeuabKorr_{t-2}} + \frac{Lösungen_{4.AJ}}{NeuabKorr_{t-3}}$$

Legende: LQ: Lösungsquote; AJ: Ausbildungsjahr; t: aktuelles Kalenderjahr; t–1: Vorjahr ...; „NeuabKorr": Neuabschlüsse + Lösungen in der Probezeit

Die Gesamtquote des sogenannten Schichtenmodells ergibt sich dann aus der Addition der schichtweise berechneten „Jahrgangsquoten".

Die Zahl der Vertragslösungen bewegte sich in den Jahren von 1996 bis 2008 zwischen rund 118.000 und 156.000 pro Jahr → **Tabelle A5.7-1**. Die Lösungsquote variierte zwischen 20% und 24%. Ausgehend von rund 130.000 Vertragslösungen im Jahr 1996 (21%) stiegen diese in den Folgejahren an. Mit jeweils mehr als 150.000 (24%) Vertragslösungen wurden in den Jahren 2000 bis 2002 jeweils Höchststände registriert. In der nachfolgenden Zeit setzte ein Rückgang ein, der im Jahr 2005 mit einer Lösungsquote von 20% den bislang niedrigsten Wert erreichte (rd. 118.000)[185]. Für das Berichtsjahr 2008 wurden laut Berufsbildungsstatistik insgesamt wieder rund 139.300 (21,5%) vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge erfasst und damit rund 20.000 Vertragslösungen mehr als im Jahr 2006.[186] Auf Männer entfielen 78.400 (56%) der Lösungen, auf Frauen 60.900 (44%); die für Ausländer gemeldeten gelösten Berufsausbildungsverhältnisse betragen 9.000.

Wie aus → **Tabelle A5.7-1** außerdem hervorgeht, differiert die Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverhältnisse innerhalb wie auch zwischen den Ausbildungsbereichen. Besonders ausgeprägt war der Anstieg der Lösungsquote um 5 Prozentpunkte im Bereich Hauswirtschaft auf 27,2% zur Jahrtausendwende. Noch höher lag zu dieser Zeit die Quote mit Werten um 30% im ausbildungsstarken Handwerkssektor. Das Handwerk nahm ab 2002 eine positive Entwicklung und konnte seine Quote deutlich zurückführen (2006: 23,7%).

Werden die einzelnen Ausbildungssektoren im aktuellen Berichtsjahr 2008 betrachtet, so zeigt sich eine überdurchschnittliche Lösungsquote im Handwerksbereich mit 26,6% und im Bereich der Hauswirtschaft (27,3%). Im ausbildungsstärksten Bereich Industrie und Handel liegt die Quote vorzeitiger Vertragslösungen mit 19,9% um fast 2 Prozentpunkte unter dem Gesamtwert (21,5%); die Lösungsquote der freien Berufe (20,6%) weicht hiervon nur wenig ab. Noch seltener vorzeitig aufgelöst wird ein in 2008 begonnenes Ausbildungsverhältnis in der Landwirtschaft (19,4%).[187] Für den öffentlichen Dienst errechnete sich mit 5,9% die niedrigste Lösungsquote.

In den neuen Ländern liegt im Berichtsjahr 2008 der Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge (rd. 32.000) mit 25,4% um 5 Prozentpunkte höher als in den alten Ländern, wo bei einer Lösungsquote von 20,5% rd. 107.000 Vertragslösungen gemeldet

183 Siehe Erläuterungen zu den Auszubildendendaten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.), den Berufsmerkmalen und den Berechnungen des BIBB; veröffentlicht im Internet unter **www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_erlaeuterungen-auszubildenden-daten-berufsbildungsstatistik.pdf**.

184 Insofern würde eine Berechnung mit Bezug auf die Bestände von Auszubildenden dagegen die Lösungsquote unterschätzen, da in den Bestandszahlen der Auszubildenden im 2., 3. oder 4. Lehrjahr ja nur noch jene enthalten sind, die nicht schon das Ausbildungsverhältnis gelöst haben.

185 Damit war sogar der niedrigste Stand vorzeitig gelöster Ausbildungsverhältnisse seit 1991 erreicht worden.

186 Die Daten deuten auf eine Trendumkehr hin. Wie oben beschrieben ist jedoch durch die Neukonzeption der Statistik im Jahr 2007 die Vergleichbarkeit der Befunde vor und nach der Umstellung eingeschränkt.

187 Allerdings ist hierbei zu beachten, dass für die Bereiche Landwirtschaft und Hauswirtschaft in einigen Ländern vorzeitige Lösungen des Berichtsjahres 2008 nicht oder nicht vollständig gemeldet wurden. Die Berechnung der Lösungsquote erfolgte für die genannten Bereiche ohne die Länder Bayern und Sachsen.

Tabelle A5.7-2: **Anzahl und Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach alten und neuen Ländern und Ausbildungsbereichen**[1]

Ausbildungsbereich	Alte Länder						Neue Länder und Berlin					
	1996	2000	2004	2005	2006	2008	1996	2000	2004	2005	2006	2008
Anzahl												
Industrie und Handel	34.791	50.001	41.859	42.504	44.268	56.405	15.849	19.134	18.312	16.947	18.261	20.409
Handwerk	45.888	51.429	38.973	34.590	33.375	39.248	13.557	14.610	9.195	8.490	8.610	9.145
Öffentlicher Dienst	816	984	714	747	711	658	243	210	210	177	213	119
Landwirtschaft[2]	2.316	2.697	2.613	2.346	2.268	1.962	762	1.101	921	870	975	830
Freie Berufe	12.501	12.813	10.701	8.943	8.121	8.202	1.971	1.983	1.731	1.569	1.491	1.339
Hauswirtschaft[2]	807	1.020	855	654	657	643	321	393	441	402	402	336
Seeschifffahrt[3]	33	33	27	30	48	–	0	3	0	0	0	–
Alle Bereiche	97.155	118.977	95.745	89.820	89.448	107.118	32.703	37.431	30.813	28.452	29.952	32.178
Lösungsquote in %[4]												
Industrie und Handel	16,8	19,2	16,7	16,7	16,7	18,5	23,2	22,9	22,8	21,2	22,7	25,2
Handwerk	26,4	29,6	26,5	24,3	23,3	26,0	22,7	29,0	25,1	24,4	25,5	29,2
Öffentlicher Dienst	6,5	8,2	6,2	6,7	6,5	6,5	5,2	5,3	5,8	5,1	6,2	3,7
Landwirtschaft[2]	22,0	23,7	24,1	21,1	19,9	16,0	18,8	23,0	18,0	17,0	19,3	18,3
Freie Berufe	23,3	25,8	23,3	20,9	20,0	20,2	21,2	25,0	26,2	25,9	25,9	23,9
Hauswirtschaft[2]	22,0	28,2	25,5	20,8	22,0	21,4	20,6	25,3	24,8	23,9	25,8	23,2
Seeschifffahrt[4]	21,4	22,5	14,6	10,8	16,0	–	–	15,4	4,8	0.0	4,8	–
Alle Bereiche	21,0	23,4	20,4	19,3	18,9	20,5	22,1	24,7	23,0	21,7	23,0	25,4

[1] Durch die Neukonzeption und Umstellung der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung im Jahr 2007 eingeschränkt. Für das Berichtsjahr 2007 waren vom Statistischen Bundesamt keine Angaben zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen veröffentlicht worden.

[2] Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes ist für Bayern zu beachten: In 2008 keine Angaben zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in den Zuständigkeitsbereichen „Landwirtschaft" und „Hauswirtschaft". Außerdem sind weitere Meldungen zu den Vertragslösungen 2008 auffällig, Datenfehler/Meldeausfälle können hierbei nicht ausgeschlossen werden, dies betrifft insbesondere: Hamburg, Bremen und Sachsen für den Zuständigkeitsbereich „Landwirtschaft" sowie Sachsen für den Bereich „Hauswirtschaft".

[3] Bis Berichtsjahr 2007 einschließlich vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge im Ausbildungsbereich Seeschifffahrt; ab Berichtsjahr 2008 werden hier keine Ausbildungsdaten mehr erhoben.

[4] Die für die Berechnung der Vertragslösungsraten erforderlichen neuen Verträge setzen sich zusammen aus den am 31.12. bestehenden neuen Verträgen sowie den neuen Verträgen, die seit Beginn des Ausbildungsjahres wieder gelöst wurden; deren Zahl entspricht in etwa den Lösungen in der Probezeit. Die Lösungsquote insgesamt errechnet sich aus den Lösungsraten der einzelnen Jahrgänge, denen die Lösungen entstammen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet

wurden → **Tabelle A5.7-2**. Mitte der 1990er-Jahre waren die Quoten dagegen nur einen Prozentpunkt (1996) auseinandergelegen. Insgesamt entwickelte sich in regionaler Sicht die Lösungsquote so, dass die der neuen Länder im gesamten Betrachtungszeitraum stets die der alten Länder übersteigt; die Quoten der beiden Landesteile liefen dabei immer mehr auseinander.

→ **Tabelle A5.7-2** macht weiterhin teils beachtliche regionale Unterschiede in den Vertragslösungsquoten der Ausbildungsbereiche im untersuchten Zeitraum sichtbar. Sie finden sich ausgeprägt im Bereich Industrie und Handel schon ab 1996: In den letzten vier Jahren ab 2004 haben die neuen Länder hier inzwischen sogar eine rund 6 Prozentpunkte höhere Lösungsquote als die alten Länder; diese lag im Jahr 2008 bei 25,2 %, in den alten bei 18,5 %. Die anhaltend schwierige Lage in der ostdeutschen Industrie könnte dafür ursächlich sein. Auffällig verläuft die Entwicklung der Lösungsquote im Handwerk und den freien Berufen: Sie fiel vor 2004 in den neuen

Tabelle A5.7-3: **Anzahl und Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach Ländern**[1]

Land	1996	2000	2004	2005	2006	2008	1996	2000	2004	2005	2006	2008
	Anzahl						Lösungsquote in %					
Baden-Württemberg	13.662	16.140	13.170	12.201	12.444	15.363	19,0	20,2	17,3	16,0	16,0	18,0
Bayern	15.549	20.373	17.805	16.653	16.269	19.493	16,5	19,8	18,4	17,4	16,8	18,1
Berlin	6.255	6.957	5.730	5.865	6.285	6.648	27,1	27,8	25,4	26,7	28,0	28,8
Brandenburg	4.572	4.866	4.554	4.206	4.440	5.470	21,1	22,9	23,1	21,5	22,9	28,0
Bremen	1.497	1.605	1.203	1.248	1.173	1.402	25,4	26,1	20,7	21,4	19,6	21,2
Hamburg	2.949	3.237	2.733	2.556	2.796	3.447	24,2	24,2	21,3	19,8	20,7	22,6
Hessen	7.875	10.401	8.118	7.302	7.908	9.550	19,5	23,5	20,1	18,1	19,3	21,5
Mecklenburg-Vorpommern	3.885	4.989	4.233	4.113	4.536	4.518	19,7	25,1	23,4	23,2	26,1	28,0
Niedersachsen	13.611	15.840	12.378	11.667	10.914	12.894	22,4	24,5	21,5	20,7	19,1	20,6
Nordrhein-Westfalen	28.884	35.190	26.505	25.086	24.534	29.348	24,0	26,1	21,8	21,0	20,0	21,7
Rheinland-Pfalz	6.138	8.151	6.921	6.432	6.321	7.813	21,2	24,9	23,5	22,1	21,4	24,3
Saarland	1.860	2.022	1.992	2.034	2.148	2.266	23,6	22,0	23,6	24,0	24,9	25,2
Sachsen	6.843	8.937	6.792	5.835	6.126	6.454	17,9	23,3	20,7	18,1	19,1	21,1
Sachsen-Anhalt	6.486	6.285	4.845	4.293	4.521	4.820	27,8	26,0	23,4	21,5	23,1	25,1
Schleswig-Holstein	5.124	6.018	4.920	4.638	4.938	5.542	25,7	28,6	24,6	23,2	23,9	24,1
Thüringen	4.662	5.400	4.656	4.140	4.044	4.268	21,5	23,9	23,4	21,2	21,0	23,4
nachrichtlich:												
Alte Länder	**97.155**	**118.977**	**95.745**	**89.820**	**89.448**	**107.118**	**21,0**	**23,4**	**20,4**	**19,3**	**18,9**	**20,5**
Neue Länder	**32.703**	**37.431**	**30.813**	**28.452**	**29.952**	**32.178**	**22,1**	**24,7**	**23,0**	**21,7**	**23,0**	**25,4**
Bundesgebiet	**129.858**	**156.408**	**126.555**	**118.269**	**119.400**	**139.296**	**21,3**	**23,7**	**21,0**	**19,9**	**19,8**	**21,5**

[1] Durch die Neukonzeption und Umstellung der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellungm Jahr 2007 eingeschränkt. Für das Berichtsjahr 2007 waren vom Statistischen Bundesamt keine Angaben zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen veröffentlicht worden. Die für die Berechnung der Vertragslösungsraten erforderlichen neuen Verträge setzen sich zusammen aus den am 31.12. bestehenden neuen Verträgen sowie den neuen Verträgen, die seit Beginn des Ausbildungsjahres wieder gelöst wurden; deren Zahl entspricht in etwa den Lösungen in der Probezeit. Die Lösungsquote insgesamt errechnet sich aus den Lösungsraten der einzelnen Jahrgänge, denen die Lösungen entstammen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte auf ein Vielfaches von 3 gerundet

Ländern jeweils etwas geringer aus als in den alten Ländern; ab 2004 übertrifft dann jedoch die Quote der beiden Bereiche im östlichen Landesteil die der alten Länder. So ist davon auszugehen, dass im ostdeutschen Handwerk drei von zehn der im Jahr 2008 (29,2%) begonnenen Ausbildungsverhältnisse bereits vor Ende der Ausbildungszeit wieder aufgelöst werden; die Lösungsquote in den alten Ländern liegt bei 26,0%. Im betrachteten Zeitraum werden neue Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Dienst in beiden Landesteilen äußerst selten vorzeitig gelöst. So beträgt die Lösungsquote für das Jahr 2008 in den neuen Ländern nur 3,7% und in den alten Ländern 6,5%.

Sichtbar wird außerdem eine beachtliche Spannweite der Vertragslösungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern, wobei die Strukturen im Zeitverlauf recht stabil sind → **Tabelle A5.7-3**. Im Berichtsjahr 2008 reicht die Lösungsquote von 18% in Baden-Württemberg und Bayern bis zu knapp drei Zehntel in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (je rund 28%). Unterdurchschnittliche Lösungsquoten im untersuchten Zeitraum waren typisch für die eher wirtschaftsstarken Flächenstaaten Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen oder Hessen. Rückläufig entwickelten sich zwischen 1996 und 2008 die Vertragslösungsquoten in Nordrhein-Westfalen (von 24,0% auf 21,7%), Sachsen-Anhalt

Tabelle A5.7-4: **Ausbildungsberufe mit den niedrigsten und höchsten Vertragslösungsquoten im Jahr 2008 (in %)**[1]

Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten			Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten		
	Ausbildungsbereich[2]	Vertragslösungsquote		Ausbildungsbereich[2]	Vertragslösungsquote
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	IH	47,0	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste (alle FR)	ÖD	3,7
Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau	IH	45,3	Fluggerätmechaniker/-in (alle FR)	IH	4,0
Koch/Köchin	IH	43,8	Verwaltungsfachangestellte/-r (alle FR)	ÖD	4,5
Fachkraft im Gastgewerbe	IH	42,4	Bankkaufmann/Bankkauffrau	IH	4,9
Servicefachkraft für Dialogmarketing	IH	42,0	Werkzeugmechaniker/-in	IH	5,7
Kosmetiker/-in	Hw-I	43,0	Technische/-r Produktdesigner/-in	IH	5,9
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice	IH	41,3	Forstwirt/-in	Lw	5,9
Bauten- und Objektbeschichter/-in	Hw	38,2	Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie (alle FR)	IH	6,3
Berufskraftfahrer/-in	IH	38,0	Fachangestellte/-r für Arbeitsförderung	ÖD	6,3
Gebäudereiniger/-in	Hw	37,9	Justizfachangestellte/-r	ÖD	6,6

[1] Einbezogen sind Ausbildungsberufe, in denen mehr als 300 neue Ausbildungsverträge im Jahr 2008 abgeschlossen worden sind.

[2] IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; Hw-I = Industrieberuf im Handwerk; Lw = Landwirtschaft; ÖD = Öffentlicher Dienst.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember)

(von 27,8% auf 25,1%), Niedersachsen (von 22,4% auf 20,6%) und Schleswig-Holstein (von 25,7% auf 24,1%). Ebenfalls sanken die Quoten in den Stadtstaaten Bremen (von 25,4% auf 21,2%) und Hamburg (von 24,2% auf 22,6%). Starke Anstiege der Lösungsquoten verzeichneten dagegen Mecklenburg-Vorpommern um rund 8 Prozentpunkte (von 19,7% auf 28,0%) und Brandenburg um rund 7 Prozentpunkte (von 21,1% auf 28,0%). Das bedeutet, dass in beiden Ländern 28% der Neuverträge des Jahres 2008 bereits vor dem Ende der Ausbildungszeit wieder gelöst werden dürften.

Unterschiedliche Lösungsquoten zeigen sich ebenso für die verschiedenen Ausbildungsberufe. **→ Tabelle A5.7-4** verdeutlicht die (In-)Stabilität der im Berichtsjahr 2008 neu geschlossenen Ausbildungsverhältnisse für jene 10 Berufe mit den jeweils niedrigsten bzw. höchsten Lösungsquoten. In die Analyse eingegangen sind Berufe mit mehr als 300 gemeldeten Neuverträgen in 2008.[188] Ähnlich wie in früheren Jahren (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 93) zählen zur Gruppe mit den höchsten Lösungsquoten Berufe im Gast- und Beherbergungsgewerbe. Sehr häufig gelöst werden beispielsweise die Ausbildungsverträge in den Ausbildungsberufen Fachkraft für Schutz und Sicherheit (47,0%), Restaurantfachmann/-frau (45,3%) und Koch/Köchin (43,8%). Aber auch Gebäudereiniger/-innen oder Kosmetiker/-innen weisen hohe Lösungsquoten auf. Die niedrigsten Vertragslösungsquoten fanden sich im öffentlichen Dienst sowie bei Bankkaufleuten. Aber auch anspruchsvolle industrielle Produktionsberufe wie Fluggerätmechaniker/-in, Werkzeugmechaniker/-in und Verfahrensmechaniker/-in in der Hütten- und Halbzeugindustrie gehören zur Spitzengruppe mit hoher Stabilität bei den untersuchten Ausbildungsverhältnissen.

(Hermann Herget)

188 Für eine Analyse im Jahr 2006 neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel 5.6.

A5.8 Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen

Welcher Anteil unter den Jugendlichen nimmt eine betriebliche Ausbildung auf?

Die Übergänge zwischen allgemeinbildender Schule und Berufsausbildung lassen sich auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht analysieren, da dort keine Angaben zum Jahr des Schulabschlusses vorliegen. Doch wie groß der rechnerische Anteil unter den Jugendlichen in der Wohnbevölkerung ist, der einen Ausbildungsvertrag neu abschließt und damit in das duale System integriert wird, kann als sogenannte Ausbildungsbeteiligungsquote E berechnet werden. Hierbei werden die Neuabschlüsse nach Alter auf die entsprechenden Altersgruppen in der Wohnbevölkerung bezogen (zur definitorischen Problematik der Neuabschlüsse und begonnenen Ausbildungsverhältnisse → **vgl. Kapitel A5.2.1**). Dabei eröffnet die Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf eine Individualstatistik → **vgl. Kapitel A5.3** in Bezug auf differenzierte Analysen nach unterschiedlichen Personengruppen neue Möglichkeiten der Berechnung. Im Folgenden wird zunächst die Altersverteilung unter den Auszubildenden mit Neuabschluss betrachtet.

E **Ausbildungsbeteiligungsquote**

Als Indikator für die Integration der Jugendlichen in die duale Berufsausbildung berechnet sich die Ausbildungsbeteiligungsquote auf Basis der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes, jeweils zum Stichtag 31. Dezember. Die Zahl der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag wird der Zahl der Jugendlichen in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt. Zu beachten ist, dass nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag Ausbildungsanfänger sind → **vgl. Kapitel A5.2.1**. Die mit den Neuabschlüssen berechnete Quote überschätzt geringfügig den Anteil der Ausbildungsanfänger (zu Einschränkungen bei der Berechnung siehe Uhly 2006 und Althoff 1997).

$$\sum_{i=16}^{24} \frac{\text{neu abgeschlossene Ausbildungsverträge}_i}{\text{Bevölkerung}_i}\ ;\ i\text{: Alter}$$

Die Berechnung der Ausbildungsbeteiligung erfolgt durch Addition der Teilquoten für die einzelnen Altersgruppen (Beispiel: Die Teilquote der 17-Jährigen errechnet sich über die Relation zwischen den Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Alter von 17 Jahren und der Wohnbevölkerung im Alter von 17 Jahren).

Exaktere Berechnungsweise seit 2007 auch für unterschiedliche Personengruppen möglich

Seit Inkrafttreten der revidierten Fassung des § 88 BBiG wird das Alter aller Auszubildenden erfasst und kann aufgrund der Umstellung auf eine Individualstatistik für verschiedene Teilgruppen (z. B. deutsche Männer, ausländische Frauen) getrennt ausgewiesen werden, sodass für diese seit 2007 auch die bislang nur für die Gesamtzahl der Auszubildenden mit Neuabschluss anwendbare exaktere Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote erfolgen kann.

Insgesamt ergeben die beiden Berechnungsarten z. T. deutlich abweichende Werte. Dabei ist zu beachten, dass bei der näherungsweisen Berechnungsweise einerseits kein Bezug auf die genauen Altersgruppen genommen wird und die Auszubildenden aller Ausbildungsjahre einbezogen werden. Dies bedeutet gegenüber der Betrachtung der Auszubildenden mit Neuabschluss, dass Veränderungen, die sich in einzelnen Jahren hinsichtlich der Neuabschlüsse ergeben, sich nicht so stark niederschlagen und dass nach dem 31. Dezember des Vertragsabschlussjahres gelöste Verträge nicht mehr in die Berechnung einfließen. Ein Vergleich im Zeitverlauf ist daher immer nur auf Basis jeweils einer Berechnungsweise vorzunehmen (zu näheren Erläuterungen siehe Uhly/Gericke 2010).

Näherungsweise Berechnungsweise bis 2006

Für einzelne Personengruppen (differenziert nach Geschlecht und/oder Staatsangehörigkeit) konnte bis 2006 nur eine näherungsweise Berechnung erfolgen, da Altersangaben nicht nach Personenmerkmalen differenziert werden konnten. Hier musste auf Angaben zu den Auszubildenden insgesamt zurückgegriffen werden. Die Bestandszahlen (Summe der Auszubildenden im ersten, zweiten, dritten und vierten Ausbildungsjahr) wurden auf die Zahl der Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahren bezogen.[189]

189 Siehe hierzu auch: **www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_ausweitstat_bwp-3-2006_informationsbeitrag-uhly.pdf**.

Tabelle A5.8-1: **Jugendliche mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2008 (in %)[1]**

Jahr	Altersjahrgang										Durchschnittsalter	Neuabschlüsse insgesamt	Fehlende Altersangaben
	16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige	40-Jährige und älter*			
1993	24,8	27,7	15,8	11,2	7,6	4,5	2,8	2,1	3,4	–	18,5	571.206	133.281
1994	23,1	27,3	16,8	11,3	8,3	4,7	2,7	1,6	4,2	–	18,6	567.438	135.837
1995	22,3	27,1	17,2	11,9	8,4	4,9	2,6	1,5	4,1	–	18,6	578.583	144.522
1996	22,5	26,2	16,9	12,2	8,8	5,2	2,8	1,5	3,8	–	18,7	579.375	112.011
1997	20,9	26,8	17,0	12,2	9,2	5,8	2,9	1,5	3,7	–	18,7	598.110	108.111
1998	20,1	25,8	17,8	12,3	9,5	6,0	3,2	1,6	3,7	–	18,8	611.820	110.793
1999	18,8	25,1	17,8	13,3	9,9	6,2	3,4	1,9	3,7	–	18,8	635.559	109.863
2000	18,2	24,5	18,4	13,4	10,3	6,3	3,4	1,9	3,7	–	18,9	622.968	102.948
2001	18,1	24,7	18,0	13,2	10,2	6,5	3,5	2,0	3,8	–	18,9	609.576	104.874
2002	17,5	23,7	18,0	13,2	10,4	6,7	3,9	2,2	4,4	–	19,0	568.083	97.920
2003	16,6	23,5	17,8	13,1	10,4	7,1	4,2	2,6	4,7	–	19,1	564.492	102.072
2004	15,2	22,4	17,7	13,4	11,0	7,4	4,6	2,9	5,5	–	19,2	571.977	267
2005	14,3	21,7	17,8	14,2	11,3	7,5	4,6	3,1	5,6	–	19,3	559.062	474
2006	14,4	20,0	17,8	14,6	11,8	7,6	4,7	3,1	5,8	–	19,3	581.181	855
2007*	11,7	20,2	17,6	15,6	12,5	8,2	5,0	3,2	6,0	563	19,5	624.177	–
2008*	11,5	17,9	18,2	15,5	13,1	8,6	5,4	3,4	6,4	728	19,7	607.566	–

[1] Die Durchschnittsalterberechnung bis zum Berichtsjahr 2006 basiert auf hochgerechneten Neuabschlusszahlen, wobei die Hochrechnung getrennt je Bereich und Bundesland erfolgt (um unterschiedliche Altersverteilungen in den Bereichen und Ländern zu berücksichtigen). Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5; die obere und untere Altersgruppe gingen mit 24,5 bzw. 16,5 ein. Da bislang unbekannt ist, wie hoch das Alter der einzelnen Personen in diesen Gruppen ist und da das genaue Geburtsdatum unbekannt ist, kann eine exakte Durchschnittsalterberechnung nicht erfolgen. Die Veränderungen im Zeitverlauf sind jedoch interpretierbar. Seit 2007 wird im Rahmen der Individualdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik das Geburtsjahr erhoben. Ab dem Berichtsjahr 2007 gehen daher bei der Berechnung des Durchschnittsalters nicht die gruppierten Altersdaten ein. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des BIBB (auch für Werte 2007–2008); Absolutwerte aus Datenschutzgründen gerundet auf ein Vielfaches von 3

Das Alter E der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag

Übergangsprobleme und Altbewerberbestände einerseits (Beicht/Friedrich/Ulrich 2008; Krekel/Ulrich 2007), aber auch Entwicklungen wie die Verlängerung der Schulzeit im Sekundarbereich I oder das zunehmende Einmünden von Studienberechtigten in das duale System andererseits haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Auszubildenden bei Beginn der Ausbildung deutlich älter geworden sind. Wie aus → **Tabelle A5.8-1** ersichtlich, stieg das durchschnittliche Alter unter den Auszubildenden mit Neuabschluss seit Anfang der 1990er-Jahre von 18,5 (1993) auf zuletzt 19,6 Jahre (2007) an.[190] In 2008 erhöhte es sich weiter auf 19,7 Jahre.[191] Zudem lösten die 18-Jährigen als größte Altersgruppe unter den Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag die 17-Jährigen ab, die noch im Vorjahr die stärkste Gruppe bildeten. Auch der Anteil der Gruppe „24-Jährige bis unter 40-Jährige“ stieg auf 6,4 % (+6,7 %), während die Gruppe „16-Jährige und jünger“ auf 11,5 % (-1,7 %) absank.

190 1970 betrug das durchschnittliche Alter der Schüler/-innen an Berufsschulen noch 16,6 Jahre (Schulstatistik).

191 Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik kann die Berechnung des Durchschnittsalters präzisiert werden. Nach der alten Berechnung ergeben sich die Werte 19,4 und 19,5. Dies ist auch bei sonstigen Vergleichen zu den Vorjahren zu beachten.

Tabelle A5.8-2: **Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen 1998 bis 2008 nach Region (in %)**

Jahr	Ausbildungsbeteiligungsquote		
	Bundesgebiet	West	Ost
1998	66,5	67,9	61,7
1999	68,7	69,7	65,2
2000	67,2	69,2	60,7
2001	65,5	67,6	58,9
2002	60,5	62,0	55,7
2003	59,5	60,4	56,7
2004	59,5	60,3	56,6
2005	57,8	58,5	55,5
2006	59,9	60,5	57,9
2007	64,9	65,3	63,3
2008	64,6	64,9	63,0

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Bevölkerungsfortschreibung des StBA, Berechnungen des BIBB.

Tabelle A5.8-3: **Ausbildungsbeteiligungsquoten der Jugendlichen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, Bundesgebiet 2007 und 2008 (in %); (neue Berechnungsweise)[1]**

Jahr	Ausbildungsbeteiligungsquote					
	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:		
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
2008	68,2	58,0	77,9	32,2	28,9	35,4
2007	68,8	57,9	79,2	30,2	26,8	33,6

[1] Seit 2007 ist es möglich, das Alter unter den Neuabschlüssen differenziert nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht auszuweisen und entsprechend eine exaktere Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote vorzunehmen als in den Vorjahren (siehe Kasten).

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder) (Erhebung zum 31. Dezember); Bevölkerungsfortschreibung; Berechnungen des BIBB

Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen

Für das Berichtsjahr 2008 ergibt sich als rechnerischer Anteil der Jugendlichen mit Neuabschluss an der entsprechenden Wohnbevölkerung eine Ausbildungsbeteiligungsquote von 64,6%.[192] Auch wenn der Wert gegenüber dem Vorjahr geringfügig absinkt, stabilisiert sich die Quote nach den Tiefstwerten der Ausbildungsbeteiligung in 2005 (57,8%) damit wieder auf höherem Niveau. Es mündet immer noch ein relativ hoher Anteil der Jugendlichen in das duale System ein, unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt oder über welche Wege der Abschluss des Ausbildungsvertrags erfolgte. Auffallend ist bei der getrennten Betrachtung von West- und Ostdeutschland → **Tabelle A5.8-2**, dass ausgenommen von einem allgemeinen Rückgang der Ausbildungsbeteiligung um das Jahr 2005, der in beiden Landesteilen beobachtet werden kann, leicht gegenläufige Tendenzen festzustellen sind: In den westlichen Bundesländern, wo die Wohnbevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter (15- bis 24-Jährige) nach 2001 noch anstieg, ist die Quote von 67,6% in 2001 auf 64,9% in 2008 gesunken.[193] In den östlichen Bundesländern

192 Bei den Bevölkerungsdaten der Bevölkerungsfortschreibung 2008 ist generell zu beachten, dass durch die bundesweite Einführung der Steuer-Identifikationsnummern seit 2008 Bereinigungen der Melderegister vorgenommen werden. Da die Registerdaten bei der Berechnung der Einwohnerzahlen berücksichtigt werden, führen sie zu einer Verringerung der Bevölkerungszahl. In welchem Umfang der Rückgang der Bevölkerungszahlen in 2008 auf die Bereinigungen zurückzuführen ist, kann nicht quantifiziert werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, Hinweis). Allerdings zeigt die Entwicklung der Bevölkerungsdaten in den hier herangezogenen Altersgruppen in 2008 keine Auffälligkeiten, vielmehr setzten sich je Jahrgang die Entwicklungen aus den Vorjahren fort.

193 Bei der Interpretation von Analysen in tieferer regionaler Untergliederung ist generell Vorsicht geboten, da sich in den Zahlen auch grenzüberschreitende Abwanderungsbewegungen niederschlagen und die Situation somit nicht exakt für ausgewählte Regionaleinheiten dargestellt werden kann.

Tabelle A5.8-4: **Frauenanteil (in % aller Neuabschlüsse) in Berufsgruppen[1], Bundesgebiet 1993 bis 2008**

Jahr	Produktions-berufe	Dienst-leistungs-berufe insgesamt	davon:		Technikberufe	Neue Aus bildungs-berufe	Zweijährige Ausbildungs-berufe[2]	Berufe für Menschen mit Behinde-rungen
			primäre DL-Berufe	sekundäre DL-Berufe				
1993	11,6	71,7	71,5	72,0	12,4	–	62,8	34,6
1994	11,1	71,4	71,4	71,5	12,4	–	58,4	36,1
1995	11,1	71,5	71,0	72,5	12,4	–	53,9	35,9
1996	11,7	71,3	70,9	72,2	12,0	48,7	52,5	35,0
1997	11,7	70,4	70,0	71,1	11,7	25,7	51,8	33,4
1998	11,5	69,7	69,7	69,8	11,3	28,3	49,6	36,0
1999	11,9	69,8	70,0	69,2	11,8	27,4	50,8	35,1
2000	12,2	68,8	69,1	68,1	12,3	23,5	50,0	35,0
2001	12,1	67,9	68,2	67,3	12,2	23,7	48,7	34,9
2002	11,7	67,8	67,3	69,0	11,3	24,9	47,2	34,2
2003	11,5	66,1	65,4	67,8	10,7	24,3	44,3	34,2
2004	11,4	64,9	64,4	66,2	10,6	23,4	42,4	35,0
2005	11,3	64,5	63,9	66,0	10,1	23,0	41,4	33,8
2006	11,4	63,6	63,1	65,2	10,2	24,7	40,4	33,7
2007	11,8	63,5	63,7	62,9	10,3	24,6	41,0	33,8
2008	12,3	63,7	64,1	62,6	11,1	26,3	42,2	34,5

[1] Zur Abgrenzung der Berufsgruppen siehe Kapitel A5.4.

[2] Ohne Berufe nach einer Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderungen nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des BIBB

hingegen, wo der Anteil dieser Altersgruppen in der Wohnbevölkerung spätestens seit 2001 zunehmend zurückgeht, ist die Ausbildungsbeteiligung von 58,9% (2001) auf 63,0% (2008) angestiegen und nähert sich dem höheren Niveau des Westens an.

Für die unterschiedlichen Personengruppen wurde die Ausbildungsbeteiligungsquote im Folgenden auf Basis der neuen Berechnungsweise ermittelt E. Unter der deutschen Wohnbevölkerung im ausbildungsrelevanten Alter schlossen in 2008 demnach 68,2% einen Ausbildungsvertrag ab, unter der ausländischen Wohnbevölkerung waren es 32,2% → **Tabelle A5.8-3**. Gegenüber dem Vorjahr gibt es unter den deutschen Jugendlichen damit fast keine Veränderung (-0,8%), bei den Ausländern hingegen zeigt sich ein Anstieg der Quote (+6,6%), der unter den ausländischen Frauen mit 7,8% noch stärker ausfällt als unter den ausländischen Männern. Ob sich hierin Erfolge von Aktivitäten zur Verbesserung der Integration bestimmter Personengruppen zeigen oder auch hier möglicherweise Effekte einer demografisch bedingten Entlastung auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Erscheinung treten, bleibt abzuwarten. Langfristig kann beobachtet werden, dass ein enger Zusammenhang zwischen der generellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und der Ausbildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen existiert (Uhly/Granato 2006; Granato/Werner 1999), bei dem ausländische Jugendliche z.T. als „Ausbildungsreserve“ fungieren (Granato/Werner 1999). So treten in Zeiten, in denen sich relativ viele Jugendliche um ein knappes Ausbildungsplatzangebot bewerben, Verdrängungstendenzen ausländischer Jugendlicher auf. Gehen die Bewerberzahlen aber insgesamt zurück, scheinen Betriebe auch wieder stärker auf das Bewerberangebot ausländischer Jugendlicher zurückzugreifen (Granator/Werner 1999). Dennoch bilden die deutschen Männer in 2008 mit 77,9% immer noch die Gruppe, die insgesamt am stärksten in das duale System integriert ist. Unter den deutschen Frauen beträgt die Ausbildungsbeteiligung in 2008 58,0%, danach folgen die ausländischen Männer mit 35,4% und die ausländischen Frauen mit 28,9% (zur Entwicklung der Ausbildungsbeteiligungsquote bis

Tabelle A5.8-5: **Weibliche Auszubildende (Bestände) in ausgewählten Gruppen von Berufen, 1980, 1993 und 2008**

Gruppe der Ausbildungsberufe[1]	Weibliche Auszubildende[2]							
	Insgesamt, Anzahl				Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Auszubildenden, in %[3]			
	Alte Länder			Neue Länder	Alte Länder			Neue Länder
	1980	1993	2008	2008	1980	1993	2008	2008
Männlich dominierte Berufe (0–20 % weibliche Auszubildende)	34.932	47.781	54.375	23.718	5,3	9,0	10,5	19,8
Überwiegend männlich besetzte Berufe (20–40 % weibliche Auszubildende)	35.742	36.837	43.197	7.029	5,5	7,0	8,3	5,9
Gemischt besetzte Berufe (40–60 % weibliche Auszubildende)	137.088	147.687	122.190	24.591	20,9	27,9	23,6	20,5
Überwiegend weiblich besetzte Berufe (60–80 % weibliche Auszubildende)	152.073	76.131	90.219	22.353	23,2	14,4	17,4	18,6
Weiblich dominierte Berufe (80–100 % weibliche Auszubildende)	295.179	220.317	208.656	42.399	45,1	41,7	40,2	35,3

[1] Gruppenbildung nach dem Anteil der weiblichen Auszubildenden im Jahre 1977 oder später (für die Berufe, die nach 1977 zum ersten Mal auftreten).

[2] 1980 alte Länder inklusive Berlin; ab 1991 alte Länder ohne Berlin, neue Länder inklusive Berlin.

[3] Abweichungen zu 100 durch Auf- und Abrunden möglich.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des BIBB; Absolutwerte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

2006 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.7).[194] Der Abstand zwischen den deutschen Frauen und den Männern ist mit rund 20 Prozentpunkten dabei weiterhin beträchtlich, die Differenz von 6,5 Prozentpunkten unter den ausländischen Männern und Frauen erscheint vergleichsweise gering. Allerdings hat sich dieser Abstand von sehr hohen Differenzen zu Beginn der 1990er-Jahre nur deshalb verkleinert, weil seitdem die Ausbildungsbeteiligung der ausländischen Männer zurückgegangen ist. Der grundsätzlich geringere Anteil der Frauen hängt damit zusammen, dass diese sich seit Langem stärker in der vollzeitschulischen Berufsausbildung finden. In den folgenden Abschnitten wird dargelegt, in welche Berufsgruppen weibliche und ausländische Auszubildende verstärkt einmünden.

Frauenanteile nach Berufsgruppen

Frauen sind im dualen System mit einem Anteil unter den Auszubildenden mit Neuabschluss von 41,9% in 2008 nicht nur weiterhin unterrepräsentiert. Auch ihre Übergangsmuster in bestimmte Berufsstrukturen konnten trotz der Förderung der Chancengleichheit über die Erweiterung des Berufsspektrums von jungen Frauen und Gender Mainstreaming in der beruflichen Bildung bislang offenbar nicht aufgebrochen werden (BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.7; Uhly 2007). Denn noch stärker als die Auszubildenden generell münden Frauen unverändert in ein nur begrenztes Berufsspektrum, das sich auch in 2008 auf personenbezogene Dienstleistungen und Büroberufe konzentriert (Uhly 2007; Baethge/Solga/Wieck 2007; Granato/Degen 2006).[195] In den zehn am stärksten von Frauen besetzten Ausbildungsberufen umfassten die weiblichen Auszubildenden in 2008 bereits 53,1 % aller weiblichen Auszubildenden.[196] Hohe Auszubildendenzahlen haben Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen Bereich (z. B. Kauffrau im Einzelhandel, Bürokauffrau, Industriekauffrau) und dem Gesundheitsbereich (Medizini-

194 Werte nach der alten Berechnungsweise für 2008: Deutsche insgesamt 58,0 %, deutsche Frauen 46,9 %, deutsche Männer 68,7 %; Ausländer insgesamt 25,8 %, ausländische Frauen 23,2 %, ausländische Männer 28,3 %.

195 Anzumerken ist, dass die Aussage nur auf die Situation im dualen System der Berufsausbildung bezogen ist und die Verteilung auf die vollzeitschulische Berufsausbildung gänzlich unberücksichtigt bleibt.

196 Unter den Männern gibt es bezüglich der Neuabschlüsse ebenfalls eine deutliche Konzentration auf ein geringes Spektrum. Die zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe umfassen bei diesen jedoch mit 36,2 % in 2008 einen deutlich geringeren Anteil.

Tabelle A5.8-6: **Ausländeranteil (in % aller Auszubildenden) in Berufsgruppen[1], Bundesgebiet 1993 bis 2008**

Jahr	Produktions-berufe	Dienstleistungs-berufe insgesamt	davon:		Technikberufe	Neue Aus bildungs-berufe	Zweijährige Ausbildungs-berufe[2]	Berufe für Menschen mit Behinderungen
			primäre DL-Berufe	sekundäre DL-Berufe				
1993	8,7	6,8	7,4	5,7	9,9	–	14,3	5,8
1994	8,9	7,0	7,6	6,0	10,2	–	13,5	5,1
1995	8,4	6,9	7,3	6,1	9,8	–	12,0	5,0
1996	7,7	6,8	7,1	6,3	9,0	2,6	10,9	5,0
1997	7,0	6,6	6,9	6,0	8,0	3,8	10,0	5,0
1998	6,3	6,3	6,6	5,6	7,1	3,8	9,1	5,0
1999	5,8	6,1	6,4	5,4	6,3	3,8	8,5	4,8
2000	5,4	6,0	6,3	5,4	5,6	3,6	8,2	5,1
2001	5,1	5,9	6,2	5,2	5,2	3,5	7,9	5,0
2002	4,7	5,7	5,9	5,4	4,7	3,3	7,2	4,7
2003	4,3	5,6	5,7	5,4	4,3	3,3	6,9	4,6
2004	3,9	5,2	5,3	5,1	3,8	3,2	6,6	4,6
2005	3,6	5,0	5,1	4,7	3,4	3,2	6,6	4,8
2006	3,4	4,9	5,1	4,5	3,1	3,2	6,7	4,8
2007	3,4	5,1	5,4	4,4	3,1	3,5	7,4	4,7
2008	3,6	5,3	5,6	4,5	3,3	3,8	7,9	5,0

[1] Zur Abgrenzung der Berufsgruppen siehe Kapitel A 5.4.

[2] Ohne Berufe nach einer Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderungen nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO.

Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des BIBB

sche Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte und Zahnarzthelferin). Zu geringerem Anteil waren aber auch Berufe aus dem Handwerk (z. B. Friseurin) vertreten. Technische und Fertigungsberufe sowie Berufe der Informationstechnologie finden sich dagegen nicht. Betrachtet man die Verteilung nach Geschlecht innerhalb dieser Berufe, so wird deutlich, dass es sich weitgehend um sehr stark von Frauen dominierte Ausbildungsberufe handelt. Über 90 % der Auszubildenden unter den Auszubildenden in den Berufen Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r und Zahnarzthelfer/-in sowie Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk oder Friseur/-in sind weiblich. Auffallend sind diese geschlechtsspezifischen Verteilungen auch in den verschiedenen Berufsgruppen → **Tabelle A5.8-4**. In den Dienstleistungsberufen waren im Berichtsjahr 2008 63,7 % der Auszubildenden mit Neuabschluss weiblich. In den primären Dienstleistungsberufen lag ihr Anteil mit 64,1 % noch geringfügig höher als in den sekundären Dienstleistungsberufen (62,6 %). Dagegen fanden sich Frauen in den Produktionsberufen weiterhin nur zu 12,3 % und in den Technikberufen zu 11,1 %. Wurden von allen männlichen Neuabschlüssen in 2008 64,0 % in Produktionsberufen gemeldet, umfasste diese unter allen weiblichen Neuabschlüssen in 2008 nur 12,4 %. Diese Befunde deuten auf eine deutliche geschlechtsspezifische Segregation im dualen System der Berufsbildung (Uhly 2007).

Entsprechend ihren Männer- und Frauenanteilen unter den Auszubildenden lassen sich Ausbildungsberufe in männlich und weiblich dominierte Ausbildungsberufe klassifizieren → **Tabelle A5.8-5**. Die Berufszuordnung, die der → **Tabelle A5.8-5** zugrunde liegt, erfolgte nicht entsprechend den aktuellen Frauenanteilen, sondern den Anteilen im Jahre 1977 bzw. im ersten Jahr der Datenmeldungen für den Beruf bzw. Vorgängerberuf. Hier bestätigen sich in 2008 die relativ festgefügten berufsstrukturellen Muster und zeigen nur im längeren Zeitverlauf Tendenzen einer Änderung. So hat sich der Frauen-

anteil in den ursprünglich „männlich dominierten Berufen“ in Westdeutschland in 2008 zwar gegenüber 1980 von 5,3 % auf 10,5 % nahezu verdoppelt, doch hat sich der Anstieg seit 1993 deutlich abgeschwächt. In den neuen Ländern war die Geschlechterverteilung zu Beginn der 1990er-Jahre mit einem Frauenanteil von 27,5 % in den männlich dominierten Berufen weniger ungleich. Zwischenzeitlich ist aber auch hier eine Anpassung der Werte an den Westen zu beobachten. Der Frauenanteil in den männlich dominierten Berufen schrumpfte gegenüber 1991 um fast ein Drittel und lag in 2008 bei 19,8 % der Auszubildenden.

Ausländeranteile nach Berufsgruppen

In 2008 hatten 5,1 % unter den Auszubildenden mit Neuabschluss eine ausländische Staatsangehörigkeit. Mit 31.080 Personen nahm ihre absolute Zahl gegenüber dem Vorjahr um 1.266 Jugendliche zu (+4,2 %). Im östlichen Bundesgebiet stieg der Ausländeranteil unter den Auszubildenden mit Neuabschluss in 2008 leicht auf 1,3 % (2007: 1,1 %), unter den Auszubildenden im westlichen Bundesgebiet erhöhte er sich von 5,7 % auf 6,0 %. Wie → **Tabelle A5.8-6** zeigt, variiert der Ausländeranteil unter den Auszubildenden z. T. auch sehr deutlich nach Berufsgruppen[197]. Überdurchschnittlich fielen die Ausländeranteile mit 7,9 % unter den Auszubildenden in den zweijährigen Ausbildungsberufen aus. Vergleichsweise häufig kommen ausländische Auszubildende mit 5,6 % auch in den primären Dienstleistungsberufen vor. Eher geringe Werte ergeben sich dagegen in den Produktions- und Technikberufen (3,6 % und 3,3 %) sowie in den neuen Berufen (3,8 %). Die zehn am stärksten von ausländischen Auszubildenden besetzten Ausbildungsberufe waren wie in den Vorjahren v. a. Dienstleistungsberufe wie Berufe aus dem kaufmännischen und Verkaufsbereich (Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/Bürokauffrau, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk), aus dem Gesundheitsbereich (Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r und Zahnarzthelfer/-in) und der Handwerksberuf Friseur/-in. Aber auch zwei Fertigungsberufe aus Handwerk und Industrie sind vertreten (Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik). In diesen zehn Berufen konzentrierten sich in 2008 bereits 44 % der ausländischen Auszubildenden im dualen System insgesamt, was auf ein sehr enges Berufsspektrum deutet, in das diese Personengruppe einmündet. Dabei fällt der Anteil der Ausländer in diesen Berufen unterschiedlich aus. Relativ stark besetzt sind mit Ausländeranteilen von 15 % bis 8 % die Berufe Friseur/-in, Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r, Verkäufer/-in und Medizinische/-r Fachangestellte/-r. Damit bestätigen sich insgesamt die Befunde der Vorjahre.

*Z*u weiter gehenden Analysen hinsichtlich ausländischer Auszubildender → **vgl. Kapitel A5.9**.

(Naomi Gericke)

197 Zur Untergliederung der Berufsgruppen → **vgl. Kapitel A5.4**.

A5.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund

Die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist sehr heterogen; dies gilt im Hinblick auf ihre Migrationsgeschichte genauso wie im Hinblick auf ihre schulischen Voraussetzungen und ihre Lebenslagen. Die Definition dieser Zielgruppe ist uneinheitlich, und es gibt eine breite Diskussion um den Begriff „Migrationshintergrund", der als sozialwissenschaftliches Konstrukt zu verstehen ist. E

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfasst als Indikator für den Migrationshintergrund lediglich die ausländische Staatsangehörigkeit. Die Aussagen zur Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung auf der Grundlage der Berufsbildungsstatistik konzentrieren sich daher auf die Teilgruppe Auszubildende mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

E Migrationshintergrund

„Migrationshintergrund" kann in sehr unterschiedlicher Weise operationalisiert werden. Der Blick auf aktuelle Erhebungen und Studien zeigt, dass zur Bestimmung dieses Merkmals verschiedene Variablen verwendet werden: In der empirischen Berufsbildungsforschung des BIBB wird meist die aktuelle Staatsangehörigkeit und die Muttersprache (bzw. die als Erstes erlernte/-n Sprache/-n) herangezogen, teilweise auch das Geburtsland und in Deutschland verbrachte Zeiten. Studien, die auf dem Mikrozensus basieren, können hingegen auf die Variablen Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Geburtsland und entsprechende Angaben zu den Eltern zurückgreifen. Unterschiedliche Definitionen führen jedoch nicht nur zu quantitativen Unterschieden der jeweils als Personen mit Migrationshintergrund bestimmten Gruppe, sondern können auch qualitative Konsequenzen nach sich ziehen, wenn man zu unterschiedlichen Aussagen, z. B. hinsichtlich des Bildungserfolgs, kommt. Forschende sowie Nutzer von Studien über Personen mit Migrationshintergrund sollten daher die jeweils verwendeten Variablen offenlegen und begründen (vgl. Settelmeyer/Erbe 2010).

Die näherungsweise berechnete Ausbildungsbeteiligungsquote von Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit – d. h. der Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren – lag 2008 bei nur 25,8 %. 1994 absolvierten noch 33,9 % der ausländischen Jugendlichen eine duale Ausbildung. Die Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher Jugendlicher ging in diesem Zeitraum nur in geringem Ausmaß zurück und war 2008 mit 58 % mehr als doppelt so hoch → **vgl. Kapitel A5.8**. Seit 2007 kann die Ausbildungsbeteiligungsquote differenziert nach Personengruppen statt wie zuvor auf der Grundlage von Bestandszahlen der Auszubildenden auf der Basis von Neuabschlüssen exakter berechnet werden → **vgl. Kapitel A5.8** (Uhly/Gericke 2010). Nach dieser neuen, genaueren Berechnung liegt die Ausbildungsbeteiligungsquote von ausländischen Jugendlichen 2008 bei 32,2 %. Bei deutschen Jugendlichen ist die Ausbildungsbeteiligungsquote mit 68,2 % mehr als doppelt so hoch → **vgl. Tabelle A5.8-3**. Das heißt, unabhängig von der Berechnungsweise liegt die Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher erheblich höher als die ausländischer Jugendlicher. Weiterführende Analysen für ausländische Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen finden sich in → **Kapitel A5.2.1**, Ergebnisse nach Berufsgruppen in → **Kapitel A5.8**.

Bereits anhand dieser Daten ist erkennbar, dass sich der Zugang junger Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshintergrund zu einer beruflichen Erstausbildung als schwierig erweist. Die Analyse der Übergänge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Ausbildung wird im Folgenden dargestellt.

Übergangsprozesse junger Menschen mit Migrationshintergrund an der ersten Schwelle

Da amtliche Statistiken keine genauen Informationen über den Werdegang und die Übergangsprozesse an der ersten Schwelle für Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund liefern, werden Stichprobenuntersuchungen herangezogen. Hierbei zeigt sich, dass der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund oft besonders schwierig und langwierig ist (vgl. Datenreport 2009, Kapitel A5.8.1). Die BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008

→ **vgl. Kapitel A3.1 und A3.2** macht deutlich, dass überproportional häufig (84 %) Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund Probleme hatten, eine Lehrstelle in einem sie interessierenden Beruf zu finden (ohne Migrationshintergrund 76 %; → **vgl. Tabelle A3.2-3**, Spalte 11, 12). Für 57 % der Befragten mit Migrationshintergrund gab es zu wenig offene Lehrstellen bzw. zu viele Bewerber/-innen in den von ihnen gewünschten Ausbildungsberufen (ohne Migrationshintergrund 53 %; → **vgl. Tabelle A3.2-3**, Spalte 11, 12). Jede/-r fünfte Lehrstellenbewerber/-in mit Migrationshintergrund (21 %) äußert das Gefühl, bei der Lehrstellensuche wegen seiner/ihrer Herkunft bzw. Nationalität oder wegen seines/ihres Geschlechts diskriminiert worden zu sein. Bei Befragten türkisch-arabischer Herkunft betrifft dies jeden Vierten → **vgl. Kapitel A3.2**.

Auf der Grundlage der BIBB-Übergangsstudie **E** lässt sich zeigen: Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie einheimische Jugendliche (vgl. Datenreport 2009, Kapitel A5.8.1; Beicht/Granato 2009; Friedrich 2009a; Granato/Ulrich 2009; Skrobanek 2009). Dies gilt auch bei einer Differenzierung nach Schulabschlüssen (vgl. Beicht/Granato 2009). Bei den angewandten Strategien der Ausbildungsplatzsuche gibt es gleichfalls keine wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Gruppen (siehe unten; vgl. Datenreport 2009, Kapitel A5.8.1; Beicht/Granato 2009; Granato/Ulrich 2009), auch nicht bei Berücksichtigung der schulischen Voraussetzungen (vgl. Beicht/Granato 2009).

Dennoch sind die Aussichten von nicht studienberechtigten Schulabsolventen/-absolventinnen mit Migrationshintergrund, nach Schulende rasch in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden, wesentlich geringer (vgl. Datenreport 2009, Kapitel A5.8.1; Beicht/Granato 2009; Granato/Ulrich 2009). Eine Ursache für den erschwerten Zugang zu beruflicher Ausbildung wurde lange Zeit bei den schulischen Voraussetzungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund vermutet, da Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund am Ende der allgemeinbildenden Schulzeit seltener über weiterführende Schulabschlüsse verfügen als einheimische Schulabgänger/-innen (vgl. Datenreport 2009, Kapitel A5.8.1). Der folgende Abschnitt analysiert daher die Einmündungswahrscheinlichkeit und -dauer von Schulabgänger/-innen mit und ohne Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende berufliche Ausbildung unter Berücksichtigung ihrer schulischen Voraussetzungen.

E **BIBB-Übergangsstudie 2006**

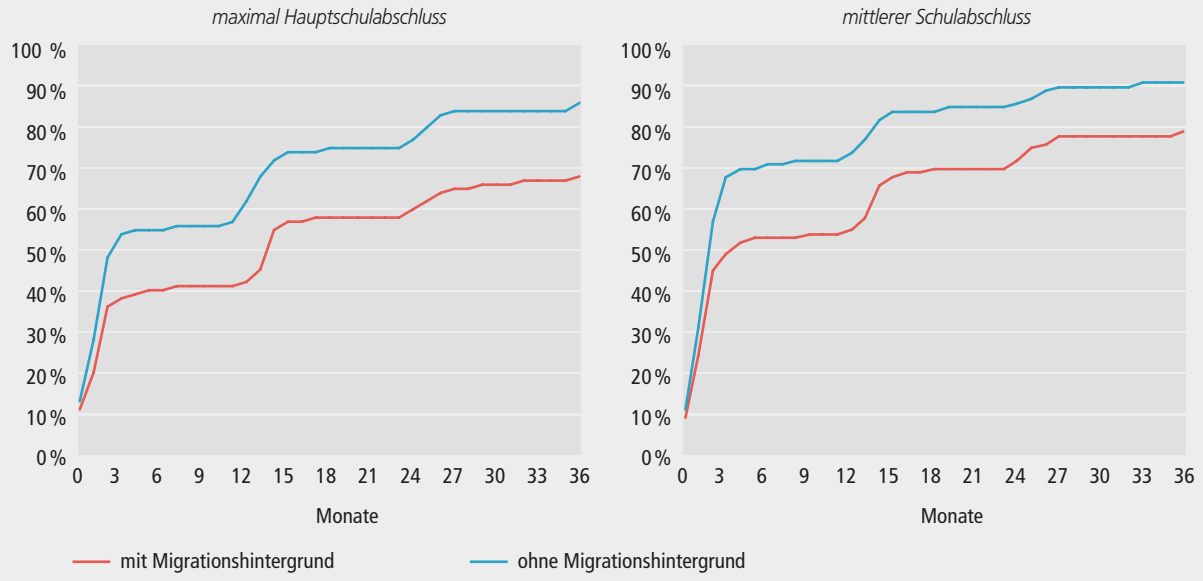
In der BIBB-Übergangsstudie 2006 wurden auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe mittels computergestützter Telefoninterviews 7.230 Jugendliche der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988 befragt → **vgl. Kapitel A3.3**. Es handelt sich um eine retrospektive Längsschnittdatenerhebung, in der die gesamte Bildungs- und Berufsbiografie erfasst wurde (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008).

Berücksichtigt werden bei den hier vorgestellten Analysen ausschließlich Untersuchungsteilnehmer/-innen, die die allgemeinbildende Schule bereits vor dem Jahr 2006 verlassen hatten und für die somit Informationen über den weiteren Werdegang vorliegen. Dies trifft auf rund 5.500 Befragungspersonen zu, von denen über 1.000 (23 %) einen Migrationshintergrund haben. Je nach Fragestellung bzw. Art der Analyse ist die zugrunde liegende Fallzahl allerdings deutlich kleiner.

Der Migrationshintergrund wird indirekt definiert: Kein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind. Treffen diese Bedingungen nicht vollständig zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Den schulischen Voraussetzungen kommt beim Übergang an der ersten Schwelle eine besondere Bedeutung zu. Ein formal höheres Bildungsniveau gilt als Zeichen für Leistungsfähigkeit und -motivation und ist gewichtiges Entscheidungskriterium bei Auswahlprozessen am Ausbildungsmarkt (vgl. Imdorf 2008). Nach den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie unterscheiden sich Dauer und Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine Berufsausbildung deutlich nach der Höhe des erreichten Schulabschlusses am Ende der allgemeinbildenden

Schaubild A5.9-1: **Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine vollqualifizierende Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – nicht studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund nach Schulabschluss (kumulierte Einmündungsfunktion)**



Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode.

Basis: Daten der BIBB-Übergangsstudie 2006; Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, die bei Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems eine betriebliche Ausbildung bzw. eine betriebliche oder schulische Ausbildung suchten.

Quelle: Beicht/Granato 2009, S. 20

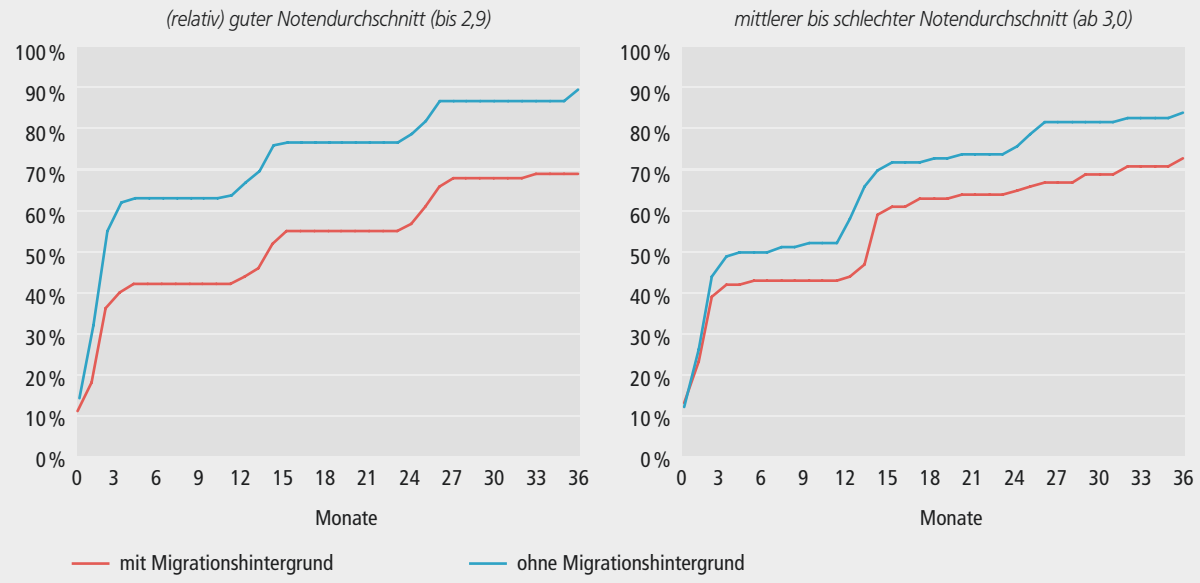
Schulzeit (Beicht/Friedrich/Ulrich 2008). Zwar wirken sich gute schulische Voraussetzungen wie ein weiterführender Schulabschluss – bei einheimischen wie eingewanderten Schulabgängern und Schulabgängerinnen – als förderlich aus, jedoch in sehr unterschiedlichem Maße, wie die folgenden Analysen zeigen.

Verfügen Jugendliche, die eine betriebliche oder schulische Ausbildung anstrebten, *maximal über einen Hauptschulabschluss*, so beginnen im Laufe eines Jahres diejenigen mit Migrationshintergrund mit 42 % erheblich seltener eine vollqualifizierende Berufsausbildung als diejenigen ohne Migrationshintergrund mit 62 % → **Schaubild A5.9-1**.[198] Zwar erhöht sich im Zeitverlauf die Erfolgswahrscheinlichkeit für alle, doch die Unterschiede zwischen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verändern sich kaum. Nach drei Jahren ist es 68 % der jungen Migranten/Migrantinnen und 86 % der einheimischen Jugendlichen gelungen, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen (vgl. Beicht/Granato 2009).

Liegt ein *mittlerer Schulabschluss* vor, so ist die Einmündungswahrscheinlichkeit jeweils deutlich höher. So sind nach einem Jahr 55 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und 74 % der jungen Einheimischen in eine Berufsausbildung eingemündet. Im Verlauf von drei Jahren sind 79 % der Jugendlichen aus Migrantenfamilien und 91 % derjenigen aus einheimischen Familien bei der Ausbildungsplatzsuche erfolgreich gewesen. Wie → **Schaubild A5.9-1** zeigt, ist bei einem maximal erreichten Hauptschulabschluss zu fast allen Zeitpunkten die Einmündungswahrscheinlichkeit für junge Menschen mit

198 Die nachfolgenden Ergebnisse basieren auf Kaplan-Meier-Schätzungen. Bei diesem Verfahren können auch Schulabsolventen in die Berechnungen eingehen, die noch nicht den gesamten Beobachtungszeitraum von 36 Monaten nach Schulende durchlaufen haben (zensierte Fälle). Eine genaue Beschreibung des Kaplan-Meier-Verfahrens sowie der durchgeführten Analysen findet sich in Beicht/Friedrich/Ulrich 2008, S. 181 ff.

Schaubild A5.9-2: **Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine vollqualifizierende Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – nicht studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit *maximal Hauptschulabschluss* nach Notendurchschnitt** (kumulierte Einmündungsfunktion)



Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode.

Basis: Daten der BIBB-Übergangsstudie 2006; Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, die bei Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems eine betriebliche Ausbildung bzw. eine betriebliche oder schulische Ausbildung suchten.

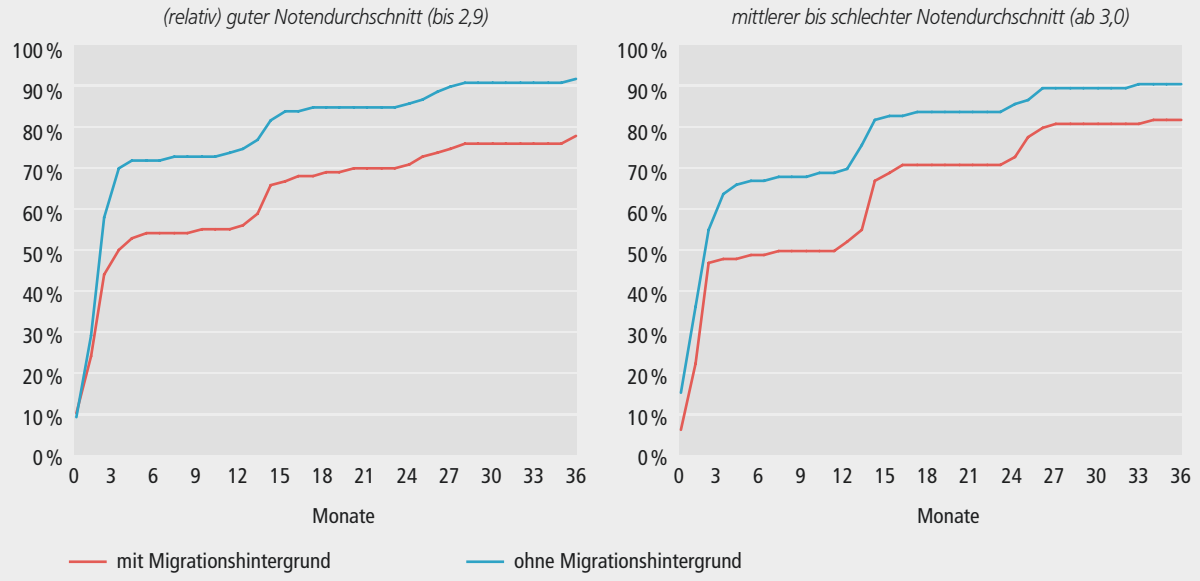
Quelle: Beicht/Granato 2009, S. 21

Migrationshintergrund um rund 20 Prozentpunkte niedriger als bei jungen Menschen ohne Migrationshintergrund. Auch bei einem mittleren Schulabschluss sind die Abweichungen zunächst ähnlich hoch. Erst im Zeitverlauf kommt es zu einer leichten Annährung – dennoch beträgt die Differenz auch hier nach drei Jahren noch über 10 Prozentpunkte (vgl. Beicht/Granato 2009).

Der Einmündungserfolg hängt nicht nur vom Schulabschlussniveau ab, sondern auch von den Noten auf dem Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der allgemeinbildenden Schule (Beicht/Friedrich/Ulrich 2008). Schulnoten werden ebenfalls als Prädikator für die Leistungsfähigkeit von Jugendlichen und als Auswahlkriterium für die Vergabe von Ausbildungsplätzen herangezogen.

Liegt *maximal ein Hauptschulabschluss* vor, so zeigt sich nach → **Schaubild A5.9-2**: Bei relativ *guten Noten* beginnen 44 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund innerhalb eines Jahres eine vollqualifizierende Berufsausbildung, von denjenigen ohne Migrationshintergrund sind es 67 %. Im Laufe von drei Jahren münden 69 % der jungen Migranten/-innen und 90 % der jungen Einheimischen, die gute Schulnoten haben, in eine Ausbildung ein. Sind die Noten auf dem letzten Schulzeugnis dagegen *durchschnittlich bis schlecht,* so beträgt der Anteil der Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund, denen die Aufnahme einer Ausbildung im Verlauf eines Jahres gelingt, wiederum 44 %, ebenso wie in der Gruppe der guten Schüler/-innen. Anders ist dies bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, bei denen der Anteil der im Laufe eines Jahres erfolgreich Eingemündeten mit 58 % zwar höher ist als bei der Vergleichsgruppe mit Migrationshintergrund, jedoch deutlich niedriger als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund mit guten Noten. Innerhalb von drei Jahren sind 73 % der jun-

Schaubild A5.9-3: **Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – nicht studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit *mittlerem Schulabschluss* nach Notendurchschnitt** (kumulierte Einmündungsfunktion)



Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode.

Basis: Daten der BIBB-Übergangsstudie 2006; Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, die bei Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems eine betriebliche Ausbildung bzw. eine betriebliche oder schulische Ausbildung suchten.

Quelle: Beicht/Granato 2009, S. 22

gen Migranten/-innen mit schwächeren Schulnoten bei der Ausbildungsplatzsuche erfolgreich und 84 % der einheimischen Jugendlichen.

Bei einem *mittleren Schulabschluss* sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen → **Schaubild A5.9-3**: Verfügen Schulabgänger/-innen über eher *gute Noten*, so nehmen von denjenigen mit Migrationshintergrund im Laufe eines Jahres 56 % eine vollqualifizierende Ausbildung auf, von denjenigen ohne Migrationshintergrund 75 %. Nach drei Jahren sind 78 % der Jugendlichen aus Migrantenfamilien und 92 % der Jugendlichen aus einheimischen Familien in eine Ausbildung eingemündet. Fallen die Schulnoten *durchschnittlich bis schlecht* aus, so beginnen innerhalb eines Jahres 52 % der jungen Migranten/-innen und 70 % der jungen Einheimischen eine Ausbildung. Nach drei Jahren haben 82 % der Schulabsolventen/-innen mit Migrationshintergrund und 91 % derjenigen ohne Migrationshintergrund den Übergang in eine Ausbildung geschafft, womit sich die Unterschiede im Laufe der Zeit merklich verringern.

Zusammenfassung

Die geringeren Einmündungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Ausbildung lassen sich nicht ausschließlich mit schlechteren schulischen Voraussetzungen erklären. Vielmehr zeigt sich, dass es vor allem junge Migranten/-innen mit guten Schulzeugnissen sind, denen die Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung seltener gelingt als den einheimischen Jugendlichen mit vergleichbaren schulischen Voraussetzungen, was sowohl gilt, wenn sie maximal über einen Hauptschulabschluss, als auch, wenn sie über einen mittleren Schulabschluss verfügen. Selbst bei gleichem Ausbildungsziel, vergleichbaren Suchstrategien sowie bei gleichen schulischen Voraussetzungen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund geringere Chancen, in eine voll-

qualifizierende Ausbildung einzumünden.[199] Anhand der BIBB-Schulabgängerbefragungen lässt sich zudem zeigen, dass diejenigen Schulabsolventen und -absolventinnen mit Migrationshintergrund, die einen Ausbildungsplatz finden, nur halb so oft in ihrem „Wunschberuf" ausgebildet werden wie einheimische Schulabgänger/-innen (vgl. Diehl/Friedrich/Hall 2009).

Über die Schulabschlüsse und Schulnoten hinaus wurde eine Reihe weiterer Faktoren untersucht (z. B. Bildung und Erwerbstätigkeit der Eltern). Diese haben ebenfalls einen (statistisch signifikanten) Einfluss auf die Einmündungsquoten von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in eine duale oder berufsfachschulische Ausbildung, sie können jedoch die geringeren Ausbildungsplatzchancen und die überdurchschnittlich langen Übergangsprozesse der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenfalls nicht vollständig erklären. Bei gleichzeitiger Berücksichtigung all dieser Einflussfaktoren bleibt weiterhin ein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds bestehen (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008; Beicht/Granato 2009).

(Mona Granato, Joachim G. Ulrich)

199 Vgl. Beicht/Granato 2009a; Friedrich 2009a; Granato/Ulrich 2009; Skrobanek 2009. Dies gilt auch, wenn als Indikator für die schulischen Voraussetzungen die kognitive Leistungsfähigkeit von Jugendlichen untersucht wird; vgl. Imdorf 2005; Lehmann u. a. 2005.

A5.10 Betriebliche Ausbildungsbeteiligung

A5.10.1 Ausbildung und Beschäftigung – Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik 2008

Beteiligung der Wirtschaft an der beruflichen Ausbildung

494.000 Betriebe beteiligten sich im Berichtsjahr 2008 an der beruflichen Ausbildung Jugendlicher. Damit stieg im Vergleich zum Vorjahr die Zahl ausbildender Betriebe in Deutschland um 0,3 % bzw. 1.500 Betriebe. Da gleichzeitig die Gesamtzahl der Betriebe um knapp 0,7 % bzw. 15.000 zunahm, ist der relative Anteil der Ausbildungsbetriebe mit 24,0 % nur unwesentlich um 0,1 Prozentpunkte gesunken und seit 1999 auf diesem Niveau verblieben → **Tabellen A5.10.1-1** bis **A5.10.1-3 Internet**. Auch in den alten Ländern hat sich trotz überdurchschnittlicher Zuwächse um 3.000 Ausbildungsbetriebe der prozentuale Anteil der Ausbildungsbetriebe in Höhe von 25,5 % nicht weiter erhöht → **Tabellen A5.10.1-4** bis **A5.10.1-6 Internet**. Die rückläufige Entwicklung in den neuen Ländern und in Berlin hielt allerdings weiterhin an. Mit 1.600 Ausbildungsbetrieben weniger und insgesamt 3.000 Betrieben mehr sank die Ausbildungsbeteiligung der ostdeutschen Betriebe im Berichtsjahr auf 18,3 % und fiel damit auf den niedrigsten Stand seit 1999 → **Tabellen A5.10.1-7** bis **A5.10.1-9 Internet**.

E **Ausbildungsbetriebsquote**[200]

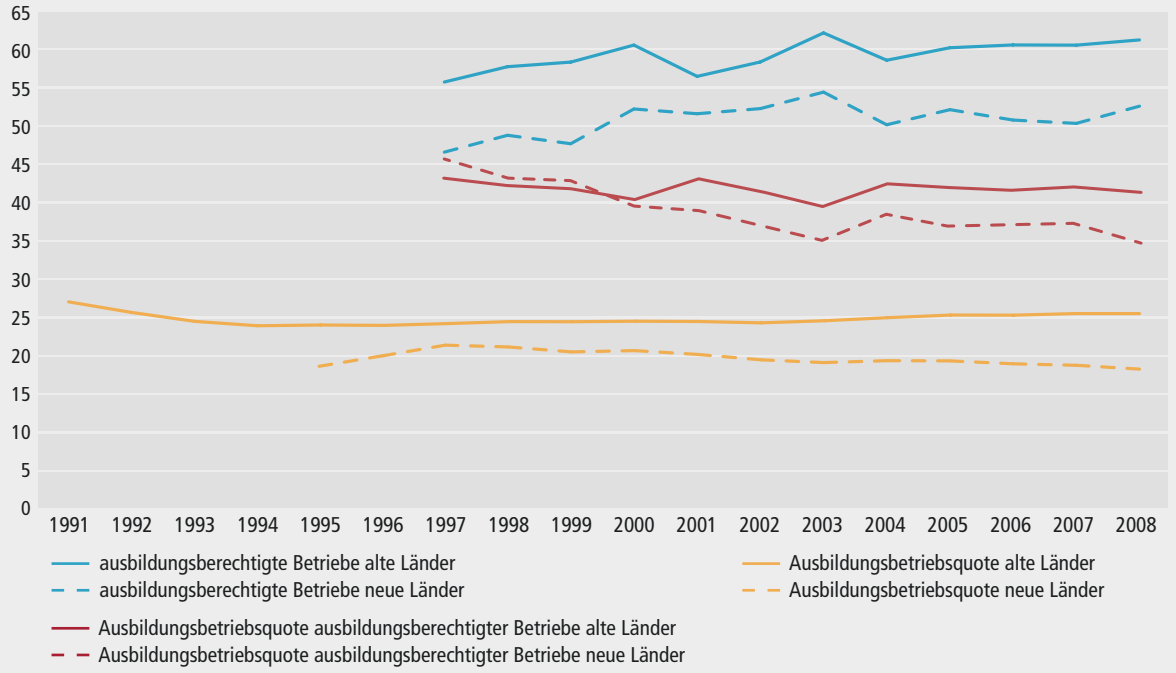
Die Ausbildungsbetriebsquote wird als prozentualer Anteil der Betriebe mit Auszubildenden an allen Betrieben einschließlich Ausbildungsbetrieben berechnet.

Ausbildungsquote

Die Ausbildungsquote wird als prozentualer Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einschließlich der Auszubildenden berechnet.

200 Ausführliche methodische Hinweise zu den im Folgenden verwendeten Daten und Indikatoren finden sich im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.1.

Schaubild A5.10.1-1: **Prozentualer Anteil von Ausbildungsbetrieben an allen Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote) und an ausbildungsberechtigten Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote ausbildungsberechtigter Betriebe) zwischen 1991 und 2008 in den alten und neuen Ländern (in %)**



Quelle: Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag bis 1999 jeweils 30.06., danach 31.12.; Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Stichtag jeweils 30.06.

Diese Ausbildungsbetriebsquoten werden häufig zum Anlass genommen, auf die gemessen an der Nachfrage ausbildungswilliger Jugendlicher zu niedrige Beteiligung der Wirtschaft an der Ausbildung hinzuweisen. Eine auf Auswertungen der amtlichen Statistik beruhende Berechnung des prozentualen Anteils ausbildender Betriebe an allen registrierten Betrieben vernachlässigt aber den Aspekt, dass nicht alle Betriebe zur Ausbildung Jugendlicher berechtigt sind. Überträgt man dieses in der amtlichen Statistik nicht ausgewiesene, aber im Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhobene Merkmal → **vgl. Kapitel A5.10.2** auf den Gesamtbestand an registrierten Betrieben, dann zeigt sich im Zeitverlauf eine höhere Beteiligung der Wirtschaft an der Ausbildung Jugendlicher und junger Erwachsener → **Schaubild A5.10.1-1**.[201]

Während sich in den alten Ländern parallel zum Anteil ausbildungsberechtigter Betriebe die Ausbildungsbetriebsquote ausbildungsberechtigter Betriebe seit 1999 zwischen 43% und 40% eingependelt hat, ergab sich für die neuen Länder ein kontinuierlicher Rückgang von knapp 46% auf mittlerweile unter 35%, obwohl die Zahl ausbildungsberechtigter Betriebe seit 2003 relativ konstant über 50% lag.

Angebot der Wirtschaft an Ausbildungsstellen

2008 war der Bestand an besetzten Ausbildungsstellen im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 1,8% bzw. 32.000 gestiegen, erreichte mit 1,814 Mio. Auszubildenden den höchsten Stand seit 1999. Durch die Zunahme sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um insgesamt 1,5% bzw. 408.000 Personen blieb die Ausbildungsquote mit 6,6% in etwa auf dem Vorjahresniveau → **Tabellen A5.10.1-10** bis **A5.10.1-12 Internet**. Allerdings ist in den neuen Ländern und

201 Weiterführende Analysen zu den Entwicklungsdefiziten des dualen Ausbildungssystems in den neuen Ländern finden sich bei Troltsch/Walden/Zopf 2009.

Berlin trotz eines positiven Trends in der Beschäftigung die Anzahl der Auszubildenden gegenüber 2007 mit 3,3% um 12.000 und gegenüber 1999 um 70.000 Jugendliche auf insgesamt 342.000 weiter zurückgegangen → **Tabellen A5.10.1-16** bis **A5.10.1-18 Internet**. Demgegenüber übertraf in den alten Ländern der Zuwachs bei den Auszubildenden um 44.000 bzw. 3,1% auf insgesamt 1,47 Mio. die Zunahme in der Beschäftigung → **Tabellen A5.10.1-13** bis **A5.10.1-15 Internet**. Damit stieg die Ausbildungsquote im Westen von 6,1% auf 6,6%.

Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung im Einzelnen

Veränderung nach Betriebsgröße

Insbesondere bei den kleineren und größeren mittelständischen Betrieben nahm die Zahl der Ausbildungsbetriebe zwischen 2007 und 2008 im Durchschnitt um 1,8% bzw. 2,8% zu → **Tabellen A5.10.1-1** bis **A5.10.1-9 Internet**. Damit konnten vor allem mittelständische Ausbildungsbetriebe mit Beschäftigtenzahlen zwischen 50 und 249 seit 1999 ihren Bestand um 8,9% steigern. Diese positive Entwicklung fiel in den alten Ländern noch deutlicher aus. Hier konnten – auch im Vergleich zu 1999 – Zuwachsraten in der Ausbildungsbeteiligung um bis zu 10,5% erreicht werden. Im Gegensatz dazu waren in den neuen Ländern – mit Ausnahme der Großbetriebe – generell Rückgänge zu verzeichnen. Gegenüber 2007 beeinflussten mit -4,4% vor allem die Bestandsrückgänge unter den ausbildenden Kleinstbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten die Gesamtbilanz negativ, obwohl sich wie in den anderen Betriebsgrößenklassen positive Entwicklungen in den Betriebsbeständen abgezeichnet haben. Damit beteiligten sich im Durchschnitt schon vor der demografischen Wende Jahr für Jahr immer weniger ostdeutsche Betriebe, in der Hauptsache Kleinstbetriebe und kleinere mittelständische Betriebe, an der Ausbildung Jugendlicher (Troltsch/Walden/Zopf 2009).

Ein Blick auf die Entwicklungen in den Beschäftigten- und Auszubildendenzahlen nach Betriebsgrößenklassen → **Tabellen A5.10.1-10** bis **A5.10.1-18 Internet** zeigt, dass nur dort Zuwächse in der Zahl der Auszubildenden erreicht werden konnten, wo auch signifikante Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen waren. Hierzu zählten vor allem kleine und große mittelständische Betriebe, die insgesamt 60% der gesamten Beschäftigungszuwächse verbuchen und somit im Vergleich zum Vorjahr 29.000 Ausbildungsplätze mehr anbieten konnten. Gegenüber 1999 konnten in den alten Ländern die zwischenzeitlichen Verluste in den Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten in fast allen Betriebsgrößenklassen wieder vollständig kompensiert werden. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Kleinstbetriebe. Von diesem Ausgleich sind Betriebe in den neuen Ländern noch weit entfernt. Sowohl bei den Ausbildungsangeboten als auch teilweise bei den Arbeitsplatzangeboten kam es im Vorjahresvergleich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu einer nochmaligen Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt.

Veränderung nach Wirtschaftszweigen

Auch im Berichtsjahr ging im verarbeitenden Gewerbe trotz der seit Jahren konstanten Betriebsbestände mit -0,6% weniger Ausbildungsbetrieben die Beteiligung an der beruflichen Ausbildung Jugendlicher weiter zurück → **Tabellen A5.10.1-19** bis **A5.10.1-27 Internet**. Seit 1999 ist in diesem Sektor mit knapp 18% jeder fünfte Ausbildungsbetrieb aus der betrieblichen Bildung Jugendlicher ausgestiegen. Hatten im Berichtsjahr 1999 noch fast 190.000 Betriebe im produzierenden bzw. verarbeitenden Gewerbe Auszubildende unter ihren Beschäftigten, so bildeten 2008 nur noch 162.000 Betriebe aus. Hauptgrund für diesen negativen Trend war vor allem die Entwicklung im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. Allein hier standen im Untersuchungszeitraum 24.000 Ausbildungsbetriebe weniger zur Verfügung. Positiv hervorzuheben – auch in der mittelfristigen Betrachtung – sind dagegen die Entwicklungen im Fahrzeug- und Maschinenbau, im Bereich Energie-, Wasser-, Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft sowie in der Metallerzeugung und -verarbeitung.

Die insgesamt relativ ausgeglichene Bilanz im Berichtsjahr konnte vor allem durch einen Zuwachs im Dienstleistungssektor erreicht werden. Mit 0,8% bildeten im Vergleich zu 2007 2.500 und im Vergleich zu 1999 23.000 mehr Dienstleistungsbetriebe

aus. Zwar lag die Ausbildungsbeteiligungsquote der Betriebe im Jahr 2008 mit 21,3% weiterhin deutlich unter den 34,4% im verarbeitenden Gewerbe, seit 1999 ist mit 7,3% allerdings ein kontinuierlicher Anstieg in der Zahl der Ausbildungsbetriebe zu verzeichnen. An dieser positiven Entwicklung waren vor allem die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, der Bereich Soft-, Hardwareberatung und -entwicklung, Architektur-, Ingenieurbüros sowie die Bereiche Werbung, Forschung und Entwicklung beteiligt. Dies sind gemessen an der Ausbildungsbetriebsquote allerdings Wirtschaftsbereiche, die im Vergleich zu den klassischen Ausbildungsbereichen wie Handel und Kfz-Gewerbe weiterhin einen hohen Nachholbedarf aufweisen.

Diese bundesweiten Trends spiegelten sich auch in den regionalen Entwicklungen im Westen Deutschlands wider, wobei negative Trends weniger stark und positive Entwicklungen zum Teil höher ausfielen. Für die neuen Länder und Berlin bleibt dagegen festzuhalten, dass sich im Vorjahresvergleich 3,1% und seit 1999 über 40% der Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe weniger an der Ausbildung Jugendlicher beteiligen → **Tabelle A5.10.1-9 Internet**. Auch in der Dienstleistungswirtschaft und im öffentlichen Sektor liegen sowohl im Vorjahresvergleich als auch im Vergleich zu 1999 zum Teil deutliche Rückgänge vor.

Gegenüber 2007 stieg im sekundären Wirtschaftssektor die Zahl der Jugendlichen in Ausbildung mit 3,1% bzw. 17.000 Auszubildenden parallel zur Beschäftigungsentwicklung deutlich an → **Tabellen A5.10.1-28** bis **A5.10.1-36 Internet**. Damit konnten die seit 1999 entstandenen Verluste von insgesamt 42.000 Ausbildungsplätzen, die vor allem im Bauwesen sowie im Textil-, Bekleidungs- und Holzgewerbe entstanden waren, noch nicht vollständig ausgeglichen werden. Auch die in diesem Zeitraum entstandenen Angebotszuwächse im Maschinen- und Fahrzeugbau erbrachten keinen Ausgleich. Nach Jahren der Stagnation in der Beschäftigungsentwicklung war im Dienstleistungssektor im Vorjahresvergleich eine weitere Zunahme im Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten festzustellen. Mit insgesamt 325.000 Beschäftigten mehr konnte infolge dieses Fachkräftebedarfs das Ausbildungsangebot für Jugendliche um 16.000 Ausbildungsstellen aufgestockt werden. Damit hat sich der kontinuierliche Trend zur Tertiarisierung in der Beschäftigung auch auf die betrieblichen Ausbildungsangebote ausgewirkt. Wurden 1999 noch 57,2% aller Jugendlichen im Dienstleistungssektor ausgebildet, so stieg dieser Anteil bis 2008 auf 66,6% an. Parallel ging der Anteil von Beschäftigten in Ausbildung im verarbeitenden Gewerbe von 35% auf 31,4% zurück.

In den alten Ländern zeigten sich keine besonderen Unterschiede zum Bundestrend. Hier führten die Beschäftigungszuwächse zu entsprechenden Angebotssteigerungen in der betrieblichen Ausbildung. Eher gegenläufig wirkte sich der Beschäftigtenzuwachs auf das betriebliche Ausbildungsstellenangebot in den neuen Ländern aus. Während im sekundären Sektor 1,2% und im tertiären Sektor 1,4% mit insgesamt 67.000 Beschäftigten mehr zu verzeichnen waren, ging die Zahl der Auszubildenden in der Dienstleistungswirtschaft um -4,5% zurück.

Veränderung nach Berufsfeldern

Eng verbunden mit dem sektoralen ist ein berufsstruktureller Wandel. Selbst in einem so kurzen Zeitraum von 9 Jahren erhöhte sich seit 1999 der Bestand dienstleistungsorientierter Tätigkeiten um knapp 4,4%, während produktionsorientierte Beschäftigungsfelder über 16% ihres Bestands einbüßten. In keinem Einzelbereich konnte unter den produktionsorientierten Berufsfeldern das Beschäftigungsniveau von 1999 wieder erreicht werden, auch wenn der Negativtrend seit 2005 beendet zu sein scheint. Mit einem Verlust von knapp 1,27 Mio. bzw. 16% aller Arbeitsplätze mit entsprechenden Tätigkeitsanforderungen erreichte der Rückgang in der Ausbildung mit 12,7% bzw. 92.000 Ausbildungsplätzen ein ähnliches Ausmaß wie in der Beschäftigung → **Tabellen A5.10.1-37** bis **A5.10.1-45 Internet**. Besonders betroffen von diesen Rückgängen waren Ausbildungsberufe, die den Bauhaupt-, Baunebenund Holzberufsfeldern zuzuordnen sind und auf die etwa zwei Drittel aller Rückgänge des produktionsorientierten Berufssektors zurückzuführen waren. Ähnlich negativ betroffen waren installations- und metallbautechnische Berufe sowie Elektroberufe. Im Vorjahresvergleich ist, abgesehen von den Ernäh-

rungs- und den Textil-, Leder- und Bekleidungsberufen, eine allmähliche Stabilisierung der Bestandszahlen zu erkennen.

Dienstleistungsorientierte Berufsfelder zeigten sowohl in der Ausbildung als auch in der Beschäftigung in den letzten Jahren einen leichten Aufwärtstrend und lagen 2008 in der Ausbildung mit 4,6 % über dem Ausgangsniveau von 1999. Dadurch konnte dennoch kein Ausgleich für die massiven Verluste unter den produktionsorientierten Berufen geschaffen werden. Im Vorjahresvergleich waren zufriedenstellende Zuwächse in der Ausbildung insbesondere bei den Waren- und Dienstleistungskaufleuten, den Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Verkehrs- und Lagerberufen festzustellen.

Auffallend im Regionalvergleich ist der seit 1999 parallel verlaufende Rückgang der ostdeutschen Bestände an Auszubildenden sowohl in den produktions- als auch in den dienstleistungsorientierten Berufsfeldern, der sich auch im Vorjahresvergleich fortgesetzt hat. Dies ist besonders insofern ungünstig, als gerade die ausbildungsintensiven Bereiche besonders betroffen waren. Im Westen Deutschlands waren demgegenüber in den ausbildungsstarken Dienstleistungsberufsfeldern absolute Zuwächse zu verzeichnen. Hierzu zählen auch die Verkehrs- und Lagerberufe. Wegen steigender Beschäftigtenzahlen bei den naturwissenschaftlich-technischen Berufen konnte im Vorjahresvergleich auch das entsprechende betriebliche Ausbildungsangebot gesteigert werden.

(Klaus Troltsch)

A5.10.2 Verlauf und Nachhaltigkeit betrieblicher Ausbildungsbeteiligungen zwischen 1999 und 2008

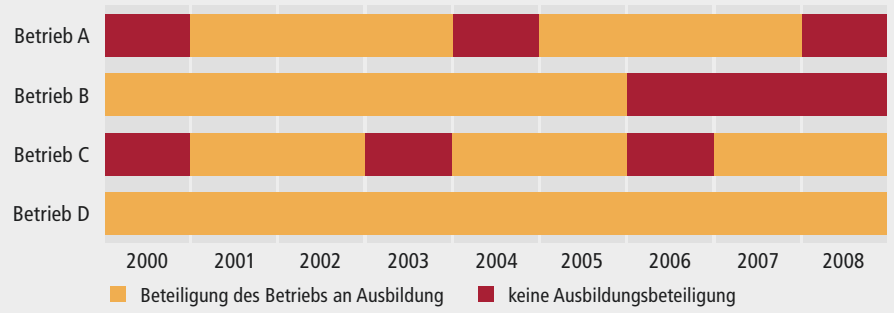
Bei Untersuchungen zur betrieblichen Ausbildungsbeteiligung und bei Analysen zum Bildungsangebot von Betrieben und Unternehmen stehen – wie in **→ Kapitel A5.10.1** dargestellt – meistens Fragen im Vordergrund, ob sich nach ausgewählten Strukturmerkmalen Veränderungen im Gesamtverhalten der an Ausbildung beteiligten Betriebe ergeben haben. Bei diesen sogenannten Aggregatdatenanalysen werden im Stichtagsvergleich ausschließlich Betriebsgruppen in ihrem Ausbildungsverhalten untersucht. Jedes Jahr engagieren sich durchschnittlich etwa 0,5 Mio. von insgesamt 2 Mio. Betrieben in der Ausbildung Jugendlicher. Wird aber der Zeitraum zwischen 1999 und 2008 insgesamt betrachtet, so bildeten knapp 1,1 Mio. bzw. 27 % von den 3,9 Mio. im Untersuchungszeitraum registrierten Betrieben mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus.

Im Folgenden sollen auf Basis der Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) weitere Indikatoren entwickelt werden, die sich stärker auf die einzelbetriebliche Dynamik der Ausbildungsbeteiligung beziehen. Dabei geht es um die Frage der zeitlichen Konstanz einer Beteiligung an der Ausbildung, die Abfolge der Beteiligungen sowie die Nachhaltigkeit betrieblicher Einstiege in Ausbildung.

Beteiligung an der betrieblichen Ausbildung

Je nach betrieblichen Rahmenbedingungen beteiligen sich Betriebe in sehr unterschiedlicher Weise an der Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen oder verzichten vollständig auf die Rekrutierung von Fachkräften über eine eigene Ausbildung. Beispielsweise zeigt die Abfolge betrieblicher Ausbildungsbeteiligungen anhand ausgewählter Betriebe **→ Schaubild A5.10.2-1**, dass bei Betrieb A im Jahr 2001 eine dreijährige Phase beginnt, in der Jugendliche ausgebildet werden. Nach einer kurzen einjährigen Unterbrechung schließt sich eine

Schaubild A5.10.2-1: **Ausgewählte Beispiele für den Verlauf betrieblicher Ausbildungsbeteiligungen zwischen 1999 und 2008 in Deutschland**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

weitere dreijährige Ausbildungsbeteiligung an.[202] Betrieb B hat insgesamt 6 Jahre lang und Betrieb D den gesamten Untersuchungszeitraum über Auszubildende unter seinen Beschäftigten. Eine Besonderheit bildet Betrieb C, der auf maximal zweijährige Ausbildungszeiten kommt, und dies mehrfach. An diesen Betriebsbeispielen zeigt sich eine erste Einschränkung der Auswertungsmöglichkeiten, da über den weiteren Verlauf der Ausbildungsbeteiligung bzw. Nichtbeteiligung nach dem letzten Stichtag im Jahr 2008 (noch) keine Aussagen gemacht werden können.[203] Insgesamt existieren genau 1.013 unterschiedliche Verlaufsmuster der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung nach der obigen Definition.[204] Zur Vereinfachung der folgenden Darstellung wurden diese unterschiedlichen Beteiligungsmuster zu etwas größeren Gruppen zusammengefasst. Kriterium hierfür war als Erstes die Festlegung, welches die längste zusammenhängende Phase der Ausbildungsbeteiligung des Betriebs war. Darunter subsumiert wurden dann weitere Beteiligungsphasen, die entweder gleich lange dauerten oder kürzer ausgefallen waren, bis hin zu einmaligen einjährigen Ausbildungseinstiegen → **Tabelle A5.10.2-1**.

In → **Schaubild A5.10.2-2** ist die U-förmige Verteilung der Betriebe nach betrieblichen Beteiligungsmustern zwischen 1999 und 2008 dargestellt. Eine größere Gruppe an Betrieben, die mit über 200.000 Betrieben etwa 20 % aller im Untersuchungszeitraum registrierten Ausbildungsbetriebe ausmacht, weist ausschließlich kurzfristige einjährige Einstiege in Ausbildung auf. Zu dieser Gruppe zählen vermutlich Betriebe, die entweder einen Jugendlichen von einem anderen Betrieb übernommen haben oder – und dies ist angesichts der Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik zu Vertragslösungsquoten der wahrscheinlichere Fall → **vgl. Kapitel A5.7** – bei denen der Ausbildungsvertrag im Verlauf des Kalenderjahres bis zum nächsten Stichtag wieder gelöst worden ist. Zwei weitere zahlenmäßig starke Betriebsgruppen bilden maximal über zwei bzw. drei Jahre aus.

Diesen Kohorten gegenüber steht eine Betriebsgruppe, die über den gesamten Zeitraum Jugendliche in Ausbildung unter ihren Beschäftigten hatte und insgesamt 135.000 Ausbildungsbetriebe umfasst. Dies sind insgesamt 27 % der jährlichen an der Ausbildung beteiligten Betriebe, 12,6 % der zwischen 1999

202 In Auswertungen des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden diese Betriebe dann als sogenannte Ausbildungspausierer bezeichnet (Fischer et al. 2007, S. 67 ff.; Bochahova/Sporkmann 2007).

203 Die in weiteren Veröffentlichungen geplanten Verlaufsdatenanalysen sehen hierfür spezielle Schätzverfahren für diese sogenannte Rechtszensierung von Verlaufsdaten vor. Bei einer einfachen Rückrechnung für das Jahr 2007 stellt sich beispielsweise heraus, dass diejenigen Betriebe, die im Jahr 2007 eingestiegen waren, zu 80 % auch im Folgejahr 2008 weiter ausgebildet haben, während 20 % dieser Betriebe wieder aus der Ausbildung ausgestiegen sind.

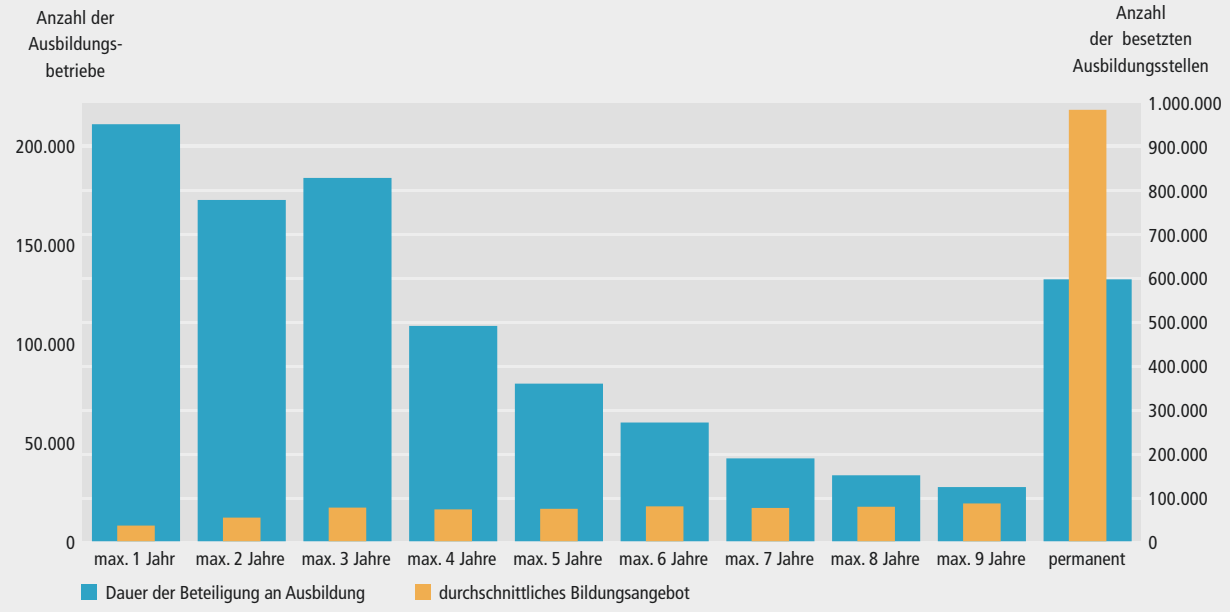
204 Nicht weiter unterschieden wurde in diesem Zusammenhang, ob an den Stichtagen, an denen keine Auszubildenden registriert wurden, Betriebe Beschäftigte gemeldet hatten oder nicht. Zwar ist dies eine wichtige zusätzliche Information zur Beurteilung der Ausbildungsbeteiligung, hätte aber die Zahl der zu untersuchenden Verlaufsmuster vervielfacht. Ebenso vernachlässigt wird der Aspekt, dass Betriebe in einer beträchtlichen Zahl Ausbildungsstellen anbieten, die sie aus unterschiedlichen Gründen nicht besetzen können. Derartige Untersuchungen sind nur im Rahmen von Stichprobenerhebungen möglich (Gericke/Krupp/Troltsch 2009).

Tabelle A5.10.2-1: **Anzahl der Betriebe nach Art der Beteiligung an Ausbildung zwischen 1999 und 2008 in Deutschland**

	absolut	in % an allen registrierten Ausbildungsbetrieben	in % an allen registrierten Betrieben
grundsätzlich **keine Beteiligung** an Ausbildung	**2.866.706**		**72,9**
einmalige **einjährige** Ausbildungsbeteiligung	200.326		
mehrfache einjährige Ausbildungseinstiege	13.996		
insgesamt	**214.322**	**20,1**	**5,4**
einmalige **zweijährige** Ausbildungsbeteiligung	147.349		
einmalige zweijährige Ausbildungsbeteiligung mit mehrfachen einjährigen Ausbildungseinstiegen	19.405		
mehrmalige zweijährige Ausbildungsbeteiligungen	8.643		
insgesamt	**175.397**	**16,4**	**4,5**
einmalige **dreijährige** Ausbildungsbeteiligung	134.086		
einmalige dreijährige Ausbildungsbeteiligung mit mehrfachen einjährigen Ausbildungseinstiegen	20.641		
einmalige dreijährige Ausbildungsbeteiligung mit mehrfachen zweijährigen Ausbildungseinstiegen	20.422		
mehrmalige dreijährige Ausbildungsbeteiligung	11.575		
insgesamt	**186.724**	**17,5**	**4,7**
einmalige **vierjährige** Ausbildungsbeteiligung	74.561		
einmalige vierjährige Ausbildungsbeteiligung mit bis zu mehrfachen einjährigen Ausbildungseinstiegen	11.297		
einmalige vierjährige Ausbildungsbeteiligung mit bis zu mehrfachen zweijährigen Ausbildungseinstiegen	10.813		
einmalige vierjährige Ausbildungsbeteiligung mit einem dreijährigen Ausbildungseinstieg	10.772		
zweimalige vierjährige Ausbildungsbeteiligung	3.231		
insgesamt	**110.674**	**10,4**	**2,8**
einmalige **fünfjährige** Ausbildungsbeteiligung	51.528		
einmalige fünfjährige Ausbildungsbeteiligung mit bis zu mehrfachen einjährigen Ausbildungseinstiegen	8.349		
einmalige fünfjährige Ausbildungsbeteiligung mit einmaligem zweijährigen Ausbildungseinstieg	7.360		
einmalige fünfjährige Ausbildungsbeteiligung mit einem dreijährigen Ausbildungseinstieg	7.402		
einmalige fünfjährige Ausbildungsbeteiligung mit einem vierjährigen Ausbildungseinstieg	6.369		
insgesamt	**81.008**	**7,6**	**2,1**
einmalige **sechsjährige** Ausbildungsbeteiligung	41.435		
einmalige sechsjährige Ausbildungsbeteiligung mit bis zu mehrfachen einjährigen Ausbildungseinstiegen	6.361		
einmalige sechsjährige Ausbildungsbeteiligung mit einmaligem zweijährigen Ausbildungseinstieg	6.233		
einmalige sechsjährige Ausbildungsbeteiligung mit einem dreijährigen Ausbildungseinstieg	6.996		
insgesamt	**61.025**	**5,7**	**1,6**
einmalige **siebenjährige** Ausbildungsbeteiligung	30.536		
einmalige siebenjährige Ausbildungsbeteiligung mit einem ein- bzw. zweijährigen Ausbildungseinstieg	12.057		
insgesamt	**42.593**	**4,0**	**1,1**
einmalige **achtjährige** Ausbildungsbeteiligung	27.554		
einmalige achtjährige Ausbildungsbeteiligung mit einem einjährigen Ausbildungseinstieg	6.355		
insgesamt	**33.909**	**3,2**	**0,9**
einmalige **neunjährige** Ausbildungsbeteiligung	**27.854**	**2,6**	**0,7**
kontinuierliche Ausbildungsbeteiligung	**134.612**	**12,6**	**3,4**
Ausbildungsbetriebe insgesamt	**1.068.118**	**100**	
Betriebe insgesamt	**3.934.824**		**100**

Quelle: Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik sowie Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag jeweils 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A5.10.2-2: **Anzahl der Betriebe nach maximaler Dauer der Beteiligung an Ausbildung (= linke Skala) und durchschnittliches betriebliches Bildungsangebot (= rechte Skala) zwischen 1999 und 2008 in Deutschland (absolut)**



Quelle: Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik sowie Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

und 2008 insgesamt registrierten Ausbildungsbetriebe und nur 3,4 % der im Untersuchungszeitraum insgesamt registrierten Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dennoch bilden diese Betriebe den eigentlichen Kernbereich des dualen Systems.

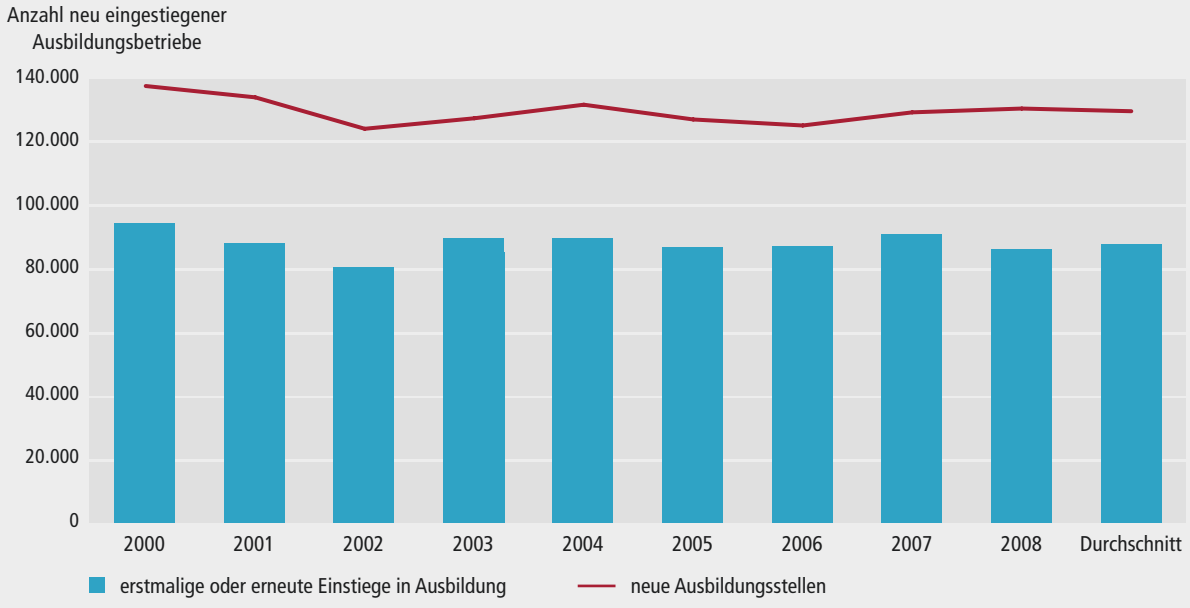
Ausgehend von der Annahme, dass sich das betriebliche Bildungsangebot entsprechend der Häufigkeit der Beteiligungsmuster verteilt, wurde für alle Betriebe das durchschnittliche Ausbildungsstellenangebot berechnet.[205] In → **Schaubild A5.10.2-2** zeigt sich aber, dass kurzfristige Einstiege in die Ausbildung Jugendlicher kaum etwas zur ausreichenden Versorgung des dualen Systems mit betrieblichen Ausbildungsstellen beitragen. 63 % des durchschnittlichen Ausbildungsstellenangebots bzw. knapp 1 Mio. Ausbildungsplätze werden von Betrieben bereitgestellt, die sich über den gesamten Untersuchungszeitraum an der Ausbildung Jugendlicher beteiligten. Ansonsten gilt der Zusammenhang: Je länger die Beteiligung an Ausbildung dauert, desto höher fällt das durchschnittliche Ausbildungsstellenangebot der Betriebe aus, auch wenn dies im Vergleich zu den kontinuierlich ausbildenden Betrieben kaum ins Gewicht fällt.

Nachhaltigkeit von Einstiegen in Ausbildung insgesamt

Auch wenn kontinuierlich ausbildende Betriebe – gemessen am Bildungsangebot – den eigentlichen Kernbereich des dualen Ausbildungssystems darstellen, so bleibt die Zahl der Betriebe, die erstmalig oder nach einer Unterbrechung wieder in die Ausbildung Jugendlicher einsteigen, ein weiteres wichtiges Kriterium für die Beurteilung der Ausbildungsleistung der Wirtschaft. Welchen zahlenmäßigen Beitrag leisten diese Betriebskohorten zur Versorgung des dualen Ausbildungssystems mit Ausbildungsstellen

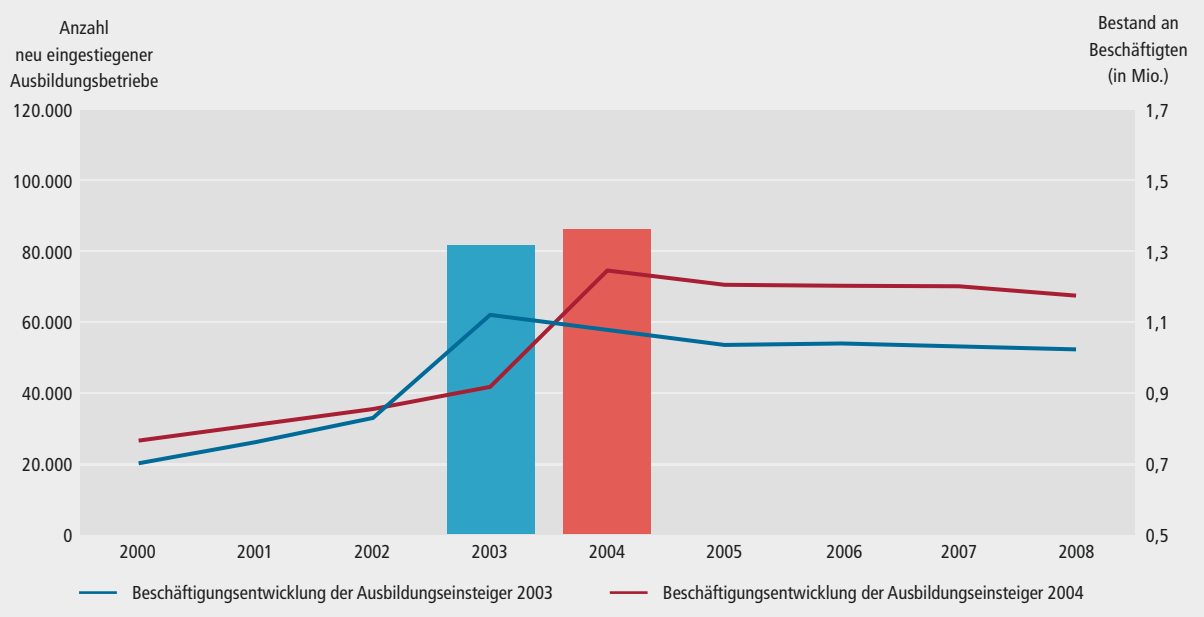
205 Nicht weiter beachtet wurden unterjährige Veränderungen in der Beteiligung der Betriebe an Ausbildung, da die verwendeten Betriebsdaten der Bundesagentur für Arbeit nur zum jeweiligen Stichtag 31. Dezember zur Verfügung standen.

Schaubild A5.10.2-3: **Erstmalige oder erneute Einstiege von Betrieben in Ausbildung und neu angebotene Ausbildungsstellen zwischen 2000 und 2008 in Deutschland (absolut)**



Quelle: Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik sowie Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag jeweils 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A5.10.2-4: **Erstmalige oder erneute Einstiege von Betrieben in Ausbildung in den Jahren 2003 und 2004 und deren Beschäftigungsentwicklung (ohne Auszubildende) (absolut)**



Quelle: Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik sowie Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Stichtag 31.12.; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

und – soweit sich dies auf Basis einer amtlichen Statistik beantworten lässt – aus welchen Gründen sind diese Betriebe in die Ausbildung eingestiegen?

Aus den in → **Schaubild A5.10.2-3** dargestellten Ergebnissen lässt sich ablesen, dass in der Zeit zwischen 1999 und 2008 im Durchschnitt etwa 88.000 Betriebe Auszubildende erstmalig oder erneut gemeldet haben. Im Zeitverlauf lagen diese Einsteigerzahlen zu Beginn noch relativ hoch und stellten im Jahr 2000 mit knapp 140.000 neuen betrieblichen Bildungsangeboten für Jugendliche das bisherige Maximum dar. Nach zwischenzeitlichen Rückgängen hat sich das Einstiegsverhalten der Betriebe seit 2004 wieder stabilisiert. Im Schnitt mobilisieren diese Einsteigerbetriebe jährlich 130.000 neue Ausbildungsstellen. Im Jahr 2008 schlossen diese Ausbildungseinsteiger beispielsweise 20% aller neuen Ausbildungsverträge mit Jugendlichen ab.

Von besonderem Interesse sind die neu bzw. wieder einsteigenden Betriebe der Jahre 2003 und 2004 → **Schaubild A5.10.2-4**. Zum einen waren in diesen beiden Jahren besondere Zuwächse bei den neu einsteigenden Ausbildungsbetrieben und bei betrieblichen Ausbildungsstellen zu verzeichnen. Zum anderen wurden zur Stützung des Ausbildungsstellenmarktes die Ausbilder-Eignungsverordnung ausgesetzt (vgl. Ulmer/Jablonka 2008) sowie Vereinbarungen zum Ausbildungspakt getroffen – Maßnahmen, mit denen neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden sollten. Da sich gerade Ende des Jahres 2003 die Zahl der ausbildenden Betriebe gegenüber dem Vorjahr um 4.800 Ausbildungsbetriebe (Zuwachs an Ausbildungsstellen 3.500) erhöht hat und Ende 2004 ein nochmaliger Zuwachs um 4.700 Ausbildungsbetriebe (Zuwachs um 4.500 Ausbildungsstellen) erfolgte, sind Effekte aufgrund dieser beiden Unterstützungsmaßnahmen nicht auszuschließen.[206]

Der eigentliche Grund aber, warum diese Betriebe verstärkt in die Ausbildung Jugendlicher eingestiegen waren, lag am Fachkräfte- und Personalbedarf. In den Vorjahren ergaben sich gerade bei beiden Einsteigerkohorten überproportionale Zuwächse in den Beschäftigtenbeständen.[207] Dieser gerade in den letzten Jahren stärker gewordene Zusammenhang zwischen Beschäftigungsentwicklung und betrieblichem Bildungsangebot wird auch durch eine längerfristige Betrachtung des dualen Ausbildungssystems bestätigt (Troltsch/Walden 2007), wobei sich in Zukunft aufgrund des demografischen Wandels und der nachlassenden Nachfrage Jugendlicher Änderungen in diesem Zusammenhang ergeben werden → **vgl. Kapitel A2**.

(Klaus Troltsch)

A5.10.3 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), hier insbesondere der Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“, arbeiten bereits seit 1995 zu Fragen der betrieblichen Bildung erfolgreich zusammen und veröffentlichen jedes Jahr empirische Ergebnisse (Eckhardt 1998; Alda/Leber 1999; Gewiese 2000, 2001; Hartung 2002, 2003, 2004, 2005; Hartung/Schöngen 2007; Möller/Stegmaier 2008; BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.2) auf Basis des IAB-Betriebspanels E. Grundlage der nachfolgend berichteten Indikatoren zur Ausbildungsberechtigung, zur Ausbildungsaktivität und zum Übernahmeverhalten der Betriebe ist eine Expertise[208] des IAB, in der diese und weitere Indikatoren detailliert beschrieben werden. In der Expertise werden die Ergebnisse auch nach einzelnen Branchen differenziert ausgewiesen. Die Darstellung erfolgt für Gesamtdeutschland, sowie nach West/Ost[209] und nach Betriebsgröße differenziert.

206 Im Vergleich dazu zeigt die Entwicklung für das Jahr 2008, in dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Sonderprogramm aufgelegt wurde, bei dem über einen sogenannten Ausbildungsbonus jährlich 30.000 neue Ausbildungsstellen gewonnen werden sollten, eher einen Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung (Troltsch/Gericke/Saxer 2008; Troltsch/Gericke/Huber 2009).

207 Dies entspricht auch den Ergebnissen einer Analyse auf Basis einer Stichprobenerhebung bei Betrieben, bei denen Ausbildungseinstiege und eine Aufstockung des Bildungsangebots erst erfolgten, nachdem Betriebe Fachkräfte vom externen Arbeitsmarkt rekrutiert hatten und in der Nachfolge zusätzlich Jugendliche ausgebildet hatten (Troltsch 2008).

208 Die Expertise ist unter **www.bibb.de/Datenreport2010** erhältlich.

209 Seit der Welle 2007 wird Berlin vollständig zu den neuen Ländern gezählt, zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Ländern zugeschlagen.

Tabelle A5.10.3-1: **Ausbildungsberechtigung (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Alte Länder									
keine Berechtigung	40	44	42	39	42	40	40	40	39
Berechtigung im Verbund	2	3	3	4	3	4	4	4	3
Berechtigung	59	54	55	58	56	57	57	57	58
Neue Länder									
keine Berechtigung	49	51	49	47	51	49	50	51	48
Berechtigung im Verbund	4	6	5	5	5	5	4	4	4
Berechtigung	49	46	48	50	46	47	47	46	49
Bundesgebiet									
keine Berechtigung	41	45	43	40	43	42	42	42	41
Berechtigung im Verbund	2	4	4	5	3	4	4	4	4
Berechtigung	57	52	54	56	54	55	55	55	56

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2008, hochgerechnete Angaben

IAB-Betriebspanel

Das IAB-Betriebspanel ist eine Erhebung, deren Grundgesamtheit die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit darstellt. In ihr sind alle Betriebe in Deutschland erfasst, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Hiervon ausgehend verwendet die Erhebung den Betrieb als Untersuchungseinheit, also die örtliche Einheit, in der die konkreten Tätigkeiten eines Unternehmens durchgeführt werden. Das IAB-Betriebspanel wird als jährliche Panelerhebung (Stichtag: 30.06.) realisiert, und es gehen derzeit die Angaben von rund 16.000 Betrieben ein. Die Rücklaufquoten liegen je nach Welle zwischen 63 % und 73 %. Inhaltlich ist das IAB-Betriebspanel eine Mehrthemenbefragung. Während die Angaben zur Ausbildung jährlich erhoben werden, stehen die Angaben zur betrieblichen Weiterbildung erst seit 2007 jährlich zur Verfügung, vorher wurden die Angaben alle zwei Jahre erhoben. Alle Angaben basieren auf der Hochrechnung von Stichprobendaten. Somit kann die wahre Zahl von der ausgewiesenen abweichen, kleine Veränderungen sollten daher nur mit Vorsicht interpretiert werden. Zudem sind manche Zellen der Tabellen mit einem Asterisken (*) versehen, was darauf hinweist, dass die Anzahl der hinter den Angaben stehenden befragten Betriebe für eine inhaltliche Interpretation, zu gering ist. Weitere Hinweise zur Datengrundlage finden sich bei Fischer et al. (2008).

Ausbildungsberechtigung

Der Indikator Ausbildungsberechtigung zeigt an, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zum Ausbildungsbetrieb erfüllt sind. Die Betriebe werden direkt gefragt, ob sie die Voraussetzungen zur Berufsausbildung alleine, im Verbund oder nicht erfüllen.

Ausbildungsaktivität

Der Indikator Ausbildungsaktivität bildet den Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe ab, die gemäß einer Kombination verschiedener Szenarien als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können. Die tatsächliche Ermittlung erfolgt nach der Befragung der Betriebe anhand unterschiedlicher Kriterien, wie etwa dem Bestand an Auszubildenden, der Zahl der Neuzugänge und Abgänge im laufenden Ausbildungsjahr u. v. m. Vergleiche die IAB-Expertise für eine Beschreibung.

Übernahmequote

Der Indikator Übernahmequote ist ein Quotient mit der Anzahl der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommenen Auszubildenden als Zähler und der Anzahl der Ausbildungsabsolventen des Betriebs als Nenner. Der Referenzzeitraum ist das Kalenderjahr.

Ausbildungsberechtigung

Eine zentrale Frage hinsichtlich der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung ist, welche Betriebe zur Ausbildung berechtigt sind. Ein Betrieb kann die Ausbildungsberechtigung E nur erlangen, wenn die „Ausbildungsstätte nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet ist und die Zahl der Auszubildenden in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze oder zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht". Darüber hinaus ist die Eignung des Arbeitgebers bzw. Ausbilders bedeutsam, und es gibt die Möglichkeit zur Ausbildung gemeinsam mit anderen Betrieben (Verbundausbildung). [210]

→ **Tabelle 5.10.3-1** zeigt, dass im zeitlichen Verlauf kaum Veränderungen festzustellen sind. Mehr als die Hälfte der Betriebe, zwischen 52% und 57%, hat diese Berechtigung. Differenziert nach alten und neuen Ländern zeigt sich eine nahezu durchgängige Differenz von ca. 10 Prozentpunkten bei den Betrieben, die keine Berechtigung zur betrieblichen Ausbildung besitzen, was nicht zuletzt auf die deutlich stärker kleinbetrieblich geprägte Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern zurückzuführen ist. Darüber hinaus wird deutlich, dass die Verbundausbildung jeweils eine eher geringe Rolle spielt.

Bei einer Berücksichtigung der Betriebsgröße ergibt sich hingegen ein augenfälliger Zusammenhang → **Tabelle 5.10.3-2**. Der Anteil der Betriebe, die eine Berechtigung zur Ausbildung haben, steigt mit zunehmender Betriebsgröße. Unter den Großbetrieben ab 500 Beschäftigten sind nur noch rund 4% der Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung. Neben der allgemeinen Berechtigung nimmt auch die Berechtigung im Verbund mit der Betriebsgröße zu. Verfolgt man die zeitliche Entwicklung von 2000 bis 2008 unter Berücksichtigung der Betriebsgröße, lässt sich weiter festhalten, dass bei den Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten sowie 500 und mehr Beschäftigten der Anteil der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung fast durchgehend angestiegen ist. Der Anstieg in der Größenklasse 500 und mehr Beschäftigte er- gibt sich v. a. aus dem Zuwachs von 80% auf 90% in den Betrieben der neuen Länder → **Tabelle A5.10.3-3 Internet**.

Ausbildungsaktivität

Im Folgenden wird der Blick auf die Ausbildungsaktivität E der Betriebe gerichtet. Ob ein Betrieb als ausbildungsaktiv eingeschätzt wird oder nicht, hängt dabei von einer Vielzahl von Merkmalen ab, die über den Bestand an Auszubildenden hinausgehen. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, dass nicht jeder Betrieb ausbildungsberechtigt ist.

Zwar wurde eine sehr umfassende Definition der Ausbildungsaktivität gewählt, doch ist zu berücksichtigen, dass auch nach dieser Definition nicht alle berechtigten Betriebe jedes Jahr als Ausbildungsbetrieb zu klassifizieren sind. Viele Betriebe bilden nicht jedes Jahr aus, sondern wählen größere Abstände. Fischer et al. (2007) haben diesen Zusammenhang untersucht, indem sie anhand der Daten des IAB-Betriebspanels für die Jahre 2000 bis 2005 den Anteil dauerhaft nicht ausbildender Betriebe bestimmt haben. Demnach sind nur 27% der ausbildungsberechtigten Betriebe dauerhaft nicht ausbildungsaktiv, insbesondere betrifft dies Kleinbetriebe.

→ **Tabelle 5.10.3-4** gibt die Quote der ausbildungsaktiven Betriebe wieder. Hier wird deutlich, dass zuletzt etwas mehr als die Hälfte der ausbildungsberechtigten Betriebe als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können. Der zeitliche Verlauf zeigt, dass die Quote den geringsten Wert im Jahr 2003 erreicht, was wohl auch auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist – im Jahr 2003 gab es seit längerer Zeit wieder ein negatives BIP-Wachstum in Deutschland. Seitdem hat die Ausbildungsaktivität um vier bis fünf Prozentpunkte zugenommen, insgesamt sind die Differenzen im zeitlichen Verlauf aber eher gering, wobei die Werte für Westdeutschland seit 2005 geringfügig über denen der neuen Länder lagen.

Die Betrachtung nach Betriebsgröße ergibt, dass der Anteil der ausbildungsaktiven Betriebe bei kleineren Betrieben mit 41% in der kleinsten Betriebsgrößenklasse deutlich am geringsten ausfällt. Dieser Wert steigert sich mit zunehmender Betriebsgröße und beträgt bei den Großbetrieben schließlich ca. 96%

210 Vgl. BBiG §§ 27 und 28.

Tabelle A5.10.3-2: **Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)**

Bundesgebiet		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
1–9 Beschäftigte	keine Berechtigung	47	52	49	46	50	48	48	49	49
	Berechtigung im Verbund	1	3	3	4	3	3	3	3	3
	Berechtigung	52	46	48	51	47	49	50	48	49
10–49 Beschäftigte	keine Berechtigung	30	30	29	27	27	28	29	28	25
	Berechtigung im Verbund	4	5	5	6	5	6	5	5	5
	Berechtigung	68	66	67	68	69	68	68	69	71
50–499 Beschäftigte	keine Berechtigung	18	16	16	14	14	14	14	14	13
	Berechtigung im Verbund	8	8	8	8	7	8	9	9	8
	Berechtigung	77	79	78	81	81	81	80	80	82
500+ Beschäftigte	keine Berechtigung	6	4	5	4	3	3	3*	3*	4
	Berechtigung im Verbund	11	11	11	10	10	11	13	11	11
	Berechtigung	88	91	88	90	91	92	91	93	92

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

* = weniger als 30 Fälle (beteiligt).

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2008, hochgerechnete Angaben

Tabelle A5.10.3-4: **Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Alte Länder									
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	44	38	42	43	42	42	43
10 bis 49 Beschäftigte	68	73	70	66	71	70	69	70	71
50 bis 499 Beschäftigte	83	86	87	85	87	87	87	87	86
500+ Beschäftigte	92	94	96	96	94	95	93	95	95
Gesamt	**49**	**54**	**54**	**49**	**53**	**54**	**53**	**54**	**55**
Neue Länder									
1 bis 9 Beschäftigte	36	42	38	35	41	37	35	39	38
10 bis 49 Beschäftigte	80	81	75	73	77	77	73	71	73
50 bis 499 Beschäftigte	88	92	89	90	91	89	89	87	90
500+ Beschäftigte	97*	95*	98*	98*	97*	97*	96*	96*	97
Gesamt	**51**	**55**	**50**	**47**	**53**	**50**	**49**	**51**	**51**
Bundesgebiet									
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	43	38	42	42	41	41	42
10 bis 49 Beschäftigte	70	74	70	67	72	71	70	70	71
50 bis 499 Beschäftigte	84	87	87	86	88	87	87	87	87
500+ Beschäftigte	93	94	96	96	95	95	94	95	96
Gesamt	**50**	**55**	**53**	**49**	**53**	**53**	**52**	**53**	**54**

Ausbildungsaktivität: Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben.

* = weniger als 30 Fälle (beteiligt).

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2008, hochgerechnete Angaben

Tabelle A5.10.3-5: **Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Alte Länder									
1 bis 9 Beschäftigte	46	44	47	49	39	47	44	49	50
10 bis 49 Beschäftigte	60	51	51	54	52	50	56	56	60
50 bis 499 Beschäftigte	65	66	62	57	59	57	57	68	69
500+ Beschäftigte	72	77	72	69	66	68	73	74	76
Gesamt	**60**	**59**	**57**	**57**	**54**	**55**	**57**	**62**	**64**
Neue Länder									
1 bis 9 Beschäftigte	49	41	40	30	37	32	44	44	35
10 bis 49 Beschäftigte	49	46	50	44	49	49	47	53	51
50 bis 499 Beschäftigte	41	44	42	39	41	34	42	44	51
500+ Beschäftigte	48	36	44	37	33	30	46	46	41
Gesamt	**46**	**43**	**44**	**39**	**41**	**37**	**44**	**47**	**46**
Bundesgebiet									
1 bis 9 Beschäftigte	46	44	45	47	39	45	44	48	47
10 bis 49 Beschäftigte	57	50	51	52	51	50	54	56	58
50 bis 499 Beschäftigte	60	61	58	54	55	52	54	62	65
500+ Beschäftigte	69	70	68	64	61	62	68	69	70
Gesamt	**58**	**56**	**55**	**53**	**52**	**52**	**55**	**59**	**61**

Übernahmequote: Anteil der in ein Beschäftigungsverhältnis im ausbildenden Betrieb übernommenen Auszubildenden an allen Auszubildenden.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2008, hochgerechnete Angaben

im Jahr 2008. Im zeitlichen Verlauf erkennt man insgesamt kaum nennenswerte Veränderungen. Ein Vergleich zwischen den Landesteilen ergibt ebenfalls nur geringe Unterschiede. Zuletzt war die Quote etwa in der kleinsten Betriebsgrößenklasse etwas höher, und der deutliche Unterschied, der in den mittleren Größenklassen bestand, hat sich mittlerweile reduziert.

Übernahme von erfolgreichen Absolventen

Um das Bild aus betrieblicher Sicht zu vervollständigen, wird als dritter Indikator die Übernahme erfolgreicher Absolventen durch die Betriebe betrachtet. Die Übernahmequote E des IAB-Betriebspanels gibt an, wie viele der Auszubildenden nach dem Ende ihrer Ausbildung einen Arbeitsplatz in ihrem Ausbildungsbetrieb erhalten. Damit lässt sich allerdings nicht das gesamte Geschehen an der zweiten Schwelle darstellen, weil Absolventen einer Ausbildung auch einen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb oder Unternehmen erhalten können.

Die Übernahmequote liegt nach den Angaben des IAB-Betriebspanels im Jahr 2008 bei 61 % → **Tabelle A5.10.3-5**. Damit bewegt sich die Quote weiter aus dem zwischenzeitlichen Tief der Jahre 2004 und 2005 heraus. Vergleicht man die Angaben, die für die neuen Länder ermittelt wurden, mit denen der alten Länder, wird deutlich, dass die Übernahmequote im Osten wesentlich geringer ausfällt als im Westen, was nicht zuletzt auf den hohen Anteil an außerbetrieblicher Ausbildung zurückzuführen ist. Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist in keinem Jahr kleiner als 13 Prozentpunkte, in 2003 und 2005 lag der Unterschied gar bei 18 Prozentpunkten.

Die Übernahmequoten sind in allen betrachteten Jahren positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Der Vergleich zwischen neuen und alten Ländern offenbart jedoch einen erheblichen Unterschied zwischen den zwei Landesteilen. Dabei wird deutlich, dass die positive Korrelation von Übernahmequote und Betriebsgröße auf die Betriebe der alten Länder zurückzuführen ist, in den neuen Ländern hingegen ist dieser Zusammenhang nicht zu finden, hier sind es eher die mittleren Betriebsgrößenklassen, die durch höhere Übernahmeaktivitäten gekennzeichnet sind.

(Jens Stegmaier, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

A5.10.4 Die duale Ausbildung aus der Sicht von Nichtausbildungsbetrieben

Das Ausbildungssystem in Deutschland lebt von der Bereitschaft von Betrieben, Jugendliche auszubilden. Im Jahr 2007 haben rund ein Viertel aller Betriebe (24 % bzw. 493.000 Betriebe) Ausbildungsplätze angeboten → **vgl. Kapitel A5.10.1**. Dies bedeutet aber auch, dass sich die überwiegende Zahl der Betriebe *nicht* an der dualen Ausbildung beteiligt. Warum verzichten diese Betriebe auf die Ausbildung? Wie schätzen sie den Nutzen einer möglichen Ausbildung ein? Was würde die Aufnahme der Ausbildung begünstigen? Wie gewinnen die Nichtausbildungsbetriebe neue Fachkräfte? Welche Strategien nutzen sie zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs? Zur Beantwortung dieser Fragen hat das Bundesinstitut für Berufsbildung im Jahr 2008 eine postalische Befragung bei Nichtausbildungsbetrieben durchgeführt.

E BIBB-Betriebsbefragung zur Gewinnung von Fachkräften

Die postalische Befragung richtete sich an Betriebe, die am 30.06.2007 (Stichtag für die Stichprobenziehung) nicht ausgebildet haben. Die nach Betriebsgrößenklassen und Region (alte bzw. neue Länder) geschichtete Stichprobe wurde aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit gezogen. 2001 wurde eine ähnliche Befragung bei 1.373 Betrieben durchgeführt, auf denen diese Erhebung aufbaute (siehe zu den Ergebnissen Beicht u. a. 2004, S. 257–268).

Insgesamt beteiligten sich 1.094 Betriebe an der Erhebung, davon bildeten 725 Betriebe zum Zeitpunkt der Befragung nicht aus, 369 Betriebe beschäftigten mittlerweile Auszubildende. Da die Adressinformationen zum 30.06.2007 vorlagen, die Erhebung jedoch erst im Sommer des nächsten Jahres durchgeführt wurde, sind Abweichungen unvermeidlich. Für die Auswertungen in diesem Kapitel wurden nur die nicht ausbildenden Betriebe berücksichtigt.

Die Rücklaufquote lag bei 5 %. Um Verzerrungen der Stichprobenergebnisse auszugleichen, die dadurch entstehen, dass die größeren Betriebe auskunftsfreudiger als die kleineren Betriebe waren, wurde der Datensatz durch ein Gewichtungsverfahren, das auf den Zahlen der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit basiert und nach Region, Wirtschaftszweig und Betriebsgröße differenziert wurde, an die realen Verhältnisse der Grundgesamtheit angepasst.

Ausbildende und nicht ausbildende Betriebe unterscheiden sich in Bezug auf strukturelle Merkmale wie Betriebsgröße und Wirtschaftszweig → **vgl. Kapitel A5.10.1** und **Tabellen A5.10.1-1** bis **A5.10.1-9** sowie **Tabellen A5.10.1-19** bis **A5.10.1-27 Internet**. So nimmt die Ausbildungsleistung stark mit der Betriebsgröße zu. Weniger als ein Fünftel der Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten, jedoch 9 von 10 Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten bilden aus. In den alten Ländern liegt die Ausbildungsbetriebsquote deutlich höher als im Osten. Nach Wirtschaftszweigen beteiligen sich vor allem Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und des Handels an der Ausbildung. Die niedrigsten Ausbildungsbetriebsquoten finden sich in den Dienstleistungsbereichen.

Erfüllung von gesetzlichen Ausbildungsvoraussetzungen bei Nichtausbildungsbetrieben

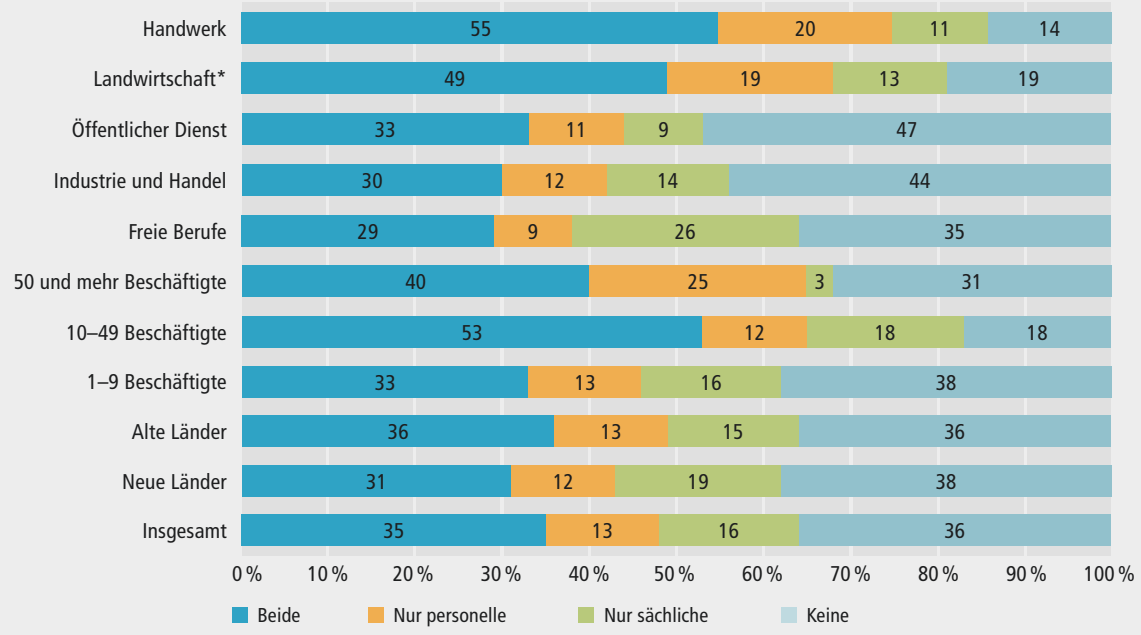
Um eine Ausbildung durchführen zu können, müssen nach dem Berufsbildungsgesetz im Betrieb bestimmte personelle und sächliche Voraussetzungen gegeben sein:

- Die Ausbildungsstätte muss nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet sein, d. h., der Betrieb muss über die nötigen Werkzeuge, Maschinen und Einrichtungen verfügen.
- Die Zahl der Auszubildenden muss in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze bzw. zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte stehen.
- Der Arbeitgeber bzw. der Ausbilder muss persönlich und fachlich für eine Ausbildung geeignet sein (Nachweis z. B. durch eine Meisterprüfung oder eine Ausbildereignungsprüfung).

In der Betriebsbefragung wurde gefragt, ob die personellen und sächlichen Bedingungen für eine Ausbildung in den Betrieben vorhanden seien.[211] In immerhin 48 % der Betriebe gibt es Personen, die über eine Ausbildungsberechtigung verfügen. Sogar 51 % der Betriebe besitzen die sächlichen Voraussetzungen, um eine Ausbildung nach den Regelungen

211 Siehe hierzu auch die Auswertungen aus dem IAB-Betriebspanel zur Ausbildungsberechtigung von Betrieben → **Kapitel A5.10.3**. Im Jahr 2008 verfügten danach 56 % der Betriebe über eine Ausbildungsberechtigung.

Schaubild A5.10.4-1: **Erfüllung der sächlichen und/oder personellen Voraussetzungen für eine Ausbildung bei Nichtausbildungsbetrieben nach verschiedenen Betriebsmerkmalen (in %)**



* Nur geringe Fallzahlen in der Landwirtschaft, daher sind die angegebenen Werte nur als Tendenz zu interpretieren.

Quelle: BIBB-Betriebsbefragung zur Gewinnung von Fachkräften 2008

des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung durchzuführen. 35 % der Betriebe erfüllen beide Bedingungen, 36 % keine der beiden. Insbesondere Handwerksbetriebe und Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten erfüllen beide Bedingungen → **Schaubild A5.10.4-1.** Für viele Betriebe ist die Aufnahme einer Ausbildung also möglich und scheitert nicht an fehlenden Voraussetzungen. Auch für einen Großteil der anderen Betriebe dürfte es mit externer Unterstützung, z. B. durch Kammern oder Ausbildungsberater der Bundesagentur für Arbeit, möglich sein, zumindest die personellen und sächlichen Bedingungen zu erfüllen.

Ausbildungsbeteiligung im Zeitverlauf

Viele Betriebe bilden nicht jedes Jahr aus, sondern in größeren Abständen und nach Bedarf. Es gibt einen regelmäßigen Wechsel von Ausbildungsbetrieben, die die Ausbildung einstellen, und von Nichtausbildungsbetrieben, die die Ausbildung (wieder) aufnehmen. Nicht auszubilden ist also keine auf Dauer gefällte Entscheidung (vgl. hierzu Fischer u. a. 2007). Auch von den befragten Betrieben haben immerhin 29 % früher ausgebildet, davon 23 % sogar in den letzten 3 Jahren. Besonders größere Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten sowie Handwerksbetriebe und Betriebe, die im Bereich der freien Berufe tätig sind, bildeten bereits Auszubildende aus. Knapp 16 % der Betriebe wollen in den nächsten Jahren in die Ausbildung (wieder) einsteigen. Ein auffallend großes Interesse, zukünftig junge Leute auszubilden, zeigen dabei die Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten. Von ihnen denken 31 % an die Aufnahme der Ausbildung. 61 % der Betriebe haben allerdings noch nie ausgebildet und planen dies auch für die Zukunft nicht. Hier findet sich mit 69 % ein besonders hoher Anteil im Osten Deutschlands sowie bei den Kleinstbetrieben mit 63 %. Auch im öffentlichen Dienst mit 72 % und in Industrie und Handel mit 67 % ist der Anteil der kontinuierlich ausbildungsinaktiven Betriebe überdurchschnittlich hoch. Für viele Be-

Tabelle A5.10.4-1: **Gründe von Nichtausbildungsbetrieben für den Verzicht auf Ausbildung nach verschiedenen Betriebsmerkmalen (Nennung der Antwortmöglichkeit sehr wichtig/wichtig in %)**

	Insgesamt	Region		Betriebsgröße			Ausbildungs-voraussetzungen		Ausbildungserfahrung	
		Alte Länder	Neue Länder	1–9 Beschäftigte	10–49 Beschäftigte	50 und mehr Beschäftigte	Ausbildungs-voraus-setzungen erfüllt	Ausbildungs-voraus-setzungen nicht erfüllt	Betriebe mit Ausbildungs-erfahrung	Betriebe ohne Ausbildungs-erfahrung
Zu hohe Ausbildungskosten	49	47	55	50	44	33	55	45	51	48
Fehlende Zeit	48	45	58	48	53	53	44	52	37	52
Ausbildung zu komplex/ zu viele Vorschriften	42	44	34	42	44	31	45	39	36	44
Auszubildende sind zu selten im Betrieb	40	41	36	40	43	21	49	34	47	38
Keine qualifizierten Bewerber/-innen	38	39	37	40	29	19	56	27	66	31
Betrieb zu spezialisiert	36	36	37	32	58	52	19	46	15	41
Zu geringer Nutzen der Ausbildung	36	37	32	34	48	42	31	38	33	36
Deckung Fachkräftebedarf durch Weiterbildung	35	31	48	32	55	69	39	34	39	35
Kein Bedarf an Fachkräften	33	29	46	34	36	17	34	33	26	35
Ausgebildete verlassen zu oft den Betrieb	32	32	34	30	49	38	45	25	40	30
Günstigere Personalsuche auf dem Arbeitsmarkt	26	23	36	24	33	47	26	26	25	26
Schlechte Erfahrungen mit Auszubildenden	16	17	13	16	16	16	25	10	32	11

Quelle: BIBB-Betriebsbefragung zur Gewinnung von Fachkräften 2008

triebe dient die Ausbildung dazu, einen zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken. Dieser ist in kleineren Betrieben meist niedriger als in größeren Betrieben. Daher ist es für diese Betriebe oft nicht nötig, regelmäßig junge Leute auszubilden.

Gründe für die Nichtausbildung

Drei Viertel der Betriebe in Deutschland bilden keine Auszubildenden aus. Auf die Frage, was die Gründe für den Verzicht auf Ausbildung seien, gaben die Betriebe meist nicht nur einen Grund als besonders wichtig an, sondern entschieden sich für mehrere Argumente → **Tabelle A5.10.4-1**.

Fast die Hälfte der Nichtausbildungsbetriebe begründet ihren Verzicht auf die Ausbildung mit zu hohen Ausbildungskosten. Direkt danach folgt die fehlende Zeit. Auch auf den nächsten Plätzen finden sich Motive, die vor allem den zu hohen Aufwand und die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Ausbildung berücksichtigten. So seien die zu vermittelnden Ausbildungsinhalte oftmals zu komplex oder es gäbe zu viele Vorschriften, die beachtet werden müssen. Immerhin 40 % der Betriebe verweisen auf eine zu geringe Anwesenheitszeit der Auszubildenden im Betrieb. 38 % der Betriebe beklagen, dass sie keine qualifizierten Bewerber/-innen finden können. Viele Betriebe sind auch zu spezialisiert, um alle vorgesehenen Ausbildungsinhalte vermitteln zu können.

Fehlende Verwertungsmöglichkeiten spielen dagegen deutlich seltener die entscheidende Rolle bei der Entscheidung für oder gegen eine Ausbildung: Rund 36 % der Betriebe verweisen auf einen zu geringen Nutzen, 35 % decken ihren Fachkräftebedarf durch die Weiterbildung des vorhandenen Personals, und in einem Drittel der Betriebe gibt es schlicht keinen Bedarf an entsprechenden Fachkräften. 32 % bemängeln, dass die Auszubildenden zu oft nach

Ausbildungsende den Betrieb verlassen. Für 26% der Betriebe ist es günstiger, qualifiziertes Personal direkt vom Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Von geringer Bedeutung sind schlechte Erfahrungen, die mit früheren Auszubildenden gemacht wurden.

Betrachtet man nun die Betriebe nach verschiedenen Merkmalen, ergeben sich eine Reihe von interessanten Unterschieden. In den neuen Ländern wird sehr viel häufiger als in den alten Ländern auf die fehlende Zeit verwiesen sowie auf den nicht vorhandenen Bedarf, neue Fachkräfte einzustellen. Gerade in den neuen Ländern ist es für viele Betriebe auch kostengünstiger, neues Personal auf dem Arbeitsmarkt zu suchen, als eine eigene Ausbildung durchzuführen. Eine große Zahl von ostdeutschen Betrieben gibt auch an, den Fachkräftebedarf durch die Weiterbildung eigener Beschäftigter zu decken. Im Westen werden viele Betriebe durch zu viele Vorschriften, die bei der Durchführung einer Ausbildung beachtet werden müssen, abgeschreckt.

Die Wichtigkeit der zu hohen Ausbildungskosten nimmt mit der Betriebsgröße stark ab. Bei Kleinstbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten geben dies noch 50% als sehr wichtigen bzw. wichtigen Grund an, bei den Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten 44% und bei den größeren Betrieben nur noch 33%. Größere Betriebe verfügen über bessere Möglichkeiten, ihren Fachkräftebedarf auf anderen Wegen als durch Ausbildung zu decken. Sie verzichten daher häufiger auf die Ausbildung, weil es für sie günstiger ist, Personal über den Arbeitsmarkt zu suchen (47% bei größeren Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten im Vergleich zu 24% bei den Kleinstbetrieben) bzw. den Fachkräftebedarf über die Weiterbildung eigener Mitarbeiter/-innen zu decken (69% bei größeren Betrieben, 32% bei Kleinstbetrieben).

Bei Betrieben, die sowohl die sächlichen als auch die personellen Voraussetzungen für eine Ausbildung erfüllen, liegt mit einem Anteil von 56%, die diesen Grund als sehr wichtig bzw. wichtig ansehen, der Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern an der Spitze. An zweiter Stelle folgen die hohen Ausbildungskosten (55%). Kaum von Bedeutung ist mit 19% eine zu starke Spezialisierung dieser Betriebe. Bei den Betrieben, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, ist dies mit 46% jedoch der zweitwichtigste Grund für die Nichtausbildung. An erster Stelle steht mit 52% die fehlende Zeit. Die Betriebe unterstreichen damit, dass sie ihren Betrieb grundsätzlich als ungeeignet halten, eine Ausbildung durchzuführen. Dies scheitert nicht an Erwägungen, die mit der Ausbildungspraxis zusammenhängen, wie der geringen Anwesenheit der Auszubildenden im Betrieb oder einem Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern.

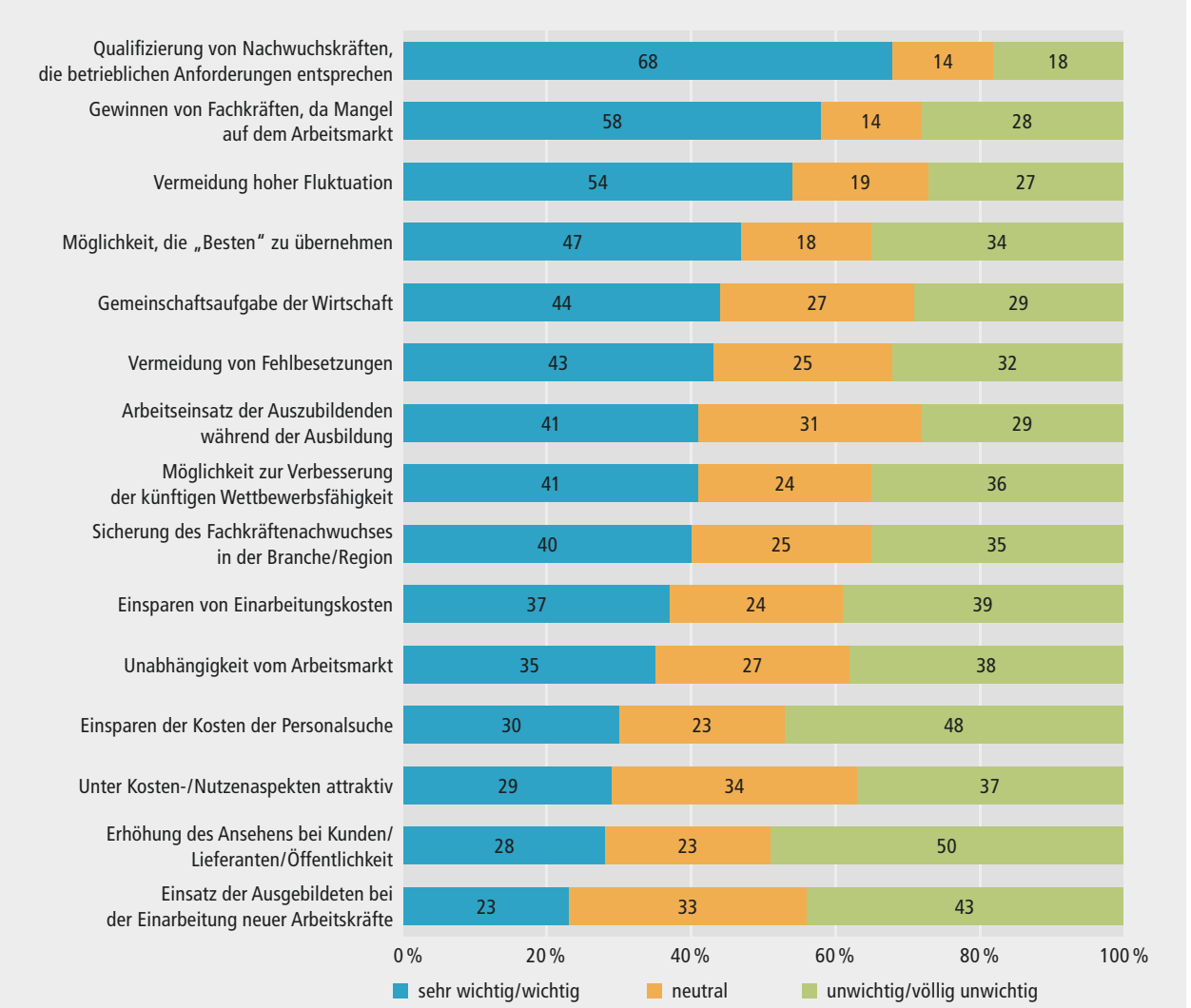
In Betrieben, die seit dem Jahr 2000 zumindest einmal ausgebildet haben, es derzeit aber nicht mehr tun, wird ebenfalls der Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern mit Abstand als der wichtigste Grund für den Verzicht auf die Ausbildung eingestuft (66%). Deutlich wichtiger als in der Gruppe der Betriebe, die in den letzten Jahren keine Auszubildenden ausgebildet haben, sind auch die schlechten Erfahrungen, die die Betriebe mit den Auszubildenden gesammelt haben (32% zu 11%). Die Betriebe mit Ausbildungserfahrung bemängeln zudem, dass die Ausgebildeten später zu oft den Betrieb verlassen und so der zusätzliche Nutzen durch eine Übernahme der Ausgebildeten entfällt (40% zu 30%) und die Auszubildenden zu selten im Betrieb sind (47% zu 38%).

Motive für die Aufnahme einer Ausbildung

Die Durchführung einer Ausbildung kann aus einer Reihe von Gründen für einen Betrieb attraktiv und von Nutzen sein. Die Nichtausbildungsbetriebe wurden daher gefragt, was aus ihrer Sicht am ehesten für die Aufnahme der Ausbildung sprechen würde.[212] Dabei ist zu beachten, dass der größte Teil der Nichtausbildungsbetriebe noch nie ausgebildet hat und dies auch in Zukunft nicht plant. Somit verfügen diese Betriebe über keine direkten Erfahrungen bzw. Berührungspunkte mit der Ausbildung.
Den größten Vorteil einer eigenen Ausbildung sehen die Nichtausbildungsbetriebe in der Möglichkeit, Nachwuchskräfte zu qualifizieren, die genau den betrieblichen Anforderungen entsprechen → **Schaubild A5.10.4-2**. Ebenfalls einen hohen Stellenwert

212 Siehe hierzu im Vergleich die Einschätzungen von Ausbildungsbetrieben zum Nutzen der Ausbildung für ihren Betrieb in BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3.

Schaubild A5.10.4-2: **Gründe für die Ausbildung aus der Sicht von Nichtausbildungsbetrieben (in %)**



Quelle: BIBB-Betriebsbefragung zur Gewinnung von Fachkräften 2008

nimmt der Aspekt ein, dass durch die Ausbildung Fachkräfte gewonnen werden können, die bei einem Mangel an qualifiziertem Personal auf dem Arbeitsmarkt sonst nicht zu finden wären. Darüber hinaus wird die Vermeidung einer hohen Personalfluktuation durch die Gewinnung besonders betriebsverbundener Fachkräfte sowie die Möglichkeit, bei der Übernahme von Auszubildenden die „Besten" auswählen zu können, häufig als besonders wichtig genannt. Es stehen also Aspekte der Qualifizierung und der Gewinnung von Fachkräften im Vordergrund. Diese setzen die Übernahme eines/einer Ausgebildeten voraus.

Soziale und gesellschaftliche Motive sind dagegen für Nichtausbildungsbetriebe von geringerer Bedeutung. Während die Gesichtspunkte „Ausbildung als Gemeinschaftsaufgabe der Wirtschaft und als Leistung für die Gesellschaft" sowie „Ausbildung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Branche/Region" noch von 44 % bzw. 40 % der Betriebe als wichtig angesehen werden, messen nur wenige

Tabelle A5.10.4-2: **Personalgewinnungsstrategien von Nichtausbildungsbetrieben nach verschiedenen Betriebsmerkmalen (Nennung der Antwortmöglichkeit sehr wichtig/wichtig in %)**

	Einstellung berufserfahrener Fachkräfte vom Arbeitsmarkt	Interne Qualifizierung/ Weiterbildung von Beschäftigten ohne Berufsausbildung	Einstellung von Berufsanfängern, die von anderen Unternehmen ausgebildet wurden	Einstellung schulisch ausgebildeter Berufsanfänger
Insgesamt	**37**	**34**	**17**	**14**
Region				
Alte Länder	38	34	18	14
Neue Länder	33	33	16	13
Betriebsgröße				
1–9 Beschäftigte	34	32	15	12
10–49 Beschäftigte	53	49	30	22
50 und mehr Beschäftigte	72	34	43	20
Ausbildungs- bzw. Kammerbereich				
Industrie und Handel	34	35	14	11
Handwerk	35	31	17	9
Landwirtschaft*	40	33	36	11
Freie Berufe	43	32	23	20
Öffentlicher Dienst	46	43	21	27

*Nur geringe Fallzahlen in der Landwirtschaft, daher sind die angegebenen Werte nur als Tendenz zu interpretieren.

Quelle: BIBB-Betriebsbefragung zur Gewinnung von Fachkräften 2008

Betriebe dem Aspekt der Erhöhung des Ansehens des Betriebs bei Kunden, Lieferanten und in der Öffentlichkeit eine große Bedeutung bei.

Aspekte, die sich direkt in Ersparnissen bemerkbar machen, werden lediglich von einem kleineren Teil der Betriebe als wichtig eingestuft. Größten Anklang finden dabei mit 41 % noch der Arbeitseinsatz der Auszubildenden während der Ausbildung und das Einsparen von Einarbeitungskosten für betriebsfremde Fachkräfte mit 37 %. Den anderen drei Motiven, die sich auch monetär bemerkbar machen können (Einsparen von Kosten der Personalsuche auf dem Arbeitsmarkt, unter Kosten- und Nutzenaspekten attraktiv und Einsatz der Ausgebildeten bei der Einarbeitung neu eingestellter Arbeitskräfte), wird dagegen von weniger als einem Drittel der Betriebe ein hoher Stellenwert eingeräumt. In einer Befragung von rund 3.000 Ausbildungsbetrieben zu den Kosten und Nutzen der betrieblichen Ausbildung E wurde die monetäre Bedeutung einiger dieser Aspekte genauer untersucht. Es zeigte sich, dass durch den Arbeitseinsatz der Auszubildenden bei einem Drittel der Betriebe die Ausbildungskosten bereits gedeckt werden konnten. Bei den anderen Betrieben können die verbliebenen Kosten durch die Übernahme von Auszubildenden und der damit verbundenen Einsparung von Personalgewinnungs- und Einarbeitungskosten sowie weiterer, weniger gut messbarer Faktoren wie etwa Imagegewinn zu einem großen Teil kompensiert werden. Mit einem Anteil von 60 % war der überwiegende Teil der Ausbildungsbetriebe mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis der Ausbildung zufrieden bzw. sogar sehr zufrieden. Allerdings unterscheiden sich Nichtausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebe in ihren Strukturen, sodass man nicht ohne Weiteres daraus schließen kann, dass die Nichtausbildungsbetriebe in ähnlichem Umfang von der Ausbildung profitieren würden.

Kosten- und Nutzenerhebung 2007 des Bundesinstituts für Berufsbildung

In einer persönlichen Befragung von 2.986 Ausbildungsbetrieben aller Branchen und Betriebsgrößenklassen wurden in detaillierter Form die Ausbildungskosten und -erträge sowie Informationen zum Übernahmeverhalten der Betriebe und (möglicherweise) eingesparten Personalgewinnungskosten bei der Einstellung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt abgefragt. Die Erhebung wurde im Jahr 2008 mit dem Bezugsjahr 2007 durchgeführt. Sie baute auf drei Vorgängerbefragungen des Bundesinstituts für Berufsbildung in den Jahren 1980, 1991 und 2000 auf.[213]

Personalgewinnung bei Nichtausbildungsbetrieben

Um neue Fachkräfte zu gewinnen, gibt es für die Betriebe verschiedene Möglichkeiten. Ausbildungsbetriebe setzen erwartungsgemäß hauptsächlich auf die eigene Ausbildung – für 84 % der Betriebe, die sich an der oben erwähnten Befragung zu den Kosten und Nutzen der betrieblichen Ausbildung beteiligt haben, ist sie eine sehr wichtige bzw. wichtige Möglichkeit zur Deckung des Qualifikationsbedarfs im Fachkräftebereich. Welche Personalgewinnungsstrategien verfolgen nun die Nichtausbildungsbetriebe?

Bei ihnen ist die Einstellung berufserfahrener Fachkräfte vom externen Arbeitsmarkt die wichtigste Möglichkeit → **Tabelle A5.10.4-2**. Vor allem größere Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten setzen mit einem Anteil von 72 % auf diese Strategie. Daneben wird auch häufig auf eine interne Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten ohne Berufsausbildung zurückgegriffen. Fast die Hälfte aller Betriebe mit 10 bis 49 Beschäftigten stuft diese Möglichkeit als wichtig ein. Die Einstellung von Berufsanfängern und -anfängerinnen, die entweder schulisch oder von anderen Betrieben ausgebildet wurden, ist von geringerer Bedeutung. In größeren Betrieben finden jedoch zumindest die in anderen Betrieben Ausgebildeten häufiger Chancen zum Einstieg – der Anteil der Betriebe, die diese Möglichkeit nutzen, beträgt bei den Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten 30 % und bei den größeren Betrieben sogar 43 %. Schulisch ausgebildete Berufsanfänger erhalten vor allem im öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen Chancen zum Einstieg.

Unterstützungsmaßnahmen für die Aufnahme der Ausbildung

In den letzten Jahren überstieg die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen das Angebot, sodass ein Teil der Jugendlichen nicht versorgt werden konnte → **vgl. Kapitel A1.1**. Es bleibt daher weiterhin ein wichtiges Ziel aller an der Ausbildung beteiligten Parteien (Wirtschaft, Bund und Länder), die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, z. B. durch die Gewinnung neuer Ausbildungsbetriebe. Wie können die Betriebe aber bei der Aufnahme der Ausbildung unterstützt werden? Die Nichtausbildungsbetriebe wurden gebeten, einige Maßnahmen danach zu beurteilen, wie geeignet sie sind, um ihrem Betrieb die Aufnahme der Ausbildung zu ermöglichen.

Eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands halten die meisten der Betriebe für eine besonders geeignete Maßnahme, um ihnen die Aufnahme der Ausbildung zu erleichtern → **Tabelle A5.10.4-3**. Es scheint, dass sich viele Nichtausbildungsbetriebe von dem vermeintlichen oder tatsächlichen hohen bürokratischen Aufwand, z. B. bei der Auswahl der Bewerber/-innen, der Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern und der Vermittlung der in den Ausbildungsordnungen vorgeschriebenen Inhalten, abschrecken lassen. Vor allem in den neuen Ländern und bei Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten findet diese Maßnahme großen Anklang.

Finanzielle und steuerliche Anreize können ein vielversprechendes Mittel sein, neue Ausbildungsplätze in Betrieben zu gewinnen. Insbesondere Betriebe, die über Ausbildungserfahrungen seit dem Jahr 2000 verfügen, halten diese Maßnahme für sehr geeignet. Ob sie die Ausbildung wegen zu hoher Kosten eingestellt haben, kann durch die Erhebung nicht belegt werden, auffällig ist jedoch, dass sie ebenfalls in deutlich stärkerem Maße als die Betriebe ohne Ausbildungserfahrung für eine Senkung der Ausbildungsvergütungen plädieren. Sie setzen also

213 Zu den Ergebnissen siehe ausführlich Schönfeld u. a. 2010, für eine Zusammenfassung vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3.

Tabelle A5.10.4-3: **Nichtausbildungsbetriebe, die die jeweiligen Maßnahmen für sehr geeignet bzw. geeignet halten, um ihrem Betrieb die Aufnahme der Ausbildung zu ermöglichen (in %)**

	Insgesamt	Region		Betriebsgröße			Ausbildungs-voraussetzungen		Ausbildungserfahrung	
		Alte Länder	Neue Länder	1–9 Beschäftigte	10–49 Beschäftigte	50 und mehr Beschäftigte	Ausbildungs-voraus-setzungen erfüllt	Ausbildungs-voraus-setzungen nicht erfüllt	Betriebe mit Ausbildungs-erfahrung	Betriebe ohne Ausbildungs-erfahrung
Reduzierung des bürokratischen Aufwands	77	76	83	77	81	88	84	73	76	78
Finanzielle/steuerliche Anreize	76	76	77	76	81	72	89	68	87	74
Stärkere Abstimmung zwischen Berufsschulen, Kammern und Betrieben	67	68	63	68	66	52	76	61	74	66
Verbesserung der schulischen Vorbildung	66	66	67	66	67	75	77	59	75	64
Stärkere Einbeziehung der Auszubildenden in den Arbeitsprozess	61	60	66	61	68	53	69	56	58	63
Größere Freiheit bei Gestaltung der Ausbildung	53	53	55	53	60	36	61	47	47	55
Beibehaltung der Ausbildungsdauer/punktuelle Weiterqualifizierung	48	49	46	48	52	33	61	40	47	49
Reduzierung des Berufsschulunterrichts	27	29	19	27	31	16	36	21	38	24
Verkürzung der Ausbildungsdauer/weitere Qualifizierung durch individuelle Weiterbildung	26	24	29	25	29	32	27	25	27	25
Senkung der Ausbildungslöhne	25	24	30	27	17	20	36	18	41	21
Verlängerung der Ausbildungszeit auf 4 Jahre	9	9	10	10	7	6	9	9	8	10

Quelle: BIBB-Betriebsbefragung zur Gewinnung von Fachkräften 2008

sehr stark auf eine finanzielle Unterstützung. Auch Betriebe, bei denen die Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung gegeben sind, halten diese beiden Maßnahmen für besonders geeignet. Ob diese finanziellen Anreize allerdings tatsächlich die Ausbildungsneigung steigern würde, muss offenbleiben: Es gibt bereits eine große Zahl von Unterstützungsprogrammen vonseiten des Bundes bzw. der Länder → **vgl. Kapitel A7.1**, **A9.2** und **D1**, ohne dass es zu einer größeren Änderung der Ausbildungsbetriebsquote gekommen ist.

Weitere wichtige Maßnahmen sind eine stärkere Abstimmung zwischen Berufsschulen, Kammern und Betrieben[214] sowie die Verbesserung der schulischen Vorbildung der Ausbildungsplatzbewerber/-innen. Letztere Maßnahme wird dabei von Betrieben mit Ausbildungserfahrung als deutlich wichtiger eingeschätzt als von Betrieben, die noch nie Auszubildende hatten. Durch ihre Erfahrungen mit Auszubildenden können sie eher einschätzen, welche Auswirkungen für den Zeitaufwand und die Kosten durch leistungsschwächere Auszubildende entstehen.

214 Auch aus Sicht der Auszubildenden ist die Kooperation zwischen der Berufsschule und dem Betrieb unbefriedigend. Siehe hierzu → **Kapitel A5.11.2** und Heinemann/Maurer/Rauner 2009, S. 45–47.

Zwei Maßnahmen, die sich auf die Gestaltung der Ausbildung am betrieblichen Arbeitsplatz beziehen, halten mehr als die Hälfte der Betriebe für besonders geeignet, um ihre Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen. 61 % der Nichtausbildungsbetriebe setzen auf eine stärkere Einbeziehung der Auszubildenden in den Arbeitsprozess. Diese Maßnahme wird besonders in den neuen Ländern, bei Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten und bei Betrieben ohne Ausbildungserfahrung geschätzt. Die Betriebe würden es darüber hinaus begrüßen, wenn sie insgesamt eine größere Freiheit bei der Gestaltung der Ausbildung hätten und z. B. die Auszubildenden betriebsspezifischer ausbilden könnten.

Kaum eine Rolle spielen Änderungen in der Ausbildungsdauer – weder eine Verkürzung noch eine Verlängerung hätten größere Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Wie bereits angesprochen, sehen zwar 41 % der Betriebe mit Ausbildungserfahrung eine Senkung der Ausbildungsvergütungen als eine geeignete Maßnahme an, den Betrieben die Aufnahme einer Ausbildung zu erleichtern. Insgesamt findet diese Möglichkeit jedoch nur geringen Anklang. Bei zu geringen Vergütungen besteht auch die Gefahr, dass die Bewerber/-innen zu anderen Unternehmen abwandern bzw. andere Bildungsgänge einschlagen und das Interesse an einer betrieblichen Ausbildung verlieren.

Die Nichtausbildungsbetriebe äußern sich zu einer Reihe von möglichen Maßnahmen zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft sehr positiv. Die Umsetzung dieser Instrumente liegt in der Hand verschiedener Ansprechpartner: Zum einen geht es um die Organisation der Ausbildung und damit um das Zusammenspiel zwischen Betrieben, Berufsschulen, Kammern und den Verantwortlichen für die Erstellung der Ausbildungsordnungen. Zum anderen ist aber auch die Politik durch die Gewährung finanzieller Unterstützung angesprochen sowie die allgemeinbildenden Schulen, die für die schulische Vorbildung der Ausbildungsplatzbewerber/-innen sorgen.

Schlussfolgerungen

Die betriebliche Ausbildung genießt weiterhin ein hohes Ansehen unter den Jugendlichen in Deutschland. Ein großer Prozentsatz der Schulabgänger/-innen möchte jedes Jahr eine Berufsausbildung beginnen. Es ist daher besonders wichtig, dass ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen von den Betrieben zur Verfügung gestellt wird. Nicht immer ist dies in den letzten Jahren gelungen. Es ist daher ein wichtiges Ziel der Berufsbildungspolitik, die Zahl der Ausbildungsplätze zu vergrößern. Dies kann durch eine Ausweitung der Plätze in bereits ausbildenden Betrieben geschehen, aber auch durch die Gewinnung neuer bzw. früherer Ausbildungsbetriebe. Wie gezeigt, verfügen viele Nichtausbildungsbetriebe über die sächlichen und/oder personellen Voraussetzungen, um eine Ausbildung ordnungsgemäß nach den Vorgaben des Berufsbildungsgesetzes durchführen zu können. Ein großer Teil der Betriebe ist sich auch des möglichen Nutzens einer Ausbildung durchaus bewusst. Diese Befunde signalisieren der Berufsbildungspolitik, dass das Ausbildungsplatzpotenzial gerade bei Nichtausbildungsbetrieben noch nicht ausgeschöpft ist und es durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen möglich ist, Betriebe zur Aufnahme der Ausbildung zu motivieren.

(Gudrun Schönfeld, Felix Wenzelmann)

A5.11 Qualität dualer Berufsausbildung

Fragen nach der Qualität dualer Berufsausbildung rücken seit einiger Zeit mehr und mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Berufsbildungspolitik, -forschung und -praxis. Die Anstöße hierfür sind vielfältig. Aufgrund des demografischen Wandels wird es künftig um die Bewältigung des prognostizierten Fachkräftemangels → **vgl. Kapitel A2** gehen, wobei der Qualität von Berufsausbildung eine entscheidende Rolle zukommt. Ferner stellen veränderte Formen der Strukturierung und Organisation von Arbeitsprozessen neue und zugleich umfangreichere Qualifikationsanforderungen, denen nur durch hochwertige Ausbildung Rechnung getragen werden kann. Nicht zuletzt wirft die unter anderem in Bezug auf Alter, formale Vorqualifikation, kulturelle und soziale Prägung heterogener werdende Gruppe der an dualer Berufsausbildung Interessierten → **vgl. Kapitel A5.5 und A5.9** die Frage auf, wie den unterschiedlichen Lernbedürfnissen und -potenzialen begegnet werden kann.

Diese Entwicklungen stellen umfangreiche Anforderungen an das System der dualen Berufsausbildung, viel mehr aber noch an die Akteure, die vor der Aufgabe stehen, im Ausbildungsgeschehen die vielfältigen Qualitätsanforderungen einzulösen. Allerdings liegen – trotz des gesteigerten Interesses an der Qualitätsthematik – bislang noch nicht genügend Kenntnisse darüber vor, worin diese Qualitätsanforderungen im Einzelnen bestehen und in welchem Umfang die gegenwärtig erbrachte Ausbildungsqualität den Anforderungen bereits entspricht.[215] Diese Sachlage hat zu einem guten Teil mit der Komplexität des Gegenstandes zu tun, aber auch damit, dass Qualität eine relative, interessen- und kontextabhängige Größe ist, sodass ihre nähere Bestimmung es erfordert, die Perspektiven verschiedener an dualer Berufsausbildung beteiligter Akteure zu berücksichtigen.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat vor diesem Hintergrund in zwei Forschungsprojekten die Sichtweisen zweier besonders relevanter Akteursgruppen untersucht: Zum einen wird aus Sicht ausbildender Betriebe, zum anderen aus Sicht Auszubildender ermittelt, welche Qualitätsansprüche an die Ausbildung gestellt und inwiefern diese in der Praxis erfüllt werden.

A5.11.1 Qualität der Berufsausbildung aus Sicht ausbildender Betriebe

Umfassende technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen lassen die Frage, wie zukunftsorientierte Berufsausbildung gestaltet sein und was sie leisten soll, mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Damit rücken Qualitätsaspekte in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die zukünftige Ausgestaltung dualer Ausbildung. In besonderem Maße richtet sich der Blick dabei auf die ausbildenden Betriebe. An sie werden vielfältige Erwartungen herangetragen, das Ausbildungsgeschehen in konzeptioneller, didaktischer wie methodischer Hinsicht so auszugestalten, dass die angehenden Fachkräfte die Qualifikationen erwerben, die ihnen gesellschaftliche Teilhabe und der Wirtschaft Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung ermöglichen. In diesem Zusammenhang stellt sich aber auch die Frage, welche Vorstellungen ausbildende Betriebe selbst mit qualitativ hochwertiger Ausbildung in Verbindung bringen und wie sie die von ihnen aktuell erbrachte Ausbildungsqualität im Vergleich dazu einschätzen. Diese Sichtweise liegt dem vom Bundesinstitut für Berufsbildung initiierten Projekt „Qualitätssicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ zugrunde.[216]

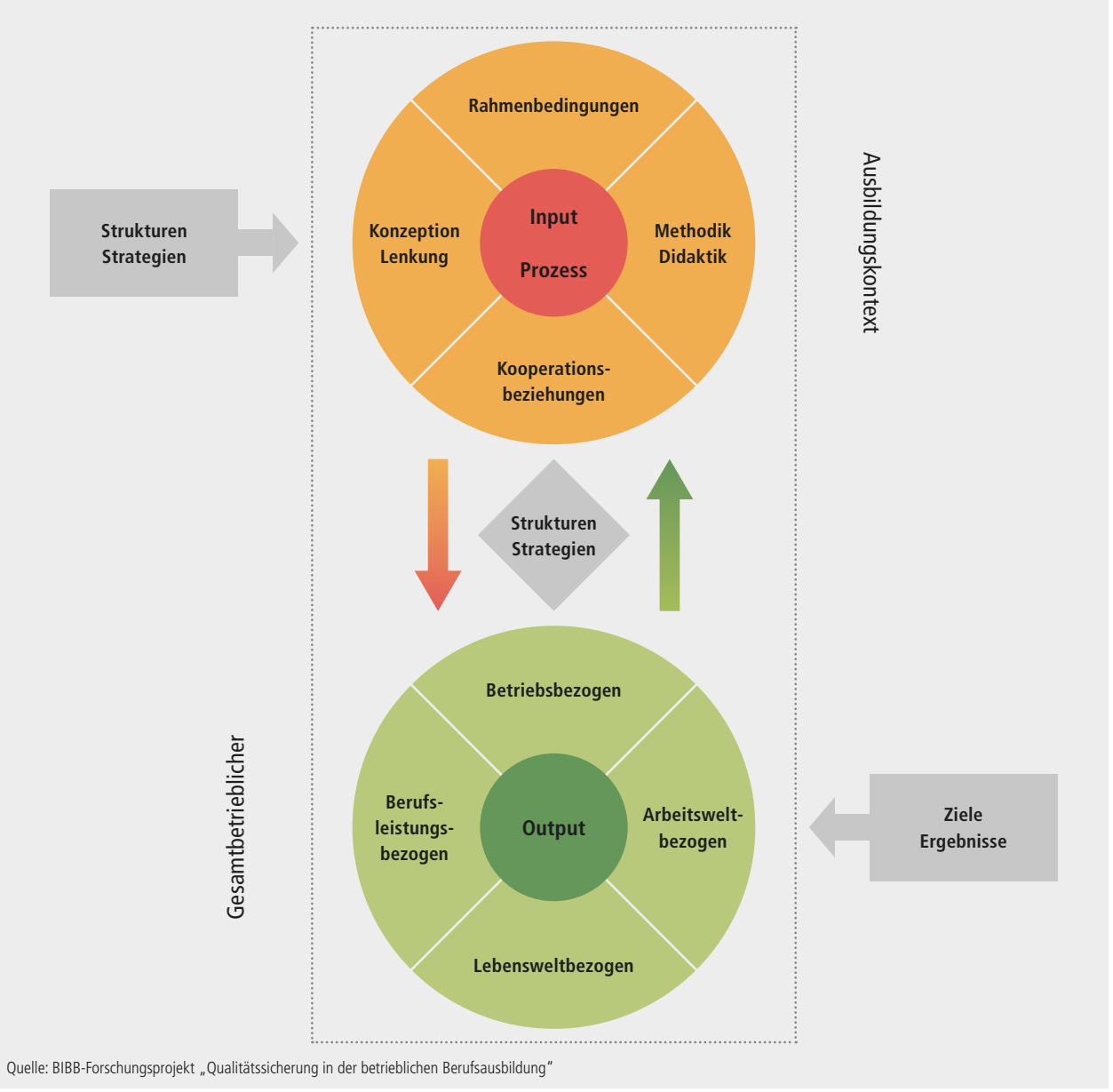
Konzeptionelle und methodische Grundlagen des Projektes

Die aus Sicht ausbildender Betriebe anzustrebende und erbrachte Ausbildungsqualität kann nur angemessen untersucht werden, wenn die verschiedenen Facetten des Qualitätskonstrukts adäquat einbezogen werden. Im Forschungsprojekt erfolgt dies durch ein Qualitätsmodell, das betriebliche Ausbildungsqualität entlang der grundlegenden Sequenzen des Ausbildungsverlaufes (Input, Prozess und Output) als mehrdimensionale Größe konzipiert und

215 Vgl. hierzu Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, Kapitel 2.3.2.

216 Informationen zum Forschungsprojekt finden sich unter **www.bibb.de/de/wlk29219.htm**.

Schaubild A5.11.1-1: **Qualitätsmodell zur Untersuchung betrieblicher Ausbildungsqualität**



Quelle: BIBB-Forschungsprojekt „Qualitätssicherung in der betrieblichen Berufsausbildung"

die einzelnen Dimensionen wiederum über Qualitätsbereiche und -merkmale weiter ausdifferenziert → **Schaubild A5.11.1-1**. Da Ausbildung in Betrieben nicht losgelöst von den übrigen betrieblichen Abläufen und Prozessen erfolgt, wurden Strukturen und Strategien auf Betriebs- und Ausbildungsebene als zusätzliche qualitätsrelevante Elemente in das Modell aufgenommen.

Aufseiten der Input- und Prozessqualität[217] umfasst das Modell insgesamt 41 Qualitätsmerkmale, die 13 Qualitätsaspekte präzisieren → **vgl. Tabelle A5.11.1-1**, welche ihrerseits die vier Qua-

217 Da die dem Input zugerechneten Ausbildungsvoraussetzungen erst während des konkreten Ausbildungsgeschehens (Prozess) wirksam werden, werden die beiden Dimensionen im Zusammenhang betrachtet.

Tabelle A5.11.1-1: Durchschnittliche Anforderungen und Beurteilungen input- und prozessbezogener Qualitätsmerkmale betrieblicher Ausbildung

	Alle Betriebe		darunter Betriebe mit … Beschäftigten							
			1 bis 9		10 bis 49		50 bis 499		500 und mehr	
	Soll[1]	Ist[2]	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Rahmenbedingungen										
Sachausstattung										
Die technische Ausstattung ist auf dem neuesten Stand.	5,1	5,0	5,0	5,0	5,2	5,0	5,2	5,0	5,4	5,1
Lehrbücher und Ausbildungsmaterialien sind für die Lehrlinge vorhanden.	5,2	4,8	5,1	4,8	5,2	4,8	5,4	5,1	5,5	5,3
Lehrlinge haben einen eigenen Arbeitsplatz.	4,4	4,5	4,4	4,3	4,7	4,6	5,0	4,9	5,4	5,2
Eignung und Motivation der Ausbildenden										
Ausbilder sind fachlich kompetent.	5,7	5,5	5,7	5,5	5,7	5,4	5,7	5,4	5,8	5,5
Ausbilder sind pädagogisch kompetent.	5,4	4,7	5,3	4,7	5,4	4,6	5,4	4,7	5,6	5,0
Ausbilder sind motiviert, Jugendlichen etwas beizubringen.	5,6	5,2	5,6	5,2	5,6	5,1	5,6	5,2	5,8	5,3
Strukturbedingungen für Ausbildende										
Ausbildertätigkeiten werden im Betrieb wertgeschätzt und honoriert.	4,8	4,0	4,7	4,1	4,8	4,0	5,1	4,0	5,4	4,4
Für Ausbilder gibt es spezielle fachpädagogische Weiterbildungen.	4,5	2,7	4,5	2,7	4,4	2,5	4,7	3,0	5,1	3,9
Ausbilder haben zeitliche Freiräume für die Unterweisung von Lehrlingen.	5,0	3,9	5,0	3,9	4,9	3,8	5,1	3,9	5,4	4,3
Konzeption und Lenkung										
Einbindung der Auszubildenden										
Lehrlinge bringen eigene Ideen in die Ausbildung ein.	4,9	4,1	4,9	4,2	4,9	4,0	4,9	4,0	5,1	4,4
Lehrlinge fordern fachliche Erklärungen und Informationen selbst ein.	5,2	4,3	5,2	4,4	5,1	4,2	5,2	4,1	5,2	4,3
Lehrlinge sind selbst mitverantwortlich für ihre Ausbildung.	5,0	4,5	5,0	4,6	5,0	4,3	5,0	4,3	5,2	4,4
Lehrlinge geben den Ausbildern Rückmeldung über Ausbildungsinhalte und -verlauf.	4,9	3,9	4,7	3,8	5,2	3,9	5,2	4,1	5,3	4,4
Überwachung des Ausbildungsverlaufs										
Der betriebliche Ausbildungsplan wird in zeitlichen Intervallen überprüft und angepasst.	5,0	4,1	4,9	4,0	5,1	4,1	5,1	4,5	5,4	4,9
Lernfortschritte werden kontrolliert und reflektiert.	5,2	4,6	5,2	4,8	5,1	4,4	5,2	4,6	5,4	4,8
Ausbildungsergebnisse der Lehrlinge werden ausgewertet und besprochen.	5,3	4,8	5,4	4,9	5,2	4,6	5,2	4,8	5,5	5,0
Mit den Lehrlingen werden monatlich konkrete Lernziele vereinbart.	4,2	2,8	4,1	2,9	4,2	2,8	4,2	2,9	4,4	3,2
Didaktik und Methodik										
Lernen in Lernkontexten										
Lehrlinge haben bei neuen Aufgaben genug Zeit zum Ausprobieren und Üben.	5,1	4,6	5,2	4,7	5,1	4,3	5,1	4,6	5,3	4,8
Lehrlinge erhalten bei Ausbildungsproblemen sofort Hilfestellungen.	5,4	5,1	5,5	5,1	5,4	4,9	5,4	5,1	5,5	5,1
Gute Leistungen der Lehrlinge werden gelobt.	5,7	5,4	5,6	5,5	5,7	5,2	5,6	5,3	5,8	5,3
Lernen in Arbeitsprozessen										
Ausbildungsinhalte werden in beruflichen Handlungszusammenhängen vermittelt.	5,1	4,7	5,0	4,8	5,1	4,6	5,3	4,8	5,4	4,9
Lehrlinge werden in die Erledigung echter Aufgaben und Aufträge eingebunden.	5,4	5,4	5,4	5,3	5,5	5,4	5,4	5,4	5,5	5,3
Die den Lehrlingen übertragenen Aufgaben werden in einzelne Arbeitsschritte vorstrukturiert.	4,8	4,3	4,8	4,5	4,8	4,0	4,7	4,0	4,7	4,3
Lehrlinge erhalten klare Arbeitsanweisungen.	5,5	6,0	5,5	5,2	5,4	4,9	5,4	5,0	5,4	5,1
Lehrlinge haben einen Mitarbeiter als festen Ansprechpartner.	5,4	5,2	5,4	5,2	5,3	5,2	5,5	5,4	5,6	5,6
Klassische Unterweisungsmehtoden										
Es werden praktische Unterweisungen durchgeführt.	5,7	5,6	5,8	5,7	5,7	5,5	5,7	5,5	5,8	5,7
Es finden Lehrgespräche statt.	5,1	4,7	5,2	4,8	5,0	4,5	5,2	4,6	5,3	5,1
Arbeitsabläufe werden vor- und nachgemacht.	5,0	4,9	5,0	5,0	5,1	4,8	5,1	4,8	4,9	4,9
Ganzheitliche Lehr-Lern-Methoden										
Es werden Projektarbeiten durchgeführt.	4,0	3,3	3,7	3,0	4,4	3,5	4,6	3,6	5,0	4,3
Selbstlernprogramme werden genutzt.	3,9	2,9	4,0	2,9	3,7	2,8	3,8	2,8	4,1	3,2
Es finden Simulationsübungen statt.	4,1	3,2	4,2	3,2	4,1	3,1	4,0	2,9	4,3	3,3
Kooperationen										
Abstimmung zwischen den Lernorten										
Betrieblicher Ausbildungsplan und schulischer Lehrplan werden abgestimmt.	4,6	2,7	4,6	2,7	4,7	2,6	4,7	2,9	4,9	3,3
Informationen über Leistungen und Verhalten der Lehrlinge werden ausgetauscht.	5,0	3,1	5,0	3,0	5,0	3,0	5,2	3,7	5,4	4,4
Gemeinsame Arbeitskreise von Ausbildern und Lehrern werden durchgeführt.	3,9	1,7	3,6	1,6	4,1	1,8	4,3	2,3	4,8	3,2
Gemeinsame Aktivitäten der Lernorte										
Die Lernorte führen gemeinsame Ausbildungsprojekte durch.	4,0	2,0	4,0	2,0	4,1	2,0	4,2	2,4	4,4	2,9
Berufsschullehrer absolvieren Praktika im Ausbildungsbetrieb.	3,5	1,5	3,2	1,6	3,8	1,4	3,9	1,5	4,3	1,9
Betriebliche Praktiker beteiligen sich am Berufsschulunterricht.	3,7	1,7	3,6	1,8	3,8	1,6	4,0	1,6	4,1	1,8
Kooperation mit anderen Betrieben										
Mehrere Betriebe der Region führen gemeinsame Ausbildungsprojekte durch.	3,5	1,7	3,4	1,6	3,6	1,7	3,7	2,2	3,8	2,6
Es bestehen Ausbildungskooperationen mit Betrieben im Ausland.	2,5	1,2	2,2	1,1	2,9	1,4	2,7	1,3	3,1	1,7
Unterstützung durch die Kammern										
Betriebe lassen sich bei der Erstellung betrieblicher Ausbildungspläne durch die Kammer unterstützen.	4,1	2,5	4,0	2,5	4,4	2,6	3,9	2,4	3,9	2,6
Betriebe lassen sich für die Gestaltung von Lehr-Lern-Prozessen von der Kammer beraten.	4,0	2,2	3,9	2,2	4,2	2,2	3,8	2,1	3,9	2,2

[1] Sollwerte = Qualitätsanforderungen.

[2] Istwerte = Qualitätsbeurteilungen.

Bezogen auf sechsstufige Skalen: Soll so sein/Ist so: 1 = „gar nicht" … 6 = „sehr stark".

Quelle: BIBB-Forschungsprojekt „Qualitätssicherung in der betrieblichen Berufsausbildung"

litätsbereiche *Rahmenbedingungen*, *Konzeption und Lenkung, Methodik und Didaktik* sowie *Kooperationsbeziehungen* beschreiben. Die Outputqualität wird über insgesamt 23 Qualitätsmerkmale abgebildet, die sich auf ebenfalls vier Qualitätsbereiche – die betriebs-, die berufsleistungs-, die arbeitswelt- sowie die lebensweltbezogenen Ergebnisse – verteilen → **vgl. Tabelle A5.11.1-2**. Die Ableitung der Modellkomponenten erfolgte unter Bezug auf vorliegende Forschungsarbeiten (vgl. Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung 1974; Münch et al. 1981; Jungkunz 1995; Ebbinghaus 2009a) sowie aktuelle bildungspolitische Entwicklungen[218].

Im Rahmen einer schriftlichen Befragung E wurden bei ausbildenden Betrieben zu jedem der einbezogenen Qualitätsmerkmale zwei Angaben erhoben. Zum einen sollten die Betriebe angeben, welche Ausprägung das Merkmal grundsätzlich haben sollte (Qualitätsanforderung), zum anderen sollten die Betriebe beurteilen, welche Ausprägung das Merkmal in der Ausbildungspraxis ihres Betriebes tatsächlich aufweist (Qualitätseinschätzung). Zur Beantwortung stand jeweils eine sechsstufige Skala (von 1 = „gar nicht“ bis 6 = „sehr stark“) zur Verfügung.

E BIBB-Studie: Qualität der Berufsausbildung aus Sicht ausbildender Betriebe

Im Rahmen des Projektes wurde eine schriftlich-postalische Befragung ausbildender Betriebe durchgeführt. Basis der Stichprobenziehung war die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit Stand vom 30.06.2007; von den Wirtschaftsbereichen wurden nur die Wirtschaftsabteilungen C bis O gemäß der Klassifikation der BA berücksichtigt. Es wurde eine nach Betriebsgröße und Wirtschaftsbereich repräsentative Stichprobe gezogen. Nach telefonischer Kontaktaufnahme wurde rund 4.500 Betriebe ein Fragebogen zugesandt. Von den insgesamt 1.418 zurückgesandten Fragebogen konnten 1.362 für die Auswertungen verwendet werden (Netto-Stichprobe). Für detaillierte Darstellungen zur Anlage der Untersuchung vgl. Ebbinghaus 2009b.

218 Berücksichtigung fanden insbesondere der an betrieblichen Arbeitsprozessen orientierte Zuschnitt von Ausbildungsordnungen und das damit einhergehende Lernen in Arbeitsprozessen.

Anforderungen und Einschätzungen zur Input- und Prozessqualität

Nachfolgend werden die Qualitätsanforderungen, die Betriebe in Bezug auf die Input- und Prozessqualität betrieblicher Ausbildung formulieren, ihren Einschätzungen, in welchem Umfang sie die von ihnen selbst definierten Anforderungen erfüllen, gegenübergestellt. Die Darstellungen folgen dabei den vier im Qualitätsmodell differenzierten Qualitätsbereichen *Rahmenbedingungen*, *Konzeption und Lenkung, Methodik und Didaktik* sowie *Kooperationsbeziehungen.* Der Schwerpunkt liegt hier jeweils auf der Betrachtung der Gesamtstichprobe. Auf die Gegenüberstellung von Betrieben unterschiedlicher Größe wird nur dann eingegangen, wenn die Ergebnisse auffällig von der generellen Tendenz abweichen, dass größere Betriebe ihre Qualitätsansprüche als auch die von ihnen erbrachte Qualität auf einem etwas höheren Niveau verorten als kleinere Betriebe → **Tabelle A5.11.1-1**. Bei allen Ergebnissen handelt es sich um Durchschnittswerte.

Angestrebte und erbrachte Qualität im Bereich Rahmenbedingungen

Für eine gute Ausbildung ist es unverzichtbar, dass die Rahmenbedingungen angemessen sind. Von den in diesem Qualitätsbereich unterschiedenen drei Aspekten legen die Betriebe den meisten Wert auf die personellen Voraussetzungen. Auffällig ist, dass der fachlichen Kompetenz der Ausbilder eine herausragende Rolle zukommt. Dem pädagogischen Vermögen hingegen kommt – gleichwohl auf hohem Niveau – die geringste Bedeutung zu. Hiermit korrespondiert, dass von den Merkmalen, die unter dem Aspekt der Strukturbedingungen für Ausbilder betrachtet wurden, ebenfalls zu dem auf die pädagogische Kompetenz des Ausbildungspersonals ausgerichteten Merkmal die niedrigsten Anforderungen formuliert werden. Zugleich werden aber genau im Hinblick auf die pädagogischen Voraussetzungen und noch mehr in Bezug auf die Möglichkeiten, diese durch entsprechende Weiterbildungen auszubauen, recht deutliche Diskrepanzen zwischen idealen und faktischen Rahmenbedingungen wahrgenommen. Darüber hinaus bleibt auch die Ausbildern zur Verfügung stehende Zeit, sich ungestört den Auszubildenden widmen zu können, erkennbar hinter den wünschenswerten Zeiträumen zurück.

Demgegenüber sehen die Betriebe ihre hohen Anforderungen an die für die Ausbildung erforderliche Sachausstattung in der Ausbildungspraxis als nahezu erfüllt an.

Die Differenzierung nach Betriebsgrößenklassen ändert an diesem Gesamtbild über Anforderungen und Beurteilungen zur Qualität der Rahmenbedingungen betrieblicher Ausbildung nichts.

Angestrebte und erbrachte Qualität im Bereich Konzeption und Lenkung

Mit der Konzeption[219] wird die grundlegende Ausrichtung der Ausbildung festgelegt, deren Verlauf mit der Lenkung überwacht wird.

Der Aufgabe, den Auszubildenden eine mitgestaltende Rolle am Ausbildungsgeschehen zu geben, messen Betriebe hohe Bedeutung zu. Vor allem aus dem formulierten Anspruch, die Auszubildenden sollen aktiv Erklärungen einfordern, wird deutlich, dass die Ausbildungskonzeption nicht dem Prinzip einer alleinigen „Bringschuld" der Betriebe folgen, sondern auch der „Holschuld" seitens der Jugendlichen verpflichtet sein sollte. In der Ausbildungspraxis bleibt die aktive Rolle der Auszubildenden jedoch hinter den Ansprüchen zurück, insbesondere was das Feedback zum Ausbildungsverlauf betrifft. An dieser Stelle muss allerdings offenbleiben, ob die Diskrepanzen vorwiegend darauf zurückgehen, dass den Jugendlichen zu wenig Möglichkeiten für eine mitgestaltende Beteiligung eröffnet oder bestehende Möglichkeiten von den Auszubildenden zu zögerlich genutzt werden.

Die Überwachung des Lern- und Ausbildungsverlaufes sollte nach betrieblicher Ansicht vorrangig auf der Grundlage gezeigter Arbeitsergebnisse und -leistungen und weniger über formale Instrumente erfolgen. Entsprechend wird hierauf auch in der täglichen Ausbildungspraxis der Schwerpunkt gelegt, wenngleich die Intensität, mit der Arbeitsergebnisse und Lernleistungen der Jugendlichen reflektiert und diskutiert werden, aus Sicht der Betriebe noch Spielraum nach oben lässt.

Die Differenzierung nach Betriebsgrößen zeigt im Hinblick auf die Lenkung interessante Verschiebungen in den Positionen: Mit zunehmender Betriebsgröße gewinnt das formale Instrument „Ausbildungsplan" so sehr an Bedeutung, dass es nahezu gleichrangig neben den eher informellen Instrumenten rangiert.

Angestrebte und erbrachte Qualität im Bereich Didaktik und Methodik

Während sich die Didaktik darauf bezieht, wie Lehr-Lern-Angebote gestaltet sind, geht es bei der Methodik darum, welche Lehr-Lern-Techniken angewandt werden. Insgesamt sind die Ansprüche der Betriebe an die didaktische Gestaltung der Ausbildung sehr hoch. Das gilt in gleicher Weise für das Lernen in Lernkontexten wie für das Lernen in Arbeitsprozessen. Allein die differenzierte Vorstrukturierung von Arbeitsaufgaben, die die Auszubildenden erledigen sollen, wird etwas weniger betont. Die praktische Umsetzung der Ansprüche gelingt den Betrieben nach eigenem Ermessen bezogen auf das Arbeitsprozesslernen sehr gut; nicht ganz so zufriedenstellend verhält es sich bei den reinen Lerngelegenheiten. Was die methodische Komponente der Ausbildung anbelangt, so ist bemerkenswert, dass Betriebe den „klassischen" Verfahren sowohl grundsätzlich als auch praktisch den Vorzug gegenüber „moderneren" Methoden geben. Dies lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass Projektarbeiten, Simulationsübungen und Selbstlernprogramme zwar prozessorientiert sind, letztendlich aber außerhalb realer Arbeitsabläufe stattfinden. Demgegenüber lassen sich die „klassischen" Methoden sehr gut in reale Arbeitsaufgaben, die aus betrieblicher Sicht einen hohen Stellenwert für das Ausbildungsgeschehen haben, einbinden.

Angestrebte und erbrachte Qualität im Bereich Kooperationsbeziehungen

Bei den bislang betrachteten Qualitätsbereichen verantworten Betriebe die Einlösung der formulierten Qualitätsansprüche weitgehend selbst. Anders sieht

219 Da die Konzeption der Ausbildung in der Regel ihren Niederschlag in der didaktischen und methodischen Ausgestaltung der Ausbildung findet, ist eine klare Abgrenzung der drei Qualitätsaspekte nur schwer möglich. Als ein besonderes konzeptionelles Element lässt sich jedoch die verantwortliche Einbindung der Auszubildenden in die Ausbildung ansehen.

Tabelle A5.11.1-2: **Durchschnittliche Anforderungen und Beurteilungen outputbezogener Qualitätsmerkmale betrieblicher Ausbildung**

	Alle Betriebe		darunter Betriebe mit … Beschäftigten							
			1 bis 9		10 bis 49		50 bis 499		500 und mehr	
	Soll[1]	Ist[2]	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Betriebsbezogene Ergebnisse										
Betriebliche Ausbildung soll …										
… bei Jugendlichen eine Bindung an den Betrieb aufbauen.	4,8	4,8	4,7	4,7	4,9	4,8	4,9	4,8	5,1	5,0
… die Betriebskultur an Jugendliche weitergeben.	4,7	4,5	4,7	4,5	4,7	4,5	4,9	4,6	5,0	4,9
… frisches Denken in den Betrieb bringen.	4,7	4,2	4,8	4,2	4,6	4,1	4,8	4,2	5,0	4,5
… Nachwuchskräfte qualifizieren, die genau den betrieblichen Anforderungen entsprechen.	5,2	4,9	5,1	4,8	5,3	4,9	5,3	5,0	5,4	5,1
… sich positiv auf das Betriebsimage auswirken.	4,7	4,4	4,6	4,2	4,7	4,4	4,9	4,6	5,1	5,0
Berufsleistungsbezogene Ergebnisse										
Betriebliche Ausbildung soll …										
… dazu führen, dass Jugendliche bei der Abschlussprüfung gute Ergebnisse erzielen.	5,4	5,0	5,4	5,0	5,3	4,9	5,3	5,1	5,3	5,1
… Jugendliche befähigen, sich schnell auf neue Arbeitsanforderungen und -bedingungen einstellen zu können.	5,3	4,9	5,2	4,8	5,4	4,9	5,4	4,9	5,5	5,0
… Jugendliche befähigen, schwierige Arbeitsaufgaben selbstständig zu bewältigen.	5,4	4,8	5,4	4,8	5,4	4,9	5,3	4,9	5,4	4,9
… Jugendliche dazu anspornen, sich beruflich immer weiterzubilden.	5,5	4,9	5,5	4,9	5,5	4,8	5,5	5,0	5,4	5,0
… das Interesse Jugendlicher wecken, beruflich voranzukommen.	5,5	5,0	5,6	5,1	5,4	4,9	5,4	5,0	5,3	4,9
… Jugendliche den Beruf gern ausüben lassen.	5,5	5,1	5,5	5,1	5,4	4,9	5,5	5,1	5,5	5,1
… bei Jugendlichen Stolz auf den erlernten Beruf entwickeln.	5,4	4,9	5,5	5,0	5,2	4,8	5,3	4,9	5,3	5,0
Arbeitsweltbezogene Ergebnisse										
Betriebliche Ausbildung soll …										
… Jugendlichen verdeutlichen, dass Mühe und Anstrengung zur Arbeit dazugehören.	5,0	4,8	5,0	4,7	5,1	4,9	5,1	4,8	5,0	4,8
… Jugendlichen Umgangsformen wie Höflichkeit und Pünktlichkeit vermitteln.	5,4	5,2	5,4	5,1	5,5	5,2	5,4	5,1	5,3	5,2
… Jugendlichen Arbeitstugenden wie Ordnung und Fleiß vermitteln.	5,3	5,0	5,2	5,0	5,3	4,9	5,2	4,9	5,2	5,0
… Jugendlichen verdeutlichen, dass Entscheidungen von Vorgesetzten zu akzeptieren sind.	4,8	4,6	4,8	4,7	4,7	4,6	4,8	4,7	4,6	4,5
… Jugendliche befähigen, sich in Gruppenstrukturen und Betriebshierarchien einzuordnen.	5,1	4,8	5,1	4,8	5,2	4,8	5,2	4,9	5,2	5,0
Lebensweltbezogene Ergebnisse										
Betriebliche Ausbildung soll …										
… Jugendliche zum selbstständigen Lernen befähigen.	5,3	4,8	5,3	4,8	5,3	4,8	5,4	4,8	5,5	5,0
… Jugendlichen gesellschaftliche Anerkennung sichern.	4,8	4,5	4,8	4,5	4,8	4,4	4,9	4,5	4,8	4,6
… Jugendliche in die Lage versetzen, im Leben selbstständig zurechtzukommen.	5,3	4,9	5,2	4,9	5,3	4,8	5,3	4,9	5,3	5,0
… Jugendliche für politische und kulturelle Fragen interessieren.	4,0	3,5	4,0	3,6	4,0	3,5	3,9	3,4	4,0	3,6
… bei Jugendlichen Toleranz gegenüber verschiedenen Kulturen fördern.	4,7	4,3	4,7	4,3	4,6	4,2	4,9	4,6	5,0	4,7
… Jugendliche befähigen, eigenes und fremdes Handeln kritisch zu reflektieren.	5,1	4,5	5,0	4,5	5,1	4,5	5,2	4,6	5,3	4,8

[1] Sollwerte = Qualitätsanforderungen.

[2] Istwerte = Qualitätsbeurteilungen.

Bezogen auf sechsstufige Skalen: Soll so sein/Ist so: 1 = „gar nicht" … 6 = „sehr stark".

Quelle: BIBB-Forschungsprojekt „Qualitätssicherung in der betrieblichen Berufsausbildung"

Tabelle A5.11.1-3: **Durchschnittliche Ansprüche[1], Beurteilungen[1] und Erfüllungsgrade[2] der Input-, Prozess- und Outputqualitätsbereiche**

	Alle Betriebe			darunter Betriebe mit … Beschäftigten											
				1 bis 9			10 bis 49			50 bis 499			500 und mehr		
	Anspruch	Beurteilung	Erfüllungsgrad	Anspruch	Beurteilung	Erfüllungsgrad	Anspruch	Beurteilung	Erfüllungsgrad	Anspruch	Beurteilung	Erfüllungsgrad	Anspruch	Beurteilung	Erfüllungsgrad
Input- und Prozessqualität															
Rahmenbedingungen	5,1	4,5	85,5	5,1	4,5	86,5	5,1	4,4	84,3	5,3	4,6	83,8	5,5	4,9	86,7
Konzeption und Lenkung	5,0	4,2	80,7	5,0	4,3	82,9	5,0	4,1	77,0	5,0	4,2	79,9	5,2	4,5	82,2
Didaktik und Methodik	5,0	4,5	88,3	5,0	4,6	90,0	5,0	4,4	85,9	5,0	4,5	86,8	5,2	4,7	89,7
Kooperationsbeziehungen	3,8	2,0	37,0	3,7	2,0	37,5	4,0	2,0	33,9	4,0	2,2	41,8	4,2	2,6	50,6
Outputqualität															
Betriebsbezogene Ergebnisse	4,8	4,5	93,9	4,8	4,5	94,5	4,8	4,5	93,0	4,9	4,6	93,3	5,1	4,9	95,8
Berufsleistungsbezogene Ergebnisse	5,4	4,9	89,7	5,4	5,0	89,7	5,4	4,9	89,0	5,4	5,0	90,9	5,4	5,0	91,9
Arbeitsweltbezogene Ergebnisse	5,1	4,9	94,1	5,1	4,9	94,3	5,2	4,9	93,6	5,1	4,9	94,0	5,1	4,9	96,2
Lebensweltbezogene Ergebnisse	4,9	4,5	89,0	4,9	4,5	89,9	4,9	4,4	87,5	4,9	4,5	88,8	5,0	4,6	91,0

[1] Indexwerte.

[2] Prozentwerte (Anspruch = 100 %; damit kann der gleiche Erfüllungsgrad über unterschiedliche Kombinationen von Anspruch und Beurteilung erreicht werden).

Quelle: BIBB-Forschungsprojekt „Qualitätssicherung in der betrieblichen Berufsausbildung"

es bei der Kooperation mit anderen Berufsbildungsakteuren aus. Hier lassen sich Ansprüche nur einlösen, wenn beide Partner zur Zusammenarbeit bereit sind. Dies schlägt sich deutlich in den Befunden nieder. Mit Ausnahme von Abstimmungs- und Informationsprozessen zwischen den dualen Partnern Schule und Betrieb werden über den gesamten Qualitätsbereich hinweg die Ansprüche vergleichsweise niedrig angesetzt. Trotzdem weichen die realen Gegebenheiten in diesem Bereich unabhängig von der Betriebsgröße nach Ansicht der Befragten erheblich stärker von den formulierten Anforderungen ab, als dies bei den übrigen Qualitätsbereichen der Fall ist.

Anforderungen und Einschätzungen zur Outputqualität

Analog zu den Ausführungen zur Input- und Prozessqualität erfolgt auch mit Blick auf den Output betrieblicher Ausbildung eine vorrangig für die Gesamtstichprobe vorgenommene Gegenüberstellung der aus betrieblicher Sicht anzustrebenden und erbrachten Qualität. Allerdings werden die vier Bereiche von Outputqualität nicht separat, sondern im Zusammenhang betrachtet, um herausarbeiten zu können, welche Ergebnisse es aus betrieblicher Sicht vorrangig zu erzielen gilt → **Tabelle A5.11.1-2**.

Angestrebte und erbrachte Qualität in den vier Outputbereichen betrieblicher Ausbildung

Die Betriebe haben insgesamt recht anspruchsvolle, gleichzeitig aber auch differenzierte Vorstellungen davon, was betriebliche Ausbildung leisten soll. So legen sie das meiste Gewicht auf die berufsleistungsbezogenen Ergebnisse und innerhalb dieser auf die Entwicklung einer durch berufliche Identitätsbildung getragenen Motivation, den erlernten Beruf auf lange Sicht und unter kontinuierlicher Schärfung des Qualifikationsprofils auszuüben. Geringfügig geringere Ansprüche werden zu den arbeitsweltbezogenen Ergebnissen formuliert. Hier steht im Vordergrund, den Jugendlichen zu vermitteln, welche Umgangs- und Verhaltensformen in Arbeitskontexten geboten sind. Die Ansprüche an die lebensweltlichen Ergebnisse, also an eher individuell und gesellschaftlich ausgerichtete Ziele, sind ambivalent. Zwar nehmen sich die Betriebe in die Pflicht, Jugendlichen durch die Förderung ihrer kritisch-reflexiven Selbstständigkeit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, sehen es aber eher weniger als ihre Aufgabe an, auch durch politische oder kulturelle Bildung zu ihrer gesellschaftlichen Integration beizutragen. Vergleichsweise gemäßigt fallen die Ansprüche aus, durch Ausbildung betriebsspezifischen Zielen Rechnung zu tragen.

Interessanterweise kommen die Betriebe ihren Beurteilungen zufolge jedoch genau bei den betriebsbezogenen Ergebnissen ihrem angestrebten Zielniveau besonders nahe, wogegen sie bei den berufsleistungsbezogenen Ergebnissen die größten Diskrepanzen konstatieren. Dieses Phänomen tritt unabhängig von der Betriebsgröße auf.

Zusammenfassende Betrachtung von angestrebter und erbrachter Qualität

Die bisherigen Ausführungen haben zweierlei gezeigt: Zum einen variieren die Ansprüche der Betriebe bei den einzelnen Qualitätsmerkmalen, zum anderen reicht die Beurteilung der erbrachten Qualität je nach Merkmal mal mehr, mal weniger an das Anspruchsniveau heran. Um Gesamtaussagen über Stärken und Schwächen betrieblicher Ausbildungsqualität treffen zu können, ist es daher notwendig, die Detailinformationen auf Ebene der Qualitätsbereiche zu verdichten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die einem Qualitätsbereich zugeordneten Merkmale diesen unterschiedlich gut repräsentieren. Daher werden die Einzelmerkmale bei der Verdichtung mit Gewichtungsfaktoren versehen, die statistisch ermittelt wurden.[220] Die so bestimmten Indexwerte für die einzelnen Qualitätsbereiche wurden anschließend aus Gründen der Vergleichbarkeit wieder auf die Ursprungsskala (Wertebereich 1 = „gar nicht“ bis 6 = „sehr stark“) zurückgerechnet. Aus den Indizes der Qualitätsansprüche und -beurteilungen wurde sodann noch für jeden Qualitätsbereich der Erfüllungsgrad als Prozentanteil der erbrachten Qualität an der angestrebten Qualität berechnet.[221]

Gesamtergebnisse

Der Vergleich der Indexwerte zu den input- und prozessbezogenen Qualitätsbereichen verdeutlicht → **Tabelle A5.11.1-3**, dass über alle Betriebsgrößen hinweg an die Rahmenbedingungen, also die Voraussetzungen dafür, dass überhaupt hochwertige Ausbildung zustande kommen kann, die höchsten und an die Kooperationsbeziehungen die niedrigsten Ansprüche gestellt werden. Bei Letzteren sind zudem auch die Erfüllungsgrade am niedrigsten, die höchsten Erfüllungsgrade finden sich jedoch nicht bei den Rahmenbedingungen, sondern im Bereich Didaktik und Methodik.

Mit Blick auf die Outputqualität stehen die berufsleistungsbezogenen Ergebnisse an erster Stelle, sowohl was die Indexwerte für die angestrebte als auch die Indexwerte für die wahrgenommene erbrachte Qualität betrifft. Gleichwohl fallen die Erfüllungsgrade für die arbeitsweltbezogenen Ergebnisse unabhängig von der Betriebsgröße am günstigsten aus. Schließlich fällt noch auf, dass – abgesehen vom Qualitätsbereich Kooperationen – Kleinst- sowie Großbetriebe etwas günstigere Erfüllungsgarde aufweisen als Klein- und Mittelbetriebe.

Zusammenfassung

Betriebe legen hohe Standards an ihr eigenes Tun in Ausbildungszusammenhängen an. Dieser Befund kann als Ausdruck ihres Selbstverständnisses, nicht nur Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb, sondern auch Bildungseinrichtung zu sein, verstanden werden. Das zeigt sich besonders in der Prioritätensetzung bei den Ausbildungszielen: Die Entwicklung und Förderung von allgemeiner Berufs- und Beschäftigungsfähigkeit sind wichtiger als einzelbetriebliche Interessen.

Auch wenn sich die aktuelle Ausbildungspraxis nach Einschätzung der Betriebe im Vergleich zu den selbst gesetzten Standards bereits recht gut ausnimmt, stehen sich die Betriebe selbstkritisch gegenüber. So sind die berufsbildungspolitisch forcierte prozessorientierte Ausbildung und das Lernen in Handlungszusammenhängen weitgehend in der Ausbildungspraxis verankert. Entwicklungspotenzial sehen die Betriebe allerdings unter anderem noch bei den organisatorischen Rahmenbedingungen, unter denen Ausbilder ihre Ausbildungstätigkeit wahrnehmen, sowie bei der Koope-

220 Die Gewichtungsfaktoren wurden auf Grundlage konfirmatorischer Faktorenanalysen aus den Faktorladungen der Merkmale berechnet.

221 Für die Berechnung der Erfüllungsgrade waren einige weitere Transformationen der Indexwerte erforderlich, auf deren Darstellung hier jedoch verzichtet wird. Bei der Interpretation der Erfüllungsgrade ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass sie nichts über die faktische Höhe der Qualitätsansprüche und -beurteilungen aussagen und daher immer mit diesen Indexwerten im Zusammenhang betrachtet werden sollten.

ration mit der Berufsschule und weiteren Akteuren der beruflichen Bildung.

Abschließend ist noch hervorzuheben, dass trotz der Heterogenität ausbildender Betriebe die Ansichten, worauf es bei qualitativ hochwertiger Ausbildung ankommt, sehr homogen sind.

(Margit Ebbinghaus)

A5.11.2 Qualität dualer Berufsausbildung aus Sicht der Auszubildenden

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung → **vgl. Kapitel A2** gewinnt die Frage nach der Qualität der dualen Berufsausbildung erheblich an Bedeutung. Denn nur Betriebe, die eine gute Ausbildung bieten, werden sich im Wettbewerb um die Jugendlichen behaupten können. Dabei sind nicht nur die gesetzlichen und berufspädagogischen Anforderungen an eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu berücksichtigen, sondern gleichermaßen auch die spezifischen Ansprüche der jungen Menschen selbst. Wie sich momentan aus Perspektive der Auszubildenden die Ausbildungsrealität darstellt und inwieweit diese den Vorstellungen gerecht wird, die Berufsbildungsfachleute und Auszubildende von einer „guten Ausbildung" haben, wird im BIBB-Forschungsprojekt „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" untersucht.[222]

Qualitätsmodell und Anlage der Untersuchung

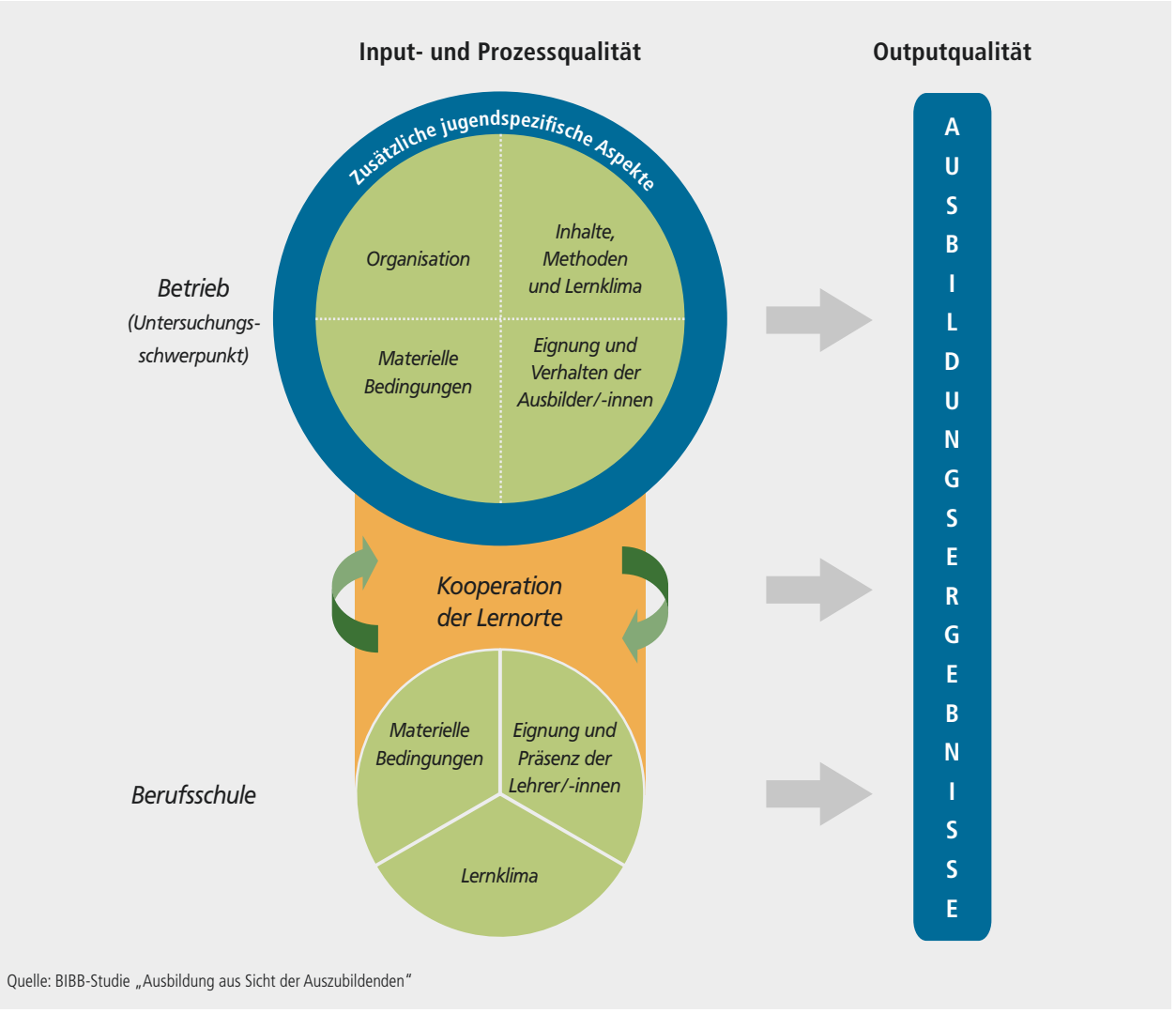
Bei der Ausbildungsqualität handelt es sich um einen äußerst komplexen Gegenstand, der nur angemessen beurteilt werden kann, wenn er möglichst umfassend und differenziert betrachtet wird. Darin einzubeziehen sind die Ausbildungsvoraussetzungen in den Betrieben und Berufsschulen (Inputqualität) und der Ablauf des Ausbildungsprozesses (Prozessqualität), zugleich aber auch das Erreichen von Ausbildungszielen (Outputqualität). Das im Forschungsprojekt entwickelte **Qualitätsmodell** unterscheidet insgesamt 52 Qualitätskriterien → **Schaubild A5.11.2-1**.[223] Der Schwerpunkt des Modells wurde mit 42 Kriterien auf die *Input- und Prozessqualität* der Ausbildung gelegt. Diese konzentrieren sich sehr stark auf den betrieblichen Teil der Ausbildung, da dieser im Vordergrund der Untersuchung stehen sollte. Aber auch die wichtigsten Qualitätskriterien in Bezug auf den berufsschulischen Teil der Ausbildung sowie die Kooperation zwischen den Lernorten Betrieb und Berufsschule sind im Modell vertreten. Es wurden einerseits „klassische" Qualitätsanforderungen hinsichtlich der Organisation und Durchführung der dualen Ausbildung einbezogen, die seit der Studie der Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung (1974) anerkannt sind, z. B. die fachliche und pädagogische Eignung der Ausbilder/-innen. Andererseits wurden aber auch aktuelle berufspädagogische Forderungen aufgegriffen. Danach sind Auszubildende z. B. möglichst intensiv in reale Geschäftsprozesse einzubinden, in denen sie selbstständig und produktiv tätig sein sollen (vgl. Rauner 2007; Dehnbostel 2007). Hierbei gilt es allerdings, eine Überforderung der Auszubildenden zu vermeiden. Im Betrieb muss daher ein günstiges Lernklima herrschen, das durch eine angemessene Fehlertoleranz und allgemeinen Respekt gegenüber den Auszubildenden geprägt sein sollte (vgl. Frackmann/Tärre 2009). Eher bildungspolitischen Hintergrund haben die berücksichtigten Forderungen, dass Betriebe Ausbildungsabschnitte im Ausland durchführen und über die Ausbildungsordnungen hinausgehende Zusatzqualifikationen vermitteln sollen. Schließlich sind zusätzlich auch einige jugendsoziologisch begründete Kriterien einbezogen, die für Jugendliche von zusätzlicher Bedeutung bei der Beurteilung der Ausbildungsqualität sein können, z. B. dass neben der Ausbildung noch genügend Freizeit zur Verfügung bleibt.

Die *Outputqualität* wurde mit 10 Kriterien weit weniger differenziert untersucht. Hier gibt das Berufsbildungsgesetz mit der geforderten Vermittlung

222 Aktuelle Informationen über das Projekt sind abrufbar unter **www.bibb.de/de/wlk29213.htm**. Im parallel durchgeführten BIBB-Projekt „Qualitätssicherung in der betrieblichen Ausbildung" wird untersucht, welche Qualitätsanforderungen Betriebe an ihre Ausbildung stellen, inwiefern sie diese nach eigener Auffassung erfüllen und welche Instrumente und Verfahren sie zur Qualitätssicherung einsetzen.

223 Das gesamte Qualitätsmodell mit allen einbezogenen Einzelkriterien ist dokumentiert in Beicht u. a. 2009.

Schaubild A5.11.2-1: **Qualitätsmodell im Forschungsprojekt „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden“**



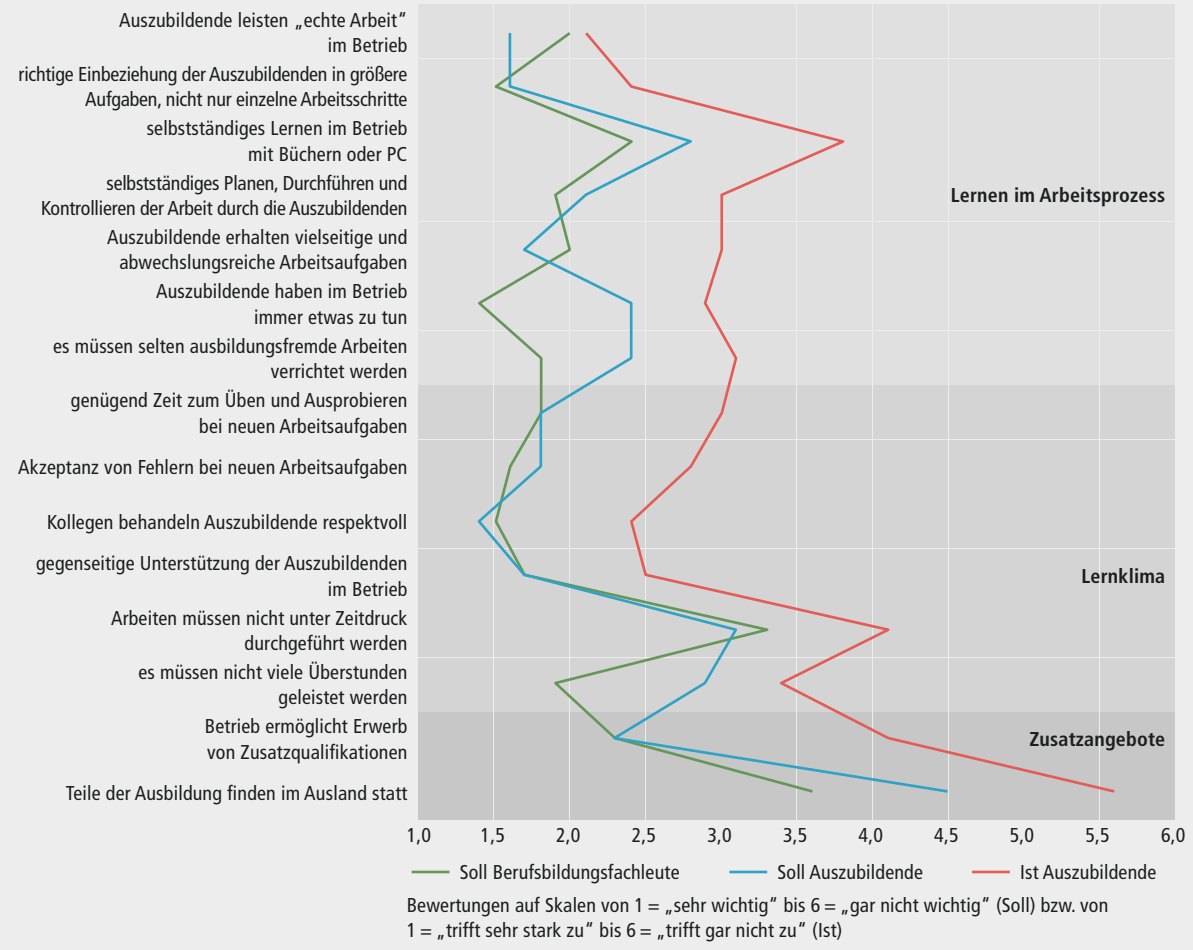
Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden“

„beruflicher Handlungsfähigkeit“ ein oberstes Qualitätsziel der dualen Berufsausbildung vor. Für das Qualitätsmodell des Projekts wurde hieraus – in Anlehnung an das Modell des Berufsausbildungserfolgs von Jungkunz (1995) – ein umfassender Bildungsanspruch abgeleitet. Demnach soll Ausbildung nicht nur die wichtigsten Inhalte und Arbeitstechniken des Berufes vermitteln, sondern beispielsweise auch zur Weiterbildung anregen.

Insgesamt musste bei der Auswahl der Qualitätskriterien darauf geachtet werden, dass sie von *allen* Auszubildenden beurteilt werden konnten. Somit sind weder Qualitätskriterien vertreten, die lediglich für einzelne Berufe von Relevanz sind, noch solche, die von den Auszubildenden nicht unmittelbar erfahren und somit auch nicht von ihnen eingeschätzt werden können.

In einer repräsentativen schriftlichen Befragung wurde ermittelt, für wie bedeutsam die Auszubildenden die einzelnen Kriterien des Qualitätsmodells halten und wie sie die tatsächliche Ausbildungspraxis bewerten E. Damit kann verdeutlicht werden, in welchen Bereichen die Auszubildenden *ihre* spezifischen Qualitätsansprüche als erfüllt ansehen und wo es aus *ihrer* Perspektive besondere Verbesse-

Schaubild A5.11.2-2: **Betrieblicher Qualitätsbereich „Inhalte, Methoden und Lernklima" – durchschnittliche Einschätzungen der Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute**

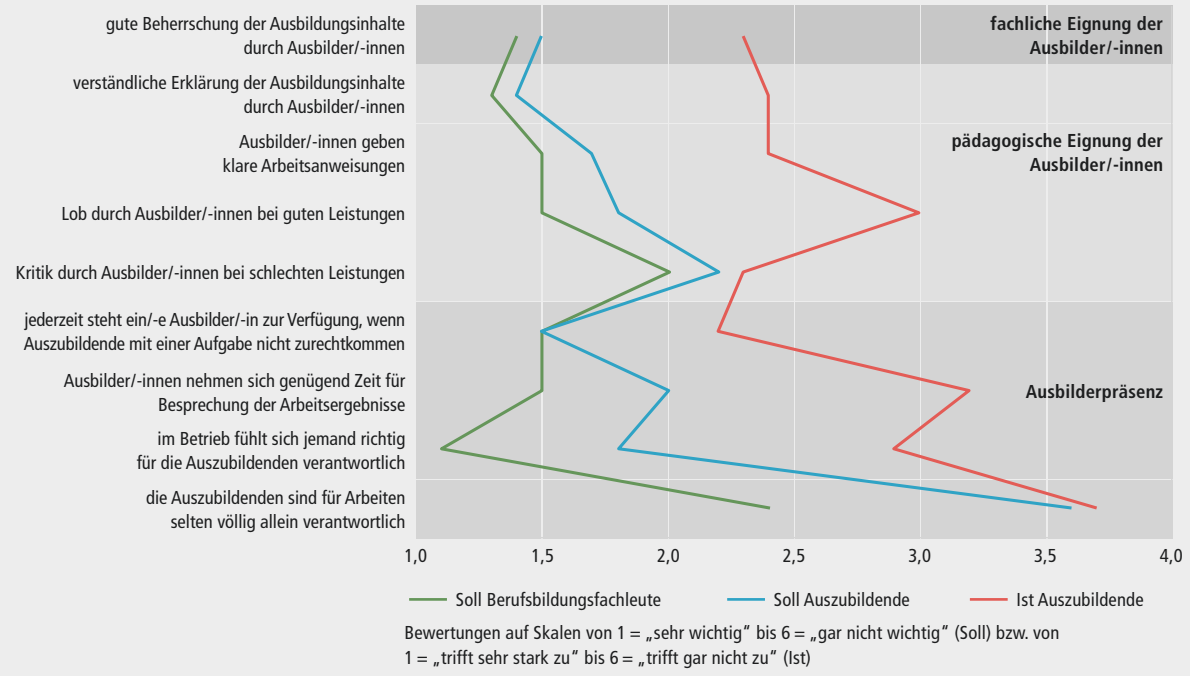


Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahlen: Auszubildende: n = 5.901, Experten: n = 355)

rungsbedarfe gibt. Um einen Vergleichsmaßstab für die Einschätzungen der Auszubildenden zu erhalten, wurden im Rahmen des BIBB-Expertenmonitors auch 355 Berufsbildungsfachleute zur Bedeutung der Qualitätskriterien befragt (vgl. Krewerth/Eberhard/Gei 2008). Es handelt sich dabei um Personen, die in unterschiedlichen Institutionen der beruflichen Aus- und Weiterbildung tätig sind (z. B. Forschungseinrichtungen, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Kammern, Ausbildungsabteilungen von Unternehmen, Berufsschulen).

Sowohl die Auszubildenden als auch die Expertinnen und Experten gaben jeweils anhand einer sechsstufigen Bewertungsskala an, für wie wichtig sie die einzelnen Kriterien für eine gute Ausbildung einschätzen (Soll-Ebene: von 1 = „sehr wichtig" bis 6 = „gar nicht wichtig"). Die Auszubildenden beurteilten darüber hinaus, wie stark die jeweiligen Qualitätskriterien in ihrer Ausbildung tatsächlich erfüllt werden, und zwar ebenfalls auf einer sechsstufigen Bewertungsskala (Ist-Ebene: von 1 = „trifft sehr stark zu" bis 6 = „trifft gar nicht zu").

Schaubild A5.11.2-3: **Betrieblicher Qualitätsbereich „Eignung und Verhalten der Ausbilder/-innen" – durchschnittliche Einschätzungen der Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute**



Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahlen: Auszubildende: n = 5.901, Experten: n = 355)

E **BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden"**

In der ersten Jahreshälfte 2008 wurde eine Klassenzimmerbefragung durchgeführt, an der sich rund 6.000 Auszubildende aus 205 Berufsschulen in West- und Ostdeutschland beteiligten. Einbezogen wurden 15 stark besetzte Ausbildungsberufe, die ein breites Berufsspektrum und somit die Vielfalt der Ausbildungsbedingungen im dualen System repräsentieren. Alle Befragten befanden sich im zweiten Ausbildungsjahr, sodass gewährleistet war, dass ihre Qualitätsurteile auf längeren Ausbildungserfahrungen basieren. Die Umfrage fand in vier west- und zwei ostdeutschen Bundesländern statt (Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen). Diese wurden nach wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Kriterien ausgewählt und spiegeln die regionale Vielfalt Deutschlands wider. Innerhalb der einzelnen Länder wurden die einbezogenen Berufsschulen und Klassen nach einem Zufallsverfahren ausgewählt. Die Zahl der beteiligten Berufsschulen und Klassen variierte dabei erheblich nach Größe der Bundesländer, da diese entsprechend ihren Auszubildendenzahlen berücksichtigt wurden.

Bei der Anlage der Stichprobe wurde für jeden Ausbildungsberuf eine gleich hohe Gesamtzahl an zu befragenden Auszubildenden vorgesehen. Für die ostdeutschen Länder wurde dabei ein überproportionaler Anteil festgelegt, um auch hier eine genügend große Fallzahl zu erreichen. Vor allem aufgrund dieses disproportionalen Stichprobendesigns war anschließend eine Gewichtung der Befragungsdaten erforderlich. Dabei wurde die Stichprobe jedoch nicht nur in Bezug auf die Verteilung der Auszubildenden auf die Berufe sowie die west- und ostdeutschen Länder, sondern zusätzlich auch hinsichtlich wichtiger persönlicher Merkmale der Auszubildenden (Geschlecht, Alter, Schulabschluss) an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst. Im Ergebnis sind die gewichteten Daten repräsentativ für die Auszubildenden im zweiten Ausbildungsjahr der 15 untersuchten Ausbildungsberufe in den sechs beteiligten Bundesländern.

Die Feldarbeit und Datenaufbereitung wurde vom Institut für angewandte Sozialforschung (infas) koordiniert und durchgeführt. Die Schüler und Schülerinnen erhielten einen schriftlich zu beantwortenden Fragebogen, der innerhalb einer Unterrichtsstunde in der Berufsschulklasse auszufüllen

war. Bei jedem Befragungstermin war ein Ansprechpartner von infas anwesend. Dieser erläuterte Ziel und Ablauf der Befragung und stand für Rückfragen zur Verfügung.

Anforderungen und Realität in ausgewählten Bereichen der Input- und Prozessqualität

Im Folgenden wird zunächst darauf eingegangen, welche Ansprüche die Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute an die Input- und Prozessqualität stellen und wie die Auszubildenden im Vergleich dazu die tatsächlichen Gegebenheiten in ihrer Ausbildung einschätzen (vgl. Beicht/Krewerth 2009). Die Darstellung beschränkt sich auf drei ausgewählte Bereiche des Qualitätsmodells → **Schaubild A5.11.2-1**, und zwar zum einen auf die **betrieblichen Qualitätsbereiche** *„Inhalte, Methoden, Lernklima"* sowie *„Eignung und Verhalten der Ausbilder/-innen"*, die mit insgesamt 24 Kriterien am differenziertesten untersucht wurden. Zum anderen wird die **Berufsschule** betrachtet, für die insgesamt 6 Qualitätskriterien berücksichtigt wurden. Bei den Ergebnissen handelt es sich um die jeweiligen durchschnittlichen Bewertungen der Auszubildenden aller 15 untersuchten Berufe sowie der befragten Berufsbildungsfachleute.

Betrieblicher Qualitätsbereich „Inhalte, Methoden und Lernklima"

Für eine gute Ausbildung ist von hoher Relevanz, wie im Betrieb die Kenntnisse und Fertigkeiten methodisch und didaktisch vermittelt werden und ob ein günstiges Lernklima herrscht. Aus → **Schaubild A5.11.2-2** geht hervor, für wie wichtig die Auszubildenden sowie Expertinnen und Experten die einzelnen Anforderungen in diesem Qualitätsbereich halten (Soll-Ebene) und inwieweit die Auszubildenden sie in ihrer Ausbildung als umgesetzt ansehen (Ist-Ebene).

Bei den Einschätzungen zur *Wichtigkeit* der einzelnen Qualitätsaspekte zeigt sich vielfach eine hohe Übereinstimmung zwischen den Berufsbildungsfachleuten und den Auszubildenden. So erachten es beide Gruppen als sehr bedeutsam, dass die Auszubildenden in größere Aufgaben eingebunden werden und nicht nur einzelne Arbeitsschritte durchführen. Nach gemeinsamer Auffassung soll die Arbeit vielseitig und abwechslungsreich sein sowie von den Auszubildenden selbstständig geplant, durchgeführt und kontrolliert werden. Für wichtig wird auch jeweils gehalten, dass die Auszubildenden respektvoll behandelt werden, ausreichende Übungszeiten zugestanden bekommen und Fehler bei neuen Aufgaben toleriert werden.

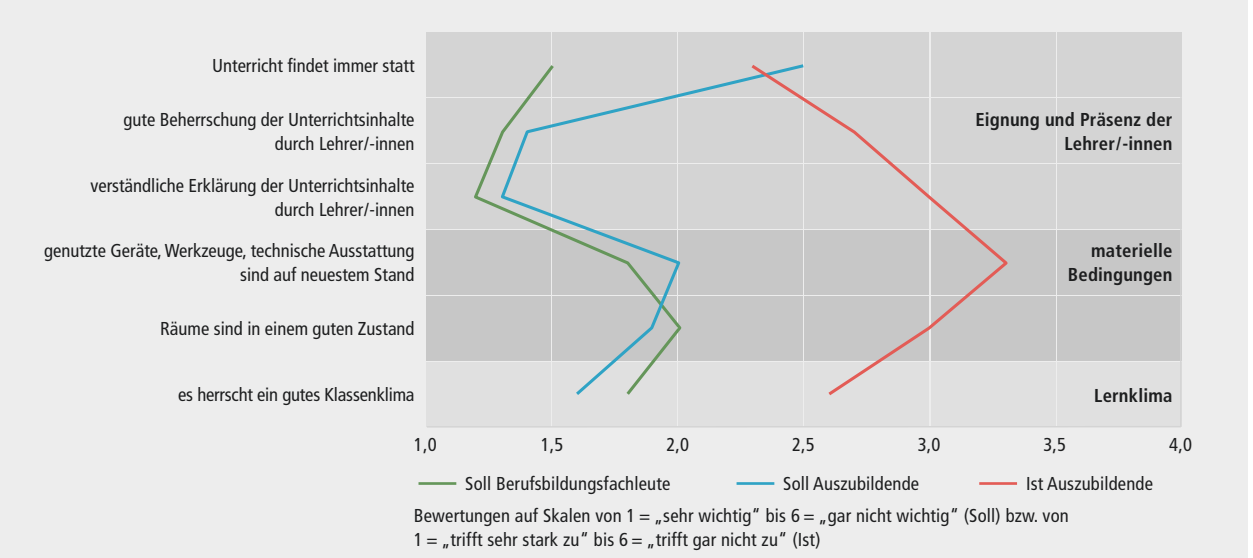
Am stärksten gehen die Meinungen bei den möglichen Belastungsfaktoren in der Ausbildung auseinander: So sehen es die Expertinnen/Experten sehr kritisch, wenn die Auszubildenden im Betrieb häufiger nichts zu tun haben, ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten oder viele Überstunden ableisten müssen, während die Auszubildenden selbst dies alles als weniger störend empfinden.

Erfolgt nun ein Vergleich mit den Beurteilungen der *Ausbildungsrealität* durch die Auszubildenden, so zeigen sich nahezu durchgängig größere Abweichungen zu den geäußerten Anforderungen an eine gute Ausbildung. So wünschen sich die Auszubildenden insbesondere deutlich mehr Möglichkeiten, im Betrieb Zusatzqualifikationen zu erwerben und Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren, als es der Ausbildungsrealität entspricht. Relativ schwach wird auch dem Wunsch nach vielseitigen und abwechslungsreichen Arbeitsaufgaben sowie genügender Zeit zum Üben und Ausprobieren entsprochen. Verhältnismäßig gut wird demgegenüber der Anspruch erfüllt, „echte Arbeit" für den Betrieb leisten zu können und hierbei an größeren Aufgaben richtig beteiligt zu werden.

Betrieblicher Qualitätsbereich „Eignung und Verhalten der Ausbilder/-innen"

Von zentraler Bedeutung für den gesamten Ausbildungsprozess sind die im Betrieb eingesetzten Ausbilder/-innen. Diese sollen nicht nur fachlich und didaktisch qualifiziert sein, sondern sich auch durch ein gutes pädagogisches Verhalten auszeichnen. Wie → **Schaubild A5.11.2-3** zeigt, schätzen die Expertinnen und Experten die Kriterien hinsichtlich der fachlichen und pädagogischen Eignung der Ausbilder/-innen für noch wichtiger ein als die Auszubildenden. Sie stellen deutlich höhere Anforderungen an die Ausbilderpräsenz, halten es für sehr

Schaubild A5.11.2-4: **Input- und Prozessqualität in der Berufsschule – durchschnittliche Einschätzungen der Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute**



Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahlen: Auszubildende: n = 5.901, Experten: n = 355)

viel bedenklicher, wenn sich im Betrieb niemand richtig für die Auszubildenden verantwortlich fühlt, und sehen es kritischer, wenn die Auszubildenden oft völlig allein für Arbeiten verantwortlich sind. Auch betonen sie wesentlich stärker die Wichtigkeit von intensiven Rückkopplungsgesprächen über die Arbeitsergebnisse der Auszubildenden.

Nach Beurteilung der Auszubildenden bleiben die Ausbilder/-innen in der Ausbildungsrealität deutlich hinter den formulierten hohen Qualitätsanforderungen zurück. Eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit tritt bei den – von den Berufsbildungsfachleuten für besonders wichtig gehaltenen – Besprechungen über die erledigten Arbeitsaufgaben auf. Auch ist es in der betrieblichen Ausbildungspraxis bei Weitem nicht immer selbstverständlich, dass jemand die Verantwortung für die Ausbildung tatsächlich übernimmt. Nach Empfinden der Auszubildenden erteilen die Ausbilder/-innen viel zu selten ein Lob bei guten Leistungen, während es an Kritik bei schlechten Leistungen kaum mangelt.

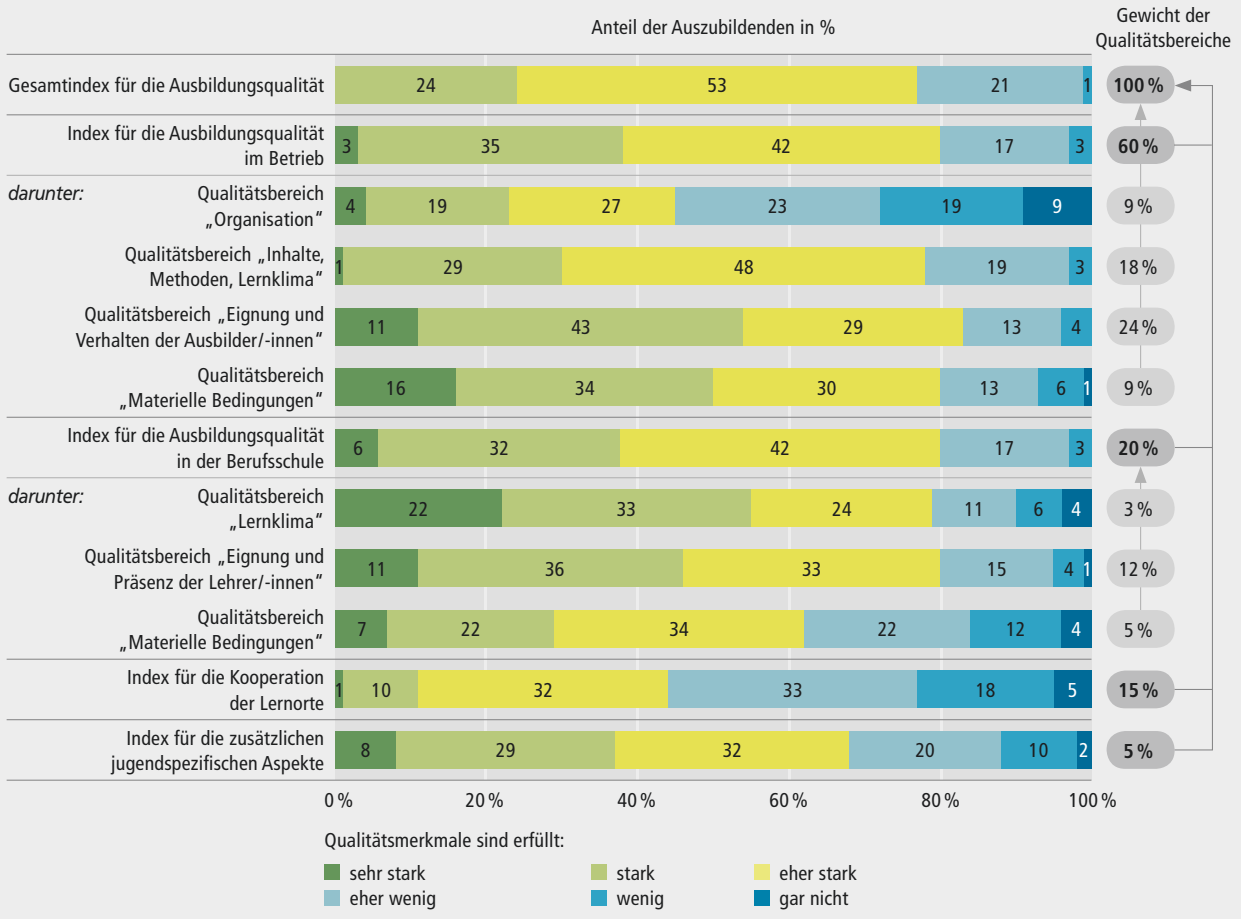
Berufsschule

In der dualen Ausbildung kommt neben dem Betrieb auch der Berufsschule eine hohe Bedeutung zu. Allerdings konnten die Ausbildungsbedingungen in der Berufsschule in der vorliegenden Studie nicht vertieft untersucht werden. So beschränkt sich die Betrachtung auf wenige zentrale Qualitätskriterien in Bezug auf die Eignung und Präsenz der Lehrer/-innen, die materiellen Bedingungen und das Lernklima in der Berufsschule.

→ **Schaubild A5.11.2-4** verdeutlicht, dass Auszubildende und Berufsbildungsfachleute hier in ihren Qualitätsansprüchen weitgehend übereinstimmen. Lediglich ein Ausfallen von Berufsschulunterricht schätzen die Auszubildenden weit weniger kritisch als die Expertinnen und Experten ein.

Die tatsächlichen Gegebenheiten in der Berufsschule weichen nach Beurteilung durch die Auszubildenden größtenteils erheblich von den formulierten Anforderungen ab. So erfüllen die Berufsschullehrer/-innen weder in Bezug auf die Beherrschung der Unterrichtsinhalte noch im Hinblick auf ihre Fähigkeit,

Schaubild A5.11.2-5: **Durchschnittliche Beurteilung der Input- und Prozessqualität durch die Auszubildenden**



Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahl: Auszubildende: n = 5.901)

diese verständlich erklären zu können, die Erwartungen. Auch der Zustand der genutzten Geräte, Werkzeuge und technischen Ausstattungen sowie der Räumlichkeiten in der Berufsschule bleiben deutlich hinter den Ansprüchen zurück. Auch das Klassenklima ist bei Weitem nicht so gut wie gewünscht.

Erfolgt an dieser Stelle ein Vergleich der Ausbildungsbedingungen in Berufsschule und Betrieb, so ist festzustellen, dass die Auszubildenden die fachliche Qualifikation der Berufsschullehrer/-innen zurückhaltender bewerten als die der betrieblichen Ausbilder/-innen (durchschnittliche Bewertung: 2,7 zu 2,3). Auch die Fähigkeit zum verständlichen Erklären wird den Lehrerinnen und Lehrern seltener zugeschrieben als den Ausbilderinnen und Ausbildern (durchschnittliche Bewertung: 3,0 zu 2,4). Eine Erklärung für diese Unterschiede könnte darin liegen, dass in den Betrieben die Vermittlung von praxisorientierten Kenntnissen und Fertigkeiten im Vordergrund steht und die Lerninhalte oft sehr anschaulich an konkreten Arbeitsabläufen erklärt werden können, während die Berufsschullehrer/-innen viel stärker theoretisches Wissen vermitteln müssen. Hinzu kommt, dass auch die technische Ausstattung der Berufsschulen von den Auszubildenden schlechter bewertet wird als die der Betriebe (3,3 zu 2,6), und Gleiches gilt für den Zustand der Unterrichtsräume (3,0 zu 2,2). Somit erschweren auch die weniger günstigen materiellen Bedingungen der Berufsschule die Unterrichtsgestaltung der Lehrer/-innen.

Indizes der Input- und Prozessqualität

Die Angaben haben gezeigt, dass die Auszubildenden den Erfüllungsgrad der einzelnen Kriterien des Qualitätsmodells durchaus sehr unterschiedlich einschätzen. Sollen nun Aussagen zur Gesamtbeurteilung der Ausbildungspraxis getroffen werden, ist es notwendig, die Detailinformationen zu verdichten. Zu diesem Zweck wurden Qualitätsindizes gebildet, und zwar bezogen auf die Input- und Prozessqualität insgesamt sowie differenziert nach den unterschiedlichen Kontexten (Betrieb, Berufsschule, Kooperation der Lernorte, jugendspezifische Aspekte) und den verschiedenen Qualitätsbereichen innerhalb von Betrieb und Berufsschule. Hierbei war zu berücksichtigen, dass nicht jedes einbezogene Qualitätskriterium eine gleich hohe Bedeutung besitzt. Daher erfolgte eine Gewichtung der Einzelkriterien, die aus den Wichtigkeitseinschätzungen der befragten Berufsbildungsfachleute abgeleitet wurde.[224]

Gesamtergebnisse

Wie die Auszubildenden in den 15 untersuchten Berufen insgesamt die Input- und Prozessqualität ihrer Berufsausbildung bewerten, geht aus → **Schaubild A5.11.2-5** hervor. Der **Gesamtindex** drückt dabei aus, wie stark die tatsächlichen Ausbildungsbedingungen aus Sicht der Auszubildenden alles in allem den Anforderungen des Qualitätsmodells gerecht werden. Demnach sind für knapp ein Viertel der Auszubildenden (24 %) die Kriterien einer guten Ausbildung in hohem Maße erfüllt. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden (53 %) ist in den Einschätzungen etwas zurückhaltender und sieht die Anforderungen des Qualitätsmodells als „eher stark" eingelöst an. Etwas über ein Fünftel (21 %) hält die Qualitätskriterien im Ganzen für „eher wenig" erfüllt. Lediglich 1 % der Auszubildenden ist der Ansicht, dass die Qualitätsanforderungen nur gering umgesetzt werden.[225]

Im Durchschnitt über alle untersuchten Berufe liegt der Gesamtindex der Input- und Prozessqualität bei 3,0 → **Tabelle A5.11.2-1**, was bedeutet, dass die Qualitätsanforderungen in der Ausbildungspraxis insgesamt gesehen zwar *nicht ausgesprochen gut, aber auch keineswegs schlecht* realisiert sind.

Zwischen den verschiedenen Kontexten treten zum Teil deutliche Unterschiede in den Bewertungen der Ausbildungsqualität auf. Im Zentrum des Qualitätsmodells stehen die **Ausbildungsbedingungen im Betrieb,** die mit einem Gewicht von insgesamt 60 % in den Gesamtindex eingerechnet wurden. Immerhin fast zwei Fünftel der Auszubildenden (38 %) sehen die auf den Betrieb bezogenen Qualitätskriterien als „(sehr) stark" erfüllt an, während ein Fünftel sie für „(eher) wenig" verwirklicht hält. Der Index für die Ausbildungsqualität im Betrieb beträgt im Durchschnitt 2,8. Die Urteile für die einzelnen *Qualitätsbereiche innerhalb des Betriebs* fallen ebenfalls recht unterschiedlich aus: Am besten schneiden die Bereiche *„Eignung und Verhalten der Ausbilder/-innen"* sowie *„Materielle Bedingungen"* ab, die einen durchschnittlichen Qualitätsindex von jeweils 2,6 erreichen. Deutlich geringer wird die Qualität im Bereich *„Inhalte, Methoden und Lernklima"* mit einem durchschnittlichen Index von 3,0 eingeschätzt. Insbesondere die hier enthaltenen eher bildungspolitischen Forderungen, den Erwerb von Zusatzqualifikationen während der Ausbildung zu ermöglichen sowie Ausbildungsabschnitte im Ausland durchzuführen, werden erst in vergleichsweise wenigen Betrieben umgesetzt.

Am schlechtesten wird die Qualität im Bereich „*Organisation*" mit einem durchschnittlichen Index von 3,6 beurteilt. So wird in den Betrieben nur relativ selten ein regelmäßiges mündliches oder sogar schriftliches Feedback zum gesamten Ausbildungsverlauf von den Auszubildenden eingeholt. Aber auch eine genaue didaktische Planung ist nach Meinung der Auszubildenden eher wenig verbreitet.

Die **Ausbildungsbedingungen in der Berufsschule,** die mit 20 % in den Gesamtindex eingingen, bewerten annähernd zwei Fünftel der Auszubildenden (38 %) als „(sehr) gut". Ein Fünftel schätzt sie hingegen als „eher wenig" oder „wenig" realisiert ein. Auf den ersten Blick scheint es so, als werde

224 Zum genauen Verfahren der Indexbildung vgl. Beicht u. a. 2009.

225 Bei Betrachtung der Verteilungen fällt auf, dass die Indizes der Kontexte und Qualitätsbereiche deutlich stärker variieren als der Gesamtindex. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich Schwächen und Stärken in einzelnen Bereichen zum Teil gegenseitig ausgleichen. Somit kommt es beim Gesamtindex der Ausbildungsqualität zu einer relativ starken Nivellierung der Unterschiede. Dies zeigt sich auch an der vergleichsweise niedrigen Standardabweichung des Gesamtindexes → **Tabelle A5.11.2-1**.

Tabelle A5.11.2-1: **Durchschnittliche Beurteilung der Input- und Prozessqualität durch die Auszubildenden nach Berufen (Qualitätsindizes)**

Berufe	Gesamtindex für die Ausbildungsqualität	darunter:										
		Index für die Ausbildungsqualität im Betrieb	*darunter:*				Index Berufsschule	*darunter:*			Index für die Kooperation der Lernorte	Index zusätzliche jugendspezifische Aspekte
			Qualitätsbereich: Organisation	Qualitätsbereich: Inhalte, Methoden, Lernklima	Qualitätsbereich: Eignung, Verhalten der Ausbilder/-innen	Qualitätsbereich: Materielle Bedingungen		Qualitätsbereich: Lernklima	Qualitätsbereich: Eignung, Präsenz der Lehrer/-innen	Qualitätsbereich: Materielle Bedingungen		
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (Hw)	3,0	2,9*	3,7	3,2***	2,5	2,8**	2,8	2,5	2,7	3,4**	3,7	3,2
Bankkaufmann/-frau (IH)	2,6***	2,4***	2,6***	2,6***	2,2***	2,2***	2,7***	2,5	2,5***	3,2	3,2***	2,6***
Bürokaufmann/-frau (IH/Hw)	3,2***	2,9***	3,9***	3,0	2,7***	2,6	3,1***	3,0***	3,1***	3,5***	4,4***	3,1
Elektroniker/-in – Energie- und Gebäudetechnik (Hw)	3,1**	3,0*	3,8***	3,1***	2,5	2,9***	2,9	2,6	2,8*	3,1	3,9**	3,2
Fachinformatiker/-in (IH)	3,1***	2,8	3,7*	2,6***	2,7*	2,2***	3,2***	2,0***	3,3***	3,6***	4,6***	2,7***
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk (Hw)	3,1***	3,1***	3,9***	3,2***	2,8***	3,0***	2,7**	3,0***	2,5***	2,9***	3,5***	3,5***
Friseur/-in (Hw)	2,9**	2,8	3,5*	3,0*	2,5	2,5***	2,7***	2,7*	2,4***	3,3	3,4***	3,6***
Industriekaufmann/-frau (IH)	3,0	2,7***	3,5	2,8***	2,5	2,5***	2,9***	2,4***	3,0***	3,1	4,0***	2,8***
Industriemechaniker/-in (IH)	2,7***	2,5***	3,1***	2,6***	2,2***	2,5**	2,8	2,5	2,7	3,3*	3,5***	2,2***
Kaufmann/-frau im Einzelhandel (IH)	3,0*	2,9	3,5**	2,9	2,7***	2,6	3,0***	2,8***	2,8*	3,5***	3,8	3,2*
Koch/Köchin (IH)	3,0	2,9	3,7	3,0	2,5	2,8***	2,7***	2,6	2,6*	2,9***	3,7	3,4***
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (IH/Hw)	3,0	3,1***	4,1***	3,2***	2,7**	2,8***	2,3***	2,2***	2,3***	2,7***	3,6**	3,2***
Maler/-in und Lackierer/-in (Hw)	3,0	2,9*	3,5	3,2***	2,6	2,9***	2,7*	2,7	2,6	3,0***	3,4***	3,5***
Mechatroniker/-in (IH)	2,8**	2,7**	3,3	2,7***	2,5*	2,5	2,8	2,4**	2,8	3,0*	3,6	2,5***
Medizinische/-r Fachangestellte/-r (FB)	3,1**	3,0**	3,9***	3,0	2,7*	2,7	2,9	2,7	2,7	3,4***	3,7	3,7***
Gesamtdurchschnitt über alle 15 Berufe	**3,0**	**2,8**	**3,6**	**3,0**	**2,6**	**2,6**	**2,8**	**2,6**	**2,7**	**3,2**	**3,8**	**3,1**
Standardabweichung	,656	,804	1,285	,762	,946	1,085	,864	1,340	1,001	1,198	1,028	1,125

Skala: Qualitätskriterien sind erfüllt von 1 = „sehr stark" bis 6 = „gar nicht".

Farbig markiert sind für jeden Index die beiden Berufe mit den besten Bewertungen (hellgrün) bzw. den ungünstigsten (hellblau). Bei gleicher Bewertung sind jeweils alle betreffenden Berufe markiert.

Ausbildungsbereiche, in denen die betreffenden Berufe in der Regel ausgebildet werden: IH = Industrie und Handel, Hw = Handwerk, FB = Freie Berufe.

Standardabweichung: Maß für die Streuung der Einzelwerte um den Mittelwert einer Variablen. Je höher die Standardabweichung in Relation zum Mittelwert ist, umso stärker ist die Streuung.

Sterne: Der jeweilige Index des Berufs fällt im Vergleich zum Mittelwert der übrigen 14 Berufe signifikant günstiger bzw. ungünstiger aus (T-Test, einseitige Testung, * p <,05, **p <,01, ***p <,001).

Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahl: n = 5.901)

die Ausbildungsqualität in Betrieb und Berufsschule mit durchschnittlichen Indexwerten von jeweils 2,8 genau gleich bewertet. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass für die Berufsschule insgesamt nur sechs Kriterien in das Qualitätsmodell einbezogen wurden und hiervon nur vier unmittelbar mit entsprechenden betrieblichen Qualitätsaspekten vergleichbar sind. Bereits oben zeigte sich bei einer Gegenüberstellung dieser Kriterien, dass die Berufsschule in der Bewertung der Auszubildenden schlechter abschneidet als der Betrieb.

Was die **Kooperation der Lernorte** Betrieb und Berufsschule anbetrifft, so hält nur gut ein Zehntel der Auszubildenden (11 %) diese für „(sehr) stark" verwirklicht. Dagegen ist weit über die Hälfte (56 %) der Auffassung, dass eine solche Kooperation „eher wenig" bis „gar nicht" erfolge. Der Index für die Kooperation der Lernorte beträgt im Durchschnitt 3,8 und fällt damit im Vergleich zu allen übrigen Indizes im Bereich der Input- und Prozessqualität am schlechtesten aus.

Die Anforderungen hinsichtlich der zusätzlichen **jugendspezifischen Aspekte** des Qualitätsmodells schätzt über ein Drittel der Auszubildenden (37 %) als „(sehr) stark" erfüllt ein. Aber knapp ein Drittel (32 %) sieht sie auch als „eher wenig" bis „gar nicht" eingelöst an. Der betreffende Index liegt im Durchschnitt bei 3,1.

Berufsspezifische Ergebnisse

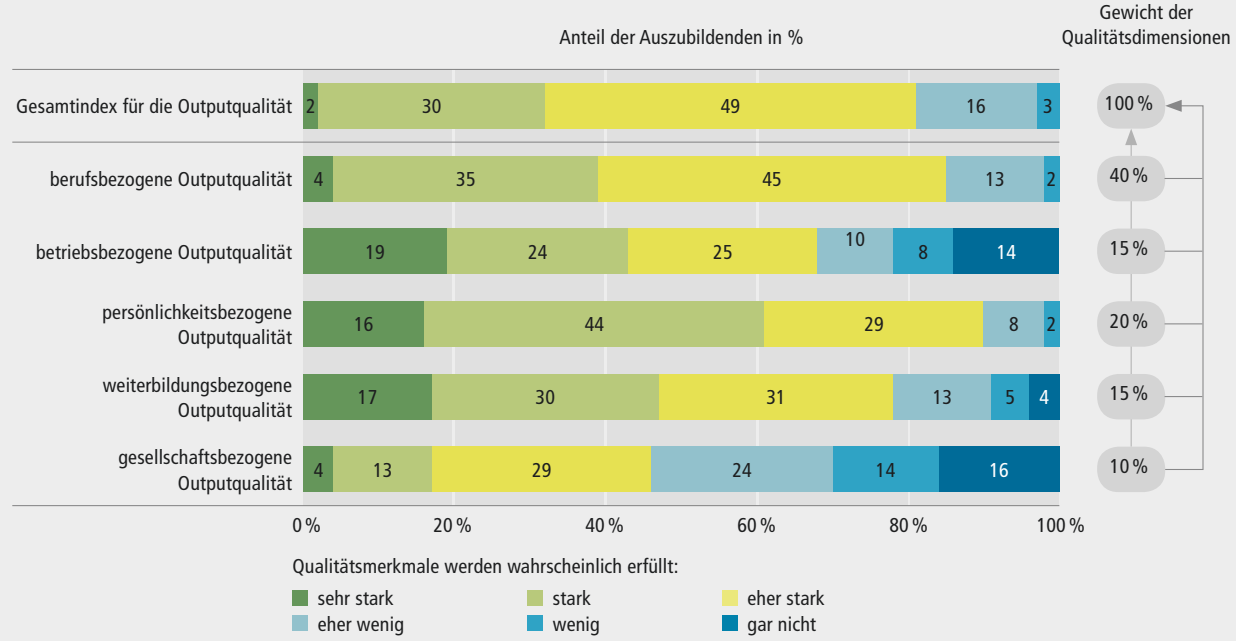
Wie sich die Bewertung der Ausbildungsqualität zwischen den 15 untersuchten Berufen unterscheidet, kann → **Tabelle A5.11.2-1** entnommen werden. Hierin sind die jeweiligen durchschnittlichen Gesamtindizes der Input- und Prozessqualität sowie die Indizes der einzelnen Kontexte und Qualitätsbereiche aufgeführt. Pro Spalte sind jeweils die beiden besten bzw. schlechtesten Indexwerte farbig markiert und verdeutlichen, welche Berufe besonders günstig bzw. ungünstig abschneiden. Zusätzlich ist für jeden berufsspezifischen Indexwert ausgewiesen, ob dieser signifikant vom entsprechenden Mittelwert der jeweils 14 anderen Berufe abweicht (siehe auch Erläuterung in → **Tabelle A5.11.2-1**).

Beim **Gesamtindex** für die Ausbildungsqualität erzielt der Beruf „Bankkaufmann/-frau" mit durchschnittlich 2,6 das positivste Ergebnis, gefolgt vom Beruf „Industriemechaniker/-in" mit 2,7. Die negativste Gesamtbeurteilung ist für den Beruf „Bürokaufmann/-frau" mit durchschnittlich 3,2 zu verzeichnen. Fast ebenso ungünstig schneiden die Berufe „Elektroniker/-in – Energie- und Gebäudetechnik", „Fachinformatiker/-in", „Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk" sowie „Medizinische/-r Fachangestellte/-r" mit jeweils 3,1 ab.

Die Ausbildung im **Betrieb** bewerten die angehenden Bankkaufleute und Industriemechaniker/-innen am besten, sie schätzen fast alle betrieblichen Qualitätsbereiche günstig ein. Am negativsten sehen die künftigen Fachverkäufer/-innen im Lebensmittelhandwerk sowie die Kraftfahrzeugmechatroniker/-innen die betrieblichen Ausbildungsbedingungen, was sich ebenfalls auf nahezu alle Qualitätsbereiche bezieht. Darüber hinaus beurteilen beispielsweise die Bürokaufleute die Organisation der Ausbildung und ihre Ausbilder/-innen sehr zurückhaltend, während die Elektroniker/-innen – Energie- und Gebäudetechnik die Inhalte, Methoden und das Lernklima sowie die materiellen Bedingungen im Betrieb relativ schlecht bewerten. Beim Beruf Fachinformatiker/-in fällt auf, dass einerseits die Inhalte, Methoden und das Lernklima sowie die materiellen Bedingungen im Betrieb mit am besten, andererseits jedoch die Ausbilder/-innen mit am schlechtesten eingestuft werden.

Die Ausbildung in der **Berufsschule** sehen die Kraftfahrzeugmechatroniker/-innen insgesamt am positivsten, alle drei Qualitätsbereiche schneiden bei ihnen sehr günstig ab. Die zweithöchste Gesamtwertung für die Berufsschule folgt dann erst mit einigem Abstand und trifft auf fünf Berufe zu. In Bezug auf die einzelnen Qualitätsbereiche ist zu erwähnen, dass die Friseurinnen/Friseure die Berufsschullehrer/-innen relativ gut beurteilen und die Fachverkäufer/-innen im Lebensmittelhandwerk sowie die Köchinnen/Köche die materiellen Bedingungen in der Berufsschule. Das negativste Ergebnis erzielt die Berufsschule bei den Bürokaufleuten; sie bewerten alle schulischen Qualitätsbereiche eher ungünstig. Die Gesamteinschätzung der Berufsschule ist auch

Schaubild A5.11.2-6: **Durchschnittliche Beurteilung der Outputqualität durch die Auszubildenden (Qualitätsindizes)**



Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahl: Auszubildende: n = 5.901)

beim Beruf Fachinformatiker/-in relativ schlecht, allerdings erhält das Klassenklima hier die beste Note.

Die **Kooperation zwischen den Lernorten** Betrieb und Berufsschule wird wiederum von den Bankkaufleuten am besten beurteilt. Ebenfalls vergleichsweise gut wird sie in den Berufen Friseur/-in sowie Maler/-in und Lackierer/-in bewertet. Am negativsten schätzen die Fachinformatiker/-innen und Bürokaufleute die Kooperation der Lernorte ein.

Bei den zusätzlichen **jugendspezifischen Aspekten** geben die Industriemechaniker/-innen und Mechatroniker/-innen die besten Bewertungen ab, während die Friseurinnen/Friseure und Medizinischen Fachangestellten sie am schlechtesten einstufen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sie ihren Verdienst als sehr niedrig und die Freizeit, die ihnen neben der Ausbildung verbleibt, als eher kurz empfinden.

Indizes der Outputqualität

Das im Projekt zugrunde gelegte Qualitätsmodell umfasst zehn Kriterien der Outputqualität, die sich auf unterschiedliche Ziele beziehen, die in einer guten Ausbildung erreicht werden sollten. Berücksichtigt wurden berufs-, betriebs-, persönlichkeits-, weiterbildungs- und gesellschaftsbezogene Ziele. Die Bewertungen der Auszubildenden wurden zu einem Gesamtindex der Outputqualität sowie zu Indizes der einzelnen Zieldimensionen zusammengefasst. Zu beachten ist bei den Ergebnissen, dass sich die befragten Auszubildenden zum Erhebungszeitpunkt erst im zweiten Ausbildungsjahr befanden und es sich somit bei ihren Angaben jeweils um in die Zukunft gerichtete Annahmen handelt. Die Indizes der Outputqualität drücken daher aus, wie stark die Auszubildenden davon ausgehen, dass die formulierten Anforderungen an die Ergebnisse einer guten Ausbildung am Ende ihrer Ausbildung tatsächlich erfüllt sein werden.

Gesamtergebnisse

Wie die Verteilung des **Gesamtindexes der Outputqualität** zeigt, ist knapp ein Drittel (32 %) der Auszubildenden in den 15 untersuchten Berufen der Überzeugung, dass die Ausbildungsziele insgesamt in (sehr) hohem Maße erreicht werden → **Schaubild A5.11.2-6**. Fast die Hälfte (49 %) erwartet, dass die Ziele nur „eher stark" realisiert werden, und annähernd ein Fünftel (19 %) nimmt an, sie würden „eher wenig" bis „gar nicht" verwirklicht. Im Durchschnitt beträgt der Gesamtindex der Outputqualität 2,9.

Die **berufsbezogene** Zieldimension wird als die wichtigste Dimension der Outputqualität verstanden und ist mit einem Gewicht von 40 % in den Gesamtindex eingerechnet worden.[226] Die Anforderungen sind hier insbesondere, dass in der Ausbildung alle wichtigen Inhalte und Arbeitstechniken des Berufs vermittelt werden, die Abschlussprüfung gut ausfällt und nach der Ausbildung ein Einsatz auch in anderen Betrieben und Arbeitsgebieten des Berufs möglich ist. Knapp zwei Fünftel der Auszubildenden rechnen (sehr) stark mit dem Erreichen dieser Ziele, während 15 % dies für eher unwahrscheinlich halten. Der durchschnittliche Index der berufsbezogenen Outputqualität liegt bei 2,8.

Das **betriebsbezogene** Ziel besteht darin, nach der Ausbildung vom Betrieb in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen zu werden. Dies schätzen zwar mehr als zwei Fünftel der Auszubildenden (sehr) zuversichtlich ein, knapp ein Drittel aber (eher) pessimistisch. Der betreffende Durchschnittswert beträgt 3,1.

Das Erreichen der **persönlichkeitsbezogenen** Ziele beurteilen die Auszubildenden am positivsten. Sie erwarten in relativ hohem Maße, dass die Ausbildung sie in die Lage versetzt, im Leben selbstständig zurechtzukommen, und dass sie durch den Beruf in der Gesellschaft Anerkennung finden werden. Der durchschnittliche Indexwert beträgt 2,6. Die Realisierung des **weiterbildungsbezogenen** Ziels – gemeint ist die Anregung, sich ständig weiterzubilden – wird ebenfalls günstig eingeschätzt, und zwar mit einem Durchschnittswert von 2,7. Am schlechtesten ist die Beurteilung des **gesellschaftsbezogenen** Ziels mit durchschnittlich 3,8, d. h., nur eher selten sind die Auszubildenden der Auffassung, die Ausbildung fördere ihr Interesse an politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Berufsspezifische Ergebnisse

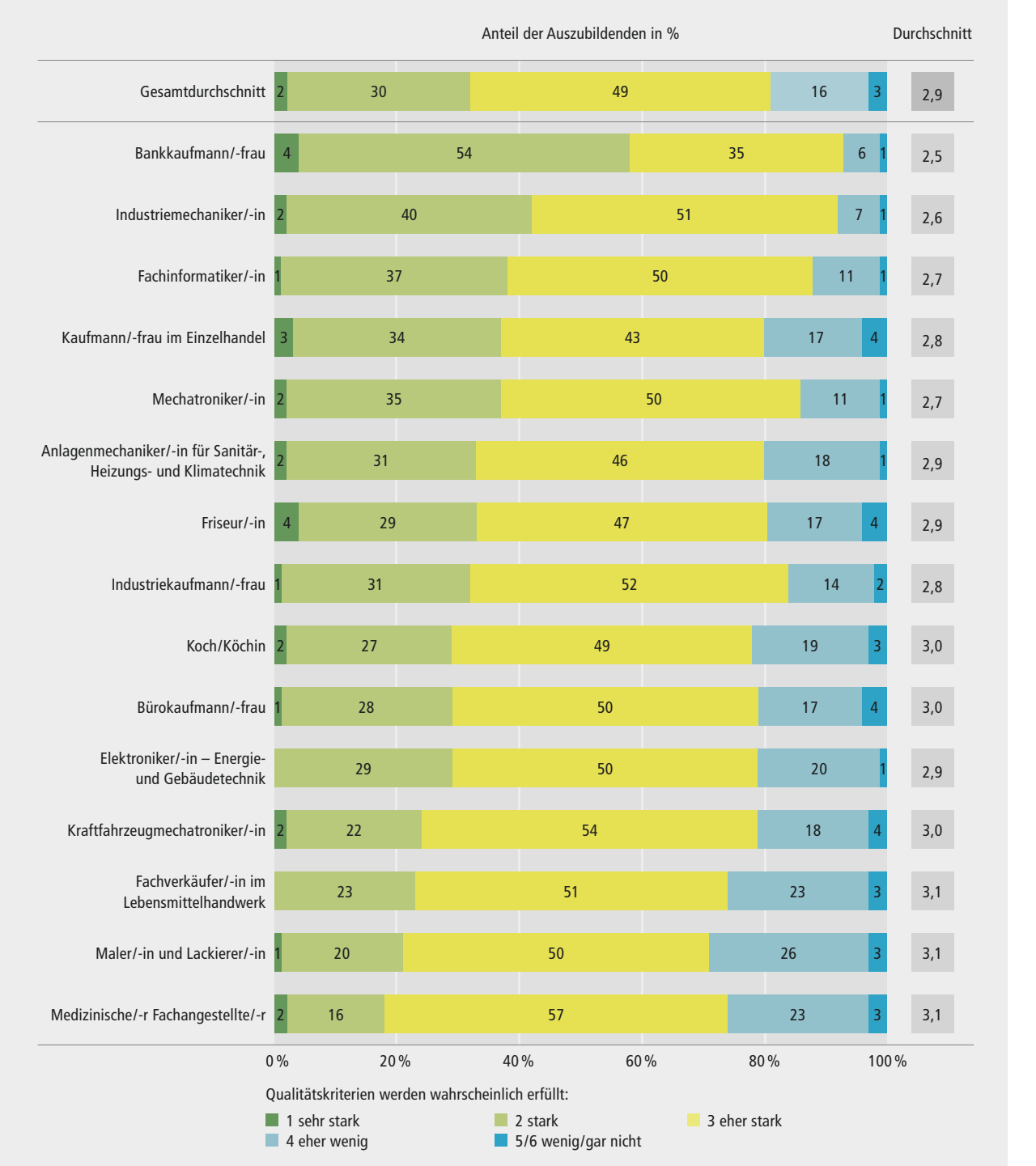
Wie → **Schaubild A5.11.2-7** verdeutlicht, unterscheidet sich der Gesamtindex der Outputqualität zwischen den einzelnen Berufen merklich. Alles in allem sind die Auszubildenden im Beruf Bankkaufmann/-frau am zuversichtlichsten: Weit über die Hälfte geht davon aus, dass die Ausbildungsziele insgesamt (sehr) stark realisiert werden; der durchschnittliche Indexwert liegt bei 2,5. Recht optimistisch sind auch die Industriemechaniker/-innen und die Fachinformatiker/-innen mit einem durchschnittlichen Index von 2,6. Eher pessimistisch fallen dagegen die Einschätzungen der Medizinischen Fachangestellten, der Maler/-innen und Lackierer/-innen sowie die der Fachverkäufer/-innen im Lebensmittelhandwerk aus; der durchschnittliche Gesamtindex der Outputqualität beträgt jeweils 3,1.

Zusammenfassung

Auszubildende haben hohe Ansprüche an die Qualität ihrer betrieblichen Ausbildung, allerdings sind die Anforderungen von Berufsbildungsexpertinnen und -experten an eine gute Ausbildung vielfach noch höher. Gute Ausbildungsqualität bedeutet aus Sicht der Auszubildenden vor allem, dass fachlich gut qualifizierte Ausbilder/-innen zur Verfügung stehen, die die Inhalte gut erklären können. Ebenfalls sehr hohen Wert legen die Auszubildenden darauf, von ihren Kolleginnen und Kollegen respektvoll behandelt zu werden. Das Vermeiden von belastenden Ausbildungsbedingungen wie ausbildungsfremde Tätigkeiten, Überstunden, Zeitdruck oder die alleinige Verantwortung für Arbeiten hat dagegen für die Auszubildenden eine deutlich geringere Relevanz. Berufsbildungsfachleute schätzen solche Belastungen viel kritischer ein.

226 Die Gewichte wurden ebenfalls aus Wichtigkeitseinschätzungen von Berufsbildungsfachleuten abgeleitet. Zum genauen Verfahren der Indexberechnungen vgl. Beicht u. a. 2009.

Schaubild A5.11.2-7: **Durchschnittliche Beurteilung der Outputqualität durch die Auszubildenden nach Berufen (Gesamtindex)**



Quelle: BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden" (ungewichtete Fallzahl: Auszubildende: n = 5.901)

Die Anforderungen der Auszubildenden an eine gute Ausbildung werden in der heutigen Ausbildungspraxis keineswegs vollständig erfüllt. Wunsch und Realität liegen bei den einzelnen Qualitätskriterien allerdings unterschiedlich weit voneinander entfernt: So gelingt es den Betrieben recht gut, Auszubildende mit „echter Arbeit“ zu betrauen, die nicht nur aus einzelnen Arbeitsschritten besteht, sondern auch Einblick in größere Zusammenhänge gewährt. Die berufspädagogische Forderung nach prozessorientierter Ausbildung anhand von realen Geschäftsabläufen wird also schon oft umgesetzt. Starke Entwicklungsbedarfe zeigen sich dagegen bezogen auf die Feedbackkultur innerhalb der betrieblichen Ausbildung. So finden insbesondere ausführliche Besprechungen der Arbeitsergebnisse und positive Rückmeldungen bei guten Leistungen viel zu selten statt.

Im Hinblick auf die Ausbildung im *Betrieb* bewerten die Auszubildenden vor allem die „Eignung und das Verhalten der Ausbilder/-innen“ sowie die „materiellen Bedingungen“ insgesamt recht positiv. Im Vergleich dazu werden die fachlichen Qualifikationen der Lehrer/-innen in der *Berufsschule* und ihre Fähigkeit, Lerninhalte verständlich zu erklären, von den Auszubildenden weniger gut benotet, und auch die materiellen Bedingungen werden ungünstiger eingeschätzt. Am negativsten beurteilen die Auszubildenden aber die Qualität der *Kooperation der Lernorte*. Insbesondere in diesem Feld müssten verstärkt Qualitätsaktivitäten ansetzen, damit die Ausbildungsabläufe in den Betrieben und Berufsschulen besser ineinandergreifen.

Die *Vergleiche zwischen den 15 untersuchten Ausbildungsberufen* zeigen, dass es keinen Beruf mit durchgängig guten oder schlechten Bewertungen in allen Qualitätsbereichen gibt. Stattdessen zeigt sich ein recht buntes Bild mit vielfältigen Abstufungen. Allerdings häufen sich bei einzelnen Berufen günstige bzw. ungünstige Ergebnisse, die sich dann auch in den Gesamtbewertungen der Ausbildungsqualität dieser Berufe niederschlagen. Positiv hervorzuheben ist, dass es keinen Beruf gibt, der in der Gesamtbeurteilung sehr schlecht abschneidet.

(Ursula Beicht, Andreas Krewerth)

A6 Berufsbildung an beruflichen Schulen

Das berufliche Bildungssystem in Deutschland zeichnet sich durch einen relativ hohen Differenzierungsgrad aus. Diese Differenzierung erfolgt nach den unterschiedlichen Funktionen der verschiedenen Teilbereiche (von der Ausbildungsvorbereitung über die Vermittlung einer Teilqualifikation bis hin zum Erwerb eines Berufsabschlusses), durch die unterschiedlichen Lernorte (von rein schulisch über dual bis zu rein betrieblich), durch unterschiedliche Finanzierungsformen (von rein staatlicher Finanzierung über Mittel der Arbeitsverwaltung bis hin zu privater Finanzierung) sowie – bedingt durch die föderale Struktur – durch die unterschiedliche Anlage der Bildungssysteme in den 16 Bundesländern.

An beruflichen Schulen können sowohl allgemeinbildende als auch teilqualifizierende und vollqualifizierende berufliche Bildungsabschlüsse erworben werden → **Kapitel A6.1 und A6.2**. Die Datengrundlage hierzu bildet die Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“ des Statistischen Bundesamtes. Diese fasst die Ergebnisse der Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer zusammen. Darüber hinaus werden die Ausbildungen an Schulen des Gesundheitswesens von den statistischen Ämtern gesondert erfasst → **Kapitel A6.3**, während den Daten zur Ausbildung im öffentlichen Dienst die Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes zugrunde liegt → **Kapitel A6.4**.

A6.1 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen

Entwicklung der Schülerzahlen seit 1992

Berufliche Schulen des hier untersuchten Schulsegments hatten seit Mitte der 90er-Jahre einen nahezu kontinuierlichen Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen. So stieg die Schülerzahl von 2000 bis 2006 um rund 30%. Am stärksten gestaltete sich dabei der Anstieg in den Berufsfachschulen (BFS) – seit 2000 ein Plus von 36% – mit damals 566.000 Schülerinnen und Schülern. Mittlerweile sinken die Schülerzahlen in allen diesen drei schulischen Berufsbildungsangeboten, im Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) schon seit 2004, im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) seit 2005. Der stärkste Rückgang der Schülerzahlen zeigte sich an BFS, bei diesen aber erst im Schuljahr 2007/2008 mit einem Minus von 6,3%.

Auch im Berichtsjahr 2008/2009 zeigten sich in BFS rückläufige Schülerzahlen. Der Rückgang fiel aber insgesamt nicht so stark aus wie im Vorjahr (-3,7%). Er zeigte sich vor allem in den neuen Ländern (-10,8%), in den alten Ländern blieb er mit -1,7% noch relativ moderat. Die Entwicklung der Schülerzahlen in BGJ, BVJ und BFS seit 1992 zeigt das → **Schaubild A6.1-1**.

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) 2008/2009[227]

Im Schuljahr 2008/2009 befanden sich rund 55.300 Jugendliche und junge Erwachsene im BVJ E → **Tabelle A6.1-1 Internet**[228]. Knapp zwei Drittel (33.400 = 60,4%) der Teilnehmer waren männlich, zwei Drittel der Jugendlichen (67%) waren beim Einstieg 16 oder 17 Jahre alt. Rund 5.100 – das ergibt einen Anteil von 9,2% – waren bereits 19 Jahre oder älter, unter den Älteren stammten mehr als die Hälfte aus den neuen Ländern. 9.600 (= 17,4%) waren Ausländer. Mehr als zwei Drittel (70%) der Schülerinnen und Schüler hatten noch keinen allgemeinen Schulabschluss erworben, als sie in das BVJ einstiegen, was ihre Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt stark einschränkt. Von den Absolventen des Schuljahres 2007/2008 erwarben 15.700 Jugendliche im BVJ einen Hauptschulabschluss, einige wenige (124) einen mittleren Bildungsabschluss. Das sind knapp 40% der Schülerinnen und Schüler des Vorjahres, die vor ihrem Eintritt in das BVJ noch über keinen allgemeinen Schulabschluss verfügten.

E Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Das BVJ ist ein einjähriger bzw. zweijähriger Bildungsgang, der die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag auf die Anforderungen einer beruflichen Ausbildung vorbereiten soll. Der Unterricht erfolgt in Vollzeit- oder Teilzeitform. Während des BVJ kann der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Auch Berufsvorbereitungsmaßnahmen mit innovierenden Elementen (Dualisierung berufsvorbereitender Lehrgänge an den Lernorten Schule bzw. außerbetriebliche Ausbildungsstätte und Betrieb) gehören statistisch seit dem Schuljahr 1999/2000 zum BVJ (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2).

Von 1992 bis 2002 hatte die Zahl der Schüler im BVJ kontinuierlich zugenommen. Bis 2004 blieb sie weitgehend auf dem erreichten Stand von rund 80.000 Schülerinnen und Schülern. Seit 2005 ist die Schülerzahl stark rückläufig.

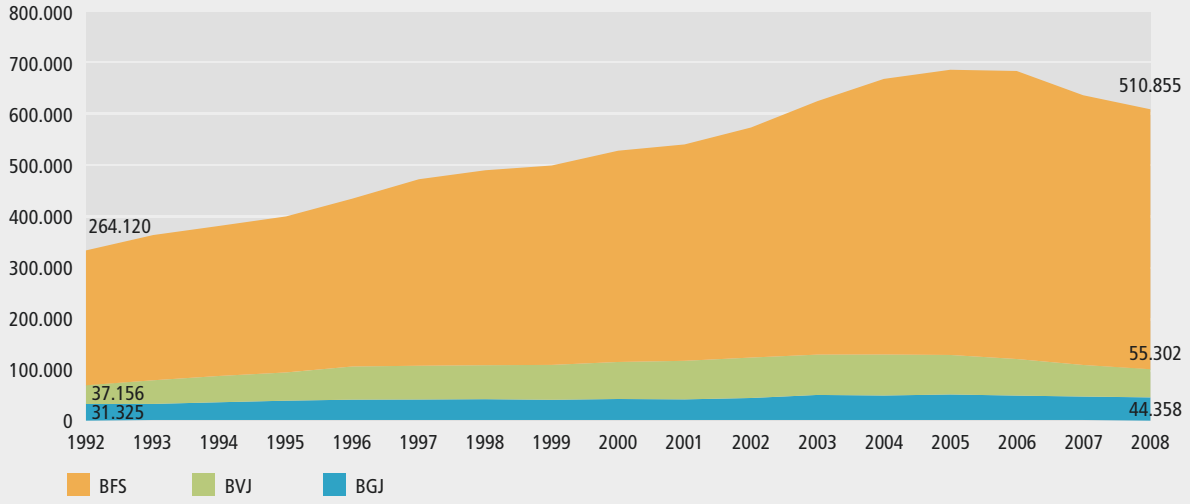
Mit Ausnahme von Niedersachsen (+2,7%) und Bayern (+0,9%) sind in allen Ländern die Schülerzahlen gegenüber dem vorigen Schuljahr zurückgegangen. Den stärksten Rückgang der Schülerzahlen verzeichnete wie schon im vorhergehenden Schuljahr Baden-Württemberg mit einem Rückgang von 39%. Ansonsten wurden vor allem in den neuen Ländern deutliche, meist zweistellige Rückgänge ermittelt: in Sachsen (-18,3%), Berlin (-16,7%), Sachsen-Anhalt (-15,2%), Mecklenburg-Vorpommern (-13,2%) und Thüringen (-9,9%).

Die Länder bieten das BVJ in unterschiedlichem Ausmaß an. Die meisten Schüler kommen 2008/2009 aus Niedersachsen (7.300), Bayern (6.200), Nordrhein-Westfalen (5.700) und Sachsen (5.100). Im Saarland (500), Bremen (1.000) und Schleswig-Holstein (1.800) sind die niedrigsten Teilnehmerzahlen zu vermelden. In Brandenburg wird das BVJ nicht angeboten.

227 Das Schuljahr 2008/2009 begann am 1. August 2008 und endete am 31. Juli 2009.

228 Siehe hierzu: **www.bibb.de/datenreport2010**

Schaubild A6.1-1: **Entwicklung der Schülerzahlen des schulischen Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres und der Berufsfachschulen insgesamt 1992 bis 2008**



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ/s) 2008/2009

E **Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ/s)**

Schüler und Schülerinnen im schulischen BGJ erhalten eine berufsfeldbezogene Grundbildung (z. B. in den Berufsfeldern Metalltechnik, Elektrotechnik, Wirtschaft und Verwaltung). Der Unterricht wird in Vollzeitform durchgeführt. Ist der Besuch erfolgreich, kann er auf die Berufsausbildung im dualen System durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit angerechnet werden (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2).

44.400 Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2008/2009 ein BGJ/s **E**. Gegenüber dem Vorjahr (46.000) bedeutet das einen Rückgang um 3,6 % → **Tabelle A6.1-1 Internet**. 7 von 10 Schülern (68 %) waren männlich. Nur jeder neunte Jugendliche hatte noch keinen allgemeinen Schulabschluss erworben. 7 von 10 Teilnehmern besaßen einen Hauptschulabschluss, knapp jeder Fünfte einen höheren allgemeinen Bildungsabschluss. Jeder Achte war Ausländer, damit erhöhte sich auch der Ausländeranteil gegenüber dem Vorjahr um knapp 2 Prozentpunkte. Die höchsten Schülerzahlen wiesen die Berufsfelder Metalltechnik (10.000), Ernährung und Hauswirtschaft (6.200), Holztechnik (5.300) und Wirtschaft und Verwaltung (4.800) auf.

Insgesamt 26.400 BGJ-Absolventen des Schuljahres 2007/2008 hatten eine Abschlussprüfung bestanden. Darunter befanden sich 3.800 Jugendliche, die noch einen Hauptschulabschluss nachholen konnten, und 4.400 Schülerinnen und Schüler, die auf diesem Weg einen mittleren Bildungsabschluss erwarben.

In den neuen Ländern (einschließlich Berlin) kommt dem schulischen BGJ/s – mit Ausnahme von Sachsen mit 1.700 und Sachsen-Anhalt mit knapp 1.400 Schülerinnen und Schülern in diesem Schuljahr – eine verhältnismäßig geringe Bedeutung zu. Im Schuljahr 2008/2009 stammten 7 % der Schüler/-innen des BGJ/s aus den neuen Ländern. Dort wird es 2008/2009 auch nur in Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Berlin (hier in unbedeutendem Umfang) angeboten. In den alten Ländern ist das BGJ am stärksten in Nordrhein-Westfalen (22.800) und Niedersachsen (9.900 Schülerinnen und Schüler) vertreten. Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet stammen fast drei Viertel (73 %) aller BGJ-Schüler aus diesen Ländern. Einen deutlich überdurchschnittlichen Rückgang der Schülerzahlen gegenüber dem vorigen Schul-

jahr gab es in Sachsen (-42,4%), Hessen (-22,1%) und Sachsen-Anhalt (-17,3%). Einen – dazu noch deutlichen zweistelligen – Anstieg verzeichnete nur Nordrhein-Westfalen (+11,8%).

Berufsfachschulen 2008/2009

E **Berufsfachschulen (BFS)**

BFS sind Schulen mit voller Wochenstundenzahl und mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht werden können. In den einzelnen Bundesländern gibt es vielfältige Formen von BFS mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau. An einigen Schulen wird auch Teilzeitunterricht angeboten (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2).

Die demografische Entwicklung zeigt sich auch an der Schülerzahl der BFS **E**. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler[229] ist im Schuljahr 2008/2009 nach einem längeren Zeitraum kontinuierlicher Anstiege (Höhepunkt im Schuljahr 2006/2007) zum zweiten Mal rückläufig. Sie betrug 510.855 und lag damit um 3,7% unter dem Vorjahresergebnis. Rund 20.000 Schüler und Schülerinnen weniger als im vorigen Schuljahr wurden in den BFS gezählt.

59% der Berufsfachschüler/-innen – wie im vorigen Schuljahr – waren junge Frauen. In den neuen Ländern lag der Frauenanteil mit 68% deutlich höher als in den alten Ländern (im Durchschnitt 56,5%), wo nur in Bayern (76% Frauenanteil) und Niedersachsen (64%) ein deutlich überdurchschnittlicher Wert ermittelt wurde.

In den neuen Ländern (einschließlich Berlin) ist die Zahl der Berufsfachschüler deutlich um 10,8% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Sie erreichte im Schuljahr 2008/2009 rund 103.600 Schülerinnen und Schüler gegenüber 116.200 im Schuljahr 2007/2008. In den alten Ländern sank die Zahl der Berufsfachschüler gegenüber dem vorigen Schuljahr um rund 7.000 Schülerinnen und Schüler auf 407.200, ein nur leichter Rückgang um 1,7%.

Von den Schülerinnen und Schülern des ersten Schuljahrgangs besaßen mehr als die Hälfte (54,8%) einen mittleren Bildungsabschluss, 5,9% eine Studienberechtigung. 37,4% verfügten über einen Hauptschulabschluss. Keinen allgemeinen Schulabschluss hatten 1,6% der Schülerinnen und Schüler.

Jeder zehnte Jugendliche an BFS (10,3%) hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, ein leicht höherer Ausländeranteil als im vorigen Schuljahr (9,8%).

Im Schuljahr 2008/2009 besuchten rund 271.800 Berufsfachschüler (51,6%) die BFS mit dem Ziel, einen beruflichen Abschluss zu erwerben. Der Anteil war gegenüber dem Vorjahr (51,3%) nahezu gleich geblieben. Differenziert man nach den mit dem Schulbesuch angestrebten Abschlüssen, so entfielen 44,6% (Vorjahr 43,9%) auf einen Abschluss außerhalb und 7,0% (Vorjahr 7,4%) auf einen Berufsabschluss innerhalb des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung. Das Verhältnis zwischen berufsqualifizierenden Abschlüssen innerhalb und außerhalb BBiG/HwO hat sich somit leicht zugunsten von rein schulischen Berufsabschlüssen verändert. 19,8% der Berufsfachschüler erhielten eine berufliche Grundbildung, die zugleich zum Realschulabschluss führte, 20,0% eine Grundbildung, die den Realschulabschluss bereits voraussetzt. Der Anteil der Schüler, die eine berufliche Grundbildung erhielten, die sowohl in Hinblick auf die Eingangsvoraussetzung als auch auf den Abschluss unterhalb des Realschulabschlusses blieb, belief sich wie im Vorjahr auf 8,6%.

BFS in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) vermitteln in der Regel einen beruflichen Abschluss. Der Anteil der Schüler, die mit dem Schulbesuch auch einen Berufsabschluss anstreben, betrug im Schuljahr 2008/2009 91% (in den alten Ländern 40%). Die restlichen 9% der Schüler befanden sich zumeist in Schulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln und auf den Realschulabschluss ausgerichtet sind. Wie im Westen handelt es sich dabei mehrheitlich um Ausbildungsgänge, die nach Ländergesetzen und nicht nach dem Berufsbildungs-

229 Ohne BGJ, jedoch einschließlich der Berufsfachschulzweige an den freien Waldorfschulen.

gesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) geregelt sind. Der Anteil der Berufsausbildung nach BBiG und HwO betrug rund 20,7 % aller vollqualifizierenden Ausbildungsgänge an BFS in den neuen Ländern, ein Rückgang um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr. In den alten Ländern betrug der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit einer Berufsausbildung nach BBiG und HwO an allen vollqualifizierenden Ausbildungsgängen 10,5 % und stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte an.

→ **Tabelle A6.1-2 Internet** informiert über die Entwicklung der Schülerzahlen in BFS von 2006/2007 bis 2008/2009 nach Ländern. Dabei werden auch die Anteile der weiblichen und der Schüler im ersten Schuljahr ausgewiesen.

Insgesamt 35.800 Schülerinnen und Schüler (Auszubildende) wurden im Schuljahr 2008/2009 in den anerkannten Ausbildungsberufen des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung ausgebildet. Vor allem handelte es sich dabei um Körperpflegeberufe (fast ausschließlich Kosmetiker/Kosmetikerin), haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe und Büroberufe, in denen allein 40,9 % aller Schüler lernten. Eine wichtige Rolle im Ausbildungsangebot der BFS in anerkannten Ausbildungsberufen (BBiG, HwO) spielten auch Metall- und Elektroberufe, erstere vor allem in den alten Ländern.

95.662 Schülerinnen und Schüler verließen die BFS mit einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung, 2.300 oder 2,4 % weniger als 2008. Einen Berufsabschluss außerhalb BBiG/HwO erwarben 83.229, einen Abschluss in einem BBiG/HwO-Beruf 12.433 Schülerinnen und Schüler und damit 13 % aller Berufsfachschulabsolventen. Erstmals seit einem längeren Zeitraum kontinuierlicher Anstiege gingen damit auch die Absolventenzahlen bei BFS zurück.

(Klaus Schöngen)

A6.2 Quantitative Entwicklung der vollqualifizierenden Berufsausbildung an Schulen (Schuljahr 2008/09)

An den Berufsfachschulen (BFS), die Schüler/-innen in Ausbildungsgängen für Berufe außerhalb des Geltungsbereiches von Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) E zu einem Berufsabschluss führen, ist die Schülerzahl zum zweiten Mal in Folge mit rund -2 % um absolut -4.900 leicht rückläufig und liegt jetzt bei insgesamt 227.700.[230] Da die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen demografisch bedingt aber um -3,4 %, absolut -32.300, gesunken ist und die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt sich etwas verändert hat, scheint die Attraktivität dieses Bildungsgangs ungebrochen → **Tabelle A6.2-1**. Weit deutlicher fällt der Rückgang an den BFS aus, die gemäß BBiG/HwO E ausbilden, denn die Gesamtschülerzahl liegt dort mit -3.500 um rund -9 % niedriger als im Vorjahr und beträgt nun nur noch rund 35.800 → **Tabelle A6.2-2**. Da die Zahl der Schüler mit Ausbildungsvertrag in Teilzeitberufsschulen gleichzeitig insgesamt noch einmal um +1,7 % oder rund 27.300 gestiegen ist, haben sich auch die Relationen zwischen dualer und schulischer Berufsausbildung zugunsten der dualen wieder etwas verschoben. In den Ausbildungsgängen zeigen sich jedoch zwischen Ländern und Berufen starke Unterschiede in der quantitativen Entwicklung (s. u.).

E Berufsfachschulen (BFS)[231]

Außerhalb Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO)

BFS, die einen beruflichen Abschluss in einem Beruf vermitteln, der kein Ausbildungsberuf ist – Ausbildungsgang außerhalb des Geltungsbereiches von BBiG/HwO, oft auch als „Schulberuf nach Landesrecht bezeichnet". In einigen neuen Ländern werden Gesundheitsdienstberufe nicht an Schulen des Gesundheitswesens, sondern an BFS außerhalb BBiG/HwO, d. h. unter Aufsicht der Kultusministerien, ausgebildet.

230 Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben und Berechnungen auf Statistisches Bundesamt 2008 und Statistisches Bundesamt 2009.

231 Umfangreiches Material zum Thema findet sich unter **www.bibb.de/de/wlk8246.htm**.

Tabelle A6.2-1: **Schüler/-innen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO**

Schuljahr	Schüler/-innen insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen	Veränderung zum Vorjahr	Schüler/-innen insgesamt, 1. Schuljahr	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	Anzahl	in %	Anzahl
1992/1993	98.171	18,4	78.598	80,1	20,2	49.503	14,3	39.214
1993/1994	108.260	10,3	87.402	80,7	11,2	54.982	11,1	44.044
1994/1995	102.479	-5,3	80.569	78,6	-7,8	53.732	-2,3	41.695
1995/1996	109.067	6,4	85.508	78,4	6,1	58.067	8,1	45.341
1996/1997	116.885	7,2	92.936	79,5	8,7	62.263	7,2	48.659
1997/1998	141.596	21,1	112.802	79,7	21,4	73.797	18,5	57.393
1998/1999	149.560	5,6	118.094	79,0	4,7	76.816	4,1	59.225
1999/2000	154.206	3,1	119.186	77,3	0,9	78.691	2,4	58.880
2000/2001	167.163	8,4	124.309	74,4	4,3	87.081	10,7	62.754
2001/2002	176.148	5,4	127.403	72,3	2,5	91.709	5,3	64.308
2002/2003	191.266	8,6	135.358	70,8	6,2	101.158	10,3	70.316
2003/2004	214.068	11,9	150.957	70,5	11,5	115.022	13,7	80.387
2004/2005	227.241	6,2	157.035	69,1	4,0	118.202	2,8	80.661
2005/2006	237.993	4,7	163.371	68,6	4,0	120.246	1,7	81.103
2006/2007	242.504	1,9	165.644	68,3	1,4	119.397	-0,7	79.492
2007/2008	232.564	-4,1	159.386	68,5	-3,8	116.575	-2,4	78.403
2008/2009	227.657	-2,1	156.122	68,6	-2,0	113.687	-2,5	76.525

Anmerkungen: Bis 1993/1994 einschließlich „Erzieher/-in" in Nordrhein-Westfalen, von 1994/1995 bis 2002/2003 und ab 2007/2008 ohne „Erzieher/-in" an Berufsfachschulen in Nordrhein-Westfalen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

BFS gemäß BBiG/HwO

BFS, die einen beruflichen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf gemäß Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung vermitteln (Statistisches Bundesamt 2008, S. 10 ff).

Bei den Anfängern stellen sich die Entwicklungen etwas anders dar. An den BFS, die einen Ausbildungsabschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, wurden im ersten Schuljahr rund 113.700 Schüler/-innen gemeldet; das sind -2.900 oder -2,5% weniger als im Vorjahr; an den BFS gemäß BBiG/HwO ging die Schülerzahl um -1.900 oder -12,7% auf 12.900 zurück. Aber auch die Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge sank im Schuljahr 2008/09 um -9.700 oder -1,5% gegenüber dem Vorjahr.

Zu den Ausbildungswegen mit Berufsabschluss im Sekundarbereich gehören neben BFS und Berufsschulen noch weitere Schul- und Ausbildungsformen. In einigen Ländern ist die Ausbildung für Sozial- und Gesundheitsdienstberufe den BFS zugeordnet; sie sind also in der Gesamtzahl von 227.700 enthalten. Davon entfallen auf diese Berufe insgesamt 77.300 Schüler/-innen. Es gibt auch Länder, in denen die Ausbildung für Sozial- und Gesundheitsdienstberufe an Fachschulen durchgeführt wird. Insgesamt wurden 2008/2009 an Fachschulen rund 21.600 Schüler/-innen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen gemeldet → **vgl. Kapitel A6.3.**

Zu den Berufen mit Ausbildungen in verschiedenen Schulformen gehören auch die Erzieher/-innen. An Fachschulen beträgt ihre Schülerzahl insgesamt rund 27.900 und ist damit gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich um 10,3% gestiegen; im ersten

Tabelle A6.2-2: **Schüler/-innen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO**

Schuljahr	Schüler/-innen insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen	Veränderung zum Vorjahr	Schüler/-innen insgesamt, 1. Schuljahr	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	Anzahl	in %
1992/1993	8.364	13,5	5.216	62,4	*	3.697	*
1993/1994	8.604	2,9	5.362	62,3	2,8	4.100	10,9
1994/1995	9.844	14,4	6.447	65,5	20,2	4.296	4,8
1995/1996	11.100	12,8	7.615	68,6	18,1	4.644	8,1
1996/1997	15.556	40,1	9.812	63,1	28,9	6.787	46,1
1997/1998	24.517	57,6	15.239	62,2	55,3	14.550	114,4
1998/1999	32.183	31,3	19.452	60,4	27,6	15.619	7,3
1999/2000	36.983	14,9	21.362	57,8	9,8	14.553	-6,8
2000/2001	36.337	-1,7	20.423	56,2	-4,4	13.281	-8,7
2001/2002	34.504	-5,0	18.469	53,5	-9,6	12.830	-3,4
2002/2003	33.071	-4,2	17.322	52,4	-6,2	12.207	-4,9
2003/2004	33.718	2,0	17.568	52,1	1,4	13.466	10,3
2004/2005	40.244	19,4	23.918	59,4	36,1	17.033	26,5
2005/2006	41.184	2,3	24.545	59,6	2,6	16.194	-4,9
2006/2007	40.964	-0,5	24.377	59,5	-0,7	16.656	2,9
2007/2008	39.278	-4,1	22.944	58,4	-5,9	14.764	-11,4
2008/2009	35.788	-8,9	20.319	56,8	-11,4	12.884	-12,7

* Nicht errechenbar

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schuljahr stieg sie um 13,0% auf rund 11.700. Außerdem werden Erzieher/-innen in Bayern an Fachakademien ausgebildet. Im Schuljahr 2008/09 befanden sich dort insgesamt rund 4.100 Schülerinnen und Schüler, davon 2.100 im ersten Ausbildungsjahr → **Tabelle A6.2-3**.

In schulischen Ausbildungen sind Mädchen und junge Frauen traditionell überproportional vertreten. Der Frauenanteil an den BFS außerhalb BBiG/HwO hat sich 2008/09 kaum verändert (68,6%; Vorjahr 68,5%), im ersten Schuljahr beträgt er wie im Vorjahr 67,3%. Der Anteil der Schülerinnen in vollschulischen Ausbildungen nach BBiG/HwO ist von 58,4% im Vorjahr auf 56,8% gesunken.

Bei den Absolventen sind die Schülerzahlen jetzt ebenfalls rückläufig. In 2008 haben 83.200 Absolventen die BFS außerhalb BBiG/HwO mit einem Berufsabschluss verlassen; das waren -2,1% weniger als im Jahr davor.[232] Von privaten BFS außerhalb BBiG/HwO gab es mit rund 35.300 Schüler/-innen noch einmal +0,4% mehr Absolventen als im Vorjahr. Während der Anteil der Absolventen aus privaten BFS außerhalb BBiG/HwO damit jetzt auf 42,4% der Gesamtzahl der Absolventen gestiegen ist, liegt er mit 21,3% an BFS gemäß BBiG/HwO nur halb so hoch und noch -4,2% niedriger als im Vorjahr. Die Hälfte der Absolventen 2008 von diesen Privatschulen sind Kosmetikerinnen.

Entwicklungen bei einzelnen Berufen

Bei den einzelnen stark besetzten Berufen (mit mehr als 1.000 Schülerinnen und Schülern im ersten Schuljahr) an BFS außerhalb BBiG/HwO überwiegen 2008/09 die Rückgänge → **Tabelle A6.2-3**. Nur bei

232 Die Datenlage (Meldungen an das Statistische Bundesamt) ist aber offenbar nach wie vor unvollständig.

Tabelle A6.2-3: **Am stärksten besetzte Berufe an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO – 2008/2009**

Berufs-klasse*	Beruf	1. Schuljahr	Veränderung zum Vorjahr – 1. Schuljahr	Alle Schuljahre	Außerdem Schulen des Gesundheits-wesens – 1. Schuljahr	Außerdem Schulen des Gesundheits-wesens – alle Schuljahre
		Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Die 10 im 1. Schuljahr am stärksten besetzten Berufe						
7889	Kaufmännische/-r und Wirtschaftsassistent/-in	14.017	-0,1	22.083		
8617	Sozialassistent/-in und Sozialpädagogische/-r Assistent/-in	12.977	-2,2	26.116		
7744	Technische/-r Assistent/-in für Informatik und Assistent/-in für Wirtschaftsinformatik	9.783	-9,2	20.002		
8670	Kinderpfleger/-in	9.715	-3,2	17.301		
8640	Altenpfleger/-in (+1.266 an Fachschulen)	8.019	1,3	21.176	6227	17.514
8690+8697	Sozialbetreuer/-in und Sozialhelfer/-in	6.613	18,4	10.924		
8343	Gestaltungstechnische/-r Assistent/-in	4.487	4,1	10.373		
7894	Fremdsprachenassistent/-in und Europasekretär/-in	3.443	-2,8	6.841		
8630	Erzieher/-in (+11.679 an FS, +2.127 an Fachakademien in BY)	2.855	-2,5	5.609		
9212 + 9232	Hauswirtschafter/-in, (Haus-)Wirtschaftsassistent/-in, Hauswirtschaftshelfer/-in	2.652	1,1	4.963		
	Zusammen	**74.561**		**145.388**		
	Anteil an allen Berufen an BFS außerhalb BBiG/HwO	**65,6**		**63,9**		
Weitere stark besetzte Berufe bzw. Berufsgruppen**						
7884	(Europa-)Korrespondent/-in	2.601	1,8	4.912		
8647	Altenpflegehelfer/-in	2.549	-15,4	2.606	3.385	3.563
8580	Pharmazeutisch-technische/-r Assistent/-in	2.471	-8,2	5.432	1.964	3.842
8520	Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in; 3-jährig)	2.406	-13,5	7.118	6.301	17.408
8594	Ergotherapeut/-in	2.176	-15,8	6.924	1.784	5.394
8530	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	2.093	-0,1	6.014	17.308	49.574
6229	Kommunikationsassistent/-in und Industrietechnologe/-in	1.822	1,6	1.722		
6261	Chemisch-technische/-r Assistent/-in	1.759	-11,7	3.553		
9142+7020+7021	Assistent/-in für Hotel-, Gaststätten-, Fremdenverkehrs-gewerbe und Touristikassistent/-in	1.407	-17,8	3.176		
6310	Biologisch-technische/-r Assistent/-in	1.400	-6,4	2.964		
7792	Wirtschaftsinformatiker/-in	1.398	-0,1	2.651		
6223	Technische/-r Assistent/-in für Automatisierungs- und Computertechnik	1.053	-17,7	2.220		
	Zusammen	**23.135**		**49.292**		
	Insgesamt	**97.696**		**194.680**		
	Anteil an allen Berufen an BFS außerhalb BBiG/HwO	**85,9**		**85,5**		
	nachrichtlich: Berufsfachschulen insgesamt	113.687		227.657		
Weitere stark besetzte Berufe an Schulen des Gesundheitswesens**						
8542	Rettungsassistent/-in	677		677	2.942	3.370
8532	Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in	173		534	1.928	5.507
8571	Medizinisch-technische/-r Laboratoriumsassistent/-in, Medizinische/r Laborant/-in	457		1.389	1.252	3.407
8591	Logopäde/Logopädin	346		1.043	1.011	2.923
	Zusammen				**44.102**	**112.502**
	Anteil an allen Berufen an Schulen des Gesundheits-wesens				**88,3**	**90,5**
	nachrichtlich: Schulen des Gesundheitswesens insgesamt				49.941	124.260

* Siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992 (**https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1002839**).

** Mit mehr als 1.000 Schüler/-innen im 1. Schuljahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A6.2-4: **Die 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO – Schuljahr 2008/2009**

Berufsgruppe*	Berufe	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr
		Anzahl	in %
78	Büroberufe, Kaufmännische/-r Angestellte/-r	5.123	-2,2
92	Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe inkl. Hauswirtschafter/-in	4.937	-12,8
90	Berufe in der Körperpflege inkl. Kosmetiker/-in	4.633	-25,6
69	Bank- und Versicherungskaufleute	2.303	14,8
31	Elektroberufe	2.079	-10,1
27	Maschinenbau- und -wartungsberufe	1.396	-6,5
91	Hotel- und Gaststättenberufe	1.385	-13,4
67	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- u. Verkaufsfachleute	1.367	-10,5
28	Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe	1.035	-14,5
64	Technische Zeichner/-innen und verwandte Berufe	999	-12,4
	Zusammen	**25.257**	**-11,1**
	in % aller Schüler/-innen	**70,6**	
	nachrichtlich: Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO insgesamt	**35.788**	**-8,9**

* Siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992 (**https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath = struktur,vollanzeige.csp&ID = 1002839**)"

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Sozialbetreuern/Sozialbetreuerinnen und Sozialhelfern/Sozialhelferinnen gibt es 18,4% mehr Anfänger; damit sind sie jetzt zu einem der 10 quantitativ stärksten Berufe geworden. Unter den Top Ten gibt es bei Technischer Assistenz für Informatik und Wirtschaftsinformatik erneut einen starken Rückgang um -9,2%; auch die Technische Assistenz für Automatisierungs- und Computertechnik hat 2008/09 -17,7% weniger Anfänger.[233]

Weitere Rückgänge um mehr als 10% gibt es im Hotel-, Gaststätten- und Touristikgewerbe (-17,8%), in der Ergotherapie (-15,8%), in der Physiotherapie (-13,5%), in der Altenpflegehilfe (-15,4%) und in der Chemisch-technischen Assistenz (-11,7%). Die Rangfolge der 10 Berufe mit den meisten Schülern/Schülerinnen im ersten Schuljahr an BFS außerhalb BBiG/HwO ist der des Vorjahres gleich bis auf die Altenpflegehilfe, die durch die Hauswirtschaftsberufe abgelöst wird.

Bei 2 weiteren, vor einigen Jahren noch stark besetzten Berufen ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen: Masseure/medizinische Bademeister bzw. Masseurinnen/medizinische Bademeisterinnen haben -25,6% weniger und damit nur noch 723 Anfänger; in der Diätassistenz ging die Schülerzahl im ersten Schuljahr gegenüber 2007/08 noch einmal um -23,5% auf nunmehr nur 439 Anfänger zurück. Zusammengenommen zeigt sich eine Entwicklung, bei der schulischen Ausbildung außer in hochwertigen IT-Berufen auch in ebensolchen Gesundheits- und Pflegeberufen, die häufig mit öffentlichem Dienst verknüpft sind, zurückgeht zugunsten einfacherer Helfer- und personenbezogener Dienstleistungsberufe.

Erzieher/-innen gehören mit 2.855 Anfängern weiterhin zu den Top Ten, obwohl sie nur noch in Baden-Württemberg den BFS außerhalb BBiG/HwO zugerechnet werden. Die meisten Erzieher/-innen werden an Fachschulen ausgebildet (s. o.), darunter weitere aus Baden-Württemberg. Für Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland sind gar keine Erzieher/-innen gemeldet; in diesen Ländern gibt es aber eine beträchtliche Anzahl von Schülern/Schülerinnen an Fachschulen für Sozialarbeit und -pädagogik, an denen im ersten Schuljahr 6.320 und insgesamt 15.657 Personen ausgebildet werden. In Bayern findet die Erzieherausbildung an Fachakademien statt (s. o.). Auch ohne die Sozialpädagogik mitzurechnen ist Erzieher/-in

233 Jährliche Tabellen dieser Berufe sind als Excel-Dateien abgelegt unter **www.bibb.de/dokumente/pdf/wlk_berufsfachschulen_top-ten_bfs_ausserh-bbig.xls**.

Tabelle A6.2-5: **Schüler/-innen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO nach Ländern – Schuljahr 2008/2009**

Land	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil des Landes an allen Schülern/ Schülerinnen	mit Teilzeit-unterricht	Anteil derer mit Teilzeitunterricht im Land
	Anzahl	in %	in %	Anzahl	in %
Baden-Württemberg	7.777	9,4	21,7	6.710	86,3
Bayern	4.289	-16,4	12,0		
Berlin	6.084	-1,0	17,0		
Brandenburg	4.381	-27,6	12,2	3.909	89,2
Bremen	159	-5,4	0,4		
Hamburg	342	-42,6	1,0		
Hessen	659	-3,5	1,8		
Mecklenburg-Vorpommern	1.485	-24,7	4,1		
Niedersachsen	1.252	-1,5	3,5	16	1,3
Nordrhein-Westfalen	1.934	11,7	5,4		
Rheinland-Pfalz	597	-3,2	1,7		
Saarland*					
Sachsen	3.605	-9,5	10,1		
Sachsen-Anhalt	1.499	-12,3	4,2		
Schleswig-Holstein	51	0,0	0,1		
Thüringen	1.674	-18,7	4,7	383	22,9
Alte Länder	**17.060**	**-1,7**	**47,7**	**6.726**	**39,4**
Neue Länder	**18.728**	**-14,6**	**52,3**	**4.292**	**22,9**
Bundesgebiet insgesamt	**35.788**	**-8,9**	**100,0**	**11.018**	**30,8**

* Angaben liegen nicht vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

(mit zusammen 16.700 Schülerinnen und Schülern im ersten Schuljahr) damit nach Gesundheits- und Krankenpfleger/-in (mit insgesamt 19.400 im ersten Schuljahr) der quantitativ zweitstärkste Beruf außerhalb des Geltungsbereiches von BBiG/HwO. Nach der Altenpflege (mit zusammen 15.500 Schülerinnen und Schülern im ersten Schuljahr) folgt dann als reiner Schulberuf nach Landesrecht die Kaufmännische/Wirtschaftsassistenz (mit 14.000 Schülerinnen und Schülern im ersten Schuljahr).

An den BFS gemäß BBiG/HwO hat sich die Liste der am stärksten besetzten Berufe nicht verändert → **Tabelle A6.2-4**. Die Veränderungen zum Vorjahr bestehen in einer Umkehrung der Rangfolge der ersten drei Berufsgruppen und kleineren Platzwechseln. In der quantitativen Entwicklung gibt es allerdings Unterschiede. Während an den BFS außerhalb BBiG/HwO für die Hauswirtschaft ein leichter Aufwuchs auf insgesamt 4.963 zu verzeichnen ist, hat deren Schülerzahl an BFS gemäß BBiG/HwO um -12,8% auf insgesamt 4.937 abgenommen. Bis auf die Bank- und Versicherungskaufleute, deren Zahl um 14,8% auf insgesamt 2.303 zugenommen hat, sind in allen stark besetzten Gruppen Rückgänge zu verzeichnen, die bis auf zwei Ausnahmen (Büro- und Maschinenbauberufe) bei mehr als -10% liegen. Am deutlichsten ist er im Bereich der Körperpflegeberufe einschließlich Kosmetik, wo die Schülerzahl um ein Viertel (-25,6%) gesunken ist.

Regionale Entwicklungen bei Schulformen und Berufen

An den BFS gemäß BBiG/HwO ist eine dynamische Entwicklung zu beobachten. Neben der schwankenden quantitativen Entwicklung hat sich auch die Verteilung auf alte und neue Länder verändert. Nach der Wende war 1993/94 ein Drittel der Schülerzahl den neuen, zwei Drittel den alten Ländern zuzurechnen. Bis 1999/2000 kehrte sich das Verhältnis exakt um: zwei Drittel der Schüler/-innen kamen aus den neuen Ländern, bei insgesamt mehr als vierfacher Schülerzahl. Mit dem Geburtenrückgang und damit

Tabelle A6.2-6: **Schüler/-innen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO nach Ländern – Schuljahr 2008/2009**

Land	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil des Landes an allen Schülern/Schülerinnen
	Anzahl	in %	in %
Baden-Württemberg	37.027	3,0	16,3
Bayern	20.170	0,1	8,9
Berlin	7.265	4,7	3,2
Brandenburg	5.025	-11,8	2,2
Bremen	1.191	3,0	0,5
Hamburg	3.899	-5,6	1,7
Hessen	8.582	-1,0	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	7.811	-8,6	3,4
Niedersachsen	22.467	2,0	9,9
Nordrhein-Westfalen	39.619	0,7	17,4
Rheinland-Pfalz	11.534	4,4	5,1
Saarland	550	12,9	0,2
Sachsen	30.283	-9,7	13,3
Sachsen-Anhalt	12.627	-10,1	5,5
Schleswig-Holstein	5.935	2,7	2,6
Thüringen	13.672	-9,2	6,0
Alte Länder	**150.974**	**1,5**	**66,3**
Neue Länder	**76.683**	**-8,5**	**33,7**
Bundesgebiet insgesamt	**227.657**	**-2,1**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

niedrigeren Schulabgängerzahlen insbesondere in den neuen Ländern konnten die vollschulischen Ausbildungsförderungsprogramme reduziert werden. In allen fünf neuen Flächenstaaten liegt der Rückgang daher auch 2008/2009 gegenüber dem Vorjahr bei rund -10% und mehr →**Tabelle A6.2-5**. Damit ist der Anteil der neuen Länder an dieser Schulform jetzt auf 52% gegenüber 48% in den alten Ländern zurückgegangen; aber immer noch gehen in den neuen Ländern überproportional viele Schüler/-innen in BFS gemäß BBiG/HwO.

In den alten Ländern ist in Bayern mit -16,4% ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen; in Hamburg beträgt er sogar -42,6% bei jedoch insgesamt geringer Schülerzahl. Zuwächse gegenüber dem Vorjahr haben allein Nordrhein-Westfalen mit 11,7% und Baden-Württemberg mit 9,4%. Dabei dürfte es sich in Baden-Württemberg nach wie vor überwiegend um Auszubildende mit Zusatzunterricht handeln, denn 86%, verteilt über fast alle Berufe, sind laut Statistischem Bundesamt Teilzeitschüler. Ließe man diese 6.710 Schüler/-innen bei diesem Bildungsgang unberücksichtigt, hätte er mit rund 29.000 Schüler/-innen lediglich noch einen Anteil von 1,5% neben den BFS außerhalb BBiG/HwO (11,9%) und dem dualen System (86,6%).

Brandenburg ist das zweite Land mit einem noch höheren Teilzeitschüleranteil von 89% an BFS gemäß BBiG/HwO, der dort alle Berufe (außer die der Körperpflege) vollständig umfasst. In Brandenburg wird seit Jahren nach dem „Brandenburger Modell" zusammen mit den Schulträgern außerbetrieblich ausgebildet.

An den BFS außerhalb BBiG/HwO ist der Rückgang vor allem in den neuen Flächenstaaten stärker und liegt zwischen rund -9% in Mecklenburg-Vorpommern und -12% in Brandenburg →**Tabelle A6.2-6**, während in den alten Ländern insgesamt noch ein kleiner Zuwachs von 1,5% zu verzeichnen ist.

(Gisela Feller)

A6.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen

Die nicht akademische Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens erfolgt zum überwiegenden Teil in Schulen des Gesundheitswesens.[234] Im Jahr 2008/2009 befanden sich 124.260 Schüler/-innen an 1.618 Schulen des Gesundheitswesens E. Im Vergleich zum Vorjahr[235] (2007/2008: 123.802) ist die Anzahl der Schüler/-innen mit einem Anstieg um 458 (+0,4%) annähernd konstant geblieben → **Tabelle A6.3-1 Internet**[236].

E Schulen des Gesundheitswesens

„Diese Einrichtungen vermitteln die Ausbildung für nicht akademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen, Masseure, Ergotherapeuten, medizinische Bademeister u. a. m.). Die Aufnahmebedingungen sind je nach Berufswahl recht unterschiedlich. In der Regel erfolgt die Aufnahme in diese Einrichtungen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der Schulpflicht. Vorausgesetzt wird deshalb bei nahezu allen Berufen eine einschlägige Berufsausbildung oder der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt" (Statistisches Bundesamt 2009). Schulen des Gesundheitswesens unterstehen i. d. R. der Aufsicht der Gesundheitsministerien der Länder.

Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder

„In einigen Ländern findet die Ausbildung in Gesundheitsdienstberufen (unterhalb der akademischen Ebene) nicht in Schulen des Gesundheitswesens, sondern in Berufsfachschulen und Fachschulen statt" (Statistisches Bundesamt 2009).

Insgesamt setzt sich der Trend eines – wenn auch von Jahr zu Jahr nur leichten – Anstiegs bei den Schülerzahlen an Schulen des Gesundheitswesens fort. Seit 1998/1999 (120.847 Schüler/-innen) entwickelte sich die Anzahl der Schüler zunächst rückläufig und hatte ihren Tiefpunkt mit 111.778 im Jahr 2001/2002 erreicht. Seither stieg die Schülerzahl wieder stetig an und befindet sich 2008/2009 recht deutlich über dem Niveau von 1998/1999. Der Anteil von Mädchen und jungen Frauen ist bei einer Ausbildung an Schulen des Gesundheitswesens aufgrund der geschlechtsspezifischen Berufswahl traditionell hoch. So lag der Anteil junger Männer im Schuljahr 2008/2009 lediglich bei rund 21%. Mädchen und junge Frauen sind dementsprechend mit rund 79% deutlich überrepräsentiert. Diese Entwicklung wurde 2008/2009 insofern noch verstärkt, als die Anzahl der Schüler an Schulen des Gesundheitswesens leicht abgenommen (2007/2008: 26.035 vs. 2008/2009: 25.691) und die der Schülerinnen leicht zugenommen hat (2007/2008: 97.767 vs. 2008/2009: 98.569).

Neben den Schulen für das Gesundheitswesen werden Ausbildungen zu den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen unterhalb der akademischen Ebene aufgrund des unterschiedlich strukturierten föderalen Schulsystems auch an Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder E durchgeführt.

Im Gegensatz zu den Schülerzahlen an Schulen des Gesundheitswesens ist die Anzahl der Schüler/-innen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen an Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder nach einem Anstieg bis zum Schuljahrgang 2004/2005 (113.229 Schüler/-innen) seither stetig bis auf nunmehr 98.954 im Schuljahrgang 2008/2009 gesunken → **Schaubild A6.3-1**.[237] Im Vergleich zum Vorjahr (2007/2008: 103.410 Schüler/-innen) ergibt sich daraus ein Rückgang um -4,3%. An den Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder im Bereich der Ausbildung zu Gesundheitsfachberufen ist aufgrund

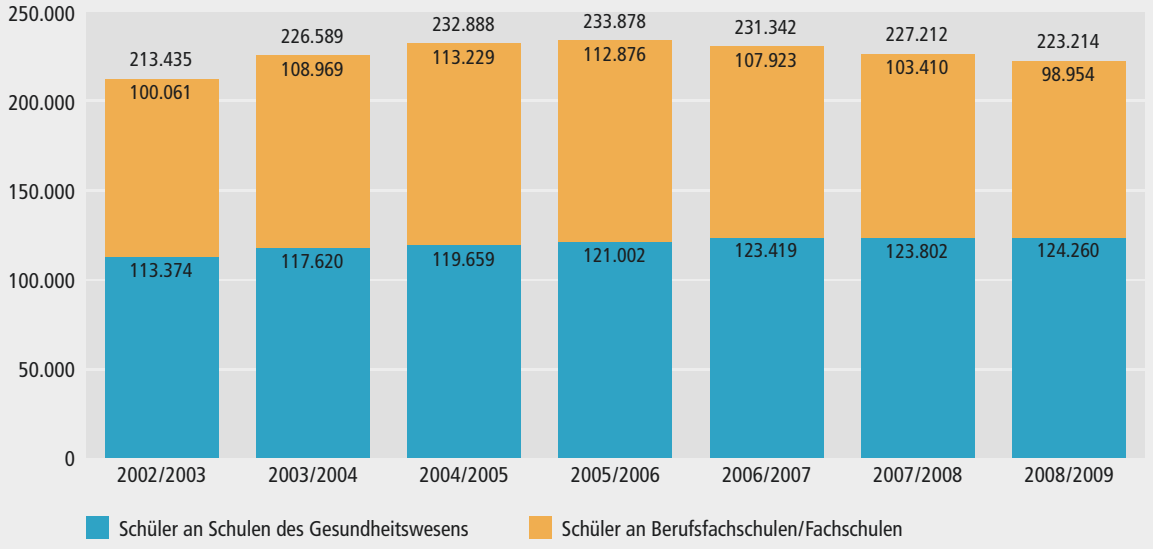
234 In das vorliegende Kapitel wurde ein Textbeitrag des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) aufgenommen.

235 Vgl. BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Kapitel 6.3.

236 Siehe **www.bibb.de/datenreport2010**.

237 Da der Umfang der einbezogenen Berufe in diesem Jahr erweitert wurde und sich nun stärker an der Einteilung des Statistischen Bundesamtes orientiert, sind die aufgeführten Schülerzahlen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen an Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder nicht mit den Vorjahreszahlen vergleichbar. Die im → **Schaubild A6.3-1** aufgeführten Daten wurden auf der Basis der neuen Einteilung für die vergangenen Jahre rekonstruiert.

Schaubild A6.3-1: **Anzahl der Schüler/-innen in Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens im Zeitverlauf (2002/03–2008/09)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Bildung und Kultur, Berufliche Schulen, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

der geschlechtsspezifischen Berufswahl die Schieflage zwischen Männern und Frauen sogar noch etwas stärker ausgeprägt als an den Schulen des Gesundheitswesens. Unter den Schülern befanden sich im Jahrgang 2008/2009 lediglich rund 18% Jungen und junge Männer.

Für die differenzierte Betrachtung einzelner Berufe werden die Schülerzahlen aus den Schulen des Gesundheitswesens sowie den Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder summiert **→Tabelle A6.3-1 Internet**. Hiernach ergibt sich im Vergleich zum Jahrgang 2007/2008 insgesamt ein Rückgang der Schülerzahl von 227.212 auf 223.214 (-1,8%), der ausschließlich auf die Entwicklung an den Berufsfachschulen und Fachschulen zurückzuführen ist.

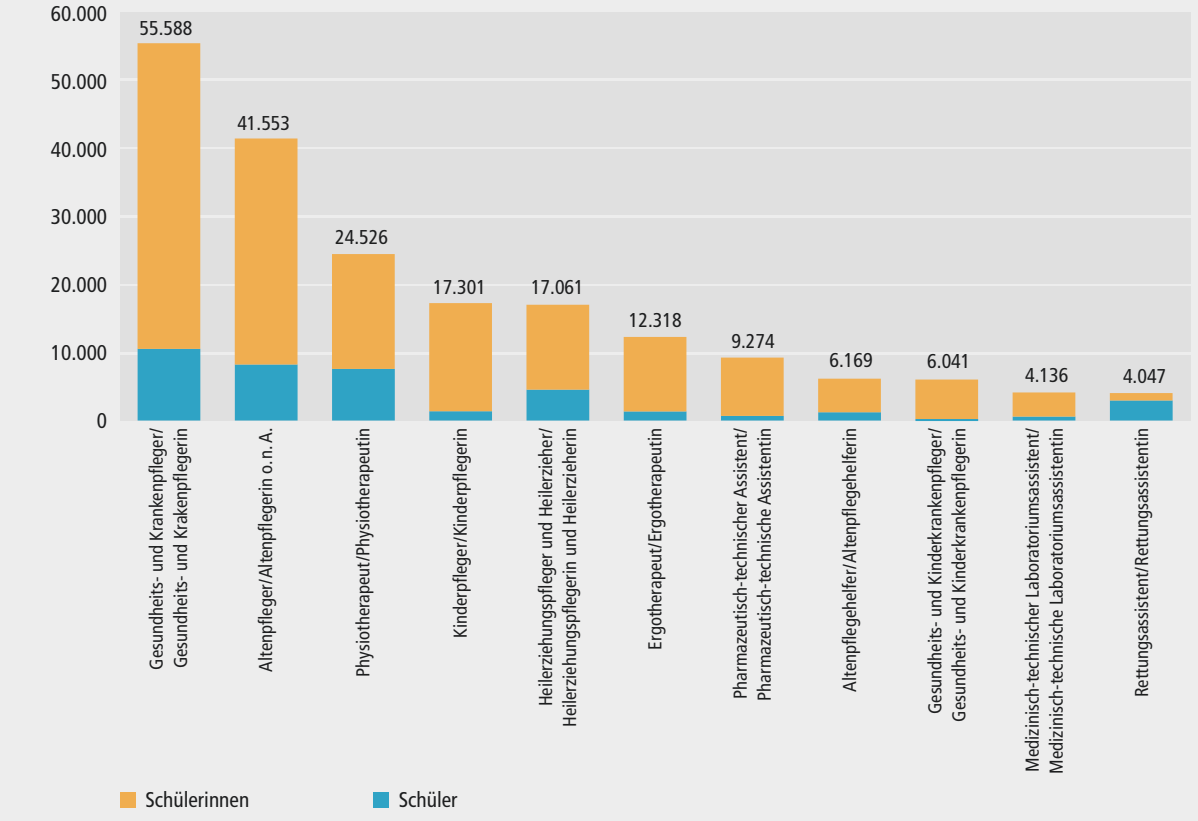
Die Zahl der Schüler/-innen in der Gesundheits- und Krankenpflege hat – wie im Vorjahr – nicht weiter abgenommen, sondern ist mit 55.588 in etwa gleich geblieben. In der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege scheint der seit vier Jahren zu verzeichnende leichte Rückgang – von 6.150 im Vorjahr auf 6.041 Schülerinnen und Schüler in diesem Schuljahr – geringfügiger zu werden.

Bei der seit dem 1. Januar 2004 von der Bundeszuständigkeit in die Zuständigkeit der Länder übergegangenen Ausbildung in der Krankenpflegehilfe ist – nach einem deutlichen Rückgang im Schuljahr 2004/2005 und einem leichten Anstieg in den folgenden Jahren – in diesem Jahr eine etwa gleichbleibende Schülerzahl zu verzeichnen.

Ein leichter Anstieg zeigt sich bei der Entwicklung der Schüler/-innen, die sich in der Ausbildung zum Altenpfleger/zur Altenpflegerin befinden. Mit nunmehr 41.553 erhöhte sich 2008/2009 die Schülerzahl um 449 (+1%). Zudem ist die Zahl der Neueintritte in eine Altenpflegeausbildung, die bis zum Schuljahr 2006/2007 rückläufig war, im Berichtszeitraum erneut angestiegen. Ganz anders gestaltet sich hingegen die Situation bei der Anzahl der Schüler/-innen in der Ausbildung zum Ergotherapeuten/zur Ergotherapeutin. Die Schülerzahl ist hier im Vergleich zum Vorjahr um -1.024 auf 12.318 gesunken. Dies bedeutet eine Abnahme um -8%.

Eine Abnahme der Schülerzahl ist ebenfalls bei der Ausbildung zum Physiotherapeuten/zur Physiotherapeutin zu verzeichnen. Hier sank die Anzahl der

Schaubild A6.3-2: **Anzahl der Schüler/-innen in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des Gesundheitswesens nach Geschlecht**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Bildung und Kultur, Berufliche Schulen, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schüler/-innen um 561 auf 24.526 (-2 %). Auffällig hier ist, dass 31 % in diesem Ausbildungsberuf Jungen und junge Männer sind. Prozentual mehr Jungen und junge Männer finden sich nur noch bei der Ausbildung zum Masseur und medizinischen Bademeister (37 %). Eine Ausnahme bildet noch die Ausbildung zum Rettungsassistenten. Dies ist der einzige Ausbildungsgang im Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienstberufe, in dem Jungen und junge Männer häufiger als Mädchen und junge Frauen vertreten sind. Insgesamt 73 % der 4.047 Schüler/-innen in diesem Bereich sind männlich → **Schaubild A6.3-2**.

Auch bei den quantitativ schwächer besetzten Sozial- und Gesundheitsdienstberufen sind nur leichte Veränderungen der Schülerzahlen festzustellen. So setzt sich beispielsweise bei der Ausbildung zum Podologen/zur Podologin und zum Logopäden/zur Logopädin die Entwicklung eines leichten Anstiegs der Schülerzahlen fort. Eine Ausnahme bildet der medizinisch-technische Assistent/die medizinisch-technische Assistentin. Hier hat sich die Anzahl der Schüler/-innen beinahe verdreifacht (2007/2008: 58 Schüler/-innen vs. 2008/2009: 152 Schüler/-innen). Insgesamt ist die Situation bei der Ausbildung in den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen im Vergleich zum Vorjahr recht ähnlich.

(Stephan Kroll)

A6.4 Ausbildung im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst werden nicht nur spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, sondern auch Berufe, die bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern eingetragen werden, und Berufe des Gesundheitswesens ausgebildet. In der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes zählen darüber hinaus auch Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare zum Personal in Ausbildung.

Nach dieser erweiterten Definition befanden sich am 30. Juni 2008 (Stichtag) 192.900 Personen in einer Ausbildung im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform). 86.500 Personen absolvierten ihre Ausbildung in einem Beamtenverhältnis. 23.200 hatten einen Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums oder im Anschluss an ein solches abgeschlossen, ohne in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Für die übrigen Ausbildungsberufe wurden 83.100 Auszubildende gemeldet **E**. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausbildungen nach dem BBiG sowie für Gesundheitsfachberufe. Bei den folgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Auszubildende“ nur der zuletzt genannte Personenkreis berücksichtigt.

E **Ausbildung im öffentlichen Dienst**

Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist nicht mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Ausbildungsbereichen vergleichbar, da Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließt, diesen Bereichen zugerechnet werden → **vgl. Kapitel A1.1 und A5.3**.

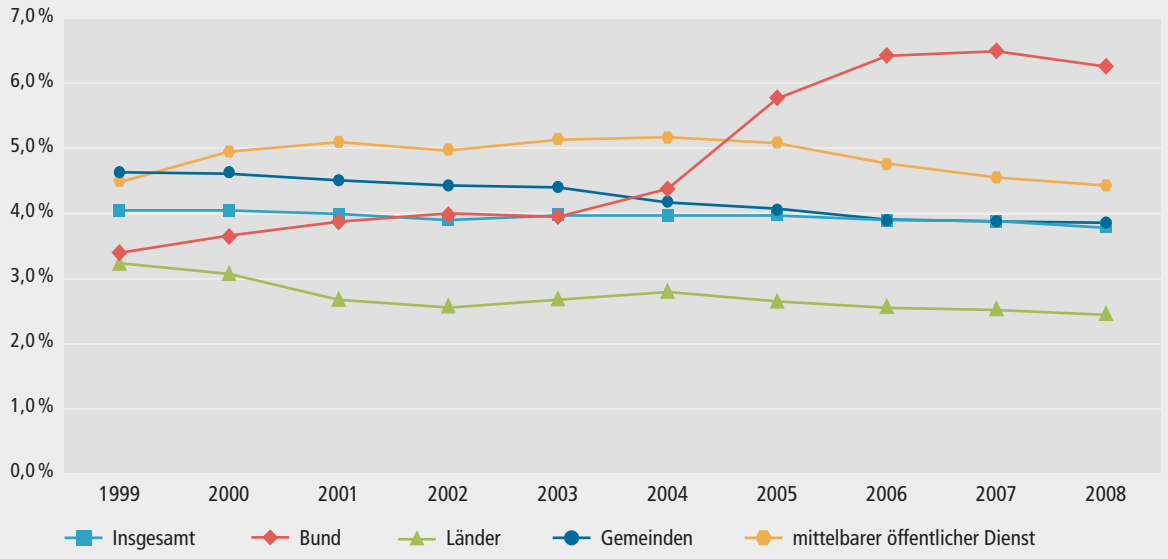
Hinsichtlich der Ausbildungsquoten ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Erhebungsstichtags der Personalstandsstatistik zum 30. Juni die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben wird. Zu diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten. Aus der Statistik des Bundesministeriums des Innern zur Ausbildungsleistung des Bundes ergibt sich für die Stichtage 15. Oktober 2008 und 15. Oktober 2009 eine Ausbildungsquote von jeweils 7,6 %.

Setzt man die 83.100 Auszubildenden ins Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erhält man eine Ausbildungsquote von 3,8 %. Relativ viele Ausbildungsverhältnisse gab es beim Bund mit einer Quote von 6,4 %. Bei den Ländern lag die Quote nur bei 2,5 %, bei den Gemeinden (einschl. Zweckverbänden) bei 3,9 % und im mittelbaren öffentlichen Dienst bei 4,4 %.

Insgesamt war die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst in den letzten 10 Jahren relativ konstant → **Schaubild A6.4-1**. Dabei gab es jedoch Verschiebungen zwischen den verschiedenen Bereichen. Während bei den Ländern und bei den Gemeinden ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, hat die Ausbildungsoffensive beim Bund zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungsquote geführt. Seit 1999 hat sich die Quote hier fast verdoppelt. Der Rückgang im kommunalen Bereich ist nicht zuletzt auf die Ausgliederung kommunaler Krankenhäuser aus dem öffentlichen Dienst zurückzuführen, da diese einen relativ hohen Ausbildungsanteil aufweisen. Mitte 2008 befanden sich 16.700 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes in Krankenhäusern, Universitätskliniken und Pflegeeinrichtungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Krankenhäuser, die in privater Rechtsform z. B. als GmbH betrieben werden, nicht zum öffentlichen Dienst zählen, selbst wenn sie sich vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. So gab es weitere 18.600 Auszubildende in privatrechtlichen Krankenhäusern, die mehrheitlich öffentlichen Arbeitgebern gehörten.

Mit einem Anteil von 61,3 % waren die Frauen bei den Auszubildenden im öffentlichen Dienst deutlich in der Mehrheit. In den letzten 10 Jahren gab es einen leichten Rückgang, der ebenfalls teilweise auf die Ausgliederung von Krankenhäusern zurückzuführen ist. Im Jahr 1999 hatte der Frauenanteil noch bei 66,3 % gelegen.

Schaubild A6.4-1: **Entwicklung der Ausbildungsquoten[1] im öffentlichen Dienst**



[1] Auszubildende ohne Beamtenausbildung und Ausbildung im Rahmen oder im Anschluss an ein Hochschulstudium im Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Quelle: Statistisches Bundesamt

In den fünf neuen Bundesländern waren Mitte 2008 13.500 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes angesiedelt; 69.600 befanden sich im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin[238]. Damit ist die Ausbildungsplatzquote in den neuen Ländern mit nur 3,0 % deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet, wo die Quote bei 4,0 % lag.

(Statistisches Bundesamt)

238 Das Land Berlin wird hier den alten Ländern zugeordnet.

A7 Angebote für bestimmte Zielgruppen

Die schulische Vorbildung der Auszubildenden im dualen System reicht von Personen ohne einen allgemeinbildenden Schulabschluss bis zu Personen mit Studienberechtigung → vgl. Kapitel A5.5. Angebote für leistungsschwächere Jugendliche auf der einen sowie für leistungsstärkere Jugendliche auf der anderen Seite kennzeichnen dabei die besondere Integrationsfähigkeit des dualen Systems. Durch „Regelangebote und Programme der Benachteiligtenförderung“ → Kapitel A7.1 erhalten junge Menschen, die im Übergang von der Schule in den Beruf benachteiligt sind, eine besondere Förderung. Duale Studiengänge → Kapitel A7.2 richten sich dagegen an Jugendliche mit Studienberechtigung und bauen auf einer Kombination der Lernorte Betrieb und Hochschule auf, wobei ausbildungsintegrierende Studiengänge einen Ausbildungsvertrag voraussetzen.

A7.1 Regelangebote und Programme der Benachteiligtenförderung

Benachteiligtenförderung E bezeichnet Förderangebote für junge Menschen, die im Übergang von der Schule in den Beruf, im Wettbewerb um Ausbildungsplätze, um Existenzsicherung, um Lebenschancen und Entwicklungsperspektiven benachteiligt sind und deshalb besonderer Förderung bedürfen. Angesiedelt sind die Bildungs-, Qualifizierungs- und Förderangebote im Schnittbereich von Arbeitsmarkt, Bildung und Jugendhilfe. Die Maßnahmen werden öffentlich finanziert und z. T. durch Auftragnehmer (bspw. Bildungsträger) umgesetzt. Sie sind durch unterschiedliche gesetzliche Grundlagen[239] geregelt und auf verschiedenen Verantwortungsebenen angesiedelt.

E Benachteiligtenförderung

Der Begriff Benachteiligtenförderung bezeichnete zunächst das Konzept der „sozialpädagogisch orientierten Berufsausbildung“, das der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) und den ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) zugrunde liegt. Dieses Konzept verbindet sozial- und berufspädagogische Denk- und Handlungsansätze sowie allgemeinbildende Inhalte.

Heute wird der Begriff erweitert; das Handlungsfeld der Benachteiligtenförderung umfasst das gesamte Spektrum der Angebote, die sich an Jugendliche mit Förderbedarf wenden. In der Entwicklung der Benachteiligtenförderung hat sich der Blick zunächst mehr auf die einzelne Person gerichtet; aktuell rücken auch strukturelle Probleme als Ursachen von Benachteiligung stärker in den Blick.

Als „benachteiligt“ werden jene jungen Menschen betrachtet, die im Vergleich zu ihren Altersgenossen bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen im Nachteil sind; meist verfügen sie nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule über keinen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Benachteiligungen können z. B. entstehen im Zusammenhang mit der Familiensituation und des sozialen Umfeldes, aufgrund der ethnisch-kulturellen Herkunft sowie geschlechtsspezifischer Unterschiede.

Eine explizite Definition ist für die Zielgruppe der Benachteiligtenförderung nicht möglich, da der Begriff nicht objektiv gefasst werden kann, sondern immer im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse steht und davon ausgehend betrachtet werden muss. Zu wesentlichen Bedingungsfaktoren zählt die jeweilige Situation des bestehenden Angebots des (regionalen) Ausbildungs- und Arbeitsmarktes.

Die geförderten Zielgruppen variieren je nach gesetzlicher Grundlage bzw. entsprechend den Förderrichtlinien der jeweiligen Regelangebote sowie Modellprogramme. Nach wie vor setzen viele Programme (z. B. die Angebote der Bundesagentur für Arbeit zur Berufsvorbereitung und Berufsausbildung) für eine Förderung die Feststellung individueller Benachteiligungen voraus, z. B. eine soziale Benachteiligung, kein Hauptschulabschluss oder ein Migrationshintergrund. Andere Angebote, insbesondere in der Berufsorientierung, wenden sich an ein breiteres Spektrum von Zielgruppen (Hauptschülerinnen und Hauptschüler) oder präventiv an alle Jugendlichen. In Abgrenzung zu behinderten Menschen gilt für benachteiligte Jugendliche nicht, dass sie einen eindeutigen Rechtsanspruch auf Leistungen haben.

Über die subjektive Fördernotwendigkeit einzelner junger Menschen hinaus wird die Entwicklung der Teilnehmerzah-

239 Die Zuständigkeiten für die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen ist derzeit auf die Sozialgesetzbücher (SGB) II, III und VIII verteilt.

Tabelle A7.1-1: **Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit**

<table>
<tr><th>Berufsorientierung</th><th>Berufsvorbereitung</th><th>Berufsausbildung</th><th>Berufliche Nachqualifizierung, sonstige Qualifizierung</th></tr>
<tr><td>Erweiterte Berufsorientierung</td><td>Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)</td><td>Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)</td><td>Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer</td></tr>
<tr><td>Vertiefte erweiterte Berufsorientierung</td><td>Einstiegsqualifizierung (EQ)</td><td>Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)</td><td rowspan="2">Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandvariante) mit Qualifizierungsanteil</td></tr>
<tr><td>Berufseinstiegsbegleitung</td><td>Aktivierungshilfen</td><td>Ausbildungsbonus</td></tr>
<tr><td></td><td colspan="2">Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung</td><td></td></tr>
</table>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2008. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Zusammenstellung des BIBB

len in der Benachteiligtenförderung beeinflusst durch die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schule, durch das jeweilige Angebot an Ausbildungsplätzen der (dualen) Berufsausbildung sowie durch den unterschiedlichen Einsatz von Fördermitteln.

Ziel der Benachteiligtenförderung ist es, allen jungen Menschen eine abgeschlossene Berufsausbildung zu ermöglichen.

Die Angebote im Rahmen der Benachteiligtenförderung lassen sich ordnen nach

- *Handlungsfeldern:* Berufsorientierung, schulische und außerschulische Berufsvorbereitung, betriebliche und außerbetriebliche Berufsausbildung, Nachqualifizierung;
- *Akteuren und ihren gesetzlichen Grundlagen:* Bundesagentur für Arbeit (SGB III), Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe (SGB VIII)[240], Berufsschulen und allgemeinbildende Schulen (Schulgesetze der Länder) sowie Träger der Grundsicherung (SGB II);
- *Verantwortungsebenen:* Bundes-, Landes- oder kommunale Ebene.

Die Unterstützung junger Menschen von der Schule in den Beruf wird in vier Handlungsfeldern umgesetzt:

- ***Berufsorientierung***
  Schülerinnen und Schüler i. d. R. ab Klasse 7 erhalten Gelegenheiten, sich intensiv auf ihre Berufswahl vorzubereiten, indem sie ihre Talente und Interessen praktisch erproben, sich mit eigenen Kompetenzen auseinandersetzen, die Anforderungen der Arbeitswelt und einzelner Berufe kennenlernen und eigene Wege planen. Finanziert werden diese Angebote u. a. durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) und Mittel der Kultusministerien, z. T. unter Verwendung von ESF-Mitteln, Angebote für spezifische Zielgruppen auch über die Jugendberufshilfe.

- ***Berufs(ausbildungs)vorbereitung***
  Die Berufs(ausbildungs)vorbereitung (BBiG § 1, 68 ff.) vermittelt Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit und soll an eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf heranführen, z. B. durch inhaltlich und zeitlich abgegrenzte Lerneinheiten (Qualifizierungsbausteine[241]). Berufs(ausbildungsvorbereitung) wird von unterschiedlichen Verantwortlichen angeboten:
  - als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (Grundlage:

240 Im Rahmen der Jugendhilfe werden sozialpädagogische Hilfen angeboten, die die schulische und berufliche Ausbildung sowie deren Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern, soweit dies nicht durch Maßnahmen und Programme anderer Träger und Organisationen sichergestellt wird (§ 13 KJHG, Jugendsozialarbeit). Zielgruppe sind junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind.

241 Im Oktober 2009 sind 524 Qualifizierungsbausteine (BBiG) in der Datenbank des Good Practice Centers (GPC) des BIBB dokumentiert, **www.good-practice.de/bbigbausteine/**.

SGB III), die bei Trägern, z. T. auch in Betrieben, stattfindet;
- in berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Schulgesetze der Länder (z. B. als Berufsvorbereitungsjahr – BVJ)[242];
- als ergänzende Angebote der Jugendhilfe (SGB VIII), z. B. in Jugendwerkstätten.

- ***Berufsausbildung***
  Die betriebliche Ausbildung kann durch ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) unterstützt werden. Diejenigen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben, können ihre Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE) absolvieren. In beiden Fällen führen Bildungsträger die Maßnahmen durch, die von der BA finanziert werden.

- ***Berufliche Nachqualifizierung und sonstige Qualifizierung***
  Qualifizierungsangebote und Nachqualifizierungsprogramme[243] wenden sich an junge Erwachsene, die über Arbeitserfahrung verfügen, aber noch keinen Berufsabschluss erworben haben. Je nach gesetzlicher Grundlage können sie in Betrieben, bei Bildungsträgern oder Einrichtungen der öffentlichen Hand stattfinden.

Darstellung der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Die folgende Beschreibung der Regelangebote im Rahmen der Benachteiligtenförderung → **Tabelle A7.1-1** bezieht sich ausschließlich auf die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und baut auf den Darstellungen im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 auf. Die Neuerungen, Veränderungen und Ergänzungen gem. der veränderten Rechtslage 2009 werden in den Vordergrund gestellt.

Aufgeführt werden im Folgenden zum einen Bildungs-, Qualifizierungs- und Förderangebote, die auf die spezifische Zielgruppe benachteiligter junger Menschen konzipiert sind, darüber hinaus aber auch solche, die von einem breiteren Spektrum von Jugendlichen genutzt werden können (bspw. die „vertiefte erweiterte Berufsorientierung“).

Die einzelnen Angebote werden entlang der *vier Handlungsfelder* aufgeführt, Hinweise auf Akteure, gesetzliche Grundlagen und Verantwortungsebenen sind jeweils enthalten.

1. Handlungsfeld Berufsorientierung

Die Berufsorientierung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. In fast allen Bundesländern sind Landesprogramme zusätzlich zu bereits bestehenden kommunalen, regionalen und landesweiten Aktivitäten entstanden.

Dabei entwickelt sich die Berufsorientierung zu einer Schnittstelle zwischen Benachteiligtenförderung und Schulpädagogik. Durch präventive Angebote (flankiert durch Kompetenzfeststellung, individuelle Förderung, Berufswahlvorbereitung, Praxisverknüpfung, Arbeitsweltkontakte, Kooperation mit externen Lernorten) werden Jugendliche frühzeitig darauf vorbereitet, ihre Aufgaben im Übergang Schule – Beruf zu bewältigen. Diese Schwerpunktsetzung soll dazu beitragen, den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern.

Vertiefte Berufsorientierung (§ 33 SGB III) und erweiterte vertiefte Berufsorientierung (§ 33 i. V. m. § 421q)

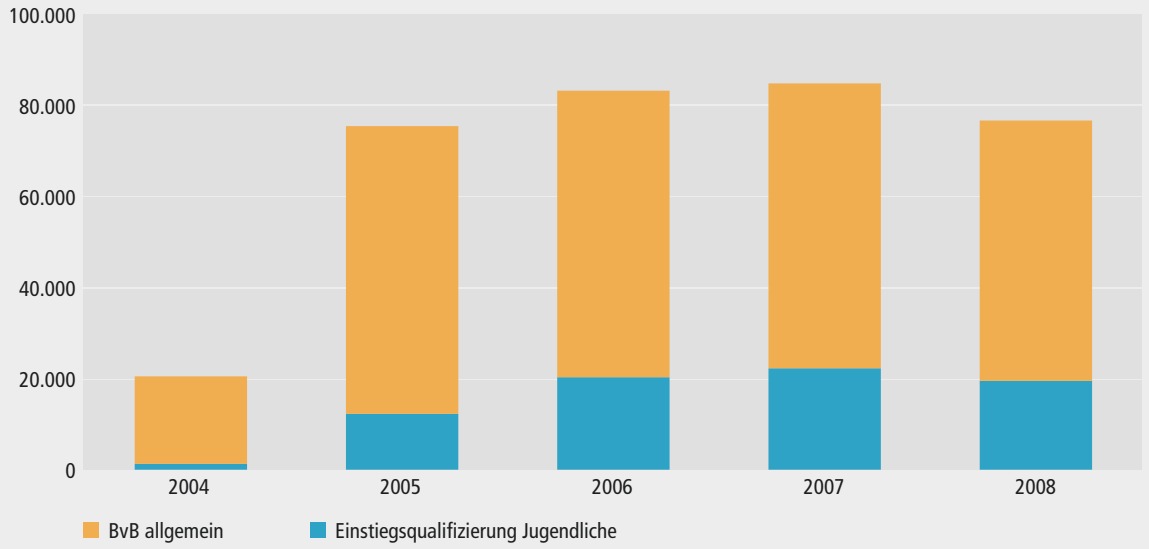
Berufsorientierung als verpflichtende Aufgabe der BA wird um die „vertiefte Berufsorientierung“ und die „erweiterte vertiefte Berufsorientierung“ ergänzt. Letztere wurde 2007 mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen“ eingeführt, vielfach richten sich beide Angebote der Berufsorientierung aber an Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Jahrgänge an den beteiligten Schulen, insbesondere an Haupt-, Real- und Gesamtschulen.

Vertiefte Berufsorientierung (VBO) in allgemeinbildenden Schulen setzt sich aus verschiedenen Elementen

242 Schulische Angebote der Berufsvorbereitung sind im → **Kapitel A6.1** aufgeführt.

243 Zur Nachqualifizierung siehe auch → **Kapitel B3.4**.

Schaubild A7.1-1: **Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand)**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Ausgewählte Maßnahmen. September 2009 und Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahre 2007 bis 2008. Förderung der Berufsausbildung

zusammen: umfassende Information zu Berufsfeldern, Interessenerkundung, Eignungsfeststellung/Kompetenzfeststellung, Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung, fachpraktische Erfahrungen im Betrieb, Reflexion eigener Eignung, Neigungen und Fähigkeiten sowie verbesserte Selbsteinschätzung, Realisierungsstrategien sowie sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung. VBO nach § 33 SGB III muss in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden und ist auf maximal vier Wochen begrenzt.

Mit der *erweiterten vertieften Berufsorientierung* wurde die Möglichkeit geschaffen, Berufsorientierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und innerhalb des Unterrichts durchzuführen. Damit besteht auch die Möglichkeit, Elemente modular zu bündeln und kontinuierliche Maßnahmen anzubieten, die das ganze Schuljahr begleiten. Gefördert werden kann nur, wenn sich Dritte mit mindestens 50 % beteiligen, z. B. Land, Kommune, Kammern, Schulen, Fördervereine der Schulen, Betriebe.

Die (erweiterte) VBO aussagekräftig zu quantifizieren ist äußerst schwierig, denn hier werden unterschiedliche Aktivitäten zusammengefasst: einmalige Veranstaltungen mit vielen Schülerinnen und Schülern ebenso wie langfristigere Angebote analog zu Maßnahmen. Der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) für die vertiefte und erweiterte vertiefte Berufsorientierung wird für 2008 mit 26.606 angegeben (Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 10).

Berufseinstiegsbegleitung (SGB III § 421s)

Im Rahmen einer modellhaften Erprobung unterstützen Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter derzeit Schülerinnen und Schüler von 1.000 ausgewählten Schulen[244] beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung. Ausgewählt wurden Schulen, die zum Hauptschulabschluss führen, insbesondere Förder- und Sonderschulen und Schulen mit hohem Migrationsanteil. Aufgabe der Berufseinstiegsbegleitung ist es, Jugendliche beim erfolgreichen Abschluss der allge-

244 Die Auswahl der Schulen kann eingesehen werden unter: **www.bmas.de/portal/29378/property=pdf/2008_11_04_liste_der_schulen_mit_berufseinstiegsbegleitung.pdf**

meinbildenden Schule, bei der Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche sowie bei der Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses zu unterstützen.[245]

Ab 2008 umfasste die Förderung nach Auskunft der BA 23.665 Plätze, davon 15.725 ab Februar 2009 (Thate 2009, S. 14).

2. Handlungsfeld Berufsvorbereitung

Die Maßnahmen der Berufsvorbereitung haben in den letzten Jahren eine erhebliche Ausweitung erfahren, u. a. wurde hier die stark gestiegene Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger bei z. T. rückläufigem Ausbildungsstellenangebot aufgefangen. Die Zahl der Jugendlichen, die in eine berufsvorbereitende Maßnahme einmündeten, hatte sich in den Jahren 1992 bis 2007 mehr als verdoppelt (vgl. BIBB-Datenreport 2009, S. 95).

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (SGB III § 61)

Seit dem 1. Januar 2009 besteht mit dem neuen Paragrafen 61a SGB III der Rechtsanspruch, den Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (BvB) nachzuholen. Mit der Überarbeitung des Fachkonzepts, das die Grundlage der BvB bildet, wurden eine Reihe weiterer Änderungen vorgenommen. Zur Zielgruppe gehören – unabhängig von der erreichten Schulbildung – Jugendliche und junge Erwachsene, sofern sie ohne berufliche Erstausbildung sind, ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt und in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder deren Vermittelbarkeit am Ausbildungsmarkt durch die weitere Förderung verbessert werden kann. Mit den BvB wird vorrangig die Vorbereitung und Eingliederung in Ausbildung angestrebt. Wenn sich im Maßnahmeverlauf herausstellt, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann, erfolgt die Vorbereitung auf die Aufnahme einer Beschäftigung.

Die maximale individuelle Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu zehn Monate, Ausnahmen betreffen junge Menschen mit Behinderung und junge Menschen, die ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen.

Nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 jeweils rund 63.000 Teilnehmende im Rahmen der BvB allgemein gefördert worden waren **→ Schaubild A7.1-1**, ging der JD-Bestand im Jahr 2008 auf 57.211 zurück (Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 10) **→ Schaubild A7.1-1**.

Aktivierungshilfen für Jüngere (SGB III § 46 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)

Im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung richten sich Aktivierungshilfen an Jugendliche, die z. B. für eine Förderung im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen (noch) nicht in Betracht kommen, z. B. aufgrund vielfältiger und schwerwiegender Hemmnisse insbesondere im Bereich Motivation/Einstellungen, Schlüsselqualifikationen und sozialer Kompetenzen (Bundesagentur für Arbeit 2009f, S. 3 f.). Als Zielgruppe kommen nur jene junge Menschen in Betracht, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, über keine berufliche Erstausbildung verfügen und wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht eingegliedert werden können. Zielsetzung ist, die Personen für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und sie zu stabilisieren. Dies soll vorrangig durch intensive Sozial- und Netzwerkarbeit sowie die Einbindung in projektbezogenes Arbeiten erreicht werden. Die Förderangebote sollen individuell abgestimmt Unterstützung im Berufswahlprozess, Suchtprävention, Schuldenprävention, Grundlagen gesunder Lebensführung, Sprachförderung sowie Bewerbungstraining beinhalten. Die individuelle Förderdauer beträgt in der Regel sechs Monate, eine Verlängerung bis zu zwölf Monaten ist möglich.

11.596 junge Menschen erhielten im Berichtsjahr 2008 Aktivierungshilfen (Eintritte) (Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 1).

245 Für die Berufseinstiegsbegleitung gilt eine befristete Regelung, letzter Eintritt in die Maßnahme ist der 31. Dezember 2011.

Einstiegsqualifizierung (SGB III § 235b)

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)[246] wurde zum 1. Oktober 2007 als Arbeitgeberleistung gesetzlich verankert (§ 235b SGB III). Sie soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein „Türöffner" (BMAS) in eine betriebliche Berufsausbildung sein. Arbeitgeber, die eine EQ durchführen, können durch Zuschüsse zur Vergütung bis zu einer Höhe von 212 € monatlich zuzüglich eines pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag des Auszubildenden gefördert werden. Eine EQ, die mindestens sechs, aber längstens zwölf Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Die Inhalte einer EQ orientieren sich an den Inhalten eines anerkannten Ausbildungsberufes.

Zur Zielgruppe gehören nicht vollzeitschulpflichtige junge Menschen unter 25 Jahren:

- Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach dem 30. September eines Jahres noch nicht in Ausbildung vermittelt sind;
- Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die noch nicht in vollem Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen;
- lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Seit dem 1. Januar 2009 ist die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ) auch im Bereich der Altenpflege vorgesehen.

Die Zielzahlen für die Einstiegsqualifizierung waren 2007 in Anlehnung an den Pakt für Ausbildung auf 40.000 pro Jahr erhöht worden (Deutscher Bundestag 2007). Daraufhin hatten die Maßnahmeplätze im selben Jahr leicht zugenommen. Der JD-Bestand für EQJ und EQ ging aber von 22.295 Plätzen im Jahr 2007 auf 19.526 im Jahr 2008 zurück.

Der Anteil der Einstiegsqualifizierung (EQJ und EQ) an der gesamten Berufsvorbereitung machte 2008 rd. 35 % aus (Reha-Maßnahmen ausgenommen). An einer EQ nahmen im Jahr 2008 im Jahresdurchschnitt 17.006 junge Menschen teil (Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 10). Es fällt auf, dass der Anteil der weiblichen Teilnehmer in EQ durchgängig höher liegt als in den BvB (allgemein). Sie waren in der EQ mit ca. 47 % vertreten, in den BvB dagegen nur mit ca. 43 % (Berechnungsgrundlage: Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 1). Damit setzt sich eine Tendenz der Vorjahre fort.

3. Handlungsfeld Berufsausbildung

Den größeren Teil der Förderung im Handlungsfeld Berufsausbildung macht die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) aus.

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (SGB III § 242 ff.)

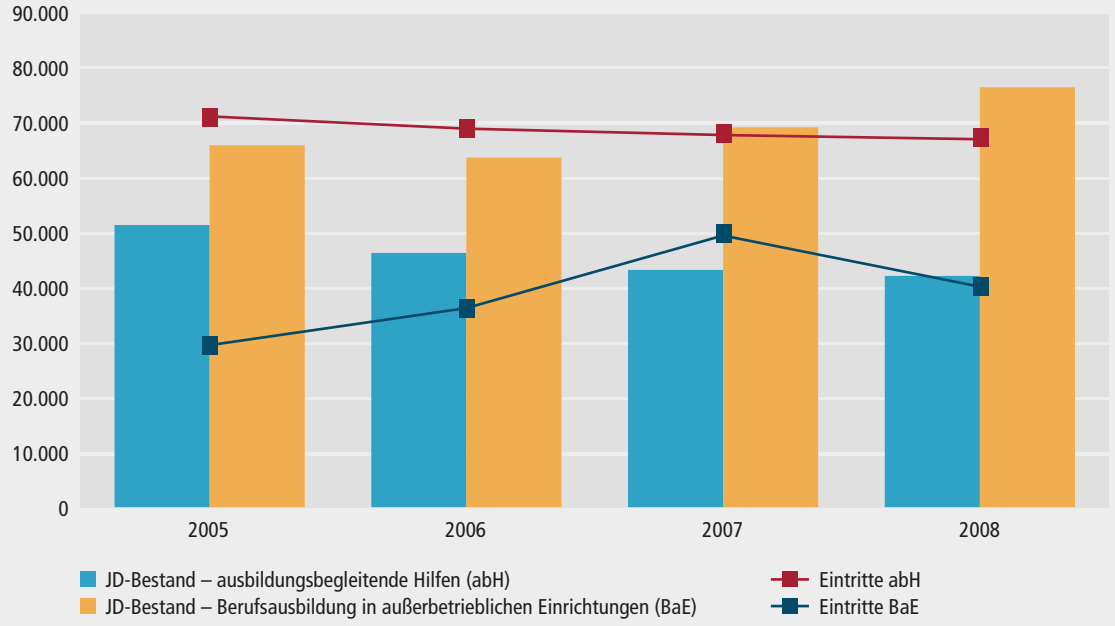
Für benachteiligte Jugendliche, bei denen eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und nach Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht erfolgreich ist, kann eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung gefördert werden. Seit dem 1. August 2009 kann auch nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung aussichtslos ist. Eine Benachteiligung braucht in diesem Fall nicht vorzuliegen. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insolvenz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein.

Im Jahr 2008 betrug der JD-Bestand für BaE 76.690 Auszubildende. Seit 2006 (63.857 Auszubildende) hat der JD-Bestand jährlich zugenommen. 2007 betrug er 69.364 und wuchs 2008 somit erneut an.

Im Jahr 2008 haben insgesamt 40.281 Auszubildende eine BaE begonnen. Damit ist seit 2007 ein Rückgang der Zugänge zu verzeichnen, nachdem die Anzahl der Auszubildenden von 2005 bis 2007 angestiegen war (Bundesagentur für Arbeit 2007a, 2007b, 2008, 2009a, jeweils Tabelle 1) → **Schaubild A7.1-2**.

246 Vormals Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ).

Schaubild A7.1-2: **Maßnahmen der Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahre 2005 bis 2008. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland

Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) (SGB III § 241)

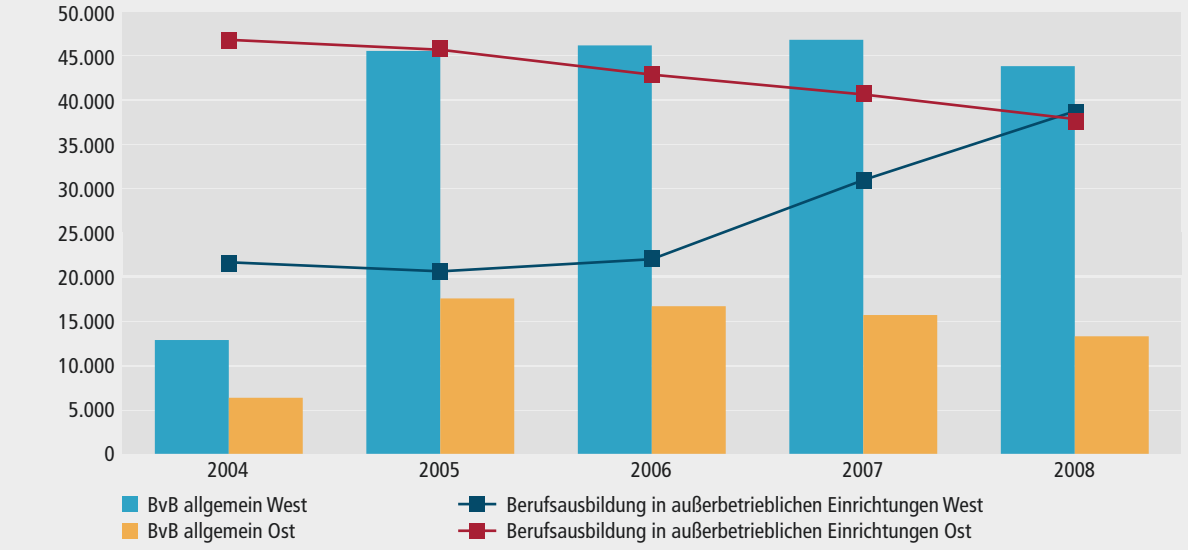
Benachteiligte Jugendliche können begleitend zu einer betrieblichen Berufsausbildung abH erhalten, wenn sie zusätzliche Unterstützung benötigen, ohne die der Ausbildungserfolg gefährdet wäre. AbH werden von Bildungsträgern im Auftrag der Agentur für Arbeit oder des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende angeboten. Unterstützt werden Maßnahmen, die über betriebs- und ausbildungsübliche Inhalte hinausgehen, z. B. Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie sowie sozialpädagogische Begleitung. Seit dem 1. August 2009 können diese nach Abbruch einer betrieblichen Berufsausbildung bis zur Aufnahme einer weiteren betrieblichen bzw. einer außerbetrieblichen Berufsausbildung oder nach erfolgreicher Beendigung bis zur Begründung oder Festigung eines Arbeitsverhältnisses fortgeführt werden; abH können seitdem auch bereits während einer Einstiegsqualifizierung erbracht werden.

Im Jahr 2008 betrug der JD-Bestand für abH 42.231 Teilnehmende. Diese Zahl hat seit 2005 (51.531 Teilnehmende) jährlich kontinuierlich abgenommen. Im Jahr 2008 haben 67.146 Personen abH erhalten (Zugänge). Im Jahr 2005 waren es noch 71.417 Teilnehmende; damit ist ein Rückgang der Zugänge zu verzeichnen, der sich kontinuierlich entwickelte (2006 = 69.124 Zugänge; 2007 = 67.931 Zugänge) (Bundesagentur für Arbeit 2007a, 2007b, 2008, 2009a, jeweils Tabelle 1).

Junge Frauen sind in beiden Maßnahmen – wie bereits in den Jahren zuvor – unterrepräsentiert: Sie stellten 2008 in BaE 37 %, in abH sogar nur 31 % der Teilnehmenden (Berechnungsgrundlage: Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 1).

Auffällige Unterschiede sind zwischen Ost- und Westdeutschland zu verzeichnen. In den östlichen Bundesländern ist der Bestand der BaE-Plätze seit 2004 durchgängig mehr als doppelt so hoch wie der Bestand bei BvB (JD-Bestand BaE Ost 2008: 37.782, BvB Ost: 13.309). In Westdeutschland liegt dagegen

Schaubild A7.1-3: **Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand, Ost-West-Unterschiede)**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Ausgewählte Maßnahmen. September 2009

die Zahl der BvB deutlich über den BaE-Bestandszahlen (JD-Bestand: BaE West 2008: 38.907, BvB West: 43.902), in den Vorjahren war die Differenz z. T. noch größer (Bundesagentur für Arbeit 2009b). Dieses macht deutlich, dass der Schwerpunkt einer öffentlichen Förderung im Westen stärker im Bereich der Berufsvorbereitung und im Osten mehr bei der außerbetrieblichen Berufsausbildung liegt → **Schaubild A7.1-3**.

Übergangshilfen (bisher SGB III § 241 Abs. 3)

Im Anschluss an BaE und abH konnten in den letzten Jahren Übergangshilfen gefördert werden. Ab dem 1. August 2009 sind sie als eigenständige Leistung weggefallen. 2008 wurden im Jahresdurchschnitt noch 428 Teilnehmende gefördert (Bundesagentur für Arbeit 2009a, Tabelle 1).

Ausbildungsbonus (SGB III § 421r)

Zu den Förderangeboten des Bundes gehört zusätzlich zu den dargestellten Regelangeboten auch der Ausbildungsbonus**,** ein einmaliger pauschaler Zuschuss für Unternehmen, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige junge Menschen schaffen oder Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen**.**

Im Jahr 2008 hatten Betriebe für 12.957 Ausbildungsstellen (Eintritte bzw. Bewilligungen) einen Ausbildungsbonus erhalten (Bundesagentur für Arbeit 2009c).

Handlungsfeldübergreifende Berufsvorbereitung/ Ausbildung

Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung (SGB III § 243 Abs. 1 und Abs. 2).

Zusätzlich zu einer Berufsvorbereitung im Betrieb können eine sozialpädagogische Begleitung und/oder organisatorische Hilfen in Anspruch genommen werden.

Ziel der *sozialpädagogischen Begleitung bei betrieblicher Berufsausbildungsvorbereitung (Abs. 1)* ist die Herstellung der individuellen Grundstabilität

bei Problemlagen sowie eines positiven Lern- und Arbeitsverhaltens der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Förderungsbedürftig sind lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne die Förderung einer Berufsausbildungsvorbereitung eine Einstiegsqualifizierung oder eine Berufsausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder erfolgreich beenden können.

Als *organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung (Abs. 2)* förderungsfähig sind Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitgebern mit bis zu 500 Beschäftigten bei administrativen und organisatorischen Aufgaben im Zusammenhang mit der betrieblichen Berufsausbildung, der Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz und der Einstiegsqualifizierung förderungsbedürftiger Jugendlicher. Die Förderung ist ausgeschlossen, wenn gleichartige Leistungen nach einem Bundes- oder Landesprogramm erbracht werden. Die Inhalte dieses Ausbildungsmanagements umfassen Unterstützungsleistungen zur Schaffung der Ausbildungsvoraussetzungen, die Prüfung der Berufseignung für Ausbildungsplätze und Unterstützungsleistungen ab Vertragsabschluss.

Sozialpädagogische Begleitung und Ausbildungsmanagement wurden 2008 im Jahresdurchschnitt 322-mal in Anspruch genommen (Bundesagentur für Arbeit 2009b).

4. Handlungsfeld: Nachqualifizierung/ sonstige Qualifizierung

Seit 1995 ist in Modellversuchen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und auf Landesebene eine Vielzahl von Modellen, Konzepten und Initiativen entwickelt worden. Entsprechende Strukturen für eine Förderung aufzubauen und Nachqualifizierung als eigenes Handlungsfeld zu etablieren ist das Ziel der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des aktuellen BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ (siehe dazu **→ Tabelle A7.1-2**).

Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer (SGB III § 421o)

Arbeitgeber können zur Eingliederung von jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die bei Aufnahme der Beschäftigung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Zuschüsse erhalten, wenn diese vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens sechs Monate arbeitslos (§ 119 SGB III) waren, nicht über einen Berufsabschluss verfügen und im Rahmen des Arbeitsverhältnisses qualifiziert werden. Inhalt der Qualifizierung soll die betriebsnahe Vermittlung von arbeitsmarktverwertbaren Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sein, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und auf einen beruflichen Abschluss vorbereiten können. Sie kann auch durch einen Träger durchgeführt werden, wenn eine Qualifizierung im Betrieb nicht möglich ist. Während der Förderdauer sind notwendige Maßnahmen zur sozialpädagogischen Begleitung im Sinne des § 243 Abs. 1 SGB III förderungsfähig (Bundesagentur für Arbeit 2009d).

Beim Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer waren 2008 insgesamt 493 Zugänge zu verzeichnen (Bundesagentur für Arbeit 2009b).

Arbeitsgelegenheiten (SGB II §§ 3, 16, Grundsicherung für Arbeitsuchende)

Die BA hat auf Grundlage der Änderungen des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Juli 2009 eine neue Arbeitshilfe zu den Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II herausgegeben. Damit wurden erstmals verbindliche fachliche Hinweise und Empfehlungen für die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten eingeführt. Danach sollen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH ME) nachrangig gegenüber Vermittlung in Arbeit, Ausbildung, Qualifizierung oder anderen Eingliederungselementen sein. Sie sollen an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranführen, die soziale Integration fördern und Beschäftigungsfähigkeit erhalten. Bis zum 31. Dezember 2009 kann übergangsweise auch auf den Hauptschulabschluss vorbereitet werden. AGH ME für Jugendliche sollen insbesondere mit Qualifizierungselementen gestaltet sein (z. B. Sprachkurse), diese sind bis zu einer Dauer

Tabelle A7.1-2: **Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Sonder- und Modellprogramme des Bundes 2008**

Förderzeitraum		Ziel	Zielgruppe	Größenordnung	Internet
BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten	04/2008–12/2010	frühzeitige, praxisbezogene Berufsorientierung zur Erleichterung des Übergangs Schule – Berufsausbildung	Sek. I Allgemeinbildende Schulen	15 Mio. € (jährlich), ca. 180 Projekte (Stand: Oktober 2009)	www.bibb.de/de/32010. htm
BMBF: JOBSTARTER –„Für die Zukunft ausbilden"	5. Förderrunde (bis 2013)	regionale Versorgung Jugendlicher mit Ausbildungsplätzen durch Förderung von Unternehmen für Ausbildung	Jugendliche mit und ohne Berufsausbildung, Unternehmen, Betriebe	125 Mio. €[1], bis Ende 2008 200 Projekte, 28.000 Ausbildungsplätze	www.jobstarter.de/
BMBF: JOBSTARTER CONNECT	2. Förderrunde (bis 2013)	Sicherung des Fachkräftebedarfs und Verbesserung des Übergangs in das duale Berufsausbildungssystem durch Ausbildungsbausteine	Akteure am Übergang Schule – Berufsausbildung	60 Mio. €, 27 Projekte in 1. Förderrunde	www.jobstarter.de/de/1208. php
BMBF: Lernen vor Ort	09/2009–2012 (Option für zweijährige Verlängerung)	Entwicklung von regionalen Bildungsmanagements zur Ermöglichung von lebenslangem, aufeinander abgestimmtem Lernen und erfolgreichem Bildungsbiografien	Akteure der Bildung, Bürgerinnen/Bürger	60 Mio. €, 106 Stiftungen unterstützen 40 ausgewählte Kommunen	www.lernen-vor-ort.info/
BMBF: Perspektive Berufsabschluss	01/2008–12/2012	Optimierung des Übergangsmanagements Schule – Ausbildung und Nachqualifizierung durch strukturelle Verbesserung der beruflichen Integrationsförderung	Benachteiligte Jugendliche, An- und Ungelernte	35 Mio. €, Förderinitiative 1: 27 Projekte Förderinitiative 2: 22 Projekte	www.perspektive-berufsabschluss.de/
BMFSFJ: Kompetenzagenturen	09/2008–09/2011	Verbesserung und Ausweitung von Unterstützungsleistungen für benachteiligte Jugendliche zur eigenständigeren Lebensführung	Benachteiligte Jugendliche mit multiplen Problemlagen	59 Mio. €, Kompetenzagenturen in knapp 200 Standorten[2]	www.kompetenzagenturen.de/
BMFSFJ: Schulverweigerung – die 2. Chance	09/2008–09/2011 (2. Förderrunde)	Programm reintegriert Schulverweigerer in Schulen, erhöht so ihre Chancen auf Schulabschluss	(potenzielle) Schulverweigerer, Eltern, Lehrkräfte	84 Mio. €, 194 Koordinierungsstellen	www.zweitechance.eu/content/neue_foerderperiode_ab_192008/willkommen/index_ger.html
BMVBS: Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)	2008–2015	Förderung von Projekten zur Beschäftigung, Bildung und Qualifizierung Stärkung der Ökonomie in Verbindung mit städtebaulichen Investitionen	Jugendliche, Langzeitarbeitslose	156 Mio. €	www.biwag.de/cln_016/sid_6B72B894F350F4DAF09F1B60C2A3D126/DE-1Programm/node.html?nnn = true

[1] Alle folgenden Angaben in dieser Spalte „Größenordnung" beziehen sich auf die gesamt Förderdauer.

[2] Bei den beiden Förderprogrammen „Kompetenzagenturen" und „2. Chance" sind Kofinanzierungen erforderlich, die aus kommunalen Mitteln (örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe) eingebracht werden müssen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Förderung der Berufsausbildung

von 8 Wochen zulässig; Praktika bei einem oder mehreren Arbeitgebern bis zu einer Dauer von 4 Wochen.

AGH ME sollen im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung als zweckmäßiges Modul einer ganzheitlichen Betreuungs- und Integrationsstrategie einen Teilschritt in einer Förderkette darstellen. Die Strategie soll individuell auf die Bedarfsgemeinschaft abgestimmt sein.

Für junge Menschen mit besonderen Problemlagen soll eine begleitende und möglichst umfassende sozialpädagogische Betreuung sichergestellt werden (Bundesagentur für Arbeit 2009e).

Im Jahr 2008 werden in den AGH U 25 ME mit Qualifizierungsanteil insgesamt 79.691 Zugänge an Teilnehmenden ausgewiesen (Bundesagentur für Arbeit 2009b).

Relevante Bundesprogramme im Kontext der Benachteiligtenförderung

Neben den Bildungs-, Förder- und Qualifizierungsangeboten, die im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt derzeit als Regelangebote angeboten werden, führen verschiedene Bundesministerien *Sonder- und Modellprogramme*[247] durch, die für den Bereich der Benachteiligtenförderung → **Tabelle A7.1-2** relevant sind. Diese Initiativen haben i. d. R. die Entwicklung strukturbildender Maßnahmen zum Ziel, um Rahmenbedingungen für die berufliche Integration zu verbessern. Diese Sonder- und Modellprogramme sind zeitlich begrenzt; ihre Durchführung ist in Programmrichtlinien beschrieben, die Durchführung beruht auf Projekt- bzw. Maßnahmeanträgen.[248]

(Ursula Bylinski, Petra Lippegaus-Grünau, Thomas Materna)

247 Eine ausführliche Übersicht findet sich unter **www.good-practice.de/1060.php**.
248 Die Förderprogramme der Länder sind einzusehen im Webportal LänderAKTIV (**www.laenderaktiv.de/**).

A7.2 Die Entwicklung dualer Studiengänge zwischen 2004 und 2009

Die ersten dualen Studiengänge E entstanden bereits 1974. Seitdem nahm das Angebot kontinuierlich zu. Heute gibt es bundesweit über 700 ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2009). Genauso wie das Angebot ist auch die Nachfrage nach dualen Studiengängen in den letzten sechs Jahren stetig gestiegen. In → **Tabelle A7.2-1** wird die Entwicklung des Angebots und der Nachfrage nach ausbildungs- und praxisintegrierenden dualen Studiengängen von 2004 bis 2009 dargestellt.

E Duale Studiengänge

Duale Studiengänge sind durch eine Kombination der Lernorte Betrieb und Hochschule bzw. Akademie gekennzeichnet. Unterschiede gibt es bei Art und Umfang der Praxisphasen. Dementsprechend erfolgt in der Literatur eine Einteilung in ausbildungsintegrierende, praxisintegrierende und berufsintegrierende (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2003) oder zusätzlich in berufsbegleitende duale Studiengänge (Mucke 2003).

Ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge sind Angebote für die berufliche Erstausbildung und richten sich an Abiturienten bzw. Interessenten mit Fachhochschulreife. Berufsintegrierende und berufsbegleitende duale Studiengänge sind auf die berufliche Weiterbildung ausgerichtet und sprechen Studieninteressierte an, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Studium absolvieren möchten.

Es lassen sich vier Typen von dualen Studiengängen unterscheiden:

- Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge verbinden eine berufliche Erstausbildung mit einem Studium an einer Hochschule oder Akademie. Voraussetzung hierfür ist ein Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen.
- Praxisintegrierende duale Studiengänge kombinieren ein Studium mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit, oder das Studium umfasst unterschiedlich lange Praxisphasen. Für die Immatrikulation wird ein Praktikanten- oder Arbeitsvertrag mit einem Unternehmen benötigt (Volontariatsvertrag).

Tabelle A7.2-1: **Duale Studiengänge von 2004 bis 2009**

Jahr	Anzahl dualer Studiengänge	Veränderung zum Vorjahr in %	Beteiligte Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Studierende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	512	k.A.	18.168	k.A.	40.982	k.A.
2005	545	6,4	18.911	4,1	42.467	3,6
2006	608	11,6	22.003	16,4	43.536	2,5
2007	666	9,5	24.246	10,2	43.220	-0,7
2008	687	3,2	24.572	1,3	43.991	1,8
2009	712	3,6	26.121	6,3	48.796	10,9

Quelle: AusbildungPlus, Jahresberichte 2005 bis 2009

- Berufsintegrierende duale Studiengänge verbinden ein Studium mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit. Für die Zulassung zu diesem Studientyp ist ein Arbeitsvertrag notwendig (Teilzeitarbeitsvertrag).
- Berufsbegleitende duale Studiengänge kombinieren ein Studium mit einer beruflichen Vollzeittätigkeit. Im Unterschied zu Fernstudiengängen leisten die Betriebe einen dem Studium förderlichen Beitrag (z. B. Freistellungen von der Arbeit oder Bereitstellungen von Arbeitsmöglichkeiten) (Mucke 2003).

Die Entwicklung der dualen Studienangebote begann in den 70er-Jahren. In dem sogenannten Stuttgarter Modell wurde 1972 erstmals die Idee, akademische Bildung und eine praxisnahe Ausbildung in einem Studiengang zusammenzufassen, entworfen. Mit der Gründung der Berufsakademie Baden-Württemberg im Jahr 1974 auf Basis des Stuttgarter Modells wurde ein weiterer Grundstein für die positive Entwicklung dieses Bildungsganges gelegt.

2009 wurde nach Auswertung der Datenbank von AusbildungPlus E beim Angebot an dualen Studiengängen, bei den beteiligten Unternehmen, die als Kooperationspartner fungieren, und bei den Studierenden ein neuer Höchststand verzeichnet. Derzeit sind 48.796 Studierende in einem dualen Studiengang eingeschrieben. Die Anzahl der registrierten Betriebe ist auf rund 26.121 angewachsen, und die der erfassten Studiengänge liegt bundesweit bei 712. Im Vergleich zum Jahr 2004 hat das Angebot (Spalte 2) um rund 39% zugenommen. Diese Zunahme wirkt sich auch auf die Kooperationen und die Anzahl der Studierenden aus. Ab 2004 haben die Betriebe ihr Angebot um über 43% ausgeweitet; die Zahl der Studierenden hat um rund 19% zugenommen.

E AusbildungPlus

Die Datenbank AusbildungPlus ist ein Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Sie bietet seit dem Jahr 2001 einen Überblick über bundesweite Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikationen und über ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge (**www.ausbildungplus.de**).

Zu den Anbietern von dualen Studiengängen zählen Fachhochschulen, Universitäten, Berufsakademien, die Duale Hochschule Baden-Württemberg (ehemals Berufsakademie) und die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien (VWA)[249].

Hauptanbieter von dualen Studiengängen sind laut AusbildungPlus die Fachhochschulen, die Berufsakademien sowie die Duale Hochschule Baden-Württemberg. Ihre Angebote machten in den vergangenen sechs Jahren mehr als 80% aus, und sie wurden ständig erweitert. Die höchste Wachstumsrate hatten

249 Die dualen Studiengänge an Wirtschafts- und Verwaltungsakademien werden in der Regel als duale Abiturientenausbildungsgänge bezeichnet. Sie führen nicht zu einem staatlich anerkannten Hochschulabschluss. Im Rahmen von Kooperationen mit Fachhochschulen und Berufsakademien bieten die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien die Möglichkeit an, nach zwei weiteren Semestern den Bachelorabschluss zu erwerben.

Tabelle A7.2-2: **Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2009**

Jahr	Fachhoch-schulen	Berufs-akademien	Universitäten	Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien	Insgesamt
2004	278	184	13	37	512
2005	213	279	15	38	545
2006	280	279	15	34	608
2007	292	322	23	29	666
2008	311	324	23	29	687
2009	328	333	24	27	712

Quelle: AusbildungPlus, Jahresbericht 2005 bis 2009

Tabelle A7.2-3: **Fachrichtungen von dualen Studiengängen von 2004 bis 2009**

Anzahl dualer Studiengänge nach Fachrichtung und Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Architektur	0	0	1	1	1	1
Bauingenieurwesen	15	17	24	25	27	25
Elektrotechnik	47	48	51	56	60	65
Informatik	72	83	93	97	103	108
Ingenieurwesen	34	33	34	35	31	34
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	84	89	98	97	104	106
Mathematik	1	1	1	1	1	1
Sozialwesen	0	0	0	23	23	23
Verkehrstechnik/Nautik	5	5	7	10	10	10
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	15	24	21	14	14	13
Wirtschaftsingenieurwesen	16	19	24	24	26	26
Wirtschaftswissenschaften	223	226	254	282	286	300
Sonstiges	0	0	0	1	1	0
Insgesamt	**512**	**545**	**608**	**666**	**687**	**712**

Quelle: AusbildungPlus, Jahresberichte 2005 bis 2009

dabei mit rund 81 % die Berufsakademien[250] → **Tabelle A7.2-2**.

Insgesamt gesehen haben sich die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master auch bei den dualen Studiengängen durchgesetzt. Über 90 % der bei AusbildungPlus erfassten dualen Studiengänge sind auf die neuen Abschlüsse umgestellt. An den deutschen Hochschulen wurden zum Wintersemester 2008/2009 insgesamt 5.230 Bachelor- und 4.004 Masterstudiengänge angeboten (Hochschulrektorenkonferenz 2009). Damit sind 75 % des gesamten Studienangebots der deutschen Hochschulen auf die neuen zweistufigen Studienabschlüsse umgestellt. Die Universitäten bieten 71 % ihrer Studiengänge als Bachelor- und Masterprogramme an, bei den Fachhochschulen beträgt der Anteil sogar 94 %.

Die meisten dualen Studiengänge in der Datenbank von AusbildungPlus sind den Fachbereichen Wirt-

250 Duale Studiengänge an Berufsakademien, die die Bezeichnung „Bachelor" führen und akkreditiert sind, sind hochschulrechtlich den Bachelorabschlüssen der Hochschulen gleichgestellt (KMK-Beschluss vom 15.10.2004).

Tabelle A7.2-4: **Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2009**

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	141	152	167	192	194	201
Bayern	21	24	28	48	55	62
Berlin	21	22	23	21	21	23
Brandenburg	4	4	3	3	3	4
Bremen	2	2	4	6	6	6
Hamburg	8	13	12	13	13	14
Hessen	40	45	50	66	70	74
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	5	5	7	6
Niedersachsen	68	71	72	62	61	59
Nordrhein-Westfalen	86	93	112	112	114	113
Rheinland-Pfalz	8	9	12	12	12	13
Saarland	6	6	8	9	9	9
Sachsen	52	51	58	65	69	71
Sachsen-Anhalt	2	2	5	9	10	10
Schleswig-Holstein	21	19	19	14	14	15
Thüringen	30	30	30	29	29	32
Insgesamt	**512**	**545**	**608**	**666**	**687**	**712**

Quelle: AusbildungPlus, Jahresberichte 2005 bis 2009

schaftswissenschaften, Informatik und Maschinenbau/Verfahrenstechnik zugeordnet → **Tabelle A7.2-3**. Über 41 % des Gesamtangebots der Jahre 2004 bis 2009 entfallen dabei auf die Wirtschaftswissenschaften. Das Schwerpunktfach ist hierbei die Betriebswirtschaftslehre. Dies schlägt sich auch in einer großen Anzahl von Studierenden und beteiligten Betrieben nieder. Die Mehrzahl der Studierenden kombiniert ein Betriebswirtschaftsstudium mit einer kaufmännischen Ausbildung (z. B. Industriekaufmann/-frau).

Die Fächer Informatik und Maschinenbau/Verfahrenstechnik verzeichnen jeweils über 14 % des Gesamtangebots. Diese Studiengänge werden hauptsächlich mit einer technischen Ausbildung wie beispielsweise zum/zur Industriemechaniker/-in kombiniert. Grundsätzlich ist aber auch eine Kombination mit einer kaufmännischen Ausbildung möglich.

In den letzten zwei Jahren waren die meisten Zuwächse bei den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) festzustellen. 29 neue duale Studiengänge sind allein diesen Fächern zuzuordnen.

Ein Blick auf die regionale Verteilung des Angebots von dualen Studiengängen zeigt, dass es in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen während des beschriebenen Zeitraums die meisten Angebote gab → **Tabelle A7.2-4**.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Immer mehr Betriebe bieten ihre Kooperation an, und auch die Studierenden schreiben sich vermehrt für duale Studiengänge ein. Allein 2009 hat ihre Anzahl um 11 % zugenommen. Dies bestätigt den Trend, dass duale Studiengänge attraktive Ausbildungsangebote darstellen.

(Andrea Stertz)

A8 Erwerbstätigkeit junger Erwachsener ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Über junge Erwachsene ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung wurde bereits im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Kapitel A8.1 berichtet. Danach wurden nach Ergebnissen des Mikrozensus 2007 1,45 Mio. Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung ermittelt. Es ergab sich ein Anteil der ungelernten jungen Erwachsenen dieser Altersgruppe an der entsprechenden Wohnbevölkerung von 15,2 %. Frauen (15,4 %) waren insgesamt etwas stärker von Berufslosigkeit betroffen als Männer (14,9 %). E

E Veränderte Erhebungsmethode für den Mikrozensus

Ab 2005 veränderte sich die Erhebungsmethode für den Mikrozensus. Hiervon wurden insgesamt verbesserte statistische Informationen zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit erwartet. Das hatte auch Auswirkungen auf Daten zu nicht formal Qualifizierten. Vor allem gründet die differenziertere Information auf der Auskunftspflicht bei der Frage zum Berufsabschluss. In den vorangegangenen Mikrozensen war die Beantwortung freiwillig. Im Ergebnis wurde diese Frage 2005 nur noch von 1 % der Befragten nicht beantwortet, 2004 waren es noch 9 %. Die dabei zusätzlich gewonnenen Informationen über den Berufsabschluss kumulierten sich vor allem bei Befragten ohne Berufsabschluss, sodass sich der Anteil dieser nicht formal Qualifizierten an der Bevölkerung über 15 Jahre, verglichen mit 2004, um rund 5 % erhöhte (zum Vergleich: mit beruflichem Abschluss +3 %, mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss +1 %) (Reinberg/Hummel 2007, S. 10). Das hat vor allem Konsequenzen für aus den Daten gewonnene Zeitreihen. Ergebnisse ab 2005 sind daher nur unter Vorbehalt mit denen der Vorjahre vergleichbar. Für weitere Informationen zum Mikrozensus siehe E in → **Kapitel C2**.

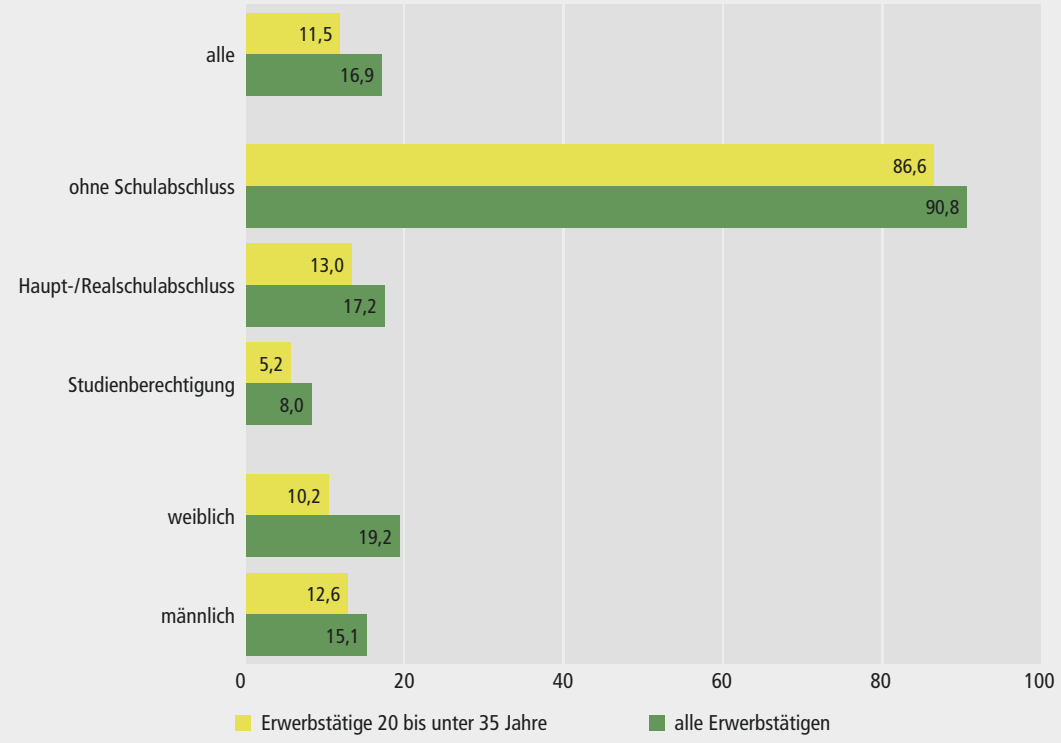
Die Analysen des BIBB-Datenreports 2009 berücksichtigten alle Ungelernten in den untersuchten Altersgruppen und bezogen sich im Vergleich dazu auf alle Erwerbspersonen (Erwerbstätige, Erwerbslose und sonstige Nichterwerbspersonen). Die nachfolgende Datenanalyse beschränkt sich dagegen auf *Erwerbstätige ohne Berufsabschluss* und stellt insofern hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt eine „Positivauswahl" der relativ „Erfolgreicheren" dar. Dabei interessiert insbesondere, wie sich die Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss in die Erwerbsarbeit integrieren und dort positionieren können. Gegenstand der Datenanalyse sind die Altersjahrgänge von 20 bis unter 35 Jahren. Gerade diese Gruppe ist von besonderer Bedeutung, weil ihr noch ein langes Erwerbsleben von 30 bis 40 Jahren bevorsteht. Das bedeutet gesellschaftlich eine große Chance, sie rechtzeitig durch geeignete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu qualifizieren, um dem angesichts der demografischen Entwicklung bereits in vielen Wirtschaftszweigen aufkommenden Fachkräftemangel gegenzusteuern.

Unter der Bezeichnung „Nicht formal Qualifizierte" bzw. „ungelernt" werden alle (erwerbsfähigen) Personen zusammengefasst, die keine (duale oder rein schulische) Berufsausbildung bzw. kein Fachhochschul- oder Hochschulstudium (oder gleichwertigen Abschluss) abgeschlossen haben, also keine „erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an formalen (standardisierten, staatlich geregelten oder anerkannten) Bildungsgängen" (Gottsleben 1987, S. 1) vorweisen können. Jugendliche mit Anlernausbildung bzw. mit einem Praktikum gelten insofern als nicht formal qualifiziert. In der untersuchten Alterskohorte der 20- bis 34-Jährigen befanden sich 2,23 Mio. Ungelernte, von denen sich 1,18 Mio. (53 %) als erwerbstätig bezeichneten. Nicht zu den Ungelernten zählten dabei, angepasst an die Merkmale des Mikrozensus,

- Schüler/-innen
- Studierende
- Auszubildende
- Wehr- und Zivildienstleistende und
- junge Erwachsene in Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung und Umschulung.

Rund 17 % aller Erwerbstätigen, absolut knapp 4,6 Mio., besaßen 2007 keinen beruflichen Abschluss und galten damit als nicht formal qualifiziert → **Schaubild A8-1**. Darunter befanden sich 1,18 Mio. Erwerbstätige im Alter von 20 bis unter 35 Jahren, das ergab einen Ungelerntenanteil von 11,5 % an allen Erwerbstätigen bezogen auf diese Altersgruppe. Fast 9 von 10 erwerbstätigen jungen

Schaubild A8-1: **Anteil ungelernter Erwerbstätiger 2007 (in %)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des BIBB

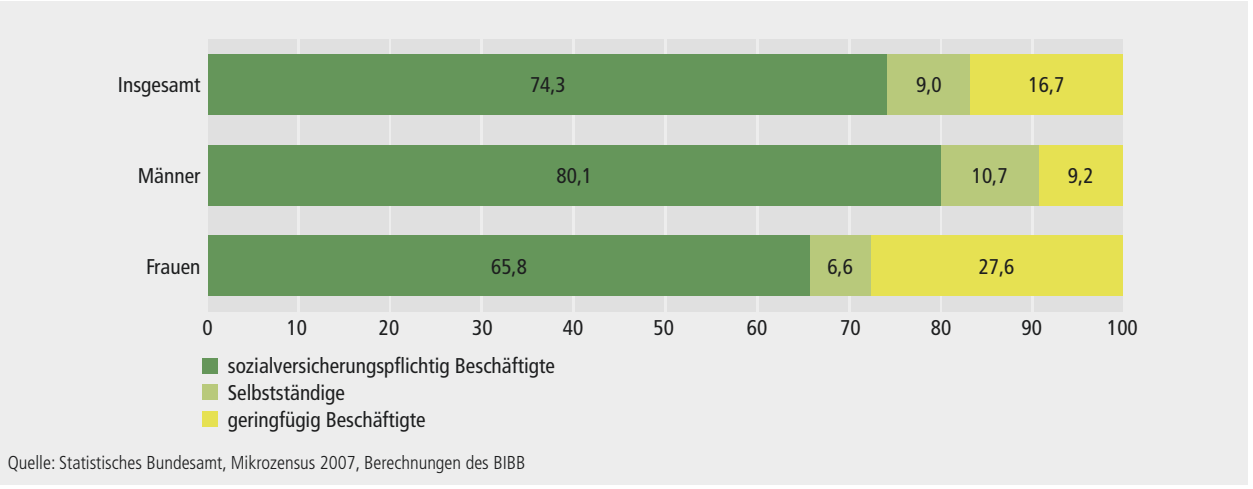
Frauen und Männern (87 %), die keinen schulischen Abschluss vorweisen konnten, blieben auch ohne Berufsabschluss. Bei Erwerbstätigen mit Abschluss der Sekundarstufe I zeigte sich ein Ungelerntenanteil von 13 %. Unter den Erwerbstätigen mit Hochschulzugangsberechtigung fand sich kaum noch jemand ohne einen Berufsabschluss. Deren Ungelerntenanteil lag bei nur 5 %. Bei erwerbstätigen Männern zeigte sich bei den untersuchten Altersjahrgängen mit 12,6 % ein merklich höherer Anteil an Ungelernten als bei erwerbstätigen Frauen (10,2 %). Im Vergleich zu allen Erwerbstätigen (insgesamt männlich 15 %, weiblich 19 %) wurde ein deutlich geringerer Anteil bei den jüngeren Erwerbstätigen ersichtlich. Differenziert man Letzere nochmals nach Altersgruppen, zeigt sich, dass die älteste untersuchte Jahrgangskohorte der 30- bis unter 35-Jährigen einen höheren Ungelerntenanteil (12,6 %) aufweist als die beiden jüngeren mit jeweils rund 11 %.

3 von 4 erwerbstätigen Ungelernten der untersuchten Altersgruppe befanden sich 2007 in einer abhängigen Beschäftigung als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 9 % gaben im Mikrozensus selbstständige Tätigkeiten an. Etwa jeder Sechste war geringfügig beschäftigt → **Schaubild A8-2**.

Die → **Tabelle A8-1** gibt einen nach Geschlecht differenzierten Überblick über Schulabschlüsse und Formen der Erwerbstätigkeit bei Ungelernten und Gelernten in der untersuchten Altersgruppe und ist Grundlage für die nachfolgenden Ergebnisse.

Ungelernte Erwerbstätige sind häufiger selbstständig
Ungelernte gingen deutlich häufiger als gelernte Fachkräfte in die Selbstständigkeit → **Schaubild A8-3**. 9 % aller jüngeren Ungelernten zwischen 20 und 34 Jahren bezeichneten sich im Mikrozensus als selbstständig, bei Gelernten betrug der Selbstständigenanteil lediglich 6 %. Dabei mündet ein erheblicher

Schaubild A8-2: **Erwerbstätigkeit Ungelernter im Alter von 20 bis unter 35 Jahren (in %)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des BIBB

Tabelle A8-1: **Erwerbstätige im Alter von 20 bis unter 35 Jahren, differenziert nach Geschlecht, Schulabschluss und Art der Erwerbstätigkeit**

	Erwerbstätige ohne Berufsabschluss				Erwerbstätige mit Berufsabschluss			
	Frauen	Männer	Insgesamt	Anteil Frauen	Frauen	Männer	Insgesamt	Anteil Frauen
	478.500	**701.300**	**1.179.800**	**40,6**	**4.227.000**	**4.874.100**	**9.101.100**	**46,4**
ohne Schulabschluss	**61.600**	**114.900**	**176.500**	**34,9**	**7.900**	**19.700**	**27.600**	**28,6**
erwerbstätig als								
Selbstständige	3.300	8.600	11.900	27,5	300	800	1.100	27,3
SV-Beschäftigte	41.300	94.100	135.400	30,5	5.500	17.600	23.100	23,8
geringfügig Beschäftigte	17.000	12.000	29.000	58,6	2.100	1.300	3.400	61,8
Sek.-I-Abschluss	**326.800**	**474.200**	**801.000**	**40,8**	**2.286.600**	**3.066.000**	**5.352.700**	**42,7**
Erwerbstätig als								
Selbstständige	18.600	44.700	63.300	29,4	77.700	179.500	257.200	30,2
SV-Beschäftigte	214.100	389.200	603.300	35,5	1.984.400	2.827.200	4.811.700	41,2
geringfügig Beschäftigte	94.100	40.200	134.300	70,1	224.500	59.300	283.800	79,1
mit Studienberechtigung	**90.200**	**112.200**	**202.400**	**44,6**	**1.932.600**	**1.788.400**	**3.721.000**	**51,9**
erwerbstätig als								
Selbstständige	9.900	21.600	31.500	31,4	125.500	163.300	288.800	43,5
SV-Beschäftigte	59.400	78.200	137.600	43,2	1.539.900	1.430.900	2.970.800	51,8
geringfügig Beschäftigte	20.900	12.400	33.300	62,9	267.200	194.200	461.400	57,9

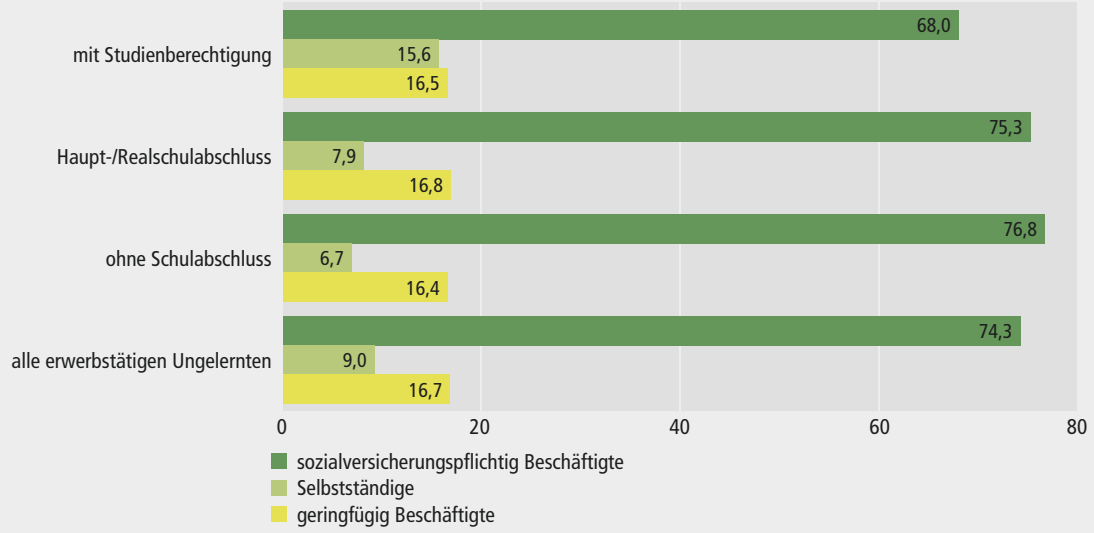
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung, gerundete Hochrechnung

Anteil an Hochschulzugangsberechtigten (fast 16 % aller studienberechtigten Ungelernten) ohne eine weitere berufliche Qualifizierung in die Selbstständigkeit ein. Es ist hier zu vermuten, dass vor allem Studienabbrecher in der beruflichen Selbstständigkeit gute Erwerbschancen sehen.

Frauen ohne Berufsausbildung sind eher geringfügig beschäftigt

Rund 17 % der jungen Ungelernten (insgesamt rund 132.000) waren 2007 geringfügig beschäftigt. Hier zeigten die Daten des Mikrozensus hinsichtlich des allgemeinen Schulabschlusses keine erwähnenswerten Besonderheiten. Deutliche Unterschiede zeigten sich allerdings bei geschlechtsspezifischer Betrach-

Schaubild A8-3: **Erwerbstätigkeit von Ungelernten im Alter von 20 bis 34 Jahren nach schulischer Vorbildung (in %)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des BIBB

tung. Verglichen mit männlichen Ungelernten, erwies sich das Niveau geringfügiger Beschäftigung bei ungelernten Frauen als bemerkenswert hoch → **Tabelle A8-2**. Vor allem zeigt sich ein überproportionaler Anteil geringfügiger Beschäftigung bei Frauen zwischen 30 und 34 Jahren. Sofern erwerbstätig, arbeitete jede Dritte der 30- bis 34-jährigen ungelernten Frauen ohne Schulabschluss in geringfügiger Beschäftigung. Die Anteilsdifferenz zu den 20- bis 24-Jährigen betrug dabei 11 Prozentpunkte bei Ungelernten ohne einen schulischen Abschluss. Deutliche Differenzen dieser Altersgruppe gegenüber Jüngeren zeigten sich auch bei ungelernten jungen Frauen mit mittleren Bildungsabschlüssen. Auch bei studienberechtigten jungen Frauen ohne beruflichen Abschluss zeigten sich hohe Anteile an geringfügig Beschäftigten, die sich weit über den entsprechenden Anteilen junger Männer bewegten.

Hohe Konzentration auf wenige Wirtschaftszweige und Berufsordnungen

Die 5 am stärksten mit erwerbstätigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss besetzten Wirtschaftszweige („Zweisteller" WZ 2003) sind Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (10,7%), Einzelhandel (9,7%), Gastgewerbe (8,5%), Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (8,5%) und das Baugewerbe (5,9%). Die Hälfte aller nicht formal Qualifizierten arbeitet in 7 Wirtschaftszweigen. Zu den oben bereits genannten sind dies noch die öffentliche Verwaltung und Verteidigung (4,0%) und das Ernährungsgewerbe (3,4%).

3 von 4 Ungelernten sind in 16 Wirtschaftszweigen beschäftigt. Damit zeigt sich bereits hier eine hohe Konzentration der nicht formal Qualifizierten auf wenige Wirtschaftszweige.

Tabelle A8-2: **Anteil geringfügiger Beschäftigung bei ungelernten Erwerbstätigen nach Geschlecht und Schulabschluss (in %)**

	Altersgruppe			zusammen
	20–24	25–29	30–34	
ohne Schulabschluss				
weiblich	22,7	24,0	33,6	27,5
männlich	15,5	8,3	9,2	10,5
Haupt-/Realschulabschluss				
weiblich	25,3	26,5	32,7	28,8
männlich	13,2	7,6	5,7	8,4
Studienberechtigung				
weiblich	35,2	14,0	21,1	23,6
männlich	21,9	4,3	4,3	11,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Wenn die Ungelernten über keinen schulischen Abschluss verfügten, tritt die Konzentration noch deutlicher zutage. Die 5 „Spitzenreiter“ bleiben bei veränderter Reihenfolge. Dabei fällt insbesondere der hohe Anteil des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens auf. Allein 22 % der Erwerbstätigen konzentrierten sich auf diesen Wirtschaftszweig. Mit diesen 5 Wirtschaftszweigen ist auch bereits der Median erreicht, was besagt, dass die Hälfte aller Erwerbstätigen dort beschäftigt ist. Die 75 %-Marke ist bereits bei 12 Wirtschaftszweigen erreicht.

Ein breiteres Spektrum an Wirtschaftszweigen bietet sich Hochschulzugangsberechtigten. Bei ihnen treten Wirtschaftszweige stärker in den Vordergrund, die überwiegend von qualifiziertem Personal und anspruchsvolleren Aufgaben geprägt sind (Erziehung und Unterricht, Datenverarbeitung und Datenbanken, Kultur, Sport, Unterhaltung sowie das Verlagsgewerbe und die Handelsvermittlung). Auch als Ungelernte finden Hochschulzugangsberechtigte hier noch interessante Erwerbsmöglichkeiten. Ein Vergleich, der die schulische Vorbildung der Ungelernten einbezieht, findet sich in → **Tabelle A8-3**.

Tabelle A8-3: **In welchen Wirtschaftszweigen arbeiten erwerbstätige ungelernte junge Erwachsene? (Anteil an allen ungelernten Erwerbstätigen in %)**

	alle Ungelernten (20 bis 34 Jahre)	darunter ohne Schulabschluss	darunter mit Abitur
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	10,7	22,3	8,1
Gastgewerbe	8,5	10,2	7,5
Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen	8,5	9,7	10,0
Einzelhandel	9,7	6,2	10,7
Kultur, Sport, Unterhaltung	1,9	0,8	6,3
Erziehung und Unterricht	2,4	1,9	4,9
Datenverarbeitung, Datenbanken	0,9	0,2	4,7
Baugewerbe	5,9	6,5	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ungelernte Erwerbstätige der untersuchten Altersgruppe sind in fast allen der rund 360 Berufsordnungen[251] vertreten. Das Berufsspektrum war dabei relativ stark konzentriert: Die Hälfte aller Ungelernten arbeitete in 18 Berufsordnungen, die 10 am stärksten besetzten Berufsordnungen kamen auf einen Anteil von rund 40 % → **Tabelle A8-4**. Es handelt sich dabei überwiegend um Berufsordnungen, die zu einem größeren Anteil durch einfache Arbeiten und Hilfstätigkeiten gekennzeichnet sind.

Ein im Vergleich zu allen Ungelernten noch stärker eingeschränktes Berufsspektrum bietet sich jungen Erwachsenen, denen neben einem Ausbildungsabschluss auch ein Schulabschluss fehlt. Bereits die Hälfte aller Erwerbstätigen findet sich in nur 10 Berufen → **Tabelle A8-5**. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Reinigungsberufe, Lager- und Transportberufe und Berufe aus der Gastronomie und im Gartenbau. Mehr als jeder vierte Ungelernte ohne Schulabschluss ist als Hilfsarbeiter oder in Reinigungsberufen tätig.

Eine wesentlich größere und breiter gestreute Auswahl an Berufen (Median: 29 Berufsordnungen) zeigt sich bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss, die über eine Studienberechtigung verfügten. Neben dem bei dieser Gruppe deutlich stärkeren Trend zur Selbstständigkeit rücken bei ihnen auch Berufe mit höheren und komplexeren Anforderungen in den Vordergrund. Zu nennen wären hier die Berufsordnungen Unternehmer, Geschäftsführer, Softwareentwickler und Publizisten, die bei ihnen zu den 10 am stärksten besetzten Berufsordnungen gehören und bei den übrigen ungelernten Erwerbstätigen so gut wie überhaupt nicht auftauchen.

Berufliche Weiterbildung junger Ungelernter stagniert auf sehr niedrigem Niveau

Gerade betriebliche Weiterbildung wird in Zukunft angesichts des sich beschleunigenden technologischen Wandels und der jetzt schon absehbaren demografischen Entwicklung eine wachsende Bedeutung sowohl für Arbeitnehmer – unabhängig von ihren aktuellen Qualifikationsniveaus – als auch für die

251 Nach KldB 92: Klassifizierung der Berufe in der Fassung für den Mikrozensus (dreistellige Berufskennziffer des Statistischen Bundesamtes).

Tabelle A8-4: **Die 10 am stärksten besetzten Berufsordnungen bei erwerbstätigen Ungelernten (Anteil an allen ungelernten Erwerbstätigen in %)**

934	Gebäudereiniger, Raumpfleger	9,4
531	Hilfsarbeiter o. n. A.	6,5
714	Berufskraftfahrer	4,5
411	Köche/Köchinnen	3,7
780	Bürofachkräfte, kfm. Angestellte o. n. A.	3,3
660	Verkäufer/Verkäuferinnen o. n. A.	2,9
744	Lager-, Transportarbeiter	2,8
522	Warenaufmacher	2,4
912	Restaurantfachleute, Stewards/Stewardessen	2,2
661	Nahrungs-, Genussmittelverkäufer	2,1

Quelle: Mikrozensus 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Unternehmen erlangen. Die gezielte Erhaltung und Weiterentwicklung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Erwerbstätigen stützt sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Beschäftigungsfähigkeit der dort Erwerbstätigen (vgl. Leszczensky u. a. 2009).

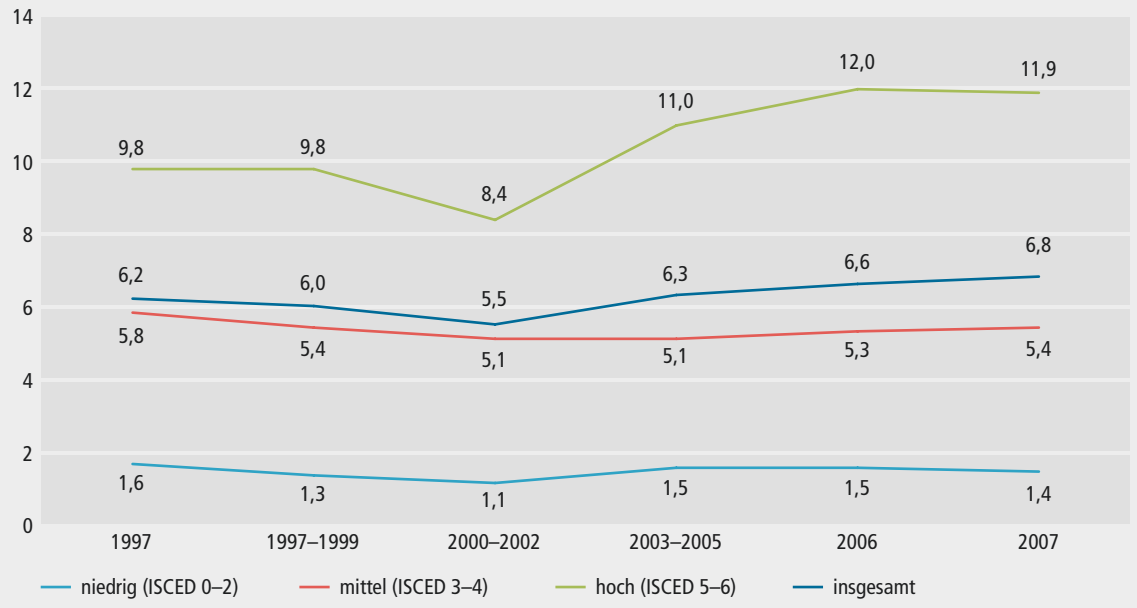
Betrachtet man die vorliegenden Zeitreihen aus den Mikrozensen seit 1996, so zeigen sich hinsichtlich des Qualifikationsniveaus der Erwerbstätigen erhebliche Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung → **Schaubild A8-4**. Während junge Erwerbstätige mit Hochschulabschluss sich in erheblichem, seit einigen Jahren noch steigendem Umfang weiterbilden konnten, stagnierte die Weiterbildungsbeteiligung der ungelernten und gering qualifizierten 25- bis 34-Jährigen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg auf sehr niedrigem Niveau.

Tabelle A8-5: **In welchen Berufen arbeiten erwerbstätige ungelernte junge Erwachsene? (Anteil an allen ungelernten Erwerbstätigen in %)**

	alle Ungelernten (20 bis 34 Jahre)	darunter ohne Schulabschluss	darunter mit Abitur
Gebäudereiniger/-innen, Raumpfleger/-innen	9,4	13,7	2,4
Hilfsarbeiter/-innen o. n. A.	6,5	13,8	1,8
Berufskraftfahrer/-in	4,5	3,1	3,0
Köche/Köchinnen	3,7	5,6	2,0
Bürofachkräfte, kfm. Angestellte o. n. A.	3,3	0,7	5,7
Verkäufer/Verkäuferinnen o. n. A.	2,9	1,5	2,3
Lager-, Transportarbeiter/-innen	2,8	2,6	1,5
Warenaufmacher/-innen	2,4	3,6	0,7
Restaurantfachleute, Stewardessen	2,2	1,5	3,0
Nahrungs-, Genussmittelverkäufer/-innen	2,1	1,5	1,2
Maschinen-, Behälterreiniger/-innen	1,5	2,4	0,4
Gärtner/-innen, Gartenarbeiter/-innen	1,5	2,3	0,6
Sonstige Arbeitskräfte o. n. A.	1,3	2,2	1,5
Maschinenführer/-innen, Maschinisten	1,6	2,0	0,6
Unternehmer/-innen, Geschäftsführer/-innen	1,0	0,3	3,5
Softwareentwickler/-innen	0,3	0,0	2,1
Publizisten	0,3	0,0	2,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A8-4: **Berufliche Weiterbildung Erwerbstätiger im Alter von 25 bis 34 Jahren in den letzten 4 Wochen nach Qualifikationsniveau (in %)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2007, Berechnungen des BIBB

Fazit

Ungelernte Erwerbstätige stellen nach den bisherigen Ergebnissen des Mikrozensus keine homogene Gruppe dar. Sie lassen sich damit auch nicht in ihrer Gesamtheit als eine Gruppe definieren, in der einheitliche Problemlagen angetroffen werden. Eine Unterscheidung nach Schulabschlüssen zeigt erhebliche Differenzen in der beruflichen Einmündung: Bei jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss überwiegen Tätigkeiten in Hilfsarbeiterberufen und in geringfügiger Beschäftigung – Letzteres v. a. bei jungen Frauen. Bei Ungelernten mit Studienberechtigung hingegen reicht das Erwerbsspektrum nicht selten bis in Selbstständigkeit sowie in qualifizierte kaufmännische und IT-Berufe hinein. Bei Ungelernten ohne schulischen Abschluss finden sich letztere Erwerbsmöglichkeiten so gut wie gar nicht.

Bei Ungelernten ergibt sich damit angesichts steigender Anforderungen in der Erwerbsarbeit und des damit einhergehenden Abbaus von Arbeitsplätzen, auf denen sie beschäftigt werden könnten, eine sehr labile Erwerbssituation. Diese hat sich in den vergangenen Jahren noch weiter zugespitzt, weil ihnen die Teilnahme an Qualifizierung durch betriebliche Weiterbildung versagt blieb bzw. weil sie diese nicht wahrnahmen.

(Uta Braun, Felix Bremser, Klaus Schöngen, Sabrina Inez Weller)

A9 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Ausbildung

A9.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen

In der dualen Berufsausbildung sind die Ausbildungsvergütungen sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe von erheblicher finanzieller Bedeutung. Jeder Betrieb ist gesetzlich verpflichtet, seinen Auszubildenden eine angemessene und mit jedem Ausbildungsjahr ansteigende Vergütung zu zahlen (§ 17 Berufsbildungsgesetz). Diese soll spürbar zur Deckung der Lebenshaltungskosten beitragen und zugleich eine Entlohnung der Auszubildenden für die im Betrieb geleistete produktive Arbeit darstellen. Für die Betriebe sind die Ausbildungsvergütungen der größte Kostenfaktor bei der Durchführung der Berufsausbildung (vgl. Wenzelmann u. a. 2009).

Die Vergütungshöhe wird in den meisten Wirtschaftszweigen von den Tarifpartnern (Arbeitgeber und Gewerkschaften) im Rahmen der Tarifverhandlungen festgelegt.[252] Bei einer Tarifbindung des Betriebs sind die tariflich vereinbarten Vergütungen verbindliche Mindestbeträge. Niedrigere Zahlungen sind dann nicht zulässig, übertarifliche Zuschläge jedoch erlaubt. Nicht tarifgebundene Betriebe können hingegen die in ihrer Branche und Region geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen unterschreiten, und zwar nach derzeitiger Rechtsprechung um bis zu 20 %. Dennoch zahlen auch diese Betriebe häufig freiwillig die tariflichen Vergütungssätze (vgl. Beicht 2006). Die tatsächlichen Vergütungszahlungen dürften somit – trotz der seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich abnehmenden Tarifbindung der Betriebe (vgl. Kohaut/Ellguth 2008) – nach wie vor in relativ hohem Maße durch die tariflichen Vereinbarungen bestimmt sein.[253] Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beobachtet und analysiert seit 1976 die Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen. E

E Tarifliche Ausbildungsvergütungen

Jährlich zum Stand 1. Oktober wird im BIBB eine Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen durchgeführt. Die Grundlage bilden dabei rund 500 Vergütungsvereinbarungen aus den gemessen an den Beschäftigtenzahlen größten Tarifbereichen Deutschlands. Die Angaben werden jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt. Getrennt nach alten und neuen Ländern werden die Vergütungsdurchschnitte für stärker besetzte Ausbildungsberufe ermittelt. Derzeit sind 184 Berufe in den alten und 148 Berufe in den neuen Ländern einbezogen. In diesen werden 89 % aller Auszubildenden in den alten und 81 % in den neuen Ländern ausgebildet.

Tarifliche Vereinbarungen werden meistens für einen bestimmten Wirtschaftszweig in einer bestimmten Region (Tarifbereich) abgeschlossen. Innerhalb eines Tarifbereichs werden in der Regel für *alle* Auszubildenden – unabhängig vom Ausbildungsberuf – einheitliche Vergütungssätze festgelegt. Zwischen den Wirtschaftszweigen unterscheidet sich das Vergütungsniveau jedoch beträchtlich, hinzu kommen oft noch regionale Unterschiede innerhalb der Wirtschaftszweige. Im Rahmen der Auswertungen der tariflichen Ausbildungsvergütungen wird zunächst pro Ausbildungsberuf ein Durchschnitt über die Wirtschaftszweige bzw. Tarifbereiche berechnet, in denen der betreffende Beruf schwerpunktmäßig bzw. typischerweise ausgebildet wird (vgl. Beicht 2006). Anschließend werden die ermittelten berufsspezifischen Vergütungen zu weiteren Durchschnittswerten zusammengefasst, wobei die einzelnen Berufe jeweils mit dem Gewicht ihrer Auszubildendenzahlen berücksichtigt werden.

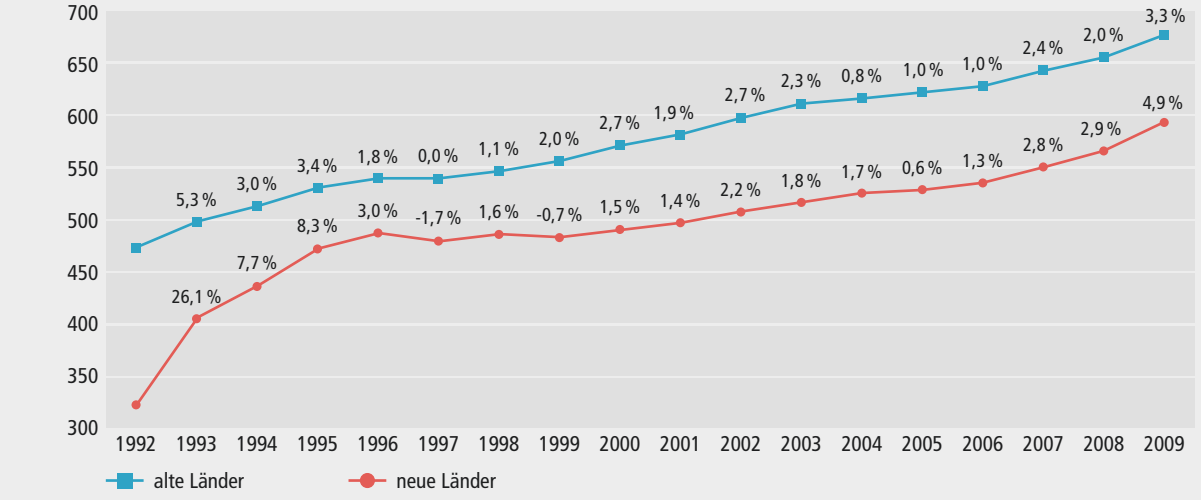
Aktuelle Vergütungsstrukturen 2009

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2009 um durchschnittlich 3,3 % gegenüber dem Vorjahr, womit ein Durch-

252 Es gibt allerdings vor allem im Dienstleistungssektor auch eine Reihe von Bereichen, in denen keine oder keine flächendeckenden tariflichen Regelungen der Ausbildungsvergütungen getroffen werden.

253 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen gelten jedoch ausschließlich in der betrieblichen Berufsausbildung. In der aus öffentlichen Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung erhalten die Auszubildenden in der Regel wesentlich niedrigere Vergütungen, die gesetzlich bzw. durch Verordnung festgelegt sind.

Schaubild A9.1-1: **Entwicklung der Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2009**
Durchschnittliche monatliche Beträge in €/Anstieg gegenüber dem Vorjahr (in %)



Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

schnittswert von 679 € pro Monat erreicht wurde.[254] In den neuen Ländern stieg der monatliche Vergütungsdurchschnitt um 4,9% auf 595 € an. Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern ist damit die höchste Vergütungssteigerung seit 1995 zu verzeichnen → **Schaubild A9.1-1**. In den neuen Ländern wurden nunmehr 88% der westlichen Vergütungshöhe erreicht, womit sich der Abstand zum Tarifniveau der alten Länder leicht verringerte (2008: 86%). Bezogen auf das Bundesgebiet wurde 2009 ein Gesamtdurchschnitt von monatlich 666 € ermittelt, dies bedeutet einen Anstieg um 3,7% gegenüber dem Vorjahr (642 €).

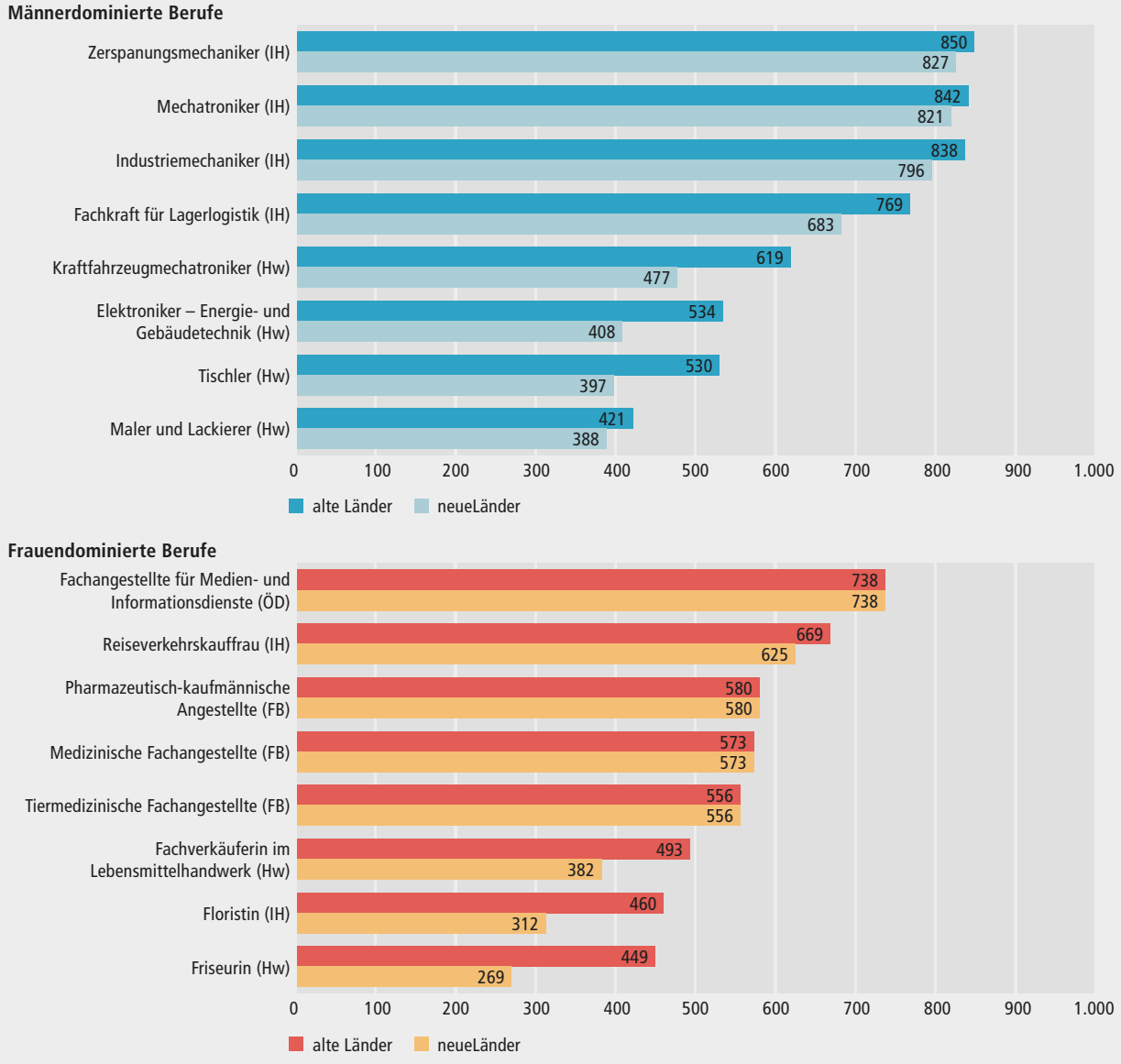
Zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen weichen die durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen beträchtlich voneinander ab.[255] Die höchsten Beträge waren 2009 im Beruf Binnenschiffer/Binnenschifferin mit 949 € pro Monat zu verzeichnen, und zwar einheitlich für alte und neue Länder. Sehr hoch lagen insbesondere in den alten Ländern auch die Vergütungen in den Ausbildungsberufen des Bauhauptgewerbes (z. B. Maurer/Maurerin) mit 895 €; in den neuen Ländern lag der Durchschnitt mit 709 € allerdings deutlich darunter. Sehr niedrig waren im Vergleich dazu in den alten und den neuen Ländern die Ausbildungsvergütungen in den Berufen Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (421 € bzw. 388 €), Friseur/Friseurin (449 € bzw. 269 €) und Florist/Floristin (460 € bzw. 312 €).

Insgesamt stellt sich die Verteilung der Berufe nach Vergütungshöhe – bei einer Gewichtung mit den Auszubildendenzahlen – wie folgt dar: In den alten Ländern fielen die monatlichen Beträge für 9% der Auszubildenden mit weniger als 500 € vergleichsweise niedrig aus. Für 52% betrugen die Vergütungen zwischen 500 € und 749 €. 39% der Auszubildenden kamen auf relativ hohe Beträge von 750 € und mehr. In den neuen Ländern wurden demgegenüber wesentlich seltener hohe Vergütungen erreicht, nur 21% der Auszubildenden erhielten mindestens 750 € pro Monat. Auch Beträge zwischen 500 € und 749 € waren mit 40% deutlich weniger verbreitet. Für weitere 40% der Auszubildenden waren dagegen relativ niedrige Vergütungen von weniger als 500 € zu verzeichnen, für 10% lagen sie sogar unter 400 €.

254 Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stellen Bruttobeträge dar. Überschreitet die monatliche Vergütung die Geringverdienergrenze von 325 €, so muss der Auszubildende hiervon den Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung leisten, andernfalls trägt der Ausbildungsbetrieb die gesamten Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Unter Umständen erfolgt ein Lohnsteuerabzug von der Ausbildungsvergütung.

255 Eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen für alle erfassten Berufe 2009 ist abrufbar unter **www.bibb.de/de/783.htm**.

Schaubild A9.1-2: **Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2009 in jeweils acht ausgewählten männer- bzw. frauendominierten Berufen (durchschnittliche monatliche Beträge in €)**



Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel, Hw = Handwerk, ÖD = Öffentlicher Dienst, FB = Freie Berufe

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Das Niveau der tariflichen Ausbildungsvergütungen unterscheidet sich erheblich nach Ausbildungsbereichen. In den alten Ländern wurde 2009 in Industrie und Handel mit 751 € pro Monat ein relativ hoher Durchschnitt erreicht, ebenso im Öffentlichem Dienst mit 739 €. Weit darunter befanden sich die durchschnittlichen Beträge in der Landwirtschaft (588 €), bei den freien Berufen (573 €) und im Handwerk (556 €). Noch größere Unterschiede traten in den neuen Ländern auf: Hier lag der Vergütungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst mit 740 € mit Abstand am höchsten, gefolgt von Industrie und Handel mit 656 € und den freien Berufen mit 571 €. Sehr niedrig waren die Durchschnittswerte in der Landwirt-

Tabelle A9.1-1: **Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2008**

Jahr	durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005			Anstieg gegenüber dem Vorjahr		
		nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg*	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg*	realer Anstieg der AV
	€	in %			in %		
Alte Länder							
2008	657	5,5	6,6	-1,1	2,0	2,6	-0,6
2007	644	3,4	3,9	-0,5	2,4	2,3	0,1
2006	629	1,0	1,6	-0,6	1,0	1,6	-0,6
2005	623						
Neue Länder							
2008	567	7,2	6,6	0,6	2,9	2,6	0,3
2007	551	4,2	3,9	0,3	2,8	2,3	0,5
2006	536	1,3	1,6	-0,3	1,3	1,6	-0,3
2005	529						

* Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreis-Gesamtindex (Basisjahr 2005). Durch die 2008 erfolgte rückwirkende Neuberechnung des Indexes ergaben sich für die Jahre 2005 bis 2007 Abweichungen gegenüber den früher berichteten Ergebnissen.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

schaft (482 €) und im Handwerk (429 €). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass vor allem innerhalb der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen der einzelnen Berufe sehr stark differieren.

Es sind auch deutliche Vergütungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden feststellen. In den alten Ländern betrug 2009 der durchschnittliche Monatsbetrag für männliche Auszubildende 692 € und für weibliche 658 €. In den neuen Ländern kamen männliche Auszubildende auf 610 € und weibliche auf 569 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte resultieren ausschließlich aus der unterschiedlichen Verteilung von männlichen und weiblichen Auszubildenden auf die Berufe. In Berufen, in denen weit überwiegend junge Männer ausgebildet werden, sind die Ausbildungsvergütungen oft sehr hoch. Umgekehrt werden in den Berufen, in denen sehr stark junge Frauen vertreten sind, häufig relativ niedrige Vergütungen gezahlt.

Werden Vergütungsdurchschnitte ausschließlich für die Berufe berechnet, in denen der Anteil männlicher bzw. weiblicher Auszubildender mindestens 80% erreicht, so ergeben sich beträchtliche Abweichungen: In den alten Ländern lag 2009 der monatliche Durchschnittswert in den männerdominierten Berufen mit 688 € um 27% über dem der frauendominierten Berufe mit 542 €. In den neuen Ländern waren die Vergütungen in den „Männerberufen“ mit 628 € um 31% höher als in den „Frauenberufen“ mit 478 €. In → **Schaubild A9.1-2** sind die Vergütungen in jeweils acht ausgewählten männer- und frauendominierten Berufen dargestellt. Hier wird deutlich, dass auch innerhalb der Männer- bzw. Frauenberufe das Vergütungsspektrum sehr breit ist. Insgesamt ist zu beachten, dass es wesentlich mehr männer- als frauendominierte Berufe gibt.[256]

Bei den bisherigen Angaben handelte es sich immer um Durchschnittswerte über die gesamte Ausbildungsdauer der Berufe. Für die einzelnen Ausbildungsjahre wurden folgende Vergütungsdurchschnitte pro Monat ermittelt: In den alten Ländern betrugen sie im 1. Ausbildungsjahr 610 €, im 2. Jahr 673 €, im 3. Jahr 749 € und im 4. Jahr 784 €. In den neuen Ländern lagen die Vergütungen im 1. Ausbildungsjahr durchschnittlich bei 534 €,

256 In die Auswertungen einbezogen waren in den alten und neuen Ländern 110 bzw. 90 männerdominierte Berufe und 20 bzw. 14 frauendominierte Berufe.

Tabelle A9.1-2: **Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den Tariflöhnen und -gehältern von 2005 bis 2008**

Jahr	Arbeiterberufe			Angestelltenberufe		
	durchschnittliche AV pro Monat	Steigerung seit 2005		durchschnittliche AV pro Monat	Steigerung seit 2005	
		AV	Tariflöhne*		AV	Tarifgehälter*
	in €	in %		in €	in %	
Alte Länder						
2008	638	6,0	7,2	680	5,3	6,2
2007	626	4,0	4,2	665	2,9	3,2
2006	609	1,2	1,5	652	0,9	1,1
2005	602			646		
Neue Länder						
2008	540	7,6	7,4	622	6,9	7,2
2007	528	5,2	3,4	596	2,4	2,3
2006	509	1,4	1,9	588	1,0	1,2
2005	502			582		

* Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der Tariflöhne und -gehälter (gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften).

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

im 2. Jahr bei 597 €, im 3. Jahr bei 653 € und im 4. Jahr bei 732 € pro Monat.[257]

Der Vergütungsanstieg 2005 bis 2008 vor dem Hintergrund der Preissteigerung sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2008 um insgesamt 5,5% → **Tabelle A9.1-1**.[258] In den neuen Ländern betrug der entsprechende Gesamtanstieg 7,2%. Hierbei handelt es sich um die nominalen Vergütungssteigerungen. Um Aufschluss über den realen Zuwachs zu bekommen, d. h. den tatsächlichen Zugewinn an Kaufkraft, muss die Preissteigerung berücksichtigt werden. Hierfür kann der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (Gesamtindex für Deutschland) herangezogen werden. Danach stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland von 2005 bis 2008[259] um insgesamt 6,6%. In den alten Ländern gab es somit in diesem Zeitraum keine reale Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen, sondern sogar einen leichten Rückgang um 1,1%. In den neuen Ländern ist mit einem Plus von lediglich 0,6% ebenfalls kaum ein realer Anstieg festzustellen. Allerdings ist für das Jahr 2009 aufgrund der relativ starken nominalen Vergütungssteigerungen und des zu erwartenden sehr geringen Preisanstiegs mit einem spürbaren realen Zuwachs bei den tariflichen Ausbildungsvergütungen in den alten und neuen Ländern zu rechnen.

Inwieweit entsprach die Anhebung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2008 der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung? Das lässt sich anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Indizes der Tariflöhne und -gehälter beurteilen, die den Steigerungsraten der Ausbildungsvergütungen in den Arbeiter- und Angestelltenberufen gegenübergestellt werden können. Den *Arbeiterberufen* wurden dabei alle gewerblichen bzw. gewerblich-technischen Ausbildungsberufe zugeordnet, in denen nach der Ausbildung eine Beschäftigung als Facharbeiter/Facharbeiterin üblich ist. Den *Angestelltenberufen* wurden die kaufmännischen, verwaltenden

257 Beim 4. Ausbildungsjahr ist zu beachten, dass in den Vergütungsdurchschnitt nicht alle erfassten Berufe eingingen, sondern nur diejenigen mit einer dreieinhalbjährigen Ausbildungsdauer.

258 Zur Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen seit 1992 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.1.

259 Für 2009 lagen die Angaben noch nicht vor.

und technischen Ausbildungsberufe zugerechnet, in denen später in der Regel eine Tätigkeit als Angestellter/Angestellte erfolgt.

In den alten Ländern stiegen die tariflichen Ausbildungsvergütungen in den Arbeiterberufen von 2005 bis 2008 um durchschnittlich 6,0% an, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Tariflöhne um 7,2% → **Tabelle A9.1-2**. Die Ausbildungsvergütungen in den Angestelltenberufen wurden um 5,3% angehoben, der Anstieg der Tarifgehälter betrug 6,2%. In den neuen Ländern erhöhten sich die Ausbildungsvergütungen in den Arbeiterberufen um 7,6%, die Löhne stiegen um 7,4% an. In den Angestelltenberufen nahmen die Ausbildungsvergütungen um 6,9% zu, die Steigerung der Gehälter lag bei 7,2%. Der Anstieg der Ausbildungsvergütungen fiel damit in den alten Ländern etwas schwächer aus als bei den Tariflöhnen und -gehältern, während in den neuen Ländern der Vergütungsanstieg nahezu der Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach.

(Ursula Beicht)

A9.2 Ausgaben der öffentlichen Hand

→ **Tabelle A9.2-1** dokumentiert die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die berufliche Ausbildung in den Jahren 2006 bis 2009. Es finden alle Aufwendungen Berücksichtigung, welche verursachungsgerecht in Zusammenhang mit der Entwicklung, Verbesserung, Durchführung und Förderung von Ausbildungsgängen nach § 1 Abs. 1 und 2 BBiG stehen. Durch entsprechende Markierung in der Tabelle wird angedeutet, ob eine Position eher durch die anerkannten Berufsausbildungen des dualen Systems (DS) und/oder durch die Maßnahmen des Übergangssystems (ÜS) verursacht wird. Diese Zurechnung ist allerdings nicht exakt; eine Position kann Ausgaben für beide Bereiche enthalten. kann. Die Zuordnung wird zudem erschwert, weil eine eindeutige definitorische Abgrenzung des Übergangssystems bislang nicht existiert. In einigen Fällen wird auf die Zuordnung gänzlich verzichtet, weil es nicht sachgerecht wäre, den Aufwand dem dualen System oder dem Übergangssystem anzulasten, so z. B. bei den Ausgaben für Berufsfachschulen oder den Maßnahmen für Behinderte. Zudem schließen einige Einzelpositionen Aufwendungen für Weiterbildung in teilweise beträchtlichem Umfang ein (vgl. Kapitel B3.5). Infolge dieser verschiedenen Abgrenzungsschwierigkeiten liefert eine Summierung der entsprechend markierten Zeilen lediglich eine obere Grenze für den öffentlichen Beitrag zur Finanzierung der beruflichen Ausbildung im dualen System und im Übergangssystem.

Folgende weitere Hinweise sind bei der Interpretation der Tabelle sowie bei Vergleichen mit Vorjahren zu berücksichtigen:

Für die Bundesministerien sind alle Aufwendungen erfasst, die im Sinne der oben stehenden Definition eindeutig der beruflichen Bildung zuzuordnen sind. In der Jahresrechnungsstatistik und im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes werden die aufgeführten Positionen zwar zum größten Teil der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik zugerechnet. Faktisch dienen die in → **Tabelle A9.2-1** ausgewiesenen Ausgaben aber zu großen Teilen der Ausbildungsförderung. Die Tabellenpositionen fassen teilweise mehrere Förderprogramme und Maßnahmen zusammen, welche verursachungsgerecht in Zusam-

menhang mit der beruflichen Ausbildung stehen. Detailliertere Informationen zu diesen Programmen sowie weiteren Fördermaßnahmen, die einen Bezug zur beruflichen Ausbildung aufweisen, finden sich in → **Kapitel D1**. Ausgaben des Bundes, die nicht eindeutig der beruflichen Bildung zuzurechnen sind, sind in → **Tabelle A9.2-1** nicht enthalten. Dies betrifft z. B. die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ), da ein Teil davon zwar den Übergang in den Beruf erleichtern soll, aber nach dem Verursacherprinzip nicht dem Berufsbildungssystem zuzurechnen ist.

Änderungen der Bundesausgaben im Zeitablauf sind nur schwer zu interpretieren, da Abgrenzungsänderungen in den Haushaltstiteln vorliegen können und die Ausgabenstruktur stark durch vorübergehende Maßnahmen wie z. B. Sonderprogramme geprägt ist.

Die Ausgaben der Länder und Kommunen für berufliche Schulen (Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien) sind der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen. Um die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte darzustellen, ist das Konzept der Grundmittel dem der Nettoausgaben vorzuziehen, da hier unmittelbare Einnahmen

Tabelle A9.2-1: **Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Bildung (Teil 1)**

	2001	2006	2007	2008	2009	DS	ÜS	Enthält Weiterbildungsausgaben
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €			
BMBF[1]								
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten[2]	0,043	0,029	0,029	0,029	0,044	X		
Sonderprogramme des Bundes, der neuen Länder und Berlin zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern[3]	0,095	0,077	0,075	0,082	0,056	X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS ohne BB)[4]	0,227	0,340	0,332	0,356	k.A.		X	X
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,005	0,005	0,007	X		X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung[5]	k.A.	0,044	0,037	0,035	0,054	X	X	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,026	0,028	0,029	X	X	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,016	0,019	0,025	X		X
Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbünde Berufsbildung in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)	0,021	–	–	–	–	X		
Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen (ZIBS)	0,175	–	–	–	–	X	X	X
Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	–	–	–	0,001	0,001		X	
BMWi[1]								
Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk	0,042	0,040	0,045	0,047	0,044	X		
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen	–	–	0,001	0,003	0,002	X	X	
BMAS[1]								
Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher[6]	–	0,070	0,072	–	–		X	
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II[7]								
– Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,076	0,077	k.A.			X
Spezielle Maßnahmen für Jüngere im Rechtskreis SGB II[7]								
– Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	k.A.	0,166	0,277	0,374	k.A.	X		
– Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung	k.A.	0,001	0,001	0,002	k.A.		X	
– Sozialpädagogische Begleitung bei Berufsausbildungsvorbereitung	k.A.	0,001	0,000	0,001	k.A.		X	
– Einstiegsqualifizierung	k.A.	–	0,001	0,013	k.A.		X	
Länder								
– Berufliche Schulen[8]								
– Teilzeitberufsschule[9]	3,453	2,870	2,926	2,908	2,992	X		
– Berufsfachschulen[9]	1,965	2,365	2,344	2,159	2,151			
– Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr[9]	0,502	0,501	0,470	0,412	0,406		X	
– Andere berufsbildende Schulen (außer Fachschulen)	0,954	1,095	1,161	1,218	1,260			

Tabelle A9.2-1: **Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Bildung (Teil 2)**

	2001	2006	2007	2008	2009	DS	ÜS	Enthält Weiterbildungsausgaben
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €			
Ausbildungsprogramme der Länder[10]								
– Westdeutschland[10]	0,053	0,126	k.A.	k.A.	ca. 0,5	X		
– Ostdeutschland	0,120	0,066	k.A.	k.A.		X		
Bundesagentur für Arbeit[7]								
Berufsausbildungsbeihilfen (BAB, betriebliche Berufsausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) einschließlich BAB-Zweitausbildung	0,405	0,506	0,497	0,512	0,584	X		
Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	0,388	0,365	0,349	0,337	0,333		X	
Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher	0,811	0,808	0,707	0,737	0,728	X		
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte								
– für die Erstausbildung	k.A.	0,323	0,283	0,287	0,297			
– nicht auf berufliche Erstausbildung oder WB aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,690	1,822	1,892			X
Ausbildungsbonus	–	–	–	0,011	0,034	X		
Einstiegsqualifizierung[6]	–	–	0,006	0,051	0,055		X	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung[11]	k.A.	0,004	0,004	0,051	0,066		X	
Sozialpädagogische Betreuung bei Berufsausbildungsvorbereitung	k.A.	0,001	0,001	0,000	–		X	
Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit[12]	0,862	0,007	0,000	0,000	0,000	X	X	
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche	–	–	–	–	0,035			
Institutionelle Förderung[13]	0,044	0,004	0,002	0,000	0,001			X

[1] Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2008. Haushaltsansätze für 2009.

[2] Die Angaben enthalten die Ausgaben für Investitionen und laufende Zwecke.

[3] Ist-Ausgaben des Bundes (d. h. 50 % der Gesamtförderung von Bund und Ländern).

[4] Förderung für Schüler an Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und in Fachoberschulklassen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen.

[5] Enthält z. B. die Programme JOBSTARTER und JOBSTARTER CONNECT.

[6] Seit 1. Oktober 2008 als Regelleistung im Rahmen des SGB III.

[7] Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

[8] Ist-Werte für 2001 und 2006. Vorläufige Ist-Werte für 2007 und 2008. Haushaltsansätze für 2009.

[9] Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 bis 2008: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie vorläufige Ist-Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2009: Schülerzahlen des Schuljahres 2008/09 sowie Soll-Ausgaben für die beruflichen Schulen. Aufgrund einer Umstellung im Schätzverfahren unterscheiden sich die Werte der Jahre 2006 bis 2008 von den Angaben im Datenreport des vorangegangenen Jahres. Die Werte können somit nicht im Sinne einer konsistenten Zeitreihe interpretiert werden.

[10] Veranschlagtes Mittelvolumen nach Angaben der Länder (einschließlich ESF-Mittel) für das im jeweiligen Kalenderjahr beginnende Ausbildungsjahr. Die Angabe für das Jahr 2006 enthält nicht die Programme des Landes Rheinland-Pfalz, da das zuständige Ministerium hierzu keine Daten geliefert hat. Ab 2007 liegen nur von wenigen Ländern Informationen vor, sodass keine Angaben über den Gesamtumfang gemacht werden können. Zur Angabe für das Jahr 2009 sind die Hinweise im Text zu beachten.

[11] Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 33 SGB III die Beteiligung Dritter in Höhe von mindestens 50 %. Zum Anteil öffentlicher und privater Mittel im Rahmen dieser Kofinanzierung liegen jedoch keine Zahlen vor.

[12] Nur Ausgaben für Leistungen nach Artikel 2, 3, 4, 6, 7 und Qualifizierungsanteil nach Artikel 9 (bei Quali-ABM nur Zuschüsse zur Qualifizierung) des Sofortprogramms, teilweise mitfinanziert aus ESF-Mitteln.

[13] Die institutionelle Förderung beinhaltet z. B. Zuschüsse für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen sowie Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder der beruflichen Rehabilitation.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG
Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben im Rechtskreis SGB II
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
sowie Auskünfte des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit im Januar 2010

der öffentlichen Hand verrechnet werden. Dem Statistischen Bundesamt liegen jedoch auf kommunaler Ebene keine Grundmittel vor, weswegen nur die Nettoausgaben angegeben werden können. Die vorläufigen Ist-Ausgaben im Jahr 2007 betrugen 7,4 Mrd. €.[260] Die vorläufigen Ist-Ausgaben für das Jahr 2008 werden mit 7,2 Mrd. € beziffert. Für das Jahr 2009 wurden in den öffentlichen Haushalten rund 7,3 Mrd. € veranschlagt. Zwischen 2001 und 2008 nahmen die öffentlichen Ausgaben damit nominal um 4,7 % zu. Der Anstieg pro Schüler beträgt lediglich 0,5 %. Bezogen auf die Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreisindex sind die Ausgaben sogar rückläufig. Insgesamt gingen sie seit 2001 um 7,2 % zurück, pro Schüler sogar um 10,0 %. Von den für das Jahr 2009 eingestellten Haushaltsmitteln entfallen geschätzte 3,0 Mrd. € auf die Teilzeitberufsschulen. Dies folgt aus der Verwendung von Schülertagen des Ausbildungsjahres 2008/2009 (insgesamt 8.458.961) als Verteilungsschlüssel. Mit den verbleibenden 4,3 Mrd. € werden weitere Schularten im beruflichen Bildungswesen finanziert, wie z. B. Berufsfachschulen (ca. 2.483.001 Schülertage), Fachgymnasien (ca. 770.370 Schülertage), Fachoberschulen (ca. 550.921 Schülertage), das Berufsvorbereitungsjahr (ca. 246.750 Schülertage) und das Berufsgrundbildungsjahr (ca. 221.790 Schülertage).

Die landeseigenen Ausbildungsförderungsprogramme können nicht genau quantifiziert werden. Wie die Bundesprogramme werden sie in der Jahresrechnungsstatistik vermutlich größtenteils zum Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik hinzugerechnet. Einen Überblick über die verschiedenen Förderprogramme zur Berufsausbildung sowie Informationen zu Fördergegenstand, -berechtigten und -bedingungen gibt → **Kapitel D1**. Der Umfang der Fördermittel kann mithilfe dieser Studie allerdings nur grob abgeschätzt werden. Einerseits sind die Auskünfte der Ministerien zum Fördervolumen unvollständig. Andererseits führt die Studie einige Programme auf, die zwar einen Bezug zur Berufsbildung aufweisen, aber nicht ursächlich durch das Berufsausbildungssystem bedingt sein müssen. Größenordnungsmäßig dürfte der Umfang der für 2009 eingeplanten Ländermittel im Bereich einer halben Milliarde € liegen. Hierin sind auch Mittel des Europäischen Sozialfonds enthalten.[261]

Die berufsbildungsbezogenen Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) betreffen sowohl die Berufsausbildung als auch die Berufsvorbereitung. Die Förderung der Integration an der zweiten Schwelle hingegen stellt eine beschäftigungspolitische Maßnahme dar und ist in → **Tabelle A9.2-1** nicht berücksichtigt. Ein Großteil der BA-Mittel fließt der Unterstützung besonders benachteiligter Auszubildender und Behinderter zu. Allerdings ist zu beachten, dass es – je nach Aussagezweck – eventuell nicht sinnvoll ist, die in der Tabelle ausgewiesenen Kosten berufsfördernder Maßnahmen für Behinderte in voller Höhe dem Berufsausbildungssystem zuzurechnen, da sie nicht notwendigerweise ursächlich mit ihm in Zusammenhang stehen.

Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand wird durch den Beitrag der ausbildenden Betriebe in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst ergänzt. Deren Aufwendungen werden traditionell durch das Bundesinstitut für Berufsbildung geschätzt. Nach den neuesten Berechnungen, welche auf einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2007 basieren, betrugen die Bruttokosten, d. h. die Ausbildungskosten, ohne Berücksichtigung der Ausbildungserträge rd. 23,8 Mrd. €. Die Nettokosten der Betriebe für die Ausbildung im dualen System lagen bei rd. 5,6 Mrd. € (vgl. Schönfeld et al. 2010). Damit sind die Nettokosten im Vergleich zu den Bruttokosten seit der letzten Erhebung drastisch gesunken (vgl. Beicht/Walden 2002). Dies ist auf den produktiveren Einsatz der Auszubildenden in den Betrieben zurückzuführen. Letztlich stehen aber auch den Nettokosten Erträge gegenüber, die schwer zu quantifizieren sind, wie z. B. eingesparte Personalgewinnungskosten oder ein Imagegewinn.

(Normann Müller)

260 Dieser Wert beinhaltet auch die Fachschulen, die eher der Weiterbildung als der Ausbildung zuzurechnen sind → **vgl. Kapitel B3.5**. Zum Vergleich: Die in der Finanzstatistik für das Jahr 2008 ausgewiesenen Grundmittel für das gesamte Bildungswesen lagen bei ca. 93,5 Mrd. €, wobei es sich hierbei aber noch um vorläufige Ist-Angaben handelt (siehe Statistisches Bundesamt 2009e).

261 Vgl. auch die in → **Kapitel B3.5** beschriebene Problematik bei der Berücksichtigung von ESF-Mitteln.

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung

Das Wichtigste in Kürze

Auf der Basis ausgewählter Indikatoren werden im Kapitel B wichtige Entwicklungen in der beruflichen Weiterbildung dargestellt. Dabei sind die folgenden Ergebnisse hervorzuheben:

- Nach den Ergebnissen des Berichtssystems Weiterbildung (BSW) beteiligten sich 2007 mehr als ein Viertel (26 %) der 19- bis 64-Jährigen an beruflicher Weiterbildung. Die **Teilnahmequote** stagnierte dabei seit 2003. Deutliche Unterschiede in der Beteiligung gab es zwischen Männern und Frauen. Während Männer zu 29 % an Weiterbildung teilnahmen, betrug die Quote bei den Frauen nur 24 %. Traditionell größere **Unterschiede in der Weiterbildungsbeteiligung** waren auch zwischen verschiedenen Altersgruppen zu beobachten. So betrug die Beteiligung bei den über 50-Jährigen nur 19 %. Die Weiterbildungsbeteiligung war darüber hinaus umso höher, je höher der allgemeinbildende Schulabschluss und die berufliche Qualifikation waren.
- Auf der Grundlage von Daten des IAB-Betriebspanels beteiligten sich 2008 knapp die Hälfte der Betriebe an der Finanzierung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Die **Weiterbildungsbeteiligung** hängt dabei deutlich von der **Betriebsgröße** ab und ist in Großbetrieben traditionell deutlich höher als in kleinen und mittleren Betrieben.
- Weiterbildungseinrichtungen schätzten für 2009 das **Geschäftsklima** etwas ungünstiger als noch im Vorjahr ein. Allerdings waren **Weiterbildungsanbieter** optimistischer als andere Dienstleister.
- Das **Kursangebot der Volkshochschulen** an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2008 bundesweit ca. 74.000 Veranstaltungen und bewegte sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Der Programmbereich Arbeit – Beruf umfasste dabei 13 % der Kurse an Volkshochschulen insgesamt.
- **Einrichtungen von Arbeitgebern und Gewerkschaften** waren wichtige Anbieter beruflicher Weiterbildung. Auf sie entfielen rund 10 % aller Weiterbildungsorganisationen.
- Die Eintritte in Maßnahmen zur **Förderung der beruflichen Weiterbildung** nach SGB III und SGB II sind von 341.262 im Jahr 2007 auf 438.682 im Jahr 2008 (+28,5 %) angestiegen. In den neuen Ländern steigerten sich die Eintritte gegenüber dem Vorjahr um 31,8 % und in den alten Ländern um 34,1 %.
- Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** 139.520 Personen gefördert. Gegenüber dem Vorjahr stellte dies eine Steigerung von 4,4 % dar.
- In die **Begabtenförderung** des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden im Jahr 2008 5.991 Stipendiaten/Stipendiatinnen aufgenommen.
- Insgesamt gibt es zurzeit 203 **Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung.** In den Jahren 2005 wurden insgesamt 52 Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen.

(Günter Walden)

B1 Beteiligungsstrukturen

B1.1 Beteiligung an beruflicher Weiterbildung

Das während des Bildungsgipfels 2008 formulierte Ziel, die Weiterbildungsbeteiligung bis zum Jahr 2015 auf 50 % zu erhöhen, verweist auf den hohen Stellenwert individueller Weiterbildung, welcher – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – stark zugenommen hat. Die Bildungsbeteiligung Erwachsener wird in Deutschland seit 30 Jahren durch das Berichtssystem Weiterbildung (BSW) E erfasst. Parallel zu dieser Erhebung ist 2007 erstmals in Deutschland der *Adult Education Survey* (AES) E durchgeführt worden, der inhaltlich und methodisch einige neue Akzente setzt.

E Berichtssystem Weiterbildung (BSW) und Adult Education Survey (AES)

Seit 1979 erhebt Infratest im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im 3-Jahres-Turnus die Weiterbildungsbeteiligung bei einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland. Das Erhebungsjahr 1991 markiert den Beginn der Berichterstattung über das um die neuen Länder erweiterte Bundesgebiet. Mit der sechsten Erhebungswelle im Jahr 1997 wurden erstmals deutschsprachige Ausländer/-innen in die Stichprobe einbezogen.

Im Auftrag des BMBF führte TNS Infratest Sozialforschung 2007 im Projektverbund mit dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) und Helmut Kuwan – Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung parallel zwei Erhebungen durch, die das Weiterbildungsverhalten in Deutschland nach dem BSW- und dem AES-Konzept erfassten (vgl. Rosenbladt/Bilger 2008). Zwischen März und Juli 2007 ging das AES-Konzept als Piloterhebung ins Feld, womit die Umsetzung des europäischen Berichtskonzepts in der deutschen Bildungslandschaft erprobt wurde. Deutschland war eines von 18 europäischen Ländern, welche sich zwischen 2006 und 2008 beteiligten. Befragt wurden rund 7.000 Personen. Parallel wurde die Zeitreihe der seit 1979 erhobenen BSW-Daten zur Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland fortgeführt (ca. 3.500 Befragte).

Sowohl das BSW- als auch das AES-Konzept bilden in etwa das Erwerbspersonenpotenzial ab. Personen in der Nacherwerbsphase (ab 65 Jahren) bleiben in beiden Erhebungen unberücksichtigt. Das BSW erhebt Daten von Personen im Alter von 19 bis 64 Jahren. Zukünftig sollen mit dem AES alle berufsbezogenen Lernprozesse der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren erfasst werden. Innerhalb der deutschen Piloterhebung wurden die 19- bis 24-Jährigen jedoch mit einbezogen. Erfolgt im weiteren Verlauf eine Gegenüberstellung der beiden Datensätze, beziehen sich die Ergebnisse immer auf die 19- bis 64-jährige Bevölkerung.

BSW und AES erheben die Beteiligungsquoten an verschiedenen Lernformen. Die Unterscheidung erfolgt dabei nach organisatorischen Aspekten der Weiterbildung: organisierte Lernformen wie Lehrgänge oder Kurse werden von Lernformen unterschieden, in welchen sich die Lernenden nicht kursbezogen, sondern überwiegend selbst organisiert (informell) weiterbilden (vgl. Ioannidou 2006).

Organisierte berufliche Weiterbildung

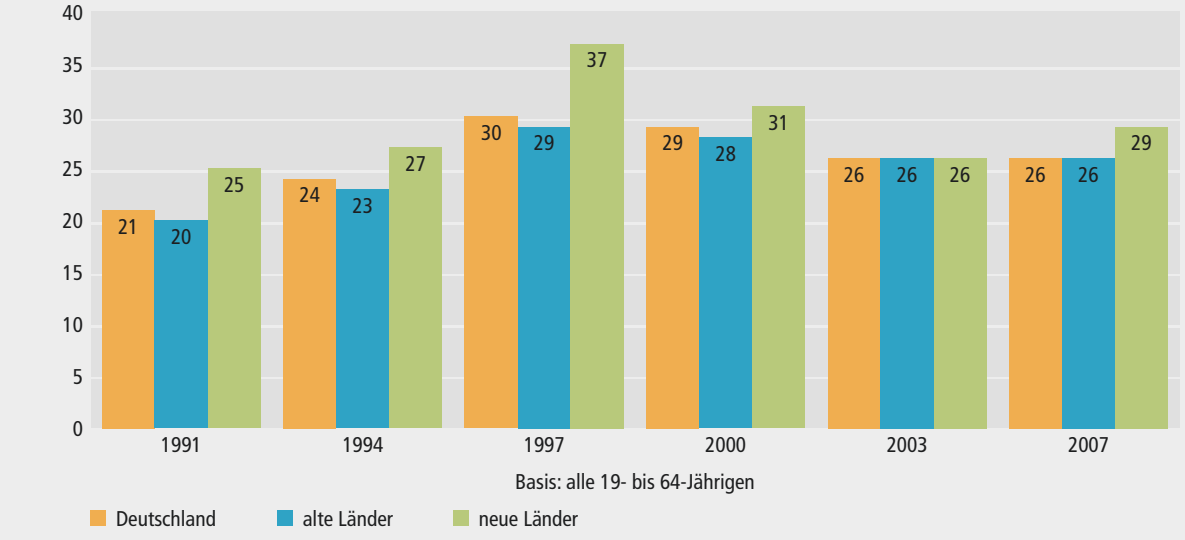
Organisierte Weiterbildung wird anhand der Teilnahme an Lehrgängen oder Kursen erfasst. Die Untersuchungspopulation wird in Weiterbildungsaktive und -inaktive unterschieden, und als zentraler Indikator wird die Teilnahmequote E ausgewiesen.

E Teilnahmequoten beruflicher Weiterbildung

Die Teilnahmequote gibt den Anteil der Teilnehmer/-innen an allen befragten Personen wieder, die sich in den zurückliegenden 12 Monaten an organisierter beruflicher Weiterbildung in Form von Lehrgängen/Kursen beteiligt haben.

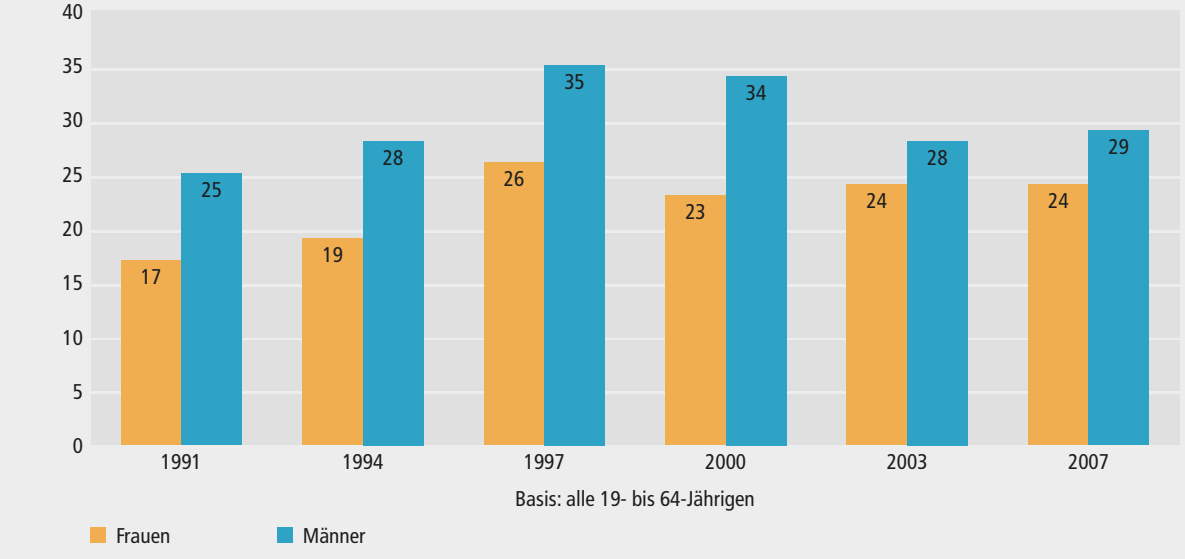
Die beiden Befragungskonzepte (AES und BSW) unterscheiden sich hinsichtlich der Operationalisierung des Berufsbezugs. Das Label der berufsbezogenen Weiterbildung bekommen – anders als im BSW, wo die Differenzierung nach beruflicher bzw. allgemeiner Weiterbildung zunächst über die Ausrichtung der jeweils besuchten Kurse oder Lehrgänge vorgenommen wird („Zwei-Säulen-Modell“) – ausschließlich solche Aktivitäten, für welche die Befragten in einem

Schaubild B1.1-1: **Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Regionen 1991 bis 2007 (in %)**



Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), eigene Darstellung

Schaubild B1.1-2: **Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht 1991 bis 2007 (in %)**

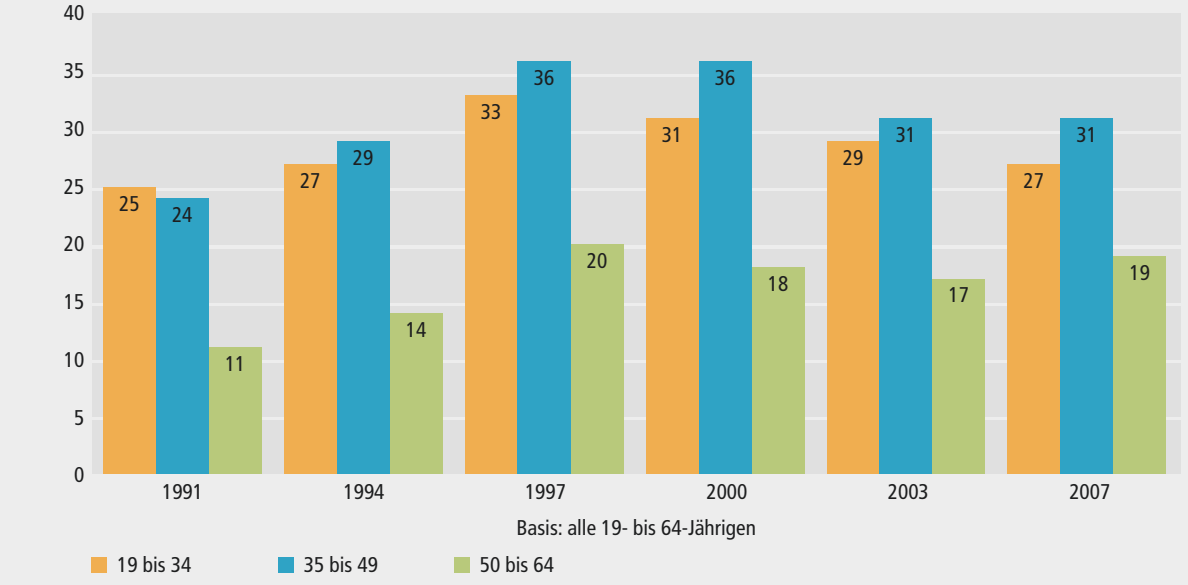


Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), eigene Darstellung

nachgelagerten Schritt angeben, sie hätten „hauptsächlich aus beruflichen Gründen“ teilgenommen („Zwei-Stufen-Modell“). Das Kriterium für die Differenzierung ist bei internationalen Vergleichsanalysen ausschließlich der subjektive Zweck der Weiterbildungsmaßnahme.

Aufgrund dieser Vorgehensweisen ergeben sich unterschiedliche Teilnahmequoten für die beiden Erhebungsmodelle: Nahmen nach dem BSW-Konzept 2007 27 % der 19- bis 64-jährigen Bevölkerung an organisierter beruflicher Weiterbildung teil, sind es nach dem AES-Daten 38 %. Bei der Interpretation

Schaubild B1.1-3: **Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Altersgruppen 1991 bis 2007 (in %)**



Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), eigene Darstellung

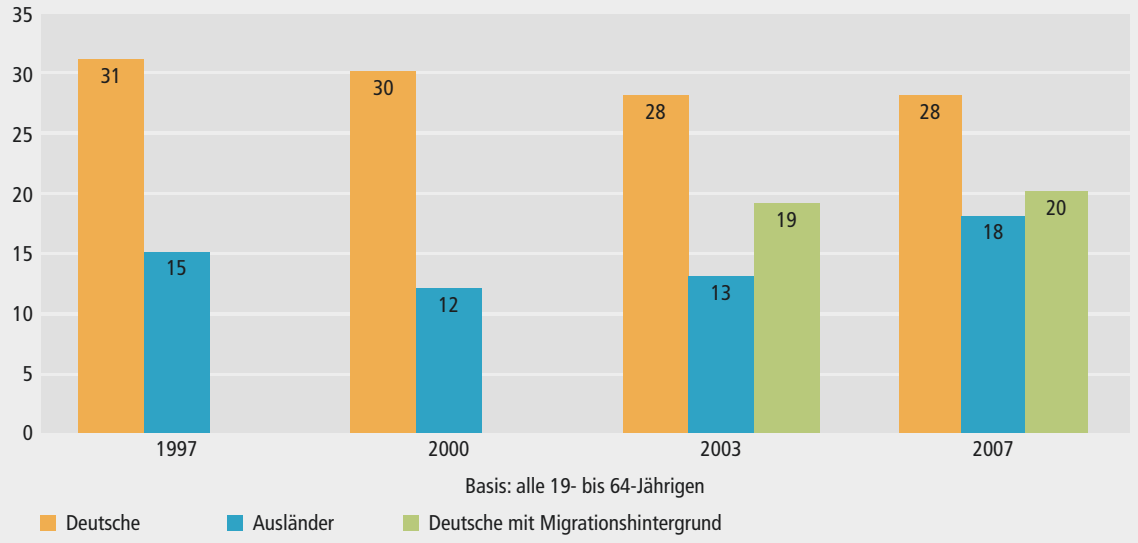
der Ergebnisse und der Gegenüberstellung beider Datensätze ist zu berücksichtigen, dass mit der Erhebung „BSW Trend 2007“ die Zeitreihe der seit 1979 erhobenen Daten zur organisierten beruflichen Weiterbildung in Deutschland fortgesetzt werden konnte, während sich mit der Implementierung der Bezugsgröße „berufsbezogener Weiterbildung“ innerhalb des AES 2007 ein Vergleich nur noch eingeschränkt realisieren lässt. Um die Entwicklung der Beteiligung an beruflicher Weiterbildung seit 1991 und deren Differenzierung nach soziodemografischen Merkmalen darzustellen, wird daher im Folgenden ausschließlich auf das BSW-Konzept zurückgegriffen.

2007 beteiligten sich bundesweit mehr als ein Viertel (26%) aller 19- bis 64-Jährigen an beruflicher Weiterbildung → **Schaubild B1.1-1**. Bis 1997 ist die Teilnahmequote insbesondere in den neuen Ländern deutlich angestiegen. Nach einem Höchststand im Jahr 1997 ist die Teilnahmequote seither rückläufig bzw. stagniert seit 2003 bundesweit bei 26%. Der Beteiligungsrückgang vollzieht sich zunächst in den alten wie in den neuen Ländern – drastischer jedoch bei Letzteren. Hier ist die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung zwischen 1997 und 2007 um 8 Prozentpunkte zurückgegangen. In den alten Ländern wird der Rückgang 2003 gestoppt. 2007 lag die Beteiligung in Form von Lehrgängen und Kursen wie bereits im Jahr 2003 bei 26%.

Frauen beteiligen sich weniger an beruflicher Weiterbildung als Männer → **Schaubild B1.1-2**. Lag die Beteiligung der Frauen an beruflicher Weiterbildung 1991 mit 17% noch 8 Prozentpunkte unter der Teilnahmequote der Männer, hat sich diese Differenz im Jahr 2007 auf 5 Prozentpunkte verringert. Die Weiterbildungsbeteiligung beläuft sich bei den 19- bis 64-jährigen Frauen wie schon 2003 auf 24%. Die Männer konnten sich 2007 gegenüber 2003 leicht steigern. Die höchste Beteiligung findet sich bei Männern (35%) und Frauen (26%) im Jahr 1997.

Dieser Unterschied zwischen Frauen und Männern liegt vor allem in deren unterschiedlicher Erwerbsbeteiligung begründet. Betrachtet man nur erwerbstätige Personen, so haben sich die Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung von Frauen und Männern über die Jahre angenähert und lagen 2007 bei 34% (Frauen) bzw. 35% (Männer) (v. Rosenbladt/Bilger 2008, S. 229). Die unterschiedliche Weiterbil-

Schaubild B1.1-4: **Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund 1997 bis 2007 (in %)**



Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), eigene Darstellung

dungsbeteiligung von Frauen und Männern hängt letztlich auch stark von der familiären Situation ab (vgl. DIE 2008, S. 35).

Wie in den Jahren zuvor nehmen die über 50-Jährigen auch 2007 deutlich seltener an organisierter Weiterbildung teil → **Schaubild B1.1-3**. Zwar hat sich die Differenz zulasten der jüngeren Altersgruppen verringert, doch bewegt sich der Anteil weiterhin unter der 20%-Marke. Die Gruppe der 35- bis 49-Jährigen partizipiert am häufigsten an beruflicher Weiterbildung. Es ist jedoch ersichtlich, dass der zuvor beschriebene allgemeine Beteiligungsrückgang ab 2000 (vgl. Schaubild B1.1-1) vor allem von dieser Altersgruppe getragen wird.

Im Erhebungsjahr 1997 wurden erstmals deutschsprachige Ausländer/-innen in die Befragung einbezogen. 2003 wurde die Gruppe der Deutschen hinsichtlich des Migrationshintergrundes E weiter differenziert → **Schaubild B1.1-4**[262].

E Migrationshintergrund

Im Rahmen des BSW wurden bis 1994 ausschließlich deutsche Staatsangehörige im Alter von 19 bis 64 Jahren befragt. Seit der Erhebung des Jahres 1997 werden auch Ausländer und seit 2003 Personen mit Migrationshintergrund in die Befragung einbezogen. Die Erfassung des Migrationshintergrundes erfolgt im BSW anhand folgender drei Fragen:

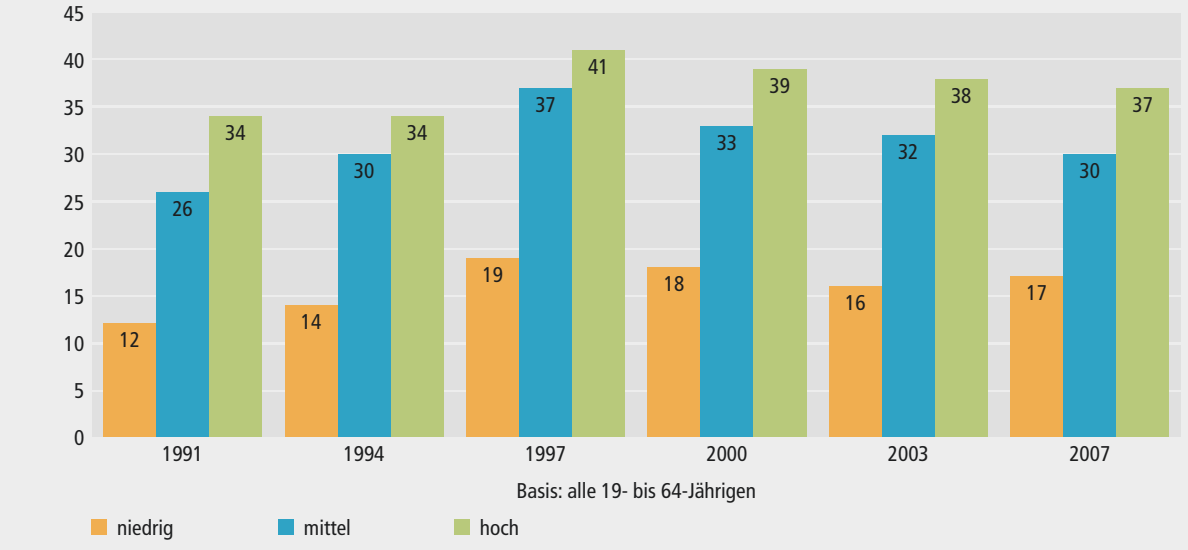
- ob die Befragungsperson schon immer in Deutschland lebte;
- wenn nicht, wie lange sie schon in Deutschland lebt;
- und in welchem Land die Befragungsperson überwiegend lebte.

Zwar können ethnische Unterschiede auf diese Weise nicht herausgestellt werden, allerdings gibt die Unterscheidung nach Deutschen ohne Migrationshintergrund, Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern erste wichtige Hinweise auf das Weiterbildungsverhalten der einzelnen Migrationsgruppen.

Die Befunde machen deutlich, dass die Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung bei den Ausländern deutlich niedriger liegt als bei den Deutschen. Zwar hat sich die Differenz auch durch die Berücksichti-

262 Es wurden nur diejenigen Ausländer/-innen und Deutschen mit Migrationshintergrund befragt, deren Deutschkenntnisse für ein mündliches Interview ausreichen. Ähnlich wie die Ausländer/-innen stellen auch die Deutschen mit Migrationshintergrund nur einen geringen Anteil der Stichprobe. Die ausgewiesenen Ergebnisse sollten daher weniger als prozentgenaue Zahlen, sondern vielmehr als Größenordnungen interpretiert werden.

Schaubild B1.1-5: **Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung nach Schulabschluss 1991 bis 2007 (in %)**



Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), eigene Darstellung

gung des Migrationshintergrundes ab 2003 verringert, in der Tendenz bleibt diese jedoch weiterhin bestehen.

Zwischen 2003 und 2007 lässt sich somit eine interessante Entwicklung beobachten: Während die Teilnahmequote der Deutschen ohne Migrationshintergrund bei 28 % stagniert, nimmt die Beteiligung der Deutschen mit Migrationshintergrund um einen Prozentpunkt, die Teilnahmequote der Ausländer um 5 Prozentpunkte zu. Derzeit liegen keine empirisch gestützten Erklärungen für diese Befunde vor, allerdings wird angenommen, dass „ein durch die öffentliche Debatte über die Benachteiligung von Migranten/Migrantinnen geschärftes Bewusstsein der Wichtigkeit von Weiterbildung" den Beteiligungsanstieg unterstützt haben könnte (vgl. DIE 2008, S. 41–42).

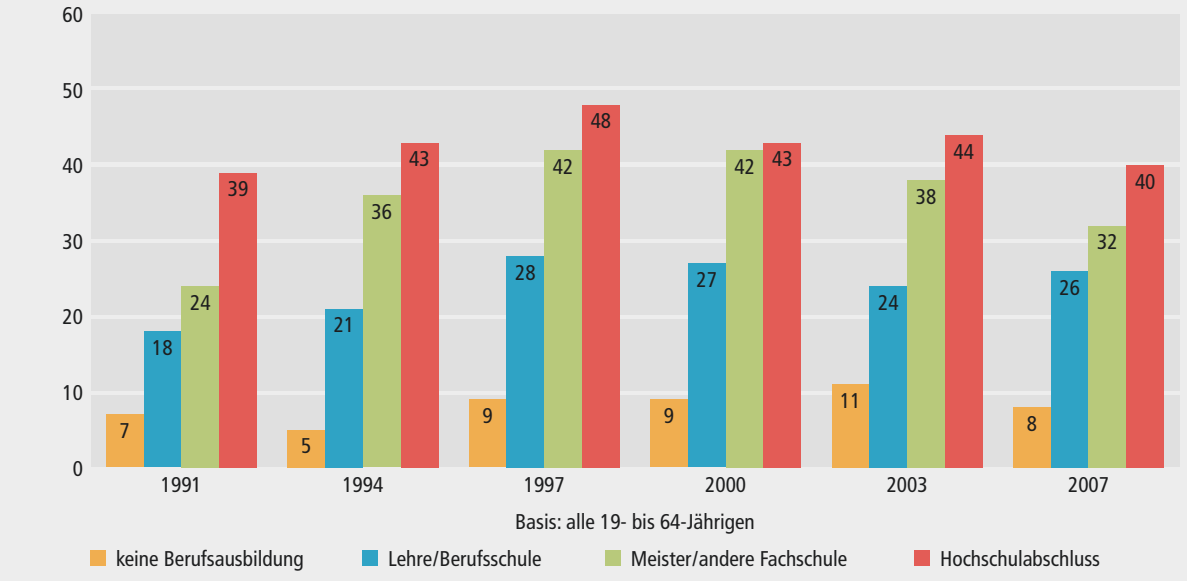
Der Zusammenhang zwischen der Beteiligung an beruflicher Weiterbildung und der schulischen Vorbildung wird entlang einer dreigeteilten Kategorisierung der Schulabschlüsse E vorgenommen → **Schaubild B1.1-5**.

E Kategorisierung der Schulabschlüsse

Die Bildungsabschlüsse werden im BSW in drei Kategorien unterteilt. Schulabschlüsse, die noch nach DDR-Recht erworben wurden, werden entsprechend berücksichtigt. Gibt eine Befragungsperson an, sie hätte keinen Abschluss, einen POS-8.-Klasse-Abschluss oder einen Volksschul- oder Hauptschulabschluss, wird sie der Kategorie niedriger Schulabschluss zugewiesen. Unter die Kategorie mittlerer Schulabschluss fallen alle Personen, die angeben, die mittlere Reife oder einen POS 10.-Klasse-Abschluss zu haben. Abitur und ein EOS-12.-Klasse-Abschluss wird unter hohem Schulabschluss zusammengefasst.

Über die Jahre konstant erhöht sich mit steigender Schulbildung auch die Beteiligung an Weiterbildung in Form von Lehrgängen und Kursen. Der Beteiligungsrückgang schlägt sich insbesondere in der Gruppe der Personen mit mittlerer Reife (alte Länder) bzw. mit einem POS-10.-Klasse-Abschluss (nach DDR-Recht) nieder. Bei Personen mit niedrigem bzw. ohne Schulabschluss konnte 2007 ein leichter Zuwachs in der Weiterbildungsaktivität verzeichnet werden (17 % gegenüber 16 % im Jahr 2003), die Zahl liegt jedoch weiterhin deutlich unter der der schulisch besser Qualifizierten.

Schaubild B1.1-6: **Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Berufsabschluss 1991 bis 2007 (in %)**



Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), eigene Darstellung

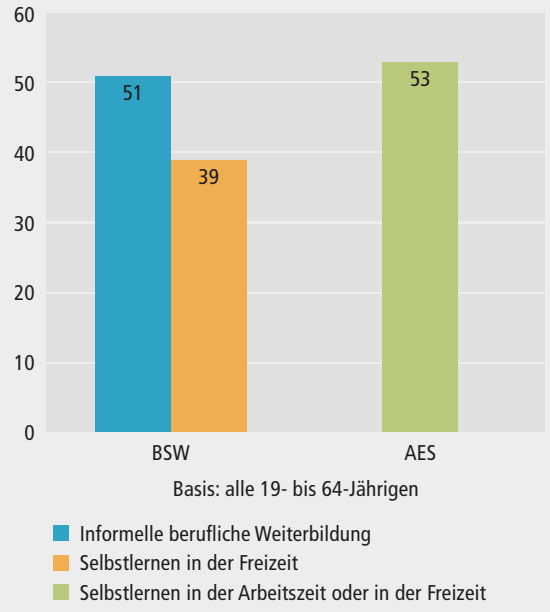
Ähnlich verhält es sich mit der beruflichen Qualifizierung. Hier schlägt sich der Umstand nieder, dass in Deutschland generell ein enger Zusammenhang zwischen allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen besteht. Über die Jahre gilt, dass die Höhe der beruflichen Qualifikation über den Partizipationsgrad an organisierter beruflicher Weiterbildung entscheidet. → **Schaubild B1.1-6** illustriert, wie mit zunehmender Qualifikation die Teilnahmequote steigt. Zwar haben sich die Differenzen in den letzten Jahren verringert, dies geschah jedoch maßgeblich zulasten der Höherqualifizierten. Während der Anteil der Personen ohne Berufsausbildung zwischen 1991 und 2007 in der beruflichen Weiterbildung im Zeitverlauf dauerhaft gering war, wurde der generelle Weiterbildungsrückgang ab 2000 überwiegend durch die Personen mit einem Meister bzw. einem anderen Fachschulabschluss getragen.

Informelle berufliche Weiterbildung

In den letzten Jahren hat sich die Diskussion um informelles berufliches Lernen intensiviert. Während sich der traditionelle Weiterbildungsbegriff an der Definition des Deutschen Bildungsrates orientiert, wonach Weiterbildung verstanden wird als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Ausbildungsphase“ (Deutscher Bildungsrat 1970, S. 197), fließen in die Bestrebungen, informelles berufliches Lernen empirisch zu erfassen, bildungspolitische Entwicklungen ein, die etwa arbeitsintegriertem Lernen eine größere Bedeutung beimessen. Die Weiterbildungsdefinition des BSW basierte ursprünglich auf Begrifflichkeiten des Deutschen Bildungsrates; deshalb wurden ausschließlich Teilnahmequoten E ausgewiesen, die sich im Wesentlichen auf den Besuch von Lehrgängen oder Kursen bezogen. Mit der Erhebungswelle 1994 wurde die Erfassung dieser organisierten Form um informelle Lernformen erweitert. Zur Ermittlung der informellen Lernaktivität wird derzeit auf 13 die Erinnerung unterstützende, konkrete und arbeitsplatznahe Lernaktivitäten verwiesen (vgl. dazu kritisch Dobischat/Gnahs 2008, S. 222 ff.).

Auch das AES-Konzept greift die Unterscheidung über organisierte und informelle Lernformen auf. Im deutschen AES-Fragenprogramm heißt es: „Einmal abgesehen von der Teilnahme an Weiterbildungsan-

Schaubild B1.1-7: **Informelles Lernen BSW und AES 2007 – ein Vergleich (in %)**



Quelle: Berichtsystem Weiterbildung (BSW), Adult Education Survey (AES), eigene Darstellung

geboten kann man Kenntnisse auf einem bestimmten Gebiet auch durch Selbstlernen erwerben oder verbessern, also indem man sich bewusst selbst etwas beibringt, sei es in der Arbeitszeit oder Freizeit." Anders als das BSW unterscheidet der AES nicht explizit, ob die Lernaktivitäten während der Arbeit oder in der Freizeit stattfinden. Auch hier werden die Lernaktivitäten anhand geschlossener Listen identifiziert, die derzeit 6 Antwortkategorien umfassen.

E **Teilnahmequote an informeller beruflicher Weiterbildung**

Die Teilnahmequote gibt den Anteil der Teilnehmer/-innen an allen befragten Personen wieder, die sich in den zurückliegenden 12 Monaten an einer Form des informellen Lernens gemäß dem jeweiligen Berichtskonzept beteiligt haben.

Die Kategorie Selbstlernen stellt im BSW ausdrücklich auf Lernen außerhalb der Arbeitszeit ab, während das Lernen während der Arbeitszeit durch informelle berufliche Weiterbildung abgedeckt wird. 2007 gaben 51 % aller 19- bis 64-Jährigen an, sich während der Arbeitszeit etwas selbst beigebracht zu haben. Das Selbstlernkonzept des AES umfasst ebenfalls vom Einzelnen selbst organisierte Lernaktivitäten. Eine Zuordnung zu Arbeits- bzw. Freizeit lässt sich zumindest bei dem vorläufigen Fragenprogramm nicht vornehmen. Der Wert liegt bei 53 % → **Schaubild B1.1-7**.

Doch gibt es nicht nur Abweichungen zwischen den beiden Datenquellen zu berücksichtigen. Seit der Umfang und die Strukturen der informellen Weiterbildung ins Blickfeld gerieten, sind die entsprechenden BSW-Abfragekategorien immer stärker differenziert und erweitert worden. Da bei Erhebungen zum informellen beruflichen Lernen bereits kleine Formulierungsänderungen massive Veränderungen von empirischen Ergebnissen bewirken können, wird von Datensatz- und Trendvergleichen abgeraten (Kuwan u. a. 2006, S. 190; Kuwan/Seidel 2008, S. 99 ff.).

Die Berücksichtigung der informellen Weiterbildung ist dennoch unverzichtbar. Wie bereits dargestellt, ließ sich ab 2000 ein Rückgang an organisierter beruflicher Weiterbildung feststellen. Ohne die Erfassung informeller Lernformen, also bei ausschließlicher Erfassung der Teilnahme an Lehrgängen und Kursen, könnte die Frage nach einer möglichen Verschiebung hin zu weicheren Formen des beruflichen Erkenntniserwerbs nicht beantwortet werden.

(Kristina Enders, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B1.2 Betriebliche Weiterbildung

Betriebliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens und somit von großer Bedeutung für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuen. Das IAB-Betriebspanel → **Kapitel B1.2.1** und die CVTS-Studien (Continuing Vocational Training Survey) → **Kapitel B1.2.2** sind – neben den Weiterbildungserhebungen des IW Köln – in Deutschland die wichtigsten Informationsquellen zur betrieblichen Weiterbildung.

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat auf Basis des IAB-Betriebspanels das betriebliche Weiterbildungsgeschehen untersucht. In diesem Panel werden Betriebe berücksichtigt, soweit sie mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Nachfolgend werden die Ergebnisse zum Indikator Weiterbildungsbeteiligung und dem Indikator Weiterbildungsquote dargestellt. Die Daten zur Weiterbildung wurden bislang in einem zweijährigen Rhythmus erhoben, seit 2008 liegen die Angaben jedoch jährlich vor. Weitere Indikatoren, ergänzende Informationen und methodische Erläuterungen sind einer Expertise des IAB zu entnehmen → **vgl. Kapitel A5.10.3**.[263]

Welche Betriebe bilden ihre Beschäftigten weiter, wie viele Betriebe nutzen diese Möglichkeit der Personalentwicklung? Die Darstellung der Weiterbildungsbeteiligung E anhand von zwei Indikatoren vermittelt einen Eindruck über die Verbreitung der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland. Das IAB-Betriebspanel stützt sich bei der Erfassung der Weiterbildung auf die direkte Befragung von Betrieben. Es berücksichtigt dabei Weiterbildungsaktivitäten, die ganz oder teilweise von den Betrieben finanziert bzw. durch Freistellung von Beschäftigten unterstützt wurden.

263 Die Expertise ist unter **www.bibb.de/Datenreport2010** erhältlich.

E Weiterbildungsbeteiligung

Der Indikator Weiterbildungsbeteiligung bezieht die Anzahl der Betriebe, die gemäß einer Frage des IAB-Betriebspanels im ersten Halbjahr eines Jahres weiterbildungsaktiv waren, auf die Anzahl aller Betriebe in Deutschland.

Weiterbildungsquote

Der Indikator Weiterbildungsquote wird als Quotient der Summe aller an Weiterbildungsmaßnahmen partizipierenden Mitarbeitern im ersten Halbjahr (Zähler) und der Summe aller Mitarbeiter zum Stichtag der Befragung (Nenner) ermittelt.

Weiterbildungsbeteiligung

Hinsichtlich der allgemeinen Verbreitung betrieblicher Weiterbildung ist festzustellen, dass die Weiterbildungsaktivität in Deutschland in den letzten Jahren leicht, aber stetig zugenommen hat → **Tabelle B1.2.1-1**. Gegenüber dem Wert von 2001 fand eine Erhöhung um gut 13 Prozentpunkte statt. Dieses Wachstum ist dabei sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern zu beobachten, wobei die Quote in den neuen Ländern stets leicht über den Werten der alten Länder lag, zuletzt rund 2 Prozentpunkte. Im Jahr 2008 waren es demnach ungefähr die Hälfte der Betriebe in Deutschland, die als weiterbildungsaktiv gelten können.

Bei der Differenzierung nach Betriebsgröße werden zwei Phänomene deutlich: Zunächst ist festzustellen, dass die Weiterbildungsaktivität positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Während unter den kleineren Betrieben zuletzt nur etwa 40 % der Betriebe Weiterbildung anbieten oder unterstützen, steigert sich dies bis zu den Großbetrieben, die nahezu alle weiterbildungsaktiv sind (98 %). Dies ist insofern nicht überraschend, als dass es naheliegt, dass größere Betriebe eher als kleinere in jedem Jahr mindestens einen Beschäftigten bei einer Weiterbildung unterstützen, da sie z. B. mehr Einstellungen und daher mehr Einarbeitungen haben. Der Vergleich zwischen alten und neuen Ländern ergibt weiterhin, dass die

Tabelle B1.2.1-1: **Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)**

	2001	2003	2005	2007	2008
Alte Länder					
1–9 Beschäftigte	27	33	33	36	39
10–49 Beschäftigte	56	58	62	62	68
50–499 Beschäftigte	80	84	84	86	87
500+ Beschäftigte	97	98	97	95	98
Gesamt	**36**	**41**	**42**	**45**	**49**
Neue Länder					
1–9 Beschäftigte	29	37	38	41	44
10–49 Beschäftigte	58	63	62	67	67
50–499 Beschäftigte	82	87	85	86	90
500+ Beschäftigte	96	94	96	97	97
Gesamt	**37**	**44**	**45**	**48**	**51**
Bundesgebiet					
1–9 Beschäftigte	28	34	34	37	40
10–49 Beschäftigte	57	59	62	63	68
50–499 Beschäftigte	81	85	84	86	88
500+ Beschäftigte	97	97	97	95	98
Gesamt	**36**	**42**	**43**	**45**	**49**

Weiterbildungsbeteiligung: Anteil der Betriebe, die (in-)direkt Weiterbildung finanziert haben, an allen Betrieben.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001–2008, hochgerechnete Angaben

Tabelle B1.2.1-2: **Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)**

	2001	2003	2005	2007	2008
Alte Länder					
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	9	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	27	22	27	–
Gesamt	**18**	**22**	**20**	**21**	**25**
Neue Länder					
Einfache Tätigkeiten	8	12	9	13	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	31	27	33	–
Gesamt	**19**	**26**	**25**	**27**	**30**
Bundesgebiet					
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	10	–
Qualifizierte Tätigkeiten	21	28	23	29	–
Gesamt	**18**	**23**	**21**	**22**	**26**

Weiterbildungsquote: Anteil der weitergebildeten Beschäftigten an allen Beschäftigten.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001–2008, hochgerechnete Angaben

Beteiligung bei den kleinen Betrieben mit bis unter 10 Beschäftigten, aber auch bei der nächsten Betriebsgrößenklasse in den neuen Ländern etwas höher ausfällt. Eine Betrachtung der Entwicklung seit 2001 ergibt schließlich, dass die oben angesprochene Zunahme der Weiterbildungsaktivität auf eine Zunahme der Aktivität bei den mittleren Betrieben, v. a. aber auch bei den kleinen Betrieben zurückzuführen ist.[264]

264 Das Wachstum bei den Kleinstbetrieben erklärt auch teilweise, warum die Befragung CVTS3 von 2005 gegenüber der Befragung CVTS2 von 1999 einen Rückgang aufweist. Zu den methodischen Unterschieden zwischen IAB-Betriebspanel und CVTS3-Erhebung sowie den daraus resultierenden Divergenzen in den Ergebnissen vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1, Einleitung.

Weiterbildungsquote

Häufig wird darauf hingewiesen, dass kleinere Betriebe zwar seltener weiterbilden, wenn sie aber Weiterbildungsmaßnahmen durchführen, würden relativ mehr Mitarbeiter beteiligt. Um dies zu überprüfen, wird nachfolgend die Weiterbildungsquote, also der Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Beschäftigten, aller Betriebe verglichen.

Aus → **Tabelle B1.2.1-2** geht hervor, dass im Jahr 2008 gut 26 % der Beschäftigten in Weiterbildungsmaßnahmen mit einbezogen waren, was ein Anstieg um gut 4 Prozentpunkte gegenüber 2007 bedeutet. Indem zusätzlich eine Differenzierung[265] zwischen qualifizierten Beschäftigten und Beschäftigten in einfachen Tätigkeiten eingeführt wird, kann anhand der Weiterbildungsquote ein auch in anderen Studien immer wiederkehrendes Muster bestätigt werden: „Wer hat, dem wird gegeben" – auch in diesen Daten wird deutlich, dass es vor allem die qualifizierten Beschäftigten sind, die von den betrieblichen Bildungsbemühungen profitieren.

Dasselbe qualifikationsspezifische Muster kann auch bei einer Differenzierung nach alten und neuen Ländern gefunden werden. Insgesamt zeigt sich dabei aber auch, dass die Weiterbildungsquote in den neuen Ländern höher ausfällt, wobei der Unterschied zuletzt zwischen 5 und 6 Prozentpunkten lag. Die Betrachtung der Weiterbildungsquote nach unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen verdeutlicht, dass die Betriebsgröße keinen bedeutsamen Einfluss hat → **Tabelle B1.2.1-3 Internet**. Vergleicht man diesen Befund mit dem Ergebnis zur Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe, kann man festhalten, dass kleinere Betriebe zwar seltener weiterbilden, wenn sie sich aber zur Weiterbildung entscheiden, den großen Betrieben hinsichtlich der Reichweite der Maßnahme in der Belegschaft in nichts nachstehen und deren Quote sogar übertreffen.

(Jens Stegmaier, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

265 Diese Differenzierung ist in den Daten für 2008 nicht enthalten.

B1.2.2 Die europäische Unternehmensbefragung Continuing Vocational Training Survey 3 (CVTS3)

Rückblick auf CVTS3 und Ausblick auf CVTS4

CVTS3 E ermöglicht einen Vergleich der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland mit anderen europäischen Ländern. Gleichzeitig können Entwicklungen und Veränderungen zum Jahr 1999 (CVTS2) aufgezeigt werden (vgl. Behringer/Moraal/Schönfeld 2008 sowie Behringer/Käpplinger/Pätzold 2009). Insgesamt ist die betriebliche Weiterbildung in Deutschland im europäischen Vergleich bei mehreren wichtigen Indikatoren wie z. B. dem Weiterbildungsangebot der Unternehmen oder der Teilnahmequote an Kursen eher im Mittelfeld anzusiedeln (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1.2).

E Continuing Vocational Training Survey (CVTS)

Die CVTS-Erhebungen werden regelmäßig (ab 2005 im Abstand von 5 Jahren) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt. Auch weitere interessierte Länder nehmen teil. Ziel der CVTS-Befragungen ist es, für alle beteiligten Länder vergleichbare Daten zu den quantitativen und qualitativen Strukturen der betrieblichen Weiterbildung zu gewinnen. Unter betrieblicher Weiterbildung werden dabei die vorausgeplanten und organisierten Lernformen verstanden, die vom Unternehmen vollständig oder teilweise finanziert werden. Die rein individuell finanzierte Weiterbildung von Beschäftigten wird nicht erfasst. Erhoben werden Daten zum Angebot der verschiedenen Formen beruflicher Weiterbildung, zu Teilnehmer/-innen, Teilnahmestunden und Kosten sowie qualitative Daten zur Weiterbildungskonzeption und zum Stellenwert der Weiterbildung im Unternehmen.

An CTVS1 (1993) beteiligten sich 12 Länder, an CVTS 2 (1999) bereits 25 Länder, und CVTS3 (2005) lieferte Informationen für 28 Länder. Es wurden Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten aus allen Branchen – außer der Land-/Forstwirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, dem Militär und dem Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen – befragt. In Deutschland wurden die Erhebungen vom Statistischen Bundesamt und einigen Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bereitete

im Auftrag der Europäischen Kommission CVTS3 methodisch vor. Insgesamt nahmen in Europa über 100.000 Unternehmen an CVTS3 teil, in Deutschland 2.857 Unternehmen.

Es ist geplant, CVTS4 im Jahr 2011 für das Berichtsjahr 2010 durchzuführen. Erste Ergebnisse sind nicht vor 2012 zu erwarten.

Die europäischen Daten wurden auf der Eurostat-Homepage veröffentlicht.[266] Eine zusammenfassende Darstellung wurde von Eurostat bislang nicht vorgelegt. Bei der Interpretation der europäischen Vergleichsdaten sollten stets die Datenqualität, die nationalen Rahmenbedingungen und historisch gewachsenen Strukturen berücksichtigt werden – ein unreflektiertes Ranking kann zu falschen Folgerungen führen. Das BIBB wertete gemeinsam mit den Forschungsinstituten Céreq (Marseille) und Isfol (Rom) im Auftrag von CEDEFOP die Ergebnisse von CVTS3 inhaltlich und methodisch aus, wobei die Analyse der Datenqualität und die Auswertung von Mikrodaten aus 7 Ländern von zentraler Bedeutung waren (CEDEFOP 2010).

Die CVTS3-Resultate für Deutschland wurden 2007/2008 vom Statistischen Bundesamt publiziert (Schmidt 2007 sowie Schmidt 2008). Außerdem wurde im Jahr 2008 in Deutschland eine Zusatzerhebung bei weiterbildenden Unternehmen, die an CVTS3 teilgenommen haben, durchgeführt. Diese Erhebung liefert u. a. Informationen zur Verzahnung von Aus- und Weiterbildung und zu den Lernformen im Unternehmen (vgl. Moraal u. a. 2009).

CVTS4 soll 2011 für das Berichtsjahr 2010 durchgeführt werden. Der Fragebogen soll an einigen Stellen modifiziert werden – wie dies auch in den Vorgängerbefragungen stets geschehen ist. Die Vergleichbarkeit zwischen CVTS3 und CVTS4 soll aber bei den Kernindikatoren gewahrt bleiben.[267]

(Friederike Behringer, Bernd Käpplinger, Dick Moraal, Gudrun Schönfeld)

266 Siehe: **http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/data/database** (Abrufdatum: 30.09.2009).

267 Zum Redaktionstermin dieses Artikels lag nur eine Entwurfsfassung des Fragebogens für CVTS4 vor; die erforderliche Regulierung als rechtliche Grundlage für CVTS4 stand noch aus. Die nationalen bzw. europaweiten Befragungsergebnisse für CVTS4 sind nicht vor 2013 zu erwarten.

B2 Weiterbildungsanbieter

B2.1 Weiterbildungsanbieter: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2009

B2.1.1 Klima, Marktbehauptung und Strukturen im Fokus des wbmonitor 2009

Der wb**monitor,** der gemeinsam vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) getragen wird, führt jährlich im Mai eine bundesweite Online-Umfrage bei Weiterbildungsanbietern durch. E Neben einem jährlich wechselnden Themenschwerpunkt stellen identische Fragen zur wirtschaftlichen Situation sowie zu den Strukturen der Weiterbildungsanbieter zentrale Bestandteile der Umfragen dar.

An der Erhebung 2009 nahmen 1.525 Weiterbildungseinrichtungen teil. Dies sind knapp 10% der kontaktierten Grundgesamtheit des wb**monitor** von rund 16.500 Weiterbildungsanbietern in Deutschland. Die Angaben der Umfrageteilnehmer/-innen wurden auf die Grundgesamtheit gewichtet und hochgerechnet. Die Umfrageergebnisse besitzen somit Gültigkeit für alle im wb**monitor** erfassten Weiterbildungsanbieter.

Als Indikator für die wirtschaftliche Situation von Weiterbildungsanbietern berechnet das BIBB jährlich aus den Umfrageergebnissen des wb**monitor** den wb**monitor** Klimaindex. E

E wbmonitor Umfragen

wb**monitor** ist seit 2006 ein Kooperationsvorhaben von BIBB und DIE. Damit wurde er auf eine neue konzeptionelle Grundlage gestellt (Feller u. a. 2009). Zuvor konzentrierte sich der 2001 vom BIBB initiierte wb**monitor** auf Anbieter beruflicher Weiterbildung.

Tabelle B2.1.1-1: **Klimaindex, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2009**

		Klimawert	Lage-beurteilung	Erwartung in einem Jahr	Angaben zur Lage
		gemittelt aus Lage und Erwartung	Saldo* positiv/negativ	Saldo* besser/schlechter	Anzahl (hochgerechnet)
Alle Umfrageteilnehmer/-innen		**33**	**44**	**22**	**12.927**
Art der Einrichtung	kommerziell privat	38	36	41	4.037
	gemeinnützig privat	43	48	38	2.072
	Bildungseinrichtung eines Betriebes	32	32	31	490
	berufliche Schule	43	64	25	649
	Volkshochschule	12	36	-9	1.893
	(Fach-)Hochschule, Akademie	63	60	67	443
	wirtschaftsnah (Kammer, Innung, Berufsverband u. Ä.)	57	70	45	876
	Einrichtung einer Kirche, Partei, Gewerkschaft, Stiftung, eines Verbandes, Vereins	20	39	2	1.836
Ausrichtung des Weiterbildungsangebotes	nur berufliche Weiterbildung	44	49	38	3.721
	nur allgemeine Weiterbildung	14	34	-4	746
	berufliche und allgemeine Weiterbildung	30	42	18	8.250
Angestellte/Beamte in der Weiterbildung	0 bis 9	29	35	23	8.985
	10 bis 49	36	52	21	2.976
	50 und mehr	38	63	16	715
Einnahmen/Zuwendungen von Betrieben	keine Einnahmen	27	43	13	4.494
	bis 25 %	36	51	23	4.427
	26 % bis 49 %	41	48	35	771
	50 % und mehr	29	21	37	2.843
Einnahmen/Zuwendungen von Arbeitsagenturen	keine Einnahmen	25	33	17	6.793
	bis 25 %	33	45	22	3.047
	26 % bis 49 %	45	57	33	684
	50 % und mehr	44	58	30	2.011
Einnahmen/Zuwendungen von Kommunen, Ländern, Bund, EU	keine Einnahmen	39	40	38	5.524
	bis 25 %	39	51	28	3.441
	26 % bis 49 %	14	30	0	1.633
	50 % und mehr	25	48	4	1.936
Umsatz der Einrichtung	1 bis 10 Tsd. Euro	10	13	7	693
	10 bis 100 Tsd. Euro	31	31	31	2.891
	100 Tsd. bis 1 Mio. Euro	28	38	18	4.838
	1 Mio. bis 10 Mio. Euro	34	50	20	2.738
	10 Mio. Euro und mehr	47	71	25	344
Zum Vergleich	ifo Dienstleistungsgewerbe	-5	-8	-2	

* Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.149 gültigen Angaben

Der wb**monitor** wendet sich an alle institutionalisierten oder betrieblich verfassten Anbieter, die Weiterbildung als Haupt- oder Nebenaufgabe regelmäßig oder wiederkehrend offen zugänglich anbieten. Es wird ein Betriebsstättenkonzept verfolgt, wonach jede Niederlassung als eigener Anbieter zu behandeln ist.[268]

Als Weiterbildung gilt ein organisiertes Bildungsangebot, das sich an ausgebildete oder erfahrene Erwachsene richtet. Zielt es darauf ab, beruflich verwertet zu werden, zählt es zur beruflichen, anderenfalls zur allgemeinen Weiterbildung.

Bei den seit 2007 online durchgeführten Umfragen, zu denen im wb**monitor** verzeichnete Weiterbildungsanbieter eingeladen werden, werden den Teilnehmenden jährlich bestimmte Standardfragen (realisiertes Kursangebot, Organisationsbedingungen, Zukunftsaussichten) gestellt, die der Charakterisierung der Struktur dienen und aus denen zur Kennzeichnung von Stand und Perspektive der Weiterbildungslandschaft u. a. der wb**monitor** Klimaindex abgeleitet wird (Feller 2008). Zusätzlich wird ein wechselnder Themenschwerpunkt zu aktuellen Entwicklungen in der Weiterbildung behandelt.

Klimaindex Berechnungsmodus

Es werden die prozentuierten Differenzen von positiven und negativen Urteilen zur gegenwärtigen wirtschaftlichen/haushaltsbezogenen Lage der Einrichtungen und von den erwarteten Veränderungen gebildet, die entsprechend den Unterrichtsstunden gewichtet sind, die die Anbieter im Vorjahr durchgeführt haben. Aus den so entstandenen Salden erzielt man den Klimawert als geometrisches Mittel. Er kann zwischen -100 und +100 schwanken und ist eine konzeptuelle Adaption des ifo Geschäftsklimaindexes.

Weiterbildungsanbieter nach wie vor überwiegend optimistisch

Der Klimaindex ist 2009 mit 33 Punkten etwas unter das Vorjahresniveau von 42 gesunken → **Tabelle B2.1.1-1**. Während die wirtschaftliche Lage mit 44 Punkten noch weitgehend ähnlich gut eingeschätzt wird wie im Vorjahr (47), hat sich bei den Weiterbildnern speziell die Erwartung, dass sie sich in 2010 noch einmal verbessern wird, deutlich reduziert auf 22 Punkte (38 in 2008). Dennoch sind Weiterbildungsanbieter optimistischer als andere Dienstleister: Der ifo Klimawert für den Dienstleistungssektor[269] ist ins Negative abgerutscht und liegt bei -5, der für die Lage bei -8 und für die Erwartung bei -2 (zeitgleich erfragt im Mai 2009; Vorjahreswerte: 19, 26, 13; vgl. Institut für Wirtschaftsforschung, Mai 2009, S. 3).

Wie in den Vorjahren behaupten sich private oder wirtschaftsnahe Einrichtungen und Anbieter beruflicher Weiterbildung überdurchschnittlich gut. Dieses Jahr schließen aber auch berufliche Schulen und insbesondere (Fach-)Hochschulen sowie Anbieter, die mehr als ein Viertel ihrer Einnahmen über Arbeitsagenturen beziehen, zur Spitze auf. Auch große Anbieter mit einem Gesamtumsatz von 10 Mio. Euro und mehr bzw. 50 und mehr Angestellten/Beamten in der Weiterbildung weisen überdurchschnittliche Klimawerte auf. Weniger gut ist dagegen das Klima bei Anbietern, die finanziell zu erheblichen Anteilen von öffentlichen Finanzquellen abhängig sind, sowie bei Volkshochschulen. Stark abgekühlt auf 29 Punkte hat sich wohl infolge der Wirtschaftskrise das Klima bei Anbietern, die ihre Einnahmen überwiegend von Betrieben beziehen (Klimawert 2008: 68).

Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage 2009 auf die Marktbehauptung von Weiterbildungsanbietern

Konjunkturelle Einflüsse machen sich in den Klimawerten bemerkbar, sind darin jedoch nicht isolierbar von anderweitigen institutionellen oder einrichtungsspezifischen Einflussfaktoren auf die wirtschaftliche Situation.[270] Aus diesem Grund wurde im Themenschwerpunkt der wb**monitor** Umfrage 2009 auch der direkte Einfluss der Gesamtwirtschaftslage auf die Marktbehauptung der Einrichtung abgefragt.[271]

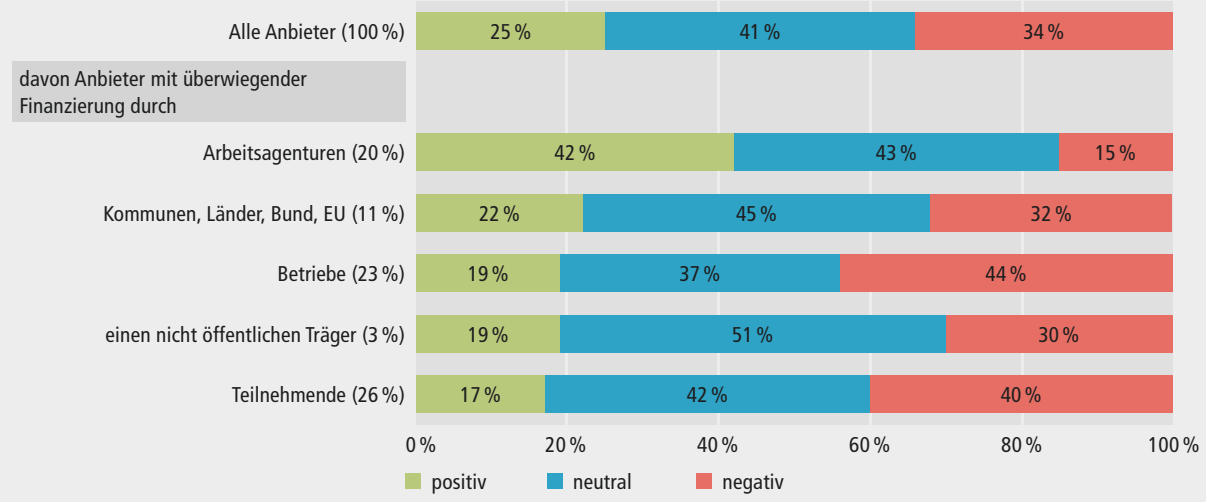
268 Näheres zu den Begriffsdefinitionen unter **www.wbmonitor.de**.

269 Mehr dazu unter **www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-winfo/d1index/13ktdl**.

270 Institutionell z. B. länderspezifische Besonderheiten wie der Bildungsscheck NRW, einrichtungsspezifisch z. B. die Passung von Weiterbildungsangebot und Nachfrage.

271 An Weiterbildungsanbieter, die in ihren Strukturen gänzlich unabhängig von Marktmechanismen sind (z. B. durch vollständige Trägerfinanzierung), wurde die Frage per Filterführung nicht gestellt. Dies betrifft 12 % aller Anbieter.

Schaubild B2.1.1-1: **Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage auf die Marktbehauptung (in %)**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.222 Anbietern

Ein Viertel der Weiterbildungsanbieter beurteilt den Einfluss der Wirtschaftskrise auf die Marktbehauptung positiv, ein Drittel negativ; ein großer Teil der Anbieter (41 %) sieht jedoch weder positive noch negative Auswirkungen → **Schaubild B2.1.1-1**.[272] Damit stehen die Einrichtungen deutlich besser da als die vom IAB etwa zur gleichen Zeit befragten Betriebe und Verwaltungen. Die zeigten sich zu 61 % nicht, zu 32 % partiell und zu 7 % existentiell betroffen (Heckmann u. a. 2009, S. 3).

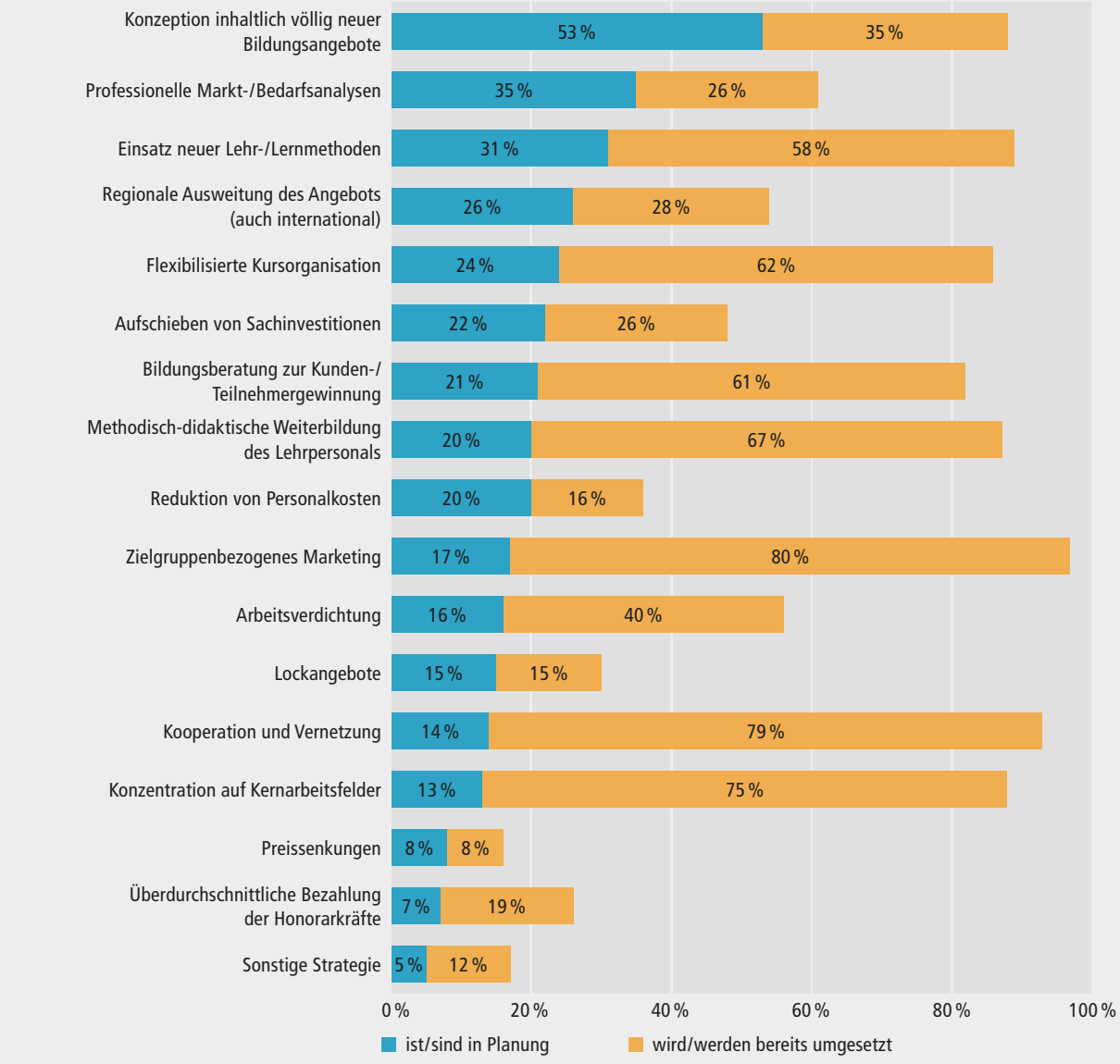
Bei Betrachtung des Anbieterspektrums nach Hauptfinanzierungsquellen der Einrichtungen (mindestens 50 % der Einnahmen/Zuwendungen) sind aber beträchtliche Unterschiede erkennbar. Von der Lage profitieren können überwiegend durch Arbeitsagenturen finanzierte Anbieter: 42 % verzeichnen einen positiven Einfluss (gut doppelt so viele wie bei den anderen Gruppen), 43 % keinen, und nur 15 % sehen negative Wirkungen. Entsprechend positiv sind ihre Klimawerte → **vgl. Tabelle B2.1.1-1**. Die verstärkte Förderung der beruflichen Weiterbildung der Arbeitsagenturen/ARGEn → **vgl. Tabelle B2.1.2-2** zeigt bei den Weiterbildungsanbietern bereits stabilisierende Wirkung und lässt sie eine bessere wirtschaftliche Situation erwarten.[273] Das antizyklische Konjunkturpaket II des Staates, das die umfangreiche Förderung der Qualifizierung von Kurz- und Zeitarbeitenden vorsieht, sowie von Beschäftigten, die seit mehreren Jahren nicht an Weiterbildung teilgenommen haben, hat dagegen bis zum Befragungszeitpunkt den Rückgang der Nachfrage nach Weiterbildung bei den Betrieben nicht ausgleichen können. Rund 1,5 Mio. Beschäftigte waren im Mai 2009 (als auch die Umfrage stattfand) in Kurzarbeit, laut Bundesagentur für Arbeit aber nur rund 12.700 Kurzarbeitende gleichzeitig in Weiterbildung – weniger als 1 % (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009e und 2009m)!

Betrieblich finanzierte Anbieter bekommen das prozyklische Verhalten der Betriebe zu spüren, die in der aktuellen Krise bei der Weiterbildung ihrer Beschäftigten den Rotstift ansetzen: 44 % sehen sich negativ betroffen. Auch 40 % der überwiegend teil-

272 Der Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage auf die Marktbehauptung wurde mit einer fünfstufigen Skala erhoben und für die Ergebnisdarstellung dreistufig zusammengefasst.

273 Der Vergleich der wirtschaftlichen Lage der mehrjährigen wb**monitor**-Teilnehmenden von 2008 und 2009 zeigt, dass diese per Saldo nur bei überwiegend arbeitsagenturfinanzierten Anbietern konstant geblieben ist, bei allen anderen primären Finanzierungsquellen hat sie sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Für 2010 erwarten jedoch 51 % der arbeitsagenturfinanzierten Anbieter eine Verbesserung, 29 % Konstanz und nur 20 % eine Verschlechterung (vgl. Koscheck 2009).

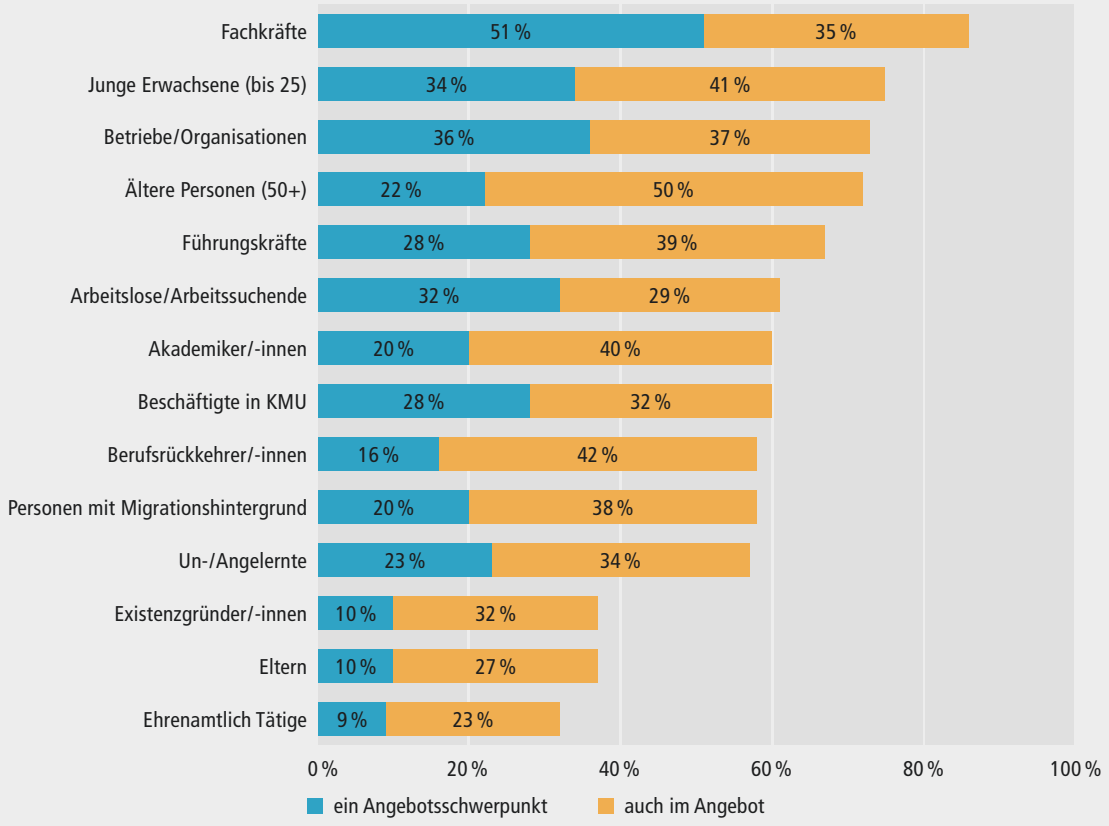
Schaubild B2.1.1-2: **Behauptungsstrategien der Weiterbildungsanbieter 2009 (in %, Mehrfachantworten)**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.342 Anbieter

nehmerfinanzierten Einrichtungen sehen sich negativ von der gesamtwirtschaftlichen Lage betroffen, je nach Anbietertyp fällt diese Einschätzung jedoch unterschiedlich aus. Während Volkshochschulen (VHS) von der Wirtschaftskrise mehrheitlich negativ beeinflusst werden (positiv 3 %, negativ 57 %), überwiegt bei beruflichen Schulen und (Fach-)Hochschulen ein positives Bild (positiv 40 %, negativ 33 %). Konsumenten setzen in Krisenzeiten anscheinend andere Prioritäten, die sich negativ auf den Besuch von VHS-Kursen auswirken. Langfristige berufliche Weiterbildungen zur Erlangung zertifizierter Abschlüsse, die z. B. berufliche (Hoch-)Schulen anbieten, werden hingegen weiter nachgefragt. Vermutlich investieren Beschäftigte derzeit in solche Qualifikationen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt erhalten bzw. steigern. Denn teilnehmerfinanzierte Anbieter, die ausschließlich allgemeine Weiterbildung

Schaubild B2.1.1-3: **Zielgruppen, die Weiterbildungsanbieter 2008 bedient haben (in %, Mehrfachantworten)**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.525 Anbieter

durchführen oder allgemeine Weiterbildung mit im Programm haben, sind zu deutlich höheren Anteilen von der Wirtschaftskrise negativ betroffen (55 % bzw. 43 %) als Anbieter beruflicher Weiterbildung (33 %).

Zukünftige Strategien und Konzepte

Marktbehauptung stellt in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für mehr als drei Viertel der Anbieter ein (sehr) wichtiges Thema dar.[274] Die Strategien, mit denen sie sich behaupten wollen, lassen auf dynamisches Handeln schließen → **Schaubild B2.1.1-2**. Neben den bereits stark genutzten Maßnahmen zielgruppenbezogenes Marketing, Kooperation und Vernetzung sowie Konzentration auf Kernarbeitsfelder setzen viele Anbieter in Zukunft (auch) auf die Konzeption inhaltlich völlig neuer Bildungsangebote, den Einsatz neuer Lehr-/Lernmethoden und eine flexibilisierte Kursorganisation. Restriktive Strategien spielen insgesamt eine untergeordnete Rolle. Knapp über die Hälfte sieht sich jedoch zur Arbeitsverdichtung gezwungen, überdurchschnittlich häufig ist dies bei Volkshochschulen und Einrichtungen gesellschaftlicher Großgruppen (Einrichtungen von Verbänden, Kirchen, Stiftungen, Parteien u. Ä.) der Fall. Zu Preissenkungen sind nur 17 % der Anbieter bereit. Ein Drittel plant, Personalkosten zu reduzieren, oder setzt dies bereits um. Fast ebenso viele gehen mit Lockangeboten auf Kundengewinnung (bzw. planen dies) – bei den besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffenen Volkshochschulen sogar vier von zehn.

274 Nur jeder achte Anbieter fühlt sich davon nicht betroffen, den Rest beschäftigen andere Fragen.

Für die Umsetzung von Strategien und Konzepten sind die Weiterbildungsanbieter auf qualifiziertes und motiviertes Personal angewiesen. 37 % sehen beim derzeitigen Honorarniveau für Lehrkräfte bereits negative Auswirkungen auf die Qualität ihrer Bildungsangebote. Entsprechend wird die Einführung des Mindestlohns für Angestellte in der Weiterbildung von der überwiegenden Mehrheit (84 %) als nicht schädlich eingestuft.

Andere aktuelle Rahmenbedingungen für Weiterbildung – außerhalb der direkten konjunkturellen Beeinflussung – beurteilen die Anbieter wie folgt:

- Bekenntnisse der Politik zur Weiterbildung sehen 63 % als hilfreich an.
- Wegen neuer Qualifikationsbedarfe erschließen sich für 75 % der Befragten neue Handlungsfelder.
- Von der Bildungsprämie oder Einführung EU-weit gültiger Leistungspunkte erwarten dagegen lediglich 25 % bzw. 37 % der Anbieter eine Verbesserung ihrer Marktposition.[275]
- Wettbewerbsdruck macht 66 % der Anbieter zu schaffen.

Bedienung und Erschließung von Zielgruppen

Von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung ist die Gewinnung von Kunden, und das sind zuvorderst Beschäftigte: 86 % der Anbieter haben 2008 Fachkräfte bedient, für die Hälfte aller Befragten stellt dies einen Schwerpunktbereich ihrer Arbeit dar **→ Schaubild B2.1.1-3**. Auch Führungskräfte und betriebliche Kunden gehören zu den Hauptzielgruppen. Arbeitslose und Arbeitssuchende weitergebildet haben 2008 sechs von zehn Anbietern. Auffällig ist zudem die hohe Bedeutung von Älteren und von jungen Erwachsenen – für Anbieter mit Schwerpunkt allgemeiner Weiterbildung sogar die wichtigsten Zielgruppen. Gerade viele Ältere verfügen über zeitliche und finanzielle Ressourcen für lebenslanges Lernen.

Doch auch von den Anbietern beruflicher Weiterbildung haben 2008 mehr als die Hälfte Angebote für über Fünfzigjährige durchgeführt. Aktualisierung und Neuerwerb beruflicher Qualifikationen dieser Zielgruppe sind nicht zuletzt aufgrund des in einigen Branchen herrschenden Fachkräftemangels und des technischen Fortschritts wichtig.

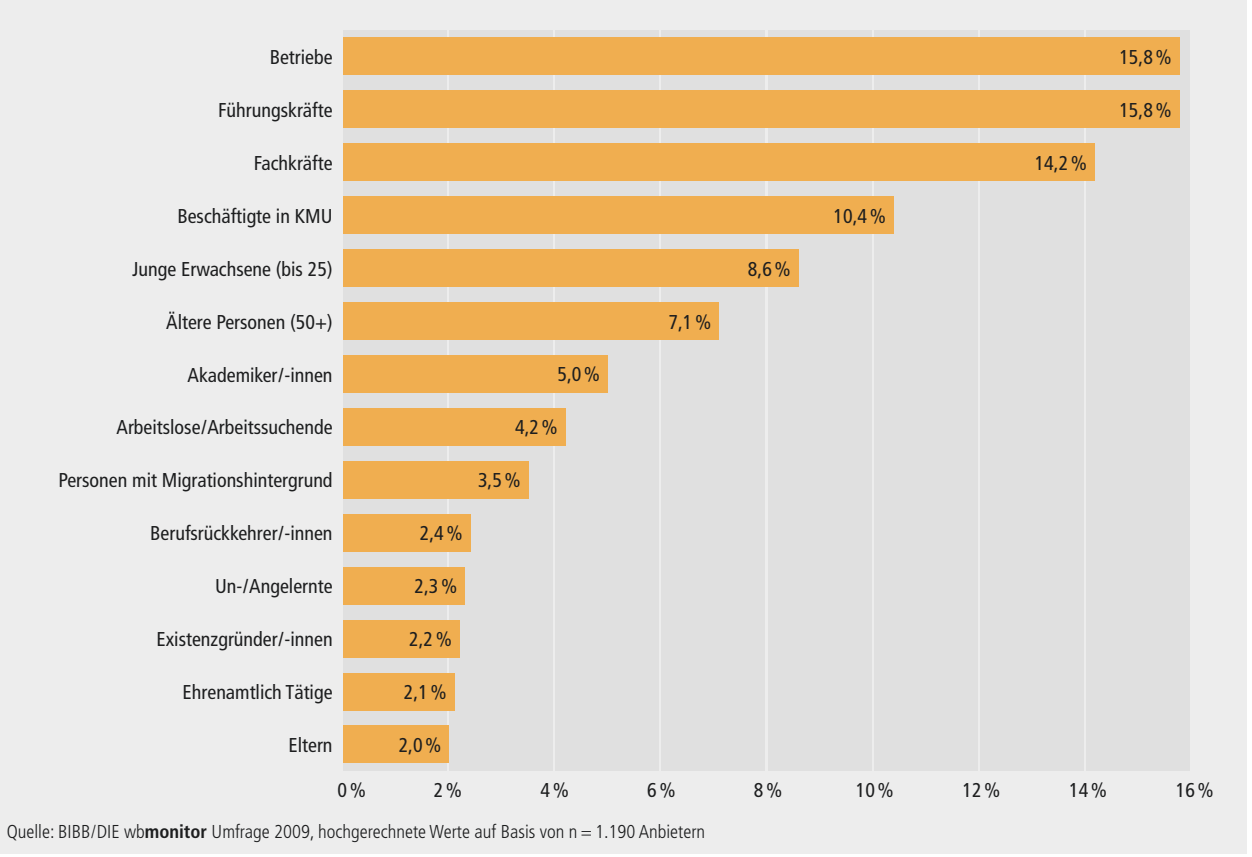
Betriebe und Führungskräfte sind dauerhaft attraktive Zielgruppen, wie die hohen wb**monitor** Klimawerte der überwiegend betrieblich finanzierten Weiterbildungsanbieter der letzten Jahre belegen.[276] Jeweils knapp 16 % aller Anbieter wollen sie als Kunden zukünftig prioritär stärker bzw. neu erschließen (**→ Schaubild B2.1.1-4**, Einfachangaben), um beim konjunkturellen Aufschwung sowie in nachhaltiger Perspektive offenbar von der Finanzstärke zu profitieren, die sie Betrieben deutlich mehr als anderen Zielgruppen zumessen. Die antizyklische Politik der Arbeitsagenturen und des Konjunkturpakets II kann eine gewisse Kompensation der gegenwärtig rückläufigen Einnahmen von Betrieben bewirken. Auf der Ebene einzelner Anbieter wird die beabsichtigte Wirkung jedoch durch hohe bürokratische Hürden des Markteintrittes in arbeitsagenturgeförderte Maßnahmen behindert **→ vgl. Kapitel B2.1.2**, die insbesondere kleineren Weiterbildungsanbietern zu schaffen machen. Diese sind vielfach auf Nischenleistungen spezialisiert, weshalb in der geförderten beruflichen Weiterbildung nicht auf sie verzichtet werden sollte, um das gesamte individuelle und damit sehr differenzierte Nachfragespektrum zu berücksichtigen. Mit einer Erleichterung des Eintritts in den geförderten Weiterbildungsmarkt könnten Anbieter je nach Marktlage Schwerpunkte verlagern, so zu einer Mischfinanzierung durch unterschiedliche Zielgruppen kommen und damit konjunkturellen Schwankungen besser begegnen.

Zielgruppen, deren Lebenschancen sich durch Weiterbildung besonders stark verbessern ließen, wie z. B. Un- und Angelernte sowie Personen mit Migrationshintergrund, haben unter den jetzigen Förderbedingungen nur bei wenigen Anbietern Priorität bei der Ausweitung oder Neuerschließung von Kunden.

275 Die Förderbedingungen der Prämiengutscheine wurden zum 1. Januar 2010 deutlich verbessert: Erwerbstätige erhalten jetzt einmal im Jahr bis zu 500 Euro Zuschuss zu den Weiterbildungskosten und die Einkommensgrenzen wurden angehoben auf jetzt 25.600 Euro bzw. 51.200 Euro für gemeinsam veranlagte Ehepaare. Zum Zeitpunkt der Umfrage betrug der Maximalwert 154 Euro bei einer Einkommensgrenze von 20.000 bzw. 40.000 Euro.

276 Siehe Klimawerte der wb**monitor**-Erhebungen 2007 und 2008 (**www.wbmonitor.de**, Ergebnisse).

Schaubild B2.1.1-4: **Hauptzielgruppe, die Anbieter zukünftig stärker bzw. neu erschließen wollen (in %)**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.190 Anbietern

Strukturinformationen aus der wbmonitor Umfrage 2009

Private Anbieter stellen mit 48 % die größte Gruppe der Weiterbildungsanbieter, davon sind 68 % kommerziell tätig, 32 % gemeinnützig. Am zweithäufigsten sind Einrichtungen von Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften mit 15 %, dicht gefolgt von Volkshochschulen mit 12 % sowie betrieblichen/wirtschaftsnahen Einrichtungen mit einem Anteil von 12 %.

63 % der Einrichtungen bieten allgemeine und berufliche Weiterbildung an, von 31 % wird nur berufliche Weiterbildung angeboten, von 5 % nur allgemeine Weiterbildung. Angebotsschwerpunkte der allgemeinen Weiterbildung liegen bei jeweils einem Viertel der Anbieter auf den Themenbereichen Sprachen, Gesundheit und IT-Grundwissen. Bei der beruflichen Weiterbildung liegen die Schwerpunkte bei einem Drittel der Anbieter auf Führungs- und Managementtraining, bei jeweils einem Viertel auf den Themenfeldern berufsbezogenes IT-Wissen, kaufmännische Weiterbildung, technische Weiterbildung sowie soziale/medizinische/pflegerische/pädagogische Weiterbildung.

Die Hälfte der Anbieter erteilte 2008 nicht mehr als 2.000 Unterrichtsstunden. In der Spitze erteilten knapp 5 % der Anbieter mehr als 60.000 Stunden; der Mittelwert liegt bei rund 15.000 Stunden. Insgesamt wurden 2008 mehr als 200 Mio. Unterrichtsstunden in 4,7 Mio. Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Diese Leistungen erbrachten die Einrichtungen durchschnittlich mit 20 Angestellten/Beamten, 74 Honorarkräften und 8 ehrenamtlich tätigen Personen. Die Hälfte der Anbieter beschäftigte bis zu 4 Angestellte/Beamte

und nicht mehr als 12 Honorarkräfte, bei 25 % war mindestens eine Person ehrenamtlich tätig. 12 % der Anbieter gehen davon aus, dass die Zahl ihrer Angestellten/Beamten zunehmen wird, 8 % erwarten einen Rückgang. Positiv gestimmt sind die Anbieter, was die Entwicklung ihrer Honorarkräfte angeht: Fast ein Viertel erwartet einen Zuwachs, nur 8 % eine Abnahme.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesamteinnahmen 2008 bei 34 % der Weiterbildungsanbieter gestiegen, bei 47 % gleich geblieben, bei 19 % gesunken. Jeweils rund ein Viertel der Einrichtungen erzielte durch Teilnehmende und Betriebe höhere Einnahmen als im Vorjahr, ein Drittel erhielt durch Arbeitsagenturen mehr Geld. Verringert haben sich die Einnahmen durch diese Finanzquellen bei ungefähr 15 % der Einrichtungen. Negativ sieht die Bilanz bei den öffentlichen Einnahmen und Zuschüssen durch Kommunen, Bund, Länder und EU aus: Die Einnahmen stiegen bei 16 % und sanken bei 20 % der Einrichtungen. Insgesamt waren im Jahr 2008 die wichtigsten Quellen der Finanzierung Teilnehmende mit einem Anteil von 30 % und Betriebe mit 25 %. Arbeitsagenturen und öffentliche Geldgeber trugen mit jeweils 18 % zur Finanzierung bei.[277]

(Gisela Feller, Stefan Koscheck, Christina Weiß [DIE])

B2.1.2 Auswirkungen der Einführung von Bildungsgutscheinen aus Sicht der Weiterbildungsanbieter

Mit den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist die Weiterbildungsförderung nach dem SGB III mit dem Ziel neu geordnet worden, in diesem wichtigen arbeitsmarktpolitischen Förderbereich mehr Wettbewerb und Transparenz zu schaffen und die Qualität in der SGB-III-geförderten Weiterbildung zu verbessern. Rechtliche Grundlage des neuen Verfahrens ist die Anerkennungs- und Zulassungsverordnung – Weiterbildung (AZWV), die zum 1. Juli 2004 in Kraft getreten ist. Für Bildungsträger, die beabsichtigen, berufliche Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, die mittels Bildungsgutschein förderbar sind, ist sowohl ihre Zulassung als Bildungsträger als auch die Zulassung ihres Maßnahmeangebots für die Förderung mittels Bildungsgutschein eine zwingende Voraussetzung.[278]

Um die Auswirkungen der Neustrukturierung der geförderten beruflichen Weiterbildung auf die Weiterbildungsanbieter nach Etablierung des neuen Systems abschätzen zu können, enthielt die wb**monitor** Umfrage 2009 Zusatzfragen hierzu. Diese bezogen sich in erster Linie auf Effekte der Einführung von Bildungsgutscheinen auf Organisation und Angebot.

Höhere Akzeptanz von Bildungsgutscheinen in den neuen Ländern

2008 haben bundesweit 48 % der Weiterbildungsanbieter Einnahmen von den Arbeitsagenturen bezogen. 10 % der Anbieter finanzieren sich zu mindestens drei Vierteln über diese. In den neuen Ländern ist die finanzielle Abhängigkeit der Weiterbildungsanbieter von den Arbeitsagenturen deutlich höher als in den alten Ländern: Der durchschnittliche Finanzierungsanteil an den Gesamteinnahmen durch Weiterbildung ist mit 34 % nahezu doppelt so hoch (alte Länder: 18 %). Offensichtlich bestehen in den strukturschwächeren neuen Ländern in geringerem Maße Möglichkeiten alternativer Finanzierung, etwa von Betrieben oder Teilnehmenden/Selbstzah-

277 Fragebogen, Grundauszählung und Ergebnisbericht zur wb**monitor**-Erhebung 2009 siehe **www.wbmonitor.de**.

278 Siehe **www.arbeitsagentur.de**, Untermenü: Institutionen/Träger/Anerkennung und Zulassung.

lenden.[279] Entsprechend werden Bildungsgutscheine häufiger akzeptiert (71 %) als von Anbietern in den alten Ländern (55 %). Bundesweit akzeptieren 60 % aller Anbieter Bildungsgutscheine.

Mittels einer multivariaten logistischen Regression wurden – getrennt für neue und alte Länder – Strukturmerkmale der Anbieter identifiziert, von denen die Akzeptanz von Bildungsgutscheinen abhängt.[280] Es zeigt sich → **Tabelle B2.1.2-1 Internet**, dass kommerzielle oder gemeinnützige private Weiterbildungseinrichtungen eine überdurchschnittliche Wahrscheinlichkeit aufweisen, Bildungsgutscheine zu akzeptieren. Ein deutlicher Unterschied zwischen alten/neuen Ländern besteht bei beruflichen Schulen und (Fach-)Hochschulen. Diese nehmen in den neuen Ländern mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Bildungsgutscheininhaber auf, in den alten Ländern dagegen ist die Wahrscheinlichkeit gegenüber den anderen Anbietertypen deutlich geringer. Vieles deutet darauf hin, dass berufliche Schulen in einigen Regionen der neuen Länder aufgrund der demografischen Entwicklung mit Abgängern aus den allgemeinbildenden Schulen alleine ihren Bestand nicht mehr sichern können und ihren Tätigkeitsbereich zunehmend in die Weiterbildung ausdehnen. Während in den alten Ländern insbesondere große Weiterbildungsanbieter Bildungsgutscheine akzeptieren, sind Bildungsgutscheine in den neuen Ländern für Anbieter jeder Größe ein relevantes Instrument. Im Vergleich zu Anbietern, die sich zu mindestens der Hälfte über Arbeitsagenturen finanzieren, sinkt bei geringeren Finanzierungsanteilen in den alten Ländern die Wahrscheinlichkeit, Bildungsgutscheine zu akzeptieren, deutlich ab. In den neuen Ländern hingegen besteht bis zu einem Finanzierungsanteil von 10 % eine hohe Bereitschaft zur Akzeptanz. Junge Einrichtungen, die erstmals nach 1989 Weiterbildung angeboten haben, nehmen mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit Bildungsgutscheine an als Anbieter, die schon vor diesem Zeitpunkt in der Weiterbildung aktiv waren.[281]

Nur Anbieter in den alten Ländern profitieren wirtschaftlich

Die Einführung der Bildungsgutscheine hat sich aus Sicht der Anbieter bundesweit sowohl auf die Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten als auch auf die wirtschaftliche Situation der Anbieter positiv ausgewirkt. Zwischen alten und neuen Ländern bestehen jedoch erhebliche Unterschiede, profitiert haben in erster Linie Anbieter in den alten Ländern.

In den alten Ländern stehen 30 % der Anbieter, die über eine (stark) erhöhte Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten berichten, lediglich 9 % gegenüber, bei denen sie sich (stark) vermindert hat. In den neuen Ländern dagegen ist der Saldo nahezu ausgeglichen (30 % erhöht und 27 % vermindert), sodass insgesamt laut den Anbietern keine Stimulierung der Nachfrage erfolgte. In Westdeutschland vermelden insbesondere Anbieter, die eine Mischfinanzierung aufweisen, d. h. bei denen der Finanzierungsanteil von Arbeitsagenturen zwischen 10 und 49 % liegt, einen Nachfragezuwachs (Saldo 44).[282] Nur diese Gruppe konnte auch in den neuen Ländern einen Anstieg verzeichnen (Saldo 16).

Die Einführung der Bildungsgutscheine hat zu einer Diversifizierung und Spezialisierung der geförderten Bildungsziele geführt, was offensichtlich zur Folge hatte, dass verstärkt auch Anbieter angesprochen werden, deren Kerngeschäft nicht bzw. nicht zum Großteil in der Arbeit für die Arbeitsagenturen liegt. Es kann angenommen werden, dass zahlreiche Anbieter, die vor der Umstellung keine Einnahmen von Arbeitsagenturen bezogen, Bildungsgutscheininhaber nun trotz des damit verbundenen administrativen Aufwandes als willkommene Ergänzung zur Auslastung ihrer Kurse betrachten. Durch die

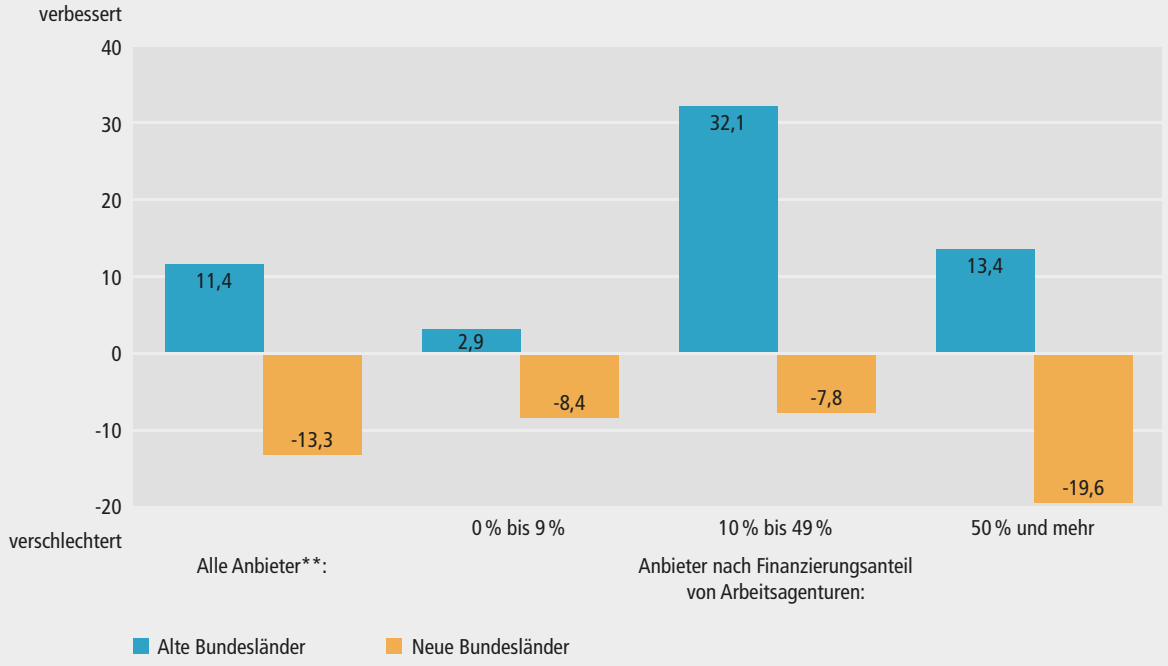
279 Der durchschnittliche Finanzierungsanteil von Teilnehmenden/Selbstzahlenden beträgt in den alten Ländern 32 % und in den neuen Ländern 22 %, von Betrieben 26 % bzw. 18 %.

280 Dies ermöglicht die isolierte Betrachtung einzelner Einflussgrößen unter Konstanthaltung der anderen (d. h. durchschnittliche Anbieter in allen anderen Merkmalen). Aufgrund der wesentlich höheren Zahl an Weiterbildungsanbietern in den alten Bundesländern (das Verhältnis beträgt 4 : 1) und entsprechend mehr Umfrageteilnehmenden sind die Ergebnisse für die alten Länder robuster als für die neuen.

281 In den neuen Ländern weisen auch mittelalte Anbieter (erstmaliges Angebot von Weiterbildung zwischen 1970 und 1989) gegenüber alteingesessenen Anbietern eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit der Akzeptanz auf. Diese ist jedoch statistisch nicht signifikant. Hinsichtlich der neuen Länder ist zudem zu beachten, dass die überwiegende Mehrheit der Anbieter (85 %) erst nach der Wende erstmalig in der Weiterbildung aktiv wurde.

282 Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte.

Schaubild B2.1.2-1: **Effekte der Einführung von Bildungsgutscheinen aus Sicht der Anbieter: Veränderung der wirtschaftlichen Situation der Einrichtung***



* Differenz der positiven/negativen Anteilswerte (Saldenwerte). Sie gibt die Richtung und Stärke des Einflusses an.

** Beispiel zu „Alle Anbieter": Der Anteil der Anbieter, die angeben, die Einführung der Bildungsgutscheine habe die wirtschaftliche Situation ihrer Einrichtung verbessert, übersteigt um 11,4 Prozentpunkte den Anteil der Anbieter, die eine Verschlechterung melden.

Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 863 Anbietern

geringere Abhängigkeit von Arbeitsagenturen sind Einrichtungen mit Mischfinanzierung auch resistenter gegenüber dem in den vergangenen Jahren stark schwankenden Fördervolumen der Bundesagentur für Arbeit.

Eine noch deutlichere Differenz zwischen alten und neuen Ländern besteht bei den Auswirkungen der Einführung von Bildungsgutscheinen auf die wirtschaftliche Situation der Einrichtungen: Während der Westen profitieren konnte, insbesondere bei einem mittleren Finanzierungsanteil von Arbeitsagenturen, hat sich die wirtschaftliche Lage bei Anbietern in den neuen Ländern per Saldo durchgängig verschlechtert → **Schaubild B2.1.2-1**. Letzteres trifft insbesondere auf Anbieter zu, die eine starke Abhängigkeit von den Arbeitsagenturen aufweisen. Die genannten Ergebnisse korrespondieren mit der Entwicklung des Bestandes von Personen in Maßnahmen der geförderten beruflichen Weiterbildung: In den alten Ländern wurde das Ausgangsniveau von 2004 nach einem Rückgang 2009 wieder deutlich überschritten, wohingegen in den neuen Ländern lediglich wieder das Niveau von 2004 erreicht wurde → **Tabelle B2.1.2-2**.

Auf die Bezahlung der Lehrkräfte hatte die Einführung der Bildungsgutscheine nach Auskunft der Bildungsanbieter keine nennenswerten Auswirkungen.

Mehr Themen, mehr Kurse, mehr Beratung

Infolge veränderter Nachfrage haben insgesamt zwei Drittel der Anbieter, die Bildungsgutscheine akzeptieren, ihr Angebot angepasst, bei einer hohen finanziellen Abhängigkeit von den Arbeitsagenturen (50 % und mehr Finanzierungsanteil) sogar neun von zehn Anbietern → **Schaubild B2.1.2-2**. Insbesondere

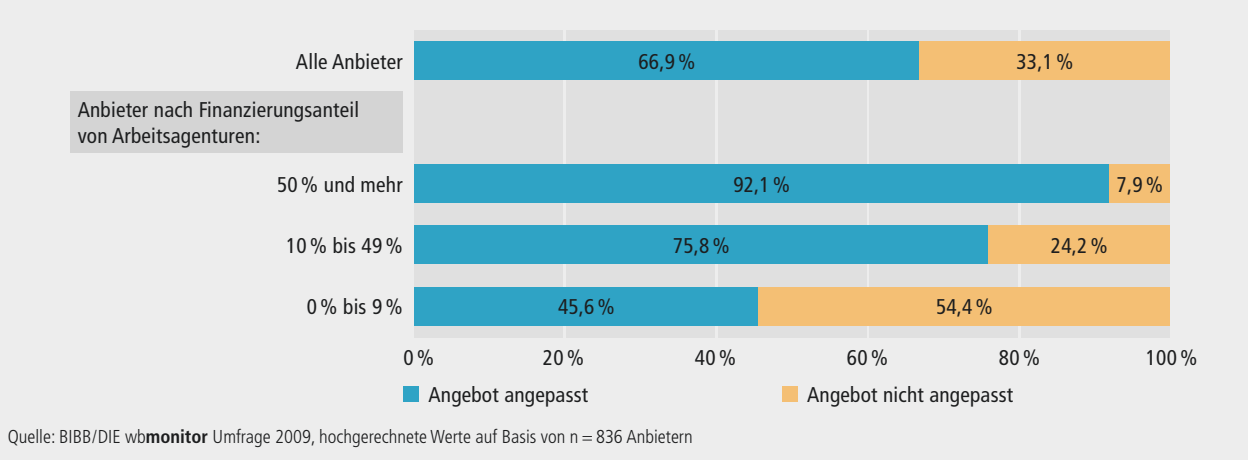
Tabelle B2.1.2-2: **Geförderte berufliche Weiterbildung nach dem SGB 2004 bis 2009 (Zahl der Förderfälle)**

	2004*	2005*	Mai 2006	Mai 2007	Mai 2008	Mai 2009
Alte Länder						
Bestand	121.239	76.157	94.936	100.637	110.132	154.948
Index (2004 = 100)	100	63	78	83	91	128
Neue Länder						
Bestand	63.178	38.193	42.005	43.930	47.943	63.405
Index (2004 = 100)	100	60	66	70	76	100
Bundesgebiet						
Bestand	**184.418**	**114.350**	**136.941**	**144.567**	**158.075**	**218.353**
Index (2004 = 100)	100	62	74	78	86	118

* Gleitender Jahresdurchschnitt

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Geschäftsberichte

Schaubild B2.1.2-2: **Effekte der Einführung von Bildungsgutscheinen aus Sicht der Anbieter: Anpassung des Angebots infolge veränderter Nachfrage**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 836 Anbietern

die Zahl der Beratungen wurde (stark) ausgeweitet, und zwar von 79% der Anbieter. Eine Reduktion erfolgte dagegen lediglich bei 3%. Bei großen Anbietern mit in der Regel entsprechend differenziertem Angebot und Anbietern mit 50% und mehr Finanzierungsanteil von Arbeitsagenturen ist dieser Anteil mit 87% bzw. 89% sogar noch höher. Der starke Bedeutungsgewinn von Beratungen liegt zum einen begründet in der freien Anbieterwahl von Bildungsgutscheininhabern und dem hiermit verbundenen Beratungsaufwand zur Kundengewinnung. Zum anderen scheint vielfach auch Beratungsbedarf in der Hinsicht zu bestehen, dass Personen mit Bildungsgutschein keine klaren Vorstellungen über Ziel und Nutzen der bewilligten Weiterbildung haben.[283]

Offensichtlich bedingt durch die spezialisierte Förderung individueller Weiterbildungsbedürfnisse haben 67% der Anbieter die Zahl ihrer Kurse (stark) ausgeweitet (reduziert: 11%), das Themenangebot der Kurse haben 78% (stark) ausgeweitet (reduziert:

283 Dieser Aussage stimmen 57% der Anbieter (eher) zu, 43% stimmen (eher) nicht zu.

6 %). Zwischen den alten und neuen Ländern sind hier keine nennenswerten Unterschiede vorhanden. Dass in den neuen Ländern mehr Anbieter die Anzahl der Plätze je Kurs reduziert (34 %) als ausgeweitet haben (20 %), ist ein Hinweis darauf, dass dort ein hoher Wettbewerb um Bildungsgutscheininhaber besteht und es sich für die Anbieter schwieriger darstellt, ihre Kurse auszulasten. Entsprechend geben auch mehr Anbieter, die Bildungsgutscheine akzeptieren, an, dass ihnen Wettbewerbsdruck zu schaffen macht (Saldo: 52), als in den alten Ländern (Saldo: 37).[284]

Aus dem höheren Wettbewerbsdruck in den neuen Ländern resultiert offensichtlich auch eine größere Kooperationsbereitschaft der Anbieter untereinander. Während hier 64 % der Anbieter mit Bildungsgutscheinakzeptanz von einer Verstärkung der Kooperation mit anderen Weiterbildungsanbietern seit der Neuausrichtung der Förderung der beruflichen Weiterbildung berichten, ist es in den alten Ländern nur die Hälfte. Kooperation ist offensichtlich besonders bei einer hohen finanziellen Abhängigkeit von den Arbeitsagenturen (50 % und mehr Finanzierungsanteil) erforderlich: In dieser Gruppe haben 72 % der Anbieter in den neuen Ländern und 62 % der Anbieter in den alten Ländern die Kooperation verstärkt.

Mehr Wettbewerb, mehr Qualität?

Gewinner des Bildungsgutscheinsystems sind westdeutsche Anbieter mit einer Mischfinanzierung, die vor der Umstellung des Systems vermutlich in geringerem Maße für Arbeitsämter tätig waren und für welche die Bildungsgutscheininhaber eine zusätzliche Einkommensquelle darstellen. Diese konnten am stärksten profitieren, sowohl hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation als auch bezüglich der Nachfrage nach ihren Angeboten. Die Bildungsgutscheine haben in den alten Ländern somit allem Anschein nach zu einer Aufteilung des Volumens auf mehr Anbieter geführt. Dies hat auch zur Folge, dass die traditionell für Arbeitsagenturen tätigen Anbieter aufgrund der neuen Konkurrenzverhältnisse unter einem hohen Wettbewerbsdruck stehen.[285]

In den neuen Ländern besteht im Vergleich zu den alten strukturell eine stärkere Abhängigkeit der Anbieter von den Arbeitsagenturen. Aus der Einführung der Bildungsgutscheine resultierte auch hier eine Steigerung des Wettbewerbsdrucks und der Konkurrenz. In der jüngsten Zeit treten zudem mit den beruflichen Schulen weitere Akteure in das Feld ein. Infolge dieser Entwicklungen haben die Anbieter offensichtlich Probleme, ihre Kurse auszulasten. Ihre wirtschaftliche Situation hat sich sogar eher verschlechtert, insbesondere bei einem hohen Finanzierungsanteil von Arbeitsagenturen.

Eine zentrale Intention der Umstrukturierung der geförderten beruflichen Weiterbildung war, durch die Einführung von Bildungsgutscheinen den Wettbewerb und die Qualität der Weiterbildung zu steigern. Die Konkurrenzverhältnisse der Weiterbildungsanbieter untereinander, die insbesondere Anbieter mit hoher finanzieller Abhängigkeit von den Arbeitsagenturen treffen, haben aus Sicht der Anbieter jedoch Qualitätseinbußen nach sich gezogen: Die Aussage, dass die Vergabepraxis der Arbeitsagenturen bzw. ARGEn zu einem Preiswettbewerb zulasten der Qualität führt, findet unter den Anbietern eine sehr hohe Zustimmung[286] → **Schaubild B2.1.2-3**. Ein weiteres Problem scheint darin gegeben, dass die Voraussetzungen beim Wettbewerb um Bildungsgutscheininhaber ungleich verteilt sind. Große Einrichtungen, die bereits mit hohem Volumen für die Arbeitsagenturen tätig sind, verfügen eher über die Ressourcen, den damit verbundenen bürokratischen Aufwand zu bewältigen, als kleine Anbieter bzw. Anbieter, für welche die Tätigkeit für Arbeitsagenturen nur einen geringen

284 Unter Wettbewerbsdruck leiden – sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern – insbesondere Anbieter, die eine starke finanzielle Abhängigkeit (50 % und mehr Finanzierungsanteil) von Arbeitsagenturen aufweisen.

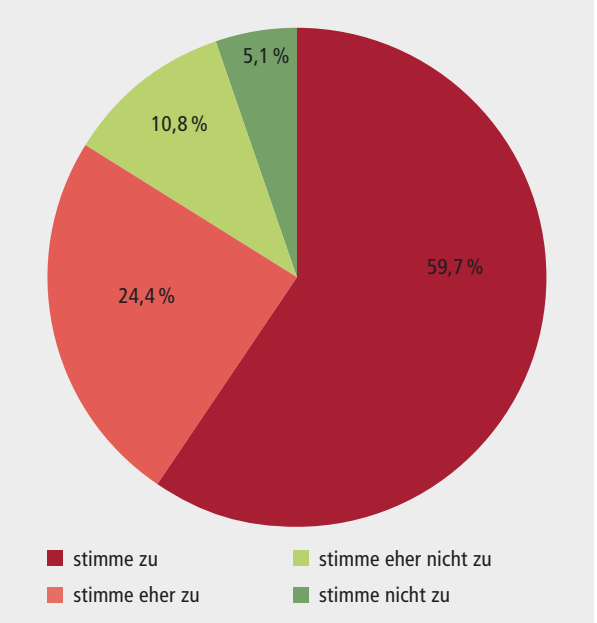
285 83 % der westdeutschen Anbieter mit 50 % und mehr Finanzierungsanteil von den Arbeitsagenturen stimmen zu bzw. eher zu, dass ihnen Wettbewerbsdruck zu schaffen macht.

286 Sauter (2009) weist in seinem Zwischenresümee „Fünf Jahre AZWV" darauf hin, dass der SGB-geförderten Weiterbildung kein einheitliches Qualitätsverständnis zugrunde liegt. Anders als die Weiterbildung nach dem Gutscheinverfahren unterliegt die dem Rechtskreis SGB II zugeordnete und im Vergabeverfahren von den Arbeitsagenturen eingekaufte Weiterbildung nicht den Qualitätsstandards der AZWV, sondern anderen Qualitätsstandards. Diese sind im Urteil der Bildungsanbieter mehr an der Kostenseite als an der Qualität orientiert.

Anteil ausmacht. Für diese sind der hohe Zertifizierungsaufwand der AZWV und die damit verbundenen Kosten verglichen mit dem Ertrag oft unverhältnismäßig hoch. Nicht ganz zwei von drei dieser Anbieter (Saldo: 65 bzw. 63) sind der Meinung, dass bürokratische Hürden gleichen Wettbewerb für alle verhindern (alle Anbieter, die Bildungsgutscheine akzeptieren: Saldo 52).

(Stefan Koscheck, Hana Ohly, Hans-Joachim Schade)

Schaubild B2.1.2-3: **Auswirkungen der Vergabepraxis der Agenturen/ARGEn aus Sicht der Anbieter: „Die Vergabepraxis führt zu einem Preiswettbewerb zulasten der Qualität"**



Quelle: BIBB/DIE wb**monitor** Umfrage 2009, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 693 Anbietern

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen

In vielen Bundesländern sind die Volkshochschulen per Landesgesetz diejenigen Weiterbildungseinrichtungen, die eine Grundversorgung der erwachsenen Bevölkerung mit Weiterbildung sicherstellen bzw. wesentlich dazu beitragen sollen. In mehreren Landesweiterbildungsgesetzen werden die Volkshochschulen explizit als kommunaler Träger der Grundversorgung mit Weiterbildung genannt (z. B. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen), in anderen werden sie neben anderen Trägern erwähnt (z. B. Rheinland-Pfalz), in wieder anderen Bundesländern werden sie nicht im Weiterbildungsgesetz genannt (z. B. Sachsen-Anhalt), oder es gibt kein Weiterbildungsgesetz (z. B. Hamburg). Auch wenn grundsätzlich der Bund die Zuständigkeit für die berufliche Weiterbildung innehat, während die Länder für allgemeine und politische Weiterbildung zuständig sind (vgl. Deutscher Bildungsrat 1970, S. 51), schließen die bestehenden Landesgesetze in der Regel neben allgemeiner und politischer Weiterbildung auch die berufliche Weiterbildung ein (für einen Überblick über die Landesgesetze siehe Grotlüschen u. a. 2009, S. 358; zur Einordnung der Landesregelungen in das Gesamtsystem der Erwachsenenbildung siehe Nuissl 2009).

Generell sind die Grenzen zwischen allgemeiner und beruflicher Weiterbildung in der aktuellen Diskussion aus verschiedenen Perspektiven aufgeweicht: Mit ein und derselben Veranstaltung können zwei Individuen unterschiedliche Zwecke verfolgen (einer beruflich, einer privat), und gleichzeitig kann die Intention einer Veranstaltung, die der Anbieter hatte, nicht von allen Teilnehmenden geteilt werden (vgl. Schiersmann 2007, S. 24 f.; Dietrich 2007, S. 36). Insgesamt sind die Volkshochschulen in allen Bundesländern als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen vertreten und bieten ein breites Bildungsangebot, das in großen Teilen ohne Zugangsbeschränkungen für die gesamte Bevölkerung offensteht. Dieses Angebot umfasst auch

einen relevanten Anteil an beruflicher Weiterbildung, der im Folgenden anhand des entsprechenden Programmbereichs der Volkshochschulen dargestellt wird (vgl. Süssmuth/Sprink 2009, S. 473 ff.).

Die Volkshochschul-Statistik **E** erfasst als bundesweite Statistik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und seiner Mitgliedseinrichtungen seit 1962 die personelle und finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen sowie das Angebot in verschiedenen Veranstaltungsarten, Unterrichtsstunden und Belegungen; die statistische Erhebung wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführt.[287] Die thematische Zuordnung der Veranstaltungen der Volkshochschulen erfolgt in der seit 1998 bestehenden Systematik der sechs sog. Programmbereiche: (1) Politik – Gesellschaft – Umwelt, (2) Kultur – Gestalten, (3) Gesundheit, (4) Sprachen, (5) Arbeit – Beruf, (6) Grundbildung – Schulabschlüsse. Zum Programmbereich Arbeit – Beruf gehören Lehrgänge zu den Themen IuK-Anwendungen, Büropraxis, Rechnungswesen, berufsqualifizierende Grund- und Fachlehrgänge sowie zum Komplex Organisation/Management (siehe für die einzelnen Fachgebiete Reichart/Huntemann 2008, Tabelle 10).

E **Volkshochschul-Statistik**

In → **Tabelle B2.2.1-1** sind **Kursveranstaltungen** sowie die dazugehörenden Unterrichtsstunden und Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf ausgewiesen. Die dargestellten Summen beziehen sich jeweils auf das zugehörige Kalenderjahr. Ein Kurs ist definiert als eine Weiterbildungsveranstaltung mit mindestens 3 Unterrichtsstunden, die am Sitzort der Volkshochschule stattfindet. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Wenn dieselbe Person in einem Beobachtungszeitraum an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird sie mehrfach als Belegung gezählt, die Anzahl der Belegungen ist also höher als die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Auch in anderen Programmbereichen findet berufliche Weiterbildung statt (z. B. im Programmbereich Sprachen: „Wirtschaftsenglisch"). Da die Erfassung der Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Aspekten und nicht nach Zweck erfolgt, ist hier eine Ausdifferenzierung berufsbezogener Veranstaltungen nicht möglich. Daher sind die berichteten Werte als Mindestzahlen des Angebots beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen zu interpretieren.

Dargestellt sind jeweils die in den Volkshochschulen tatsächlich durchgeführten Kurse sowie die zugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen. In der Regel sind die Angebote der Volkshochschulen öffentlich ausgeschrieben (z. B. über das Programmheft, die Website) und allen Interessierten (ggf. mit Einschränkung von Vorkenntnissen) zugänglich. Auftrags- und Vertragsmaßnahmen sind Veranstaltungen für einen geschlossenen Teilnehmerkreis, die die Volkshochschule im Auftrag eines Dritten (z. B. Betrieb) durchführt. Diese werden erst seit 1998 getrennt erfasst. Vor 1998 sind diese Veranstaltungen in der Gesamtsumme enthalten. Neben den Kursen gibt es an den Volkshochschulen noch andere Veranstaltungsarten (Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen), die in der Tabelle nicht eingeschlossen sind.

Die in → **Tabelle B2.2.1-2** ausgewiesene **VHS-Weiterbildungsdichte** ist definiert als die Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen des jeweiligen Versorgungsgebiets (Stand: 30.06. des jeweiligen Berichtsjahrs). In der Tabelle ist diese Kennzahl jeweils nur auf die Veranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf bezogen und nach Landesteilen (alte/neue Bundesländer) differenziert.

Bei der **Erhebung der Teilnahmefälle nach Geschlecht** wird nicht zwischen offenen Kursen und Auftrags- und Vertragsmaßnahmen differenziert. Die in → **Schaubild B2.2.1-1** dargestellten Prozentanteile beziehen sich daher auf die Teilnehmenden in den Kursangeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt. Nicht alle Teilnahmefälle sind nach Geschlecht differenzierbar. Die Erfassungsquote betrug im Berichtsjahr 2008 87,4 % der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf (86,2 % der Belegungen in Kursen an Volkshochschulen insgesamt).

287 Vgl. die online verfügbaren Jahresbände **www.die-bonn.de/publikationen/print_recherche/detailergebnis2.asp?re =** Volkshochschul-Statistik und Pehl/Reitz).

Tabelle B2.2.1-1: **Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2008**[1]

Jahr	Kurse	davon Auftrags- und Vertrags-maßnahmen[2]	Unterrichts-stunden	davon in Auftrags- und Vertrags-maßnahmen	Belegungen	davon in Auftrags- und Vertrags-maßnahmen
1991	57.305		2.488.042		776.436	
1992	61.165		2.627.921		819.944	
1993	62.709		2.511.608		824.698	
1994	64.931		2.454.588		831.082	
1995	70.606		2.754.100		869.417	
1996	76.357		2.877.652		912.512	
1997	80.965		2.776.602		934.566	
1998	85.188	4.397	3.061.012	651.734	964.542	58.369
1999	91.123	6.311	3.181.715	831.049	1.011.132	81.062
2000	103.783	7.001	3.384.369	857.737	1.141.382	87.758
2001	102.402	7.823	3.281.324	868.904	1.076.983	90.395
2002	90.075	7.321	3.197.180	978.760	913.724	89.158
2003	82.473	6.807	2.902.186	946.622	823.996	85.159
2004	78.809	7.325	2.587.382	819.748	761.649	75.495
2005	73.736	6.436	2.307.864	690.382	709.790	79.013
2006	73.482	6.922	2.342.569	776.598	711.772	88.690
2007	74.171	7.691	2.326.551	772.029	719.025	96.782
2008	74.170	8.499	2.259.505	708.435	712.255	106.312

[1] Bis einschließlich 1997 wurden die Themen der Angebote an Volkshochschulen nach sog. „Stoffgebieten" gegliedert. Die bis zu diesem Jahr dargestellten Zahlen wurden aus den Stoffgebieten Verwaltung und Kaufmännische Praxis (vollständig) sowie anteilig aus Mathematik – Naturwissenschaften – Technik, Stoffgebietsübergreifende und sonstige Kurse und Haushaltsführung zusammengestellt.

[2] Bis einschließlich 1997 sind die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in den Gesamtsummen für Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen enthalten.

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Angebot beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Das Kursangebot der Volkshochschulen an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2008 bundesweit gut 74.000 Veranstaltungen → **Tabelle B2.2.1-1**. Seit 1991 bis zum Jahr 2000 war die Anzahl der Kurse im Programmbereich Arbeit – Beruf kontinuierlich angestiegen. In den Jahren von 2001 bis 2004 ging die Anzahl der durchgeführten Kurse stark zurück (-23,0%); eine analoge Entwicklung lässt sich bei Unterrichtsstunden (-21,1%) und Belegungen (-29,3%) beobachten. Der Rückgang beruht vor allem auf dem Schrumpfen des anteilmäßig größten Fachgebiets „IuK-Grundlagen/allgemeine Anwendungen" (Umfang 2008: 27,8% der Unterrichtsstunden); jedoch sind auch die Fachgebiete „Kaufmännische IuK-Anwendungen", „Technische IuK-Anwendungen", „Rechnungswesen" sowie die „Technischen Grund-/Fachlehrgänge" und „Branchenspezifischen Grund-/Fachlehrgänge" zurückgegangen. Insgesamt haben sich seit 2005 die Zahlen bei den Kursen stabilisiert, die Unterrichtsstunden sind leicht zurückgegangen, während die Belegungszahlen leicht schwankten.

Der Anteil der Auftrags- und Vertragsmaßnahmen an den von Volkshochschulen durchgeführten Maßnahmen in beruflicher Weiterbildung hat sich seit Einführung dieser Kategorie in der Statistik stetig erhöht. Er liegt nun bei 11,5% der Kursveranstaltungen, dabei sind 14,9% der Belegungen diesem Angebotssegment zuzuordnen. Bei den Unterrichtsstunden erreicht der Anteil der Auftrags- und Vertragsmaßnahmen am Gesamtvolumen inzwischen ein knappes Drittel (31,5%). Auftrags- und Vertragsmaß-

nahmen dauern durchschnittlich deutlich länger als offene Angebote. 2008 umfasste eine Auftrags- und Vertragsmaßnahme in der beruflichen Weiterbildung 83,4 Unterrichtsstunden, ein Kurs im offenen Angebot hingegen nur 23,6 Unterrichtsstunden. Im Zeitverlauf hat die Dauer von Weiterbildungsveranstaltungen in diesem Bereich wie auch im weiteren Angebot der Volkshochschulen fast durchgängig abgenommen (vgl. Ambos/Reichart 2008).

Im Jahr 2008 umfasste der Programmbereich Arbeit–Beruf 13,0% der Kurse an Volkshochschulen, mit 14,9% der Unterrichtsstunden und 11,0% der Belegungen (vgl. Reichart/Huntemann 2009). Die in der → **Tabelle B2.2.1-1** dargestellten Werte für die Kurse stellen 99,5% des Gesamtvolumens an Unterrichtsstunden dar, die im Programmbereich Arbeit – Beruf im Jahr 2008 erbracht wurden. Im Bereich der Einzelveranstaltungen sowie der Studienfahrten und -reisen wurden 2008 weitere gut 11.000 Unterrichtsstunden erteilt (vgl. Reichart/Huntemann 2009, Tabelle 22).

Mit ihren Kursen erbringen die Volkshochschulen ein Angebot an beruflicher Weiterbildung, das 2008 durchschnittlich etwa dreimal so viele Veranstaltungen beinhaltete und doppelt so viele Teilnehmende erreichte wie das Angebot der Industrie- und Handelskammern → **vgl. Kapitel B2.2.2**. Allerdings sind die Veranstaltungen an Volkshochschulen kürzer als die DIHK-Angebote, sodass an VHS nur etwa ein Viertel mehr an Unterrichtsstunden durchgeführt wird.

Weiterbildungsdichte beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen

Wie → **Tabelle B2.2.1-2** zeigt, ist das Angebot an beruflicher Weiterbildung an Volkshochschulen in den alten Ländern deutlich größer als in den neuen Ländern. Auch bezogen auf die Einwohnerzahl in beiden Gebieten war die Versorgung mit VHS-Angeboten im Programmbereich Arbeit–Beruf in Westdeutschland über den betrachteten Zeitraum hinweg stets höher.

Während in den alten Ländern der Höchststand mit knapp 45,7 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/Einwohnerinnen im Jahr 2000 erreicht wurde, war die VHS-Weiterbildungsdichte in den neuen

Tabelle B2.2.1-2: **Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2008**

Jahr	Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit–Beruf		VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit–Beruf	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
1991	2.076.114	411.928	33,7	22,7
1992	2.118.474	509.447	33,8	28,5
1993	2.012.506	499.102	31,8	28,0
1994	2.011.693	442.895	31,6	25,0
1995	2.312.364	441.736	36,1	25,0
1996	2.443.463	434.189	37,9	24,7
1997	2.365.970	410.632	36,7	23,4
1998	2.637.742	423.270	40,9	24,2
1999	2.787.144	394.571	43,1	22,7
2000	2.965.697	418.672	45,7	24,2
2001	2.888.080	393.244	44,3	22,9
2002	2.861.131	336.049	43,7	19,7
2003	2.611.431	290.755	39,8	17,1
2004	2.335.414	251.968	35,6	14,9
2005	2.080.288	227.576	31,7	13,6
2006	2.121.535	221.034	32,3	13,2
2007	2.101.481	225.070	32,0	13,6
2008	2.045.805	213.700	31,2	12,9

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

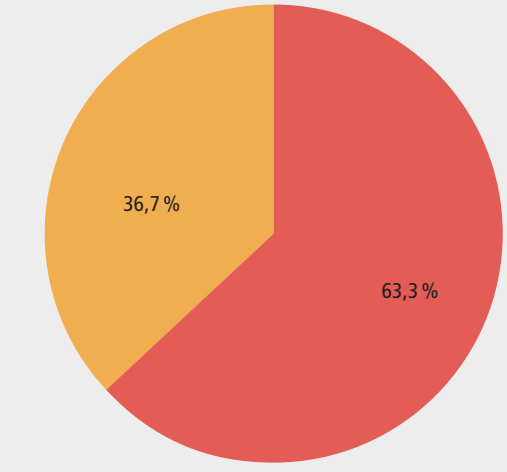
Ländern mit 28,5 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/Einwohnerinnen im Jahr 1992 bisher am höchsten. Vermutlich fand direkt nach der Vereinigung ein gewisser Teil von arbeitsmarktpolitischen Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen an den Volkshochschulen statt, wobei deren Umfang im Laufe der 1990er-Jahre wieder abnahm. In beiden Landesteilen ist seit dem Jahr 2000 ein durchweg absteigender Trend der Versorgung mit beruflichen Volkshochschulangeboten zu beobachten.

Verteilung der Teilnahmefälle an beruflicher Weiterbildung in Volkshochschulen nach Geschlecht

Insgesamt besuchen seit vielen Jahren deutlich mehr Frauen als Männer die Volkshochschule. Der Frauenanteil liegt bei den Kursangeboten insgesamt bei

knapp drei Viertel der Teilnahmefälle (seit 1991 liegt er zwischen 73,1 % und 74,5 %; vgl. Reichart/Huntemann; Pehl/Reitz). Im Programmbereich Arbeit – Beruf liegt der Frauenanteil bei den Teilnahmefällen deutlich unter dem Durchschnitt, wie → **Schaubild B2.2.1-1** verdeutlicht.

Schaubild B2.2.1-1: **Anteile von Männern und Frauen an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf 2008**



Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Im Jahr 2008 lag der Frauenanteil im Programmbereich Arbeit – Beruf seit Beginn der Erhebung dieses Merkmals mit 63,3 % am höchsten. In den Jahren 1993 bis 1996 betrug der Frauenanteil an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf knapp unter 60 %. Seit 2005 ist der Frauenanteil stetig gestiegen, jedoch ist aus der beobachteten Entwicklung kein eindeutiger Trend ableitbar.

Insgesamt sind die Volkshochschulen ein Anbieter, der niedrigschwellige Angebote für die breite Bevölkerung vorhält, an berufsfachlichen Qualifizierungen beteiligt ist und gleichzeitig auch im Rahmen von Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zielgruppenspezifische Weiterbildung durchführt.

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen

Gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen sind wichtige Anbieter beruflicher Weiterbildung. In der Erhebung von Wirtschafts- und Sozialforschung (WSF 2005) machen sie zusammen knapp ein Zehntel der Weiterbildungsorganisationen in Deutschland aus (Anbieter in gewerkschaftlicher Trägerschaft: 1,5 %; Anbieter in Trägerschaft von Arbeitgeberverbänden und Kammern: 7,8 %) (Wirtschafts- und Sozialforschung 2005, S. 38). Im Adult Education Survey (AES), in dem der Anteil verschiedener Weiterbildungseinrichtungen an den Teilnahmefällen berichtet wird, erreicht die Gruppe „Einrichtung der Wirtschaft“ einen Anteil von 10 %, etwa 1 % der Teilnahmefälle beziehen sich auf ein Angebot einer Einrichtung der Gewerkschaften (Rosenbladt/Bilger 2008, S. 107). Dabei sind diese Anbieter in höherem Maße als andere im Bereich der Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und Umschulung tätig und ermöglichen damit für Arbeitskräfte den Erwerb zertifizierter Qualifikationen (Trägerzertifikate oder anerkannte Abschlüsse) (Wirtschafts- und Sozialforschung 2005, S. 39). E

E Datenbasis zu Angeboten gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen

Die in diesem Abschnitt dargestellten Daten stammen teilweise aus Veröffentlichungen der gewerkschafts- bzw. arbeitgebernahen Anbieter, teilweise wurden die Daten aber auch von den Anbietern selbst freundlicherweise für die Veröffentlichung im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 zusammengestellt. Es handelt sich um Angaben zur Anzahl der Angebote und Anzahl der Teilnahmefälle; teilweise liegen auch Angaben zu Unterrichtsstunden und zum Umfang einzelner Themenbereiche vor.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in gewerkschaftsnahen Institutionen

Während die politische Bildungsarbeit und die spezifisch auf Gewerkschaftsaufgaben bezogene Bildungsarbeit (z. B. Betriebsräteschulungen) bei den Gewerkschaften auf allen Ebenen stattfinden (auf

lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene) sowie in Dach- und Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ist die berufliche Weiterbildung heute in eigenen gewerkschaftsnahen Institutionen nur auf Bundesebene organisiert (Derichs-Kunstmann 2009, S. 509). Die wichtigsten Anbieter sind hier das Berufsfortbildungswerk des DGB (das in zwei rechtlich selbstständige GmbHs für die alten und die neuen Länder aufgeteilt ist) sowie die Deutsche Angestellten Akademie GmbH, die aus dem Bildungswerk der DAG e. V. hervorgegangen ist.

→ **Tabelle B2.2.2-1** stellt das Angebot und die Teilnehmenden in den beiden Berufsfortbildungswerken des DGB dar. In beiden Landesteilen sind bis 2005 rückläufige Angebotszahlen zu verzeichnen, ab 2006 haben Angebot und Teilnehmende wieder zugenommen. 2008 wurden bundesweit 3.174 Lehrgänge mit knapp 60.000 Teilnehmenden durchgeführt. Ein Großteil der Maßnahmen wird hierbei über die Bundesagentur für Arbeit (SGB III, SGB II) gefördert, und zwar im Rahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) bzw. im Rahmen der Qualifizierung für Kurzarbeit (Programm WeGebAU) (Berufsfortbildungswerk 2009, S. 4). Der Anstieg der Zahlen spiegelt auch eine gewandelte Förderpolitik der Bundesagentur wider → **vgl. Kapitel B3.1**, in der auch Umschulungen wieder eine größere Rolle spielen. Inhaltlich umfasst das Angebot der Berufsfortbildungswerke des DGB gewerblich-technische Lehrgänge, Lehrgänge im Bereich Gesundheit/Soziales, Lehrgänge im Bereich Garten- und Landschaftsbau, IT-Lehrgänge sowie kaufmännische Lehrgänge. Maßnahmen für spezielle Branchen gab es in den letzten Jahren in den Branchen „erneuerbare Energien", Metall- und Elektroindustrie sowie Ernährungsindustrie, aber auch im medizinisch-pflegerischen Bereich (Berufsfortbildungswerk 2009, S. 8 f.).

Die Deutsche Angestellten Akademie GmbH führt Fortbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen im IT-Bereich, Sprachlehrgänge, kaufmännische, gewerblich-technische und Verwaltungslehrgänge, Lehrgänge im Hotel- und Gastgewerbe, Lehrgänge im Gesundheitswesen sowie Maßnahmen der sonstigen beruflichen Integration durch → **Tabelle B2.2.2-2**. Letztere erreichten im Jahr 2009 etwa die Hälfte der Teilnehmenden und machten ein Drittel aller durchgeführten Aktivitäten aus. Ein weiterer Schwerpunkt des Angebots liegt entsprechend der Tradition der DAA als Nachfolgerin des Bildungswerks der DAG im Bereich „Wirtschaft und Verwaltung" (2009: 40,2 % der Maßnahmen, 32,9 % der Teilnehmenden).

Tabelle B2.2.2-1: **Zahl der Lehrgänge und Teilnehmenden der Berufsfortbildungswerke des DGB 2000–2008**

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	Lehrgänge	Teilnehmende	Lehrgänge	Teilnehmende
2000	3.131	58.824	913	15.764
2001	3.155	57.350	851	15.905
2002	3.181	58.539	790	15.569
2003	2.779	46.075	628	10.681
2004	2.561	33.868	499	8.506
2005	2.334	31.889	444	7.579
2006	2.610	44.597	449	9.082
2007	2.575	45.925	490	9.294
2008	2.687	50.591	487	9.406

Quelle: Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) 2000–2008, S. 18–21

Die an den Maßnahmen Teilnehmenden sind sowohl Arbeitssuchende als auch Beschäftigte aus Firmen und Behörden. Teilweise wird die Teilnahme öffentlich gefördert, teilweise tragen die Teilnehmenden die Kosten für die Weiterbildung selbst. Eine Bildungs- oder Vermittlungsmaßnahme kann zwischen 4 Wochen und 24 Monate (in Einzelfällen bis zu 36 Monate) dauern, je nach Bildungsziel und Zielgruppe. Hauptfinanziers im öffentlich geförderten Sektor sind die Arbeitsverwaltung, die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und Optionskommunen (SGB II und SGB III), Berufsgenossenschaften und die Deutsche Rentenversicherung, die Bundeswehr, der Bund, Bundesländer und die Europäische Union. Häufig werden Aktivitäten der Letztgenannten über den Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Mehr als 19.000 Teilnehmende schließen eine Bildungsmaßnahme mit einem öffentlich-rechtlichen (z. B. IHK) oder staatlichen Abschluss ab.

Tabelle B2.2.2-2: **Zahl der Maßnahmen und Teilnehmenden der Deutschen Angestellten Akademie GmbH nach Themenbereichen 2004–2009**

Jahr	Informations- und Kommunikationstechnik	Fremdsprachen	Technik, Handwerk und Gewerbe	Gesundheit, Pflege und Soziales	Deutsch	Hotel- und Gastgewerbe	Sonstige berufliche Integration	Wirtschaft und Verwaltung	Insgesamt
Anzahl Maßnahmen nach Fachbereichen									
2004	1.127	207	255	522	209	215	1.960	2.550	7.045
2005	752	186	202	506	201	236	2.190	2.520	6.793
2006	653	217	251	552	168	256	2.447	2.804	7.348
2007	614	226	289	495	152	243	2.255	2.636	6.910
2008	424	206	271	545	184	237	2.011	3.047	6.925
2009	320	233	255	711	223	225	2.451	2.976	7.394
Anzahl Teilnehmende nach Fachbereichen									
2004	6.548	2.113	2.399	6.438	1.246	2.296	29.320	30.171	80.531
2005	4.981	1.605	2.226	6.254	1.013	3.451	29.982	22.954	72.466
2006	5.121	1.997	2.467	3.028	6.233	1.447	36.755	30.577	87.625
2007	6.290	2.344	2.856	6.166	2.780	1.601	39.521	36.035	97.593
2008	4.448	1.968	2.580	6.616	3.534	1.125	45.251	42.486	108.008
2009	3.435	2.519	2.401	7.967	3.506	950	63.368	41.298	125.444

Quelle: Persönliche Mitteilung der DAA GmbH

Tabelle B2.2.2-3: **Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2000–2008**

Jahr	Veranstaltungen[1]	Teilnehmende	Standorte[2]	Erfasste Mitgliedseinrichtungen	Mitgliedseinrichtungen insgesamt
2000	30.000	–	650	36	–
2001	31.000	–	765	35	–
2002	53.000	–	950	41	–
2003	110.000	–	800	46	–
2004	80.000	–	860	47	–
2005	90.000	–	780	47	–
2006	95.402	1.060.000	786	51	51
2007	105.900	1.050.000	844	51	51
2008	117.300	1.200.000	814	49	49

[1] 2000 bis 2005: Circa-Angaben

[2] 2000 bis 2003: Circa-Angaben

Quelle: Wuppertaler Kreis 2001–2009, je S. 2

Die Entwicklung im Zeitverlauf zeigt ein Minimum sowohl bei der Anzahl der Maßnahmen als auch bei der Anzahl der Teilnehmenden im Jahr 2005, dem Jahr, in dem auch die Förderung von Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (SGB II/III) einen Tiefpunkt erreichte → **vgl. Kapitel B3.1**. Seitdem haben in den zurückliegenden Jahren sowohl die Maßnahme- als auch die Teilnehmerzahlen zugenommen (Letztere stark um 73,1 %). Diese Entwicklung könnte auf eine höhere Anzahl von Teilnehmenden pro

Maßnahme hindeuten. Erkennbar ist aber auch, dass die Maßnahmen selbst verkürzt bzw. modularisiert worden sind und sich deshalb das Verhältnis von Maßnahmen und Teilnehmenden verschoben hat. Im Hintergrund steht das Bestreben, Maßnahmen durch passgenaue Module individuell zuzuschneiden und damit eine schnellere Wiedereingliederung der Teilnehmenden in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zu dem im Verhältnis zu den Maßnahmezahlen immer noch sehr starken Anstieg der Teilnehmendenzahlen haben auch mehrere GanzIL-Projekte[288] beigetragen, in denen pro Maßnahme bis zu mehrere Tausend Teilnehmende erfasst sein können.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in arbeitgebernahen Institutionen

Der „Wuppertaler Kreis e. V." – Bundesverband betriebliche Weiterbildung ist der Dachverband der Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft. In ihm sind etwa 50 große Weiterbildungseinrichtungen Mitglieder[289], die als ihre Aufgabe die Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft sehen. Darunter sind neben branchen- und firmenbezogenen Einrichtungen einige Bildungswerke der Wirtschaft in großen Bundesländern (z. B. Bildungswerk der Bayerischen, Niedersächsischen und Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft). Es gibt neben den im Wuppertaler Kreis vertretenen noch andere regional strukturierte Bildungswerke der Wirtschaft, zu deren Angebot keine Daten vorliegen.

Die Daten in → **Tabelle B2.2.2-3** stammen aus der jährlichen Verbandsumfrage des Wuppertaler Kreises „Trends der Weiterbildung", an der in den letzten Jahren alle Mitgliedseinrichtungen teilnahmen.

Bei den Weiterbildungsveranstaltungen der Mitgliedseinrichtungen des Wuppertaler Kreises handelt es sich nur zum Teil um offene Seminare, die sich vor allem an Mitarbeitende kleiner und mittelständischer Unternehmen richten; der Umsatzanteil beträgt hier etwa 30 %. Etwa ein Fünftel des Umsatzes wird jeweils mit firmenintern durchgeführten Seminaren und öffentlich geförderten Maßnahmen erzielt. Weitere Angebote umfassen Beratung/Prozessbegleitung, Lehr- und Studiengänge sowie sonstige Angebote (Wuppertaler Kreis 2009, S. 3). Die Teilnehmenden sind in allen kursartigen Angeboten (offene Seminare, Lehrgänge, firmeninterne Seminare) überwiegend Personen unter 40 Jahren, Personen ab 40 Jahre stellen (geschätzt) nur knapp ein Drittel der Teilnehmenden (Wuppertaler Kreis 2009, S. 9).

Angebot an beruflicher Weiterbildung bei den Kammern

Die Industrie- und Handelskammern bieten an ihren lokalen und regionalen Standorten, häufig in Zusammenarbeit mit eigenen Bildungszentren, berufliche Weiterbildung an. Auch die Handwerkskammern bieten berufliche Weiterbildung an, allerdings liegen aus den letzten Jahren keine bundesweiten Daten vor.

Tabelle B2.2.2-4: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern 2000–2008**

Jahr	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Teilnehmende
1995	22.229	–	362.796
2000	26.175	–	371.988
2001	23.154	–	413.735
2002	21.819	–	295.425
2003	22.605	–	316.883
2004	21.668	1.530.658	302.926
2005	22.315	1.501.373	330.499
2006	23.522	1.619.813	341.630
2007	24.110	1.773.012	341.047
2008	24.746	1.823.561	342.794

Quellen: DIHK 2008, S. 66–69 und DIHK 2009, S. 70–73

Bei den Veranstaltungen der Industrie- und Handelskammern handelt es sich in der Regel um berufsbegleitende Seminare und Lehrgänge, von denen ein Teil direkt auf IHK-Prüfungen vorbereitet. Das Themenspektrum der Lehrgänge umfasst die Bereiche aller Wirtschaftsunternehmen, die Mitglied

288 Das Kürzel GanzIL steht für „Ganzheitliche Integrationsleistung". In diesen Maßnahmen werden Arbeitssuchende über einen Zeitraum von mehreren Monaten in ihren Integrationsbemühungen begleitet, wobei sich Lernmodule, praktische Erfahrungen und eigenständige Aktivitäten abwechseln.

289 Eine Liste der aktuellen Mitglieder findet sich unter **www.wkr-ev.de/** (-> Die Mitglieder), Stand 02.12.2009.

Tabelle B2.2.2-5: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende bei Lehrgängen der Industrie- und Handelskammern 2008**

Lehrgänge		2008					
		Veranstaltungen	Anteil in %	Unterrichtsstunden	Anteil in %	Teilnehmende	Anteil in %
Aufstiegsbildung	Kaufmännisch	1.902	7,7	434.314	23,8	33.757	9,8
	Industriell-technisch	1.001	4,0	313.750	17,2	19.364	5,6
	IT und Medien	87	0,4	28.522	1,6	1.168	0,3
	AEVO	956	3,9	75.265	4,1	17.217	5,0
	Querschnittsthemen	134	0,5	13.128	0,7	1.780	0,5
	Zwischensumme	4.080	16,5	864.979	47,4	73.286	21,4
Anpassungsbildung	Kaufmännisch	5.701	23,0	174.416	9,6	75.685	22,1
	Industriell-technisch	1.784	7,2	222.839	12,2	16.143	4,7
	IT und Medien	1.704	6,9	52.825	2,9	24.828	7,2
	Querschnittsthemen	5.417	21,9	158.450	8,7	66.734	19,5
	Zwischensumme	14.606	59,0	608.530	33,4	183.390	53,5
Vorbereitung auf neue Berufstätigkeit		585	2,4	251.382	13,8	6.450	1,9
Firmenseminare		3.882	15,7	88.565	4,9	36.969	10,8
Sonstige[1]		1.593	6,4	10.105	0,6	42.699	12,5
Insgesamt		**24.746**	–	**1.823.561**	–	**342.794**	–

[1] Fachvorträge und -tagungen, Weiterbildungsseminare für Ausbilder/-innen, sonstige Vorträge und Tagungen sowie Dozenten- und Prüferseminare.

Quelle: DIHK 2009, S. 70–73

der jeweiligen IHK sind. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag stellt bundesweite Daten zur Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der Unterrichtsstunden und Anzahl der Teilnehmenden zur Verfügung, die in → **Tabelle B2.2.2-4** dargestellt sind.

Die Differenzierung nach den Kategorien Anpassungsfortbildung und Aufstiegsbildung sowie nach Themenbereichen für das Jahr 2008 zeigt → **Tabelle B2.2.2-5**.

Über die Hälfte der Veranstaltungen und Teilnehmenden von Weiterbildungslehrgängen der Industrie- und Handelskammern entfallen auf den Bereich der Anpassungsbildung, während hier nur etwa ein Drittel der Unterrichtsstunden stattfindet. Lehrgänge der Aufstiegsbildung dauern deutlich länger als andere Lehrgänge; der thematisch größte Bereich sind hier kaufmännische Lehrgänge, gefolgt von industriell-technischen Lehrgängen. Bei den Anpassungsbildungen sind die meisten Veranstaltungen kaufmännische Lehrgänge, gefolgt von den Querschnittsthemen; bei den Unterrichtsstunden entfällt hier der größte Anteil auf die industriell-technischen Lehrgänge. Ein Anteil von knapp 16% aller Lehrgänge sind Firmenseminare, die nicht öffentlich zugänglich sind.

Insgesamt gibt es über die Angebote gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen ein breites Spektrum an Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung auf verschiedensten Niveaus und für verschiedenste Zielgruppen. Ein Teil der in diesem Abschnitt dargestellten Angebote ist auch über die Förderstatistiken der Bundesagentur in diesem Bericht abgebildet → **vgl. Kapitel B3.1**. Ein anderer Teil, der mit Zertifikaten oder Fortbildungsprüfungen abschließt, findet sich in den Daten zu Prüfungsabschlüssen wieder (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B5.1 und B5.2).[290]

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

290 Wegen noch vorhandener Umsetzungsprobleme der Berufsbildungsstatistik können im vorliegenden Datenreport noch keine neueren Daten zu Fortbildungsprüfungen und Ausbildereignungs- und Meisterprüfungen dargestellt werden; → **vgl. E in Kapitel A5.2.1**.

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE e. V.) erstellt seit dem Berichtsjahr 2002 die Weiterbildungsstatistik im Verbund E, eine gemeinsame Darstellung von einrichtungsbezogenen Daten, Personal-, Finanz- und Leistungsdaten der bundesweit arbeitenden Verbände Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). Der Deutsche Volkshochschul-Verband fungiert als assoziiertes Mitglied im Verbund, ist aber aus der vorliegenden Darstellung ausgenommen und wurde im → **Kapitel B2.2.1** gesondert behandelt.

Berufliche Weiterbildung umfasst nur einen Teil des Angebots in den Mitgliedseinrichtungen dieser Verbände, die sich vorrangig als Anbieter allgemeiner und politischer Weiterbildung begreifen und gemeinsam zu rd. 31 % aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Themenbereich „Arbeit – Beruf", der im Folgenden dargestellt wird, unterliegt verbandsspezifischen Operationalisierungen, d. h., die Veranstaltungen werden unter z.T. differierenden Oberbegriffen erfasst wie Wirtschaft, Management, Arbeitstechniken, Interessenvertretung. Trotzdem gibt es natürlich Überschneidungen zu den anderen Themenbereichen, da auch die Inhalte der dort angebotenen Veranstaltungen auf individueller Ebene von beruflichem Interesse sein können. Die anderen Themenbereiche beinhalten Veranstaltungen zu Politik – Gesellschaft, Familie – Gender – Generationen, Religion – Ethik, Umwelt, Kultur – Gestalten, Gesundheit, Sprachen sowie Grundbildung – Schulabschlüsse.

E Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik)

Die Ergebnisse basieren auf einer jährlichen Fragebogenerhebung bei den Weiterbildungseinrichtungen bzw. deren Landesorganisationen. Referenzzeitraum sind die 12 Monate des Berichtsjahres (= Kalenderjahr).

Die Erfassungsquoten der als Vollerhebung angelegten Befragung variieren zwischen den Trägerverbänden und liegen für 2007 beim AdB bei 40 % (38 Einrichtungen), beim BAK AL bei 93 % (151 Einrichtungen), bei der DEAE bei 84 % (401 Einrichtungen) und bei der KBE bei 65 % (381 Einrichtungen). Insgesamt werden 971 Einrichtungen und rund 76,2 % aller Mitglieder der Verbände erfasst.

Zum Teil liegen die Daten in aggregierter Form ausschließlich auf Landesebene, nur für einzelne Merkmale oder nur für nach Landesgesetz förderfähige Veranstaltungen vor. Die von den Einrichtungen gemeldeten Daten markieren dadurch Mindestwerte. Die Daten wurden auf Basis der Erfassungsquoten hochgerechnet und entsprechend den Verzerrungen in den Stichproben gewichtet (vgl. Weiland/Weiß 2009).

Es sind verschiedene offene Veranstaltungsformen zusammengefasst, darunter Vorträge und anderen Kurzformen bis 3 Unterrichtsstunden ebenso wie klassische Kurse, Seminare, Lehrgänge, aber zum Teil auch Ausstellungen und Studienfahrten/-reisen. Die berichteten Unterrichtsstunden umfassen je 45 Minuten. Eine Belegung entspricht einem Teilnahmefall, d. h. eine Person, die an 2 Veranstaltungen im Berichtszeitraum teilnimmt, wird mit 2 Belegungen gezählt. Geschlechtsdifferenzierungen der Teilnehmenden liegen nur für Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden vor.

Die im Themenbereich „Arbeit – Beruf" erfassten Veranstaltungen stellen einen Teil des als berufliche Weiterbildung zu verstehenden Angebots dar.

Die Statistiken der Verbände AdB, BAK AL, DEAE, KBE und DVV verbindet ein gemeinsamer Merkmalskern. Die im Themenbereich „Arbeit – Beruf" zusammengefassten Veranstaltungen sind nach der thematischen Zuordnung vergleichbar.

Im Jahr 2007 wurden in den Einrichtungen der Mitgliedsverbände des Verbunds Weiterbildungsstatistik fast 24.000 Veranstaltungen zu beruflichen Themen durchgeführt → **Tabelle B2.2.3-1**, die zusammen rund 840.000 Unterrichtsstunden und 416.000 Belegungen umfassten. Im Vergleich zum Gesamtprogramm zeigt sich insbesondere bezogen auf die Anzahl der Veranstaltungen wie auch im Hinblick auf die Belegungen, dass berufliche Weiterbildung im Verbund eher eine untergeordnete Rolle spielt. Die Anteilswerte erreichen bei den Veranstaltungen 5,2 % und bei den Belegungen 4,1 % am Gesamtange-

Tabelle B2.2.3-1: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf" im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2007**

	Arbeit – Beruf 2007 (Hochrechnung)					
	Veranstaltungen	Anteil an allen Veranstaltungen in %	Unterrichtsstunden	Anteil an allen Unterrichts-stunden in %	Belegungen	Anteil an allen Belegungen in %
Verbund (insgesamt)	**23.532**	**5,2**	**842.922**	**12,4**	**416.476**	**4,1**
AdB	3.844	18,8	80.198	18,5	74.903	15,9
BAK AL	4.331	41,7	299.980	56,2	68.512	40,3
DEAE	3.828	2,4	60.495	4,0	66.021	1,9
KBE	11.529	4,4	402.249	9,3	207.040	3,4

Quelle: Weiterbildungsstatistik im Verbund – DIE (Bonn)

Tabelle B2.2.3-2: **Belegungen nach dem Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf" im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2007**

	Arbeit – Beruf 2007 (nur Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden, Hochrechnung)				
	Belegungen	darunter Frauen	Anteil in %	darunter Männer	Anteil in %
Verbund (insgesamt)	**269.784**	**105.661**	**50,8**	**102.175**	**49,2**
AdB	69.279	27.562	44,9	33.783	55,1
BAK AL	67.118	25.965	39,2	40.288	60,8
DEAE	39.248	15.477	69,0	6.959	31,0
KBE	94.138	36.657	63,4	21.144	36,6

Quelle: Weiterbildungsstatistik im Verbund – DIE (Bonn)

bot. Lediglich der Anteil der Unterrichtsstunden liegt mit 12,4% etwas höher, was jedoch mit den generell längeren Veranstaltungen der beruflichen Bildung zusammenhängt.

Die Mitgliedseinrichtungen der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) bieten von den 4 Verbänden die meisten Veranstaltungen (ca. 12.000) und Unterrichtsstunden (402.000) im Themenbereich „Arbeit – Beruf" an und erreichen damit 207.000 Belegungen. Bei dem anderen konfessionellen Trägerverband, der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), werden rund 4.000 Veranstaltungen zu diesem Themenbereich mit 60.000 Unterrichtsstunden und 66.000 Belegungen im Jahr angeboten. In beiden Verbänden spielen Weiterbildungsangebote, die inhaltlich den Bereichen „Arbeit und Beruf" zugeordnet werden, eine untergeordnete Rolle. Der Anteil am Gesamtunterrichtsstundenvolumen liegt bei den Einrichtungen der KBE bei 9,3%, bei jenen der DEAE bei 4,0%.

Ganz anders sieht es bei den beiden anderen Verbänden des Verbunds aus. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL) sind stärker als die beiden konfessionellen Verbände auf politische und berufliche Weiterbildung bzw. deren Verbindung ausgerichtet. Im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) finden im entsprechenden Themenbereich „Wirtschaft/Arbeit/Management/Arbeitstechniken" vor allem Fortbildungen für Tätigkeiten in sozialen Institutionen statt. Der BAK AL ist in dem Themenfeld „Arbeit, Beruf, Interessenvertretung" insbesondere auf politische Weiterbildung mit dem

Schwerpunkt Interessenvertretung, Mitbestimmung, Tarifrecht und Zukunft der Arbeit ausgerichtet. In den Mitgliedseinrichtungen beider Verbände wurden jeweils rund 4.000 Veranstaltungen zu „Arbeit – Beruf“ durchgeführt. Im AdB wurden 80.000 Unterrichtsstunden und 75.000 Belegungen registriert. Am Gesamtprogramm erreicht der Themenbereich damit im AdB einen Anteil von 19% bezogen auf das Unterrichtsstundenvolumen und die Gesamtveranstaltungszahl. Innerhalb des BAK AL wurden 300.000 Unterrichtsstunden und 69.000 Belegungen gemeldet. Der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen liegt bei 56%, 42% aller Veranstaltungen werden der beruflichen Weiterbildung zugeordnet. Berufliche und arbeitsweltbezogene Themen spielen in den Mitgliedseinrichtungen des AdB und des BAK AL eine zentrale Rolle und prägen das Profil der Verbände und Einrichtungen.

Für insgesamt drei Viertel der Belegungen in Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden im Themenbereich „Arbeit – Beruf“ liegen Angaben zum Geschlecht der Teilnehmenden vor → **Tabelle B2.2.3-2**. Während auf Verbundebene das Geschlechterverhältnis mit 51% Frauen und 49% Männern ausgeglichen ist, weisen die einzelnen Verbände durchaus Unterschiede auf. Bei den konfessionellen Trägerverbänden DEAE und KBE überwiegen die Belegungen durch Teilnehmerinnen mit 69% bzw. 63% (rund 60% der Belegungen sind mit einer Geschlechtsdifferenzierung ausgewiesen). Dies entspricht auch weitgehend dem Geschlechterverhältnis bei den übrigen Belegungen im Gesamtprogramm. Der Frauenanteil an den Belegungen liegt in beiden Verbänden bei 70%. Die stärker im Bereich der politischen Bildung zu verortenden Verbände AdB und BAK AL erreichen dagegen mit 55% und 61% der Belegungen etwas stärker männliche Interessierte (hier liegen Geschlechterdifferenzierungen für 89% der Belegungen bei AdB und 98% bei BAK AL vor). Zumindest für den BAK AL überrascht dieses Ergebnis wenig, auch bei den Belegungen im Gesamtprogramm überwiegen mit 56% die Männer. Im Gesamtprogramm des AdB beträgt der Anteil der Belegungen durch Männer dagegen 46%. Insgesamt scheinen Männer berufliche Themen stärker nachzufragen als andere. Dies zeigen die Daten von AdB und BAK AL genauso wie die von KBE.

(Meike Weiland, Deutsches Institut
für Erwachsenenbildung)

B2.3 Fernunterrichtsstatistik

Seit 1983 werden im Rahmen der Fernunterrichtsstatistik E bei Anbietern staatlich zugelassener Fernlehrgänge auf freiwilliger Basis jährlich Daten zum Fernlernen erhoben. Bis zum Jahr 2007 geschah dies durch das Statistische Bundesamt (StBA), seit 2008 ist das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) hierfür zuständig. Zusätzlich kann weiteres Datenmaterial der staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) herangezogen werden. Damit steht für das Segment „Fernlernen“ eine im Vergleich zur übrigen organisierten Weiterbildung relativ breite empirische Datenbasis zur Verfügung.

E Fernunterrichtsstatistik

Im Rahmen der Fernunterrichtsstatistik werden neben Daten zu Teilnehmenden und Fernlehrgängen seit 2008 auch Personal- und Finanzierungsdaten der bei der ZFU verzeichneten Anbieter im Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12. des jeweiligen Vorjahres erfasst. Die erhobenen Merkmale orientieren sich dabei an der Verbundstatistik, um eine größere Vergleichbarkeit in der Weiterbildungsstatistik zu erreichen. Bis zur Umstellung der Fernunterrichtsstatistik schätzte die ZFU erfahrungsbasiert Angaben für Institute, die sich nicht an der Befragung beteiligten. Diese Schätzung konnte 2008 erstmals nicht vorgenommen werden.

Fernunterricht: Ist im Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) definiert als auf vertraglicher Grundlage erfolgende, entgeltliche Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, bei der der Lehrende und der Lernende ausschließlich oder überwiegend räumlich getrennt sind und der Lehrende oder sein Beauftragter den Lernerfolg überwachen (vgl. § 1, Abs. 1 FernUSG). Lehrgänge, die dieser Definition entsprechen, müssen gemäß §§ 12,13 und 19 FernUSG von der staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) zugelassen werden.

Fernstudium: Fernstudiengänge unterscheiden sich von Fernunterricht dadurch, dass sie von Hochschulen durchgeführt werden und auf einen anerkannten akademischen Abschluss zielen. Es gelten die Studien- und Prüfungsordnungen der Hochschulen.

Fernlernen: Neben Fernunterricht und Fernstudium zählen hierzu auch andere Lernangebote, in denen Lerninhalte medial vermittelt werden, z. B. in Form von Blended Learning. Inzwischen wird Fernlernen aber auch häufig als Synonym für Fernunterricht verwendet.

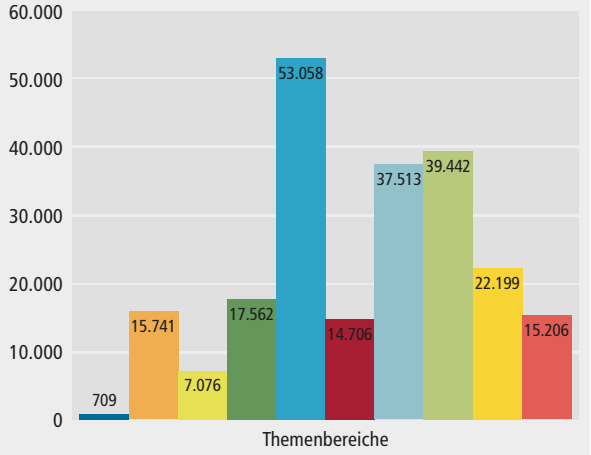
Teilnahme am Fernunterricht

2008 wurden 340 Fernlehrinstitute angeschrieben, von denen sich 155 (45,6 %) mit insgesamt 223.212 Teilnahmen an der Befragung beteiligten (vgl. Weiß 2009). Im Vergleich zum Vorjahr (218.850 Teilnahmen) bedeutet dies einen Anstieg um 2 %. Bei dieser Angabe können nur die in 2007 und 2008 erhobenen Angaben zu Teilnahmen berücksichtigt werden. Da 2008 für die 185 Institute, die sich nicht an der Erhebung beteiligt haben, erstmals keine erfahrungsbasierte Schätzung durch die ZFU vorgenommen wurde, lässt sich die tatsächliche Entwicklung der Teilnahmezahlen aus den erhobenen Angaben nur sehr bedingt ermitteln (zum Vergleich: auf der Basis von hochgerechneten Teilnahmen wurde 2007 für den Zeitraum 2003 bis 2007 eine Zunahme der Gesamtzahl der Teilnahmezahlen um 34,9 % vermutet (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B4).

In 2008 waren die Themenbereiche mit den meisten Teilnahmen Wirtschaft (23,8 %), schulische Lehrgänge (17,7 %) und Freizeit/Gesundheit (16,8 %). Die Verteilung der Teilnahmen nach Themenbereichen zeigt → **Schaubild B2.3-1.**

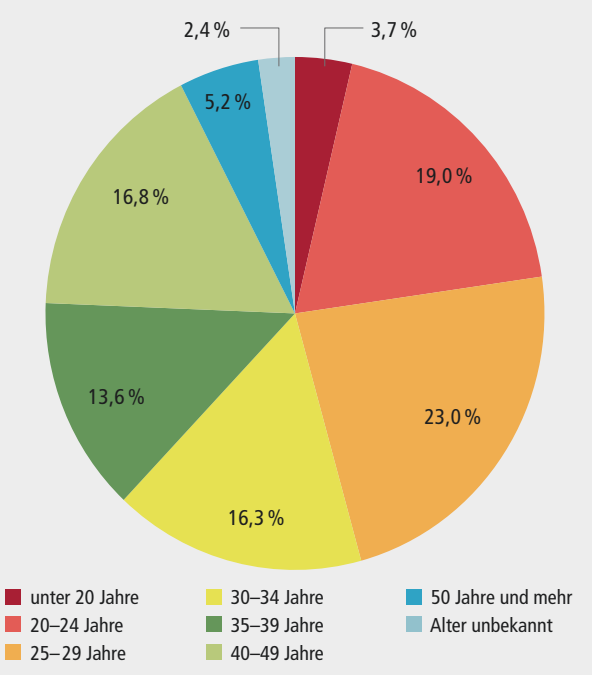
Während die Zuwächse der Teilnahmezahlen in den Themenbereichen Freizeit/Gesundheit (2,8 %), Erziehungs- und Schulfragen (3,2 %), EDV-Lehrgänge (6,7 %) eher moderat ausfallen, lassen sich bei den Sprachen (9,7 %) sowie in den Bereichen Betriebswirtschaft, Technik und Übersetzen mit insgesamt

Schaubild B2.3-1: **Teilnehmende am Fernlernen 2008 – Gesamtzahlen (absolut)**



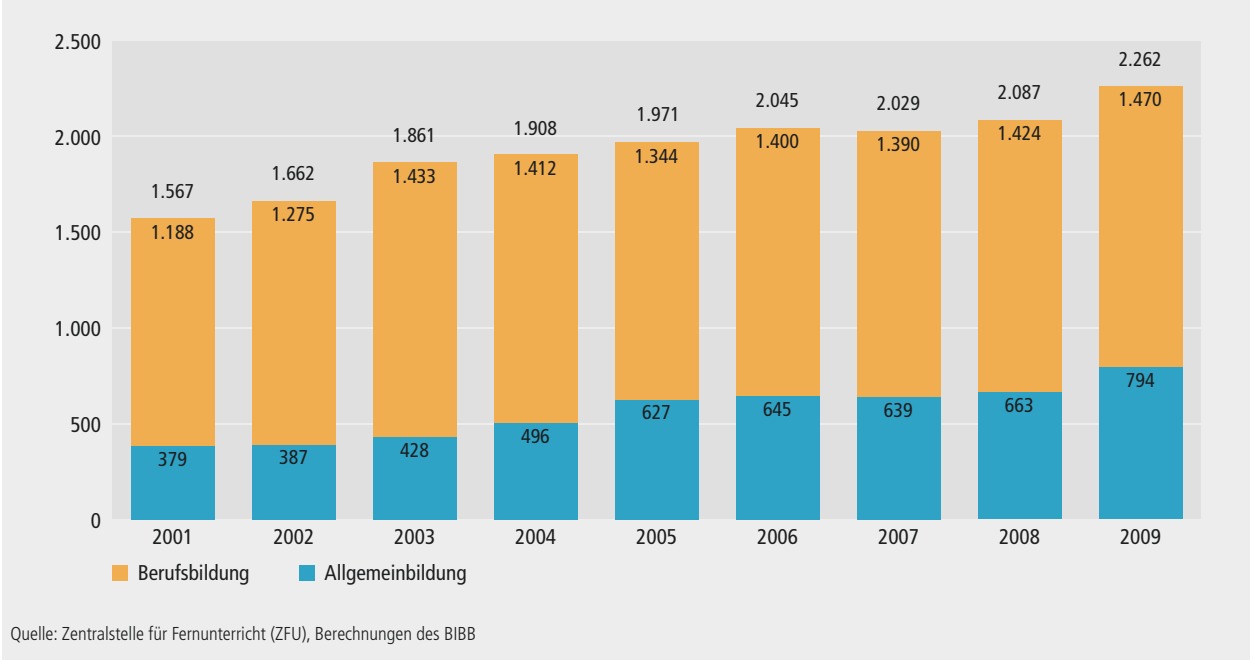
Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung 2009

Schaubild B2.3-2: **Teilnehmende nach Altersgruppen (in %)**



Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung 2009

Schaubild B2.3-3: **Gesamtzahlen und Anteile an allgemeinbildenden und berufsbildenden Fernlehrgängen 2001–2009 (absolut)**



Quelle: Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU), Berechnungen des BIBB

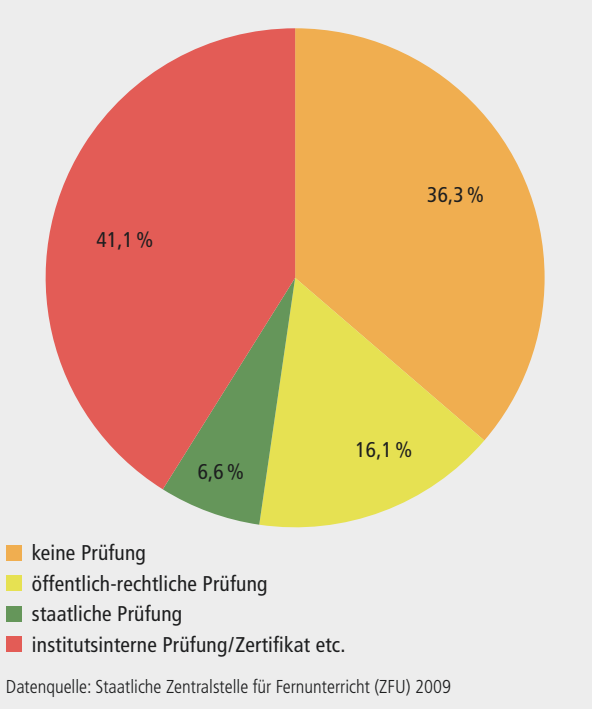
15,5 % weit überdurchschnittliche Steigerungen feststellen. Starke Rückgänge gibt es dagegen bei den Sozialwissenschaften (-79,3 %), Erziehungs- und Schulfragen (-8,0 %) sowie Mathematik und Naturwissenschaften (-5,8 %).

Zunehmend werden auch Lehrgänge belegt, die auf einen anerkannten Abschluss (öffentlich-rechtliche oder staatliche Prüfung) vorbereiten. Mit 80.990 Teilnahmen fallen 37,4 % der Belegungen an Fernlehrgängen in diesen Bereich. 2007 betrug der Anteil 35,3 %, ebenso in 2006.

Der Anteil von Frauen ist mit 52,2 % zwar geringfügig niedriger als 2007 (53,2 %), liegt aber immer noch leicht über den Teilnahmequoten 2006 (51,9 %) bzw. 2005 (51 %).

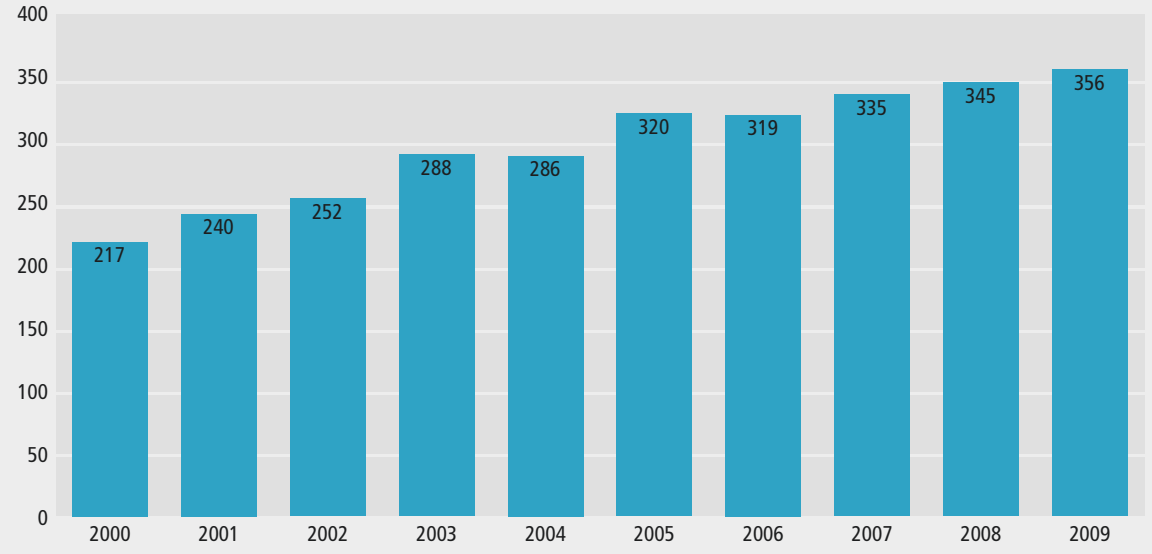
Die Altersstruktur weist nur geringe Änderungen im Vergleich zum Vorjahr auf: Zunahmen gibt es bei den Altersgruppen der 20- bis 24-Jährigen (2007: 17,8 %), der 25- bis 29-Jährigen (2007: 20,9 %), der 30- bis 34-Jährigen (2007: 14,5 %) sowie der 40- bis 49-Jährigen (2007: 14,9 %). Gesunken sind die

Schaubild B2.3-4: **Art der Abschlüsse bei Fernlehrangeboten in 2009 (in %)**



Datenquelle: Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) 2009

Schaubild B2.3-5: **Fernlehrinstitute – Gesamtzahl 2000–2009 (absolut)**



Quelle: Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) 2009

Anteile der unter 20-Jährigen (2007: 4,2%) und der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen (2007: 14,3%). Die Verteilung der Teilnehmenden nach Altersgruppen zeigt → **Schaubild B2.3-2**.

Teilnehmende an Fernstudiengängen

Im Wintersemester 2008/2009 waren insgesamt 69.671 Studierende an Fernuniversitäten und Fernfachhochschulen eingeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 15,9%. Männliche Studierende sind mit einem Anteil von 58,2% überrepräsentiert. Im Vergleich zum Wintersemester 2007/2008 (39,7%) hat der Anteil der Studentinnen mit 41,8% leicht zugenommen. Betrachtet man die Hochschularten, ergibt sich folgendes Bild: 47.586 Studierende waren an Fernuniversitäten eingeschrieben, 22.085 an Fernfachhochschulen. Fernuniversitäten erhalten damit einen Zuwachs um 17,9%, Fernfachhochschulen gewinnen im Vergleich zum Vorjahr 11,8%.

Fernlehrgänge – Angebot

Im Vergleich zu den Vorjahren ist auch die Anzahl der Fernlehrgänge weiter angestiegen: von 2.087 zugelassenen Fernlehrgängen in 2008 auf 2.264 in 2009. Von diesen 2.264 Lehrgängen können 1.470 (64,9%) dem berufsbildenden und 794 dem allgemeinbildenden Bereich zugeordnet werden. Die Entwicklung des Fernlehrgangsangebotes im Zeitraum 2001–2009 ist dem → **Schaubild B2.3-3** zu entnehmen.

Von den 2.264 Lehrgängen bereiten 1442 (63,7%) auf eine Prüfung vor, 822 Lehrgänge (36,3%) enden ohne Prüfung. Im Vergleich zum Vorjahr 2008 bedeutet dies eine deutliche Zunahme von Lehrgängen ohne Abschlussprüfung (2008: insgesamt 2.087 Lehrgänge, davon 1.350 [64,7%] mit und 737 Angebote [35,3%] ohne Prüfungsabschluss). Einen Überblick über die Art der jeweiligen Prüfungsabschlüsse bietet → **Schaubild B2.3-4**.

Die Laufzeit der einzelnen Lehrgänge ist sehr unterschiedlich: 22,4% dauern bis zu 6 Monate, 44,1% zwischen 6 und 12 Monate, 25,6% zwischen 12 und 24 Monate und 7,9% länger als 24 Monate. Insgesamt ist also festzustellen, dass etwa zwei Drittel der angebotenen Lehrgänge eine Laufzeit von bis zu 12 Monaten haben. Im Vergleich zum Vorjahr 2008 lassen sich hier kaum Änderungen feststellen.

Fernlehrinstitute – Anbieter

Wie auch in den Vorjahren hat die Anzahl der Fernlehrinstitute weiter zugenommen: Waren es 2008 345, so wurden 2009 356 Anbieter bei der ZFU registriert (+3,2%). Insgesamt hat sich die Anzahl im Zeitraum 2000 bis 2009 um 139 auf 356 (+64,0%) erhöht → **Schaubild B2.3-5**.

Die Marktsituation (basierend auf den 155 Rückläufen) stellt sich wie folgt dar:

- 8 Anbieter haben jeweils mehr als 5.000 Teilnahmefälle und decken damit insgesamt rund 82,7% des Marktangebotes im Fernunterricht ab,
- 13 Institute haben jeweils 1.000–5.000 Teilnahmen; insgesamt 11,3% aller Belegungen,
- die restlichen 6% werden von insgesamt 134 befragten Instituten abgedeckt.

(Angela Fogolin, Christina Weiß
[Deutsches Institut für Erwachsenenbildung])

B2.4 Weiterbildungstests

Zielsetzungen

Sich in der Weiterbildungslandschaft zurechtzufinden, fällt privaten Verbrauchern nicht leicht. Einerseits sorgt eine durch die Vielzahl der Anbieter, Angebote, Lernformen und Abschlüsse bedingte Breite des Marktes für Transparenzprobleme, andererseits mangelt es bildungsinteressierten Kunden bei der Auswahl einer Weiterbildungsmaßnahme an Qualitätssicherheit. Aus diesem Grunde wurde in der Stiftung Warentest mit finanzieller Unterstützung des Bundesbildungsministeriums bereits 2002 eine Abteilung Weiterbildungstests E eingerichtet, die sich ausschließlich mit Angeboten der offenen und außerbetrieblichen beruflichen Bildung befasst.

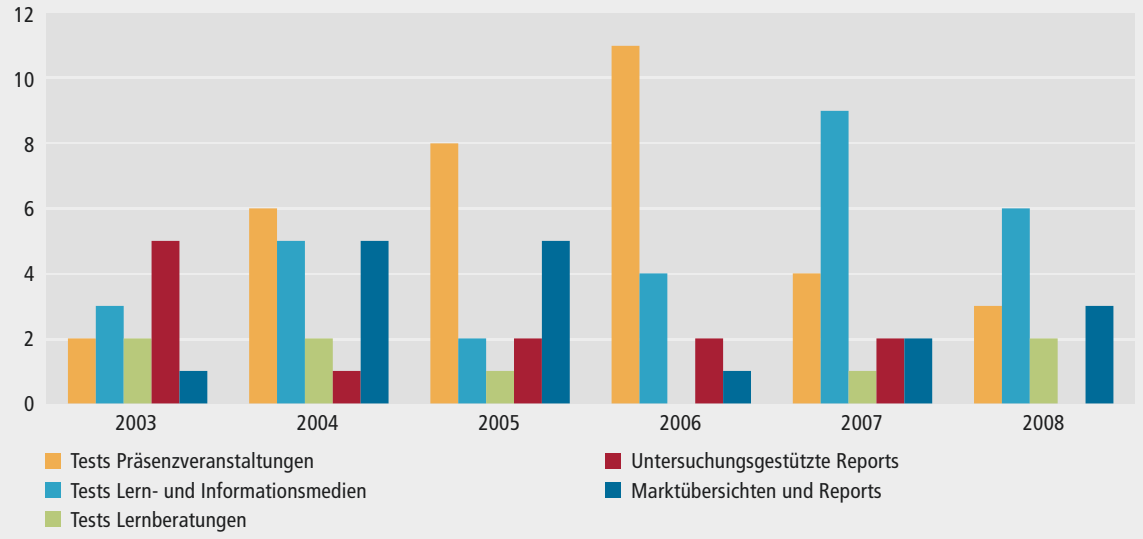
E Weiterbildungstests

Bildungsangebote werden von der Stiftung Warentest bereits seit fast 30 Jahren getestet. Auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) richtete die Stiftung 2002 eigens eine Abteilung ein, die sich ausschließlich mit Angeboten der außerbetrieblichen beruflichen Weiterbildung befasste. In einer Erprobungsphase von 2002 bis 2007 wurden die Weiterbildungstests mit knapp 10 Mio. € vom BMBF und vom Europäischen Sozialfonds gefördert. Seit 2008 werden die Weiterbildungstests vom BMBF als Regelförderung finanziert.

Im Zuge einer Neustrukturierung wurde mit Beginn des Jahres 2008 die bisherige Abteilung Weiterbildungstests durch die dem Bereich Untersuchungen zugeordnete Gruppe Weiterbildungstests und das dem Bereich Publikationen zugeordnete Ressort Weiterbildungstests ersetzt. Die Stiftung Warentest beschäftigt zur Durchführung der Weiterbildungstests derzeit 11 Mitarbeiter.

Die Aufgabe der Weiterbildungstests ist es, am Markt verfügbare Bildungsangebote auf ihre Qualität hin zu untersuchen, sie miteinander zu vergleichen und dem Verbraucher dadurch wichtige Hinweise zur Beurteilung des Angebotes zu liefern. Die Tests sollen den Weiterbildungsmarkt transparenter machen und Qualitätsverbesserungen der Angebote bewirken. Dem Verbraucher werden sowohl Informatio-

Schaubild B2.4-1: **Weiterbildungsuntersuchungen durch die Stiftung Warentest von 2003 bis 2008**



Quelle: Stiftung Warentest – Jahresberichte 2003 bis 2008

nen zu einzelnen getesteten Angeboten als auch zu übergreifenden Qualitätsstandards gegeben. Damit sollen Interessenten für Fragen der Bildungsqualität sensibilisiert werden und eine Orientierungshilfe bei der Entscheidung für oder gegen eine konkrete Bildungsmaßnahme erhalten. Außerdem sollen die Testergebnisse auch Anbietern Impulse zur Reflexion ihrer bestehenden und Entwicklung ihrer zukünftigen qualitativen Standards geben.

Art und Umfang der Tests

Weiterbildungstests sind themenbezogen. Das bedeutet, dass zu bestimmten Bildungszielen verschiedene am Markt befindliche Angebote recherchiert, untersucht, bewertet und vergleichend gegenübergestellt werden. Dabei konnte bisher eine breite Streuung der Untersuchungsfelder erzielt werden – von Intensivseminaren, Präsenzlehrgängen, Fernunterrichtsangeboten und E-Learning-Produkten bis hin zu Ratgeberbüchern, Sprachreisen, Weiterbildungsdatenbanken und Beratungsleistungen.

Die Untersuchungen werden in Kooperation mit unabhängigen Experten durchgeführt. Zusätzlich wird bei vergleichenden Testvorhaben grundsätzlich ein Fachbeirat einberufen, an dem neben Verbrauchervertretern und neutralen Sachverständigen auch Vertreter der anbietenden Wirtschaft teilnehmen. Aufgabe des Fachbeirates ist es, die Stiftung „... bei der sachgerechten Auswahl der zu untersuchenden Produkt- und Dienstleistungssegmente, der Festlegung der für die Verbraucher wichtigen Eigenschaften, der Verwendung geeigneter Prüfverfahren, der Grundzüge der Bewertung sowie der sachgerechten Darstellung der Prüfergebnisse ...“ (Satzung der Stiftung Warentest, § 10 Abs. 1)[291] zu beraten.

Die zur Prüfung der Bildungsangebote eingesetzten Methoden sind sehr vielfältig und umschließen z. B. verdeckte Veranstaltungsteilnahme durch Testpersonen, Inanspruchnahme verschiedener Beratungs- und Informationsmöglichkeiten von Bildungsanbietern, Expertengutachten, Sachverständigenbegehungen von Lernorten, Handhabungsprüfungen elektronischer Lernmedien, Teilnehmerbefragungen oder (meist zur Verifikation der vorliegenden Informationen) Anbieterbefragungen. In der Regel wird in einem Untersuchungsprojekt mit einem Mix aus mehreren Methoden gearbeitet. Auf diese Weise konnten bislang über 100 Weiterbildungsuntersuchungen der Stiftung

291 Zur Satzung siehe: **www.test.de/unternehmen/stiftungsgremien/satzung**.

Warentest mit über 800 getesteten Bildungsprodukten und -dienstleistungen abgeschlossen und veröffentlicht werden. In den meisten Fällen handelt es sich bei den Untersuchungen um vergleichende Tests, zum Teil aber auch um Marktübersichten zu bestimmten Angebotssegmenten und um untersuchungsgestützte Reports → **Schaubild B2.4-1**.

Veröffentlichungen der Weiterbildungstests

Die Testergebnisse werden im Internet unter **www.test.de/weiterbildung** und teilweise in den Periodika „test“ und „Finanztest“ der Stiftung Warentest veröffentlicht. Darüber hinaus wird zum Thema Weiterbildung jährlich ein Sonderheft mit Testergebnissen herausgegeben. Bisher erschienen sind die Hefte „Existenzgründung“ (2003), „Neue Chancen im Job“ (2004), „Jobs in Wellness, Fitness und Pflege“ (2005), „Marketing und Vertrieb“ (2006), „Sprachen lernen“ (2007) und „Karriere“ (2008).

Ein weiteres Publikationselement ist die Leitfadenserie „Weiterbildung kompakt“. Hierbei handelt es sich nicht um Testberichte, sondern um eine sechs- bis achtseitige Broschüre mit allgemeinen Verbraucherinformationen zu bestimmten Themen. Verfügbar sind zurzeit insgesamt 8 Leitfäden zu den Themen „Sprachen lernen“, „Weiterbildung finanzieren“, „Perspektiven für Arbeitslose“, „Ausbildung der Ausbilder“, „Lernformen“, „Präsenzunterricht“, „Fernunterricht“ und „E-Learning“. Die Leitfäden können kostenlos im Internet unter **www.test.de/weiterbildung** heruntergeladen werden.

Weiterbildungstests 2008

Im Kalenderjahr 2008 wurden insgesamt 14 Untersuchungen abgeschlossen und veröffentlicht. 10 davon wurden in dem Ende 2008 erschienenen Sonderheft „test Spezial Karriere“ veröffentlicht, in dem es um berufliche Um- und Neuorientierung ging. Schwerpunkte dieses Heftes waren:

- berufliche (Neu-)Orientierung und Karriereplanung mit den Tests Berufsfindungskurse, Karriereratgeber und Online-Eignungstests,
- Suche und Auswahl von Weiterbildungsmaßnahmen mit den Tests Weiterbildungsberatung und Weiterbildungsdatenbanken,
- Bewerbungen mit den Tests Bewerbungstrainings, -software und -ratgeber,
- Planung einer Existenzgründung mit den Tests Existenzgründerberatung und Gründungsseminare.

Außerdem wurden mit dem Test „Ausbildung der Ausbilder – Fernunterricht“, dem Report „Ausbildung der Ausbilder – Präsenzkurse“ und den beiden Marktübersichten zu Weiterbildungen für Versicherungsvermittler und zu verschiedenen in der Weiterbildung eingesetzten Qualitätssicherungssystemen 4 weitere Untersuchungen veröffentlicht.

In der Reihe „Weiterbildung kompakt“ erschienen 3 Informationsbroschüren zu den Themen „Perspektiven für Arbeitslose“, „Ausbildung der Ausbilder“ und – rechtzeitig zur Einführung der Bildungsprämie im Dezember 2008 – „Weiterbildung finanzieren“.

Weiterbildungstests 2009

Die Testarbeit 2009 knüpft an Weiterbildungsuntersuchungen der Vorjahre an. Geplant sind etwa ein Dutzend Untersuchungen, von denen bislang folgende veröffentlicht wurden (Stand: August 2009):

- ein Testbericht zur Prüfung von 11 Konfliktmanagementseminaren (veröffentlicht in test 07/2009),
- ein Testbericht zur Prüfung von 14 Internetportalen, die sich mit dem Thema Existenzgründung befassen (veröffentlicht auf **www.test.de**),
- ein Testbericht zur Prüfung von 12 Präsenzkursen und 5 E-Learning-Angeboten zur Verbesserung von Präsentationstechniken (veröffentlicht auf **www.test.de**),
- ein Testbericht zur Prüfung von 10 E-Learning-Angeboten zum Anwenderprogramm „PowerPoint“ (veröffentlicht in test 08/2009),
- eine Marktübersicht mit 11 Audio-CDs und 16 E-Learning-Angeboten zu den Themen Zeit- und Stressmanagement (veröffentlicht auf **www.test.de**).

Darüber hinaus beschäftigt sich eine im Frühjahr 2009 herausgegebene Informationsbroschüre aus der Serie „Weiterbildung kompakt“ mit dem Lernfeld Sprachen.

Wirkung von Weiterbildungstests

Wie eingangs beschrieben, wird mit Weiterbildungstests das Ziel verfolgt, die Informationslage des Verbrauchers bezüglich des Weiterbildungsmarktes zu verbessern und Impulse für nachhaltige Qualitätsverbesserungen zu setzen. Um festzustellen, ob diese Ziele erreicht wurden, hat die Stiftung Warentest in den Jahren 2005 und 2007 zwei Studien in Auftrag gegeben, in denen die Wirkung der Weiterbildungstests ermittelt werden sollte. Befragt wurden in einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung 1.768 Personen und 1.505 Weiterbildungsanbieter (2005) bzw. 1.718 Personen und 1.006 Anbieter (2007).

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze: Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Allgemeinen und 61% der Teilnehmer/-innen an beruflicher Weiterbildung im Besonderen hielten Weiterbildungstests für wichtig. Dabei bestätigte in beiden Befragungen die überwiegende Mehrheit derjenigen, welche Weiterbildungstests bereits wahrgenommen und gelesen hatten, dass sich aus ihrer Sicht die Weiterbildungstransparenz durch die Tests insgesamt verbessert hätte.

Bei der Gruppe der Bildungsdienstleister zeigten sich bereits Wirkungen in Form von Modifikationen der Angebote und Programmkataloge: So sagten 23% der befragten Anbieter, sie hätten die getesteten Angebote aufgrund der Testergebnisse verändert (2005 waren dies allerdings sogar 25%). 28% haben auch nicht getestete Angebote infolge der Tests verändert (2005: 14%), und in einigen wenigen Fällen wurden Angebote nach Veröffentlichung der Testergebnisse gänzlich vom Markt genommen (5%, 2005: 1%). Um die Wirkung von Weiterbildungstests zu erhöhen, ist eine verbesserte Verbreitung wichtig. Auch hier wurden Fortschritte erzielt: Im Vergleich zu 2005 konnte bis 2007 der Bekanntheitsgrad sowohl bei Nachfragern beruflicher Bildung als auch bei Anbietern gesteigert werden: Bei Nachfragern um 3 Prozentpunkte auf 13%, bei Anbietern sogar um 18 Prozentpunkte auf 62%.

Die Studien wurden vom Münchner Institut „Helmut Kuwan – Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung, München“ durchgeführt und sind unter **www.test.de/weiterbildung** abrufbar.

(Michael Cordes, Stiftung Warentest)

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen

Die Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nach SGB III – Arbeitsförderung – und seit 2005 auch nach SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – ist eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung. Es soll die individuellen Chancen von Menschen am Arbeitsmarkt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern.

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Mit insgesamt 438.682 Eintritten in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung im Jahr 2008 ist eine Steigerung von 28,5% gegenüber dem Vorjahr (2007: 341.262) zu verzeichnen (Bundesagentur für Arbeit 2009b).[292] Der Frauenanteil lag bei 200.698 – ein Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 26,9%. Getrennt nach neuen und alten Ländern betrug der Zuwachs der Eintritte insgesamt im Vergleich zum Vorjahr in den neuen Ländern 25,9%, in den alten Ländern 29,8% → **Tabelle B3.1-1**. Im Jahr 2009 war eine Steigerung bei den Eintritten im Vergleich zum Vorjahr um 34,1% (2009: 588.130) auszumachen.[293] In den neuen Ländern steigerten sich die Eintritte gegenüber dem Vorjahr um 31,8% (2009: 179.081), in den alten Ländern um 35,1% (2009: 409.049)[294] (Bundesagentur für Arbeit 2010) → **Schaubilder B3.1-1 und B3.1-2**.

Zu Beginn der 1990er-Jahre sanken die Eintritte und durchschnittlichen Jahresbestände. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit wurde 1991 und 1992 die Förderung der beruflichen Weiterbildung intensiv eingesetzt, um die Folgen des Strukturwandels in den neuen Ländern abzufedern. 1993

292 Ohne Daten von zugelassenen kommunalen Trägern (zkT); einschließlich Reha-aMW; allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha derzeit nicht trennscharf berichtsfähig.

293 Ohne Förderinformationen der zugelassenen kommunalen Träger (zkT); Datenstand Januar 2010.

294 Vorläufige Angaben (Stand Januar 2010); gültige und weiter differenzierbare Daten liegen erst nach Redaktionsschluss vor.

Tabelle B3.1-1: **Eintritte und Jahresdurchschnittsbestände an Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB II (ab 2005) und SGB III in den Jahren 2004 bis 2009[1]**

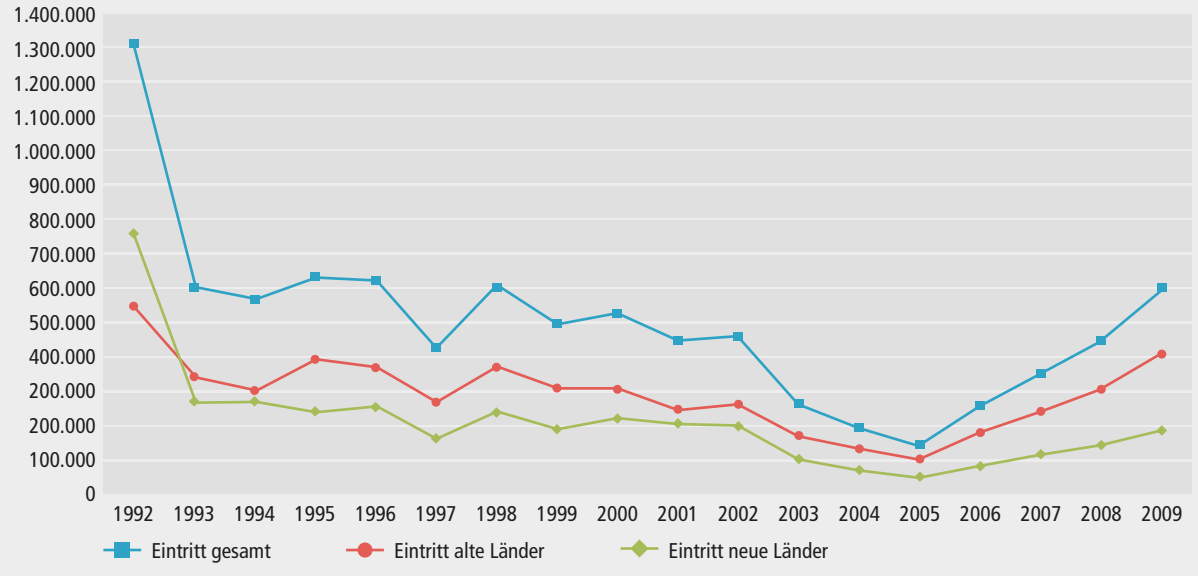
Eintritte/Zugang		2004	2005	2006	2007	2008	2009[2]
Bundesgebiet	**Gesamt**	185.041	131.521	246.789	341.262	438.682	588.130
	davon Frauen	81.775	53.994	107.553	158.206	200.698	
Alte Länder	**Gesamt**	123.952	91.096	173.032	233.360	302.822	409.049
	davon Frauen	57.486	39.143	77.462	110.699	140.993	
Neue Länder	**Gesamt**	61.089	40.425	73.757	107.902	135.860	179.081
	davon Frauen	24.289	14.851	30.091	47.507	59.705	
Jahresdurchschnittsbestand		**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**
Bundesgebiet	**Gesamt**	184.418	114.350	118.762	123.714	146.423	188.109
	davon Frauen	96.189	59.743	57.610	59.781	70.702	
Alte Länder	**Gesamt**	121.239	76.157	81.379	84.554	100.413	130.105
	davon Frauen	65.489	40.792	39.936	41.282	48.780	
Neue Länder	**Gesamt**	63.178	38.193	37.383	39.160	46.010	58.004
	davon Frauen	30.700	18.951	17.673	18.498	21.422	

[1] Statistik der Bundesagentur für Arbeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, September 2009, einschließlich Reha-aMW; allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha derzeit nicht trennscharf berichtsfähig. Ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

[2] Statistik der Bundesagentur für Arbeit, FbW, vorläufige, hochgerechnete Werte (Stand Januar 2010).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Schaubild B3.1-1: **Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II[1] und SGB III von 1992 bis 2009[2]**

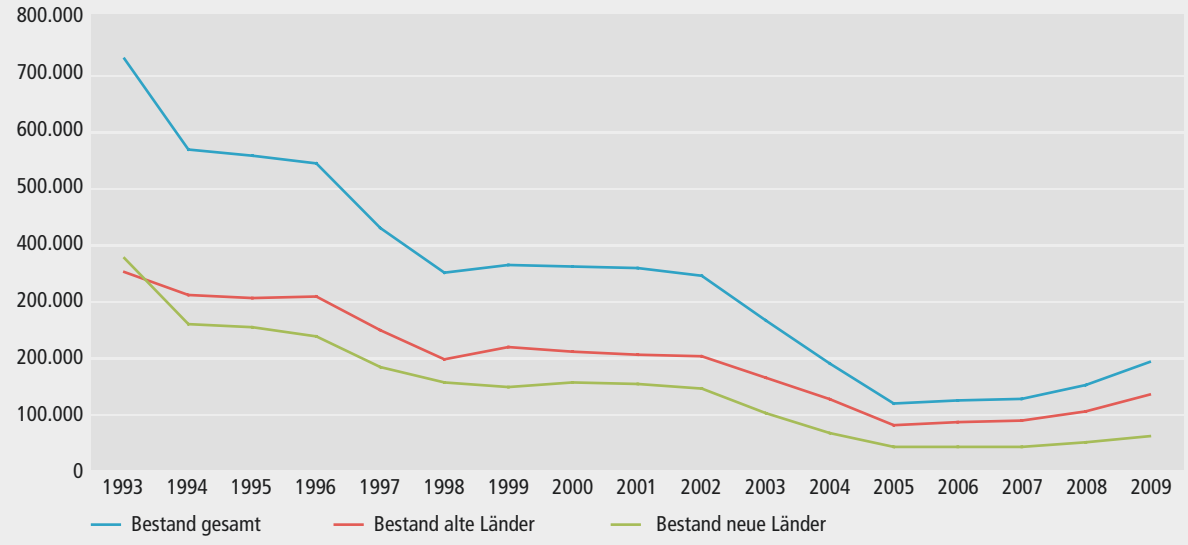


[1] SGB II ab 2005.

[2] Statistik der Bundesagentur für Arbeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, September 2009; ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkT). In 2008 einschließlich Reha-aMW; allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha derzeit nicht trennscharf berichtsfähig. Die Daten für 2009 sind vorläufige, hochgerechnete Werte (Datenstand: Januar 2010).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, Nürnberg 2010

Schaubild B3.1-2: **Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II (ab 2005) und SGB III von 1993 bis 2009**[1]



[1] Statistik der Bundesagentur für Arbeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, September 2009; ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkT). Einschließlich Reha-aMW; allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha derzeit nicht trennscharf berichtsfähig. Die Daten für 2009 sind vorläufige, hochgerechnete Werte (Datenstand: Januar 2010).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, Nürnberg 2010

erfolgte eine drastische Rückführung der Förderung insbesondere in den neuen Ländern im Vergleich zu 1992, was einen starken Rückgang zur Folge hatte (davon 600.000 Eintrittsrückgänge in den neuen Ländern). Geringere Haushaltsansätze und erhebliche Mittelbindungen aus dem Vorjahr für Neueintritte führten auch 1997 zu einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Durch Umsteuerung des Mitteleinsatzes im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktprogramme bis hin zu Leistungen, die begleitend im Rahmen einer Beschäftigung gewährt werden, wurden in 2003 Leistungen reduziert. Hinzu kam, dass innerhalb der Leistungen zur Verbesserung der Qualifikation verstärkt Trainingsmaßnahmen nach § 48 SGB III eingesetzt wurden. Dieser Rückgang setzte sich abgeschwächt noch bis zum Jahr 2005 fort. Ab 2006 erfolgt wieder eine verstärkte Förderung beruflicher Weiterbildung.

2008 gab es insgesamt 26.685 Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes (davon Frauen: 12.236). Bei den genannten Eintritten entfallen auf die alten Länder 18.060 (Frauen: 8.218), auf die neuen Länder 8.625 (Frauen: 4.018). Überwiegend sind die Teilnehmenden zwischen 25 und 40 Jahre alt. Vor Maßnahmeeintritt waren 19.610 Teilnehmer/-innen arbeitslos, darunter langzeitarbeitslos: 4.325. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine geringe Steigerung bei den aus vorheriger Arbeitslosigkeit Kommenden um 1,2%, der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den vorher arbeitslosen Teilnehmenden vor Eintritt ging gegenüber dem Vorjahr um 1,5% leicht zurück → **Tabelle B3.1-2**.

Insgesamt wurden im Jahr 2008 1,53 Mrd. € (2007: 1,37 Mrd. €) für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung an Gesamtausgabemitteln im Rechtskreis SGB III ausgegeben (Bundesagentur für Arbeit 2009a, S. 42). Die Ausgaben für die berufliche Weiterbildung im Rahmen der Eingliederungsleistungen nach SGB II lagen 2008 bei 670 Mio. € (Bundesagentur für Arbeit 2009d, S. 32).

Von den Austritten (kumuliert) im Zeitraum von März 2007 bis Januar 2008 waren 57,1% der Teilnehmer/-innen im Rechtskreis SGB III sechs Monate

Tabelle B3.1-2: **Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III und SGB II mit Abschluß eines anerkannten Ausbildungsberufes im Jahr 2008 nach ausgewählten Merkmalen**[1]

	2008[2]				
	Bundesgebiet	Westdeutschland	Anteil an Westdeutschland gesamt	Ostdeutschland	Anteil an Ostdeutschland gesamt
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Gesamt	**26.685**	**18.060**	**100,0**	**8.625**	**100,0**
Geschlecht					
davon Männer	14.449	9.842	54,5	4.607	53,4
davon Frauen	12.236	8.218	45,5	4.018	46,6
Alter					
davon unter 18 Jahre	59	48	0,3	11	0,1
davon 18 bis 19 Jahre	166	112	0,6	54	0,6
davon 20–24 Jahre	3.510	2.371	13,1	1.139	13,2
davon 25–29 Jahre	8.138	5.306	29,4	2.832	32,8
davon 30–34 Jahre	5.735	3.891	21,5	1.844	21,4
davon 35–39 Jahre	3.938	2.749	15,2	1.189	13,8
davon 40–44 Jahre	2.959	2.102	11,6	857	9,9
davon 45–49 Jahre	1.515	1.017	5,6	498	5,8
davon 50–54 Jahre	555	398	2,2	157	1,8
davon 55 Jahre und älter	110	66	0,4	44	0,5
Arbeitslosigkeit					
vorher arbeitslos	19.610	12.778	70,8	6.832	79,2
darunter langzeitarbeitslos	4.325	2.619	14,5	1.706	19,8

[1] Statistik der Bundesagentur für Arbeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, September 2009, ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

[2] Einschließlich Reha-aMW; allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha derzeit nicht trennscharf berichtsfähig.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

nach Ende der Maßnahme sozialversicherungspflichtig beschäftigt, von März 2008 bis Februar 2009 waren es 54 %.[295]

BA-Sonderprogramm WeGebAU (Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer/-innen in Unternehmen)

Das Sonderprogramm, mit 200 Mio. € erstmals 2006 aufgelegt, erfährt in 2008 seinen Durchbruch. Im Fokus des Programms steht eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und beschäftigten Älteren (ab dem 45. Lebensjahr) insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (mit weniger als 250 Beschäftigten), um ihnen zusätzlich Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erweitern. Das Programm richtet sich an Beschäftigte sowie an Arbeitslose bzw. Arbeitssuchende, die entweder gering qualifiziert oder älter sind.

Im Jahr 2008 waren im Sonderprogramm WeGebAU 61.982 Zugänge zu verzeichnen (2007: 29.100), eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 112 % (Bundesagentur für Arbeit 2009c). Von Januar bis Sep-

295 Einschließlich Reha-aMW; allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha derzeit nicht trennscharf berichtsfähig.

Tabelle B3.1-3: **Sonderprogramm „WeGebAU"– Zugang und Bestand 2007–2008**[1]

	Gesamt		Förderung beruflicher Weiterbildung		darunter:			
					Weiterbildungskosten		Arbeitsentgeltzuschuss zu beruflichen Weiterbildung Ungelernter	
	gesamt	weiblich	gesamt	weiblich	gesamt	weiblich	gesamt	weiblich
Zugang								
2007	29.100	8.163	14.573	4.034	4.115	1.755	14.527	4.129
2008	61.982	17.753	33.411	9.787	10.390	4.075	28.571	7.966
Bestand								
2007	4.138	1.440	1.960	719	564	305	2.178	721
2008	16.333	5.795	8.789	3.298	2.493	1.360	7.544	2.497

[1] Statistik der Bundesagentur für Arbeit, September 2009. Wird die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme sowohl mit der Übernahme der Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff. SGB III als auch mit der Gewährung eines Arbeitsentgeltzuschusses an den Arbeitgeber nach § 235c SGB III gefördert, wird sie hier je Förderung und damit doppelt ausgewiesen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik

tember 2009 erfolgten insgesamt 71.370 Zugänge. Im Jahresdurchschnittsbestand 2008 (16.333) beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 294,7 % (2007: 4.138). 33.411 der Zugänge in 2008 sind der Förderung beruflicher Weiterbildung zuzurechnen, darunter Weiterbildungskosten nach § 417 Abs. 1 SGB III für 10.390 und Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Ungelernter nach § 235c SGB III für 28.571 Zugänge → **Tabelle B3.1-3**.

Im Jahr 2008 betrug das Ausgabevolumen 167 Mio. €. Im ersten Halbjahr 2009 wurden bereits 148 Mio. € abgerufen (Bundesagentur für Arbeit 2009a).

Das Sonderprogramm bietet zwei Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung:

Förderung mit Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ)
Für die Qualifizierung ungelernter oder gering qualifizierter Arbeitnehmer/-innen erhält der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt sowie eine Pauschale zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuschüsse können bis zur Höhe des Betrages erbracht werden, der sich als anteiliges Arbeitsentgelt einschließlich des darauf entfallenden pauschalierten Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag für weiterbildungsbedingte Zeiten ohne Arbeitsleistung errechnet. Die Höhe des AEZ kann für Zeiten ohne Arbeitsleistung bis zu 100 % betragen (Rechtsgrundlage: § 235c SGB III).

Zuschüsse zu Weiterbildungskosten (WK)
Gering qualifizierten oder älteren Beschäftigten erstatten die Agenturen für Arbeit bzw. die JobCenter die Lehrgangskosten und geben einen Zuschuss zu den notwendigen übrigen Weiterbildungskosten. Voraussetzung ist, dass

- sie in einem Betrieb mit weniger als 250 Beschäftigten arbeiten,
- sie bei Beginn das 45. Lebensjahr vollendet haben,
- die Maßnahme außerhalb des Betriebes durchgeführt wird,
- Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen, und
- der Arbeitgeber während der Weiterbildung Arbeitsentgelt zahlt.

Die Arbeitnehmer/-innen erhalten von den Agenturen für Arbeit bzw. den JobCentern einen Bildungs-

gutschein. Damit können sie unter Weiterbildungsangeboten wählen, die für die Förderung zugelassen sind und die die vereinbarten Qualifizierungsziele einlösen können (Rechtsgrundlage: §§ 77 Abs. 2 SGB III, § 417 Abs. 1 SGB III).

Die Förderung nach §§ 235c und 77 Abs. 2 SGB III ist nicht begrenzt auf zum anerkannten Berufsabschluss führende Weiterbildungen; es können auch Personen gefördert werden, die lediglich eine Teilqualifikation erwerben.

Die von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von WeGebAU bundesweit akquirierten Weiterbildungsberater/-innen informieren über die Fördermöglichkeiten des Sonderprogramms, klären die Fördervoraussetzungen, stellen den Weiterbildungsbedarf fest und unterstützen Unternehmen bei der Organisation der Weiterbildung für die betroffenen Beschäftigten.

Im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) wurden die Förderungsmöglichkeiten zum 01.02.2009 um die Personengruppe der Arbeitnehmer/-innen erweitert, deren Berufsabschluss mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 2 Jahren mindestens 4 Jahre zurückliegt und die in den letzten 4 Jahren nicht an einer mit öffentlichen Mitteln geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben (Rechtsgrundlage: § 421t Abs. 4 SGB III).

Förderung beruflicher Weiterbildung während des Bezuges von Kurzarbeitergeld (KuG)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 18.12.2008 eine neue ESF-Förderrichtlinie erlassen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2009). Der Personenkreis der förderungsfähigen Teilnehmer/-innen an Qualifizierungsmaßnahmen, die Kurzarbeitergeld (KuG) beziehen, soll ausgeweitet werden. Neben den Transferkurzarbeitergeldbeziehern und -bezieherinnen sollen auch Bezieher/-innen von konjunkturellem und saisonalem Kurzarbeitergeld eine Förderung erhalten. Die Förderrichtlinie ist befristet bis 31.12.2010; bis dahin begonnene Maßnahmen können bis 30.06.2011 gefördert werden. Die Höhe der Förderung ist abhängig von der Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und dem förderungsfähigen Personenkreis.

Während einer Qualifizierung in der Kurzarbeit gibt es folgende Fördermöglichkeiten:

- FbW-Förderung für gering qualifizierte KuG-Bezieher/-innen: Gefördert werden Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff. SGB III ab 01.01.2009 für Bezieher/-innen ohne Berufsabschluss oder mit Berufsabschluss, aber mehr als vierjähriger an-/ungelernter Tätigkeit. Die Antragstellung erfolgt durch den/die Arbeitnehmer/-in. Eine Förderung erfolgt grundsätzlich im KuG-Zeitraum, bei längerer Maßnahmedauer ist eventuell eine Förderung nach WeGebAU möglich.
- Nach WeGebAU für beschäftigte Arbeitnehmer/-innen: Sollte während der Maßnahme Kurzarbeit beginnen, ist ggf. eine Förderung über ESF oder FbW möglich. Die Maßnahmen müssen für das Bildungsgutscheinverfahren zertifiziert sein. Die Förderung erfolgt durch die Übernahme der Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff./§ 417t evtl. i.V. m. § 235c SGB III.
- ESF-BA-Programm für qualifizierte KuG-Bezieher/-innen: Gefördert werden Weiterbildungskosten ab 01.01.2009 nach der ESF-Förderrichtlinie in der Fassung vom 10.03.2009. Die Antragstellung erfolgt durch den Arbeitgeber, die Maßnahmen müssen für das Bildungsgutscheinverfahren zertifiziert sein. Eine Förderung ist nur im KuG-Zeitraum möglich.

(Brigitte Seyfried)

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das seit 1996 existierende, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)[296] E – sog. „Meister-BAföG" – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen. Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierungen. Für die berufliche Fortbildung ist das AFBG ein umfassendes Förderinstrument in grundsätzlich allen Berufsbereichen – unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit/Teilzeit/schulisch/außerschulisch/mediengestützt/Fernunterricht). Bereits zum 1. Januar 2002 wurden mit dem 1. AFBG-Änderungsgesetz die Leistungen deutlich verbessert.

E 2. Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes

Durch das „Zweite Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (2. AFBGÄndG) zum 1. Juli 2009 hat das AFBG für Fortbildungswillige eine Vielzahl von weiteren Verbesserungen gebracht. Künftig werden Fortbildungen in der Altenpflege und die Aufstiegsfortbildung zum/zur Erzieher/-in finanziell vom Staat unterstützt. Fortbildungen im Bereich der ambulanten und stationären Altenpflege mit Aufstiegscharakter werden auch in dem Land gefördert, in dem keine landesrechtlichen Regelungen vorliegen, sofern bestätigt wird, dass die Fortbildung inhaltlich im Wesentlichen einer Fortbildungsregelung eines anderen Landes in diesem Bereich entspricht. Des Weiteren wird nunmehr eine und nicht mehr nur die erste Aufstiegsfortbildung gefördert. Eine selbst oder anderweitig finanzierte vorher absolvierte Aufstiegsfortbildung ist nicht mehr förderschädlich. Das Bestehen der Prüfung wird mit einer Senkung des Darlehensanteils an Lehrgangs- und Prüfungskosten von 25 % belohnt. Auch die unmittelbare Prüfungsvorbereitungsphase kann gefördert werden. Angehörige aus Nicht-EU-Staaten werden bei einer dauerhaften Bleibeperspektive gefördert. Bei der Einstellung einer neuen Mitarbeiterin bzw. eines neuen Mitarbeiters oder einer/eines Auszubildenden erhalten Existenzgründer einen Darlehenserlass in Höhe von 33 %. Bisher mussten mindestens zwei Personen eingestellt werden, um einen Teilerlass zu erhalten. Der Unterhaltsbetrag und der Betreuungszuschuss für Kinder werden erhöht.

Die Anforderungen an die Eignung der Träger wurden – auch zur Sicherheit für Fortbildungsinteressierte – erhöht, indem auch im AFBG von den Trägern der Maßnahme die Anwendung eines Qualitätssicherungssystems verlangt wird (für Maßnahmen ab dem 1. Juli 2010).

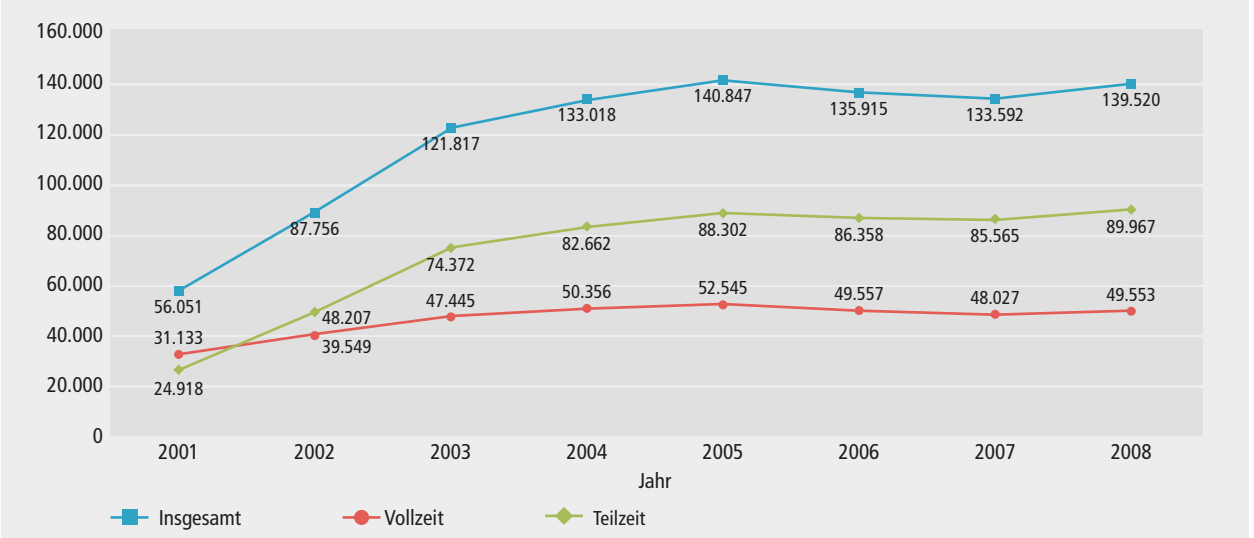
Nach der im Juli 2009 erschienenen AFBG-Bundesstatistik (Statistisches Bundesamt 2009) wurden im Jahr 2008 139.520 Personen gefördert. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung um 4,4 % festzustellen. 49.553 Geförderte (39,5 %) absolvierten eine Vollzeit- und 89.967 (64,5 %) eine Teilzeitmaßnahme → **Schaubild B3.2-1**. Bei den Vollzeitmaßnahmen lag der Frauenanteil bei 25,7 %, in Teilzeit bei 34,1 %. Der Frauenanteil an den insgesamt geförderten Personen (139.520) lag bei 31,1 % (43.391) → **Schaubild B3.2-2**. Knapp 82 % der Geförderten waren 20 bis unter 35 Jahre alt. Den größten Anteil stellten mit 35 % Teilnehmende von 25 bis unter 30 Jahre, danach folgten die 20- bis unter 25-Jährigen (22,7 %). An dritter Stelle findet sich die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen (15 %). Förderungen im Bereich Industrie und Handel nahmen mit 69.462 (48 %) die Spitzenposition ein, gefolgt vom Handwerksbereich mit 43.377 Förderbewilligungen (32,1 %).

An Förderleistungen wurden im Jahr 2008 insgesamt 381.658 Mio. € bewilligt (Statistisches Bundesamt 2009)[297]. Darin enthalten sind Zuschüsse in Höhe von 114.257 Mio. € und Darlehen mit 267.401 Mio. €. In Anspruch genommen wurden von 135.159 Förderungswilligen insgesamt 293.655 Mio. € (Zuschüsse 109.900 Mio. €, Darlehensanteil 183.755 Mio. €). Die Veränderungsrate beim finanziellen Aufwand gegenüber dem Vorjahr wird mit -7,2 % angegeben. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bewilligte in 2009 im Rahmen des AFBG Darlehen in Höhe von 242.309.249 €. Die Ausgaben nach § 28 AFBG,

296 **www.bmbf.de/pub/afbg.pdf** und **www.meister-bafoeg.info/de/36.php**.

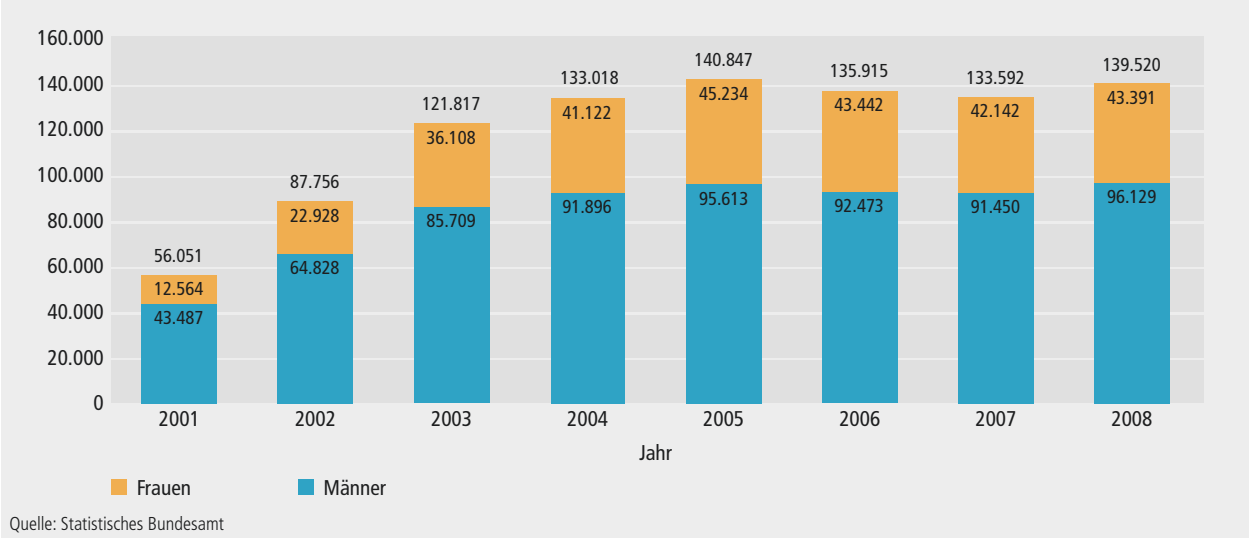
297 Siehe auch **www.bmbf.de/de/851.php**.

Schaubild B3.2-1: **Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2008**



Quelle: Statistisches Bundesamt

Schaubild B3.2-2: **Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2008**



Quelle: Statistisches Bundesamt

einschließlich der Erstattung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach § 14 Abs. 2, übernehmen der Bund zu 78% und die Länder zu 22%. Der Bundesanteil am AFBG wird vollständig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.

In den nächsten vier Jahren sollen ca. 272 Mio. € zusätzlich in die Aufstiegsfortbildung investiert werden. Hiervon trägt der Bund ca. 212 Mio. €, die Länder rund 60 Mio. €.[298]

(Brigitte Seyfried)

298 Frankfurter Rundschau (FR) vom 29./30.08.2008, S. 8.

B3.3 Begabtenförderung berufliche Bildung

Förderungsfähige Personen und förderfähige Maßnahmen

Die Begabtenförderung berufliche Bildung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung E bietet seit 1991 besonders leistungsfähigen jungen Berufstätigen mit einer dualen Berufsausbildung und seit 1999 auch Absolventinnen und Absolventen bundesgesetzlich geregelter Fachberufe im Gesundheitswesen einen finanziellen Anreiz zur Weiterbildung. Das Programm versteht sich als Pendant zur Begabtenförderung im Hochschulbereich (Studienförderung) und soll zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung beitragen. Ein Ziel der Förderung ist, die Stipendiatinnen und Stipendiaten schon zu Beginn ihres Berufslebens mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass mit dem erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung die berufliche Qualifizierung nicht beendet ist, sondern Berufserfolg und berufliche Karriere die kontinuierliche Pflege einmal erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten voraussetzt und Kompetenzerweiterung durch regelmäßige Weiterbildung unentbehrlicher Bestandteil der beruflichen Zukunftsplanung sein sollte.

Voraussetzung für eine Aufnahme in die Begabtenförderung berufliche Bildung ist der Nachweis einer überdurchschnittlichen beruflichen Qualifizierung durch

- das Ergebnis der Berufsabschlussprüfung mit mindestens 87 Punkten oder besser als „gut“ oder
- die besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder
- den begründeten Vorschlag eines Betriebes oder der Berufsschule.

Die Regelförderdauer beträgt 3 Kalenderjahre, der Förderhöchstbetrag beläuft sich auf 5.100 €. Förderfähig sind

- anspruchsvolle Maßnahmen zum Erwerb beruflicher Qualifikationen,
- die Vorbereitung auf Prüfungen der beruflichen Aufstiegsfortbildung,
- die Teilnahme an anspruchsvollen Bildungsmaßnahmen, die der Entwicklung fachübergreifender und allgemeiner beruflicher oder sozialer Kompetenzen oder der Persönlichkeitsbildung dienen, und seit 2008
- berufsbegleitende Studiengänge, die auf Ausbildung oder Berufstätigkeit der Stipendiatin/des Stipendiaten fachlich/inhaltlich aufbauen.

Die Begleitforschung zum Förderprogramm führt Adressatenanalysen (Stipendiatenstrukturanalysen) durch und kann kontinuierlich Auskunft darüber geben, wen die Begabtenförderung erreicht und ob die sektorale, soziale sowie regionale Zusammensetzung der Geförderten mit den Zielsetzungen des Programms übereinstimmt. In einem zweiten Untersuchungsschwerpunkt werden die Lernthemen analysiert, die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung berufliche Bildung einerseits in einem bestimmten Programmjahr und andererseits während des gesamten Förderzeitraums wählen (Maßnahmenanalysen).

E Angaben zur Begabtenförderung berufliche Bildung

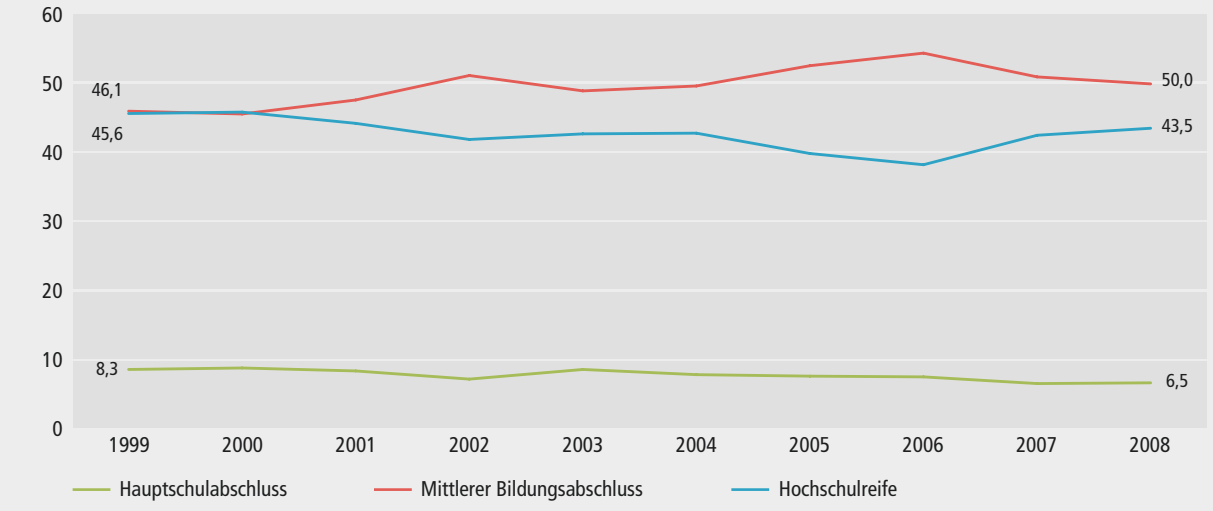
Grundlage für die Analysen zur Stipendiatenstruktur sind jedes Jahr die Stammblätter von neu in die Förderung aufgenommenen Personen (2008: n = 5.991). Diese geben Auskunft über den erlernten Beruf und Ausbildungsbereich, die schulische Vorbildung, das Geschlecht, die Staatsangehörigkeit und die Länderzugehörigkeit der Neustipendiatinnen und -stipendiaten. Die Maßnahmenanalysen basieren auf den jährlichen Förderanträgen (2008: n = 10.673). Diesen sind die Themen der Kurse, für die Fördermittel beantragt werden, zu entnehmen, ferner die Bildungsträger, die Veranstaltungsorte (Inland/Ausland), die zeitliche Dauer und die Kosten einer Maßnahme.

Ausgewählte Untersuchungsergebnisse

→ Wer wird gefördert?

Im Jahr 2008 gelangten 5.991 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus 225 dualen Ausbildungsberufen und aus 16 bundesgesetzlich geregelten Fachberufen im Gesundheitswesen neu in die Begabtenförde-

Schaubild B3.3-1: **Schulische Vorbildung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Aufnahmejahrgänge 1999 bis 2008 (in %)**



Quelle: Stammblätter für Stipendiatinnen/Stipendiaten

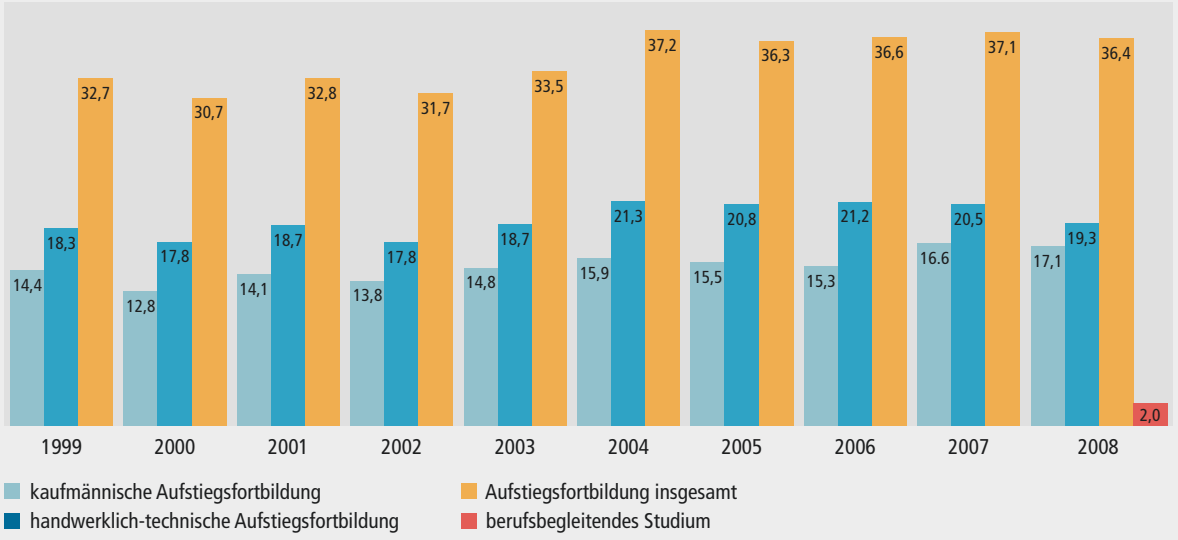
rung.[299] Von allen 348 dualen Ausbildungsberufen (Stand Oktober 2008) sind damit zwar nur knapp zwei Drittel im Förderprogramm vertreten. Allerdings haben 96,6 % der erfolgreichen Prüfungsteilnehmer/-innen des Jahres 2006 einen dieser 225 Berufe erlernt.[300] Nur 17 der im Jahr 2008 nicht in der Begabtenförderung vorkommenden dualen Ausbildungsberufe hatten 2006 mehr als 200, 82 Ausbildungsberufe hingegen weniger als 50 Absolventinnen und Absolventen. Bei den meisten der im Jahr 2008 nicht im Förderprogramm erscheinenden Berufe handelt es sich also um sogenannte Splitterberufe. Aus 16 von 17 förderfähigen bundesgesetzlich geregelten Fachberufen im Gesundheitswesen wurden im Jahr 2008 – in unterschiedlicher Stärke – Stipendiatinnen und Stipendiaten für die Begabtenförderung rekrutiert.

Frauen waren – bezogen auf ihren Anteil bei den erfolgreichen Prüfungsteilnehmenden – in der Begabtenförderung bisher meist überrepräsentiert. Von den 2008 Aufgenommenen waren insgesamt 52,8 % weiblich, von den Absolventen 2006 (mit einer dualen Berufsausbildung und einem Gesundheitsfachberuf zusammengenommen) jedoch nur 46,3 %. Dieses Verhältnis variiert zwischen den Ausbildungsbereichen. So sind etwa in Industrie und Handel mit 51,1 % gut die Hälfte der Neuaufnahmen weiblich, bei den erfolgreichen Prüfungsteilnehmenden 2006 aber nur 41,5 %; im Handwerk steht einer Frauenquote von 33,2 % bei den in 2008 erstmals Geförderten eine solche von nur 24,2 % bei den Ausbildungsabsolventen des Vorvorjahres gegenüber. Die allgemeinbildenden Schulabschlüsse der 2008 in die Begabtenförderung aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten sind kein Spiegelbild der schulischen Vorbildung aller Ausbildungsanfänger/-innen des Jahres 2006. Von den Neuaufnahmen 2008 mit einer dualen Berufsausbildung verfügten 6,5 % über einen Hauptschulabschluss,

299 2009 wurden, einer Mitteilung der Stiftung Begabtenförderungswerk beruflicher Bildung zufolge, die das Förderprogramm durchführt, 6.084 Stipendien vergeben. Seit Programmbeginn 1991 sind damit über 84.000 junge Berufstätige in die Begabtenförderung berufliche Bildung aufgenommen worden. Den aufnehmenden Kammern und anderen für die Berufsbildung zuständigen Stellen sind dafür Bundesmittel in Höhe von knapp 250 Mio. € zur Verfügung gestellt worden, in 2009 allein 18,63 Mio. €.

300 Die Ergebnisse von Sozialstrukturanalysen der Neuaufnahmen 2008 in die Begabtenförderung berufliche Bildung werden ausnahmsweise nicht mit Sozialstrukturdaten von erfolgreichen Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmern des Vorjahres, also des Jahres 2007, verglichen. Wegen der Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregat- auf eine Individualstatistik wurden vom Statistischen Bundesamt für 2007 keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht. Vergleichswerte müssen daher aus 2006 herangezogen werden.

Schaubild B3.3-2: **Aufstiegsfortbildung 1999 bis 2008 und berufsbegleitendes Studium 2008 (in %)**



Quelle: Stammblätter für Stipendiatinnen/Stipendiaten

von den Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern 2006 jedoch 32,3%. 50,0% der Neustipendiatinnen und -stipendiaten hatten einen mittleren Bildungsabschluss erworben, in der Bezugsgruppe 45,7%. Über eine (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung schließlich verfügten von den 2008 in die Förderung Aufgenommenen 43,5%, von allen Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr 2006 jedoch nur 15,9%. Hauptschulabsolventinnen und -absolventen sind in der Förderung schon immer ebenso stark unterrepräsentiert, wie die Gruppe der Hochschulzugangsberechtigten überrepräsentiert ist → **Schaubild B3.3-1**.

→ Was wird gefördert?

Fast zwei Drittel aller im Jahr 2008 beantragten Maßnahmen konzentrierten sich auf drei Themenbereiche: handwerklich-technische und kaufmännische Weiterbildungen sowie Lehrgänge zum Thema Gesundheitswesen. Es folgten Sprachkurse (überwiegend im muttersprachlichen Ausland). Informationstechnische Themen (EDV, Internet, Multimedia) lagen wie im Vorjahr hinter Lehrgängen im Bereich Planung, Organisation und Leitung auf dem sechsten Platz.
Das Weiterbildungsverhalten in der Begabtenförderung unterscheidet sich beträchtlich zwischen den Geschlechtern und Bildungsgruppen (allerdings ist auch die *Berufswahl* vom Geschlecht und der schulischen Vorbildung beeinflusst).

- Stipendiaten wählen häufiger Lehrgänge mit handwerklich-technischen Themen sowie zu neuen Informations- und Kommunikationstechniken; Stipendiatinnen wiederum sind führend bei Lernthemen aus dem Bereich des Gesundheitswesens und bei Sprachkursen.
- Geförderte mit Hauptschulabschluss bevorzugen Maßnahmen handwerklich-technischen Inhalts. Hochschulzugangsberechtigte Stipendiatinnen und Stipendiaten favorisieren dafür Weiterbildungsthemen aus dem kaufmännischen, fremdsprachlichen und Gesundheitsbereich.

Der Anteil der Aufstiegsfortbildung *insgesamt* ist 2008 gegenüber dem Vorjahr minimal – von 37,1% auf 36,4% aller beantragten Kurse – zurückgegangen. Allerdings sind bei handwerklich-technischer und kaufmännischer Aufstiegsfortbildung diesbezüglich tendenziell konträre Verläufe zu beobachten → **Schaubild B3.3-2**.

Neu im Ensemble förderfähiger Maßnahmen waren 2008 berufsbegleitende Studiengänge. 2 % aller Anträge bezogen sich auf diese Weiterbildungsvariante. Unter diesen wurden mit einem Anteil von zwei Fünftel am häufigsten betriebswirtschaftliche Fächer gewählt, gefolgt von technischen Fachrichtungen (ein Fünftel). Bei den angestrebten Abschlüssen dominiert der Bachelor (67 %). Über vier Fünftel der Anträge auf finanzielle Unterstützung eines Studiums neben dem Beruf stammen von Stipendiatinnen und Stipendiaten mit einem Dienstleistungsberuf. Ein berufsbegleitendes Studium im Rahmen der Begabtenförderung wurde im Jahr 2008 fast ausschließlich von jungen Berufstätigen mit (Fach-) Hochschulreife nachgefragt. Nur 7 % der Antragsteller/-innen verfügten nicht über eine schulisch erworbene Hochschulzugangsberechtigung.

(Richard Fauser, Forschungsstelle für Informationstechnische Bildung, Konstanz)

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Für den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen gibt es grundsätzlich zwei Zugangswege: Die Zulassung zur Prüfung kann im Rahmen einer Umschulung (§§ 58 ff. BBiG, § 42e bis 42i HwO) oder über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (sogenannte Externenprüfung) erfolgen.

Mit **Umschulungen** werden Erwerbstätige, die ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen oder wollen, auf eine neue berufliche Tätigkeit vorbereitet. Geförderte Umschulungen sind im Vergleich zur Regelausbildung im Allgemeinen mindestens um ein Drittel der Ausbildungszeit gekürzt.

Die sogenannte **Externenprüfung** richtet sich hingegen insbesondere an Personen, die für einen Beruf, in dem sie tätig sind, ein anerkanntes Zertifikat erwerben wollen. Auf die Teilnahme an der Abschlussprüfung können sich extern zugelassene Teilnehmende auf unterschiedliche Arten vorbereiten: Sie können sich die benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten parallel zu ihrer Berufstätigkeit autodidaktisch aneignen, dabei auf betriebliche Weiterbildungsangebote zurückgreifen oder sich in einem speziellen Kurs auf die Prüfungsteilnahme vorbereiten. Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Externenprüfung werden von der Bundesagentur für Arbeit in der Regel in einem zeitlichen Umfang von sechs Monaten gefördert.

Weil eine große Anzahl junger Menschen bis im Alter von Mitte zwanzig noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben → **vgl. Kapitel A8** und die Einmündungs- und Erfolgsaussichten bei – gegenüber der normalen Ausbildungszeit verkürzten – Umschulungen für Personen mit schwierigen Bildungsverläufen gering sind, wurde Mitte der 90er-Jahre das Konzept der abschlussorientierten **Nachqualifizierung** entwickelt. Darunter werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses vorbereiten und die sich insbesondere an Personen richten, deren berufliche Integration durch das Fehlen beruflicher Qualifikationen erschwert ist. Das Konzept der ab-

schlussorientierten Nachqualifizierung sieht eine Qualifizierung vor, die, wie in der dualen Ausbildung, Arbeiten und Lernen verknüpft und deren Dauer sich an der Ausbildungszeit orientiert. Durch einen modularen Aufbau soll es in der Nachqualifizierung auch möglich sein, erworbene Kompetenzen, z. B. aus Arbeitserfahrung oder absolvierten Qualifizierungen des sogenannten Übergangssystems oder aus abgebrochenen Ausbildungen, zu berücksichtigen. Der Berufsabschluss wird dabei im Allgemeinen über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (sogenannte Externenprüfung) erreicht. Die Datenlage E bezüglich des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses ist sowohl heterogen als auch unvollständig.

E Datenlage zu abschlussorientierten Nachqualifizierungen

Erfasst wird die jährliche Anzahl der externen Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in nach BBiG geordneten Berufen → **vgl. Kapitel A5.6**. Die Anzahl der externen Prüfungszulassungen nach § 37 Abs. 2 HwO ist nicht bekannt. Die Daten zu externen Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmern enthalten weder Angaben zur Vorbildung der extern zugelassenen Personen noch darüber, wie sie sich auf die Prüfungsteilnahme vorbereitet haben und inwieweit sie beruflich integriert sind.

Die Teilnahmestatistik der Bundesagentur für Arbeit → **vgl. Kapitel B3.1** weist Zugänge und Jahresdurchschnittsbestände für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes aus. Darin sind Umschulungen und Vorbereitungen auf die Externenprüfung und abschlussbezogene Nachqualifizierungen zusammengefasst. Diese Daten liegen nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Rechtskreis differenziert vor.

Abschlussorientierte Nachqualifizierungen gemäß der oben genannten Definition stellen eine nicht näher zu quantifizierende Teilmenge der Teilnehmenden an der Externenprüfung (zzgl. Berufe nach landesrechtlichen Regelungen) und der Förderzahlen abschlussorientierter Maßnahmen der BA dar.

Ansätze zur Förderung abschlussorientierter Nachqualifizierung

Zurzeit gibt es sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Programme zur abschlussorientierten Nachqualifizierung.

- Das von BMBF mit der Laufzeit 2008–2012 aufgelegte Programm „**Perspektive Berufsabschluss**“ zielt in der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ darauf, nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung zu schaffen und damit zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beizutragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt und Beratungs- und Unterstützungsstrukturen aufgebaut (vgl. Knoll/Schweigard 2008).
- Eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine ist Ziel des ebenfalls vom BMBF geförderten Programms **JOBSTARTER CONNECT**[301] (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel C und → **Kapitel D1**). Der Fokus des Programms liegt auf den Teilsystemen der beruflichen Bildung im Übergang zwischen Schule und Beruf. Mit bundeseinheitlichen Ausbildungsbausteinen sollen die unterschiedlichen Möglichkeiten des „Übergangssystems“ stärker auf die duale Berufsausbildung ausgerichtet werden. Einer der vier Anwendungsbereiche zur Erprobung der Ausbildungsbausteine ist die Nachqualifizierung.
- Für gering qualifizierte Beschäftigte können Maßnahmen, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses zielen, aus dem BA-Sonderprogramm **WeGebAU** (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) finanziert werden → **vgl. Kapitel B3.1**.

301 Für weitere Informationen siehe: **www.jobstarter.de/de/1208.php**.

- Einige **Länder** haben in ihren operationellen Programmen zum Europäischen Sozialfonds ebenfalls Mittel für Nachqualifizierungen bereitgestellt. Zu nennen ist hier insbesondere das sächsische Qualifizierungsprogramm QAB für Arbeitslose ohne Berufsabschluss. Die Teilnehmenden werden im Rahmen des Programms durch eine modulare Qualifizierung – aufbauend auf den bereits vorhandenen Kompetenzen – zu einem anerkannten Berufsabschluss geführt. Circa 3.000 Teilnehmer befanden sich 2008 in Qualifizierung (Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, S. 53).

(Katrin Gutschow)

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung

→ **Tabelle B3.5-1** dokumentiert die Ausgaben aus öffentlichen Haushalten für Weiterbildung in den Jahren 2006 bis 2009. Der größte Teil der Aufwendungen steht in Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung, aber auch die Ausgaben für Maßnahmen der allgemeinen, politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Weiterbildung sind erfasst. Dies geschieht in erster Linie, weil sie nicht immer eindeutig von den Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung getrennt werden können. Mit Blick auf den hohen Stellwert, den das Konzept des „lebensbegleitenden Lernens" in der politischen Diskussion einnimmt, scheint diese weite Abgrenzung der öffentlichen Weiterbildungsausgaben aber auch auf den Informationsbedarf besser zugeschnitten zu sein.

Der Bund beteiligt sich an der Weiterbildungsfinanzierung durch die Förderprogramme verschiedener Ministerien. Diese werden prinzipiell in der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zusammengefasst. Die Funktionskennziffer gemäß Funktionenplan nach § 14 BHO kennzeichnet in den Haushalten der Ministerien diejenigen Titel, welche dort dem Bereich der Weiterbildungsförderung zugerechnet werden. Allerdings stehen einige dieser Titel schwerpunktmäßig in Zusammenhang mit dem allgemeinen oder tertiären Bildungswesen bzw. enthalten auch Ausgaben für Programme, die einen stärkeren Bezug zur Förderung der beruflichen Ausbildung aufweisen → **vgl. Kapitel A9.2**.[302] Umgekehrt können Haushaltspositionen, die laut Funktionskennziffer eigentlich nicht den Weiterbildungsausgaben zugeordnet werden, dennoch der Weiterbildung zuzurechnen sein. Dies betrifft etwa den Haushaltstitel „Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und die Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie

302 Dabei handelt es sich um folgende Haushaltstitel: Tit. 3002 685 11 – 151 „Leistungswettbewerbe und Preise für wissenschaftliche Nachwuchskräfte", Tit. 3002 685 41 – 151 „Stärkung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens", Tit. 3002 687 73 – 153 „Beitrag und Aufwendungsersatz an den Verein „Villa Vigoni e.V.", Tit. 3002 893 20 – 153 „Überbetriebliche Berufsbildungsstätten", Tit. 3002 632 02 – 153 „Sonderprogramme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern und Berlin", Tit. 3002 685 21 – 153 „Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung", Tit. 0902 686 62 – 153 „Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk".

die speziellen Maßnahmen für Jüngere des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bereich des SGB II. Daher greift → **Tabelle B3.5-1** nicht auf die Jahresrechnungsstatistik zurück, sondern weist die eindeutig der Weiterbildung zuzurechnenden Förderprogramme bzw. Haushaltstitel aus.

Ähnlich wie der Bund sind auch die Länder durch Programme verschiedener Ministerien an der Weiterbildungsförderung beteiligt. Da eine Erhebung aller entsprechenden Programme bei den Ministerien der Länder sehr aufwendig wäre und wenig Gewinn an Genauigkeit verspricht, wird in diesem Punkt für → **Tabelle B3.5-1** die Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes herangezogen. Allerdings sind dort – wie zuvor beschrieben – die Länderprogramme nur dann enthalten, wenn sie per Funktionskennziffer explizit dem Bereich Weiterbildung des Funktionenplans zugeordnet sind. Viele Programme mit Weiterbildungsbezug zählen jedoch in der Jahresrechnungsstatistik zum Bereich Arbeitsmarktpolitik, weswegen der tatsächliche Beitrag der Länder zur Weiterbildungsförderung vermutlich unterschätzt wird.

Weiterhin finanzieren die Länder Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung und andere Einrichtungen der Weiterbildung. Die entsprechenden Ausgaben können ebenfalls der Jahresrechnungsstatistik entnommen werden. Da die Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist bei der Nutzung der Jahresrechnungsstatistik das Konzept der Grundmittel dem der Nettoausgaben vorzuziehen. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand – wie etwa Teilnehmergebühren bei Volkshochschulkursen – verrechnet.

Die Ausgaben der Volkshochschulen (VHS) können nur schwer nach beruflicher und nicht beruflicher Weiterbildung differenziert werden. Näherungsweise wurde der Anteil des VHS-Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ aus den Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für Volkshochschulen sowie dem Anteil des Programmbereichs am Gesamtvolumen der unterrichteten Stunden geschätzt. Weitere Programmbereiche sind „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“. Auch hier werden aber teilweise berufsrelevante Qualifikationen vermittelt.

Darüber hinaus sind die Länder an der AFBG-Förderung beteiligt. Ihr Anteil ist gesetzlich auf 22 % festgelegt und kann aus den Angaben im Haushalt des BMBF berechnet werden, welches den gesamten Bundesanteil von 78 % trägt.

Die gesammelten Ausgaben der Hochschulen für Weiterbildung sind bei den Länderausgaben nicht berücksichtigt. Eine vom BMBF geförderte Studie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Kosten durch Teilnahmeentgelte gedeckt wird (siehe Hanft/Knust 2007).

Die Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist aufgrund einer Verschlechterung ihrer arbeitsmarktpolitischen Handlungsspielräume seit 2001 stark rückläufig. Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) im Rechtskreis des SGB III zählen die Kosten der Weiterbildung, Unterhaltsgeld sowie Teilunterhaltsgeld, Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung, Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung sowie Einstellungszuschüsse bei Vertretung. Auch das Sonderprogramm „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU) sowie weiterbildungsbezogene Teile des Integrationsfortschrittsprogramms für Betreuungskunden sind in den Angaben erfasst. Hinzuzurechnen sind teilweise die Leistungen für Menschen mit Behinderung. Die genaue Zuordnung ist jedoch laut Angaben der BA lediglich bei einem kleinen Volumen möglich. Der größte Teil der Leistungen für Menschen mit Behinderung kann nicht auf Erstausbildung oder Weiterbildung aufgeteilt werden. Neben der Aus- und Weiterbildungsförderung im Rechtskreis des SGB III ist die BA auch für die Durchführung der durch das BMAS finanzierten Maßnahmen im Rechtskreis des SGB II zuständig. Das Kriterium für die Förderung nach SGB II ist eine Phase der Arbeitslosigkeit, die länger als ein Jahr andauert, deshalb finden sich im Rechtskreis SGB III ähnliche berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung und Jüngere wie im Rechtskreis SGB II.

Tabelle B3.5-1: **Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung**

	2001	2006	2007	2008	2009	Enthält Ausbildungsausgaben
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
BMBF[1]						
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,005	0,005	0,007	X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,037	0,035	0,054	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,026	0,028	0,029	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,016	0,019	0,025	X
Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung gemäß AFBG	0,045	0,122	0,120	0,122	0,151	
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	k.A.	0,036	0,035	0,040	0,037	
BMWi[1]						
Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen	0,027	0,023	0,035	0,024	0,028	
BMAS[1]						
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II[2]						X
– Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung für behinderte Menschen	k.A.	0,022	0,023	0,026	k.A.	
– Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,076	0,077	k.A.	
Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II[2]	k.A.	k.A.	0,504	0,670	k.A.	X
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung ungelernter und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer (AEZ-WB)	k.A.	k.A.	0,000	0,001	k.A.	X
Länder[3]						
Fachschulen[4]	k.A.	0,510	0,498	0,495	0,519	X
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	0,013	0,034	0,034	0,034	0,043	
Förderung der Weiterbildung[5]	0,126	0,088	0,067	0,058	0,061	X
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	0,306	0,187	0,175	0,179	0,236	X
Einrichtungen der Lehrerfortbildung	0,130	0,097	0,088	0,081	0,085	
Volkshochschulen	0,176	0,139	0,137	0,139	0,141	
Davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf"[6]	0,038	0,022	0,021	0,021	k.A.	
Gemeinden und Zweckverbände[3]						
Förderung der Weiterbildung[5]	0,053	–	–	–	–	X
Volkshochschulen	0,229	0,213	0,219	0,230	0,241	
Davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf"[6]	0,050	0,033	0,034	0,034	k.A.	
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	–	0,046	0,047	0,049	0,051	X
Bundesagentur für Arbeit[2]						
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte						
– für Weiterbildungsmaßnahmen	k.A.	0,272	0,179	0,163	0,169	
– nicht auf berufliche Erstausbildung oder Weiterbildung aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,690	1,822	1,892	X
Förderung der beruflichen Weiterbildung[7]	6,982	1,341	1,413	1,618	2,584	
Davon: Weiterbildungskosten	k.A.	0,527	0,619	0,788	1,262	
Davon: Unterhaltsgeld und Teilunterhaltsgeld	k.A.	0,083	0,014	0,001	–	
Davon: Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	k.A.	0,714	0,748	0,739	1,136	
Davon: Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	k.A.	0,014	0,029	0,088	0,182	
Davon: Einstellungszuschüsse bei Vertretung	k.A.	0,004	0,003	0,004	0,002	
Davon: Beauftragung externer Weiterbildungsberater (i. R. v. WeGebAU – Projektförderung nach § 10 SGB III)	–	–	–	0,007	0,003	
Institutionelle Förderung[8]	0,044	0,004	0,002	0,000	0,001	X

[1] Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2008. Haushaltsansätze für 2009.

[2] Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

[3] Ist-Werte für 2001 und 2006. Vorläufige Ist-Werte für 2007 und 2008, Haushaltsansätze für 2009.

[4] Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 bis 2008: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie vorläufige Ist-Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2009: Schülerzahlen des Schuljahres 2008/09 sowie Soll-Ausgaben für die beruflichen Schulen.

[5] Die Jahresrechnungsstatistik des StaBA weist unter den Weiterbildungsausgaben auch Ausgaben für Programme aus, welche zu großen Teilen der Förderung der Ausbildung dienen können.

[6] Geschätzt auf Grundlage des Anteils des Programmbereichs „Arbeit – Beruf" am Gesamtvolumen der Unterrichtsstunden (2006: 15,7 %, 2007: 15,5 %, 2008: 14,9 %).

[7] Enthalten sind Teile des Integrationsfortschrittsprogramms sowie das Sonderprogramm WeGebAU.

[8] Die institutionelle Förderung beinhaltet z. B. Zuschüsse für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen sowie Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder der beruflichen Rehabilitation.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne
Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen
Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG
Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH
Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben im Rechtskreis SGB II
Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschulstatistik
sowie Auskünfte des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit im Januar 2010

Die von Bundesministerien, Bundesagentur für Arbeit und Ländern bereitgestellten Mittel werden in einigen Fällen durch EU-Mittel ergänzt. Die entsprechenden Programme werden durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Je nach Zielgebiet liegt der Kofinanzierungssatz bei bis zu 50% oder 75%. In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen insgesamt ca. 9,4 Mrd. € für Bund und Länder zur Verfügung. Allerdings ist laut ESF derzeit keine Auskunft darüber möglich, in welcher Höhe in den einzelnen Jahren tatsächlich Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung aus ESF-Mitteln getätigt wurden. Die unter Prioritätsachse B der Programmstruktur zu subsumierenden Ausgaben dienen fast vollständig der Weiterbildung.[303] Über die gesamte Förderperiode stehen Bund und Ländern hierfür insgesamt 2,84 Mrd. € zur Verfügung. Aber auch die übrigen Prioritätsachsen können Ausgaben mit Bezug zur beruflichen Aus- und Weiterbildung enthalten, sodass sich die jährlich der Aus- und Weiterbildung zugutekommenden ESF-Mittel größenordnungsmäßig zwischen 0,5 und 1 Mrd. € bewegen dürften. Die ESF-Mittel für Weiterbildung dürfen den in Tabelle B3.5-1 aufgeführten aber nicht in voller Höhe zugeschlagen werden, da sie in den Haushaltstiteln der Ministerien bereits berücksichtigt sein können. Nicht alle Ministerien weisen die verwendeten ESF-Mittel separat aus. Eine Aussage darüber, wie stark sich der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand durch ESF-Zuschüsse im Vergleich zur Tabelle B3.5-1 noch erhöht, ist daher nicht ohne Weiteres möglich.

(Normann Müller)

B4 Fortbildungsordnungen

B4.1 Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung

Rechtsgrundlagen für Fortbildungs- und Umschulungsregelungen E sind das Berufsbildungsgesetz (BBiG), die Handwerksordnung (HwO), das Seemannsgesetz[304] und das Bundesbeamtengesetz.

E Fortbildungsordnungen

In Fortbildungsordnungen werden das Berufsbild und die Prüfungsanforderungen definiert. Dazu werden Rechtsverordnungen erlassen, in denen die Anforderungen festgelegt werden, die durch die Absolvierung von Prüfungen zu einem staatlich anerkannten Fortbildungsberuf führen. BBiG und HwO bestimmen außerdem, was in Fortbildungsordnungen festzulegen ist (§ 53 Abs. 2 BBiG bzw. § 42 Abs. 2 HwO):

- die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
- das Ziel, den Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
- die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren.

Insgesamt gibt es **203** Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung (Stand: 01.10.2008). Es sind folgende bundesweit geltende Regelungen zu unterscheiden (Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2009):

- 90 Rechtsverordnungen bei handwerklichen Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-1 Internet**
- 14 fortgeltende[305] Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-2 Internet**
- 44 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen → **Tabelle B4.1-3 Internet**
- 54 Regelungen zur beruflichen Fortbildung → **Tabelle B4.1-4 Internet**
- 1 Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung → **Tabelle B4.1-5 Internet**

Die Tabellen sind zugänglich unter: **www.bibb.de/datenreport2010**.

303 A: Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, B: Verbesserung des Humankapitals, C: Beschäftigung und soziale Integration, D: technische Hilfe, E: transnationale Maßnahmen

304 Es liegen keine Regelungen vor.

305 Diese Regelungen gelten fort, da sie vor Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 1969 erlassen wurden.

In den Jahren 2005 bis 2008 wurden insgesamt 52 Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen.

25 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung (HwO) wurden modernisiert, jeweils 5 weitere Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung wurden neu geschaffen bzw. modernisiert. Von 17 weiteren Regelungen zur beruflichen Fortbildung, bei denen es sich nicht um Meisterprüfungen handelt, waren 12 neu und 5 wurden modernisiert.

Weitere Regelungen

Regelungen der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung

Falls das zuständige Bundesministerium berufliche Fortbildungsmaßnahmen durch Rechtsverordnungen nicht regelt, haben die zuständigen Stellen nach § 54 BBiG bzw. § 42a HwO die Möglichkeit, Rechtsvorschriften für Fortbildungsprüfungen zu erlassen. Rechtsvorschriften für Umschulungsprüfungen können die zuständigen Stellen nach § 59 BBiG bzw. § 42f HwO erlassen, falls das zuständige Bundesministerium berufliche Umschulungsmaßnahmen durch Rechtsverordnungen nach § 58 BBiG bzw. § 42e HwO nicht regelt.

Insgesamt gibt es **3.020** Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu **688** Fortbildungsberufen. **37** Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu **23** Umschulungsregelungen wurden erlassen.

Landesrechtliche Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen

Wie die Ausbildung in den Berufen im Gesundheitswesen wird auch die Weiterbildung überwiegend in berufsbildenden Schulen durchgeführt, die den Schulgesetzen der Bundesländer unterstehen (§ 3 Abs. 1 BBiG), oder unterliegt bundesgesetzlichen Regelungen, die nach § 105 BBiG unberührt bleiben. Es gibt **210** landesrechtliche Regelungen für **152** Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen.

(Anna Maria Kuppe, Joachim von Hagen)

B4.2 Neuere strukturelle Entwicklungen

Die Schaffung neuer Fortbildungsordnungen gehört zu den wichtigen Aufgaben der Berufsbildungspolitik. Mit den Fortbildungsordnungen sollen nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichsten Ebenen erschlossen werden. Abschlüsse als Meister, Fachwirte und Fachkaufleute befähigen dazu, in den Betrieben gehobene Sach- und Führungsaufgaben wahrzunehmen (2. Ebene). Die Abschlüsse der sogenannten 3. Fortbildungsebene sollen auch eine Alternative zu einem Hochschulstudium darstellen.

Bundeseinheitliche Fortbildungsordnungen sind darüber hinaus ein wichtiges Indiz für die Durchlässigkeit und Transparenz im berufsbildenden Bereich. Nachfolgend werden ausgewählte Verordnungen vorgestellt.

Meister/Meisterin für Veranstaltungstechnik

Nach Inkrafttreten der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfter Meister für Veranstaltungstechnik/Geprüfte Meisterin für Veranstaltungstechnik[306] gilt auch noch die im Juli 2002[307] novellierte Verordnung Meister/Meisterin für Veranstaltungstechnik[308] mit fachrichtungsspezifischer Ausrichtung in Bühne/Studio, Beleuchtung und Halle weiter. Die neue Fortbildungsordnung verzichtet auf diese Ausrichtungen, da nach herrschender Meinung die bisherige Trennung in Fachrichtungen nicht mehr den Anforderungen der Veranstaltungsbetriebe entspricht. So soll ermöglicht werden, dass bei den Industrie- und Handelskammern die Fortbildungsprüfung alternativ nach neuer oder alter Verordnung abgelegt werden kann.

---

306 Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfter Meister für Veranstaltungstechnik/Geprüfte Meisterin für Veranstaltungstechnik vom 21. August 2009 (BGBl. 56, S. 2920).

307 Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Meister für Veranstaltungstechnik/Geprüfte Meisterin für Veranstaltungstechnik in den Fachrichtungen Bühne/Studio, Beleuchtung, Halle vom 29. Juli 2002 (BGBl. 53, S. 2905).

308 Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfter Meister für Veranstaltungstechnik/Geprüfte Meisterin für Veranstaltungstechnik in den Fachrichtungen Bühne/Studio, Beleuchtung, Halle vom 26. Januar 1997 (BGBl. 7, S. 118).

Eine Evaluation beider Fortbildungsordnungen soll stattfinden. Damit sollen Erkenntnisse über die Akzeptanz beider Regelungen in der Praxis gewonnen werden als Grundlage für eine mögliche Überarbeitung der vorliegenden Verordnungen bzw. deren Zusammenlegung. Nach den gegenwärtigen Vorstellungen sollen beide Verordnungen am 31. Dezember 2015 außer Kraft gesetzt werden.

(Gert Zinke)

Elektrotechnik-Weiterbildungssystem

Mit der Verordnung über die Fortbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik[309] wurde 2002 ein neues Konzept der Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung in die Praxis eingebracht.

Die Fortbildungsordnungen bauen auf den jeweiligen bestehenden Ausbildungsberufen[310] auf.

Für die Elektrobranche besteht seit August 2009 ein gestuftes Weiterbildungssystem → **Schaubild B4.2-1**, das sich im Aufbau am IT-Weiterbildungssystem orientiert. Es beginnt mit der Ebene der Spezialisten und setzt sich fort mit 2 Profilen auf der Professional-Ebene. Die in der Verordnung enthaltenen Profile sind arbeits- und geschäftsprozessorientiert angelegt und stellen eine Alternative zum Meister/zur Meisterin dar.

Der Einstieg in die Fortbildung setzt im Regelfall außer einer Berufsausbildung auch unterschiedlich lange einschlägige Berufspraxis voraus. Die Berufspraxis muss wesentliche Bezüge zu den Aufgaben

Schaubild B4.2-1: **Fortbildungsabschlüsse im Elektrotechnik-Weiterbildungssystem**



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

309 Verordnung über die berufliche Fortbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik (IT-Fortbildungsverordnung) vom 3. Mai 2002 (BGBl. 30, S. 1547).

310 Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik vom 10. Juli 1997 (BGBl. 48, S. 1741).

eines Geprüften Prozessmanagers Elektrotechnik/einer Geprüften Prozessmanagerin Elektrotechnik Process manager electric/electronics)[311] haben. Die Spezialistenprofile (Systemspezialist Elektrotechnik/Systemspezialistin Elektrotechnik, Fertigungsspezialist Elektrotechnik/Fertigungsspezialistin Elektrotechnik, Montagespezialist Elektrotechnik/Montagespezialistin Elektrotechnik und Servicespezialist Elektrotechnik/Servicespezialistin Elektrotechnik) beschreiben die inhaltlichen Standards, die für eine Zulassung zur Prüfung zum Geprüften Prozessmanager Elektrotechnik/zur Geprüften Prozessmanagerin Elektrotechnik erforderlich sind. Sie bilden im Bereich der beruflichen Fortbildung das Verbindungsglied zwischen der Ebene der Erstausbildung und der Ebene der operativen Professionals. Mit den bundeseinheitlichen IT- und Elektrotechnik-Weiterbildungssystemen wurden entscheidende Ansätze zur Verzahnung von Aus- und Fortbildung vorgelegt.

(Harald Schenk)

Professionalisierung des Bildungspersonals

Die gewachsenen pädagogischen Herausforderungen in der Gestaltung von Aus- und Fortbildung erfordern eine entsprechende Professionalisierung des Ausbildungspersonals. Mit den 2009 erlassenen Rechtsverordnungen Geprüfter Aus- und Weiterbildungspädagoge/Geprüfte Aus- und Weiterbildungspädagogin[312] und Geprüfter Berufspädagoge/Geprüfte Berufspädagogin[313] wird dem Ausbildungspersonal eine Möglichkeit zur pädagogisch-professionellen Qualifizierung geboten.

Die Fortbildung zum Geprüften Aus- und Weiterbildungspädagogen/zur Geprüften Aus- und Weiterbildungspädagogin ist ein Qualifikationsangebot auf der Meisterebene. Schwerpunkte sind Qualifikationen zur pädagogisch-professionellen Lernbegleitung von Auszubildenden, zur Anleitung ausbildender Fachkräfte sowie zur Planung und Organisation der betrieblichen Berufsausbildung. Großen Raum nehmen Lernpsychologie sowie Jugend-, Erwachsenen- und Sozialpädagogik ein. Die Schwerpunkte des Qualifikationsangebots der Fortbildungsordnung Geprüfter Berufspädagoge/Geprüfte Berufspädagogin liegen bei Management- und Entwicklungsdienstleistungen, bei spezialisierten berufspädagogischen Funktionen sowie in der Personalentwicklung. Der Fortbildungsabschluss Geprüfter Aus- und Weiterbildungspädagoge/Geprüfte Aus- und Weiterbildungspädagogin wird auf die Prüfung zum Berufspädagogen/zur Berufspädagogin angerechnet.

(Ulrich Blötz)

311 Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfter Prozessmanager Elektrotechnik/Geprüfte Prozessmanagerin Elektrotechnik (Process manager electric/electronics) vom 10. August 2009 (BGBl. 54, S. 2841).

312 Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfter Aus- und Weiterbildungspädagoge/Geprüfte Aus- und Weiterbildungspädagogin vom 21. August 2009 (BGBl. 56, S. 2934).

313 Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfter Berufspädagoge/Geprüfte Berufspädagogin vom 21. August 2009 (BGBl. 56, S. 2927).

B4.3 Expertisen im Vorfeld der Gestaltung von Fortbildungsordnungen

Expertise zur Fortbildung im nichttechnischen öffentlichen Dienst

Im Rahmen eines Entwicklungsprojektes des BIBB wurden die Strukturen im Fortbildungsbereich des öffentlichen Dienstes untersucht und Fortbildungsbedarfe im nichttechnischen Dienst erfasst. Es zeigte sich, dass die klassische allgemeine Verwaltung seit Anfang der 90er-Jahre eine nachhaltige Entwicklung zur Sicherstellung einer Aufstiegsfortbildung (Fachwirt) ihrer Beschäftigten unternommen hat – mit Ausnahme des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz. In Bayern und Schleswig-Holstein sowie in der Wehrverwaltung des Bundes gibt es keine bundeseinheitlichen Fortbildungsregelungen (§ 54 BBiG); es werden vielmehr interne Fortbildungslehrgänge angeboten.

Im Bereich der Medien- und Informationsdienste der allgemeinen Verwaltung wurde 2006 eine Empfehlung zum Erlass einer Aufstiegsfortbildung Fachwirt/-in für Informationsdienste vorgelegt. Allerdings wurde bisher in Hessen und künftig im Bereich des Bundesverwaltungsamtes eine entsprechende Fortbildungsregelung umgesetzt. In der Justiz, der Bundesagentur für Arbeit sowie z. T. im Landesbereich der Renten- und Krankenversicherungen gibt es gegenwärtig keine qualifizierenden Weiterbildungsmöglichkeiten nach einer Berufsausbildung. Im Sozialversicherungsbereich gibt es gegenwärtig nur vier bundeseinheitliche Fortbildungsordnungen.

Unter bildungspolitischen Gesichtspunkten ist eine Ausweitung bundeseinheitlicher Fortbildungsordnungen für den öffentlichen Dienst anzustreben. Mit der Untersuchung werden vielfältige Ansatzpunkte und Modelle für die zukünftige Gestaltung der Fortbildungsordnungen im öffentlichen Dienst zur Diskussion gestellt.[314]

(Martin Elsner)

314 Siehe: **www.bibb.de/de/wlk29958.htm**.

Expertise zum Geprüften Fachwirt/ zur Geprüften Fachwirtin im Sozial- und Gesundheitswesen

Die Umbrüche im Gesundheits- und Sozialwesen verändern auch die bestehenden Qualifikations- und Berufsstrukturen. Dieser Strukturwandel hat Auswirkungen auf die Weiterbildung von – für die Umsetzung der veränderten Rahmenbedingungen verantwortlichen – Fach- und Führungskräften in mittleren Positionen. Gegenwärtig existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen[315] Qualifizierungsmöglichkeiten im mittleren Managementbereich des Gesundheits- und Sozialwesens. Die erheblich steigende Absolventenzahl (75 im Jahr 2002 und 938 im Jahr 2006)[316] zeigt die hohe Akzeptanz dieser Qualifizierungen. Dabei wird deutlich, dass sich die Absolventen aus unterschiedlichen Ausbildungsberufen rekrutieren; sie reichen von nicht ärztlichen Gesundheitsberufen bis zu kaufmännisch-verwaltenden Berufen → **Tabelle B4.3-1**.

In einer Expertise hat das BIBB die bestehenden Weiterbildungsangebote bzw. -verordnungen sowie die Verwertbarkeit der erworbenen Kompetenzen im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens untersucht. Darüber hinaus wurden Tätigkeitsbereiche, Aufgabenfelder sowie Qualifikationsanforderungen für eine berufliche Fortbildung nicht ärztlicher Gesundheitsberufe ermittelt. Die Untersuchung ergab, dass es einen beträchtlichen Bedarf an qualifiziertem Personal mit Führungs- und Managementkompetenzen gibt. Haupteinsatzbereiche sind stationäre, teilstationäre und ambulante Einrichtungen der Kranken- und Altenpflege, größere ambulante medizinische Versorgungseinrichtungen sowie Jugendhilfe und Behindertenbetreuung. Schwerpunkte des

315 Fortbildungsregelungen auf Kammerebene gemäß § 54 BBiG, landes-, themen-, träger- und einrichtungsspezifische Weiterbildungsangebote und Bachelorstudiengängen. Seit 2001 haben sukzessive einzelne Industrie- und Handelskammern, Ärztekammern sowie eine Zahnärztekammer Rechtsverordnungen nach § 54 BBiG im Bereich des mittleren Managements im Gesundheits- und Sozialwesen in Kraft gesetzt. Zurzeit bestehen in ca. 50 Kammern in Deutschland vergleichbare Regelungen. Sie weisen unterschiedliche Berufsbezeichnungen auf, und auch die inhaltliche Schwerpunktsetzung ist nicht in allen Regelungen identisch.

316 Vgl. Datenblatt zu Fortbildungsprüfungen auf dem BIBB-Internetportal Aus- und Weiterbildungsstatistik (AUSWEITSTAT) auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. 12.): **http://berufe.bibb-service.de/z/w/30/86103510.pdf** (Stand 22.02.2010).

Tabelle B4.3-1: **Erlernter Ausbildungsberuf**

	in %
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	25,1
Gesundheits-/Krankenpfleger/-in	19,7
Bürokaufmann/-frau, Einzelhandelskaufmann/-frau, Groß- und Außenhandelskaufmann/-frau, Industriekaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation, Hotelfachmann/-frau	13,1
Sozialversicherungsfachangestellte/-r	10,7
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	5,0
Rettungsassistent/-in	4,1
Pädagoge/-in, Sozialarbeiter/-in, Sozialpädagoge/-in, Sonder-/Heilpädagoge/-in	3,6
Erzieher/-in	2,7
Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen	2,7
Altenpfleger/-in	2,3
Physiotherapeut/-in, Ergotherapeut/-in, Logopäde/-in	2,3
Verwaltungsfachangestellte/-r; Steuerfachangestellte/-r	2,3
Sonstige (Maschinenschlosser/-in, Agrotechniker/-in, Studium der Germanistik, Studium der Slawistik, Medizinisch-technische/-r Laborant/-in)	2,3
Heilerziehungspfleger/-in	1,8
Hebamme/Entbindungspfleger, Heilpraktiker/-in	0,9
Kindergärtner/-in, Lehrer/-in	0,9
Tiermedizinische/-r Fachangestellte/-r	0,5

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

neuen Tätigkeits- und Qualifikationsprofils können im Personalmanagement, in der Arbeits- und Organisationsentwicklung, im Kooperations-, Qualitäts- und Kostenmanagement sowie in der Planung/Verwaltung und im Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie liegen → **Tabelle B4.3-2**.

Mit den Ergebnissen liegen entscheidende Grundlagen für die Gestaltung innovativer und nachhaltiger Fortbildungsordnungen im Sozial- und Gesundheitswesen vor.

(Gisela Mettin, Thomas Borowiec)

Tabelle B4.3-2: **Handlungs- und Kompetenzfelder, die für eine Fortbildung im Bereich des mittleren Managements im Gesundheits- und Sozialwesen in Betracht kommen**

1. Personalmanagement
Schwerpunkte:
Personalwirtschaft
Personalführung
2. Ausbildungsmanagement
3. Qualitäts- und Projektmanagement
4. Betriebswirtschaftliche Unternehmensführung
Schwerpunkte:
Betriebsorganisation
Marketing
Materialwirtschaft, Logistik
5. Kooperations- und Kommunikationsmanagement
6. Informations- und Kommunikationstechnologien, Dokumentation
7. Rechnungs-, Finanzwesen und Controlling
8. Gesundheits-(Sozial-)Ökonomie und Gesundheits-(Sozial-)Management

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

C Übergang von Ausbildung in Beschäftigung

Das Wichtigste in Kürze

In Kapitel C wird der Berufseinstieg dualer Ausbildungsabsolventen/-innen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Es werden Daten bis zum Jahre 2008 betrachtet. Daher sind eventuelle Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise nicht berücksichtigt, die den Berufseinstieg erschweren könnten. Vorab ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse dieses Kapitels:

- Die Arbeitslosenquoten von Absolventen und Absolventinnen (außer-)betrieblicher Ausbildungen sind unmittelbar nach der Lehre im Vergleich der Jahre 2005 und 2008 leicht rückläufig. Besonders hoch ist dieser Rückgang bei Männern in den alten Ländern. Bei Frauen in den neuen Ländern ist eine gegenläufige Tendenz zu beobachten.
- Geschlecht, Alter und Region prägen auch längerfristig die Übergangsphase von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit. So sind insbesondere Männer mit zunehmendem Alter und weiter zurückliegendem Ausbildungsabschluss in typischen Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt. Frauen sind im Verlauf ihres Berufseinstieges nicht stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, finden sich aber häufiger in eher unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wieder. Der Vergleich zwischen alten und neuen Ländern zeigt, dass Erwerbspersonen aus den alten Ländern häufiger in typischen Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt sind.
- Als besonders bedeutsam für eine spätere vollwertige Beschäftigung kann der höchste allgemeine Schulabschluss identifiziert werden. So bringt ein höherer schulischer Abschluss in jeder Phase des Übergangs von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit Vorteile mit sich. Auch Ausbildungsfelder[317] mit einem erhöhten Anteil an Personen mit (Fach-)Hochschulreife weisen zumeist einen erhöhten Anteil an vollwertiger Beschäftigung auf.
- Relativ häufig von einem unsicheren Berufseinstieg betroffen sind Absolventen/-innen der Ausbildungsfelder „Land-, Tier-, Forstwirtschaft“, „Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung“, „Köche und Köchinnen“, „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“, „Berufe in der Körperpflege“, „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ und „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“. In den beiden letztgenannten zeigen sich zusätzlich häufiger von Arbeitslosigkeit unterbrochene Berufsverläufe. Auch im Ausbildungsfeld „Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen“ treten diese gehäuft auf. Vor allem „Bank- und Versicherungskaufleute“ sowie Absolventen/-innen der „Kaufmännischen Büroberufe“ sind hingegen eher in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt.
- Bis zum Jahre 2025 ist mit einem demografisch bedingten Rückgang der Anzahl dual Ausgebildeter zu rechnen. Damit könnte es zumindest in einigen Ausbildungsfeldern für den Arbeitgeber wichtiger werden, qualifizierte Arbeitskräfte zu werben und an das Unternehmen zu binden. Die dual Ausgebildeten könnten davon profitieren, indem sie weniger häufig in Beschäftigungsverhältnissen angestellt werden, die ihnen keine dauerhafte Existenzsicherung ermöglichen.

317 Unter Ausbildungsfeld werden mehrere Berufe zusammengefasst, die sich in ihren Tätigkeiten ähneln. Tiemann u. a. (2008) ordnen dabei alle Berufe in 54 unterschiedliche Berufsfelder ein. Um Verwechslungen zwischen Ausbildungs- und Erwerbsberuf zu vermeiden, wird hier der Begriff des Ausbildungsfeldes verwendet, obwohl die Zuordnung der Berufe zu homogenen Ausbildungsfeldern exakt der Zuordnung der Berufe zu den Berufsfeldern entspricht.

Einleitung

Berufliche Ausbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration ins Erwerbsleben und zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen. Ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt ist eine grundlegende Voraussetzung zur Realisierung individueller Berufs- und Arbeitschancen. Diese „zweite Schwelle" markiert die Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, an der entscheidende Weichen für den späteren Berufsverlauf gestellt werden. Die Phase des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem verläuft jedoch nicht für alle Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen reibungslos. Vielmehr kann sie von Brüchen und Unwägbarkeiten begleitet sein.

Die folgenden Abschnitte analysieren auf unterschiedlichen Datengrundlagen die berufliche Übergangsphase junger Menschen mit dualer Ausbildung aus Sicht der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen. Im Gegensatz dazu steht bei der Analyse mit dem IAB-Betriebspanel → vgl. Kapitel A5.10.3 die Sicht der Betriebe im Mittelpunkt. Es soll neben der Frage, ob die jungen Fachkräfte einer Beschäftigung bzw. Erwerbstätigkeit nachgehen oder nicht, auch der Grad beruflicher Integration analysiert werden. Dabei wird auf das Konzept der drei typischen Zonen von „Integrationspotenzialen der Erwerbsarbeit"[318] von Robert Castel (2000) E zurückgegriffen.

E Drei typische Zonen von „Integrationspotenzialen der Erwerbsarbeit"

Castel (2000) unterscheidet drei typische Zonen von „Integrationspotenzialen der Erwerbsarbeit":

- die „Zone der Integration", die sich aus typischen Normalarbeitsverhältnissen zusammensetzt,
- die „Zone der Prekarität", die unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse umfasst, deren Gemeinsamkeit es ist, dass sie nicht dauerhaft die Existenz sichern,
- die „Zone der Entkopplung" (Gruppen, die mehr oder minder dauerhaft von regulärer Erwerbstätigkeit ausgeschlossen sind).

Die Zonenübergänge sind fließend. Während die „Zone der Integration" eine langfristige Lebensplanung ermöglicht, beschränkt sich diese in den entkoppelten Gruppen häufig nur auf Tage. Als Kriterien für die Zuordnung zu den drei Zonen werden in erster Linie Einkommen und Beschäftigungssicherheit genannt.

Nach Kraemer/Speidel (2004) sind mit den sozialen Vorstellungen von einem „Normalarbeitsverhältnis" ungeachtet des zahlenmäßigen Rückgangs solcher Arbeitsverhältnisse seit den 80er-Jahren folgende soziale, rechtliche und betriebliche Standards verbunden:

- ein unbefristeter Arbeitsvertrag, der berufliche Planungssicherheit ermöglicht;
- ein an Vollzeitbeschäftigung orientiertes Arbeitszeitmodell;
- eine stabile Entlohnung, vor allem nach Arbeitszeit und beruflichem Status;
- ein bestimmtes Niveau sozialer und arbeitsrechtlicher Absicherung.

Werden diese Standards unterschritten, handelt es sich um prekäre Beschäftigung. Sehr lange Arbeitslosigkeitsphasen deuten dagegen eher auf Entkopplung hin.

In den Analysen der → Kapitel C2 und C3 wird Prekarität unterschiedlich operationalisiert. Dies ist neben den unterschiedlichen Angaben in den jeweiligen Datenquellen darauf zurückzuführen, dass eine aussagekräftige Analyse des Berufsverlaufes einer einzelnen Person mit dem Mikrozensus (Datengrundlage für die Analysen in → Kapitel C2), im Gegensatz zur IAB-Beschäftigtenstichprobe (Kapitel C3), nicht möglich ist. Ohne eine Analyse individueller Berufsverläufe ist auch Entkopplung nicht zu identifizieren, da es sich, analysiert man Arbeitslosigkeit als Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt, ebenso um kurzfristige Sucharbeitslosigkeit handeln könnte.

Im → Kapitel C1 wird anhand der Daten der amtlichen Statistik dargestellt, wie groß der Anteil der erfassten Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen ist, die sich unmittelbar nach der Ausbildung arbeitslos melden.

318 Castel verwendet den Begriff „Integrationspotenzial der Erwerbsarbeit", da es von den persönlichen Lebensumständen, z. B. auch von der familiären Situation, abhängt, ob sich dieses Potenzial einer Beschäftigung entfaltet. Analog dazu ist der Begriff „Beschäftigung mit prekärem Potenzial" exakter als „Prekarität" (vgl. Mayer-Ahuja 2003). Aus sprachlichen Gründen wird hier aber der einfachere Begriff „Prekarität" benutzt.

Das → **Kapitel C2** widmet sich mithilfe des Mikrozensus (1999 bis 2007) dem Verbleib und dem beruflichen Erfolg von Absolventen/-innen dualer Ausbildungen bis zu 10 Jahre nach dem Abschluss. Im Mittelpunkt steht der berufliche Erfolg, zu dessen Beurteilung neben der Analyse von Erwerbslosigkeit die Prekarität der jeweiligen Beschäftigungsverhältnisse als Maß dient. Dabei wird für die Erhebungsjahre 2005 bis 2007 der Einfluss des Alters, des Geschlechts, der Schulbildung und des Ausbildungsberufs auf den beruflichen Erfolg der Absolventen/-innen in den ersten Jahren nach dem Abschluss dargestellt.

Um die individuellen Berufsverläufe in den ersten 3 Jahren nach Ausbildungsabschluss detailliert zu untersuchen, wird in → **Kapitel C3** der Berufseinstieg auf Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe untersucht. Die Berufsverläufe werden danach differenziert, ob sie berufliche Integration ermöglichen, der Zone der Prekarität oder Entkopplung zuzuordnen sind. Als mögliche Einflussfaktoren werden das Ausbildungsfeld des Ausbildungsberufs, das Geschlecht, die Schulbildung und die Region analysiert.

Ein Ausblick auf mögliche Entwicklungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse dualer Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen findet in → **Kapitel C4** statt. Die Analysen basieren auf einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit und auf Berechnungen mit dem BIBB DEMOS-Modell.

C1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung

Über die Zahl der Personen, die sich direkt nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, wurde bis zum Berufsbildungsbericht 2007 jährlich Bericht erstattet. Das letzte Berichtsjahr dieser sogenannten Arbeitslosenzugänge war 2005. Danach standen die Daten aus der amtlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht mehr zur Verfügung. Für das Jahr 2008 ist die Ermittlung der Arbeitslosenzugänge auf neuer Datengrundlage wieder möglich.[319] Dabei beziehen sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf den Zeitpunkt unmittelbar nach der Ausbildung, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit. Es werden daher auch kurze Phasen von Sucharbeitslosigkeit einbezogen. Auch die Berufsbildungsstatistik wurde 2007 umgestellt → **vgl. E in Kapitel A5.2.1**. Abschlussprüfungen in den dualen Ausbildungsberufen können nun separat ausgewiesen werden.

Im Jahr 2008 meldeten sich nach Hochrechnungen, die auf Angaben der BA basieren, 143.000 Personen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung arbeitslos → **Tabelle C1-1**. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Absolventen und Absolventinnen einer dualen Ausbildung (455.000 Personen) ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 31,5 %. Dies bedeutet einen Rückgang in Höhe von 4 Prozentpunkten, wenn man trotz der umfangreichen Änderungen in den Statistiken einen Vergleich zum letzten Berichtsjahr 2005 (35,6 %) vornimmt.

Die Arbeitslosenquote im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung variiert weiterhin zwischen alten und neuen Ländern. Diese Quote, die Sucharbeitslo-

319 Im Jahr 2008 wurde die Ermittlung der Zugangsstruktur in Arbeitslosigkeit vollständig überarbeitet und neu strukturiert, sodass für das Jahr 2008 und rückwirkend auch für 2007 wieder entsprechende Daten zur Verfügung stehen, die aber laut BA nur eingeschränkt mit den Angaben zu 2005 vergleichbar sind. Angaben über den Zugang in Arbeitslosigkeit aus abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung werden nun von der BA selbst zur Verfügung gestellt, ihr Anteil muss nicht mehr geschätzt werden. Aufgrund von Problemen bei der Umstellung der Berufsbildungsstatistik wurden die Prüfungsdaten für das Berichtsjahr 2007 allerdings nicht veröffentlicht. Daher können für 2007 keine Arbeitslosenquoten nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung berechnet werden.

Tabelle C1-1: **Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2008**

	Männer			Frauen			insgesamt		
	West	Ost	Bundes-gebiet	West	Ost	Bundes-gebiet	West	Ost	Bundes-gebiet
in Tausend									
Zugang an Arbeitslosen nach abgeschlossener (außer-) betrieblicher Ausbildung	54	27	80	45	18	63	99	45	143
erfolgreiche Teilnehmer mit vorausgegangener Ausbildung*	207	57	264	153	37	191	361	94	455
in %									
Quote: arbeitslos nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung	25,9	46,4	30,3	29,5	48,5	33,2	27,4	47,2	31,5
zum Vergleich: entspr. Arbeitslosenquote 2005**	33,2	48,0	36,6	31,0	46,1	34,3	32,2	47,2	35,6

* Aus Datenschutzgründen sind die Absolventenzahlen der Berufsbildungsstatistik jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

** Sowohl die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit als auch die des Statistischen Bundesamtes sind für 2008 komplett überarbeitet worden, weshalb ein Vergleich mit 2005 nur eingeschränkt möglich ist.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

sigkeit einschließt[320], ist in den neuen Ländern fast 20 Prozentpunkte höher als in den alten (47,2% zu 27,4%). Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist gegenüber 2005 um 5 Prozentpunkte gestiegen. Denn während der Anteil der Arbeitslosen 2008 in den alten Ländern im Vergleich zu 2005 um fast 5 Prozentpunkte gesunken ist, blieb er in den neuen Ländern konstant (2005: Ost 47,2%, West 32,2%).

Unterscheidet man zwischen männlichen und weiblichen Fachkräften, so zeigt sich sowohl bei jungen Männern als auch bei jungen Frauen ein Rückgang der Arbeitslosenquote beim Vergleich von 2008 mit 2005. Aber bei den jungen männlichen Fachkräften fällt der Rückgang mit über 6 Prozentpunkten (2005: 36,6%, 2008: 30,3%) viel stärker aus als bei den jungen Frauen, bei denen die Arbeitslosenquote nur um gut 1 Prozentpunkt fällt (2005: 34,3%, 2008: 33,2%). Die Quote der weiblichen Arbeitslosen nach dualer Ausbildung liegt damit wieder höher als die der männlichen. Die Arbeitslosenquote in den alten Ländern beträgt bei den jungen Männern 25,9% (2005: 33,2%), bei den jungen Frauen 29,5% (2005: 31,0%). In den neuen Ländern wurden 46,4% der jungen Männer und 48,5% der jungen Frauen nach dem dualen Ausbildungsabschluss arbeitslos (2005: 48,0% bzw. 46,1%). Während in den neuen Ländern die Arbeitslosenquote bei den jungen männlichen Fachkräften um knapp 2 Prozentpunkte sinkt, steigt sie bei den weiblichen Fachkräften sogar um über 2 Prozentpunkte.

Insgesamt hat sich die Situation 2008 im Vergleich zu 2005 etwas verbessert. Allerdings gilt die leichte Erholung kaum für Ausbildungsabsolventinnen und noch weniger für Ostdeutschland, wo weiterhin beinahe jeder zweite Ausbildungsabsolvent/jede zweite Ausbildungsabsolventin nach dem Abschluss der dualen Ausbildung arbeitslos wird. Bei ostdeutschen Ausbildungsabsolventinnen zeigt sich sogar ein Anstieg der Arbeitslosenquote. Der Unterschied zwischen neuen und alten Ländern hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener dualer Ausbildung ist im Vergleich zu 2005 gestiegen. Auch sind junge Frauen wieder etwas häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Männer.

320 Daher ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Jahr nach der Ausbildung stark sinkt (vgl. auch Dorau/Höhns 2006).

C2 Verbleib und beruflicher Erfolg von Absolventen dualer Ausbildungen bis zu 10 Jahre nach dem Abschluss

Zur Beurteilung der beruflichen Integration genügt es keineswegs, allein den Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses zu betrachten. Entscheidend ist die Entwicklung in den ersten (Berufs-)Jahren. Studien von Schöngen/Westhoff (1992) und Bender/Haas/Klose (2000) weisen darauf hin, dass ein stabiler Erwerbsverlauf in den ersten Jahren den weiteren Karriereverlauf nachhaltig prägt. Die bisherige Forschung zur „zweiten Schwelle“ (Konietzka 2002; Hilmert 2001) geht zumindest für Westdeutschland von einem mittelfristig erfolgreichen Berufseinstieg für duale Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen aus.

Von besonderem Interesse ist neben der Untersuchung von Erwerbslosigkeit, ob das in der gesamten Erwerbsbevölkerung beobachtbare Anwachsen prekärer Beschäftigung (vgl. Brinkmann u. a. 2006) dazu führt, dass auch junge Fachkräfte, die eine duale Ausbildung absolviert haben, in stärkerem Ausmaß von Prekarität betroffen sind.

E Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind (laufende Haushaltsstichprobe). Der Mikrozensus dient der Bereitstellung statistischer Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung sowie über die Erwerbstätigkeit, den Arbeitsmarkt und die Ausbildung. Er schreibt die Ergebnisse der Volkszählung fort.

Insgesamt nehmen rund 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen am Mikrozensus teil. Alle Haushalte haben beim Mikrozensus die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit (Zufallsstichprobe). Das Frageprogramm des Mikrozensus besteht aus einem festen Grundprogramm mit jährlich wiederkehrenden Tatbeständen, die überwiegend mit Auskunftspflicht belegt sind. Darüber hinaus gibt es in vierjährigem Rhythmus Zusatzprogramme, die teilweise von der Auskunftspflicht befreit sind.

Bis zum Berichtsjahr 2004 erfolgte die Erhebung in einer festen Berichtswoche, seit 2005 wird eine unterjährige, kontinuierliche Erhebung durchgeführt. Das gesamte Befragungsvolumen wird somit gleichmäßig über das ganze Kalenderjahr verteilt.

Die Vorteile des Mikrozensus sind neben allgemein hohen Fallzahlen, die es zulassen, ein detailreiches Bild der beruflichen Situation von Absolventen/-innen dualer Ausbildung zu zeichnen, eine umfangreiche Auswahl demografischer und berufsbezogener Angaben. So sind die Erwerbsberufe seit 1993 mit der Berufskennziffer auf Basis der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 1992 (KldB 1992) versehen. Im Gegensatz zu prozessproduzierten Statistiken vergleichbar hohen Umfangs lässt der Mikrozensus zudem auch Aussagen über Nichterwerbspersonen, Erwerbslose und Selbstständige zu.

Nachdem im vorangehenden Abschnitt die aktuellen Entwicklungen der Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung dargestellt wurden, wird nun für weiterführende Analysen der Mikrozensus E verwendet. Im Mikrozensus wird der berufliche Status unterschiedlicher Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen zum jeweiligen Zeitpunkt der Befragung festgestellt.[321] Durch einen Vergleich der jeweiligen Erhebungsjahre kann die Gesamtentwicklung vollwertiger und prekärer Beschäftigungsverhältnisse dual ausgebildeter Personen im Zeitverlauf dargestellt werden. Über die Differenz zwischen Befragungszeitpunkt und dem angegebenem Abschlussjahr des beruflichen Abschlusses der befragten Person kann zudem die Zeitspanne von der beruflichen Ausbildung bis zum Befragungszeitpunkt berechnet werden. Der berufliche Status der Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen kann nun getrennt für verschiedene Zeitspannen nach der Ausbildung verglichen werden: Personen, deren Abschluss nicht weiter als 3 Jahre zurückliegt, Personen, deren Ausbildungsabschluss bereits 4 bis 6 Jahre zurückliegt und Ausbildungs-

321 Der Mikrozensus bietet zwar durch die jährliche Erneuerung eines Viertels der Stichprobe (Rotationsviertel) die Möglichkeit von Panelanalysen. Um diese jedoch zu ermöglichen, sind umfangreiche datentechnische Vorarbeiten notwendig, sodass bisher das Erhebungsjahr 2004 den aktuellen Endpunkt der Paneldaten markiert.

absolventen/-absolventinnen 7 bis 10 Jahre nach Ausbildungsabschluss.[322]

Nach Abgrenzung der Untersuchungsgesamtheit E verbleiben etwa 50.000 Einzelpersonen mit dualer Ausbildung E pro Erhebungsjahr in der Stichprobe. Bei einer Unterteilung nach Abschlussjahren stehen noch etwa 5.000 Befragte pro Kategorie zur Verfügung.

E Abgrenzung der Untersuchungsgesamtheit im Mikrozensus

Die Untersuchungsgesamtheit sind alle Personen einer Stichprobe, die in die Analysen einbezogen werden. In den meisten Fällen umfasst diese nicht die volle Stichprobe. Für die Darstellungen aus den Mikrozensusdaten wurden Personen einbezogen, die zum Befragungszeitpunkt

- mindestens 15 Jahre alt waren,
- eine duale Ausbildung als ihren höchsten beruflichen Abschluss angegeben haben und deren Abschluss nicht länger als 10 Jahre zurücklag.

Ferner wurden Fälle mit fehlenden Angaben in benötigten Variablen von der Auswertung ausgeschlossen.

Abgrenzung der dualen Ausbildung im Mikrozensus

Die duale Ausbildung wird im Mikrozensus erst seit 2007 trennscharf abgefragt. In den Jahren zuvor können Personen, die den Vorbereitungsdienst in der öffentlichen Verwaltung absolviert haben, nicht separiert werden. Bei den hier vorrangig betrachteten jüngeren Jahrgängen liegt deren Anteil nach Auswertungen für das Berichtsjahr 2007 bei unter 0,8 % eines Absolventenjahrgangs. Die verzerrenden Effekte werden daher als gering eingeschätzt.

322 Die Gruppierung der zurückliegenden Abschlussjahre dient vor allem dazu, stichprobenbedingte Schwankungen auszugleichen. Dabei werden nur Zeiträume betrachtet, die nicht länger als 10 Jahre andauern. Für das Berichtsjahr 2007 ist das am weitesten zurückliegende Abschlussjahr 1997 (bei Berichtsjahr 2005 ist es 1995).

C2.1 Die Jahre 1999 und 2007 – eine Gesamtschau

Dass die duale Ausbildung als Grundfeste der deutschen Berufsbildung anzusehen ist, zeigt sich nicht zuletzt am hohen Anteil junger Menschen, die diesen Weg als Einstieg ins Berufsleben wählen. So liegt der Anteil dual ausgebildeter Personen nach den Mikrozensen 1999 bis 2007 (Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung) konstant zwischen 55 % und 60 %.[323] In den letzten Erhebungsjahren ist hier sogar ein leichter Anstieg der dualen Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen zu erkennen. In diesem Abschnitt wird gezeigt, welchen Schwankungen die beruflichen Erfolgsaussichten dual ausgebildeter Berufseinsteiger/-innen zwischen 1999 und 2007 unterlagen → **Tabelle C2.1-1**. Als zentrales Ergebnis der Auswertungen ist festzuhalten, dass im Zeitverlauf starke zyklische Schwankungen des beruflichen Erfolgs der Absolventen/Absolventinnen erkennbar sind, die offensichtlich in engem Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Prosperität stehen. So decken sich die Ergebnisse des Mikrozensus weitestgehend mit den Darstellungen der Entwicklung des Arbeitsmarktes der Bundesagentur für Arbeit (2007c, S. 14).

→ **Tabelle C2.1-1** zeigt, dass die Erwerbslosenquoten E von 1999 bis 2004 stark angestiegen sind. Von 2004 an bis 2007 waren sie jedoch wieder leicht rückläufig. Insgesamt sind duale Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen besonders bis 3 Jahre nach Ausbildungsabschluss von Erwerbslosigkeit betroffen. Je weiter das Ausbildungsjahr zurückliegt, desto stärker verringert sich der Anteil der Erwerbslosen unter den dual Ausgebildeten. Weibliche Ausbildungsabsolventen waren in allen Jahren weniger stark von Erwerbslosigkeit betroffen als ihre männlichen Kollegen. Dies kann allerdings auch daher rühren, dass weibliche Ausbildungsabsolventen stärkere Anteile unter den Nichterwerbspersonen aufweisen. Diese Anteile nehmen vor allem zu, je weiter der Ausbildungsabschluss zurückliegt. Interessant ist dabei, dass im Jahre 2005, als der Anteil der Erwerbslosen unter den weiblichen Ausbildungs-

323 Dies bezieht sich jeweils auf den höchsten beruflichen Abschluss.

Tabelle C2.1-1: **Entwicklung des beruflichen Status dual Ausgebildeter von 1999 bis 2007**

Geschlecht	beruflicher Status	0 bis 3 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss									4 bis 6 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss									7 bis 10 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss								
		1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
männlich	Erwerbslose	9,5 %	8,5 %	9,2 %	11,1 %	14,9 %	17,1 %	15,9 %	12,4 %	9,2 %	7,3 %	6,2 %	7,2 %	9,5 %	10,4 %	12,6 %	11,2 %	9,5 %	7,1 %	6,9 %	5,7 %	6,0 %	7,8 %	8,3 %	11,1 %	10,3 %	9,4 %	7,6 %
	vollwertig Beschäftigte	47,5 %	49,4 %	50,3 %	47,9 %	42,7 %	41,0 %	40,2 %	44,1 %	47,6 %	60,2 %	64,4 %	61,3 %	61,0 %	56,3 %	55,7 %	54,6 %	54,3 %	56,7 %	70,6 %	69,2 %	70,0 %	66,7 %	67,3 %	63,7 %	62,4 %	64,0 %	66,0 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	16,2 %	16,5 %	15,9 %	15,6 %	15,9 %	15,6 %	17,6 %	18,2 %	18,3 %	10,5 %	10,6 %	10,7 %	10,5 %	11,7 %	9,6 %	11,3 %	13,2 %	13,4 %	7,4 %	9,3 %	8,8 %	10,3 %	8,5 %	8,4 %	8,9 %	10,1 %	9,3 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	13,8 %	13,4 %	10,4 %	11,3 %	9,1 %	8,1 %	6,4 %	7,1 %	7,0 %	4,3 %	3,4 %	3,3 %	2,9 %	3,7 %	2,3 %	3,2 %	3,5 %	3,3 %	1,5 %	1,8 %	2,0 %	1,7 %	2,0 %	2,4 %	2,6 %	3,2 %	2,9 %
	Selbstständige	1,5 %	1,8 %	1,7 %	1,2 %	1,8 %	2,5 %	2,5 %	2,5 %	2,2 %	3,1 %	2,5 %	3,9 %	3,5 %	3,0 %	3,7 %	3,9 %	4,1 %	3,5 %	4,9 %	5,3 %	4,7 %	4,8 %	4,6 %	5,2 %	6,4 %	5,5 %	5,7 %
	Nichterwerbspersonen	2,1 %	1,8 %	2,3 %	2,2 %	2,1 %	2,4 %	2,5 %	2,0 %	2,2 %	2,2 %	1,5 %	1,9 %	1,8 %	1,8 %	2,3 %	2,2 %	2,1 %	1,5 %	1,9 %	1,8 %	2,1 %	1,9 %	1,7 %	1,6 %	1,7 %	1,6 %	1,7 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	9,5 %	8,7 %	10,1 %	10,8 %	13,5 %	13,3 %	14,9 %	13,7 %	13,5 %	12,5 %	11,3 %	11,8 %	10,8 %	13,1 %	13,8 %	13,6 %	13,1 %	14,4 %	6,8 %	6,8 %	6,4 %	6,8 %	7,7 %	7,6 %	7,7 %	6,2 %	6,8 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
weiblich	Erwerbslose	6,5 %	6,2 %	5,6 %	6,7 %	9,0 %	11,2 %	12,3 %	10,9 %	8,8 %	5,4 %	4,6 %	5,1 %	5,0 %	6,5 %	7,6 %	7,5 %	6,3 %	6,4 %	5,3 %	4,4 %	4,4 %	6,1 %	6,3 %	7,0 %	7,6 %	7,1 %	6,0 %
	vollwertig Beschäftigte	54,4 %	55,7 %	57,1 %	56,0 %	52,8 %	48,9 %	42,8 %	43,2 %	45,7 %	56,8 %	56,8 %	56,8 %	57,4 %	50,0 %	52,9 %	48,9 %	50,2 %	51,0 %	51,9 %	49,0 %	50,9 %	49,0 %	48,5 %	48,1 %	46,5 %	48,7 %	50,4 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	17,8 %	16,8 %	14,9 %	15,6 %	14,0 %	14,4 %	14,5 %	15,5 %	15,9 %	12,2 %	13,6 %	14,5 %	12,5 %	15,3 %	12,0 %	10,8 %	11,4 %	11,0 %	14,1 %	16,9 %	15,9 %	17,4 %	16,1 %	14,2 %	10,1 %	10,5 %	10,0 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	4,7 %	5,0 %	4,6 %	4,4 %	3,8 %	5,8 %	8,0 %	8,9 %	7,7 %	5,7 %	5,2 %	5,2 %	5,2 %	5,8 %	6,1 %	7,4 %	8,0 %	7,4 %	7,1 %	7,4 %	7,3 %	7,1 %	8,7 %	8,1 %	9,4 %	9,9 %	9,8 %
	Selbstständige	0,8 %	0,8 %	0,8 %	0,7 %	0,9 %	0,7 %	1,3 %	1,3 %	1,5 %	1,4 %	1,6 %	1,2 %	1,1 %	1,4 %	1,5 %	1,8 %	2,3 %	2,3 %	1,9 %	1,8 %	2,5 %	2,1 %	1,6 %	2,3 %	2,5 %	2,7 %	2,8 %
	Nichterwerbspersonen	5,6 %	6,6 %	6,6 %	6,1 %	6,0 %	6,2 %	7,4 %	6,7 %	6,7 %	10,5 %	10,8 %	10,6 %	11,1 %	11,2 %	10,8 %	13,5 %	11,1 %	12,0 %	15,6 %	16,5 %	15,5 %	14,7 %	13,9 %	16,2 %	19,6 %	17,1 %	16,9 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	10,2 %	9,1 %	10,5 %	10,3 %	13,5 %	12,7 %	13,7 %	13,5 %	13,7 %	7,9 %	7,4 %	6,7 %	7,7 %	9,7 %	9,2 %	10,1 %	10,6 %	10,0 %	4,1 %	4,0 %	3,4 %	3,6 %	4,9 %	4,2 %	4,2 %	4,0 %	4,1 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
gesamt	Erwerbslose	8,2 %	7,5 %	7,6 %	9,1 %	12,3 %	14,5 %	14,2 %	11,7 %	9,0 %	6,4 %	5,5 %	6,2 %	7,4 %	8,6 %	10,2 %	9,5 %	8,0 %	6,7 %	6,1 %	5,1 %	5,2 %	7,0 %	7,3 %	9,1 %	9,0 %	8,3 %	6,8 %
	vollwertig Beschäftigte	50,5 %	52,1 %	53,3 %	51,6 %	47,2 %	44,5 %	41,4 %	43,7 %	46,7 %	58,6 %	60,8 %	59,3 %	59,4 %	53,4 %	54,4 %	51,9 %	52,4 %	53,9 %	61,1 %	59,2 %	60,5 %	58,1 %	58,2 %	56,3 %	54,7 %	56,7 %	58,5 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	16,9 %	16,6 %	15,5 %	15,6 %	15,1 %	15,1 %	16,2 %	16,9 %	17,2 %	11,3 %	12,0 %	12,4 %	11,4 %	13,4 %	10,8 %	11,1 %	12,4 %	12,3 %	10,8 %	13,1 %	12,4 %	13,7 %	12,2 %	11,2 %	9,5 %	10,3 %	9,6 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	9,8 %	9,7 %	7,8 %	8,2 %	6,7 %	7,1 %	7,1 %	7,9 %	7,3 %	5,0 %	4,2 %	4,1 %	4,0 %	4,7 %	4,1 %	5,2 %	5,6 %	5,3 %	4,3 %	4,6 %	4,6 %	4,3 %	5,2 %	5,1 %	5,9 %	6,4 %	6,2 %
	Selbstständige	1,2 %	1,3 %	1,3 %	1,0 %	1,4 %	1,7 %	2,0 %	1,9 %	1,9 %	2,3 %	2,1 %	2,7 %	2,4 %	2,3 %	2,6 %	2,9 %	3,3 %	2,9 %	3,4 %	3,6 %	3,6 %	3,5 %	3,2 %	3,8 %	4,5 %	4,1 %	4,3 %
	Nichterwerbspersonen	3,6 %	3,9 %	4,2 %	4,0 %	3,9 %	4,1 %	4,7 %	4,2 %	4,3 %	6,0 %	5,9 %	5,8 %	6,0 %	6,1 %	6,3 %	7,5 %	6,4 %	6,6 %	8,8 %	9,1 %	8,8 %	8,2 %	7,6 %	8,6 %	10,4 %	9,1 %	9,0 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	9,8 %	8,8 %	10,3 %	10,6 %	13,5 %	13,0 %	14,4 %	13,6 %	13,6 %	10,3 %	9,5 %	9,5 %	9,4 %	11,6 %	11,6 %	11,9 %	11,9 %	12,3 %	5,4 %	5,4 %	4,9 %	5,3 %	6,3 %	6,0 %	6,0 %	5,1 %	5,5 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Quelle: Mikrozensen 1999 bis 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

absolventen am höchsten war, auch der Anteil der weiblichen Nichterwerbsperson seinen jeweiligen Höchststand erreichte. Dies vermittelt den Eindruck, dass sich Frauen bei einem angespannten Arbeitsmarkt eher in die Nichterwerbstätigkeit als in die Erwerbslosigkeit begeben.

E Erwerbslosigkeit im Mikrozensus

Der Erwerbsstatus wird im Mikrozensus nach dem ILO-Konzept erfasst (Rengers 2004). Demnach gelten alle Personen, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, als Erwerbstätige. Alle Übrigen, die innerhalb von maximal 2 Wochen ab dem Befragungszeitpunkt bereit wären, eine Tätigkeit aufzunehmen, werden als erwerbslos eingestuft.

Das Konzept der Erwerbslosigkeit bzw. Erwerbstätigkeit bezieht im Gegensatz zu Arbeitslosigkeit bzw. Beschäftigung auch Selbstständige mit ein. Die Erwerbslosenquote kann deshalb mit der Arbeitslosenquote nicht verglichen werden. Da sich mit dem Mikrozensus die individuelle Dauer von Erwerbslosigkeit schwer erfassen lässt, ist hier die Identifikation von Entkopplung nicht möglich.

Die Chancen einer vollwertigen Beschäftigung ohne Prekarität E sind von 1999 bis 2005, unabhängig vom Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses, insgesamt gesunken. In den Jahren 2006 und 2007 konnte hingegen wieder ein leichter Anstieg verzeichnet werden. Auch hier haben es Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen in den ersten 3 Jahren nach Ausbildungsabschluss am schwersten, in einem vollwertigen Beschäftigungsverhältnis angestellt zu werden. Aber auch Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen, bei denen der Ausbildungsabschluss bereits 7 bis 10 Jahre zurückliegt, waren von einem Rückgang vollwertiger Beschäftigungsverhältnisse seit der Jahrtausendwende betroffen (von 61,1 % in 1999 bis zu 54,7 % in 2006).

E Definition der Prekaritätsstufen im Mikrozensus

Für die Bestimmung der Prekarität einer Beschäftigung werden das Arbeitszeitmodell (Vollzeit/Teilzeit/geringfügig), der Arbeitsvertrag (befristet/unbefristet) und das Einkommen ausgewertet. In einem ersten Schritt werden Befragte mit

- Vollzeit- oder Teilzeitstellen und unbefristeten Arbeitsverträgen vollwertiger Beschäftigung,
- Vollzeitstellen und befristetem Arbeitsvertrag mittlerer Prekarität,
- Teilzeitstellen und befristetem Arbeitsvertrag oder geringfügiger Beschäftigung hoher Prekarität zugeordnet.

Anschließend werden abschlussjahr- und ausbildungsniveauspezifische Durchschnittseinkommen berechnet. Befragten, deren individuelles Einkommen weniger als zwei Drittel dieses Durchschnitts erreicht, wird nachträglich eine höhere Prekaritätsstufe zugewiesen (von vollwertiger Beschäftigung zu mittlerer Prekarität und von mittlerer zu hoher Prekarität). Aufgrund dieser gewählten Prekaritätsdefinition wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels auch von prekärer Beschäftigung gesprochen. Bei den untersuchten Personen handelt es sich um abhängig Beschäftigte.

Betrachtet man die Anteile in prekären Beschäftigungsverhältnissen insgesamt, so scheint sich der Rückgang vollwertiger Beschäftigungsverhältnisse zunächst nicht in einem Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse widerzuspiegeln. So nehmen bei Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen, deren Ausbildungsabschluss höchstens 3 Jahre zurückliegt, Beschäftigungsverhältnisse mit hoher Prekarität sogar ab (von 9,8 % in 1999 bis zu 6,7 % in 2003). Bei Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen mit weiter zurückliegendem Abschluss ist hier jedoch eine Zunahme hoher Prekarität zu beobachten. Dennoch liegen die entsprechenden Anteile von Absolventen/Absolventinnen 4 bis 10 Jahre nach Abschluss noch unter den Anteilswerten von Absolventen/Absolventinnen bis zu 3 Jahren nach Absolvierung der Ausbildung. Ein gegensätzliches Bild ergibt sich, wenn man die prekären Beschäftigungsverhältnisse getrennt nach Geschlecht betrachtet: Während bei den Männern, zumindest bis zu 6 Jahren nach Ausbildungsabschluss, die Anteile an Beschäftigungen mit hoher Prekarität abnehmen, bei einer gleichzeitigen Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen mit

mittlerer Prekarität, entwickeln sich die Beschäftigungsverhältnisse der Frauen genau entgegengesetzt. Seit 1999 nehmen hier die Beschäftigungsverhältnisse mit mittlerer Prekarität ab, mit hoher Prekarität jedoch zu.

Der Anteil der Selbstständigen nimmt seit 1999 leicht zu, wie zu erwarten jedoch eher bei Personen, deren Ausbildungsabschluss schon weiter zurückliegt. Sowohl bei Frauen als auch bei den Männern lässt sich zudem seit der Jahrtausendwende ein Anstieg in der weiterführenden Ausbildung verzeichnen. Dies trifft vor allem auf Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen zu, deren dualer Ausbildungsabschluss nicht länger als 6 Jahre zurückliegt. Die Zunahme der Erwerbslosenanteile und der Rückgang vollwertiger Beschäftigungsverhältnisse seit 1999 könnten hierfür ein Auslöser sein. Dem Weg in eine weiter- oder umqualifizierende Ausbildung scheint somit eine ausgleichende Funktion unter widrigen Arbeitsmarktbedingungen zuzukommen.

C2.2 Alter, Geschlecht, Schulbildung und der Übergang in die Erwerbstätigkeit

In dem nun folgenden Abschnitt wird das Zusammenspiel zwischen Alter, Geschlecht, Schulbildung und Übergang in die Erwerbstätigkeit dargestellt. Die Analyse beschränkt sich dabei auf die Erhebungsjahre 2005 bis 2007 des Mikrozensus.

Untersucht man den beruflichen Status von jungen Fachkräften differenziert nach Alter und Zeitpunkt des Abschlusses, zeigt sich wie bereits in **→ Tabelle C2.1-1**, dass die Einmündung in das Erwerbsleben nach Beendigung einer dualen Ausbildung in hohem Maße geschlechtsspezifisch verläuft.

So liegt der männliche Anteil an Erwerbslosigkeit zu allen Zeitpunkten und Altersgruppen über der Erwerbslosenquote[324] der Frauen. Im Gegensatz hierzu münden Frauen schon in den ersten Jahren nach dem Abschluss deutlich häufiger als Männer in die Nichterwerbstätigkeit ein. Während unter Männern im Schnitt nur etwa 2 % zu den Nichterwerbspersonen zählen, sind es bei den Frauen je nach Altersgruppe und Zeitpunkt nach der Ausbildung zwischen 6 % und 20 %. Besonders mit zunehmendem Alter steigt dieser Anteil bei den Frauen stark an und ist zum überwiegenden Teil vermutlich der Familiengründung zuzuschreiben. Der Anteil an Erwerbslosigkeit ist bei den 30 bis 34 Jahre alten Absolventinnen im Gegensatz zu den jüngeren Altersgruppen 4 bis 6 und 7 bis 10 Jahre nach höchstem Abschluss relativ gering, dafür ist aber der Anteil an Nichterwerbspersonen am höchsten.

→ Tabelle C2.2-1 zeigt, dass sowohl das Alter als auch das Geschlecht der Absolventen/Absolventinnen mit dem Einmündungsverlauf nach Abschluss der Ausbildung zusammenhängen.

Bei Männern steigt der Anteil vollwertiger Beschäftigung mit zunehmendem Alter und weiter in die

324 Die Basis der Erwerbslosenquote bilden hier alle Absolventen/-innen und schließt damit auch Nichterwerbspersonen und Personen in weiterführender Ausbildung ein.

Tabelle C2.2-1: **Übergang in die Erwerbstätigkeit in den ersten 10 Jahren nach Beendigung der Ausbildung nach Alter und Geschlecht (in %)**

Geschlecht	beruflicher Status	0–3 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			4–6 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			7– 10 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss		
		Alter von … bis unter … Jahre			Alter von … bis unter … Jahre			Alter von … bis unter … Jahre		
		20–25	25–30	30–35	20–25	25–30	30–35	20–25	25–30	30–35
männlich	Erwerbslose	12,4 %	11,8 %	13,5 %	9,9 %	8,8 %	9,0 %	11,1 %	9,5 %	7,9 %
	vollwertig Beschäftigte	42,3 %	47,5 %	53,7 %	54,0 %	54,3 %	61,8 %	57,6 %	63,0 %	67,0 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	19,1 %	14,2 %	10,7 %	15,6 %	11,3 %	7,9 %	15,4 %	10,5 %	6,2 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	7,8 %	2,9 %	3,5 %	4,2 %	2,9 %	2,8 %	2,7 %	3,0 %	2,8 %
	Selbstständige	1,6 %	4,0 %	8,7 %	2,4 %	4,1 %	7,7 %	4,0 %	5,0 %	8,0 %
	Nichterwerbspersonen	2,4 %	1,4 %	2,1 %	1,9 %	2,0 %	2,1 %	1,8 %	1,7 %	1,8 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	14,2 %	18,1 %	7,8 %	12,0 %	16,5 %	8,7 %	7,5 %	7,4 %	6,4 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
weiblich	Erwerbslose	10,4 %	9,9 %	10,6 %	7,6 %	6,2 %	6,4 %	8,0 %	7,3 %	5,9 %
	vollwertig Beschäftigte	44,2 %	44,2 %	43,9 %	50,4 %	50,0 %	45,6 %	46,7 %	48,8 %	48,0 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	16,2 %	12,3 %	8,5 %	13,2 %	10,0 %	9,5 %	15,0 %	10,5 %	9,1 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	8,1 %	7,6 %	11,0 %	8,1 %	7,1 %	8,5 %	8,3 %	9,5 %	10,3 %
	Selbstständige	1,0 %	2,1 %	6,2 %	1,6 %	2,0 %	5,1 %	2,2 %	2,2 %	3,6 %
	Nichterwerbspersonen	6,3 %	8,8 %	14,3 %	10,8 %	12,1 %	19,3 %	16,2 %	17,3 %	19,1 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	13,8 %	15,1 %	5,6 %	8,3 %	12,5 %	5,6 %	3,7 %	4,4 %	4,0 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
gesamt	Erwerbslose	11,5 %	11,0 %	12,5 %	8,9 %	7,5 %	7,9 %	9,8 %	8,5 %	6,9 %
	vollwertig Beschäftigte	43,2 %	46,0 %	50,1 %	52,4 %	52,2 %	54,9 %	52,8 %	56,3 %	57,4 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	17,8 %	13,4 %	9,7 %	14,5 %	10,7 %	8,6 %	15,4 %	10,5 %	7,6 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	8,0 %	5,1 %	6,4 %	6,0 %	5,0 %	5,3 %	5,0 %	6,0 %	6,6 %
	Selbstständige	1,3 %	3,1 %	7,6 %	2,0 %	3,1 %	6,5 %	3,1 %	3,7 %	5,8 %
	Nichterwerbspersonen	4,2 %	4,8 %	6,8 %	6,0 %	7,0 %	9,4 %	8,2 %	9,0 %	10,6 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	14,0 %	16,6 %	6,9 %	10,2 %	14,5 %	7,4 %	5,7 %	6,0 %	5,1 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle C2.2-2: **Übergang in die Erwerbstätigkeit in den ersten 10 Jahren nach Beendigung der Ausbildung nach Schulabschluss und Geschlecht (in %)**

Geschlecht	beruflicher Status	0–3 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			4–6 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			7–10 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss		
		Schulabschluss			Schulabschluss			Schulabschluss		
		Haupt-/ Volksschule	Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	Fach-/ Hochschulreife	Haupt-/ Volksschule	Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	Fach-/ Hochschulreife	Haupt-/ Volksschule	Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	Fach-/ Hochschulreife
männlich	Erwerbslose	18,4 %	11,9 %	5,2 %	13,4 %	9,1 %	3,7 %	11,6 %	8,8 %	4,2 %
	vollwertig Beschäftigte	46,7 %	45,1 %	37,2 %	58,7 %	59,8 %	40,7 %	66,5 %	65,5 %	55,2 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	18,1 %	19,9 %	13,2 %	15,0 %	14,1 %	6,3 %	9,4 %	10,8 %	5,6 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	7,7 %	7,5 %	3,9 %	4,0 %	3,5 %	2,2 %	3,7 %	2,7 %	2,0 %
	Selbstständige	1,6 %	2,4 %	3,5 %	3,3 %	4,0 %	4,2 %	4,5 %	6,3 %	7,4 %
	Nichterwerbspersonen	2,0 %	2,0 %	3,1 %	2,3 %	1,6 %	2,1 %	2,0 %	1,4 %	1,7 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	5,6 %	11,1 %	33,9 %	3,3 %	7,8 %	40,7 %	2,3 %	4,5 %	23,8 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
weiblich	Erwerbslose	19,4 %	11,1 %	4,6 %	11,8 %	6,9 %	3,5 %	10,0 %	7,4 %	2,8 %
	vollwertig Beschäftigte	36,5 %	46,4 %	43,6 %	38,7 %	55,0 %	47,7 %	36,3 %	51,7 %	52,9 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	14,3 %	16,0 %	14,5 %	13,2 %	11,9 %	8,3 %	10,8 %	10,9 %	8,0 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	10,9 %	8,6 %	5,8 %	11,4 %	8,0 %	4,7 %	13,8 %	9,4 %	6,7 %
	Selbstständige	1,4 %	1,4 %	1,5 %	2,0 %	2,1 %	2,4 %	2,2 %	2,5 %	3,3 %
	Nichterwerbspersonen	11,0 %	6,7 %	5,0 %	20,4 %	11,8 %	8,0 %	26,0 %	16,1 %	14,1 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	6,5 %	9,8 %	25,0 %	2,6 %	4,4 %	25,6 %	1,0 %	2,0 %	12,1 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
gesamt	Erwerbslose	18,7 %	11,5 %	4,9 %	12,9 %	8,0 %	3,6 %	11,1 %	8,0 %	3,4 %
	vollwertig Beschäftigte	43,4 %	45,7 %	40,8 %	51,9 %	57,4 %	44,5 %	55,7 %	58,3 %	53,9 %
	Beschäftigte mit mittlerer Prekarität	16,9 %	18,1 %	13,9 %	14,4 %	13,0 %	7,4 %	9,9 %	10,8 %	7,0 %
	Beschäftigte mit hoher Prekarität	8,8 %	8,1 %	5,0 %	6,5 %	5,8 %	3,5 %	7,3 %	6,1 %	4,7 %
	Selbstständige	1,5 %	1,9 %	2,4 %	2,9 %	3,0 %	3,2 %	3,7 %	4,4 %	5,1 %
	Nichterwerbspersonen	5,0 %	4,3 %	4,1 %	8,4 %	6,8 %	5,3 %	10,6 %	9,0 %	8,9 %
	Personen in weiterführender Ausbildung	5,8 %	10,4 %	29,0 %	3,0 %	6,1 %	32,4 %	1,8 %	3,2 %	17,0 %
	Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Vergangenheit rückendem Ausbildungsabschluss kontinuierlich an. Damit einhergehend sinken bei den Männern die Anteile in prekärer Beschäftigung im Zeitverlauf. Abgesehen vom Anteil der Nichterwerbspersonen, hat das Alter bei Männern in jeder zeitlichen Periode nach dem Abschluss einen erkennbaren Einfluss. Der Anteil der Männer, die eine weitere Ausbildung beginnen, nimmt mit zunehmendem Alter und mit höherem zeitlichem Abstand zur ersten Ausbildung stark ab.

Bei den Frauen sind diese Zusammenhänge insgesamt weniger stark ausgeprägt. Bei ihnen übersteigt das Niveau vollwertiger Beschäftigung 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss nur leicht die Ausgangswerte, und sobald die Ausbildung länger als 6 Jahre zurückliegt, sinken die Anteile zum Teil leicht. Das Alter scheint in diesem Zusammenhang keine große Rolle zu spielen. Deutliche Tendenzen sind bei prekären Beschäftigungen zu erkennen. Jüngere Frauen sind, unabhängig vom Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses, anteilsmäßig eher in Beschäftigungsverhältnissen mit mittlerer Prekarität vertreten. In entgegengesetzter Richtung verhält es sich bei Erwerbstätigkeit in hochprekärer Beschäftigung: Hier weisen ältere Frauen die größeren Anteilswerte auf. Auch die Anteile der Frauen, die in Nichterwerbstätigkeit oder in weiterführende Ausbildung einmünden, weisen klare Tendenzen aus. Während Erstere bei ansteigendem Alter und zunehmendem zeitlichen Abstand zur Ausbildung bis auf das Doppelte zunehmen, werden diejenigen Frauen, die sich in einer weiteren beruflichen Qualifikationsphase befinden, mit dem Alter erwartungsgemäß weniger.

Sehr viel eindeutiger als das Alter wirkt sich der allgemeinbildende Schulabschluss der Absolventen/Absolventinnen dualer Ausbildungen auf deren späteren beruflichen Erfolg aus. Effekte, die durch das Alter auftreten, können zumindest teilweise auf den Schulabschluss zurückgeführt werden, da die verschiedenen Abschlüsse mit unterschiedlichen Bildungszeiten verbunden sind. Ein höherer schulischer Abschluss birgt in jeder Phase des Übergangs von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit Vorteile. Dieser allgemeine Befund gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

Wie aus → **Tabelle C2.2-2** hervorgeht, sinken mit höherwertigen Schulabschlüssen die Risiken beim Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben teilweise drastisch. Besonders eine (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung geht mit einer weitestgehend unproblematischen Einmündung ins Erwerbssystem einher. Als sehr anschaulicher Indikator für den positiven Effekt eines mittleren oder höheren Schulabschlusses dient der Anteil der Absolventengruppen an der Erwerbslosigkeit: In jeder Übergangsphase ist das Risiko von Erwerbslosigkeit geringer, je höher der höchste schulische Abschluss der dual ausgebildeten Personen ist. Obwohl bei allen Personen die Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosigkeit mit dem zeitlichen Abstand zur Ausbildung erkennbar abnimmt, bleiben auch nach 10 Jahren durch die Schulbildung bedingte Niveauunterschiede bestehen. Bei den Männern aber verringern sich diese Unterschiede, je weiter der duale Ausbildungsabschluss zurückliegt. Haben Hauptschulabsolventen im Vergleich zu Absolventen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss der Ausbildung noch das etwa 3,5-fache Risiko[325], erwerbslos zu sein, sinkt diese Relation nach 7 bis 10 Jahren auf das 2,8-Fache. Bei den Frauen hat der Schulabschluss sogar eine noch stärkere Bedeutung. So hat eine Frau mit Haupt-/Volksschulabschluss gegenüber einer Frau mit (Fach-)Hochschulreife bis 3 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss das 4,2-fache Risiko, erwerbslos zu werden. 4 bis 6 bzw. 7 bis 10 Jahre nach beruflichem Abschluss sinkt aber auch hier das Risiko auf das 3,4- bzw. 3,6-Fache. Neben dem Risiko der Erwerbslosigkeit geht mit einem höheren Schulabschluss auch der Anteil an prekärer Beschäftigung zurück. Dies betrifft vor allem Absolventen/Absolventinnen mit (Fach-)Hochschulreife: Ihr Anteil an Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigung liegt unabhängig vom zeitlichen Abstand zum Berufsabschluss sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen immer unter dem Anteil der Personen mit einem niedrigeren allgemeinen Schulabschluss.

325 Das Risiko wird über das sogenannte „Risk-Ratio" berechnet. Dabei wird der Anteil der Erwerbslosen in der einen Gruppe ins Verhältnis zum Anteil der Erwerbslosen in der anderen Gruppe gesetzt. In diesem Fall also 0,184/0,052 = 3,54.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Ausbildungsabschluss das Ausmaß vollwertiger Erwerbstätigkeit bei Männern steigt.[326] Bei den Frauen ist in erster Linie die äußerst geringe Erwerbsbeteiligung von Hauptschulabsolventinnen auffällig. Bei beiden Geschlechtern zeigt sich für Absolventen/Absolventinnen mit (Fach-)Hochschulreife neben geringeren Anteilswerten in der Erwerbslosigkeit und in prekären Beschäftigungsverhältnissen eine deutlich höhere Neigung, einen weiteren beruflichen Abschluss oder ein Studium anzustreben.

C2.3 Erlernter Beruf und Prekarität

Nach einer allgemeinen Betrachtung des Übergangs in die Erwerbstätigkeit dual Ausgebildeter in den Jahren 1995 bis 2007 wird nun der Fokus auf die Art der Beschäftigung nach erlerntem Beruf gelegt. Hierzu werden 16 Ausbildungsfelder nach der Berufsfelddefinition von Tiemann u. a. (2008) genauer betrachtet.[327] Es handelt sich dabei um diejenigen Berufsfelder, in welchen nach der „Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder“ vom 31.12.2001 über 88 % der Auszubildenden ausgebildet worden sind.[328] Eine genaue Klassifizierung des erlernten Berufes ist im Mikrozensus erst seit dem Erhebungsjahr 2005 möglich, sodass sich die nun folgenden Darstellungen, wie in → **Kapitel C2.2**, auf die Berichtsjahre 2005 bis 2007 beschränken. Um Verzerrungen zu vermeiden, werden zudem nur duale Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen betrachtet, die einen allgemeinen Schulabschluss aufweisen, nicht selbstständig sind und sich in keiner Weiterbildung befinden.

→ **Tabelle C2.3-1** zeigt, dass die Erwerbslosigkeit bis 3 Jahre nach beruflichem Abschluss noch bei durchschnittlich 14,9 % liegt, mit größerem Abstand zur Ausbildung zurückgeht und sich danach nur wenig verändert. Sie liegt sowohl 4 bis 6 Jahre als auch 7 bis 10 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss bei jeweils ca. 10 %. Von Erwerbslosigkeit scheinen in allen Zeiträumen nach beruflichem Abschluss vor allem „Köchinnen und Köche“ sowie „Bauberufe, Holz-, Kunstoffbe- und -verarbeitung“ betroffen zu sein.

326 Dies könnte aber auch durch unterschiedliche Arbeitsmarktbedingungen in den verschiedenen Absolventenkohorten verursacht werden.

327 Mit Ausbildungsfeld wird das Äquivalent zu den bereits in → **Kapitel C1** genannten Berufsfeldern auf Ausbildungsebene bezeichnet. Die Zuordnung der Berufsordnungen zu homogenen Ausbildungsfeldern ist exakt gleich den Zuordnungen der Berufsordnungen zu den Berufsfeldern. Die begriffliche Differenzierung wird lediglich getroffen, um zwischen Ausbildungsberuf und Erwerbsberuf unterscheiden zu können.

328 Es wurde die Verteilung der Auszubildenden zum 31.12.2001 herangezogen, da in der in → **Kapitel C3** verwendeten IAB-Beschäftigtenstichprobe die Verläufe der Absolventen/-innen des Abschlussjahrgangs 2001 analysiert werden. Dabei ist anzumerken, dass die Verteilung der Ausbildungsabsolventen/-innen über die Berufsfelder in den letzten zehn Jahren keinen so großen Schwankungen unterlag, dass einzelne Berufsfelder aus diesen ausgewählten Berufsfeldern herausgefallen wären oder in diese hätten aufgenommen werden müssen.

Tabelle C2.3-1: **Übergang vom erlernten Beruf in die Erwerbstätigkeit in den 10 Jahren nach Beendigung der Ausbildung (in %)**

Ausbildungsfeld (erlernter Beruf)	Prekarität und Erwerbslosigkeit innerhalb der Ausbildungsfelder*											
	0–3 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss				4–6 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss				7–10 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			
	vollwertige Beschäftigung	mittlere Prekarität	hohe Prekarität	Erwerbslose	vollwertige Beschäftigung	mittlere Prekarität	hohe Prekarität	Erwerbslose	vollwertige Beschäftigung	mittlere Prekarität	hohe Prekarität	Erwerbslose
Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	41,4 %	19,2 %	14,0 %	25,4 %	55,2 %	22,0 %	6,8 %	16,0 %	57,5 %	13,2 %	12,1 %	17,1 %
Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	54,1 %	22,7 %	7,6 %	15,6 %	68,6 %	16,0 %	2,9 %	12,5 %	73,8 %	11,5 %	3,3 %	11,4 %
Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	60,8 %	24,7 %	5,8 %	8,8 %	77,9 %	11,3 %	2,3 %	8,6 %	84,5 %	6,8 %	1,7 %	7,0 %
Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	56,2 %	21,8 %	7,9 %	14,1 %	68,3 %	19,9 %	3,7 %	8,1 %	77,7 %	11,5 %	2,5 %	8,3 %
Elektroberufe	59,5 %	22,4 %	6,5 %	11,6 %	74,1 %	15,3 %	3,0 %	7,6 %	81,4 %	9,4 %	2,2 %	7,1 %
Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	49,4 %	24,0 %	9,5 %	17,2 %	60,1 %	19,6 %	8,8 %	11,5 %	55,8 %	19,5 %	14,3 %	10,3 %
Köchinnen und Köche	39,2 %	24,0 %	13,1 %	23,8 %	51,6 %	20,3 %	8,8 %	19,3 %	56,1 %	18,2 %	7,0 %	18,7 %
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	43,9 %	19,7 %	10,2 %	26,2 %	55,2 %	17,4 %	6,4 %	21,0 %	63,6 %	13,2 %	5,7 %	17,4 %
Verkaufsberufe (Einzelhandel)	43,0 %	17,1 %	16,5 %	23,4 %	45,9 %	16,8 %	18,5 %	18,9 %	47,2 %	16,9 %	19,2 %	16,8 %
Groß-, Einzelhandelskaufleute	55,6 %	19,5 %	10,8 %	14,2 %	67,4 %	14,4 %	8,5 %	9,7 %	69,7 %	10,6 %	9,7 %	10,1 %
Bank-, Versicherungsfachleute	76,1 %	15,0 %	3,7 %	5,2 %	86,3 %	8,2 %	2,7 %	2,8 %	87,7 %	6,3 %	3,0 %	3,1 %
Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	66,9 %	18,0 %	5,4 %	9,7 %	77,4 %	9,5 %	5,9 %	7,2 %	75,4 %	11,4 %	6,1 %	7,2 %
Kaufmännische Büroberufe	57,9 %	18,7 %	8,0 %	15,4 %	71,3 %	12,2 %	6,8 %	9,7 %	72,2 %	10,3 %	8,7 %	8,9 %
Gesundheitsberufe ohne Approbation	59,8 %	19,8 %	11,3 %	9,1 %	74,8 %	11,6 %	8,4 %	5,3 %	70,2 %	11,8 %	12,2 %	5,7 %
Berufe in der Körperpflege	40,6 %	26,6 %	13,8 %	19,1 %	41,5 %	31,2 %	15,5 %	11,8 %	42,7 %	25,9 %	17,9 %	13,4 %
Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	43,0 %	21,5 %	14,9 %	20,6 %	50,9 %	18,7 %	14,1 %	16,3 %	54,1 %	15,9 %	13,0 %	16,9 %
Dual Ausgebildete in restlichen Berufsfeldern	56,2 %	20,4 %	9,9 %	13,5 %	71,3 %	12,5 %	6,6 %	9,6 %	73,9 %	9,3 %	7,4 %	9,4 %
Gesamt	55,0 %	20,4 %	9,6 %	14,9 %	67,6 %	14,5 %	7,1 %	10,8 %	70,4 %	11,4 %	7,8 %	10,3 %

* Ausbildungsfelder mit erhöhter Prekarität hellblau hinterlegt; Ausbildungsfelder mit geringer Prekarität hellgrün hinterlegt. Es handelt sich hier um Erwerbspersonen mit dualer Ausbildung, die einen Schulabschluss aufweisen, nicht selbstständig sind und sich in keiner Weiterbildung befinden.

Quelle: Mikrozensus 2005, 2006, 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle C2.3-2: **Verteilung der Geschlechter auf die Ausbildungsfelder**

Ausbildungsfeld (erlernter Beruf)	Verteilung der Geschlechter innerhalb der Ausbildungsfelder*		
	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	71,7 %	28,3 %	100,0 %
Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	99,1 %	0,9 %	100,0 %
Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	96,4 %	3,6 %	100,0 %
Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	97,5 %	2,5 %	100,0 %
Elektroberufe	96,1 %	3,9 %	100,0 %
Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	61,3 %	38,7 %	100,0 %
Köchinnen und Köche	69,6 %	30,4 %	100,0 %
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	95,3 %	4,7 %	100,0 %
Verkaufsberufe (Einzelhandel)	13,1 %	86,9 %	100,0 %
Groß-, Einzelhandelskaufleute	46,7 %	53,3 %	100,0 %
Bank-, Versicherungsfachleute	42,1 %	57,9 %	100,0 %
Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	39,2 %	60,8 %	100,0 %
Kaufmännische Büroberufe	26,2 %	73,8 %	100,0 %
Gesundheitsberufe ohne Approbation	13,7 %	86,3 %	100,0 %
Berufe in der Körperpflege	5,5 %	94,5 %	100,0 %
Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	20,1 %	79,9 %	100,0 %
Dual Ausgebildete in restlichen Berufsfeldern	56,0 %	44,0 %	100,0 %
Gesamt	54,5 %	45,5 %	100,0 %

* Ausbildungsfelder mit erhöhter Prekarität hellblau hinterlegt; Ausbildungsfelder mit geringer Prekarität hellgrün hinterlegt. Es handelt sich hier um Erwerbspersonen mit dualer Ausbildung, die einen Schulabschluss aufweisen, nicht selbstständig sind und sich in keiner Weiterbildung befinden.

Quelle: Mikrozensus 2005, 2006, 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Entwicklung der vollwertigen Beschäftigung steht hingegen im direkten Gegensatz zur Entwicklung der Erwerbslosigkeit. So erhöht sich der Anteil vollwertig Beschäftigter von 55,0% bis 3 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss auf 70,4% 7 bis 10 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Beschäftigungen mit mittlerer und hoher Prekarität ab (von 20,4% bzw. 9,6% auf 11,4% bzw. 7,8%).

Bei einer Betrachtung der einzelnen Ausbildungsfelder lassen sich zwei unterschiedliche Gruppen erkennen: zum einen die Berufe, bei denen der Anteil der vollwertigen Beschäftigung kontinuierlich auf über zwei Drittel zunimmt, je weiter der höchste berufliche Abschluss zurückliegt (in Tabelle C2.3-1 hellgrün hinterlegt), zum anderen jene Ausbildungsfelder, bei denen der Anteil der vollwertigen Beschäftigung nach einem anfänglichen Anstieg ab 4 Jahren nach Berufsabschluss die Zweidrittelmarke nicht übersteigt (in Tabelle C2.3-1 hellblau hinterlegt). Der Anteil der Erwerbslosen entwickelt sich dementsprechend: Bis auf das Ausbildungsfeld „Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen“ und die „Groß-, Einzelhandelskaufleute“ weisen alle Berufe mit einem Anteil vollwertiger Beschäftigung von über zwei Dritteln 7 bis 10 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss eine Erwerbslosenquote von unter 10% auf. Bei den Ausbildungsfeldern mit einem vollwertigen Beschäftigungsanteil von unter zwei Dritteln liegt hingegen auch der Anteil der Erwerbslosen immer über 10%.
Bei den eher als prekär einzustufenden Ausbildungsfeldern sind vor allem die „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“ und die „Berufe in der Körperpflege“ hervorzuheben. So haben sie – neben einer erhöhten Erwerbslosigkeit – mit 19,2% bzw. 17,9% unter allen Ausbildungsfeldern den höchsten Anteil an hoher

Prekarität und mit 47,2% und 42,7% den geringsten Anteil an vollwertiger Beschäftigung 7 bis 10 Jahre nach beruflichem Abschluss. „Berufe in der Körperpflege“ weisen zudem in allen Zeiträumen nach Ausbildungsabschluss den höchsten Anteil an mittlerer Prekarität auf.

In der als eher vollwertig beschäftigt zu bezeichnenden Gruppe (in Tabelle C2.3-1 hellgrün hinterlegt) sind vor allem die „Bank- und Versicherungskaufleute“ und die „Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen“ als Ausbildungsfelder zu nennen, welche selten prekärer Beschäftigung oder höherer Erwerbslosigkeit ausgesetzt sind. So sind die „Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen“ 7 bis 10 Jahre nach ihrem Abschluss in 84,5% der Fälle vollwertig beschäftigt, bei den „Bank- und Versicherungskaufleuten“ sind es sogar 87,7%. Absolventen/Absolventinnen im letztgenannten Ausbildungsfeld sind auch bereits bis 3 Jahre nach beruflichem Abschluss zu 76,1% nicht prekär beschäftigt. Dies sind rund 9 Prozentpunkte mehr als bei „Sonstigen kaufmännischen Berufen“, welche bis 3 Jahre nach Ausbildungsabschluss den zweithöchsten Anteil bei vollwertiger Beschäftigung aufweisen. Zudem scheint sich die Erwerbslosigkeit bei den „Bank- und Versicherungskaufleuten“ bereits 4 bis 6 Jahre nach beruflichem Abschluss bei 3% einzupendeln.

Da eine geschlechtliche Unterscheidung nach erlerntem Beruf und Prekarität der Beschäftigung aufgrund teilweise zu geringer Zellbesetzungen (insbesondere für Absolventinnen) nicht möglich ist, muss die Aufteilung der Ausbildungsfelder zwischen den Geschlechtern getrennt betrachtet werden. In → **Tabelle C2.3-2** ist zu erkennen, dass sich – mit Ausnahme der Ausbildungsfelder „Sonstige kaufmännische Berufe“ und den dual Ausgebildeten in den restlichen Ausbildungsfeldern – Frauen und Männer selten gleich auf die Ausbildungsfelder verteilen. So überwiegt in den besonders von prekärer Beschäftigung betroffenen Ausbildungsfeldern „Berufe in der Körperpflege“ und „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“ der Anteil der Frauen mit 94,5% bzw. 86,9%. Allerdings sind diese auch im Ausbildungsfeld „Bank- und Versicherungskaufleute“ mit 57,9% in der Mehrheit, wohingegen bei den „Industrie- und Werkzeugmechaniker/-innen“ die Männer mit 96,4% dominieren.

Eine eindeutige Einschätzung des Zusammenhangs zwischen der Prekarität eines Ausbildungsfeldes und dem Geschlecht der Ausgebildeten kann mittels eines Vergleiches der Tabellen C2.3-1 und C2.3-2 nicht vorgenommen werden. Betrachtet man jedoch die Zusammensetzung der Ausbildungsfelder nach höchstem Schulabschluss (Tabelle C2.3-3), so lässt sich eine Vermutung bezüglich der Einflussfaktoren von Präkarität aufstellen.[329]

In → **Tabelle C2.3-3** zeigt sich, dass im Durchschnitt der Anteil der Personen mit mittlerer Reife oder gleichwertigem Abschluss unter den dualen Ausbildungsabsolventen/-absoventinnen überwiegt (ca. 53%). Während in den weiter zurückliegenden Jahren, also 7 bis 10 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss,[330] der Anteil an Personen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss rund 12 Prozentpunkte über dem Anteil der Personen mit (Fach-)Hochschulreife lag (29,7% gegenüber 18,2%), reduzierte sich diese Differenz über die näher an den Erhebungszeitpunkten liegenden Abschlüsse auf knapp 7 Prozentpunkte (26,9% gegenüber 20%)

In den als prekär einzustufenden Ausbildungsfeldern „Verkaufsberufe (Einzelhandel)“ und „Berufe in der Körperpflege“ ist der Anteil der Personen mit (Fach-) Hochschulreife in allen Zeiträumen nie höher als 6,5%. In den „Verkaufsberufen (Einzelhandel)“ hat sich die Zusammensetzung nach Schulabschlussarten im Laufe der Zeit zugunsten der Haupt-/Volksschüler gegenüber den Absolventen mit mittlerer Reife gewandelt. So beträgt bei Absolventen/Absolventinnen bis 3 Jahre nach höchstem beruflichem Abschluss der Anteil der Haupt-/Volksschüler 50,8% (mittlere Reife: 43,7%), bei Absolventen/Absolventinnen 7 bis 10 Jahre nach beruflichem Abschluss sind es jedoch nur 45,6% (mittlere Reife: 50,4%). Bei den „Berufen in der Körperpflege“ verhält es sich genau andersherum, hier hat der Anteil der Absolventen mit mittlerer Reife oder vergleichbarem Abschluss gegenüber den Volks-/Hauptschulabsolventen im Laufe der Zeit zugenommen.

---

329 Eine gemeinsame, aussagekräftige Betrachtung von Geschlecht bzw. Schulbildung und Prekarität des Ausbildungsfeldes innerhalb einer Kreuztabelle lässt sich leider aufgrund zu geringer Fallzahlen in einigen Teilbereichen nicht durchführen.

330 Aufgrund der Erhebungszeitpunkte 2005 bis 2007 handelt es sich hierbei um Ausbildungsabsolventen der Jahre 1995 bis 2002.

Tabelle C2.3-3: **Verteilung der Schulabschlüsse auf die Ausbildungsfelder (in %)**

Ausbildungsfeld (erlernter Beruf)	Anteile der Schulabschlüsse innerhalb der Ausbildungsfelder*								
	0–3 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			4–6 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss			7–10 Jahre nach höchstem beruflichen Abschluss		
	Haupt-/ Volksschule	Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	Fach-/ Hochschulreife	Haupt-/ Volksschule	Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	Fach-/ Hochschulreife	Haupt-/ Volksschule	Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	Fach-/ Hochschulreife
Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	44,7 %	46,2 %	9,1 %	45,6 %	48,3 %	6,1 %	42,6 %	48,1 %	9,3 %
Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	51,9 %	44,7 %	3,3 %	47,2 %	48,8 %	4,0 %	49,3 %	46,8 %	3,9 %
Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	35,5 %	57,6 %	7,0 %	36,9 %	54,8 %	8,2 %	42,0 %	49,9 %	8,1 %
Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	44,5 %	49,9 %	5,5 %	48,9 %	46,0 %	5,1 %	50,9 %	44,7 %	4,4 %
Elektroberufe	21,9 %	65,1 %	13,0 %	24,2 %	60,1 %	15,8 %	25,4 %	61,4 %	13,3 %
Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	58,4 %	38,9 %	2,7 %	59,0 %	36,5 %	4,4 %	59,2 %	37,5 %	3,3 %
Köchinnen und Köche	35,8 %	57,9 %	6,3 %	38,0 %	55,8 %	6,2 %	46,8 %	46,4 %	6,8 %
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	58,0 %	38,1 %	3,8 %	53,4 %	43,0 %	3,7 %	53,3 %	43,0 %	3,7 %
Verkaufsberufe (Einzelhandel)	50,8 %	43,7 %	5,5 %	47,7 %	48,6 %	3,6 %	45,6 %	50,4 %	4,1 %
Groß-, Einzelhandelskaufleute	22,8 %	55,6 %	21,5 %	22,1 %	56,3 %	21,5 %	21,3 %	56,0 %	22,7 %
Bank-, Versicherungsfachleute	2,0 %	38,6 %	59,4 %	2,2 %	39,0 %	58,8 %	2,8 %	41,9 %	55,3 %
Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	6,6 %	42,9 %	50,6 %	6,0 %	44,4 %	49,6 %	7,6 %	47,4 %	45,0 %
Kaufmännische Büroberufe	9,5 %	58,5 %	32,0 %	9,5 %	60,4 %	30,1 %	10,3 %	58,5 %	31,2 %
Gesundheitsberufe ohne Approbation	16,4 %	60,9 %	22,6 %	15,6 %	62,9 %	21,5 %	19,8 %	60,6 %	19,6 %
Berufe in der Körperpflege	43,6 %	51,0 %	5,4 %	41,5 %	51,9 %	6,5 %	53,1 %	43,0 %	3,9 %
Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	26,6 %	56,4 %	17,0 %	27,0 %	54,4 %	18,6 %	30,9 %	49,5 %	19,7 %
Dual Ausgebildete in restlichen Berufsfeldern	20,0 %	53,7 %	26,3 %	20,3 %	52,6 %	27,1 %	23,6 %	52,9 %	23,4 %
Gesamt	26,9 %	53,1 %	20,0 %	27,2 %	53,2 %	19,6 %	29,7 %	52,0 %	18,2 %

* Ausbildungsfelder mit erhöhter Prekarität hellblau hinterlegt; Ausbildungsfelder mit geringer Prekarität hellgrün hinterlegt. Es handelt sich hier um Erwerbspersonen mit dualer Ausbildung, die einen Schulabschluss aufweisen, nicht selbstständig sind und sich in keiner Weiterbildung befinden.

Quelle: Mikrozensus 2005, 2006, 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Dominant ist der Anteil der Personen mit (Fach-) Hochschulreife in den Ausbildungsfeldern „Bank-/ Versicherungsfachleute“ und in den „Sonstigen kaufmännischen Berufen“. Je nach zurückliegendem Abschlussjahr liegt hier der Anteil zwischen 59,4% und 55,3% bzw. 50,6% und 45,0%. Beide Ausbildungsfelder zeichnen sich durch ihren hohen Anteil an vollwertiger Beschäftigung aus, wobei besonders das Ausbildungsfeld „Bank- und Versicherungsfachleute“ hervorzuheben ist, das auch in allen Zeiträumen nach beruflichem Abschluss den höchsten Anteil an Personen mit (Fach-)Hochschulreife aufweist. Im ebenfalls als nicht prekär zu bezeichnenden Ausbildungsfeld der „Industrie- und Werkzeugmechaniker/-innen“ überwiegt hingegen in allen Zeiträumen der Anteil der Personen mit mittlerer Reife. Personen mit (Fach-)Hochschulreife stellen hier sogar den geringsten Anteil dar (zwischen 7,0% und 8,2%).

Zusammenfassend ist bei einem Vergleich von Tabelle C2.3-2 und Tabelle C2.3-3 erkennbar, dass sich ein hoher Anteil an Personen mit (Fach-)Hochschulreife innerhalb eines Ausbildungsfeldes in einer erhöhten Quote vollwertiger Beschäftigung innerhalb dieses Ausbildungsfeldes niederschlägt. Dies ist jedoch keine Voraussetzung für eine vollwertige Beschäftigung. So ist es, wie beispielsweise im Ausbildungsfeld „Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen“, auch durchaus möglich, dass dual ausgebildete Absolventen/-innen größtenteils nicht prekär beschäftigt sind, obwohl sie überwiegend über keine (Fach-)Hochschulreife verfügen.

C3 Integrierte, prekäre und entkoppelte Berufseinstiegsverläufe

Die Daten der IAB-Beschäftigtenstichprobe 2004 E umfassen Angaben zur Beschäftigung über Meldungen der Sozialversicherung sowie zur Arbeitslosigkeit über die amtliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Hiermit kann die Berufseinstiegsphase von Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen nachvollzogen werden. Denn im Unterschied zu den vorherigen Analysen werden hier nicht nur einzelne Zeitpunkte analysiert, sondern der gesamte Prozess des Berufseinstiegs. Die Untersuchung des individuellen Berufsverlaufs ist möglich, da der Datensatz auf tagesgenauen Meldungen beruht. Denn eine Analyse von Zuständen zu bestimmten Zeitpunkten gibt nur begrenzt Aufschluss zur Beurteilung der beruflichen Integration. So kann sich nach einer Phase der Sucharbeitslosigkeit eine integrierte Beschäftigung anschließen. Es ist aber auch möglich, dass einer Übernahmephase, wie sie zum Teil auch in Ausbildungstarifverträgen festgeschrieben ist, eine längere Periode von Arbeitslosigkeit folgt. Bei der Untersuchung des Berufseinstiegsverlaufs wird daher auch die Abfolge der Zustände berücksichtigt.

E IAB-Beschäftigtenstichprobe

Die Ergebnisse basieren auf der IAB-Beschäftigtenstichprobe 2004. Diese enthält Meldungen der Bundesagentur für Arbeit und der Sozialversicherung aus den Jahren 1975 bis 2004 und beinhaltet u. a. Informationen über Qualifikation, Erwerbsstatus, Einkommen sowie Sektoren- und Regionenzugehörigkeit. Dieser Datensatz wurde 2008 veröffentlicht, da Aufbereitung, Stichprobenziehung und vor allem Anonymisierung der Daten sehr aufwendig sind.

Im Datensatz können 4.940 erfolgreiche Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung 2001 identifiziert werden. Es ist sowohl der Status „Auszubildende“ erfasst, als auch der Ausbildungsabschluss. Die berufliche Entwicklung des Ausbildungsjahrgangs 2001 kann bis 3 Jahre nach Ausbildungsabschluss untersucht werden.

Die Meldungen beziehen sich lediglich auf den Teil der Absolventen/Absolventinnen, der zum entsprechenden Zeitpunkt einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht oder Leistungen der Bundesagentur für Arbeit empfängt. Dies trifft vor allem auf Wehr-/Zivildienstleistende nicht zu, aber z. B. auch nicht auf Beamte, Selbstständige, Studierende oder Personen in Familienarbeit.

Um eine vertiefende Einsicht in den Berufseinstieg der dualen Absolventen/Absolventinnen des Jahres 2001 zu gewinnen, werden die Meldungen nach Ausbildungsabschluss monatlich bis 3 Jahre danach analysiert. Zugleich wird sozialversicherungspflichtige Beschäftigung differenziert untersucht: als integrierte sowie als prekäre Beschäftigung (vgl. Castel 2000 und Kraemer/Speidel 2004). Kriterien für prekäre Beschäftigung sind bei der Analyse der IAB-Beschäftigtenstichprobe das Auftreten von Niedrigeinkommen und Leiharbeit. Aufgrund der Möglichkeit, einzelne Berufsverläufe detailliert zu verfolgen[331], und der unterschiedlichen Angaben im Datensatz wird hier der Begriff Prekarität nicht deckungsgleich mit den vorherigen Abschnitten verwendet. E

Es stellt sich die Frage, inwieweit junge Fachkräfte, die eine duale Ausbildung absolviert haben, von Prekarität und Entkopplung betroffen sind und welche Faktoren ihre berufliche Integration beeinflussen. Im Mittelpunkt steht dabei die Untersuchung des Berufsfelds der Ausbildung. Erfolg oder Misserfolg der beruflichen Integration haben Implikationen für die Attraktivität der Ausbildung in einem Berufsfeld.

E Gelungene, prekäre und entkoppelte Integration im Berufsverlauf

Der Prozesscharakter der IAB-Beschäftigtenstichprobe und die unterschiedlichen Angaben im Vergleich zum Mikrozensus legen eine andere Form der Operationalisierung nahe.

In einem ersten Schritt werden aber wie zuvor Zustände zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegt. Neben der Unterscheidung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit steht die interne Differenzierung von Beschäftigung im Mittelpunkt. Ist die Beschäftigung als integriert oder prekär zu bewerten? Wichtigstes Kriterium für prekäre Beschäftigung ist hier im Gegensatz zu den vorhergehenden Analysen das Niedrigeinkommen. Dieses wird definiert als Bruttoeinkommen unterhalb einer Grenze von zwei Dritteln des mittleren Werts (Median) der Einkommensverteilung der Absolventen/-innen dualer Ausbildung. Denn das Einkommen ist in der IAB-Beschäftigtenstichprobe sehr genau erfasst. Als weiterer Indikator wird die Leiharbeit herangezogen. Teilzeitbeschäftigung wird hier nicht per se als prekäre Beschäftigung gewertet, sondern ebenfalls nach dieser Einkommensgrenze bemessen. Andere Indikatoren prekärer Beschäftigung wie befristete Beschäftigung sind nicht direkt im Datensatz enthalten.

Eine Betrachtung des gesamten Berufseinstiegsprozesses ermöglicht eine umfassendere Bewertung beruflicher Integration. Zum einen können kurze Phasen von (Such-) Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung relativiert werden, zum anderen können instabile Berufsverläufe in die Zone der Prekarität einbezogen werden. Weiterhin ist für die Einschätzung, ob ein Berufsverlauf prekär ist oder nicht, von Bedeutung, zu welchem Zeitpunkt Phasen prekärer Beschäftigung auftauchen und wie lange sie andauern. Auch Entkopplung kann bei der Analyse individueller Berufseinstiegsverläufe identifiziert werden, da das Auftreten und die Dauer von Arbeitslosigkeitsphasen genauer bestimmt werden können.

Um bei der Untersuchung des Berufseinstiegsverlaufs auch die Abfolge der Zustände einzubeziehen, erfolgt die Zuordnung der Berufsverläufe zu den Integrationstypen mittels Sequenzmusteranalyse E und inhaltlicher Kriterien. Dabei wird die rein quantitative Verteilung der Zustände, besonders in den letzten 14–18 Monaten des Untersuchungszeitraums, mit einbezogen. Zeigt sich hier eine eindeutige Tendenz, wird der entsprechende Zustand als dominant gewertet. Ein wichtiges Kriterium für eine gelungene Integration ist zusätzlich eine ununterbrochene Beschäftigungsphase von mindestens 15 Monaten. Kurze Beschäftigungsunterbrechungen zu Beginn werden als weniger gravierend betrachtet, als wenn diese gegen Ende des Untersuchungszeitraums auftauchen. Auf dieser Grundlage wird der gesamte Berufseinstiegsverlauf als integriert, prekär oder entkoppelt gewertet. Berufsverläufe, die weitgehend von Arbeitslosigkeit geprägt sind, gelten als entkoppelt (vgl. Castel 2000).

331 Bei der IAB-Beschäftigtenstichprobe handelt es sich um eine Längsschnittuntersuchung.

E Sequenzmusteranalyse

Die Sequenzmusteranalyse ermöglicht die Berechnung von Ähnlich- oder Unähnlichkeiten von Verläufen und die Gruppierung der Fälle auf dieser Grundlage. Eine Sequenz setzt sich aus einer Aneinanderreihung von Merkmalen, Zuständen oder Ereignissen zusammen, in diesem Fall den oben genannten beruflichen Zuständen. Zum Vergleich verschiedener Berufsverläufe wird die komplette Folge dieser Zustände (Sequenz) jeder Person mit denen aller anderen verglichen. Entscheidend ist dabei die Frage, wie groß der Aufwand ist, die Sequenz einer Person in die Sequenzen der anderen zu überführen. Je geringer der Aufwand, desto ähnlicher sind die Sequenzen (vgl. Schaeper 1999, Erzberger/Prein 1997).

Als integriert werden Berufsverläufe definiert, die entweder

- durchgehend von integrierter Beschäftigung geprägt sind,
- nach einer gewissen Phase der Sucharbeitslosigkeit integrierte Beschäftigung aufweisen,
- nur sehr wenige und eher kurze Unterbrechungen von ansonsten integrierter Beschäftigung zeigen,
- außer bis zu einem Jahr fehlender Angabe mit integrierter Beschäftigung verbunden sind, was auf eine Wehr- oder Zivildienstphase hindeutet,
- oder wenn nach einer länger andauernden beruflichen Integrationsphase weitere Ausbildungsphasen oder fehlende Meldungen folgen (hier könnten eher karrierefördernde Weiterbildungsphasen oder ein erfolgreicher Übergang in Selbstständigkeit vermutet werden, wenn ansonsten keine Anzeichen von Prekarität oder Arbeitslosigkeit im Berufsverlauf auftauchen).[332]

Nach diesen Kriterien kann bei 52 % der jungen Fachkräfte von einer gelungenen beruflichen Integration ausgegangen werden.

Dominiert Arbeitslosigkeit zumindest die zweite Hälfte der Berufseinstiegsphase, so werden die beruflichen Verläufe als entkoppelt eingestuft. Dies betrifft über 3 % der jungen Fachkräfte. Fast 11 % aller Berufsverläufe können nicht den beruflichen Integrationstypen zugeordnet werden, da fehlende Meldungen oder weitere Ausbildungszeiten vorherrschen.

Prekäre Berufsverläufe liegen vor, wenn

- sie von prekärer Beschäftigung dominiert sind, vor allem gegen Ende des Beobachtungszeitraums,
- vermeintlich integrierte Phasen häufig unterbrochen werden („unsteter Berufsverlauf“).

Danach kann die Berufseinstiegsphase von knapp 34 % der Absolventinnen und Absolventen als prekär bewertet werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Insgesamt können 52 % der Berufsverläufe als integriert bezeichnet werden. Immerhin über ein Drittel (34 %) muss als prekär bewertet werden. Der Anteil entkoppelter Berufsverläufe erscheint zwar gering (3 %), ist aber nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Ausbildung so nicht zu erwarten gewesen. Es zeigt sich daher, dass nach einer dualen Ausbildung nicht selbstverständlich von einer gelungenen Integration ausgegangen werden kann.

Hat man die Berufsverläufe eingeteilt in integrierte, entkoppelte und prekäre, kann man in einem weiteren Schritt bestimmen, welche Variablen die Zugehörigkeit zu diesen drei Kategorien beeinflussen. Dies wird mittels multinominaler logistischer Regression[333] berechnet. Als Einflussvariablen sind die Ausbildungsfelder, das Geschlecht, die Region (Ost/West) und die Schulbildung der Absolventen/Absolventinnen (Abitur ja/nein) von Interesse. Bei den vorliegenden Ausbildungsfeldern werden analog zu Kapitel C2

332 Aber auch wenn es sich um Wehr- oder Zivildienst oder eine kürzere Phase der Familienarbeit handeln sollte, dürfte die Wahrscheinlichkeit eines gelungenen Wiedereinstiegs relativ groß sein.

333 Eine Regression ermöglicht die Feststellung einer Beziehung zwischen unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable. In diesem Fall ist die abhängige Variable die Zugehörigkeit zu einer der drei Kategorien beruflicher Integration. Der Ausbildungsberuf, das Geschlecht, die Region und die Schulbildung werden als unabhängige Variablen auf ihren möglichen Einfluss untersucht. Bei der beruflichen Integration wird als Referenzkategorie „integriert“ gewählt. Diese Kategorie ist am stärksten besetzt und präsentiert am ehesten den „Normalzustand“. Bei den Ausbildungsfeldern bietet sich die zu „Sonstigen Berufen“ zusammengefasste Gruppe als Referenzkategorie an, da sie relativ groß ist und vor allem eine Zusammenfassung sehr unterschiedlicher Berufe repräsentiert. Bei den übrigen Variablen spielt die Wahl der Referenzkategorie keine Rolle, da es nur zwei Ausprägungen gibt.

aufgrund ihrer Besetzung 16 einzeln ausgewertet, die insgesamt 88 % der Absolventen/-innen umfassen. Die übrigen Ausbildungsfelder werden zu einer Restkategorie zusammengefasst.[334] Nicht alle Berufsgruppen aus der IAB-Beschäftigtenstichprobe lassen sich exakt den Ausbildungsfeldern (nach Tiemann u. a. 2008) zuordnen. Verteilt sich eine Berufsgruppe auf mehrere Ausbildungsfelder, so wird sie dem Ausbildungsfeld zugeordnet, das im Jahr 2001 mindestens 75 % aller Absolventen/-innen umfasste. Dies konnte über die Zahlen der Absolventen/Absolventinnen der einzelnen Ausbildungsberufe[335] errechnet werden.[336]

Im Folgenden wird der Effekt der einzelnen Kategorien der Variablen auf die berufliche Integration untersucht.[337] Zunächst werden Berufsverläufe daraufhin verglichen, ob sie von Entkopplung oder gelungener Integration bestimmt sind. Betrachtet man die Ausbildungsfelder → **Tabelle C3-1**, so zeigt sich vor allem im Bereich „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ ein höchst signifikant[338] erhöhtes Risiko beruflicher Desintegration. Signifikant größer ist diese Gefahr auch im Ausbildungsfeld „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“ und „Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen“. Bei den sonstigen kaufmännischen Berufen (ohne Groß- und Einzelhandel, Kreditgewerbe) erscheint die Gefahr beruflicher Desintegration gering zu sein, da in dieser Stichprobe keine/keiner der 80 Absolventen/-innen dieses Ausbildungsfelds dem entkoppelten Berufsverlauf zuzurechnen ist.[339]

Außerdem zeigt sich in Westdeutschland – höchst signifikant – eine geringere Wahrscheinlichkeit von Entkopplung als in Ostdeutschland und für junge Fachkräfte ohne Abitur ein signifikant höheres Risiko als für solche mit Abitur. Das Geschlecht hat allerdings keinen Einfluss darauf, ob Berufsverläufe entkoppelt sind oder nicht.

Als Nächstes werden prekäre und integrierte Berufsverläufe einander gegenübergestellt. Bei den Ausbildungsfeldern zeigt sich die Gefahr prekärer Integration in den ersten drei Berufsjahren höchst signifikant bei „Berufen in der Körperpflege“, aber auch bei „Köchen/-innen“ sowie in den Bereichen „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ und „Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau“. Eine hochsignifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit prekärer Integration zeigt sich in der „Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung“, bei den „Verkaufsberufen (Einzelhandel)“ und im Ausbildungsfeld „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“. Damit weisen die zwei signifikant stärker von Entkopplung betroffenen Bereiche „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ und „Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft“ auch eine größere Gefahr prekärer Berufsverläufe auf.

Dagegen ist die Wahrscheinlichkeit prekärer Integration bei „Bank- und Versicherungsfachleuten“ höchst signifikant und in den „Kaufmännischen Büroberufen“ hochsignifikant geringer. Bei diesen Berufsfeldern zeigte sich kein signifikanter Unterschied, dem entkoppelten Integrationstyp anzugehören. Demgegenüber weisen die „Sonstigen kaufmännischen Berufe (ohne Groß-/Einzelhandel, Kreditgewerbe)“ kein signifikant geringeres Risiko einer prekären Integration auf, obwohl sie in dieser Stichprobe von

---

334 Bei den Variablenhäufigkeiten sind 95 Zellen (29,9 %) unbesetzt, da sich einzelne Ausbildungsfelder vollständig auf Frauen oder Männer sowie auf junge Fachkräfte mit oder ohne Abitur verteilen. Die entsprechenden Parameterschätzer sind allerdings stabil, weshalb keine größeren Verzerrungen durch die gleichzeitige Verwendung der genannten erklärenden Variablen zu erwarten sind. Eine Ausnahme bilden allerdings die sonstigen kaufmännischen Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe) bezüglich Entkopplung.

335 Quelle: „Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder“ vom 31. 12. 2001.

336 Insgesamt zeigt sich ein Zusammenhang zwischen den genannten möglichen Einflussfaktoren und dem Grad beruflicher Integration. Das Pseudo-R-Quadrat von Cox und Snell liegt bei 0,121 ($Chi^2 = 570{,}02$). Die globale Nullhypothese wird mit dem Likelihood-Quotienten-Test deutlich zurückgewiesen, das heißt, der Einfluss der unabhängigen Variablen insgesamt ist tatsächlich höchst signifikant. Bei der Beurteilung der einzelnen Einflussvariablen zeigen sich höchst signifikante Effekte beim Ausbildungsfeld ($Chi^2 = 339{,}18$; Irrtumswahrscheinlichkeit $p = 0{,}000$), außerdem bei Region ($Chi^2 = 107{,}66$; $p = 0{,}000$) und Schulbildung ($Chi^2 = 14{,}30$; $p = 0{,}001$). Bei Geschlecht findet sich keine Signifikanz ($Chi^2 = 4{,}58$; $p = 0{,}101$).

337 Dies geschieht mithilfe des Exponentialkoeffizienten e^B, mit dem die einzelnen Kategorien der Variablen differenziert und die Richtung des Effekts bestimmt werden kann (Werte größer als 1 bedeuten, dass die jeweilige Personengruppe eher dieser Kategorie angehört, bei Werten kleiner als 1 ist es umgekehrt). Die Signifikanz wird über den Wald-Test bestimmt.

338 Als „höchst signifikant“ wird ein Zusammenhang bezeichnet, bei dem die Wahrscheinlichkeit eines Irrtums geringer als 0,1 % ist. Ist diese sogenannte Irrtumswahrscheinlichkeit geringer als 1 %, wird der Begriff „hochsignifikant“ genutzt, bei einfacher Signifikanz sind es 5 %,

339 Dies macht zwar aus mathematischen Gründen eine Berechnung der Wald-Statistik und der Signifikanz unmöglich, spricht aber dennoch für ein sehr geringes Risiko.

Tabelle C3-1: **Parameterschätzer beim Vergleich der Integrationstypen: Ausbildungsfeld, Geschlecht, Region und Schulabschluss**

	Entkoppelt vs. gelungene Integration			Prekäre vs. gelungene Integration		
	e	Wald	Signifikanz	e	Wald	Signifikanz
Ausbildungsfeld (Referenzkategorie: Sonstige Ausbildungsfelder)						
Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	1,734	0,683	0,408	2,271	11,059	0,001***
Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	2,237	3,988	0,046 *	0,994	0,001	0,971
Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	0,694	0,392	0,531	0,692	3,768	0,052
Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	0,732	0,284	0,594	0,978	0,015	0,901
Elektroberufe	1,133	0,068	0,795	0,866	0,654	0,419
Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	2,815	2,965	0,085	2,170	8,725	0,003**
Köche und Köchinnen	1,903	0,931	0,335	3,310	25,121	0,000***
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	6,037	31,497	0,000***	1,794	18,331	0,000***
Verkaufsberufe (Einzelhandel)	1,464	0,844	0,358	1,568	8,940	0,003**
Groß-, Einzelhandelskaufleute	1,499	0,888	0,346	0,958	0,067	0,795
Bank-, Versicherungsfachleute	0,914	0,018	0,894	0,451	11,797	0,001***
Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)****	0,000			0,812	0,597	0,440
Kaufmännische Büroberufe	0,616	1,488	0,222	0,707	7,325	0,007**
Gesundheitsberufe ohne Approbation	0,223	3,707	0,054	0,925	0,216	0,642
Berufe in der Körperpflege	1,189	0,026	0,872	10,694	66,616	0,000***
Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	2,853	5,202	0,023*	1,755	7,942	0,005**
Geschlecht (Referenzkategorie: weiblich)						
Männlich	0,775	1,021	0,312	0,827	4,098	0,043*
Region (Referenzkategorie: Ostdeutschland)						
Westdeutschland	0,340	36,567	0,000***	0,434	93,297	0,000***
Schulabschluss (Referenzkategorie: Abitur)						
Kein Abitur	3,911	6,362	0,012*	1,367	6,602	0,010**

Die Exponentialkoeffizienten e geben an, welchen Einfluss die jeweilige Kategorie, verglichen mit Referenzkategorie, auf die Zugehörigkeit zu einem Integrationstyp ausübt. Die Exponentialkoeffizienten geben den Faktor wieder, um den diese Kategorie das Wahrscheinlichkeitsverhältnis zwischen prekärer Integration bzw. Entkopplung und gelungener Integration verändert. Werte größer als 1 weisen auf eine im Vergleich zur Referenzgruppe höhere Chance hin, dem jeweiligen Integrationstyp (verglichen mit dem Typ der gelungenen Integration) anzugehören. Bei Werten kleiner als 1 ist die Chance geringer.

* Signifikanzniveau: $p < 0.05$; ** Signifikanzniveau: $p < 0.01$; *** Signifikanzniveau: $p < 0.001$

**** Bei den sonstigen kaufmännischen Berufen (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe) findet sich in der Stichprobe kein entkoppelter Berufsverlauf. Dies macht eine Berechnung von Wald und der Signifikanz unmöglich.

Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe 2004; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Entkopplung überhaupt nicht betroffen sind. Einige Berufsfelder unterscheiden sich daher grundlegend im Hinblick auf die Gefahr prekärer Integration und Entkopplung.

Im Übrigen tritt auch der prekäre Integrationstyp in Westdeutschland höchst signifikant seltener auf als in Ostdeutschland. Außerdem ist bei jungen Fachkräften ohne Abitur die Wahrscheinlichkeit von Prekarität signifikant größer als bei solchen mit Hochschulreife. Auch zeigt sich eine signifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit prekärer Integration bei Frauen. Dies kann mehrere Ursachen haben: eine direkte Diskriminierung von Frauen z. B. bei der Einkommenshöhe, ein größerer Anteil von Teilzeitbeschäftigung bei Familiengründung[340] oder eine weitere interne Differenzierung zwischen den einzelnen Berufen innerhalb der Ausbildungsfelder zuungunsten eher weiblich besetzter Berufe (vgl. Engelbrech/Nagel 2002).

Die Untersuchung von Berufsverläufen erlaubt im Gegensatz zur Analyse einzelner Zeitpunkte eine wesentlich genauere Bewertung beruflicher Integration. Das Ausmaß von prekären Berufseinstiegsverläufen zeigt sich deutlich. Zwar kann die Mehrheit der Berufsverläufe als integriert eingestuft werden, ein erstaunlich großer Anteil muss aber als prekär bewertet werden. Relativ wenige Berufsverläufe sind als entkoppelt zu charakterisieren, aber auch dieser Anteil ist für Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung überraschend hoch.

Junge Fachkräfte aus dem Ausbildungsfeld „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ sind nicht nur häufiger prekär integriert, sondern auch besonders oft entkoppelt. Dies deckt sich mit den deskriptiven Ergebnissen des vorherigen Abschnittes. Besonders bei „Berufen in der Körperpflege“, bei „Köchen/-innen“ und in den Bereichen „Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“ und „Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau“ sind die Absolventen/-innen relativ häufig prekär integriert.

Vor allem „Bank- und Versicherungsfachleute“, aber auch „Kaufmännische Büroberufe“ sind recht selten von Prekarität betroffen, sondern eher integriert. Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression stehen also größtenteils nicht im Widerspruch mit den in Kapitel C2.3 (vgl. Tabelle C2.3-1) beschriebenen Analysen, die anhand des Mikrozensus den Anteil vollwertiger Beschäftigung, Prekarität und Erwerbslosigkeit in den Ausbildungsfeldern beschreiben. Unabhängig davon zeigt sich bei Frauen eine erhöhte Gefahr prekärer Integration. Sowohl für die Vorhersage von Entkopplung als auch Prekarität haben Schulbildung und Region großes Gewicht.

340 Familiengründung dürfte in den ersten 3 Jahren nach Ausbildungsabschluss eine untergeordnete Rolle spielen. Laut Schaeper, die auch eine Sequenzmusteranalyse durchführte, wurde selbst im Verlaufstypus „frühe Mutterschaft“, der 9 % der Frauen umfasst, das erste Kind durchschnittlich nach 38 Monaten geboren (vgl. Schaeper 1999).

C4 Mögliche Entwicklungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse dualer Ausbildungsabsolventen

Geht man davon aus, dass eine prekäre Beschäftigung seitens der Arbeitgeber eher durchzusetzen ist, wenn das Angebot an ausgebildeten Arbeitskräften groß ist, so ist der Anteil der prekär Beschäftigten im Wesentlichen abhängig von der Konkurrenzsituation auf dem Bewerbermarkt. Um das Interesse an bestimmten Berufen und deren Stellenwert in der Wirtschaft abschätzen zu können, kann die durchschnittliche Vakanzzeit offener Stellen herangezogen werden. So kann davon ausgegangen werden, dass eine für längere Zeit unbesetzte Stelle darauf hindeutet, dass es für einen Arbeitgeber schwer ist, diese den Stellenanforderungen entsprechend adäquat zu besetzen. Umgekehrt kann davon ausgegangen werden, dass eine kurze Vakanzzeit die Folge einer erhöhten Konkurrenzsituation der Bewerber ist.

Betrachtet man die Situation der durchschnittlichen Vakanzzeit der offenen Stellen von 2000 bis 2007[341] → **Tabelle C4-1** in den 16 Berufsfeldern nach der Berufsfelddefinition von Tiemann u. a. (2008), so lässt sich erkennen, dass die durchschnittlichen Vakanzzeiten für alle 16 Berufsfelder seit dem Jahre 2000 relativ ähnlich verlaufen. So ist in den Jahren 2000 bis 2002 in allen Berufsfeldern ein Anstieg in der Vakanzzeit der offenen Stellen zu verzeichnen. Danach verkürzt sich diese aber wieder und erreicht in den Jahren 2004 bzw. 2005 den jeweiligen Tiefpunkt. Seit dem Jahre 2005 verlängert sich allerdings die durchschnittliche Vakanzzeit wieder in allen Berufsfeldern. Offene Stellen bleiben demnach eine längere Zeit unbesetzt. Dass die Vakanzzeit offener Stellen auch mit den Marktverhältnissen der Stellensuchenden zusammenhängt, zeigt sich auch bei Betrachtung von Tabelle C2.1-1. So zeigt sich dort, dass in den Jahren 2004 und 2005 die Erwerbslosigkeit insgesamt unter den dualen Ausbildungsabsolventen am höchsten war.

Betrachtet man die durchschnittlichen Vakanzzeiten nach Berufsfeldern, so fällt auf, dass längere Vakanzzeiten vor allem in dem als integriert geltenden Berufsfeld „Bank- und Versicherungsfachleute“ auftreten. Im Zeitverlauf eher kürzere Vakanzzeiten ergeben sich hingegen in den Berufsfeldern „Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau“ und von 2000 bis 2002 auch bei den „Bauberufen, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung“. Beide Berufsfelder wurden in den Kapiteln C2.3 und C3 als prekäre Beschäftigungsfelder identifiziert.

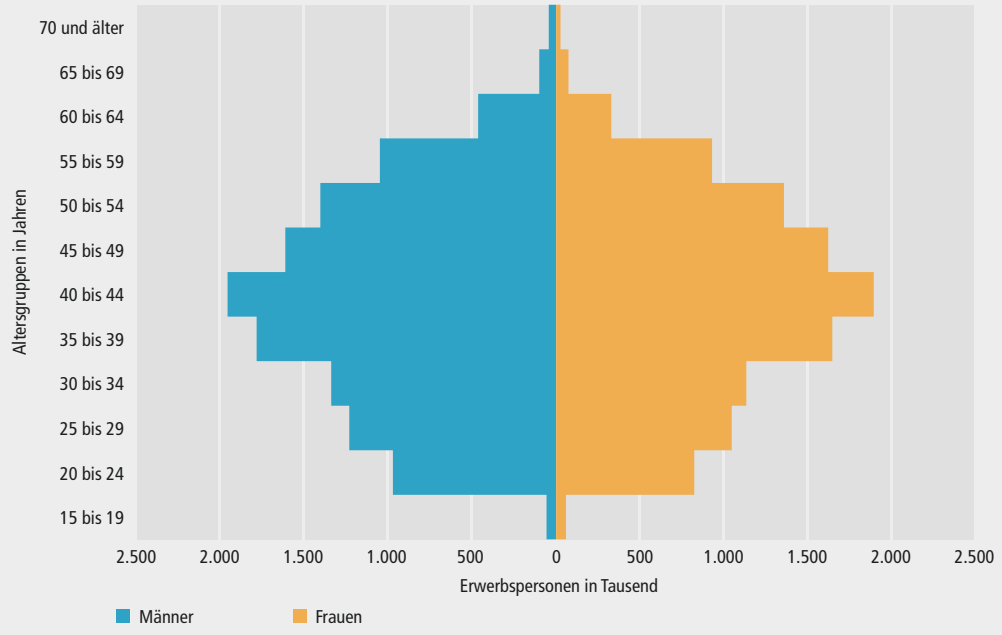
Ein Vergleich der Prekarität der Berufsfelder mit den durchschnittlichen Vakanzzeiten in diesen Berufsfeldern lässt vermuten, dass die Prekarität mit den Marktverhältnissen der Stellensuchenden zusammenhängen könnte. Geht man von einem solchen Zusammenhang aus, so kann man anhand der zukünftigen Entwicklung bei den Absolventen/Absolventinnen betrieblicher Ausbildungen abschätzen, inwieweit in Zukunft ein Risiko für prekäre Beschäftigung dual ausgebildeter Personen vorhanden ist. → **Schaubild C4-1** zeigt die Altersstruktur nach Geschlecht von Personen mit dualer Ausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung und berufsqualifizierendem Abschluss an Berufsfachschulen sowie Absolventen/-innen einjähriger Schulen des Gesundheitswesens im Jahre 2005, wie sie im Mikrozensus 2005 vorzufinden sind. Es handelt sich dabei um die Stufen 3B und 4 der „International Standard Classification of Education (ISCED)“ (vgl. Schroedter/Lecher/Lüttinger 2006, S. 19).

In → **Schaubild C4-2** ist die Altersstruktur dieser Absolventen/Absolventinnen im Jahre 2025 dargestellt.[342] Dabei wird erkennbar, dass neben einem allgemeinen Rückgang ausgebildeter Personen der ISCED-Stufen 3B und 4 sich vor allem die Altersstruktur dieser Personengruppe verändert. So stellt im Jahre 2005 die Alterskohorte der 40- bis 44-Jährigen den größten Anteil unter diesen Ausgebilde-

341 Die Vakanzzeiten wurden als ungewichteter Durchschnitt über die Dreisteller der Klassifikation der Berufe 1988 berechnet. Dadurch werden alle Berufe innerhalb eines Berufsfeldes, ungeachtet der jeweiligen Anzahl der ausgeschriebenen Stellen innerhalb der Berufsklassifikationen, als gleichwertig behandelt. Eine genauere Gewichtung der Vakanzzeiten anhand der Anzahl der tatsächlich ausgeschriebenen Stellen innerhalb eines Berufsfeldes war an dieser Stelle leider nicht möglich, da es sich um aggregierte Daten handelt.

342 Die Altersstruktur wurde mittels des BIBB-DEMOS-Modells fortgeschrieben. Eine genaue Beschreibung dieses Modells befindet sich in Drosdowski/Walter (2010).

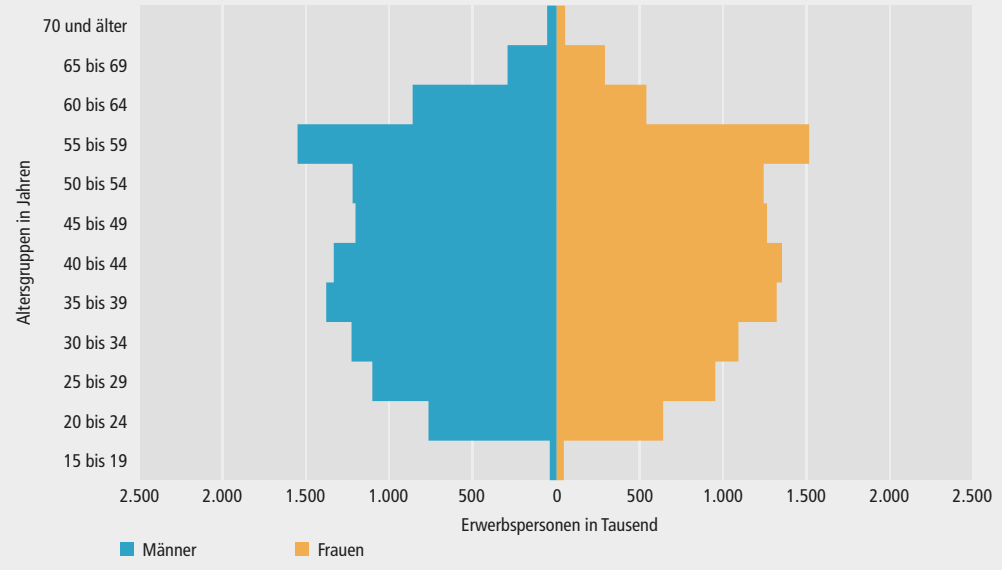
Schaubild C4-1: **Altersstruktur nach Geschlecht von Personen mit ISCED 3B und 4* im Jahre 2005**



* Die Stufen 3B und 4 der „International Standard Classification of Education (ISCED)" umfassen Personen mit dualer Ausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung und berufsqualifizierendem Abschluss an Berufsfachschulen sowie Absolventen/-innen einjähriger Schulen des Gesundheitswesens (vgl. Schroedter u. a. 2006, S. 19).

Quelle: Mikrozensen des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen mit BIBB-DEMOS-Modell

Schaubild C4-2: **Altersstruktur nach Geschlecht von Personen mit ISCED 3B und 4* im Jahre 2025**



* Die Stufen 3B und 4 der „International Standard Classification of Education (ISCED)" umfassen Personen mit dualer Ausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung und berufsqualifizierendem Abschluss an Berufsfachschulen sowie Absolventen/-innen einjähriger Schulen des Gesundheitswesens (vgl. Schroedter u. a. 2006, S. 19).

Quelle: Mikrozensen des Statistischen Bundesamtes, eigene Berechnungen mit BIBB-DEMOS-Modell

Tabelle C4-1: **Durchschnittliche Vakanzzeit der gemeldeten Stellen nach Berufsfeldern von 2000 bis 2007 in Tagen**

	Durchschnittliche Vakanzzeit* der gemeldeten Stellen in Tagen**							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	38	35	56	47	35	28	37	39
Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	48	55	70	61	48	50	66	82
Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	45	57	80	79	48	45	61	70
Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	55	61	65	74	43	51	59	67
Elektroberufe	62	76	93	71	48	52	59	76
Back- Konditor-, Süßwarenherstellung	40	45	59	47	33	32	43	48
Köchinnen und Köche	48	50	60	50	36	36	45	50
Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	36	38	50	48	35	38	56	73
Verkaufsberufe (Einzelhandel)	46	48	56	45	33	34	39	47
Groß-, Einzelhandelskaufleute	49	54	57	48	36	35	43	49
Bank-, Versicherungsfachleute	85	81	102	109	66	76	87	94
Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	52	54	60	51	42	40	50	59
Kaufmännische Büroberufe	55	59	66	54	35	35	41	48
Gesundheitsberufe ohne Approbation	47	55	68	63	42	37	43	48
Berufe in der Körperpflege	63	69	78	64	48	47	56	57
Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	46	52	62	51	41	40	46	57
Durchschnitt der Vakanzzeit über die 16 ausgewählten Berufsfelder	**51**	**56**	**68**	**60**	**42**	**42**	**52**	**60**

* Die Vakanzzeiten wurden als ungewichteter Durchschnitt über die Dreisteller der Klassifikation der Berufe 1988 berechnet.

** Sofern sich die Vakanzzeit in einem Berufsfeld oberhalb einer Standardabweichung der durchschnittlichen Vakanzzeit der ausgewählten 16 Berufsfelder befindet, ist das Feld hellgrün hinterlegt, befindet sich die Vakanzzeit unterhalb einer Standardabweichung von der durchschnittlichen Vakanzzeit ist das Feld grün hinterlegt.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ten dar. Im Jahre 2025 sind dies jedoch die 55- bis 59-Jährigen. Gleichzeitig verringert sich bis zum Jahre 2025 der Zuwachs aus den jüngeren Alterskohorten. Es werden in 15 Jahren also wesentlich weniger junge Absolventen dualer Ausbildungsrichtungen auf dem Bewerbermarkt miteinander konkurrieren. Sofern ein Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktsituation und der Prekarität der Beschäftigung besteht, ist es also durchaus möglich, dass prekäre Beschäftigungsverläufe in Zukunft rückläufig sind, da Arbeitgeber, bedingt durch den demografischen Wandel, Anreize setzen müssen, um neue Absolventen/-innen zu werben und langfristig an ihr Unternehmen zu binden. Eine gegenläufige Tendenz könnte sich allerdings in naher Zukunft ergeben, da sich etwaige Einflüsse der aktuellen Wirtschaftskrise in den Daten noch nicht widerspiegeln und im Moment noch ein Überangebot an dual Ausgebildeten besteht. Aber auch auf lange Sicht wäre es denkbar, dass ein Rückgang prekärer Beschäftigungsverhältnisse nur auf einige bestimmte Berufsfelder zutrifft, während prekäre Beschäftigungsverhältnisse in anderen Berufsfeldern in gleichem Maße bestehen bleiben oder sich sogar ausweiten.

(Ralf Dorau, Tobias Maier, Manuel Schandock)

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme und Modellinitiativen

Das Wichtigste in Kürze

Traditionelle Ziele beruflicher Bildung sind die Herstellung und Sicherung der Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems, die Abgleichung mit den Anforderungen des Beschäftigungssystems, die Lösung der Probleme des Zusammenwirkens von Ausbildungsmarkt und Beschäftigungssystem sowie die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe und Integration. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage an den Übergängen zwischen Schule und Ausbildungssystem (erste Schwelle), zwischen Ausbildungssystem und Beschäftigungssystem (zweite Schwelle) und zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung muss daher stetig angepasst und verbessert werden. Zudem ergeben sich immer neue Herausforderungen im Bereich der beruflichen Weiterbildung, die nicht zuletzt unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen" verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung treten.

Bund und Länder reagieren auf die sich hier ergebenden Problemfelder durch eine ganze Reihe von Programmen, in deren Mittelpunkt neben der Durchführung innovativer Projekte insbesondere die verbesserte Integration von benachteiligten Gruppen an der ersten und/oder zweiten Schwelle und die Förderung der Aus- und Weiterbildung in kleinen und mittleren Betrieben stehen.

Im nachfolgenden → **Kapitel D1** wird ein umfassender Überblick über die Programme zur Förderung der Berufsausbildung der beteiligten Bundes- und Länderministerien sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Integrationsämter gegeben. Die einzelnen Fördermöglichkeiten unterscheiden sich durch die initiierende und/oder durchführende Organisation. Zudem findet sich eine Vielfalt von Finanzierungsformen. Einige Programme werden aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert, andere wiederum aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Auch eine Mischung dieser beiden sowie weiterer Finanzierungsformen (z. B. Mittel der BA, kommunale Mittel, Eigenmittel von Projektträgern) ist möglich. Zudem handelt es sich sowohl um Programme im Bereich gesetzlicher Aufgaben nach dem BBiG als auch um zeitlich begrenzte Programme.

Ergänzt wird diese Zusammenstellung von Förderaktivitäten auf Bundes- und Länderebene in → **Kapitel D2** um die exemplarische Darstellung von Modellversuchen, Pilotinitiativen und aktuellen Innovationsfeldern der Berufsbildungspraxis. Zum einen handelt es sich hier um den bereits weit vor der ersten Schwelle ansetzenden Schwerpunkt zur „Förderung der Berufsorientierung", über dessen Verlängerung in diesem Jahr entschieden werden muss. Zum anderen finden sich in diesem Kapitel die durchaus auch über die zweite Schwelle hinausgehende Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Modellversuche und -initiativen. Besonders herausgehoben werden dabei

- Initiativen im Bereich von Transparenz, Durchlässigkeit und Anerkennung,
- Fragen der Nachhaltigkeit als Leitkategorie beruflicher Bildung sowie
- Aspekte der Förderung der Ausbildungskompetenz in kleinen und mittleren Unternehmen durch die Nutzung von Flexibilitätsspielräumen.

Alle in diesem Kapitel aufgeführten Programme und Initiativen verdeutlichen, welch zentrale Bedeutung der „Innovation" in der beruflichen Bildung zukommt.

(Michael Heister)

D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung

D1.1 Vorbemerkung

Bund, Länder und Europäische Union fördern die Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Entwicklung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen sowie Angebote und Strukturen des Berufsbildungssystems durch eine Vielzahl von Förderprogrammen[343].

Der folgende Beitrag gibt einen zusammenfassenden Überblick über im Jahr 2009 bestehende Programme zur Förderung der Berufsausbildung[344]. Grundlage bildet eine schriftliche Befragung der zuständigen Bundes- und Landesministerien, die im Oktober und November 2009 von Wolters Kluwer Deutschland im Auftrag des BIBB durchgeführt wurde[345], sowie eine begleitende Auswertung der Förderdatenbank des Bundes im Internet.[346]

Schwerpunkte und Zielgruppen der Förderung

Staatliche Förderprogramme bieten einen Anreiz zur Verwirklichung volkswirtschaftlich erwünschter Vorhaben, die ohne finanzielle Unterstützung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang oder zum gewünschten Zeitpunkt durchgeführt würden. Die öffentliche Förderung konzentriert sich daher auf spezifische Bereiche und Akteure des Berufsbildungssystems. Schwerpunkte sind insbesondere:

- die Schaffung und Sicherung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze,
- die Stärkung der Verbundausbildung,
- die Förderung benachteiligter und behinderter Jugendlicher,
- die Vermittlung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in Anschlussausbildungen,
- die Vermittlung von Altbewerbern/Altbewerberinnen und Ausbildungsabbrechern/Ausbildungsabbrecherinnen,
- die Mitfinanzierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und -lehrgänge,
- die Mitfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote,
- die Stärkung der Ausbildungsberatung und -akquise,
- die Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende,
- die Förderung transnationaler Ausbildung sowie
- die Förderung von Modellprojekten und innovativen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

Im Rahmen der Berufsausbildungsförderung werden fast ausschließlich Zuschüsse ausgereicht. Nur in geringem Umfang werden über die Förderbanken der Länder auch Darlehen zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze an Unternehmen vergeben.

Art und Umfang der Förderung sind zwischen Bund und Ländern sowie von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgestaltet. Die folgenden Abschnitte geben einen zusammenfassenden Überblick über das im Jahr 2009 bestehende Förderangebot. Im Internetangebot zum Datenreport zum Berufsbil-

---

343 Der Begriff „Förderprogramm" wird im Folgenden analog zum Haushaltsrecht des Bundes und der Länder verwendet. Demnach ist unter einem Förderprogramm eine Regelung zu verstehen, auf deren Grundlage finanzielle Leistungen an Stellen außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke bzw. übergeordneter Ziele erbracht werden (Zuwendungen i.S.d. § 23 BHO i.V.m. VV § 23 BHO, Abschnitt 3.5). Es muss sich dabei um Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Empfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) handeln. Nicht berücksichtigt werden insbesondere Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung), Sachleistungen, Transferleistungen sowie öffentliche Aufträge.

344 Aufgrund der Vielzahl der bestehenden Fördermaßnahmen beschränkt sich die Darstellung der Förderprogramme der Länder in → **Kapitel D1.3** auf die Berufsausbildung im engeren Sinne. Programme zur Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung wurden im Rahmen der durchgeführten Befragung mit erfasst und werden in Form von Tabellen im Internet unter **www.bibb.de/datenreport2010** dokumentiert. Förderprogramme zur beruflichen Fort- und Weiterbildung waren nicht Gegenstand der Befragung.

345 Im Rahmen der schriftlichen Befragung wurden im Oktober/November 2009 die zuständigen Bundes- und Landesministerien angeschrieben. Adressaten waren in der Regel die zuständigen Fachreferate. Die Beteiligung war mit einem Rücklauf von rund 80 % ausgesprochen positiv.

346 Mit der Förderdatenbank des Bundes im Internet gibt die Bundesregierung einen umfassenden und aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Die Förderdatenbank steht der Allgemeinheit im Internet unter der Adresse **www.foerderdatenbank.de** zur Verfügung.

dungsbericht 2010 (**www.bibb.de/datenreport2010**) werden die Ergebnisse außerdem in tabellarischer Form bereitgestellt. Es stehen dort drei Berichte mit unterschiedlichem Differenzierungsgrad zur Verfügung:

- Zusammenfassende Darstellung der Förderprogramme und Fördermittel → **Tabelle D1.1-1 Internet**
- Förderfälle und Fördermittel → **Tabelle D1.1-2 Internet**
- Basisinformationen → **Tabelle D1.1-3 Internet**

D1.2 Förderprogramme des Bundes

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des Programms **„JOBSTARTER – für die Zukunft ausbilden“** Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung. Gefördert werden Vorhaben, die der Gewinnung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze sowie der nachhaltigen Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen dienen. Die Projektauswahl erfolgt über jährliche Ausschreibungsrunden. Im Rahmen der im Jahr 2009 ausgeschriebenen 5. Förderrunde werden folgende Förderbausteine unterstützt:

- Ausbildungsinitiativen in ausgewählten Branchen,
- Entwicklung des betrieblichen Ausbildungsangebots für ausgewählte Zielgruppen,
- Entwicklung und Stabilisierung regionaler Ausbildungsstrukturen,
- Anschlussfähigkeit und Flexibilität durch zusätzliche Qualifikationsmöglichkeiten während der dualen Ausbildung,
- Europäische Ausbildungskooperationen.

Das BMBF stellt für das Programm bis 2013 Fördergelder in Höhe von 125 Mio. € zur Verfügung, einschließlich von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds. Die Mitarbeiter/-innen der 200 JOBSTARTER-Projekte akquirierten bis Ende 2008 insgesamt rund 28.000 Ausbildungsplätze, davon etwas mehr als 3.000 schulische Ausbildungsstellen. Von den über 24.000 betrieblichen Ausbildungsplätzen erfüllen circa 15.000 das Kriterium der Zusätzlichkeit.

Mit dem Programm **„JOBSTARTER CONNECT“** fördert das BMBF mit Unterstützung des ESF die Entwicklung und Erprobung von Lösungsansätzen für eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundeseinheitlicher Ausbildungsbausteine. Der Fokus des Programms liegt auf den Teilsystemen der beruflichen Bildung im Übergang zwischen Schule und Beruf. Es werden Möglichkeiten erprobt, um Jugendlichen in „Warteschleifen“, Altbewerbern/Altbewerberinnen und an- und ungelernten jungen Erwachsenen neue Wege in die duale Ausbildung zu eröffnen. Dies erfolgt innerhalb bestehender Bildungs- und Förderstrukturen. Sämtliche Ansätze verfolgen das Ziel, die unterschiedlichen Möglichkeiten des „Übergangssystems“ stärker auf die duale Berufsausbildung auszurichten. Es werden somit keine neuen Maßnahmen ins Leben gerufen.

Das BMBF und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) fördern auf der Grundlage einer gemeinsamen Richtlinie die **Modernisierung bzw. Umstrukturierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)** sowie die **Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren** für die berufliche Aus- und Fortbildung. Ziel ist es, die Ausbildungsfähigkeit von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie die beruflichen Zukunftschancen von Auszubildenden zu unterstützen und durch die Förderung der Fort- und Weiterbildung die Wachstumskräfte und Marktchancen der Unternehmen zu stärken. Förderfähig sind nur Maßnahmen, die unmittelbar der Aus-, Fort- und Weiterbildung dienen, und Maßnahmen, die eine Berufsausbildung oder einen Berufsabschluss vorbereiten, ermöglichen oder unterstützen. Die Maßnahmen müssen der Anpassung der Bildungsstätte an den technischen Fortschritt dienen. Durch das BMBF werden ÜBS sowie Kompetenzzentren mit dem Schwerpunkt „Ausbildung“ gefördert. Im Jahr 2009 wurden im Zuständigkeitsbereich des BMBF rund 46 Mio. € für 211 Vorhaben ausgezahlt.

Vorhaben zur Förderung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf stehen im Mittelpunkt des BMBF-Programms **„Perspektive Berufabschluss“.** Von 2008 bis 2012 fließen 35 Mio. € in die folgenden beiden Förderinitiativen:

- Regionales Übergangsmanagement: Gefördert werden Vorhaben, die vorhandene regionale Ansätze bzw. Strategien unter Einbindung der relevanten regionalen Akteure weiterführen und zukunftsweisende Perspektiven zur Verbesserung des Übergangsmanagements zwischen Schule und Beruf beinhalten.
- Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung: Gefördert werden der Auf- und Ausbau von Unterstützungsstrukturen zur Beratung von Betrieben und an- und ungelernten jungen Erwachsenen sowie Konzepte für eine flexible, modulare und abschlussorientierte Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen mit und ohne Beschäftigung unter Einbindung der Betriebe.

Ziel ist es, bereits vorhandene regionale Ansätze weiterzuentwickeln, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern und damit den Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss nachhaltig zu senken.

Im Auftrag des BMBF fördert das BIBB **Modellversuche** zur praktischen Erprobung von innovativen Entwicklungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Im Mittelpunkt dieser Wirtschaftsmodellversuche stehen der Transfer von Innovationen und deren Implementierung in die Praxis. Die Modellversuche gehen in der Regel über 3 Jahre und werden vom Bund finanziert (→ **vgl. Kapitel D2.1, D2.5 und D2.6**).

Im Rahmen des Förderschwerpunktes **„Neue Medien in der Beruflichen Bildung“** werden zahlreiche Projekte zur Entwicklung und zum Einsatz innovativer, netzbasierter, multimedialer Lehr- und Lernsoftware für die Aus- und Weiterbildung in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen bzw. der geregelten Fortbildung gefördert. Im Rahmen des Schwerpunktes wurden Förderbekanntmachungen zu den Themen „Weiterentwicklung und Einsatz von Web-2.0-Technologien in der beruflichen Qualifizierung“ sowie „Entwicklung und Einsatz digitaler Medien in der beruflichen Qualifizierung“ veröffentlicht.

Im Rahmen des **Ausbildungsplatzprogramms Ost 2009/2010** fördern die Bundesregierung und die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis zu 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche aus den genannten Ländern, die unmittelbar vor Maßnahmebeginn bei der Bundesagentur für Arbeit bzw. den Trägern der Grundsicherung nach SGB II als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzbewerber/-innen gemeldet waren. Gefördert wird die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) oder eine schulische Berufsausbildung, die zu einem Berufsabschluss nach Bundes- oder Landesrecht führt. Zur Finanzierung der 5.000 zusätzlichen Ausbildungsplätze stellt der Bund den Ländern in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 insgesamt rund 33,87 Mio. € zur Verfügung, die Kofinanzierung durch die Länder beträgt mindestens 50 %. Die Länder finanzieren aus ihren Haushalten zusätzliche Programmplätze zur Aufstockung des Programms.

Im Rahmen des Programms **„Förderung der Berufsorientierung“** soll Jugendlichen allgemeinbildender Schulen durch das Angebot einer frühzeitigen, praxisbezogenen und systematischen Berufsorientierung in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) und vergleichbaren Bildungsstätten der Übergang von der Schule in eine duale Berufsausbildung vor allem im Handwerk erleichtert und damit ein wirksamer Beitrag zur Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss und/oder ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz geleistet werden → **vgl. Kapitel D2.4**.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Gemeinsam mit dem BMBF fördert das BMWi die **Modernisierung bzw. Umstrukturierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten (ÜBS)** sowie die **Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren** für die berufliche Aus- und Fortbildung (s. o.). Durch das BMWi werden Träger von Berufsbildungsstätten mit dem Schwerpunkt Fort- und Weiterbildung sowie technologieorientierte Kompetenzzentren gefördert. Im Jahr 2009 wurden ins-

gesamt 25,6 Mio. € für 77 Projekte des laufenden Jahres und mehrjährige Projekte aus den Vorjahren ausgezahlt. Mit 15,7 Mio. € wurden Vorhaben in 57 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und mit 9,9 Mio. € 20 Kompetenzzentren gefördert.

Darüber hinaus gewährt das Ministerium Zuschüsse zu den Kosten von **Lehrgängen der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk (ÜLU).** Förderfähig sind Lehrgänge für Lehrlinge in der Fachstufe (2. bis 4. Ausbildungsjahr). Antragsberechtigt sind die Veranstalter von Lehrgängen der überbetrieblichen Unterweisung. Veranstalter können Handwerkskammern sowie Fachverbände des Handwerks, Kreishandwerkerschaften, Handwerksinnungen oder von den Kammern anerkannte Berufsbildungseinrichtungen (übrige Veranstalter) sein. Die Lehrgänge müssen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks oder in anderen von den Handwerkskammern anerkannten Berufsbildungseinrichtungen als Ganztagslehrgänge durchgeführt werden.

Das BMWi fördert mit Unterstützung des ESF mit dem Programm **„Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“** die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch Unterstützung bei der Rekrutierung von Auszubildenden. Unterstützt werden die Beratung der Unternehmen, die Vorauswahl geeigneter Bewerber und die Durchführung von Bewerbungsgesprächen mit potenziellen Auszubildenden durch Mitarbeiter der Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie der Kammern der freien Berufe. Ziel ist es, eine passgenaue Beratungs- und Vermittlungsleistung für KMU insbesondere im Handwerks- und Dienstleistungsbereich sicherzustellen und damit einen Beitrag zur Befriedigung des zukünftigen Fachkräftebedarfs zu leisten.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)/Bundesagentur für Arbeit (BA)

Arbeitgeber können über die Arbeitsagenturen einen **„Ausbildungsbonus“** erhalten, wenn sie für förderungswürdige bzw. besonders förderungsbedürftige Jugendliche zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze bereitstellen. Zielgruppe der Maßnahme sind Auszubildende, die bereits im Vorjahr oder früher die allgemeinbildende Schule verlassen und sich bisher vergeblich um eine berufliche Ausbildung bemüht haben. Ziel ist es, die Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen insbesondere von langzeitarbeitslosen und bildungsschwachen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erhöhen. Um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Auszubildende abzumildern, wurde Mitte 2009 eine Ausweitung des Ausbildungsbonus auf Auszubildende beschlossen, die in der Krise aufgrund von Insolvenz, Schließung oder Stilllegung des ausbildenden Betriebes ihren Ausbildungsplatz verlieren. Betriebe, die solche Auszubildende übernehmen, können unter erleichterten Bedingungen mit dem Ausbildungsbonus gefördert werden. Für die Förderung kann darauf verzichtet werden, dass die geschaffene Ausbildungsstelle zusätzlich ist. Auch müssen keine besonderen Vermittlungserschwernisse beim Auszubildenden vorliegen. Bis Ende Dezember 2009 wurden knapp 30.000 Anträge zur Leistung eines Ausbildungsbonus bewilligt.

Die Bundesregierung unterstützt die betriebliche **Einstiegsqualifizierung Jugendlicher** als Brücke in die Berufsausbildung. Betriebe, die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz eine 6- bis 12-monatige Einstiegsqualifizierung anbieten, können über die Agenturen für Arbeit einen Zuschuss zum Unterhalt der Jugendlichen erhalten. Die Förderung einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung soll ermöglichen, dass mehr jüngere Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven eine betriebliche Berufsausbildung aufnehmen und diese Ausbildung im Erfolgsfall verkürzt wird. Mit der Förderung einer betrieblichen Einstiegsqualifizierung sollen auch nicht oder nicht mehr ausbildende Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert mit Unterstützung des ESF im Rahmen des Programms **„Job 4000“** die berufliche Integration schwerbehinderter Menschen. Zugleich soll die Bundesagentur für Arbeit bei der Durchführung ihrer gesetzlichen Aufgaben im Rahmen der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung unterstützt werden. Mit dem Programm sollen mindestens 500 neue betriebliche Ausbildungsplätze für schwerbehinderte Jugendliche geschaffen werden.

Zudem sollen mindestens 2.500 schwerbehinderte Menschen, insbesondere schwerbehinderte Schulabgänger, mithilfe der Integrationsfachdienste in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden.

Förderangebote der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit bietet im Rahmen der Arbeitsförderung eine breite Palette von Fördermaßnahmen für ausbildende Betriebe und Auszubildende:

- Ausbildungsbegleitende Hilfen (§ 241 SGB III)
- Ausbildungsbonus (§ 421r SGB III) (s. o.)
- Ausbildungsgeld (§§ 104 ff. SGB III)
- Außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE) für Jugendliche (§ 242 SGB III)
- Berufsausbildungsbeihilfe (§ 59 SGB III)
- Berufsausbildungsbeihilfe für behinderte Menschen (§ 59 SGB III, § 101 SGB III)
- Berufseinstiegsbegleitung (§ 421s SGB III)
- Berufsorientierung (§ 33 SGB III)
- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (§ 61 SGB III)
- Einstiegsqualifizierung (§ 235b SGB III) (s. o.)
- Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (§ 46 SGB III)
- Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung (§ 243 SGB III)
- Übergangsgeld (§§ 160 ff. SGB III)
- Unterstützungsleistungen der Beratung und Vermittlung – Vermittlungsbudget (VB) (§ 45 SGB III)
- Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (§ 61a SGB III)
- Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung schwerbehinderter Menschen (§ 235a SGB III)
- Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung behinderter Menschen (§ 236 SGB III)

Förderangebote der Integrationsämter

Durch **Zuschüsse und Darlehen der Integrationsämter an Arbeitgeber** wurden im Jahr 2008 insgesamt 2.729 neue Arbeits- und Ausbildungsplätze gewonnen. 8.094 Arbeitsverhältnisse schwerbehinderter Menschen wurden darüber hinaus durch die behinderungsbedingte Umrüstung und Anpassung bestehender Arbeitsplätze zusätzlich erhalten. Mehr als 46 Mio. € flossen direkt in die Schaffung und den Erhalt von fast 11.000 Arbeitsplätzen. Zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen, die mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verbunden sein können, erhielten Arbeitgeber im Jahr 2008 **Lohnkostenzuschüsse** in Höhe von 85 Mio. €. Die Abgeltungen von behinderungsbedingter Minderleistung und von besonderer Unterstützung am Arbeitsplatz sind das in der Praxis meistgenutzte Förderinstrument. Mit **Prämien und Zuschüssen zur Berufsausbildung** werden seit dem Jahr 2004 Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche gefördert. Im Jahr 2008 wurden hierfür 320.000 € aufgewendet. In 144 Fällen erhielten Arbeitgeber Ausbildungsförderung für behinderte Jugendliche (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen 2009).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fördert im Rahmen von drei branchenspezifischen Programmen die Schaffung und Sicherung von Ausbildungsplätzen:

- Seit dem Jahr 2009 werden mit der Richtlinie über die Förderung der **Aus- und Weiterbildung, Qualifizierung und Beschäftigung in Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen** betriebliche Ausbildungsverhältnisse zum Berufskraftfahrer bzw. zur Berufskraftfahrerin sowie Weiterbildungsmaßnahmen von Beschäftigten gefördert. Ziel ist es, die Qualifizierung und Einsatzfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern und dem Mangel an qualifiziertem Fachpersonal in der Branche entgegenzuwirken. Für das Programm standen im Jahr 2009 insgesamt rund 85 Mio. € zur Verfügung.
- Auf der Grundlage der Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen zur **Ausbildungsförderung in der deutschen Binnenschifffahrt** werden Zuschüsse zu den Ausbildungsplatzkosten an Bord von Binnenschiffen zur Ausbildung von Schiffsjungen gewährt. Ziel ist es, zusätzliche Beschäftigungs- und Ausbildungsanreize zu bieten und so zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beizutragen.

- Durch die **Richtlinien zur Ausbildungsplatzförderung** gewährt der Bund Zuschüsse zu den Ausbildungsplatzkosten an Bord von Seeschiffen zur Förderung und Stärkung des seemännischen Fachwissens. Die Förderung betrifft die Ausbildung zum Schiffsmechaniker sowie zum Offiziersassistenten.

Förderung von Ausbildungsplätzen im Rahmen der Regional- und Mittelstandsförderung

Die Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bildet ein zentrales Ziel der Regionalförderung und der Mittelstandsförderung von Bund und Ländern. Insbesondere die Vergabe von Fördermitteln aus der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)** ist an die Schaffung neuer bzw. die Sicherung bestehender Dauerarbeitsplätze gebunden. Ausbildungsplätze können dabei wie Dauerarbeitsplätze gefördert werden. Nach Informationen des für die GRW-Statistik zuständigen Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wurden nach Auswertung der bisher vorliegenden Verwendungsnachweise in den Jahren 2001 bis 2008 durch die Förderung aus Mitteln der GRW 16.250 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen und 31.550 bestehende Ausbildungsplätze gesichert.[347]

D1.3 Förderprogramme der Länder[348]

Baden-Württemberg

Mit dem Förderprogramm **„Azubi im Verbund – Ausbildung teilen"** unterstützt das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg im Rahmen der Verbundausbildung Unternehmen, die Teile der Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) nicht alleine durchführen können. Ziel ist es, die Zahl der Ausbildungsverbünde und damit die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Antragsberechtigt sind Unternehmen mit höchstens 500 Beschäftigten, die einen Ausbildungsvertrag mit einem Auszubildenden abgeschlossen haben (sog. Stammbetriebe).

Unternehmen in Baden-Württemberg können im Rahmen des Programms **„Azubi transfer – Ausbildung fortsetzen"** einen Zuschuss erhalten, wenn sie einem Auszubildenden die Fortsetzung der Berufsausbildung ermöglichen, dessen Ausbildungsvertrag aufgrund von Insolvenz oder nicht vorhersehbarer Stilllegung oder Schließung des bisherigen Ausbildungsbetriebes vorzeitig beendet wurde. Damit soll dem aufnehmenden Ausbildungsbetrieb ein Anreiz zur schnellen Übernahme eines Auszubildenden aus einem Insolvenzunternehmen geboten und dem Jugendlichen die Fortsetzung der Ausbildung ermöglicht werden. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden im Jahr 2009 bis Ende Oktober über 200 Insolvenzauszubildende gefördert.

Mit der **Förderung überbetrieblicher beruflicher Bildungsstätten, überbetrieblicher Ausbildungslehrgänge und regionaler Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung** werden eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und eine bessere Anpassung an die technische Entwicklung angestrebt. Gefördert werden die überbetriebliche Berufsausbildung (Lehrgänge), überbetriebliche Aus- und Fortbildungsstätten, regionale Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung und sonstige Maßnahmen.

Im Rahmen des **Förderprogramms Veranstaltungen** unterstützt das Land unter Beteiligung des Europäischen Sozialfonds Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen wie Tagungen, Foren, Kongresse, Aktionstage, Workshops und vergleichbare Veranstaltungen zu verschiedenen Themenbereichen. Mitfinanziert werden auch Veranstaltungen zu Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Im Rahmen der ESF-Förderung führt das Wirtschaftsministerium neben Förderprogrammen **standardisierte Projekte und Modellprojekte** durch.

---

347 Mitteilung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) vom 23. November 2009. Aufgrund des zeitlichen Abstandes zwischen Investition und Übermittlung des Verwendungsnachweises liegt die Zahl der im genannten Zeitraum tatsächlich geschaffenen und gesicherten Ausbildungsplätze über den hier genannten (vorläufigen) Zahlen.

348 Die Darstellung beschränkt sich an dieser Stelle auf Förderprogramme zur Berufsausbildung. Programme zur Berufsorientierung und -vorbereitung werden im Internetangebot des Datenreports unter **www.bibb.de/datenreport2010** dokumentiert.

Standardisierte Projekte wurden in den Jahren 2008 und 2009 u. a. zu folgenden Themen ausgeschrieben:

- Azubi gewünscht – Partnerschaften Schule – Unternehmen bilden
- Azubi statt ungelernt – Mehr türkische Jugendliche ausbilden
- Girls' Day Akademien
- Azubi in spe
- Azubi extern – Ausbildung managen
- Azubi attraktiv – Ausbildung bewerben
- Azubi gesucht – Nachwuchs gewinnen
- Mobilitätszentrale
- Lehrstellenwerber

Das Ministerium für Arbeit und Soziales fördert im Rahmen des ESF **zentrale und regionale Projekte** zur Verbesserung der Chancen von Jugendlichen am Arbeitsmarkt sowie zur Förderung der beruflichen Integration.

Bayern

Der Freistaat Bayern unterstützt mit der **Ausbildungsinitiative „Fit for Work"** die Berufsausbildung bayerischer Jugendlicher. Die Initiative umfasst verschiedene Förderprogramme, in denen Mittel aus dem ESF und dem bayerischen Arbeitsmarktfonds eingesetzt werden, um die Ausbildungschancen von Jugendlichen zu verbessern. Es bestehen Fördermöglichkeiten für bayerische Betriebe, die für Schulabgänger des Jahres 2009 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze anbieten, sowie für Betriebe, die erstmals ihren Nachwuchs in einer dualen Ausbildung qualifizieren **(Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze 2009).** Auch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen einer Verbundausbildung wird finanziell unterstützt **(Förderung der Verbundausbildung 2009).** Jugendliche aus bestimmten Regionen können eine Mobilitätshilfe erhalten, wenn sie wegen eines weit entfernt liegenden Ausbildungsplatzes auswärtig untergebracht sind **(Mobilitätshilfen an Auszubildende 2009).** Gefördert wird zudem die betriebliche Ausbildung von Hauptschülern aus den Praxisklassen bayerischer Hauptschulen **(Förderung der betrieblichen Ausbildung von Absolventen der Praxisklassen).** Zuschüsse für die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Sinne des Altenpflegegesetzes werden gewährt, um mehr jungen Menschen eine Ausbildung zur Altenpflegerin oder zum Altenpfleger zu ermöglichen und um den demografischen Veränderungen Rechnung zu tragen **(Förderung zusätzlicher Ausbildungsstellen in der Altenpflege).**

Die LfA Förderbank Bayern bietet seit dem Ausbildungsjahr 2000/2001 den **Ausbilderkredit** zur Ausbildungsförderung von benachteiligten Jugendlichen an. Das zinsgünstige Betriebsmitteldarlehen kann von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Freiberuflern eingesetzt werden, die lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche im Sinne des Sozialgesetzbuches in anerkannten Ausbildungsberufen ausbilden. Je Besetzung eines betrieblichen Ausbildungsplatzes mit einem benachteiligten Jugendlichen kann ein Betriebsmittelkredit von 50.000 € gewährt werden.

Im Rahmen der **Bildungsförderungsrichtlinien (BiFöRL)** unterstützt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Aus- und Fortbildung in der Land-, Haus- und Forstwirtschaft durch teilweise Deckung der Kosten, die den Auszubildenden, einschließlich Schülern und Schülerinnen im Berufsgrundschuljahr (BGJ-Schüler), bei der Teilnahme an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen und den Anwärtern für Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung entstehen. Zudem hat das Ministerium ein Programm zur Förderung von **Maßnahmen zur Qualifizierung und zur Aus- und Fortbildung in der Hauswirtschaft** aus Mitteln des ESF aufgelegt, um Frauen und Männer für die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu qualifizieren und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen.

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie fördert mit Unterstützung des ESF ergänzende überbetriebliche berufliche Bildungsmaßnahmen für Lehrlinge im 2. bis 4. Ausbildungsjahr in anerkannten Ausbildungsberufen **(Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung – ÜLU).** Ziel der Förderung ist es, die Ausbildungsbereitschaft von bayerischen Handwerksunternehmen, die nicht über die entsprechenden wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine qualifizierte betriebliche Ausbildung verfü-

gen, und eine gleichmäßig hohe Qualität der Ausbildung in den Berufen des Handwerks zu sichern.

Berlin

Das Land Berlin gewährt im Rahmen des Programms **„Förderung der Berufsausbildung“** Zuschüsse zur Erhöhung der Zahl und Verbesserung der Qualität betrieblicher Ausbildungsplätze. Förderfähig sind Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- Verbundausbildung von Betrieben mit anderen Betrieben, freien Trägern, schulischen oder hochschulischen Einrichtungen (Verbundpartner),
- Förderung des Besuches einer Berufsschule oder überbetrieblichen Berufsbildungsstätte außerhalb Berlins bei Splitterberufen,
- Förderung überbetrieblicher Lehrgänge im Handwerk und in vergleichbaren Gewerbezweigen,
- Förderung von auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen,
- Förderung von weiblichen Auszubildenden,
- Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben sowie
- Modellversuche und Pilotprojekte.

Antragsberechtigt sind i. d. R. die ausbildenden Betriebe. Bei überbetrieblichen Lehrgängen im Handwerk und in vergleichbaren Gewerbezweigen sind die Handwerkskammer Berlin und vergleichbare Einrichtungen anderer Gewerbezweige antragsberechtigt. Eine Förderung des Besuchs einer Berufsschule oder überbetrieblichen Berufsbildungsstätte außerhalb Berlins kann von den ausbildenden Betrieben und freien Trägern beantragt werden. Für Modellversuche und Pilotprojekte sind ausbildungsberechtigte Träger sowie Unternehmen antragsberechtigt.
Das Land erhält auf der Grundlage des Ausbildungsplatzprogramms Ost 2009/2010 in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 Bundesmittel im Umfang von rund 4,73 Mio. €. Diese Mittel sollen zur Finanzierung von 698 zusätzlichen Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. Das Land Berlin stockt das Sonderprogramm auf 2.500 Ausbildungsplätze auf. Die Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2013 sieht vor, das Ausbildungsplatzprogramm in modifizierter Form aus Landesmitteln weiterzuführen (APP plus), und zwar mit 1.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Jahr 2010 und 500 Plätzen ab 2011.

Brandenburg

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) unterstützt im Rahmen des Programms zur **Förderung von Ausbildungsverbünden und Zusatzqualifikationen** die betriebliche Ausbildung im Verbund sowie Maßnahmen, die zur Verbesserung der Ausbildungsqualität beitragen. Gefördert werden

- die Durchführung von Teilen der betrieblichen Ausbildung bei einem Kooperationspartner,
- die Durchführung fachspezifischer Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung und die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für die von den Kammern als notwendig erachteten und bestätigten Qualifikationsbereiche und
- die Begleitung und Unterstützung der betrieblichen Ausbildung durch Ausbildungscoachs, welche die betrieblichen Ausbilder bei der Verbesserung der Ausbildungsqualität unterstützen.

Mit Unterstützung des ESF fördert das Arbeitsministerium **Lehrgänge der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk (ÜLU).** Ziel ist die Verbesserung der Ausbildungsbeteiligung von Handwerksunternehmen, die nicht über die entsprechenden wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine qualifizierte betriebliche Ausbildung verfügen. Förderfähig sind überbetriebliche Lehrgänge in anerkannten Ausbildungsberufen für Lehrlinge in der Grund- und in der Fachstufe, Lehrgänge der Grundstufe in handwerklichen Bauberufen sowie die gegebenenfalls erforderliche Unterbringung im Internat.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) fördert mit Unterstützung des ESF **Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung im Agrarbereich** (Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und Gartenbau). Gefördert werden die Teilnahme von Auszubildenden an überbetrieblichen Lehrgängen im Rahmen des Ausbildungsverhältnisses sowie die gegebenenfalls erforderliche Unterbringung.

Im Rahmen des **Ausbildungsplatzprogramms Ost** fördert das Land aus Mitteln des Bundes und des Europäischen Sozialfonds zusätzliche Ausbildungsplätze. Unterstützt werden Jugendliche, die unmittelbar vor Ausbildungsbeginn als noch nicht vermittelte

Ausbildungsplatzbewerber/-bewerberinnen gemeldet sind, durch
- eine duale Ausbildung in betrieblichen Überkapazitäten (betriebsnahe Plätze),
- eine duale Ausbildung in Projekten, die neben der weiteren Erschließung betrieblicher Ausbildungskapazitäten auf die Weiterentwicklung des betriebsnahen Fördermodells ausgerichtet sind, und
- eine Berufsausbildung im kooperativen Modell.

Das Land erhält auf der Grundlage des Ausbildungsplatzprogramms Ost 2009/2010 in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 Bundesmittel im Umfang von rund 6,7 Mio. €. Die Mittel sollen zur Finanzierung von 989 zusätzlichen Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. Das Landesergänzungsprogramm sieht eine Aufstockung auf 1.500 Ausbildungsplätze vor.

Bremen

Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales fördert im **Landesprogramm „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“** aus Mitteln des ESF Projekte, die sich an folgenden Zielen ausrichten:
- Leitziel A: Optimierung des Übergangs und Stärkung der Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die betriebliche Ausbildung
  - A 1: Verzahnung von schulischen und außerschulischen Maßnahmen zur Berufsvorbereitung
  - A 2: Stärkung der Ausbildungsreife durch optimierte Betriebspraktika
  - A 3: Schulabschluss und Anschlussorientierung für Jugendliche und junge Erwachsene in besonderen Lebenssituationen
  - A 4: Optimierung des Übergangs Schule – Beruf für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund.
- Leitziel B: Schaffung und Sicherung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Förderbedarf
  - B 1: Schaffung und Sicherung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen durch Ausbildungspartnerschaften
  - B 2: Schaffung und Sicherung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Berufsfeldern der Windenergiebranche
  - B 3: Schaffung und Sicherung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Berufsfeld Altenpflege.
- Leitziel C: Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Übergang von Ausbildung in den Betrieb und in weiterführende Berufsqualifikationen zukunftsträchtiger Branchen
  - C 1: Erweiterung der Berufsperspektiven für Jugendliche und junge Erwachsene im Übergangssystem Ausbildung – Beruf
  - C 2: Erweiterung technisch-gewerblicher Berufsfelder und Nachwuchsgewinnung
  - C 3: Gewinnung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Berufe in den Ingenieur- und Naturwissenschaften.
- Leitziel D: Optimierung der Kooperationsstrukturen und Steigerung der Qualität der Ausbildungssysteme
  - D 1: Stärkung der Kompetenzen des Lehr- und Ausbildungspersonals in überbetrieblichen Einrichtungen.

Geeignete Projekte werden über Wettbewerbsaufrufe ausgewählt. Für das Wettbewerbsverfahren und Maßnahmen mit einer dreijährigen Laufzeit von 2008 bis 2011 werden Mittel in Höhe von 8,5 Mio. € aus dem ESF im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) bereitgestellt.

Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg fördert **Ausbildungsverbünde** für Betriebe, die bisher nicht die Voraussetzungen für eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf erfüllen. Ziel ist es, die Qualität der betrieblichen Ausbildung und die Zahl der Ausbildungsplätze in der Wirtschaft zu erhöhen. Antragsberechtigt sind kleine Unternehmen und Kleinstunternehmen gemäß KMU-Definition der Europäischen Union.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung gewährt aus Mitteln des Landes Ausbildungsbetrieben Zuschüsse für die **Ausbildung benachteiligter Jugend-**

licher. Bei erfolgreicher Abschlussprüfung wird ein zusätzlicher Zuschuss gewährt. Antragsberechtigt ist der jeweilige Ausbildungsbetrieb.

Mit dem Programm **„Verstärkte Förderung Jugendlicher in Berufsausbildung“** soll durch gezielte Förderung verhindert werden, dass Jugendliche aus finanziellen Gründen ihre Berufsausbildung, ihre berufsvorbereitenden Maßnahmen oder ihre vollqualifizierenden Ausbildungen in Berufsfachschulen abbrechen. Bedürftigen Jugendlichen wird während ihrer Berufsausbildung ein Einkommen gewährleistet, welches sie finanziell gegenüber einem potenziellen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nicht schlechter stellt. Antragsberechtigt sind alle Personen, die dem Grunde nach einen Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) haben oder eine vollqualifizierende Ausbildung an einer Berufsfachschule absolvieren.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung fördert die **Berufsbildung in anerkannten ÜBS** durch Gewährung von Zuwendungen für die Ausstattung sowie die Durchführung von Lehrgängen in der überbetrieblichen Berufsbildung. Förderfähig sind Träger überbetrieblicher Berufsbildungsstätten oder von Maßnahmen der überbetrieblichen Berufsbildung.

Aus Mitteln des ESF werden u. a. Projekte zur Förderung der Ausbildung von Jugendlichen und in Betrieben gefördert. Die Auswahl geeigneter Projekte erfolgt im Rahmen von Wettbewerbsverfahren. Im Jahr 2008 wurden Projekte in folgenden Bereichen unterstützt:

- Ausbildungsagenturen,
- Koordinierungsstelle zur Organisation von Ausbildungsverbünden,
- Beratungsstelle zur Verbesserung der Ausbildungschancen von jungen Migranten/-innen,
- Entwicklung und Umsetzung von Qualifizierungsbausteinen in ausgewählten, trägergestützten Berufsausbildungen,
- Ausbildungsangebote für unversorgte Bewerber in ausgewählten, trägergestützten Berufsausbildungen.

Im Jahr 2008 wurden in diesem Bereich insgesamt 12 Vorhaben mit 1.151 Teilnehmern/Teilnehmerinnen und 881 Unternehmen gefördert (Freie und Hansestadt Hamburg 2009).

Hessen

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung hat die Förderprogramme des Landes zur Berufsausbildung in der **Hessischen Qualifizierungsoffensive** zusammengefasst. Die Qualifizierungsoffensive umfasst die folgenden Richtlinien:

- Förderung der beruflichen Erstausbildung,
- Förderung der überbetrieblichen Ausbildung,
- Förderung der beruflichen Weiterbildung,
- Förderung der Berufsbildungsforschung.

Auf der Grundlage der **Richtlinien zur Förderung der beruflichen Erstausbildung** wird mit Unterstützung des ESF die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze gefördert. Ziel ist es, ein ausreichendes, auswahlfähiges und qualitativ hochwertiges Ausbildungsplatzangebot zu sichern. Es wurden folgende Einzelprogramme aufgelegt:

- **Ausbildung in Partnerschaften:** Gefördert wird die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Rahmen von Kooperationen mehrerer Partner (Verbund) – auch im internationalen Kontext.
- **Ausbildungsstellen bei Existenzgründungen:** Gefördert werden Ausbildungsplätze bei Existenzgründerinnen und Existenzgründern. Diese sollen so früh wie möglich an Ausbildung herangeführt werden.
- **Ausbildungsstellen für Auszubildende aus insolventen Unternehmen:** Rückwirkend zum 1. August 2009 und befristet bis zum 31. Dezember 2010 wurde die einzelbetriebliche Förderung von Ausbildungsstellen eingestellt. Die Förderung außerbetrieblicher Übernahmeträger bleibt unberührt.
- **Ausbildungsstellen für Altbewerber/-innen:** Gefördert wird die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Altbewerber/-innen.
- **Verbesserung des Ausbildungsumfeldes** für Jugendliche mit schlechten Startchancen, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

- **Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb (QUABB)** zur dauerhaften Senkung der Zahl der Ausbildungsabbrüche.

Mit den **Richtlinien zur Förderung der überbetrieblichen Ausbildung** werden Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungsstätten und die Durchführung von überbetrieblichen Lehrgängen mitfinanziert. Ziel ist es, die Qualität der beruflichen Bildung zu verbessern und die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu erhöhen.

Das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit führt – z. T. mitfinanziert aus Mitteln des ESF – folgende Programme zur Förderung der Berufsausbildung durch:

- **Ausbildungskostenzuschüsse (AKZ):** Betriebliche Ausbildungsverträge mit lern- und leistungsbeeinträchtigten Jugendlichen werden durch Zuschüsse unterstützt.
- **Betriebliche Ausbildung Alleinerziehender:** Das Programm vermittelt Alleinerziehenden ohne Berufsausbildung über gemeinnützige Träger betriebliche Ausbildungsplätze und die notwendige Unterstützung für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Ausbildung.
- **Ausbildung in der Migration:** Für benachteiligte junge Menschen mit Migrationshintergrund, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden und auch aus den Fördermöglichkeiten der Arbeitsverwaltung herausfallen, wird eine außerbetriebliche Erstausbildung gefördert.
- **Ausbildung statt Arbeitslosengeld II (AstA):** Jungen Menschen in Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II, die keine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben und auch nicht in die Förderung der Arbeitsverwaltung aufgenommen werden, soll die Chance geboten werden, in einer außerbetrieblichen Ausbildungsstätte eine qualifizierte Berufsausbildung zu erhalten.
- **Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen:** Ziel des Programms ist es, jungen Erwachsenen sowie jungen Migranten/-innen eine qualifizierte Ausbildung mit staatlich anerkanntem Abschluss in den Berufen des/der Pharmazeutisch-technischen Assistenten/-in (PTA) und des/der Medizinisch-technischen Assistenten/-in (MTA) zu bieten und damit die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- **Qualifizierung in der Krankenpflegehilfe:** Das Programm will Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem Hauptschulabschluss, Berufsrückkehrern/-innen (auch nach der Erziehungsarbeit) und arbeitslosen Frauen und Männern die Möglichkeit einer Ausbildung mit staatlich anerkanntem Abschluss in der Krankenpflegehilfe eröffnen.

Mecklenburg-Vorpommern

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert die Durchführung von überbetrieblichen Ausbildungslehrgängen in Ausbildungsverbünden **(Betriebliche Verbundausbildung).** Gefördert werden ferner Ausgaben für die Akquisition und das Verbundmanagement bei Bildungsdienstleistern oder Leitbetrieben. Zuwendungsempfänger können Bildungsdienstleister sein oder Unternehmen, die als Leitbetriebe Verbundausbildung organisieren und durchführen.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz fördert **Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen,** die nicht Teil der normalen Berufsausbildung an agrar- und forstwirtschaftlichen Schulen sind. Mitfinanziert werden die Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Lehrgängen, Seminaren, Fachtagungen, Workshops, Exkursionen und Praktika. Die Maßnahme soll zu einer verbesserten beruflichen Qualifikation und zu einer nachhaltigen Betriebsführung beitragen.

Das Landwirtschaftsministerium fördert mit Unterstützung des ESF zudem **Maßnahmen der überbetrieblichen Ausbildung im Agrarbereich.** Zuwendungen werden für Lehrgänge und Ausbildungsmaßnahmen in anerkannten Ausbildungsberufen sowie für die Unterbringung während der Maßnahme gewährt.

Mit der Richtlinie über die **Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung** unterstützt das Land Lehrgänge in anerkannten Ausbildungsberufen für Auszubildende in der Grundstufe (1. Ausbil-

dungsjahr) und in der Fachstufe (2. bis 4. Ausbildungsjahr). Antragsberechtigt sind die Veranstalter von Lehrgängen der überbetrieblichen Unterweisung – Handwerkskammern, Fachverbände, Kreishandwerkerschaften, Innungen und andere von den Kammern anerkannte Berufsbildungseinrichtungen.

Das Land erhält auf der Grundlage des **Ausbildungsplatzprogramms Ost 2009/2010** in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 Bundesmittel im Umfang von rund 5,56 Mio. €. Diese Mittel sollen zur Finanzierung von 821 zusätzlichen Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. Im Rahmen des Ausbildungsplatzprogramms Ost 2008 wurden ca. 1.150 zusätzliche Ausbildungsplätze in betriebsnahen Kapazitäten gefördert. Für die Ausbildungsplatzprogramme Ost sowie die Landesergänzungsprogramme der Jahre 2001 bis 2008 wurden im Jahr 2008 insgesamt 28,4 Mio. € Landes-, Bundes- und ESF-Mittel bereitgestellt (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern 2009).

Niedersachsen

Das Land Niedersachsen fördert mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds die Organisation und Durchführung von Projekten zur **Ausbildung im Verbund**, um das Ausbildungsplatzangebot zu verbessern und einen effektiven Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem regionalen Ausbildungsmarkt zu erreichen. Gefördert werden die Ausgaben des Projektträgers, die bei der Durchführung des Projekts entstehen.

Auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Zusammenschlüsse zur **Förderung gemeinsamer betrieblicher Berufsausbildung im Verbund (GEMEINSAM)** wird die Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildungsverbünden unterstützt. Mitfinanziert werden die Mehraufwendungen der an der Ausbildung beteiligten Betriebe.

Mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die **Einstellung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben** fördert das Land die Fortsetzung der Ausbildung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in einem Übernahmebetrieb. Das Förderprogramm wurde im Juli 2009 ausgesetzt.

Die Investitions- und Förderbank Niedersachsen – NBank verweist auf die Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit (Ausbildungsbonus).

Um eine landesweit einheitlich gute Ausbildungsqualität zu sichern, werden **Lehrgänge der überbetrieblichen Ausbildung** in der Grundstufe und in den Fachstufen gefördert, für die das Bundeswirtschaftsministerium oder das zuständige Landesministerium nach Inhalt und Dauer Unterweisungs- und ggf. auch Durchschnittskostenpläne anerkannt hat.

Das Land unterstützt zudem **Modernisierungs- und Umstrukturierungsvorhaben bestehender ÜBS,** Projekte zur **Weiterentwicklung von ÜBS zu Kompetenzzentren** sowie Leitprojekte und Qualifizierungskonzepte der ÜBS als Kompetenzzentren für die berufliche Aus- und Fortbildung. Gefördert werden Investitionskosten zur Schaffung oder Modernisierung notwendiger, funktionstüchtiger Werkstatträume, Lehr- und Unterrichtsräume, Verwaltungsräume und sonstiger Räumlichkeiten von ÜBS. Darüber hinaus sind Ausgaben zur Schaffung von Kapazitäten für neue und neu geordnete Ausbildungsberufe zuwendungsfähig. Gefördert werden zudem die Entwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten in ihrem fachlich-inhaltlichen Schwerpunkt und ihre Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren für die berufliche Aus- und Fortbildung.

Innovative Projekte der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung werden durch Zuschüsse unterstützt. Gefördert werden

- Maßnahmen zur besseren Verknüpfung von Theorie und Praxis,
- der Auf- und Ausbau regionaler Netzwerke zur besseren Kooperation der Lernorte Schule, Betrieb und überbetriebliche Bildungsstätte,
- Vorhaben zur Erarbeitung und Erprobung neuer Lernformen,
- Maßnahmen zur Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung,
- der Ausbau von Kompetenzen in besonders zukunftsträchtigen Bereichen wie Steuerungs- und Automatisierungstechnik u. a.,
- Projekte zur Verbesserung von Qualitätsstandards und von Zertifizierungssystemen sowie
- Vorhaben zur Internationalisierung der Berufsbildung.

Das Land unterstützt darüber hinaus die Fortführung, Sicherung und Weiterentwicklung des bestehenden flächendeckenden Netzes von zusätzlichen **Ausbildungsplatzakquisiteuren.** Ziel ist es, möglichst viele Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu bewegen und damit das Ausbildungsplatzangebot in Niedersachsen zu verbessern.

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen gewährt Zuwendungen zur Förderung der betrieblichen **Berufsausbildung im Verbund.** Ziel ist es, eine Verbesserung des betrieblichen Erstausbildungsangebotes insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen zu erreichen. Die Zuwendungen werden gewährt für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze in einem Ausbildungsverbund zwischen Betrieben für damit verbundene Kosten der Ausbildungsvergütung sowie zwischen Betrieb/Betrieben und einem Bildungsdienstleister als Zuwendungsempfänger für die Personal- und Sachkosten des Bildungsdienstleisters.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales fördert mit Unterstützung des ESF **Lehrgänge der überbetrieblichen Berufsausbildung (ÜLU)** im Handwerk sowie in Industrie und Handel. Antragsberechtigt sind die Veranstalter der Lehrgänge.

In Zusammenarbeit mit dem Bund fördert das Land Investitionen in **ÜBS der beruflichen Aus- und Weiterbildung** sowie die **Weiterentwicklung dieser Einrichtungen zu Kompetenzzentren** von überregionaler Bedeutung. Antragsberechtigt sind Träger von Bildungsstätten, die überbetriebliche Aus- und Weiterbildung durchführen.

Das Förderangebot **„Teilzeitberufsausbildung: Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen (TEP)“** unterstützt mit Mitteln des ESF knapp 200 ausbildungsplatzsuchende junge Menschen mit Familienverantwortung beim Einstieg in die betriebliche Erstausbildung in Teilzeit. In 11 Regionen des Landes werden erstmals im Ausbildungsjahr 2009/2010 13 Pilotprojekte gefördert.

Mithilfe von **Starthelfer/-innen für das Ausbildungsmanagement** sollen für offene Ausbildungsstellen in NRW, die Betriebe aus eigener Kraft nicht besetzen können, passende Bewerber/-innen gesucht und vermittelt werden. Bei 4 Handwerkskammern und 10 Industrie- und Handelskammern kommen 16 Starthelfer/-innen zum Einsatz.

Mit dem **Lehrstellenprogramm Kohlestandorte** unterstützt das Land im Rahmen des „Sonderprogramms Ausbildung“ Jugendliche in den Bergbauregionen des Landes und ermöglicht ihnen eine außerbetriebliche Ausbildung. Damit sollen strukturell mehr Betriebe in den Kohlerückzugsgebieten gewonnen werden, durch Ausbildung jungen Menschen in der Region eine berufliche Perspektive zu geben und den Fachkräftenachwuchs zu sichern.

Mit der Aktion **„100 zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche und junge Erwachsene in Nordrhein-Westfalen“** unterstützt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales nicht vermittelte behinderte Berufseinsteiger/-innen mit Mitteln des Landes und des ESF. Bildungsträger beraten die Jugendlichen, koordinieren die Ausbildung und führen individuellen Stütz- und Förderunterricht durch. Die praktische Ausbildung erfolgt überwiegend in Betrieben des ersten Arbeitsmarkts.

Rheinland-Pfalz

Um eine Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes zu erreichen, bezuschusst das Land Rheinland-Pfalz Zusatzkosten der Ausbildung, die durch Kooperationspartnerschaften in **Ausbildungsverbünden** entstehen. Gefördert werden Ausbildungsverbünde zwischen ausbildenden Betrieben der gewerblichen Wirtschaft und vergleichbaren Einrichtungen außerhalb der Wirtschaft (Ausbildungsbetriebe). Zuwendungsberechtigt ist der den Ausbildungsvertrag abschließende Betrieb.

Das Land unterstützt die **Übernahme von Auszubildenden nach Insolvenz** ihres bisherigen Ausbildungsbetriebs durch Zuwendungen, um den Jugendlichen die Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Die Ausbildung muss aufgrund von Insolvenz, Wegfall der Ausbildungsberechtigung oder nicht vorhersehbarer Stilllegung/Schließung des bisherigen Ausbildungsbetriebes vorzeitig beendet

worden sein. Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie der freien Berufe.

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) unterstützt gewerbliche Unternehmen und Freiberufler bei der Schaffung und Besetzung zusätzlicher sowie bei der Wiederbesetzung vorhandener Ausbildungsplätze durch zinsgünstige Darlehen **(ISB-Darlehen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen).** Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Freiberufler mit Betriebsstätten in Rheinland-Pfalz mit bis zu 100 Beschäftigten.

Saarland

Die Programme des Saarlandes zur Förderung der Berufsausbildung wurden unter dem Dach des **Landesprogramms „Ausbildung jetzt“** zusammengefasst. Das Programm wird vom Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt und besteht aus folgenden Einzelprogrammen:

Im Programm **„Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze für besonders förderungsbedürftige Jugendliche“** fördert das Land Arbeitgeber, die für besonders förderungsbedürftige Jugendliche betriebliche Ausbildungsplätze bereitstellen. Zielgruppe der Maßnahme sind Auszubildende, die im aktuellen Schuljahr die allgemeinbildende Schule verlassen oder das 10. Pflichtschuljahr absolviert haben. Während der Ausbildung werden die Jugendlichen von Bildungsträgern betreut und bis zur bestandenen Prüfung im notwendigen Umfang gefördert.

Gewerbliche Unternehmen, Angehörige der freien Berufe sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die erstmalig in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausbilden und Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) abschließen, können im Rahmen des **Ausbildungsplatzförderungsprogramms** über die Saarländische Investitionskreditbank AG (SIKB) einen zinslosen Kredit in Höhe von 20.000 € pro Ausbildungsverhältnis erhalten. Antragsberechtigt sind auch Unternehmen, die in den vergangenen 10 Jahren nicht ausgebildet haben.

Das Land gewährt Zuwendungen zur Förderung von Pilotprojekten der betrieblichen **Berufsausbildung im Verbund,** um eine Verbesserung des betrieblichen Ausbildungsangebotes zu erreichen und durch Verbundlösungen zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen zu lassen. Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die betriebliche Ausbildung gemeinsam durchführen, um Kenntnisse und Fertigkeiten nach der jeweiligen Ausbildungsverordnung zu vermitteln.

Gefördert wird auch die **Fortsetzung der Ausbildung** in einem Unternehmen, falls der erste Ausbildungsvertrag aufgrund von Insolvenz, Stilllegung oder Schließung des Erstausbildungsbetriebes vorzeitig beendigt werden musste. Seit dem 1. September 2009 können Auszubildende aus Insolvenzunternehmen unter erleichterten Bedingungen über den Ausbildungsbonus der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden.

Sachsen

Der Freistaat Sachsen fördert mit Unterstützung des ESF auf der Grundlage der **ESF-Richtlinie Berufliche Bildung** beschäftigungspolitische Projekte. Im Rahmen der Richtlinie sind u. a. folgende Bereiche förderfähig:

- **Berufsorientierung und -vorbereitung:** Projekte zur Verbesserung des Gesamtsystems der Berufsorientierung, auf Initiative und zur Unterstützung der Wirtschaft bei der Berufsorientierung von Schülern sowie zur Identifizierung und zum Transfer von Best Practice bei Unternehmen oder Unternehmenskooperationen.
- **Betriebliche und betriebsnahe Ausbildung:** zusätzliche Berufsausbildungsplätze in anerkannten Ausbildungsberufen, Verbundausbildung, betriebliche Berufsausbildungsplätze für besondere Zielgruppen, Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende.
- **Betriebliche und betriebsnahe Ausbildung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft:** überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen, Ergänzungsqualifikationen, Modellprojekte, Studien und Konzepte, Verbundausbildung, Berufsausbildungsplätze für besondere Zielgruppen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.
- **Transnationale Bildung im Agrarsektor und in den Bereichen Forstwirtschaft, ländliche**

Entwicklung und Umwelt: Projekte zur Weiterbildung von Auszubildenden, Arbeitnehmern und Unternehmern.

- **Transnationale Ausbildung**: zusätzliche Ausbildungsplätze und internationale Kompetenzen in der beruflichen Erstausbildung.

Der Freistaat fördert im Rahmen der Richtlinien zur Mittelstandsförderung die **Modernisierung bestehender ÜBS.** Dazu zählen ein ggf. notwendiger Umbau von Gebäuden sowie Ersatz- und Ergänzungsausstattungen von Werkstätten, die der überbetrieblichen Aus- und Fortbildung dienen. Zudem kann die **Weiterentwicklung des ÜBS zum Kompetenzzentrum** gefördert werden.

Durch Förderung der **überbetrieblichen Lehrunterweisung (ÜLU)** soll die Ausbildung im Betrieb durch die Verbreiterung der Grundausbildung und Vertiefung von Fachkenntnissen ergänzt und an die technische Entwicklung angepasst werden. Darüber hinaus sollen die Ausbildungsbetriebe von Unterweisungsaufgaben auf speziellen Gebieten entlastet werden. Gefördert werden die Lehrgänge der ÜLU für Lehrlinge in der Grundstufe (1. Ausbildungsjahr) und in der Fachstufe (2. bis 4. Ausbildungsjahr) und die gegebenenfalls erforderliche Unterbringung der Lehrlinge im Internat.

Aus Mitteln des Landes, des Bundes und des ESF werden im Rahmen der **Gemeinschaftsinitiative Sachsen (GISA)** für das Ausbildungsjahr 2009/2010 rund 2.500 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze gefördert. Das Land erhält auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung zum **Ausbildungsplatzprogramm Ost 2009/2010** in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 Bundesmittel im Umfang von rund 7,3 Mio. €. Diese Mittel sollen zur Finanzierung von 1.079 zusätzlichen Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. Wie in den vergangenen Jahren wird die GISA von den Ausbildungsvereinen der Kammern organisiert.

Sachsen-Anhalt

Das Land fördert im Programm **„Sachsen-Anhalt AUSBILDUNG“** mit Unterstützung des ESF Betriebe, die Jugendliche im Verbund mit Partnerbetrieben oder Bildungsträgern ausbilden. Gefördert werden kleine und mittlere Unternehmen, die fachlich nicht in der Lage sind, die betriebliche Ausbildung von Jugendlichen inhaltlich allein sicherzustellen, sowie die Inanspruchnahme von Beratungs- und Coachingleistungen für Planung, Durchführung und Management der Berufsausbildung. Ziel der Förderung ist eine Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes sowie die Verbesserung der Ausbildungsqualität bis hin zum Angebot von Zusatzqualifikationen.

Mit Unterstützung des ESF fördert das Land die **Erstausbildung Alleinerziehender ohne Berufsausbildung,** insbesondere alleinerziehender junger Mütter unter 27 Jahren. Mitfinanziert wird die individuelle Beratung und Begleitung der Alleinerziehenden mit dem Ziel der Absolvierung einer Erstausbildung.

Die Förderung von **Einzelprojekten zur präventiven Arbeitsmarktförderung** soll dazu beitragen, die Qualifizierung und Ausbildung in den Unternehmen des Landes durch die Entwicklung geeigneter Methoden und die Erprobung neuer Lösungsansätze zu verbessern und dadurch die Wachstumskräfte im Land zu stärken und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Im Rahmen der Richtlinie sind u. a. Projekte förderfähig, die neue Formen der Erstausbildung entwickeln.

Im Land Sachsen-Anhalt stehen über das **Ausbildungsplatzprogramm Ost 2009/2010** im Programmzeitraum 2009 bis 2013 824 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Diese werden über das Landesergänzungsprogramm (LEP) um weitere 280 Ausbildungsplätze erhöht. Das Land erhält auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 Bundesmittel im Umfang von rund 5,58 Mio. €.

Schleswig-Holstein

Das **Zukunftsprogramm Arbeit** bildet als eines von 4 eigenständigen Programmen unter dem Dach des **Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein** das zentrale Instrument der Arbeitsförderung des Landes für die Jahre 2007 bis 2013. Schwerpunkte der Förderung sind:

- die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten (Prioritätsachse A),

- die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein (Prioritätsachse B),
- die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen (Prioritätsachse C).

Die konkrete Ausgestaltung des Programms erfolgt durch ergänzende Programmbestimmungen. Im Rahmen der Prioritätsachse B werden gefördert:

- die **Bereitstellung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze** für am Ausbildungsmarkt benachteiligte Jugendliche,
- Projekte zur gezielten **Akquisition von Ausbildungsplätzen,**
- Projekte zur **Beratung und Betreuung Jugendlicher während der Ausbildung,**
- **überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk (ÜLU),**
- Projekte zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsreife Jugendlicher,
- Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Integrationschancen von benachteiligten jungen Menschen unter 25 Jahren,
- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene,
- transnationale Maßnahmen für Jugendliche.

Das Land fördert **innovative Projekte** zur Verbesserung der Ausbildungssituation und Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung. Im Einzelnen werden unterstützt:

- Projekte zur Erprobung neuer ausbildungspolitischer Ansätze,
- Projekte zur Steigerung der Ausbildungsqualität,
- Projekte zur Verknüpfung von Schule und Wirtschaft,
- Projekte, mit denen auf akute Ausbildungsprobleme reagiert wird, und
- Projekte, an denen ein besonderes ausbildungspolitisches Interesse des Landes besteht.

Zudem wurde ein Programm zur Förderung der **Ausbildung in der Altenpflege und Altenpflegehilfe** aufgelegt. Mitfinanziert werden Personal- und Sachausgaben der Altenpflegeschulen. Ziel ist es, eine qualitativ hochwertige und fachgerechte Ausbildung an den staatlich anerkannten Altenpflegeschulen in Schleswig-Holstein sicherzustellen.

Das Land fördert die **Errichtung, den Ausbau und die Modernisierung von Berufsbildungsstätten der Aus- und Weiterbildung**. Ziel ist es, durch die Schaffung und Sicherung eines bedarfsgerechten, modernen Netzes von Berufsbildungsstätten (BBS) die Qualifikation der Auszubildenden, Beschäftigten und Arbeitslosen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit schleswig-holsteinischer Betriebe zu erhöhen. Antragsberechtigt sind private und öffentliche Träger von Berufsbildungsstätten.

Thüringen

Mit Unterstützung des ESF fördert das Land mit der **Ausbildungsrichtlinie** Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation unter besonderer Berücksichtigung der zukünftigen Fachkräfteentwicklung. Gefördert werden

- die Geschäftsstellen von Ausbildungsverbünden,
- überbetriebliche Ergänzungslehrgänge und Lehrgänge zur Vermittlung von Zusatzqualifikationen,
- überbetriebliche Lehrunterweisungen im Handwerk sowie
- Ausbildungsplätze für besondere Zielgruppen (schwer vermittelbare Jugendliche und Insolvenzlehrlinge).

Mit der **Zukunftsinitiative Lehrstellen 2008 (ZIL 2008)** unterstützt das Land die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, insbesondere für Mädchen und für schwer vermittelbare und benachteiligte Jugendliche. Die Förderung ist im Rahmen einer wirtschaftsnahen oder einer berufsfachschulischen Variante möglich. Die Grundlage für das Programm bilden das **Ausbildungsplatzprogramm Ost** des Bundes und der Länder sowie das aus ESF-Mitteln kofinanzierte **Ergänzungsprogramm** des Landes. Das Land erhält auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung in den Haushaltsjahren 2009 bis 2012 Bundesmittel im Umfang von rund 3,99 Mio. €, die zur Finanzierung von 589 Ausbildungsplätzen eingesetzt werden sollen.

Das Land fördert den Ausbau eines **Netzes an überbetrieblichen Ausbildungsstätten,** die der berufspraktischen Aus- und Weiterbildung dienen. Mitfinanziert werden

- Investitionsvorhaben, die der Anpassung der Ausstattung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten an die Veränderung der Berufswelt dienen, sowie
- Bauvorhaben, sofern ein besonderes berufsbildungspolitisches Interesse des Landes besteht.

Um eine bedarfsgerechte Qualifizierung im Hinblick auf den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu gewährleisten, fördert der Freistaat zudem **Berufsbildungsmessen und Informationsmaterialien.**

D1.4 Europäische Union

Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. In Deutschland erhalten Bund und Länder in den Jahren 2007 bis 2013 insgesamt 9,38 Mrd. € aus dem ESF. Diese Mittel verteilen sich zu knapp 40 % auf das ESF-Bundesprogramm und zu gut 60 % auf die ESF-Länderprogramme. Zusammen mit der erforderlichen nationalen Kofinanzierung ergibt sich für die Programmlaufzeit ein Gesamtvolumen von fast 16 Mrd. € für zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Finanzielle Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds können öffentliche Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbände sowie Sozialpartner erhalten, die im Bereich Beschäftigung und soziale Eingliederung aktiv sind. Die Vergabe richtet sich nach Kriterien, die in den ESF-Richtlinien und den ESF-Förderprogrammen des Bundes und Länder festgelegt sind.

Das **Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens** bildet die Grundlage für die Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung durch die Europäische Union in den Jahren 2007 bis 2013. Ziel ist es, den Austausch, die Zusammenarbeit und die Mobilität zwischen den Bildungssystemen in der Gemeinschaft zu unterstützen. Das Aktionsprogramm besteht aus vier sektoralen Programmen, einem Querschnittsprogramm und dem Programm „Jean Monnet“.

Mit dem sektoralen **Programm „LEONARDO DA VINCI“** werden Maßnahmen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung gefördert. Ziel ist es,

- Teilnehmer von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beim Erwerb und Einsatz von Wissen, Fähigkeiten und Qualifikationen zur Förderung ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen,
- Verbesserungen und Innovationen in Bezug auf die Systeme, Einrichtungen und Verfahren der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu fördern und
- die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung und Mobilität für Arbeitgeber und Einzelpersonen sowie die Mobilität von in beruflicher Bildung befindlichen Personen zu erhöhen.

Im Programm „LEONARDO DA VINCI“ werden folgende Aktivitäten gefördert:

- Auslandsaufenthalte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung,
- Projekte zum Transfer von Innovationen,
- Partnerschaften,
- Projekte zur Entwicklung von Innovationen,
- Netzwerke,
- vorbereitende Besuche.

Antragsberechtigt sind Personen bzw. Organisationen, die im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung tätig sind, insbesondere Auszubildende und Arbeitnehmer, Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen, Verbände und Vereinigungen, Behörden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie Informations- und Beratungseinrichtungen.

Die Förderung erfolgt in Form von Zuschüssen. Die Finanzausstattung für die Durchführung des Aktionsprogramms im Bereich des lebenslangen Lernens in den Jahren 2007 bis 2013 beträgt insgesamt 6,97 Mrd. €. Davon sind mindestens 25 % für das sektorale Programm „LEONARDO DA VINCI“ vorgesehen.

(Martin Nospickel, Wolters Kluwer Deutschland)

D2 Aktivitäten und Ergebnisse ausgewählter Modellinitiativen

D2.1 Schwerpunktthemen und Intentionen aktueller Modellversuche und Pilotinitiativen

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt seit über 30 Jahren Modellversuche und Pilotinitiativen auf Weisung des BMBF (gemäß § 90 Abs. 3 Nr. 1d BBiG) durch und hat in dieser Zeit die Entwicklung beruflicher Bildung unterstützt und vorangetrieben. Es werden innovative Konzepte zur Gestaltung beruflicher Bildung in einem kooperativen Verfahren gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren aufgegriffen, weiterentwickelt und erfolgreiche Konzepte transferiert. Bottom-up-Prinzip und Partizipation sind wesentliche Kennzeichen des Modellversuchsansatzes.

Das Instrument befindet sich aktuell in einer Phase der konzeptionellen Weiterentwicklung, die aufgrund einer veränderten berufsbildungspolitischen Programmatik, einer neuen Förderstruktur des Bundes (Föderalismusreform, Auflösung der BLK, Novellierung des BBiG) und einer notwendigen Reform der Arbeitsstruktur und Kooperationsbeziehungen in Modellversuchsreihen, Pilotinitiativen und Förderschwerpunkten (Wettbewerbsprinzipien, Implementation von themenbezogenen Fachgruppen, Vernetzung von Förder- und Entwicklungsaktivitäten) erforderlich wird. Modellversuche und Pilotinitiativen haben weiterhin den Anspruch, modellhaft zukunftsweisende Innovationen und Problemlösungen für die berufliche Bildung zu schaffen. Sie werden aktuell im Rahmen von Förderschwerpunkten thematisch gebündelt, um einerseits mehrere Modellversuche auf thematische Schwerpunkte zu konzentrieren und andererseits um in der Modellversuchsforschung ein homogeneres Feld für die Vergleichbarkeit von Prozessen zu gewährleisten. Entwickelte Problemlösungen sollen erprobt, evaluiert und weiterentwickelt, dokumentiert, transferiert und systemisch implementiert werden.

Mit dem Begriff der Innovation kann etwas grundsätzlich Neues oder aber die Anwendung von etwas Bekanntem in einem neuen Kontext gemeint sein. Ergebnisse von Innovationsprozessen lassen sich unterscheiden in Produktinnovationen (z. B. neue Lernmedien), Prozess- oder Verfahrensinnovationen (z. B. Lernortkooperation), Strukturinnovationen (z. B. Durchlässigkeit zwischen Bildungsbereichen) oder soziale Innovationen (z. B. Aufwertung informellen Lernens). Ein Innovationsprozess kann sachlogisch in die drei Hauptphasen Ideengenerierung, Implementierung und Routinisierung unterteilt werden. Von zentraler Bedeutung ist es, die Schlüsselakteure in allen relevanten Referenzsystemen (Berufsbildungspraxis, -forschung und -politik) z. B. als Macht-, Fach- und Prozesspromotoren zu gewinnen und konstruktiv einzubinden und ggf. Innovationsbarrieren bei einzelnen Akteuren zu überwinden. Innovationen in der beruflichen Bildung sind nur in kooperativen Entwicklungsprozessen zu erzielen, wobei die Berufsbildungspraxis in allen drei Phasen einzubeziehen ist. Nur so lassen sich wissenschaftliche Konzepte oder politische Leitideen praxistauglich und -wirksam reflektieren und modifizieren und gleichzeitig Hinweise auf ihre praktische Tauglichkeit gewinnen.

Ziel von Modellversuchen ist die innovative Weiterentwicklung der Berufsbildungspraxis sowohl in Bezug auf pädagogisch-didaktische Fragen als auch in Bezug auf Fragen der Organisation von Berufsbildungsprozessen und der Kombination der Lernorte und Institutionen. In Modellversuchen werden wesentliche inhaltliche Ansätze aus der Praxis heraus entwickelt und erprobt. Dabei kommen Ideen für innovative Modellversuchskonzepte oder ganze Förderschwerpunkte häufig von den Akteuren der beruflichen Bildung, d. h. von Betrieben, Bildungsdienstleistern oder beruflichen Schulen bzw. von regionalen Partnern, die gemeinsam neue Modelle für eine Region oder Branche erproben wollen. Entscheidendes Merkmal ist das Entwickeln und Erproben innovativer Konzepte gemeinsam von Modellversuchsträgern, Betrieben, wissenschaftlichen Begleitungen und der fachlich-wissenschaftlichen Begleitung einzelner Modellversuche und Modellversuchsprogramme durch das BIBB. Modellversuche, d. h. insbesondere die Entwicklungsarbeiten in der Praxis, sind einerseits Ansatzpunkt, andererseits aber auch Ergebnis wissenschaftlicher

Arbeit. Alle Modellversuche und Programme werden wissenschaftlich begleitet respektive evaluiert, wobei die Begleitforschung in der Regel in die Praxis eingreift und mitgestaltet, zumindest aber den Modellversuchsträger oder beteiligte Betriebe berät und unterstützt. Somit entsteht ein Spannungsfeld zwischen den Aufgaben „Gestaltung und Unterstützung“ und „Analyse und Evaluation“. Zentrale Aufgabe des BIBB ist es zudem, Ergebnisse einzelner Modellversuche frühzeitig aus ihrem Zuschnitt auf das Modellversuchsumfeld (Region, Branche, spezifische Problemlagen etc.) herauszulösen, zu verallgemeinern und umfassend nutzbar zu machen.

Modellversuche sind aber ebenso bedeutsam für die Berufsbildungspolitik. Zum einen geht es dabei um die Identifizierung und Förderung innovativer Themenfelder in der Berufsbildung, zum anderen aber auch um die Förderung bestimmter Zielgruppen (z. B. benachteiligte Jugendliche, Migrantinnen und Migranten). Im BIBB gehen Modellversuchsergebnisse in die Ordnungsarbeit ein und geben inhaltliche Impulse für die Weiterentwicklung von Ordnungsmitteln der Aus- und Fortbildung. Während Modellversuche und -initiativen eher einen innovativ-experimentellen Charakter aufweisen, dienen Pilotinitiativen (z. B. die DECVET-Initiative) auch dazu, bildungspolitisch erkannte oder erwünschte Weiterentwicklungen des Bildungssystems durch konkrete Entwicklungsprojekte zu unterstützen und voranzutreiben. Hier wird eher der Umsetzungsaspekt – d. h. die Implementation erprobter Konzepte in die Berufsbildung – betont. Eine „qualitative Indikatorik“ für die Darstellung von Innovationskonzepten in der beruflichen Bildung, die insbesondere auch im Sinne von Zeitreihen die Beschreibung von Entwicklungstrends ermöglicht, ist derzeit in der Vorbereitung.

(Andreas Diettrich)

D2.2 Förderung von Transparenz, Durchlässigkeit und Anrechnung

Wichtiger Innovationsbereich in der Berufsbildung ist die Förderung von Transparenz, Durchlässigkeit und Anerkennung auf und zwischen den einzelnen Ebenen und Teilbereichen des (Berufs-)Bildungssystems. Im Rahmen regional begrenzter Modellversuche und Pilotprojekte wird dazu erprobt, mithilfe welcher Instrumente und Verfahren, mit welchen Akteuren und unter welchen Rahmenbedingungen diese bildungspolitisch intendierte Aufgabenstellung zu bewältigen ist. Diese seit vielen Jahren diskutierte Zielsetzung zur Gestaltung des Bildungssystems wirkt sich auf die Beziehungen zwischen den relevanten Institutionen und Akteuren und letztlich auch auf die Lehr-/Lernprozesse aus. Zudem sind Transparenz, Durchlässigkeit und Anrechnung wichtige Leitthemen der europäischen (Berufs-)Bildungspolitik und manifestieren sich in Instrumenten wie dem Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen und in Leistungspunktesystemen. Die beiden im Folgenden dargestellten Pilotinitiativen ANKOM und DECVET sind Innovations- oder gar Reforminstrumente auf europäischer und nationaler Ebene, die erhebliche Auswirkungen auf das Berufsbildungssystem und etablierte Strukturen haben können. Während ANKOM sich den Themen Transparenz, Durchlässigkeit und Anrechnung im Übergangsbereich Berufsbildung – Hochschule widmet, zielt DECVET auf den Übergang innerhalb der Teilbereiche des Berufsbildungssystems ab. Beide Initiativen stehen in einem konzeptionellen und inhaltlichen Zusammenhang.

Förderinitiative Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge (ANKOM)

Im Rahmen von ANKOM wurden mit wissenschaftlicher Begleitung bis Mitte 2008 in elf Vorhaben Verfahren der Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge entwickelt.[349] Grundlage waren die nach § 53 BBiG geregelten Fortbildungen, gleichgestellte Abschlüsse der Fachschulen auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung über Fachschulen und landesrechtlich geregelte Aufstiegsfortbildungen der Gesundheitsberufe sowie jeweils fachlich komplementäre akkreditierte Bachelorstudiengänge. Die Pilotprojekte kamen aus den hochschulischen Fachdisziplinen Gesundheits- und Pflegewissenschaften, Informationstechnologien, Ingenieurwissenschaften sowie Sozialwesen und Wirt-

349 Weitere Informationen finden sich im Internet: **http://ankom.his.de**.

schaftswissenschaften. Beteiligt waren 3 Technische Universitäten, 4 Fachhochschulen und 5 Universitäten aus 7 Bundesländern. Aufseiten der beruflichen Bildung waren gewerblich-technische, informationstechnologische und kaufmännische Fortbildungen, Fortbildungen der Gesundheitsfachberufe und die zur Erzieherin/zum Erzieher vertreten.

Ziel war, Anrechnungsmodelle zu entwickeln und damit die Anrechnungspotenziale zwischen beruflicher Fortbildung und akkreditierten Bachelorstudiengängen zu identifizieren. Es sollten primär pauschale Anrechnungsmodelle entwickelt werden. Die Stärke des pauschalen Verfahrens liegt darin, für die Absolventen der beruflichen Bildung neue und berechenbare Übergänge in die Hochschule zu bahnen. Sie geben den Absolventinnen und Absolventen der Fortbildung die Sicherheit, dass der anvisierte Studiengang an bereits erworbene Kompetenzen anschließt und dass sie eine ausgewiesene Zahl an Leistungspunkten gutgeschrieben bekommen. Es bedarf keiner individuellen Prüfung, sondern nur der Antragstellung auf Anrechnung beim Prüfungsamt.

Der Aufwand der Identifizierung des Anrechnungspotenzials ist hoch, und die Äquivalenzfeststellung von Lernergebnissen aus unterschiedlichen Aneignungskontexten hat sich als komplex herausgestellt. Die Entwicklung von pauschalen Verfahren ist deshalb vor allem für Bildungsgänge mit vielen Fortbildungsabsolventen zu empfehlen. Trotz der Heterogenität der Bildungskontexte wurde gezeigt, dass es Schnittmengen an gleichwertigen Lernergebnissen gibt. So sind beruflich erworbene Qualifikationen in den Hochschulbereich systematisch anrechenbar. Geschaffen wurde damit eine wichtige Grundlage für lebenslanges Lernen und für die kontinuierliche Entwicklung von Bildungsbiografien. Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure aus den Bereichen Hochschule und berufliche Bildung (Modulverantwortliche, Studiengangkoordinator/-innen, Fachbereichsleitungen, Prüfungsausschüsse der Studiengänge, Hochschulleitungen, Weiterbildungsträger, Fachschulen, Kammern, Prüfungsausschüsse der beruflichen Bildung) wurde eine Grundlage für Transparenz und mehr Effizienz beim Übergang von einem Bildungssektor in einen anderen geschaffen. Gleichzeitig wurden Kommunikation und Austausch zwischen den Bildungsbereichen und den zahlreichen beteiligten Organisationen gefördert, sodass über die Projektförderung hinaus über neue Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame Bildungsangebote nachgedacht wird.

Von der wissenschaftlichen Begleitung wurde ein „Leitfragenkatalog zur Planung und Implementierung von Anrechnungsverfahren“ sowie eine „Leitlinie für die Qualitätssicherung von Verfahren zur Anrechnung beruflicher und außerhochschulisch erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ entwickelt. Die Anrechnungsleitlinie dient der Entwicklung von Transparenz für alle Beteiligten (beruflich Qualifizierte, die sich für ein Studium interessieren, Anbieter der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Hochschulen, Ministerien, Akkreditierungsagenturen etc.), der Förderung der Vertrauensbildung zwischen allen Beteiligten sowie der Nachvollziehbarkeit der Äquivalenzfeststellungen. Hinsichtlich der Übertragbarkeit ist zwischen entwickelten Verfahren und erzielten Ergebnisse, zu unterscheiden. Während der Einsatz der entwickelten Verfahren generell möglich ist, können die Ergebnisse nur dann generalisiert werden, wenn die Studiengänge vergleichbare Module mit gleichwertigen Lernergebnissen haben. Ist dies nicht der Fall, so ist eine erneute Bestimmung von Kompetenzäquivalenzen für den Studiengang erforderlich.

Gegenwärtig arbeiten zahlreiche Institutionen der beruflichen und hochschulischen Bildung an der Umsetzung von Anrechnungsverfahren. Sie werden hierbei von der wissenschaftlichen Begleitung unterstützt. Entwickelt werden Arbeitsmaterialien, die für die praktische Arbeit der an Anrechnung beteiligten Institutionen verwendet werden können. Unterstützt werden Netzwerke, in denen Bildungskooperationen zwischen Wirtschaft und Hochschulen bestehen, sowie Personalverantwortliche von Betrieben, die hochschulische Weiterbildung in ihre Personalentwicklung einbeziehen. Auf formaler Ebene wurden von der hochschulischen Bildung mittlerweile die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um Anrechnung in die Prüfungsordnungen der Studiengänge einbringen zu können. Zu nennen sind

- zwei Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (2002 und 2008), die die Grundlagen für die

Anrechnung außerhochschulisch erworbener Kompetenzen regeln,
- die Berücksichtigung von Anrechnung außerhochschulisch erworbener Kompetenzen im Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse,
- die Aufnahme von Anrechnung in die ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Entwicklung von gestuften Studiengängen.

Alle Hochschulgesetze der Länder sehen Regelungen zur Anrechnung und/oder für Einstufungsprüfungen vor.

Pilotinitiative zur Entwicklung eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung in Deutschland (DECVET)

Die Pilotinitiative DECVET hat zum Ziel, in 10 betriebspraktisch ausgerichteten Pilotprojekten Modelle für ein Leistungspunktesystems, zur Erfassung, Übertragung und Anrechnung von Lernergebnissen und Kompetenzen von einem Teilbereich des beruflichen Bildungssystems in einen anderen zu entwickeln und zu erproben. Über transparente und transferierbare Anrechnungsmodelle soll die vertikale und die horizontale Durchlässigkeit zwischen den Subsystemen beruflicher Bildung erhöht und damit die Planungsmöglichkeiten und Umsetzungschancen für individuelle Qualifizierungs- und Karrierewege im Kontext lebenslangen Lernens verbessert werden. Darüber hinaus werden von derartigen Anrechnungsmodellen positive Impulse für eine bessere Verknüpfung von Lernformen und intensivere Kooperationen der Bildungsinstitutionen erwartet. Wissenschaftlich begleitet wird die Initiative von einem Konsortium aus der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Lehrstuhl für Berufspädagogik), der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik) und dem BIBB. Beraten wird die Gesamtinitiative von einem Beirat, in dem Beauftragte des Bundes, der Länder und der Sozialpartner vertreten sind. Darüber hinaus wurde in jedem Projekt eine Steuerungsgruppe gebildet, die die Projektarbeiten unterstützt. Die Steuerungsgruppen setzten sich u. a. zusammen aus Vertretern und Vertreterinnen der jeweiligen Länder, der regionalen Kammern, Schulen und Betrieben, der Sozialpartner und der Berufsverbände.

In den 10 Pilotprojekten, die 2008 ihre Arbeit aufnahmen, wurden bisher branchenspezifische Modelle und Verfahren zur Bestimmung, Bewertung und Anrechnung von Lernergebnissen und Kompetenzen für folgende vier Schnittstellen des deutschen Berufsbildungssystems entwickelt:
- zwischen Berufsausbildungsvorbereitung und dualer Ausbildung,
- innerhalb der dualen Berufsausbildung an der Schnittstelle gemeinsamer berufsübergreifender Qualifikationen in einem Berufsfeld,
- zwischen dualer und vollzeitschulischer Berufsausbildung und
- zwischen dualer Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung nach §§ 53 und 54 BBiG.

Die Verfahren und Modelle werden zurzeit mit Probandengruppen in unterschiedlichen Bildungsinstitutionen, Schulen und Betrieben erprobt. Für die Entwicklung der Anrechnungsmodelle wurde den Projekten die Vorgabe gemacht, sich an zentralen Konstruktionskriterien des „European Credit System for Vocational Education and Training“ (ECVET) zu orientieren. Während ECVET primär im europäischen Raum die grenzüberschreitende Mobilität und Durchlässigkeit steigern soll, untersucht die Pilotinitiative DECVET, inwieweit sich die ECVET-Prinzipien für die Entwicklung und Implementierung durchlässigkeitsfördernder Instrumente im nationalen Berufsbildungssystem reformorientiert nutzen lassen. Die für die DECVET-Anrechnungsmodelle maßgebenden Schritte sind:
- Berufliche Qualifikationen werden unabhängig von Institutionen und Lernkontexten, in denen sie erworben wurden, ergebnisorientiert beschrieben.
- Zusammengefasst werden die Lernergebnisse in Units (= Lerneinheiten im Sinne von „Einheiten von Gelerntem“), die Teile einer Qualifikation (Beruf) darstellen und zusammen eine Gesamtqualifikation abbilden.
- Units werden Leistungspunkten zugeordnet, die ihr Verhältnis untereinander als auch zur Gesamtqualifikation quantitativ gewichten.

Diesen Anrechnungsmodellen entsprechend sollen die Zu- und Übergänge in den Subsystemen der Berufsbildung nicht mehr primär an formale Bildungs-

abschlüsse und Zertifikate gekoppelt sein, sondern über die Feststellung vorhandener Lernergebnisse und Kompetenzen gestaltet werden. Die Entwicklung der schnittstellenspezifischen Anrechnungsmodelle erfolgte in allen Projekten nach einem einheitlichen Arbeitsprogramm:

In einem ersten Schritt wurden Lerneinheiten definiert, die Teile der Gesamtqualifikation eines Berufes abbilden. Den Referenzrahmen für die Beschreibung von Units bilden in der Regel die vorgegebenen Ordnungsmittel sowie die betrieblichen Handlungs- und Kompetenzanforderungen. Inhaltlich bestimmt werden die Lerneinheiten überwiegend durch berufstypische Handlungsfelder und Aufträge, einsatzgebietsübliche Arbeits- und Geschäftsprozesse und komplexe Arbeitssituationen, die vollständige Arbeitshandlungen abbilden. Auf der Basis dieser Anforderungen werden unter Einbeziehung der Vorgaben der Ordnungsmittel die für die Bewältigung dieser berufstypischen Arbeiten erforderlichen Kompetenzen, Fertigkeiten und Kenntnisse beschrieben. Für die Lerneinheiten ist in der Regel eine anforderungs- und komplexitätssteigernde Anschluss- und Aufbaustruktur ausgewiesen.

Im zweiten Schritt wurden Verfahren, Erfassungsinstrumente und Prüfungsformen entwickelt bzw. angepasst und kombiniert, die es erlauben, die in den Units als Lernergebnisse beschriebenen Kompetenzen zu überprüfen und zu bewerten. Kriterien für die Entwicklung der im Einzelnen sehr unterschiedlich ausgeformten Prüfungsansätze waren u. a. der Kompetenzbezug der Prüfungsinstrumente, Ausführungs-, Handlungs- und Performanzorientierung der Prüfung sowie Validität des Prüfungsverfahrens. Die zu erprobenden Prüfungsmethoden und -instrumente umfassen u. a. handlungsorientierte Situationsaufgaben im beruflichen Tätigkeitsfeld, Betriebsaufträge, Projektaufgaben mit Präsentation und Fachgespräch, Simulationsaufgaben sowie Kenntnistests. Zur Sicherung der Umsetzbarkeit der Prüfungsansätze waren zudem Kriterien der Verfahrensökonomie und Prüfungskompetenz zu berücksichtigen. Da die auf Anrechnungen orientierten Kompetenzprüfungsverfahren an das Prüfungspersonal neue Anforderungen stellen, entwickelten die Pilotprojekte Qualifizierungskonzepte, die nach Auswertung ihrer Erprobung zu transferierbaren Qualifizierungsleitfäden weiterentwickelt werden.

Im dritten Schritt wurden Leistungspunkte festgelegt, die der Gewichtung der Lerneinheiten untereinander sowie im Verhältnis zur Gesamtqualifikation entsprechen und für die Anrechnung in weiterführenden Qualifizierungswegen anschlussfähig sind.

Während in den Schritten 1 bis 3 die Voraussetzungen für Anerkennungen geschaffen wurden, geht es in der derzeitigen Arbeitsphase um die Ausgestaltung und Erprobung von an die Berufsbildungspraxis angepassten, pragmatischen und akzeptanzfähigen Anrechnungsverfahren. Dabei sind u. a. folgende Fragen zu klären: Wie wird ein Anrechnungsverfahren ausgelöst? Von welchen Akteuren/Institutionen wird das Verfahren aktiv gestaltet und verantwortet? Wer erfasst die Lernergebnisse, wer bewertet und zertifiziert sie, wer erkennt an? Bei der Gestaltung und Erprobung von Anrechnungsverfahren müssen alle Akteure der beruflichen Bildungspraxis einbezogen werden. Der aktive Einbezug der Akteure in die Steuerkreise der Projekte wirkt unterstützend. Eine zentrale Funktion für die Umsetzung von Anrechnungsverfahren erfüllen hierbei die Kammern. In einigen Projekten konnten solche Beteiligungen der Kammern für die Erprobungsphase der Anrechnungsmodelle bereits vereinbart werden. Erprobungsergebnisse zur Umsetzbarkeit, Effizienz und Funktionalität der entwickelten Anrechnungsmodelle werden 2011 vorliegen. Auf der Basis der Erprobungsergebnisse wird zu prüfen sein, ob und inwieweit sich die nach Schnittstellen und Branchen differenzierten Anrechnungsmodelle für das Gesamtsystem beruflicher Bildung generalisieren und standardisieren lassen oder ob aufeinander abgestimmte kontext- resp. schnittstellenspezifische Anrechnungsvarianten die Durchlässigkeit im Gesamtsystem effizienter fördern.

Beide Initiativen illustrieren die Komplexität der erprobten Innovationsprozesse, zugleich aber auch die Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung von mehr Anrechnung, Durchlässigkeit und Transparenz.

(Andreas Diettrich, Walburga K. Freitag, Egon Meerten)

D2.3 Nachhaltigkeit als Leitkategorie beruflicher Bildung

Die Vereinten Nationen haben die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) ausgerufen, deren Ziel die Verankerung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung in die nationalen Bildungssysteme ist. Es ist in vier strategische Ziele untergliedert:

1. Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxis in die Breite,
2. Vernetzung der Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung,
3. Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung und
4. Verstärkung internationaler Kooperationen.

Unterstützt wird die Dekade auf nationaler Ebene durch den deutschen Bundestag (Deutscher Bundestag 2009), der die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Berufsbildung und das lebenslange Lernen sowie die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung in nationale Bildungspläne verlangt. Der Beitrag der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu Qualität von Bildungsprozessen insgesamt ist z. B. durch Forschungsprojekte herauszustellen und damit ihre Verankerung in allen Bildungsbereichen zu verstärken. Gleichzeitig sollen Wege zur weiteren Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung auch nach Auslaufen der UN-Dekade eröffnet werden. Die Relevanz von Bildung für die Lösung der anstehenden Herausforderungen zur Sicherung von Nachhaltigkeit wird in Zukunft zunehmen. Dabei kommt der Berufsbildung eine zentrale Rolle zu. Das BIBB hat dazu einen Arbeitsschwerpunkt eingerichtet, der drei Maßnahmen umfasst[350]:

- Die vom BMBF geförderten Wirtschaftsmodellversuche zur Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung (2001 bis 2009)+.
- Das Querschnittprojekt zur beruflichen Bildung in der Wald- und Holzwirtschaft (2005 bis 2010) im Förderschwerpunkt „nachhaltige Waldwirtschaft“ des BMBF-Programms „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA).
- Die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Good-Pratice-Agentur (2005 bis 2009).

Die Erfahrungen, Ergebnisse und Produkte aus den Modellversuchen, des Querschnittprojektes „BiFONA-Wald“, der Good-Pratice-Agentur sowie aus weiteren Aktivitäten (Weltkonferenz zur Halbzeit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Ausbildungsplatzinitiative „Umwelt schafft Perspektiven“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [BMU]) machen deutlich, dass zur Implementierung und Verstetigung beruflicher Bildung für nachhaltige Entwicklung auf den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Empfehlenswert für die berufliche Bildung erscheint eine branchenspezifische, regional bezogene Umsetzung und Ausdifferenzierung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung. Außer den genannten Projekten sollten Möglichkeiten erschlossen werden, um die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung in den Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen, der Prozess- und Arbeitsgestaltung, der Fachkräftegewinnung und -sicherung als auch in der Kompetenzentwicklung für Management und Bildungspersonal zu verankern.

(Dagmar Winzier)

D2.4 Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten

Am 1. April 2008 startete das Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“, welches Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen einen ersten Einblick in verschiedene Berufe ermöglicht. Während eines Zeitraumes von 80 Stunden können die Teilnehmenden in mindestens drei Berufsbereichen ihre Fähigkeiten und Stärken praktisch erproben. Das BIBB führt die Förderung für das BMBF durch und bewilligte seit Programmstart 193 Projekte. Ein Fördervolumen von derzeit knapp 21 Mio. € ermöglicht fast 70.000 Schülern und Schülerinnen die Teilnahme an der Berufsorientierung.

350 Informationen im Internet unter: **http://bbne.bibb.de/de/bbne_index.htm**.

Das Programm wird extern und intern evaluiert. Eine qualitative Umfrage unter den Trägern der „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ ergab eine hohe Motivation bei den teilnehmenden Jugendlichen. Zusammen mit einer verhältnismäßig geringen Abbruchquote (4,3 %) deutet dieses Ergebnis darauf hin, dass das Programm erfolgreich ist. Dies ist bemerkenswert, weil Ursachen für Probleme beim Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. bei der passgenauen Besetzung von Lehrstellen vielfach in der mangelnden „Ausbildungsreife“[351] der Jugendlichen gesehen werden. Aus Sicht von Betrieben wird häufig angeführt, dass die Leistungen im schulischen Bereich sowie das allgemeine Auftreten der Bewerber nachließe und Kompetenzen wie Leistungsbereitschaft und Frustrationstoleranz nur noch selten vorhanden seien. Eine problematische Folge derartiger Bewertungen ist, dass viele Jugendliche, und zwar besonders Hauptschüler, sich abqualifiziert vorkommen und dieses negative Fremdbild ins Selbstbild übernehmen. Resignation und mangelnde schulische Motivation können Folgen sein (vgl. Knigge 2009, S. 176). Zudem tun sich gerade nicht zu den privilegierten Gruppen gehörende Schüler/-innen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oft sehr schwer, wenn ein diagnostizierter Mangel an (sozialen) Kompetenzen als Ausschlusskriterium fungiert (vgl. Heikkinen/Niemeyer 2005).

Maßnahmen zur Berufsorientierung sollen frühzeitig mit den Möglichkeiten praktischer Berufe vertraut machen, die Berufswahl vorbereiten und Ausbildungsreife fördern. Wichtig für das Gelingen sind Engagement und Motivation der Schüler/-innen. Basis für eine gelungene Berufswahl sind Selbstbewusstsein, Wissen um Stärken, Vertrauen und die Chance, Interessen zu entwickeln. Exemplarisch werden nachfolgend zwei Faktoren, die zur Förderung der Motivation der Jugendlichen beitragen, sowie beispielhaft deren praktische Umsetzung durch Berufsbildungsstätten dargestellt.

Motivation stärken durch Ressourcen- statt Defizitorientierung

Obwohl der Gedanke, an Ressourcen und Potenzialen statt an Defiziten anzusetzen, in der pädagogischen Arbeit nicht neu ist, scheint er selten konsequent praktiziert zu werden. Einen Beitrag zur Ressourcenorientierung leisten jene Berufsbildungsstätten, die von den Vorerfahrungen und vom Leistungsstand der Schüler/-innen ausgehen und das Aufgabenniveau in den Werkstätten oder Lernbüros entsprechend anpassen. Im Berufsbildungs- und Technologiezentrum Düsseldorf wechseln sich darüber hinaus die berufsübergreifende Kompetenzfeststellung, theoretische Unterweisungen (u. a. allgemeine Informationen zu den Berufsfeldern, Werkzeug- und Materialkunde, Alternativen für Ausbildungsberufe) und praktische Erprobung ab. Die theoretischen Unterweisungen sind in „Bausteine“ gegliedert und können je nach Konzentrationsfähigkeit und Arbeitstempo der Schüler/-innen flexibel in den praktischen Ablauf integriert werden. Einer Über- oder Unterforderung einzelner Jugendlicher wird so entgegengesteuert und Frustration oder gar Resignation vorgebeugt. Individuelle Potenziale können freigesetzt werden, und insbesondere Schüler/-innen mit Schwierigkeiten beim schulischen Lernen können Erfolgserlebnisse sammeln, von denen sie auch im Schulunterricht profitieren.

Motivation schaffen durch individuelle Angebote und Vielfalt

Berufsorientierung ist ein individueller Prozess, dem die bisher bestehenden Angebote oft nicht gerecht werden. Für Schüler/-innen, die nicht die benötigte Unterstützung bekommen, besteht ein hohes Frustrationspotenzial. Die Jugendlichen sollten deshalb Maßnahmen wählen können, die zum jeweiligen Stand ihres Berufsorientierungsprozesses passen. Angebote müssen stärker individualisiert und mehr auf freiwilliger Basis erfolgen, als das bisher der Fall ist. Zudem sollte eine möglichst breite Palette an Berufsfeldern zur Verfügung stehen, aus der die Schülerinnen und Schüler auswählen können. Das Teutloff Bildungszentrum Wernigerode kooperiert mit drei weiteren Berufsbildungsstätten und bot im Schuljahr 2008/2009 bis zu elf Berufsfelder zur Wahl an, die handwerkliche Berufe, Berufe im

351 Der Begriff Ausbildungsreife wird nach wie vor nicht einheitlich gebraucht. Definitionen und ein Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife finden sich unter **www.arbeitsagentur.de/nn_27986/zentraler-Content/A03-Berufsberatung/A031-Berufseinsteiger/Allgemein/Ausbildungsreife-Kriterienkatalog.html**.

Gesundheitsbereich, in der Informationstechnologie, in Handel und Wirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie grüne Berufe abdeckten.

Um die Wirkung des Programmes genauer beurteilen zu können und um weitere Hinweise für eine erfolgreiche Berufsorientierung zu erhalten, sind leitfadengestützte Interviews mit den Lehrkräften und den Jugendlichen geplant.

(Renate Lauterbach, Heike Niemann)

D2.5 Flexibilitätsspielräume nutzen – die Ausbildungskompetenz der kleinen und mittleren Unternehmen fördern

Die Veränderungen in Wirtschaft, Technik und Gesellschaft sowie der tief greifende demografische Wandel wirken sich in vielfältiger Weise auf die berufliche Aus- und Weiterbildung vor allem in kleinen und mittleren Industrie- und Handwerksunternehmen aus. Hier gilt es, sich verstärkt an den Kundenwünschen zu orientieren und mit den beschleunigten technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Den damit verbundenen Anforderungen an das Personal können die Betriebe nur durch eine adäquate Aus- und Weiterbildung begegnen. Dieses Thema wurde im Modellversuchsprogramm „Flexibilitätsspielräume in der Aus- und Weiterbildung“ behandelt. Zu dessen Abschluss fand am 22./23. April 2009 in Bonn eine bundesweite Fachtagung statt.[352] Auf der Tagung wurden zukunftsweisende Konzepte für die Ausbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen vorgestellt und diskutiert. Themenschwerpunkte waren:

- die outcomeorientierte Gestaltung von Lernprozessen, Modulen und Lerneinheiten,
- die Nutzung des externen Bildungsmanagements, verknüpft mit neuen Verbund- und Netzwerkstrukturen,
- die Rolle des berufspädagogischen Personals in Unternehmen, Schulen und Bildungsdienstleistern, insbesondere auch der Service-Ausbilder und ausbildenden Fachkräfte, und
- der Beitrag der Projekte zur Kompetenzentwicklung, Kompetenzfeststellung, Zertifizierung und Validierung formell und informell erworbener Kompetenzen.

Die Präsentationen und Diskussionen bezogen sich auf konkrete Inhalte der täglichen Praxis, wie z. B. den Umgang mit neuen Prüfungen, mit neuen, verpflichtenden Ausbildungskonzepten, mit der Organisations- und Personalentwicklung bei Bildungsdienstleistern, der Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern, einer besseren/ökonomischen Gestaltung der Ausbildung und dem angemessenen Umgang mit Rechtsvorschriften. Auf der Tagung wurde nicht nur Bilanz gezogen, sondern es wurden auch zukünftig bevorstehende Herausforderungen für die Bildungspolitik, Berufsbildungspraxis und Wissenschaft diskutiert.

(Gisela Westhoff)

D2.6 Wirkungen von Modellversuchen: Transfer und Diffusion in Fachpraxis und Wissenschaft

Die Analyse der Wirkungen von Modellversuchen ist eine wesentliche Aufgabe ihrer wissenschaftlich-fachlichen Begleitung. Mit der modellhaften Ausgestaltung und Verankerung der Leitthemen „Prozessorientierung“, „Erfahrungslernen“ und „Wissensmanagement“ in der beruflichen und betrieblichen Bildungspraxis haben 29 Modellversuche über einen Zeitraum von insgesamt zwölf Jahren einen Beitrag dazu geleistet, die Qualität, Praxisnähe und Transparenz beruflicher Aus- und Weiterbildung zu erhöhen.[353] Der Veränderungsdruck in den Unternehmen wurde genutzt, um neuartige Konzepte und Kompetenzen zu erproben. Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung bezogen sich sowohl unmittelbar auf die Arbeitsprozesse als auch auf die damit verbundenen Lernprozesse. Die Ansätze erstreckten sich von der Analyse von Lernpotenzialen in der Facharbeit bis zur Evalution beruflicher

352 Informationen im Internet unter: **www.bibb.de/flexibilitaet**; vgl. Westhoff 2008

353 Prozessorientierte Aus- und Weiterbildung – 1996–2008: 14 Modellversuche; Erfahrungswissen: Die verborgene Seite beruflichen Handelns – 1996–2005: 4 Modellversuche; Wissensmanagement – 2000–2008: 11 Modellversuche.

Kompetenzen. Sie haben deutlich gemacht: Lernen ist mehr als Anpassung an veränderte Umwelten und mehr als die Summe individueller Lernprozesse (vgl. Probst/Büchel 1998). Auf der Basis von Beratungs- und Strategiekonzepten, Bildungsbedarfsanalysen und geeigneten Instrumenten konnten maßgeschneiderte und bedarfsgerechte Angebote, die übertragbar sind, entwickelt und erprobt werden. Die Verbindung von Praxisgestaltung und Begleitforschung lieferte Grundlagen, Anstöße und Beiträge für die Weiterentwicklung der Berufs- und Erwachsenenpädagogik und die darauf bezogene Forschung.

Mit den praktischen Operationalisierungs- und Entwicklungsarbeiten gingen Präzisierungen und Differenzierungen im wissenschaftlichen Sinne und wechselseitige Fundierungen einher. Über Analysen, Exploration und Experimentieren mit Alternativen gelang es, im Rahmen der Theorie-Praxis-Kommunikation neues Wissen zu generieren, die Terminologie zu schärfen sowie theoretische und methodische Konzepte für eine differenzierte Anwendung zu präzisieren. Vielfältige Konzepte, Handreichungen, Methoden und Instrumente sind entwickelt und auf Praxistauglichkeit erprobt worden. Sie stehen heute zur Nutzung bereit.[354]

Die breite Beteiligung relevanter Akteure fördert(e) die Innovationsbereitschaft von Betrieben. Allein durch die Öffentlichkeit und den Demonstrationscharakter eines Modellversuchs erhielten betriebliche und berufliche Reformprozesse im Bildungswesen mehr Bedeutung und Stabilität nach innen und eine Vorbildfunktion nach außen. Position und Anliegen der Bildungsverantwortlichen in Betrieben wurden zumindest temporär gestärkt. Die Zusammenführung des Sachverstandes aus Praxis, Wissenschaft und Politik hat zahlreiche Synergien freigesetzt. Gleichwohl ist bekannt, dass die Verankerung von Einzelmaßnahmen in umfassende Gesamtkonzepte (z. B. eines betrieblichen Wissens- und Qualitätsmanagements) und Prozesse der Organisationsentwicklung (OE) andere Zeithorizonte erfordert als die Laufzeit eines Modellversuchs. Daher ist von einer prinzipiellen Unabgeschlossenheit solcher Prozesse auszugehen. Aufgrund der Langfristigkeit von OE-Prozessen und Unternehmenskulturveränderungen konnten entsprechende Prozesse angestoßen und implementiert, aber im Berichtszeitraum der Modellprojekte nicht weiter überprüft werden.

Die Modellversuche haben mit unterschiedlicher Akzentsetzung ihren Beitrag zur Entwicklung einer Wissens- und Lernkultur in Unternehmen und damit zu einer Qualitätssicherung und Professionalisierung beruflicher Bildung geleistet – unzureichende Rahmenbedingungen konnten sie nicht ändern. Die Erfahrung zeigt: Dort, wo tragfähige Strukturen und Einsicht vorhanden sind, werden Modellversuchsergebnisse, die in verschiedenen Anwendungen auf ihre Wirksamkeit geprüft worden sind, aufgenommen und fließen in die Alltagspraxis der beruflichen und betrieblichen Bildung ein – wo dies nicht der Fall ist, da besteht die Gefahr, dass sie ins Leere laufen.

Netzwerke und Verbünde, die ein Zentrum, einen „Motor“ benötigen, stehen zum Förderende, wenn die Rahmenfinanzierung wegfällt, häufig vor der Frage, wie sie verstetigt werden könnten. Deshalb wurde in verschiedenen Modellen untersucht, wie Netzwerke auf Dauer erhalten werden können: von der Befähigung zur Selbstorganisation bis zur Überleitung und Einbindung in bestehende Strukturen einer institutionalisierten Bildungsberatung oder Branche. Dabei hat sich wiederholt gezeigt, dass, wo dauerhafte Strukturen existieren oder gebildet werden können, eine Überführung der Referenzmodelle in den Berufsalltag besonders aussichtsreich ist.

Voraussetzung für die Verbindlichkeit des Transfers war eine frühzeitige Einbeziehung potenzieller Adressaten. Nach innen wie nach außen erfolgte ein regelmäßiger Austausch mit Fach- und Führungskräften aus der betrieblichen und schulischen Praxis, Bildungsdienstleistern, Vertretern von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften sowie Wissenschaftler/-innen im Rahmen von über 60 Workshops und Fachtagungen in fachpolitischen Zusammenhängen im gesamten Förderzeitraum. Die Veranstaltungen unterstützten die Vernetzung der Akteure in den Regionen und den Aufbau von Netzwerkstrukturen.

(Dorothea Schemme)

354 Qualifizierungsbausteine, Bildungsgänge, Lern- und Arbeitsaufgaben, Leitfäden für Ausbilder/-innen, Prozessbegleiter/-innen, Dozent/-innen und Teilnehmer/-innen, Organisationsmodelle, Methoden und Instrumente, Prozessarchitekturen für unterschiedliche Betriebstypen, Beurteilungsverfahren. Siehe auch: Information und Dokumentation zu Modellversuchen in der außerschulischen Berufsbildung (MIDO) unter: **www.bibb.de/de/1233.htm**.

E Internationale Indikatoren und Benchmarks, Systemmonitoring, Mobilität

Das Wichtigste in Kürze

Ziel des Kapitels ist es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen deutscher Berufsbildung in einem europäischen und internationalen Kontext zu verorten und die indikatorengestützte Berichterstattung des Datenreports zum Berufsbildungsbericht unter Bezug auf internationale Indikatoren und Benchmarks zu erweitern → **Kapitel E1 und E2**.

Mit der Etablierung der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 wurden erstmals Indikatoren und Benchmarks vereinbart, um die Fortschritte bei der Erreichung der damit gesetzten Ziele zu beobachten und zu bewerten. Trotz einer allgemeinen Verbesserung der Leistungen der Bildungs- und Berufsbildungssysteme in der EU wurde die Mehrzahl der für 2010 festgelegten Benchmarks nicht erreicht, auch nicht in Deutschland. Für die Dekade bis 2020 wurden einige alte Benchmarks höhergesetzt, andere neu festgelegt: Grundkompetenzen, früher Schulabgang, Teilnahme an Vorschulbildung, Teilnahme am lebenslangen Lernen, Erwerb von tertiären Abschlüssen, Mobilität, Fremdsprachen, Beschäftigungsfähigkeit. Einen eigenen Satz von 10 Indikatoren enthält die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung (EQARF) in der Berufsbildung; diese haben eine Entsprechung im BIBB-Datenreport bzw. könnten dort künftig berücksichtigt oder mithilfe anderer Quellen abgedeckt werden. Die OECD stellt in ihrem Bericht „Education at a glance“ jährlich eine Reihe von Indikatoren bereit, die für internationale Vergleiche der Leistungsfähigkeit von Bildungssystemen herangezogen werden können. Durch eine bestimmte Indikatorwahl sowie die mangelnde Berücksichtigung nationaler institutioneller Strukturen kann ein unzureichendes Bild von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit entstehen. Für die Beantwortung der Frage: „Wie viele Akademiker brauchen wir?“ sollten nicht nur Absolventenquoten, sondern auch *Attainment*-Quoten herangezogen werden. Dann zeigt sich: Für Deutschland gibt es im Vergleich zum OECD-Durchschnitt keine Hinweise auf eine gegenwärtige Unterversorgung des deutschen Arbeitsmarkts mit Akademikerinnen und Akademikern.

Durch ein Systemmonitoring sollen zukünftig weitere Aspekte der beruflichen Bildung aufgenommen werden, die durch eine allein an international gemeinsamen Indikatoren und Benchmarks orientierte Berichterstattung nicht oder nicht vollständig abgedeckt werden. Dazu dienen insbesondere Berichte, die von den am europäischen Refer-Netzwerk beteiligten Ländern erstellt werden, Informationen aus dem Internationalen Handbuch der Berufsbildung (IHBB), das ab dem Jahr 2010 vom BIBB geschäftsführend herausgegeben wird, sowie ausgewählte Beiträge aus der Arbeit der Nationalen Agentur Bildung für Europa → **Kapitel E3**. Alle drei Quellen sollen in Zukunft genutzt werden, um im Datenreport zu ausgewählten Themen internationale Vergleiche zu ermöglichen.

Insgesamt soll das Kapitel dazu beitragen, Stärken, Schwächen und Potenziale deutscher Berufsbildung im internationalen Spektrum angemessen einschätzen zu können und zugleich auf diesem Weg Impulse für Innovationen im deutschen Berufsbildungssystem zu erhalten.

E1 Indikatoren und Benchmarks im Rahmen der EU

E1.1 Indikatoren und Benchmarks im Gemeinsamen Arbeitsprogramm 2010 und 2020

Arbeitsprogramm 2010

Für die Europäische Union war das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ für die zurückliegende Dekade Grundlage der gemeinsamen Politik (vgl. Rat der Europäischen Union 2002). Dazu gehörte und gehört die regelmäßige Überwachung der Leistungen und Fortschritte in Bezug auf gemeinsame Ziele, um Stärken und Schwächen in den Systemen zu erkennen und Hinweise für die künftige Strategie zu gewinnen. Mit der Etablierung der Lissabon-Strategie wurden erstmals Indikatoren und Benchmarks E vereinbart, um die Fortschritte bei der Erreichung der damit gesetzten Ziele zu beobachten und zu bewerten, Beispiele guter Praxis zu identifizieren, die sich eventuell übertragen lassen, und Leistungen der EU mit Leistungen von Drittländern (z. B. USA und Japan) zu vergleichen. Der Rat und die Kommission veröffentlichen alle zwei Jahre einen gemeinsamen Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele.

E Indikatoren und Benchmarks

Indikatoren bilden quantitativ fassbare Sachverhalte ab, mithilfe derer Aussagen über die Qualität von Systemen gemacht werden sollen. Dazu bedarf es einer theoretischen Fundierung (Annahmen über Wirkungszusammenhänge).

Benchmarks (engl. „Maßstab“) sind politisch gesetzte Zielgrößen, die aus der Analyse der gegenwärtigen Situation gewonnen werden und die Verbesserung eines Zustands intendieren. Die Benchmarks sollen gemeinsam erreicht werden, sie sind nicht als konkrete Ziele für einzelne Länder zu verstehen. Die Länder berichten gleichwohl individuell. Über den damit eröffneten Vergleich wird bei schlechter Performance öffentlicher Druck erzeugt.

Das Arbeitsprogramm 2010 enthielt 3 strategische Ziele: „Höhere Qualität und verbesserte Wirksamkeit der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in der europäischen Union“, „Leichterer Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle“, „Öffnung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gegenüber der Welt“. Diese wurden in 13 Teilziele untergliedert, denen zunächst 35 Indikatoren zugeordnet waren. Ihre Zahl wurde später auf 16 reduziert. Inhaltlich beziehen sich die 16 Indikatoren auf folgende Aspekte: Qualifizierung des Bildungspersonals, Erwerb von Grundfähigkeiten und IKT-Kompetenzen, Studium von MINT-Fächern, Investitionen in Humankapital, Teilnahme und Abschlüsse bezogen auf Sekundarstufe I und II, Weiterbildung und Hochschulen sowie Förderung von Entrepreneurship, Fremdsprachen und Mobilität. Nur für 5 der insgesamt 13 definierten Teilziele wurden Benchmarks festgelegt, die von den Mitgliedstaaten insgesamt erreicht werden sollten. Diese sind: Steigerung der Abschlüsse in den MINT-Fächern, Hebung der Grundfertigkeiten im Lesen, Reduktion des frühen Schulabgangs, Steigerung der Abschlüsse der Sekundarstufe II und Teilnahme am Lebenslangen Lernen.

Die beiden letztgenannten Benchmarks haben unmittelbare Relevanz für die Berufsbildung: Zum einen sollten mindestens 85 % der 20- bis 24-Jährigen die Sekundarstufe II abgeschlossen haben. Deutschland hat diese Benchmark nicht nur weit verfehlt, sondern rangiert sogar unterhalb des EU-Durchschnitts. Während der Durchschnittswert von 2000 auf 2008 von 76,6 % auf 78,5 % anstieg, fiel Deutschland im gleichen Zeitraum von 74,7 % auf 74,1 % zurück. Da in Deutschland die beruflichen Abschlüsse die Mehrheit der Sekundarstufe-II-Abschlüsse ausmachen, ist der Rückgang vor allem dem Verbleib im Übergangssystem geschuldet; die Jugendlichen wurden immer älter, bevor sie eine Ausbildung beginnen und abschließen konnten → vgl. Kapitel A3.3. Bezogen auf die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen zeigt sich jedoch ein anderes Bild; hier kommt Deutschland durchaus an die EU-Benchmark von 85 % heran. Dies gilt darüber hinaus auch für die noch älteren Jahrgänge: Bereits seit einigen Jahrzehnten ist diese Quote stabil, nur bei den 55- bis 64-Jährigen liegt sie leicht darunter (81 %) (vgl. OECD 2009, S. 29). Die für Deutschland unvorteilhaften Ergebnisse für die 20- bis 24-Jährigen

Tabelle E1.1-1: **Fortschritte in Bezug auf die 5 Benchmarks (EU-Durchschnitt) 2000 bis 2008**

Jahr	Anteil der 20–24-Jährigen mit Abschluss Sekundarstufe II	Teilnahme der Erwachsenen-bevölkerung (25–64 Jahre) am lebenslangen Lernen	Steigerung der Zahl der MINT-Hochschul-absolventen	Anteil der Schulabbrecher	Anteil der 15-Jährigen mit niedriger Lesekompetenz
2000	76,6	7,1	0	17,6	21,3
2001	76,6	7,1	5,0	17,2	*
2002	76,7	7,2	9,6	17,0	*
2003	76,9	8,5	18,3	16,6	*
2004	77,1	9,3	20,4	16,1	*
2005	77,5	9,8	27,5	15,8	*
2006	77,9	9,7	25,7	15,5	24,1
2007	78,1	9,5	28,8	15,1	*
2008	78,5	9,6	*	14,9	*
Benchmark	**85 %**	**12,5 %**	**15 %**	**<10 %**	**20 %**

* Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Commission of the European Communities 2009

gelten somit nicht für das gesamte deutsche System. Der europäische Vergleich machte zudem das Problem „Übergangsystem“ deutlich. Zum anderen sollten im Jahr 2010 mindestens 12,5 % der erwachsenen Bevölkerung innerhalb der letzten 4 Wochen vor der Befragung an einer allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilgenommen haben. Hinsichtlich dieses Maßstabs wurden Fortschritte erzielt, die jedoch nicht genügten, um den vorgegebenen Wert zu erreichen. Im Jahr 2008 nahmen 9,5 % der Europäer im Alter von 25 bis 64 Jahren in den letzten 4 Wochen vor der Umfrage an Bildungsmaßnahmen teil (2000 waren es 8,5 %), wobei der Anteil in der Gruppe der hoch qualifizierten Erwachsenen fünfmal höher lag als in der Gruppe der Geringqualifizierten. Deutschland konnte hier immerhin einen Anstieg von 6,0 % auf 7,9 % verzeichnen. Nur sechs Länder lagen darüber: die skandinavischen Länder und das Vereinigte Königreich. Die Benchmark bezieht sich sowohl auf allgemeine als auch auf berufliche Weiterbildung. Die Daten der europäischen Weiterbildungserhebung (CVTS 2 und CVTS 3), die sich allein auf betriebliche Weiterbildung beziehen, zeigen hingegen zwischen 1999 und 2005 eine rückläufige Beteiligung in Deutschland. Im europäischen Vergleich lag Deutschland 2005 nur im Mittelfeld (→ **vgl. Kapitel B1.2**; BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1.2).

In ihrem Entwurf des gemeinsamen Fortschrittsberichts 2010 über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ stellen der Rat und die Kommission fest: „Trotz einer allgemeinen Verbesserung der Leistungen der Bildungs- und Berufsbildungssysteme in der EU wird die Mehrzahl der für 2010 festgelegten Benchmarks nicht erreicht werden“ (Europäische Kommission KOM [2009] 640). In → **Tabelle E1.1-1** ist die Entwicklung von 2000 bis 2008 für die 5 Benchmarks dargestellt.

Arbeitsprogramm 2020

Vor diesem Hintergrund wurde das Arbeitsprogramm für die nächste Dekade einerseits bescheidener, d. h. auch mit weniger Maßzahlen, andererseits anspruchsvoller formuliert. Das neue gemeinsame Arbeitsprogramm für die Zeit bis 2020 („Education and Training [ET] 2020“) ist in den Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung niedergelegt (Rat der Europäischen Union 2009). Das Arbeitsprogramm enthält vier strategische Ziele (die alle auch die Berufsbildung betreffen), auf die sich das Monitoring von Fortschritten und die Berichterstattung konzentrieren werden:

Strategisches Ziel 1: Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität; dazu gehören Strategien für lebenslanges Lernen, Europäischer Qualifikationsrahmen, Ausweitung der Mobilität zu Lernzwecken.

Strategisches Ziel 2: Verbesserung der Qualität und der Effizienz der allgemeinen und beruflichen Bildung; dazu gehören Fremdsprachenerwerb, berufliche Entwicklung von Lehrkräften und Ausbildern, Steuerung und Finanzierung, Grundkompetenzen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften, Einschätzung des künftigen Kompetenzbedarfs und die Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts.

Strategisches Ziel 3: Förderung von Gerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt und aktivem Bürgersinn; dazu gehören Reduktion der Zahl frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen, bessere Vorschulbildung, gezielte Maßnahmen für Zuwanderer und Lernende mit besonderen Bedürfnissen.

Strategisches Ziel 4: Förderung von Innovation und Kreativität einschließlich unternehmerischen Denkens auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung; dazu gehören bereichsübergreifende Schlüsselkompetenzen, innovationsfreundliche Bildungseinrichtungen, die Nutzung von IKT.

Für diese strategischen Ziele wurden Teilziele gesetzt. Sie sind nicht wie im Arbeitsprogramm 2010 mit Indikatoren belegt, bilden jedoch die Grundlage für die Fokussierung der Politik, die Beobachtung der Entwicklung und die gegenseitige Information. Für die Ziele/Teilziele wurden 5 Benchmarks festgelegt, 3 davon waren bereits im Arbeitsprogramm 2010 enthalten: „Grundkompetenzen“, „Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen“, „Teilnahme am lebenslangen Lernen“. Neue Benchmarks sind „Teilnahme an Vorschulbildung“ und „Erwerb von tertiären Abschlüssen“ (bislang nur Indikator). Diese werden im Folgenden kurz erörtert:

1. Vorschulbildung
Steigerung der Teilnahme an der Vorschulbildung als Grundlage für späteren Bildungserfolg, insbesondere bei Kindern aus benachteiligten Verhältnissen: Bis 2020 sollten mindestens 95 % der Kinder im Alter zwischen 4 Jahren und dem gesetzlichen Einschulungsalter in den Genuss einer Vorschulbildung kommen.

2. Schüler mit schlechten Leistungen bei den Grundkompetenzen
Alle Schüler sollen ein angemessenes Niveau an Grundkompetenzen erreichen: Bis 2020 sollte der Anteil der 15-Jährigen mit schlechten Leistungen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften unter 15 % liegen (PISA-Daten). In der Agenda 2010 lautete die Benchmark „Schlechte Leseleistung nicht mehr als 20 %“. Obwohl die Leseleistungen in den letzten 10 Jahren im EU-Durchschnitt sogar gesunken sind – in Deutschland leicht gestiegen –, wurden die Ziele nun höher gesetzt.

3. Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen
Möglichst viele Lernende sollen ihre allgemeine und berufliche Ausbildung abschließen: Bis 2020 sollte der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger (18- bis 24-Jährige, die nur die Sekundarstufe I besucht haben und nicht an Bildung/Ausbildung teilnehmen) weniger als 10 % betragen. Diese Benchmark ist die gleiche wie in der Agenda 2010; die EU (15 %) und auch Deutschland (12 %) haben sie bislang verfehlt.

4. Erwerb von Hochschulabschlüssen
Deckung der zunehmenden Nachfrage nach Hochschulabschlüssen bzw. gleichwertiger beruflicher Aus- und Weiterbildung: Bis 2020 sollten mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen einen tertiären Abschluss besitzen. Die Benchmark heißt „Hochschulabschlüsse“, d. h., in der International Standard Classification of Education (ISCED) wäre das Niveau 5A und 6; sie wird jedoch in einer Fußnote ergänzt um „gleichwertige Aus- und Weiterbildung“ auf ISCED-Niveau 5B. Das ist insbesondere für Deutschland wichtig, denn damit verringert sich der Rückstand – auch wenn viele Fortbildungsabschlüsse erst im Alter von 35 und später erworben werden. 2008 lag Deutschland mit 27,7 % unter dem EU-Durchschnitt (31 %). In → **Kapitel E2.2** wird dargelegt, warum die älteren Jahrgänge in die Betrachtung einzubeziehen sind, um den tatsächlichen Bedarf bei der jungen Generation zu bestimmen.

5. Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen

Stärkere Beteiligung von Erwachsenen, insbesondere jener mit niedrigem Ausbildungsstand, am lebenslangen Lernen. Obwohl die 2010-Benchmark von 12,5 % nicht erreicht werden konnte (EU: 9,5 %), wurde der Maßstab nun höher gelegt. Bis 2020 sollen durchschnittlich 15 % der Erwachsenen am lebenslangen Lernen teilnehmen (Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen innerhalb der letzten 4 Wochen vor Befragung). Angesichts der bislang erreichten Weiterbildungsquote (8 %) muss Deutschland – wie auch die anderen Länder – seine Anstrengungen gewaltig steigern, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Die Benchmarks „Frühzeitige Abgänger", „Tertiäre Abschlüsse", „Weiterbildungsteilnehmer" haben unmittelbare Relevanz für die Berufsbildung. Dies gilt auch für die noch zu definierenden 3 weiteren Benchmarks zur „Mobilität" und „Beschäftigungsfähigkeit" (beide bis Ende 2010 zu entwickeln) sowie zum „Fremdsprachenerwerb" (bis Ende 2012 zu entwickeln).

Die Ziele im Arbeitsprogramm 2020 sind den nationalen Zielen ziemlich ähnlich, wenngleich die EU-Benchmarks in deutschen Berichtssystemen bislang eine nur untergeordnete Bedeutung haben. Im Berufsbildungsbericht wurden sie bislang ebenso wenig erwähnt, wie in den vorliegenden Bildungsberichten der Länder. Die Benchmark „Reduzierung frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger" wird in den Zielsetzungen des nationalen Bildungsgipfels – bis 2015 – aufgegriffen und zwar als „Halbierung der Abbrecherzahlen"; Gleiches gilt für die Weiterbildungsteilnahme, die von 43 % auf 50 % der Erwerbstätigen steigen soll. Damit wird sicher ein Beitrag zur Erreichung der EU-Benchmarks geleistet. Hinsichtlich des Erwerbs von Hochschulabschlüssen gibt es Zielwerte des Wissenschaftsrates (Wissenschaftsrat 2006, S. 65): damit 35 % des Altersjahrgangs zu einem Studienabschluss geführt werden können, sollten deutlich über 40 % eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen und mindestens 50 % eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Diese EU-Benchmark kann, wenn überhaupt, nur mithilfe von Fortbildungs-Abschlüssen (ISCED-5B) erreicht werden.

E1.2 Die Indikatoren des Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung

Im Kopenhagen-Prozess wurde die Qualität der Berufsbildung zu einem wichtigen Aktionsfeld erklärt. Ein Meilenstein der entsprechenden Agenda ist die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 zur Einrichtung eines Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, kurz EQARF (European Quality Assurance Reference Framework) genannt (Europäisches Parlament und Rat 2009). Bei dem Rahmen handelt es sich um ein Referenzinstrument, das die Mitgliedstaaten dabei unterstützen soll, die kontinuierliche Verbesserung der Berufsbildungssysteme mittels gemeinsamer Bezugsgrößen zu beobachten und zu fördern. Der Rahmen soll Transparenz und Vertrauen in die Qualität der Systeme schaffen und so die Mobilität von Arbeitnehmern und Lernenden und das lebenslange Lernen unterstützen.

Der Rahmen für die Qualitätssicherung weist 10 „Referenzindikatoren" auf. Diese sind laut Beschluss „lediglich als Orientierungshilfe gedacht" (Europäisches Parlament und Rat 2009, S. 5). Der Bezugsrahmen soll als ein „Werkzeugkasten" betrachtet werden, aus dem die verschiedenen Anwender die Indikatoren auswählen können, die ihnen am relevantesten für die Anforderungen ihres jeweiligen Qualitätssicherungssystems erscheinen. Die Indikatoren sollen im Rahmen bilateraler/multilateraler Zusammenarbeit im Kontext europäischer und nationaler Berichtssysteme weiterentwickelt werden. Im Abstand von 4 Jahren soll über die Umsetzung des Rahmens berichtet werden. Schließlich sollen die Indikatoren normative Wirkung entfalten: Die indikatorenbezogene Berichterstattung macht Unterschiede deutlich und erzeugt bei „Defiziten" Druck auf die Staaten. Deshalb sind sie auch für den Datenreport zum Berufsbildungsbericht künftig relevant.

Unterschieden wird bei den Referenzindikatoren zwischen „übergeordneten Indikatoren", „Indikatoren zur Unterstützung der Qualitätsziele der Berufsbildungspolitik" und „Kontextindikatoren".

Tabelle E1.2-1: **Quellen zu den EQARF-Indikatoren**

	Datenreport zum Berufsbildungsbericht	Andere nationale Quellen	Education and Training 2020	OECD/Eurostat
1a Anbieter mit Qualitätssicherungssystem **1b** davon akkreditiert	Potenziell: B2 Weiterbildungsanbieter	Berichtssystem Weiterbildung – Adult Education Survey		
2a Weiterbildungsteilnahme von Ausbildern/Lehrern **2b** Investitionen in Aus-/Weiterbildung von Ausbildern/Lehrern	Potenziell: Kapitel B1.5 (AEVO-/Meisterprüfung) (2010)	Kultusministerkonferenz-EURYDICE Bildungsfinanzbericht (Lehrer)		
3 Teilnehmer/-innen an Berufsbildung nach Art des Bildungsgangs, Alter, Geschlecht, Vorbildung, Migrationshintergrund, Behinderung, vorheriger Arbeitslosigkeit	A4.1, A5.2, A5.5, A6, B1.1, B1.2, B2	Nationaler Bildungsbericht E1, E3, Berichtssystem Weiterbildung – Adult Education Survey	*Benchmark Weiterbildungs-Beteiligung in letzten vier Wochen*	
4 Abschlussquoten bei Berufsbildung nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien (siehe unter 3)	A5.6	Nationaler Bildungsbericht E5	*Benchmark Schul-/Ausbildungsabbrecher*	Bildung auf einen Blick
5 Einmündung von Abgängern (inkl. Dropouts) aus Berufsbildung in Beschäftigung/Arbeitslosigkeit (nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien)	A4.2, C (2010)		*Neue Benchmark Employability*	Bildung auf einen Blick
6a Übereinstimmung von beruflicher Bildung und Beschäftigung nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien **6b** Zufriedenheit der Absolventen mit erworbenen Kompetenzen **6c** Zufriedenheit der Arbeitgeber	C (2010) A5.11.2 für duales System während Ausbildung A5.11.1 für duales System (2010)		*Neue Benchmark Employability*	Labour Force Survey
7 Arbeitslosenquote der 15- bis 74-Jährigen nach individuellen Kriterien				Labour Force Survey
8 Anteil der Benachteiligten in Berufsbildung nach Regionen, Alter, Geschlecht und Erfolgsquote	A7.1			
9 Instrumente zur Ermittlung des Qualifikationsbedarfs und deren Wirkung		Früherkennung von Qualifikationserfordernissen im Netz FreQenZ		
10 Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Berufsbildung und deren Wirkung (Eingliederung)	A4.1, A4.2, A7.1, B2.1.2, B3.1, B3.2, B3.4, B3.5, C (2010)			

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Darstellung

Übergeordnete Indikatoren für die Qualitätssicherung

Nr. 1: Relevanz von Qualitätssicherungssystemen für Berufsbildungsanbieter: a) Anteil von Berufsbildungsanbietern, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf eigene Initiative interne Qualitätssicherungssysteme anwenden;
b) Anteil anerkannter Berufsbildungsanbieter

Nr. 2: Investitionen in die Aus-/Weiterbildung von Lehrkräften und Ausbildern: a) Anteil der Lehrkräfte und Ausbilder, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen; b) Investierte Mittel

Indikatoren zur Unterstützung der Qualitätsziele der Berufsbildungspolitik

Nr. 3: Teilnahmequote bei Berufsbildungsgängen: Anzahl der Teilnehmer/-innen an Berufsbildungs-

gängen (nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien: Alter, Geschlecht, Vorbildung, Migrationshintergrund, Behinderung, vorheriger Arbeitslosigkeit)
Nr. 4: Abschlussquote bei Berufsbildungsgängen: Anzahl der Personen, die Berufsbildungsgänge erfolgreich abgeschlossen/abgebrochen haben (nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien)
Nr. 5: Vermittlungsquote für Absolventen/Absolventinnen von Berufsbildungsgängen: a) berufliche Situation der Absolventen zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Abschluss des Berufsbildungsgangs (nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien); b) Anteil der Absolventen/Absolventinnen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Abschluss des Berufsbildungsgangs erwerbstätig sind (nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien)
Nr. 6: Nutzung der erworbenen Kenntnisse am Arbeitsplatz: a) Informationen über die von Absolventen von Berufsbildungsgängen aufgenommene Beschäftigung (nach Art des Bildungsgangs und individuellen Kriterien); b) Zufriedenheit der Absolventen/Absolventinnen und der Arbeitgeber mit den erworbenen Kenntnissen/Kompetenzen

Kontextindikatoren

Nr. 7: Erwerbslosenquote (ILO-Konzept, nach individuellen Kriterien)
Nr. 8: Prävalenz besonders schutzbedürftiger Gruppen:
a) Anteil von Berufsbildungsteilnehmern, die in einer bestimmten Region bzw. einem bestimmten Einzugsgebiet benachteiligten Gruppen zuzurechnen sind (nach Alter und Geschlecht); b) Erfolgsquote von Personen aus benachteiligten Gruppen (nach Alter und Geschlecht)
Nr. 9: Mechanismen zur Ermittlung des Qualifikationsbedarfs auf dem Arbeitsmarkt: a) Informationen zu den Mechanismen, die etabliert werden, um auf den unterschiedlichen Ebenen neue Bedarfe zu ermitteln; b) Belege für die Wirksamkeit dieser Mechanismen
Nr. 10: Programme zur Verbesserung des Zugangs zur Berufsbildung: a) Informationen über bestehende Programme auf den unterschiedlichen Ebenen; b) Belege für die Wirksamkeit dieser Programme.

In → **Tabelle E1.2-1** wird dargestellt, inwieweit die EQARF-Indikatoren eine Entsprechung im BIBB-Datenreport haben bzw. dort künftig berücksichtigt werden könnten oder mithilfe anderer Quellen abzudecken wären.

Es ist erkennbar, dass grundsätzlich die meisten EQARF-Indikatoren eine Entsprechung im BIBB-Datenreport bzw. anderen Berichtssystemen haben, allerdings auch Lücken bestehen. Bei einigen Indikatoren ist zweifelhaft, ob sie etwas über die Qualität aussagen (z. B. bei Nr. 1: Akkreditierungsrate von Anbietern), andere Indikatoren sind unscharf (z. B. bei Nr. 8: Anteil der Benachteiligten) bzw. bedürfen der Operationalisierung (z. B. bei Nr. 6: Übereinstimmung Bildung/Beschäftigung; Zufriedenheit). Auf nationaler wie europäischer Ebene sind Entscheidungen über die Auswahl von Indikatoren und weitere Arbeiten erforderlich, um zu vergleichbaren Daten zu kommen.

(Georg Hanf)

E2 Teilnahme/Abschlüsse im internationalen Vergleich auf Grundlage der OECD-Indikatoren

E2.1 Teilnahme an beruflicher Erstausbildung

Im Datenreport zum Berufsbildungsbericht wird auf Basis geeigneter Indikatoren in den Kapiteln A und B die Entwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland aufgezeigt. Im internationalen Raum, speziell im jährlichen Bericht der OECD „Bildung auf einen Blick“, werden die Daten jedoch nach anderen Kategorien dargestellt und verglichen. Berufliche Aus- und Weiterbildung spielen dort eine sehr untergeordnete Rolle. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass die OECD als Vergleichsbasis auf Daten fokussiert, die unter Anwendung der ISCED-97-Klassifikation erhoben werden. Hierdurch werden nur eingeschränkte Informationen über die nationalen Berufsbildungssysteme zur Verfügung gestellt. So werden beispielsweise die Bildungsteilnahme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren

Tabelle E2.1-1: **Schüler in Sekundarstufe II (2007) – OECD/Bildung auf einen Blick – Indikator C1.4**

	Verteilung der Schüler/-innen nach Ziel des Bildungsgangs			Verteilung der Schüler/-innen nach Ausrichtung des Bildungsgangs			
	ISCED 3A	ISCED 3B	ISCED 3C	Allgemeinbildend	Berufsbildend	Berufsvorbereitend	Kombinierte schulische und betriebliche Ausbildungen
Finnland	100,0	–	–	33,3	66,7		11,5
Deutschland	42,6	57,1	0,3	42,6	57,4		42,2
OECD-Durchschnitt	70,2	7,9	25,6	54,3	43,8	1,9	14,4
EU-19-Durchschnitt	70,5	7,7	23,9	47,0	47,8	5,2	15,9

Bei der „Ausrichtung" sind bei OECD 3,9 % und bei EU-19-Durchschnitt 5,5 % „berufsvorbereitend" klassifiziert.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2009, OECD, S. 337

Auswirkungen auf die Berufsbildungssysteme in zahlreichen anderen Staaten nicht thematisiert.

Bezogen auf die Teilnahme ist der OECD-Indikator „Verteilung der Schüler im Sekundarbereich II" (OECD 2009, S. 62, 337) einschlägig. Relevant ist hierbei die ISCED-Stufe 3. Für Deutschland werden in der ISCED Stufe 3B insbesondere das duale System, die Berufsfachschulen, die einen Berufsabschluss oder berufliche Grundkenntnisse vermitteln, sowie einjährige Schulen des Gesundheitswesens zugeordnet → **Tabelle E2.1-1**. Auch das Berufsgrundbildungsjahr wird dazu gerechnet. ISCED-3C umfasst Ausbildungsgänge, die direkt auf eine Berufstätigkeit vorbereiten. Der Stufe 3A werden die allgemeinbildenden Schulen (z B. Gymnasien etc.) sowie berufliche Schulen zugeordnet, soweit sie die Hochschulzugangsberechtigung vermitteln (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008). Diese ISCED-97-Systematik mit der Unterscheidung von Ausrichtung des Bildungsgangs (allgemeinbildend vs. berufsbildend) einerseits und Bildungsziel (Hochschulzugang vs. weitere berufliche Qualifizierung) andererseits bedeutet deshalb für Staaten wie beispielsweise Finnland, Schweden, UK und zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten, deren berufliche Qualifizierung an Schulen häufig auch den Weg zu allgemeinbildenden, akademischen Bildungsgängen öffnet, dass ihre berufliche Ausbildung weitgehend in ISCED Stufe 3A verortet wird. Dies macht einen internationalen Vergleich der Teilnahme an beruflicher Ausbildung im Rahmen von Vollzeitschulen oder in dualer Form schwierig.

Die Differenzierung zwischen Programmziel und Programmausrichtung führt im internationalen Vergleich zu gewissen Schieflagen. In Finnland fehlen offensichtlich rein berufliche Bildungsprogramme; alle Programme auf Sekundarstufe II eröffnen den Hochschulzugang. 66,7 % sind gleichwohl berufsbildend ausgelegt, 11,5 % dual. Die Teilnehmerzahlen für Programme, die zur „Hochschulreife" führen, liegen für 2007 im OECD- wie im EU-19-Durchschnitt bei ca. 70 %, während Deutschland 42,6 % ausweist. Die Differenz lässt sich leicht erklären: Nur wenige andere Länder verfügen über ein so ausgeprägtes, eigenständiges Berufsbildungssystem wie Deutschland, das auch hoch anspruchsvolle Profile und allgemeine Inhalte umfasst. Eigenständige Berufsbildung ist in anderen Ländern oft ausschließlich auf Einmündung in Beschäftigung ausgelegt.

Daten zum postsekundären, nicht tertiären Bereich[355], zu dem nach der ISCED-97-Klassifikation die Fachoberschulen, aber auch Doppel- und Zusatzqualifikationen gehören (ISCED 4A und 4B), werden im Kapitel A des Datenreports teilweise thematisiert. So wird der Indikator „Anzahl und Anteil der Studienberechtigten mit neu abgeschlossenem

355 Bildungsgänge im Anschluss an einen allgemeinen oder beruflichen Abschluss auf Sekundarstufe 2, die nicht zur Fortbildung bzw. Hochschulbildung gehören.

Ausbildungsvertrag“ aufgeführt. Mit der Doppelqualifikation von Hochschulzugangsberechtigung und beruflicher Ausbildung (ISCED 4A) sticht Deutschland international hervor. Es rangiert hier mit 12,5 % nach der Tschechischen Republik (22,5 %) und Österreich (21,6 %) an dritter Position; der OECD-Durchschnitt liegt bei 3,1 %, der EU-19-Durchschnitt bei 4,0 % (Indikator A2.3 „Abschlussquoten im postsekundären, nicht tertiären Bereich“; OECD 2009, S. 64). Diese Daten zeigen deutlich den hohen Stellenwert, den eine berufliche Qualifikation in Deutschland im internationalen Vergleich hat, und müssen in die Diskussion um die Höhe von Akademikerquoten einbezogen werden → **siehe Kapitel E2.2**. Im Interesse eines vollständigen Bildes zur beruflichen Bildung in Deutschland sollten darüber hinaus auch die Berufsakademien sowie die berufsorientierten Fachhochschulen samt ihrer dualen Studiengänge (ISCED 5) → **vgl. Kapitel A7.2** beachtet werden.

(Ute Hippach-Schneider)

E2.2 Abschlüsse akademischer und beruflicher Bildung im internationalen Vergleich

Die OECD stellt in ihrem Bericht „Education at a glance“ jährlich eine Reihe von Indikatoren bereit, die für internationale Vergleiche der Leistungsfähigkeit von Bildungssystemen herangezogen werden können. Am Beispiel der Akademikerausbildung zeigt sich jedoch, dass durch eine unvorsichtige Indikatorwahl sowie die mangelnde Berücksichtigung nationaler institutioneller Strukturen ein unzureichendes Bild von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit entstehen kann (Müller 2009). So werden als Beleg für einen vermeintlichen Nachholbedarf Deutschlands in der Akademikerausbildung in der Regel die Absolventenquoten des tertiären Bildungssektors aus dem OECD-Bericht herausgegriffen. Im Jahr 2006 etwa haben in Deutschland lediglich 21,2 % der typischen Altersgruppe einen tertiären Ausbildungsgang abgeschlossen. Im Durchschnitt der OCED-Länder liegt dieser Wert bei 37,3 %. Allerdings sind Absolventenquoten junger Geburtenjahrgänge für sich genommen ein ungeeignetes Maß, um zu beurteilen, ob das Bildungswesen die Erfordernisse des Arbeitsmarktes erfüllen kann. Zweckmäßiger ist die Verwendung sogenannter *Attainment*-Quoten. Zudem können Unterschiede in den Absolventenquoten zumindest teilweise durch Besonderheiten der deutschen Berufsbildungs- und Arbeitsmarktstruktur aufgeklärt werden.

Absolventenquote vs. *Attainment*-Quote

Absolventenquoten messen den Zufluss und nicht den Bestand an Personen mit entsprechendem Bildungsabschluss. Sie können im OECD-Durchschnitt nach oben verzerrt sein, weil Länder, die im Begriff sind zur technologischen Schwelle aufzuschließen, eventuell vorübergehend höhere Absolventenquoten haben als Nationen, die bereits über ein hohes Durchschnittsbildungsniveau verfügen. Letztere können ihre technologische Leistungsfähigkeit und Produktivkraft gegebenenfalls auch mithilfe niedrigerer Absolventenquoten erhalten und ausbauen. Ein internationaler Vergleich von Absolventenquoten junger Geburtsjahrgänge kann daher keinen Aufschluss darüber geben, ob der Humankapitalstock das erforderliche Niveau hat oder nicht. Betrachtet man beispielsweise den Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss in bestimmten Altersgruppen, so wird deutlich, dass Deutschland bei den 45- bis 54-Jährigen sowie den 55- bis 64-Jährigen über dem OECD-Mittel liegt und bis vor 20 Jahren offensichtlich einen Vorsprung vor den anderen Ländern hatte, was den Zufluss hoch qualifizierter Arbeitskräfte betrifft. Die unterdurchschnittlichen Absolventenquoten der letzten 20 Jahre könnten also nicht nur als Rückschritt, sondern zumindest teilweise auch als Anpassungsphänomen zu werten sein. Genauen Aufschluss über die tatsächliche Höhe des Humankapitalstocks gibt der Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss an der Population im erwerbsfähigen Alter, d. h. den 25- bis 64-Jährigen. Diese sogenannte *Attainment*-Quote liegt in Deutschland bei 24 % gegenüber 27 % im Durchschnitt der OECD-Länder. Die Sorge, tertiär äquivalente Ausbildungsgänge oder Fortbildungsgänge blieben in der deutschen Quote unberücksichtigt, ist unbegründet, da im Rahmen des Mikrozensus der höchste erreichte Bildungsabschluss erfragt wird. Durch die ISCED-Klassifikation lässt sich der Wert somit gut international vergleichen. Es besteht also in der Tat ein Rückstand zum OECD-Durchschnitt, der jedoch deutlich geringer ist als der Unterschied in den Absolventenquoten.

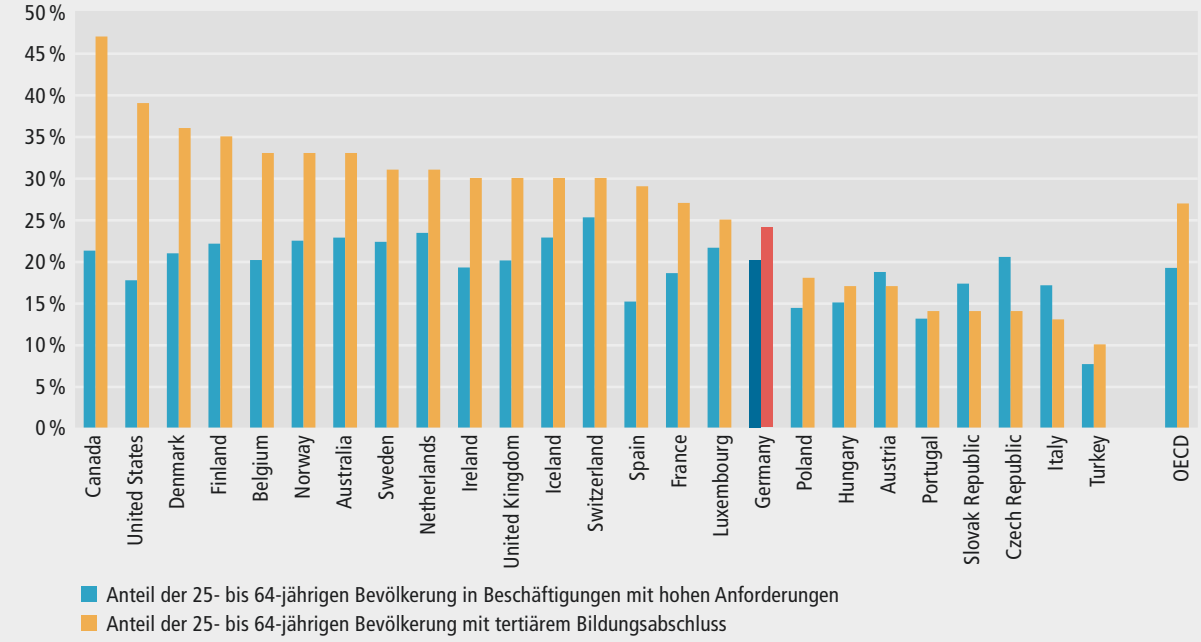
Besonderheiten in Arbeitsmarktstruktur sowie Aus- und Fortbildungssystem

Der Rückstand in den tertiären *Attainment*-Quoten kann teilweise durch die deutsche Arbeitsmarktstruktur erklärt werden. Betrachtet man z. B. den Anteil an Arbeitsplätzen mit hohem Anforderungsprofil, so liegt Deutschland im Mittelfeld der OECD-Länder. Ein vergleichsweise geringer Anteil hoch qualifizierter Arbeitsplätze ist jedoch nicht per se als negativ einzustufen. Er kann Ausdruck einer Spezialisierung der Volkswirtschaft sein, die ihre komparativen Vorteile im internationalen Wettbewerb nutzt. Ein tatsächlicher Mangel würde erst durch eine Deckungslücke zwischen Stellen mit hohen Qualifikationsanforderungen und den entsprechenden Bildungsabschlüssen indiziert. **→ Schaubild E2.2-1** vergleicht die Anzahl der hoch qualifizierten Arbeitsplätze (gegeben durch die Stufen 1 bis 3 der internationalen Standardklassifikation der Berufe, ISCO-88) pro Kopf der Bevölkerung zwischen 25 und 64 mit den tertiären *Attainment*-Quoten in der gleichen Personengruppe. Grundsätzlich weisen Länder mit einem höheren Anteil qualifizierter Arbeitsplätze auch höhere tertiäre *Attainment*-Quoten auf. Das Säulendiagramm legt nahe, dass die Anzahl an Personen mit tertiärem Bildungsabschluss in den meisten Ländern die Anzahl an Stellen der ISCO-Stufen 1 bis 3 übersteigt. Ein gewisses Überangebot ist womöglich wegen der Reibungsverluste beim Job-Matching notwendig. Vor allem aber fällt auf, dass die Varianz der *Attainment*-Quoten deutlich höher ist als die Varianz der hoch qualifizierten Arbeitsverhältnisse. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Länder durchaus Spielraum in der Wahl ihrer Bildungsstrategien besitzen, um die Anforderungen des Beschäftigungssystems zu erfüllen.

Dass in Deutschland der Überschuss geringer ist als in anderen Ländern, kann vermutlich damit erklärt werden, dass das deutsche Bildungssystem entsprechend ausgebildetes Personal auch durch berufspraktische Ausbildungsgänge zur Verfügung stellt. Wäre die Zahl der Akademiker zu gering, um die Besetzung hoch qualifizierter Positionen zu gewährleisten, so wäre zu erwarten, dass mit im Vergleich zu anderen Ländern höherer Wahrscheinlichkeit solche Positionen auch tatsächlich von tertiär gebildeten Arbeitnehmern besetzt sind. Der Anteil an Erwerbstätigen mit einem theoretisch orientierten tertiären Bildungsabschluss (ISCED-Stufe 5A) in hoch qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen ist zwar überdurchschnittlich (89 % im Vergleich zu 85 % im OECD-Mittel), allerdings nicht so hoch, dass er zwingend einen Akademikernotstand implizieren würde. Zudem fällt es Personen mit einem berufspraktischen tertiären Bildungsabschluss (ISCED-Stufe 5B) in Deutschland außergewöhnlich schwer, eine entsprechende Stelle zu bekommen. Nur 59 % der Erwerbsbevölkerung mit einem solchen Abschluss – im Vergleich zu 69 % im OECD-Mittel – besetzt einen Arbeitsplatz mit hohen Anforderungen. Vergleichbar niedrige Werte weisen ansonsten vor allem Länder mit hohem Akademikerüberschuss und damit hoher Konkurrenz auf, wie etwa Dänemark (61 %), Kanada (48 %), Irland (50 %) oder Spanien (37 %) (**→ vgl. Schaubild E2.2-1**) Dies deutet auf eine starke Konkurrenz durch die Absolventinnen und Absolventen niedriger angesiedelter Bildungsgänge hin. Ein solcher Wettbewerbsdruck in Deutschland könnte z. B. durch den starken postsekundären Bereich verursacht werden, für welchen die Attainment-Quote mit 7 % über dem internationalen Durchschnitt liegt. Dieser Bereich erfasst z. B. Abiturientinnen und Abiturienten mit Berufsausbildung, die möglicherweise zu einem großen Teil auch für Stellen mit hohem Anforderungsprofil infrage kommen. Auch eine im internationalen Vergleich höhere Ausbildungsqualität im sekundären und postsekundären Bereich in Deutschland könnte zur Erklärung dieses Phänomens beitragen.

Natürlich sollten mit Blick auf die zukünftige Entwicklung auch die Absolventenquoten im Auge behalten werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die OECD, anders als bei den *Attainment*-Quoten, nur diejenigen Absolventen/Absolventinnen in die Quotenberechnung einbezieht, die für den entsprechenden Bildungsgang an einer entsprechenden Bildungseinrichtung eingeschrieben waren. Da dies bei Absolventen/Absolventinnen von tertiär-äquivalenten Fortbildungsgängen wie dem Meister/der Meisterin oder Fachwirt/der Fachwirtin bzw. anderen Fortbildungsgängen nach § 53 BBiG in der Regel nicht der Fall ist, wird der beschriebene Rückstand in den deutschen Absolventenquoten relativiert, voraus-

Schaubild E2.2-1: **Beschäftigungsverhältnis mit hohem Anforderungsprofil (ISCO 1–3) und tertiäre Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren**



Quelle: OECD Education at a Glance, Paris 2008, eigene Berechnungen

gesetzt dass vergleichbare Untererfassungen im Ausland weniger bedeutsam sind.

Im Jahr 2006 schlossen circa 265.000 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium an einer deutschen Hochschule ab. Gleichzeitig bestanden circa 17.700 Personen eine Fachwirtprüfung bei den nach § 71 BBiG zuständigen Stellen. Etwa 8.900 Personen legten erfolgreich eine Meisterprüfung zum Industrie- oder Fachmeister ab, außerdem wurden 21.100 Handwerksmeister ausgebildet. Weitere 30.200 Personen bestanden sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen (Fachkaufleute, Betriebswirte, Fachkräfte etc.) und circa 14.000 Personen sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen. Hinzu kommen 4.500 Fortbildungsprüfungen, die durch diese Systematik noch nicht erfasst sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2006). Wird vereinfachend die gleiche relevante Altersgruppe wie für die Hochschulabsolventinnen und -absolventen zugrunde gelegt, so erhöht sich die Quote im tertiären Bereich um circa 4 bis 8 Prozentpunkte. Während die Untergrenze lediglich bestandene Meister- und Fachwirtprüfungen umfasst, beinhaltet die Obergrenze alle Fortbildungsprüfungen bei einer zuständigen Stelle im Sinne des § 71 BBiG (so z. B. Fachkaufleute, Betriebswirte, Fachkräfte für Datenverarbeitung/Schreibtechnik/Fremdsprachen sowie sonstige kaufmännische oder gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen). Es ist anzunehmen, dass eine zweckmäßige Annäherung des Effektes sich zwischen beiden Werten – möglicherweise eher in der Nähe der Untergrenze – befindet. Eine entsprechend korrigierte Absolventenquote würde zwischen 36 % und 40 % liegen. Der Effekt verringert sich allerdings, soweit die entsprechenden Prüflinge bereits über das formale tertiäre Bildungssystem erfasst sind, entweder weil sie zur Prüfungsvorbereitung an beruflichen Schulen eingeschrieben sind oder weil sie zusätzlich einen tertiären Bildungsgang (z. B. Fachhochschulstudium) absolvieren.

(Normann Müller)

E3 Systemmonitoring

ReferNet

Eine reiche Quelle für Informationen zu Entwicklungen in europäischen Nachbarstaaten mit Bezug zu den Indikatoren des BIBB-Datenreports sind Berichte, die von den am europäischen Refer-Netzwerk beteiligten Ländern erstellt werden[356]; „Politikberichte“ und „Forschungsberichte“ wechseln sich zweijährig ab.

Themenschwerpunkt des letzten Politikberichts waren Situation und Bedingungen des Zugangs zur beruflichen Bildung („Improving access and equity in VET“). Die nationalen Berichte sind in den vom CEDEFOP im Auftrag der EU-Kommission erarbeiteten europäischen Fortschrittsbericht 2008 (Bordeaux-Report) eingeflossen. Er wurde – wie die nationalen Berichte – 2009 veröffentlicht.

Was beschäftigt die Berufsbildungsforscher eines Landes? Gibt es überhaupt nennenswerte Forschung? Welches sind die Themen, die untersucht und bearbeitet werden, welches die relevanten Fragestellungen und wesentlichen Ergebnisse? Die Antworten hierauf ermöglichen einen besonderen Blick auf das System der beruflichen Bildung eines Staates, denn sie zeigen aktuelle Problemfelder auf. Sie liegen den Refer-Forschungsberichten zugrunde, die 2009 auf vier inhaltliche Schwerpunkte fokussiert waren. Gemeinsames Thema für alle Länder waren „Nutzen der Berufsbildung“ („Benefits of VET“) sowie Mobilität und Migration („Mobility and Migration“). Da es darüber hinaus zahlreiche aktuelle Fragestellungen gibt, die in den Mitgliedstaaten völlig unterschiedliche Relevanz haben, wurde den nationalen Koordinatoren die Entscheidung überlassen, zwei weitere Themen auszuwählen. Für Deutschland sind dies „Effektivität und Qualitätssicherung“ („Effectiveness and quality assurance“) und „Übergänge“ („Transitions“). Der deutsche Bericht wurde im Januar 2010 veröffentlicht.[357]

Internationales Handbuch der Berufsbildung (IHBB)

Ab dem Jahr 2010 übernimmt das BIBB die geschäftsführende Herausgabe des Internationalen Handbuchs der Berufsbildung. Diese seit 1995 erscheinende Loseblattsammlung, die ursprünglich federführend vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) herausgegeben wurde, umfasst die Darstellung von über 30 Berufsbildungssystemen aus Industriestaaten und wird laufend aktualisiert. Zusammen mit einem in der vergleichenden Berufsbildungsforschung ausgewiesenen Herausgebergremium und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg wird das Handbuch neu konzipiert und weitergeführt. Die Neukonzeption ist an folgenden Eckpunkten ausgerichtet:

- Schärfung der berufspädagogischen Ausrichtung,
- Balance zwischen Adressatenorientierung und wissenschaftlichen Qualitätsansprüchen,
- Orientierung an Lernerperspektive und an indikatorengestützter Berichterstattung,
- neue Formen der Veröffentlichung und weitere Ausgestaltungen der „Servicefunktionen“ und
- langfristige Internationalisierung.

Die Informationen aus dem IHBB sollen einen Beitrag zur internationalen Berufsbildungszusammenarbeit leisten und das hierbei entstehende Wissen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

EU-Studienbesuchsprogramm

Für ein Monitoring „guter Praxis“ zu bestimmten Themenfeldern beruflicher Bildung bietet das Studienbesuchsprogramm der EU Einblicke in aktuelle Entwicklungen in anderen Ländern. Das Programm fördert den Erfahrungsaustausch zwischen Entscheidungsträgern im Bildungsbereich sowie Verantwortlichen in der Berufsbildung und die Diskussion zu Themen von gemeinsamem Interesse auf europäischer Ebene. Es stärkt über fachlich ausgerichtete Begegnungen und Besichtigungen „vor Ort“ die gegenseitige Kenntnis der Bildungs- und Berufsbildungssysteme innerhalb Europas. Das Studienbesuchsprogramm ist eine der Schlüsselaktionen des „Querschnittprogramms“, dessen Ziel die Unterstüt-

356 Das BIBB ist seit Gründung des Netzwerks (2002) als nationaler Koordinator daran beteiligt.

357 Alle Refer-Berichte sind online unter **www.refernet.de/de/10.htm** zugänglich.

zung der Konzeption politischer Maßnahmen und der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene in Bezug auf lebenslanges Lernen ist.

Seit 2008 koordiniert das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) das Studienbesuchsprogramm im Auftrag der Europäischen Kommission in Kooperation mit den Partnern in den teilnehmenden Ländern, den Nationalen Agenturen.

Die NA beim BIBB konzipiert und organisiert Studienbesuche für europäische Akteure der beruflichen Bildung in Deutschland. Sie arbeitet eng mit der Nationalen Agentur im Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kulturministerkonferenz zusammen.

In Deutschland konnten 2009 sechs Studienbesuche zu aktuellen Schlüsselthemen der beruflichen Bildung erfolgreich realisiert werden: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Berufsbildung in Deutschland, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit im Pflegebereich, Rolle der Sozialpartner bei der Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens, Grenzüberschreitende Mobilität in Bildung und Ausbildung. Insgesamt haben 57 Experten und Expertinnen aus 18 Mitgliedstaaten am Programm teilgenommen; die meisten kamen aus Großbritannien, Spanien und der Türkei. Die Studienbesuche sind zwar nur eine Komponente des Programms für lebenslanges Lernen, doch sie haben erhebliche Auswirkungen auf die Zusammenarbeit und das gegenseitige Lernen auf strategisch-politischer Ebene. Jeder Studienbesuch trägt dazu bei, die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ und den Kopenhagen-Prozess durch gemeinsames Lernen und die Verbreitung bewährter Praktiken umzusetzen. Mehr als 90 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind mit ihren Erfahrungen während des Studienbesuchs sehr zufrieden, diese Tendenz gilt es fortzusetzen und die Ergebnisse im Hinblick auf individuelle und systemische Wirkungen verstärkt zu verbreiten.

Ausblick

In Zukunft sollen die Arbeiten im ReferNet und am IHBB sowie Ergebnisse des Studienbesuchsprogramms als Grundlage genutzt werden, um im BIBB-Datenreport zu ausgewählten Themen in international vergleichender Perspektive zu berichten. Hierbei sind eine Orientierung am jeweiligen Schwerpunktthema des Datenreports und eine Identifizierung von signifikanten Trends in der internationalen Berufsbildung vorgesehen. Zur Fundierung des internationalen Monitoringkonzeptes, das dabei zum Einsatz gelangen soll, wurde im Dezember 2009 eine internationale Fachtagung mit Experten aus fünf Kontinenten durchgeführt.[358]

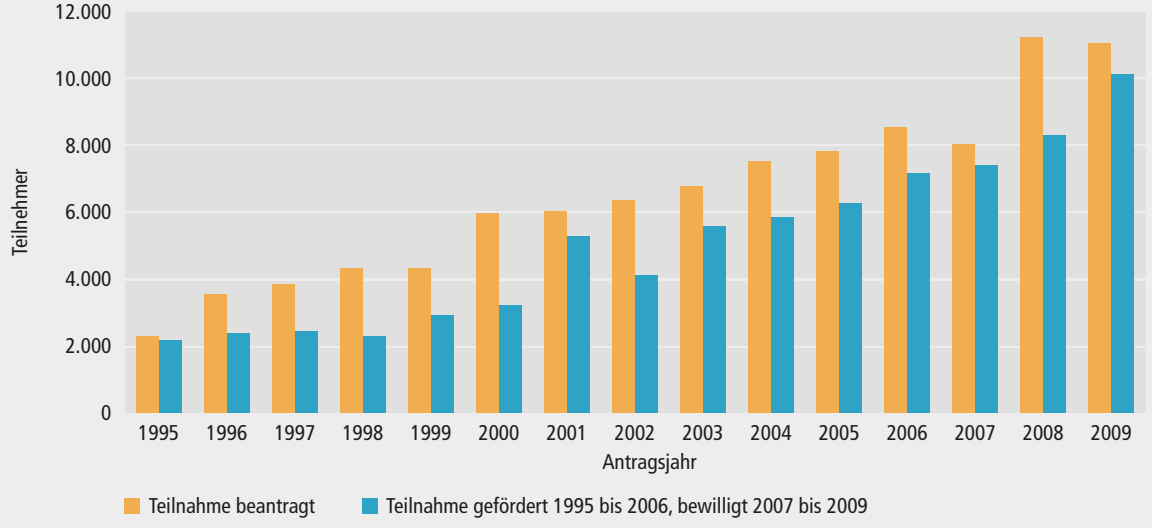
(Ulrike Engels, Philipp Grollmann, Ute Hippach-Schneider)

358 Die Tagung ist unter **www.bibb.de/de/53084.htm** dokumentiert.

E4 Mobilität

Das Programm Lebenslanges Lernen (PLL) unterstützt die bildungspolitischen Ziele der Europäischen Union. Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB ist im Rahmen des PLL verantwortlich für die Durchführung der Einzelprogramme Leonardo da Vinci und GRUNDTVIG. Zentrales Instrument des PLL ist die Projektförderung. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Förderung von Auslandsmobilität für Jugendliche in der Ausbildung, Arbeitnehmer und das Bildungspersonal sowie zwischen Innovationstransferprojekten und Partnerschaften. Auslandsaufenthalte – insbesondere langfristige – bieten eine hervorragende Möglichkeit, internationale Berufskompetenz zu erwerben. Fremdsprachenkenntnisse, internationale Fachkenntnisse sowie interkulturelle Kenntnisse sind wichtige Bau-

Schaubild E4-1: **Leonardo da Vinci Mobilität 1995 bis 2009, Zielgruppe Erstausbildung**



Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

Tabelle E4-1: **Ergebnisse der Antragsrunde 2009**

Antragsrunde 2009 Leonardo da Vinci Mobilität beantragt/bewilligt						
	Anzahl der Projekte beantragt	**Anzahl der Projekte bewilligt**	**Anzahl der Teilnehmer/-innen beantragt**	**Anzahl der Teilnehmer/-innen bewilligt**	**Budget beantragt in €**	**Budget bewilligt in €**
Erstausbildung (IVT)	441	420	11.056	10.143	16.916.044	12.854.477
Personen am Arbeitsmarkt (PLM)	92	57	2.821	1.626	9.238.886	5.606.693
Fachkräfte in der Berufsbildung (VETPRO)	108	56	2.357	1.159	2.569.239	1.303.108
Gesamt	**641**	**553**	**16.234**	**12.928**	**28.724.169**	**21.910.402**

Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

steine einer international zukunftsfähigen Qualifizierung. Die beantragten Auslandsaufenthalte im Programm Leonardo da Vinci haben im Vergleich zu den Vorjahren erheblich zugenommen. Allein in der Erstausbildung ist die Anzahl der Auszubildenden und Berufsschüler/-innen, die einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren, um 40 % gegenüber 2007 angestiegen. Im Jahr 2009 wurde der 100.000ste deutsche Teilnehmer im Rahmen der Aktion Leonardo da Vinci Mobilität seit dem Start des Programms im Jahr 1995 gefördert.

Der Innovationskreis berufliche Bildung (IKBB) hat 2007 empfohlen, eine Verdoppelung von Auslandsqualifizierungen in der beruflichen Ausbildung als einen Beitrag zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen und Unternehmen anzustreben. Zudem soll sich die Dauer der geförderten Austauschmaßnahmen auf 6 Wochen bis 3 Monate verlängern mit dem Ziel, bis 2010 jährlich 5.000 solcher Maßnahmen in der beruflichen Ausbildung zu erreichen. Zurzeit liegt die durchschnittliche Dauer von Auslandsaufenthalten in der beruflichen Erstausbildung bei 6 Wochen. Für beide Kennzahlen sind damit deutliche Steigerungen gegenüber dem Vorjahr und damit wichtige Schritte im Hinblick auf eine Zielerreichung zu verzeichnen. Der Anteil der Teilnehmenden aus dem dualen System ist in den letzten Jahren ebenfalls erheblich angestiegen. Er beträgt 62 % und entspricht damit in etwa dem Anteil des dualen Systems an der beruflichen Erstausbildung in Deutschland.

Insbesondere für Auslandsqualifizierungen in der beruflichen Ausbildung stand mit unterschiedlichen auf die jeweiligen Ausbildungssituationen zugeschnittenen Projekttypen und Förderschwerpunkten ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung, um die unterschiedlichen Bedarfe ausbildender Betriebe und Einrichtungen abzudecken.

(Berthold Hübers)

Abbkürzungsverzeichnis

Kurzbezeichnung	Langfassung
abH	Ausbildungsbegleitende Hilfen
AdB	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
AES	Adult Education Survey
AEVO	Ausbilder-Eignungsverordnung
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFbM	Ausschusses für Fragen behinderter Menschen
AGH	Arbeitsgelegenheiten
ANKOM	Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge
ARGEn	Arbeitsgemeinschaften
BA	Bundesagentur für Arbeit
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BerBiRefG	Berufsbildungsreformgesetzes
BFS	Berufsfachschule
BGBl	Bundesgesetzblatt
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BSW	Berichtssystem Weiterbildung
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
CEDEFOP	European Centre for the Development of Vocational Training (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung)
CVTS	Continuing Vocational Training Survey (Europäische Betriebsbefragung)
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DECVET	Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen
DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband

ECVET	European Credit System for Vocational Education and Training (Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung)
EQ	Einstiegsqualifizierung
EQARF	European Quality Assurance Reference Framework (Europäischer Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung)
EQF	European Qualifications Framework (Europäischer Qualifikationsrahmen)
EQJ	Einstiegsqualifizierungsjahr
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FernUSG	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz)
FOS	Fachoberschule
FBW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
GAP	Gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung
GPC	Good Practice Center
HIS	Hochschul-Informations-System GmbH
Hw	Handwerk
HwO	Handwerksordnung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IH	Industrie- und Handel
IHBB	Internationales Handbuch der Berufsbildung
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKBB	Innovationskreis Berufliche Bildung
ISCED	International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)
ISCO	International Standard Classification of Occupations (Internationale Standardklassifikation der Berufe)
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
KBE	Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
KldB	Klassifizierung der Berufe
KMK	Kultusministerkonferenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
NA	Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PROSIMA	Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems
ReferNet	Europäisches Referenznetzwerk für Fachwissen und Expertise

SGB II	Sozialgesetzbuch II
SGB III	Sozialgesetzbuch III
StBA	Statistisches Bundesamt
ÜBS	Überbetriebliche Berufsbildungsstätten
ÜLU	überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
VBO	Vertiefte Berufsorientierung
VerBIS	Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem (Bundesagentur für Arbeit)
VHS	Volkshochschule
WeGebAU	Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks
ZFU	Zentralstelle für Fernunterricht
zkT	zugelassene kommunale Träger

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild A1.1-1:	Veränderungsraten bei den mit jungen Männern und jungen Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zwischen 2007 und 2009 in männeruntypischen und männertypischen Berufen	21
Schaubild A1.1-2:	Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots in den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen 1994 bis 2009	33
Schaubild A1.3-1:	Betriebliche Ausbildungsstellenangebote für 100 Nachfragende in der erweiterten Definition im Jahr 2009 auf Arbeitsagenturebene	62
Schaubild A2-1:	Übersicht über den Aufbau des ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems (PROSIMA)	65
Schaubild A2-2:	Entwicklung des Angebots- und des Nachfragepotenzials auf dem Ausbildungsmarkt: Modellierung durch PROSIMA (Werte bis 1990 nur alte Länder und Berlin-West)	70
Schaubild A2-3:	Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots von 1975 bis 2010: Ist-Entwicklung bis 2009 und Prognose durch PROSIMA (Werte bis 1990 nur alte Länder und Berlin-West)	72
Schaubild A2-4:	Anteile der bei Arbeitsagenturen, ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber, für die auch noch zum Ende des Berichtsjahres 2009 die Vermittlungsbemühungen weiterliefen, in Abhängigkeit vom Lebensalter	73
Schaubild A2-5:	Entwicklung der Potenzialrelationen auf dem Ausbildungsmarkt: Modellierung durch PROSIMA (Werte bis 1990 nur alte Länder und Berlin-West).	76
Schaubild A3.3-1:	Entwicklung der Einmündungswahrscheinlichkeit in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung bei nicht studienberechtigten Teilnehmern und Teilnehmerinnen an einem (ersten) Bildungsgang des Übergangssystems (kumulierte Einmündungswahrscheinlichkeit in %)	94
Schaubild A4.2-1:	Sektoren der Ausbildungsberichterstattung	105
Schaubild A4.2-2:	Konten der Berufsausbildung	106
Schaubild A5.1.1-1:	Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (1998–2009)	108
Schaubild A5.1.1-2:	Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (1998–2009)	109
Schaubild A5.2.1-1:	Zahl der Auszubildenden, alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977–2008	119
Schaubild A5.9-1:	Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine vollqualifizierende Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – nicht studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund nach Schulabschluss (kumulierte Einmündungsfunktion)	188
Schaubild A5.9-2:	Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine vollqualifizierende Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – nicht studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit maximal Hauptschulabschluss nach Notendurchschnitt (kumulierte Einmündungsfunktion)	189

Schaubild A5.9-3: Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – nicht studienberechtigte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit mittlerem Schulabschluss nach Notendurchschnitt (kumulierte Einmündungsfunktion) 190

Schaubild A5.10.1-1: Prozentualer Anteil von Ausbildungsbetrieben an allen Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote) und an ausbildungsberechtigten Betrieben (Ausbildungsbetriebsquote ausbildungsberechtigter Betriebe) zwischen 1991 und 2008 in den alten und neuen Ländern (in %) 192

Schaubild A5.10.2-1: Ausgewählte Beispiele für den Verlauf betrieblicher Ausbildungsbeteiligungen zwischen 1999 und 2008 in Deutschland 196

Schaubild A5.10.2-2: Anzahl der Betriebe nach maximaler Dauer der Beteiligung an Ausbildung (= linke Skala) und durchschnittliches betriebliches Bildungsangebot (= rechte Skala) zwischen 1999 und 2008 in Deutschland (absolut) 198

Schaubild A5.10.2-3: Erstmalige oder erneute Einstiege von Betrieben in Ausbildung und neu angebotene Ausbildungsstellen zwischen 2000 und 2008 in Deutschland (absolut) 199

Schaubild A5.10.2-4: Erstmalige oder erneute Einstiege von Betrieben in Ausbildung in den Jahren 2003 und 2004 und deren Beschäftigungsentwicklung (ohne Auszubildende) (absolut) 199

Schaubild A5.10.4-1: Erfüllung der sächlichen und/oder personellen Voraussetzungen für eine Ausbildung bei Nichtausbildungsbetrieben nach verschiedenen Betriebsmerkmalen (in %) 206

Schaubild A5.10.4-2: Gründe für die Ausbildung aus der Sicht von Nichtausbildungsbetrieben (in %) 209

Schaubild A5.11.1-1: Qualitätsmodell zur Untersuchung betrieblicher Ausbildungsqualität 215

Schaubild A5.11.2-1: Qualitätsmodell im Forschungsprojekt „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden“ 223

Schaubild A5.11.2-2: Betrieblicher Qualitätsbereich „Inhalte, Methoden und Lernklima“ – durchschnittliche Einschätzungen der Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute 224

Schaubild A5.11.2-3: Betrieblicher Qualitätsbereich „Eignung und Verhalten der Ausbilder/-innen“ – durchschnittliche Einschätzungen der Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute 225

Schaubild A5.11.2-4: Input- und Prozessqualität in der Berufsschule – durchschnittliche Einschätzungen der Auszubildenden und Berufsbildungsfachleute 227

Schaubild A5.11.2-5: Durchschnittliche Beurteilung der Input- und Prozessqualität durch die Auszubildenden 228

Schaubild A5.11.2-6: Durchschnittliche Beurteilung der Outputqualität durch die Auszubildenden (Qualitätsindizes) 232

Schaubild A5.11.2-7: Durchschnittliche Beurteilung der Outputqualität durch die Auszubildenden nach Berufen (Gesamtindex) 234

Schaubild A6.1-1: Entwicklung der Schülerzahlen des schulischen Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres und der Berufsfachschulen insgesamt 1992 bis 2008 237

Schaubild A6.3-1:	Anzahl der Schüler/-innen in Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens im Zeitverlauf (2002/03–2008/09)	247
Schaubild A6.3-2:	Anzahl der Schüler/-innen in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des Gesundheitswesens nach Geschlecht	248
Schaubild A6.4-1:	Entwicklung der Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst	250
Schaubild A7.1-1:	Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand)	254
Schaubild A7.1-2:	Maßnahmen der Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit	257
Schaubild A7.1-3:	Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand, Ost-West-Unterschiede)	258
Schaubild A8-1:	Anteil ungelernter Erwerbstätiger 2007 (in %)	266
Schaubild A8-2:	Erwerbstätigkeit Ungelernter im Alter von 20 bis unter 35 Jahren (in %)	267
Schaubild A8-3:	Erwerbstätigkeit von Ungelernten im Alter von 20 bis 34 Jahren nach schulischer Vorbildung (in %)	268
Schaubild A8-4:	Berufliche Weiterbildung Erwerbstätiger im Alter von 25 bis 34 Jahren in den letzten 4 Wochen nach Qualifikationsniveau (in %)	271
Schaubild A9.1-1:	Entwicklung der Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2009 Durchschnittliche monatliche Beträge in €/Anstieg gegenüber dem Vorjahr (in %)	273
Schaubild A9.1-2:	Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2009 in jeweils acht ausgewählten männer- bzw. frauendominierten Berufen (durchschnittliche monatliche Beträge in %)	274
Schaubild B1.1-1:	Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Regionen 1991 bis 2007 (in %)	283
Schaubild B1.1-2:	Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht 1991 bis 2007 (in %)	283
Schaubild B1.1-3:	Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Altersgruppen 1991 bis 2007 (in %)	284
Schaubild B1.1-4:	Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund 1997 bis 2007 (in %)	285
Schaubild B1.1-5:	Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung nach Schulabschluss 1991 bis 2007 (in %)	286
Schaubild B1.1-6:	Teilnahmequoten an beruflicher Weiterbildung nach Berufsabschluss 1991 bis 2007 (in %)	287
Schaubild B1.1-7:	Informelles Lernen BSW und AES 2007 – ein Vergleich (in %)	288
Schaubild B2.1.1-1:	Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Lage auf die Marktbehauptung (in %)	295
Schaubild B2.1.1-2:	Behauptungsstrategien der Weiterbildungsanbieter 2009 (in %, Mehrfach-antworten)	296
Schaubild B2.1.1-3:	Zielgruppen, die Weiterbildungsanbieter 2008 bedient haben (in %, Mehr-fachantworten)	297

Schaubild B2.1.1-4:	Hauptzielgruppe, die Anbieter zukünftig stärker bzw. neu erschließen wollen (in %)	299
Schaubild B2.1.2-1:	Effekte der Einführung von Bildungsgutscheinen aus Sicht der Anbieter: Veränderung der wirtschaftlichen Situation der Einrichtung	302
Schaubild B2.1.2-2:	Effekte der Einführung von Bildungsgutscheinen aus Sicht der Anbieter: Anpassung des Angebots infolge veränderter Nachfrage	303
Schaubild B2.1.2-3:	Auswirkungen der Vergabepraxis der Agenturen/ARGEn aus Sicht der Anbieter: „Die Vergabepraxis führt zu einem Preiswettbewerb zulasten der Qualität“	305
Schaubild B2.2.1-1:	Anteile von Männern und Frauen an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf 2008	309
Schaubild B2.3-1:	Teilnehmende am Fernlernen 2008 – Gesamtzahlen (absolut)	317
Schaubild B2.3-2:	Teilnehmende nach Altersgruppen (in %)	317
Schaubild B2.3-3:	Gesamtzahlen und Anteile an allgemeinbildenden und berufsbildenden Fernlehrgängen 2001–2009 (absolut)	318
Schaubild B2.3-4:	Art der Abschlüsse bei Fernlehrangeboten in 2009 (in %)	318
Schaubild B2.3-5:	Fernlehrinstitute – Gesamtzahl 2000–2009 (absolut)	319
Schaubild B2.4-1:	Weiterbildungsuntersuchungen durch die Stiftung Warentest von 2003 bis 2008	321
Schaubild B3.1-1:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 1992 bis 2009	324
Schaubild B3.1-2:	Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II (ab 2005) und SGB III von 1993 bis 20091	325
Schaubild B3.2-1:	Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2008	
Schaubild B3.3-1:	Schulische Vorbildung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Aufnahmejahrgänge 1999 bis 2008 (in %)	330
Schaubild B3.2-2:	Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2008	330
Schaubild B3.3-1:	Schulische Vorbildung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Aufnahmejahrgänge 1999 bis 2008 (in %)	332
Schaubild B3.3-2:	Aufstiegsfortbildung 1999 bis 2008 und berufsbegleitendes Studium 2008 (in %)	333
Schaubild B4.2-1:	Fortbildungsabschlüsse im Elektrotechnik-Weiterbildungssystem	341
Schaubild C4-1:	Altersstruktur nach Geschlecht von Personen mit ISCED 3B und 4 im Jahre 2005	369
Schaubild C4-2:	Altersstruktur nach Geschlecht von Personen mit ISCED 3B und 4 im Jahre 2025	369
Schaubild E2.2-1:	Beschäftigungsverhältnis mit hohem Anforderungsprofil (ISCO 1–3) und tertiäre Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren	409
Schaubild E4-1:	Leonardo da Vinci Mobilität 1995 bis 2009, Zielgruppe Erstausbildung	412

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A1-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der Schulabsolventen und der „Altbewerber“ im Bundesgebiet sowie in West- und Ostdeutschland von 2008 bis 2009	12
Tabelle A1-2:	Zum Ende des Berichtsjahres noch unbesetzte Ausbildungsplatzangebote bzw. noch weiter suchende Ausbildungsplatzbewerber/-innen, soweit sie bei den Arbeitsagenturen, den ARGEn oder zugelassenen kommunalen Trägern gemeldet waren	13
Tabelle A1-3:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2009	15
Tabelle A1.1-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1992 bis 2009	17
Tabelle A1.1-2:	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2009 und Veränderung gegenüber 2008 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen	19
Tabelle A1.1-3:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1992 bis 2009 in Deutschland	20
Tabelle A1.1-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 nach strukturellen Merkmalen	22
Tabelle A1.1-5:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2006 neuen Berufen und in den 2009 modernisierten Berufen	29
Tabelle A1.1-6:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2007 bis 2009	31
Tabelle A1.1-7:	Struktur des Ausbildungsplatzangebots 2009 nach den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen	32
Tabelle A1.1-8:	Entwicklung des Ausbildungsangebots von 1994 bis 2009 nach Berufsgruppen	34
Tabelle A1.1-9:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 1992 bis 2009 (Teil 1 – Deutschland)	36
Tabelle A1.1-9:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 1992 bis 2009 (Teil 2 – Alte Länder)	37
Tabelle A1.1-9:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage 1992 bis 2009 (Teil 3 – Neue Länder und Berlin)	38
Tabelle A1.1-10:	Maßzahlen zur Ausbildungsmarktlage 2008 und 2009 (ohne erfolglose Angebote und erfolglose Nachfrager/-innen, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern [zkT] gemeldet waren)	39
Tabelle A1.1-11:	Ausbildungsberufe mit starkem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Jahr 2009	42
Tabelle A1.2-1:	Gemeldete Berufsausbildungsstellen in den Berichtsjahren 2008/2009 und 2007/2008	45
Tabelle A1.2-2:	Geschlecht, Schulabschluss, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA (ohne kommunale Träger) gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2008/2009 und 2007/2008	46

Tabelle A1.2-3:	Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und ARGEn (ohne kommunale Träger) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen	47
Tabelle A1.2-4:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2008/2009 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet	49
Tabelle A1.2-5:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2008/2009 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Alte Länder	50
Tabelle A1.2-6:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2008/2009 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen nach Schulabgangsjahr – Neue Länder (einschließlich Berlin)	51
Tabelle A1.2-7:	Verbleib der bei der BA gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen zum 30.09.2009	52
Tabelle A1.2-8:	Unbesetzte Ausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen der Berichtsjahre 2006/2007 bis 2008/2009 nach Ländern	55
Tabelle A1.2-9:	Unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss für die Berichtsjahre 2007/2008 und 2008/2009	56
Tabelle A1.2-10:	Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Berufsbereichen in den alten Ländern (Berichtsjahre 2006/2007 bis 2008/2009)	57
Tabelle A1.2-11:	Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unversorgte Bewerber und Bewerberinnen nach Berufsbereichen in den neuen Ländern (Berichtsjahre 2006/2007 bis 2008/2009)	58
Tabelle A1.3-1:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2009	61
Tabelle A2-1:	Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30.09.2010 (Angaben in Tsd.)	75
Tabelle A3.1-1:	Determinanten des Verbleibs von Altbewerbern und Altbewerberinnen in Berufsausbildung	79
Tabelle A3.2-1:	Ursachendeutungen für den fehlenden Ausbildungsplatz von Bewerbern, die sich nach eigenen Angaben nicht in einer vollqualifizierenden Ausbildung befanden, in Abhängigkeit von persönlichen Merkmalen und vom aktuellen Verbleib	83
Tabelle A3.2-2:	Ursachen für den Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche aus der Sicht von Ausbildungsstellenbewerbern, die zum Befragungszeitpunkt eine duale Berufsausbildung absolvierten	85
Tabelle A3.2-3:	Rückblick auf die Zeit der (bisherigen) Ausbildungsplatzsuche (nur Bewerber/-innen, die nach eigenen Angaben schon einmal auf Lehrstellensuche gewesen waren)	87
Tabelle A4.1-1:	Anfänger/-innen von Bildungsgängen, die zu einem Berufsabschluss führen bzw. eine berufliche Grundbildung vermitteln von 1992 bis 2008 (absolut)	98
Tabelle A4.1-2:	Anfänger/-innen von Bildungsgängen, die zu einem Berufsabschluss führen bzw. eine berufliche Grundbildung vermitteln von 1992 bis 2008 (in %)	99

Tabelle A4.1-3:	Anfänger/-innen einer Ausbildung/Maßnahme sowie Personen mit sonstigem Status im Jahr 2008 nach Bundesländern (absolut und rechnerisch bezogen auf jeweils 1.000 Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen)	102
Tabelle A5.1.1-1:	Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (1998–2009)	108
Tabelle A5.1.2-1:	Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (1998–2009)	110
Tabelle A5.1.2-2:	Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2009	111
Tabelle A5.1.2-3:	In Dauerrecht überführte Erprobungsverordnungen 2009 (modernisierte Ausbildungsberufe)	112
Tabelle A5.2.1-1:	Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2008	118
Tabelle A5.2.1-2:	Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2008 (in %)	122
Tabelle A5.2.1-3:	Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2008 (in %)	123
Tabelle A5.2.2-1:	Zahl der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen 2008	126
Tabelle A5.3-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2008	132
Tabelle A5.3-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2008 mit verkürzter Dauer des Ausbildungsvertrages nach Ländern	135
Tabelle A5.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen, Bundesgebiet 19802 und 1993 bis 2008	139
Tabelle A5.4-2:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2008	141
Tabelle A5.4-3:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neuen Ausbildungsberufen 1996 bis 2008	142
Tabelle A5.4-4:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2008, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2008	145
Tabelle A5.4-5:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2008 (in %)	146
Tabelle A5.5.1-1:	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Bundesländern 2008	149
Tabelle A5.5.1-2:	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Zuständigkeitsbereichen 2008	150
Tabelle A5.5.1-3:	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss nach Berufsgruppen, Bundesgebiet 2008	150
Tabelle A5.5.1-4:	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Auszubildenden mit Neuabschluss und Schulabsolventen 2008, nach Personenmerkmalen	151

Tabelle A5.5.1-5: Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und ohne allgemeinbildenden Schulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008 152

Tabelle A5.5.1-6: Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008 153

Tabelle A5.5.1-7: Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008 154

Tabelle A5.5.1-8: Die zehn von Auszubildenden mit Neuabschluss und Hochschul-/Fachhochschulreife am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2008 155

Tabelle A5.5.1-9: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2008 (Mehrfachnennungen möglich) 156

Tabelle A5.5.1-10: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereichen 2008 158

Tabelle A5.5.2-1: Anzahl und Anteil von Studienberechtigten mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im jeweiligen Jahr 160

Tabelle A5.5.2-2: Studienberechtigte mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 2008 nach Ausbildungsbereichen, alten und neuen Ländern und Geschlecht – Anzahl und Anteil (in %) an den Neuverträgen 161

Tabelle A5.5.2-3: Tätigkeit ein halbes Jahr nach Schulabgang und Studienabsicht von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2008 (in %) 163

Tabelle A5.5.2-4: Aspekte, die für Studienberechtigte (Entlassjahr 2008) mit betrieblicher Ausbildung und ohne Studienabsicht gegen ein Hochschulstudium sprechen (in %) 165

Tabelle A5.6-1: Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 1995 bis 2008 168

Tabelle A5.6-2: Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2008 nach Ausbildungsbereich und Prüfungserfolg 168

Tabelle A5.6-3: Externe Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen 1995 bis 2006 170

Tabelle A5.6-4: Teilnahmen an den Externenprüfungen 2008 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen und Region 171

Tabelle A5.7-1: Anzahl und Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach Ausbildungsbereichen 174

Tabelle A5.7-2: Anzahl und Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach alten und neuen Ländern und Ausbildungsbereichen 176

Tabelle A5.7-3: Anzahl und Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach Ländern 177

Tabelle A5.7-4: Ausbildungsberufe mit den niedrigsten und höchsten Vertragslösungsquoten im Jahr 2008 (in %) 178

Tabelle A5.8-1: Jugendliche mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 1993 bis 2008 (in %) 180

Tabelle A5.8-2:	Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen 1998 bis 2008 nach Region (in %)	181
Tabelle A5.8-3:	Ausbildungsbeteiligungsquoten der Jugendlichen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, Bundesgebiet 2007 und 2008 (in %); (neue Berechnungsweise)	181
Tabelle A5.8-4:	Frauenanteil (in % aller Neuabschlüsse) in Berufsgruppen, Bundesgebiet 1993 bis 2008	182
Tabelle A5.8-5:	Weibliche Auszubildende (Bestände) in ausgewählten Gruppen von Berufen, 1980, 1993 und 2008	183
Tabelle A5.8-6:	Ausländeranteil (in % aller Auszubildenden) in Berufsgruppen, Bundesgebiet 1993 bis 2008	184
Tabelle A5.10.2-1:	Anzahl der Betriebe nach Art der Beteiligung an Ausbildung zwischen 1999 und 2008 in Deutschland	197
Tabelle A5.10.3-1:	Ausbildungsberechtigung (in %)	201
Tabelle A5.10.3-2:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)	203
Tabelle A5.10.3-4:	Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	203
Tabelle A5.10.3-5:	Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	204
Tabelle A5.10.4-1:	Gründe von Nichtausbildungsbetrieben für den Verzicht auf Ausbildung nach verschiedenen Betriebsmerkmalen (Nennung der Antwortmöglichkeit sehr wichtig/wichtig in %)	207
Tabelle A5.10.4-2:	Personalgewinnungsstrategien von Nichtausbildungsbetrieben nach verschiedenen Betriebsmerkmalen (Nennung der Antwortmöglichkeit sehr wichtig/wichtig in %)	210
Tabelle A5.10.4-3:	Nichtausbildungsbetriebe, die die jeweiligen Maßnahmen für sehr geeignet bzw. geeignet halten, um ihrem Betrieb die Aufnahme der Ausbildung zu ermöglichen (in %)	212
Tabelle A5.11.1-1:	Durchschnittliche Anforderungen und Beurteilungen input- und prozessbezogener Qualitätsmerkmale betrieblicher Ausbildung	216
Tabelle A5.11.1-2:	Durchschnittliche Anforderungen und Beurteilungen outputbezogener Qualitätsmerkmale betrieblicher Ausbildung	219
Tabelle A5.11.1-3:	Durchschnittliche Ansprüche, Beurteilungen und Erfüllungsgrade der Input-, Prozess- und Outputqualitätsbereiche	220
Tabelle A5.11.2-1:	Durchschnittliche Beurteilung der Input- und Prozessqualität durch die Auszubildenden nach Berufen (Qualitätsindizes)	230
Tabelle A6.2-1:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO	240
Tabelle A6.2-2:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	241
Tabelle A6.2-3:	Am stärksten besetzte Berufe an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO – 2008/2009	242
Tabelle A6.2-4:	Die 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO – Schuljahr 2008/2009	243
Tabelle A6.2-5:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO nach Ländern – Schuljahr 2008/2009	244

Tabelle A6.2-6:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO nach Ländern – Schuljahr 2008/2009	245
Tabelle A7.1-1:	Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit	252
Tabelle A7.1-2:	Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Sonder- und Modellprogramme des Bundes 2008	260
Tabelle A7.2-1:	Duale Studiengänge von 2004 bis 2009	262
Tabelle A7.2-2:	Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2009	263
Tabelle A7.2-3:	Fachrichtungen von dualen Studiengängen von 2004 bis 2009	263
Tabelle A7.2-4:	Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2009	264
Tabelle A8-1:	Erwerbstätige im Alter von 20 bis unter 35 Jahren, differenziert nach Geschlecht, Schulabschluss und Art der Erwerbstätigkeit	267
Tabelle A8-2:	Anteil geringfügiger Beschäftigung bei ungelernten Erwerbstätigen nach Geschlecht und Schulabschluss (in %)	268
Tabelle A8-3:	In welchen Wirtschaftszweigen arbeiten erwerbstätige ungelernte junge Erwachsene? (Anteil an allen ungelernten Erwerbstätigen in %)	269
Tabelle A8-4:	Die 10 am stärksten besetzten Berufsordnungen bei erwerbstätigen Ungelernten (Anteil an allen ungelernten Erwerbstätigen in %)	270
Tabelle A8-5:	In welchen Berufen arbeiten erwerbstätige ungelernte junge Erwachsene? (Anteil an allen ungelernten Erwerbstätigen in %)	270
Tabelle A9.1-1:	Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2008	275
Tabelle A.9.1-2:	Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den Tariflöhnen und -gehältern von 2005 bis 2008	276
Tabelle A9.2-1:	Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Bildung	278
Tabelle B1.2.1-1:	Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	290
Tabelle B1.2.1-2:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)	290
Tabelle B2.1.1-1:	Klimaindex, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teil-gruppen von Weiterbildungsanbietern 2009	293
Tabelle B2.1.2-2:	Geförderte berufliche Weiterbildung nach dem SGB 2004 bis 2009 (Zahl der Förderfälle)	303
Tabelle B2.2.1-1:	Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshoch-schulen 1991 bis 2008	307
Tabelle B2.2.1-2:	Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2008	308
Tabelle B2.2.2-1:	Zahl der Lehrgänge und Teilnehmenden der Berufsfortbildungswerke des DGB 2000–2008	310
Tabelle B2.2.2-2:	Zahl der Maßnahmen und Teilnehmenden der Deutschen Angestellten Akademie GmbH nach Themenbereichen 2004–2009	311
Tabelle B2.2.2-3:	Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2000–2008	311

Tabelle B2.2.2-4:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern 2000–2008	312
Tabelle B2.2.2-5:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende bei Lehrgängen der Industrie- und Handelskammern 2008	313
Tabelle B2.2.3-1:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2007	315
Tabelle B2.2.3-2:	Belegungen nach dem Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ im Verbund Weiterbildungsstatistik – 2007	315
Tabelle B3.1-1:	Eintritte und Jahresdurchschnittsbestände an Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB II (ab 2005) und SGB III in den Jahren 2004 bis 20091	324
Tabelle B3.1-2:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB III und SGB II mit Abschluß eines anerkannten Ausbildungsberufes im Jahr 2008 nach ausgewählten Merkmalen1	326
Tabelle B3.1-3:	Sonderprogramm „WeGebAU“– Zugang und Bestand 2007–20081	327
Tabelle B3.5-1:	Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung	338
Tabelle B4.3-1:	Erlernter Ausbildungsberuf	344
Tabelle B4.3-2:	Handlungs- und Kompetenzfelder, die für eine Fortbildung im Bereich des mittleren Managements im Gesundheits- und Sozialwesen in Betracht kommen	344
Tabelle C1-1:	Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2008	348
Tabelle C2.1-1:	Entwicklung des beruflichen Status dual Ausgebildeter von 1999 bis 2007	351
Tabelle C2-2-1:	Übergang in die Erwerbstätigkeit in den ersten 10 Jahren nach Beendigung der Ausbildung nach Alter und Geschlecht (in %)	354
Tabelle C2.2-2:	Übergang in die Erwerbstätigkeit in den ersten 10 Jahren nach Beendigung der Ausbildung nach Schulabschluss und Geschlecht (in %)	355
Tabelle C2.3-1:	Übergang vom erlernten Beruf in die Erwerbstätigkeit in den 10 Jahren nach Beendigung der Ausbildung (in %)	358
Tabelle C2.3-2:	Verteilung der Geschlechter auf die Ausbildungsfelder	359
Tabelle C2.3-3:	Verteilung der Schulabschlüsse auf die Ausbildungsfelder (in %)	361
Tabelle C3-1:	Parameterschätzer beim Vergleich der Integrationstypen: Ausbildungsfeld, Geschlecht, Region und Schulabschluss	366
Tabelle C4-1:	Durchschnittliche Vakanzzeit der gemeldeten Stellen nach Berufsfeldern von 2000 bis 2007 in Tagen	370
Tabelle E1.1-1:	Fortschritte in Bezug auf die 5 Benchmarks (EU-Durchschnitt) 2000 bis 2008	401
Tabelle E1.2-1:	Quellen zu den EQARF-Indikatoren	404
Tabelle E2.1-1:	Schüler in Sekundarstufe II (2007) – OECD/Bildung auf einen Blick – Indikator C1.4	406
Tabelle E4-1:	Ergebnisse der Antragsrunde 2009	412

Verzeichnis der Tabellen zum Datenreport im Internet

Tabelle A1.3-2 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktsituation 2009 nach Arbeitsagenturen	1
Tabelle A1.3-3 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation 20081 sowie -entwicklung gegenüber 2007	6
Tabelle A2-2 Internet:	Entwicklung der Zahl der Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen und -absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen von 1990 bis 2020	8
Tabelle A5.2.2-2 Internet:	Entwicklung der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen nach Bundesländern von 1999 bis 2008 (Bestandszahlen jeweils zum 31. Dezember)	11
Tabelle A5.10.1-1 Internet:	Ausbildungsbetriebe1 nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2007 und 2008	17
Tabelle A5.10.1-2 Internet:	Betriebe1 nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2007 und 2008	17
Tabelle A5.10.1-3 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote1 nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2007 und 2008	18
Tabelle A5.10.1-4 Internet:	Ausbildungsbetriebe1 nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008	18
Tabelle A5.10.1-5 Internet:	Betriebe1 nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008	19
Tabelle A5.10.1-6 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008	19
Tabelle A5.10.1-7 Internet:	Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008	20
Tabelle A5.10.1-8 Internet:	Betriebe1 nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008	20
Tabelle A5.10.1-9 Internet:	Ausbildungsbetriebsquote1 nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008	21
Tabelle A5.10.1-10 Internet:	Auszubildende1 nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2007 und 2008	21
Tabelle A5.10.1-11 Internet:	Beschäftigte1 nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2007 und 2008	22
Tabelle A5.10.1-12 Internet:	Ausbildungsquote1 nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland 1999, 2007 und 2008	22
Tabelle A5.10.1-13 Internet:	Auszubildende1 nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008	23
Tabelle A5.10.1-14 Internet:	Beschäftigte1 nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008	23
Tabelle A5.10.1-15 Internet:	Ausbildungsquote1 nach Betriebsgrößenklassen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008	24

Tabelle A5.10.1-16 Internet: Auszubildende nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 24
Tabelle A5.10.1-17 Internet: Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 5
Tabelle A5.10.1-18 Internet: Ausbildungsquote nach Betriebsgrößenklassen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 25
Tabelle A5.10.1-19 Internet: Ausbildungsbetriebe1 nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1999, 2007 und 2008 26
Tabelle A5.10.1-20 Internet: Betriebe1 nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1999, 2007 und 2008 27
Tabelle A5.10.1-21 Internet: Ausbildungsbetriebsquote1 nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1999, 2007 und 2008 28
Tabelle A5.10.1-22 Internet: Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftsbereichen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 29
Tabelle A5.10.1-23 Internet: Betriebe nach Wirtschaftsbereichen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 30
Tabelle A5.10.1-24 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftsbereichen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 31
Tabelle A5.10.1-25 Internet: Ausbildungsbetriebe1 nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 32
Tabelle A5.10.1-26 Internet: Betriebe1 nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 33
Tabelle A5.10.1-27 Internet: Ausbildungsbetriebsquote nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 34
Tabelle A5.10.1-28 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1999, 2007 und 2008 35
Tabelle A5.10.1-29 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1999, 2007 und 2008 36
Tabelle A5.10.1-30 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1999, 2007 und 2008 37
Tabelle A5.10.1-31 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftsbereichen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 38
Tabelle A5.10.1-32 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 39
Tabelle A5.10.1-33 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftsbereichen in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 40
Tabelle A5.10.1-34 Internet: Auszubildende nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 41
Tabelle A5.10.1-35 Internet: Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 42
Tabelle A5.10.1-36 Internet: Ausbildungsquote nach Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 43

Tabelle A5.10.1-37 Internet: Auszubildende nach Berufsfeldern in Deutschland 1999, 2007 und 2008 44
Tabelle A5.10.1-38 Internet: Beschäftigte nach Berufsfeldern in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 45
Tabelle A5.10.1-39 Internet: Ausbildungsquote nach Berufsfeldern in Deutschland 1999, 2007 und 2008 46
Tabelle A5.10.1-40 Internet: Auzubildende nach Berufsfeldern in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 47
Tabelle A5.10.1-41 Internet: Beschäftigte nach Berufsfeldern in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 48
Tabelle A5.10.1-42 Internet: Ausbildungsquote nach Berufsfeldern in den alten Ländern 1999, 2007 und 2008 49
Tabelle A5.10.1-43 Internet: Auszubildende nach Berufsfeldern in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 50
Tabelle A5.10.1-44 Internet: Beschäftigte nach Berufsfeldern in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 51
Tabelle A5.10.1-45 Internet: Ausbildungsquote nach Berufsfeldern in den neuen Ländern 1999, 2007 und 2008 52
Tabelle A6.1-1 Internet: Schüler/-innen im Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr 2007/2008 und 2008/2009 54
Tabelle A6.1-2 Internet: Schüler/-innen in Berufsfachschulen1 nach Ländern und weiblichem Anteil 2006/2007 bis 2008/2009 55
Tabelle A6.3-1 Internet: Ausbildung in Gesundheitsdienstberufen 2008/2009 (Bestand) 56
Tabelle B1.2.1-3 Internet: Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %) ... 57
Tabelle B2.1.2-1 Internet: Der Einfluss von Strukturmerkmalen der Weiterbildungseinrichtungen auf die Akzeptanz von Bildungsgutscheinen 58

Literaturverzeichnis

Alda, Holger; Leber, Ute: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 1998 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 1999

Althoff, Heinrich: Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 13 (1984) 3

Althoff, Heinrich: Die statistische Erfassung der neuen Ausbildungsverträge und der Ausbildungsabbrecher – Zwei ungelöste Probleme der Berufsbildungsstatistik. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 1997/4

Althoff, Heinrich: Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch – Berechnungen der Lösungsraten in der betrieblichen Berufsausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 31 (2002) 3, S. 52–54

Ambos, Ingrid; Reichart, Elisabeth: Kürzer und kompakter. Veränderungen von Zeitstrukturen bei VHS-Veranstaltungen. In: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 2008/1, S. 46–47

Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: Strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung. Gemeinsame Grundlagen und Orientierungen, Beschluss vom 22.10.1999. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Ergebnisse der Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung“, Anhang 7. Berlin 1999 – URL: http://www.bmbf.de/pub/buendnar.pdf (Stand: 25.01.2010)

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld 2008 – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb_2008.pdf

Baethge, Martin: Qualifikationsentwicklungen im Dienstleistungssektor. In: Baethge, Martin; Wilkens, Ingrid (Hrsg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen 2001, S. 85–106

Baethge, Martin; Solga, Heike; Wieck, Markus: Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs, Gutachten zur beruflichen Bildung in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Netzwerk-Bildung. Berlin 2007

Behringer, Friederike; Käpplinger, Bernd; Pätzold, Günter (Hrsg.): Betriebliche Weiterbildung – der Continuing Vocational Training Survey (CVTS) im Spiegel nationaler und europäischer Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 22, Stuttgart 2009

Behringer, Friederike; Moraal, Dick; Schönfeld, Gudrun: Betriebliche Weiterbildung in Europa – Deutschland weiterhin nur im Mittelfeld. Aktuelle Ergebnisse aus CVTS3. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37 (2008) 1, S. 9–14

Behringer, Friederike; Ulrich, Joachim Gerd: Die Angebotsabhängigkeit der Nachfrage nach Ausbildungsstellen als Problem bei der Vorausschätzung der zukünftigen Nachfrage. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30 (1997) 3, S. 612–619

Beicht, Ursula: Entwicklung der Ausbildungsvergütungen in Deutschland. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Forschung spezial. Heft 12. Bielefeld 2006

Beicht, Ursula: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. BIBB REPORT 11/2009. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/de/52414.htm (Stand: 11.01.2010)

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael: Anlage und Methode der BIBB-Übergangsstudie. In: Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008, S. 79–99

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd: Deutlich längere Dauer bis zum Ausbildungseinstieg: Schulabsolventen auf Lehrstellensuche. In: BIBB REPORT 2/2007. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2007. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2007_02.pdf (Stand: 25.03.2010)

Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008

Beicht, Ursula; Granato, Mona: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Friedrich-Ebert-Stiftung. WIS0 Diskurs, September. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/de/52287.htm (Stand: 15.09.2009)

Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas: Qualität der betrieblichen Ausbildung im Urteil von Auszubildenden und Berufsbildungsfachleuten. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 5, S. 9–13

Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas; Eberhard, Verena; Granato, Mona: Viel Licht – aber auch Schatten. Qualität dualer Berufsausbildung in Deutschland aus Sicht der Auszubildenden. BIBB REPORT 9/2009. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/de/51844.htm (Stand: 11.01.2010)

Beicht, Ursula; Ulrich, Joachim Gerd: Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie. In: Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008a, S. 101–291

Beicht, Ursula; Ulrich, Joachim Gerd: Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? BIBB REPORT 6/2008. Bielefeld 2008b. – URL: http://www.bibb.de/de/49930.htm (Stand: 11.01.2010)

Beicht, Ursula; Walden, Günter: Wirtschaftlichere Durchführung der Berufsausbildung – Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe. In: BWP 6/2002, S. 42

Beicht, Ursula; Walden, Günter; Herget, Hermann: Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland. Bielefeld 2004

Beinke, Lothar: Elterneinfluss auf die Berufswahl. Bad Honnef 2000

Bender, Stefan; Haas, Anette; Klose, Christoph: The IAB Employment Subsample 1975–1995, Schmollers Jahrbuch 120. Berlin 2000, S. 649–662

Bergzog, Thomas: Beruf fängt in der Schule an. Die Bedeutung von Schülerbetriebspraktika im Rahmen des Berufsorientierungsprozesses. Bielefeld 2008

Berufsfortbildungswerk gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (BFW) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2008/2009. Berlin, Düsseldorf 2009

BIBB-Datenreport 2009: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009. URL: http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf

Bohachova, Olage; Sporkmann, Stephan: Analyse unregelmäßig ausbildender Betriebe in Baden-Württemberg. Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels. In: IAW-Kurzbericht, Heft 5/2007

Boos-Nünning, Ursula: Übergang in eine berufliche Ausbildung und interkulturelles Lernen in den beruflichen Schulen. In: Lassnigg, Lorenz u. a. (Hrsg.): Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung. Innsbruck, Wien, Bozen 2009, S. 25–39

Braun, Frank; Müller, Matthias: Strukturelle Veränderungen des Ausbildungssystems zur Verbesserung der Ausbildungschancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher. In: Kruse, Wilfried u. a.: Rahmenbedingungen der Weiterentwicklung des Dualen Systems beruflicher Bildung. Hans Böckler Stiftung (Hrsg.). Düsseldorf 2009

Brinkmann, Ulrich; Dörre, Klaus; Röbenack, Silke; Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic: Prekäre Arbeit: Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2006

Brötz, Rainer; Paulini-Schlottau, Hannelore; Trappmann-Webers, Bettina: Stand und Perspektiven kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Dienstleistungsberufe. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 259–289

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2005. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Erstellungsdatum: 12. September 2007, Nürnberg 2007a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2006. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Erstellungsdatum: 12. September 2007, Nürnberg 2007b

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2007. Arbeitsmarktanalyse für Deutschland, West- und Ostdeutschland. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2007c

Bundesagentur für Arbeit: Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2007/08. Nürnberg 2008a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2008/2009. Nürnberg 2008b. – URL: http://www.bibb.de/de/32191.htm. (Stand:19.11.2009)

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2007. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Erstellungsdatum: 28. Mai 2008, Nürnberg 2008c

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2008/2009. Nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften, ohne zugelassene kommunale Träger. Nürnberg 2009a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsmarkt. Agenturen für Arbeit, ARGEn und zugelassene kommunale Träger. Alle gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2008/09. Nürnberg 2009b

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. „Nationaler Ausbildungspakt“. Dezember 2009. Nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften, ohne zugelassene kommunale Träger. Nürnberg 2009c

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. Nationaler Ausbildungspakt. „Alle unversorgten Bewerber“. Dezember 2009. Nürnberg 2009d

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Förderung der Berufsausbildung, Berichtsjahr 2008, Ostdeutschland sowie Westdeutschland, Nürnberg 2009e. – URL: http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/f.html (Stand: 25.03.2010)

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2008. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Veröffentlichungstermin: 31. März 2009, Nürnberg 2009f

Bundesagentur für Arbeit: Drittes Buch Sozialgesetzbuch. Dreizehntes Kapitel – Sonderregelungen (§§ 408 – 436). Zweiter Abschnitt – Ergänzungen für übergangsweise mögliche Leistungen und zeitweilige Aufgaben (§§ 417–421t). Nürnberg 2009g. – URL: http://dejure.org/gesetze/SGB_III/421o.htm (Stand: 08.10.2009)

Bundesagentur für Arbeit: Einsatz ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente SGB III. Tabelle Deutschland gesamt. Stand: Juli 2009. Nürnberg 2009h

Bundesagentur für Arbeit: Fachliche Hinweise und Empfehlungen Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach § 16d SGB II. Stand: Juli 2009. Nürnberg 2009i

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsanweisungen Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) gem. §§ 61, 61a, 64 Abs. 2 sowie § 69 SGB III. Stand: März 2009. Nürnberg 2009j

Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Ausgewählte Maßnahmen. Stand: September 2009. Nürnberg 2009k

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Förderstatistik. Geförderte Qualifizierung während Kurzarbeit, Januar bis September 2009. Nürnberg 2009l. – URL: http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/aktuell/iiia5/quali_kug_d.pdf

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Kurzarbeit (KUG) nach dem SGB III. Berichtsmonat: Mai 2009. Nürnberg 2009m. – URL: http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/s.html

Bundesagentur für Arbeit: SGB II-Jahresbericht 2008, Nürnberg 2009n. – URL: http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/SGB-II/SGBII-Jahresbericht-2008.pdf

Bundesagentur für Arbeit: Statistik – Förderung – Arbeitsmarktpolitische Instrumente, September 2009, Nürnberg 2009o. – URL: http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/f.html

Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik: Veröffentlichungen – Statistik – Förderung: Sonderprogramm – Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Ältere in Unternehmen (WeGebAU) 2006–2007 ff., Nürnberg 2009p. – URL: www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html

Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2008, Nürnberg 2009q. – URL: http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Intern/Geschaeftsbericht-2008.pdf (Stand 12.02.2010)

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. „Nationaler Ausbildungspakt". Januar 2010. Nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften, ohne zugelassene kommunale Träger. Nürnberg 2010a

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt. Nationaler Ausbildungspakt. „Alle unversorgten Bewerber". Januar 2010. Nürnberg 2010b

Bundesagentur für Arbeit: Statistik, FbW, vorläufige Daten (Stand Januar 2010). Nürnberg 2010c

Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH): Jahresbericht 2008/2009, Hilfen für schwerbehinderte Menschen im Beruf. Karlsruhe 2009. – URL: http://www.integrationsaemter.de/files/602/JB_BIH2009.pdf (Stand: 18.03.2010)

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Neue und modernisierte Ausbildungsberufe, verschiedene Jahrgänge

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe, verschiedene Jahrgänge

Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur Förderung des Abschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf durch die Externenprüfung. Beilage zur Zeitschrift Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 25 (1996) 6

Bundesinstitut für Berufsbildung: Referenz-Betriebs-System Information Nr. 11: Modernisierung der Ausbildung, Jg. 4/Mai 1998. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1_rbs_info11.pdf (Stand: 18.11.2009)

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg): Projekt AusbildungPlus, Jahresberichte 2005 bis 2009 – URL: www.ausbildungplus.de

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen. Bonn 2006

Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.6.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO). Bundesanzeiger Nr. 129/2008 vom 27.8.2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ha-empfehlung_129_ausbildungszeit.pdf (Stand: 15.10.2009)

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Neue und modernisierte Ausbildungsberufe 2009. Kurzbeschreibungen. Bonn 2009a. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a41_NMA2009.pdf

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg): Bericht AusbildungPlus in Zahlen. Trends und Analysen 2008/09. Bonn 2009b. – URL: www.ausbildungplus.de

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1977. Bonn 1977

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: ESF-Richtlinie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten (Sozialpartnerrichtlinie). Bundesanzeiger Nr. 57, S. 1373 ff. vom 26. März 2009. Köln 2009

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2002. Bonn, Berlin 2002. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb2002.pdf (Stand: 25.01.2010)

Bundesministerim für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2003. Bonn 2003a

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002. Bonn 2003b

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2005. Berlin, Bonn 2005a

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Bonn, Berlin 2005b. – URL: http://www.bmbf.de/pub/berufliche_qualifizierung_jugendlicher.pdf (Stand: 18.11.2009)

Bundesministerium für Bildung und Forschung: 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung – Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung. Bonn, Berlin 2007

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2008. Bonn, Berlin 2008. URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_08.pdf

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2009. Bonn, Berlin 2009

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Berufsbildungsbericht 2010. Bonn, Berlin 2010 im Erscheinen

Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände: Neue Strukturen in der dualen Berufsausbildung – Beschluss des BDA-Ausschusses Bildung/Berufliche Bildung sowie des BDA-Arbeitskreises Berufliche Bildung vom 16.04.2007. Berlin 2007

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.): Perspektiven für die duale Bildung im tertiären Bereich. Bericht der Bund-Länder-Kommission, Heft 110. Bonn 2003

Castel, Robert: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Universitätsverlag Konstanz 2000

CEDEFOP: Evaluation and interpretation of the third continuing vocational training survey (CVTS3), 2010, im Erscheinen

Commission of the European Communities: Commission Staff Working Document. Progress towards the Lisbon objectives in education and training. Indicators and benchmarks. Brussels 2009

Dauenheimer, Dirk u. a.: Die Theorie des Selbstwertschutzes und der Selbstwerterhöhung. In: Frey, Dieter; Irle, Martin (Hrsg.): Theorien der Sozialpsychologie. Band III: Motivations-, Selbst- und Informationsverarbeitungstheorien. Bern 2002, S. 159–190

Dehnbostel, Peter: Lernen im Prozess der Arbeit. Münster 2007

Derichs-Kunstmann, Karin: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. In: Tippelt, Rudolf; von Hippel, Aiga (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Wiesbaden 2009, S. 507–513

Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970

Deutscher Bundestag: Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen (Drucksache 16/5714 vom 19.06.2007). Berlin 2007

Deutscher Bundestag: UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ weiterhin aktiv umsetzen – Folgeaktivitäten zur UNESCO-Weltkonferenz entwickeln, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/12450, Berlin, 2009

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2007/2008 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2008, S. 66–69

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2008/2009 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Meckenheim 2009, S. 70–73

Deutscher Industrie- und Handelskammertag: „Dual mit Wahl“ – Ein Modell der IHK-Organisation zur Reform der betrieblichen Ausbildung, 22.02.2007. Berlin 2007. – URL: http://www.dihk.de/inhalt/download/reformmodell.pdf

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (Hrsg.): Trends der Weiterbildung. DIE-Trendanalyse 2008. In: DIE spezial, Bonn 2008

Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38 (2009) 1, S. 48–68

Dietrich, Stephan: Institutionalstruktur von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung in Deutschland. In: REPORT 4/2007, S. 32–41

Dobischat, Rolf; Gnahs, Dieter: Methodische Reflexionen und Verbesserungsansätze zum BSW-AES. In: Gnahs, Dieter; Kuwan, Helmut; Seidel, Sabine (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 2: Berichtskonzepte auf dem Prüfstand. Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung. Bonn 2008, S. 219–229

Dorau, Ralf; Höhns, Gabriela: Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt als Maßstab für die Qualität der Ausbildung. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 6, S. 24–27

Drosdowski, Thomas; Wolter, Marc Ingo: Entwicklung der Erwerbspersonen nach Berufen und Qualifikationen bis 2015 mit dem BIBB-DEMOS-Modell. In: Helmrich, Robert; Zicka, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. Bonn 2010 im Erscheinen

Ebbinghaus, Margit: Empirische Modellierung von Outputqualität betrieblicher Ausbildung. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 105 (1) 2009a, S. 33–52

Ebbinghaus, Margit: Ideal und Realität betrieblicher Ausbildungsqualität. Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, Heft 109. Bonn 2009b

Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld 2006

Eberhard, Verena; Scholz, Selina; Ulrich, Joachim Gerd: Image als Berufswahlkriterium. Bedeutung für Berufe mit Nachwuchsmangel. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 38 (2009) 3, S. 9–13

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Schulische Vorbereitung und Ausbildungsreife. In: Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld 2006, S. 35–56

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: „Ausbildungsreif" und dennoch ein Fall für das Übergangssystem. Vortrag auf der BIBB-Fachtagung vom 28.–29.11.2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12pr_veranstaltung_2009_10_28_neue_jugend_neue_ausbildung_eberhard_ulrich.pdf (Stand: 25.11.2009)

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Berufsbildung in Deutschland. Wiesbaden 2010 (im Erscheinen)

Eckhardt, Martina: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 1997 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 1998

Engelbrech, Gerhard; Nagel, Elisabeth: Einkommen von Männern und Frauen beim Berufseintritt, Werkstattbericht 17/2002, S. 3–20

Erzberger, Christian; Prein, Gerald: Optimal-Matching-Technik: Ein Analyseverfahren zur Vergleichbarkeit und Ordnung individuell differenter Lebensverläufe. ZUMA Nachrichten, 21 (40), 1997, S. 52–80

Europäische Kommission: Schlüsselkompetenzen für eine Welt im Wandel. Entwurf des gemeinsamen Fortschrittsberichts 2010 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010" (KOM(2009)640)

Europäisches Parlament und Rat: Empfehlung vom 18. Juni 2009 zur Einrichtung eines Europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (Amtsblatt C 155 vom 08.07.2009)

Feller, Gisela (Hrsg.): Weiterbildungsmonitoring ganz öffentlich. Entwicklungen, Ergebnisse und Instrumente zur Darstellung lebenslangen Lernens. Bielefeld 2006

Feller, Gisela: Weiterbildungsmonitoring und der wbmonitor Klimaindex – Steuerungsmittel oder Steinbruch? In: Böttcher, Wolfgang; Bos, Wilfried; Döbert, Hans; Holtappels, Heinz Günter (Hrsg.): Bildungsmonitoring und Bildungscontrolling in nationaler und internationaler Perspektive. Münster, New York, München, Berlin 2008, 69–81

Feller, Gisela; Krewerth, Andreas; Schade, Hans-Joachim: Klima, Marktstrukturen und Handlungsfelder in der Weiterbildung – wbmonitor schafft neue Basis für wissenschaftliche Anbieterforschung. In: Kreklau, Carsten; Siegers, Josef (Hrsg.): Handbuch der Aus- und Weiterbildung. 199. Erg.-Lfg. Fundstelle 4123. Köln 2009

Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) in der Fassung vom 23.03.2005. – URL: http://bundesrecht.juris.de/fernusg/index.html (Stand: 01.09.2009)

Fischer, Gabriele; Wahse, Jürgen; Dahms, Vera; Frei, Marek; Riedmann, Arnold; Janik, Florian: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2006. IAB-Forschungsbericht 05/2007. Nürnberg 2007

Frackmann, Margit; Tärre, Michael: Lernen und Problemlösen in der beruflichen Bildung. Medienhandbuch. Bielefeld 2009

Freie und Hansestadt Hamburg: Jährlicher Durchführungsbericht zum Operationellen Programm der Freien und Hansestadt Hamburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF), Berichtsjahr 2008. Hamburg 2009. – URL: http://www.esf-hamburg.de/contentblob/2042980/data/jahresdurchfuehrungsbericht-2008.pdf (Stand: 18.03.2010)

Freistaat Sachsen, Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit: Jahresbericht zum Operationellen Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds (ESF). ESF in Sachsen 2008. – URL: http://www.smwa.sachsen.de/de/Foerderung/Strukturfonds_in_Sachsen/Europaeischer_Sozialfonds_ESF/120624.html (Stand: 30.10.2009)

Friedrich, Michael: Berufliche Pläne und realisierte Bildungs- und Berufswege nach Verlassen der Schule. Bielefeld 2009a

Friedrich, Michael: Berufliche Wünsche und beruflicher Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009b, S. 70–81

Gericke, Naomi; Krupp, Thomas; Troltsch, Klaus: Unbesetzte Ausbildungsplätze – warum Betriebe erfolglos bleiben. Ergebnisse des BIBB-Ausbildungsmonitors. In: BIBB REPORT 10/2009

Gewiese, Tilo: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 1999 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2000

Gewiese, Tilo: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2000 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2001

Gottsleben, Volkmar: Randgruppen in der zertifizierten Arbeitsgesellschaft? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 1/1987. – URL: http://doku.iab.de/mittab/1987/1987_1_mittab_gottsleben.pdf

Grabitz, Hans-Joachim: Die Theorie der Selbst-Wahrnehmung von Bem. In: Frey, Dieter (Hrsg.): Kognitive Theorien der Sozialpsychologie. Bern u. a. 1978, S. 138–159

Granato, Mona; Degen, Ulrich (Hrsg.): Berufliche Bildung von Frauen. Bielefeld 2006

Granato, Mona; Ulrich, Joachim Gerd: Junge Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Weg in eine berufliche Ausbildung – Integrationspotenzial des Ausbildungssystems? In: Lassnigg, Lorenz; Babel, Helene; Gruber, Elke; Markowitsch, Jörg (Hrsg.): Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen. Beiträge zur Berufsbildungsforschung. Innsbruck, Wien, Bozen 2009, S. 40–56

Granato, Mona; Werner, Rudolf: Ausländische Jugendliche in Deutschland. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit (ibv) Heft 16/1999. Nürnberg 1999

große Deters, Fenne; Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd: Entwicklung des Nachfragepotenzials nach dualer Berufsausbildung. In: Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Bonn 2008, S. 9–28

Grotlüschen, Anke; Haberzeth, Erik; Krug, Peter: Rechtliche Grundlagen der Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 347–366

Gruber, Sabine; Weber, Heiko: Differenzierung der Ausbildungsangebote: Integration von Hauptschülern durch zweijährige Berufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 2, S. 18–21

Hall, Anja: Tätigkeiten, berufliche Anforderungen und Qualifikationsniveau in Dienstleistungsberufen – Empirische Befunde auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 und des Mikrozensus. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 153–208

Hanft, Anke; Knust, Michaela (Hrsg.): Internationale Vergleichsstudie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen, Januar 2007

Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2001 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2002

Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2002 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2003

Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2003 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2004

Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2004 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2005

Hartung, Silke; Schöngen, Klaus: Zur Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in ausgewählten Dienstleistungen. In: Dietrich, Hans; Severing, Eckart (Hrsg): Zukunft der dualen Berufsausbildung – Wettbewerb der Bildungsgänge. Bielefeld 2007, S. 25–59

Heckmann, Markus; Kettner, Anja; Pausch, Stephanie; Szameitat; Jörg; Vogler-Ludwig, Kurt: Wie Betriebe in der Krise Beschäftigung stützen. IAB-Kurzbericht 18/2009. Nürnberg 2009

Heikkinen, Anja; Niemeyer, Beatrix: Schlüsselqualifikationen für verschlossene Türen? Eine kritische Revision neuer Lernkulturen in der europäischen Benachteiligtenförderung. In: Niemeyer, Beatrix (Hrsg.): Neue Lernkulturen in Europa? Prozesse, Positionen, Perspektiven. Schriftenreihe der DGFE, Wiesbaden 2005

Heine, Christoph; Quast, Heiko: Studienberechtigten 2008: Studien- und Ausbildungswahl ein halbes nach Schulabgang. Ergebnisse einer Vorabauswertung. HIS: Projektbericht, November 2009. Hannover 2009b

Heine, Christoph; Quast, Heiko: Studierneigung und Berufsausbildungspläne: Studienberechtigte 2008 ein halbes vor Schulabgang. HIS: Forum Hochschule 4/2009. Hannover 2009a

Heine, Christoph; Spangenberg, Heike; Sommer, Dieter: Studienberechtigte 2004: Übergang in Studium, Ausbildung und Beruf. Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten 2004 ein halbes Jahr nach Schulabgang im Länder- und Zeitvergleich. HIS Kurzinformation A5/2006. Hannover 2006

Heine, Christoph; Spangenberg, Heike; Willich, Julia: Studienberechtigten 2006 ein halbes nach Schulabschluss: Übergang in Studium, Beruf und Ausbildung. HIS: Forum Hochschule 4/2008. Hannover 2008

Heine, Christoph; Spangenberg, Heike; Willich, Julia: Studienberechtigten 2006 ein halbes vor Schulabgang: Studierbereitschaft und Bedeutung der Hochschulreife. HIS: Forum Hochschule 2/2007. Hannover 2007

Heine, Christoph; Willich, Julia: Informationsverhalten und Entscheidungsfindung bei der Studien- und Ausbildungswahl – Studienberechtigten 2005 ein halbes vor Schulabgang. HIS: Forum Hochschule 3/2006. Hannover 2006

Heinemann, Lars; Maurer, Andrea; Rauner, Felix: Engagement und Ausbildungsorganisation. Einstellungen Bremerhavener Auszubildender zu ihrem Beruf und ihrer Ausbildung. Bremen 2009. – URL: http://www.ibb.uni-bremen.de/fileadmin/user/A_B_Forschungsberichte/IE_Studie_Bhv_240609.pdf (Stand: 23.07.2009)

Herget, Hermann: Berufliche Perspektiven aus Sicht von Abiturienten mit dualem Berufsabschluss. In: Beicht, Ursula u. a. (Hrsg.): Berufsperspektiven mit Lehre. Bielefeld 1997, S. 219–246

Heublein, Ulrich; Hutzsch, Christopher; Schreiber, Jochen; Sommer, Dieter; Besuch, Georg: Ursachen des Studienabbruchs in Bachelor- und in herkömmlichen Studiengängen. HIS: Forum Hochschule 2/2010. Hannover 2010

Hilmert, Steffen: Ausbildungssysteme und Arbeitsmarkt. Lebensverläufe in Großbritannien und Deutschland im Kohortenvergleich. Wiesbaden 2001

Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Statistiken zur Hochschulpolitik 1/2009. Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, 1/2009. Bonn 2009 http://www.hrk.de/de/download/dateien/HRK-Statistik-1_2009.pdf

Hupka, Sandra; Sacchi, Stefan; Stalder, Barbara E.: Herkunft oder Leistung? Analyse des Eintritts in eine zertifizierende nachobligatorische Ausbildung anhand der Daten des Jugendlängsschnitts TREE. Arbeitspapier vom Juni 2006. Bern 2006

Imdorf, Christian: Schulqualifikation und Berufsfindung. Wie Geschlecht und nationale Herkunft neben Schulqualifikationen den Übergang in die Berufsbildung strukturieren. Wiesbaden 2005

Imdorf, Christian: Individuelle oder organisationale Ressourcen als Determinanten des Bildungserfolgs? Organisatorischer Problemlösungsbedarf als Motor sozialer Ungleichheit. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 32 (2007) 3, S. 407–423

Imdorf, Christian: Der Ausschluss „ausländischer“ Jugendlicher bei der Lehrlingsauswahl – ein Fall von institutioneller Diskriminierung? In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt/Main 2008, S. 2.048–2.058

Imdorf, Christian: Können alleine genügt nicht – Auswahlkriterien bei der Lehrlingsselektion. Vortrag auf der BIBB/DJI-Fachtagung „Neue Jugend? Neue Ausbildung?“ am 28./29.10.2009 in Bonn. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12pr_veranstaltung_2009_10_28_neue_jugend_neue_ausbildung_imdorf_neu.pdf

InstitutfürWirtschaftsforschung:ifoGeschäftsklimaDeutschland.ErgebnissedesifoKonjunkturtestsimMai2009.URL: http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/data/Indices/GSK2006/GSK2006Container/GSK2006PDF/GSKKTDLPDF2009/KT_05_09_ee.pdf (Stand 17.08.2009)

Ioannidou, Alexandra: Lebenslanges Lernen als bildungspolitisches Konzept und seine Bedeutung für die Bildungsberichterstattung auf europäischer Ebene oder: Über die Kunst, Proteus zu erfassen. In: Feller, Giesela (Hrsg.): Weiterbildungsmonitoring ganz öffentlich. Entwicklungen, Ergebnisse und Instrumente zur Darstellung lebenslangen Lernens. Bielefeld 2006, S. 11–34

Jungkunz, Diethelm: Berufsausbildungserfolg in ausgewählten Ausbildungsberufen des Handwerks. Theoretische Klärung und empirische Analyse. Weinheim 1995

Kath, Folkmar: Mehr Ausbildung durch verkürzte oder gestufte Ausbildungsberufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 3, S. 5–8

Kau, Winand; Lösch, Manfred: Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems (PROSIMA). In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Bonn 2006, S. 133–157

Knigge, Michel: Hauptschüler als Bildungsverlierer? Eine Studie zu Stigma und selbstbezogenem Wissen bei einer gesellschaftlichen Problemgruppe. Reihe Pädagogische Psychologie und Entwicklungspsychologie 70, Münster 2009

Knoll, Natascha; Schweigard, Eva: Nachqualifizierung wird zum Regelangebot – regionale Strukturentwicklung durch Netzwerke. In: Projektträger im DLR für das Programm Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Perspektive Berufsabschluss. Ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Newsletter Nr. 1. Bonn, Oktober 2008, S. 15–22

Kohaut, Susanne; Ellguth, Peter: Branchentarifvertrag. Neu gegründete Betriebe sind seltener tarifgebunden. IAB-Kurzbericht 16/2008

Kohli, Martin: Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie. In: Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten – Gesellschaftliche Individualisierungsprozesse in der Moderne. Frankfurt/Main 1994, S. 219–244

Konietzka, Dirk: Die soziale Differenzierung der Übergangsmuster in den Beruf. Die „zweite Schwelle“ im Vergleich der Berufseinstiegskohorten 1976–1995. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2002) 4, S. 645–673

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld 2008

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006

Koscheck, Stefan: Weiterbildungsanbieter in Zeiten der Wirtschaftskrise. Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2009. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 6, S.44–48

Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic: Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zum Wandel eines arbeitsweltlichen Integrationsmodus. In: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration (S. 367–390). Wiesbaden 2004

Krahé, Barbara: Attributionsstrategien und Identitätsdynamik. In: Frey, Hans-Peter; Haußer, Karl (Hrsg.): Identität. Entwicklungen psychologischer und soziologischer Forschung. Stuttgart 1987, S. 151–162

Krekel, Elisabeth M.; Ulrich, Joachim Gerd: Jugendliche ohne Berufsabschluss. Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung. Kurzgutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009.

Kremer, Manfred: Implikationen der BBiG-Novelle auf die Kooperation von Schule und Betrieb in der Berufsausbildung. In: Zöllner, Arnulf (Hrsg.): Vollzeitschulische Berufsausbildung – eine gleichwertige Partnerin des Dualen Systems? Bielefeld 2006, S. 7–35

Krewerth, Andreas; Eberhard, Verena: Berufliche Mobilität der Ausbildungsstellenbewerber: Möglichkeiten ihrer empirischen Erfassung und Vergleich mit der regionalen Mobilität. In: Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld 2006, S. 121–132

Krewerth, Andreas; Eberhard, Verena; Gei, Julia: Merkmale guter Ausbildungspraxis. Ergebnisse des BIBB-Expertenmonitors. Bonn 2008. URL: https://www.expertenmonitor.de/downloads/Ergebnisse_20081114.pdf (Stand: 24.03.2010)

Kupka, Peter; Biersack, Wolfgang: Berufsstruktur im Wandel. Veränderungen zwischen 1994 und 2004. In: Jacob, Marita; Kupka, Peter (Hrsg.): Perspektiven des Berufskonzepts. BeitrAB 297, IAB. Nürnberg 2005, S. 75–90

Kuwan, Helmut; Bilger, Frauke; Gnahs, Dieter; Seidel, Sabine: Berichtssystem Weiterbildung IX. Berlin 2006

Kuwan, Helmut; Seidel, Sabine: Informelles Lernen – Überlegungen zur empirischen Erfassung. In: Gnahs, Dieter; Kuwan, Helmut; Seidel, Sabine (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland, Band 2: Berichtskonzepte auf dem Prüfstand. Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung. Bonn 2008, S. 97–109

Lakies, Thomas; Nehls, Hermann: Berufsbildungsgesetz. Basiskommentar. Frankfurt/Main 2007

Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern: Tätigkeitsbericht 2008, Schwerin 2009. – URL: http://www.lfi-mv.de/cms2/LFI_prod/LFI/content_downloads/Taetigkeitsberichte/Taetigkeitsbericht_2008.pdf

Lehmann, Rainer H.; Ivanov, Stanislav; Hunger, Susanne; Gänsfuß, Rüdiger: ULME I – Untersuchungen der Leistungen, Motivation und Einstellungen zu Beginn der beruflichen Ausbildung. Hamburg 2005. – URL: www.hamburger-bildungsserver.de/baw/ba/ULME1_Bericht.pdf

Leszczensky, Michael; Frietsch, Rainer; Gehrke, Birgit; Helmrich, Robert: Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Berlin 2009

Lösch, Manfred; Kau, Winand: Ein ökonometrisches Simulations- und Prognosemodell der betrieblichen Berufsausbildung. In: Greulich, Günter u. a. (Hrsg.): Empirische Konjunktur- und Wachstumsforschung. Zürich 2005

Lösch, Manfred; Kau, Winand; Walden, Günter: Wie entwickelt sich der Lehrstellenmarkt? Das ökonometrische Prognose- und Simulationsmodell PROSIMA. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Bonn 2008

Mayer-Ahuja, Nicole: Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen Normalarbeitsverhältnis zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin 2003

Meyer, Wulf-Uwe; Försterling, Friedrich: Die Attributionstheorie. In: Frey, Dieter; Irle, Martin (Hrsg.): Theorien der Sozialpsychologie. Band 1. Bern 1993, S. 175–214

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Teilzeitausbildung unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Mädchen und jungen Frauen mit Kindern. Bericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen an den Ausschuss für Frauenpolitik/Landtag NRW, Düsseldorf, 12. Januar 2009 (Vorlage 14/2368). – URL: http://www.gib.nrw.de/service/downloads/TZA_MMV14-2368.pdf (Stand: 15.10.2009)

Möller, Iris; Stegmaier, Jens: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2006. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Wissenschaftliche Diskussionspapiere 99 des Bundesinstituts für Berufsbildung. Bonn 2008

Moraal, Dick; Lorig, Barbara; Schreiber, Daniel; Azeez, Ulrike: Ein Blick hinter die Kulissen der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland – Daten und Fakten der nationalen CVTS3-Zusatzerhebung. In: BIBB REPORT 7/2009. Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_07.pdf (Stand: 02.09.2009)

Mucke, Kerstin: Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Bonn 2003

Müller, Normann: Akademikerausbildung in Deutschland: Blinde Flecken beim internationalen OECD-Vergleich. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009), 2, S.42–46

Müller-Kohlenberg, Lothar; Schober, Karen; Hilke, Reinhard: Ausbildungsreife – Numerus clausus für Azubis? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 34 (2005) 3, S.19–23

Münch, Joachim; Müller, Hans-Joachim; Oesterle, Heinz; Scholz, Ferdinand: Interdependenz von Lernort-Kombinationen und Output-Qualitäten betrieblicher Berufsausbildung in ausgewählten Berufen. Berlin 1981

Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs. Pressemeldung vom 13. Oktober 2009. – URL: http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=316786.html

Nuissl, Ekkehard (unter Mitarbeit von: Druckenmüller, Liana; Jung, Daniela): Ordnungsgrundsätze der Erwachsenenbildung in Deutschland. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 329–346

OECD: Bildung auf einen Blick. OECD Indikatoren. Paris 2009

OECD: Education at a glance. OECD Indicators. Paris 2008

Pehl, Klaus; Reitz, Gerhard: Volkshochschul-Statistik. Bielefeld Jahrgänge 1994 – 2002

Probst, Gilbert J.; Büchel, Bettina: Organisationales Lernen. Wettbewerbsvorteil der Zukunft. Wiesbaden 1998

Rat der Europäischen Union: Detailliertes Arbeitsprogramm zu den Zielen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung (Amtsblatt 2002/C 142/01). Luxemburg 2002

Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) (Amtsblatt 2009/C 119/02). Luxemburg 2009

Rauner, Felix: Kosten, Nutzen und Qualität der beruflichen Ausbildung. ITB-Forschungsberichte 23/2007. Bremen 2007

Reichart, Elisabeth; Huntemann, Hella: Volkshochschul-Statistik 2007. 46. Folge, Arbeitsjahr 2007. Bonn 2008. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/reichart0802.pdf

Reichart, Elisabeth; Huntemann, Hella: Volkshochschul-Statistik 2008. 47. Folge, Arbeitsjahr 2008. Bonn 2009. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/reichart0902.pdf

Reinberg, Alexander; Hummel, Markus: Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 und die Einführung der Hartz-IV-Reform – Empirische Befunde und methodische Probleme, IAB-Forschungsbericht 9/2007

Rengers, Martina: Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept. In: Wirtschaft und Statistik 12/2004, S. 1369–1383

Rosenbladt, Bernhard von; Bilger, Frauke: Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 1: Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007. Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung. Bielefeld 2008

Rudolph, Udo: Motivationspsychologie. Weinheim und Basel 2009

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Jahresbericht zum Operationellen Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds (ESF). ESF in Sachsen 2008. o.O., o.J. JAHR. – URL: http://www.smwa.sachsen.de/set/431/ESF_Jahresbericht_2008.pdf (Stand: 18.02.2010)

Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung: Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung (Abschlussbericht). Bielefeld 1974

Sauter, Edgar: Fünf Jahre AZWV – Einschätzungen zur Qualitätssicherung in der öffentlich geförderten Weiterbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 5, S. 33–34

Schaeper, Hildegard: Erwerbsverläufe von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen – eine Anwendung der Optimal-Matching-Technik. Arbeitspapier Nr. 57 des Sonderforschungsbereichs 186 der Universität Bremen. Bremen 1999

Schiersmann, Christiane: Berufliche Weiterbildung. Wiesbaden 2007

Schmidt, Daniel: Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2005 – Methodik und erste Ergebnisse. In: Wirtschaft und Statistik 7/2007, S. 699–711

Schmidt, Daniel: Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007: Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung. In: Wirtschaft und Statistik 11/2008, S. 982–992

Schmidt, Daniel: Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007: Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung. In: Wirtschaft und Statistik 60 (2008) 11, S. 982–992

Schmidt, Daniel: Gestaltung und Organisation der beruflichen Weiterbildung in Unternehmen. In: Wirtschaft und Statistik 12/2007, S. 1226–1235. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Weiterbildung in Unternehmen. Dritte europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3). Wiesbaden 2008

Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix; Dionisius, Regina; Pfeifer, Harald; Walden, Günter: Kosten und Nutzen der dualen Ausbildung aus Sicht der Betriebe. Ergebnisse der vierten BIBB-Kosten- und Nutzen-Erhebung. Bielefeld 2010 (im Erscheinen)

Schöngen, Klaus: Ausbildungsvertrag gelöst = Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Befragung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 32 (2003) 2, S. 35–39

Schöngen, Klaus; Westhoff, Gisela: Berufswege nach der Ausbildung – die ersten drei Jahre. Berlin, Bonn 1992

Schroedter, Julia H.; Lechert Yvonne; Lüttinger, Paul: Die Umsetzung der Bildungsskala ISCED-1997 für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensen 1976–2004 (Version 1). ZUMA-Methodenbericht 2006/08. Mannheim 2006

Settelmeyer, Anke; Erbe, Jessica: Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. Wissenschaftliche Diskussionspapiere. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010. http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_112_migrationshintergrund.pdf

Skrobanek, Jan: Migrationsspezifische Disparitäten im Übergang von der Schule in den Beruf. Ergebnisse aus dem DJI-Übergangspanel (Deutsches Jugendinstitut: Wissenschaftliche Texte, Heft 1). München 2009

Solga, Heike: Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbschancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive. Opladen 2005

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Einordnung der Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien in die konsekutive Studienstruktur, Beschluss der Kultusministerkonferenz v. 15.10.2004 – URL: www.kmk.org

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Wiesbaden 2008

Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. Stuttgart 1992

Statistisches Bundesamt: Berufsbildungsstatistik – Begriffe und Erläuterungen, 2002. Wiesbaden 2002

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Schuljahr 2006/2007. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2007a

Statistisches Bundesamt: Berufsbildungsstatistik – Begriffe und Erläuterungen, 18.10.2007. Wiesbaden 2007b

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2007. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2008

Statistisches Bundesamt: Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2008/2009, Fachserie 11, Reihe 1. Wiesbaden 2009a

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Berufliche Schulen, Schuljahr 2008/2009, Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2009b

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2008. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2009c

Statistisches Bundesamt, Bildung und Kultur: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), Fachserie 11, Reihe 8 – 2008. Wiesbaden 2009d

Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht. Wiesbaden 2009e

Statistisches Bundesamt: Prüfungen an Hochschulen. Fachserie 11, Reihe 4.2. Wiesbaden 2006

Stiftung Warentest: Jahresbericht 2004. Berlin 2005

Stiftung Warentest: Jahresbericht 2005. Berlin 2006

Stiftung Warentest: Jahresbericht 2006. Berlin 2007

Stiftung Warentest: Jahresbericht 2007. Berlin 2008. – URL: http://www.test.de/filestore/jahresbericht2007.pdf?path=/a6/61/6e1e5630-3201-4ec0-bb91-7c1d9b4f868f-file.pdf&key=E760934BE86671F116376CA63CF7FA20C0F226BE (Stand: 10.02.2010)

Stiftung Warentest: Jahresbericht 2008. Berlin 2009. – URL: http://www.test.de/filestore/Jahresbericht2008.pdf?path=/12/11/a033cbab-427d-48f3-ab60-2c421b9575eb-file.pdf&key=CF10BFED0B02577EB77497615A090E9B826C689F (Stand: 10.02.2010)

Süssmuth, Rita; Sprink, Rolf: Volkshochschule. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 473–490

Thate, Evelyn: Neuerungen bei den Instrumenten der Förderung Jugendlicher im SGB III. Vortrag bei einer Tagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 20.05.2009. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2009. – URL: http://www.jugendsozialarbeit-paritaet.de/data/vortragthate.pdf

Tiemann, Michael; Schade, Hans-Joachim; Helmrich, Robert; Hall, Anja; Braun, Uta; Bott, Peter: Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der Klassifikation der Berufe 1992. In: Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstitutes für Berufsbildung. Bonn 2008

Troltsch, Klaus: Ausbildungsbereitschaft von Betrieben – am künftigen oder bisherigem Fachkräftebedarf orientiert? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37 (2008) 3, S. 14–18

Troltsch, Klaus: Strukturen und Entwicklung der dualen Ausbildung in Technikberufen und Trends im Fachkräfteangebot bis 2015. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 6-2004. Bonn 2004. – URL: http://technologische-leistungsfaehigkeit.de/pub/sdi_06_04.pdf (Stand 18.11.2009)

Troltsch, Klaus; Gericke, Naomi; Huber, Simon: Ausbildungsbonus – Ausschöpfung des betrieblichen Ausbildungsstellenpotenzials für Altbewerber? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 1, S. 44–47

Troltsch, Klaus; Gericke, Naomi; Saxer, Susanne: Ausbildungsbonus – bringt er Altbewerber in Ausbildung? Ergebnisse einer BIBB-Betriebsbefragung. In: BIBB-Report (2008), H. 5

Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungssystem dominiert zunehmend Ausbildungsstellenmarkt. Zur Responsivität des dualen Ausbildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 5–9

Troltsch, Klaus; Walden, Günter; Zopf, Susanne: Im Osten nichts Neues? 20 Jahre nach dem Mauerfall steht die Berufsausbildung vor großen Herausforderungen. BIBB REPORT 12/2009. Bonn 2009

Uhly, Alexandra: Die Zukunftsfähigkeit technischer Berufe im dualen System. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 5/2005. Bonn 2005. – URL: http://technologische-leistungsfaehigkeit.de/pub/sdi-05-05.pdf (Stand: 18.11.2009)

Uhly, Alexandra: Weitreichende Verbesserungen der Berufsbildungsstatistik ab April 2007. Zur Aussagekraft der Berufsbildungsstatistik für die Berufsbildungsforschung und Politikberatung. In: Krekel, Elisabeth M.; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft. Bielefeld 2006a, S. 39–63

Uhly, Alexandra: Zur Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlicher. Bonn 2006b. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_ausweitstat_bwp-3-2006_informationsbeitrag-uhly.pdf (Stand: 17.12.2008)

Uhly, Alexandra: Der berufsstrukturelle Wandel in der dualen Berufsausbildung: empirische Befunde auf Basis der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007a, S. 209–257

Uhly, Alexandra: Strukturen und Entwicklungen im Bereich technischer Ausbildungsberufe des dualen Systems der Berufsausbildung. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 2/2007. Bonn 2007b. – URL: http://technologische-leistungsfaehigkeit.de/pub/sdi-02-07.pdf (Stand: 17.12.2008)

Uhly, Alexandra: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der dualen Berufsausbildung. Bildungsvoraussetzungen im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen. Präsentation im Rahmen des Fachworkshops Berufsforschung für eine moderne Berufsbildung – Stand und Perspektiven – am 11. und 12. November 2008. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/de/50322.htm (Stand: 15.12.2009)

Uhly, Alexandra: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der dualen Berufsausbildung. Bildungsvoraussetzungen im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen. In: Euler; Dieter; Weiß, Reinhold; Walwei, Günter: Berufsforschung für eine moderne Berufsbildung – Stand und Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik – Beiheft (in Vorbereitung – voraussichtlich 2010)

Uhly, Alexandra; Erbe, Jessica: Auszubildende mit Hauptschulabschluss: vom Normalfall zur Randgruppe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 15–20

Uhly, Alexandra; Flemming, Simone; Schmidt, Daniel; Schüller, Frank: Zwei Erhebungen zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Konzeptionelle Unterschiede zwischen der Berufsbildungsstatistik zum 31.12. und der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_methodenpapier-vergleich-BIBB-StBA-2009.pdf (Stand 14.12.2009)

Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi: Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquoten – Neuerungen der Berufsbildungsstatistik aus 2007 ermöglichen erstmals genauere Berechnung differenzierter Quoten für Personengruppen. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_informationsbeitrag-uhly-gericke_neuberechnung-ausbildungsbeteiligungsquote-2010.pdf

Uhly, Alexandra; Granato, Mona: Werden ausländische Jugendlichen aus dem dualen System der Berufsausbildung verdrängt? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 3, S. 51–55

Uhly, Alexandra; Lohmüller, Lydia; Arenz, Ute M.: Schaubilder zur Berufsbildung – Strukturen und Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung Deutschlands. Ausgabe 2008. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/schaubilder (Stand: 19.11.2009)

Uhly, Alexandra; Troltsch, Klaus: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungs- und Wissensökonomie. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 105/Heft 1/2009, S. 15–32

Ulmer, Philipp; Jablonka, Peter: Die Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) und ihre Auswirkungen. Bielefeld 2008

Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Wissenschaftliches Diskussionspapier Heft 6/2008. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_106_demografischer_wandel_und_seine_folgen.pdf

Ulrich, Joachim Gerd: Attributionstheoretische Anmerkungen zur Evaluierung beruflicher Lernorte und Beratungsinstitutionen durch Jugendliche. In: Schober, Karen; Gaworek, Maria (Hrsg.): Berufswahl: Sozialisations- und Selektionsprozesse an der ersten Schwelle. Nürnberg 1996, S. 269–285

Ulrich, Joachim Gerd: Benachteiligung – was ist das? Überlegungen zu Stigmatisierung und Marginalisierung im Bereich der Lehrlingsausbildung. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 67 (1998) 4, S. 370–380

Ulrich, Joachim Gerd: Benachteiligung – was ist das? Theoretische Überlegungen zu Stigmatisierung, Marginalisierung und Selektion. In: Lappe, Lothar (Hrsg.): Fehlstart in den Beruf? Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Einstieg ins Arbeitsleben. München 2003, S. 2135

Ulrich, Joachim Gerd: Probleme bei der Bestimmung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsplatzangebot. Definitionen, Operationalisierungen, Messprobleme. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Dokumentation der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz vom 01./02. Juli 2004. Bonn 2005, S. 5–36

Ulrich, Joachim Gerd: Wie groß ist die Lehrstellenlücke wirklich? Vorschlag für einen alternativen Berechnungsmodus. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 3, S. 12–16

Ulrich, Joachim Gerd: Jugendliche im Übergangssystem – eine Bestandsaufnahme. In: BWP@ Spezial 4, Hochschultage Berufliche Bildung 2008, September 2008. – URL: http://www.bwpat.de/ht2008/ws12/ulrich_ws12-ht2008_spezial4.shtml

Ulrich, Joachim Gerd; Eberhard, Verena: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008, S. 13–57

Ulrich, Joachim Gerd; Ehrenthal, Bettina; Häfner, Elfriede: Regionale Mobilitätsbereitschaft und Mobilität der Ausbildungsstellenbewerber. In: Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Mangelware Lehrstelle. Zur aktuellen Lage der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland. Bielefeld 2006, S. 99–120

Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Im Zeichen von Wirtschaftskrise und demografischem Einbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2009. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2009. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/de/53060.htm

Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen – dennoch weitere Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. BIBB-Erhebung über neu geschlossene Ausbildungsverträge. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/de/50557.htm

Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth M.: Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006. BIBB REPORT 1/2007. – URL: http://www.bibb.de/de/32002.htm

Ulrich, Joachim Gerd; Troltsch, Klaus: Stabilisierung des Lehrstellenmarktes unter wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen? Aktuelle Analysen der Berufsberatungsstatistik zur Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Bielefeld 2003

Walden, Günter: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungsgesellschaft? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 6, S. 43–46

Weiland, Meike; Weiß, Christina: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2007 – Kompakt. Bonn 2009.- URL: http://www.die-bonn.de/doks/weiland0901.pdf (Stand 17.02.2010)

Weiß, Christina: Fernunterrichtstatistik 2008. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (Hrsg.). Bonn 2009. – URL: http://www.die-bonn.de/doks/weiss0901.pdf (Stand: 26.03.2010)

Wenzelmann, Felix u. a.: Betriebliche Berufsausbildung: Eine lohnende Investition für die Betriebe. Ergebnisse der BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007. BIBB REPORT 08/2009. Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_08.pdf (Stand: 22.02.2010)

Werner, Rudolf: Erfolgsquoten bei Abschlussprüfungen – neue Berechnungsmethode berücksichtigt Wiederholer. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 27 (1998) 5, S. 42–45

Werner, Rudolf: Entwicklung der Berufsbildungsstatistik – Grundlagen und Inhalte seit 1950. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 29 (2000) 4, S. 23–28

Werner, Rudolf: Entwicklung eines Modells zur Berechnung der Quoten von Vertragslösungen unter Berücksichtigung der Datenlage der Berufsbildungsstatistik: das Schichtenmodell. In: Althoff, Heinrich; Brosi, Walter; Troltsch, Klaus; Ulrich, Joachim Gerd; Werner, Rudolf: Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen und Ausbildungsabbruch – Problemaufriss und Untersuchung der methodisch-statistischen Grundlagen. BIBB Forschung Spezial Heft 4. Bielefeld 2003, S. 9–34

Westhoff, Gisela (Hrsg.): Gestaltung der Flexibilitätsspielräume in der Berufsbildung. Gestaltungsoffene Aus- und Weiterbildung durch Handlungsforschung fördern. Konstanz 2008

Wirtschafts- und Sozialforschung (WSF) (Hrsg.): Erhebung zur beruflichen und sozialen Lage von Lehrenden in Weiterbildungseinrichtungen. Kerpen 2005

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Geschäftsstelle, Drs. 7083/06. Berlin 2006 – URL: http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf

Witzel, Andreas: Prospektion und Retrospektion im Lebenslauf. Ein Konzept zur Rekonstruktion berufs- und bildungsbiographischer Orientierungen und Handlungen. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 21 (2001) 4, S. 400–416

Wolff, Heimfrid: Das Dienstleistungswachstum – eine moderne Umwegproduktion. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 23 (1990) 1, S. 63–67. – URL: http://doku.iab.de/mittab/1990/1990_1_MittAB_Wolff.pdf (Stand: 18.11.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung von Führungskräften – Umfrage des Wuppertaler Kreises bei seinen Mitgliedsinstituten. Köln 2001. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends01/trends2001.pdf (Stan d 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung von Führungskräften – Umfrage des Wuppertaler Kreises bei seinen Mitgliedsinstituten -. Köln 2002.- URL: http://www.wkr-ev.de/trends02/trends2002.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung von Führungskräften – Verbandsumfrage 2003 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2003. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends03/trends2003.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung von Führungskräften – Verbandsumfrage 2004 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2004. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends04/trends2004.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2005 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2005. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends05/trends2005.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2006 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2006. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends06/trends2006.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2007 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2007. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends07/trends2007.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2008 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2008. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends08/trends2008.pdf (Stand 17.09.2009)

Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2009 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2009. – URL: http://www.wkr-ev.de/trends09/trends2009.pdf (Stand 17.09.2009)

Zentralverband des Deutschen Handwerks: Ganzheitlich – passgenau – anschlussfähig – Grundzüge eines umfassenden und flexiblen Berufslaufbahnkonzepts im Handwerk, Abteilung Berufliche Bildung, November 2007. Berlin 2007

Stichwortverzeichnis

Abiturienten 11, 16, 41, 76, 84, 86, 159 f., 162, 164, 261, 408
Abschlussprüfungen (Gesellenprüfung) 111 f., 116, 166–172, 332, 335, 347
Absolventenquote 399, 407–409
Adult Education Survey 282, 288, 309, 404
Akademiker 164, 297, 299, 399, 406–408
Allgemeinbildender Schulabschluss 128, 148–151, 160
Allgemeine Weiterbildung 293, 296 f.
Altbewerber/-innen 9, 11–13, 41, 48, 58, 69, 77–81, 100, 372 f., 381
Alter 10, 46, 73, 77–79, 81–91, 100, 103, 106, 124, 136, 179–185, 214, 225, 236, 251, 265–271, 282–285, 297–299, 317–319, 327, 334 f., 338, 346, 348, 353–356, 368–370, 400–409
Angebots-Nachfrage-Relation 16, 36–40, 60 f., 63, 65
Angebotspotenzial 9, 68–72, 75 f.
ANKOM 390
Anrechung 26, 96, 108 f., 113 f., 115, 134, 144, 390–393
Anschlussverträge 11, 28, 30 f., 128 f., 131, 133–136, 144
Arbeit – Beruf (Themenbereich) 281, 306–309, 314–316, 338
Arbeitgebernahe Weiterbildungsanbieter 309, 312 f.
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) 315
Assistenzberufe 243 f.
Aufstiegsfortbildung 329 f., 331, 333, 336, 338, 343, 390
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 281
Aufwendungen 277–280, 336, 338, 383
Ausbildung im öffentlichen Dienst 235, 249
Ausbildung, gefördert 51, 14, 27, 49 f., 52, 82, 125, 127 f., 256, 331, 373 f., 276–279, 381–388
Ausbildung, ungefördert 14, 49–52, 82
AusbildungPlus 262–264
Ausbildungsabbruch (siehe auch vorzeitige Vertragslösung) 48, 79, 135, 173, 372, 382, 404
Ausbildungsanfänger 21, 129, 131, 134, 136, 159 f., 179, 332 f.
Ausbildungsberufe 9, 18, 26–28, 42 f., 68, 82, 107–110, 111–113, 116–124, 129–130, 137 f., 140–147, 149 f., 152–155, 158, 162, 166 f., 169, 173, 178, 182–185, 187, 194, 225, 235, 239, 248 f., 256, 272 f., 276 f., 325 f., 331 f., 335, 341, 343, 347, 365, 374, 378 f., 382 f., 385, 395
Ausbildungsberufe, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 9, 11–13, 15, 16–32, 34–38, 40 f., 43, 44, 59, 61, 66 f., 71 f., 74 f., 97–100, 102 f., 116, 119, 121, 124, 129 f., 132–139, 141–146, 149 f., 159–161, 174 f., 178–180, 240, 406
Ausbildungsberufe, neue und neu geordnete 27, 110, 137, 141, 383

Ausbildungsbeteiligung 10, 60–62, 64, 97, 180–183, 191, 193, 195–197, 200, 202, 206, 379
Ausbildungsbeteiligungsquote 124, 179, 181 f., 186, 194
Ausbildungsbetriebe 61, 84, 113, 160, 173, 191 f., 193 f., 196–200, 206, 208, 210 f., 213, 377, 384–386
Ausbildungsbetriebsquote 10, 61, 63 f., 191 f., 194, 205, 212
Ausbildungsdauer von Ausbildungsverträgen 11, 21, 26, 30, 109 f., 111 f., 134, 136 f., 144 f., 212 f., 275 f., 328, 341
Ausbildungsförderung (Berufsausbildungsförderung) 245, 277, 280, 372, 376, 378, 396
Ausbildungskosten 207 f., 210 f., 280
Ausbildungsmarkt 11–16, 40 f., 59–61, 64 f., 70, 72, 75–77, 80, 86, 89, 100, 103, 127, 187, 255, 371, 383, 387
Ausbildungsmarktbilanz 11, 41, 59, 66, 116, 130
Ausbildungsmarktstatistik 33–39, 42–44, 47, 82
Ausbildungsplatzangebot (siehe auch Ausbildungsstellenangebot) 11–14, 16, 30, 32–40, 64–69, 71 f., 74 f., 78, 89, 94, 120, 171, 182, 301, 381, 383 f., 386
Ausbildungsplatzangebot, Vorausschätzung für 2010 64, 67–71, 74
Ausbildungsplätze, außerbetriebliche 9, 14 f., 26 f., 32, 40, 42, 44, 54, 60, 63 f., 67 f., 77–82, 84, 93–95, 98–100, 102 f., 124–128, 158, 204, 386
Ausbildungsplätze, betriebliche 9, 13–15, 26 f., 30, 32 f., 40 f., 54, 60–65, 67 f., 77–82, 84, 86–88, 91–96, 98–100, 102–104, 124–128, 151, 157, 159, 161–165, 167, 172, 179, 188–190, 194–196, 198, 200, 258 f., 372 f., 375 f., 378–387, 406
Ausbildungsplatznachfrage (siehe auch Ausbildungsstellennachfrage) 30, 35–40, 64 f., 67–69, 71 f., 74 f., 128
Ausbildungsplatznachfrage, Vorausschätzung für 2010 64–69, 71 f., 74 f.
Ausbildungsplatzprogramm Ost 383
Ausbildungsplatzsuche 12, 14, 35, 40, 67, 69, 73, 78, 82, 85–89, 187 f., 190, 255, 384
Ausbildungsqualität 10, 214 f., 221 f., 228–231, 233, 235, 379, 383, 386 f., 408
Ausbildungsquote 61, 63, 191–193, 249 f.
Ausbildungsregelungen 26, 116, 137, 144, 147
Ausbildungsreife 45, 90, 156, 255, 380, 395
Ausbildungsstellenangebot (siehe auch Ausbildungsplatzangebot) 60, 62 f., 80, 125, 127, 194, 198, 255
Ausbildungsstellenbewerber/-innen 9, 11–16, 27, 30, 35, 40 f., 45–51, 59, 66–69, 72–74, 76 f., 82, 84–86, 89, 97, 101, 124
Ausbildungsstellennachfrage (siehe auch Ausbildungsplatznachfrage) 59
Ausbildungsvergütung 10, 85, 130, 211, 213, 272–277, 376, 384
Ausbildungsverhalten 121, 161, 195
Ausbildungsverträge 9, 11–13, 15–32, 34–38, 40 f., 43 f., 59–61, 64–67, 71 f., 74 f., 97, 99 f., 102 f., 116, 119–122, 124, 126, 128–147, 155, 159, 168, 171, 173–179, 200, 240, 249, 382, 385

Ausbildungsverträge, Bestand am 31.12. 116, 119–122, 124, 126, 128
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossen zum 30.09. 9, 11–32, 34–38, 40 f., 43 f., 59–61, 98–100 102 f.
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossen zum 31.12. 128–136, 137–147, 152–155
Ausbildungsverträge, Vorausschätzung für 2010 64–67, 71 f., 74 f.
Ausbildungswechsler 173
Ausbildungswege mit Berufsabschluss im Sekundarbereich 180, 240
Ausländer/-in (Ausländeranteil) 46, 56, 58, 123 f., 151 f., 154, 159, 175, 181–185, 236–238, 282, 285 f.
Ausländische Auszubildende 119, 124, 183, 185, 186
Ausschuss für Fragen behinderter Menschen 116
Außerbetriebliche Berufsausbildung 15, 40, 252, 376
Auszubildende 10, 16, 63–65, 68, 101, 103, 107, 113, 116, 129–131, 134–136, 140, 144, 146, 173–175, 179 f., 183–185, 186, 191–195, 196, 200, 201 f., 204–210, 212–214, 216–218, 222–235, 239, 245, 249–251, 256, 265, 272 f., 275, 278, 280, 329, 333, 342, 357, 362, 372 f., 375–379, 381–388, 413
Auszubildende (Bestandszahlen) 117–119, 212, 127 f., 137, 140 f., 175, 179, 186, 195, 258
Auszubildende, Alter 78–81, 83–85, 87–89, 90 f., 100, 103, 106, 179–182, 186, 214, 225, 353 f., 356, 368–370
Auszubildende, außerbetriebliche 27, 124–128
Auszubildende, betriebliche 64, 124–128
Auszubildende, schulische Vorbildung 147–155, 157 f., 160 f., 164, 166 f., 169
BA/BIBB-Bewerberbefragung 2008 77, 79, 83, 85, 88, 104, 186
Begabtenförderung berufliche Bildung 278, 281, 331–332, 338
Benachteiligte 26 f., 125–128, 404 f.
Benachteiligtenförderung 127, 130, 147, 251–253, 256 f., 259 f., 278–280, 371 f., 278–280, 382, 387, 390
Benchmarks, internationale 399–403
Berichtssystem Weiterbildung 283–288
Berufe für Menschen mit Behinderung 137, 145 f., 152
Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung 343, 394
Berufliche Schulen 48, 77, 236, 247 f., 278 f., 294, 301, 338, 406
Berufliche Weiterbildung 261, 269, 271, 282, 287 f., 293, 296, 299 f., 303, 305 f., 309 f., 312, 314 f., 325, 401
Berufliche Weiterbildung – Angebot 291, 293 f., 296–309, 309 f., 312 f., 314 f., 317–323, 328, 334, 342 f.
Berufsabschluss 63, 97–99, 102, 105, 148, 156–158, 166 f., 169, 172, 235, 238–241, 253, 259 f., 265–269, 287, 328, 331, 334–336, 356, 359, 373 f., 406
Berufsausbildungsstellen, gemeldete 12–15, 27–30, 32, 34, 44–47, 49
Berufsausbildungsvorbereitung 252, 258 f., 278 f., 392
Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung 343, 394
Berufsbildungsforschung 186, 381, 410
Berufsbildungsgesetz (BBiG) 11, 26, 30, 35, 67, 74, 107, 109, 116, 119, 124, 129 f., 160, 166–169, 171, 205 f., 213, 222, 238–240

Berufsbildungspolitik 213 f., 340, 390, 403 f.
Berufsbildungspraxis 371, 389, 393, 396
Berufsbildungsstatistik 9, 11, 116–124, 125, 128–139, 141, 143–159, 160 f., 166–168, 170–184, 186, 196
Berufsbildungsstatistik, Aggregatdatenerfassung 117
Berufsbildungsstatistik, Individualdatenerfassung 117, 124, 128, 167, 169, 173, 180
Berufsbildungsstatistik, neue Merkmale 128 f.
Berufsbildungsstatistik, Revision 122, 128, 147, 173, 180
Berufsfachschule 10, 12, 21, 26, 91 f., 94, 96–103, 106, 138, 148, 156–159, 162 f., 236–245, 246 f., 277–280, 368 f., 381, 406
Berufsfachschule, nicht vollqualifizierende 12, 82, 148, 156 f.
Berufsgrundbildungsjahr 10 f., 21, 26, 52–54, 65, 79, 91 f., 94, 96, 97–99, 101, 103, 148, 156–159, 236 f., 278, 280, 406
Berufsgruppen 33 f., 64 f., 113 f., 131, 136–139, 150, 153, 182–186, 242–244, 365
Berufsorientierung 43, 86, 251–255, 260, 278 f., 336, 371 f., 374, 376 f., 383, 385, 394, 396
Berufsstruktur 116, 137 f., 152, 183 f., 343
Berufsvorbereitende Qualifizierung 157
Berufsvorbereitung, Maßnahmen der BA 96, 252–255, 257
Berufsvorbereitungsjahr 10, 12, 68, 79, 91, 96, 97–99, 101–103, 147 f., 156–159, 236 f., 253, 278, 280
Berufswahl 12, 40, 88 f., 149, 162, 164, 246 f., 252–255, 333, 383, 395
Beschäftigte, sozialversicherungspflichtig 64, 191 f., 194, 195, 198, 201, 249 f., 266–268, 289, 326, 363
Betriebliche Berufsausbildung 15, 65, 93 f., 125, 256, 279, 375, 385
Betriebliche Weiterbildung 269, 289, 291, 312, 334, 401
Betriebspraktikum 48–54, 78 f., 84 f., 91, 162 f.
Bewerber/-innen, alternativ verblieben 52–54, 59
Bewerbungserfolg 67, 82, 86
Bewerbungsverhalten 79, 86
BIBB-Übergangsstudie 2006 90, 94, 187–190
Bildungsangebote 60 f., 63, 200, 296–298, 320 f., 328, 391
Bildungsausgaben (Aus-/Weiterbildung) 278 f., 336, 338
Bildungsdienstleister 323, 382, 384, 389, 396 f.
Bildungsgänge 10, 14, 27, 41, 48, 73, 77, 79, 90–94, 96, 97–99, 101–104, 105–107, 157 f., 171, 213, 262, 265, 391, 397, 406, 408
Bildungsgutscheine 300–305
Bildungsqualität 321
Blended Learning 317
Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL) 314 f.
Bundesländer 11, 75, 97, 101–103, 125, 127, 130, 149, 151, 156, 166, 173, 177, 181, 225, 238, 250, 253, 257, 301 f., 305 f., 310, 312, 340, 391
Bundesprogramme 261, 280

DECVET 390, 392
Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) 314
Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR) 113, 115
Dienstleistungsberufe 33–35, 43, 63, 116, 137–140, 150, 159, 184 f., 243
Diskriminierung 89, 187, 367
Duale Studiengänge 261–264
Duales System 9, 30, 32 f., 35, 38 f., 106 f., 110, 113, 115, 123 f., 131, 134–138, 140, 149, 151 f., 155, 159–164, 166, 169, 173, 179–185, 192, 198, 200, 205, 214, 225, 237, 245, 251, 260, 277, 280, 404, 406, 413
Durchlässigkeit 113, 115, 164, 340, 371, 389, 390, 392 f.
Einmündung von jungen Fachkräften in Beschäftigung 63 f., 205–212, 346, 348 f., 353, 363–365, 367, 384
Einmündungsquote, rechnerische 40 f., 100
Einstiegsqualifizierung 14, 16, 48, 52–54, 68, 78 f., 84 f., 91, 97–99, 101 f., 148, 157, 252, 254, 256 f., 259, 278 f., 375 f.
E-Learning 321 f.
Elektroberufe 57–59, 112 f., 120, 144, 194, 239, 243, 341, 358 f., 361, 365, 369
Elektrotechnik 113, 237, 263, 341 f.
Erfolgsquote 166–169, 172, 404
Erste Schwelle 371, 186 f.
Erzieher/-in 240–243, 248, 329, 344, 391
Europäische Union 310, 372, 388, 400
Externenprüfung 116, 134, 166–172, 334 f.
Externes Bildungsmanagement 396
Fachkräftebedarf 63, 64, 169, 194, 205, 207 f., 260, 375, 388
Fachkräftegewinnung 394, 205–207, 209–213
Fernlernen 316 f.
Fernstudium 316, 317
Fernunterricht 316–320, 321 f., 329
Finanzierung der Weiterbildung 281, 294 f., 298, 300–304, 316, 336
Flexibilität (berufliche, regionale) 113, 371, 373, 396
Förderprogramme 125, 127, 171, 213, 251–261, 277, 280, 336 f., 372 f., 377 f., 381, 388
Förderprogramme, der Länder 127, 377, 387
Förderung beruflicher Weiterbildung 327 f.
Fortbildungsprüfungsregelungen 313, 340, 343, 409
Frauen 9 f., 18, 21, 27, 55–57, 77, 89, 92, 122 f., 130 f., 160–165, 167 f., 171 f., 175, 179, 181–185, 238, 241, 246–249, 257, 265–268, 271, 274 f., 281, 283–285, 308 f., 315 f., 318, 323–326, 329 f., 332, 345, 348, 352 f., 356 f., 360, 365, 367, 369, 378–380, 382
Freie Berufe, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 19 f., 23, 25, 31, 132 f., 150, 160 f.
Gemeinsames Arbeitsprogramm 2010, 2020 400, 402

Gender 183, 314
Gesundheitsdienstberufe an Berufsfachschulen 239 f., 246
Gesundheitsdienstberufe an Fachschulen 240, 242
Gewerkschaftsnahe Weiterbildungsanbieter 281, 293, 299, 309 f., 313
Good-Pratice-Agentur 394
Handlungs- und Kompetenzfelder 344
Handwerk, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 18–22, 24, 26, 30–33, 122 f., 131–133, 140, 150, 152 f., 159–161
Handwerksordnung (HwO) 22, 24, 26, 78–80, 97–99, 102, 106 f., 110, 113, 119, 122, 124 f., 129, 136–138, 144–147, 152, 166, 169, 182, 184, 206, 238–245, 334 f., 339 f., 374, 377, 385
Hauptschulabsolventen und -absolventinnen 45 f., 49–51, 56 f., 84, 86–96, 130 f., 137, 147–153, 156, 188–190, 236–238, 251, 255, 259, 332 f., 356 f., 360, 382, 395
Haushaltsmittel 280, 371
Hauswirtschaft, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 18–21, 23, 25 f., 31 f., 34, 131–133, 151 f., 161
Herkunft (ethnisch) 86, 88 f., 187, 251
Herkunft (regional) 75, 77, 158
Industrie und Handel, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 18–22, 24, 26, 30 f., 45, 131, 160 f.
Industrieelektriker/-in 27, 29, 111, 113
Informelles Lernen 288
Innovation 278, 338, 371, 373 f., 388, 389 f., 393, 397, 399, 402, 412 f.
Internationaler Vergleich 9, 283, 291 f., 407
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) 314
Klimaindex 292–294
KMU 297, 299, 375, 380, 382
Kompetenzen 113–115, 252, 255, 331, 335 f., 341, 344, 380, 383, 386, 390–397, 399 f., 402, 404 f.
Kosten der beruflichen Bildung 27, 124, 130, 207–212, 217, 222, 272, 278–280, 291, 298, 310, 327–329, 337 f., 376–378, 382, 384
Kurzarbeit und Qualifizierung 295, 310, 328
Landwirtschaft, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 18–21, 23, 25 f., 31, 132 f., 151, 153, 158 f., 161
Lebenslanges Lernen 115, 289, 292, 298, 314, 316 f., 336, 371, 388, 391 f., 394 f., 399–403, 411 f.
Leistungspunkte 298, 390–393
Lerneinheiten 252, 392 f., 396
Lösungsquote 130, 173–178, 196
männlich dominierte Ausbildungsberufe 123, 183–185, 274 f.
Marktbehauptung 292, 294, 295, 297
Marktstrukturen 292 f.
Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung 323 f.
Mehrfachausbildungen 134

Meister-BAföG 329
Menschen mit Behinderung 18, 116, 125, 147, 338, 376
Migrationshintergrund 77–80, 83, 85–89, 92, 94 f., 124, 150, 186–191, 251, 282, 285, 404 f.
Mobilität 89, 101, 103, 115, 377, 387 f., 392, 399 f., 402 f., 410–413
Mobilität, berufliche 115
Mobilität, regionale 82 f.
Modellversuche 259, 371, 374, 379, 389 f., 394, 396 f.
Motivation 68, 187, 216, 220, 255, 395
Nachfragepotenzial 9, 13, 16, 65 f., 68–76
Nachhaltige Entwicklung 343, 394
Nachhaltigkeit 195, 198, 371, 394
Nachqualifizierung 252 f., 259 f., 334–336, 373
Netzwerke, soziale 86, 89
Neuabschlüsse 11, 16, 18, 26, 28, 43, 60, 75, 116–119, 121, 128–136, 138, 140 f., 144–146, 148–160, 175, 179–184, 186
Neue Berufe 27, 29, 142 f., 150
Nicht formal Qualifizierte 265, 268
Nichtausbildungsbetriebe 205–213
Nutzen der Ausbildung 208
OECD 399 f., 404–409
Öffentlicher Dienst 19 f., 22, 24, 31 f., 45, 61 150, 158, 160 f., 168–171, 174, 176, 178, 206, 210, 250, 274, 343
Öffentlicher Dienst, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 21, 32
Ohne Berufsabschluss 63, 265, 267–269, 328, 336
Organisierte Weiterbildung 282
Outcomeorientierung 390–393
Personalgewinnung 210 f., 280
Pilotinitiative 371, 389, 390, 392
Produktionsberufe 137–140, 150, 178, 182, 184
Qualifikations-/Kompetenzerwerb 396
Qualifizierungsbedarf und Einsatzgebiete 339
Quantitative Synopse 97
Rahmenregelung 116
Rahmenrichtlinien 116
Realschulabsolventen und -absolventinnen 84
Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes 339 f., 342 f.
Regelangebote 251–253, 258, 261
Regelungen der zuständigen Stellen 340
Regionale Entwicklung 60, 244
Rehabilitanden, außerbetriebliche Ausbildung von 124
Schulabgänger und -absolventen, Entwicklung der Zahl der 9, 11, 13, 40 f., 60, 64, 58, 90 f., 96, 97–99, 101–104, 119, 128, 151–157, 187–191, 213, 245 f., 374, 376, 378

Schulabgänger/-innen	9, 11, 13, 40 f., 60, 64, 58, 90 f., 96, 97–99, 101–104, 119, 128, 151–157, 187–191, 213, 245 f., 374, 376, 378
Schulberufe nach Landesrecht	239, 244
Schulen des Gesundheitswesens	100, 163, 235, 239, 242, 246 f., 368 f., 406
Schulische Vorbildung der Auszubildenden	10, 82 f., 147 f., 213, 251, 269, 331 f.
Seeschifffahrt, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	18–20, 23, 25 f., 31, 61, 118, 122 f.
SGB II	27, 98, 125, 252, 259, 278, 281, 310 f., 323–338, 374,
SGB III	125, 158, 252–259, 281, 300, 310 f., 323–328, 337 f., 376
Sonderprogramm WeGebAU	326, 335
Sozial- und Gesundheitsdienstberufe an Fachschulen	240, 246, 248
Stiftung Warentest	320–323
Studienabsicht	162 f., 165
Studienberechtigte	86, 89, 155, 159–165, 180
Systemmonitoring	399, 410
Tarifpartner	272
Technikberufe	140 f., 150, 182, 184 f.
Teilnahmequote	281–288, 291, 318, 404
Teilzeitunterricht an Berufsfachschulen	238, 244
Tertiarisierung	137, 194
Transfer	374, 377, 385, 388, 394, 396 f.
Transparenz	114 f., 300, 320, 323, 340, 371, 390 f., 393, 396, 403
Überbetriebliche Bildungsstätten	314 f., 373–375, 372, 375, 377, 381–384, 387, 394 f.
Übergang Schule – Arbeitswelt	104, 253
Übergangsbereich	100 f., 104 f., 390
Übergangssystem	9, 27, 40, 48, 90–96, 156–158, 277, 335, 373, 380, 400
Übergangsverlauf	9, 16, 27, 81, 186–191, 251, 253 f.
Übernahme	205, 209–211, 328 f., 378, 380, 385
Übernahmequote	11, 202, 205
Umschulungsprüfung	116, 167 f., 341
Unbesetzte Ausbildungsplätze	36–38, 55, 57, 61
UN-Dekade	394
Ungelernte Erwerbstätige	266, 269, 272
Unversorgte Bewerber/-innen	15, 35, 54–59, 61, 64, 58, 71, 74 f., 381
Veranstaltungstechnik	142, 340
Verbandsstatistik	314 f.
Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber/-innen	9 f., 14 f., 35, 44, 49–54, 59, 74, 82–84, 87 f., 105, 347
Volkshochschule	281, 293 f., 296 f., 299, 305–309, 337 f.
Vollqualifizierende Berufsausbildung an Schulen	94, 188 f., 239
Vorstellungsgespräch	86 f.
Vorzeitige Vertragslösungen (siehe auch Ausbildungsabbruch)	173–178, 197, 257
Wahlqualifikationen	107 f., 111 f.

wbmonitor 292–300, 302 f., 305
Weiblich dominierte Ausbildungsberufe 184
Weiterbildung 281, 284–288, 290–296, 298–310, 312–316, 320, 322–328, 331, 333, 335–339, 343, 357, 373 f., 376 f., 381, 383 f., 386–388, 391, 396, 400–404
Weiterbildung Geringqualifizierter und älterer Beschäftigter 326, 335, 337, 401
Weiterbildungsanbieter/-einrichtung 291–301, 304, 308 f., 312, 314, 323, 404
Weiterbildungsbeteiligung 282, 284, 289, 290 f.
Weiterbildungsförderung 300, 336 f.
Weiterbildungskosten 298, 327 f., 336, 338
Weiterbildungsmaßnahmen 283, 289, 291, 300, 320, 323, 327, 334, 338, 376, 388, 403 f.
Weiterbildungsnachfrage 300–304, 323
Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik) 314–316
Weiterbildungstests 320–323
Werkfeuerwehrmann/-frau 27, 29, 111, 112
Wiederholungsprüfungen 106, 168 f.
Wirtschaftskrise 11,13 f., 70–72, 74, 294–297, 345, 370, 375, 377
Wissensökonomie 138
Zielgruppen 27, 92, 125, 251 f., 296–298, 313, 372 f., 385, 387, 390
Zugangschancen 152
Zulassung zur Abschlussprüfung 136
Zuständigkeitsbereiche 61, 63, 116–118, 120, 122–124, 129, 131–133, 150, 158, 186
Zuständigkeitsbereiche, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 18–21, 26, 30–32
Zweijährige Ausbildungsberufe 109, 137, 144
Zweite Schwelle 371

Bundesinstitut
für Berufsbildung BIBB

- Forschen
- Beraten
- Zukunft gestalten

ISBN 978-3-88555-877-4